

REGIERUNG
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

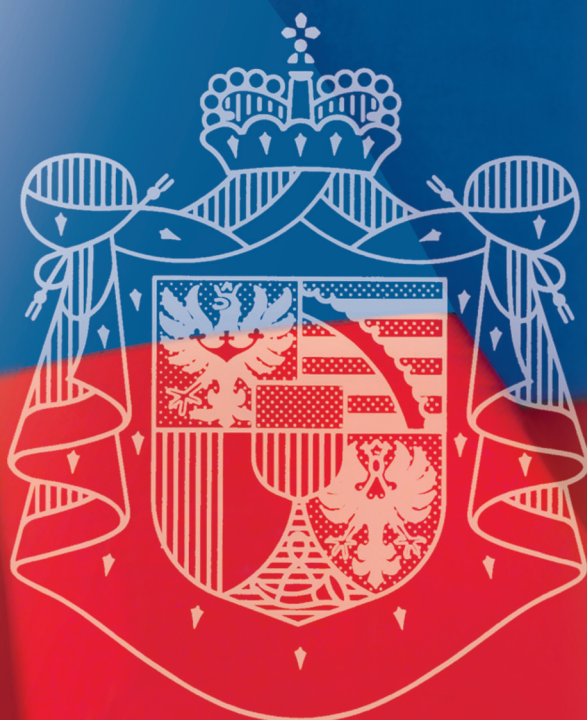
Landtag, Regierung und Gerichte 2005

Bericht des Landtages

Rechenschaftsbericht der Regierung an den Hohen Landtag

Berichte der Gerichte

Landesrechnung



Landtag, Regierung und Gerichte 2005

Bericht des Landtages

Rechenschaftsbericht der Regierung an den Hohen Landtag

Berichte der Gerichte

Landesrechnung

INHALT

I. LANDTAG	Tätigkeitsbericht	9
	Finanzkontrolle	28
<hr/>		
II. REGIERUNG		
Präsidium	Ressortbericht	33
Amtsstellen	Amt für Personal und Organisation	36
	Presse- und Informationsamt	47
	Ausländer- und Passamt	48
Stabsstellen	Regierungskanzlei	55
	Rechtsdienst der Regierung	57
	Stabsstelle EWR	60
	Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit	62
	Stabsstelle öffentliches Auftragswesen	63
	Stabsstelle Protokoll	64
	Staatsanwaltschaft	66
Kommissionen	Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten	68
	Personalkommision	70
	Prüfungskommision für Rechtsanwälte	70
	Prüfungskommision für Treuhänder	70
	Prüfungskommision für Wirtschaftsprüfer	70
Stiftungen	Pensionsversicherung für das Staatspersonal	71
<hr/>		
Äusseres	Ressortbericht	73
Amtsstellen	Amt für Auswärtige Angelegenheiten	79
Botschaften und Vertretungen	Liechtensteinische Botschaft in Bern	89
	Liechtensteinische Botschaft bei der Belgischen Krone und beim Heiligen Stuhl	90
	Botschaft des Fürstentums Liechtenstein in Berlin	90
	Liechtensteinische Botschaft in Washington	93
	Liechtensteinische Botschaft in Wien	95
	Liechtensteinische Mission in Brüssel	96
	Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg	97
	Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York	99
	Ständige Mission in Genf	101
	Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Wien	103
	Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien	104
Stiftungen	Liechtensteinischer Entwicklungsdienst (LED)	104
<hr/>		
Inneres	Ressortbericht	109
Amtsstellen	Landespolizei	110
	Amt für Zivilschutz und Landesversorgung	115
	Zivilstandsamt	119
Kommissionen	Landesgrundverkehrskommission	120
	Regelungskommision	120
<hr/>		
Bildungswesen	Ressortbericht	121
Amtsstellen	Schulamt	123
	Amt für Berufsbildung	133
	Berufsberatungsstelle	140
Kommissionen	Schulzahnpflegekommision	143
Stiftungen	Hochschule Liechtenstein	144
	Kunstschule Liechtenstein	146
	Liechtensteinische Musikschule	147
<hr/>		

Familie und		
Chancengleichheit	Ressortbericht	151
Amtsstellen	Amt für Soziale Dienste (Kinder- und Jugenddienst)	152
Stabsstellen	Stabsstelle für Chancengleichheit	158
Kommissionen	Kommission für Chancengleichheit	161
	Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann	161
	Jugendrat	162
<hr/>		
Kultur	Ressortbericht	163
Amtsstellen	Landesarchiv	164
	Amt für Briefmarkengestaltung	167
	Postwertzeichenstelle	169
	Stabsstellen	Stabsstelle für Kulturfragen
Kommissionen	Kulturbeirat / Stiftung Pro Liechtenstein	171
	Denkmalschutzkommission	174
	Stiftungen	Erwachsenenbildung Liechtenstein
	Kunstmuseum Liechtenstein	177
	Liechtensteinische Landesbibliothek	179
	Liechtensteinisches Landesmuseum	186
<hr/>		
Sport	Ressortbericht	191
Dienststellen	Dienststelle für Sport	193
Kommissionen	Sportkommission	194
<hr/>		
Finanzen	Ressortbericht	199
Amtsstellen	Steuerverwaltung	203
	Amt für Wohnungswesen	214
	Stabsstellen	Stabsstelle Finanzen
	Stabsstelle Financial Intelligence Unit	216
Kommissionen	Beschwerdekommision der Finanzmarktaufsicht	218
	Landessteuerkommission	218
<hr/>		
Gesundheit	Ressortbericht	219
Amtsstellen	Amt für Gesundheitsdienste	222
	Amt für Volkswirtschaft (Sozialversicherung)	225
	Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen	227
	Kommissionen	Leistungskommission
	Kosten- und Qualitätskommission	233
	Sanitätskommission	233
	Kommission für Suchtfragen	233
Stiftungen	Liechtensteinisches Landesspital	234
<hr/>		
Soziales	Ressortbericht	235
Amtsstellen	Amt für Soziale Dienste	235
<hr/>		
Umwelt, Raum, Land- und Waldwirtschaft	Ressortbericht	245
Amtsstellen	Landwirtschaftsamt	250
	Amt für Umweltschutz	256
	Amt für Wald, Natur und Landschaft	264
	Stabsstellen	Stabsstelle für Landesplanung
Kommissionen	Beschwerdekommision für Bodenverbesserungen	271
	Kommission zur Beurteilung von Bau- und Planungsvorhaben (Art. 17ter Baugesetz)	272
<hr/>		

INHALT

Wirtschaft	Ressortbericht	273
Amtsstellen	Amt für Volkswirtschaft	276
	Amt für Zollwesen	288
Kommissionen	Akkreditierungsrat	294
	Einigungsamt	294
	Energiekommission	294
	Kommission für Energiemarktaufsicht	294
	Prüfungskommission für die Fachprüfung im Gastgewerbe	294
	Prüfungskommission für die Prüfung der fachlichen Eignung zur Führung eines Güter- und Personenkraftunternehmens	295
	Prüfungskommission für Maurermeister- und Zimmermeisterprüfungen	295
	Kommission für Statistik	295
<hr/>		
Verkehr und Kommunikation	Ressortbericht	297
Amtsstellen	Amt für Kommunikation	299
	Motorfahrzeugkontrolle	301
Kommissionen	Kommission für die Förderung des öffentlichen Verkehrs	305
	Medienkommission	305
	Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr	306
<hr/>		
Justiz	Ressortbericht	307
Amtsstellen	Landespolizei (Landesgefängnis)	310
	Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt	311
Stabsstellen	Stabsstelle für Datenschutz	313
Kommissionen	Datenschutzkommission	315
<hr/>		
Bauwesen	Ressortbericht	317
Amtsstellen	Hochbauamt	317
	Tiefbauamt	327
Dienststellen	Bauadministration	346
Kommissionen	Schätzungskommission	346
<hr/>		
III. GERICHTE	Landgericht	349
	Obergericht	351
	Oberster Gerichtshof	354
	Verwaltungsgerichtshof	355
	Staatsgerichtshof	359
<hr/>		
IV. LANDESRECHNUNG		361
<hr/>		

I. LANDTAG

II. REGIERUNG

PRÄSIDIUM

ÄUSSERES

INNERES

BILDUNGSWESEN

FAMILIE UND CHANCENGLEICHHEIT

KULTUR

SPORT

FINANZEN

GESUNDHEIT

SOZIALES

UMWELT, RAUM, LAND- UND WALDWIRTSCHAFT

WIRTSCHAFT

VERKEHR UND KOMMUNIKATION

JUSTIZ

BAUWESEN

III. GERICHTE

IV. LANDESRECHNUNG

I. LANDTAG

TÄTIGKEITSBERICHT

Landtagspräsident: Klaus Wanger
Landtagssekretär: Josef Hilti

Aufgrund von Art. 62 der Verfassung vom 5. Oktober 1921 hat die Regierung dem Landtag alljährlich einen Rechenschaftsbericht über die gesamte Staatsverwaltung zu erstatten. Ähnlich wie in den Vorjahren wird anlässlich dieser Publikation die Öffentlichkeit auch über die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2005 informiert.

Landtagswahlen (Legislaturperiode 2005 bis 2009)

Die Landtagswahlen für die Legislaturperiode 2005 bis 2009 fanden am 11./13. März 2005 statt. Die Gewinnerin dieser Wahlen, die Freie Liste, legte um 4,2 Prozentpunkte zu und kam auf insgesamt 13 Prozent der Stimmen. Sie ist im Landtag künftig mit drei, anstatt wie bisher einem Sitz, vertreten. Somit war der Freien Liste erstmals die Bildung einer Fraktion gemäss Art. 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Landtag (LGBl. 1997 Nr. 61) möglich. Mit 48,7 Prozent der Parteistimmen verlor die FDP 1,2 Prozentpunkte. Mit neu 12 Sitzen verfügt die in den letzten vier Jahren allein regierende Partei über keine absolute Mehrheit mehr. Die VU erzielte mit 38,2 Prozent 3,2 Prozentpunkte weniger und kommt neu noch auf 10 Mandate. Das Wahlergebnis ergab folgende Sitzverteilung im Landtag:

	2001	2005
Fortschrittliche Bürgerpartei:	13 Sitze	12 Sitze
Vaterländische Union:	11 Sitze	10 Sitze
Freie Liste:	1 Sitz	3 Sitze

Nachdem es von 1997 bis Anfang 2005 eine Einpartei-Regierung gab, besitzt Liechtenstein seit April 2005 nun wieder eine Koalitionsregierung.

Anlässlich der Eröffnungssitzung vom 14. April 2005 wurde der Abgeordnete Klaus Wanger (FDP) vom Landtag in seinem Amt als Landtagspräsident bestätigt. Ins Amt des Landtagsvizepräsidenten wurde der Abgeordnete Ivo Klein (VU) gewählt.

Siegerinnen der Landtagswahlen 2005 waren auch die Frauen. Sie nehmen neu mit sechs anstelle bisher drei Vertreterinnen Einsitz im Landtag. Dies entspricht einem Anteil von 24 Prozent.

Die Stimmbeteiligung bei den Landtagswahlen vom März 2005 lag bei 86,5 Prozent.

Plenarsitzungen

Die Sitzungsperiode 2005 dauerte von der Vereidigung der Abgeordneten und der feierlichen Eröffnung am 14. April bis zur formellen Schliessung am 16. Dezember 2005. In der ersten Arbeitssitzung am 21. April 2005 nahm der Landtag nach der Wahl der Regierung in neuer Zusammensetzung seine Tätigkeit auf. Er trat im Berichtsjahr zu insgesamt sieben Arbeitssitzungen zusammen.

Infolge des späten Wahltermins bei den Landtagswahlen 2005 wurden weniger Landtagssitzungen (18 Sitzungstage bzw. 181 Stunden) als im Vorjahr (20 Sitzungstage bzw. 197 Stunden) abgehalten.

Die erste Arbeitssitzung fand am 21. April statt und dauerte einen Tag. Vier Arbeitssitzungen nahmen drei Tage und zwei Arbeitssitzungen zwei Tage in Anspruch. Zudem fand im September, neben einer dreitägigen Arbeitssitzung, am 28. September eine zusätzliche halbtägige Landtagssitzung u.a. zur Behandlung des Gegenvorschlags zum formulierten Initiativbegehren des Komitees «Für das Leben» zur Abänderung von Artikel 14 der Landesverfassung statt.

An 7 von 18 Sitzungen debattierte das Plenum länger als bis 23 Uhr. Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitssitzungstages betrug im Jahr 2005 rund 9,8 Stunden. Der längste Sitzungstag, am 23. September 2005, endete erst um 01.40 Uhr morgens und dauerte somit fast 15 Stunden.

Im Berichtsjahr wurden 151 Landtagsbeschlüsse ausgearbeitet. Dies sind 14 Beschlüsse weniger gegenüber dem Vorjahr (165). Der Landtag beriet 28 Gesetzesvorlagen in 1. Lesung und 28 Gesetzesvorlagen konnten im Anschluss der zweiten Lesung im Rahmen der Schlussabstimmung verabschiedet werden. Des Weiteren behandelte der Landtag 30 Finanzvorlagen und 21 Wahlgeschäfte. Ausserdem wurden 16 Berichte und diverse mündliche Informationen der Regierung - zum Beispiel den Finanzplatz betreffend - zur Kenntnis genommen.

Der Landtag hatte sich 16-mal mit ausserpolitischen Vorlagen zu befassen; dies im Gegensatz zu 34 derartiger Vorlagen im Vorjahr 2004. 22-mal wurden periodische Standardtraktanden, wie zum Beispiel der Rechenschaftsbericht und der Landesvoranschlag, erörtert. Diese beiden Themenkreise - Finanzhoheit sowie die Kontrolle der Staatsverwaltung - gehören verfassungsgemäss zu den bedeutendsten Aufgaben des Parlaments überhaupt. Anlässlich der Behandlung dieser Traktanden werden dem Landtag jeweils auch die Jahresbudgets und jährlichen Rechenschaftsberichte der Landesinstitute und Landesanstalten zur Genehmigung bzw. Kenntnisnahme vorgelegt.

Per 2005 wurden 10 parlamentarische Eingänge eingebracht. Es handelte sich hierbei um 3 Initiativen, 1 Motion und 6 Interpellationen. Der Landtag nahm ausserdem 1 Postulats- und 3 Interpellationsbeantwortungen der Regierung zur Kenntnis. Die Beantwortung von parlamentarischen Eingängen wie Postulaten und Interpellationen erfolgt gemäss Geschäftsordnung in schriftlicher Form.

Zudem wurden dem Landtag 2 Petitionen übergeben, welche der Landtag beide zur geeigneten Verfügung an die Regierung weiterleitete.

Die Abgeordneten machten im Berichtsjahr 203-mal von der Möglichkeit Gebrauch, Kleine Anfragen an die Regierung zu stellen. Dies waren 44 Kleine Anfragen mehr als im Vorjahr (159). Wie in der Geschäftsordnung

vorgesehen, wurden diese im Regelfall jeweils am Ende des 2. bzw. 3. Sitzungstages mündlich von der Regierung beantwortet.

Wie bereits im Vorjahr wurden dem Landtag auch im Jahre 2005 keine Einbürgerungsgesuche zur Genehmigung unterbreitet.

Im vergangenen Jahr tagte der Landtag lediglich einmal in nichtöffentlicher Sitzung. In der Regel findet die nichtöffentliche Sitzung am ersten Tag der Landtagssitzung vor Beginn der öffentlichen Nachmittagssitzung statt. In der nichtöffentlichen Sitzung werden vornehmlich vertrauliche Themen diskutiert, beispielsweise die Vorbesprechung der vom Richterausschuss dem Landtag in Vorschlag zu bringenden Mitglieder der Kollegialgerichte oder aktuelle Informationen der Regierung über die Situation des liechtensteinischen Finanzplatzes.

Am Ende des letzten Sitzungstages, am 16. Dezember, schloss - in Übereinstimmung mit der relevanten Verfassungsbestimmung - der Regierungschef im Auftrag des Landesfürsten die Sitzungsperiode 2005.

Landesausschuss

Gemäss Verfassung besorgt der Landesausschuss die Geschäfte des Landtags und seiner Kommissionen während der Zeit zwischen der Schliessung und der Wiedereröffnung des Landtags. Unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten Klaus Wanger trat der Landesausschuss mit den Abgeordneten Elmar Kindle, Dorothee Laternser, Ingrid Hassler-Gerner und Rudolf Lampert zweimal bis zu den Neuwahlen des Landtags im März 2005 zusammen.

Landtagskommissionen – Ständige Kommissionen

Landtagskommissionen tagen in nichtöffentlicher Sitzung. Sie haben vor allem vorberatende Funktion und informieren das Plenum normalerweise schriftlich anhand von Sitzungsprotokollen oder Berichten.

Die Aussenpolitische Kommission

Die Aussenpolitische Kommission, der Landtagspräsident Klaus Wanger als Vorsitzender, die Abgeordneten Alois Beck, Harry Quaderer, Marlies Amann-Marxer sowie Paul Vogt angehörten, tagte in 6 Arbeitssitzungen.

Die Aussenpolitische Kommission behandelte im Rahmen der Vorberatung ausserpolitischer Traktanden des Landtags unter anderem mehrere internationale und zwischenstaatliche Vereinbarungen, z.B. Abkommen mit der Schweiz über die Zusammenarbeit im Rahmen der schweizerischen Informationssysteme für Fingerabdrücke und DNA-Profile, etliche Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses sowie im Besonderen das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Libanon.

Als Standard-Traktanden wurden die Berichte der Regierung zur ausserpolitischen Lage, die Jahresberichte der einzelnen Landtagsdelegationen bei den internationalen Parlamentarier-Organisationen (Europarat, OSZE, IPU etc.) sowie die Berichte der EFTA und der

Europäischen Überwachungsbehörde (ESA) beraten. Die Regierung informierte zudem über den liechtensteinischen Finanzplatz, den Stand und die Entwicklungen im Bereich der EU-Zinsertragssteuer, die Auswirkungen des Schengen-/Dublin-Abkommens sowie über die Ziele der WTO-Verhandlungskonferenz in Hongkong im Dezember 2005.

Auf Einladung der britisch-schweizerischen Handelskammer im Fürstentum Liechtenstein weilte die APK in Begleitung von S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein am 8./9. November 2005 zu einem Besuch in London. Es war das erste Mal in der Geschichte des Landtags, dass eine liechtensteinische Parlamentarierdelegation von Vertretern des englischen Parlaments (House of Commons) offiziell vor Ort empfangen wurde. Nebst Gesprächen mit der englischen Parlamentarierdelegation führte die APK insbesondere auch ein Gespräch mit Vertretern des britischen Ministeriums für Aussenbeziehungen über den Stand und die zukünftigen Entwicklungen diverser EU-Politiken. Dies war insofern von grossem Interesse, weil Grossbritannien die Präsidentschaft für das zweite Halbjahr 2005 in der EU innehatte. Ein Höflichkeitsbesuch beim schweizerischen Botschafter für Grossbritannien, Alexis Lautenberg, bildete den Abschluss des Besuches.

Finanzkommission

Gemäss Art. 61 der Geschäftsordnung für den Landtag des Fürstentums Liechtenstein (LGBl. 1997 Nr. 61) gehört zu den Aufgaben der Finanzkommission die Prüfung und Begutachtung von Voranschlägen des Staates und der sonstigen Körperschaften, der Anstalten öffentlichen Rechts sowie der staatlichen Betriebe, ausgenommen der Gemeinden. Auch hat die Finanzkommission sämtliche Vorlagen über Kredite, Bürgschaften, Anleihen des Staates, Kauf und Verkauf von Liegenschaften, die Ausführung von Staatsbauten und die Gewährung ausserordentlicher Beiträge und Unterstützungen zu prüfen und zu begutachten. Die Finanzkommission kann zudem vom Landtag ermächtigt werden, an seiner Stelle über die Zustimmung betreffend den Erwerb oder die Veräusserung von Grundstücken zu entscheiden.

Die Abgeordneten Johannes Kaiser als Vorsitzender, Elmar Kindle, Ivo Klein, Günther Kranz und Pepo Frick gehörten im Berichtsjahr der Finanzkommission an. Erstmals hatte somit auch die Freie Liste mit dem Abgeordneten Pepo Frick einen Vertreter in dieser Landtagskommission. Es fanden insgesamt 12 Sitzungen mit einer Dauer von rund 32 Stunden statt, an denen finanzrelevante Themen behandelt wurden.

Traktandenpunkte im Berichtsjahr waren unter anderem die Gewährung eines Sonderbeitrags des Landes an die Gewerbe- und Wirtschaftskammer sowie an den Liechtensteinischen Arbeitnehmer/Innenverband, die Erweiterung des Rheinparkstadions, die Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden, der Situationsbericht von Radio Liechtenstein und der Statusbericht der

FMA. Im Weiteren wurde in der Finanzkommission auch die Gewährung eines Landesbeitrages für die Jahre 2006 und 2007 an den Betrieb des «Liechtenstein-Taktes» bei den ÖBB erörtert und der Verkauf der Liegenschaft Rietacker in Schaan an die Liechtensteinische Gasversorgung besprochen.

Geschäftsprüfungskommission

Die Geschäftsprüfungskommission tagte im Berichtsjahr in 8 Sitzungen von insgesamt 30,25 Stunden Dauer. Mit Ausnahme eines Mitglieds setzte sich die Geschäftsprüfungskommission gänzlich neu zusammen. Die Abgeordneten Heinz Vogt, Gebhard Negele, Rudolf Lampert, Doris Frommelt und Andrea Matt nahmen während des Berichtsjahrs Einsitz in die Geschäftsprüfungskommission. Der Abgeordnete Heinz Vogt stand dabei der Geschäftsprüfungskommission als Vorsitzender vor. Die Freie Liste – im Berichtsjahr vertreten durch die Abgeordnete Andrea Matt – war aufgrund der Mandatsverteilung bei den Wahlen 2001 seither im Landtag nicht mehr präsent gewesen.

Laut Verfassung kommt der Geschäftsprüfungskommission die Aufgabe zu, für den Landtag das Recht der Kontrolle für die gesamte Staatsverwaltung und deren Verwaltungshandeln auszuüben. Die Geschäftsprüfungskommission wird dabei in ihrer Arbeit durch die Finanzkontrolle unterstützt.

Im Berichtsjahr diskutierte die Geschäftsprüfungskommission neben verschiedenen Berichten und Kenntnis-schreiben der Regierung im Besonderen auch das Thema der Stärkung der Stellung der Finanzkontrolle in der Ausübung ihrer Kontrollfunktion. Ausserdem wurde im Rahmen der jährlichen Ämterbesuche der Arbeitsloseversicherungskasse beim Amt für Volkswirtschaft sowie dem Amt für Umweltschutz ein Besuch abgestattet. Anlässlich dieser Besuche wurden die verschiedensten Problematiken besprochen, zum Beispiel Möglichkeiten des Einsatzes integrierender Software-Lösungen, mögliche Synergien im Zusammenhang einer Verwaltungsreorganisation sowie weitere aktuelle amtsstellenspezifische Themenbereiche.

Das Landtagsbüro

Neben Landtagspräsident Klaus Wanger und Landtagsvizepräsident Ivo Klein gehörten im Berichtsjahr die Fraktionssprecher Markus Büchel, Paul Vogt und Doris Beck sowie der Landtagssekretär mit beratender Stimme dem Landtagsbüro an.

Das Landtagsbüro trat zu 10 Sitzungen zusammen und befasste sich hauptsächlich mit der Festlegung der Tagesordnung für die Landtagssitzungen. Weitere Geschäfte waren unter anderem die Festsetzung des Landtagsbudgets per 2006, die Veranlassung der Aktualisierung der Landtags-Homepage und der Landtagsbroschüre sowie weitere im Zusammenhang mit der allgemeinen Organisation des Landtags stehende Aufgaben.

Am 26. April 2005 stattete das Landtagsbüro dem Präsidium des Kantonsrates St. Gallen auf dessen Einladung einen Höflichkeitsbesuches ab. Das Treffen diente in erster Linie der Pflege gutnachbarschaftlicher Beziehungen.

Des Weiteren fand ein Gesprächstreffen mit dem Präsidium des Vorarlberger Landtags am 24. Juni 2005 in Bregenz statt. In den Gesprächen wurden die Themenbereiche «Verkehrs- und Wirtschaftspolitik, Grenz-gängerwesen sowie Arbeitslosigkeit» angesprochen und diskutiert.

Ausserdem traf das Landtagsbüro erstmals im Rahmen der neu gebildeten so genannten schweizerisch-liechtensteinischen Parlamentarier Freundschaftsgruppe mit einer schweizerischen Parlamentarierdelegation, in welcher Mitglieder beider Ratsgremien vertreten sind, zu einem Meinungsaustausch am 14./15. November 2005 in Bern zusammen. Erörtert wurden dabei Themen wie das Schengen-Dublin-Abkommen, die Verkehrssituation im Dreiländereck Österreich/Liechtenstein/Schweiz sowie die Zukunft der Sozialwerke und Gesundheitssysteme angesichts steigender Kosten und demographischer Veränderungen.

Landtagskommissionen – Besondere Kommissionen

Gemäss Geschäftsordnung kann der Landtag auch besondere Kommissionen bestellen. Ihre Funktionsdauer endet mit der Erledigung des Auftrags, spätestens jedoch mit Ablauf der Mandatsperiode. Aufgabe der besonderen Kommissionen ist es, einzelne Gesetze oder auch andere Geschäfte vorzubereiten und dem Gesamtlandtag entsprechend Antrag zu stellen.

EWR-Kommission

Die EWR-Kommission überprüft die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in Brüssel mit Blick darauf, ob sie gemäss Art. 8 Abs. 2 der Verfassung dem Landtag zur Behandlung und Entscheidung vorzulegen sind. Die Mitglieder der EWR-Kommission - Arthur Brunhart (Vorsitz), Andrea Matt und Renate Wohlwend - überprüften in 6 Sitzungen die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bzw. EU-Richtlinien und -Verordnungen. Sie behandelten insgesamt 308 Rechtsakte und kamen in 9 Fällen zum Schluss, dass eine Zustimmung des Landtags im Sinne des Art. 8 Abs. 2 der Verfassung erforderlich ist.

Kommission betreffend den Dialog mit Vertretern der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Mitglieder dieser Ad-hoc-Kommission sind Landtagspräsident Klaus Wanger als Vorsitzender, Landtagsvizepräsident Ivo Klein, die Abgeordneten Markus Büchel, Gebhard Negele und Paul Vogt.

Ziel des Dialogs ist es, gemeinsam, das heisst, mit dem Ad-hoc-Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarates die aktuellen Verfassungs- und politischen Praxen des Landes nach dem In-Kraft-Treten der neuen Verfassung zu studieren. Nicht von

der Dialogsdiskussion umfasst ist dabei die Verfassung selbst oder die Frage, auf welche Weise sie damals abgeändert wurde. Das Mandat des Ad-hoc-Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ist in der Definition nach vorne blickend und steht auf keinen Fall für eine Wiederholung der Vergangenheit, sondern verfolgt klar das Ziel einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der vom Landtag beauftragten Kommission.

Am 9./10. Juni 2005 trafen sich der Vorsitzende des Ad-hoc-Ausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Marcel Glesener aus Luxemburg, mit Landtagspräsident Klaus Wanger und Landtagsvizepräsident Ivo Klein zu Vorbereitungsgesprächen im Hinblick auf die erste Runde der Dialogsgespräche vom 26./27. September 2005 in Vaduz.

Die Dialogsgespräche mit dem Ad-hoc-Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung des Europarates wurden sodann am 26./27. September 2005 in Vaduz geführt.

Die zweite, abschliessende Gesprächsrunde ist auf den 24./25. Januar 2006 in Strassburg angesetzt.

Baukommission Landtagsgebäude

Im Berichtsjahr formierte sich die Baukommission in neuer Zusammensetzung. Landtagspräsident Klaus Wanger sowie die Abgeordneten Rudolf Lampert, Paul Vogt, Jürgen Beck und Harry Quaderer vertraten in 4 Sitzungen zu insgesamt fast 15 Stunden die Interessen des Landtags bei der Erstellung des neuen Landtaggebäudes. Die Berichte der Projektleitung über den Stand der Projektierungsarbeiten wurden hierbei ausführlich diskutiert und jeweils das weitere Vorgehen besprochen.

Zudem wurde eine Subkommission «Kunst am Bau» gebildet, welcher Landtagspräsident Klaus Wanger und die Abgeordneten Harry Quaderer und Paul Vogt angehörten. Diese Kommission hatte 23 Projekte der ersten Stufe des Kunstwettbewerbes für den Neubau des Landtagsgebäudes zu beurteilen.

Parlamentarische Delegationen

Der Landtag wählt seine Delegationen für die Parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen oder für Parlamentarierorganisationen zu Beginn einer Mandatsperiode für vier Jahre. Die Delegationen unterbreiten dem Landtag jährlich bis Ende April einen Tätigkeitsbericht, der im Plenum diskutiert wird. Der schriftliche Bericht steht der Öffentlichkeit auf Anfrage zur Verfügung und kann bei der Regierungskanzlei oder beim Landtagssekretariat bezogen werden.

Parlamentarische Versammlung des Europarats

An der Januar Session 2005 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg war Liechtenstein nochmals von der «alten» Delegation mit den Abgeordneten Renate Wohlwend (Delegationsleiterin), Christian Brunhart, Roland Büchel und Alexander Marxer vertreten.

Die vom Landtag neu gewählte Parlamentarierdelegation unter erneuter Leitung der Abg. Renate Wohlwend

sowie den Mitgliedern Gebhard Negele, Doris Frommelt und Rony Bargetze nahm erstmals an der zweiten Jahresitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates im April teil.

Insgesamt finden 4 Sessionen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg statt. Ausserhalb dieser Sessionswochen finden weitere Sitzungen verschiedenster Fachkommissionen des Europarates (Wirtschaft, Soziales, Kultur etc.), in denen die Delegationsmitglieder ebenfalls Einsitz haben, in Strassburg oder an verschiedensten Orten im Ausland statt.

Pro Jahr wenden die Delegationsmitglieder einen ungefähren Zeitaufwand von sechs Wochen für ihre Aufgaben auf.

EFTA- und EWR-Parlamentarierkomitees

Zu den neuen Vertretern des liechtensteinischen Parlaments bei den EFTA- und EWR-Parlamentarierkomitees wurden Franz Heeb als Vorsitzender und Henrik Caduff als Mitglied gewählt. Sie wendeten im Berichtsjahr einen Zeitaufwand von insgesamt rund 2 Wochen für Sitzungen und Seminare auf. Im Weiteren gehören auch die Abgeordneten Adrian Gstöhl und Alexander Marxer der Delegation als Stellvertreter an. Sie vertreten die ordentlichen Delegationsmitglieder bei allfälliger Verhinderung an den Sitzungen.

Die Delegation hielt im Berichtsjahr neben zahlreichen informellen Gesprächen auch zwei Vorbereitungssitzungen im Inland ab. In einer dieser Sitzungen wurde die Delegation von Norbert Frick, Botschafter bei der Ständigen Mission in Genf, über verschiedenste Thematiken, wie z.B. das Bestehen und die Zukunft des Gebildes EWR/EFTA, die WTO, Schengen/Dublin, der Binnenmarkt und Drittlandbeziehungen etc. informiert. Anlässlich der Sitzung der Delegationen der Parlamente der EFTA-EWR-Staaten mit den Vertretern des Europaparlaments (EU) (EEA JPC - Joint Parliamentary Committee) in Brüssel fand auch ein Treffen mit der IMCO (Committee on Internal Market and Consumer Protection) statt. Der Präsident der IMCO, Philipp Whitehead, stellte die Arbeit der IMCO vor. Nachfolgend fand ein Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedern der IMCO und den Mitgliedern des EEA JPC betreffend die Dienstleistungsrichtlinie (Services Directive) statt. Es wurde dabei vereinbart, auch in Zukunft solche Treffen abzuhalten, um über Themen wie den Binnenmarkt und den Europäischen Wirtschaftsraum vertieft diskutieren zu können.

Am 27./28. Juni 2005 fand in Liechtenstein das Ministertreffen statt. Themen, die anlässlich dieses Treffens besprochen wurden, waren unter anderem «EU-Policies and Financial Perspectives from 2007 to 2013: Implications for EFTA and the EEA», «The EEA and the Norwegian Financial Mechanism», «The Relaunch of the Lisbon Strategy», «The EFTA-Convention» sowie «Relations with the European Union».

Die Parlamentarische Versammlung (PV) der OSZE

Zur Vorsitzenden der Parlamentarischen Versammlung der OSZE im Jahre 2005 wurde die Abgeordnete Doris

Beck gewählt. Die Abgeordnete Josy Biedermann fungiert als weiteres ordentliches Delegationsmitglied. Zu stellvertretenden Mitgliedern wurden die Abgeordneten Marlies Amann-Marxer und Doris Frommelt vom Landtag gewählt.

Aufgrund der späten Landtagswahlen konnte erst im April eine neue OSZE-Delegation bestimmt werden. Deshalb nahmen an der jährlich in Wien stattfindenden Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE vom 24. bis 25. Februar 2005 noch die ehemaligen Delegationsmitglieder Renate Wohlwend und Ingrid Hassler-Gerner teil.

An der 14. Jahrestagung in Washington vom 1. bis 5. Juli 2005 wurde Liechtenstein erstmals durch die neu gewählten Mitglieder Doris Beck und Josy Biedermann vertreten. Hauptthema dieser Sitzung war der 30. Jahrestag der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki. Die jährlich stattfindende Herbsttagung der OSZE PV, an der wiederum die Abgeordneten Doris Beck und Josy Biedermann teilnahmen, fand vom 7. bis 10. Oktober 2005 in Sveti Stefan, Montenegro, statt. An dieser Sitzung wurde die Thematik «Democracy and Good Governance in Multi-Ethnic-Societies as a Basis for Stability and Security» erörtert.

Interparlamentarische Union (IPU)

Als Mitglieder der liechtensteinischen Delegation bei der Parlamentarischen Union gehörten im Berichtsjahr Landtagspräsident Klaus Wanger als Delegationsleiter, die Abgeordneten Claudia Heeb-Fleck, Rudolf Lampert und Roland Büchel an.

Vom 31. März bis 8. April 2005 fand die 112. Konferenz der IPU in Manila, Philippinen, statt. An dieser Konferenz wurden im Besonderen folgende Themen debattiert:

- Auswirkungen internationaler und nationaler Politiken auf die Stellung der Frauen;
- Bedeutung der Menschenrechte für die Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung und die Behandlung der HIV/Aids-Epidemie;
- Durchsetzung von Gerichtsentscheiden bei Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Terrorismus;
- Die Rolle der Parlamente bei der Verhütung von Naturkatastrophen und dem Schutz besonders verwundbarer Gruppen.

Die liechtensteinische Delegation sah aufgrund der mit dem Legislaturwechsel verbundenen besonderen Situation (Ausscheiden zweier Delegationsmitglieder aus dem Landtag) von einer Konferenzteilnahme ab.

Das zweite Jahrestreffen der IPU (113. Konferenz) wurde vom 17. bis 19. Oktober 2005 in Genf durchgeführt. An diesem Treffen war die liechtensteinische IPU-Delegation in ihrer neuen Mitgliederzusammensetzung vertreten. Haupttraktanden dieser Konferenz waren unter anderem:

- Die finanzielle Situation der IPU per 2004;
- Programm und Budget der IPU per 2005;
- Die Rolle der Parlamente und der Medien im Hinblick

grösstmöglicher Objektivität bei öffentlicher Berichterstattung, im Besonderen in Bezug auf bewaffnete Konflikte und im Kampf gegen den internationalen Terrorismus;

- Migration und Entwicklung;
- Die Wichtigkeit der Zivilgesellschaft;
- Wahl des IPU-Präsidenten für die nächsten drei Jahre.

Parlamentarier-Kommission Bodensee

In den Sitzungen der Parlamentarier-Kommission Bodensee treffen sich Parlamentarier aus Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Appenzell, Schaffhausen, Thurgau, Zürich und Liechtenstein. Im Berichtsjahr wurde der liechtensteinische Landtag durch Landtagspräsident Klaus Wanger, Landtagsvizepräsident Ivo Klein und die Abg. Andrea Matt vertreten. Die Parlamentarische-Kommission Bodensee bildet ein Forum mit der Aufgabe und dem Ziel, in einem zweimal jährlich durchgeführten Informations- und Meinungsaustausch grenzüberschreitende Probleme zu erörtern, gemeinsame Lösungen anzustreben und sich über ihre Mitglieder in den Parlamenten für die Umsetzung einzusetzen.

Die 23. Sitzung der Parlamentarier-Kommission Bodensee fand am 18. März 2005 auf der Insel Mainau statt. Im Mittelpunkt dieser Tagung standen die Themen «Verkehrsverbindungen und NEAT-Zulaufstrecken – Prioritäten und Umsetzung» und «EURES-Bodensee». Die EURES-Grenzpartnerschaften haben eine klar arbeitsrechtliche Ausrichtung und in diesem Sinne einen Informations- und Vermittlungsauftrag. Sie sollen dafür sorgen, dass die Landesgrenzen keine Arbeitsmarktgrenzen mehr darstellen.

Die 24. Sitzung wurde am 28. Oktober 2005 im Pfahlbaumuseum Unteruhldingen durchgeführt. Neben traditionellen Standardtraktanden wie die Arbeit des Bodenseerates und der Internationalen Bodenseekonferenz wurde das Thema «Grenzüberschreitender Tourismus am Bodensee – neue Aktivitäten» als Tagungshöhepunkt abgehandelt.

Landtagssekretariat

Das Landtagssekretariat hat seinen Betrieb im Jahre 1990 aufgenommen, obwohl der Landtag als Institution bereits 1818 geschaffen wurde. Erst seit diesem Zeitpunkt existiert ein eigentlicher Parlamentsdienst in Liechtenstein. Heute besteht das Landtagssekretariat aus dem Landtagssekretär, seiner Stellvertreterin, zwei Vollzeitangestellten und zwei Teilzeit-Mitarbeiterinnen. Der Aufgabenbereich des Sekretariats, der in der Geschäftsordnung des Landtags näher umschrieben ist, besteht in der Betreuung des Präsidenten, der Abgeordneten und der Kommissionen und Delegationen des Landtags. Der Arbeitsanfall ist seit Bestehen des Landtagssekretariats sehr stark angewachsen.

Die aufgrund der Neuwahlen aktualisierten Landtagsbroschüren (in deutscher und englischer Sprache) können kostenlos beim Landtagssekretariat angefordert werden. Interessierte haben zudem die Möglichkeit, weitere

Informationen auf der ebenfalls aktualisierten Homepage des Landtags unter «www.landtag.li» einzusehen.

Eröffnungssitzung vom 14. April 2005

- Thronrede S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein eröffnet die Landtagssession und richtet die Thronrede an die Landtagsabgeordneten.
- Bestellung der Wahlaktenprüfungskommission
In die Wahlaktenprüfungskommission werden die Abgeordneten Rudolf Lampert und Marlies Amann-Marxer (Prüfung der Wahlakten für den Wahlkreis Oberland) sowie die Abgeordneten Elmar Kindle und Jürgen Beck (Prüfung der Wahlakten für den Wahlkreis Unterland) bestellt.
- Validierung der Landtagswahlen und der Wahl seiner Mitglieder
Die Gültigkeit der Landtagswahlen vom 13. März 2005 und der Wahl der Mitglieder des Landtags wird festgestellt.
- Vornahme der Vereidigung durch S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
Die Landtagsabgeordneten und die stellvertretenden Abgeordneten legen den Eid vor S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein ab, unterzeichnen das Vereidigungsprotokoll und erhalten die Wahlurkunde.
- Ansprache des Alterspräsidenten Klaus Wanger
- Wahl des Landtagspräsidenten
Abg. Klaus Wanger, 9494 Schaan
- Wahl des Landtagsvizepräsidenten
Abg. Ivo Klein, 9493 Mauren
- Wahl der Schriftführer
Abg. Wendelin Lampert, 9497 Triesenberg
Abg. Heinz Vogt, 9495 Triesen
- Wahl der Aussenpolitischen Kommission (APK)
Landtagspräsident Klaus Wanger, 9494 Schaan, Vorsitz
Abg. Marlies Amann-Marxer, 9492 Eschen
Abg. Alois Beck, 9494 Schaan
Abg. Harry Quaderer, 9494 Schaan
Abg. Paul Vogt, 9496 Balzers
- Wahl der Finanzkommission (FKO)
Abg. Johannes Kaiser, 9493 Mauren, Vorsitz
Landtagsvizepräsident Ivo Klein, 9493 Mauren
Abg. Pepo Frick, 9494 Schaan
Abg. Elmar Kindle, 9495 Triesen
Abg. Günther Kranz, 9492 Eschen
- Wahl der Geschäftsprüfungskommission (GPK)
Abg. Heinz Vogt, 9495 Triesen, Vorsitz
Abg. Doris Frommelt, 9494 Schaan
Abg. Rudolf Lampert, 9493 Mauren
Abg. Andrea Matt, 9493 Mauren
Abg. Gebhard Negele, 9495 Triesen
- Wahl der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
Abg. Renate Wohlwend, 9488 Schellenberg, Delegationsleiterin
Abg. Gebhard Negele, 9495 Triesen
Abg. Doris Frommelt, 9494 Schaan (Stellvertreterin)
Stv. Abg. Rony Bargetze, 9490 Vaduz (Stellvertreter)

- Wahl der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE
Abg. Doris Beck, 9491 Ruggell, Delegationsleiterin
Abg. Josy Biedermann, 9498 Planken
Abg. Marlies Amann-Marxer, 9492 Eschen (Stellvertreterin)
Abg. Doris Frommelt, 9494 Schaan (Stellvertreterin)
- Wahl der Delegation bei den Parlamentarierkomitees der EFTA- und EWR-Staaten
Abg. Franz Heeb, 9487 Gamprin, Delegationsleiter
Stv. Abg. Henrik Caduff, 9496 Balzers
Stv. Abg. Adrian Gstöhl, 9492 Eschen (Stellvertreter)
Stv. Abg. Alexander Marxer, 9486 Schaanwald (Stellvertreter)
- Wahl der Delegation bei der Parlamentarier-Kommission Bodensee
Landtagspräsident Klaus Wanger, 9494 Schaan, Delegationsleiter
Landtagsvizepräsident Ivo Klein, 9493 Mauren
Abg. Andrea Matt, 9493 Mauren
- Wahl der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU)
Landtagspräsident Klaus Wanger, 9494 Schaan, Delegationsleiter
Abg. Jürgen Beck, 9490 Vaduz
Abg. Rudolf Lampert, 9493 Mauren
Stv. Abg. Claudia Heeb-Fleck, 9494 Schaan
- Wahl der EWR-Kommission
Abg. Arthur Brunhart, 9496 Balzers, Vorsitz
Abg. Andrea Matt, 9493 Mauren
Abg. Renate Wohlwend, 9488 Schellenberg
- Wahl der Mitglieder der Baukommission «Landtagsgebäude»
Landtagspräsident Klaus Wanger, 9494 Schaan
Abg. Jürgen Beck, 9490 Vaduz
Abg. Rudolf Lampert, 9493 Mauren
Abg. Harry Quaderer, 9494 Schaan
Abg. Paul Vogt, 9496 Balzers
- Wahl der Mitglieder des Richterauswahlgremiums
Abg. Arthur Brunhart, 9496 Balzers
Abg. Markus Büchel, 9491 Ruggell
Abg. Paul Vogt, 9496 Balzers

Öffentliche Landtagssitzung vom 21. April 2005

- Eröffnung
- Erklärung des Rücktrittes des Abg. Hugo Quaderer - gemäss Volksrechtesgesetz, Art. 63 Abs. 2 - sowie Bestätigung im Sinne von Art. 63 Abs. 2 Volksrechtesgesetz, den stv. Abg. Henrik Caduff als ordentliches Mitglied des Landtages für gewählt zu erklären
Der Rücktritt des Abg. Hugo Quaderer, Schaan, wird zur Kenntnis genommen und der stv. Abg. Henrik Caduff, Balzers, als ordentlicher Abgeordneter für gewählt erklärt.
- Bestätigungswahl und Vereidigung von Roland Büchel als stv. Abgeordneter – gemäss Volksrechtesgesetz, Art. 60 Abs. 2
Roland Büchel, Schaan, wird als stellvertretender Abgeordneter für gewählt erklärt und vereidigt.

- Rücktritt des Abg. Jürgen Beck als Mitglied der Delegation bei der Interparlamentarischen Union IPU sowie Wahl des stv. Abg. Roland Büchel als Mitglied in diese Delegation
Der Rücktritt des Abg. Jürgen Beck als Mitglied der Delegation bei der IPU wird zur Kenntnis genommen und der stv. Abg. Roland Büchel als Mitglied in diese Delegation gewählt.
- Wahl der Regierung
Der Landtag schlägt S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein zur Ernennung in die Regierung vor:
Regierungschef: Hasler Otmar, 9487 Bendern
Regierungschef-
Stellvertreter: Tschüscher Klaus, 9491 Ruggell
Regierungsräte: Kieber-Beck Rita, 9493 Mauren
Meyer Martin, 9494 Schaan
Quaderer Hugo, 9494 Schaan

Regierungsrat-
Stellvertreter: Batliner-Elkuch Ursula, 9485 Nendeln
Lins-Sele Heike, 9497 Triesenberg
Müssner Renate, 9485 Nendeln
Pedrazzini Mauro, 9492 Eschen
Schürmann Patrick, 9490 Vaduz
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 24./25./26. November 2004
Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 15./16./17. Dezember 2004
Das Protokoll wird genehmigt.
- Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates der Liechtensteinischen Landesbank AG
Gewählt werden als
Präsident: Vogt Erwin, Kartennaweg 13, 9490 Vaduz

Mitglieder: Lic.oec. HSG Elkuch Helmuth, CH-4312 Magden
Betr.oec. HWV Frommelt Peter Harald, 9490 Vaduz
Dr.iur. Ritter Michael, 9492 Eschen
Die Mandatsdauer für den Präsidenten und die gewählten Mitglieder wird auf 4 Jahre (2005 - 2009) festgelegt.
- Abkommen vom 7. Dezember 2004 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Gemeinschaft über Regelungen, die den in der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen festgelegten Regelungen gleichwertig sind (Zinsbesteuerungsabkommen), sowie die Schaffung des Gesetzes zum Zinsbesteuerungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft vom 7. Dezember 2004 (Zinsbesteuerungsgesetz) (Nr. 3/2005), 1. Lesung
Dem Abkommen wird die Zustimmung erteilt und die Gesetzesvorlage in 1. Lesung beraten.
- Öffentliche Landtagssitzung vom 18./19. Mai 2005**
- Eröffnung
- Genehmigung des Protokolls der Eröffnungssitzung des Landtages vom 14. April 2005
Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 21. April 2005
Das Protokoll wird genehmigt.
- Interpellation zur Zusammenarbeit von Landesfürst und Regierung der Abgeordneten Paul Vogt und Andrea Matt vom 25. April 2005
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Wahl eines Mitglieds der Beschwerdekommision der Finanzmarktaufsicht (Demissionserklärung des bisherigen Mitglieds)
Für die Mandatsperiode 2005 - 2009 wird als Mitglied bestellt: Herbert Kind, Hofgasse 280, 9491 Ruggell.
- Wahl eines Ersatzmitglieds der Beschwerdekommision der Finanzmarktaufsicht
Für die Mandatsperiode 2005 - 2009 wird als Ersatzmitglied bestellt:
Michaela Wildhaber, Jägerweg 5, 9490 Vaduz.
- Entschädigung der Mitglieder der Beschwerdekommision der Finanzmarktaufsicht (Nr. 4/2005)
Die Entschädigung wird gemäss RA 2005/137-7408 vom 5.4.2005 genehmigt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (I/2005) (Nr. 9/2005)
Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen gemäss Bericht und Antrag Nr. 9/2005 werden bewilligt und der Finanzbeschluss als dringlich erklärt.
- Subventionierung der Erweiterung des Rheinparkstadions Vaduz (Nr. 11/2005)
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Anfrage des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
– Fussball-Europameisterschaft 2008
- Anfrage des Abg. Rudolf Lampert:
– Tarifsysteem Tarmed/Einführung
- Anfragen der Abg. Andrea Matt:
– Luftqualität im Unterland
– Letzestrassentunnel/Umweltverträglichkeitsprüfung
– Höchstgeschwindigkeit Gamprin/Ruggellerstrasse
– Funktion der stellvertretenden Regierungsrätinnen und Regierungsräte
- Anfrage des Abg. Heinz Vogt:
– Finanzierung Buslinie 11 (Sevelen-Vaduz)
- Anfragen der Abg. Josy Biedermann:
– Staatliche Mittel für Entwicklungszusammenarbeit
– Schutz unserer Mitwelt
- Anfragen des Abg. Henrik Caduff:
– Bevorzugung öffentlicher Verkehr gegenüber Individualverkehr
– Verkehrstechnische Verbesserungen bei Bahnübergängen in Schaan
– Mitführen von Sicherheits- bzw. Warnwesten im Fahrzeug
– Regierungskommission «Regionale Verkehrsplanung» und die Arbeitsgruppe «Regionale Verkehrsplanung auf Beamtenebene»
– Letzetunnel
– Bewerbung Liechtenstein-Takt bei Arbeitspendlern
– Reorganisation der Philatelie in Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Peter Lampert:
– Mountainbikestrecken/Beschilderungen

- Anfragen des Abg. Günther Kranz:
 - Termin In-Kraft-Treten des Gesetzes über Hundehaltung und Hundesteuer
 - Informatiklösung für die liechtensteinische Steuerverwaltung
 - Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
 - Medikamentenpreise/Massnahmen zur Kostenstabilisierung
 - Taxpunktwerte bei Tarmed
 - Anfragen der Abg. Doris Beck:
 - Stiftung Image Liechtenstein
 - Informationstafeln bei öffentlichen Baustellen
 - Linienkonzept der LBA
 - Anfrage des Abg. Alois Beck:
 - Projekt Vorbeugung der Kurzsichtigkeit bei Kindern und Jugendlichen
 - Anfragen der Stv. Abg. Claudia Heeb-Fleck:
 - Praktikantinnen/Praktikanten in der FL-Landwirtschaft
 - Regierungsprogramm der neuen Koalitionsregierung
 - Parkplatzbewirtschaftung/Mobilitätsmanagement bei der Landesverwaltung
 - Anfragen des Abg. Pepo Frick:
 - Umfahrungsstrasse in Schaan
 - Neuanstellung Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierung
 - Analyse/Studie zum Sozialstaat Liechtenstein
 - Mitwirkungsgesetz für Arbeitnehmer
 - Mediengesetz (MedienG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Gesetz über den Liechtensteinischen Rundfunk, Gesetz betreffend die Errichtung einer liechtensteinischen Landesbibliothek, Gesetz über die Information der Bevölkerung (Informationsgesetz), Gesetz über den elektronischen Geschäftsverkehr (Nr. 6/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden erneut in 1. Lesung beraten.
 - Gesetz über die Notifikation von Normen und technischen Vorschriften (EWR-Notifikationsgesetz; EWR-NotifG), (Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und Richtlinie 98/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juli 1998 zur Änderung der Richtlinie 98/34/EG über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften) (Nr. 7/2005), 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Totalrevision des Gesetzes vom 3. Mai 1996 über Investmentunternehmen, 2. Lesung, sowie Abänderung des Postgesetzes und Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts, 1. + 2. Lesung (Nr. 2/2005)
Die Gesetzesvorlage zur Totalrevision des Investmentunternehmensgesetzes wird in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet. Die Gesetze zur Abänderung des Postgesetzes und zur Abänderung des PGR werden in 1. und 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
 - Neufassung des Vermessungsgesetzes, Abänderung des Sachenrechtes, Abänderung des Grundverkehrsgesetzes, Abänderung des Beschwerdekommis-sionsgesetzes (Nr. 10/2005), 2. Lesung.
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Gesetz zum Zinsbesteuerungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft vom 7. Dezember 2004 (Zinsbesteuerungsgesetz) (Nr. 3/2005), 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Kenntnisnahme der Anlagen I und II zum Zollvertrag (Stand: 30. Juni 2004), LGBl. 2004 Nr. 279
Die bereinigten Anlagen I und II zum Zollvertrag werden zur Kenntnis genommen.
 - Beschluss Nr. 149/2004 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2004/72/EG der Kommission vom 29. April 2004 zur Durchführung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates - Zulässige Marktpraktiken, Definition von Insider-Informationen in Bezug auf Warenderivate, Erstellung von Insider-Verzeichnissen, Meldung von Eigengeschäften und Meldung verdächtiger Transaktionen) (Nr. 5/2005)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
 - Zusammenfassung des Schlussberichtes der Unabhängigen Historikerkommission / Bericht und Stellungnahme der Regierung zu den Ergebnissen der Untersuchungen der Unabhängigen Historikerkommission
Die Information wird zur Kenntnis genommen.
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
- Öffentliche Landtagssitzung vom 15./16./17. Juni 2005**
- Eröffnung
 - Motion zur Revision des Berufsbildungsgesetzes vom 23. Mai 2005 der Abgeordneten Pepo Frick, Andrea Matt und Paul Vogt
Die Motion wird an die Regierung überwiesen.
 - Interpellation betreffend Gesamtverkehrskonzept und Verkehrserhebungsdaten vom 23. Mai 2005 der Abgeordneten Henrik Caduff und Andrea Matt
Die Interpellation wird an die Regierung weitergeleitet.
 - Wahl der Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten
Für die Mandatsperiode 2005 - 2009 werden bestellt:
Präsident: Christian Ritter, Egga 845, 9497 T`berg
Vizepräsident: Daniel Tschikof, Kirchstrasse 277, 9491 Ruggell
Mitglieder: Gerald Marxer, Speckemahd 40, 9493 Mauren
Christian Näff, Meierhofstrasse 122, 9495 Triesen
Dagobert Oehri, Im Bretscha 27a, 9494 Schaan
Ersatzmitglieder: Eric Marxer, St.-Markus-Gasse 2, 9490 Vaduz
Roger Quaderer, Eschner Strasse 29, 9494 Schaan

- Wahl einer Landtagskommission betreffend Dialog mit den Vertretern der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
In diese Kommission werden bestellt:
Landtagspräsident Klaus Wanger (Vorsitz)
Landtagsvizepräsident Ivo Klein
Abg. Markus Büchel
Abg. Gebhard Negele
Abg. Paul Vogt
- Verpflichtungs- und Nachtragskredit für die Verwendung von eingezogenen Vermögenswerten aus einem Strafverfahren wegen Betäubungsmitteldelikten (Nr. 12/2005)
Der Verpflichtungs- und der Nachtragskredit wird genehmigt.
- Anfragen des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein
 - Informationspolitik der Regierung
 - Fuss- und Radweg entlang der ÖBB-Linie Schaan-Nendeln
 - Basel II - Eigenkapitalvereinbarungen für Banken
 - Koordination von Baustellen bei Landesstrassen
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
 - Gewässerentwicklungskonzept der Esche
- Anfrage des Abg. Franz Heeb:
 - Arbeitskräfte aus dem Europäischen Wirtschaftsraum
- Anfragen des Abg. Günther Kranz:
 - Sanierung an der Churerstrasse in Nendeln
 - Baugesetz
 - Alpenrhein
- Anfragen des Abg. Peter Lampert:
 - Lehrmittel über das 20. Jahrhundert
 - Fuchstollwut
 - Unaxis
 - Gewerbegesetz, Revision
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
 - Gesundheitssystem/detaillierte Rechnung an Patienten
- Anfrage des Abg. Markus Büchel:
 - Biogasanlage
- Anfrage der Abg. Doris Beck:
 - Versicherungsausschreibungen
- Anfragen des Abg. Paul Vogt:
 - Umsetzung des EWR-Abkommens
 - Gutachten zum Mediengesetz
 - Konkurs FL-Gewerbebetrieb/Auswirkung auf Pensionskasse abteilen
 - Strassenreinigungsmaschinen
- Anfrage des Abg. Heinz Vogt:
 - Neubau des Landtagsgebäudes
- Anfrage des Abg. Jürgen Beck:
 - Alphotel Gaflei/Abbruchmaterial
- Anfragen des Abg. Rudolf Lampert:
 - Neuorganisation der öffentlichen Arbeitsvermittlung
 - Baustellenkoordination/Rheinbrücke Vaduz
- Anfragen der Abg. Andrea Matt:
 - Ruggeller Strasse in Gamprin
 - Bus-Jahresabonnements
 - Europäische Mobilitätswoche
- Anfragen des Abg. Pepo Frick:
 - Tarmed in Liechtenstein
 - Komplementärmedizinische Methoden
- Anfrage der Abg. Josy Biedermann:
 - Mobilfunk
- Anfrage des Abg. Gebhard Negele:
 - Studie im Zusammenhang mit der Schaffung eines Gesetzes zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung
- Anfragen des Abg. Henrik Caduff:
 - LBA-Internetauftritt
 - Massnahmen zur Reduktion der Feinstaubbelastung
 - Nachführung des Gesamtverkehrsmodelles
- Anfragen der Abg. Doris Frommelt:
 - Profilbildung an Schulen
 - Basisstufe
 - Revision Lehrerbeseoldung
- Anfragen des Abg. Alois Beck:
 - Behinderten-Gleichstellungsgesetz
 - Revision Stiftungsrecht
- Anfrage der Abg. Marlies Amann-Marxer:
 - Kommunikation mit fremdsprachigen Eltern
- Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
 - Feuerbrand
- Anfrage des Abg. Arthur Brunhart:
 - Territorialitätsprinzip
- Anfrage des Abg. Henrik Caduff:
 - Bahnübergänge in Schaan
- Nachtragskredite (II/2005) (Nr. 23/2005)
Die Nachtragskredite II/2005 werden bewilligt und der Finanzbeschluss als dringlich erklärt.
- Bauliche Sofortmassnahmen beim Polizeigebäude in Vaduz (Nr. 25/2005)
Der Verpflichtungskredit in Höhe von CHF 1 460 000 wird genehmigt.
- Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden (Abänderung der entsprechenden Spezialgesetze) (Nr. 26/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Rechenschaftsbericht 2004 der Regierung (Nr. 8/2005)
Der Rechenschaftsbericht 2004 wird genehmigt und der Regierung, den Beamten und Angestellten Dank für die geleisteten Dienste ausgesprochen.
- Genehmigung der Landesrechnung für das Jahr 2004 (Nr. 18/2005)
Die Landesrechnung wird genehmigt und dem Finanzbeschluss über die Deckung des Aufwandüberschusses von CHF 11 664 705 aus den übrigen Eigenmitteln zugestimmt.
- Bericht über die Justizpflege 2004 des Fürstlichen Landgerichtes (Nr. 28/2005)
Der Justizpflegebericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2004 der Liechtensteinischen Landesbank AG (Nr. 14/2005)
Der Geschäftsbericht 2004 wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2004 der Liechtenstein Bus Anstalt (Nr. 15/2005)

- Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen, die Jahresrechnung 2004 genehmigt und den verantwortlichen Organen unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
- Jahresbericht und Jahresrechnung 2004 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF) (Nr. 16/2005)
Die Jahresrechnung 2004 wird genehmigt.
Die Regierung wird beauftragt, entsprechend den Vorgaben des Landtags bis Ende August 2005 Massnahmen mit den Verantwortlichen von Radio Liechtenstein zu definieren, um das Budget 2005 einhalten zu können.
Der Jahresbericht 2004 wird genehmigt.
 - Änderung des Elektrizitätsmarktgesetzes (Schaffung einer Übergangsbestimmung zum Rechnungslegungserfordernis), 1. und 2. Lesung (Nr. 33/2005)
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
 - Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2004 der Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 19/2005)
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen, die Jahresrechnung 2004 vorbehaltlich des Inkrafttretens der Übergangsbestimmung (Art. 42 Abs. 4 EMG) genehmigt, dem Antrag des Verwaltungsrates über die Gewinnverwendung zugestimmt und den verantwortlichen Organen unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
 - Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2004 der Liechtensteinischen Gasversorgung (Nr. 20/2005)
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen, die Jahresrechnung 2004 genehmigt und den verantwortlichen Organen unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
 - Geschäftsbericht 2004 der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 21/2005)
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2004 werden zur Kenntnis genommen.
 - Jahresbericht 2004 der Alters- und Hinterlassenenversicherung, Invalidenversicherung und Familienausgleichskasse (Nr. 22/2005)
Der Jahresbericht 2004 wird zur Kenntnis genommen, die Verwaltungskostenrechnung 2004 genehmigt und den verantwortlichen Organen unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
 - Bericht der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die Session 2004
Der Jahresbericht 2004 wird zur Kenntnis genommen.
 - Bericht der Delegation für die EFTA/EWR-Parlamentarierkomitees für das Jahr 2004
Der Jahresbericht 2004 wird zur Kenntnis genommen.
 - Bericht der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) für das Jahr 2004
Der Jahresbericht 2004 wird zur Kenntnis genommen.
 - Abänderung des Ärztegesetzes (Initiative zur Abänderung des Ärztegesetzes vom 25.11.2004 der Abgeordneten Marco Ospelt und Dorothee Laternser), 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit einer Änderung verabschiedet.
 - Protokoll Nr. 14 vom 13. Mai 2004 zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten über die Änderung des Kontrollsystems der Konvention (Nr. 13/2005)
Dem Protokoll wird die Zustimmung erteilt.
 - Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Republik Libanon vom 24. Juni 2004 (Nr. 17/2005)
Dem Freihandelsabkommen wird die Zustimmung erteilt.
 - Vorprüfung der angemeldeten Volksinitiative des Komitees «Für das Leben» zur Abänderung von Art. 14 der Landesverfassung (Nr. 32/2005)
Der Vorprüfungsbericht der Regierung wird zur Kenntnis genommen und die Volksinitiative als zulässig befunden und zur Unterschriftensammlung zugelassen.
 - Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Jahr 2006 (Nr. 31/2005)
Der Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Bemessungsjahr 2006 gemäss Art. 24a Abs. 2 KVG wird auf CHF 43,0 Mio. festgelegt.
 - Abänderung des Baugesetzes betreffend die Bewilligung von Beschneiungsanlagen (Nr. 24/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Sanitätsgesetzes (Nr. 29/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Abänderung des Tierschutzgesetzes (Nr. 30/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
 - Verzicht auf das Erfordernis der liechtensteinischen Staatsbürgerschaft für die Aufnahme von vier Kriminalpolizisten bei der Landespolizei/Abänderung des Polizeigesetzes (Nr. 27/2005)
Punkt 1 und 2 des Berichts und Antrags der Regierung werden zugestimmt. Punkt 3 (1. Lesung Abänderung Polizeigesetz) wird von der Regierung zurückgezogen.
 - Information der Regierung über das Schengen/Dublin-Abkommen
Die Information wird zur Kenntnis genommen.
 - Beantwortung der Kleinen Anfragen
- Öffentliche Landtagssitzung vom 21./22./23. September 2005**
- Eröffnung
 - Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 18./19. Mai 2005
Das Protokoll wird genehmigt.
 - Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 15./16./17. Juni 2005
Das Protokoll wird genehmigt.
 - Petition der «AKTION WIR TEILEN» betreffend «AIDS in Afrika, Medikamente und Prävention - für ALLE» vom 15. Juni 2005
Die Petition wird an die Regierung weitergeleitet.
 - Formuliertes Initiativbegehren des Komitees «Für das Leben» zur Abänderung von Art. 14 der Landesverfassung

- sung und Gegenvorschlag zum formulierten Initiativbegehren des Komitees «Für das Leben» zur Abänderung von Art. 14 der Landesverfassung der Abgeordneten Doris Beck und Markus Büchel vom 26. August 2005 (Nr. 40/2005)
Das formulierte Initiativbegehren des Komitees erhält keine Zustimmung und wird zur Anberaumung einer Volksabstimmung an die Regierung überwiesen.
- Interpellation betreffend Fahrzeuge der Landesverwaltung der Abgeordneten Andrea Matt, Pepo Frick und Paul Vogt vom 29. August 2005
Die Interpellation wird an die Regierung weitergeleitet.
 - Interpellationsbeantwortung betreffend die Zusammenarbeit zwischen Landesfürst und Regierung (Nr. 56/2005)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
 - Ersatzwahl eines Mitgliedes (Vizepräsident) in die Medienkommission für die restliche Mandatsperiode bis 2008
Gewählt wird Helmuth Müssner, Baumschulweg 8, 9485 Nendeln.
 - Ersatzwahl eines Mitgliedes beim Verwaltungsrat der Liechtensteinischen Gasversorgung für die restliche Mandatsperiode bis 12. Dezember 2005
Gewählt wird Harald Sprenger, Meierhofstrasse 18, 9495 Triesen.
 - Anfragen des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
 - Ausschreibung zur Leerung von Kiessammlern
 - Alpenrhein - Lebensraum für Fische
 - Liechtensteinischer Rundfunk - Verwaltungsratsshonorare
 - Lärmschutz entlang von Bahnstrecken
 - Rechtsextremismus in Liechtenstein
 - Anfragen des Abg. Johannes Kaiser:
 - Südumfahrung Feldkirch - Letzetunnel
 - Mediengesetz
 - Anfrage des Abg. Alois Beck:
 - Umsetzung der Agrarpolitik
 - Anfragen des Abg. Henrik Caduff:
 - Bahnübergänge in Schaan
 - finanzielle Kompetenzen der Regierungsmitglieder und Amtsleiter
 - Zukunftsbüro Liechtenstein
 - Anfragen des Abg. Heinz Vogt:
 - Rauschbrand
 - Linienbusverkehr nach Malbun
 - Verfahrenshilfe bei Mediationsverfahren
 - solidarische Haftung von Vereinsmitgliedern
 - Anfragen des Abg. Pepo Frick:
 - Klimarappen
 - Kyoto-Protokoll
 - Arztrechnungen/Zustellung der Rechnungskopien an die Versicherten
 - internationales Telefonsexgeschäft
 - Anfragen des Abg. Harry Quaderer:
 - HIV-Test
 - Internationaler Liechtensteiner Presseklub
 - Anfragen des Abg. Wendelin Lampert:
 - Einführung des Tarmed in Liechtenstein
 - Gesundheitskosten
 - Anfrage des Abg. Arthur Brunhart:
 - Koppelung des Gas- und Ölpreises
 - Anfragen des Abg. Jürgen Beck:
 - Notfall- und Krisenmanagement bei Unwetterkategorien
 - Visumerfordernis für Thailand
 - Anfragen des Abg. Günther Kranz:
 - Entwicklung der Mehrwertsteuersätze
 - Reform der KV-Ausbildung
 - Anfrage der Abg. Josy Biedermann:
 - Trinkwasser in Liechtenstein
 - Anfragen der Abg. Andrea Matt:
 - Sexualkundeunterricht an den weiterführenden Schulen
 - Füchse in den Dörfern
 - Bahnweg in Schaanwald
 - Anfrage der Abg. Doris Frommelt:
 - Bau des Schulzentrums Mühleholz II
 - Anfragen der Abg. Doris Beck:
 - Überarbeitung der Gerichtsorganisation
 - Richteramtsanwärter
 - Richter für den Gerichtshof für Menschenrechte
 - Anfragen des Abg. Gebhard Negele:
 - Wildtierfütterung
 - Lärmbelästigung durch Private
 - Firma Ferdi Frick AG
 - Wahl der Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes (VGH)
S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein werden zur Ernennung in Vorschlag gebracht:
Ordentliche Richter:
 - lic.iur. et lic.oec. Andreas Batliner, Kriesebrogg 6, 9488 Schellenberg
 - Dr. Christian Batliner, Bergstrasse 45, 9495 Triesen
 - Univ.-Doz. Dr. Peter Bussjäger, Mokrystrasse 15, A-6700 Bludenz
 - Dr. Kuno Frick, Taleze 13, 9496 Balzers
 - lic.iur. Marion E. Seeger, Lettgräbli 5, 9490 Vaduz
 - Ersatzrichter:
 - Christa Bechter-Erni, Landstrasse 140, 9495 Triesen
 - lic.iur. LLM Christoph Büchel, Feldstrasse 11, 9490 Vaduz
 - lic.iur. Pius Heeb, Im Wingert 16, 9494 Schaan
 - Siglinde Marxer, Im Böschfeld 15, 9492 Eschen
 - Marie-Louise Stoffel-Büchel, Landstrasse 143, 9491 Ruggell.
 - Verkauf des Landeswerkhofes an die Gemeinde Vaduz, teilweise Umwidmung des Wille/Wimag-Areals als multifunktionaler Landeswerkhof und Genehmigung eines Verpflichtungskredites zur Realisierung eines multifunktionalen Landeswerkhofes (Nr. 47/2005)

- Dem Verkauf wird zugestimmt und der Verpflichtungskredit zur Realisierung eines multifunktionalen Landeswerkhofes genehmigt.
- Verkauf der Liegenschaft Rietacker in Schaan an die Liechtensteinische Gasversorgung (Nr. 48/2005)
Dem Verkauf wird zugestimmt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (III/2005) (Nr. 55/2005)
Die beantragten Nachtragskredite und die Kreditüberschreitung werden bewilligt und der Finanzbeschluss als dringlich erklärt.
- Ausrichtung eines Sonderbeitrages des Landes an die Gewerbe- und Wirtschaftskammer (GWK) für die Jahre 2005 und 2006 (Übergangsfinanzierung) (Nr. 57/2005)
Der Sonderbeitrag wird genehmigt.
- Ausrichtung eines Sonderbeitrages des Landes an den Liechtensteinischen Arbeitnehmer/Innenverband (LANV) für die Jahre 2005 und 2006 (Nr. 58/2005)
Der Sonderbeitrag wird genehmigt.
- Jahresbericht 2004 der Delegation bei der Parlamentarier-Kommission Bodensee
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2004 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU)
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen, ÖAWG) und Abänderung des Beschwerdekommmissionsgesetzes (Nr. 36/2005), 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
- Schaffung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren, ÖAWSG) und Abänderung des Beschwerdekommmissionsgesetzes (Nr. 37/2005), 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
- Abänderung des Baugesetzes betreffend die Bewilligung von Beschneigungsanlagen (Nr. 59/2005), 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit einer Änderung verabschiedet.
- Abänderung des Sanitätsgesetzes (Nr. 41/2005), 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Tierschutzgesetzes (Nr. 49/2005), 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
- Kenntnisnahme der Anlagen I und II zum Zollvertrag (Stand 31. Dezember 2004); LGBl. 2005 Nr. 117
Die bereinigten Anlagen I und II zum Zollvertrag werden zur Kenntnis genommen.
- Beschluss Nr. 65/2005 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente, zur Änderung der Richtlinien 85/611/EWG und 93/6/EWG des Rates und der Richtlinie 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 93/22/EWG des Rates [ISD 2-Richtlinie; MiFID] (Nr. 35/2005)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 64/2005 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses [Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission vom 29. April 2004 zur Umsetzung der Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die in Prospekten enthaltenen Informationen sowie das Format, die Aufnahme von Informationen mittels Verweis und die Veröffentlichung solcher Prospekte und die Verbreitung von Werbung] (Nr. 38/2005)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 70/2005 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie Nr. 2004/25/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 betreffend Übernahmeangebote) (Nr. 39/2005)
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Abänderung des Gesetzes über die Mehrwertsteuer (Art. 33a MWStG) (Nr. 34/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Invalidenversicherung (Anpassung der Beitragssätze) (Nr. 42/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Teilrevision des Gesetzes über die obligatorische Unfallversicherung, 1. und 2. Lesung (Nr. 43/2005)
Die Gesetzesvorlage wird in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge sowie Abänderung der Konkursordnung (Nr. 44/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts vom 20. Januar 1926 (PGR) (Nr. 46/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Gesetzes über die Vermögensverwaltung (Vermögensverwaltungsgesetz; VVG) und Abänderung damit verbundener weiterer Gesetze (Nr. 53/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über das liechtensteinische Postwesen (Postgesetz, PG) sowie Abänderung des Gesetzes über die Errichtung und die Organisation der Liechtensteinischen Post (Postorganisationsgesetz, POG) (Nr. 54/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Totalrevision des Gewerbegesetzes (GewG; LGBl. 1970 Nr. 21) (Nr. 50/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Bericht der Regierung über den UNO-Weltgipfel von September 2005 in New York
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

- Situationsbericht über Radio Liechtenstein
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 28. September 2005

- Abänderung des Gesetzes vom 19. Mai 1999 über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz, URG) (Nr. 51/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Schaffung eines Ausführungsgesetzes und eines Beteiligungsgesetzes zur Europäischen Gesellschaft und Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) sowie weiterer Gesetze (Nr. 52/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Gegenvorschlag zum formulierten Initiativbegehren des Komitees «Für das Leben» zur Abänderung von Art. 14 der Landesverfassung der Abgeordneten Doris Beck und Markus Büchel vom 26. August 2005
Dem Gegenvorschlag des Landtags wird zugestimmt. Das Initiativbegehren wird zur Anberaumung einer Volksabstimmung an die Regierung überwiesen.

Öffentliche Landtagssitzung vom 19./20. Oktober 2005

- Eröffnung
- Nachbestellung eines Ersatzmitgliedes beim Verwaltungsrat der Liechtensteinischen Gasversorgung für die restliche Mandatsperiode bis 12.12.2005
Gewählt wird Hannes-Peter Frommelt, Mühlegarten 420, 9491 Ruggell.
- Interpellationsbeantwortung der Regierung betreffend Gesamtverkehrskonzept und Verkehrserhebungsdaten (Nr. 67/2005)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Botschaft des Landtags betreffend den Gegenvorschlag zum formulierten Initiativbegehren des Komitees «Für das Leben» zur Abänderung von Art. 14 der Landesverfassung der Abgeordneten Doris Beck und Markus Büchel vom 26.8.2005
Der Botschaft wird zugestimmt.
- Ausrichtung eines Sonderbeitrages an die Pensionsversicherung für das Staatspersonal pro 2005 (Nr. 61/2005)
Die Ausrichtung eines Sonderbeitrages von 2% (anstatt 2,5%) der versicherten Besoldung des Staatspersonals an die Pensionsversicherung wird bewilligt.
- Anfragen des Abg. Gebhard Negele:
 - Papier-Auftritt der Landesverwaltung
 - Anstellung Leiter Hochbauamt
 - Landtagsgebäude
- Anfrage des Abg. Franz Heeb:
 - Umweltministertreffen in Liechtenstein
- Anfragen der Abg. Josy Biedermann:
 - Behindertengleichstellungsgesetz
 - KBA – Situation
- Anfrage des Abg. Peter Lampert:
 - Radio Liechtenstein – Meinungsumfrage

- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser:
 - Sportkonzept
- Anfragen des Abg. Henrik Caduff:
 - Bahnübergänge in Schaan
 - Verteilung der Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank
 - Studie Letzetunnel
- Anfragen des Abg. Paul Vogt:
 - Regierungsprogramm
 - Analyse Sozialstaat
 - Radio Liechtenstein/Rücktritte Verwaltungsräte
- Anfragen des Abg. Alois Beck:
 - Behindertengleichstellungsgesetz
 - Bericht und Anträge im Internet
 - APL Academy for Tourism Management
- Anfragen des Abg. Elmar Kindle:
 - GWK
 - Tarmed-Einführung
- Anfragen der Abg. Andrea Matt:
 - Deponie Langmahn/Endgestaltung
 - Areal Mehrzweckgebäude Mauren/illegale Abfallablagerungen
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
 - LKW/LTN – Konkurrenzsituation
- Anfragen der Abg. Renate Wohlwend:
 - Diversion im Strafverfahren
 - Opferhilfegesetz
- Anfragen der Abg. Doris Frommelt:
 - Vogelgrippe
 - LAK und KBA
- Anfrage der Abg. Marlies Amann-Marxer:
 - Brandschutz in öffentlichen Gebäuden
- Anfragen der Stv. Abg. Claudia Heeb-Fleck:
 - Elternurlaub
 - Alkoholgrenze
 - Flüchtlingsbetreuung
- Anfragen des Abg. Günther Kranz:
 - Öffentliches Auftragswesen
 - Poststellen
- Anfrage des Abg. Arthur Brunhart:
 - Deponie in Mauren
- Anfrage des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
 - Naturheilkunde
- Anfrage des Abg. Jürgen Beck:
 - AHV und Zukunftsbüro
- Anfrage des Stv. Abg. Rony Bargetze:
 - Krankenkassenprämien 2006
- Anfragen der Stv. Abg. Adrian Gstöhl:
 - «Business Plan»-Wettbewerb
 - Pensionsversicherung für Teilzeitbeschäftigte
- Anfrage der Abg. Doris Beck:
 - Radio L – Umfrage
- Abänderung des Finanzbeschlusses «Ergänzungskredit für die Fertigstellung des Historischen Lexikons für das Fürstentum Liechtenstein» (Nr. 60/2005)
Der Abänderung des Finanzbeschlusses wird zugestimmt.

- Schaffung eines Mediengesetzes (MedienG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Gesetz über den Liechtensteinischen Rundfunk, Gesetz betreffend die Errichtung einer Liechtensteinischen Landesbibliothek, Gesetz über die Information der Bevölkerung (Informationsgesetz), Gesetz über den elektronischen Geschäftsverkehr (Nr. 68/2005), 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden (Abänderung der entsprechenden Spezialgesetze) (Nr. 62/2005), 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Mehrwertsteuer (Art. 33a MWStG) (Nr. 34/2005), 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Invalidenversicherung (Anpassung der Beitragssätze) (Nr. 42/2005), 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit einer Änderung verabschiedet.
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts vom 20. Januar 1926 (PGR) (Nr. 46/2005), 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über das liechtensteinische Postwesen (Postgesetz, PG) sowie die Abänderung des Gesetzes über die Errichtung und die Organisation der Liechtensteinischen Post (Postorganisationsgesetz, POG), 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
- Abänderung des Schwerverkehrsabgabegesetzes (SVAG) und des Beschwerdekommisionengesetzes (Nr. 45/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Jagdgesetzes (Nr. 63/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches – Arbeitsvertragsrecht (Umsetzung der Richtlinie 96/34/EG - Elternurlaub) (Nr. 64/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches – Arbeitsvertragsrecht (Umsetzung der Richtlinie 1999/70/EG über befristete Arbeitsverträge sowie 97/81/EG und 2001/23/EG) (Nr. 66/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Teilrevision des Gesetzes über die Information und Mitsprache der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben (Mitwirkungsgesetz; MWG), [Umsetzung der Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft und der Richtlinie 1999/70/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zu

- der EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge] (Nr. 65/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 23./24./25. November 2005

- Eröffnung
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 21./22./23. September 2005
Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 28. September 2005
Das Protokoll wird genehmigt.
- Interpellationsbeantwortung betreffend Fahrzeuge der Landesverwaltung (Nr. 71/2005)
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellation der Abgeordneten Paul Vogt, Andrea Matt und Pepo Frick vom 31. Oktober 2005 betreffend illegal abgelagerter Abfälle in Mauren
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Interpellation der Abgeordneten Paul Vogt, Andrea Matt und Pepo Frick vom 31. Oktober 2005 betreffend den Zustand des Waldes
Die Interpellation wird an die Regierung überwiesen.
- Gewährung eines Landesbeitrags an das Liechtenstein-Institut (Nr. 80/2005)
Dem Finanzbeschluss betreffend die Gewährung eines jährlichen, auf vier Jahre befristeten Landesbeitrages von CHF 750 000 an das Liechtenstein-Institut wird zugestimmt.
- Anfragen des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein:
 - Liechtensteinische Krankenkasse LKK
 - WTO-Konferenz in Hongkong
 - Verkehrsbussen aus Geschwindigkeitsüberschreitungen
- Anfragen des Abg. Günther Kranz:
 - Flat Tax
 - TeleNet AG – Werthaltigkeit
 - Sanierung der Gleisanlage im Bahnhof in Nendeln
- Anfragen der Abg. Andrea Matt:
 - LKW-Abfertigung an der Grenze in Schaanwald
 - Deponie Langmahd in Mauren
- Anfragen des Abg. Alois Beck:
 - Wirtschaftsförderung KMU-Kompetenzzentrum
 - Revision des Stiftungsrechts und des Trustrechts
- Anfragen des Abg. Peter Lampert:
 - Weiterentwicklung der GWK
 - Fuchspopulation in Liechtenstein
- Anfragen des Abg. Jürgen Beck:
 - Liechtenstein Dialog
 - Nachprüfung von Fahrzeugen
- Anfragen der Abg. Doris Beck:
 - Verstärkung der diplomatischen Präsenz
 - LTN AG und Telekom FL AG – Personalentwicklung
- Anfrage des Stv. Abg. Rony Bargetze:
 - Liechtensteiner in internationalen Organisationen

- Anfrage der Abg. Renate Wohlwend:
 - Arbeitslosenversicherung
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:
 - Kostenreduktionsmassnahmen im Gesundheitswesen
- Anfragen der Abg. Josy Biedermann:
 - Jagdgesetz
 - Krankenkassenprämien
 - Schwarzarbeit
- Anfragen des Abg. Gebhard Negele:
 - Geschäftsberichte bei Landesbeteiligungen
 - Venedig-Kommission des Europarates
- Anfrage des Stv. Abg. Adrian Gstöhl:
 - Amt für Umweltschutz, Verwaltungsreorganisation
- Anfrage des Abg. Harry Quaderer:
 - USA-Reise Aussenministerin Rita Kieber-Beck
- Anfrage des Abg. Arthur Brunhart:
 - Image Liechtenstein – Wettbewerbs-Slogan
- Anfragen der Abg. Marlies Amann-Marxer:
 - Jugendgesetz
 - Verkehrssicherheit beim Schülertransport
- Anfragen des Stv. Abg. Thomas Gstöhl:
 - Radongas
 - Belastung durch Röntgenstrahlen
 - Grenzwerte Mobilfunk
 - digitales Fernsehen
- Anfragen des Abg. Paul Vogt:
 - gemeinsames Regierungsprogramm
 - unabhängige Pressebeobachtung
- Anfrage des Abg. Markus Büchel:
 - Kleine Anfragen
- Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (IV/2005) (Nr. 81/2005)
Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen (IV/2005) werden genehmigt. Der Finanzbeschluss wird als dringlich erklärt.
- Information zur Liechtensteinischen Rundfunkanstalt LRF (Nr. 90/2005)
Die Information der Regierung wird zur Kenntnis genommen.
- Abberufung des Präsidenten und eines Mitglieds des Verwaltungsrates des Liechtensteinischen Rundfunks LRF
Dem Antrag auf Abberufung des Verwaltungsratspräsidenten Dr. Norbert Seeger, Eschen, und des Verwaltungsratsmitglieds lic.phil. Alexander Batliner, Mauren, wird zugestimmt.
- Voranschlag 2006 des Liechtensteinischen Rundfunks LRF (Nr. 91/2005)
Der Voranschlag 2006 mit einem Landesbeitrag von CHF 1 300 000 wird genehmigt.
- Verwaltungskostenvoranschlag 2006 der AHV/IV/FAK-Anstalten (Nr. 86/2005)
Der Voranschlag 2006 wird genehmigt.
- Voranschlag 2006 der Liechtensteinischen Gasversorgung LGV (Nr. 87/2005)
Der Voranschlag 2006 sowie die Sonderinvestitionen werden genehmigt.
- Voranschlag 2006 der Liechtensteinischen Kraftwerke LKW (Nr. 74/2005)
Der Voranschlag 2006 wird genehmigt.
- Voranschlag 2006 der Liechtenstein Bus Anstalt LBA (Nr. 75/2005)
Der Voranschlag 2006 wird genehmigt.
- Voranschlag 2006 der Finanzmarktaufsicht FMA (Nr. 83/2005)
Der Voranschlag 2006 mit einem Landesbeitrag von CHF 4 078 Mio. wird genehmigt.
- Hochbautenbericht 2005 (Nr. 76/2005)
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Strassenbauprogramm 2006 (Nr. 77/2005)
Dem Antrag der Regierung wird zugestimmt; die Kredite für Strassenverbesserungen und Strassenneubauten in Höhe von CHF 6 Mio. und CHF 400 000 für notwendigen vorsorglichen Bodenerwerb für Strassenverbesserungen und Strassenneubauten werden genehmigt.
- Bestand und Bedarf an Stellen bei der Regierung, der Landesverwaltung, den Gerichten und dem Landtagssekretariat (Stellenplan 2005/2006) (Nr. 78/2005)
Der Schaffung von 8,50 Stellen bei der Regierung, in der Landesverwaltung, den Gerichten und dem Landtagssekretariat wird zugestimmt und die Zuweisung gemäss Stellenplan 2005/2006 zur Kenntnis genommen.
Der Gesamtbestand von 718,55 ständigen Stellen bei der Landesverwaltung und 25,60 Stellen bei den selbstständigen Stiftungen des öffentlichen Rechts per 1.1.2006 wird festgelegt sowie den unveränderten 22,10 Ausgleichsstellen zugestimmt.
- Bestand und Bedarf an Stellen an den liechtensteinischen Schulen (Stellenplan 2006/2007) (Nr. 72/2005)
Die Schaffung von insgesamt 10,1 ständigen Stellen wird bewilligt. Der Abbau von 5,96 (Planzahl) nicht ständigen Stellen wird zur Kenntnis genommen.
- Bericht zur Finanzplanung 2006 - 2010 (Nr. 82/2005)
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Landesvoranschlag und Finanzgesetz für das Jahr 2006 (Nr. 70/2005)
Der Landesvoranschlag wird genehmigt.
Das Finanzgesetz für das Jahr 2006 wird mit Änderungen in 1. und 2. Lesung beraten, verabschiedet und als dringlich erklärt.
Der Landtag erteilt hinsichtlich der Nichteinhaltung der Eckwerte eins, zwei und drei des Finanzleitbildes im Landesvoranschlag 2006 seine Zustimmung.
- Abänderung des Jagdgesetzes, (Nr. 63/2005), 2. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit einer Änderung verabschiedet.
- Wahl der Mitglieder des Obersten Gerichtshofes
Für die Mandatsperiode vom 1.1.2006 bis 31.12.2009 werden S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein zur Ernennung in Vorschlag gebracht:
Präsident: Rück Hansjörg, Dr., Leonhardweg 6, A-6020 Innsbruck
Stellvertreter des Präsidenten: Delle Karth Gert, Dr., Mitterweg 114a, A-6020 Innsbruck

- Richter: Frick Marie-Theres, Dr.,
Im Ganser 4, 9494 Schaan
Hilbe Franz, lic.rer.pol.,
Wangerberg 188, 9497 Triesenberg
Hotz Reinhold, Prof. Dr.,
Rötelistrasse 12, CH-9000 St. Gallen
Ritter Thomas, lic.iur.,
Fürst-Franz-Josef-Str. 356, 9493 Mauren
- Ersatzrichter: Becker Stefan, Dr. LL.M-ULB,
Jägerweg 7, 9490 Vaduz
Hassler-Gstöhl Annemarie,
Rofenbergstrasse 22, 9492 Eschen
Schumacher Hubertus, Univ.Prof. Dr.,
Kaiserjägerstrasse 18, A-6020 Innsbruck
Telser Marcel, lic.iur.,
Am Bach 8, 9495 Triesen
- Wahl der Mitglieder des Obergerichtes, 1., 2. und 3. Senat
Für die Mandatsperiode vom 1.1.2006 bis 31.12.2009
werden S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
zur Ernennung in Vorschlag gebracht:
1. Senat
Vorsitzender des 1. Senates und Präsident des Obergerichtes:
Bizzozero Max., lic.iur.,
Nussbaumweg 13, CH-8887 Mels
- Stellvertreter des Vorsitzenden:
Neudorfer Helmut, Dr.,
Eichbühelweg 24a, A-6840 Götzis
- Richter: Künz Kuno, Dr.,
Egelseestrasse 95b, A-6806 Tosters
Maier-Vogt Edith, Stötz 10,
9496 Balzers
Mündle Anna Rosalinde,
Schellenbergerstr. 16, 9493 Mauren
Sele Hansrudi,
Pradafant 1, 9490 Vaduz
- Ersatzrichter: Eberle Kurt, Stötz 12, 9496 Balzers
Hagen Lothar, Dr.,
Forststrasse 77, A-6890 Lustenau
Oehry Ursula D.,
Badäl 84, 9487 Gamprin
Risch Alexandra,
Eschner Strasse 12, 9494 Schaan
2. Senat
Vorsitzender des 2. Senates und erster Stellvertreter
des Präsidenten:
Fehr Rudolf, lic.iur. et lic.oec.,
Römerstrasse 2, 9485 Nendeln
- Stellvertreter des Vorsitzenden:
Dür Alfons, Dr., Blasenberggasse 29b,
A-6800 Feldkirch
- Richter: Augustin Vincent, Dr.,
Vazerolgasse 2, CH-7000 Chur
Forster Monika, Landstrasse 137,
9495 Triesen
Moser Antje, Austrasse 48, 9490 Vaduz
Ritter-Hagen Barbara,
Weiherstrasse 13, 9495 Triesen
- Ersatzrichter: Caviezel Gieri, Dr.,
Ruchenbergstrasse 118, CH-7000 Chur
Oehri Theo, Heiligwies 20,
9486 Schaanwald
Schädler Werner, Güteli 746,
9497 Triesenberg
Tinner-Wolf Angelika,
Egertastrasse 14a, 9490 Vaduz
3. Senat
Vorsitzender des 3. Senates und zweiter Stellvertreter
des Präsidenten:
Mislik Gerhard, Dr.,
Tanzplatz 28, 9494 Schaan
- Stellvertreter des Vorsitzenden:
Meier Paul Dr.,
Wiesengasse 15, 9494 Schaan
- Richter: Büchel Mario,
Mühlegasse 11, 9487 Gamprin
Ospelt Anna-Marie,
Holdergass 2, 9490 Vaduz
Santner Dieter, Dr.,
Vorklostergasse 49, A-6900 Bregenz
Tellenbach-Frick Elisabeth,
Lowal 26, 9496 Balzers
- Ersatzrichter: Biedermann Karl,
St. Georgstrasse 91, 9488 Schellenberg
Ivanic Susanna,
Jedergass 17, 9487 Gamprin
Mündle Irene, Purtscher 5, 9493 Mauren
Prast Peter, Dr.,
Fürst-Johannes-Strasse 14, 9490 Vaduz
- Wahl der Mitglieder des Kriminalgerichtes
Für die Mandatsperiode vom 1.1.2006 bis 31.12.2009
werden S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
zur Ernennung in Vorschlag gebracht:
- Präsident: Öhri Uwe, lic.iur.,
Rosenstrasse 54, 9493 Mauren
- Stellvertreter des Präsidenten:
Nachbaur Sonja, Mag.iur.,
Kronenweg 7, A-6800 Feldkirch
Schmid Thomas, Dr.,
Hinteroferst 4A, A-6714 Nüziders
- Beisitzer: Je einer der folgenden Landrichter
Büchel Willi, lic.iur.,
Gamslafina 24, 9496 Balzers
Hagen Lothar, Dr.,
Forststrasse 77, A-6890 Lustenau
Meier Paul, Dr.,
Wiesengasse 15, 9494 Schaan
Nagel Jürgen, lic.iur.,
Unnothstrasse 23,
CH-9430 St. Margrethen
Netzer Nicole, lic.iur.,
Feldkircherstrasse 52, 9494 Schaan
Nigg Martin, lic.iur.,
Stadtgutstrasse 20, A-6800 Feldkirch
Ranzoni Carlo, lic.iur.,

- Bachweidstrasse 3b, CH-9011 St. Gallen
Santner Dieter, Dr.,
Vorklostergasse 49, A-6900 Bregenz
Schmid Thomas, Dr.,
Hinteroferst 4A, A-6714 Nüziders
- Kriminal-
richter: Goop-Batliner Helen,
Stieg 19, 9492 Eschen
Schenk-Beck Christine,
Jonaboden 8, 9497 Triesenberg
Thöny Maria, Iradug 51, 9496 Balzers
- Stellvertretende Kriminalrichter:
Hassler Edy, St. Georgstrasse 62,
9488 Schellenberg
Hassler Georg, Franz-Sales-Weg 34,
9488 Schellenberg
Klein Andrea,
Klosterwingert 28, 9493 Mauren
Marxer-Schurti Marlies,
Oberstädtle 36, 9485 Nendeln
Sele Alexander,
Rietli 244, 9497 Triesenberg
Tschüscher Hans-Peter,
Im obera Gamander 16, 9494 Schaan
- Wahl der Mitglieder des Schöffengerichtes
Für die Mandatsperiode vom 1.1.2006 bis 31.12.2009
werden S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
zur Ernennung in Vorschlag gebracht:
Präsident: Marxer Benedikt, Dr.,
Oberbühl 54, 9487 Gamprin
- Stellvertreter des Präsidenten:
Hagen Lothar, Dr.,
Forststrasse 77, A-6890 Lustenau
- Schöffen: Hassler Edy,
St. Georgstrasse 62, 9488 Schellenberg
Hassler Georg,
Franz-Sales-Weg 34,
9488 Schellenberg
- Ersatz-
schöffen: Goop-Batliner Helen, Stieg 19,
9492 Eschen
Schenk-Beck Christine,
Jonaboden 8, 9497 Triesenberg
Thöny Maria, Iradug 51, 9496 Balzers
- Wahl der Mitglieder des Jugendgerichtes
Für die Mandatsperiode vom 1.1.2006 bis 31.12.2009
werden S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
zur Ernennung in Vorschlag gebracht:
Vorsitzender: Öhri Uwe, lic.iur.,
Rosenstrasse 54, 9493 Mauren
- Stellvertreter des Vorsitzenden:
Meier Paul, Dr.,
Wiesengasse 15, 9494 Schaan
- Richter: Marxer Martina,
Rankhag 12, 9488 Schellenberg
Rogina-Hoop Dagmar,
Rheinstrasse 458, 9491 Ruggell
- Ersatzrichter: Bereiter-Amann Monica,
Tonagass 29, 9492 Eschen
- Bockmühl Sabine,
Lindenplatz 3, 9495 Triesen
Wellenzohn-Erne Daniela,
Feldstrasse 75, 9495 Triesen
- Wahl eines Landrichters
S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein wird zur
Ernennung als Landrichter in Vorschlag gebracht:
Jehle Michael, lic.iur.,
Landstrasse 91, 9494 Schaan.
- Wahl eines Richters sowie einer Ersatzrichterin des
Staatsgerichtshofes
S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein werden
zur Ernennung in Vorschlag gebracht:
Richter: Beck Marzell, lic.iur.,
Pradafant 1, 9490 Vaduz
Ersatz-
richterin: Marok-Wachter Graziella, Dr.,
Im Garsill 23, 9494 Schaan
- Abänderung des Gesetzes über die betriebliche Per-
sonalvorsorge sowie die Abänderung der Konkursord-
nung (Nr. 89/2005), 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und
mit Änderungen verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes über die Vermögensverwal-
tung (Vermögensverwaltungsgesetz; VVG), und Abände-
rung damit verbundener weiterer Gesetze (Nr. 84/2005),
2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und
mit Änderungen verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes vom 19. Mai 1999 über das
Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheber-
rechtsgesetz, URG), (Nr. 51/2005), 2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und
verabschiedet.
- Schaffung eines Ausführungsgesetzes und eines
Beteiligungsgesetzes zur Europäischen Gesellschaft
und Abänderung des Personen- und Gesellschafts-
rechts (PGR) sowie weiterer Gesetze, (Nr. 52/2005),
2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und
mit Änderungen verabschiedet.
- Abänderung des Schwerverkehrsabgabegesetzes (SVAG)
und des Beschwerdekommmissionsgesetzes (Nr. 45/2005),
2. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und
verabschiedet.
- Zusatzprotokoll vom 12. September 2002 zum Überein-
kommen gegen Doping (Nr. 79/2005)
Dem Zusatzprotokoll wird zugestimmt.
- Aufhebung des Sparprämiengesetzes, (Nr. 73/2005),
1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Bekämpfung von
Tierseuchen, (Nr. 85/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Teilrevision des Gesetzes über die obligatorische Un-
fallversicherung (einschliesslich Abänderung des Ge-
setzes über die Invalidenversicherung), (Nr. 88/2005),

1. Lesung

Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.

- Beantwortung der Kleinen Anfragen

Öffentliche Landtagssitzung vom 14./15./16. Dezember 2005

- Eröffnung

- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 19./20. Oktober 2005

Das Protokoll wird genehmigt.

- Ergebnis der Volksabstimmung vom 25./27. November 2005 über das Initiativbegehren «Für das Leben» und über den Gegenvorschlag des Landtages zur Abänderung der Verfassung (Nr. 106/2005)

Das Abstimmungsergebnis wird zur Kenntnis genommen.

- Interpellation betreffend die Umsetzung der Agrarpolitik der Abgeordneten Alois Beck, Markus Büchel, Klaus Wanger, Rudolf Lampert, Peter Lampert, Renate Wohlwend, Franz Heeb, Josy Biedermann, Johannes Kaiser und Wendelin Lampert vom 18. November 2005

Die Interpellation wird an die Regierung weitergeleitet.

- Postulatsbeantwortung betreffend die Einführung eines Verhaltenscodexes zur Gewährleistung von Mindestlöhnen (Nr. 100/2005)

Die Postulatsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen und das Postulat betreffend die Einführung eines Verhaltenscodexes zur Gewährleistung von Mindestlöhnen vom 16.06.2004 wird abgeschrieben.

- Ersatzwahl des Präsidenten, des Vizepräsidenten und eines Mitglieds des Verwaltungsrates des liechtensteinischen Rundfunks LRF für die restliche Mandatsperiode Für die restliche Mandatsperiode bis 2008 werden bestellt:

Präsident: Laternser Clemens, Betr.Oec. FH,
Fürst-Franz-Josef-Str. 90, 9490 Vaduz

Vizepräsident: Ritter Samuel, Mag.iur.,
Fallsgass 10, 9493 Mauren

Mitglied: von Grünigen-Sele Stefanie,
Goldene Boos-Gasse 9, 9492 Eschen

- Anfragen der Abg. Andrea Matt:
 - Sozialquote
 - Rad-Fussgrenzübergänge
 - Lösung im Bereich des grenzüberschreitenden Verkehrs
- Anfragen des Abg. Günther Kranz:
 - Sägewerk in Nendeln
 - Asylsuchende
 - Zivilstandsregister
- Anfrage des Landtagsvizepräsidenten Ivo Klein
 - Weihnachtsaktion der Telekom FL
- Anfragen des Abg. Henrik Caduff:
 - Deregulierung und Delegation von Amtsgeschäften
 - Freihandelsabkommen Schweiz-USA
- Anfrage des Abg. Pepo Frick:
 - EFTA-Abkommen mit Thailand
- Anfrage der Abg. Marlies Amann-Marxer:
 - Werkklasse am 10. Schuljahr

- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert:

- Taxpunktwert im Tarmed

- Anfrage des Abg. Rudolf Lampert:

- Gemeindegesetz / Abstimmung

- Anfrage des Abg. Gebhard Negele:

- Krankenversicherungsstatistik

- Anfragen des Abg. Paul Vogt:

- Hundehaltepflcht

- Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe

- zweites Schulzentrum Unterland

- Anfrage des Abg. Alois Beck:

- APL Academy for Hotel and Tourism Management in the Principality of Liechtenstein

- Anfrage der Abg. Renate Wohlwend:

- Rauchen in den Büro- und Schalterräumlichkeiten bei der Landesverwaltung

- Anfragen des Abg. Heinz Vogt:

- Mitarbeiterbefragung bei der Landesverwaltung

- Verkehrssicherheit

- Wahl von Ersatzmitgliedern des Kriminalgerichtes

- Für die Mandatsperiode vom 1.1.2006 bis 31.12.2009 werden zur Ernennung durch S.D. den Erbprinzen Alois von und zu Liechtenstein in Vorschlag gebracht:

Bereiter-Amann Monica,
Tonagass 29, 9492 Eschen
Wellenzohn-Erne Daniela,
Feldstrasse 75, 9495 Triesen

- Wahl von Ersatzmitgliedern des Jugendgerichtes

- Für die Mandatsperiode vom 1.1.2006 bis 31.12.2009 werden zur Ernennung durch S.D. den Erbprinzen Alois von und zu Liechtenstein in Vorschlag gebracht:

Sele Alexander, Rietli 244,
9497 Triesenberg
Tschüscher Hans-Peter,
Im obera Gamander 16, 9494 Schaan

- Wahl des Verwaltungsrates der liechtensteinischen Gasversorgung LGV

- Für die Mandatsperiode 2006 - 2009 werden bestellt:

Präsident: Büchel Josef,
Mühlegarten 189, 9491 Ruggell

Mitglieder: Frick Adolf, Brüelweg 6,
9496 Balzers

Frommelt Hannes Peter,
Mühlegarten 420, 9491 Ruggell
Kaufmann Robert, Brüel 27, 9496 Balzers
Konrad Arthur,
Schinderböchel 7, 9490 Vaduz
Risch Franz, Speckibünt 16,
9494 Schaan

Sprenger Harald,
Meierhofstrasse 18, 9495 Triesen

Ersatzmitglieder: Elkuch Roland Franz,
Platte 93, 9488 Schellenberg
ein Mitglied vakant

- Wahl des Aufsichtsrates der liechtensteinischen Gasversorgung LGV

Für die Mandatsperiode 2006 - 2009 werden bestellt:
Präsidentin: Gassner Christl, Saxweg 1, 9495 Triesen
Mitglieder: Frick Eugen, Tschingel 14, 9496 Balzers
Vogt Hans, Tschingel 28, 9496 Balzers

- Gewährung eines Landesbeitrages für die Jahre 2006 und 2007 an den Betrieb des «Liechtenstein-Taktes» bei den ÖBB (Nr. 97/2005)

Dem Finanzbeschluss zur Gewährung eines Landesbeitrages an den Betrieb des «Liechtenstein-Taktes» für die Jahre 2006 und 2007 wird zugestimmt.

- Bewilligung von Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen (V/2005) (Nr. 103/2005)

Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen V/2005 werden bewilligt und der Finanzbeschluss als dringlich erklärt.

- Stand der Bearbeitung von Motionen, Postulaten und Interpellationen

Der Bericht der Regierung wird zur Kenntnis genommen.

- Abänderung des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (ABGB) – Arbeitsvertragsrecht [Umsetzung der Richtlinie 96/34/EG - Elternurlaub] (Nr. 64/2005), 2. Lesung

Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Teilrevision des Gesetzes über die Information und Mitsprache der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben (Mitwirkungsgesetz; MWG), [Umsetzung der Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft und der Richtlinie 1999/70/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zu der EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge] (Nr. 108/2005), 2. Lesung

Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Abänderung des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches (Arbeitsvertragsrecht), [Umsetzung der Richtlinie 1999/70/EG zu der EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge, der Richtlinie 97/81/EG zu der von UNICE, CEEP und EGB geschlossenen Rahmenvereinbarung über Teilzeitarbeit sowie der Richtlinie 2001/23/EG zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Unternehmens- oder Betriebsteilen] (Nr. 107/2005), 2. Lesung

Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit einer Änderung verabschiedet.

- Gesetz über die Aufhebung des Sparprämiengesetzes (Nr. 73/2005), 2. Lesung

Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.

- Abänderung des Gesetzes über die Bekämpfung von Tierseuchen (Nr. 85/2005), 2. Lesung

Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Vertrag vom 15. Dezember 2004 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit im Rahmen der schweizerischen Informationssysteme für Fingerabdrücke und DNA-Profile sowie Schaffung eines Gesetzes zur Durchführung dieses Vertrages (Nr. 93/2005), 1. und 2. Lesung

Dem Vertrag wird zugestimmt und das Gesetz zur Durchführung dieses Vertrages in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Beschluss Nr. 119/2005 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses [Richtlinie 2005/1/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2005 zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG, 85/611/EWG, 91/675/EWG, 92/49/EWG und 93/6/EWG des Rates sowie der Richtlinien 94/19/EG, 98/78/EG, 2000/12/EG, 2001/34/EG, 2002/83/EG und 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung einer neuen Ausschussstruktur im Finanzdienstleistungsbereich] (Nr. 94/2005)

Dem Beschluss wird zugestimmt.

- Beschluss Nr. 120/2005 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses [Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG] (Nr. 95/2005)

Dem Beschluss wird zugestimmt.

- Beschluss Nr. 116/2005 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses [Richtlinie 2004/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Spende, Beschaffung, Testung, Verbreitung, Konservierung, Lagerung und Verteilung von menschlichen Geweben und Zellen] (Nr. 96/2005)

Dem Beschluss wird zugestimmt.

- 10 Jahre Mitgliedschaft des Fürstentums Liechtenstein im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) (Nr. 102/2005)

Die Information der Regierung wird zur Kenntnis genommen.

- Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung, dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein über den gegenseitigen Datenaustausch in Asylangelegenheiten vom 29. September 2005 (Nr. 101/2005)

Dem Antrag der Regierung wird zugestimmt.

- Art. 42 des Telekommunikationsgesetzes (Telekommunikationsbericht 2005) (Nr. 105/2005)

Der Telekommunikationsbericht 2005 wird zur Kenntnis genommen.

- Totalrevision des Gesetzes über die «Liechtensteinischen Kraftwerke» (Nr. 98/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.

- Schaffung eines Gesetzes über die elektronische Kommunikation (Kommunikationsgesetz; KOMG) sowie Abänderung weiterer Gesetze (Beschwerdekommissionengesetz; Gesetz betreffend die Liechtensteinischen Kraftwerke; Strafgesetzbuch; Gesetz über den strafrechtlichen Schutz des persönlichen Geheimbereichs), (Nr. 104/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung der Strafprozessordnung, des Strafgesetzbuches, des Jugendgerichtsgesetzes sowie anderer Gesetze (Einführung der Diversion im Strafverfahren, Anpassung des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches, Überarbeitung des Jugendgerichtsgesetzes) (Nr. 99/2005), 1. Lesung
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Information betreffend die Tarifverhandlungen im Rahmen der Einführung des Tarifsystems Tarmed in Liechtenstein
Die Information wird zur Kenntnis genommen.
- Wahl des Landesausschusses 2005/2006
Neben dem gemäss Verfassung dem Landesausschuss vorstehenden Landtagspräsidenten Klaus Wanger werden gewählt:
Abg. Beck Doris, Ruggell
Abg. Frick Pepo, Schaan
Abg. Lampert Rudolf, Mauren
Abg. Vogt Heinz, Triesen
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
- Schliessung des Landtages

Finanzkontrolle

Leiterin: Cornelia Lang

Schwerpunkte der Tätigkeit der Finanzkontrolle sind die Umsetzung des Revisionsprogramms, die Ausübung der internen Finanzaufsicht sowie die Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags.

Organisation

Die seit dem 1. Januar 2004 verselbständigte Finanzkontrolle verfügt wie im Vorjahr über 2.4 Stellen.

Gesetzlicher Auftrag

Gemäss Finanzhaushaltsgesetz obliegt die Finanzaufsicht der Regierung, insbesondere dem nach der Geschäftsordnung zuständigen Regierungsmitglied, der Finanzkontrolle sowie der externen Revisionsstelle. Die oberste Aufsicht über die Finanzen wird durch den Landtag ausgeübt.

Als ständiges Organ der Finanzaufsicht unterstützt die Finanzkontrolle sowohl vorrangig den Landtag bzw. die Geschäftsprüfungskommission bei der Wahrnehmung der Oberaufsicht über die Geschäftsführung von

Regierung und Verwaltung, unter Einschluss der Justizverwaltung, als auch die Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktionen.

Die Finanzkontrolle übt ihre Tätigkeit im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften selbständig und unabhängig aus.

Das Revisionsprogramm wird von der Finanzkontrolle, nach Rücksprache mit der externen Revisionsstelle, selber festgelegt. Nach Genehmigung durch die Geschäftsprüfungskommission bringt die Finanzkontrolle das Revisionsprogramm der Regierung zur Kenntnis.

Die Aufsicht wird von der Finanzkontrolle nach den Kriterien Ordnungsmässigkeit, Rechtmässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit durchgeführt.

Die Aufgaben der beiden Revisionsorgane, Finanzkontrolle und externe Revisionsstelle, beinhalten die Umsetzung des von der Geschäftsprüfungskommission genehmigten Revisionsprogramms, die Prüfung der internen Kontrollsysteme und die Vornahme von Systemprüfungen. Explizite Aufgabe der externen Revisionsstelle ist die Prüfung der Landesrechnung.

Umsetzung des Prüfauftrages

Revisionsprogramm

Das von der Finanzkontrolle erstellte, von der Geschäftsprüfungskommission genehmigte und von der Regierung zur Kenntnis genommene Revisionsprogramm, welches aufgrund der Kriterien der Wesentlichkeit und Risikoorientierung festgelegt wurde, bildet die Basis für die von der Finanzkontrolle und der externen Revisionsstelle durchzuführenden Prüfungen. In Umsetzung des Revisionsprogramms prüft die Finanzkontrolle rechnungslegende Dienststellen, selbständige und unselbständige öffentlich-rechtliche Stiftungen und Anstalten, Amtsstellen sowie einzelne Positionen der Landesrechnung. Aufgrund von Konkordatsvereinbarungen nimmt die Finanzkontrolle auch Revisionsstellenmandate im Ausland wahr. Als Revisionsorgan prüft sie die Mittelverwendung im Rahmen von EU-Programmen, welche im Inland stattfinden. Im Auftrag der Geschäftsprüfungskommission und der Regierung führt die Finanzkontrolle zudem Sonderaufträge durch.

Informatik-Revisionen

Wesentliche Informatikprojekte in der Landesverwaltung werden einer Informatik-Revision durch eine in diesem Bereich spezialisierte externe Prüfungsgesellschaft unterzogen, wobei die ordnungsgemässe Projektabwicklung, die technische Umsetzung, der Umgang mit Risiken etc. überprüft wird. Die Finanzkontrolle koordiniert diese Informatik-Revisionen und begleitet die Prüfungen aus reversionstechnischer Sicht.

Interne Finanzaufsicht

Im Bereich der internen Finanzaufsicht nimmt die Finanzkontrolle Rechnungs- und Kreditkontrollen vor,

verifiziert Bauabrechnungen und kontrolliert durch unangemeldete Prüfungen die Geldbestände von rechnungslegenden Dienststellen, Stiftungen und Schulen.

Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission

Mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags - als oberstem Organ der Finanzaufsicht - besteht eine intensive Zusammenarbeit. Die Finanzkontrolle informiert an den Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission direkt über ihre Prüfungstätigkeiten. Notwendige Massnahmen werden diskutiert und im Einvernehmen mit der Kommission veranlasst. Die Geschäftsprüfungskommission ihrerseits wird bei der Wahrnehmung der Oberaufsicht über die Geschäftsführung von Regierung und Verwaltung von der Finanzkontrolle wirkungsvoll unterstützt.

Mitgliedschaften

Die Finanzkontrolle ist sowohl Mitglied der «Fachvereinigung der Finanzkontrollen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein» als auch Mitglied der Internationalen und Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI und EUROSAI). Im Rahmen dieser Mitgliedschaften werden Erfahrungen über Prüfungsansätze und Prüfungsmethoden ausgetauscht sowie qualitätssichernde Massnahmen im Revisionsbereich diskutiert.

Im Frühjahr 2005 fand ein von der Finanzkontrolle organisierter Erfahrungsaustausch der obersten Rechnungskontrollbehörden der Schweiz, Ungarns und des Fürstentums Liechtenstein in Vaduz statt, wobei ein Höflichkeitsbesuch bei S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein sowie ein Treffen mit Regierungschef Otmar Hasler auf dem Programm standen. Gegenstand der Gespräche bildete die Ausgestaltung der Finanzaufsicht hinsichtlich der notwendigen Unabhängigkeit von obersten Rechnungskontrollbehörden.

II. REGIERUNG

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungschef Otmar Hasler

Im Berichtsjahr hat die neue Regierung ihre Tätigkeit aufgenommen. Im ersten Jahr der Mandatsperiode 2005/2009 standen im Ressort Präsidium verschiedene Gesetzesvorhaben im Vordergrund, so unter anderem die Erarbeitung eines neuen Personalrechts, die Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes, die Schaffung eines Richterdienstgesetzes sowie eine umfangreiche Abänderung des Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen. Aus Anlass der zehnjährigen EWR-Mitgliedschaft legte die Regierung einen umfassenden Erfahrungsbericht vor. Ein wichtiges Organisationsprojekt, nämlich die Auslagerung der staatlichen Briefmarkenstellen zur Liechtensteinischen Post AG, konnte zum Abschluss gebracht werden. Die Regierung beschloss ausserdem die Fortsetzung der Regierungs- und Verwaltungsreform. Im Rahmen eines «Tages der offenen Tür» kamen rund 3 000 Besucherinnen und Besucher ins Regierungsgebäude und besuchten weitere Bauten im Regierungsviertel. Die Erarbeitung des Regierungsprogrammes 2005 - 2009 beschäftigte die Regierungsmitglieder in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres.

Neue Regierung im Amt

Im Anschluss an die Landtagswahl vom 11./13. März 2005 wurde eine neue Regierung gewählt, welche am 21. April 2005 vereidigt wurde. Im Anschluss an die Vereidigung fand die erste Regierungssitzung statt, an welcher traditionsgemäss der Ressortplan genehmigt, die Geschäfte auf die einzelnen Regierungsmitglieder verteilt und die Mitarbeiter der Regierung, die Sekretariatsmitarbeiterinnen sowie die Räumlichkeiten zugeteilt wurden. Gemäss dem neuen Ressortplan wurden die ressortmässig zu behandelnden Aufgaben auf 15 Ressorts verteilt. Die Regierung hat die Ressorts wie folgt auf die einzelnen Regierungsmitglieder verteilt:

Regierungschef Otmar Hasler

- Präsidium
- Finanzen
- Bauwesen

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Klaus Tschüscher

- Wirtschaft
- Justiz
- Sport

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck

- Äusseres
- Kultur
- Familie und Chancengleichheit

Regierungsrat Hugo Quaderer

- Bildung
- Soziales
- Umwelt, Raum, Land- und Waldwirtschaft

Regierungsrat Dr. Martin Meyer

- Inneres
- Gesundheit
- Verkehr und Kommunikation

Die Regierungsmitglieder erarbeiteten gemeinsam in der zweiten Hälfte des Jahres ein Regierungsprogramm für die Mandatsperiode 2005 - 2009. Das Regierungsprogramm lag Ende Jahr vor. Die Präsentation in der Öffentlichkeit wurde für anfangs 2006 vorgesehen.

Regionale Regierungstreffen

Die neue Regierung hat die Tradition früherer Regierungen zur Durchführung von regelmässigen Regierungstreffen mit den benachbarten Kantons- und Bundesländer-Regierungen fortgesetzt. So stattete die Regierung im Berichtsjahr den Regierungen des Kantons Graubünden und St. Gallen sowie des Bundeslandes Vorarlberg und des Bundeslandes Tirol Besuche ab. Zu einem offiziellen Besuch weilte die Regierung des Kantons Appenzell Ausserrhoden im Fürstentum Liechtenstein. Diese Regierungstreffen dienten vor allem der Kontaktpflege sowie der Erörterung gemeinsam interessierender Fragen. Der Regierungschef nahm wie in den Vorjahren an den beiden Regierungschef-Treffen der internationalen Bodenseekonferenz teil.

10 Jahre EWR- Mitgliedschaft

Am 1. Mai 2005 konnte Liechtenstein auf 10 Jahre Mitgliedschaft im europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zurückblicken. Die Regierung nahm dies zum Anlass den Landtag und die liechtensteinische Bevölkerung in einem umfassenden Bericht über die Erfahrungen der EWR-Mitgliedschaft zu informieren. Nach 10 Jahren EWR-Mitgliedschaft hat die Regierung eine positive Gesamtbilanz gezogen.

Neues liechtensteinisches ESA-Kollegiumsmitglied

Auf Vorschlag der liechtensteinischen Regierung wurde Kurt Jäger zum neuen liechtensteinischen Mitglied im ESA-Kollegium ernannt. Aufgabe der EFTA-Überwachungsbehörde ESA ist es, die ordnungsgemässe Umsetzung von EWR-Recht in nationales Recht zu überwachen.

Interpellationsbeantwortungen

Die Regierung beantwortete im zurückliegenden Jahr zwei Interpellationen des Landtages, einerseits betreffend die Zusammenarbeit zwischen Landesfürst und Regierung und andererseits betreffend Fahrzeuge der Landesverwaltung. Beide Interpellationsbeantwortungen wurden vom Landtag zur Kenntnis genommen.

Ausgabe von Jubiläumsmünzen

Die Regierung hat beschlossen, anlässlich des Jubiläums «200 Jahre Souveränität des Fürstentums Liechtenstein» im Jahre 2006 Jubiläumsmünzen auszugeben. Geplant ist die Herausgabe einer Goldmünze mit einer Auflage von 10 000 Stück und einer Silbermünze mit einer Auflage von 15 000 Stück. Im Hinblick auf die Gestaltung der Münzen wurde ein Wettbewerb mit drei liechtensteinischen grafischen Ateliers durchgeführt. Die Münzen enthalten auf der Vorderseite das Bildnis des Fürsten

Johann I., welcher zu den 16 Gründungsmitgliedern des Rheinbundes zählte, sowie die Farben des Fürstentums und auf der Rückseite das grosse Staatswappen sowie die Landesfarben. Die Jubiläumsmünzen werden am 12. Juli 2006, dem Tag der Souveränität, ausgegeben.

Tag der offenen Tür im Regierungsviertel

Aus Anlass des 100-jährigen Bestehens des Regierungsgebäudes lud die Regierung die Bevölkerung und alle weiteren Interessierten zu einem «Tag der offenen Tür» ins Regierungsviertel ein. Neben dem Regierungsgebäude konnten auch das Landesarchiv, das Landesmuseum und das Rheinbergerhaus besichtigt werden. Ein besonderes Erlebnis bot der Gang über die provisorische Fussgängerverbindung zwischen dem Regierungsgebäude und dem Landesmuseum, was einen Blick auf die Baustelle des neuen Landtagsgebäudes erlaubte. Im Foyer des Landesmuseums war eine Ausstellung mit Plänen und Modellen zur baulichen Gestaltung des Regierungsviertels zu besichtigen. Rund 3000 Personen nutzten die Möglichkeit zur Besichtigung der verschiedenen Bauten im Regierungsviertel.

Kommissionen, Beiräte, Stiftungsräte

Im Berichtsjahr lief die Mandatsperiode verschiedener gesetzlich vorgesehener Kommissionen, Beiräte und Stiftungsräte ab, welche von der Regierung neu zu bestellen waren:

- Maturakommission
- Kommission für Chancengleichheit
- Hochschulrat
- Kommission zur Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft
- Kommission für Ingenieure und Architekten
- Kommission für die Ausrichtung von Bewirtschaftungsbeiträgen zur Erhaltung der Magerwiesen
- Jagdbeirat
- Prüfungskommission für Wirtschaftsprüfer
- Hauptwahl- bzw. Hauptabstimmungskommissionen Oberland und Unterland
- Stiftungsrat der Stiftung Liechtensteinischer Entwicklungsdienst
- Stipendienkommission
- Landesalpenkommission
- Berufsbildungsrat
- Leistungskommission gemäss Verordnung zum Krankenversicherungsgesetz
- Schulzahnpflegekommission
- Prüfungskommission für die Prüfung der fachlichen Eignung zur Führung eines Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmens
- Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr

Personalangelegenheiten

Die damit beauftragte Arbeitsgruppe legte dem Ressort Präsidium Ende des Berichtsjahres den Entwurf für einen Vernehmlassungsbericht zum neuen Personalrecht

vor. Im Anschluss an die legistische Überarbeitung werden Bericht und Gesetzesvorlage der Regierung zur Durchführung einer Vernehmlassung anfangs 2006 vorgelegt.

Die Regierung hat dem Landtag wie jedes Jahr einen Bericht und Antrag zum Bedarf an Stellen bei der Regierung, der Landesverwaltung, den Gerichten und dem Landtagssekretariat zugestellt. Darin beantragte sie für das Jahr 2006 die Schaffung von zwei neuen Stellen und die Umwandlung von 6.50 nichtständigen Stellen in ständige Stellen. Unter Berücksichtigung dieser Stellenenerweiterung und der Auslagerung von 12.45 bewilligten Stellen der Postwertzeichenstelle und des Amtes für Briefmarkengestaltung zur Liechtensteinischen Post AG reduzierte sich der Stellenplan auf insgesamt 718.55 Stellen.

Im Berichtsjahr schrieb die Regierung erstmals zwei Ausbildungsplätze für Richteramtswärter aus. Damit soll interessierten liechtensteinischen Juristinnen und Juristen mit Rechtsanwaltsbefähigung die Möglichkeit geboten werden, die Qualifikation für eine künftige Tätigkeit als Landrichter oder Landrichterin zu erwerben.

Im Jahre 2004 war das Gleichstellungsbüro auf Beschluss des Landtages zur Stabsstelle für Chancengleichheit erweitert worden. Die bisherige Leiterin des Gleichstellungsbüros wurde von der Regierung zur Leiterin der Stabsstelle für Chancengleichheit bestellt.

Die Regierung beauftragte im September eine Projektgruppe mit der Revision des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal. Mit der Revision dieses Gesetzes soll die langfristige Finanzierung der Renten sichergestellt und es sollen die bisherigen Lücken und Schwachstellen beseitigt werden.

Die Regierung hat dem Landtag einen Bericht und Antrag zur Leistung eines Sonderbeitrages von 2.5 % der versicherten Besoldungen an die Pensionsversicherung für das Staatspersonal unterbreitet. Gemäss Gesetz übernimmt das Land gegenüber der Pensionsversicherung für das Staatspersonal die Finanzierungsgarantie. Die Dienstgeber sind verpflichtet, einen Sonderbeitrag zu leisten, wenn dies nach der finanziellen Lage der Pensionsversicherung notwendig ist.

Abstimmungs- und Wahlergebnisse im Landeskanal

Die heute vorhandenen Lösungen für die Veröffentlichung der Abstimmungs- und Wahlergebnisse über den Landeskanal und über das Internet werden technisch so weiterentwickelt, dass sie von verschiedenen Personen und unabhängig von externen Fachleuten ortsunabhängig bedient werden können. Das Redaktionsteam «Landeskanal» wurde beauftragt, eine entsprechende Ausschreibung vorzubereiten.

Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag im Internet

Am 18. November wurde das Verwaltungsportal der Landesverwaltung um eine weitere attraktive Applikation

erweitert. Über die Internetadresse www.bua.llv.li sind fortan die Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag, welche öffentlich zugänglich sind, über das Internet abrufbar. Auf diese Weise können Berichte und Anträge der Regierung zu Gesetzesvorlagen, Finanzbeschlüssen, Staatsverträgen oder parlamentarischen Eingängen über verschiedene Suchkriterien gezielt abgefragt, gespeichert sowie ausgedruckt werden. Zurzeit sind alle Berichte und Anträge der Jahrgänge ab dem Jahr 2000 bis heute über das Internet abrufbar.

Neues Erscheinungsbild

Die Regierung hat auf anfangs 2006 die Einführung eines neuen Erscheinungsbildes bei den Broschüren und Informationsmaterialien der Regierung und Landesverwaltung beschlossen. Der zur Realisierung gelangende Gestaltungsvorschlag ging aus einem Wettbewerb hervor, welcher von der Regierung im Hinblick auf die Neugestaltung des Erscheinungsbildes von Regierung und Landesverwaltung durchgeführt worden ist. Zu einem späteren Zeitpunkt ist vorgesehen, dass neue Erscheinungsbild auch auf die Briefschaften der Landesverwaltung auszudehnen.

Qualitätsmanagement

Im Berichtsjahr haben sämtliche Stellen der Landesverwaltung eine Selbstbewertung nach dem EFQM-Modell im Rahmen eines vereinfachten Verfahrens (mittels Fragebogen) durchgeführt. Die Stellen wurden beauftragt, innert zwei Monaten nach Abschluss des Selbstbewertungsprozesses mindestens zwei in der Prioritätsmatrix aufgeführte Verbesserungspotentiale bekannt zu geben, welche im laufenden bzw. im nächsten Jahr von der jeweiligen Stelle selbstständig umgesetzt werden. Der TQM-Lenkungsausschuss wurde beauftragt, der Regierung zum gegebenen Zeitpunkt einen Antrag in Bezug auf die Anerkennung/Würdigung von besonders innovativen und effizienten Verbesserungsmassnahmen der Stellen zu unterbreiten.

Reorganisation von Regierung und Landesverwaltung

Die Fortsetzung der Arbeiten zur Reorganisation von Regierung und Landesverwaltung auf der Grundlage der Vorarbeiten einer Arbeitsgruppe aus dem Jahre 2004 wurde von der Regierung im September beschlossen. Im Vordergrund steht die Entlastung der Regierung, die Schaffung neuer organisatorischer Strukturen im Umfeld der Regierung sowie die bessere Abgrenzung der Zuständigkeiten und Kompetenzen zwischen den Regierungsressorts und den Stellen.

Zusammenführung von Philatelie und Post

Die Regierung hat dem Landtag eine Abänderung des Postgesetzes unterbreitet, mit der die gesetzlichen Voraussetzungen für die Auslagerung der staatlichen Briefmarkenstellen zur Post AG geschaffen wurden. Mit der Auslagerung des Amtes für Briefmarkengestaltung und der Postwertzeichenstelle zur liechtensteinischen Post AG soll die Philatelie trotz sinkender Verkaufserlöse für

die Zukunft gesichert werden. Der Landtag hat die entsprechende Gesetzesänderung verabschiedet, sodass die Zusammenführung der Philatelie unter dem Dach der Post per 1. Januar 2006 erfolgen kann.

Projektmanagement in der Landesverwaltung

Die Regierung hat anfangs Jahr den Schlussbericht des Projektteams zur Weiterentwicklung des Projektmanagements in der Landesverwaltung zur Kenntnis genommen. Sie genehmigte eine Richtlinie zur Durchführung von künftigen Projekten in der Landesverwaltung. Die Regierungs- und Stellen wurden beauftragt, diese Richtlinie bei der Durchführung von künftigen Projekten zu beachten. Die Umsetzung dieses Projektes soll im Frühjahr 2006 einer Evaluation unterzogen werden.

Mobilitätsmanagement für die Landesverwaltung

Die Regierung hat beschlossen für die liechtensteinische Landesverwaltung ein betriebliches Mobilitätsmanagement einzuführen. Das entsprechende Projekt soll aus Lenkungs- und aus Förderungsmassnahmen bestehen. Als Lenkungsmassnahme soll sowohl für die Benutzung von Kunden- wie auch von Mitarbeiterparkplätzen eine Gebühr erhoben werden. Die damit erzielten Einnahmen werden zweckgebunden eingesetzt, indem die Benutzung alternativer Verkehrsmittel für den Arbeitsweg mit gezielten Massnahmen gefördert wird.

Staat und Kirche

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe «Staat und Kirche» hatte aufgezeigt, dass die Schwierigkeiten einer Reform hauptsächlich bei den Themen der Kirchengüter und der Kirchenfinanzierung liegen, und das betrifft vor allem die Gemeinden und die Katholische Kirche. Deshalb hatte die Regierung Herrn Dr. Herbert Wille beauftragt, ein Grundlagen- und Diskussionspapier zur Kirchenfinanzierung auf Gemeindeebene zu erstellen.

Dieses Papier wurde mit den Gemeindevorstehern des Landes im Januar 2005 erörtert und in der Folge konnten die Arbeiten von Dr. Herbert Wille fortgeführt und vertieft werden. Bis Ende 2005 waren die Arbeiten soweit fortgeschritten, dass zu einer zweiten Diskussionsrunde mit den Gemeindevorstehern eingeladen werden konnte, welche dann im Januar 2006 stattfand. Es liegt nun an den einzelnen Gemeinden, die geschichtliche Entwicklung und heutige Situation der Kirchengüter genauer zu überprüfen, damit für eine eventuelle Neuregelung eine gesicherte Ausgangslage besteht.

Auf Regierungsseite liegt die Priorität nunmehr in der Aufbereitung und Bewertung von verschiedenen rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit einer Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgemeinschaften. Dafür ist eine Verfassungsänderung notwendig.

Ausländerrecht und Flüchtlingswesen

Am 1. Januar 2005 trat die total revidierte Personenverkehrsverordnung in Kraft. Neu werden schweizerische

Staatsangehörige in ausländerrechtlichen Belangen den EWR-Staatsangehörigen weitestgehend gleichgestellt. Diese Gleichstellung ist das Ergebnis des Abschlusses der Personenverkehrsverhandlungen mit der Schweiz. Die Rechtsstellung von liechtensteinischen Staatsangehörigen in der Schweiz richtet sich zukünftig nach dem Freizügigkeitsabkommen der Schweiz mit der EU; sie geniessen in der Schweiz die volle Freizügigkeit.

Die Revision der Personenverkehrsverordnung diente zudem der vollständigen Umsetzung des EWR-Acquis. Im Zuge der Revision wurden Bestimmungen zur Integration in die Personenverkehrsverordnung aufgenommen.

Im Berichtsjahr wurden die Arbeiten zur Schaffung eines biometrischen Reisepasses vorangetrieben. Der heute verwendete maschinenlesbare Reisepass soll um einen Chip ergänzt werden, auf welchem biometrische Daten, wie das Gesichtsbild, gespeichert sind. Bis zum Ende des Berichtsjahres konnte die entsprechende Gesetzesvorlage zur Abänderung des Heimatschriftengesetzes erarbeitet werden.

Am 29. September 2005 wurde das trilaterale Abkommen zwischen Österreich, der Schweiz und Liechtenstein betreffend den gegenseitigen Austausch von Daten in Asylangelegenheiten unterzeichnet. Mit dem Abkommen wird eine Rechtsgrundlage für den Austausch von personenbezogenen Daten im Asylbereich auf dem Amtshilfegeweg geschaffen. Der Landtag erteilte dem Abkommen in seiner Dezembersitzung die Zustimmung.

Wie in den vergangenen Jahren hat die Regierung auch im Berichtsjahr verschiedene Wiederaufbauprojekte, vor allem im Kosovo und in Bosnien-Herzegowina, mit namhaften Beiträgen unterstützt. Im Dezember 2005 erteilte die Regierung insgesamt 34 Personen, die sich seit Jahren als Asylsuchende in Liechtenstein aufgehalten hatten, eine humanitäre Aufenthaltsbewilligung.

Öffentliches Auftragswesen

Im Berichtsjahr hat die Regierung dem Landtag die zwei Stellungnahmen zu den in der ersten Lesung aufgeworfenen Fragen betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen, ÖAWG) und der Schaffung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren, ÖAWSG) unterbreitet. Der Landtag hat die beiden Gesetzesvorlagen in zweiter Lesung behandelt und verabschiedet. Sie werden am 1. Januar 2006 in Kraft treten. Eine wesentliche Neuerung beinhaltet die Erhöhung der Schwellenwerte bezüglich Direktvergaben von CHF 30 000.– auf neu CHF 50 000.–, womit die Position des einheimischen Gewerbes gestärkt wird. Des Weiteren wird unter anderem neu das Zuschlagskriterium der Lehrlingsausbildung eingeführt. Schliesslich fliessen die gemachten Erfahrungen aus der Praxis in die Gesetze ein. Gleichzeitig wurden die beiden

Verordnungen zu den obgenannten Gesetzen durch die Regierung verabschiedet und in Kraft gesetzt.

Gerichtsorganisation

Im Jahre 2005 wurden die Arbeiten zur Umsetzung der Soll-Organisation der Gerichte, deren Notwendigkeit sich aus der im Jahre 2003 durchgeführten Organisationsanalyse ergab, fortgesetzt. Die wesentlichen Aufgaben betrafen die Überarbeitung der internen Zuständigkeitsordnung, die Erarbeitung einer Projektgrundlage für die Vereinheitlichung der gerichtlichen Abläufe, die Bereinigung der Stellenbeschreibungen. Im Weiteren wurden auf der Grundlage der Ergebnisse der Organisationsanalyse der Gerichte zwei Gesetzesvorlagen für ein Gerichtsorganisationsgesetz und ein Richterdienstgesetz erarbeitet. Beide Vorlagen wurden Ende des Berichtsjahres in eine Vorvernehmlassung gegeben. Die ordentliche Vernehmlassung soll anfangs 2006 durchgeführt werden.

In Bezug auf die Entschädigung der nebenamtlichen Richter und Mitglieder von Beschwerdekommissionen besteht heute eine unübersichtliche Situation. Es gibt nur rudimentäre gesetzliche Grundlagen, welche auf einer nicht nachvollziehbaren Systematik aufbauen. Die Regierung hat deshalb beschlossen, im Rahmen eines Gesetzes ein neues System vorzuschlagen, welches eine Entschädigung der effektiv aufgewendeten Stunden für die Bearbeitung von Geschäftsfällen vorsieht. Daneben soll es auch weiterhin Sitzungsgelder und Präsidialentschädigungen geben. Der entsprechende Gesetzesentwurf wurde im Berichtsjahr in eine Vernehmlassung gegeben.

Gestützt auf das Rechtsanwaltsgesetz hat die Regierung im Jahre 2002 die Verordnung über das Gerichtspraktikum erlassen. Für Praktikanten bei der Staatsanwaltschaft existieren bis heute keine Ausführungsbestimmungen. Die Regierung hat deshalb beschlossen, die Verordnung über das Gerichtspraktikum mit entsprechenden Bestimmungen für die Staatsanwaltschaft zu ergänzen. Sie hat einen Verordnungsentwurf im Berichtsjahr in die Vernehmlassung gegeben.

AMTSSTELLEN

Amt für Personal und Organisation

Amtsleiter: Peter Mella

Neben dem Tagesgeschäft, das einen immer grösseren Umfang einnimmt, ist ein wesentlicher Teil der Aufgaben des Amtes für Personal und Organisation Projektbezogen.

Im Personalbereich galt es, das neue Besoldungssystem in der Umsetzung zu optimieren. Daneben war die Mitarbeit bei der Erarbeitung eines neuen Personalrechtes gefragt.

Die neu geschaffene Abteilung Organisationsentwicklung wurde bereits mit einigen wichtigen Projekten beauftragt.

Vorrangig sind die Arbeiten am weiteren Ausbau des Verwaltungsportales zu nennen. Ein grosses und sehr komplexes Projekt ist in diesem Zusammenhang der Aufbau einer Public Key Infrastructure (PKI). Diese Infrastruktur ist die Voraussetzung für die Realisierung der weiteren Ausbaustufen des Verwaltungsportales (www.llv.li) und damit eines direkten elektronischen Verkehrs mit der Landesverwaltung. Eine weitere Voraussetzung wird im Rahmen des Projekts Enterprise Content Management (ECM) geschaffen. Hier geht es eigentlich um das papierlose Büro und damit die elektronische Abbildung der Verwaltungsprozesse.

Die Informatikabteilung hat wohl am meisten Projekte zu bearbeiten. Das grösste Projekt, nämlich die Neurealisierung einer Lösung für die Steuerverwaltung, konnte im vorgesehenen Budgetrahmen abgewickelt werden. Weitere wichtige Projekte betrafen das Öffentlichkeitsregister sowie die Abteilung Arbeit beim Amt für Volkswirtschaft. Im Kommunikationsbereich sind der Anschluss an das Switch-Hochschulnetz sowie die Erweiterung der Telefoninfrastruktur zu nennen.

Bei der Raumbedarfsplanung konnte in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt ein Zwischenbericht über die Entwicklung der Landesverwaltung erarbeitet und der Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden. Darin sind Vorschläge für die Zentralisierung der Landesverwaltung enthalten. Im Berichtsjahr gab es wieder etliche Verlagerungen, die immer mit sehr grossem Aufwand verbunden sind. Arbeitsintensiv waren auch die Vorbereitungs- und Planungsarbeiten für das Justizgebäude.

Im Versicherungsbereich wurde ein grosses Projekt, nämlich die Neuausschreibung aller Versicherungsverträge des Landes Liechtenstein erfolgreich abgeschlossen. Die Erarbeitung der Ausschreibungsunterlagen sowie der Zuschlagskriterien war sehr anspruchsvoll und arbeitsintensiv.

Amtsintern stand das Berichtsjahr im Zeichen einer Wachablösung. Vier MitarbeiterInnen gingen in Pension. Es wurden nicht alle Stellen neu besetzt. Zusammen mit den ungeplanten Abgängen sowie den neuen Stellen werden aber insgesamt sieben neue MitarbeiterInnen in das Team zu integrieren sein.

Personalwesen

Stellenplan 2005

Für das Jahr 2005 bewilligte der Landtag die Schaffung der folgenden Stellen:

0.50	Amt für Gesundheitsdienste
1.00	Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
0.75	Hochbauamt
1.00	Regierung nachgeordnete Stellen
1.00	Amt für Umweltschutz
6.00	Landespolizei
10.25	Total

Ausserdem wurden 0.20 Ausgleichsstellen geschaffen.

Personalbestand per 31.12.2005

Übersicht Personalbestand	Stellen	Personen	Männer	Frauen
(Ständige Stellen, Ausgleichsstellen, Nicht-ständige Stellen)				
Stabsstellen der Regierung inkl. Sekretariate	55.80	78	34	44
Landesverwaltung	610.20	713	437	276
Gerichte	52.00	58	26	32
Landtagssekretariat	4.50	6	2	4
Zwischensumme 1	722.50	855	499	356
Anstalten und Stiftungen	25.60	38	11	27
Übrige	1.20	3	1	2
Zwischensumme 2	28.60	41	12	29
Ausbildung	56.80	57	28	29
Hilfskräfte	104.60	127	55	72
Zwischensumme 3	161.40	184	83	101
Total	910.70	1080	594	486

Unter dem nichtständigen Personal werden jene Personen geführt, die ein zeitlich befristetes Arbeitsverhältnis haben. Nach Überprüfung der einzelnen Bereiche wurde ein genereller Beschluss für die Weiterbeschäftigung dieser Angestellten bis Ende 2005 gefasst.

Personaladministration

Personalselektion

Im Berichtsjahr wurden 68 (61) Stellen ausgeschrieben. Auf diese Ausschreibungen sind insgesamt 979 (1486) Bewerbungen eingegangen. Nach Vorabklärungen und dem Ausscheiden einzelner Bewerbungen wurden mit 208 (330) Personen Gespräche geführt.

Ausgleichsstellen

Per Ende 2005 sind von 22.10 bewilligten Ausgleichsstellen 18.20 Stellen mit 22 Personen besetzt. Die Gesamtzahl der besetzten Ausgleichsstellen hat sich von 13.70 Stellen (Stand 31.12.2004) um 4.50 Stellen bzw. um 5 Personen erhöht.

Diverse Praktika

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 58 (22) PraktikantInnen (zwischen einem Monat und einem Jahr) sowie 18 (23) FerialpraktikantInnen (zwischen zwei und sechs Wochen) beschäftigt. Bei den PraktikantInnen handelte es sich in der Regel um StudentInnen, die während oder nach dem Studium ein Praktikum zu absolvieren hatten, ausser den kaufmännischen Praktikanten, die für ein Jahr angestellt werden.

Im Berichtsjahr haben ausserdem 24 (16) Personen ein Gerichtspraktikum absolviert.

Projekte im Personalbereich

Kinderbetreuung in der Landesverwaltung

Die Kindertagesstätte der Landesverwaltung verfügt über eine Betreuungskapazität von 10 Plätzen. Die Kinder werden von zwei ausgebildeten Kleinkindererzieherinnen und zwei Auszubildenden (Lehrtochter/Praktikantin) betreut. Das Team wird seit einem Jahr von einer Köchin (40 %-Pensum) unterstützt.

Im Gegensatz zu den Vorjahren war die KITA in 2005 nicht voll ausgelastet. Dies ist auf den ersten «Generationenwechsel» bei den Kindern zurückzuführen. Mehrere Kinder, die seit dem Babyalter betreut wurden, haben im August 2005 das Kindergarten- resp. Schulalter erreicht und sind deshalb im Sommer aus der KITA ausgetreten. Insgesamt teilten sich durchschnittlich 21 Kinder die 10 Betreuungsplätze.

Die Vollausslastung der letzten zwei Jahren hat gezeigt, dass das Gebäude für die vorgesehenen 10 Betreuungsplätze bei einer länger andauernden Vollausslastung zu klein ist. Obwohl nicht alle Kinder gleichzeitig in der Kindertagesstätte sind, benötigt doch jedes seinen eigenen Garderobenplatz sowie Stauraum für die benötigten Utensilien. Das Amt für Personal wird im Jahre 2006 in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt ein neues Gebäude für die Kindertagesstätte suchen. Vorerst sollen jedoch die Erfahrungen der letzten Jahre ausgewertet und die Ausrichtung der Kinderbetreuung in der LLV überprüft und optimiert werden.

Totalrevision des Beamtengesetzes – Neues Personalgesetz

Das Amt für Personal und Organisation war in der Arbeitsgruppe vertreten, die von der Regierung den Auftrag hatte, einen Entwurf für ein neues Personalrecht zu erarbeiten. Bis zum Herbst 2005 konnte der Entwurf eines neuen Gesetzes sowie ein Vernehmlassungsbericht erstellt werden. Die Regierung beauftragte dann den

Rechtsdienst mit der legistischen Überprüfung. Die Vernehmlassung bei den interessierten Kreisen ist im Frühjahr 2006 geplant.

Elektronisches Zutritts- und Zeiterfassungssystem

Das elektronische Zutritts- und Zeiterfassungssystem ist heute bis auf wenige Ausnahmen (z.B. Werkbetriebe) in allen landeseigenen Gebäuden sowie in den Gebäuden mit langfristigen Mietverträgen installiert. Das System wird ausserdem beim Landesmuseum, der Landesbibliothek und der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein eingesetzt. 2002 wurden die Systeme «Zeiterfassung» und «Zutrittskontrolle» getrennt und dadurch die Systemkapazität verdreifacht. Aufgrund der hohen Kosten wurde auf einen Wartungsvertrag mit der Firma BIXI AG verzichtet. Da das System seit 10 Jahren besteht, sind nun vermehrt technische Unterhaltsarbeiten nötig, um die Funktionstüchtigkeit zu erhalten.

2003 wurde die Eignungsabklärung des Produkts «Web GeminiTIME» der BIXI AG für die Landesverwaltung positiv abgeschlossen. Beim Produkt «Web GeminiTIME» handelt es sich um einen virtuellen Zeiterfassungsleser, mit dem (via Internet-Explorer) Abfragen, Erfassungen und Bewilligungen von Zeitbuchungen direkt im Zeiterfassungssystem möglich sind. Neben der papierlosen Erfassung von Zeitbuchungen durch die MitarbeiterInnen wird auch die Absenzverwaltung und -kontrolle für die Vorgesetzten vereinfacht und übersichtlicher gestaltet. Das ursprünglich auf 2004 vorgesehene Pilotprojekt im Amt für Personal und Organisation konnte wegen anderen Projekten im Personalbereich erst im Jahre 2005 gestartet werden. Das Pilotprojekt ist positiv verlaufen. Web GeminiTIME soll deshalb in der Landesverwaltung flächendeckend eingesetzt werden.

TQM - Vereinfachtes Verfahren - Pilotversuch im Amt für Personal und Organisation

Im Rahmen des generellen TQM-Projektes wurde auch ein vereinfachtes Verfahren für die Durchführung einer Selbstbewertung in den Amtsstellen in Auftrag gegeben. Das Amt für Personal und Organisation war Pilotamt für dieses Verfahren. Verschiedene Verbesserungs- und Änderungsvorschläge konnten dabei eingebracht werden. Die im Rahmen der Selbstbewertung festgestellten Verbesserungspotenziale innerhalb des Amtes wurden bewertet und eine Rangliste erstellt. Anschliessend wurden die Massnahmen definiert und das weitere Vorgehen festgelegt. Die Themen wurden dann in einzelnen Arbeitsgruppen bearbeitet.

Leistungsdialog «eFocus»

Die Personalbewertungen konnten per Ende September 2005 erfolgreich abgeschlossen werden. Insgesamt wurden wiederum über 800 Leistungsdialoge durch die Vorgesetzten durchgeführt.

Besoldungen/Teuerung

Nebst den individuellen Gehaltsanpassungen kann die Regierung beim Landtag eine Anpassung des Teuerungsausgleichs beantragen. Mit der Gewährung eines Teuerungsausgleichs von 1 % per 1. Januar 2005 wurde die Teuerung auf den Indexstand von 103.3 Punkten ausgeglichen. Der gemäss Besoldungsgesetz Art. 28 zur Berechnung der Teuerung massgebliche Stand des Landesindexes für Konsumentenpreise des Monats August 2005 entsprach 104.3 Punkten, womit die Teuerung seit dem letzten Ausgleich knapp unter 1 % blieb. Aufgrund der aktuellen Budgetsituation, welche gemäss Besoldungsgesetz Art. 27 zu berücksichtigen ist, entschied die Regierung, im Voranschlag 2006 auf einen Antrag für einen Teuerungsausgleich zu verzichten.

Veranstaltungen

Im Berichtsjahr wurden vom Amt für Personal und Organisation folgende Veranstaltungen organisiert:

- Skitag der Landesverwaltung am 5. März 2005 in St. Anton
- Konferenz der StellenleiterInnen am 14. Januar 2005, 25. August 2005 und 23. Dezember 2005
- Klausurtagung in Galtür am 29. und 30. September 2005
- Pensionistentreffen am 20. September 2005
- Verwaltungsabend der Landesverwaltung in der Jenny Spörry-Halle in Vaduz am 2. Dezember 2005

Personalinformation

FLip - Die Personalzeitschrift



Die Personalzeitschrift FLip ist turnusgemäss im Dreimonatsrhythmus erschienen. Die Aufgabenvielfalt der Landesverwaltung widerspiegelt sich in der Themenwahl. Mittler-

weile geht die Personalzeitschrift in den 11. Jahrgang und ist aus der Informationslandschaft der Landesverwaltung nicht mehr wegzudenken.

Rundschreiben

Wichtige Informationen wurden im Intranet veröffentlicht und am Personal-Informationssystem ausgehängt.

Amtliche Kundmachungen

Im Auftrag der Regierung und der Stellen (ohne Landgericht und Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt) wurden 822 (855) Amtliche Publikationen in den beiden Landeszeitungen veröffentlicht.

Aus- und Weiterbildung

Allgemeines

Die Regierung hat in den letzten Jahren auf einschneidende Budgetkürzungen bei der Aus- und Weiterbildung verzichtet. Dank dieser klaren antizyklischen Haltung konnte die Landesverwaltung im Ausbildungsbereich trotz den wirtschaftlich schlechteren Zeiten einen guten Standard halten und ihrer Pflicht als Arbeitgeberin zur systematischen und kontinuierlichen Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden nachkommen.

Das heutige Konzept der Aus- und Weiterbildung wurde im Jahre 2000 von der Regierung bewilligt und in den letzten Jahren sukzessive umgesetzt. Mit der bevorstehenden Einführung eines Qualitätsmanagements in der Landesverwaltung sollte auch der noch fehlende Baustein, das Führungsleitbild der Landesverwaltung, in absehbarer Zeit vorliegen. Daraus werden weitere Anforderungen an die Aus- und Weiterbildung abzuleiten und umzusetzen sein.

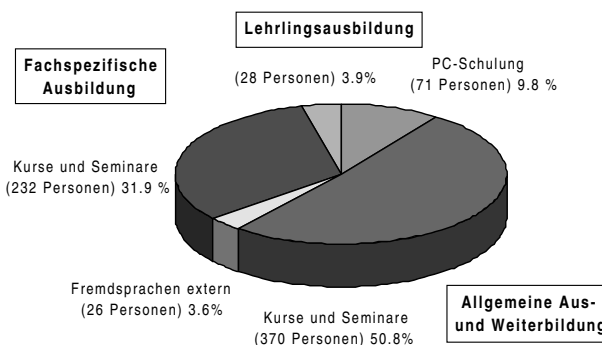
Teilnehmerkreis

In der Landesverwaltung wurden im Berichtsjahr gesamthaft 3 876 (4 025) Weiterbildungstage absolviert. Dies ergibt durchschnittlich 3.85 (4.23) Weiterbildungstage pro MitarbeiterIn.

Insgesamt haben 602 (703) MitarbeiterInnen (277 Mitarbeiterinnen und 325 Mitarbeiter) die Angebote der allgemeinen und fachspezifischen Aus- und Weiterbildung genutzt. Im Weiteren standen 26 (26) Lehrlinge in Ausbildung an verschiedenen Berufsschulen.

Die Gesamtzahl von 725 (900) absolvierten Ausbildungseinheiten können wie folgt den verschiedenen Bereichen der Aus- und Weiterbildung zugeordnet werden.

Ausbildungseinheiten aufgeteilt in die Fachbereiche:

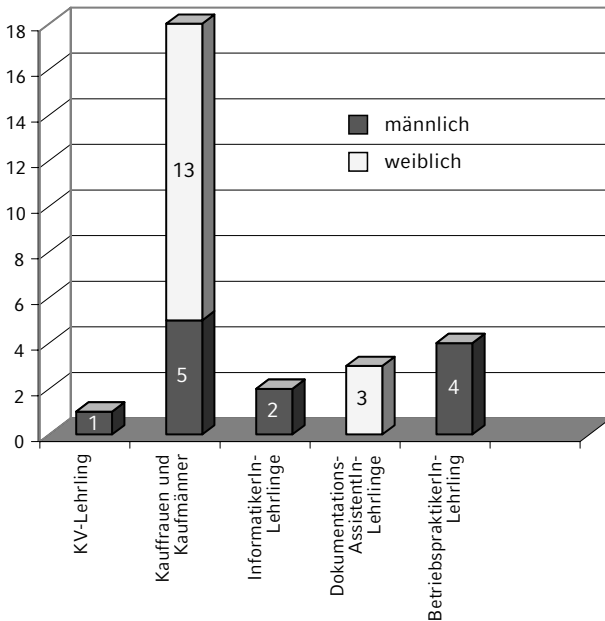


Fachspezifische Aus- und Weiterbildung

Im Berichtsjahr wurden für 232 verschiedene MitarbeiterInnen (78 Mitarbeiterinnen und 154 Mitarbeiter) fachspezifische Kurse und Seminare sowie Fremdsprachenkurse bewilligt. Zusätzlich wurden für einzelne MitarbeiterInnen für die Arbeitsbewältigung fachspezifische Ausbildungen und Lehrgänge bewilligt.

Lehrlingswesen

Mit Ende der ersten Hälfte des Berichtsjahres absolvierten sieben der acht angetretenen Lehrlinge ihre Lehrabschlussprüfungen. In der zweiten Hälfte des Jahres wurden 9 neue Lehrverträge abgeschlossen. D.h. seit Sommer 2005 werden bei der Landesverwaltung 28 Lehrlinge - in folgenden Berufen - ausgebildet:



Im Sommer des Berichtsjahres erlangten erstmals drei Kaufleute (RKG) ihren Fähigkeitsausweis «Kauffrau/Kaufmann E-Profil».

Während der Lehre finden jeweils drei Lehrlingslager statt (Ausnahme Informatiklehrlinge, diese durchlaufen zweimal die Arbeitswoche).

Einführungswoche:

Im ersten Lehrjahr findet für alle im Rahmen der Einführungswoche ein Lager statt. Im Berichtsjahr führte diese Reise nach Bignasco im Maggiatal.

Arbeitswoche:

Im zweiten Lehrjahr leisten die Lehrlinge einen freiwilligen Arbeitseinsatz, letztmals in Appenzell. Bei einer jungen Bauernfamilie wurden auf einem Waldstück Aufräumarbeiten erledigt.

Lehrabschlussreise:

Eine Abschlussreise mit allen Lehrabschlusslehrlingen findet jeweils im dritten Lehrjahr statt. Das Reiseziel wird von den Lehrlingen selber bestimmt. Letztmals ging die Reise nach Barcelona.

Jede Amtsstelle, welche Lehrlinge ausbildet, hat eine zuständige ausbildungsverantwortliche Person. Den Ausbildungsverantwortlichen/BerufsbildnerInnen wurde im Berichtsjahr das zweitägige Seminar «Wie Sie als Berufsbildner mit Lehrlingen Konflikte erfolgreich lösen»

angeboten. Das Seminar wurde von René Hungerbühler durchgeführt und 11 TeilnehmerInnen nahmen dieses Weiterbildungsangebot wahr.

Im Berichtsjahr absolvierten 21 SchülerInnen eine 1-tägige Schnupperlehre als Kauffrau/Kaufmann, zwei als BetriebspraktikerIn und zwei als Informations- und DokumentationsassistentIn. Das BIZ veranstaltete Infoabende unter Einbezug von Verwaltungslehrlingen und LehrlingsbetreuerIn zu verschiedenen Lehrberufen.

Von den LehrabgängerInnen konnten ein Kaufmann, ein Kaufmännischer Angestellter und ein Informations- und Dokumentationsassistent als Aushilfen bei der Liechtensteinischen Landesverwaltung weiterbeschäftigt werden. Eine Lehrabgängerin konnte in ein fixes Anstellungsverhältnis übernommen werden und zwei weitere konnten die Möglichkeit einer befristeten Anstellung von zwei bzw. drei Jahren nutzen.

Versicherungswesen

Neuabschluss der Versicherungsverträge

Mit Bericht und Antrag vom 16. Dezember 2004 setzte das Amt für Personal und Organisation die Regierung darüber in Kenntnis, dass auf Ende 2005 alle Versicherungsverträge auslaufen. Dieses Vorgehen war geplant, damit alle Verträge neu ausgeschrieben bzw. neu verhandelt werden können. Betroffen sind die folgenden Versicherungsverträge:

- Obligatorische Unfallversicherung, samt Zusatzversicherungen und Schülerunfallversicherung
 - All-Risk (Gebäude/Fahrhabe-) Versicherung
 - Transportversicherung
 - Betriebshaftpflichtversicherung
 - Organhaftpflichtversicherung
 - Motorfahrzeug-Flottenvertrag und Dienstfahrtenkasko
- Mit RA 2004/3384 vom 21. Dezember 2004 nahm die Regierung die Vorgehensweise bei der Ausschreibung der einzelnen Policen zur Kenntnis und beschloss, dass die im Jahre 2005 ablaufenden Verträge nach Möglichkeit im Rahmen von Verhandlungsverfahren unter allen im Land ansässigen Versicherungsunternehmen neu vergeben werden. Das Amt für Personal und Organisation wurde in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle für öffentliches Auftragswesen mit der Durchführung beauftragt.

Um die an einem Versicherungsvertrag interessierten Versicherungsunternehmen auf einen einheitlichen Informationsstand zu bringen sowie zum Zweck der Abklärung von allfälligen Unklarheiten vor Ort, fand am 9. Mai 2005 eine Informationsveranstaltung statt. Zu dieser Veranstaltung wurden alle in Liechtenstein konzessionierten Versicherungsgesellschaften eingeladen. Die Versicherungsgesellschaften hatten dann Gelegenheit, ihre Ergänzungen oder Fragen einzubringen, sodass diese in die Ausschreibung aufgenommen werden konnten. Das Amt für Personal und Organisation stand den Gesellschaften in der Folge auch im Zuge der Offertstellung für ergänzende Fragen zur Verfügung.

Die Auswertung der eingegangenen Offerten erfolgte unter Anwendung der im Rahmen des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen festgelegten Bewertungskriterien.

In der Sitzung vom 20. September 2005 (RA 2005/2185-0270) nahm die Regierung das Resultat der Ausschreibung der Versicherungspolizen zur Kenntnis. Die Policen wurden gestützt auf das Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) sowie die dazugehörige Verordnung (ÖAWV) vergeben. Das Amt für Personal und Organisation wurde mit den entsprechenden Vertragsverhandlungen beauftragt.

Die neuen Versicherungsverträge sind auf den 1. Januar 2006 in Kraft getreten.

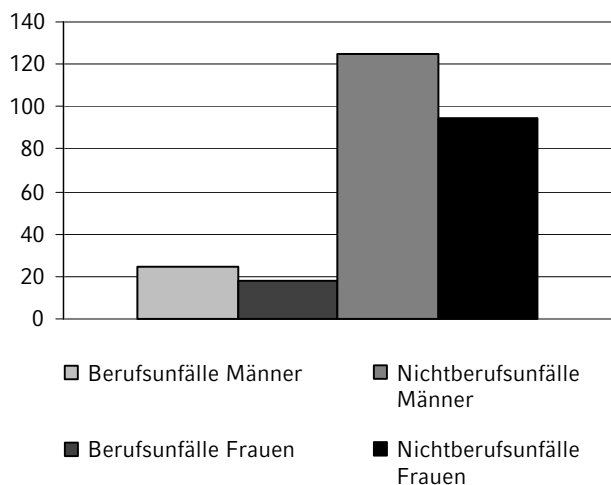
Kollektiv-Unfallversicherung

Die Statistik zeigt folgendes Bild:

Unfallstatistik 2005

Art der Unfälle	2004	2005	Veränderung abs.
Berufsunfälle Männer	36	25	-11
Berufsunfälle Frauen	8	18	10
Nichtberufsunfälle Männer	125	118	-7
Nichtberufsunfälle Frauen	99	95	-4
Total Berufsunfälle	44	43	-1
Total Nichtberufsunfälle	224	213	-11

Die Zahl der Unfälle hat im vergangenen Jahr erfreulicherweise wieder abgenommen.



Sachversicherungen

Schadenstatistik 2005

Art der Schäden	2004	2005	Veränderung abs.
Dienstfahrten-Kasko	3	10	7
Gebäude-Fahrhabe (All-Risk)	0	2	2
Haftpflichtversicherung	3	3	0
Motorfahrzeug- Flottenversicherung	2	1	-1
Total	8	16	8

Organisation der Amtsstellen

Verwaltungsorganisation

Der revidierte Bericht der Arbeitsgruppe wurde von der Regierung zur Kenntnis genommen und die Arbeitsgruppe wurde mit der Ausarbeitung von Alternativen zu bestimmten Punkten beauftragt. Diese Arbeiten konnten bis Ende Jahr nicht mehr abgeschlossen werden.

Umsetzung des neuen Lohnsystems

Die für die Umsetzung des neuen Lohnsystems notwendige Informatik musste zusammen mit der Herstellerfirma des Personalinformationssystems von Grund auf aufgebaut und an den Bedürfnissen der Landesverwaltung ausgerichtet werden.

Nachdem die ersten beiden Phasen (d.h. Umstellung der massgebenden Löhne auf die Systematik gemäss neuem Lohnsystem sowie Durchführung der Systemlohnrunde) bereits im Jahr 2004 erfolgreich erledigt werden konnten, stand mit der eigentlichen Leistungslohnrunde anfangs 2005 die dritte und letzte Phase zur erstmaligen Durchführung an.

Diese Phase umfasste die Aufteilung des vom Landtag bewilligten Lohnerhöhungsbudgets auf die einzelnen Organisationseinheiten, die Ermittlung von Lohnerhöhungsvorschlägen pro Mitarbeitenden, die Sichtung und allfällige Anpassung dieser Vorschläge durch die Vorgesetzten in den Amtsstellen, die daran anschliessende Lohninformation sowie das abschliessende Controlling.

Verwaltungsportal www.llv.li

Im Jahr 2005 wurde für die nachstehenden Amtsstellen ein Detailauftritt auf dem Portal der Liechtensteinischen Landesverwaltung www.llv.li realisiert bzw. der Auftritt im Sinne einer besseren Kundenorientierung überarbeitet:

- Amt für Auswärtige Angelegenheiten (www.aaa.llv.li)
- Amt für Gesundheitsdienste (www.agd.llv.li)
- Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen (www.alkvw.llv.li)
- Amt für Wohnungswesen (www.aww.llv.li)
- Amt für Zivilschutz und Landesversorgung (www.azslv.llv.li)
- Amt für Zollwesen (www.azw.llv.li)

- Bauadministration (www.ba.llv.li)
- Dienststelle für Sport (www.ds.llv.li)
- Finanzkontrolle (www.fk.llv.li)
- Hochbauamt (www.hba.llv.li)
- Landwirtschaftsamt (www.lwa.llv.li)
- Stabsstelle Finanzen (www.sf.llv.li)
- Stabsstelle für Chancengleichheit (www.scg.llv.li)
- Stabsstelle für Kulturfragen (www.skf.llv.li)
- Tiefbauamt (www.tba.llv.li)

Es kann zusammenfassend festgehalten werden, dass per Ende 2005 nahezu alle Amtsstellen mit einem Detailauftritt auf dem Verwaltungsportal www.llv.li vertreten sind und die ersten beiden Portal-Ausbaustufen «Publishing» und «Interaktion» somit praktisch abgeschlossen sind.

Zusätzlich zu den vorstehenden Amtsstellenauftritten sowie den eher amtsstellenspezifischen Angeboten (wie z.B. Berufsbilderverzeichnis, Medieneinladungen, Register der Datensammlungen oder Soziallexikon) wurde das Verwaltungsportal um folgende zentrale Dienstleistungen erweitert:

- Einbau der Applikation «Berichte und Anträge (BuA) der Regierung an den Landtag» (www.bua.llv.li)
- Einbau der Applikation www.gesetze.li sowie entsprechende Umstellung sämtlicher relevanter Links
- Erstellung der Applikation «Vornamen» (www.vornamen.llv.li)
- Ausbau und Überarbeitung des Newsletter-Services (www.newsletter.llv.li)

Im Hinblick auf den langfristigen Ausbau und die Weiterentwicklung des Portals wurde Ende 2005 ein umfassendes Portal-Review gestartet, das aus einer Online-Kundenbefragung sowie einer Benchmark-Analyse bestand. Die Resultate sollen Aufschluss über die zukünftigen Schwerpunkte geben und fliessen entsprechend in die Projektplanung ein.

Interne Organisation Amt für Personal und Organisation

Die im Vorjahr neu geschaffene Abteilung Organisationsentwicklung musste personell entsprechend dotiert werden. Die Stellen wurden ausgeschrieben, konnten aber im Berichtsjahr nicht mehr besetzt werden. Das Ausscheiden eines Gruppenleiters bei der Informatik wurde zum Anlass genommen, die Organisationsstruktur dieser Abteilung zu analysieren. Die Informatikabteilung war in den letzten Jahren stark gewachsen. Ausserdem hatten sich auch das Umfeld und die Ausrichtung der Informatik verändert.

Dem wurde mit organisatorischen Anpassungen Rechnung getragen. Neben der Schaffung einer zusätzlichen Gruppe war ein wesentliches Element der Aufbau neuer Stabsstellen. Eine dieser Stabsstellen ist für Projektleitungen zuständig, während sich die andere vorwiegend mit Sicherheitsfragen und technologischen Entwicklungen befasst. Die Gruppenleiter- sowie die Stabsstellen konnten im Laufe des Jahres besetzt werden.

Eine weitere Änderung zeichnete sich bei der Abteilung Besoldungsadministration/Versicherungen ab.

Der bisherige Stelleninhaber wird aus gesundheitlichen Gründen andere Aufgaben übernehmen. Die Stelle wurde ausgeschrieben und wird im Frühjahr 2006 besetzt werden.

Ausser diesen ungeplanten Abgängen gingen im Laufe des Jahres vier verdiente MitarbeiterInnen in Pension. Auch hier wurde die Gelegenheit genutzt, organisatorische Anpassungen sowohl im Bereich Einkauf als auch beim Schalter/Empfang vorzunehmen. Die Stellen konnten auf Anfang 2006 besetzt werden.

Durchgeführte Stellenzuordnungen

Im Jahr 2005 wurden Stellenüberprüfungen in folgenden Bereichen durchgeführt:

- Amt für Soziale Dienste
- Abteilung Strassenunterhalt des Tiefbauamtes
- Amt für Zivilschutz und Landesversorgung
- Abteilungsleiter des Amtes für Volkswirtschaft
- Aufsichtspersonal im Liechtensteinischen Landesmuseum, im Wohnmuseum Schellenberg sowie im Postmuseum

Der umfassende Ansatz wird so weit als möglich angewendet, damit der Quervergleich bestmöglichst berücksichtigt werden kann.

Public Key Infrastructure (PKI)

Auf Ende 2005 konnten die beiden Portal-Ausbaustufen «Publishing» und «Interaktion» praktisch abgeschlossen werden. Damit die daran anschliessenden Ausbaustufen «Transaktion» und «Integration» und das damit verbundene Endziel der vollständigen elektronischen Abwicklung von Verwaltungsprozessen möglichst rasch realisiert werden können, sind im Jahr 2005 bereits die dafür notwendigen Grundlagenarbeiten angegangen worden.

Eine der unabdingbaren Voraussetzungen für die Realisierung dieses Ziels ist, dass die Identität des Kunden (z.B. Bürger mit in- oder ausländischer Staatsbürgerschaft oder Firmen) auf elektronischem Wege eindeutig festgestellt werden kann und somit eine vertrauliche, gesicherte und rechtlich verbindliche Kommunikation zwischen den Kunden und der Verwaltung sowie innerhalb von Behörden nach standardisierten Prozeduren stattfinden kann. Im Zusammenhang mit dieser Themenstellung tauchen immer wieder die Begriffe «Public-Key-Infrastruktur» oder kurz «PKI» auf.

Im PKI-Bereich ist zu Beginn des Jahres 2005 eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Amtes für Personal und Organisation eingesetzt worden, die mit der Erarbeitung eines Detailkonzeptes beauftragt wurde. Da die PKI-Thematik äusserst vielfältig ist und somit verschiedenste Themengebiete der Verwaltung wie z.B. Recht, Organisation oder Technik betroffen sind, hat die Arbeitsgruppe im Herbst 2005 einen Zwischenbericht bei der Regierung eingereicht, der konkrete Aufträge zu den einzelnen Schwerpunktthemen sowie dazugehörige Grundsätze enthält.

Enterprise Content Management (ECM)

Ende 2004 wurde ein Vorprojekt zum Thema «Enterprise Content Management (ECM)» gestartet. ECM umfasst den gesamten Lebenszyklus von Informationen in einem Unternehmen, d.h. von deren Erzeugung, über die Bearbeitung bis zur Bereitstellung sowie der abschliessenden Archivierung bzw. Vernichtung.

Das Amt für Personal und Organisation leitete die entsprechende Arbeitsgruppe, in der neben drei Pilotamtsstellen auch Vertreter aus dem Datenschutz- sowie Archiv-Bereich vertreten waren. Der Schlussbericht wurde der Regierung von der Arbeitsgruppe im Herbst 2005 übergeben.

Der Schlussbericht sieht vor, dass die verwaltungsweit geltenden Erkenntnisse in einem nächsten Arbeitsschritt konkretisiert und die notwendigen organisatorischen, technischen und applikatorischen Vorabklärungen mit Hilfe eines Prototypings gezielt in einer Amtsstelle durchgeführt werden sollen. Oberstes Ziel des Prototypings ist es, eine abschliessende Aussage darüber machen zu können, ob und wie ein ECM-System verwaltungsweit eingeführt werden kann.

Schaffung einer unabhängigen Finanzmarktaufsicht

Das Amt für Personal und Organisation war in der Projektgruppe vertreten und damit am Aufbau beteiligt. In der Schlussphase war das Amt für den Aufbau der Infrastruktur verantwortlich. Innerhalb der vorgegebenen Termine mussten die räumlichen und technischen Rahmenbedingungen für die neue Behörde geschaffen werden. Das Mietobjekt inkl. Technik und Ausstattung konnte der Finanzmarktaufsicht termingerecht übergeben werden. Erfreulicherweise lagen die effektiven Kosten für die mieterseitigen Anpassungen 10% unter dem Kostenvoranschlag. Die MitarbeiterInnen erhielten neue Dienstverträge und wurden per 1.1.2005 von der neuen Behörde übernommen.

Zwischen der Liechtensteinischen Landesverwaltung und der Finanzmarktaufsichtsbehörde wurde eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Darin sind die gegenseitig zu erbringenden Leistungen im Detail beschrieben.

Neulösung «Stellenbeschreibungen»

Aufgrund der Erfahrungen mit dem bisherigen Lösungsansatz auf der Basis von WinWord-Vorlagen sowie der Tatsache, dass keine Softwareprodukte auf dem Markt sind, welche die zu beachtenden Bedürfnisse abdecken, wurde ein Gesamtkonzept für die Erstellung einer informatikgestützten Stellenbeschreibungs-Lösung erarbeitet.

Die neue Stellenbeschreibungs-Lösung wird im Frühjahr 2006 verwaltungsweit eingeführt und anschliessend laufend auf weitere Einsatzbereiche sowie Funktionalitäten geprüft und allenfalls erweitert.

Rechtsgrundlagen «Zentrale Personenverwaltung»

In Zusammenarbeit mit dem technischen Verantwortlichen, einem Vertreter des Ressorts Justiz sowie dem Datenschutzbeauftragten wurden Entwürfe für ein Gesetz sowie einer Verordnung für die zentrale Personenverwaltung der Liechtensteinischen Landesverwaltung erstellt.

Einkauf

Obwohl es während des Jahres zu vielen ungeplanten Zügeleien und damit verbundenen Anschaffungen gekommen war, konnten die Budgetvorgaben eingehalten werden. Dies war nur möglich durch die Verwendung und Anpassung bestehenden Mobiliars und äusserste Zurückhaltung bei der Anschaffung von neuem Mobiliar.

Mit der Gewerbe- und Wirtschaftskammer wurden verschiedene Sitzungen abgehalten. Es war vorgesehen, ähnlich wie bei den Garagisten auch im Bereich der Sektion Grafik/Druckerei Richtlinien für die Auftragsvergabe zu erarbeiten. Es konnten zwar Vorschläge erarbeitet werden, bis Ende Jahr lag aber noch kein bereinigtes Papier vor.

Das Amt für Personal und Organisation war auch in der Arbeitsgruppe vertreten, die sich mit einem neuen Erscheinungsbild für die Landesverwaltung befasste. Der Regierung konnten entsprechende Vorschläge unterbreitet werden. Aus Kostengründen wurde jedoch vorläufig auf die Umsetzung verzichtet und die Arbeitsgruppe damit beauftragt, kostengünstigere Alternativen vorzuschlagen. Für den Bereich der Broschüren soll das neue Erscheinungsbild aber ab Januar 2006 Gültigkeit haben. Dafür mussten die entsprechenden Gestaltungsrichtlinien erarbeitet werden.

Der Bereich Einkauf stand im Zeichen einer «Wachablösung». Der langjährige Einkäufer der Landesverwaltung, Herr Kurt Marxer, ging auf Ende 2005 in Pension. Der Bereich ist neu der Abteilung Organisationsentwicklung zugeordnet, womit sich auch die Aufgaben geändert haben. Gleichzeitig wurden auch die verschiedenen Schnittstellen analysiert und teilweise neu definiert.

Nachdem der Papierverbrauch in den Jahre 2003 und 2004 in etwa gleich geblieben war, ist er im Jahr 2005 erfreulicherweise gesunken und liegt bei 82% des Vorjahres. Dies ist vor allem auf die steigende Akzeptanz der Dienstleistungsempfänger zurückzuführen, Informationen direkt über das Verwaltungsportal abzurufen. Der Verbrauchsanteil von Recyclingpapieren gegenüber den Spezialpapieren hält das hohe Niveau der Vorjahre.

	2002		2003		2004		2005	
	kg	%	kg	%	kg	%	kg	%
Recycling	53 498	81.4	54 324	73.5	52 314	71.3	44 292	72.8
Andere	12 258	18.6	19 636	26.5	21 685	29.6	16 475	27.2
Total	65 756		73 960		73 355		60 767	

Raumbedarfsplanung

Generelle Raumbedarfsplanung

Die Regierung beauftragte eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines Berichts über den Raumbedarf der Landesverwaltung. Darin sollten die Schwerpunkte und Massnahmen für die nächsten Jahre dargestellt werden. Grundlage des Berichts war der vom Landtag genehmigte Hochbautenbericht. Darin wurde grundsätzlich festgelegt, dass es in den nächsten Jahren vor allem darum geht, die bestehenden Gebäude zu optimieren und nach Möglichkeit die Landesverwaltung zu zentralisieren. Die Raumbedarfsplanung hat natürlich einen engen Zusammenhang mit der Regierungs- und Verwaltungsorganisation, sodass diese beiden Projekte sehr gut koordiniert werden müssen.

Die Arbeitsgruppe konnte der Regierung bis Ende Jahr einen Grundsatzbericht inklusive Massnahmenkatalog vorlegen.

Justizgebäude

Nachdem die Baubewilligung endlich erteilt war, konnte die Baukommission ihre Arbeit aufnehmen und sich an die Detailplanung machen. Baubeginn war im Januar und die Arbeiten schritten in den folgenden Monaten zügig voran.

In verschiedenen Sitzungen wurden in der Baukommission Ausführungspläne erarbeitet und Entscheidungen vor allem im Bereich der Sicherheit gefällt. Wesentlich war auch die Bemusterung der verwendeten Materialien. Mit zunehmendem Baufortschritt mussten die Ausschreibungsunterlagen genehmigt und verschiedene Details festgelegt werden. Der Bezug des Mietobjekts ist im Frühjahr 2007 geplant.

Haus Risch

Durch den Auszug des Amtes für Finanzdienstleistungen sowie der Stabsstelle für Sorgfaltspflichten, die neu Bestandteil der unabhängigen Finanzmarktaufsicht bilden, wurden die entsprechenden Flächen im Haus Risch frei. Diese wurden verschiedenen MitarbeiterInnen der Regierung sowie der Stabsstelle für Datenschutz zugeteilt. Der verbleibende Raum wurde dem Amt für Volkswirtschaft zugesprochen. Durch die personelle Aufstockung der Abteilung Arbeit musste diesem Amt mehr Raum zur Verfügung gestellt werden

Regierungsgebäude

Aufgrund der beengten räumlichen Verhältnisse im Regierungsgebäude übersiedelten die Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie das Presse- und Informationsamt in das Schädlerhaus.

Haus Greber

Im Haus Greber war ein Teil der MitarbeiterInnen der Regierung sowie die Stabsstelle für Datenschutz untergebracht. Durch die Übersiedlung in das Haus Risch

wurden die Flächen nicht mehr benötigt, sodass dieses Mietobjekt aufgelassen wurde.

Verlagerungen von Amtsstellen

Im abgelaufenen Jahr fanden folgende Verlagerungen von Amtsstellen resp. Optimierungen innerhalb von Amtsstellen statt:

– Umzug Mikroverfilmung	Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
– Einrichten Scan-Service	Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
– Umzug AVW von Container in Haus Risch	Arbeitsicherheit und Energiefachstelle
– Umzug AVW von AHV Gebäude in Container	Abteilung Statistik
– Umzug AVW AHV Gebäude EG	Abteilung Wirtschaft
– Umzug AVW AHV Gebäude, 1. Stock und EG	Abteilung Arbeitsvermittlung
– Umzug Postgebäude Triesen	Schulpsychologischer Dienst
– Umzug Postgebäude Vaduz, 3. OG in Engländerbau	Amt für Briefmarkengestaltung
– Einrichten und Umzug Postgebäude Schaan	Landesphysikus und SPMD Leiter
– Ausräumen Weilemann Schaan	Historiker Kommission
– Umbau Real Überbauung	Amt für Personal und Organisation Erdgeschoss und Informatik-Abteilung
– Einrichten von 9 Reserveplätzen	Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
– Umbau Einrichtungen Regierungsgebäude	Regierungsräte
– Umzug Haus Risch, 1. Stock	Staatsanwaltschaft, Empfang, Archiv, Schreibstelle
– Ergänzung Haus Risch, 1. Stock	Staatsanwaltschaft Bibliotheksraum
– Ausräumen und neu einrichten Haus Lampert	Diverse Büros Amt für Auswärtige Angelegenheiten
– Vorbereitung Provisorium Landesarchiv	Ausräumen Lager Mehrzweckgebäude Triesen

Informatik

EDV-Gesamtlösung für die Abteilung Arbeit des Amtes für Volkswirtschaft

Nach der öffentlichen Ausschreibung für eine neue EDV-Gesamtlösung der Abteilung Arbeit wurde im Berichtsjahr nach einem umfangreichen Auswahlverfahren der Auftrag vergeben.

Im Zeitraum vom März bis Juli 2005 wurde basierend auf dem ausgeschriebenen Pflichtenheft und in Zusammenarbeit mit den betroffenen Fachstellen des Amtes für Volkswirtschaft eine umfangreiche Systemspezifikation erstellt. Die anschliessenden Realisierungsarbeiten verliefen planmässig. Gegenwärtig wird die Lösung von der Abteilung Arbeit des Amtes für Volkswirtschaft getestet.

EDV-Lösung zur Unterstützung der Baubewilligungsverfahren beim Amt für Umweltschutz

Im Rahmen des Verfahrens für Baugesuche werden die Bauakten im Amt für Umweltschutz von den jeweiligen Sachbearbeitern geprüft. Falls erforderlich werden Bewilligungen erteilt bzw. verweigert. Nach Abschluss des Bauvorhabens werden allfällige Auflagen kontrolliert. Zur Unterstützung dieser Geschäftsprozesse wurde eine EDV-Lösung realisiert, welche eine effizientere Bearbeitung der einzelnen Fälle erlaubt und die Auskunftsbereitschaft gegenüber Gemeinden, Bauherrschaften, Architekten etc. wesentlich verbessert.

Beschaffung eines hydrologischen Datenmanagementsystems beim Amt für Umweltschutz

Das Amt für Umweltschutz hat das Messstellennetz des Grundwasserkatasters überarbeitet. Um die Fülle der Daten effizienter verwalten und aussagekräftig auswerten zu können, wurde ein datenbankbasiertes, hydrologisches Datenmanagementsystem beschafft.

Erweiterung der EDV-Lösung «Designregister» beim Amt für Volkswirtschaft

Neue Anforderungen machten die Überarbeitung der bestehenden Softwarelösung für die Verwaltung der Designmarken notwendig. Im Zuge der Erweiterungen wurde die Applikation auch auf eine aktuelle Datenbank-Plattform migriert.

Anpassung der Geschäftslösung beim Amt für Wohnungswesen

Aufgrund der Abänderung des Wohnbauförderungsgesetzes musste die bestehende Geschäftslösung beim Amt für Wohnungswesen angepasst bzw. erweitert werden.

Erweiterung der FAK/FABER-Schnittstelle bei der EDV-Lösung für die Motorfahrzeugkontrolle

Aus Zeit- und Kostengründen wurde bei der Einführung des Führerscheins im Kreditkartenformat (FAK) auf eine umfassende Ausgestaltung der Schnittstelle zum Schweizerischen Fahrberechtigungsregister (FABER) verzichtet. Die rudimentäre Funktionalität der Schnittstelle erlaubte es bislang nicht, den Datenbestand zwischen der Motorfahrzeugkontrolle und FABER fehlerfrei abzugleichen. Die realisierte Erweiterung ermöglicht nun eine aktuelle und vollständige Synchronisation der Daten.

Arbeitsgruppe «Zentrale Personenverwaltung (ZPV)»

Für die Sicherstellung der Konformität des Systems der Zentralen Personenverwaltung zu den Bestimmungen des Datenschutzes setzte die Regierung Ende 2003 eine Arbeitsgruppe ein. Im Berichtsjahr wurden für die Daten der zentralen Personenverwaltung die jeweiligen Dateneigentümer ermittelt. Um Zugriff auf diese Daten zu erhalten, ist nun ein entsprechendes Bewilligungsverfahren eingeführt worden. Ein grundlegendes Bearbeitungsreglement ist in Arbeit.

Erweiterung der Softwarelösung «Gebäudeinformationssystem» bei der Liegenschaftsverwaltung

Infolge der stetig wachsenden Sicherheitsanforderungen beim Gebäudeunterhalt wurde das bestehende Gebäudeinformationssystem um ein elektronisches Sicherheitshandbuch erweitert. Die Integration des Handbuchs mit detaillierten Anleitungen zu den einzelnen Tätigkeiten unterstützt die Liegenschaftsverwaltung. Die verschiedensten Unterhaltstätigkeiten am Bau wurden standardisiert und können den Mitarbeitenden anhand von Anwendungsbeispielen genau aufgezeigt werden.

Öffentlichkeitsregister

Im Jahr 2004 wurde im Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt die Handelsregisterlösung «HRWin» eingeführt. Mit HRScan/ELAR wurde eine Ergänzung zu HRWin realisiert. Diese ermöglicht die Digitalisierung aller Dokumente des Handelsregisters und den Aufbau eines elektronischen Archivs. Das Projekt wurde im Berichtsjahr technisch abgeschlossen. Das Einscannen der Dokumente ist sehr aufwändig und wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen.

Grundbuch

Als Erweiterung der bestehenden Geschäftsapplikation des Grundbuches wurde das Modul «Beleg Integration» realisiert. Mit Hilfe dieser Software wird die Digitalisierung von Grundbuchbelegen ermöglicht.

Security Assessment der IT-Infrastruktur

Die Sicherheitsrisiken in der Informationstechnologie (IT) wachsen stetig. Hinzu kommt, dass man heute in einer vernetzten Welt operieren muss und sich die IT längst nicht mehr von ihrer Umgebung abschotten lässt. Umso wichtiger ist deshalb, das Sicherheitsdispositiv auf diese Gegebenheiten auszurichten. Tools wie Virenschutz, Intrusion Detection oder Firewalls im Einsatz zu haben, ist heute unerlässlich.

Ebenso unerlässlich ist es, von Zeit zu Zeit zu überprüfen, ob die Sicherheitseinrichtungen die erwünschte Wirkung zeigen und Angriffe wirksam abwehren. Aus diesem Grund wurde im Berichtsjahr ein umfangreicher Security-Audit durchgeführt. Das Ziel des Audits war, etwaige Lücken und mögliche Angriffspunkte in den Sicherheitssystemen aufzuspüren, so dass sie anschliessend gezielt geschlossen werden konnten.

Ausländer- und Passamt

Zur Schaffung einer neuen Passgeneration unter Einschluss mindestens eines biometrischen Erkennungsmerkmals wurde von der Regierung im September 2004 eine Arbeitsgruppe bestellt. Die Abteilung Informatik ist in dieser Arbeitsgruppe vertreten und unterstützt das Ausländer- und Passamt unter anderem bei der Evaluation der technischen Einrichtung.

Die Fachapplikation des Ausländer- und Passamts wurde um diverse Sicherheitschecks erweitert. Wegen

der neuen Personenverkehrsordnung musste der Druck der Bewilligungspapiere angepasst werden.

Geschäftsapplikation für das Zivilstandesamt

Im Berichtsjahr wurde das Pflichtenheft für die Phase II der neuen Geschäftslösung erstellt. Folgende Bereiche sind durch die Phase II abgedeckt:

- Alle zusätzlichen bis anhin manuell erfassten Ereignisse werden im System erfasst.
- Alle Scheine, Meldungen und Formulare werden elektronisch erstellt.
- Geschäftsregeln werden durch die Applikation automatisch überprüft.

Der Start für die Realisierung erfolgte Ende 2005. Abschluss der Arbeiten und Einführung sind im 1. Quartal 2006 geplant.

Liechtensteinische Transporterhebung

Die Erhebung wird seit dem 1. Januar 2005 durchgeführt. Die gemäss EWR-Abkommen an Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, zu liefernden Daten wurden fristgerecht übermittelt.

Um den anspruchsvollen Terminplan, nämlich den Start der Erhebung am 1. Januar 2005, nicht zu gefährden, enthielt das damalige Pflichtenheft nur die Software für das zum Vorbedrucken des Fragebogens, die Erfassung der Daten, das Mahnwesen und die Datenlieferung an Eurostat. Auf die Software zur Erstellung einer nationalen statistischen Publikation wurde zum damaligen Zeitpunkt verzichtet.

Die im Berichtsjahr neu erstellte Software liefert nun die notwendigen Auswertungen für die Erstellung einer statistischen Publikation über die Gütertransporte auf der Strasse. Die Software wurde im Berichtsjahr realisiert und zum grössten Teil ausgetestet. Der Produktivstart ist Anfang 2006 geplant.

Erweiterung und Migration der Geschäftslösung beim Amt für Soziale Dienste

Neue Anforderungen machten eine grössere Überarbeitung der seit Jahren im Einsatz stehenden Geschäftslösung beim Amt für Soziale Dienste erforderlich. Die Softwarelösung entsprach zudem nicht mehr dem aktuellen Systemstandard der Landesverwaltung. Nebst der Realisierung der Erweiterungen wurde die Lösung deshalb auch auf eine aktuelle Systemumgebung migriert.

Clusterverserver für die Datei- und Programmablage

Das aus dem Jahr 1999 stammende System für die Datei- und Programmablageinfrastruktur wurde durch einen neuen Clusterverserver ersetzt. Im Sinne einer Hardwarekonsolidierung wurde ein weiteres Ablagesystem auf das neue System migriert, was zu erheblichen Kosteneinsparungen im Bereich von Softwarelizenzen und Wartung führte.

Neue EDV-Lösung für die Steuerverwaltung

Die Arbeiten an der neuen EDV-Lösung für die Steuerverwaltung sind im Berichtsjahr gut vorangeschritten.

Sowohl die Module für die «Direkten Steuern» wie auch für die «Mehrwertsteuer» konnten im Berichtsjahr in den produktiven Betrieb überführt werden. Damit konnte eines der grössten Projekte der Informatik im vorgesehenen Budgetrahmen abgewickelt werden.

Kommunikation

Neue Mail-Firewall

Durch den Einsatz einer neuen Mail Firewall Appliance konnte die Flut von Spam-Mails drastisch eingeschränkt werden. Die gleichzeitige Integration des Virenschutzes auf der Mail Firewall ermöglichte es, ein bestehendes Schutzsystem abzulösen, was zu entsprechenden Einsparungen bei der Lizenzierung führte.

Ausbau Kommunikationsnetzwerk

Für den Anschluss der Server im Rechenzentrum wurde ein neues Netzwerkmodul für den Serverzugriff realisiert. Mit den neuen Komponenten können die Server mit einer Bandbreite von bis zu 1000 Megabit/s (Gigabit Ethernet) an das Kommunikationsnetz angeschlossen werden. Bisher war eine maximale Integration von 100 Megabit/s möglich. Das neue Servermodul ist redundant ausgelegt, so dass beim Ausfall einer Komponente der Betrieb des Rechenzentrums weiterhin gewährleistet ist.

Gegen Ende des Berichtsjahres wurde mit der Erneuerung des Kommunikationsnetzes der Landespolizei begonnen. Die neue Lösung basiert auf Netzwerkkomponenten, wie sie in den vergangenen Jahren bei der Modernisierung des Kommunikationsnetzwerkes verwendet wurden.

Erweiterung Telefonie-Infrastruktur

Die Realisierung des im Vorjahr konzeptionierten Ausbaus der Telefonie-Infrastruktur wurde in Angriff genommen. Das neue System ist betriebsbereit und wurde zusammen mit den vorhandenen Teilnehmervermittlungsanlagen an das Kommunikationsnetz angeschlossen. Die Migration auf das neue System ist für das Jahr 2006 geplant. Dabei wird auch das vorhandene Vermittlungs- und Gebührendatenerfassungssystem ersetzt werden. Bei einzelnen Liegenschaften werden erstmals IP-Telefongeräte, welche direkt an das Kommunikationsnetzwerk angeschlossen werden, eingesetzt. Somit kann zukünftig der gesamte Gesprächsverkehr zusammen mit den Daten über ein und dasselbe Netz übertragen werden, was den Einsatz eines separaten Sprachnetzwerkes hinfällig macht.

Verlegung von Glasfaserverbindungen

Durch den geplanten Abbruch des Archivgebäudes wurde die Verlegung mehrerer Glasfaserverbindungen, über welche heute diverse Liegenschaften der Landesverwaltung in das Daten- und Sprachnetz integriert sind, notwendig. Durch eine Leitungsverlegung konnten die

betroffenen Liegenschaften rechtzeitig vom derzeitigen Verteilerpunkt losgelöst und über die bestehenden Netzwerkbackbone-Knoten wieder eingebunden werden.

Anschluss an das Switch-Hochschulnetzwerk

Die Stiftung Switch (Swiss Education & Research Network) betreibt ein stabiles, leistungsfähiges und modernes Netzwerk für die schweizerische Lehre und Forschung, basierend auf eigener Glasfaser-Infrastruktur. Dieses Netzwerk mit Anschluss an weitere Forschungsnetze weltweit (GEANT, Abilene, ESnet, CANARIE) wurde um den Ostring erweitert um weitere Hochschulen integrieren und das Netzwerk noch stabiler ausgestalten zu können.

Die günstige Gelegenheit zur Integration der Hochschule Liechtenstein durfte nicht verpasst werden. Das Switch-Hochschulnetzwerk ermöglicht nun einen schnellen, zuverlässigen und kostengünstigen Anschluss an das Internet für die Hochschule Liechtenstein, die Landesverwaltung und die an das Schulnetz angeschlossenen Institutionen.

Anschluss an das «Carrier-Netzwerk» der Bundesverwaltung

Im Zuge der Modernisierung der Netzwerkinfrastruktur sowie der notwendigen Kosteneinsparungen wurde von der Bundesverwaltung ein «Carrier-Netzwerk» flächendeckend über die ganze Schweiz realisiert.

Über ein und dasselbe Carrier-Netzwerk können physisch über dieselben Datenverbindungen mehrere logisch getrennte Netzwerke betrieben werden. Neu wird jeder Kanton über zwei schnelle Glasfaserverbindungen an das Carrier-Netz angeschlossen werden. Dieser schnelle, redundante Anschluss ermöglicht die Verwendung von diversen Bundesapplikationen, sowie von kantonalen und polizeilichen Anwendungen über die «freigeschalteten» Netzwerke der Bundesverwaltung.

Die Umschaltung der Landesverwaltung auf das Carrier-Netz mit Mietleitungen wurde bereits vollzogen, die Vorbereitungen für den Anschluss mit redundanten Glasfaserverbindungen wurden getroffen. Für den neuen zentralen, redundanten Anschluss wurde das Gebäude der Landespolizei gewählt.

Presse- und Informationsamt

Amtsleiterin: Daniela Clavadetscher

Neben der Information der Öffentlichkeit über behördliche Aktivitäten und Massnahmen, der Durchführung von Medienanlässen und der Betreuung von Medienschaffenden gehört die Organisation des Staatsfeiertages am 15. August zu den Hauptaufgaben des Presse- und Informationsamtes.

Arbeitsbereich Redaktion

Pressemitteilungen

Im Jahr 2005 wurden 623 (2004: 730) Pressemitteilungen verschickt. Die Pressemitteilungen werden über eine Web-Maske direkt in ein Satellitennetz eingespeist. So können die Pressemitteilungen zeitgleich an die Redaktionssysteme von mehr als 330 tagesaktuellen Medien geschickt werden.

Liechtenstein-Pressebulletin

Das Liechtenstein-Pressbulletin wurde im 14. Erscheinungsjahr 22 (23) Mal herausgegeben. Es erscheint alle 14 Tage - mit Ausnahme der Sommermonate - und enthält die wichtigsten Pressemitteilungen als Rückblick. Unter den rund 400 (340) Empfängern des Bulletin befinden sich die für Liechtenstein akkreditierten Botschaften und Konsulate, die diese regelmässige Liechtenstein-Information sehr schätzen. Seit Januar 2005 wird das Liechtenstein Pressebulletin auch via Internet-Newsletter verschickt. Von dieser Möglichkeit machen rund 150 Bulletin-Empfänger Gebrauch.

Arbeitsbereich Medienbetreuung

Mediengespräche und Medienkonferenzen

Das Presse- und Informationsamt organisierte im Berichtsjahr 15 (30) Mediengespräche der Regierung und 49 (56) Medienkonferenzen. Die Mediengespräche finden in der Regel jeweils am Tag nach der Regierungssitzung statt und dienen der Information über wichtige Beschlüsse der Regierung und über weitere aktuelle Themen. Die Medienkonferenzen hingegen sind jeweils einem bestimmten Schwerpunktthema gewidmet und werden im Anlassfall durchgeführt.

Interviews und Fototermine

Das Presse- und Informationsamt konnte im Berichtsjahr insgesamt 11 (25) Interviews mit Mitgliedern des Fürstenhauses und der Regierung vermitteln. Bei 53 (55) offiziellen Anlässen wurden den Medien Fototermine angeboten. Zusätzlich hat das Presse- und Informationsamt bei offiziellen Anlässen Fotografen engagiert und die Fotos via Internet zugänglich gemacht.

Medienbesuche und -anlässe

In Kooperation mit dem Liechtensteiner Presseclub (LPC) hat das Presse- und Informationsamt am 8. und 9. September im Vorfeld des «Liechtenstein Dialogue» eine Medien-Reise nach Liechtenstein durchgeführt und am 21. November eine Medienreise nach Bern anlässlich des ersten offiziellen Arbeitsbesuchs von Erbprinz Alois organisiert. Weiters wurde der LPC bei der Durchführung des Medien-Neujahrsempfangs am 5. Januar unterstützt.

Wichtige und herausragende Medienanlässe stellten das Medien-Sommertreffen am 29. Juni und der Medien-Jahresabschluss am 21. Dezember 2005 dar. Diese jährlich

wiederkehrenden Anlässe bieten den teilnehmenden Regierungsmitgliedern Gelegenheit, in ungezwungener Atmosphäre über Schwerpunkte der Regierungsarbeit zu informieren.

Arbeitsbereich Beobachtung der Liechtenstein-Berichterstattung

Schwerpunkte der Berichterstattung in ausländischen Medien

Die ausländischen Medien befassten sich im Jahr 2005 u.a. mit folgenden Schwerpunktthemen: Landtagswahl 2005, Ergebnisse der Untersuchungen der Unabhängigen Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg und Initiative «Schutz des Lebens».

Pressespiegel

Im Berichtsjahr wurden 169 (146) tagesaktuelle Pressespiegel erstellt und intern (Landtag und Regierung) verteilt. Der Pressespiegel enthält eine Zusammenstellung der wichtigsten, für Liechtenstein relevanten Meldungen des Tages in der ausländischen Presse.

Die Presseauschnitte werden auf vertraglicher Basis von Medienbeobachtungsfirmen in elektronischer Form geliefert. Die Presseauschnitte werden innerhalb der Landesverwaltung via Intranet zur Verfügung gestellt.

Arbeitsbereich Landeskanaal

Am Landeskanaal wurden im Berichtsjahr folgende Sendungen ausgestrahlt (in Klammer die Anzahl der Ausstrahlungen): Europäisches Jahr der Erziehung durch Sport (4), Wahlsendung mit Landtagskandidaten (7), Wahlsendung mit Regierungschef-Kandidaten (7), Papstbesuch von 1985 (1) anlässlich des Todes von Papst Johannes Paul II., Staatsfeiertagsansprachen (2). Im Auftrag des Landtagssekretariats wurden die Landtagseröffnung und die Landtagssitzungen als Tonsendungen mit Standbildern live übertragen.

Am 26. November, am «Tag der offenen Tür» im Regierungsviertel, erhielten interessierte Besucherinnen und Besucher einen Einblick in die Arbeitsabläufe beim Landeskanaal.

Arbeitsbereich Informationsvermittlung

Rund 1 150 (870) Anfragen unterschiedlichster Art, zwei Drittel davon elektronisch, gelangten an das Presse- und Informationsamt. Der Hauptteil der Anfragen wurde direkt beantwortet. Rund ein Drittel der Anfragen wurde durch die Weiterleitung an das fachlich zuständige Amt einer Beantwortung zugeführt. Die meisten Anfragen kamen aus Deutschland, gefolgt von Anfragen aus Liechtenstein, der Schweiz und den USA.

Arbeitsbereich öffentliche Veranstaltungen

Zu den Hauptaufgaben des Presse- und Informationsamtes gehört die Organisation des Staatsfeiertages. Dieser Grossanlass, der vom Organisationskomitee unter dem Vorsitz der Leiterin des Presse- und Informationsamtes im Zentrum von Vaduz durchgeführt wird, verzeichnet jeweils über 30 000 Besucherinnen und Besucher und stellt somit den grössten Anlass in Liechtenstein dar. Im Berichtsjahr war der Staatsfeiertag von regnerischem und kühlem Wetter geprägt. Erst im Verlaufe des Nachmittags besserte sich das Wetter, so dass das Volksfest im Zentrum von Vaduz mit einem breit gefächerten Angebot an Musik, Unterhaltung und kulinarischen Genüssen wiederum zu begeistern vermochte und der Publikumsandrang im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich geringer ausfiel. Um die Sicherheit der Fahrgäste der Liechtenstein Busse zu verbessern, wurden die Haltestellen von und nach Schaan und Unterland vom Altenbach in die Herrengasse verlegt.

Die Leiterin des Presse- und Informationsamtes wirkt seit 2004 im Organisationskomitee «200 Jahre Souveränität 1806-2006» mit und hat in diesem Zusammenhang die Projektleitung für den «Tag der Souveränität» am 12. Juli 2006, dem Hauptanlass im Jubiläumsjahr, übernommen. Im Berichtsjahr wurde das Konzept für den «Tag der Souveränität» zur Umsetzungsreife entwickelt.

Interne Organisation

Anfangs Mai zügelte das Presse- und Informationsamt ins Schädler Haus, da die Büros im Regierungsgebäude für die Mitarbeiter der Regierung benötigt wurden.

Ausländer- und Passamt

Amtsleiter: mag. oec. HSG Hans Peter Walch

Eine Analyse des am 31.12.2005 beim Ausländer- und Passamt (APA) verzeichneten Bestands von 21 759 bewilligten oder gemeldeten ausländischen Staatsangehörigen aus 102 Nationen belegt einerseits eindrücklich die Attraktivität des Arbeitsplatzes Liechtenstein und gibt andererseits einen Einblick in die Tätigkeitsbereiche des APA.

Beinahe 7000 (6912 am 31.12.2005) österreichische Staatsangehörige kommen als Grenzgänger tagtäglich nach Liechtenstein, Menschen aus weiter entfernten Ländern kommen zu Studienzwecken, im Familiennachzug oder zum Stellenantritt nach Liechtenstein; das APA erteilt an verschiedenste Personen Bewilligungen und Meldebestätigungen von kurzer und längerer Dauer. Insgesamt haben im abgelaufenen Jahr 53 Personen unterschiedlichster Herkunft beim APA ein Asylgesuch gestellt; das APA hat zu untersuchen, ob Gründe für eine Asylgewährung vorliegen

oder nicht. Das APA organisiert auch zweimal jährlich das aufgrund des EWR-Abkommens festgelegte Auslosungsverfahren.

Ein weitere Aufgabe des APA ist die Ausstellung von Reisepässen, Identitätskarten und anderen Ausweisschriften. Ein eigentliches Projekt mit ansehnlichen Anforderungen bildet die Ausgabe von qualitativ einwandfreien biometrischen Pässen ab Herbst 2006.

Mit der im Berichtsjahr letztmaligen Möglichkeit, eine Saisonier-Bewilligung in eine 5-jährige Aufenthaltsbewilligung umzuwandeln, gehört das Saisonier-Statut endgültig der fremdenrechtlichen Geschichte an. Obwohl die Erteilung von Kurzaufenthaltsbewilligungen an EWR-Staatsangehörige mengenmässig beschränkt bleibt, hat der Arbeitnehmer das Recht, seine Familie sofort nach Liechtenstein mitzubringen und - wohl das wichtigste Recht aus Arbeitnehmersicht - er kann jederzeit den Arbeitsplatz wechseln.

Mit 1. Januar 2005 traten die neuen Regelungen mit der Schweiz bezüglich der künftigen Ausgestaltung des Personenverkehrs in Kraft.

24 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, davon arbeiten 6 in Teilzeit, erledigen die ihnen von der Regierung und vom Landtag übertragenen Aufgaben. Das APA will bewusst auch jungen Menschen eine Ausbildungsmöglichkeit geben: Einen Teil der Lehre zur kaufmännischen Büroangestellten im Rahmen des Ausbildungskonzeptes der Landesverwaltung absolvierte eine Person, dazu kam als Ferienvertretung eine Praktikantin.

Ausweisschriften

Liechtensteinische Reisepässe

Im Jahr 2005 wurden 3.141 maschinenlesbare Reisepässe ausgestellt. Die grünen Pässe gehören seit dem 30. April 2005 endgültig der Vergangenheit an. Da diese mit technisch einfachen Mitteln personalisiert werden können, finden sie nur noch vorübergehend Einsatz auf den schweizerischen Vertretungen für Notfälle, d.h. wenn einem liechtensteinischen Staatsangehörigen sein Pass im Ausland abhanden kommt. In solchen Fällen ist das grössere Fälschungsrisiko vertretbar, diese Pässe werden dann auch nur für eine kurze Zeit, üblicherweise für die benötigte Zeit der Heimreise, ausgestellt.

Schweizer Pässe und Identitätskarten

Seit Januar 2003 werden die Anträge für Schweizer Reisepässe im Ausländer- und Passamt EDV-technisch erfasst. Es kommt neu zu einem Quervergleich der bereits im Computer gespeicherten Daten einer Person und den Daten auf dem Heimatschein. Die beim Ausländer- und Passamt hinterlegten Heimatscheine werden in jedem einzelnen Fall eigens für diesen Zweck ausgehoben. Allfällige Korrekturen werden dadurch unverzüglich im Programm vorgenommen.

Gleichzeitig werden seit Januar 2003 ebenfalls Anträge für Schweizer Identitätskarten beim Ausländer- und Passamt in Liechtenstein entgegengenommen. Bisher mussten diese Anträge bei der Einwohnerkontrolle in Buchs gestellt

werden. Die Bearbeitung der Anträge für die Identitätskarten erfolgt analog derjenigen für die Schweizer Pässe.

Liechtensteinische Vertretungen im Ausland

Die liechtensteinischen Vertretungen im Ausland - damit sind auch die schweizerischen Botschaften und Konsulate gemeint, die die liechtensteinischen Interessen im Ausland wahrnehmen - verfügen nicht über die notwendige Infrastruktur, um selber Reisepässe auszustellen. Trotzdem wurden im Jahr 2005 in 7 besonders dringenden Fällen Notpässe ausgestellt. Die Regelung, dass im Ausland gestellte Passanträge von Liechtensteinerinnen und Liechtensteinern via Liechtensteinischer Vertretung, Eidgenössischem Departement für Auswärtige Angelegenheiten und via Liechtensteinischer Botschaft, Bern, zum Ausländer- und Passamt gelangen, wird also in den meisten Fällen eingehalten.

Liechtensteinische Identitätskarten

Die liechtensteinischen Identitätskarten in Kreditkartenformat werden in der Schweiz hergestellt. Zwischen der Antragsstellung des Kunden und der Zustellung der Karten an den Kunden liegen ca. 10 Arbeitstage. Das Ausländer- und Passamt verfügt nicht über die nötige Infrastruktur, um die Karten selbst herzustellen. In 12 besonders dringenden Fällen, in denen die 10-Tages-Frist nicht abgewartet werden konnte, wurden Identitätskarten in Papierform ausgestellt. Diese durch das Heimatschriftengesetz ermöglichte Praxis muss aufgrund der verschärften Sicherheitsbestimmungen bei Ausweispapieren künftig aufgegeben werden.

Einige Zahlen im Vergleich

Ausgestellte...	2002	2003	2004	2005
FL Reisepässe, inkl. Verlängerungen im Jahr	3 888	3 590	6 637	3 141
Kindereinträge in FL Reisepässe	983	802	701	498
Dienstpässe	6	7	14	4
Diplomatenpässe, inkl. Verlängerungen im Jahr	13	7	15	36
Identitätskarten	2 588	2 377	2 335	2 449
Staatsbürgerschaftsnachweise	184	192	227	208
Reiseausweise für anerkannte Flüchtlinge, inkl. Verlängerungen	20	20	6	21
Kostenpflichtige Ausflugscheine für den Kleinen Grenzverkehr FL - A und FL - D, ausgestellt durch das APA	18	52	14	36
kostenlose Ausflugscheine für den Kleinen Grenzverkehr FL - A und FL - D, ausgestellt durch das APA für Schulen- und Altersausflüge	88	82	70	53
Ausflugscheine für den Kleinen Grenz- verkehr FL -A und FL-D, ausgestellt durch die Grenzwachtposten	1 883	1 900	1 866	1 630
Bearbeitete Anträge für Schweizer Pässe und Identitätskarten	540	919	918	1 122

Bewilligungen

Auf das Berichtsjahr hin wurde die neue Personenverkehrsverordnung (PVO) eingeführt. Damit verbunden waren Schulungen der Sachbearbeiter, die Anpassung von Formularen, Checklisten und des Internetauftrittes. Zugleich mussten die zentrale Personenverwaltung (ZPV) angepasst und fehlende Daten nachträglich erfasst werden.

Die Umsetzung der neuen PVO war arbeitsintensiv. Insgesamt waren vier Mitarbeiter während drei Monaten mit der Umsetzung und den sich daraus ergebenden Anpassungen beschäftigt. Für die Erledigung des Tagesgeschäftes standen nur noch acht Mitarbeiter zur Verfügung.

Die neue PVO beinhaltet nun auch die Integration von Ausländern. Dabei ist es das Ziel der Integration, dass die liechtensteinische und ausländische Wohnbevölkerung - auf der Basis gemeinsamer Grundwerte und der rechtsstaatlichen Ordnung - in gegenseitiger Achtung und Toleranz zusammen lebt. Eine grundlegende Voraussetzung hierfür ist es, dass sich die ausländischen Staatsangehörigen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in Liechtenstein auseinandersetzen und über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen. Im Berichtsjahr wurde ein Projekt in die Wege geleitet, welches die Förderung der Integration in das wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Leben von auf Dauer in Liechtenstein lebenden ausländischen Staatsangehörigen zum Ziel hat.

Im Berichtsjahr wurde auch das Projekt «Neuer Aufenthaltswausweis» gestartet. Der derzeitige Ausländerausweis soll durch einen neuen modernen Aufenthaltswausweis im Kreditkartenformat ersetzt werden. Es gibt mehrere Gründe, welche für die Schaffung eines neuen Aufenthaltswausweises sprechen. Der derzeitige Ausweis ist in Sachen Fälschungssicherheit veraltet, hat ein unhandliches Format und die Beschriftung verklebt mit den Kunststoffhüllen. Der neue Aufenthaltswausweis wird die Anforderungen an einen modernen Ausweis erfüllen. Die Einführung des neuen Ausweises soll spätestens im Frühjahr 2007 erfolgen.

Auslosung

Im Berichtsjahr fanden wiederum zwei Auslosungsrunden von Aufenthaltswbewilligungen für EWR-Staatsangehörige statt. In beiden Ziehungen haben jeweils rund 220 Personen teilgenommen. Insgesamt hatten 38 EWR-Bürger das Glück, über die Auslosung eine Aufenthaltswbewilligung für das Fürstentum Liechtenstein zu erlangen. Liechtenstein kommt mit den Auslosungen und der damit verbundenen Erteilung von Aufenthaltswbewilligungen seinen EWR-rechtlichen Verpflichtungen im Sinne der ausgehandelten Sonderlösung, welche im Beschluss Nr. 191/1999 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses festgelegt wurde, nach.

Verschiedene Bewilligungsarten im Vergleich zu den letzten Jahren

Nachfolgend wird die Entwicklung einiger Bewilligungen aufgezeigt. Die angegebenen Zahlen können von den in früheren Jahresberichten aufgeführten Zahlen abweichen. Dies deshalb, weil sich die Zahlen durch nachträgliche Korrekturen verändern können. Dies geschieht beispielsweise durch rückwirkende An- und Abmeldungen oder durch Bewilligungserteilungen, welche zum Zeitpunkt der Auswertung noch hängig waren.

Unselbständige Grenzgänger (Grenzgänger meldebestätigungen, Grenzgänger bewilligungen, Nebenbewilligungen, Bewilligungen in Briefform)

Der Grenzgänger-Stand per 31.12.2005 belief sich auf 9.564 Personen. Per 31.12.2004 waren 8.939 Grenzgänger bzw. Grenzgängerinnen in Liechtenstein tätig. Trotz der Tatsache, dass im Jahr 2005 die neuen Grenzgänger meldungen um 471 Meldungen zurück gingen, ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg von Grenzgängern und Grenzgängerinnen um 7% zu verzeichnen. Der Grund hierfür liegt darin, dass ca. 75 % der Grenzgänger meldungen auf unbefristete Zeit bestätigt werden. Nur ein unwesentlicher Teil dieser Bewilligungen bzw. Bestätigungen sind durch Auflösung der Arbeitsverhältnisse seit der Ausstellung wieder erloschen bzw. ungültig geworden. Ebenso bleiben bei EWR-Grenzgängern die Grenzgänger meldebestätigung gültig, wenn das Arbeitsverhältnis endet und binnen fünf Wochen ein neues Arbeitsverhältnis in Liechtenstein eingegangen wird. Daher kann davon ausgegangen werden, dass auch in den nächsten Jahren Rückgänge bei den neu erteilten Meldebestätigungen zu verzeichnen sein werden.

Da sich schweizerische GrenzgängerInnen beim APA nicht zu melden haben, wird deren Bestand aufgrund der Meldungen beim liechtensteinischen Unternehmungsregister (LUR) beim Amt für Volkswirtschaft im Nachhinein eruiert. Die provisorische Anzahl per 31. 12. 2005 beträgt 4867 Personen.

Bestand GrenzgängerInnen in Liechtenstein (ohne Schweizer Staatsangehörige, mit Wohnsitz in der Schweiz und unselbständiger Tätigkeit in Liechtenstein)

per	Anzahl
31.12.2005	9 564
31.12.2004	8 939
31.12.2003	8 620
31.12.2002	7 958

Neue bestätigte bzw. bewilligte Grenzgängertätigkeiten pro Jahr

Jahr	Anzahl
2005	4 238
2004	4 709
2003	4 189
2002	4 380

Selbständige Grenzgänger (Grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung, Dauernde grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit)

Gegenüber den Vorjahren wurden im Jahr 2005 im Bereich der grenzüberschreitenden Dienstleistungen wesentlich mehr Meldungen erstattet bzw. Gesuche gestellt. Die Anzahl der Bestätigungen nahm um 323% zu. Die Anzahl der Bewilligungen hingegen nahm um 85% ab. Der extreme Anstieg der Bestätigungen erfolgte, da die Dienstleistungserbringer nun auch die Möglichkeit haben, anstelle einer Bewilligung eine Bestätigung über eine längere Dauer zu erhalten. Dies ist allerdings nur möglich, wenn keine Übernachtungen in Liechtenstein erfolgen. Diese Möglichkeit besteht seit Einführung der neuen PVO.

Auch die dauernde grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit nahm im Jahr 2005 erneut zu. Im Rahmen dieser Bestätigung ist es EWR-Grenzgängern möglich, in Liechtenstein Einzelunternehmen zu eröffnen und auf diese Art und Weise kontinuierlich am Geschäftsleben Liechtensteins teilzunehmen. 2004 waren 128 Personen im Rahmen dieser Bewilligung in Liechtenstein tätig, 2005 bereits 162. Dies bedeutet einen Anstieg um ca. 26,5 %.

Neue grenzüberschreitende Dienstleistungserbringungen (Bestätigungen und Bewilligungen) pro Jahr

Jahr	Anzahl Bestätigungen	Anzahl Bewilligungen	Total
2005	936	66	1 002
2004	290	430	720
2003	496	209	705
2002	117	230	347

Bestand von Personen, die mittels einer Bewilligung bzw. Bestätigung grenzüberschreitend und dauernd am Wirtschaftsleben Liechtensteins teilnehmen

per	Anzahl
31.12.2005	162
31.12.2004	128
31.12.2003	106
31.12.2002	76

Saisonbewilligungen

Diese Berichtsspalte wird zum letzten Mal geführt. In Übereinstimmung mit den in der Personenverkehrsverordnung festgelegten Übergangsbestimmungen für EWR-Staatsangehörige bezüglich der Umwandlung aller Saison- in Aufenthaltsbewilligungen, wurden die Saisonbewilligungen über die letzten Jahre kontinuierlich abgebaut und im Jahr 2005, in welchem die Übergangsfrist endete, vollständig abgeschafft. Parallel zur Umwandlung der Saisonbewilligungen für EWR-Angehörige erfolgte auch die Umwandlung der Saisonbewilligungen für Schweizer Staatsangehörige und Angehörige eines Drittstaates. Die Umwandlung dieser Saisonbewilligungen war ebenfalls bis ins Jahr 2005 möglich.

Neu erteilte Saisonbewilligungen (inkl. Familiennachzug)	Umgewandelte Saisonbewilligungen in Jahresaufenthaltsbewilligungen (ohne Familiennachzug)
--	--

Jahr	Anzahl	Anzahl
2005	15	11
2004	73	34
2003	119	28
2002	236	57

Im Jahr 2006 werden also keine neuen Saisonbewilligungen mehr erteilt und auch keine mehr umgewandelt werden.

Kurzaufenthalter

Die Zahl der neu erteilten Kurzaufenthaltsbewilligungen verringerte sich im Jahr 2005 gegenüber dem Vorjahr nur leicht. Während die an EWR-Staatsangehörige erteilten Kurzaufenthaltsbewilligungen in den letzten Jahren kontinuierlich abnahmen ist bei Angehörigen eines Drittstaates ein anhaltender Anstieg zu verzeichnen.

Bestand L-Bewilligungen

	EU/EWR	CH	Drittstaaten	Total
2005	311	36	580	927
2004	380	26	522	928
2003	580	36	514	1 130
2002	707	30	462	1 199
2001	764	20	484	1 268

Aufgrund einer Abänderung der Personenverkehrsverordnung Mitte 2003 verlor die Kurzaufenthaltsbewilligung sowohl für ArbeitgeberInnen als auch für ArbeitnehmerInnen an Attraktivität. Diese weichen auf andere Bewilligungsarten oder Meldebestätigungen aus.

Aufenthaltsbewilligungen

Im Berichtsjahr wurden 496 Aufenthaltsbewilligungen erteilt. Der grösste Teil davon macht der Familiennachzug aus, 127 Aufenthaltsbewilligungen wurden zum Stellenantritt, 28 zur erwerbslosen Wohnsitznahme in Liechtenstein erteilt. Aufgrund der bilateralen Verträge mit der Schweiz und dem EWR werden nur noch in sehr wenigen Fällen Aufenthaltsbewilligungen zur Erwerbstätigkeit an Angehörige eines Drittstaates - das sind Staaten, mit denen Liechtenstein keine Abmachungen bezüglich des Personenverkehrs kennt - erteilt.

Erteilte B-Bewilligungen nach Grund und Herkunft

	CH	EWR	Dritt	Total
Stellenantritt (Vergabe, Ersatzanstellung, Auslosung)	17	106	4	127
Familiennachzug (inkl. Lebenspartner)	82	160	99	341
erwerbslose Wohnsitznahme	11	16	0	28
Total	110	282	104	496

Bestand an B-Bewilligungen

per	Anzahl
31.12.2005	4 420
31.12.2004	4 409
31.12.2003	4 284
31.12.2002	4 014

Niedergelassene

Aus fremdenpolizeilicher Sicht bietet die Niederlassungsbewilligung, verglichen mit der Aufenthaltsbewilligung, im Falle des Beibehalts der Bewilligung sowie von aufenthaltsbeendenden Massnahmen Vorteile. Im privat- und gewerberechtlichen Bereich hingegen hat die Niederlassungsbewilligung für EWR- und Schweizer Staatsangehörige sehr an Attraktivität eingebüsst. Die Niederlassungsbewilligung stellt heute beispielsweise für diese Personengruppen keine Voraussetzung mehr für die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit oder etwa einen Eigentumserwerb dar. Der Wunsch, eine Niederlassungsbewilligung zu erhalten, hat daher bei EWR- sowie Schweizer Staatsangehörigen stark nachgelassen. Zudem wirken sich die Einbürgerungen, vor allem jene ausländischer Ehepartner und -partnerinnen von Liechtensteinern und Liechtensteinerinnen, direkt auf die Anzahl der Niederlassungsbewilligungen aus. Die Frist für den Erhalt der Liechtensteinischen Staatsbürgerschaft und diejenige für den Erhalt der Niederlassungsbewilligung weicht in diesen Fällen nur geringfügig voneinander ab. Der Antrag auf die Niederlassungsbewilligung bleibt deshalb öfters aus.

Bestand C-Bewilligungen

	EU/EWR	CH	Drittstaaten	Total
2005	3 122	2 726	1 397	7 245
2004	3 141	2 785	1 304	7 230
2003	3 114	2 719	1 233	7 066
2002	3 176	2 750	1 350	7 276

Sowohl Einbürgerungen als auch Abmeldungen von AusländerInnen beeinflussen die Anzahl der Niederlassungsbewilligungen direkt.

Recht, administrative Massnahmen und internationaler Personenverkehr**Personenverkehr Schweiz - Liechtenstein**

Per 01. Januar 2005 trat der entsprechende Notenaustausch (LGBl. 2004 Nr. 311) mit der Schweiz in Kraft. Der bisherige Notenaustausch aus dem Jahr 1981 wurde formell aufgehoben, ebenso Artikel 3 der schweizerisch-liechtensteinischen Vereinbarung vom 06.11.1963 (LGBl. 1963 Nr. 38) über die damals gültige Freizügigkeit für beiderseitige Staatsangehörige. Der Personenverkehr erstreckt sich nun im Rahmen des Notenaustausches auch auf den Dienstleistungsverkehr in allen Bereichen. Der Zuzug nach Liechtenstein ist zahlenmässig begrenzt, jener in die Schweiz richtet sich nach dem Freizügigkeitsabkommen der Schweiz mit der EU.

Personenverkehrsverordnung (PVO, LGBl. 2004 Nr. 253)

Am 01.01.2005 ist die neue Personenverkehrsverordnung (PVO) in Kraft getreten. Diese Verordnung erfuhr im Jahr 2005 keine formelle Anpassung. Die Übergangsfristen für die zehn neuen EWR-Mitgliedstaaten beziehen sich auf den inländischen Arbeitsmarkt für unselbständig Erwerbstätige (Inländervorrang). Sie sind noch bis zum 30.04.2006 gültig.

Kontrolltätigkeiten und Vollzug

Der Aussendienst der Abteilung Recht bearbeitete 816 individuelle Abklärungen. Es ging um Ausreisekontrollen, amtliche Zustellungen, Anhörungen wegen Verdachts der Beschäftigung von Personen ohne Bewilligung, Baustellenkontrollen, Kontrollen zur Verhinderung der Wohnsitznahme im Inland ohne die erforderliche gültige Bewilligung für das Land und um Kontrollen der Lohn- und Arbeitsbedingungen in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen. Der Aussendienst unterstützt die Abteilung zudem mit Anhörungen.

Die Abteilung verarbeitete 359 dem APA von der Landespolizei oder den Strafgerichten gemeldete Verfahren (Strafanzeigen oder strafgerichtliche Verurteilungen) wegen eines Verbrechens oder Vergehens:

- 82 Personen mit Wohnsitz im Inland mussten infolge strafgerichtlicher Verurteilung wegen eines Verbrechens oder Vergehens verwarnt (ermahnt) werden.
- 39 Verfahren von Personen mit Wohnsitz im Inland sind noch bei der Staatsanwaltschaft pendent.
- 16 Personen mit Wohnsitz im Ausland wurden zufolge einer strafgerichtlichen Verurteilung im Inland durch die zuständige Behörde in der Schweiz verwarnt.
- 51 Personen mit Wohnsitz im Ausland wurden zur Gewährleistung der inneren Ordnung und Sicherheit mit einer befristeten oder unbefristeten Einreisesperre für die Schweiz und Liechtenstein belegt.
- 171 inländische Strafverfahren wurden den zuständigen kantonalen Einwohnerdiensten und/oder der zuständigen Behörde in der Schweiz aufgrund der Abkommen über die Zusammenarbeit mit der Schweiz gemeldet.

Ordnungsbussen, Verwaltungsstrafbote und Exekutionsverfahren

Die Abteilung verhängte 272 Ordnungsbussen wegen Missachtungen der Meldevorschriften für Grenzgänger oder infolge von Unterlassungen anderer Meldepflichten (Adressänderungen, Verlängerung der Bewilligung) nach den Vorschriften der PVO. Es wurden 82 Exekutionsverfahren wegen fälliger und unbezahlter Gebührenrechnungen durchgeführt.

Verwaltungsverfahren wegen Widerrufs oder Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung sowie wegen Ausweisung

Der Abteilung Recht oblag die Durchführung von insgesamt 42 Verfahren im ordentlichen und weiteren 19 im vereinfachten Verfahren als erste Instanz. Ausserdem wurden 10 Verwaltungsverfahren betreffend Auslosungen von Aufenthaltsbewilligungen durchgeführt. In fast allen Verfahren wurden die Rechtsmittel an den Verwaltungsgerichtshof (VGH) ergriffen. Es mussten entsprechend viele Stellungnahmen des Amtes gegen die Beschwerden abgefasst werden. Die Anzahl der Verfahren mit beantragter Verfahrenshilfe im vollen Umfang war im Vergleich zum Vorjahr etwa halb so gross und belief sich auf fünf. Vermehrt wird nun seitens des APA versucht, die Kosten für den Beizug eines amtlichen Übersetzers der Partei zu übertragen, in der Überzeugung, dass über zwei Jahre im Inland lebende Einwohner dieses Landes ausreichende Kenntnis der Amtssprache besitzen sollten.

Einsatz in verschiedenen Gremien im In- und Ausland

Auch im Jahr 2005 wurden Treffen im Bereich Personenverkehr besucht. Es handelte sich dabei um eine Sitzung der Arbeitsgruppe «Arbeitnehmerfreizügigkeit und Beschäftigung» sowie zwei Sitzungen des «Technischen Komitees» in Brüssel. Letztere Sitzungsteilnahme beschäftigte sich insbesondere mit der Erstellung eines Leitfadens zur praktischen Umsetzung der Übergangsvorschriften im Rahmen der EU-Osterweiterung. Die erstgenannte Arbeitsgruppe ist zusammen mit der Arbeitsgruppe «Soziale Sicherheit» und «Gegenseitige Anerkennung von Diplomen» dem Subkomitee III, Personenverkehr, zugeordnet. Schwerpunktmässig wurde dort die, allenfalls mit Anpassungen, ins EWR-Abkommen zu übernehmende Richtlinie 2004/38/EG vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, bearbeitet und diskutiert.

Im Weiteren erfolgte eine Teilnahme an der Sitzung des CDMG (= Europäisches Komitee für Wanderarbeitnehmer), welches dem Europarat zugeordnet ist.

6 Sitzungen hatten den Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in Liechtenstein zum Gegenstand. Die Arbeitsgruppe gleichen Namens wurde von der Regierung eingerichtet. Glücklicherweise muss bezüglich dieser Phänomene im Wesentlichen nur Präventionsarbeit geleistet werden.

An einer Sitzung besprach man sich mit Frau Dr. Helga Konrad, OSZE-Sonderbeauftragte für Menschenhandel, zu eben diesem Thema. Auf der Seite des APA und anderer Ämter ist das Problembewusstsein vorhanden, über offensichtliche Fälle von Menschenhandel musste nicht berichtet werden.

Eine zeitlich befristete Aufgabe nimmt der Amtsleiter als Vorsitzender der Subkomitees II (Freier Dienstleistungs- und Kapitalverkehr), III (Freier Personenverkehr) und IV (flankierende und horizontale Massnahmen) seit Beginn 2005 wahr. Damit hat Liechtenstein wieder einmal den Vorsitz in einem wichtigen Gremium des EWR, wo es im Wesentlichen um die inhaltlich und zeitlich korrekte Übernahme der Rechtsakte gemäss EWR-Abkommen durch die drei EFTA-Staaten Norwegen, Island und Liechtenstein geht.

Das APA nimmt auch intensiv an den Vorbereitungen der Verhandlungen zu einem allfälligen Beitritt Liechtensteins am Schengen/Dublin-Acquis teil. Dabei wurde im Vorfeld der formellen Verhandlungen versucht abzuklären, welche Vor- und Nachteile bzw. Rechte und Pflichten sich für Liechtenstein aus einer Teilnahme ergäben. In die Zuständigkeit des APA fallen insbesondere der Dublin-Acquis, d.h. die Frage nach dem zuständigen Land für die Durchführung eines Asylverfahrens, die Eurodac-Datenbank, das dublinet, sowie Teile des Schengen-Acquis, wie die Erteilung von Visa und die Grenzkontrollen.

Revision des Heimatschriftengesetzes

Aufgrund der nötigen Einführung des Reisepasses mit biometrischen Merkmalen im Jahr 2006 mussten die nötigen rechtlichen sowie praktischen Vorkehrungen für eine Anpassung des Heimatschriftengesetzes, worin der Reisepass geregelt ist, getroffen werden. Bei dieser Gelegenheit wurden auch einige andere Punkte, welche v. a. den Reisepass betreffen, angepasst.

Asyl und Flüchtlinge

Rückgang der Asylgesuche hält an

Im Jahre 2005 haben 53 Personen in Liechtenstein um Asyl angesucht, dies entspricht einem Rückgang von 21 Gesuchen (- 28.62 %) gegenüber 2004. Der Bestand der Personen im Asylbereich hat um 8 Personen (- 11.76 %) auf 60 abgenommen. Die Regierung hat im Dezember 2005 34 Personen per 1.1.2006 eine Jahresaufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen erteilt. Es handelt sich dabei um Personen, welche sich mehr als 5 Jahre im Asylbereich aufgehalten haben. Eine mögliche Rückkehr dieser Personen in ihren Heimatstaat musste aufgrund der weiteren Verfahrensdauer und dem Grad der Integration als nicht realisierbar erachtet werden. Auf Jahresanfang 2006 reduziert sich der Bestand damit auf 26 Personen.

Gesuchszahlen im Vergleich mit anderen westeuropäischen Ländern:

Schweiz	- 29.4 %
Österreich	- 11.5 %
Dänemark	- 29.4 %
Deutschland	- 23.6 %
Frankreich	- 8.3 %
Schweden	- 26.3 %
Belgien	+ 5.7 %
Niederlande	+ 38.7 %

(Anmerkung: Zahlen für EU-Mitgliedsstaaten gelten für den Zeitraum 1.1.2005 - 30.11.2005)

Weiterhin Zunahme abgewiesener Asylbewerber aus EU-Staaten

Erfolgt die Abgänge in den vergangenen Jahren mehrheitlich durch freiwillige und kontrollierte Ausreisen bzw. durch Untertauchen der Asylsuchenden, konnten im Jahre 2005 knapp die Hälfte der Abgänge durch Rückübernahmen nach Deutschland, Österreich und die Schweiz realisiert werden. Dies bestätigt die Feststellung vom vergangenen Jahr, dass in der EU abgewiesene Asylbewerber vermehrt versuchen, in Liechtenstein Asyl zu erlangen.

Asylgesuche aus Afrika nehmen stark zu

Die 2005 registrierten Gesuchsteller stammten aus 18 verschiedenen Staaten (2004: 17). Gesuchsteller aus Russland und den übrigen GUS-Staaten bilden weiterhin die Mehrheit (total 21 Gesuche), gefolgt von Gesuchstellern aus Afrika (13 Gesuche). Die meisten Asylgesuche wurden 2005 von Personen aus Somalia gestellt (11 Gesuche). Obwohl klar ist, dass ausnahmslos alle Gesuchsteller aus der EU nach Liechtenstein eingereist sind, ist eine Rückführung praktisch unmöglich. Diese Personen verfügen über gute Kenntnisse der Asylverfahren und verweigern meist jegliche Mitarbeit mit den Behörden.

Renovation Aufnahmezentrum

Im Hinblick auf den geplanten Neubau des Sicherheitszentrums wurden im Aufnahmezentrum in den vergangenen Jahren nur die absolut dringendsten Reparaturarbeiten ausgeführt. Ende 2005 wurde mit den notwendigen Sanierungsarbeiten begonnen. Diverse bauliche Massnahmen sind aufgrund geänderter Anforderungen bezüglich Sicherheit und feuerpolizeilicher Vorschriften notwendig.

Innerhalb von wenigen Jahren hat ein vollständiger Paradigmenwechsel statt gefunden. Praktisch ausnahmslos werden heute Asylgesuche nicht von Flüchtlingen gemäss Genfer Konvention gestellt, sondern von Menschen, welche auf der Suche nach Arbeit sind.

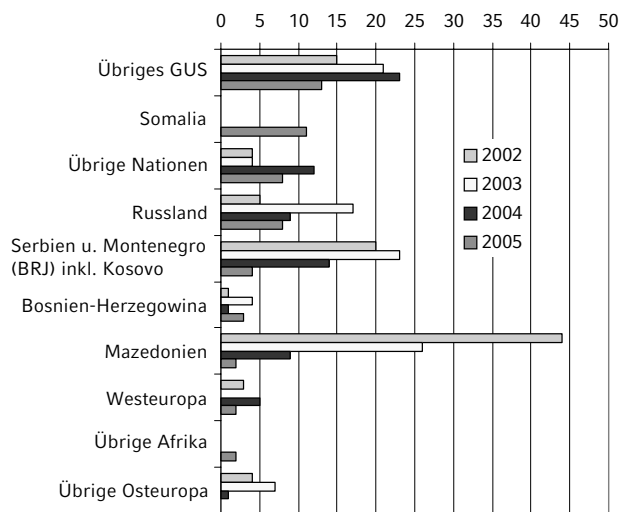
Wiederaufbauhilfe

Die Wiederaufbauhilfe konzentrierte sich weiterhin auf Bosnien-Herzegowina und den Kosovo. Die Schwerpunkte

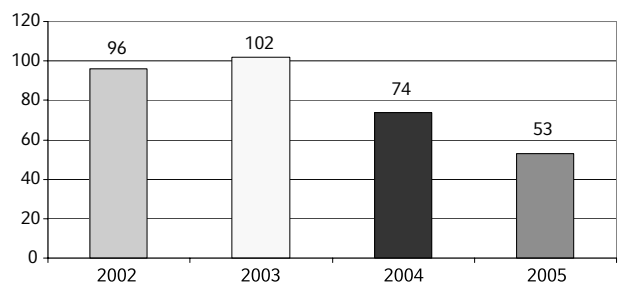
lagen wiederum in den Bereichen Grund- und Berufsausbildung, Schulbau und medizinische Versorgung. Minderheitenprojekte haben weiterhin eine hohe Priorität.

Die wichtigsten Projekte in Bosnien-Herzegowina waren Beiträge zum Wiederaufbau (Wohnraum für Rückkehrer), ein Förderprojekt für Hochschulen und die Krankenbetreuung im Raum Banja Luka. Im Kosovo bildeten Beiträge an ein Minderheitenprojekt, die Berufsfachschule Gjakova und ein Landwirtschaftsprogramm die Schwerpunkte.

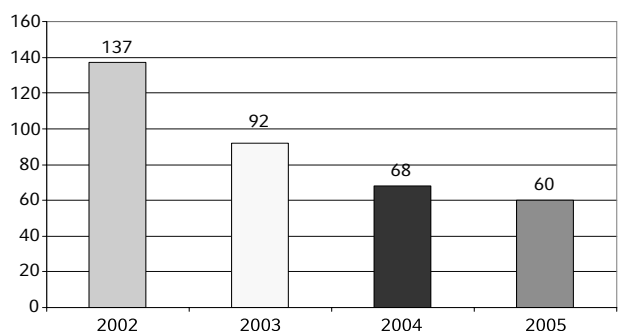
Asylgesuche nach Herkunftsstaaten



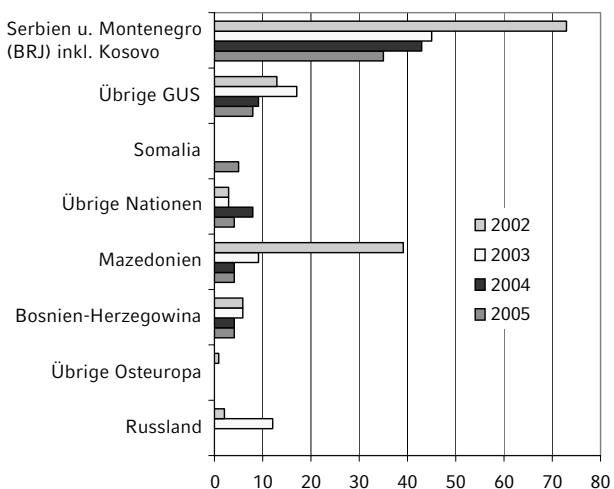
Asylgesuche in absoluten Zahlen



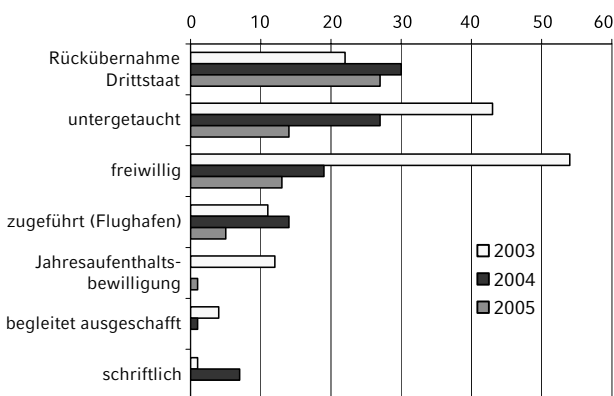
Bestand in absoluten Zahlen



Bestand nach Herkunftsstaaten



Abgänge nach Art (Detailzahlen erst ab 2003 verfügbar)



STABSSTELLEN

Regierungskanzlei

Stabsstellenleiter: lic. ès sc. pol. Norbert Hemmerle

Im Berichtsjahr bildeten vor allem die politischen Volksrechte, aber auch der «Liechtenstein Dialog» Arbeitsschwerpunkte. Im Bereich der politischen Volksrechte wurde die Landtagswahl 2005 durchgeführt, wobei die Stimmberechtigten erstmals vom uneingeschränkten Briefwahlrecht profitieren konnten. Zudem wurde im November die Volksabstimmung über die Initiative «Für das Leben» und den Gegenvorschlag des Landtags durchgeführt. Die Führung der Geschäfte der Regierungskanzlei erfolgte selbständig durch den stellvertretenden Leiter, René Schierscher, unter der Aufsicht des Regierungssekretärs.

Tagesgeschäfte

Die Beratungen und Hilfeleistungen, die von allen Mitarbeitern der Regierungskanzlei, der Telefonzentrale

und der Registratur geleistet werden, können nicht oder nur schwer statistisch erfasst werden, sind aber ein sehr wichtiger Teil der täglichen Arbeit. Sie sind in den folgenden Ausführungen deshalb nicht enthalten.

Drucksachen

Die Regierungskanzlei koordiniert die Publikation des Rechenschaftsberichtes und des Staatskalenders:

- Der Rechenschaftsbericht 2004 wurde Anfang Mai 2005 fertig gestellt.
- Der Staatskalender wurde im Juli 2005 publiziert. Der Staatskalender wird auch im Internet in einer regelmässig aktualisierten Fassung als PDF-Download zur Verfügung gestellt. Auf der Internet-Seite www.rk.llv.li ist der Staatskalender das am häufigsten abgerufene Dokument.

Versand im Abonnement	2004	2005
(Anzahl Abonnenten per 31.12.2005)		
- LGBl.	316	275
- chronologische Sammlung (gebunden)	143	105
- Systematische Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften (LR)	112	117
- EWR-Register	83	75
- Rechenschaftsberichte	215	222

In der Auflistung nicht erfasst sind alle Drucksachen, welche am Schalter bezogen oder telefonisch bestellt und verschickt wurden. Darunter fallen vor allem Landesgesetzblätter, Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag, Vernehmlassungen, Publikationen der Regierung wie Staatskalender, Rechenschaftsberichte, EWR-Register, LR sowie diverse Antragsformulare, Listen und Verzeichnisse.

Beglaubigungen	2004	2005
- Apostillen	10 762	11 311
- Superbeglaubigungen	823	737
- Beglaubigungen Total	11 585	12 048

Bewilligungen	2004	2005
<i>Bewilligungen für das Offenhalten von Geschäften an Sonn- und Feiertagen</i>		
- Einzelbewilligungen	30	27
- Halbjahresbewilligungen	7	6
- Jahresbewilligungen	20	25
<i>Aufführungsbewilligungen</i>		
- Konzerte, Unterhaltungsanlässe, Sportveranstaltungen, Ausstellungen	69	91
- Tanzshows in Dancings (Monatsbewilligungen)	83	83
Lottomatches	148	102
Hausierbewilligungen	3	7
- Konzessionen für den Kleinhandel mit nicht gebrannten alkoholischen Getränken	53	52

Bewilligungen	2004	2005
- Konzessionen für den Kleinhandel mit gebrannten alkoholischen Getränken	45	45
<i>Wappengesetz</i>		
- Schriftliche Anfragen, Auskünfte, Ablehnungen	14	15
- Erteilte Bewilligungen	7	5

Im Berichtsjahr wurden drei neue Bewilligungen nach dem Gesetz über die Zulassung von Dolmetschern und Übersetzern vor liechtensteinischen Gerichten und Verwaltungsbehörden erteilt. Auf der von der Regierungskanzlei geführten und im Internet unter www.rk.llv.li publizierten Liste waren per 31. 12. 2005 somit elf Personen geführt, welche die Sprachen Englisch, Französisch, Italienisch, Russisch, Weissrussisch und Ukrainisch abdecken.

Rechtshilfe in Zivilsachen	2004	2005
- Weiterleitung an FL-Botschaft bzw. an ausländische Behörden	34	66
- Zustellungen	134	92
davon Amtshilfe	8	3

Anerkennung ausländischer Zivilstandsereignisse

Im Ausland eingetretene Zivilstandsereignisse (Eheschliessung, Ehescheidung, Adoption, Vaterschaftsanerkennung) werden von der Regierungskanzlei anerkannt. Es handelt sich dabei um etwa 80 Ereignisse pro Jahr. Die genauen Zahlen können dem Bericht des Zivilstandsamtes entnommen werden.

Politische Volksrechte

Wahlen und Abstimmungen

Im Berichtsjahr wurden folgende Wahlen und Abstimmungen durchgeführt:

- Am 11. und 13. März 2005 die Landtagswahl 2005.
- Am 25. und 27. November 2005 die Volksabstimmung über das Initiativbegehren «Für das Leben» und über den Gegenvorschlag des Landtags zur Abänderung der Landesverfassung. Das Initiativbegehren «Für das Leben» wurde von der absoluten Mehrheit der gültig Stimmenden des ganzen Landes verworfen. Der Gegenvorschlag des Landtags wurde von der absoluten Mehrheit der gültig Stimmenden des ganzen Landes angenommen.

Briefwahl

Bei der Landtagswahl 2005 hatten erstmals alle Stimmberechtigten die Möglichkeit, ihre Stimme brieflich abzugeben. Zuvor war für die briefliche Stimmabgabe ein schriftliches Gesuch notwendig. Die Stimmberechtigten erhielten alle für die briefliche Stimmabgabe notwendigen Unterlagen mit dem Versand des amtlichen Wahlmaterials zugestellt, inkl. das eigens für die Briefwahl geschaffene Zustellkuvert.

Die briefliche Stimmabgabe wurde von den Stimmberechtigten sehr positiv aufgenommen und hat die Erwartungen übertroffen. Anlässlich der Landtagswahl 2005 wurden 48.9% der Stimmen brieflich abgegeben, bei der Volksabstimmung vom November 2005 betrug der Anteil 56.5%.

Elektronische Zählhilfe für die Wahlkommissionen

Anlässlich der Landtagswahl 2005 wurde ein EDV-Programm zur Unterstützung der Zählarbeiten in den Wahlkommissionen erstmals landesweit eingeführt, nachdem die mit diesem Programm gemachten Erfahrungen bei den Gemeindewahlen 2003 sehr positiv waren. Dabei konnte die Sicherheit erhöht werden; gleichzeitig konnten bedeutende Zeitersparnisse bei der Zählarbeit erreicht werden.

Die elektronische Erfassung der Stimmzettel erlaubt auch eine genauere Wahlanalyse. Die entsprechenden Dokumente sind im Internet unter www.rk.llv.li abrufbar.

Diverses

Liechtenstein Dialog

Am 27. und 28. Oktober 2005 wurde zum zweiten Mal der «Liechtenstein Dialogue on the Future of Financial Markets» durchgeführt, an dessen Organisation auch die Regierungskanzlei massgeblich beteiligt war. Entsprechend intensiv konzentrierten sich die Aufgaben für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Frühherbst des Berichtsjahres rund um diese Konferenz. Die Regierungskanzlei war im Steering Committee vertreten und war verantwortlich für Logistik, Teilnehmeradministration und Kommunikationsberatung.

Mobilitätsmanagement

Der stellvertretende Leiter der Regierungskanzlei vertritt die Regierung in der Arbeitsgruppe «Pendelverkehr» der LIHK, welche anlässlich der europäischen Woche der Mobilität unter anderem die 12-Stunden Reportage zum Mobilitätsmanagement in liechtensteinischen Betrieben organisierte.

Er war zudem Vorsitzender einer internen Arbeitsgruppe, welche von der Regierung mit der Ausarbeitung eines Konzeptes zur Einführung des betrieblichen Mobilitätsmanagements in der Landesverwaltung beauftragt wurde. Der Schlussbericht wurde im Berichtsjahr von der Regierung zur Kenntnis genommen. Die Regierung hat dabei der Einführung des betrieblichen Mobilitätsmanagements für die Landesverwaltung grundsätzlich zugestimmt.

Beratungs- und Beschwerdestelle

Die Beratungs- und Beschwerdestelle ist Anlauf- und Auskunftsstelle für rat- und hilfeschuchende Personen. Sie übernimmt meist die Funktion einer Triage zwischen der Bevölkerung und den zuständigen Regierungs- und Amtsstellen, wo qualifizierte Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter spezifische Auskünfte erteilen können. Es wenden sich aber auch Personen an die Beratungs- und Beschwerdestelle, welche auf Grund von Entscheidungen von Amtsstellen nach deren Entscheidungsgrundlagen suchen. Sie möchten sich an einer «neutralen» Stelle nach den gesetzlichen Hintergründen erkundigen.

Die von der Beratungs- und Beschwerdestelle entgegengenommenen Anfragen betrafen vor allem Beratungen bei privaten Streitigkeiten sowie Anfragen zu Tätigkeiten in einzelnen Amtsstellen. Weil auch die Regierungskanzlei oft Anlaufstelle für allgemeine Auskünfte ist und die Beratungs- und Beschwerdestelle personell in die Regierungskanzlei integriert ist, sind die Übergänge fließend. Viele Anfragen und Hilfeleistungen werden deshalb nicht statistisch erfasst.

Rundtischgespräche für europäische Ombudsstellen

Der Leiter der Beratungs- und Beschwerdestelle nahm am 31. März und 1. April 2005 an den neunten Rundtischgesprächen für europäische Ombudsstellen in Kopenhagen teil. Dabei boten sich Gelegenheiten, internationale Kontakte zu knüpfen und interessante Vergleiche in Bezug auf die Ausgestaltungsmöglichkeiten der Beratungs- und Beschwerdestelle zu ziehen.

Rechtsdienst der Regierung

Stabstellenleiterin: Dr. iur. Marion Frick-Tabarelli

Die Aufgaben des Rechtsdienstes bestehen gemäss Verordnung LGBl. 1987 Nr. 5 idgF schwerpunktmässig aus den Bereichen 1. Ausarbeitung von Rechtsgutachten zuhanden der Regierung, 2. legistische Überprüfung von Rechtsvorschriften und 3. Publikation der Landesgesetzblätter. Daneben ist der Rechtsdienst für eine Vielzahl weiterer Angelegenheiten zuständig, wie bspw. für die innerstaatliche Umsetzung von Sanktionsmassnahmen, die Bereinigung der Anlagen zum Zollvertrag und zu den anderen Verträgen mit der Schweiz, die Kontrolle der Unterhaltsbevorzugungen als Vertreter des öffentlichen Rechts sowie die Aktualisierung und Betreuung der verschiedenen Rechtsdatenbanken, wie insbesondere diejenige für die Website www.gesetze.li. Schliesslich unterstützt der Rechtsdienst die Regierung durch seine Mitarbeit in zahlreichen Arbeitsgruppen und Kommissionen.

Im Berichtsjahr wurden wiederum zahlreiche Rechtsgutachten unterschiedlichen Umfangs erstattet. Sie standen meist in engem Zusammenhang mit Gesetzgebungsvorhaben oder aktuellen Fragestellungen der Regierung und betrafen sämtliche Bereiche der liechtensteinischen Rechtsordnung.

Im Legistikbereich sind vorrangig zu nennen die Totalrevisionen im Bereich des öffentlichen Auftragswesens

(ÖAWG, ÖAWSG, ÖAWV, ÖAWSV), der Kommunikation (Mediengesetz, Medienförderungsgesetz, Kommunikationsgesetz), der Vermessungsgesetzgebung, des Umweltschutzes (Gewässerschutzgesetzgebung), des Jugendschutzes (Kinder- und Jugendgesetz), des Arbeitsschutzes (Verordnung I, IV und V zum Arbeitsgesetz), der Finanz- und Wirtschaftsgesetzgebung (u.a. Aufgabenentflechtung Land-Gemeinden, Investmentunternehmen, Zinsbesteuerungsgesetz, Vermögensverwaltungsgesetz, Versicherungsvermittlungsgesetz und Marktmissbrauchsgesetz) sowie die Gesetzgebung im Bereich des Gesellschaftsrechts (u.a. Europäische Gesellschaft). Besonders hervorzuheben sind auch die zahlreichen Sanktionsmassnahmen gegenüber verschiedenen Staaten, die insbesondere wegen der bestehenden Sensibilität in Sachen Finanzplatz Liechtenstein und Terrorismusbekämpfung vom Rechtsdienst durch Ausarbeitung entsprechender Sanktionsverordnungen umgehend innerstaatlich umgesetzt wurden.

Als Gesetzgebungsprojekt, bei dem dem Rechtsdienst im Berichtsjahr die Federführung zukam, ist die Schaffung eines Opferhilfegesetzes zu nennen. Hier wurde besonderes Augenmerk auf die Klärung von praktischen Umsetzungsfragen im Zusammenhang mit der künftigen Opferhilfestelle gelegt und die Arbeiten am Bericht und Antrag fortgesetzt.

Statistische Kurzübersicht

Bearbeitete Akten	523
Herausgegebene Landesgesetzblätter	292
Begutachtete Rechtsvorschriften	311
Rechtsgutachterliche Stellungnahmen	71
Unterhaltsvorschussfälle	58
Nachlieferungen LR	4
Register zur LR	2
Bereinigung der Anlagen	2
Ausbildung Praktikanten	6

Personalbestand

Das Rechtsdienst-Team umfasste im Berichtsjahr 2005 insgesamt sechs Juristinnen und Juristen zu 500 Stellenprozenten und eine Sekretärin/Sachbearbeiterin.

Der Rechtsdienst hat im Jahr 2005 sechs Rechtspraktikanten ausgebildet.

Aufgaben gemäss Rechtsdienst-Verordnung

Im Berichtsjahr 2005 wurden vom Rechtsdienst insgesamt 523 neue Akten, insbesondere für rechtsgutachterliche Stellungnahmen, legistische Belange und grössere Verwaltungsaufgaben bearbeitet.

Rechtsgutachterliche Stellungnahmen

Der Rechtsdienst hat 71 schriftliche Rechtsabklärungen (Gutachten, Stellungnahmen, Äusserungen zu Vernehmlassungsberichten, usw.) von unterschiedlichem Umfang erarbeitet. Es handelt sich dabei vor allem um Abklärungen zuhanden der Regierung bzw. der verschiedenen

Ressorts. Daneben wurde eine Vielzahl von mündlichen Beratungen und Auskunftserteilungen vorgenommen, die statistisch nicht eigens erfasst werden.

Legistische Überprüfungen

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 311 Rechtsvorschriften (insbesondere Vernehmlassungsvorlagen, Vorlagen in Berichten und Anträgen, Verordnungsentwürfe usw.) legistisch begutachtet. Einige der wichtigsten und komplexesten Legistikprojekte wurden eingangs erwähnt. Die legistische Begutachtung durch den Rechtsdienst umfasst gemäss Regierungsbeschluss vom 17. Dezember 2002 (RA 2002/1905-0030) die formelle Überprüfung der definitiven Entwürfe zu Rechtsvorschriften auf der Grundlage der legistischen Richtlinien sowie die materielle Kontrolle in Bezug auf offensichtliche Unstimmigkeiten rechtlicher und inhaltlicher Natur. Damit verbunden sind regelmässige Besprechungen mit den zuständigen Sachbearbeitern/innen sowie die Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen.

Schliesslich wurden auch im Legistikbereich im Vorfeld der eigentlichen Begutachtung durch den Rechtsdienst eine Vielzahl von mündlichen Beratungen, Informationen und Auskünften vorgenommen, die nicht eigens vermerkt wurden.

Herausgabe der Liechtensteinischen Landesgesetzblätter

292 Rechtsvorschriften (Gesetze, Verordnungen, Finanzbeschlüsse, Staatsverträge usw.) im Umfang von 2956 Seiten wurden legistisch aufbereitet, publikationstechnisch formatiert und im Liechtensteinischen Landesgesetzblatt (LGBl.) kundgemacht. Als besonders arbeitsintensiv erwiesen sich hierbei vor allem die Staatsverträge und Rechtsvorschriften mit tabellarischen Anhängen sowie die Umsetzung des EWR-Rechtes.

In Zusammenhang mit dieser Publikationstätigkeit hat der Rechtsdienst an allen Landtagssitzungen teilgenommen.

Sanktionsmassnahmen der Vereinten Nationen und der Europäischen Union gegenüber anderen Staaten

Der Rechtsdienst hat die Aufgabe, im Rahmen der Umsetzung von Verpflichtungen aus Resolutionen des UN-Sicherheitsrates und aus Embargomassnahmen der EU Detailabklärungen hinsichtlich notwendiger Umsetzungsmassnahmen vorzunehmen, Entwürfe zu entsprechenden liechtensteinischen Rechtsvorschriften zu verfassen und dem Ressort Äusseres zur Antragstellung zu unterbreiten (RA 99/2929-9714.3/3/1).

Im Jahr 2005 waren einerseits die Sanktionen gemäss den Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen bzw. den Beschlüssen der UN-Sanktionskomitees gegenüber Personen und Organisationen mit Verbindungen zu Usama bin Laden, der Gruppierung «Al-Qaida» oder den Taliban, Liberia, Sudan, Côte d'Ivoire, Kongo, Irak und bestimmten Personen im Zusammenhang mit dem Attentat auf Rafik Hariri sowie andererseits die

Sanktionen aufgrund der Gemeinsamen Standpunkte des EU-Rates gegenüber Simbabwe umzusetzen. Der Rechtsdienst nahm die erforderlichen Überprüfungen vor und arbeitete zum Zwecke der innerstaatlichen Umsetzung insgesamt 28 Sanktionsverordnungen aus.

Aufgrund der staatsvertraglichen Bindungen mit der Schweiz mussten dabei insbesondere die gestützt auf den Zollvertrag, die Vereinbarung betreffend die Aufsicht über die Luftfahrt und die fremdenpolizeilichen Vereinbarungen in Liechtenstein anwendbaren schweizerischen Rechtsvorschriften miteinbezogen werden.

Nebst dieser rechtlichen Abstimmung mit der Schweiz berücksichtigte der Rechtsdienst auch die entsprechenden Umsetzungsbestimmungen der Europäischen Union, insbesondere die aufgrund Gemeinsamer Standpunkte des Rates erlassenen Durchführungsverordnungen, die von Liechtenstein mitgetragen wurden.

Die jeweiligen Resolutionen bzw. Beschlüsse wurden umgesetzt gegenüber:

- Personen und Organisationen mit Verbindungen zu Usama bin Laden, der Gruppierung «Al-Qaida» oder den Taliban mit Verordnungen vom 18. Januar 2005, 1. Februar 2005, 1. März 2005, 17. Mai 2005, 24. Mai 2005, 7. Juni 2005, 9. August 2005, 23. August 2005, 27. September 2005, 11. Oktober 2005, 18. Oktober 2005, 31. Oktober 2005, 8. November 2005, 13. Dezember 2005 und 20. Dezember 2005 (LGBl. 2005 Nr. 16, LGBl. 2005 Nr. 22, LGBl. 2005 Nr. 51, LGBl. 2005 Nr. 93, LGBl. 2005 Nr. 100, LGBl. 2005 Nr. 106, LGBl. 2005 Nr. 159, LGBl. 2005 Nr. 176, LGBl. 2005 Nr. 184, LGBl. 2005 Nr. 190, LGBl. 2005 Nr. 193, LGBl. 2005 Nr. 199, LGBl. 2005 Nr. 201, LGBl. 2005 Nr. 259 und LGBl. 2005 Nr. 266);
- Irak mit Verordnungen vom 28. Juni 2005 und 9. August 2005 (LGBl. 2005 Nr. 126 und LGBl. 2005 Nr. 160);
- Liberia mit Verordnungen vom 25. Januar 2005, 3. Mai 2005, 12. Juli 2005 und 13. Dezember 2005 (LGBl. 2005 Nr. 17, LGBl. 2005 Nr. 86, LGBl. 2005 Nr. 141 und LGBl. 2005 Nr. 258);
- Côte d'Ivoire mit Verordnung vom 25. Januar 2005 (LGBl. 2005 Nr. 19);
- der Demokratischen Republik Kongo mit Verordnungen vom 21. Juni 2005 und 8. November 2005 (LGBl. 2005 Nr. 116 und LGBl. 2005 Nr. 202);
- Sudan mit Verordnungen vom 25. Januar 2005 und 24. Mai 2005 (LGBl. 2005 Nr. 18 und LGBl. 2005 Nr. 101);
- bestimmten Personen in Zusammenhang mit dem Attentat auf Rafik Hariri mit Verordnung vom 20. Dezember 2005 (LGBl. 2005 Nr. 269).

Daneben wurden im Jahre 2005 auf der Grundlage von Gemeinsamen Standpunkten des EU-Rates und seiner Durchführungsverordnungen die bereits bestehenden Sanktionen gegenüber Simbabwe mit Verordnung vom 23. August 2005 (LGBl. 2005 Nr. 177) verschärft.

Im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung haben sich insbesondere hinsichtlich der Resolution 1373 (2001) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

weitere Umsetzungsverpflichtungen ergeben, die auch im Jahre 2005 eine enge Zusammenarbeit des Rechtsdienstes mit der speziell hierfür eingesetzten Koordinationsgruppe «Terrorismusbekämpfung» erforderlich machten. Neben der Mitarbeit im Rahmen dieser Arbeitsgruppe waren insbesondere auch die Erstellung von Personenlisten im Bereich der Finanzsanktionen und die Ausarbeitung von Entwürfen für Umsetzungserlasse äusserst zeitintensiv.

Schliesslich ist noch auf die Mitarbeit des Rechtsdienstes in der von der Regierung am 11. März 2003 eingesetzten Arbeitsgruppe betreffend Neuregelung und Koordination des Vollzugs von Sanktionen hinzuweisen.

Gesetzgebungsprojekt

Die Arbeiten am neu zu schaffenden Opferhilfegesetz wurden fortgesetzt. Die Redaktionskommission unter dem Vorsitz der Leiterin des Rechtsdienstes hat sich im Berichtsjahr zu einer Sitzung getroffen. Insbesondere die Frage nach der Organisationsstruktur der zukünftigen Opferhilfestelle gestaltete sich als komplex und bedurfte vertiefter Abklärungen. Im Berichtsjahr konnte ein Praxiskonzept zur möglichen Organisation der Opferhilfestelle vorgestellt und mit den auf diesem Gebiet bereits tätigen Institutionen diskutiert werden.

Bereinigung der Anlagen zu den Verträgen mit der Schweiz

Im Rahmen der regelmässig stattfindenden Bereinigungen der Anlagen zum Zollvertrag, zum Währungsvertrag, zum Patentschutzvertrag, zu den Vereinbarungen über die Stempelabgaben und betreffend die Zusammenarbeit im Bereich der Zivilluftfahrt sowie zu den fremdenpolizeilichen Vereinbarungen wird vom Rechtsdienst in Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern die Anwendbarkeit schweizerischen Rechts in Liechtenstein überprüft und die bereinigten Anlagen kundgemacht.

Zwölfte Bereinigung 2004/2005

Schwerpunkte dieser mit LGBl. 2005 Nr. 117 bis 122 kundgemachten Anlagenbereinigung bildeten die noch offenen Diskussionspunkte zur Nationalbankgesetzgebung (Bestimmungen betreffend die Erstellung der Zahlungsbilanz und der Statistik über das Auslandsvermögen) sowie neue schweizerische Erlasse, wie insbesondere das Kernenergiegesetz und die Tierarzneimittelverordnung.

Dreizehnte Bereinigung 2005

Auch die dreizehnte Bereinigung mit Stand 30. Juni 2005 konnte zum erfolgreichen Abschluss gebracht und am 30. Dezember 2005 publiziert werden (LGBl. 2005 Nr. 270 bis 275).

Wichtigste Themen dieser Bereinigung waren u.a. das Kulturgütertransfergesetz, die Safeguardsverordnung und die Influenza-Pandemieverordnung sowie die vorgezogene Bereinigung per 31. Dezember 2005 eines Teils

der schweizerischen Lebensmittel- und Landwirtschaftsgesetzgebung (Paket zur Übernahme des EU-Hygienerechts im Lebensmittelbereich und zur Neustrukturierung des Verordnungsrechts zum Lebensmittelgesetz).

Vertreter des öffentlichen Rechts gemäss Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

Seit dem Jahre 1990 (Regierungsbeschluss vom 30. Januar 1990 zu RB 448/110/90 idF des Beschlusses vom 4. April 1995 zu RA 95/1313) übt der Rechtsdienst als Vertreter des öffentlichen Rechts das Beschwerderecht im Sinne des Unterhaltsvorschussgesetzes, LGBl. 1989 Nr. 47, aus und ist insbesondere auch für die Antragstellung bezüglich Rückzahlungs- und Ersatzpflichten zuständig.

Die Zahl der durch den Rechtsdienst als Vertreter des öffentlichen Rechts zu betreuenden Unterhaltsvorschussakten belief sich im Berichtsjahr auf 58 Fälle. Der Rechtsdienst erhob in einem Fall Rekurs und stellte in einem weiteren Fall Antrag auf Ersatz zu Unrecht gewährter Unterhaltsvorschüsse.

Systematische Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften (LR)

Dem Rechtsdienst obliegt die Koordination, insbesondere hinsichtlich der Ausführung (Form und Inhalt) der LR samt Nachlieferungen, des Registers zur LR sowie der Textausgaben.

Die mittlerweile insgesamt 38 Ordner umfassende Systematische Sammlung (22 Ordner Landesrecht, 16 Ordner Staatsvertragsrecht) wurde im Berichtsjahr mit 4 Nachlieferungen aktualisiert.

Ausserdem wurden zwei neue Register zu der Systematischen Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften mit Stand 1. Juli 2005 (bis LGBl. 2004 Nr. 126) bzw. 1. Januar 2006 (bis LGBl. 2004 Nr. 292) erstellt.

Gesetzesdatenbank LILEX unter www.gesetze.li

Im Berichtsjahr konnte die Gesetzesdatenbank des Rechtsdienstes mit optisch verbesserter Benutzeroberfläche und erweiterten Optionen unter dem Namen LILEX auf der Gesetzeswebsite www.gesetze.li angeboten werden. Die Aktualisierung des Datenbestandes erfolgte in regelmässigen Abständen und ermöglicht dem Rechtsanwender die unentgeltliche Volltextsuche im gesamten Bestand sowohl der Systematischen als auch der Chronologischen Sammlung des Liechtensteinischen Landes- und Staatsvertragsrechts.

Stabsstelle EWR

Stabsstellenleiterin: Dr. iur. Andrea Entner-Koch, LL.M.

Die Tätigkeiten der Stabsstelle EWR können vereinfacht in drei Hauptgruppen eingeteilt werden: Koordinationsaufgaben bei der Übernahme und der Umsetzung von neuem EWR-Recht, Ansprechstelle für die EFTA-Überwachungsbehörde und Unterstützung und Beratung der Regierung in EWR-Angelegenheiten. Die mit der Umsetzung von EWR-Recht zusammenhängenden Aufgaben stellen dabei längst nicht mehr den Hauptteil der Tätigkeiten der Stabsstelle EWR dar. Vielmehr fallen in sehr differenzierten und weiten Bereichen der Landesverwaltung EWR-bezogene Aufgaben an. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wurden verschiedene Koordinierungsverfahren und -instrumente eingeführt, deren Überwachung und Steuerung der Stabsstelle EWR obliegen. Diese spielen sich nicht nur innerhalb der Landesverwaltung ab, sondern beziehen auch Interessenverbände, Experten und Behörden in anderen Mitgliedstaaten, insbesondere in Brüssel, mit ein.

Übernahme und Umsetzung von neuem EWR-Recht

Übernahme von EWR-Recht

Sämtliche zur Übernahme anstehenden EU-Rechtsakte werden von den Fachexperten der Ämter und ergänzend von der Stabsstelle EWR auf die jeweiligen faktischen und rechtlichen Auswirkungen hin überprüft. Wo erforderlich, werden im Zuge einer Übernahme in das EWR-Abkommen entsprechende Anpassungen an den Rechtsakten vorgenommen. Die Überprüfung der ins EWR-Abkommen zu übernehmenden EU-Rechtsakte umfasst auch die Abklärung, ob die Übernahme des betreffenden EU-Rechtsaktes die Zustimmung des Landtages erfordert. Alle Vorarbeiten für die EWR-Kommission des Landtages werden von der Stabsstelle EWR koordiniert und die entsprechenden Unterlagen bereitgestellt. Die EWR-Kommission des Landtages hat im Jahr 2005 insgesamt 308 EU-Rechtsakte behandelt.

Im Jahr 2005 wurden durch 156 Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses insgesamt die genannten 308 EU-Rechtsakte übernommen, womit sich die Zahl der rechtsverbindlichen EU-Rechtsakte im EWR-Abkommen auf total 4404 erhöht hat. Darunter befanden sich insgesamt 9 EU-Rechtsakte, welche dem Zustimmungserfordernis des Landtages gemäss Art. 8 Abs. 2 Landesverfassung unterliegen. Dazu gehören insbesondere die Richtlinie zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Spende, Beschaffung, Testung, Verbreitung, Konservierung, Lager und Verteilung von menschlichen Geweben und Zellen, das Energiepaket, die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente, die Richtlinie betreffend Übernahmeangebote und die Transparenzrichtlinie.

Umsetzungsquote

Die ins EWR-Abkommen übernommenen EU-Rechtsakte verlangen in vielen Fällen eine Umsetzung ins liechtensteinische Recht. Die Koordination der diesbezüglichen Arbeiten erfolgt über die zweimal jährlich erstellten Arbeitslisten, anhand welcher die Regierung den von der Stabsstelle EWR aufgezeigten Handlungsbedarf zur Kenntnis nimmt und die entsprechenden Massnahmen für eine rechtzeitige Umsetzung gutheisst. Es ist zu erwarten, dass die Umsetzungsquote des Jahres 2004 (97.3 %) für das Jahr 2005 merklich verbessert werden kann (der Jahresbericht der EFTA-Überwachungsbehörde für 2005, der dazu detaillierte Angaben enthält, liegt derzeit noch nicht vor), womit Liechtenstein verglichen mit den anderen EWR-Staaten weiterhin einen Platz im Mittelfeld einnimmt.

Umsetzungsdefizite

Umsetzungsdefizite bestehen derzeit in den Bereichen Gleichbehandlung von Männern und Frauen, Umwelt (schwere Unfälle mit gefährlichen Stoffen, Emissionen bei Farben und Lacken, Umgebungslärm sowie Umweltauswirkungen von Plänen und Programmen), Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung (verschiedene Richtlinien im Bereich Arzneyspezialitäten), Telekommunikation (Neues Telekompaket) und Finanzdienstleistungen (Marktmissbrauch, Versicherungsvermittlung, Finanzsicherheiten).

Umsetzungserfolge

Im Jahr 2005 konnten insbesondere folgende Umsetzungen abgeschlossen werden: Im Bereich Arbeitsrecht wurde im letzten Halbjahr eine ganze Reihe von ausstehenden EWR-Verpflichtungen in Angriff genommen. So erfolgte die Anpassung des Mitwirkungsgesetzes im Hinblick auf die Umsetzung der Richtlinie 2002/14/EG zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer, deren Umsetzungsfrist im Mai 2005 abgelaufen war. Des Weiteren wurde das ABGB im Hinblick auf die Teilzeitarbeit (Richtlinie 1997/81), die befristeten Arbeitsverträge (Richtlinie 1999/70) und den Elternurlaub (Richtlinie 96/34) EWR-konform angepasst und somit der Handlungsbedarf infolge bereits eingeleiteter Vertragsverletzungsverfahren erledigt.

Im Bereich Umwelt wurde mit der Abänderungsverordnung vom 5. Juli 2005 betreffend Verpackungen und Verpackungsabfälle die Richtlinie 2004/12/EG fristgerecht umgesetzt. Im Bereich Öffentliches Auftragswesen konnte mit den Gesetzen vom 21. September 2005 über das Öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) sowie das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSG) sowie den dazugehörigen Verordnungen vom 8. November 2005 eine alte Hypothek abgegolten werden und mehrere Rechtsakte aus den 90er-Jahren in der von der ESA gewünschten Form umgesetzt werden. Im Bereich Geistiges Eigentum konnte durch die Abänderung

des Gesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (URG) die Richtlinie 2001/84/EG über das Folgerecht des Urhebers des Originals eines Kunstwerkes umgesetzt werden.

Im Bereich Finanzdienstleistungen konnte die Umsetzung der OGAW (Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren) Richtlinien abgeschlossen werden. Die Umsetzung erfolgte durch eine Totalrevision des Gesetzes über Investmentunternehmen (IUG) und der das Gesetz ergänzenden Verordnung (IUV). Ebenfalls wurde im Jahr 2005 die Umsetzung der 2. Geldwäsche Richtlinie 2001/97/EG durch die Änderung einer Reihe von Gesetzen (z.B. BankG, VersAG, IUG, SPG) erreicht. Durch die Abänderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes und der Versicherungsaufsichtsverordnung konnte auch die Umsetzung der Solvabilitätsrichtlinien (Richtlinie 2002/13/EG und Richtlinie 2002/83/EG) abgeschlossen werden.

Im Bereich Audiovisuelle Dienste gelang durch die Schaffung eines neuen Mediengesetzes die schon länger überfällige Vollumsetzung der Richtlinie 89/552/EWG in der Fassung der Richtlinie 97/36/EG über die Ausübung der Fernsehaktivität.

Ansprechstelle für die EFTA-Überwachungsbehörde

Die EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) kontrolliert die rechtzeitige und inhaltlich korrekte Umsetzung und Anwendung des EWR-Rechts in den EWR/EFTA-Staaten. Die Stabsstelle EWR fungiert in diesem Zusammenhang als direkter Ansprechpartner. Neben verschiedenen Auskunftersuchen eröffnete die ESA im Jahr 2005 insgesamt 25 neue offizielle Vertragsverletzungsverfahren, wobei Ende Dezember 2005 16 formelle Mahnschreiben (Letters of Formal Notice) und 9 begründete Stellungnahmen (Reasoned Opinions) gegen Liechtenstein hängig waren. Diese betrafen insbesondere die Bereiche Diplomanerkennung, Sozialversicherungen, Umwelt, Arzneimittelspezialitäten, Telekommunikation, Finanzdienstleistungen und Transport.

Ein gutes Abschneiden Liechtensteins bei der Erfüllung der EWR-Verpflichtungen liegt unbestritten im Gesamtinteresse des Landes. Vertragsverletzungsverfahren beeinträchtigen nicht nur das politische Ansehen des Landes, sondern verursachen auch einen enormen Arbeitsaufwand für die Stabsstelle EWR bzw. die Verwaltung allgemein. Die Stabsstelle EWR ist daher in ihrer Koordinationsaufgabe bemüht, die Zusammenarbeit innerhalb der Landesverwaltung zu intensivieren, sowie die internen Arbeitsabläufe laufend zu überprüfen und zu verbessern.

Unterstützung und Beratung der Regierung in EWR-Angelegenheiten

In einer vom Europarecht zunehmend tangierten Verwaltung ist die Stabsstelle EWR zentrale Anlaufstelle bei EWR-rechtlichen Fragen. Die Stabsstelle EWR erstellt in diesem Zusammenhang Gutachten im Auftrag der Regie-

rung oder wirkt in verschiedenen Arbeitsgruppen beratend oder als Vorsitz mit (z.B. Veterinärwesen/Landwirtschaft).

Eine weitere zentrale Aufgabe der Stabsstelle EWR liegt darin, EWR-rechtliche Kenntnisse all jenen Landesangestellten zu vermitteln, die durch ihre Arbeit mit dem Europarecht in Berührung kommen. Die Stabsstelle EWR führt zu diesem Zweck alljährlich eine allgemeine EWR-Schulung für die Landesangestellten bzw. laufend spezielle EWR-Schulungen für die Experten in den Ämtern durch. Des Weiteren wurde 2005 erneut ein LLV-interne Seminar zur aktuellen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) organisiert.

Die Stabsstelle EWR vertritt die Regierung auch in Verfahren vor dem EFTA-Gerichtshof sowie dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). Im Jahr 2005 behandelte der EFTA-Gerichtshof zwei liechtensteinische Fälle. Im ersten Fall (E-8/04) hat die ESA Beschwerde wegen des doppelten Wohnsitzerfordernisses in Art. 25 des Bankengesetzes beim EFTA-Gerichtshof eingereicht. Der EFTA-Gerichtshof entschied am 1. Juli 2005, dass dieses Wohnsitzerfordernis mit der Niederlassungsfreiheit gemäss EWR-Abkommen unvereinbar ist. Die vom liechtensteinischen Landgericht an den EFTA-Gerichtshof am 16. Dezember 2004 vorgelegte Frage, ob § 56 Abs. 2 ZPO mit dem EWR-Recht, insbesondere mit dem freien Dienstleistungsverkehr gemäss Art. 36 EWRA und dem freien Kapitalverkehr gemäss Art. 40 EWRA vereinbar ist (E-10/04), wurde vom EFTA-Gerichtshof in seinem Gutachten vom 1. Juli 2005 wie folgt beurteilt: Der Gerichtshof stellte generell fest, dass die Funktionsfähigkeit der Zivilrechtspflege und die damit zusammenhängende Sicherung eines effektiven Zuganges zu den Gerichten einen unverzichtbaren Teil der EWR-Rechtsordnungen darstellt. Es wurde festgehalten, dass es ein legitimes Interesse eines jeden Staates ist, Vorschriften zu erlassen, mit Hilfe derer die wirkungsvolle Betreibung von Verfahrenskosten sichergestellt werden kann. Diese Vorschriften müssen sich aber am Verhältnismässigkeitsprinzip messen lassen, sodass der vollständige Ausschluss jeglicher Sicherheitsleistung für Prozesskosten aus anderen EWR-Staaten nicht verhältnismässig und somit EWR-widrig ist. Allerdings erkennt der EFTA-Gerichtshof an, dass entscheidend ist, ob Verfahrenskosten ohne zusätzliche Schwierigkeiten eingebracht werden können. Die Beantwortung dieser Frage überlässt er dem nationalen Gericht. Die SEWR hat in beiden Fällen schriftlich Stellung genommen sowie mündlich vor dem EFTA-Gerichtshof interveniert.

Nicht unerwähnt bleiben sollen die zahlreichen Informations- und Dokumentationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit, welche von der EWR-Dokumentation der Stabsstelle EWR wahrgenommen werden. Ihr obliegt u. a. die kontinuierliche Nachführung der EWR-Rechtsammlung und des EWR-Registers, die regelmässige Ausgabe des «SEWR-Newsletter», welcher aktuelle Themen zum EWR-Recht behandelt, sowie die Betreuung der

Internetseite der Stabsstelle EWR (www.sewr.llv.li). Der Ende Juni 2003 lancierte Internet-Auftritt im Rahmen des e-Government Projekts der Landesverwaltung wurde konsequent weiterentwickelt und präsentiert sich in einer noch bürgerfreundlicheren Form. Zahlreiche Dokumente und Informationsmaterialien rund um das EWR-Abkommen wurden neu hinzugefügt, wie zum Beispiel wichtige Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag sowie ausgewählte Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften und des EFTA-Gerichtshofs. Zudem wurde die Rubrik «EU-Programme» kontinuierlich erweitert: sämtliche EU-Programme, an denen Liechtenstein im Rahmen des EWR-Abkommens teilnimmt, sowie die dazugehörigen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen gestalten sich neu und noch übersichtlicher. Ausserdem wurde der EWR-Teil des Liechtenstein-Portals (www.liechtenstein.li), welcher ausführliche Informationen zum EWR (Entstehung des EWR, Mitgliedstaaten, Institutionen des EWR, etc.) enthält, in seiner zweisprachigen Version (Deutsch und Englisch) gründlich überarbeitet und aktualisiert. Neu steht unter anderem auch eine zweisprachige «EWR-Kurzzusammenfassung» im pdf-Format zum Ausdrucken zur Verfügung.

Darüber hinaus wird die Informationstätigkeit auch durch Vorträge bei öffentlichen und privaten Organisationen wahrgenommen. Zudem wurde letzten Frühling ein Informationsabend für den neu gewählten Landtag angeboten. Das System der EWR-Kontaktpersonen, bei welchem die Interessenverbände über neue Entwicklungen im EWR-Recht informiert werden bzw. die Möglichkeit haben, Stellungnahmen zu neuen EU-Rechtsakten abzugeben, wurde auch im Jahr 2005 mit Erfolg weitergeführt. Die Stabsstelle EWR ist zudem Kontaktstelle für Bürger und Bürgerinnen sowie Unternehmen, welche sich durch ausländische Behörden in ihren Rechten gemäss EWR-Abkommen beschränkt fühlen. In diesem Zusammenhang beteiligt sich die Stabsstelle EWR auch am EWR-weiten Problemlösungsnetz «SOLVIT».

Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Stabsstellenleiterin: Dr. Gerlinde Manz-Christ

Die mit RA 2001/2262-0333 vom 7. August 2001 eingerichtete Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit ist dem Regierungschef direkt unterstellt.

Die Stabsstelle hat die nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit für Liechtenstein kontinuierlich fortgesetzt und mit dem Kommunikationskonzept II (2005-2009) weiter ausgebaut. Der Schwerpunkt in der Umsetzung des Konzepts lag 2005 in der Präsentation liechtensteinischer Themen in den Zielmärkten bei Meinungsmittlern aus Politik und Wirt-

schaft, vermehrten Hintergrundgesprächen mit Medienvertretern und anderen Meinungsmittlern, Verankerung der Marke Liechtenstein, Verstärkung von Synergieeffekten der im Land vorhandenen Ressourcen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, Erarbeitung und Publikation zahlreicher zielgruppenspezifischer Informationstexte, Internetportal des Landes www.liechtenstein.li in französischer Sprache sowie Erarbeitung themenspezifischer Kommunikationskonzepte. Dadurch konnte der Multiplikatoreffekt der professionellen Darstellung des Landes Liechtenstein wesentlich verstärkt und ein weiterer Anstieg positiver Medienberichte verzeichnet werden.

Kommunikationskonzept

Als oberstes Ziel des Kommunikationskonzeptes wurde zu Beginn die Nachhaltigkeit und verstärkte Integration aller Kräfte in der Öffentlichkeitsarbeit für das Fürstentum Liechtenstein definiert. Alle Massnahmen der Stabsstelle im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit stehen im Kontext zum vorliegenden gesamtheitlichen Kommunikationsmodell und sind entsprechend abgestimmt. Die sechs Kernbotschaften werden konsequent kommuniziert. Diese Grundsätze wurden im Kommunikationskonzept II für das Land Liechtenstein (2005-2009) bestätigt und konkrete Umsetzungsmassnahmen erarbeitet.

Die Stabsstelle hat im Jahr 2005 mit ca. 30 Präsentationen und Vorträgen zu Liechtenstein-Themen im In- und Ausland (European Association of Political Consultants, Clingendael Institute Den Haag, Sommercampus05 Wien, Euregia Friedrichshafen, Liechtenstein Colloquium, Schweizer Stagiaires des EDA, Hochschule Wallis, Junges Wirtschaftsforum Vaduz, Liechtensteinisches Gymnasium, u.v.m.) sowie 50 Hintergrundgesprächen mit hochrangigen Medienvertretern und anderen Meinungsmittlern, durch Lobbying und Networking nachweislich einen guten Multiplikatoreffekt in der Öffentlichkeitsarbeit bewirkt, positive Präsenz für das Land Liechtenstein erzielt und Liechtenstein einem neuen breiten Kreis von Multiplikatoren aus Politik und Wirtschaft näher gebracht.

Basis-Informationsmaterialien

Diese Tätigkeit wurde ergänzt durch zahlreiche Informationstexte und Liechtenstein-Beiträge (Artikel und Gastkommentare in Printmedien und Radio, Basisartikel, bilaterale Informationen, Pressemitteilungen, Reden, Statements, Sprachregelungen) in deutscher und englischer Sprache, die die positive Präsenz Liechtensteins in den internationalen Medien weiter erhöhen. Im Jahr 2005 wurden 1 000 Liechtenstein CD-ROMs und DVDs, 15 000 Liechtenstein-Booklets, 20 000 Basisartikel und 2 500 bilaterale Ländervergleiche ausgegeben. Die bilateralen Ländervergleiche erfreuen sich zunehmender Beliebtheit im In- und Ausland, sodass 2005 aus aktuellem Anlass jeweils neu Ländervergleiche Liechtenstein und Italien, Andorra, China, Singapur, Türkei und EU ausgearbeitet wurden.

Die Stabsstelle überarbeitete Informationstexte zu Liechtenstein in deutsch- und englischsprachigen Websites und beantwortete monatlich ca. 80 Anfragen zu Liechtenstein allgemein sowie zum Finanzplatz Liechtenstein, die nicht der vertieften fachlichen Antwort der zuständigen Stellen bedürfen.

Organisation von Informationsveranstaltungen

Im Berichtsjahr übernahm die Stabsstelle wieder die inhaltliche Vorbereitung von diversen Informationsveranstaltungen.

Dazu wurden Projekte und Veranstaltungen im In- und Ausland selbst durchgeführt oder andere für Präsentationen zum Anlass genommen: z.B. Vortrag von Botschafter Dr. Herbert Kraus, Informationstag für die in Liechtenstein akkreditierten Botschaften.

Beratung und Unterstützung der Regierung in informationspolitischen Angelegenheiten

Die Stabsstelle für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit hat für die Regierung und diverse Stellen ca. zehn Kommunikationskonzepte erarbeitet und umgesetzt. Sie hat die Regierung und die Mitarbeiter der Regierung in der Öffentlichkeitsarbeit beraten und sie in der Durchführung von Massnahmen unterstützt. Der Stabsstelle oblag weiters die Organisation, inhaltliche Vorbereitung und Betreuung von Interviews sowie die inhaltliche Vorbereitung von Medienkonferenzen und das Verfassen von Presseausendungen.

Stiftung Image Liechtenstein und Marke Liechtenstein

Die Stabsstelle arbeitet im Stiftungsrat der Stiftung Image Liechtenstein mit und leitet das einmal monatlich tagende Expertengremium, das die Entscheidungen des Stiftungsrates inhaltlich vorbereitet. Der Geschäftsleiter setzt die im Gesamtkommunikationskonzept definierten Massnahmen gemeinsam mit der Stabsstelle um.

Liechtenstein-Portal im Internet

Die Stabsstelle hat das Liechtenstein-Portal www.liechtenstein.li mit neuen Informationsinhalten wesentlich erweitert, eine Informationsdatenbank errichtet und durch die Einführung des Internet-Portals www.liechtenstein.li sowie sämtlicher Informationsmaterialien in französischer Sprache die Liechtenstein-Informationen einem weiteren Zielpublikum erschlossen. Die Stabsstelle ist für Inhalt und Aktualhaltung des Liechtenstein-Portals verantwortlich.

Auf- und Ausbau von Kommunikationsnetzwerken

Durch den verstärkten systematischen Einbezug sowohl der liechtensteinischen Aussenstellen als auch der in Liechtenstein akkreditierten Botschaften und Konsulate in die Informations- und Kommunikationslinien bei Schwerpunktthemen der Regierung konnte die proaktive Öffentlichkeitsarbeit erheblich erweitert und intensiviert werden.

Medienmässige Betreuung von Auslandsbesuchen

Im Berichtsjahr übernahm die Stabsstelle die Betreuung von Auslandsbesuchen und -auftritten des Regierungschefs in Österreich, Deutschland und den USA.

Mitwirkung in amtsstellenübergreifenden Arbeitsgruppen und Projekten

Die Stabsstelle arbeitet in zahlreichen Arbeitsgruppen mit, wie neues Erscheinungsbild für die liechtensteinische Landesverwaltung, Erweiterung Liechtenstein-Portal, Terrorismusbekämpfung, etc.

Stabsstelle Öffentliches Auftragswesen

Stabsstellenleiter: Dipl. Ing. HTL Wendelin Lampert

Die Stabsstelle öffentliches Auftragswesen berät und informiert zu Fragen im Bereich des öffentlichen Auftragswesens. Sie bildet die zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für sämtliche öffentliche Auftraggeber innerhalb der Landesverwaltung, die Gemeinden und für alle weiteren vom Gesetz erfassten Auftraggeber sowie die Auftragnehmer. Mit der Aufsicht über die öffentlichen Auftragsvergaben hat sie eine wichtige Kontrollfunktion. Die Schwerpunkte der Tätigkeiten der Stabsstelle lagen im Berichtsjahr bei der Erstellung der Stellungnahmen zu den anlässlich der ersten Lesung im Landtag aufgeworfenen Fragen betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen (ÖAWG) sowie betreffend die Schaffung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren (ÖAWSG), die Anpassung der Homepage www.saw.llv.li an die neuen gesetzlichen Bestimmungen, die Durchführung von Informationsveranstaltungen für sämtliche Auftraggeber und Auftragnehmer sowie die Erstellung von Formblättern, Berichte und Anträge an den Landtag und Entwürfe der Vernehmlassungsberichte für die neuen EU-Richtlinien. In der Auftragsstatistik wurden im Jahr 2004 gesamthaft Auftragsvergaben von CHF 95 Mio. erfasst. Der Vergleich zum Vorjahr zeigt einen Rückgang von 21 %.

Kernaufgabe der Stabsstelle bildet die Beratung und Information sämtlicher Auftragnehmer und Auftraggeber im Bereich des öffentlichen Auftragswesens. Zu den Aufgaben der Stabsstelle gehört weiters die Entwicklung von Strategien, Konzepten, Massnahmen und Instrumenten für eine optimale Umsetzung und Weiterentwicklung des Sachbereiches Öffentliches Auftragswesen. Überdies erstellt sie jährlich eine Statistik der öffentlichen Auftragsvergaben und wertet diese aus. Ausserdem zählt zum Tätigkeitsbereich der Stabsstelle die Mitarbeit bei der Definition von Richtlinien der Europäischen Union sowie die Erarbeitung von Vorschlägen für deren Umsetzung in das nationale Recht.

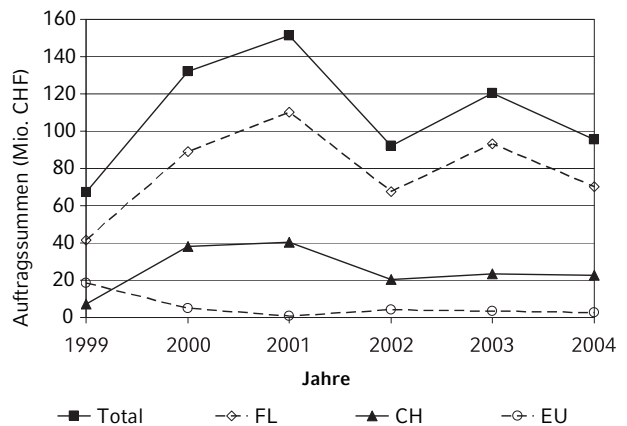
Die Stabsstelle nimmt auch die grenzübergreifende Koordination mit den Nachbarstaaten und Kantonen wahr und beobachtet die Weiterentwicklung des Auftragswesens in der Schweiz, in der WTO sowie im EWR. Die Mitarbeit in Arbeitsgruppen des Landes und insbesondere in grenzübergreifenden Arbeitsgruppen, wie beispielsweise im Forum «Beschaffungswesen» der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektorenkonferenz (BPUK) und in der Arbeitsgruppe «öffentliches Auftragswesen» der EFTA, erweist sich gerade im Hinblick auf die Dynamik des Auftragswesens und der öffentlichen Märkte als anspruchsvoll.

Der Stabsstelle oblag im Berichtsjahr insbesondere die Erstellung der Stellungnahmen zu den anlässlich der ersten Lesung im Landtag aufgeworfenen Fragen betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen und betreffend die Schaffung des Gesetzes über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit führte sie acht Informationsveranstaltungen durch, an welchen ca. 175 Auftragnehmer und 125 Auftraggeber teilnahmen. Schwerpunkt dieser Veranstaltungen bildete die Information zu dem am 1. Januar 2006 in Kraft tretenden Gesetz vom 21. September 2005 betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen, ÖAWG), LGBl. 2005 Nr. 218, sowie dem Gesetz vom 21. September 2005 über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren, ÖAWSG), LGBl. 2005 Nr. 220, und den dazu erlassenen Verordnungen (ÖAWV, LGBl. 2005 Nr. 222 und Nr. 263 sowie ÖAWSV, LGBl. 2005 Nr. 223). Im Weiteren wurden die Formblätter für die beiden neuen Richtlinien 2004/17/EG (Sektoren-Auftraggeber) und 2004/18/EG (Standard-Auftraggeber), die entsprechenden EU-Verordnungen und ein Entscheid für die EWR-Kommission des Landtags erstellt sowie die Berichte und Anträge für die Übernahme der Richtlinien und die beiden Entwürfe für die Vernehmlassungsberichte erarbeitet und fortlaufend angepasst. Ferner musste infolge der Wechselkursschwankungen des Euros zum Schweizerfranken die Kundmachung der Schwellenwerte vom 30. März 2004 nach dem Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWRA) sowie nach dem Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (WTO-Übereinkommen), LGBl. 2004 Nr. 91, angepasst werden. Bisher wurden sowohl die Allgemeinen Aufträge als auch die Aufträge im Bereich der Sektoren in dieser Kundmachung gemeinsam geregelt. Da es nunmehr zwei Gesetze gibt, nämlich das ÖAWG und das ÖAWSG, war es erforderlich, für beide Bereiche separat eine Kundmachung der Schwellenwerte zu erlassen, in concreto die Kundmachung der Schwellenwerte vom 20. Dezember 2005, LGBl. 2005 Nr. 264, und die Kundmachung der Schwellenwerte vom 20. Dezember 2005 im Bereich der Sektoren,

LGBl. 2005 Nr. 265. Überdies wurde die Homepage der Stabsstelle öffentliches Auftragswesen www.saw.llv.li umfassend an die neuen gesetzlichen Bestimmungen angepasst und der Onlineschalter- und Newsletterbereich ausgebaut.

Die Statistik über die öffentlichen Auftragsvergaben wurde termingerecht erfasst und an die zuständigen Stellen in Genf (WTO) und Brüssel (EFTA) weitergeleitet. Die gesamthaft erfassten Auftragssummen sind im Bezugsjahr 2004 um ca. 21 % zurückgegangen. Dabei wurden 73 % sämtlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge an liechtensteinische Auftragnehmer erteilt. Von den restlichen 27 % aller Aufträge wurden 14 % an Auftragnehmer aus der Schweiz und 13 % an Auftragnehmer aus der EU vergeben.

Vergleich Auftragssummen 1999 bis 2004



Stabsstelle Protokoll

Stabsstellenleiter: Wilfried Hoop

Gemäss Verordnung vom 21. April 2005 über die Geschäftsverteilung und den Ressortplan der Regierung wurde die Stabsstelle Protokoll neu dem Ressort Äusseres zugeteilt (bisher Ressort Präsidium).

Oberstes Ziel des Protokolls ist es, einen reibungslosen Ablauf zwischenstaatlicher Begegnungen zu garantieren. Zu den primären Aufgaben gehört es, den äusseren Rahmen, aber vor allem eine günstige Atmosphäre für den erfolgreichen Verlauf von politischen Gesprächen zu schaffen. Daher ist das Protokoll ein wichtiges politisches Instrument, insbesondere für die Aussenbeziehungen.

Das Protokoll befasst sich in erster Linie mit der Organisation und Durchführung von eingehenden Besuchen ausländischer Staatsoberhäupter, Regierungsmitglieder und weiterer hochrangiger Gäste.

Einen weiteren wichtigen Teilbereich des Aufgabengebiets stellt die Betreuung diplomatischer und konsularischer Vertretungen dar. Das Protokoll ist die erste Anlaufstelle

für rund 70 Botschaften und über 40 Konsulate. Es organisiert die Akkreditierung neuer Botschafter und die Exequaturerteilung (Zulassung) an Konsuln. Zu den wichtigsten Anlässen für das Diplomatische Korps gehören der Neujahrsempfang auf Schloss Vaduz sowie eine jährliche Informationsveranstaltung der Regierung zu aktuellen liechtensteinischen Themen.

Weitere Anlässe, in deren Organisation und Durchführung das Protokoll in unterschiedlichem Masse involviert ist, sind u.a. die Jungbürgerfeier, die Landtagseröffnung, der Staatsfeiertag, verschiedene Anlässe des Fürstenhauses (z.B. Geburtstage, Hochzeiten, Todesfälle) sowie Vereidigungen von Landtagsabgeordneten, Regierungsmitgliedern, Richtern, Gemeindevorstehern und Polizisten. Die wichtigsten Besuche und Anlässe des Berichtsjahres sind nachstehend aufgeführt.

Jährliche Anlässe

Neujahrsempfang auf Schloss Vaduz, Geburts- und Namens-tage I.I.D.D. Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie, Geburtstage S.D. Erbprinz Alois und I.K.H. Erbprinzessin Sophie, Landtagseröffnung, Staatsfeiertag, Jungbürgerfeier.

Im Jahr 2005 überreichten 15 Botschafter ihr Beglaubigungsschreiben an S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, an 3 Konsuln wurde das Exequatur übergeben.

Eingehende Besuche

Ebene Staatsoberhaupt / Regierung

29. Januar	Höflichkeitsbesuch Seiner Hoheit Scheich Salman bin Hamad Al Khalifa, Kronprinz des Königreichs Bahrain
2. Mai	Besuch S.E. Herrn Luc Frieden, Justiz-, Haushalts-, Schatz- und Verteidigungsminister des Grossherzogtums Luxemburg
11. Mai	Besuch S.E. des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit der Republik Österreich, Herrn Dr. Martin Bartenstein
23. Juni	Besuch S.E. des Vizekanzlers und Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie der Republik Österreich, Herrn Hubert Gorbach
30. Juni	Besuch I.E. der Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich, Frau Dr. Ursula Plassnik
11./12. Dez.	Besuch I.E. der Bundesministerin für Justiz der Republik Österreich, Frau Mag. Karin Gastinger

Vertreter Internationaler Organisationen

31. Aug./1.Sept.	Besuch der OSZE-Beauftragten zur Bekämpfung des Menschenhandels, Frau Dr. Helga Konrad
3./4. November	Besuch von Vertretern des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates

Weitere eingehende Besuche

20. Januar	Besuch von Herrn Landesrat Siegmund Stemer, Präsident des Landesschulrates von Vorarlberg
3. Februar	Besuch von Frau Regierungsrätin Heidi Hanselmann, Vorsteherin des Gesundheitsdepartementes des Kantons St. Gallen
25.-27. Febr.	Besuch einer Gruppe von U.S. Kongress-Mitgliedern in Liechtenstein
3./4. März	Treffen der «British Liechtenstein Parliamentary Group» in Liechtenstein
22. März	Höflichkeitsbesuch von Herrn Gerhard Mayer-Vorfelder, Kultur- und Finanzminister a.D. von Baden-Württemberg
6. April	Höflichkeitsbesuch von Herrn Dr. Walter Scheel, Altbundespräsident der Bundesrepublik Deutschland
6./7. April	Besuch des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages
27./28. April	Besuch der Stagiaires des schweizerischen diplomatischen Dienstes
3. Mai	Besuch von Frau Dr. Barbara Hendricks, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland (im Rahmen des 9. Liechtensteiner Europa-Symposiums)
13. -17. Juni	Besuch einer chinesischen Delegation anlässlich der Herausgabe von Gemeinschaftsbriefmarken China – Liechtenstein
23. August	Besuch der Regierung des Kantons Appenzell Ausserrhoden
21. September	Besuch des Vorstehers des Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartements des Kantons Graubünden, Herrn Claudio Lardi
1. Dezember	Höflichkeitsbesuch von Herrn Joschka Fischer, Bundesaussenminister a.D. der Bundesrepublik Deutschland, bei Regierungschef Otmar Hasler
2. Dezember	Höflichkeitsbesuch von Herrn Joschka Fischer, Bundesaussenminister a.D. der Bundesrepublik Deutschland, bei S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
23. Dezember	Höflichkeitsbesuch des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Herrn Günther H. Oettinger

Vereidigungen

14. April	Eröffnung und Vereidigung des Landtags durch S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein
21. April	Vereidigung der Regierung
13. Oktober	Vereidigung der Richter des Verwaltungsgerichtshofes
13. Dezember	Vereidigung der Richter des Obersten Gerichtshofes, des Obergerichts, des

Kriminalgerichts, des Schöffengerichts und des Jugendgerichts

22. November Offizieller Arbeitsbesuch S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein bei S.E. Bundespräsident Samuel Schmid in Bern

Konferenzen

- 9. Juni Informationsveranstaltung der Regierung für die in Liechtenstein akkreditierten Leiter diplomatischer Missionen
- 27./28. Juni EFTA-Ministertreffen in Liechtenstein (mit Parlamentariertreffen und Konsultativkomitee)
- 5. Oktober Treffen der Umweltminister Liechtensteins, Österreichs, Deutschlands und der Schweiz in Liechtenstein
- 27./28. Oktober «Liechtenstein Dialogue on the Future of Financial Markets»
Auf Ebene Staatsoberhaupt/Regierung nahmen teil:
I.E. die Präsidentin der Republik Lettland, Frau Vaira Vike-Freiberga
S.E. der Aussenminister der Republik Slowenien, Herr Dimitrij Rupel
S.E. Herr Bundesrat Christoph Blocher, Schweiz

Weitere Anlässe

- 21. Februar Verleihung des Liechtenstein-Preises 2004 für wissenschaftliche Forschung an der Leopold-Franzens Universität Innsbruck in Innsbruck
- 8. März Preisübergabe Chancengleichheit 2005
- 8. April Beisetzung Seiner Heiligkeit Papst Johannes Paul II., Teilnahme I.I.D.D. Fürst Hans-Adam II. und Fürstin Marie von und zu Liechtenstein
- 13. April Präsentation der Ergebnisse der Forschungsarbeiten der Unabhängigen Historikerkommission
- 15. April Beisetzung Seiner Hoheit des Souveränen Fürsten von Monaco, Rainier III., Teilnahme S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und I.D. Prinzessin Isabelle von und zu Liechtenstein
- 30. April Abendessen, gegeben von Regierungschef Otmar Hasler, anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Liechtensteinischen Roten Kreuzes
- 19. Mai Beisetzung von Herrn alt Regierungsrat Cyrill Büchel
- 12. August Abendessen, gegeben von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck anlässlich des Jubiläums «75 Jahre Postmuseum des Fürstentums Liechtenstein»
- 24. Oktober Teilnahme S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein am Treffen der Staatsoberhäupter der deutschsprachigen Nachbarländer in Salzburg
- 5. November Preisübergabe der Binding Stiftung

Staatsanwaltschaft

Leitender Staatsanwalt: Dr. Robert Wallner

Die Staatsanwaltschaft hat alle Offizialdelikte, die zu ihrer Kenntnis kommen, von Amts wegen zu verfolgen (§ 21 StPO) und in Rechtshilfeverfahren mitzuwirken sowie die Interessen des Landes zu wahren. Im Jahr 2004 sind insgesamt 2639 Straffälle angefallen, das sind um 150 weniger als im Vorjahr. Weiters sind 258 Rechtshilfeersuchen aus dem Ausland eingelangt.

Geschäftsausweis

Der Gesamtanfall von Straffällen gegen bekannte und unbekannte Täter ist im Jahr 2005 mit 2639 Fällen unverändert hoch und im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig um 150 Fälle zurück gegangen. Der Rückgang betrifft hauptsächlich die Straffälle wegen Übertretungen und Vergehen, die von 2079 im Vorjahr auf 1980 zurückgegangen sind. Bei den Verfahren wegen Verbrechen und Vergehen, die mit einer 6 Monate übersteigenden Freiheitsstrafe bedroht sind, also bei den schweren Straftaten, ist der Anfall von 443 auf 423, also nur um 20 Verfahren gefallen. Bei den Rechtshilfeersuchen ist nach einem Anstieg um 19 Fälle im Vorjahr ein exakt gleich hoher Rückgang um wiederum 19 Ersuchen im Berichtsjahr zu verzeichnen, sodass wieder der Stand des Jahres 2003 mit 258 Ersuchen erreicht ist.

2005 wurden 25 Anklageschriften, 104 Strafanträge und 1151 Bestrafungsanträge eingebracht. Staatsanwälte haben im Berichtsjahr an insgesamt 301 Verhandlungen und Tagsatzungen vor dem Landgericht und Obergericht teilgenommen. Auffallend ist der Anstieg der Haftfälle von 18 im Vorjahr auf 32 im Berichtsjahr, wobei darin 13 Ausschaffungshaft und 5 Auslieferungshaft enthalten sind.

Straffälle (Geschäfte) im Berichtsjahr neu angefallen	Anzahl	davon Haftfälle
ST	423	14
UT	236	13 Ausschaffungshaft 5 Auslieferungshaft
SU	1980	
Gesamt	2639	32

Straffälle St gegen bekannte Täter (Geschäfte)	Anzahl
(Vergehen mit Strafdrohung von 6 Monaten bis 3 Jahre Freiheitsstrafe und Verbrechen)	

1 aus dem Jahre 2004 unerledigt übernommen	259
2 im Berichtsjahr neu angefallen	423
3 Gesamtzahl der Straffälle	682
4 im Berichtsjahr von der StA erledigt	455
5 unerledigt geblieben am 31.12.2005	227

Straffälle UT gegen unbekannte Täter	Anzahl
(Vergehen mit Strafdrohung von 6 Monaten bis 3 Jahre Freiheitsstrafe und Verbrechen)	

1 aus dem Jahre 2004 unerledigt übernommen	35
2 im Berichtsjahr neu angefallen	236
3 Gesamtzahl der Straffälle	271
4 im Berichtsjahr von der StA erledigt	249
5 unerledigt geblieben am 31.12.2005	22

Straffälle Su gegen bekannte und unbekannte Täter	Anzahl
(Übertretungen und Vergehen mit Strafdrohung bis sechs Monate Freiheitsstrafe)	

1 aus dem Jahre 2004 unerledigt übernommen	109
2 im Berichtsjahr neu angefallen	1 980
3 Gesamtzahl der Straffälle	2 089
4 im Berichtsjahr von der StA erledigt	1 959
5 unerledigt geblieben am 31.12.2005	130

Anklageschriften	Anzahl	davon Haftfälle
Im Berichtsjahr neu eingebracht	25	4

Strafanträge	Anzahl	davon Haftfälle
Im Berichtsjahr neu eingebracht	104	2

Bestrafungsanträge (ST und SU)	Anzahl
(Übertretungen und Vergehen mit Strafdrohung bis zu 6 Monaten)	
Im Berichtsjahr neu eingebracht	1 151

Einstellungen (ST und SU)	Anzahl
§ 1 Abs. 2 StPO	9
§ 21 Abs. 2 StPO	31
§ 22 Abs. 2 StPO	1 022
§ 64 StPO	14
§ 42 StGB	87

Erledigungen anderer Art	Anzahl
§ 283 und 294 StPO (Abrechnungen)	494
Vereinigungen	52
Abtretungen	11

Rechtshilfeverfahren (RSt)	Anzahl
Anfall im Berichtsjahr	258

Rechtsmittel (von StA eingebracht)	Anzahl
Berufungen	6
Beschwerden	12
Revisionen	4
Revisionsbeschwerden	11
Einspruch gg. Strafverfügung	0

Justizverwaltungssachen (Jv)	Anzahl
Anfall im Berichtsjahr	178

Geschäftsfälle Nst	Anzahl
Anfall im Berichtsjahr	29

Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung	Anzahl
Im Berichtsjahr gestellt	32

Internationale Kontakte

Auch im Berichtsjahr wurden in mehreren komplexen Verfahren Arbeitsbesprechungen mit ausländischen Staatsanwälten zum Zwecke der Koordination der gegenseitigen Rechtshilfe und der jeweiligen Inlandsverfahren durchgeführt. In 32 Verfahren hat die Staatsanwaltschaft gemäss Art 74 RHG über das Ressort Justiz die Übernahme der Strafverfolgung durch ausländische Behörden erwirkt.

Der Leitende Staatsanwalt hat Liechtenstein am 11. UNO Kongress für Verbrechenverhütung und Strafrechtspflege vom 18. bis 25. April 2005 in Bangkok vertreten. Er nahm als Panellist an einem Workshop zum Thema «Methoden zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität einschliesslich Geldwäsche» teil und hielt im Plenum des Kongresses eine Rede, in der er unter anderem die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit bei der Verbrechen- und Terrorismusbekämpfung betonte. Vom 29. bis 31. Mai 2005 vertrat er Liechtenstein an der Konferenz der Europäischen Generalstaatsanwälte in Budapest und vom 28. August bis 01. September 2005 an der Jahrestagung der Internationalen Vereinigung der Staatsanwälte in Kopenhagen. Die Stellvertreterin des Leitenden Staatsanwaltes und je ein weiterer Staatsanwalt haben die am 18. und 19. Mai 2005 abgehaltene Konferenz der Schweizer Staatsanwälte in Neuchâtel und am 22. und 23. September 2005 die Konferenz der Ostschweizer Staatsanwälte in Konstanz besucht. Staatsanwalt Dr. Baur hat als liechtensteinischer Experte des Europarates in der Zeit vom 13. bis 19. November 2005 an der Evaluation von Malta durch das Select Committee Moneyval teilgenommen.

Der Leitende Staatsanwalt begleitete Regierungschef-Stellvertreter Dr. Klaus Tschüscher zu einem Arbeitsge-

spräch mit Bundesrat Christoph Blocher in der Schweiz. Weiters nahm er in Vaduz an Arbeitsgesprächen anlässlich der Besuche des luxemburgischen Justizministers Luc Frieden am 2. Mai 2005 und der österreichischen Justizministerin Mag. Karin Gastinger am 12.12.2005 teil.

Am 30.06.2005 besuchten die Bediensteten des Untersuchungsamtes in Altstätten die Liechtensteinische Staatsanwaltschaft zu einem Erfahrungsaustausch.

Zusammenarbeit mit inländischen Behörden

Im Berichtsjahr fanden regelmässige Koordinationssitzungen des Leitenden Staatsanwaltes mit dem Leiter der Kriminalpolizei, dem Leiter der Stabsstelle FIU, einem Vertreter der Untersuchungsrichter und dem Vorsitzenden der Geschäftsleitung der Finanzmarktaufsicht Stephan Ochsner statt.

Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitsgruppen der Regierung

Wie bereits in den vergangenen Jahren haben der Leitende Staatsanwalt, seine Stellvertreterin und andere Staatsanwälte in Arbeitsgruppen mitgearbeitet, wobei diese Tätigkeit neuerlich eine beträchtliche Arbeitsbelastung verursachte. Als Vorsitzender der Arbeitsgruppe zur Umsetzung der II. EU-Geldwäscherei-Richtlinie, der Palermo Konvention und der revidierten 40 Empfehlungen der FATF hat der Leitende Staatsanwalt an der Endredaktion des Vernehmlassungsberichtes mitgearbeitet und am 13.12.2005 an einer Informationsveranstaltung für die Verbände teilgenommen. Der Leitende Staatsanwalt hat darüber hinaus in den Arbeitsgruppen Koordinationsgruppe Terrorismus Finanzierung, Korruptionsbekämpfung, «Oil for Food», Schengen, Reform des Haftrechtes, und in der Vorbereitungsgruppe Finanzplatz Liechtenstein mitgearbeitet.

Die Stellvertreterin des Leitenden Staatsanwaltes ist weiterhin Mitglied der Arbeitsgruppe Gefangenenbetreuung und Strafvollzug, Staatsanwalt Mag. Thomas Patterer vertritt die Staatsanwaltschaft in der Arbeitsgruppe zur Überprüfung des Revisionsbedarfes des strafprozessualen Vorverfahrens, Staatsanwalt Dr. Frank Haun ist Mitglied der Gewaltschutzkommission, Staatsanwalt Dr. Dietmar Baur arbeitet in der Arbeitsgruppe Jugendschutz und in der Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Vertrages zwischen Liechtenstein und der Schweiz betreffend die gemeinsame Nutzung von polizeilichen Datenbanken mit. Staatsanwältin lic.iur. Brigitte Kaiser ist Mitglied der Drogenkommission.

Die Liechtensteinische Staatsanwaltschaft hat zuhanden der Regierung Stellungnahmen zur Cyber-Crime Convention (Schaffung eines Gesetzes über die elektronische Kommunikation [Kommunikationsgesetz; KomG] sowie die Abänderung weiterer Gesetze), zum Gesetz über die Vermögensverwaltung und zur Verordnung der Regierung über das Praktikum beim Landgericht und der Staatsanwaltschaft Stellungnahmen abgegeben.

KOMMISSIONEN

Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten

Präsident: lic.iur. Christian Ritter

Zuständigkeit

Die Beschwerdekommision wurde auf Grund des Beschwerdekommisionengesetzes vom 25. Oktober 2000, LGBL. 2000 Nr. 248, eingerichtet. Die Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten besteht aus fünf Mitgliedern, welche vom Landtag gewählt werden; der Präsident und der Vize-Präsident müssen rechtskundig sein. Mit Wirkung per 15.06.2005 wurde die Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten für die Mandatsperiode 2005 – 2009 wie folgt neu bestellt:

- lic.iur. Christian Ritter, Präsident
- lic.iur. Daniel Tschikof, Vize-Präsident
- Dipl.Ing.ETH Gerald Marxer;
- Dipl.Arch.ETH Christian Näff;
- Dipl.Arch.FH Dagobert Oehri;
- Eric Marxer (Ersatz);
- Dr. iur. Roger Quaderer (Ersatz).

Die Beschwerdekommision ist zuständig für Beschwerden gegen Verfügungen und Entscheidungen im Bereich:

- Bauwesen
- Strassenverkehr
- Telekommunikation und elektronische Signaturen
- Wohnungswesen
- Hochschulwesen

Beschwerdefälle 2005

Im Berichtszeitraum wurden 62 Fälle, davon 59 Beschwerden und 3 Vorstellungen, anhängig, welche sich auf nachfolgende Rechtsgebiete erstreckten:

- Bauwesen: 25
- Strassenverkehr: 29
- Telekommunikation und elektronische Signaturen: 0
- Wohnungswesen: 8
- Hochschulwesen: 0

Im Jahre 2005 wurden alle 15 hängigen Beschwerdefälle aus dem Jahre 2004 verhandelt und entschieden.

In der ersten Hälfte des Berichtsjahres sind 31 Fälle anhängig geworden; in der zweiten Hälfte ebenfalls 31.

Im Zeitpunkt der Neubestellung (15.06.2005) waren neben den restlichen Fällen aus dem Jahre 2004 von den bis zu diesem Zeitpunkt anhängigen 31 Fällen 20 Fälle von der «alten Besetzung» verhandelt und entschieden worden; die Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten in ihrer neuen Besetzung übernahm daher elf Pendenzen. Zusammen mit den in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres noch angefallenen 31 Fällen hatte die Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten in der neuen Besetzung 42 Fälle zu behandeln. Davon

wurden 28 im Berichtsjahr verhandelt und entschieden;
14 Pendenzen sind auf das nächste Jahr vorzutragen.

Behandlung der Beschwerdefälle

Die im Berichtsjahr anhängig gewordenen Fälle sind bei der Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten wie folgt behandelt worden.

Nummer	Gegenstand	Erledigung	Stand / Entscheid
VBK 2005/01	Führerausweisenzug	19.05.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/02	Baubewilligung	19.05.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/03	Führerausweisenzug	19.05.2005	Beschwerde verworfen
VBK 2005/04	Führerausweisenzug	19.05.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/05	Baubewilligung	27.10.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/06	Landesvermessung	14.06.2005	Beschwerde zurückgewiesen
VBK 2005/07	Baubewilligung	14.06.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/08	Baubewilligung	19.05.2005	Vorstellung nicht stattgegeben
VBK 2005/09	Baubewilligung	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/10	Mietbeihilfe	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/11	Mietbeihilfe	19.05.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/12	Mietbeihilfe	19.05.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/13	Kontrollschildenzug	23.05.2005	Beschwerde verworfen
VBK 2005/14	Mietbeihilfe	19.05.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/15	Mietbeihilfe	19.05.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/16	Führerausweisenzug	14.06.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/17	Mietbeihilfe	19.05.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/18	Führerausweisenzug	14.06.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/19	Führerausweisenzug	14.06.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/20	Mietbeihilfe	19.05.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/21	Baubewilligung	14.06.2005	auf Vorstellung nicht eingetreten
VBK 2005/22	Führerausweisenzug	14.06.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/23	Strassensignalisation	24.11.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/24	Strassensignalisation	24.11.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/25	Führerausweisenzug	24.08.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/26	Baubewilligung		Verfahren hängig
VBK 2005/27	Wohnbauförderung	25.08.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/28	Baubewilligung	24.11.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/29	Baubewilligung	29.09.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/30	Führerausweisenzug	25.08.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/31	Führerausweisenzug	29.09.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/32	Führerausweisenzug	29.09.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/33	Baubewilligung	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/34	Führerausweisenzug	29.09.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/35	Führerausweisenzug	29.09.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/36	Führerausweisenzug	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/37	Führerausweisenzug	29.09.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/38	Führerausweisenzug	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/39	Strassensignalisation	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/40	Führerausweisenzug	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/41	Baubewilligung	27.10.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/42	Bauvorschriften		Verfahren hängig
VBK 2005/43	Perimeterkosten		Verfahren hängig
VBK 2005/44	Perimeterkosten		Verfahren hängig
VBK 2005/45	Perimeterkosten		Verfahren hängig
VBK 2005/46	Perimeterkosten		Verfahren hängig
VBK 2005/47	Perimeterkosten		Verfahren hängig
VBK 2005/48	Verwaltungsstrafbot	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen

Nummer	Gegenstand	Erledigung	Stand / Entscheid
VBK 2005/49	Perimeterkosten		Verfahren hängig
VBK 2005/50	Führerausweisenzug	24.11.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/51	Führerausweisenzug	27.10.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/52	Perimeterkosten		Verfahren hängig
VBK 2005/53	Strassensignalisation	24.11.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/54	Baubewilligung	24.11.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/55	Führerausweisenzug	15.12.2005	Beschwerde abgewiesen
VBK 2005/56	Führerausweisenzug	27.10.2005	auf Vorstellung nicht eingetreten
VBK 2005/57	Baubewilligung	15.12.2005	Beschwerde stattgegeben
VBK 2005/58	Baubewilligung		Verfahren hängig
VBK 2005/59	Führerausweisenzug		Verfahren hängig
VBK 2005/60	Führerausweisenzug		Verfahren hängig
VBK 2005/61	Baubewilligung		Verfahren hängig
VBK 2005/62	Baubewilligung		Verfahren hängig

Personalkommission

Die Personalkommission, welche sich paritätisch aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern beiderlei Geschlechts zusammensetzt, schlichtet auf Antrag einer Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters bei allen Streitigkeiten, die im Zusammenhang mit der Zuordnung der Stelle, der Festlegung der Besoldung oder der Bewertung der Leistung stehen. In der Berichtsperiode wurde ein Schlichtungsantrag bei der Personalkommission anhängig gemacht. Gegenstand des noch nicht abgeschlossenen Schlichtungsverfahrens ist die Zuordnung einer Stelle.

Prüfungskommission für Rechtsanwälte

Vorsitzender: Dr. Hilmar Hoch

Die Prüfungskommission für Rechtsanwälte hat im Berichtsjahr zwei Prüfungssessionen (Frühjahr und Herbst 2005) abgehalten.

Frühjahrssession 2005

Für die im Frühjahr abgehaltene Rechtsanwaltsprüfung meldeten sich sieben Kandidaten an. Die schriftlichen Prüfungen wurden vom 14. bis 21.03.2005 und die mündlichen Prüfungen am 25. und 26.04.2005 abgehalten. Fünf Kandidaten haben die Prüfung bestanden.

Herbstsession 2005

Für die im Herbst abgehaltene Rechtsanwaltsprüfung meldeten sich zehn Kandidaten an. Die schriftlichen Prüfungen wurden vom 05. bis 12.09.2005 und die mündlichen Prüfungen am 17. und 18.10.2005 abgehalten. Acht Kandidaten haben die Prüfung bestanden.

Prüfungskommission für Treuhandler

Vorsitzender: Dr. Walter Kert

Die Kommission hat im Jahre 2005 insgesamt zwei Sitzungen abgehalten.

Die Treuhandlerprüfungen wurden in der Zeit vom 17. bis 24.10.2005 (schriftlich) und am 21.11.2005 (mündlich) abgehalten. Von den sieben angetretenen Kandidaten haben vier die Prüfung bestanden.

Prüfungskommission für Wirtschaftsprüfer

Vorsitzender: Bernhard Büchel, Mauren

Die schriftliche Prüfung fand am 26. Oktober 2005 und die mündliche Prüfung am 1. Dezember 2005 statt. Zur Prüfung wurden fünf Kandidaten zugelassen, davon haben vier Kandidaten die Prüfungen bestanden. Ein Kandidat erreichte bei den schriftlichen Prüfungen die erforderliche Punktezahl nicht und wurde somit zur mündlichen Prüfung nicht eingeladen. Alle Kandidaten sind in der Schweiz wohnhaft. Die Prüfung ist als Zusatzprüfung anzusehen, da von den Kandidaten ein ausländisches Diplom als Wirtschaftsprüfer oder ein gleichwertiger Ausbildungsnachweis als Zulassungsbedingung gefordert wird.

Prüfungskommission

Als Mitglieder der Prüfungskommission für die Mandatsperiode 2005 bis 2009 wurden die nachfolgenden

Personen von der Regierung bestellt: Bernhard Büchel, Mauren, als Vorsitzender; Arno Catrina, Haldenstein, und Martin Nigg, Landrichter, als Mitglieder. Ersatzmitglieder sind: Roger Frick, Triesen, Uwe Öhri, Landrichter, und Hans-Peter Urscheler, Laax.

Nebst den Sitzungen vor und nach den Prüfungen fanden am 30. August, 10. und 14. November 2005 Treffen statt. An den Sitzungen wurden die definitiven Termine, die Prüfgebiete und verschiedene organisatorische Abläufe festgelegt. Die Erstellung der Prüfungsaufgaben und die Korrektur der Prüfungen wurde unter den Mitgliedern aufgeteilt.

Prüfung

Die schriftliche Prüfung dauerte 5.75 Stunden und umfasste die Prüfungsfächer «Revision und Gesellschaftsrecht», «Gesellschafts- und Sachenrecht» oder «Steuerrecht und Abgabenrecht», je nach Wahlfach des Kandidaten. Die mündliche Prüfung dauerte ca. 50 Minuten und umfasste das Pflichtfach «Berufsrecht» und das jeweilige Wahlfach «Gesellschafts- und Sachenrecht» oder «Steuerrecht und Abgabenrecht» sowie diejenigen Gebiete aus der schriftlichen Prüfung, die der Kandidat nicht genügend beantworten konnte.

Die Prüfungsaufgaben konzentrierten sich auf liechtensteinische Begebenheiten, jedoch wurden ebenfalls Fragen in Bezug auf Revisionen geprüft.

Diplomübergabe

Die Diplome wurden am 20. Dezember 2005 an die erfolgreichen Kandidaten übergeben.

STIFTUNGEN

Pensionsversicherung für das Staatspersonal

Präsident: Peter Mella

Geschäftsführer: Engelbert Schädler

Aus dem Stiftungsrat

Der Stiftungsrat traf sich im Berichtsjahr zu 4 Sitzungen, in welchen insgesamt 22 Traktanden behandelt wurden. Schwerpunktartig befasste sich der Stiftungsrat mit folgenden Geschäften:

Jahresrechnung und Jahresbericht, Revisionsbericht für das Jahr 2004

Der Stiftungsrat genehmigte in der Sitzung vom 14. Juni 2005 die Jahresrechnung und den Jahresbericht für das Jahr 2004. Gleichzeitig nahm der Stiftungsrat den Revisionsbericht der Ostschweizerischen Treuhandgesellschaft zur Kenntnis.

Versicherungsmathematische Bilanz per 1.1.2005

Die versicherungsmathematische Bilanz per 1. Januar 2005 wurde vom Stiftungsrat in der Sitzung vom 14. Juni 2005 zur Kenntnis genommen.

Revision des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal

In verschiedenen Sitzungen befasste sich der Stiftungsrat mit der Frage einer Revision des Pensionsversicherungsgesetzes.

Das bestehende Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist in mancherlei Hinsicht nicht mehr zeitgemäss. Die Rahmenbedingungen in Fragen der Altersvorsorge und deren Finanzierung haben sich generell geändert. Neben Finanzierungsfragen muss auch der Leistungsteil aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung kritisch hinterfragt werden. Durch die Auslagerung staatsnaher Betriebe und den Schritt in die Privatisierung ergeben sich zusätzliche Fragestellungen und Probleme. Eine Revision drängt sich nach Auffassung des Stiftungsrats auf.

Zur Vorbereitung eines entsprechenden Projektes bestimmte der Stiftungsrat in der Sitzung vom 20. Januar 2005 eine Arbeitsgruppe. Diese hatte die Aufgabe, die grundsätzlichen Fragen, welche sich im Rahmen einer Revision stellen, zu klären und einen Projektauftrag zu Händen des Stiftungsrates und der Regierung zu formulieren. Der Stiftungsrat stimmte in seiner Sitzung vom 6. Juli 2005 den Grundzügen einer Neuausrichtung zu und leitete das Geschäft der Regierung weiter. Diese genehmigte in der Sitzung vom 20. September 2005 den von der vorbereitenden Arbeitsgruppe erarbeiteten Projektauftrag.

Statistisches

Bestand und Veränderung der aktiven Versicherten und der Pensionsbezüger:

Aktive Versicherte

	31.12.2003		31.12.2004		31.12.2005	
Männer	1 400	+3.2%	1 477	+5.5%	1 523	+3.1%
Frauen	1 090	+2.5%	1 301	+19.4%	1 358	+4.4%
Total	2 490	+2.9%	2 778	+11.6%	2 881	+3.7%

Pensionsbezüger

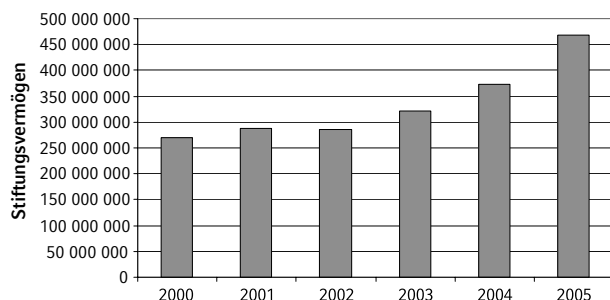
Pensionsart	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005
Alterspensionen			
Männer	166	179	198
Frauen	72	91	99
Invalidentpensionen			
Männer	39	45	42
Frauen	25	35	41
Witwen/Witwer	99	100	105
Waisen/Kinder	43	34	36
Totale	444	484	521

Vermögensentwicklung

Die bereits im Vorjahr festgestellte positive Vermögensentwicklung hat sich im Jahre 2005 erfreulicherweise fortgesetzt. Per Ende 2005 beträgt der Vermögensstand der Kasse inkl. Immobilien rund 460 Mio. Franken.

Die Gesamtrendite im Jahre 2005 beträgt unter Einbezug der Immobilien rund 11 Prozent.

Vermögensentwicklung von 2000 – 2005



RESSORTBERICHT

Ressortinhaber bzw. Ressortinhaberin:
Regierungsrat Dr. Ernst Walch bis 21. April 2005
Regierungsrätin Rita Kieber-Beck ab 21. April 2005

Das Ressort Äusseres unternahm wie im Vorjahr, zusammen mit der Verfolgung von und Federführung bei anderen Schwerpunkten, eine Reihe von Aktivitäten zur Wahrung der Interessen des Finanzplatzes und der ausserpolitischen Wirtschaftsinteressen und widmete der internationalen Terrorismusbekämpfung grosse Aufmerksamkeit. Zu diesem Zweck unternahm der Ressortinhaber und anschliessend die Ressortinhaberin mehrere Dienstreisen zu Besprechungen auf bilateraler Ebene und zur Wahrnehmung der liechtensteinischen Interessen in internationalen Organisationen. Neben den beiden Regierungsmitgliedern waren das Amt für Auswärtige Angelegenheiten und die diplomatischen Vertretungen Liechtensteins im Ausland stark mit der Umsetzung von Massnahmen in diesen Schwerpunkten befasst und leisteten anderen Ressorts und Amtsstellen regelmässige und intensive Unterstützung.

Liechtenstein hatte in der ersten Jahreshälfte 2005 den Vorsitz in der EFTA inne und in der zweiten Jahreshälfte den EWR-Vorsitz auf EFTA-Seite.

Im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses war für Liechtenstein insbesondere das Vorankommen im Hinblick auf die angestrebte Assoziierung an «Schengen» und «Dublin» wichtig.

Im Bereich der Menschenrechte, die weiterhin eine hohe Priorität in den ausserpolitischen Zielsetzungen der Regierung darstellen, erfolgte die aktive Mitarbeit in den internationalen Organisationen und im Rahmen relevanter Abkommen. Die Tätigkeiten im Rahmen der internationalen humanitären Zusammenarbeit (IHZ), welche sich aus der Flüchtlings- und Katastrophenhilfe, der Wiederaufbauhilfe, der Zusammenarbeit mit Osteuropa und der Entwicklungszusammenarbeit zusammensetzt, wurden im Berichtsjahr gemäss Zielsetzungen der Regierung weiter verstärkt. Der Vernehmlassungsbericht betreffend IHZ-Gesetz konnte verabschiedet werden. Die Frist zur Stellungnahme dauert bis März 2006.

Das Klageverfahren Liechtensteins gegen die Bundesrepublik Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag, welches das Ressort Äusseres federführend betreut hat, wurde am 10. Februar beendet. Weitere Schritte in dieser Angelegenheit sind in Überprüfung. Die Ansprüche Liechtensteins aufgrund der Beschlagnahme liechtensteinischen Vermögens in der früheren Tschechoslowakei bleiben weiter aufrecht.

Die Unabhängige Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg konnte nach rund vierjähriger Tätigkeit im April ihren Schlussbericht zu den Forschungsarbeiten über die Rolle Liechtensteins im Zweiten Weltkrieg vorlegen. Die Regierung hat in ihren Schlussfolgerungen unter anderem zahlreiche Massnahmen und Projekte zur wirkungsvollen Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus angekündigt. Diese

Massnahmen wurden bereits umgesetzt oder finden sich im Verfahren der Umsetzung.

Auch die Pflege der bilateralen Beziehungen zur Schweiz und zu Österreich sowie zu Deutschland und den USA wurde fortgesetzt und es fanden diverse Treffen auf hoher Ebene, aber auch zwischen Beamten und Experten, statt.

Die Pflege der bilateralen Beziehungen zu anderen Staaten kam durch Besuche im Ausland und aus dem Ausland zum Ausdruck. Per Ende 2005 sind 70 Staaten sowie der Souveräne Malteser Ritterorden mit nicht-residierenden Botschaftern bzw. Botschafterinnen in Liechtenstein vertreten. Es sind zudem 10 Berufskonsularbeamte und 25 Honorarkonsularbeamte in Liechtenstein bestellt.

Die Stabsstelle Protokoll, welche vorher dem Ressort Präsidium unterstellt war, wurde gemäss Verordnung vom 21. April über die Geschäftsverteilung und den Ressortplan der Regierung dem Ressort Äusseres zugeteilt.

Europäische Integration und wirtschaftliche Zusammenarbeit

Inkrafttreten des EWR-Erweiterungsabkommens

Das EWR-Erweiterungsabkommen, welches die Beteiligung der zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern) am Europäischen Wirtschaftsraum vorsieht, ist am 6. Dezember 2005 nach der Ratifikation aller Vertragsparteien in Kraft getreten. Das Abkommen wurde bereits seit dem 1. Mai 2004 provisorisch angewendet.

Schengen und Dublin

Im Hinblick auf die angestrebte Assoziierung Liechtensteins an «Schengen» (Grenzöffnung) und «Dublin» (Kooperation im Asylbereich) fanden verschiedene Treffen mit der Europäischen Kommission und den weiteren Kooperationspartnern, insbesondere auch mit der Schweiz statt. Die Regierung hat ein entsprechendes Verhandlungsmandat verabschiedet. Ziel ist eine parallele Assoziierung mit der Schweiz.

Abkommen über die Zinsertragsbesteuerung

Das im Dezember 2004 abgeschlossene Abkommen über die Zinsertragsbesteuerung mit der Europäischen Union (EU) ist am 1. Juli 2005 in Kraft getreten. Das Abkommen sieht einen Steuerrückbehalt für natürliche Personen in der EU vor und einen eng begrenzten Informationsaustausch bei Steuerbetrug. Liechtenstein hat sich diesbezüglich auch die Anwendung seiner Verfassungsgesetzgebung vorbehalten. Die Rahmenbedingungen des liechtensteinischen Finanzplatzes bleiben attraktiv, zumal das Bankgeheimnis durch das Abkommen erhalten und bestätigt wird. In einem gleichzeitig mit dem Abkommen unterzeichneten Memorandum verpflichteten sich die EU und ihre Mitgliedstaaten, diesen Schritt der Zusammenarbeit liechtensteinischerseits in der weiteren Kooperation zu berücksichtigen, insbesondere bei Steuerfragen.

Mitarbeit in internationalen Organisationen und Gremien

Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)

Der liechtensteinische EWR-Vorsitz im zweiten Halbjahr 2005 verlangte eine höhere Präsenz Liechtensteins bei verschiedenen Tagungen, Sitzungen und Informationsveranstaltungen, verlief jedoch ruhig. Dies war unter anderem auf den Regierungswechsel in Norwegen zurückzuführen. Zu erwähnen sind – neben dem Abschluss des Ratifikationsverfahrens bezüglich der EWR-Erweiterung – die Beitrittsgesuche von Rumänien und Bulgarien, welche im Sommer der liechtensteinischen Aussenministerin übergeben wurden.

Neben den Gesprächen zu Schengen und Dublin fanden Gespräche mit der Kommission betreffend den Einbezug Liechtensteins in das bilaterale Landwirtschaftsabkommen zwischen der EU und der Schweiz statt.

Nach längeren Verhandlungen gelang es im ersten Halbjahr, die Modalitäten der Teilnahme der EFTA-Staaten in mehreren EU-Agenturen zu vereinbaren. Solche Agenturen spielen eine immer grössere Rolle bei der Verwaltung des Binnenmarktes, vor allem in Sicherheits- und Konsumentenschutzfragen, wie z.B. eine Agentur zur Zulassung von Medikamenten, oder in den Bereichen des Lebensmittelschutzes, der Luftfahrtsicherheit, der Eisenbahnen.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

In der ersten Jahreshälfte fand am 27. Juni 2005 in Vaduz das EFTA-Ministertreffen unter liechtensteinischem Vorsitz statt. Erstmals wurde an einem offiziellen Ministertreffen eine offene, zweistündige Diskussion (ohne Protokoll) unter den Ministern im engsten Kreis anberaunt. Diskutiert wurde über die Zukunft und Prioritäten der EFTA-Drittlandbeziehungen. Diese Art der Diskussion soll auch in Zukunft vorgesehen werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der EFTA-Staaten waren die Drittlandbeziehungen. Am 15. Dezember 2005 konnten die EFTA-Staaten am Rande des WTO-Ministertreffens in Hongkong ein Freihandelsabkommen mit der Republik Korea unterzeichnen. Das Abkommen deckt alle wichtigen Bereiche der Handelsbeziehungen ab, einschliesslich des Handels mit Gütern und Dienstleistungen, des öffentlichen Beschaffungswesens, des Wettbewerbs und des geistigen Eigentums. Es enthält ferner Bestimmungen zur Streitbeilegung. Darüber hinaus haben die EFTA-Staaten und Korea bilaterale Abkommen über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen abgeschlossen. Korea ist gleichzeitig ein Investitionsabkommen mit Island, Liechtenstein und der Schweiz eingegangen. Es wird erwartet, dass das Abkommen namhafte Vorteile für die liechtensteinische Industrie bringen wird. Die EFTA verfügt somit über 15 Freihandelsabkommen mit Drittstaaten.

Das Freihandelsabkommen mit Tunesien trat am 1. Juni 2005 in Kraft. Mit Thailand fand im Oktober eine erste formelle Verhandlungsrunde statt. Zudem wurde

mit Indonesien die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für ein Freihandelsabkommen vereinbart, was im Jahr 2007 die Aufnahme von Freihandelsverhandlungen erlauben könnte.

Welthandelsorganisation (WTO)

Im Rahmen der WTO steht die neue Welthandelsliberalisierungsrunde, die im November 2001 in Doha/Katar lanciert wurde, zur Verabschiedung an. Inhalt der laufenden Welthandelsrunde ist die weitere Liberalisierung des Handels mit Industriegütern, Agrarprodukten und Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung des WTO-Regelwerks.

An der WTO-Ministerkonferenz Mitte Dezember 2005 in Hongkong, an welcher die Ressortinhaberin teilnahm, mussten die ursprünglichen Zielsetzungen zurückgenommen werden. Stolperstein waren im Vorfeld die Agrarverhandlungen gewesen. Es wurde beschlossen, die für die Schlussverhandlungen notwendigen Modalitäten bis Ende April 2006 zu verabschieden und am Abschluss der Verhandlungen Ende 2006 festzuhalten.

Europarat

Das wichtigste Ereignis des Europarates war das dritte Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs sowie der Aussenminister und Aussenministerinnen der 46 Mitgliedsstaaten des Europarates am 16. und 17. Mai in Warschau. Ziel des Gipfels unter polnischem Vorsitz war es, die Grundwerte des Europarates zu bestätigen und die künftigen Ziele und Prioritäten der Organisation im Rahmen eines neuen politischen Mandats festzulegen.

An der 115. Session des Ministerkomitees, welche vom 16.- 17. November 2005 unter portugiesischem Vorsitz in Strassburg stattfand und an welcher die Ressortinhaberin teilnahm, wurden die Folgemassnahmen gemäss der Beschlüsse des dritten Gipfeltreffens festgelegt: Verstärkte Mittel für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und den Menschenrechtskommissar, verstärkte Massnahmen zur Förderung der Demokratie, entschlossene Bekämpfung des Terrorismus und der Korruption, Massnahmen zugunsten eines humaneren Europas und eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Europarat, der EU, der OSZE und der UNO.

Der Bericht des Menschenrechtskommissars, Alvaro Gil Robles, über Liechtenstein wurde am 4. Mai im Ministerkomitee vorgestellt. Insgesamt wird die Menschenrechtssituation in Liechtenstein als sehr zufriedenstellend beurteilt. Als Verbesserungsmöglichkeiten wurden unter anderem die Stärkung der rechtlichen Stellung der in Liechtenstein lebenden Ausländer und Ausländerinnen sowie die Behandlung von Asylgesuchen und Aufenthaltsgenehmigungen erwähnt.

Der Dialog der Parlamentarischen Versammlung des Europarates mit der liechtensteinischen Landtagsdelegation dient dazu, sowohl die verfassungsrechtliche als auch die politische Praxis nach dem Inkrafttreten der Verfassungsänderungen in Liechtenstein zu überprüfen.

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Das Hauptereignis in der OSZE, welche im Berichtsjahr unter slowenischem Vorsitz stand, war der 13. Ministerrat, welcher im Dezember in Laibach stattfand. Die Aussenministerinnen und -minister der OSZE-Teilnehmerstaaten beschlossen, den Dialog über die Reformbemühungen im Jahr 2006 fortzuführen. Es wurden auch gemeinsame Massnahmen in der Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens verabschiedet sowie Beschlüsse im Bereich der menschlichen Dimension gefällt.

Wie in den Vorjahren nahm Liechtenstein das OSZE-Wirtschaftsforum vom 23. – 27. Mai in Prag dazu wahr, auf die ungelösten vermögensrechtlichen Fragen in Bezug auf die Tschechische Republik hinzuweisen.

Liechtenstein unterstützte mit freiwilligen Beiträgen verschiedene OSZE-Aktivitäten, darunter ein Programm zur Wahrung der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus und ein Projekt zur Vorbeugung des Frauenhandels in der Republik Moldau.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in New York

Höhepunkt der Aktivitäten der Vereinten Nationen war das Welt-Gipfeltreffen vom 14. - 16. September 2005 in New York, welches mit der Teilnahme von über 150 Staats- und Regierungschefs – darunter Regierungschef Otmar Hasler mithin der grösste Anlass in der Geschichte der UNO war. Neben Reformthemen standen Entwicklungsfragen im Mittelpunkt.

Die alljährliche Generaldebatte, an welcher die Ressortinhaberin teilnahm, fand im Anschluss an das Gipfeltreffen statt. Thematisch wurde dabei hauptsächlich auf die Schwerpunkte des Weltgipfels eingegangen. Anlässlich des Treffens der «Women Foreign Ministers», welches am Rande der UNO-Generalversammlung stattfand, wurde ein gemeinsamer Brief der Aussenministerinnen verfasst, in welchem betont wird, dass die neu zu schaffende Peacebuilding-Commission sich insbesondere auch den Anliegen von Frauen widmen und Frauen entsprechend in ihre Arbeit einbeziehen soll.

Die Ständige Vertretung Liechtensteins bei der UNO in New York setzte ihr aktives Engagement in diversen formellen und informellen UNO-Gremien fort. Im Rahmen der finanzplatzrelevanten Entwicklungen kooperierte Liechtenstein insbesondere mit der Kommission zur Untersuchung des Oil-for-Food-Programms und war gemeinsam mit der FIU für die Vorbereitung und Durchführung der Übergabe eines in Liechtenstein registrierten, dem vormaligen irakischen Regime zurechenbaren Business-Jets an die neue irakische Regierung verantwortlich.

Im Bereich Menschenrechte beteiligte sich Liechtenstein aktiv an den Verhandlungen zur geplanten Errichtung eines Menschenrechtsrates. Daneben engagierte sich Liechtenstein im Dritten Hauptausschuss der

Generalversammlung, wo es sich unter anderem für eine Bekräftigung des absoluten Folterverbots und die Anliegen des Sondervertreters des Generalsekretärs für Kinder in bewaffneten Konflikten einsetzte. Auch an den Verhandlungen zu einem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen nahm Liechtenstein aktiv teil und übernahm erneut Vermittleraufgaben.

Liechtenstein setzte sein Engagement zur Förderung und Weiterentwicklung des Völkerrechts fort. In diesem Bereich konnten die Verhandlungen unter liechtensteinischem Vorsitz über ein Zusatzprotokoll zum Übereinkommen über den Schutz des UNO-Personals zu Ende gebracht werden.

Die Vorbereitung des Welt-Gipfeltreffens im September 2005 in New York wurde für umfangreiche Verhandlungen zur Reform der Vereinten Nationen genützt. Liechtenstein beteiligte sich aktiv an dem Prozess, indem der Ständige Vertreter Liechtensteins bei den Vereinten Nationen in New York intensive Vermittlerdienste zur Frage der Reform und Erweiterung des Sicherheitsrates leistete.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in Genf

Bei den Vereinten Nationen in Genf stand die Teilnahme Liechtensteins an der UNO-Menschenrechtskommission vom 14. - 22. April 2005 sowie an verschiedenen Vertragsstaatentreffen im Mittelpunkt.

Organisation der Vereinten Nationen (UNO) in Wien

Im Rahmen der Arbeiten der Vereinten Nationen in Wien nahm Liechtenstein an den jährlich stattfindenden Konferenzen der Drogenkommission, der Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege sowie der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) teil. Im Juli 2005 wurde die Ständige Vertreterin Liechtensteins in Wien bei der Internationalen Atomenergiebehörde und bei der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests (CTBTO) akkreditiert.

Liechtenstein hat im Jahr 2005 beschlossen, einen Teil der beschlagnahmten Gelder aus einem Drogendelikt den Vereinten Nationen für einen Zeitraum von vier Jahren zukommen zu lassen. Konkret soll das Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) im Kampf gegen Geldwäsche, Terrorismus, Korruption und Drogenanbaukulturen in verschiedenen Ländern unterstützt werden.

Internationaler Gerichtshof

Klage beim Internationalen Gerichtshof (IGH)

Das Klageverfahren Liechtensteins gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) im so genannten Bilderfall ist beendet. Am 10. Februar entschied der IGH in Den Haag, dass das Gericht zur Beurteilung des Streits keine Zuständigkeit besitze. Der Gerichtshof hat zwar bestätigt, dass zwischen Liechtenstein und Deutschland ein Streit besteht, die Klage jedoch aus formellen Gründen – «ratione temporis» – abgewiesen und sich

zur Sache selbst nicht geäussert. Liechtenstein hatte vor dem IGH die Verletzung seiner Souveränität und Neutralität gerügt. Nach liechtensteinischer Auffassung behandelt Deutschland liechtensteinisches Vermögen auf dem Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei als deutsches Auslandsvermögen, das zur Begleichung deutscher Reparationsschulden herangezogen werden kann. Deutschland hat diese Argumentation zurückgewiesen und sich auf die mangelnde Zuständigkeit des Gerichts berufen. Weitere Schritte in dieser Angelegenheit sind in Überprüfung. Die Ansprüche Liechtensteins aufgrund der Beschlagnahme liechtensteinischen Vermögens in der früheren Tschechoslowakei bleiben weiter aufrecht.

Historikerkommission

Schlussbericht der Unabhängigen Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg / Schlussfolgerungen der Regierung

Die Unabhängige Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg hat nach rund vierjähriger Tätigkeit im April ihren Schlussbericht zu den Forschungsarbeiten über die Rolle Liechtensteins im Zweiten Weltkrieg vorgelegt. Die Regierung hat die Ergebnisse der Untersuchungen der Historikerkommission zur Kenntnis genommen und anschliessend ihre Schlussfolgerungen daraus gezogen. In ihren Schlussfolgerungen hat die Regierung unter anderem zahlreiche Massnahmen und Projekte zur wirkungsvollen Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus angekündigt. Die einzelnen Projekte, die bereits umgesetzt bzw. in die Wege geleitet sind, sollen vor allem einer fortgesetzten öffentlichen Bewusstseinsbildung dienen. Die Regierung hat die Ergebnisse der Untersuchungen mit grossem Respekt und im Geiste der gemeinsamen Verantwortung entgegengenommen, wie sie dies gegenüber dem gesamten Untersuchungsablauf und dem zugrunde liegenden Anliegen getan hat. Sie hat dem Landtag die verschiedenen Berichte zugeleitet, damit sich dieser als Volksvertretung mit den Ergebnissen der Untersuchungen befassen konnte. Am 18. Oktober des Berichtsjahres hat die Unabhängige Historikerkommission ihren Schlussbericht sowie die in ihrem Auftrag erarbeiteten sechs Einzelstudien in Buchform präsentiert.

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit (IHZ)

Mittelverwendung

Im Berichterstattungsjahr wurden für die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit Liechtensteins rund CHF 18.2 Millionen Franken ausgegeben. Die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit umfasst die «Flüchtlings- und Katastrophenhilfe», die «Wiederaufbauhilfe» und die «Entwicklungszusammenarbeit». Ebenfalls berücksichtigt sind finanzielle Leistungen mit humanitärer oder entwicklungspolitischer Zielsetzung im Rahmen der «Mitarbeit in internationalen Organisationen». Von allen

im Rahmen der IHZ geleisteten finanziellen Beiträgen können gemäss den Kriterien der OECD 17,4 Millionen Franken als Offizielle Entwicklungshilfe (ODA) des Staates Liechtenstein deklariert werden.

Flüchtlings- und Katastrophenhilfe (Nothilfe)

Neben dem traditionellen Engagement Liechtensteins für die Opfer von vergessenen Konflikten stand zu Beginn des Berichtsjahres die Sofort- und Wiederaufbauhilfe für die Opfer des Tsunami in Südostasien im Zentrum der liechtensteinischen Nothilfe. Insgesamt wurden 550 000 Franken für Nothilfeprojekte in der betroffenen Region zur Verfügung gestellt. Daneben hat die Regierung beschlossen, die Spendeneingänge beim liechtensteinischen Roten Kreuz und bei Caritas für die Tsunami-Opfer um 2 Mio. Franken zu erhöhen. Dieser Betrag wird über vier Jahre hinaus ausbezahlt.

In der zweiten Jahreshälfte 2005 wurden aufgrund der Hochwasser in der Schweiz, Österreich und den USA sowie des Erdbebens in Pakistan zwei Nachtragskredite in der Höhe von insgesamt 600 000 Franken beantragt. Davon sind 100 000 Franken für die vom Hurrikan Katrina betroffene Bevölkerung in den US-Bundesstaaten Louisiana und Mississippi vorgesehen. Ein Teil davon soll für den Besuch von betroffenen Kindern in Liechtenstein im Jahr 2006 aufgewendet werden. Je 50 000 Franken wurden in den Bündner Gemeinden Susch und Saas bzw. den Vorarlberger Gemeinden Frastanz und Nenzing für den Wiederaufbau aufgrund der Hochwasser zur Verfügung gestellt.

Wiederaufbauhilfe

Für die Wiederaufbauhilfe standen im Berichtsjahr 2 Mio. Franken zur Verfügung. Wie in den vergangenen Jahren konzentrierten sich die Projekte auf den Kosovo und Bosnien-Herzegowina. Hohen Stellenwert geniessen Projekte im Bildungsbereich. Unter anderem wurde die Renovation eines Schulhauses in der Gemeinde Prijedor in Bosnien und Herzegowina mit 679 000 Franken unterstützt. Weiter hat sich Liechtenstein an einem Projekt zur Modernisierung der Hochschulbildung in Bosnien und Herzegowina, welches Österreich anlässlich des 60-jährigen Jubiläums der Republik Österreich durchgeführt hat, mit 100 000 Franken beteiligt. Einen zusätzlichen Schwerpunkt bilden Projekte zum Schutz und zur Förderung von ethnischen Minderheiten.

Entwicklungszusammenarbeit

Die Entwicklungszusammenarbeit wird im bilateralen Bereich in erster Linie vom liechtensteinischen Entwicklungsdienst (LED) betreut. Das Amt für Wald, Natur und Landschaft bearbeitete bilaterale und multilaterale Entwicklungsprojekte im Bereich des Umweltschutzes. Das Amt für Auswärtige Angelegenheiten ist für die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit zuständig.

Für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit wurden der Stiftung «Liechtensteinischer Entwicklungsdienst» (LED) von der Regierung Mittel in der Höhe von

10 620 000 Franken für Projekte bewilligt, welche der LED gemäss dem von der Regierung genehmigten Leistungsauftrag in seinen Schwerpunktländern durchführte (siehe separate Berichterstattung unter «Stiftungen»). Seit dem Jahr 2005 sind alle Projekte in Osteuropa, welche früher unter dem separaten Titel «Osteuropahilfe» vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten verwaltet wurden, in die bilaterale Entwicklungsarbeit des LED integriert.

Dem Amt für Wald, Natur und Landschaft (AWNL) standen für Projekte im Bereich Umwelt und nachhaltige Entwicklung rund 288 000 Franken zur Verfügung, welche insbesondere für ein Energieprojekt in Zentralasien (Kirgistan, Tadschikistan, Kasachstan), nachhaltige Dorfentwicklung im Kaukasus und Naturschutzerziehung in Transkarpatien (Slowakei, Ukraine) verwendet wurden. Daneben entrichtete das AWNL reguläre Beiträge für die nachhaltige Entwicklung unter den internationalen Umweltübereinkommen, bei welchen Liechtenstein Vertragspartei ist.

Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten befindet sich noch im Aufbau und ist erstmals im Berichtsjahr mit einem Budget von 153 000 Franken ausgestattet worden, welches für Entwicklungsprojekte im Rahmen des Europarats, der OSZE und des Stabilitätspakts verwendet wurden. Zusätzlich zu den budgetierten Mitteln wurden rund 330 000 Franken für multilaterale Projekte im Bereich Drogen- und Verbrechensbekämpfung eingesetzt. Die Mittel stammen aus einem Drogendeliktfall und sind Teil eines Gesamtpaketes von insgesamt 2 Mio. US Dollar, welche über vier Jahre hinweg für humanitäre Zwecke eingesetzt werden. Der Landtag bewilligte im Juni 2005 den entsprechenden Verpflichtungs- und Nachtragskredit.

Beiträge in internationalen Organisationen

Im Rahmen seiner Mitarbeit in internationalen Organisationen leistete Liechtenstein reguläre und freiwillige Beiträge in der Höhe von rund 1,35 Mio. Franken an Programme oder Institutionen mit humanitärer und entwicklungspolitischer Ausrichtung. Als grösste Einzelbeiträge gingen 200 000 Franken an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und rund 100 000 Franken für die Übernahme der Transportkosten an das Hilfswerk Liechtenstein. Auch hier liegt die Sachbearbeitung in der Zuständigkeit des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten.

Umstrukturierung und Aussenpolitische Infrastruktur

Eingliederung der Stabsstelle Protokoll ins Ressort Äusseres

Gemäss Verordnung vom 21. April über die Geschäftsverteilung und den Ressortplan der Regierung wurde die Stabsstelle Protokoll, welche früher dem Ressort Präsidium angehörte, neu dem Ressort Äusseres zugeteilt.

Verstärkung der konsularischen Präsenz Liechtensteins im Ausland

Gemäss dem Grundsatzbeschluss der Regierung, die konsularische Präsenz Liechtensteins im Ausland zu verstärken, sind die Vorbereitungen so weit gediehen, dass 2006 voraussichtlich die ersten liechtensteinischen Konsularvertretungen auf der Ebene von Honorarkonsuln in den USA bzw. in Deutschland errichtet werden können.

Bilaterale Besuche und Gespräche in Liechtenstein

Im Rahmen des «World Economic Forum» von Davos besuchte am 29. Januar der Kronprinz des Königreichs Bahrein, Scheich Salman bin Hamad Al Khalifa, Liechtenstein. Der Kronprinz wurde von S.D. Erbprinz Alois von Liechtenstein auf Schloss Vaduz empfangen. Anschliessend stattete er Regierungschef Otmar Hasler und Regierungsrat Ernst Walch einen Höflichkeitsbesuch ab.

Eine Abordnung der neu gegründete britische Parlamentariergruppe, «All Party Group», besuchte vom 3. - 4. März erstmals Liechtenstein. Auf dem Programm standen ein Empfang auf Schloss Vaduz, ein Gedankenaustausch mit Regierungschef Otmar Hasler, Landtagspräsident Klaus Wanger und weiteren Landtagsmitgliedern, Gespräche mit der Staatsanwaltschaft und dem Bankenverband sowie ein Gedankenaustausch mit LIHK-Präsident Michael Hilti.

Vom 25. - 27. Februar fand der traditionelle Besuch einer Delegation von Mitgliedern des U.S.-Kongresses in Liechtenstein statt. Die Einladung erfolgte über die liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK). Die Mitglieder des U.S.-Kongresses trafen mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu einem Arbeitsfrühstück zusammen. Das weitere Programm umfasste eine «Policy Session» im Beisein von Regierungsrat Ernst Walch sowie gesellschaftliche Aktivitäten.

Am 6. April weilte der deutsche Alt-Bundespräsident Walter Scheel auf Einladung von Regierungsrat Ernst Walch in Vaduz. Bei diesem Höflichkeitsbesuch wurden die wirtschaftlichen und aussenpolitischen Beziehungen zwischen Liechtenstein und Deutschland besprochen.

Eine Delegation des Finanzausschusses des deutschen Bundestags besuchte vom 6. - 7. April Liechtenstein zu diversen Gesprächen. Regierungsrat Ernst Walch und Regierungschefstellvertreterin Rita Kieber-Beck luden zu einem Arbeitssessen mit Vertreterinnen und Vertretern der liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, der Treuhändervereinigung, des Bankenverbands, des Fondsverbands sowie des Versicherungsverbands ein.

Die obersten Rechnungskontrollbehörden der Schweiz, Ungarns und Liechtensteins trafen sich am 25. April zu einem Erfahrungsaustausch in Vaduz. Nach einem Höflichkeitsbesuch auf Schloss Vaduz stand ein Treffen mit Regierungschef Otmar Hasler auf dem Programm.

Am 27. und 28. April fand der traditionelle Besuch der Stagiaires des schweizerischen diplomatischen Dienstes statt. Das Besuchsprogramm beinhaltete einen Empfang auf Schloss Vaduz, Informationsgespräche und Vorträge

zu liechtensteinischen Themen, einen Besuch bei einem liechtensteinischen Industriebetrieb sowie einen Gedankenaustausch mit Regierungschef Otmar Hasler und der Ressortinhaberin über die Beziehungen Liechtensteins zur Schweiz und über die Schwerpunkte der liechtensteinischen Aussenpolitik.

Der luxemburgische Justiz-, Haushalts-, Schatz- und Verteidigungsminister Luc Frieden stattete der Ressortinhaberin am 28. April einen Höflichkeitsbesuch ab, nachdem er zu einem Arbeitsgespräch in Vaduz weilte.

Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland, Barbara Hendricks, hielt sich am 2. und 3. Mai anlässlich des 9. Liechtensteiner Europa-Symposium in Vaduz auf.

Auf Einladung der Regierung weilten am 9. Juni die in Liechtenstein akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter zu einer Informationsveranstaltung in Liechtenstein. Es wurden die Arbeitsschwerpunkte der neuen Regierung vorgestellt und ein Ausblick auf die damals gerade begonnene Legislaturperiode gegeben.

Am 27. Juni trafen sich die vier Mitgliedsstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz) unter dem Vorsitz der Ressortinhaberin zu ihrem halbjährlichen Ministertreffen in Vaduz.

Am 28. Juni weilten die Richter des EFTA-Gerichtshofs zu einem gegenseitigen Meinungsaustausch in Vaduz.

Die österreichische Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten, Ursula Plassnik, besuchte am 30. Juni die Ressortinhaberin zu einem Arbeitsgespräch in Vaduz. Bundesministerin Plassnik traf auch mit Regierungschef Otmar Hasler zusammen und wurde auf Schloss Vaduz empfangen.

Der 675. Lord Mayor of the City of London, Alderman Sir Gavyn Arthur, stattete der Ressortinhaberin am 16. August einen Höflichkeitsbesuch ab. Es wurden unter anderem die Beziehungen zwischen Grossbritannien und Liechtenstein sowie die beiden Finanzplätze London und Liechtenstein besprochen.

Die Regierung des Kantons Appenzell Ausserrhoden traf sich am 23. August mit der liechtensteinischen Regierung zu Gesprächen.

Am 1. September stattete Frau Helga Konrad, OSZE-Sonderbeauftragte zur Bekämpfung des Menschenhandels, Liechtenstein einen Besuch ab. Frau Konrad traf mit der Ressortinhaberin, Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher und Regierungsrat Martin Meyer zu Gesprächen zusammen. Weitere Gespräche führte die OSZE-Sonderbeauftragte mit verschiedenen Stellen der Landsverwaltung und mit Vertreterinnen und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen.

Anlässlich des 2. «Liechtenstein Dialogue on the Future of Financial Markets», welcher zum Thema «Dynamik globalisierter Finanzmärkte» vom 27. bis 28. Oktober in Vaduz stattfand, besuchten diverse Persönlichkeiten Liechtenstein. Neben der lettischen Präsidentin, Vaira Vike-Freiberga, und dem Aussenminister Sloweniens,

Dimitrij Rupel, nahm auch Bundesrat Christoph Blocher am Liechtenstein Dialogue teil. Am Rande der Veranstaltung fanden zusätzlich diverse Gespräche mit Regierungschef Otmar Hasler und der Ressortinhaberin sowie Besuche auf Schloss Vaduz statt.

Eine Delegation des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates besuchte am 3. und 4. November Liechtenstein. Es fanden Gespräche mit Regierungschef Otmar Hasler und Regierungsrat Martin Meyer statt. Ferner stattete die Delegation der Ressortinhaberin einen Höflichkeitsbesuch ab und besuchte die Gemeindeverwaltungen Vaduz, Gamprin und Schellenberg.

Bilaterale Besuche und Arbeitsgespräche im Ausland

Regierungsrat Ernst Walch sprach am 19. Januar als Gastredner vor den versammelten Botschafterinnen und Botschaftern der in Bern akkreditierten EU-Staaten. Auch die Vertreterinnen und Vertreter der Länder mit Kandidatenstatus nahmen an dem Anlass teil, welcher im Rahmen eines Mittagessens in der Residenz des luxemburgischen Botschafters stattfand. Regierungsrat Ernst Walch erläuterte in seinen Ausführungen die liechtensteinische Position zu aktuellen Entwicklungen auf internationaler Ebene.

Am 24. März führte Regierungsrat Ernst Walch anlässlich seines Arbeitsbesuchs in New York Gespräche zur UNO-Reform und zur Oil-for-Food-Untersuchung. Dabei traf er mit der stellvertretenden UNO-Generalsekretärin Louise Fréchette, Kabinettschef Mark Malloch-Brown und Paul Volcker, dem Leiter des unabhängigen Ausschusses zur Untersuchung der Vorfälle im Zusammenhang mit dem Oil-for-Food-Programm zusammen.

Regierungsrat Ernst Walch traf sich am 12. April mit seiner Schweizer Amtskollegin, Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, zu einem Abschiedsbesuch in Bern.

An der Amtseinführung von Papst Benedikt XVI. am 24. April in Rom nahm neben dem Fürstenhaus in Vertretung der liechtensteinischen Regierung die Ressortinhaberin teil.

Am 16. und 17. Mai fand in Warschau der dritte Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des Europarates statt. Liechtenstein wurde von Regierungschef Otmar Hasler und der Ressortinhaberin vertreten. Der Gipfel befasste sich mit den neuen Herausforderungen Europas und der künftigen Rolle des Europarates.

Am 6. Juni wurde die Ressortinhaberin von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des Departements für auswärtige Angelegenheiten, zu einem offiziellen Arbeitsbesuch im Von-Wattenwyl-Haus in Bern empfangen. Gesprächsthemen bei diesem ersten offiziellen Arbeitsbesuch der liechtensteinischen Aussenministerin in Bern waren unter anderem die Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Liechtenstein in der UNO und anderen internationalen Gremien sowie im Bereich der internationalen humanitären Hilfe.

Die Ressortinhaberin nahm am 14. Juni am 23. EWR-Ministerrat in Luxemburg teil. Im Zentrum der Diskus-

sionen standen die EWR-Erweiterung vom 1. Mai 2004, die laufende WTO-Welthandelsrunde sowie der Stand der Dinge betreffend EWR-Finanzmechanismus.

Am 5. Juli traf Regierungschef Otmar Hasler mit dem deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler anlässlich eines Empfangs der Landesregierung Baden-Württemberg auf Schloss Salem zu einem Gespräch zusammen.

Am 6. September besuchte die Regierung die Kantonsregierung Graubündens.

Regierungschef Otmar Hasler weilte am 15. September im Vorfeld des UNO-Gipfels zu einem Arbeitsbesuch in Washington, wo er mit hochrangigen Vertretern aus der amerikanischen Administration und dem amerikanischen Kongress zusammentraf. Nach einer Kranzniederlegung am Holocaust Memorial Museum hielt der Regierungschef einen Vortrag an der Georgetown Universität.

Am 16. September hielt Regierungschef Otmar Hasler eine Ansprache beim historischen UNO-Gipfeltreffen anlässlich des 60. Jahrestags der Vereinten Nationen, zwei Tage vor dem 15. Jubiläum der liechtensteinischen Mitgliedschaft in der UNO. Zu dem Treffen waren über 150 Staats- und Regierungschefs angereist. Es konnten mangels des notwendigen Konsenses aller Mitgliedsstaaten kein umfassendes UNO-Reformpaket und keine konkreten Massnahmen zur Förderung der Entwicklung und Armutsbekämpfung verabschiedet werden.

Die Ressortinhaberin nahm am 23. September an der UNO-Generalversammlung in New York teil, wo sie unter anderem Gespräche mit Amtskolleginnen und -kollegen aus Norwegen, Schweden, Andorra und San Marino sowie mit den höchsten Vertretern der Vereinten Nationen führte. Nach ihrem Aufenthalt in New York reiste die Ressortinhaberin zu Arbeitsbesuchen nach Chicago und Washington weiter. In Chicago galten die Diskussionen der kulturellen Zusammenarbeit, während in Washington ein «Liechtenstein-Abend» stattfand. Die Regierungsrätin hielt auf Einladung des European Institute einen Vortrag über die Finanzmarktaufsicht in Liechtenstein und referierte an der Georgetown University Business School über Terrorismusbekämpfung.

Der Besuch der Regierung bei der Kantonsregierung St.Gallens fand am 30. September statt.

Die liechtensteinische Regierung stattete am 31. Oktober der Tiroler Landesregierung in Innsbruck einen Freundschaftsbesuch ab. Bei dieser Gelegenheit überreichte Regierungschef Otmar Hasler dem Tiroler Landeshauptmann Herwig von Staa als Zeichen der Solidarität einen Scheck über CHF 30 000 zugunsten der Behebung der Hochwasserschäden vom August 2005.

Vom 16. - 17. November fand in Strassburg unter portugiesischem Vorsitz die 115. Session des Ministerkomitees des Europarates statt. Liechtenstein war durch die Ressortinhaberin vertreten.

Die liechtensteinische Aussenministerin leitete am 21. November in Brüssel den 24. EWR-Ministerrat auf EWR-Seite. Auf EU-Seite stand der Ministerrat unter

der Leitung des britischen Europaministers Douglas Alexander.

Am 28. November nahm die Ressortinhaberin an der Herbsttagung des EFTA-Ministerrats in Genf teil. Es wurden die erzielten Fortschritte im Drittlandbereich, insbesondere der Abschluss der Freihandelsverhandlungen mit Südkorea und mit der Südafrikanischen Freihandelszone SACU, begrüsst.

Am 29. November fand in Feldkirch ein Arbeitstreffen zwischen der Regierung und der Vorarlberger Regierung statt.

Die Inhaberin des Ressorts Äusseres vertrat Liechtenstein am 13. Treffen des OSZE-Ministerrats am 5. und 6. Dezember in Laibach, Slowenien. Themen des Ministertreffens waren unter anderem Sicherheitsfragen wie die Terrorismusbekämpfung, aber auch Migration und die Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung.

Vom 13. - 18. Dezember nahm die Ressortinhaberin an der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong teil. Am Rande der Ministerkonferenz unterzeichneten die EFTA-Staaten und die Republik Korea ein Freihandelsabkommen sowie ein Investitionsabkommen.

AMTSSTELLEN

Amt für Auswärtige Angelegenheiten

Amtsleiter: Botschafter lic. rer. pol. Roland Marxer

Zu den dem Amt für Auswärtige Angelegenheiten zugeteilten Aufgabenbereichen gehören insbesondere die Vorbereitung und Bearbeitung sämtlicher Regierungsgeschäfte in Bezug auf internationale Übereinkommen und Staatsverträge, bilaterale und multilaterale sowie europäische und internationale Zusammenarbeit, internationale Organisationen und Konferenzen sowie diplomatische und konsularische Beziehungen. Ein Arbeitsschwerpunkt liegt dabei in der Erstellung der entsprechenden Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag. Das Amt arbeitet in allen Bereichen eng mit den liechtensteinischen diplomatischen Vertretungen im Ausland zusammen und übernahm verschiedene und zahlreiche Koordinationsaufgaben in der Landesverwaltung bei den in der Zuständigkeit der diplomatischen Vertretungen liegenden Themen.

Im Berichtsjahr nahmen die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes neben den ihnen zugeteilten Aufgaben im Amt unter anderem auch die Stellvertretung des Ständigen Vertreters beim Europarat in Strassburg, des Ständigen Vertreters bei der UNO, WTO und EFTA in Genf sowie weitere Aufgaben gemäss ihrer Zuteilung im Bereich der Aussenstellen wahr. Die Hauptbereiche der Tätigkeit des Amtsvorstandes und der

diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes lagen in der bilateralen Zusammenarbeit mit der Schweiz, mit Österreich und mit der Bundesrepublik Deutschland sowie in der europäischen Zusammenarbeit [Europarat, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Europäische Freihandelsassoziation (EFTA), Europäischer Wirtschaftsraum (EWR), Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), Europäische Patentorganisation (EPO), Europäische Fernmeldesatellitenorganisation (EUTELSAT)] und der internationalen Zusammenarbeit [Vereinte Nationen (UNO), Welthandelsorganisation (WTO), Internationale Fernmeldesatellitenorganisation (INTELSAT), internationale humanitäre Zusammenarbeit]. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes waren auch in diesem Berichtsjahr wieder mit den Vorbereitungsarbeiten zur Unterzeichnung und Ratifikation diverser Übereinkommen befasst und massgeblich für die Berichterstattung im Rahmen der internationalen Übereinkommen verantwortlich.

Im bilateralen Bereich ist insbesondere der politische Dialog mit den beiden Nachbarländern zu erwähnen. So fand der politische Dialog mit Österreich am 13. Oktober in Wien zum siebten Mal seit seiner Einführung im Jahr 1999 statt. Der politische Dialog mit der Schweiz, welcher 2004 seinen Anfang nahm, wurde am 11. März zum zweiten Mal in Bern abgehalten. Das Instrument des politischen Dialogs dient dem Gedankenaustausch zwischen den Vertretern des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten und den Vertretern des österreichischen Aussenministeriums einerseits und den Vertretern des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten andererseits. Des Weiteren wurden im bilateralen Bereich in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Protokoll zahlreiche Besuche im In- und Ausland vorbereitet und betreut sowie verschiedenste Anlässe organisiert und mitverfolgt. Es wurden wie in den vergangenen Jahren diverse Akkreditierungs- und Beglaubigungsverfahren für diplomatische und konsularische Vertreter durchgeführt. Das Amt bearbeitete zahlreiche Fragen aus dem In- und Ausland betreffend allgemeine Themen zu Liechtenstein sowie spezielle Themen zur liechtensteinischen Aussenpolitik und war in der Vermittlung von Kontakten zu Behörden und Vertretern der Privatwirtschaft aktiv. Der Amtsvorstand sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hielten eine Reihe von Vorträgen zu Themen im Rahmen der liechtensteinischen Aussenpolitik.

Auch in diesem Berichtsjahr war das Amt an den Verhandlungen und am Abschluss verschiedener bilateraler Abkommen beteiligt. Das innerstaatliche Zustimmungsverfahren und die Verabschiedung der notwendigen Umsetzungsgesetzgebung zum Vertrag zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die Zusammenarbeit im Rahmen der schweizerischen Informationssysteme für Fingerabdrücke und DNA-Profile vom 15. Dezember 2004 konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Das Abkommen zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen

oder schweren Unglücksfällen (Katastrophenhilfeabkommen) konnte am 2. November in Bern unterzeichnet werden. Österreich, die Schweiz und Liechtenstein vereinbarten in einem trilateralen Regierungsabkommen, das am 29. September von den Innenministern in Bregenz unterzeichnet wurde, den gegenseitigen Datenaustausch in Asylangelegenheiten.

Im Rahmen der Unterzeichnung und Ratifizierung verschiedener internationaler Übereinkommen leistete das Amt die entsprechenden Vorarbeiten. So konnten im Berichtsjahr im Menschenrechtsbereich das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten und das 14. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), welches darauf abzielt, die mittel- und langfristige Wirksamkeit des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte sicherzustellen, ratifiziert werden. Unterzeichnet werden konnte das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe. Ebenso konnte auch im Bereich der Terrorismusbekämpfung das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen unterzeichnet werden.

Das Amt war auch in diesem Berichtsjahr wieder mit der Erarbeitung verschiedener Berichte und der Vorbereitung ihrer Vorstellung bei den Gremien der Vereinten Nationen im Rahmen der Berichterstattungspflicht unter den internationalen Übereinkommen befasst. So konnte der zweite und dritte Länderbericht unter Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung vom 21. Dezember 1965 verfasst und eingereicht werden. Der zweite und dritte Länderbericht umfasst eine Aktualisierung des ersten Länderberichts sowie den Bericht über die Umsetzung der in den Schlussbemerkungen zum ersten Bericht aufgeführten Empfehlungen. Die Vorbereitungsarbeiten zur Vorstellung des zweiten Berichts Liechtensteins zum UNO-Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989 beschäftigte das Amt in der zweiten Hälfte des Berichtsjahrs. Zudem waren diverse Fragebogen auf den verschiedensten Gebieten des internationalen Bereichs zu beantworten. Zu erwähnen ist die Beantwortung eines Fragebogens des Europarates betreffend Kinder mit Behinderungen sowie die Beantwortung eines Fragebogens des UNO-Generalsekretärs zum Thema «Gewalt gegen Kinder».

Das im Dezember 2004 abgeschlossene Abkommen über die Zinsertragsbesteuerung mit der Europäischen Union (EU) ist seit dem 1. Juli 2005 in Kraft. Das EWR-Erweiterungsabkommen, welches die Beteiligung der zehn neuen EU-Mitgliedstaaten (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern) am Europäischen Wirtschaftsraum vorsieht, ist am 6. Dezember 2005 nach der Ratifikation aller Vertragsparteien in Kraft getreten. Es wurde bereits seit dem 1. Mai 2004 provisorisch angewendet.

Im Hinblick auf die angestrebte Assoziierung Liechtensteins an «Schengen» und «Dublin» fanden im Berichtsjahr verschiedene Treffen mit der Europäischen Kommission und den weiteren Kooperationspartnern, insbesondere auch mit der Schweiz statt. Nachdem die schweizerischen Stimmberechtigten die Assoziierungsverträge im Juni gutgeheissen haben, rechnet Liechtenstein mit einem baldigen Verhandlungsbeginn. Die Regierung hat ein entsprechendes Verhandlungsmandat verabschiedet. Ziel ist eine parallele Assoziierung mit der Schweiz. Das Amt war in der internen Expertengruppe bzw. Verhandlungsdelegation vertreten und hat im Berichtsjahr diverse Vorbereitungsarbeiten geleistet, insbesondere zum Thema Rechtshilfe.

Der Amtsvorstand und die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes waren im Berichtsjahr wiederum in zahlreichen Experten-, Koordinations- und Arbeitsgruppen auf bilateraler Ebene sowie auch innerhalb der Landesverwaltung vertreten. Der Amtsvorstand war weiterhin Mitglied in einer Reihe von Arbeitsgruppen innerhalb der Landesverwaltung, die sich der Finanzplatzthematik widmen. Zudem arbeitete er aktiv in der Stiftung Image Liechtenstein, im ausserpolitischen Expertenrat der Regierung, in der Kommission für Chancengleichheit, in der Arbeitsgruppe zur Revision des Verwaltungsorganisationsgesetzes sowie im TQM-Lenkungsausschuss mit. Das Amt hatte weiterhin den Vorsitz in der Arbeitsgruppe «Korruptionsbekämpfung», in der Arbeitsgruppe zur Neuregelung des Sanktionenvollzugs und Revision des Wirtschaftsmassnahmengesetzes, in der Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (AG R) (die frühere Arbeitsgruppe für einen nationalen Aktionsplan gegen Rassismus) auf bilateraler Ebene in der Expertengruppe betreffend ergänzende Schutzzertifikate und Änderung des Zulassungsmechanismus für Arznei- und Pflanzenschutzmittel sowie in der Expertengruppe betreffend die Vereinbarung mit der Schweiz zur Regelung der Beteiligung Liechtensteins an Markt- und Preisunterstützungsmassnahmen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik. Ferner arbeiteten die diplomatischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes unter anderem auch aktiv in der Ständigen Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung, in der Arbeitsgruppe zur Reorganisation der internationalen humanitären Zusammenarbeit sowie in der Arbeitsgruppe zur Umsetzung des Strahlenschutzrechts mit.

Das Klageverfahren Liechtensteins gegen Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) im so genannten Bilderfall, welches das Amt wie in den Vorjahren auch zu Beginn des Berichtsjahres mit betreute, ist abgeschlossen.

Das Amt war auch federführend an der Anpassung des Vertragsverhältnisses mit der Schweiz betreffend Ergänzende Schutzzertifikate für Arzneimittel beteiligt. Aufgrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs

(EuGH) zu den so genannten Ergänzenden Schutzzertifikaten für Arzneimittel (SPC) vom 21. April haben Liechtenstein und die Schweiz ihr bilaterales Vertragsverhältnis im Hinblick auf die in Liechtenstein anwendbare schweizerische Heilmittelgesetzgebung angepasst. Der EuGH ist in seinem Urteil nicht der liechtensteinischen und schweizerischen Auffassung gefolgt. Die über einen Notenaustausch vom 22. April vereinbarte Regelung sieht vor, dass schweizerische Zulassungen für Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen in Liechtenstein nicht mehr sofort, sondern in der Regel erst nach 12 Monaten anerkannt werden. Die Regelung gilt seit dem 1. Juni und ist so ausgestaltet, dass die Versorgungssicherheit der liechtensteinischen Patientinnen und Patienten weiterhin gewährleistet ist. Da im Bereich der Pflanzenschutzmittel dieselbe Ausgangslage bestand, wurde in diesem Bereich eine analoge Regelung getroffen.

Das Amt befasste sich auch in diesem Berichtsjahr wieder mit Fragen in Zusammenhang mit der Einbindung Liechtensteins in die Landwirtschaftspolitik der Schweiz und in deren Agrarabkommen mit der EU, welches im Rahmen der Bilateralen I abgeschlossen worden war.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete der Abschluss der Vorarbeiten betreffend ein neues Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung internationaler Sanktionen unter Berücksichtigung von rechtlichen Anpassungen und der Neugestaltung der Vollzugskompetenzen.

Ein wichtiger Tätigkeitsbereich war auch in diesem Berichtsjahr die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit (IHZ). Neben dem umfangreichen Tagesgeschäft betreffend die IHZ arbeitete das Amt einen Vernehmlassungsbericht zu einer Gesetzesvorlage betreffend die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit Liechtensteins (IHZ-Gesetz) aus. Dieser wurde von der Regierung zur Kenntnis genommen und an interessierte Kreise in die Vernehmlassung gegeben. Die Vorlage sieht vor, dass dem Amt die Gesamtkoordination in der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit obliegt. Weiterhin sieht die Vorlage vor, dass sich das liechtensteinische Engagement auf die drei Bereiche Nothilfe, Wiederaufbauhilfe und Entwicklungszusammenarbeit konzentriert. Die Nothilfe dient der Hilfe und Unterstützung nach Katastrophen und in der Folge von bewaffneten Konflikten, während die Wiederaufbauhilfe auf den Wiederaufbau der Infrastruktur sowie der gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen ausgerichtet ist. Die Entwicklungszusammenarbeit will über die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung die Armut in den Entwicklungs- und den so genannten Transitionsländern nachhaltig beseitigen, den Lebensstandard der Bevölkerung heben sowie die rechtsstaatlichen und demokratischen Strukturen in diesen Staaten verbessern. Das Amt erarbeitete zu Handen der Regierung die Grundlagen für einen Beschluss hinsichtlich der Position Liechtensteins zur Erreichung von 0.7% Entwicklungshilfe, bezogen auf das BNE, und betreffend die Frage, in welchen zeitlichen Schritten dies zu geschehen hätte.

Das Amt war an der Vorbereitung und Durchführung verschiedener Besuche beteiligt, so am Besuch des Menschenrechtskommissars des Europarates, Herrn Gil Robles, am 4. Mai, am Besuch von Frau Helga Konrad, OSZE-Sonderbeauftragte zur Bekämpfung des Menschenhandels, am 1. September, sowie am Besuch einer Delegation des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, welcher vom 3. bis 4. November stattfand. Des Weiteren nahmen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Auftrag der Regierung an diversen Konferenzen und internationalen Treffen im Ausland teil.

Im Rahmen des Grundsatzbeschlusses der Regierung, liechtensteinische Honorarkonsularvertretungen im Ausland, mit vorläufigem Schwerpunkt USA und Deutschland, zu errichten, erstellte das Amt weitere Grundlagen. Zudem traf es im Februar die Abklärungen mit der Schweiz. Das bisherige Modell der Vertretung Liechtensteins im diplomatischen und konsularischen Bereich durch die Schweiz soll grundsätzlich unangetastet bleiben.

Nachdem gemäss Verordnung vom 21. April über die Geschäftsverteilung und den Ressortplan der Regierung die Stabsstelle Protokoll neu dem Ressort Äusseres zugeteilt wurde, war das Amt für Auswärtige Angelegenheiten im Berichtsjahr federführend mit den Vorarbeiten zur Eingliederung des Protokolls ins Amt beschäftigt.

Die Sachbearbeitung betreffend die beiden so genannten Secondments, mit welchen die Regierung seit Mai einerseits eine Person als Junior Professional Officer (JPO) im Verbindungsbüro des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) in Genf und andererseits eine Person beim Stabilitätspakt für Südosteuropa in Brüssel unterstützt, wurde vom Amt übernommen.

Aufgrund des Regierungsbeschlusses zur Fortsetzung des TQM-Prozesses im Berichtsjahr hat das Amt das vereinfachte Verfahren der Selbstbewertung nach dem EFQM-Modell durchgeführt.

Konferenzen und Tagungen

EUTELSAT

33. (ordentliches) Treffen der Vertragsparteien: 6.-8.4. in Paris

Liechtenstein nahm am 33.(ordentlichen) Treffen der Vertragsparteien mit einer eigenen Delegation teil.

Europäische Konferenz der Post- und Fernmeldeverwaltungen (CEPT) und deren Organisationseinheiten (ECRTA, ERO, ERC, ECC, CERP)

Vollversammlung der CEPT: 21. - 22.4. in Bukarest, 14. - 15.9. in Mamaia, Rumänien

Liechtenstein nahm an den CEPT-Vollversammlungen mit einer eigenen Delegation teil.

Technische Treffen

An den diversen Treffen im Rahmen von ERO, ERC, ECTRA und ECC war Liechtenstein durch das Amt für Kommunikation oder aufgrund entsprechender Vollmachten durch die Schweiz vertreten.

Vereinigung Europäischer Öffentlicher Postbetreiber (PostEurop)

Vollversammlung der PostEurop: 29.-30.9. in Vilamoura, Portugal

Liechtenstein nahm mit einer eigenen Delegation an der Vollversammlung teil.

Tagung Projekt «Briefmarken & Philatelie»: 1.12. in Malta
Liechtenstein nahm mit einer eigenen Delegation an der Tagung teil.

Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE)

14. Jahrestagung des Gouverneursrats: 22.-23.5. in Belgrad

(Alt-Regierungsrat Hansjörg Frick, Botschafter Roland Marxer)

Europarat

3. Gipfeltreffen des Europarats: 16.-17.5. in Warschau

(Regierungschef Otmar Hasler, Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Botschafter Roland Marxer, Botschafter Daniel Ospelt, Kerstin Appel, Andrea Hoch)

115. (ausserordentliche) Session des Ministerkomitees: 17.11. in Strassburg

(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Botschafter Roland Marxer, Botschafter Daniel Ospelt)

EFTA

15. EFTA-Ministerrat: 27.6. in Vaduz

(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Botschafter Norbert Frick, S.D. Botschafter Prinz Stefan von Liechtenstein, Amtsleiter Roland Marxer, Botschafter Hubert Büchel, Hans-Peter Walch, Andrea Entner-Koch, Doris Frick, Katja Gey, Esther Schindler, Kerstin Appel, Andrea Hoch)

16. EFTA-Ministerrat: 29.11. in Genf

(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Botschafter Norbert Frick, Doris Frick, Isabel Frommelt)

EWR

EWR-Ministerrat: 14.6. in Luxemburg

(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Georges Baur, Kerstin Appel)

EWR-Ministerrat: 21.11. in Brüssel

(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Georges Baur, Christine Lingg)

ECOFIN-Tagung: 8.11. in Brüssel

(Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschütscher, S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Botschafter Hubert Büchel)

WTO

Ministertreffen: 13.-18.12. in Hongkong

(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Botschafter Norbert Frick)

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

OSZE-Ministerrat : 5.-6.12. in Ljubljana, Slowenien

(Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Günter Frommelt, Kerstin Appel)

- 13. OSZE-Wirtschaftsforum: 23.-27.5. in Prag (Günter Frommelt)
- OSZE-Konferenz über Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz: 8.-9.6. in Cordoba (Regierungssekretär Norbert Hemmerle, Jules Hoch)
- OSZE-Konsultationen auf hoher Ebene: 12.-13.9. in Wien (I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Botschafter Roland Marxer, Günter Frommelt, Esther Schindler)

UNO/Verschiedenes

- 60. Jahressession der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE): 22.-25.2. in Genf (Botschafter Norbert Frick)
- Vertragsstaatentreffen CRC (UNO-Übereinkommen über die Rechte des Kindes): 23.2. in New York (Botschafter Christian Wenaweser, Andrea Hoch)
- Menschenrechtskommission in Genf: 14.3.-22.4. (Botschafter Norbert Frick, Botschafter Christian Wenaweser, Patrick Ritter, Andrea Hoch)
- 1. Konferenz der Vertragsparteien zum Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe: 2.-6.5. in Punta del Este/Uruguay (Vertretung durch die Schweiz)
- Überprüfungskonferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NPT): 2.-27.5. in New York (Botschafter Christian Wenaweser, Patrick Ritter, Stefan Barriga)
- High-Level-Meeting zur Überprüfung der Umsetzung der Verpflichtungserklärung zu HIV/AIDS von 2001: 2.6. in New York (Botschafter Christian Wenaweser)
- High-Level-Meeting zum Thema Entwicklungsfinanzierung: 27.-28.6. in New York (Botschafter Christian Wenaweser)
- High-Level-Segment des UNO-Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC): 29.6.-1.7. in New York (Botschafter Christian Wenaweser)
- Diplomatische Konferenz zur Revision des Übereinkommens über den physischen Schutz von Kernmaterial: 4.-8.7. in Wien (I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Günter Frommelt)

- 2. zweijährliches Treffen zur Umsetzung des Aktionsplanes gegen den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen: 11.-15.7. in New York (Teilnahme durch die Ständige Vertretung New York)
- Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen: 15.-17.9. in New York (Regierungschef Otmar Hasler, Botschafter Roland Marxer, Gerlinde Manz-Christ, Martin Frick)
- Konferenz zum Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT): 21.-23.9. in New York (Botschafter Christian Wenaweser, Patrick Ritter)
- Generaldebatte der 60. Session der UNO-Generalversammlung: 23.9. in New York (Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Botschafter Roland Marxer, Kerstin Appel)
- 49. Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO): 26.-30.9. in Wien (I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Franz Hoop, Ständiger Delegierter der Regierung für Fragen der Atomenergie, mit Unterstützung durch die Schweizer Delegation)
- 2. Konferenz der Vertragsparteien des Rotterdamer Übereinkommens über den Import und Export von Chemikalien: 27.-30.9. in Rom (Vertretung durch die Schweiz)
- Vierertreffen der Umweltminister: 5.10. in Vaduz (Regierungsrat Hugo Quaderer, Theo Kindle, Felix Näscher, Helmut Kindle, Stefan Hassler)
- Zweite Phase des UNO-Weltgipfels über die Informationsgesellschaft (WSIS): 16.-18.11. in Tunis (Regierungsrat Martin Meyer, Kurt Bühler, Andrea Hoch)
- Konferenz der Vertragsparteien des revidierten Protokolls II (Landminenprotokoll) zum Übereinkommen über konventionelle Waffen: 23.11. in Genf (Botschafter Norbert Frick, Isabel Frommelt)
- Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über konventionelle Waffen: 24. - 25.11. in Genf (Botschafter Norbert Frick, Isabel Frommelt)
- Vertragsstaatentreffen zum Internationalen Strafgerichtshof: 28.11.-3.12. in Den Haag (Botschafter Christian Wenaweser, Stefan Barriga)
- 11. Konferenz der Vertragsparteien der Klimakonvention und 1. Konferenz der Vertragsparteien des Kyoto-Protokolls: 28.11.-9.12. in Montreal (Teilnahme durch Dr. Felix Näscher am High-Level-Segment: 7.-9.12.)
- 10. Vertragsstaatentreffen zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame oder erniedrigende Behandlung oder Strafe: 30.11. in Genf (Isabel Frommelt)
- Unterzeichnung des dritten Zusatzprotokolls zu den Genfer Konventionen (Einführung des roten Kristalls als zusätzliches Schutzzeichen): 8. 12. (Isabel Frommelt)
- 17. Konferenz der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls über ozonschichtabbauende Stoffe und 6. Konferenz der Vertragsparteien des Wiener Übereinkommens: 12.-16.12. in Dakar/Senegal (Vertretung durch die Schweiz)

Übereinkommen

UNO

- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Fakultativprotokoll vom 25. Mai 2000 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten: 4.2.
- Unterzeichnung des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe: 26.6.
- Unterzeichnung des Übereinkommens zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen: 16.9.

Europarat

- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Protokoll Nr. 4 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 16. September 1963: 8.2.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Protokoll Nr. 7 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 22. November 1984: 8.2.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Protokoll zur Änderung des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus vom 17. Januar 1977: 8.2.
- Unterzeichnung des Europäischen Übereinkommens über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten vom 24. November 1983: 7.4.
- Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum 14. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention: 7.9.
- Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen gegen Doping: 22.11.

EFTA/EWR

- EWR-Erweiterungsabkommen: Inkrafttreten am 6.12. (provisorisch in Kraft seit 1. Mai 2004)
- Ratifikation des Freihandelsabkommens mit dem Libanon: 26.8.
- Unterzeichnung von zwei Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen zwischen den EWR-/EFTA-Staaten und den USA: 17.10.
- Ratifikation von zwei Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen zwischen den EWR-/EFTA-Staaten und den USA: 16.12.
- Unterzeichnung des Freihandelsabkommens der EFTA-Staaten mit der Republik Korea: 15.12.
- Unterzeichnung des Investitionsabkommens zwischen der Schweiz, Island und Liechtenstein und der Republik Korea: 15.12.

Bilateral

- Ergänzungsvereinbarung vom 22. April 2005 zwischen Liechtenstein und der Schweiz zum Notenaustausch vom 11. Dezember 2001 betreffend die Geltung der schweizerischen Heilmittelgesetzgebung in Liechtenstein (abgeschlossen per Notenaustausch)

- Notenaustausch vom 22. April 2005 zwischen Liechtenstein und der Schweiz betreffend die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln mit neuen Wirkstoffen
- Vertrag zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die Zusammenarbeit im Rahmen der schweizerischen Informationssysteme für Fingerabdrücke und DNA-Profile vom 15. Dezember 2004: Genehmigung durch den Landtag am 14.12. (einschliesslich des Durchführungsgesetzes)
- Abkommen zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen (Katastrophenhilfeabkommen): Unterzeichnung am 2.11. in Bern
- Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung, dem Schweizerischen Bundesrat und der Regierung des Fürstentums Liechtenstein über den gegenseitigen Datenaustausch in Asylangelegenheiten: Unterzeichnung am 29.9. in Bregenz, Genehmigung durch den Landtag am 14.12.

Verschiedenes

- Zusatzprotokoll zum WTO-Abkommen über handelsbezogene Rechte am geistigen Eigentum (TRIPS-Abkommen): Annahme durch die WTO-Mitglieder am 6.12.
- Unterzeichnung des dritten Zusatzprotokolls zu den Genfer Konventionen (Einführung des roten Kristalls als zusätzliches Schutzzeichen): 8. 12.

Diplomatische und Konsularische Angelegenheiten

Per Ende 2005 sind 70 Staaten sowie der Souveräne Malteser Ritterorden mit nicht-residierenden Botschaftern bzw. Botschafterinnen im Fürstentum Liechtenstein akkreditiert. Neu dazugekommen sind im Berichtsjahr das Königreich Bahrain und Ägypten. Weiters sind per Ende Berichtsjahr 35 konsularische Vertreter und Vertreterinnen in Liechtenstein bestellt. Dies sind mit dem Honorarkonsul der Russischen Föderation einer mehr als im vergangenen Berichtsjahr.

Berufskonsuln	Generalkonsuln	8
	Konsuln	2
Honorarkonsuln	Honorargeneralkonsuln	9
	Honorarkonsuln	15
	Honorarvizekonsuln	1

Internationale Humanitäre Zusammenarbeit (IHZ)

Die Regierung hat im Berichtsjahr insgesamt 18 246 792 CHF von den budgetierten 18 392 756 CHF für untenstehende Projekte der Internationalen Humanitären Zusammenarbeit aufgewendet. Davon werden 17 381 933 CHF als offizielle Entwicklungszusammenarbeit (ODA) gemäss OECD-Kriterien ausgewiesen (inkl. Katastrophenfonds der Gemeinden von CHF 130 000).

Flüchtlings- und Katastrophenhilfe (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Land	Projekt	Partner	Betrag CHF
Äthiopien	Karlheinz Böhm Benefizveranstaltung	Karlheinz Böhm «Menschen für Menschen»	10 000
Benin	UNHCR-Nothilfeprogramm für togolesische Flüchtlinge in Benin	UNHCR	50 000
DR Kongo	Nothilfe für die Opfer des vergessenen Konflikts	IKRK	50 000
Guatemala	Hilfe für die Opfer der Unwetter; Projekt mit Bezug auf persönlicher Hygiene	UNFPA	20 000
Guatemala	Spendenerhöhung für Flutopfer	LRK	30 000
Indien	Strassenkinder-Projekte; Bau von Unterkünften für Kinder in Tsunami-betroffenen Gebieten	One World (Marius Kaiser)	20 000
International	Allgemeiner Beitrag für Vermittlung in Krisengebieten	Concordis International	20 000
International	Chirurgische Eingriffe für Herz- / Kreislaufpatienten	EurAsia Heart Foundation (Dr. Paul Vogt)	20 000
International	Entwicklungskosten für die Erstellung «interimistischer Notunterkünften» (1. Tranche Vorprojekt)	Willy Marxer (Architekt)	7 500
Kroatien	Spendenverdoppelung des Weihnachtsaufrufs 2004 des LRK	LRK	30 000
Liberia	Nothilfe für die Opfer des vergessenen Konflikts	IKRK	50 000
Liechtenstein	AHV-Zahlung für das Secondment 2005-2006 beim UNHCR	UNHCR	3 278
Malawi	Mary s Meals: Nahrungsmittelhilfe für Kinder	Scottish International Relief	25 000
Malawi	WFP: Nahrungsmittelhilfe in Malawi	WFP	25 000
Moldau	UNHCR-Hilfsprogramm in Moldau	UNHCR	40 000
Niger	OCHA-Hilfsprogramme in Niger zugunsten der UNICEF	UNICEF	50 000
Österreich	Unwetter in Vorarlberg: Beiträge an die Gemeinden Frastanz und Nenzing	Gemeinden Frastanz und Nenzing	100 000
Österreich	Unwetter in Österreich: Beiträge an das Bundesland Tirol	Bundesland Tirol	30 800
Pakistan	Heiz- und Brennmaterial für Opfer des Erdbebens in Kaschmir	UNDP	100 000
Pakistan	Wiederaufbau von Wohnhäusern in Kaschmir	Regionales Entwicklungsbüro Falch	50 000
Pakistan	Spendenerhöhung Erdbebenopfer in Südasien	LRK	50 000
Ruanda	IKRK-Nothilfeprogramm für Ruanda	IKRK	70 000
Rumänien	Anlage Gemüsegarten und Aufbau Hühnerzucht für 300 Familien nach den Überschwemmungen in Banat	Caritas Schweiz	25 000
Schweiz	Unwetter in der Schweiz: Beiträge an die Gemeinden Susch und Saas	EDA / Gemeinden Susch und Saas	100 000
Seychellen	Wiederaufbauhilfe für Tsunami-Opfer in Südostasien	UNDP	100 000
Sri Lanka	Wiederaufbauhilfe für Tsunami-Opfer in Südostasien	DEZA	350 000
Sri Lanka/ Indonesien	Soforthilfe an Tsunami-Opfer in Südostasien	IKRK	50 000
Sri Lanka/ Indonesien	Soforthilfe an Tsunami-Opfer in Südostasien	UNHCR	30 000
Sri Lanka/ Thailand	Soforthilfe an Tsunami-Opfer in Südostasien	Care Austria	20 000
Tschechische Republik	3. Etappe der Bücher-restaurierung im Nationalmuseum Prag	Nationalmuseum Prag	48 000
Uganda, Senegal, Haiti	IKRK-Nothilfeprogramm für vergessene Konflikte	IKRK	150 000
Total			1 724 578

Flüchtlingsbetreuung (Ausländer- und Passamt)

Projekt	Partner	Betrag CHF
Betreuung Flüchtlingszentrum	Verein Flüchtlingshilfe	450 000
Sozialhilfe für Flüchtlinge/Rückkehrhilfe	Verein Flüchtlingshilfe	1 010 000
Total		1 460 000

Wiederaufbauhilfe (Ausländer- und Passamt)

Land	Projekt	Partner	Betrag CHF
Bosnien-Herzegowina	Wiederaufbau und Sozialprogramme	Caritas Schweiz	200 000
Bosnien-Herzegowina	Kranken- und Betagtenbetreuung	Caritas Schweiz	59 270
Bosnien-Herzegowina	Bau Schulhaus D. Ljubija mit explizitem Einbezug serbischer und anderer ethnischer Minderheiten	Caritas Schweiz	679 000
Bosnien-Herzegowina	Wiederaufbauprojekte Südosteuropa anlässlich Jubiläum 60 Jahre Republik Österreich «A/60 Initiative»	Austrian Development Agency (ADA)	100 000
Bosnien-Herzegowina	Ambulanz	Caritas B. Luka	86 715
Bosnien-Herzegowina	Betagtenbetreuung in Sanski Most	cfD, Bern	25 000
International	Freiwilliger Beitrag an den Refugee Education Trust	RET, Genf	50 000
Mazedonien	Schulbildung Roma-Jugendliche	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi	30 000
Serbien und Montenegro (Kosovo)	Fortsetzung Minderheitenprojekt	Caritas Schweiz (Caritas Lux)	500 000
Serbien und Montenegro (Kosovo)	Entsendung von Fussballtrainern in den Kosovo	Swiss U-16 Cup Stiftung Kinderdorf	10 000
Serbien und Montenegro (Kosovo)	Sekundarschulbildung für Roma-Jugendliche	Pestalozzi	30 000
Serbien und Montenegro (Kosovo)	Landwirtschaftsprogramm	Caritas Schweiz	100 000
Serbien und Montenegro (Kosovo)	Berufsfachschule Gjakova	Caritas Schweiz	100 000
Serbien und Montenegro (Kosovo)	Unterstützung mehrsprachiger Medienproduktionen	Medienhilfe (mh) Schweiz	30 000
Total			1 999 985

Entwicklungszusammenarbeit multilateral (Amt für Auswärtige Angelegenheiten)

Land	Projekt	Partner	Betrag CHF
Afghanistan	Alternative Livelihoods: Förderung alternativer Einkommen (Reyes Torres)	UNODC	130 000
Albanien	HIV/Aids-Prävention unter jugendlichen Drogenabhängigen (Reyes-Torres)	UNICEF	71 120
Div. Länder Südosteuropas	Beitrag an Aktivitäten der Local Democracy Agencies	Europarat	61 600
Div. Länder Südosteuropas	Training für führende Polizeibeamte in Südosteuropa	Stabilitätspakt für Südosteuropa	43 000
Div. Länder Südosteuropas	Training für führende Polizeibeamte in Südosteuropa	Stabilitätspakt für Südosteuropa	32 000
Liechtenstein	Forschungsprogramm zu Ecstasy (Reyes Torres)	Universitätsklinik Zürich	50 000
Indien	Globales UNO-Programm gegen Geldwäscherei: Aufbau einer FIU in Indien (Reyes Torres)	UNODC	130 000
International	Allgemeiner Beitrag für den Global Fund for Aids (Reyes Torres)	Global Fund for AIDS, Tuberculosis, Malaria	63 500
International	Stärkung von Rechtssystemen gegen Terrorismus (Reyes Torres)	UNODC	65 000
Serbien-Montenegro	OSZE-Projekt: «Notwendige Ausrüstung für Verhandlungen bei Entführung und Geiselnahme»	OSZE	20 805
Swasiland	Organisation eines Anti-Korruptions-Gipfels (Reyes Torres)	UNODC	65 000
Total			732 025

Entwicklungszusammenarbeit multilateral (Amt für Wald, Natur und Landschaft)

Projekt	Partner	Betrag CHF
Wüstenbildungskonvention: Beitrag an das generelle Budget	CCD (Convention to Combat Desertification)	541
Klimakonvention: Beitrag an das generelle Budget	UNFCCC (UN Framework Convention on climate Change)	925
Bonner Konvention zum Schutz von Wandertieren/CMS: Beitrag an das generelle Budget	CMS	346
Biodiversitätskonvention: Beitrag an das generelle Budget		569
Multilateraler Fonds des Montrealer Protokolls (Ozonfonds): Jahresbeitrag		13 026
Internationale Union für die Erhaltung der Natur und ihrer natürlichen Ressourcen (IUCN): Beitrag an das generelle Budget		14 072
EMEP-Programm (Messung und Bewertung luftverunreinigender Stoffe): Jahresbeitrag		339
Genfer Übereinkommen betreffend weiträumige, grenzüberschreitende Luftverunreinigung: Beitrag an das generelle Budget		339
Ständiges Sekretariat der Alpenkonvention: Beitrag an das Jahresbudget		25 010
Ramsar Konvention: Beitrag an das generelle Budget		1 000
UNEP: Beitrag an das generelle Budget bzw. Environment Fund	UNEP (UN Environment Programme)	4 407
Basler Konvention: Beitrag an das generelle Budget (neu ab 2005 Pflichtbeitrag)		240
Basler Konvention: Beitrag an den Technical Co-operation Trust Fund		6 475
Kyoto-Protokoll: Beitrag an das Budget 2005		425
Rotterdam Übereinkommen (PIC): Beitrag an das generelle Budget (ab 2005)		287
Nachhaltige Dorfentwicklung (Armenien, Aserbeidschan, Georgien, Russland)	Int. Partner für Berggebiete; BRD-Umweltministerium	80 000
Naturschutzerziehung, Schutzgebietenentwicklung (Slowakei, Ukraine)		40 000
Aufbau eines Gemeindeforschungsnetzwerks im Kaukasus und in Zentralasien im Rahmen der Bergpartnerschaft	Alpenkonvention	5 000
Energieprojekt (Kirgistan, Tadschikistan, Kasachstan)		100 000
Total		293 000

		Betrag CHF
Total	gemäss separater Liste des LED	10 620 000

Mitarbeit in internationalen Organisationen (Amt für Auswärtige Angelegenheiten und diplomatische Vertretungen)

Projekt	Partner	Betrag CHF
Liechtensteinisches Secondment bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	OSZE	7 200
Liechtensteinisches Secondment im Hochkommissariat für Flüchtlinge (4.Jahr)	UNHCR	69 661
Liechtensteinisches Secondment im Stabilitätspakt für Südosteuropa (1.Jahr)	Stabilitätspakt	106 095
AHV-Nachzahlungen Secondment UNHCR, Jahre 2002-2005	UNHCR	16 825
Beitrag an das ordentliche UNO-Budget 2005	UNO	100 543
Freiwilliger Beitrag an das OCHA	OCHA	30 000
Jahresbeitrag UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge	UNHCR	50 000
Jahresbeitrag UNO-Folterfonds	UNFVT	10 000
Jahresbeitrag UNO-Kinderhilfswerk	UNICEF	10 000
Jahresbeitrag UNO-Bevölkerungsfonds	UNFPA	10 000
Jahresbeitrag UNO-Entwicklungsprogramm	UNDP	13 000
Jahresbeitrag UNO-Entwicklungsprogramm für Frauen	UNIFEM	10 000
Jahresbeitrag UNO-Aidsfonds	UNAIDS	10 000
Jahresbeitrag Katastrophenfonds des Liecht. Roten Kreuzes	LRK	50 000

ÄUSSERES

88 |

Projekt	Partner	Betrag CHF
Beitrag an den Internationalen Strafgerichtshof (ICC)	ICC	11 113
Übernahme der Transportkosten des Hilfswerks Liechtenstein	HWL	100 666
Jahresbeitrag Internationales Komitee vom Roten Kreuz	IKRK	200 000
Jahresbeitrag Weltorganisation gegen Folter (OMCT)	OMCT	15 000
Jahresbeitrag an Doha-Fonds der WTO	WTO	20 000
Regulärer Beitrag an die IAEO	IAEO	19 912
Regulärer Beitrag an die Postunion (UPU)	UPU	39 360
Regulärer Beitrag an die UIT	UIT	157 500
Freiwilliger Beitrag technische Zusammenarbeit IAEO	IAEO	9 308
Freiwilliger Beitrag an den UNO-Treuhandfonds für Minenräumung	UNO	50 000
Sonderfonds des IKRK für Behinderte	IKRK	50 000
1. Jahresber. der OSZE-Sondereinheit zur Bekämpfung des Menschenhandels	OSZE	4 620
Workshop zum Thema «Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung»	OSZE UNODC	7 700
OSZE-Fonds zur Diversifikation der personellen Zusammensetzung von Wahlbeobachtungsmissionen	OSZE	30 800
Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen zum Zweck der Vorbeugung des Frauenhandels OSZE	OSZE	15 400
Freiwilliger Beitrag an das UNO-Flüchtlingshilfswerk für Palästina	UNRWA	30 000
Freiwilliger Beitrag an den Global Fund HIV/AIDS	Global Fund HIV/AIDS	32 500
Freiwilliger Beitrag an das Welternährungsprogramm	WFP	30 000
Freiwilliger Beitrag an die Organisation «Security Council Report»	Security Council Report	10 000
Freiwilliger Beitrag an den DPA Trust Fund Preventive Diplomacy	Trust Fund Preventive Diplomacy	10 000
Freiwilliger Beitrag an das UNO-Hochkommissariat für Menschenrechte für Malbun II	OHCHR	50 000
Freiwilliger Beitrag an die International Peace Academy	IPA	10 000
Freiwilliger Beitrag an die International Crisis Group	ICG	10 000
Freiwilliger Beitrag an das International Center for Transitional Justice	ICTJ	10 000
TOTAL		1 417 203
TOTAL der budgetierten Mittel		18 392 756
TOTAL der Ausgaben gemäss Rechnung		18 246 792
Kreditreservierung für 2006		100 000
Budgetunterschreitung Gelder Reyes Torres		50 380
Offizielle Entwicklungszusammenarbeit Liechtensteins gemäss ODA-Kriterien (inkl. Katastrophenfonds der Gemeinden von CHF 130 000)		CHF 17 381 933

BOTSCHAFTEN UND VERTRETUNGEN

Liechtensteinische Botschaft in Bern

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Stefan von und zu Liechtenstein

Hauptaufgabe der Botschaft ist die Pflege der vielfältigen, freund-nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Die Kontakte auf Regierungsebene sowie auf den Ebenen der Ämter bildeten auch 2005 Schwerpunkte. Höhepunkt der bilateralen Besuche war der Besuch S.D. des Erbprinzen bei Bundespräsident Schmid am 22. November. Die Botschaft ist weiterhin Kontaktstelle für die für Liechtenstein zuständigen Botschaften anderer Staaten mit Sitz in Bern.

Das Jahr 2005 und die Beziehungen zur Schweiz

Die bilateralen Beziehungen Liechtensteins mit der Schweiz sind von intensiven und freundschaftlichen Kontakten auf allen Ebenen geprägt. Der direkte Kontakt zwischen den Ämtern beider Länder und der regelmässige Kontakt auf diplomatischer Ebene ermöglichen eine laufende Koordination der Geschäfte und gewährleisten die gegenseitige Information.

Zwei Volksabstimmungen dominierten im Jahr 2005 das politische Geschehen in der Schweiz. Am 5. Juni fand die Volksabstimmung über die Assoziation der Schweiz zu den Verträgen von Schengen und Dublin statt. Insgesamt 54,6% stimmten für den Beitritt zu Schengen. Am 25. September fand dann die Volksabstimmung über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen Mitgliedsländer der EU statt. Hier war das Ergebnis mit 56% Ja-Stimmen noch etwas deutlicher. Die Abstimmungen waren bedeutend, weil bei einem negativen Ausgang sowohl die erst 2004 unterzeichneten Bilateralen II als auch die bereits in Kraft gesetzten Bilateralen I gefährdet gewesen wären. Die weiteren Schritte mit der EU wurden dann am 26. Oktober in einer speziellen Europa-Klausur beschlossen. Der Bundesrat entschied insbesondere, das Beitrittsgesuch von 1992 nicht zurückzuziehen. Ein Beitritt der Schweiz zur EU wird nun aber nicht mehr als ein strategisches Ziel, sondern als längerfristige Option bezeichnet. Die Botschaft ist in ständigem Kontakt mit den entsprechenden Ämtern der Schweiz, insbesondere im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), und koordiniert den Informationsfluss in den für die europäische Integrationspolitik Liechtensteins wichtigen Fragen.

In Ergänzung zu dem für die Schweiz erstrangigen Verhältnis zur EU wurde in einer Sondersitzung des Bundesrates am 18. Mai die Grundlage zu einer Intensivierung des Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten

von Amerika gelegt. Seit Juli 2005 wurden mit den USA Sondierungsgespräche über ein mögliches bilaterales Freihandelsabkommen geführt. Dieses hätte direkte Auswirkungen auf Liechtenstein und die Entwicklungen wurden entsprechend genau verfolgt.

2005 kam es auch wieder zu einer Reihe direkter Kontakte mit der Schweiz auf Regierungsebene:

Regierungsrat Ernst Walch war am 19. Januar Gast der EU-Botschafter in Bern. Ende März und Anfang April fanden in Bern verschiedene Abschiedstreffen des scheidenden Aussenministers statt, darunter mit Bundesrätin Micheline Calmy-Rey.

Am 6. Juni, einen Tag nach dem Schengen-Referendum fand der Antrittsbesuch der neuen liechtensteinischen Aussenministerin, Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, bei ihrer Amtskollegin, Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, statt.

Regierungschef Otmar Hasler traf am 17. Juni 2005 in Bern anlässlich des Jubiläums 25 Jahre Währungsvertrag Schweiz-Liechtenstein mit Bundesrat Friedrich Merz und dem Präsidenten der Nationalbank Jean-Pierre Roth zusammen.

Anlässlich des Besuchs von Regierungsrat Martin Meyer bei Bundesrat Christoph Blocher am 14. September in Bern wurde schwerpunktmässig die Zusammenarbeit im Polizeibereich diskutiert.

Am 29. September traf Bundesrat Christoph Blocher dann erneut mit Regierungsrat Martin Meyer anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Liechtenstein, Österreich und der Schweiz über den Austausch von Daten im Asylbereich zusammen.

Ende August 2005 erlebte die Schweiz die seit Jahren massivste Unwetterkatastrophe. Insgesamt wurden die Schäden auf über 1,3 Mrd. Franken geschätzt. Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein unterstützte die beiden Gemeinden Saas und Susch in Graubünden mit je CHF 50 000. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck besuchte die beiden Gemeinden des Nachbarkantons am 21. Oktober. In Graubünden, aber auch auf Bundesebene bedankte man sich für diese Geste der Solidarität.

Am 2. November wurde in Bern das Abkommen zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen unterzeichnet. Das Abkommen regelt u. a. die Rahmenbedingungen für die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und die Durchführung gemeinsamer Übungen. Für Liechtenstein unterzeichnete Botschafter Prinz Stefan von Liechtenstein, für die Schweiz Paul Seger, schweizerischer Botschafter für das Fürstentum Liechtenstein.

Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher besuchte Bundesrat Christoph Blocher in seiner Eigenschaft als Justizminister am 4. November in Graubünden.

Am 14./15. November fand in Bern das erste Treffen der Freundschaftsgruppen des Landtags und des schweizerischen Parlaments statt. Die Delegation aus Liechtenstein unter der Leitung von Landtagspräsident

Klaus Wanger wurde von Ständeratspräsident Bruno Frick empfangen. Nationalrätin Brigitta Gadiant aus Graubünden präsidiert die Gruppe auf Schweizer Seite. Die Schweiz hat bisher nur für die Nachbarstaaten solche parlamentarischen Kontaktgruppen.

Einen Höhepunkt der gegenseitigen Besuchsdiplomatie im Jahre 2005 stellte der Besuch S. D. des Erbprinzen bei Bundespräsident Samuel Schmid am 22. November im Landgut Lohn bei Bern dar. Damit führte die erste offizielle bilaterale Auslandsreise S. D. des Erbprinzen in die Schweiz. Am Vorabend des Besuchs gab es einen Presseanlass des Internationalen Liechtensteiner Presse Clubs an der Botschaft, der einer umfassenderen Information der Medien dienen sollte. Im Anschluss an den offiziellen Besuch hielt S. D. der Erbprinz ein Referat vor den in Bern akkreditierten Botschaftern der Mitglieds- und Kandidatenländer der EU.

Der neue Präsident der Eidgenössischen Bankenkommision, Herr Eugen Haltiner, besuchte am 5. Dezember 2005 die Finanzmarktaufsicht in Vaduz und stattete vorher Regierungschef Otmar Hasler einen Höflichkeitsbesuch ab. Eugen Haltiner trat sein Amt dann im Februar 2006 an.

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat gemäss Nationalbankgesetz den Auftrag, die Zahlungsbilanz und die Auslandvermögensstatistik der Schweiz zu erstellen. Aufgrund des Währungsvertrags gilt dies auch für Liechtenstein. Die Botschaft koordinierte daher die Kontakte der SNB mit den liechtensteinischen Behörden. Ende 2005 wurde im Rahmen einer Vorerhebung bei liechtensteinischen Unternehmen festgelegt, welche Unternehmen ab dem Jahr 2006 für die jährlichen bzw. vierteljährlichen SNB-Erhebungen meldepflichtig sein werden.

Konsularische Tätigkeit

Die Botschaft in Bern betreut die etwa 1 700 in der Schweiz lebenden liechtensteinischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im konsularischen Bereich. Ausserdem werden sämtliche Geschäfte aus der ganzen Welt, die über das konsularische Netz der Schweiz eingehen, vom EDA über die Botschaft geleitet. Diese Tätigkeit hielt sich 2005 im üblichen Rahmen. Weiterhin bedeutend war die Anzahl der Ansuchen um Rechtshilfe in Straf- und Zivilfällen.

Aufgrund der konsularischen Aufgaben ist die Botschaft in der Liechtenstein-internen Arbeitsgruppe zur Schaffung einer neuen Passgeneration (biometrische Pässe) vertreten. Im Berichtsjahr fanden verschiedene Kontakte mit Schweizer Behörden statt, um die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und der Schweiz in diesem Bereich zu erörtern.

Liechtensteinische Botschaft bei der Belgischen Krone und beim Heiligen Stuhl

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein

Die Vertretung Liechtensteins in Belgien und beim Heiligen Stuhl verlief ohne Probleme und konzentrierte sich auf repräsentative Aufgaben, den Informationsaustausch und das Konsularwesen. Besonders zu erwähnen ist die liechtensteinische Präsenz bei den Begräbnisfeierlichkeiten anlässlich des Todes von Papst Johannes Paul II. sowie bei der Installation seines Nachfolgers, Papst Benedikt XVI. Beim ersten Anlass stand das Fürstenpaar der Delegation vor. Beim zweiten Anlass waren S.D. der Erbprinz sowie Regierungsrätin Rita Kieber-Beck zugegen.

Neben der Missions- und Botschaftstätigkeit im engeren Sinne wurde wiederum eine Reihe von weiteren Aufgaben im Auftrag der Regierung und in Vertretung anderer Amtsstellen wahrgenommen. Dazu gehörten Arbeiten im Bereich von Finanzplatzfragen und des Aussenpolitischen Expertenrates.

Botschaft des Fürstentums Liechtenstein in Berlin

Leiter: Botschafter Josef Wolf

Das Jahr 2005 war geprägt durch den weiteren Ausbau sowie die Pflege und Konsolidierung der bereits bestehenden zwischenstaatlichen Kontakte. Diesem Ziel dienten zahlreiche Besuche und Vorsprachen bei den wichtigsten staatlichen Organen und Institutionen. Insgesamt konnten den Ansprechpartnern die spezifischen Eigenheiten unseres Landes, insbesondere auch die den Finanzplatz betreffenden Aspekte näher gebracht werden. Das Image des Fürstentums Liechtenstein in Deutschland auf breiter medialer Ebene zu beeinflussen, bleibt aufgrund der begrenzten Ressourcen sehr schwierig.

Die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik war geprägt von den beiden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen (Februar und Mai 2005), in denen die SPD jeweils harte Niederlagen hinnehmen musste, sowie von dem unmittelbar darauf gefassten Beschluss Gerhard Schröders über vorgezogene Neuwahlen. Im Sommer und Frühherbst erlebte Deutschland einen ungewöhnlich kurzen, aber intensiven Wahlkampf, der schliesslich nach Abschluss der langwierigen Koalitionsverhandlungen im November zum Regierungswechsel führte. Deutschlands Regierungschef ist zum ersten Mal

eine Frau. Insgesamt blickt das Land auf ein turbulentes Jahr zurück, die Stichworte lauten: Regierungskrise, Verfassungsstreit über das Instrument des Misstrauensvotums, Regierungswechsel und große Koalition zum zweiten Mal in der deutschen Geschichte überhaupt, Inkrafttreten von Hartz IV und zahlreiche Demonstrationen gegen diese Sozialreform, zunehmende Arbeitslosigkeit sowie Kapitalismus-Debatte und nach unten korrigierte Wachstumsprognosen. Erst Ende 2005 war im Zeichen des Regierungswechsels vorsichtige Zuversicht in Deutschland spürbar.

Entwicklung der bilateralen Beziehungen

Zwischenstaatliche Kontakte

Die zwischenstaatlichen Kontakte wurden weiterhin systematisch ausgebaut bzw. konsolidiert. Dazu gehörten im Jahr 2005 unter anderem folgende Termine des Botschafters:

Auswärtiges Amt

15. März: Besprechung im Auswärtigen Amt (AA) zum Reformprozess der VN; eingeladener Kreis: die EFTA-Staaten

20. April: Treffen mit Staatssekretär Hans-Martin Bury

26. Mai: Briefing im AA zum Stand der VN-Reformen

28. September: Antrittsbesuch beim neuen Staatssekretär Georg Boomgarden im AA

Bundespräsident/Bundespräsidialamt

5. Juli: Besuch des Diplomatischen Corps in Baden-Württemberg auf Einladung des Bundespräsidenten

5. Dezember: Besuch bei Staatssekretär Dr. Michael Jansen

Bundesministerium der Finanzen

3. Mai: Begleitung von Staatssekretärin Dr. Barbara Hendricks auf ihrem Besuch in Liechtenstein (Teilnahme am Europa-Symposium)

31. Mai: Zusammentreffen mit Staatssekretär Caio Koch-Weser, Leiter der Abteilung «Nationale und internationale Finanz- und Währungspolitik»

Deutscher Bundestag

27. Januar: Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus

18. März: Zusammentreffen mit einem Teil der Delegation des Finanzausschusses zur Vorbesprechung des Besuchs in Liechtenstein

6./7. April: Besuch einer Delegation des Finanzausschusses des Bundestages in Liechtenstein (siehe unten)

8. Mai: Teilnahme an den Gedenkfeiern «60 Jahre seit Kriegsende»

12. Mai: Nachbesprechung des Besuches des Finanzausschusses im Bundestag

13. Dezember: Besuch bei Dr. Friedrich Merz, MdB

Deutsche Bundesländer

22. Juni: Teilnahme an der Feier zur Betriebserweiterung der Papalina GmbH (Unternehmen der Ospelt-Gruppe)

in Apolda (Thüringen) in Anwesenheit von Ministerpräsident Dieter Althaus

30. Juni: Höflichkeitsbesuch bei Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer (Sachsen-Anhalt) in Verbindung mit der Ferdinand Nigg-Ausstellung in Magdeburg

3. Oktober: Teilnahme an den Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit in Potsdam (Brandenburg)

Besuch S.D. des Erbprinzen Alois von und zu Liechtenstein in Berlin

Am Montag, den 17. Januar 2005, stattete S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft (DPG) in Berlin einen Besuch ab. Die DPG hatte den liechtensteinischen Erbprinzen eingeladen, nachdem dieser im August 2004 als Stellvertreter seines Vaters, Fürst Hans-Adam II., die Regierungsgeschäfte übernommen hatte. In seiner Rede vor dem prominenten deutschen Publikum, in dem zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur, den Medien und der Diplomatie vertreten waren, ging S.D. der Erbprinz zunächst auf die Geschichte des Fürstentums Liechtenstein und auf die historischen sowie politischen Beziehungen zu Deutschland ein. Die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern seien heute durch eine dichte wirtschaftliche Vernetzung gekennzeichnet, aber ebenso durch sehr persönliche Verbindungen geprägt.

Für das Diplomatische Corps in Berlin: Neujahrsempfang des Bundespräsidenten am 12. Januar 2005 sowie Empfang des neuen deutschen Außenministers, Frank-Walter Steinmeier, am 20. Dezember 2005.

Botschafter Wolf nahm an beiden Anlässen teil.

Besuch des Liechtensteinischen Bankenverbandes (LBV) in Berlin

Am 14. Juni fand in der liechtensteinischen Residenz ein Abendessen aus Anlass des Besuchs von Herrn Michael Lauber, Geschäftsführer des Liechtensteinischen Bankenverbandes, statt. Neben ihm nahmen mehrere Persönlichkeiten aus Berlin an dem Diner teil, darunter Prof. Dr. Charles B. Blankart von der Humboldt-Universität, der CDU-Abgeordnete Manfred Kolbe (Finanzausschuss des Bundestages) sowie Klaus von der Heyde, Präsident des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI). Der Besuch war nicht zuletzt vor dem Hintergrund zu sehen, dass Deutschland im Jahr 2004/05 das Schwerpunktland der Öffentlichkeitsarbeit des LBV darstellte.

Besuch des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages in Vaduz

Am 6. und 7. April 2005 besuchte eine sechsköpfige Delegation des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages das Fürstentum Liechtenstein. In weniger als einem Jahr war dies der dritte Besuch eines deutschen Parlamentsausschusses. Im Juni und November 2004 waren bereits der Auswärtige Ausschuss und der Wirtschaftsausschuss in Liechtenstein zu Gast gewesen. Unter der

Leitung des Abgeordneten Lothar Binding (SPD) umfasste die Delegation vier weitere Ausschussmitglieder: Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU), Gabriele Frechen (SPD), Manfred Kolbe (CDU/CSU) und Simone Violka (SPD).

Am Abend des 6. April fand eine Besprechung statt, zu der Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck und Regierungsrat Ernst Walch eingeladen hatten und an der auch Landtagspräsident Klaus Wanger sowie Landtagsvizepräsident Peter Wolff teilnahmen. Ebenso geladen waren die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK), der Treuhänderverband, der Bankenverband, der Fondsverband und der Versicherungsverband. Am 7. April setzten die Abgeordneten ihre Fachgespräche mit der Regierung und Experten aus der liechtensteinischen Verwaltung fort. Die Delegation wurde von dem deutschen Botschafter für Liechtenstein und die Schweiz, Frank Elbe, sowie vom liechtensteinischen Botschafter in Berlin, Josef Wolf, begleitet.

Rückgabe von SED-Vermögen an die Bundesrepublik Deutschland

Liechtenstein hat rund 2,6 Millionen Franken an Deutschland überwiesen. Das Geld stammt aus dem veruntreuten Partei- und Staatsvermögen der ehemaligen DDR. Nach Einschätzung der liechtensteinischen «Financial Intelligence Unit» ist der Fall ein Beispiel der guten Kooperation zwischen deutschen und liechtensteinischen Behörden bei der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität. In Berlin hatte die «Unabhängige Kommission Parteivermögen» die Rückgabe am 14. Januar bekannt gegeben. Die großen Tageszeitungen «Die Welt» und die «Süddeutsche Zeitung» sowie die «NZZ» und die «Wiener Zeitung» berichteten jeweils mit einer knappen Meldung über die Rückzahlung. (Vgl. auch den Pressespiegel vom 17.01.2005, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt).

Öffentlichkeitsarbeit

Medienkontakte

15. Februar: Teilnahme an der Diskussionsrunde im ZDF-Hauptstadtstudio: «Nationen 2005» mit Schwerpunkt Europa
22. April: Treffen und Empfang in der Residenz von Journalisten, Vertretern der Schweizer und der österreichischen Botschaft sowie des Auswärtigen Amtes: Vorstellung des Berichtes der Unabhängigen Historikerkommission durch Prof. Peter Geiger
21. September: Treffen mit Dr. Markus Schächter, Intendant des ZDF

Vorstellung des UHK-Berichtes in Berlin

Nachdem die Unabhängige Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg (UHK) am 13. April 2005 die Zusammenfassung ihres Abschlussberichtes in Vaduz

der Öffentlichkeit vorgestellt hatte, wurden am 22. April auch deutsche Medienvertreter in Berlin über die Forschungsergebnisse informiert. Gerade in Deutschland schien es angezeigt, die Arbeit der UHK publik zu machen. Auf Einladung von Botschafter Josef Wolf skizzierte der Vorsitzende der UHK, Peter Geiger, während eines Pressegesprächs in der liechtensteinischen Residenz die wichtigsten Erkenntnisse der vierjährigen Forschungsarbeit.

Liechtenstein-Salons

Der Liechtenstein-Salon, der etwa zwei- bis dreimal im Jahr stattfinden soll, dient einer zweifachen Zielsetzung. Zum einen werden hochstehende Gäste mit Multiplikatoren-Funktion eingeladen, um so das Liechtenstein-Bild in Deutschland positiv zu beeinflussen. Zum anderen kommen diese Persönlichkeiten auch als potenzielle LGT-Kunden in Frage. In diesem Sinne ist der Liechtenstein-Salon auch Ausdruck der Zusammenarbeit zwischen der Botschaft und der LGT in Deutschland.

Am 16. Juni 2005 richtete die Botschaft Berlin den Salon zum ersten Mal aus. Für diese Premiere konnten S.D. Prinz Philipp von und zu Liechtenstein sowie Prof. Dr. W. Michael Blumenthal, Direktor des Jüdischen Museums Berlin und früherer Finanzminister der USA, gewonnen werden. Am 3. November fand der zweite Liechtenstein-Salon statt, dieses Mal in Verbindung mit der Vernissage des Bildhauers Igor Ustinov. Ustinov ist zugleich Vorsitzender einer Stiftung, die nach seinem Vater Sir Peter eingerichtet hatte und die sich dem Kampf gegen das Vorurteil verschrieben hat.

Praktikanten des Auswärtigen Amtes zu Gast beim liechtensteinischen Botschafter

Am 13. Dezember empfing Botschafter Josef Wolf eine Gruppe von 18 Praktikanten aus dem Auswärtigen Amt in der liechtensteinischen Residenz. Das Treffen war auf Anfrage der Studenten zustande gekommen, die sich ein Bild von der Botschaftstätigkeit eines Kleinstaates machen wollten. Botschafter Wolf informierte die Gruppe nicht nur über seine Aufgaben in Berlin, sondern brachte den Studenten in seinem Vortrag auch das politische System sowie die Geschichte und Kultur des Fürstentums näher.

Kunst und Kultur

Ausstellungseröffnungen und Ähnliches

- Weimar am 21. Januar: Eröffnungsrede bei der Vernissage von Miriam Prantl und Hanna Roeckle in der Kunsthalle Weimar
- Weimar am 4. Februar: Teilnahme an der Einweihung des neuen Gebäudetraktes der Anna-Amalia-Bibliothek
- Berlin-Köpenick am 29. April: Eröffnung der Ausstellung von vier liechtensteinischen Künstlerinnen in Adlershof

- Berlin am 9./10. Mai: Teilnahme an den Feierlichkeiten zur Eröffnung der Gedenkstätte für die ermordeten Juden Europas
- Berlin am 21. Mai: Teilnahme an der Einweihung des Neubaus der Akademie der Künste am Pariser Platz
- Berlin am 18. Juni: Vernissage und Empfang anlässlich der Ausstellung künstler.archiv in der Akademie der Künste
- Magdeburg am 30. Juni: Eröffnung der Ferdinand Nigg-Ausstellung
- Berlin am 3. November: Eröffnung der Wanderausstellung «Momente des Lebens» von Igor Ustinov in der liechtensteinischen Residenz im Rahmen des 2. Liechtenstein-Salons; im Monat November eröffnete Dr. Wolf die Ausstellung in vier weiteren Städten, in denen die LGT neben Frankfurt am Main vertreten ist: Hamburg, München, Stuttgart und Köln.
- Berlin am 8. November: Grusswort anlässlich der Buchvorstellung «Ich habe zu kurz gelebt – Die Geschichte der Nora Gräfin Kinsky» der Autorin Monika Czernin
- Berlin am 18. November: Eröffnung der Ausstellung «Faites vos jeux», die zuvor im Kunstmuseum Liechtenstein zu sehen war, in der Berliner Akademie der Künste (AdK).

Frankfurter Buchmesse

Vom 19. bis 23. Oktober 2005 fand die Frankfurter Buchmesse statt. Liechtenstein nahm bereits zum 6. Mal in Folge teil. Organisator ist der Kulturbeirat der Regierung. Präsentiert wurden rund 100 Bücher, Videos, DVDs und CDs von liechtensteinischen Verlagen, Autoren und Autorinnen, Herausgebern und Herausgeberinnen, die in Liechtenstein oder im Ausland leben.

Liechtenstein im deutschen Sprachraum

Auf dem Buchdeckel des Rechtschreib-Dudens scheint Liechtenstein noch nicht auf, trotzdem ist uns dieses Jahr ein Durchbruch gelungen. Das «Variantenwörterbuch des Deutschen» hat diese Lücke gefüllt. Der Untertitel des Variantenwörterbuchs (auf dem Buchdeckel platziert) lautet: «Die Standardsprache in Österreich, der Schweiz und Deutschland sowie in Liechtenstein, Luxemburg, Ostbelgien und Südtirol.»

Liechtensteinische Botschaft in Washington

Leiterin: Botschafterin Claudia Fritsche

Die guten Beziehungen zwischen Liechtenstein und den Vereinigten Staaten konnten durch eine produktive Zusammenarbeit in den Bereichen Rechtshilfe, Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie durch gegenseitige Besuche gefestigt werden. Das dritte Jahr des Bestehens der Liechtensteinischen Botschaft in Washington war geprägt von der Pflege und Weiterentwicklung der etablierten Kontakte, wobei die Kombination der beiden Ressorts Äusseres und Kultur eine ideale Möglichkeit bot, um diese beiden Aspekte der Liechtenstein-Darstellung in den USA zu verbinden. Mit Aussenministerin Dr. Condoleezza Rice und ihrem Stellvertreter Bob Zoellick steht das Department of State unter der Leitung von zwei Personen mit weitreichender Erfahrung.

Oil-for-Food

Einige Ausschüsse des US-Kongresses befassten sich mit Einzelheiten des Skandals, welcher dem Ansehen der Vereinten Nationen sowohl im US-Kongress als auch in der amerikanischen öffentlichen Meinung sehr geschadet hatte und UNO-Gegnern in den USA Auftrieb gab. Bei den Anhörungen im Kongress wurden auch fallweise liechtensteinische Firmen und Treuhänder erwähnt. Eine Kontaktnahme seitens der FIU mit Mitarbeitern der relevanten Ausschüsse erfolgte Ende Juni.

Innenpolitische Entwicklung

Wirbelsturm «Katrina»

Es handelte sich um den stärksten und verheerendsten Hurrikan in der amerikanischen Geschichte. Er verwüstete weite Teile der Golfküste. Besonders betroffen waren die Staaten Mississippi, Louisiana und Alabama. Die Regierung stellte CHF 100'000 zur Verfügung. Damit soll ein Hilfsprojekt finanziert werden, und 10 von den Ereignissen traumatisierte Kinder wurden zu einem einwöchigen Besuch nach Liechtenstein eingeladen.

Wirtschaft

Im Berichtsjahr fanden zwischen der Schweiz und den USA Vorgespräche statt im Hinblick auf ein mögliches bilaterales Freihandelsabkommen, von welchem in den Zollvertragsbereichen auch Liechtenstein betroffen wäre (zwischenzeitlich ist klar, dass ein solches Abkommen vorläufig nicht zustande kommt und durch ein «schweizerisch-amerikanisches Handels- und Investitionsforum» ersetzt wird).

Finanzplatzrelevante Entwicklungen

Die Botschaft pflegte die bestehenden Beziehungen mit den zuständigen Beamten im US-Finanzministerium (Depart-

ment of the Treasury) und stellte solche her zu neuen Beamten, die infolge interner Umbesetzungen neu mit Liechtenstein-Agenden betraut wurden. Von beiden Seiten wird die Zusammenarbeit als hervorragend bezeichnet.

Drei Experten aus den USA nahmen am Liechtenstein Dialogue 2005 teil: Botschafter Richard McCormack, Valerie McNevin und Ted Greenberg. Die Kontakte mit Persönlichkeiten aus Liechtenstein sowie weiteren Teilnehmern des Liechtenstein Dialogue wurden von den drei Personen sehr geschätzt.

Ein Besuch des Leiters der FIU und seines Stellvertreters diente der Kontaktpflege und gegenseitigen Information mit den zuständigen Beamten des amerikanischen Finanzministeriums sowie den Vollzugsbehörden.

Wie im vergangenen Jahr war auch im Berichtsjahr der Bestrebung im US-Kongress kein Erfolg beschieden, dass das Finanzministerium (Department of the Treasury) aufgrund einer selbst erstellten Liste «nicht-kooperativer Steuerparadiese» (Informationsaustausch in Steuerangelegenheiten) jene Steuerzahler von Abzügen ausschliessen soll, welche in einem der bezeichneten Niedrigsteuere Länder Gelder deponiert haben.

Kongress

Der traditionelle Besuch einer Delegation des US-Kongresses in Liechtenstein (25./26. Februar) diente dem gegenseitigen Kennenlernen sowie der Vorstellung Liechtensteins als Wirtschaftsstandort und Finanzplatz. Der Kontakt mit den Abgeordneten wurde in Washington aufrechterhalten. Die Botschafterin traf sich im Berichtsjahr mit 14 Mitgliedern des Kongresses sowie deren Mitarbeitern, um über Liechtenstein und die Gebiete der liechtensteinisch-amerikanischen Zusammenarbeit zu informieren.

Öffentlichkeitsarbeit, Kultur, Bildung

Am 21. März wurde im Atrium des Onassis-Kulturzentrums in New York die Ausstellung der von der liechtensteinischen Künstlerin Anne Frommelt («Artemis») gewobenen Tapisserienserie der Odyssee im Beisein von Regierungsrat Ernst Walch eröffnet. Die Ausstellung dauerte 6 Wochen und stellte die Webkunst von Artemis erstmals einem amerikanischen Publikum vor.

Ende April reiste eine Gruppe der Hochschule Liechtenstein, bestehend aus Studenten sowie Mitgliedern der Fakultät, nach New York und Princeton. Fakultätsmitglieder reisten weiter in andere Landesteile, um mit ausgesuchten Universitäten über eine vermehrte Zusammenarbeit und den Studentenaustausch zu sprechen. Die Botschaft war bei der Vorbereitung der Besuche und Gespräche behilflich.

Der Liechtenstein-Abend im Heurich-House am 27. September in Anwesenheit von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck bot erstmals Gelegenheit, in Washington nebst Informationen über das Land auch von liechtensteinischen Köchen zubereitete Spezialitäten zu servieren.

Am 29. September fand in der Corcoran Gallery of Art eine Gedichtlesung mit anschliessendem Empfang

der Botschafter der folgenden europäischen Kleinstaaten statt: Malta, Zypern, Luxemburg, Island, Slowenien und Liechtenstein. Es war dies die zweite gemeinsame Kulturveranstaltung.

Weitere von der Botschaft durchgeführte Kulturveranstaltungen (Vortrag mit Fragestunde und anschliessendem Empfang) fanden im American News Women's Club, in der George Washington University, der American University, der St. Alban's School sowie in den Botschaftsräumlichkeiten selbst statt. Des Weiteren wurden Gruppen von Mitarbeitern der US-Kongressmitglieder sowie Interessenverbände zu Informationsveranstaltungen in die Botschaft eingeladen.

Besuche

- | | |
|--------------------|--|
| 25.-26. Februar | traditioneller Besuch einer Delegation des US-Kongresses in Liechtenstein |
| 18.-19. April | Besuch der Botschafterin bei der stellvertretenden Gouverneurin des Staates Pennsylvania |
| 27. Juni – 1. Juli | Jahrestagung der Egmont-Gruppe in Washington. Die FIU-Vertreter trafen sich am Rande mit Mitgliedern des Kongresses bzw. deren Mitarbeitern. |
| 2.-4. Juli | OSZE-Parlamentariertreffen in Washington – Teilnahme Abg. Doris Beck und Josy Biedermann |
| 1. September | Besuch der Botschafterin bei der Firma Ivoclar-Vivadent in Amherst, N.Y., in Anwesenheit von Congressman Tom Reynolds, in dessen Wahlkreis das Unternehmen liegt. Mit dem Betrieb in Amherst sind rund 260 Arbeitsplätze verbunden. |
| 14.-15. September | Besuch von Regierungschef Otmar Hasler in Washington
– Frühstückstreffen mit Mitgliedern des US-Kongresses
– Besuch des Holocaust-Museums mit Kranzniederlegung
– Vortrag in der Riggs-Bibliothek der Georgetown University |
| 25.-26. September | Besuch von Frau Regierungsrätin Rita Kieber-Beck in Chicago
– Abendessen gegeben vom Direktor des Swiss Business Hub
– Besuch kultureller Institutionen
– Mittagessen für Liechtensteiner / Innen |
| 27.-28. September | Besuch von Frau Regierungsrätin Rita Kieber-Beck in Washington und Princeton
– Vortrag an der Georgetown University Business School
– Vortrag beim European Institute |

- Treffen mit Mitgliedern des US-Kongresses
- Besuch kultureller Institutionen
- Treffen mit dem Kulturbeauftragten von Präsident Bush
- Liechtenstein-Abend im Heurich-House
- Treffen mit Sandra Day O'Connor, Richterin am Obersten Gerichtshof
- Besuch der Princeton University, Zusammentreffen mit der Rektorin der Woodrow Wilson School of Public and International Affairs und Fakultät, Besuch des Liechtenstein Institute on Self-Determinaton.

6.-7. Oktober

- Besuch der Botschafterin in Colorado
- Treffen mit dem Gouverneur von Colorado
 - verschiedene Treffen mit Lokalpolitikern sowie Vertretern von Finanz und Wirtschaft
 - Vortrag an der University of Colorado
 - Treffen mit Kadetten der Militärakademie
 - Besichtigung von High-Tech-Betrieben

Im Berichtsjahr kamen drei unbezahlte Praktikanten bzw. Praktikantinnen bei der Botschaft zum Einsatz. Es handelte sich dabei vorwiegend um Studenten bzw. Studentinnen, die das Teilzeitpraktikum neben ihrem Studium absolvierten.

Liechtensteinische Botschaft in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Aufgabe der Botschaft war es, die liechtensteinischen Interessen in Österreich zu wahren und die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten zu fördern. Im vergangenen Jahr fand eine Reihe von hochrangigen Besuchen, sowohl auf politischer als auch auf Beamtenebene statt. Neben der Vorbereitung und Koordination dieser Treffen gehörten die Bearbeitung diverser Anfragen zu Liechtenstein sowie die konsularische Betreuung liechtensteinischer Staatsangehöriger in Österreich zu den Aufgaben der Botschaft in Wien. Die Zusammenarbeit Liechtensteins mit Österreich im Bereich der Auslandhilfe und der Österreich-Bibliotheken wurde erfolgreich weitergeführt und vertieft.

Besuche des Landesfürsten

Im Beisein von S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein wurde im Liechtenstein Museum eine

Gemeinschaftsbriefmarke Liechtensteins und Österreichs präsentiert. Die Gemeinschaftsbriefmarke zwischen den beiden Nachbarländern ist Ausdruck der engen Beziehungen, auch im Bereich der Briefmarken und förderte die Präsenz des Landes in Österreich.

S.D. der Fürst wurde in Österreich für seine Verdienste um die Europäische Kultur in Wien mit dem Pro-Europa-Kulturpreis gewürdigt. Bei dieser Gelegenheit trafen sich S.D. der Fürst und mit Bundespräsident Dr. Heinz Fischer zu einem Arbeitsgespräch.

Staatsoberhäuptertreffen in Salzburg

S.D. Erprinz Alois von und zu Liechtenstein nahm am zweiten Treffen der vier deutschsprachigen Staatsoberhäupter in Salzburg teil. Zentrale Themen im Gespräch mit den Bundespräsidenten aus Österreich, Deutschland und der Schweiz waren Europa, Afrika sowie die wirtschaftliche Situation in den vier teilnehmenden Ländern.

Forum Alpbach

Regierungschef Otmar Hasler hat auch in diesem Jahr am Europäischen Forum Alpbach teilgenommen.

Treffen auf Regierungsebene

Treffen mit der österreichischen Bundesregierung

Auf höchster Regierungsebene fanden zahlreiche Treffen zwischen Liechtenstein und Österreich in Vaduz statt. So war Wirtschaftsminister Dr. Martin Bartenstein zu einem Arbeitsbesuch bei Regierungschef Otmar Hasler und Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher. Regierungsrat Martin Meyer traf Verkehrsminister Hubert Gorbach, Aussenministerin Dr. Ursula Plassnik folgte einer Einladung von Rita Kieber-Beck und Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher empfing Justizministerin Mag. Karin Gastinger ebenfalls zu einem Arbeitsgespräch.

Daneben kam es zu zwei Besuchen liechtensteinischer Regierungsmitglieder bei österreichischen Mitgliedern der Bundesregierung. Regierungsrat Hugo Quaderer besuchte Bildungsministerin Elisabeth Gehrler zu einem Arbeitsgespräch in Wien. Er traf zudem mit Bundesministerin Ursula Haubner vom Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz zusammen. Regierungschef-Stellvertreter und Justizminister Klaus Tschüscher nahm an einem Justizministertreffen mit Finnland, Luxemburg, Slowenien und Kroatien in Salzburg teil. Europäische Themen sowie Themen des Strafvollzugs standen zur Diskussion.

Treffen mit österreichischen Landesregierungen

Auf Einladung stattete die liechtensteinische Regierung der Tiroler Landesregierung einen Freundschaftsbesuch in Innsbruck ab. Die liechtensteinische Regierung traf zudem mit der Vorarlberger Landesregierung in Feldkirch zusammen. Im Gespräch äusserte die Vorarlberger Landesregierung den Wunsch, die künftige Zusammenarbeit

mit Liechtenstein beim Interreg Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein-Programm zu verstärken.

Besuch des Präsidenten des Bankenverbandes

Der Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbandes, Michael Lauber, weilte zu einem Arbeitsbesuch in Wien. Er traf mit diversen österreichischen Vertretern aus Politik und Wirtschaft zusammen und stellte dabei die Entwicklungen des liechtensteinischen Bankenplatzes vor.

Treffen auf Beamtenebene

Der mittlerweile gut institutionalisierte Politische Dialog zwischen Liechtensteins Amt für Auswärtige Angelegenheiten und Österreichs Aussenministerium auf der Ebene der Generalsekretäre fand ebenfalls wieder statt. Themen der Gespräche waren die Entwicklungszusammenarbeit, die Bedeutung der konsularischen Dienste sowie die österreichische EU-Präsidentschaft.

Ausserdem kam es zu mehreren Expertentreffen zur Verhandlung eines Trilateralen Abkommens zwischen der Schweiz, Österreich und Liechtenstein im Asylbereich, welches noch im Berichtsjahr unterzeichnet wurde, sowie zum Informationsaustausch betreffend die Aufnahme biometrischer Daten in Reisepässen.

Spenden für Hochwasserkatastrophe

Liechtenstein hat die beiden im August vom Hochwasser betroffenen Bundesländer Tirol und Vorarlberg finanziell unterstützt. Regierungschef Otmar Hasler überreichte Tirols Landeshauptmann Herwig van Staa CHF 30 000, Regierungsrätin Rita Kieber-Beck den Bürgermeistern von Nenzing und Frastanz je CHF 50 000 zur Beseitigung der Hochwasserschäden.

Liechtensteinische Mission in Brüssel

Leiter: S.D. Botschafter Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein

Die EWR-Zusammenarbeit war auch im Berichtsjahr der wichtigste Arbeitsschwerpunkt der Mission Brüssel, insbesondere, da Liechtenstein im zweiten Halbjahr die Präsidentschaft im EWR innehatte. Daneben wurden die Vorbereitungen betreffend die Verhandlungen zu «Schengen» und «Dublin» weitergeführt und eine Reihe von Einzelfragen innerhalb und ausserhalb des EWR-Abkommens mit der EU behandelt. Dazu gehörte auch der anvisierte Einbezug Liechtensteins in das Landwirtschaftsabkommen zwischen der EU und der Schweiz. Die Verfolgung der politischen Entwicklungen in der EU erhielt eine besondere Priorität durch die Fragen um die Annahme oder Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages.

Beziehungen Liechtensteins zur Europäischen Union

Das EWR-Abkommen funktioniert weiterhin klaglos und eine hohe Anzahl von Binnenmarktgesetzen konnten in das Abkommen übernommen werden. Mehrere Rechtsakte verlangten aus liechtensteinischer Sicht einer Anpassung oder nach Übergangsfristen. Nach längeren Verhandlungen gelang es im ersten Halbjahr die Modalitäten der Teilnahme der EFTA-Staaten in mehreren EU-Agenturen zu vereinbaren. Solche Agenturen spielen eine immer grössere Rolle bei der Verwaltung des Binnenmarktes, vor allem in Sicherheits- und Konsumentenschutzfragen, wie z.B. eine Agentur zur Zulassung von Medikamenten, oder in Bereichen des Lebensmittel-schutzes, der Luftfahrtsicherheit, der Eisenbahnen. Bei der Umsetzung von EWR-Vorschriften ist Liechtenstein im Ländervergleich deutlich in die untere Hälfte abgerutscht. Dies hat teilweise damit zu tun, dass im Berichtsjahr eine hohe Zahl von komplexen Gesetzeswerken anstand. Mit einer Verbesserung der Position im Jahr 2006 kann gerechnet werden.

Auch die Organe des EWR-Abkommens, wie der Gemischte EWR-Ausschuss, der EFTA-Gerichtshof und die EFTA-Überwachungsbehörde, erfüllten ihre Aufgaben im vorgesehenen Rahmen. Die Mission nimmt jede Woche an einer Reihe von statutarischen sowie ausserordentlichen Verhandlungssitzungen teil. Zu vermerken ist, dass für Liechtenstein ein neues Mitglied im Kollegium der EFTA-Überwachungsbehörde Einsitz nahm, Herr Kurt Jäger. Auch sonst gab es in den EWR-Organen eine Reihe von personellen Veränderungen.

Der liechtensteinische EWR-Vorsitz verlangte eine höhere Präsenz bei verschiedenen Tagungen, Sitzungen und Informationsveranstaltungen, verlief aber ohne besondere Vorkommnisse.

Der EWR-Rat fand bei seiner zweiten halbjährlichen Sitzung am 21. November unter dem Vorsitz von Frau Regierungsrätin Rita Kieber-Beck statt. Unter den weiteren Ministersitzungen sei das EFTA-Treffen mit den EU-Finanzministern (ECOFIN) vom 8. November genannt, an dem Regierungschefstellvertreter Klaus Tschüscher teilnahm.

Kontakte mit der Kommission gab es in Vorbereitung der geplanten Verhandlungen zu einer eventuellen Assoziation Liechtensteins an Schengen (Grenzöffnung) und Dublin (Kooperation im Asylbereich). Gespräche fanden auch betreffend den Einbezug in das bilaterale Landwirtschaftsabkommen zwischen der EU und der Schweiz statt. In beiden Verhandlungsfragen konnten Fortschritte erzielt werden.

Zahlreich waren wiederum die Einsätze von Missionsangehörigen im Bereich der Information und des Gedankenaustausches (Interviews, Vorträge, Teilnahme an Fachseminaren usw.).

Am 1. Juli 2005 ist ein weiteres Abkommen zwischen Liechtenstein und der EU in Kraft getreten, nämlich das Abkommen über die Zinsertragsbesteuerung. Auch wenn es noch bis kurz vor dem Inkrafttreten eine Reihe von abzuklärenden Fragen und Verhandlungskontakten

gab, verlief die Einführung dieses Steuersystems bisher ohne nennenswerte Vorkommnisse.

Die Vorbereitungen zum Anlaufen des EFTA-Finanzmechanismus konnten im Berichtsjahr weitgehend abgeschlossen werden. Durch diesen Mechanismus finanzieren die EWR-EFTA-Staaten Projekte in weniger entwickelten Regionen der EU, namentlich in den neuen Mitgliedsländern.

Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg

Leiter: Botschafter Daniel Ospelt

Wichtigstes politisches Ereignis in der Berichtsperiode war das Dritte Gipfeltreffen des Europarats am 16.-17. Mai in Warschau. Besonders hervorzuheben sind ferner die 115. Session der Aussenminister am 16.-17. November in Strassburg, der Bericht des Menschenrechtskommissars über Liechtenstein sowie der Besuch einer Delegation des Kongresses der Gemeinden und Regionen am 3.-4. November in Liechtenstein.

Zu den Prioritäten der polnischen Präsidentschaft im Ministerkomitee bis zum 17. Mai zählten die Vorbereitungen für das Dritte Gipfeltreffen in Warschau, die Stärkung und Konsolidierung der europäischen Einheit auch nach der EU-Erweiterung, die Förderung des interkulturellen Dialogs sowie die Entwicklung der lokalen Demokratie und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Schwerpunkte des portugiesischen Vorsizes im Ministerkomitee vom 17. Mai bis zum 17. November waren die Umsetzung der Beschlüsse des Dritten Gipfels, die Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sowie die Förderung der Anerkennung der kulturellen Dimension des Europarats als Mittel der Stärkung demokratischer Werte. Portugal hat den Vorsitz im Ministerkomitee am 17. November an Rumänien übergeben.

Drittes Gipfeltreffen des Europarats

Zum ersten Mal in der Geschichte des Europarats trafen sich die Staats- und Regierungschefs oder Aussenminister der 46 Mitgliedsstaaten des Europarats am 16.-17. Mai in Warschau zu einem gesamteuropäischen «Gipfel der Europäischen Einheit».

Ziel des Gipfels war es, die Grundwerte des Europarats zu bestätigen und die künftigen Ziele und Prioritäten der Organisation im Rahmen eines neuen politischen Mandats für die kommenden Jahre festzulegen. Der Gipfel wollte sicherstellen, dass die Tätigkeiten des Europarats den Bedürfnissen der 800 Millionen Europäer in seinen 46 Mitgliedsstaaten entsprechen. Es soll nach der EU-Erweiterung keine neue «Mauer» in Europa geschaffen werden. Weiters konnte die Arbeit des Europarats auf

die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ausgerichtet werden. Das Dritte Gipfeltreffen konnte mit der Verabschiedung einer politischen Erklärung - der Warschauer Erklärung - und eines Aktionsplans mit den wichtigsten Aufgaben des Europarats für die kommenden Jahre erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Erklärung von Warschau beginnt mit einer positiven Bewertung der europäischen Entwicklung in den vergangenen 10 Jahren, weist aber auch auf ungelöste Konflikte hin und fordert eine verstärkte Zusammenarbeit und Solidarität der Mitgliedsstaaten angesichts verschiedener Herausforderungen und unterstreicht die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen Nachbarregionen und der gesamten Welt. Insgesamt beinhaltet die Erklärung zehn Punkte, wie etwa die Stärkung der Demokratie, eine Würdigung des Systems des Menschenrechtsschutzes, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in Europa, die Notwendigkeit der Einhaltung der Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten und die Verurteilung aller Formen von Diskriminierung und Intoleranz.

Der Aktionsplan beinhaltet weitere über die Kernaufgaben des Europarats hinausgehende umfangreiche Massnahmen: die Reform des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mitteln für den Gerichtshof und den Menschenrechtskommissar, eine strikte Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen, die Förderung des politischen Dialogs; die Sicherheit der Bürger Europas, insbesondere bei der Bekämpfung des Terrorismus, des Menschenhandels, der Gewalt gegen Frauen und Kinder, der Korruption und des organisierten Verbrechens; aber auch die Schaffung eines menschlicheren Europas unter anderem mit der Förderung des sozialen Zusammenhalts und des interkulturellen Dialogs. Ein wichtiges Kapitel befasst sich auch mit der Förderung der Beziehungen mit anderen europäischen und internationalen Organisationen und Institutionen wie der Europäischen Union, der OSZE und den Vereinten Nationen.

Liechtenstein war am Dritten Gipfeltreffen durch Regierungschef Otmar Hasler und Regierungsrätin Rita Kieber-Beck vertreten. Zur liechtensteinischen Delegation gehörten zudem Botschafter Daniel Ospelt, Ständiger Vertreter beim Europarat, Botschafter Roland Marxer, Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, Andrea Hoch, diplomatische Mitarbeiterin und Kerstin Appel, Mitarbeiterin der Regierung.

Ministertreffen/Konferenzen

Am 16. und 17. November fand in Strassburg unter dem Vorsitz des portugiesischen Aussenministers die 115. Session des Ministerkomitees des Europarats statt. Im Mittelpunkt dieser 115. Sitzung der Aussenminister standen die Beschlüsse des Dritten Gipfeltreffens in Warschau sowie die bereits eingeleiteten als auch die künftigen Folgearbeiten. Um die politischen Impulse des Gipfeltreffens möglichst rasch in konkrete Massnahmen umzusetzen, diskutierten die Aussenminister die Stärkung des Systems des

Europarats zum Schutz der Menschenrechte [Wirksamkeit der EMRK/Prot. 14, verstärkte Mittel für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und den Menschenrechtskommissar], verstärkte Massnahmen zur Förderung der Demokratie [Einrichtung eines Expertenzentrums für die kommunale Verwaltungsreform des Kongresses (KGRE); entschlossene Bekämpfung des Terrorismus sowie anderer Formen der Kriminalität wie Korruption und «Cybercrime»]; Massnahmen zugunsten eines humaneren Europas [Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft; Bekämpfung von Gewalt an Frauen einschliesslich häuslicher Gewalt, Förderung von Kinderrechten sowie Schutz von Kindern gegen alle Formen von Gewalt und sexueller Ausbeutung] und eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Europarat, der EU, der OSZE und den Vereinten Nationen. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck vertrat Liechtenstein an diesem Ministertreffen.

An der 26. Justizministerkonferenz am 8.-9. April in Helsinki war Liechtenstein durch den Ständigen Vertreter beim Europarat vertreten. Im Mittelpunkt der Debatten standen soziale Aspekte der Justiz, insbesondere Methoden zur Bekämpfung von Überschuldung und die daraus resultierende soziale Ausgrenzung, die soziale Aufgabe des Strafrechts sowie die Bekämpfung des Terrorismus.

Vom 4. bis 6. Mai fand im Rahmen der Konferenz der Europäischen Bildungsminister in Krakau ein Seminar über das Gedenken an den Holocaust im Schulunterricht statt. Es umfasste aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau einen Holocaust-Gedenktag an dieser historischen Stätte. Liechtenstein war durch Regierungsrat Hugo Quaderer und Schulamtsleiter Guido Wolfinger vertreten.

An der 7. Europäischen Jugendministerkonferenz am 23.-24. September in Budapest war Liechtenstein durch Dr. Marcus Büchel, Leiter des Amtes für Soziale Dienste, vertreten. Das Thema «Menschliche Würde und sozialer Zusammenhalt: Jugendpolitik reagiert auf Gewalt» stand im Mittelpunkt der Konferenz, auf der eine Abschlusserklärung verabschiedet wurde, in welcher Massnahmen enthalten sind, um alle Formen von Gewalt einzudämmen oder zu verhindern, mit denen Jugendliche - entweder als Opfer oder als Täter - konfrontiert werden.

Teilnahme an Sitzungen

Im Berichtsjahr fanden neben der vorgenannten 115. Ministersession am 16.-17. November in Strassburg 41 Sitzungen des Ministerkomitees auf Delegiertenebene, d.h. auf Ebene der Ständigen Vertreter/Botschafter, statt.

Zudem gab es noch 112 Treffen von Arbeitsgruppen des Ministerkomitees, bei denen der Ständige Vertreter infolge der sehr beschränkten personellen Ressourcen der Ständigen Vertretung an den folgenden Sitzungen teilnahm:

- Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Dritten Gipfeltreffens (GT-SOM3)
- Folge-Komitee des Dritten Gipfeltreffens (CM-SUIV13)
- Berichterstattergruppe demokratische Stabilität (GR-EDS)

- Berichterstattergruppe Menschenrechte (GR-H)
- Ad-hoc-Arbeitsgruppe institutionelle Reformen (GT-REF-INST)
- Berichterstattergruppe administrative und budgetäre Fragen (GR-AB)

Der Ständige Vertreter nahm zudem an den Sitzungen des Aufsichtsrats und des Verwaltungsrats der Entwicklungsbank des Europarats (CEB) in Paris teil.

Im Berichtsjahr erfolgte eine Teilnahme von liechtensteinischen Experten an 28 Sitzungen von Expertenkomitees des Europarats sowie an 4 Sitzungen aufgrund von Teilabkommen des Europarats. Die Reisekosten und Spesen wurden vom Europarat übernommen.

Europäisches Jahr der Demokratieerziehung 2005

Der Europarat hat das Jahr 2005 zum Europäischen Jahr der Demokratieerziehung erklärt. Es wurde mit einer Konferenz am 13.-14. Dezember 04 in Sofia eingeleitet. Auf der Konferenz wurde hingewiesen, wie bedeutend die Erziehung aus einer Perspektive des lebenslangen Lernens für die Entwicklung zum aktiven Staatsbürger und für die Förderung demokratischer Kultur sei. Verschiedene Arbeiten zielten in diesem Europäischen Jahr der Demokratieerziehung darauf ab, Beispiele guter Praxis zu verbreiten, demokratische Werte bewusst zu machen sowie entsprechende Initiativen und Partnerschaften anzuregen. Demokratie lernen und leben war die Botschaft des Europarats für das Jahr 2005.

Bericht des Menschenrechtskommissars Gil-Robles über Liechtenstein

Nach seinem offiziellen Besuch in Liechtenstein am 9. und 10. Dezember 2004 stellte der Menschenrechtskommissar des Europarats, Alvaro Gil-Robles, den Bericht über Liechtenstein am 4. Mai 2005 im Ministerkomitee vor. Insgesamt zeigte sich der Menschenrechts-Kommissar über die Menschenrechtssituation in Liechtenstein sehr zufrieden. Als Punkte positiver Kritik mit Verbesserungsmöglichkeiten erwähnte er u. a. die Stärkung der rechtlichen Stellung der in Liechtenstein lebenden Ausländer, die Behandlung von Asylgesuchen und Aufenthaltsgenehmigungen sowie die Beistellung eines Anwalts bei der Verhaftung.

Neuer Menschenrechtskommissar des Europarats

Nachdem das sechsjährige Mandat des derzeitigen Menschenrechtskommissars des Europarats, Alvaro Gil-Robles, am 1. Januar 2006 endete, war im Herbst 2005 eine Neuwahl notwendig geworden. In der Herbstsession der Parlamentarischen Versammlung wurde Thomas Hammarberg zum neuen Menschenrechtskommissar des Europarats gewählt. Er tritt sein Mandat am 1. April 2006 an.

Kongress der Gemeinden und Regionen Europas

Die 12. Plenarsitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) fand vom 31. Mai bis 2. Juni in Strassburg statt. Liechtenstein war an dieser

12. Plenarsitzung durch die Vorsteher Donath Oehri, Gamprin, und Norman Wohlwend, Schellenberg, vertreten. Im Mittelpunkt der Debatten standen u. a. die Umsetzung der Prioritäten des Kongresses, die Rolle der Städte und Regionen bei der Bekämpfung von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung, die Sanierung der Bergbau- und Industriegebiete sowie Berichte über Gemeinde- und Regionaldemokratie in Schweden, Dänemark und in den Niederlanden.

Die Beratungen der Kammer der Gemeinden befassten sich u. a. mit Gemeinden in Notlagen infolge von Natur- und Industriekatastrophen, der Rolle der Gemeinden bei Ölkatastrophen sowie der Rolle der Gemeinden bei der Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs. Ferner wurde ein Bericht über die kommunale Selbstverwaltung in Luxemburg zur Kenntnis genommen.

Kongress-Delegation in Liechtenstein

Am 3.-4. November besuchte eine Delegation des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) Liechtenstein und führte Gespräche mit der Regierung und Vertretern der Gemeinden Vaduz, Gamprin und Schellenberg über die Umsetzung der Europäischen Charta für kommunale Selbstverwaltung, welche für Liechtenstein am 1. September 1988 in Kraft getreten ist. Es kamen die Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden, die Ausgestaltung der Gemeindeautonomie und die Finanzaufteilung bzw. den Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden zur Sprache. Angesprochen wurden unter anderem auch die Integration von Ausländern in den Gemeinden, das Wahlrecht für Ausländer, die Aktivitäten für Ausländer, die Einbürgerungspraxis und Sicherheitsfragen. Bei den Besuchen in den Gemeinden Vaduz, Gamprin und Schellenberg konnte die Kongress-Delegation einen sehr guten Überblick und Eindruck über diese Gemeinden und ihre Aufgaben gewinnen. Der Bericht über diesen Besuch wird im Verlauf von 2006 in Strassburg vorgestellt.

CPT-Wahlen im Ministerkomitee

Am 1. Dezember wurden verschiedene Mitglieder des Komitees zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) neu gewählt. Für Liechtenstein wurde Frau Isolde Kieber mit grosser Mehrheit für eine weitere Mandatszeit vom 20. Dezember 2005 bis zum 19. Dezember 2009 wiedergewählt.

Dialog zwischen der Parlamentarischen Versammlung (PV) und dem Landtag

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats beschloss im Jahr 2004, mit den Behörden Liechtensteins nach den Landtagswahlen im März 2005 in einen Dialog zu treten, um sowohl die verfassungsrechtliche wie auch die politische Praxis nach dem Inkrafttreten der Verfassungsänderungen zu überprüfen. Eine erste Gesprächsrunde zwischen dem Ad-hoc-Ausschuss des Landtags

und der Vertretung der Parlamentarischen Versammlung wurde am 26.-27. September in Liechtenstein abgehalten. Ein Gegenbesuch fand Ende Januar 2006 in Strassburg statt. Nach dieser zweiten Gesprächsrunde ist vom luxemburgischen Vorsitzenden Glesener von Seiten des Ad-hoc-Ausschusses der PV ein Bericht für das «Präsidium» der PV anzufertigen.

Europarat gedenkt der Befreiung von Ausschwitz

Am 25. Januar fand im Europarat eine Gedenkfeier zum 60. Jahrestag der Befreiung von Ausschwitz statt. Der Europarat hat den «Europäischen Tag zum Gedenken des Holocaust und zur Verhütung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit» eingeführt.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York

Leiter: Botschafter Christian Wenaweser

Die Ständige Vertretung setzte ihr aktives Engagement in diversen formellen und informellen UNO-Gremien in New York fort, unter besonderer Berücksichtigung finanzplatzrelevanter Entwicklungen (v.a. Oil-for-Food-Untersuchung) und der aussenpolitisch prioritären Bereiche Menschenrechte, Völkerrecht und humanitäre Hilfe. Dabei standen die Aktivitäten im Zeichen des Weltgipfeltreffens im September, welches Anlass für umfangreiche Massnahmen zur Reform der Vereinten Nationen sowie zur Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit bot.

Prioritär behandelte Themen

Finanzplatzrelevante Themen

Liechtenstein kooperierte mit der von Paul Volcker geleiteten Kommission zur Untersuchung des Oil-for-Food-Programms. Die Kommission legte im September und Oktober ihre Abschlussberichte vor und stellte fest, dass das Programm von Saddam Hussein umfassend manipuliert und für Schwarzgeldzahlungen genutzt wurde. Der Sicherheitsrat habe das Programm von Beginn an fehlerhaft konzipiert und es anschliessend gemeinsam mit dem UNO-Sekretariat an der notwendigen Überwachung mangeln lassen. Insgesamt wird rund 2000 Firmen weltweit vorgeworfen, an unzulässigen Zahlungen beteiligt gewesen zu sein, darunter auch Gesellschaften aus Liechtenstein. Der Ausschuss hob in seinen Berichten die aktive Kooperation Liechtensteins besonders hervor. Die Ständige Vertretung konnte weiters gemeinsam mit der FIU die Übergabe eines in Liechtenstein registrierten, dem vormaligen irakischen Regime zurechenbaren Business-Jets an die neue irakische Regierung vorbereiten und durchführen, dies in Umsetzung des neuen

Sanktionenregimes des Sicherheitsrates gegen die früheren Machthaber des Irak. Liechtenstein setzte den Berichtsdialog mit Unterorganen des Sicherheitsrates betreffend Terrorismusbekämpfung (u.a. Terrorismusfinanzierung) fort. Hinsichtlich der vom Sicherheitsrat gegen Einzelpersonen und Gesellschaften getroffenen Massnahmen (u.a. Sperre von Vermögenswerten) setzte sich Liechtenstein für mehr Transparenz und Verfahrensrechte ein.

Menschenrechte

Die Arbeit im Menschenrechtsbereich stand im Zeichen der geplanten Errichtung eines Menschenrechtsrates. Die liechtensteinische Delegation beteiligte sich aktiv an den entsprechenden Verhandlungen und brachte diverse Vorschläge ein, so insbesondere einen Vorschlag zur Einführung eines innovativen Verfahrens zur Wahl der Mitglieder, des Rates, welcher dessen Glaubwürdigkeit erhöhen sollte. Daneben engagierte sich die liechtensteinische Delegation im Dritten Hauptausschuss der Generalversammlung, wo sie sich u.a. für eine Bekräftigung des absoluten Folterverbots und den Sondervertreter des Generalsekretärs für Kinder in bewaffneten Konflikten einsetzte. Auch an den Verhandlungen zu einer Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen nahm Liechtenstein aktiv teil und übernahm erneut Vermittleraufgaben. Zu den weiteren Schwerpunkten des liechtensteinischen Engagements im Menschenrechtsbereich gehörten die Stärkung des Büros der Hochkommissarin für Menschenrechte und die Reform der Ausschüsse zur Überprüfung der verschiedenen Menschenrechtsübereinkommen.

Völkerrecht/Rechtsstaatlichkeit

Liechtenstein setzte sein Engagement zur Förderung und Weiterentwicklung des Völkerrechts erfolgreich fort: So wurden die Verhandlungen unter liechtensteinischem Vorsitz über ein Zusatzprotokoll zur Konvention über den Schutz des UNO-Personals zu Ende gebracht; es ist dies die erste unter liechtensteinischer Leitung ausverhandelte multilaterale Konvention. Ein liechtensteinischer Kompromissvorschlag zur Definition von Terrorismus belebte die seit Jahren blockierten Verhandlungen über eine allgemeine Terrorismuskonvention, führte vorerst jedoch nicht zum Konsens. Die Arbeiten zur Definition des Verbrechens der Aggression im ICC-Statut, die ebenfalls von Botschafter Wenaweser geleitet werden, gewannen deutlich an Profil auf der Agenda der Vertragsstaaten, nachdem in Zusammenarbeit mit dem Liechtenstein Institute on Self-Determination der Universität Princeton ein weiteres intersessionales Expertentreffen organisiert wurde. Im Rahmen der Verhandlungen zum Gipfel-Schlussdokument brachte Liechtenstein erfolgreich Vorschläge zur Stärkung der Aussagen zur Rechtsstaatlichkeit ein. Liechtenstein gab ausserdem die Kandidatur eines Mitarbeiters der Mission für den Vizevorsitz im Rechtsausschuss der 61. Session der Generalversammlung (2006/7) bekannt.

UNO-Reform

Die Vorbereitung des Weltgipfeltreffens im September 2005 in New York wurde für umfangreiche Verhandlungen zur Reform der Vereinten Nationen genutzt. Liechtenstein beteiligte sich aktiv an diesem Prozess. Insbesondere leistete Botschafter Wenaweser intensive Vermittlerdienste zur Frage der Reform und Erweiterung des Sicherheitsrates, dies in seiner Eigenschaft als Co-Vorsitzender der entsprechenden Arbeitsgruppe der Generalversammlung. Die diversen Initiativen zur Erweiterung des Sicherheitsrates liessen sich jedoch nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen, und nach dem Ende des Gipfeltreffens wird der Prozess auf absehbare Zeit kaum neue Dynamik erhalten. Der Weltgipfel beschloss jedoch eine Reihe von Reformmassnahmen in anderen Bereichen: So wurde die Einrichtung einer «Peacebuilding Commission» beschlossen, welche Ländern den Übergang von Konfliktsituationen zu nachhaltiger Entwicklung erleichtern soll, indem sämtliche Akteure an einen Tisch gebracht werden. Im Prinzip beschlossen, jedoch noch nicht im Detail umgesetzt wurde weiters die Einrichtung eines Menschenrechtsrates, der die stark in die Kritik geratene Menschenrechtskommission ersetzen soll. Hier engagierte sich die Vertretung besonders aktiv; Botschafter Wenaweser berief eine Reihe von Arbeitstreffen von Botschaftern verschiedener Regionen ein, um die Diskussionen voranzutreiben. Das Gipfeltreffen setzte ausserdem Massnahmen zur Reform des UNO-internen Managements, dessen Schwächen zuletzt im Rahmen des Oil-for-Food-Skandals hervorgehoben wurden. Im humanitären Bereich ist die Schaffung des «Central Emergency Response Fund» besonders hervorzuheben: Dieser soll die von der UNO geleistete humanitäre Hilfe insofern verbessern, als die häufig fatale zeitliche Lücke zwischen dem Eintreten einer Notsituation und der Bereitstellung von Mitteln durch einzelne Staaten geschlossen wird.

Generalversammlung

Weltgipfel September 2005

Das Gipfeltreffen vom 14. – 16. September 2005 war mit über 150 Staats- und Regierungschefs die bestbesuchte Veranstaltung der Geschichte der Vereinten Nationen. Regierungschef Otmar Hasler hielt dabei für Liechtenstein eine Ansprache an die Plenarversammlung. Neben Reformthemen (vgl. oben) standen Entwicklungsfragen im Mittelpunkt: Fünf Jahre nach der Verabschiedung der Millenniumsentwicklungsziele wurde eine Bestandesaufnahme zu deren Umsetzung gemacht. Positive Entwicklungen sind v.a. in einigen Ländern Asiens zu verzeichnen; hingegen werden zahlreiche afrikanische Länder, v.a. im Bereich der Sub-Sahara, die Ziele voraussichtlich deutlich verfehlen. Das Gipfeltreffen bekräftigte das Bekenntnis der entwickelten Staaten, die Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,7% des Bruttonationalprodukts zu erhöhen. Die Vorbereitung des Gipfeltreffens wirkte ausserdem als Katalysator für eine Reihe von entwicklungsrelevanten

Beschlüssen in anderen Gremien. Neben den Themen Entwicklung und UNO-Reform behandelte der Gipfel auch Fragen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, traf mangels Einigung jedoch keinerlei Aussagen zum Bereich Abrüstung. Immerhin wurde das in der UNO-Charta enthaltene Gewaltverbot bekräftigt. Eine Indossierung des Konzepts der frühzeitigen Selbstverteidigung («pre-emptive self-defence») blieb aus. Erfreulich sind ausserdem die Aussagen des Schlussdokuments betreffend den Schutz von Zivilisten: Zum ersten Mal wurde auf dieser hohen Ebene das Prinzip anerkannt, wonach Regierungen ihre Zivilbevölkerung vor Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen schützen müssen, widrigenfalls die internationale Staatengemeinschaft die Pflicht trifft, entsprechende Massnahmen zu setzen («Responsibility to Protect»).

Generaldebatte

Die alljährliche Generaldebatte fand im Anschluss an das Gipfeltreffen statt und war von über 110 Aussenministern und Aussenministerinnen sowie rund 20 Staatspräsidenten besucht. Thematisch wurden dabei hauptsächlich die Schwerpunkte des Weltgipfels wiederholt. Für Liechtenstein hielt Regierungsrätin Rita Kieber-Beck am 22. September 2005 eine Ansprache vor dem Plenum der Generalversammlung.

Arbeit in Ausschüssen

Die Ständige Vertretung setzte neben den ausserordentlichen und äusserst zeitintensiven Arbeiten zu Reform und Gipfelvorbereitung auch die Arbeit in den diversen Ausschüssen der Generalversammlung fort, insbesondere in den Bereichen Menschenrechte (3. Ausschuss) und Völkerrecht (6. Ausschuss).

Sicherheitsrat

Ländersituationen

Der Sicherheitsrat befasste sich im Jahr 2005 vor allem mit den Situationen in Irak, Afghanistan, Nahost, Sudan, Burundi, der Demokratischen Republik Kongo und der Elfenbeinküste. Durch die Ermordung des ehemaligen libanesischen Regierungschefs Hariri waren auch Syrien und Libanon ein Schwerpunkt der diesjährigen Sitzungen. Das Thema Iran fand noch nicht den Weg auf die formelle Agenda des Sicherheitsrates. Weltweit sind 15 Operationen zur Wahrung des Friedens im Einsatz (sieben in Afrika, eine in Nord-, Mittel- und Südamerika, eine in Asien, drei in Europa und drei im Mittleren Osten), sowie zwei politische Missionen (Afghanistan und Sudan). Die Kosten für friedenserhaltende Massnahmen steigen weiterhin an.

Thematische Schwerpunkte

Im Mittelpunkt der thematischen Aktivitäten des Sicherheitsrates steht weiterhin die Terrorismusbekämpfung. Inzwischen finden regelmässig alle drei Monate entspre-

chende Briefings der Vorsitzenden aller einschlägigen Ausschüsse des Sicherheitsrates statt (Counter-Terrorism Committee, Taliban/Al-Qaida-Sanktionenausschuss, Ausschuss betreffend Massenvernichtungswaffen), dabei ergreift in der Regel auch Liechtenstein das Wort. Im Gefolge der Anschläge in London wurde Resolution 1624 verabschiedet, welche die Staaten u.a. auffordert, auch die Anstiftung zu terroristischen Akten zu verhindern und zu verfolgen. Liechtenstein beteiligte sich ausserdem an Debatten zu den Themen «Frauen, Frieden und Sicherheit» (betreffend die Stärkung der Rolle von Frauen in Friedensprozessen), sowie an Debatten über den Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten und die Situation von Kindern in bewaffneten Konflikten.

Internationaler Strafgerichtshof

Das Dossier des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag wird durch die Ständige Vertretung in New York betreut, welche auch die Versammlung der Vertragsstaaten abdeckt (28. November – 3. Dezember 2005), mit Schwerpunkt Arbeitsgruppe Aggression. Die Zahl der Vertragsstaaten erreichte durch die Ratifikation Mexikos die Zahl 100. Höhepunkt in diesem Jahr war die Überweisung der Situation in Darfur an den Strafgerichtshof durch den UNO-Sicherheitsrat, dies trotz der Vorbehalte der USA gegen den ICC. Derzeit befinden sich drei Situationen im Untersuchungsstadium: Uganda (im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Lord's Resistance Army), Demokratische Republik Kongo (Region Ituri) und Sudan (Darfur); es wurden bereits die ersten Haftbefehle ausgestellt.

Ständige Mission in Genf

Leiter: Botschafter Norbert Frick

Die Ständige Mission in Genf nimmt die Beziehungen zu allen internationalen Organisationen mit Sitz in Genf wahr. Mit erster Priorität werden die EFTA- und WTO-Agenden bearbeitet.

Im ersten Halbjahr 2005 hatte Liechtenstein den Vorsitz in der EFTA inne. Im Mittelpunkt der Aktivitäten standen dabei die Drittlandbeziehungen sowie die Organisation und Durchführung des EFTA-Ministertreffens unter dem Vorsitz von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck am 27. Juni 2005 in Vaduz.

In der Berichtsperiode konnten ein Freihandelsabkommen mit Korea unterzeichnet sowie Verhandlungen mit Thailand lanciert werden. Die Verhandlungen mit den SACU-Staaten (SACU: Zollunion des südlichen Afrikas, bestehend aus Botswana, Lesotho, Namibia, Südafrika, Swasiland) konnten ebenfalls praktisch abgeschlossen werden. Zudem trat das Freihandelsabkommen mit Tunesien am 1. Juni 2005 in Kraft. Hingegen konnten die Verhandlungen

mit Ägypten und Kanada bisher nicht reaktiviert werden. Mit mehreren Partnerstaaten fanden zudem Treffen zur Pflege und Weiterentwicklung der bestehenden Abkommen statt.

In Bezug auf die WTO befasste sich die Ständige Mission vor allem mit der neuen Welthandelsliberalisierungsrunde, die im November 2001 in Doha/Katar lanciert wurde. Mitte Dezember 2005 fand in Hongkong eine Ministerkonferenz statt, an welcher beschlossen wurde, die für die Schlussverhandlungen notwendigen Modalitäten bis Ende April 2006 zu verabschieden und am Abschluss der Verhandlungen bis Ende 2006 festzuhalten. Der neue WTO-Generalsekretär, Pascal Lamy, trat am 1. September 2005 sein Amt an.

In Bezug auf die UNO und andere internationale Organisationen in Genf waren die wichtigsten Ereignisse die Teilnahme an der UNO-Menschenrechtskommission (14. März bis 22. April 2005), an diversen Vertragsstaaten-treffen sowie an der Rotkreuz-Konferenz zum Emblem / III. Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen. Ansonsten musste sich die Mission im UNO-Bereich weitgehend auf die Wahrnehmung der Routinetätigkeiten und auf die notwendige Pflege der Beziehungen beschränken.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Im ersten Halbjahr 2005 hatte Liechtenstein den EFTA-Vorsitz in Genf inne. Die Wahrnehmung der EFTA-Agenden stellte in dieser Periode den Schwerpunkt der Tätigkeiten der Mission dar. Die EFTA-Aktivitäten in Genf konzentrieren sich auf die EFTA-Drittlandbeziehungen, d.h. im Wesentlichen auf den Abschluss von Freihandelsabkommen. Ziel ist es, den Wirtschaftsakteuren der EFTA-Staaten die bestmöglichen Rahmenbedingungen und Marktzugangschancen bieten zu können.

Am 27. Juni 2005 fand zum zweiten Mal nach 2001 ein EFTA-Ministertreffen in Vaduz statt. Das Treffen wurde von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck geleitet. Die EFTA-Minister trafen gleichzeitig auch mit dem EFTA-Parlamentarier- sowie dem EFTA-Konsultativkomitee zusammen. Ein weiteres EFTA-Ministertreffen fand am 29. November 2005 in Genf statt. An diesem Treffen nahm ebenfalls Regierungsrätin Rita Kieber-Beck teil.

Am 15. Dezember 2005 konnten die EFTA-Staaten am Rande des WTO-Ministertreffens in Hongkong mit der Republik Korea ein weiteres Freihandelsabkommen unterzeichnen. Für Liechtenstein unterzeichnete Regierungsrätin Rita Kieber-Beck. Das Abkommen deckt alle wichtigen Bereiche der Handelsbeziehungen ab, einschliesslich des Handels mit Gütern und Dienstleistungen, des öffentlichen Beschaffungswesens, des Wettbewerbs und des geistigen Eigentums. Es enthält ferner Bestimmungen zur Streitbeilegung. Darüber hinaus haben die EFTA-Staaten und Korea bilaterale Abkommen über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen abgeschlossen. Korea ist gleichzeitig ein Investitionsabkommen mit Island, Liechtenstein und der Schweiz eingegangen. Es wird erwartet, dass das Abkommen

namhafte Vorteile für die liechtensteinische Industrie bringen wird. Die EFTA verfügt somit nun über 15 Freihandelsabkommen mit Drittstaaten. Zudem sind die Freihandelsverhandlungen mit den SACU-Staaten praktisch abgeschlossen und das Freihandelsabkommen kann voraussichtlich im Frühjahr 2006 unterzeichnet werden. Das Freihandelsabkommen mit Tunesien trat am 1. Juni 2005 in Kraft. Mit Thailand fand im Oktober eine erste formelle Verhandlungsrunde statt. Zudem wurde mit Indonesien die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für ein Freihandelsabkommen vereinbart, was im Jahr 2007 die Aufnahme von Freihandelsverhandlungen erlauben könnte. Die Verhandlungen mit Ägypten und Kanada konnten trotz entsprechender Bemühungen noch nicht reaktiviert werden. Neben dem Abschluss neuer Abkommen werden auch die bestehenden Freihandelsabkommen gepflegt und zum Teil weiter entwickelt. In diesem Jahr fanden Treffen der Gemeinsamen Ausschüsse statt mit den Freihandelspartnern Mexiko, Israel (hier konnte die langjährige Ursprungsproblematik betreffend die besetzten Gebiete erfolgreich bereinigt werden) und Kroatien, sowie unter den Zusammenarbeitserklärungen mit Algerien, Albanien und der Ukraine. Mit den Mercosur-Staaten (Mercosur: Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay – Chile ist nicht Mitglied, aber assoziiert) traf man sich in der Berichtsperiode für einen Informationsaustausch.

An den Treffen der EFTA-Parlamentarier und –Parlamentarierinnen im Jahre 2005 war Liechtenstein durch die Landtagsabgeordneten Franz Heeb und Henrik Caduff vertreten. Josef Beck als Vertreter der liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer sowie Albert Jehle und Sigi Langenbahn als Vertreter des liechtensteinischen ArbeitnehmerInnenverbandes nahmen an Treffen des EFTA-Konsultativkomitees, einem Forum der Sozialpartner, teil.

Welthandelsorganisation (WTO)

Im November 2001 wurde in Doha/Katar eine neue WTO-Welthandelsliberalisierungsrunde lanciert. Auch im Berichtsjahr erwiesen sich die entsprechenden Verhandlungen als zeitintensiv. Im zweiten Halbjahr nahmen zusätzlich auch die Vorbereitungen für die WTO-Ministerkonferenz in Hongkong und das Verfassen einiger Grundsatzpapiere zu den liechtensteinischen Problemstellungen in den WTO-Verhandlungen viel Zeit in Anspruch. Die vorrangige Aufgabe der Welthandelsorganisation (WTO) besteht in der schrittweisen Liberalisierung des Welthandels. Inhalt der laufenden Welthandelsrunde ist demzufolge die weitere Liberalisierung des Handels mit Industriegütern, Agrarprodukten und Dienstleistungen sowie die Weiterentwicklung des WTO-Regelwerks. Diese Zielsetzungen und Verhandlungsinhalte sind grundsätzlich alle im Interesse Liechtensteins. Als Kleinstaat ist Liechtenstein nicht nur auf den Zugang zu den Weltmärkten, sondern auch auf verlässliche Spielregeln und auf durchsetzbares Recht im Welthandel angewiesen,

beispielsweise auf einen funktionierenden Streitbeilegungsmechanismus.

Die Verhandlungen in Genf haben sich als sehr zäh erwiesen. Stolperstein für raschere Verhandlungsschritte waren vor allem die Agrarverhandlungen. Obwohl Ende Juli 2004 eine wesentliche Zwischenstufe sichergestellt werden konnte, musste die Zielsetzung für das Ministertreffen in Hongkong, an welchem Liechtenstein durch Frau Regierungsrätin Rita Kieber-Beck und Botschafter Norbert Frick vertreten war, zurückgenommen werden. Das Abschlussdokument von Hongkong sieht nun vor, die Modalitäten (ein bereits relativ eng formulierter Rahmen mit konkreten Zahlen und Formeln) bis Ende April 2006 zu verabschieden und am Abschluss der Verhandlungen bis Ende 2006 festzuhalten.

Am 1. September trat der neue WTO-Generaldirektor, der frühere EU-Kommissar Pascal Lamy, sein Amt an. Seine Bestätigung durch den WTO-Generalrat erfolgte im Konsens nach einem längeren Auswahlverfahren.

Die Vereinten Nationen (UNO) und andere internationale Organisationen

Die Ständige Mission ist für die Wahrnehmung der Beziehungen zu allen internationalen Organisationen mit Sitz in Genf zuständig. Vor allem aufgrund der beschränkten Personalressourcen muss die Mission der Mitarbeit in den Gremien der UNO nachgeordnete Priorität einräumen. Die Ständige Mission in Genf beschränkt sich in der Regel auf die Wahrnehmung von unerlässlichen Konferenzen, von Routinetätigkeiten sowie von Verpflichtungen, die Liechtenstein aus der Mitgliedschaft bei der UNO und deren Spezialorganisationen und Sonderorganen mit Sitz in Genf erwachsen.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Mission vertreten Liechtenstein an verschiedenen Treffen oder Konferenzen, z.B.:

- 51. Session der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen vom 14. März bis 22. April 2005 (Botschafter Norbert Frick, Botschafter Christian Wenaweser sowie weitere Delegationsmitglieder aus Vaduz);
- Konferenz der Vertragsparteien des revidierten Protokolls II (Landminenprotokoll zum Übereinkommen über konventionelle Waffen);
- Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über konventionelle Waffen;
- Konferenz zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe;
- Rotkreuz-Konferenz zum Emblem / III. Zusatzprotokoll zu den Genfer Konventionen; etc.

Darüber hinaus nahm der Ständige Vertreter während des ganzen Jahres an zahlreichen gesellschaftlichen Anlässen teil.

Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Bei den in Wien ansässigen UNO-Organisationen verfolgt Liechtenstein in erster Linie Aktivitäten des Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests (CTBTO). Die Ständige Vertretung in Wien hält die zuständigen Stellen in Liechtenstein über die Entwicklungen innerhalb dieser Organisationen informiert und vertritt liechtensteinische Positionen in den verschiedenen UNO-Gremien in Wien.

Konferenzen

Die liechtensteinische Vertretung nahm im Jahr 2005 an den jährlich stattfindenden Konferenzen der Drogenkommission, der Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege sowie der Internationalen Atomenergiebehörde teil. Für diese Konferenzen kamen auch Experten aus Liechtenstein zur Unterstützung nach Wien.

Akkreditierung

Im Juli 2005 wurde I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer bei der Internationalen Atomenergiebehörde und bei der Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Atomtests akkreditiert. Bei der Internationalen Atomenergiebehörde ist Liechtenstein seit 1968 Mitglied. Den Vertrag über das umfassende Verbot von Atomtests der CTBTO hat Liechtenstein im Jahre 1996 unterzeichnet und 2004 ratifiziert.

Liechtensteinische Beiträge

Liechtenstein hat im Jahr 2005 beschlossen, einen Teil beschlagnahmter Gelder aus einem Drogendelikt den Vereinten Nationen ab 2005 für einen Zeitraum von vier Jahren zukommen zu lassen. Konkret soll das UNODC im Kampf gegen Geldwäsche (GPML), Terrorismus, Korruption und Drogenanbaukulturen in verschiedenen Ländern unterstützt werden. Ausserdem ist geplant, dem Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) einen Finanzexperten zur Verfügung zu stellen.

UNO-Übereinkommen gegen Korruption

Am 14. Dezember 2005 ist das UNO-Übereinkommen gegen Korruption in Kraft getreten. Das Übereinkommen ist das einzige globale Instrument zur umfassenden Bekämpfung von Korruption.

UNO-Basar

Die Liechtensteinische Vertretung in Wien hat erstmals am alljährlich stattfindenden UNO-Basar in Wien teilgenommen, an welchem Gelder für karitative Projekte auf

der ganzen Welt gesammelt wurden. Am Basar wurden zu diesem Zweck diverse liechtensteinische Produkte zum Kauf angeboten. Die Produkte wurden von liechtensteinischen Firmen und von der Stiftung Image Liechtenstein kostenlos zur Verfügung gestellt.

Ständige Vertretung bei der OSZE in Wien

Leiterin: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von Liechtenstein

Die Ständige Vertretung Liechtensteins bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat die aktive Teilnahme und konstruktive Zusammenarbeit Liechtensteins in sämtlichen Gremien der OSZE fortgesetzt. Liechtenstein hat an diversen Fachkonferenzen und Seminaren der OSZE teilgenommen und dabei liechtensteinische Standpunkte und Erfahrungen auf den verschiedenen Gebieten dargelegt. Liechtenstein war innerhalb der OSZE ein aktives Mitglied der so genannten Gruppe der Likeminded Countries (Kanada, Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein) und hat zudem eine Reihe von OSZE-Projekten unterstützt. Zur Zeit arbeitet eine liechtensteinische Staatsbürgerin im OSZE-Sekretariat.

Slowenien im Vorsitz 2005

Die OSZE stand 2005 unter dem slowenischen Vorsitz. Die OSZE-Führungstroika setzte sich damit aus den OSZE-Teilnehmerstaaten Bulgarien, Slowenien und Belgien zusammen.

Ministerrat in Laibach, Slowenien

Das Hauptereignis in der OSZE war die Tagung des 13. Ministerrats vom 5./6. Dezember in Laibach. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck vertrat dabei Liechtenstein. Der Ministerrat beschloss, den Dialog über die Reformbemühungen im Jahr 2006 fortzusetzen. Liechtenstein hat sich im Vorfeld des Ministerrates von Laibach aktiv und mit eigenen Vorschlägen in die Reformdiskussion eingebracht. Die Minister und Ministerinnen verabschiedeten gemeinsame Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens. Eine Reihe anderer Beschlüsse wurde insbesondere im Bereich der menschlichen Dimension gefällt, mit dem Zweck der Förderung der Toleranz und Nicht-Diskriminierung und der verbesserten Ausbildung und Training in Menschenrechtsfragen.

Wirtschaftsforum in Prag, Tschechien

Liechtenstein war am 13. OSZE-Wirtschaftsforum in Prag durch Minister Günter Frommelt vertreten. Wie in den Vorjahren hat Liechtenstein dabei auf die ungelösten ver-

mögensrechtlichen Fragen in Bezug auf die Tschechische Republik hingewiesen. Darüber hinaus ist Liechtenstein auf das Generalthema der Konferenz eingegangen und hat einen Länderbericht zum Thema «Demografische Trends, Migration und Integration in Liechtenstein» vorgelegt.

Freiwillige Unterstützung

Liechtenstein unterstützte mit freiwilligen Beiträgen verschiedene OSZE-Aktivitäten, zum Beispiel den Weisenrat zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE, ein Programm zur Wahrung der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus oder ein gezieltes Projekt zum Problem Gewalt gegen Frauen zum Zweck der Vorbeugung des Frauenhandels in Moldawien.

STIFTUNGEN

Liechtensteinischer Entwicklungsdienst - LED

Präsidentin: Marie Louise Eberle
Geschäftsführer: Dr. Rudolf Batliner

Auch im Jahr 2005 stand die Bearbeitung, Betreuung und Kontrolle der Projekte in Afrika und Lateinamerika im Mittelpunkt der Tätigkeit von Stiftungsrat und Geschäftsstelle. Für die Zusammenarbeit in Osteuropa und Asien wurde mit Pius Frick eine neue Person eingestellt. Im Stiftungsrat gab es starke Veränderungen, da fünf Personen ersetzt wurden.

In der Öffentlichkeitsarbeit in Liechtenstein standen vier Anlässe im Mittelpunkt: das vierzigste Jubiläum, die Aidsausstellung mit anderen Partnern aus Liechtenstein, die Tagung MicroFinance als Beitrag zum UNO-Jahr des Mikrokredits und das Afrika-Fäscht.

Stiftungsrat, Geschäftsstelle, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz

Stiftungsrat

Im Berichtsjahr war der Stiftungsrat folgendermassen zusammengesetzt:

Mitglied	Bestellungsorgan
Eberle Marie Louise, Triesenberg, Präsidentin	Regierung
Looser Lore, Triesen, Vizepräsidentin	Regierung (bis Mai)
Lorenz Jehle, Schaan, Vizepräsident	Regierung (ab Juni)
Mag. Batliner Brigitte, Vaduz	Verein Welt und Heimat
Bicker Gerda, Triesen	Verein Welt und Heimat
Dr. Marxer Marianne, Vaduz	Liechtensteinisches Rotes Kreuz

Mitglied	Bestellungsorgan
Biedermann Josy, Planken	Regierung (bis Mai)
Melanie Konrad, Triesenberg	Regierung (ab Juni)
Frick Manfred, Eschen	Regierung (bis Mai)
Lic. phil. II Gstöhl Andreas, Vaduz	Regierung (ab Juni)
Lic. phil. I Goop Franz Xaver, Mauren	Regierung (bis Mai)
Dr. Manfred Oehry, Ruggell	Regierung (ab Juni)
Dr. Hagen Rudolf, Vaduz	Liecht. Industrie- und Handelskammer (bis Mai)
Ernst Vedana, Schaan	Liecht. Industrie- und Handelskammer (ab Juni)

Der Stiftungsrat traf sich im Berichtsjahr zu sieben Sitzungen, über deren Beschlüsse die Protokolle Auskunft geben. Ausserdem hatte er im Oktober eine Klausurtagung zur Reflexion der Strategie. Das Leitungsteam, bestehend aus der Präsidentin, der Vize-Präsidentin, dem Geschäftsführer und der Sachbearbeiterin für Finanzen, hatte neun Sitzungen.

Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle war mit folgenden Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen besetzt:

- Dr. Rudolf Batliner, Geschäftsführer und Sachbearbeiter Lateinamerika (70%)
- Frau Ute Mayer, Sachbearbeiterin für Afrika und Öffentlichkeitsarbeit (100%)
- Frau Tamara Büchel, Sachbearbeiterin Finanzen und Sekretariat (80%)
- Herr Pius Frick, Sachbearbeiter für Osteuropa und Asien (ab 1. März, 80%)

Zur Struktur des LED gehören auch die beiden Aussenstellen in Harare und Cochabamba.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Einsatz

- Dr. Heinz Frick, Architekt, 1.1.1999 - 31.12.2007, Indonesien, Katholische Soegijapranata Universität Semarang, Dozent und Fachbuchautor mit inhaltlicher Verantwortung für den Bereich ökologisches Bauen
- Petra Widmer, Umweltwissenschaftlerin, 1.3.2004 - 28.2.2006, Indonesien, Katholische Soegijapranata Universität Semarang, Organisation und Dokumentation einer internationalen Fachtagung zu ökologischem Bauen, Erstellung von Lehrmitteln und Unterricht im Masterprogramm für Umwelt und Stadtplanung
- Roman Dudler, Primarlehrer, 1.3.2003 - 31.12.2007, Costa Rica, ICER, Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit zwischen den fünf Radioschulen in Zentralamerika fördern
- Kurt Künzle, Elektro-Telematiker, 1.7.2004 - 30.6.2007, Nicaragua, Berufsschule INATEC, Aufbau der Elektroabteilung
- Heinz Meyerhans, Gymnasiallehrer, 1.8.2004 - 31.7.2005, Indien, Projekt «Science meets Dharma», Unterricht für tibetanische Mönche in modernen Naturwissenschaften

- Johanna Forster-Sele, Kindergärtnerin, 1.10.2004 - 30.9.2007, Tansania, Adilisha, Unterstützung der Organisation bei der Erarbeitung von Elternbildung, Kurse für «Life Skills» für Jugendliche und eines Programms für Nachhilfeunterricht in den Dorfgemeinschaften
 - Markus Forster, Schreiner und Sozialarbeiter, 1.10.2004 - 30.9.2007, Tansania, Kivulini, HIV/Aidsprävention und Unterstützung der Frauenrechtsorganisation bei einkommensgenerierenden Tätigkeiten
 - Marion Plüss, Hotelfachfrau, 1.8.2005 - 31.7.2008, Bolivien, CEDESCO, Aufbau der Hotellerie und des Restaurants für ein Bildungs- und Tagungszentrum
- Im Jahr 2005 absolvierten 16 Personen ein Praktikum und leisteten 67 Monate Einsatz: Rudolf Robinigg und Sebastian Goop in Bolivien, Grace Rosanova, Samuel Goop und Sebastian Casas in Peru, Manuela Schmid und Christel Kaufmann in Nicaragua, Lino Moragon und Nicole Matt in Costa Rica, Amanda Willi in Brasilien, Reto Mündle und Eva Frommelt in Benin, Jeannine Niedhart in Zimbabwe, Karin Goop in Südafrika, Flurina Seger in Nepal und Judith Kindle in Indonesien.

Die Kosten für die Fachleute und Praktikanten/Praktikantinnen im Ausland beliefen sich auf CHF 572 698.50.

Liechtensteiner Missionare

Im Jahr 2005 wirkten folgende liechtensteinische Ordensleute in Afrika und Südamerika:

- Sr. Rebecca Frick in Moro, Peru
- Br. Stefan Frommelt in Umtata, Eastern Cape, Südafrika
- Sr. Leoni Hasler in Tsumeb, Namibia
- P. Josef Oehri in Angola

Öffentlichkeitsarbeit

Das Berichtsjahr 2005 zeichnete sich durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit aus. Seit dem 23. März hat der LED eine eigene Homepage. Sie wurde anlässlich der Jubiläumsfeier im vollen TAK lanciert. Im März und im September wurde der «Blickwechsel» zu den Themen «40 Jahre LED» und «MicroFinance» über die Landeszeitungen an alle Haushalte des Landes verteilt. Koordiniert von der «Aktion wir teilen» beteiligte sich der LED mit anderen Organisationen und den beiden Bildungshäusern an der Fotoausstellung «Leben und Sterben im Zeichen von Aids» und an der Aidspetition, die am 15. Juni mit 1 171 Unterschriften von den Landtagsabgeordneten Josy Biedermann, Harry Quaderer und Pepo Frick dem Landtagspräsidenten übergeben wurde. Im Mai war der LED Mitveranstalter der internationalen Tagung «Mehrwert Mensch», an der Dr. Ernst Walch und Klaus Risch, Hilti AG, liechtensteinische Erfahrungen und Standpunkte einbrachten. Das Afrika-Fäscht mit dem TAK war gut besucht. Neben dem Jubiläum war die Tagung «MicroFinance» der zweite Höhepunkt des Jahres. Sie wurde in Zusammenarbeit mit Swisscontact, der Hilti Familienstiftung und dem Liechtensteinischen Bankenverband organisiert. Über 100 Personen - unter ihnen S.D. Erbprinz Alois und Regierungschef Hasler - konnten sich an der

Hochschule Liechtenstein über diesen entwicklungspolitisch relevanten Ansatz zur Investition von Vermögen informieren.

Der LED verdoppelte 92 Aktionen von Schulen, Vereinen, Sternsingern, Firmlingen, Firmen usw. Der an Projekte überwiesene Betrag betrug CHF 1 055 383.50. Der LED hat dazu CHF 461 313.50 beigesteuert.

Projekte und Finanzen

Finanzen: Ausser den vom Landtag bewilligten Mitteln in der Höhe von CHF 10 620 000 gingen beim LED verschiedene private Spenden im Umfang von CHF 1 440 996.90 ein.

PROJEKTLISTE 2005

2005_1	Diverse Beiträge (insgesamt 40) (Projektbeiträge bis CHF 25 000)	645 396.00
2005_2	Verdoppelungen (92 Aktionen) Weitergeleitete Spendenbeiträge	461 314.50 1 440 996.90

Diese weitergeleiteten Spendenbeiträge setzen sich zusammen aus CHF 806 469 von einer privaten liechtensteinischen Stiftung für die Finanzierung von Grossprojekten, CHF 594 068.75 über Verdoppelungsaktionen und CHF 40 765.05 aus Zuwendungen von Privatpersonen.

Grossprojekte: Im Einzelnen wurden vom Stiftungsrat folgende Projekte und Programme genehmigt:

No.	Dauer	Land	Name	Betrag CHF
101	2002/04	Bolivien	Berufliche Aus- und Weiterbildung im Barrio Plan 3000	118 613.00
102	2004/06	Bolivien	Aus- und Weiterbildung für berufstätige Jugendliche	115 749.00
103	2004	Bolivien	Wechselseitige Krankenkasse in Sucre und Umgebung	86 683.80
104	2005/06	Bolivien	Umweltgerechte Entsorgung von Spitalsabfällen (M)	220 000.00
105	2003/05	Bolivien	Löhne der Klinik im Ortsteil Vino Tinto	57 600.00
106	2002/06	Bolivien	Frauenbildungszentrum Granja Hogar	131 485.50
107	2002/05	Bolivien	Bildung und Gesundheit	70 000.00
107	2006/08	Bolivien	Bildung und Gesundheit	70 000.00
108	2005	Bolivien	Löhne für das Bildungszentrum CEFOI	12 675.00
109	2005/06	Bolivien	Frauenleben ohne innerfamiliäre und sexuelle Gewalt	175 239.00
121	1004/06	Peru	Tarea - Institutionelle Unterstützung	216 667.00
122	2004/06	Peru	EDUCA, Verbesserung der Bildung an staatlichen Schulen	222 222.00
123	2004/06	Peru	EDUVIDA - Bildung für ein gesundes Leben	156 100.00
128	2002/04	Peru	Bildung und Frauenförderung	93 182.00
129	2005/08	Peru	Ausbildung von zweisprachigen Lehrpersonen	80 033.00
141	2005/07	Nicaragua	Stärkung der praktischen Ausbildung	100 000.00
143	2004/06	Nicaragua	Nachhaltige landwirtschaftliche Produktion in Siuna	58 957.35
147	2002/05	Nicaragua	Ausbildung von Lehrpersonen in ländlichen Gemeinden	21 250.00
148	2003/05	Nicaragua	Entsendung von Fachleuten	128 000.00
150	2003/05	Nicaragua	Sodis - solare Wasserentkeimung	150 000.00
151	2005	Nicaragua	Mehrzwecksaal und Schullabor in Laguna de Perlas	108 840.00
160	2004/05	Zentralamerika	Synergien «El Maestro en Casa» Zentralamerika	60 000.00
160	2006/07	Zentralamerika	Synergien «El Maestro en Casa» Zentralamerika	81 275.00
162	2005/06	Costa Rica	Erweiterung des Sendegebietes der «Kleinen Kultursender»	220 000.00
163	2005/07	Costa Rica	Institutionelle Unterstützung ICER	225 000.00
164	2002/06	Haiti	Rehabilitation von unterernährten Kindern	34 505.00
165	2005	Brasilien	Renovation des Amparo Social (M)	120 000.00
201	2005/07	Mozambique	Chiure Distrikt Gesundheitsversorgung	500 000.00
204	2004/07	Mozambique	Hilfe auf kommunaler Ebene für Aids-Waisen	197 267.00
206	2005/08	Mozambique	Gesunde Dörfer in Südsofala	425 634.00
207	2005/08	Mozambique	Gesunde Dörfer in Südsofala, Machanga (M)	266 469.00
209	2002/06	Mozambique	Aidsprävention, positives Leben und Empowerment	330 468.00
210	2004/06	Mozambique	Bildungsprogramm in Maputo und Cabo Delgado	256 500.00
221	2004/06	Zimbabwe	PSDC Berufliche Ausbildung im ländlichen Raum	94 362.00
222	2004/06	Zimbabwe	Umweltbildung in ländlichen Gemeinden	81 419.00
224	2003/06	Zimbabwe	Ausbildungsprogramm und Bewässerung	88 760.25
242	2005/06	Sambia	Aidsprogramm in der Südprovinz von Sambia	171 985.00
243	2003/05	Sambia	Palabana Kinderdorf für Aidswaisen (M)	200 000.00
244	2005/06	Sambia	Bildungszentren in der Südprovinz von Sambia	65 178.00
261	2004/05	Malawi	Integrales Gesundheitsprojekt	360 000.00

No.	Dauer	Land	Name	Betrag CHF
271	2004/06	Nambia	Aids-Programm in der Erongo Region	50 000.00
272	2005	Nambia	Fahrzeug für das Sr. Leoni Care Centre	44 700.00
275	2002/05	Tansania	Finanzierung eines Projektmitarbeiters von w3w	58 520.00
276	2005/07	Kenia	Internetplattform für ökologische Kontrolle von Pflanzenschädlingen	50 000.00
301	2005/08	Burkina Faso	Förderung des Handwerkssektors und des Berufsbildungssystems	342 000.00
302	2005/07	Burkina Faso	Gesundheit und Ernährung für Mutter und Kind	202 950.00
305	2003/04	Burkina Faso	Entwicklungsprogramm ländlicher Raum	275 017.00
321	2001/05	Mali	Förderung des Anbaus von Biobaumwolle	68 400.00
322	2005/07	Mali	Stärkung von Organisationen der Zivilgesellschaft	80 000.00
323	2002/05	Mali	Unterstützung des Privatsektors im Bereich Wasser	34 200.00
331	2004/05	Niger	Sicherung der Ernährung im Dorf Boura	115 800.00
332	2005/06	Niger	Bessere Chancen für arbeitslose Jugendliche	342 000.00
341	2003/05	Senegal	Nachhaltige Landwirtschaft in der Region Fimela	32 023.90
342	2005/07	Senegal	Dezentralisierung in Nioro du Rip	82 539.00
343	2002/05	Senegal	Stärkung von Produzentenorganisationen	1 364.00
345	2002/05	Senegal	Unterstützung von Frauen im Bereich Fischfang	138 127.25
346	2005/07	Senegal	Heilpflanzen und traditionelle Pflanzenmedizin	193 445.00
347	2003/06	Senegal	Aids-Aufklärung in der Region Thiadiaye	127 606.90
348	2004/07	Senegal	Frauenförderung in der Region Thiès	63 715.20
349	2004/06	Senegal	Förderung der Biobaumwolle	150 000.00
350	2005/06	Senegal	Nachhaltiges Ressourcenmanagement in Notto und Tassette	75 000.00
361	2004/06	Benin	Waldschutzprogramm in Tobé	60 000.00
460	2004/06	Tadschikistan	Odamaiyat Gesundheitszentrum	50 000.00
461	2004/06	Tadschikistan	Odamaiyat Spitex Dienst	50 000.00
470	2005	Rumänien	Hilfe für Überschwemmungen in Banat	25 000.00
471	2004/05	Rumänien	Strasskinderprojekt in Bukarest	50 000.00
472	2005	Rumänien	Bildung für marginalisierte Kinder	30 000.00
481	2005	Russland	Renovation eines Krankenhauses für Haut- und Geschlechtskrankheiten	36 000.00
482	2005	Tschetschenien	Bildungsprojekt für gefährdete Jugendliche	23 460.00
				9 024 005.15

Evaluationen: Der LED liess zwei Projekte von externen Fachleuten evaluieren. Beide Evaluationen gaben die Empfehlung zur Weiterführung der Zusammenarbeit ab, im Falle des Gesundheitsprojektes in Bolivien allerdings mit starken Korrekturen.

Projektbesuche: Im Berichtsjahr wurden fünf Projektbesuche durchgeführt. Im Januar war Rudolf Batliner für einen Fortbildungskurs für Berufsschullehrer in Nicaragua und für die Planung einer weiteren Unterstützungsphase in Costa Rica. Im Mai besuchten Pius Frick und Rudolf Batliner die LED Projekte in Peru. Im Juni flog Ute Mayer ins südliche Afrika, um die Projekte in Malawi, Sambia und Zimbabwe zu kontrollieren. Pius Frick ging im Oktober nach Moldau, um die Situation in diesem neuen Schwerpunktsland des LED vor Ort kennen zu lernen und um eine Unterstützungsstrategie auszuarbeiten. Schliesslich besuchte Rudolf Batliner ein Projekt in Bolivien, um mit dem Projektpartner die nötigen Schritte aus der externen Evaluation zu ziehen.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber:

Regierungsrat Dr. Alois Ospelt bis 21. April 2005

Regierungsrat Dr. Martin Meyer ab 21. April 2005

Zentrale Themen im Ressort waren die Erarbeitung verschiedener Gesetzesvorlagen wie z.B. die Totalrevision des Katastrophenschutzgesetzes. Weitere Projekte, wie die enge Zusammenarbeit in der EUREGIO Bodensee, der liechtensteinische Beitrag zum Thema «EUROPOL» sowie der zwischenstaatliche Beitritt zur Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb einer Ostschweizer Polizeischule in Amriswil sind zentrale Bestandteile einer umfassenden Sicherheitskonzeption.

Landespolizei

Aufgrund der umfassenden Aktivitäten in den letzten Jahren betreffend die Landespolizei in Bezug auf die personelle Situation und damit einhergehend der notwendigen entsprechenden Aus- und Weiterbildung konnte das Ressort Inneres im Berichtsjahr eine Konsolidierung und Strukturbereinigung erreichen. In diesem Sinn sind die im Jahr 2000 befristet angestellten Spezialisten im Bereich der Finanzeermittlungsgruppe EWOK vom Landtag in unbefristete Dienstverhältnisse umgewandelt worden.

Die Regierung hat sich im Berichtsjahr zudem aufgrund der durch das Stimmvolk im Jahr 2004 erfolgten Ablehnung der Erweiterung des Sicherheitszentrum mit etlichen baulichen Sofortmassnahmen im Polizeigebäude befasst.

Internationale Zusammenarbeit

Im Berichtsjahr wurde ausserdem die regionale und internationale polizeiliche Zusammenarbeit verstärkt. So fand am 1. April 2005 in Kalchrain TG die Konferenz der Ostschweizerischen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren statt. Liechtenstein wurde an dieser Sitzung durch Altregierungsrat Dr. Alois Ospelt vertreten. Die Konferenz hat der Schaffung einer gemeinsamen Ostschweizer Polizeischule definitiv zugestimmt und die erforderlichen Grundlagen verabschiedet. Auch fand am 28. Oktober 2005 in Glarus die Herbstkonferenz der Ostschweizerischen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren statt, an welcher Liechtenstein diesmal durch Regierungsrat Dr. Martin Meyer vertreten war. Anlässlich dieser Konferenz sind Einzelheiten betreffend die geplante gemeinsame Ostschweizer Polizeischule in Amriswil festgelegt und die Assoziation an Schengen/Dublin sowie das weitere Vorgehen gegen Anlässe von Rechtsextremismus festgelegt worden.

Regierungsrat Dr. Martin Meyer weilte am 14. September 2005 in seiner Funktion als Innenminister zu Besuch bei seinem Schweizer Amtskollegen Bundesrat Christoph Blocher in Bern. Im Zentrum des Arbeitsgespräches von Regierungsrat Meyer mit dem Vorsteher

des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD) standen verschiedene Fragen der polizeilichen Zusammenarbeit sowie allgemeine sicherheitspolitische Überlegungen. Dieses Treffen diente einerseits dem Erfahrungs- und Informationsaustausch im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit Schweiz und Liechtenstein sowie andererseits der Erörterung verschiedener sicherheitspolitischer Fragestellungen, welche sich den beiden Staaten gleichermaßen stellen.

Darüber hinaus ist anlässlich eines Innenministertreffens am 29. September 2005 in Bregenz von Bundesrat Christoph Blocher, Bundesministerin Liese Prokop und Regierungsrat Dr. Martin Meyer das Abkommen zwischen Österreich, der Schweiz und Liechtenstein über den gegenseitigen Datenaustausch in Asylangelegenheiten unterzeichnet worden.

Öffentliche Sicherheit und Rettungsorganisation

Neben der Landespolizei sind für die öffentliche Sicherheit insbesondere die liechtensteinischen Rettungsorganisationen (u.a. Feuerwehren, Bergrettung, Samaritervereine) zuständig. Eine zentrale Aufgabe im Berichtsjahr war die Totalrevision des Katastrophenschutzgesetzes, das künftig durch das Gesetz über den Schutz der Bevölkerung ersetzt wird. Im Berichtsjahr wurde ausserdem der Landesführungsstab reaktiviert, indem zwei Sitzungen und eine grossangelegte Stabsübung abgehalten wurden. Bei der im November abgehaltenen ganztägigen Stabsübung unter der Leitung von Mitarbeitern des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz hat sich gezeigt, dass die Grundlagen und die Kompetenzen des Landesführungsstabes neu geregelt und die Zusammensetzung sowie die Leitung des Stabes einer Überprüfung unterzogen werden müssen. Diese Thematik ist in die Erarbeitung des neuen Bevölkerungsschutzgesetzes eingeflossen.

Die von der Regierung eingesetzte Kommission «Feuerwehr 2003plus» hat als Schwerpunkt ihrer Arbeit Regelungen betreffend die Übernahme des Feuerwehrstützpunktes durch das Land im Rahmen der Aufgabenteilung Land-Gemeinden mit Anpassungen aller dafür notwendigen Richtlinien und Abmachungen mit der Gemeinde Vaduz vorbereitet. Ein weiterer Schwerpunkt war die Überarbeitung des Feuerwehrgesetzes.

Im Berichtsjahr wurden verschiedene Kurse der Zivilschutzorganisationen durchgeführt. Die Feuerwehrausbildung und die Ausbildung in den anderen Rettungsorganisationen haben sich mittlerweile materiell aber auch finanziell auf einem sehr hohen Niveau eingependelt und bestens bewährt. Die verschiedenen Rettungsorganisationen sind durch zahlreiche Subventionen unterstützt worden. Neben den Nothilfekursen für Schulen wurden die ausserordentlichen Kursangebote der Samariter sehr gut genutzt. Weitere Projekte im Bereich des Zivilschutzes waren im Berichtsjahr der Schutzraumbau und die Erarbeitung eines UKW-Notesendekonzeptes in ausserordentlichen Lagen für das Fürstentum Liechtenstein.

Gewaltschutzkommission

Die Kommission kam im Berichtsjahr zu 8 Sitzungen zusammen, wobei drei Schwerpunkte gesetzt wurden. Erstens ist das Gewaltpräventionsprojekt mit dem Ziel der Fertigstellung des Gewaltpräventionsfilms «Respect» und der Lancierung der darauf basierenden Gewaltpräventionskampagne begleitet worden. Im Rahmen dieses Projektes, an dem sich im Auftrag der Regierung die Gewaltschutzkommission beteiligt hat, ist ein Dokumentarfilm mit Jugendlichen zum Thema Gewalt und Umgang mit Gewalt erstellt worden, der am 14. November 2005 im TaKino in Schaan, Premiere hatte. Als weiteren Schwerpunkt hat die Gewaltschutzkommission in Zusammenarbeit mit der Vorsteherkonferenz die Gewaltreduktion an öffentlichen Anlässen selbst in die Hand genommen. Ziel dieses Projektes ist es, zusammen mit den Gemeinden und unter Einbezug des Jugendschutzbeauftragten des Amtes für Soziale Dienste ein Konzept zur Durchführung von öffentlichen Anlässen in Gemeindefestsaal sowie im Freien zu erarbeiten, das von den Gemeinden als verbindlich erklärt wird und dazu beitragen soll, das Gewaltisiko an solchen Anlässen zu reduzieren. Als dritter Schwerpunkt wurden mit Stichtag 1. Januar 2005 Erhebungsbögen über den Vertreter des Schulamtes in der Gewaltschutzkommission an die Lehrerschaft und über den Vertreter der VLJ an die Jugendarbeiter zur Erfassung von Gewaltvorfällen abgegeben. Ziel dieses Vorgehens ist es, das Gewaltdunkelfeld in Liechtenstein zu erhellen, um eine Durchführung der Datenerhebung zur Gewaltsituation in Liechtenstein vornehmen zu können.

Regelungskommission

Die Kommission (Vorsitzender: Dr. Walter Kert) hat im Berichtsjahr insgesamt zwei Sitzungen abgehalten. Dabei wurden insgesamt zwei Entscheidungen getroffen. Daneben hat der Vorsitzende der Regelungskommission verschiedene Regelungsausschüsse der Gemeinden auch in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht beraten und die zahlreichen Anfragen einer Erledigung zugeführt.

Landesgrundverkehrskommission

Die Kommission (Präsident: Dr. Benedikt Marxer) hat im Berichtsjahr insgesamt sechs nichtöffentliche Sitzungen abgehalten.

Landes- und Gemeindebürgerrecht

Im Rahmen des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes sind im Berichtsjahr insgesamt 138 Personen eingebürgert worden. Nach § 5a (Einbürgerung für Alteingesessene) des genannten Gesetzes wurden 106 Personen, nach § 5 (infolge Eheschliessung) 32 Personen eingebürgert. Von § 6 (im ordentlichen Verfahren, Gemeindeabstimmung) machte niemand Gebrauch.

Grundverkehr

Das Ressort war im Berichtsjahr mit insgesamt 339 Grundverkehrsangelegenheiten befasst. Gegen 17 Beschlüsse

von Gemeindegrundverkehrskommissionen wurde Beschwerde an die Landesgrundverkehrskommission erhoben. Seit dem 1. Januar 2002 wird das Beschwerde- und Gegenäusserungsrecht gemäss Art. 18 Abs. 2 und 4 des Grundverkehrsgesetzes durch das Ressort Inneres ausgeübt.

Auflistung nach Gemeinden	Gesamt	davon Beschwerden
Gemeinde Balzers	9	1
Gemeinde Eschen	36	2
Gemeinde Gamprin	20	0
Gemeinde Mauren	72	1
Gemeinde Planken	1	0
Gemeinde Ruggell	23	3
Gemeinde Schaan	43	2
Gemeinde Schellenberg	17	0
Gemeinde Triesen	53	1
Gemeinde Triesenberg	16	3
Gemeinde Vaduz	49	4
Total	339	17

Auflistung nach Erwerbstypen

Baurecht	17
Kauf	292
Miete	5
Pacht	1
Schenkung	7
Tausch	12
Vereinbarung	2
Widmung	3
Total	339

AMTSSTELLEN

Landespolizei

Amtsleiter: Polizeichef Adrian Hasler, lic. oec. HSG

Das Berichtsjahr war aus der Sicht der Landespolizei ein Jahr der Konsolidierung. Es wurde insbesondere die Struktur der Landespolizei bereinigt und ein nach aussen transparentes Organigramm der Organisation geschaffen.

Im Bereich der Gebäudeinfrastruktur waren bauliche Sofortmassnahmen unumgänglich, da der geplante Erweiterungsbauprojekt des Polizeigebäudes im Jahr 2004 von der Stimmbürgerbevölkerung abgelehnt wurde. Nachdem der Landtag in der Juni-Sitzung einen entsprechenden Kredit genehmigte, wurden die notwendigen baulichen Sofortmassnahmen angegangen und zum grössten Teil bereits

umgesetzt. Auch im IT-Bereich konnten grosse Fortschritte erzielt werden, indem die technisch veraltete Infrastruktur zu einem wesentlichen Teil abgelöst wurde.

Wie schon im Jahr 2004 begonnen, gehörte die abschliessende Einführung des digitalen Funknetzes «Polycom» zu den zentralen Projekten der Landespolizei. Im Berichtsjahr sind die Bewilligungen für die Antennenstandorte Vaduz und Sareis erteilt werden und der Ersatz der bestehenden Funkantennen konnte planmässig abgeschlossen werden.

Die Überführung der Landespolizei in das neue Besoldungsgesetz der Landesverwaltung wurde im Berichtsjahr ebenfalls in Angriff genommen. Es wurden Schlüsselstellen definiert und entsprechende Stellenbeschreibungen erstellt. Als Grundlage für die Einstufung wurden diese Schlüsselstellen im Rahmen von strukturierten Interviews analysiert.

Die Landespolizei im Einsatz

Die Landespolizei leistete im Berichtsjahr in verschiedenen Diensten einen durchgehenden Betrieb. Die Landesnotruf- und Einsatzzentrale (LNEZ) war rund um die Uhr durch zwei Mitarbeiter besetzt. Die Mitarbeiter der LNEZ nahmen im Berichtsjahr 56 675 Anrufe entgegen. Hieraus resultierten 4 377 disponierte Einsätze, was einer Zunahme von fast 9 Prozent entspricht.

Tätigkeiten und Dienstleistungen	2005	2004
Telefonische Meldungen an die Einsatzzentrale	56 675	55 196
Durch die Einsatzzentrale disponierte Einsätze	4 377	4 025

Im uniformierten Aussendienst besorgten die Patrouillen in Früh-, Spät- und Nachtdiensten eine lückenlose Präsenz.

Personalbestand

Bei der Landespolizei waren per Ende des Berichtsjahres 111.0 Stellen besetzt. Davon entfielen 77.6 Stellen auf Polizeibeamte mit hoheitlichen Funktionen, 5.0 Stellen auf Polizeiaspiranten und 28.4 Stellen auf Verwaltungsangestellte (inkl. Vollzugsbeamte Landesgefängnis). Ferner wurde die Landespolizei durch 32 Bereitschaftspolizisten unterstützt.

Aus- und Weiterbildung

Die Grundausbildung der Polizeiaspiranten wurde auch 2005 an der Zentralschweizer Polizeischule in Sempach vermittelt. Aufgrund der Zentralisierungsanstrengungen im Bereich der Polizeiausbildung wurde nun auch in der Ostschweiz eine gemeinsame Polizeischule gegründet, welche ihren Betrieb 2006 in Amriswil aufnehmen wird. Die Landespolizei beteiligte sich sowohl an der Evaluation des Standortes als auch an der Ausarbeitung der Lehrinhaltsvorgaben. Die weitere Vereinheitlichung der

Ausbildung im Bereich des Ostschweizer Polizeikonkordates hebt die Professionalität der gemeinsamen Einsätze und stärkt das gegenseitige Verständnis der in der Region tätigen Polizeikräfte.

Weiters absolvierten Polizeibeamte berufsbezogene Weiterbildungen in schweizerischen, österreichischen und deutschen Polizei-Fachhochschulen und Polizeiinstituten. Das fachliche Training im sicherheitspolizeilichen Bereich wurde durch ausgebildete Instruktoren der Landespolizei durchgeführt.

Internationale Zusammenarbeit

Auch 2005 wurden wieder zahlreiche Aussenbeziehungen gefestigt und erweitert. Interpol, mit seinen 182 Mitgliedsstaaten, ist für die Landespolizei ein unerlässliches Mittel in der täglichen Polizeikooperation. Im Berichtsjahr stellte Interpol Vaduz 328 Anfragen an ausländische Polizeistellen. Gleichzeitig richteten sich 382 konkrete Anfragen an Interpol Vaduz. Im Rahmen der Zonenverbreitung wurden 35 883 Anfragen durch Interpol Vaduz bearbeitet.

Tätigkeiten und Dienstleistungen

Interpol Vaduz (Auszug)	2005	2004
Konkrete Anfragen an Interpol Vaduz	382	399
Konkrete Anfragen durch Interpol Vaduz an ausländische Interpol-Büros	328	315
Rechtshilfeersuchen von ausländischen Stellen	276	334
Rechtshilfeersuchen an ausländische Stellen	123	159

Neben der Mitgliedschaft bei Interpol ist die Landespolizei in der Polizeichefvereinigung Bodensee und dem Ostschweizer Polizeikonkordat als Mitglied vertreten. Diese Einbettung in die regionale Polizeikooperation ist äusserst wertvoll. Sie ermöglicht der Landespolizei, Kriminalitätsphänomene in einem internationalen Kontext zu bearbeiten.

Verkehrssicherheit

Im Bereich der Verkehrssicherheit wurde auch im Berichtsjahr der Schwerpunkt auf die Präventionsarbeit gelegt. Die Verkehrsinstruktoren der Landespolizei erteilten 744 Stunden Verkehrsunterricht an Kindergartenklassen, Primarschulen, der Heilpädagogischen Tagesstätte sowie an der Waldorfschule in praktischer und theoretischer Form. Zur praktischen Verkehrserziehung gehörte auch die Verkehrsschulungsanlage, welche in Vaduz wieder für einen Monat aufgebaut und betrieben wurde. Im Bereich der Kindergärten wurde das 2004 erfolgreich eingeführte Puppentheater erneut angeboten, in welchem den Kindern spielerisch der Umgang mit Verkehrsregeln dargeboten wurde.

Neben diesen Unterrichtseinheiten ist ein weiterer Schwerpunkt im Bereich der Schulwegsicherung und Schulwegüberwachung gesetzt worden. Die Landespolizei war an stark frequentierten Kreuzungen, Kreiseln und bei Lichtsignalanlagen präsent und hat auf die

jüngsten Verkehrsteilnehmer geachtet. Insgesamt leistete die Landespolizei im Bereich der Verkehrsinstruktion, Schulwegsicherung und Schulwegüberwachung 1 457 Stunden.

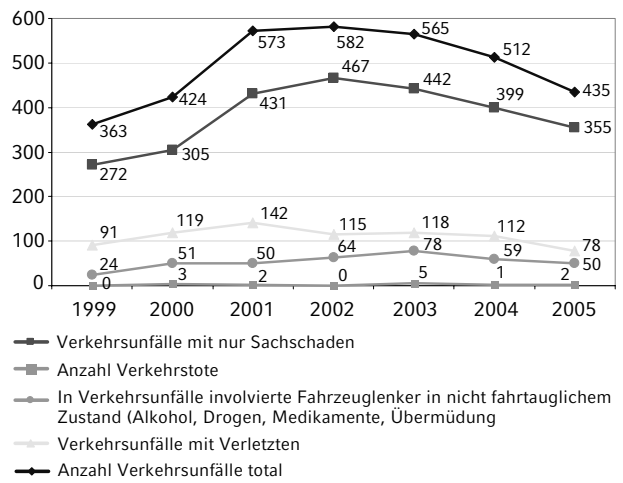
Verkehrspolizeiliche Tätigkeiten und Dienstleistungen (Auszug)	2005		2004	
	Anzahl	Std.	Anzahl	Std.
Rechtshilfeersuchen von ausländischen Amtsstellen im Sinne SVG	640		789	
Verkehrskontrollen allgemein (ohne Geschwindigkeit)		1 661		1 531
Geschwindigkeitskontrollen mobil		518		506
Rotlichtübertretungen	1 854		1 369	
Schulwegsicherung / -überwachung		713		708
Verkehrsunterricht an Schulen		744		771
Alkohol- / Drogenuntersuchungen (Blutproben)	438		364	

In Zusammenarbeit mit der Kommission für Unfallverhütung erarbeitete die Landespolizei mehrere Präventionskampagnen beziehungsweise Aktionen. Besonders erwähnenswert sind die Jahreskampagne «Mobiltelefonie und Strassenverkehr» sowie die Kampagne zum Schulbeginn.

Im Bereich der Unfallstatistik setzte sich der erfreuliche Trend aus dem Jahr 2004 fort. Die Zahl der Unfälle sank von 512 (2004) auf 435 (2005). Damit bewegt sich die Zahl der Verkehrsunfälle auf dem Niveau des Jahres 2000. Unerfreulich ist die Zahl von zwei Verkehrstoten.

Verkehrsunfallstatistik	2005	2004
Verkehrsunfälle total		
(inkl. Nichtgenügen der Meldepflicht)	435	512
davon Verkehrsunfälle mit Sachschäden (inkl. Parkschäden)	355	399
davon Nichtgenügen der Meldepflicht	144	150
davon Täter ermittelt	56	52
	(38%)	(35%)
davon Verkehrsunfälle mit Verletzten	78	112
dabei verletzte Personen	109	123
davon Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang	2	1
dabei Verkehrstote	2	1
davon Unfallort innerorts	357	439
davon Unfallort ausserorts	78	61

Verkehrsunfälle - Entwicklung 1999 bis 2005



Öffentliche Sicherheit

Im Berichtsjahr leistete die Landespolizei 1 150 Stunden Ordnungsdienst bei Fussballspielen und bei Grossanlässen wie dem Staatsfeiertag. Auch wenn die Fussballspiele grösstenteils friedlich verliefen, zeigten Ausnahmen, welches Gewaltpotential unter Umständen zu Tage treten kann. Neben diesen Ordnungsdiensteseinsätzen leistete die Landespolizei zwei Assistenzeinsätze im Rahmen des Ostschweizer Polizeikonkordates.

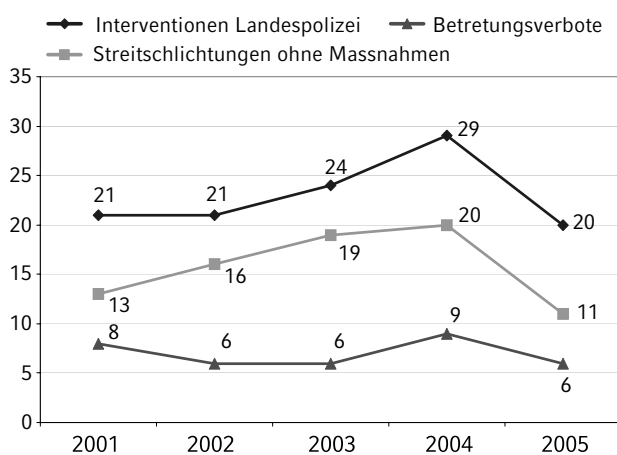
Sicherheitspolizeiliche Tätigkeiten und Dienstleistungen (Auszug)	2005	2004		
	Anzahl	Std.	Anzahl	Std.
Ordnungs- und Sicherheitsdienst	24	1 150	21	765
Ordnungsdiensteseinsätze im Ausland	2		2	
Einsätze der Interventionseinheit	7	390	4	143
Personen- und Objektschutz	21	680	20	647
Alarmeingänge total	20		17	
davon Alarmausrückungen	12		15	

Die Interventionseinheit, eine im Milizsystem geführte Spezialeinheit für Einsätze mit hohem Gefährdungspotential, leistete im Berichtsjahr sieben Einsätze. Hierzu gehörten vor allem Verhaftungen im Bereich der Betäubungsmittelkriminalität.

Der Schutz von Staatsgästen und die Sicherung des tagenden Landtages erforderten 680 Mannstunden. Zu dieser Kategorie zählen auch die Einsätze bei internationalen Konferenzen wie dem «Liechtenstein Dialogue».

Im Bereich der häuslichen Gewalt konnte 2005 erstmals ein Rückgang der Interventionen und der ausgesprochenen Betretungsverbote verzeichnet werden. Während die Landespolizei 2004 noch 29 Interventionen leisten musste, sank diese Zahl im Berichtsjahr auf 20 Einsätze. Die Zahl der ausgesprochenen Betretungsverbote reduzierte sich ebenfalls um ein Drittel.

Häusliche Gewalt



Kriminalitätsentwicklung

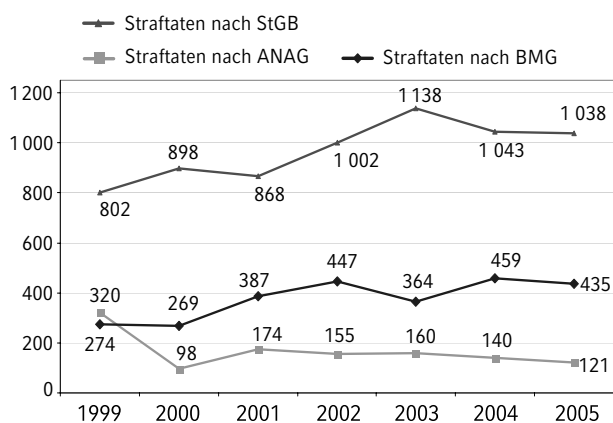
Die Landespolizei erfasste im Berichtsjahr 1 039 Straftaten nach dem Strafgesetzbuch. Somit bewegt sich das Kriminalitätsaufkommen in etwa auf dem Vorjahresniveau (1 043).

602 Anzeigen (Vorjahr 596) betrafen Eigentumsdelikte wie Sachbeschädigungen, Einbruch, Diebstahl usw. Die Delikte gegen Leib und Leben (insbesondere Körperverletzung) haben sich auf 75 (71) erhöht. Im Bereich der Wirtschaftsdelikte nahm die Zahl der bearbeiteten Fälle auf 107 (100) zu. Wie in den vergangenen Jahren handelte es sich hauptsächlich um Straftaten aus den Bereichen Betrug / Anlagebetrug, Geldwäscherei und Untreue / Veruntreuung.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 37 Sittlichkeitsdelikte registriert (Vorjahr 20). Die Zunahme resultiert insbesondere aus dem Bereich Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und Zwang zur Unzucht (+ 6 Anzeigen) sowie dem Bereich Exhibitionismus (+ 10 Fälle).

Von allen ermittelten Tätern waren 23 % minderjährig, wobei der Anteil der jugendlichen Täter speziell bei den typischen Jugendkriminalitätsdelikten Sachbeschädigung mit 40 % und Diebstahl (Laden- und einfacher Diebstahl) mit 30 % über dem Durchschnittswert liegt.

Tendenz der Kriminalität



Mit einer Aufklärungsquote von 36 % konnte im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung eine merkliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr (28 %) erreicht werden. Dennoch ist die Quote von 36 % nur bedingt aussagekräftig, da die Bereiche Wirtschaftskriminalität und Betäubungsmitteldelikte in der Aufklärungsquote nicht berücksichtigt werden. Würde man diese Bereiche addieren, so würde sich die Aufklärungsquote auf 55 % erhöhen.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 435 Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz (BMG) begangen und 154 Tatverdächtige verzeigt (Vorjahr 146). Diese Zahl gliedert sich in 116 Verzeigungen wegen Konsum, Besitz und Ankauf, 24 Verzeigungen wegen Verkauf oder Abgabe und 14 wegen gewerbsmässigem Handel. Im Berichtsjahr wurden 4 Kilogramm Heroin, 1,3 Kilogramm Marihuana und 301 LSD-Konsumeinheiten sichergestellt. Der jüngste Konsument war unter 13 Jahre alt.

Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz	2005	2004
Verzeigte Personen total	154	146
davon Übertretung (Konsum, Ankauf, Besitz)	116	108
davon Vergehen (Verkauf, Abgabe)	24	30
davon Verbrechen (gewerbsm. Handel, Grossmengen)	14	8

Bei den Straftaten mit Heroin kann eine markante Zunahme festgestellt werden. Während die Verzeigungen in den letzten Jahren in diesem Bereich kontinuierlich sanken und 2004 einen Wert von 24 erreichten, stiegen sie im Berichtsjahr auf 88 an. Die Zahl der Kokainverzeigungen stieg hingegen nur leicht von 83 auf 97.

Im Berichtsjahr hat die Zahl der Migrationsdelikte leicht auf 121 (140) abgenommen. 45 Personen wurden wegen Verstösse gegen die Einreisebestimmungen und vier wegen Schleppertätigkeit verzeigt. Insgesamt wurden 69 Personen ausgeschafft.

Kriminalpolizeiliche Tätigkeiten (Auszug)	2005	2004
Rechtshilfetätigkeiten bei Wirtschaftsdelikten	106	109
Verhaftungen	24	70
Hausdurchsuchungen	105	157
Telefonkontrollen	7	5
Observationsmassnahmen	7	19
Datensicherungen / Datenauswertungen	436	126
Ausschaffung / Abschiebung (Anzahl Personen)	69	119
Kontrollen gemäss Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG)	31	28
Erkennungsdienstliche Behandlungen von Personen	96	126
Ausweisprüfung	38	42

Verwaltungspolizeiliche Tätigkeiten

Der Landespolizei obliegt die Verfolgung zahlreicher Straftaten gemäss dem Verwaltungsrecht respektive dem Nebenstrafrecht. Im Berichtsjahr nahmen die Anzeigen in diesem Bereich um mehr als das Doppelte zu. Dies ist hauptsächlich auf die verstärkt durchgeführten Jugendschutzkontrollen einerseits sowie die Schwerpunktprüfungen gestützt auf das Tourismusgesetzes (Hotelmeldewesen) andererseits zurückzuführen. Aus kriminalpräventiver Perspektive kommt einem konsequenten Vollzug des Jugendschutzes ein hoher Stellenwert zu, da Jugenddelikte häufig unter Alkoholeinfluss begangen werden.

Straftaten nach Verwaltungsrecht und strafrechtlichen Nebengesetzen

	2005	2004
Anzeigen total:	379	133
davon (auszugsweise) Tatbestände betreffend:		
– Abfallbeseitigung, Lagerung von Schrott	12	7
– Jugendgesetz	179	8
– Tourismusgesetz	21	0
– Tierschutz, Tierseuchen, Tierhaltung, Kadaverbeseitigung	17	11
– öffentliche Ruhe und Ordnung (Nacht-, Sonn- & Feiertagsruhe, Polizeistunde)	11	0
– Waffengesetz	90	92
– persönlicher Geheimbereich, Telefonbelästigung	14	8

Kriminalstatistik 2005

Straftaten nach StGB	Anzeigen		geklärte Fälle		ermittelte Täter		
	2005	2004	in Zahlen	in %	Täter total	Jugendl.	Mündige
Total der Straftaten:	1 038	1 043	334	36%	474	109	365
Leib und Leben	75	71	73	97%	98	20	78
Tötungsdelikte	0	1					
Körperverletzung	64	58	62	97%	84	16	68
Gefährdung der körperlichen Sicherheit	10	11	10	100%	10	0	10
Raufhandel	1	1	1	100%	4	4	0
Freiheit	63	50	54	86%	61	13	48
Freiheitsentzug / Entführung / Geiselnahme	0	0					
Nötigung	13	7	11	85%	13	3	10
Drohung	44	42	37	84%	37	6	31
Hausfriedensbruch	6	1	6	100%	11	4	7
Fremdes Vermögen							
(ohne Fahrzeug- u. Wirtschaftsdelikte)	602	596	140	23%	230	61	169
Sachbeschädigungen	183	162	44	24%	63	25	38
davon Vandalismus / Sprayen	10	7	2	20%	2	0	2
davon an Fahrzeugen	71	65	14	20%	18	7	11
Einbruchdiebstahl	97	121	12	12%	28	5	23
Fahrzeugaufbruch	12	14	1	8%	1	0	1
Einschleichdiebstahl	6	13	0	0%	0	0	0
Entreissdiebstahl	0	1					
Diebstahl (einfach)	173	145	34	20%	49	9	40
Trick-/Taschendiebstahl	4	17	0	0%	0	0	0
Ladendiebstahl	5	7	5	100%	21	12	9
Diebstahl ab/aus Fahrzeugen (ohne Aufbrechen)	23	16	2	9%	3	0	3
Kontrollschilddiebstahl ab Fahrzeugen	5	14	0	0%	0	0	0
Veruntreuung / Unterschlagung	11	17	5	45%	8	0	8
Hehlerei	13	6	13	100%	30	10	20
Raub	1	2	0	0%	0	0	0
Erpressung	2	2	0	0%	0	0	0
Betrug / Zechprellerei	67	59	24	36%	27	0	27
Fahrzeugdelikte (Diebstahl u. Entwendung)	80	101	5	6%	7	5	2
Autos	2	5	1	50%	1	0	1
Motorräder / Kleinmotorräder / Motorfahrräder	8	11	2	25%	4	4	0
Fahrräder	70	85	2	3%	2	1	1
Wirtschaftsdelikte	107	100					
Betrug / Anlagebetrug	59	44					
Konkursdelikte	7	7					

Straftaten nach StGB	Anzeigen		geklärte Fälle		ermittelte Täter		
	2005	2004	in Zahlen	in %	Täter total	Jugendl.	Mündige
Geldwäscherei	25	35					
Untreue / Veruntreuung	16	14					
Gemeingefahr	4	2	2	50%	2	0	2
Brandstiftung (vorsätzlich)	2	1	1	50%	1	0	1
Fahrlässiges Herbeiführen einer Feuersbrunst	2	1	1	50%	1	0	1
Sittlichkeit	37	20	32	86%	38	4	34
Vergewaltigung / sex. Nötigung / Zwang zur Unzucht	7	1	7	100%	11	3	8
Unzucht mit Unmündigen / Sittl. Gefährdung Unmündiger	7	6	6	86%	7	0	7
öffentl. unzüchtige Handlungen (Exhibitionismus)	11	1	8	73%	8	0	8
sexuelle Belästigung	10	7	9	90%	9	1	8
Pornographie	2	5	2	100%	3	0	3
Urkunden und Beweiszichen	30	44	10	33%	10	1	9
Delikte gegen Geld / Wertpapiere / Wertzeichen	2	4	2	100%	2	0	2
Kriminelle Organisation (§ 278a)	0	1					
Übrige Abschnitte StGB	38	54	16	42%	26	5	21
davon Rassendiskriminierung	3	1	3	100%	3	0	3
davon Widerstand gegen die Staatsgewalt	3	3	3	100%	5	1	4

Amt für Zivilschutz und Landesversorgung

Amtsleiter: Alfred Vogt

Der Landesführungsstab nahm im Jahr 2005 seine Tätigkeit mit zwei Sitzungen und einer Stabsübung wieder auf.

Der Sirenen-Probealarm im Februar 2005 zeigte das fehlerfreie Funktionieren der Alarmierung der Bevölkerung auf. Im Verlauf des Novembers wurde die Fernsteuerung komplett erneuert und von Telefonfestnetz- auf Funkansteuerung umgerüstet.

Die Feuerwehrausbildung und die Ausbildung in den anderen Rettungsorganisationen haben sich materiell auf einem sehr hohem Niveau eingependelt; finanziell waren die Aufwendungen wegen der Anpassung der Besoldung etwas höher als im Vorjahr.

Die Mitgliederzahl der Samaritervereine ist immer noch leicht rückläufig. Obwohl zwei Vereine weder Kurse für die Bevölkerung angeboten noch Schulkurse durchgeführt haben, ist insgesamt die Zahl der Kursangebote praktisch gleich hoch geblieben.

Im Bereich der wirtschaftlichen Landesversorgung wurde zur Kenntnis genommen, dass die Vorgaben des Bundesamtes für Wirtschaftliche Landesversorgung massiv auf die Vorbereitung der Rationierung von Grundnahrungsmitteln, Treibstoff und Heizöl reduziert wurden. Die Rationierungsausweise aus den Nachkriegsjahren wurden auf Veranlassung des Bundesamtes vernichtet. Die rechtliche Anpassung wurde insofern vorbereitet, dass in einem neuen Bevölkerungsschutzgesetz und einer Verordnung entsprechende Neuerungen getroffen wurden.

Das Schutzplatzangebot in Liechtenstein nahm im Jahr 2004 absolut leicht zu, in Prozentzahlen ist aber eine Stagnation festzustellen.

Die personelle Besetzung der Zivilschutzgruppen ist analog derjenigen der anderen Rettungsorganisationen zu sehen. Die Betriebsgruppe «Landesführungsraum» wurde neu gegründet, und erste Ausbildungsangebote wurden wahrgenommen.

Landes-Führungsstab (LFS) / Gemeinde-Führungsstäbe

Der Landesführungsstab nahm seine Tätigkeit mit zwei Sitzungen und einer gross angelegten Stabsübung wieder auf.

Schwerpunktthema der ersten Sitzung war das Aktualisieren und Ausgleichen des Wissenstandes der LFS-Mitglieder, während die zweite vor allem der Aufarbeitung der Bewältigung der Unwetter in den Tagen nach dem 21. August 2005 gewidmet war.

Im November wurde eine ganztägige Stabsübung unter der Leitung von Mitarbeitern des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz durchgeführt, welche verschiedene Verbesserungspotenziale aufzeigte: Es zeigte sich dabei, dass die Grundlagen und die Kompetenzen des Landesführungsstabes neu geregelt und die Zusammensetzung sowie die Leitung des Stabes einer Überprüfung unterzogen werden müssen.

Drei Gemeindeführungsstäbe (Balzers, Ruggell und Schellenberg) haben ebenfalls Stabsübungen absolviert.

Alarmierung in Liechtenstein

Die Alarmierung der Hilfs- und Rettungsorganisationen über die SMT-Alarmierung aus der Landes-Notruf und Einsatzzentrale (LNEZ) hat sich bewährt.

Für die Sirenenalarmierung wurde im Verlauf des November für alle 23 Sirenen die neuen Fernsteuerung ab LNEZ über Funk an alle Standorte eingebaut und getestet. Die Tests sind problemlos verlaufen.

Feuerwehr

Die jährliche Erhebung hat wiederum aufgezeigt, dass es für die Feuerwehren des Landes immer schwieriger wird, ihren Personalbestand zu halten.

Die im Inland selbst durchgeführten Feuerwehrkurse sowie das im Ausland genutzte Weiterbildungsangebot verursachten im Berichtsjahr trotz einer Solderhöhung, knapp geringere Kosten als im Vorjahr.

Die Gemeindefeuerwehren mussten im Berichtsjahr rund 60 % mehr Einsatzstunden leisten, was vor allem auf die Hochwassersituation im August zurückzuführen ist.

Bei den gesetzlich durchgeführten Inspektionen konnte ein guter und ordnungsgemässer Stand im materiellen Bereich des Feuerwehrwesens festgestellt werden.

Personalbestand

In Liechtenstein stehen per 31. Dezember 2005 613 Feuerwehrleute zur Verfügung, welche sich auf 11 freiwillige Gemeindefeuerwehren mit 478 aktiven Leuten und 6 Betriebsfeuerwehren (bzw. Löschgruppen) mit 135 Leuten aufteilen.

Feuerwehr-Strahlenschutzgruppe

Für die Belange des Feuerwehr-Strahlenschutzdienstes stehen derzeit 12 Aktivmitglieder aus den verschiedenen Feuerwehren des Landes zur Verfügung, für welche Auslagen in der Höhe von CHF 1 660.75 entstanden.

Feuerwehrinstruktoren

Durch vier Neuzugänge konnte der Bestand an Feuerwehrinstruktoren auf 25 erhöht werden. Für die Instrukturen waren Auslagen von in der Höhe von CHF 22 781.15 auszuweisen.

Feuerwehrausbildung

Im Inland wurden an 23 Tagen 12 verschiedene Kurse mit einer Beteiligung von 339 Personen durchgeführt. Im Ausland wurden 39 Kurstage von 75 Feuerwehrleuten besucht. Insgesamt ergeben sich für das Kurswesen Kosten in der Höhe von CHF 376 641.90.

Feuerwehreinsätze 2005

Die Gemeindefeuerwehren leisteten 2005 total 387 Einsätze mit 7 153 Einsatzstunden. Die Betriebsfeuerwehren verzeichneten 68 Einsätze mit einem Aufwand von 194 Stunden. Gesamthaft sind 7 347 Einsatzstunden zu verzeichnen.

Subventionierung von Feuerwehrfahrzeugen

Für die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen wurde an Subventionen CHF 13 500 ausgegeben, welche an die

Gemeinden Schellenberg (CHF 48 000) und Triesenberg (CHF 87 000) ausbezahlt wurden.

Feuerwehrstützpunkt Vaduz

Bei den laufenden Kosten des Stützpunktes betrug der Kostenanteil des Landes (1/3) CHF 16 464.60. Im Investitionsbereich gab es keine Auslagen.

Inspektionen

Im Berichtsjahr wurden bei allen 11 Gemeinden und bei allen 6 Betriebsfeuerwehren Depot-Inspektionen durchgeführt. Zusammenfassend konnte ein gutes Ergebnis festgestellt werden.

Beiträge, Versicherungen, andere Kosten

Das Land entrichtete im Feuerwehrbereich an verschiedene Vereine, Verbände und Institutionen des In- und Auslandes Mitgliedschaftskosten und Versicherungsbeiträge in der Gesamthöhe von CHF 57 422.

Kommission «Feuerwehr 2003plus»

Die von der Regierung eingesetzte ständige Kommission zur Koordination von Projekten und Aufgaben im Feuerwehrbereich erledigte ihre Sachgeschäfte in 9 Sitzungen.

Schwerpunkt der Arbeit war die Vorbereitung der Regelung der Übernahme des Feuerwehr-Stützpunktes durch das Land im Rahmen der Aufgabenentflechtung Land – Gemeinden mit der Anpassung aller dafür notwendigen Richtlinien und der Abmachungen mit der Gemeinde Vaduz. Ein weiterer Schwerpunkt war die Überarbeitung des Feuerwehrgesetzes.

Hilfs- und Rettungsorganisationen

Samariterwesen

Personalbestand

In Liechtenstein waren per 31. Dezember 2005 209 Samariter aktiv. Diese verteilten sich auf 7 Vereine, wobei einer davon (Pfadfinder-Samariter) trotz gleich bleibender Mitgliederzahl die Aktivitäten fast vollständig eingestellt hat.

Ein Samariterlehrer des Pfadfinder-Samariterverein hat seinen Rücktritt erklärt.

Kurswesen

2005 haben fünf Vereine insgesamt 52 Kurse für die Bevölkerung inkl. 30 Nothilfekursen an Schulen durchgeführt. Nicht eingeschlossen sind darin Kurse für andere private Interessenten. Zwei Vereine haben Kurse wegen Teilnehmermangel abgesagt (Triesenberg) bzw. keine angeboten (Pfadfinder).

Im Berichtsjahr 2005 wurden durch die Kaderleute der Vereine an 17 Kursen total 84 Teilnehmern insgesamt 122 Personen-Tage an Aus- und Weiterbildung geleistet. Darin eingeschlossen ist ein Teil der Ausbildung von 4 neuen Samariterlehrern (2 für den Samariterverein Liecht. Unterland und 2 für den Samariterverein Vaduz).

Subventionswesen / Beiträge

Betreffend Anschaffungen der Samaritervereine wurden 2005 an 6 Vereine Subventionen ausbezahlt.

Die Jahresbeiträge an die Vereine, den Verband der Liecht. Samaritervereine VLS und den regionalen Samariterverband St. Gallen / Fürstentum Liechtenstein betragen total CHF 41 500.

Bergrettung**Personal**

Die Liechtensteinische Bergrettung (LBR) hatte am 31. Dezember 2005 ein Mitgliederzahl von 31 (davon 5 Frauen) und 1 Aspirant.

Einsätze / Übungen

2005 waren 7 Einsätze zu absolvieren. Dafür rückten total 40 Bergretterinnen und Bergretter für insgesamt 95 Einsatzstunden aus. Es wurden 6 Personen gerettet, davon waren 2 unverletzt, 1 leicht und 3 schwer verletzt.

Zusätzlich wurden insgesamt 27 Übungen und Vereinsanlässe organisiert, davon waren es 6 Kaderkurse in Zusammenarbeit mit dem Schweiz. Alpenclub SAC oder dem Internationalen Komitee für Alpines Rettungswesen IKAR.

Kosten

Für die Bergrettung fielen Totalausgaben in Höhe von CHF 67 335 an. Diese beinhalten Personal- und Schulungskosten inkl. die Teilnahme an Fachtagungen, Kommunikationskosten (Gebühren, Konzessionen und Gerätereperaturen) sowie alle Materialkosten und Diverses (inkl. Autokosten mit Versicherung).

Beobachtungsdienst / Schneemessung

Die vier Leute des Beobachtungsdienstes wendeten für ihren Dienst total 197 Stunden auf, davon 11 Stunden für 5 Schneeprofile zur genaueren Abklärung (gerechnet von November 2005 bis November 2005).

Es entstanden Gesamtkosten von CHF 9 431.

Lawinendienst

Im Winter 2005 waren keine wesentlichen Lawinenabgänge in der Nähe von touristisch genutzten Zonen zu verzeichnen.

Da die anfallenden Kosten des Lawinendienstes den Gemeinden weiterverrechnet werden, entstanden dem Land keine Kosten.

Rettungshundegruppe Liechtenstein

Die Rettungshundegruppe Liechtenstein bestand zu Beginn des Winters 2004/2005 aus 4 aktiven Hundeführern mit ausgebildeten Hunden. Davon sind nach wie vor 3 auch im SAC oder bei der Grenzwatch tätig. Ein Hundeführer ist zudem mit seinem Hund in Zusammenarbeit mit den SAC-Hundeführern auch für die Geländesuche

ausgebildet. Vier Junghunde haben die 1. Stufe der Ausbildung absolviert, gelten aber noch nicht offiziell als einsatzfähig.

Die Rettungshundegruppe verzeichnete 2005 keine Winterereinsätze. Für die Geländesuche (ohne Schnee) wurde das entsprechende Team in der Region zu 4 Einsätzen aufgebildet – einmal auch in Liechtenstein.

Die Rettungshundegruppe hat Kosten in der Höhe von total CHF 28 648 verursacht.

Wasserrettung

Die liechtensteinische Wasserrettung verfügte im Berichtsjahr über 29 Aktivmitglieder.

Die Wasserrettung hatte eine Ernstfall-Einsatz im Teich «Auf der Säga» und absolvierte 4 jeweils Ausbildungseinheiten für den gezielten Rettungseinsatz zu je ca. 3 Stunden Dauer.

Sie konnte im Verlauf des Spätwinters ihr neues Einsatzfahrzeug entgegennehmen.

Die Wasserrettung hat laufende Kosten von CHF 13 152 (inkl. Ausbildungskosten) und Investitionen für das Fahrzeuge von insgesamt CHF 82 477 verursacht.

Zivilschutz**Gruppen des Amtes / Zivilschutzorganisationen****Gruppen des Amtes für Zivilschutz und Landesversorgung**

Dem Amt für Zivilschutz und Landesversorgung direkt angeschlossen und von diesem auch organisatorisch betreut sind zur Zeit:

- die seit längerem operative Übermittlungsgruppe mit 19 Mitgliedern mit der Aufgabe Notkommunikationsmittel aufzubauen und zu betreiben;
- die im Aufbau befindliche Betriebsgruppe Landesführungsraum (LFR) mit aktuell 12 Mitgliedern und der zukünftigen Aufgabe, den technischen Betrieb und den administrativen Ablauf in allen Bereichen im Landesführungsraum sicherzustellen bzw. zu unterstützen;
- als eigenständige Hilfsorganisation übernimmt die Übermittlungsgruppe die ihr zugeteilten Aufgaben, insbesondere Übermittlungsaufgaben mit dem Nottelefon (Awitel);
- drei Kernteams für die Bereiche Anlagewart, Versorgungswesen und Betreuungswesen mit der Aufgabe in den örtlichen Zivilschutzorganisationen die ihrem Fachgebiet entsprechenden Bereiche zu beüben und zu koordinieren.

Gemeinde-Führungsorganisationen

6 Gemeinde-Führungsstäbe sind auf ihre Aufgabe vorbereitet worden: Vaduz, Triesenberg und Schaan bereits im Vorjahr und im Berichtsjahr neu Balzers, Ruggell und Schellenberg.

Zivilschutzgruppen der Gemeinden

In 7 Gemeinden bestehen bereits organisierte Zivilschutzgruppen. Das Amt für Zivilschutz und Landesversorgung ist bestrebt, gute Ausbildung und andere Grundlagen zur Bewältigung ihrer Aufgaben zu vermitteln. Die Aufgaben decken in der Regel Nischen ab, um im Ernstfall den anderen Rettungsorganisationen nicht Personal für Sonderaufgaben entziehen zu müssen (z.B. Betreuung von Evakuierten, Versorgung der Rettungskräfte etc.).

Aus- und Weiterbildung in Liechtenstein

Drei weitere Gemeinde-Führungsstäbe konnten mittels ganztägigen Übungen in ihre Aufgaben eingeführt werden: Balzers, Ruggell und Schellenberg.

Im Rahmen des Ausbildungskonzeptes 200x wurden im Jahr 2005 im Land folgende Kurse angeboten: Einführungskurs und Grundkurs für neue Mitglieder der Zivilschutzgruppen, interner Weiterbildungskurs für die Übermittlungsgruppe und die Betriebsgruppe LFR.

In Zusammenarbeit mit dem Kanton St. Gallen und dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz in Bern konnten angeboten werden: Stabskurse für die Führungsstäbe, Aus- und Weiterbildungskurse für die Anlagewarte und die weiteren Kernteams.

Die Ausgaben für die Aus- und Weiterbildung im Zivilschutzbereich betragen im Jahr 2005 CHF 66 709.20.

Schutzraumbau im Fürstentum Liechtenstein

Gegenüber dem Einwohnerwachstum konnte das Schutzplatzangebot um 1.76% (von 43.3% auf 44.76%) verbessert werden.

Inbetriebnahme von Schutzräumen

Im Jahr 2005 konnte ein Schutzraum mit 207 Schutzplätzen fertig gestellt und seinen Bestimmungen übergeben werden. Ein weiterer Schutzraum mit 470 Schutzplätzen wird zur Zeit gebaut.

Schutzraumprojekte

Als Projekte bearbeitete das Amt für Zivilschutz und Landesversorgung vier Schutzräume in Tiefgaragen mit insgesamt 1550 Schutzplätzen in öffentliche und private Bauten. Die Übernahme der Mehrkosten bei zwei Projekten in privaten Bauten mit 950 Schutzplätzen wurden von der Regierung genehmigt.

Zwei Projekte von Schutzräumen in öffentlichen Bauten wurden begleitet. Eines der Projekte befindet sich bereits im Bau, das zweite wurde von der Gemeindebehörde abgelehnt.

Schutzraumprojekte in Ausführung

Der Rohbau des Landesführungsraumes ist bereits realisiert.

Subvention der Schutzräume von Gemeinden

Im Jahr 2005 wurden seitens der Gemeinden weder Subventionen beantragt noch verrechnet.

Spezielle Projekte

UKW-Notsendekonzept

Eine Arbeitsgruppe erarbeitete im Auftrag der Regierung ein «UKW-Notsendekonzept in ausserordentlichen Lagen für das Fürstentum Liechtenstein». Die Detailphase konnte mit einem Bericht an die Regierung abgeschlossen werden.

Landesversorgung

Zielvorgaben des Bundesamtes für Wirtschaftliche Landesversorgung

- Es gibt neu nur noch drei Bereichsleiter bei der Rationierung: Lebensmittel, Treibstoffe und Heizöl.
- Die Ausbildung des Bereichsverantwortlichen «Heizölrationierung» wurde abgeschlossen und die notwendigen Dokumente für die Umsetzung in Liechtenstein liegen vor.
- Die diesbezüglichen gesetzlichen Grundlagen liegen bereits im Entwurf vor.

Heizöllager «Forst»

Das Land Liechtenstein besitzt 1450 Anteilscheine der Genossenschaft für Heizöllagerhaltung für die Berechtigung der Einlagerung von je 5 Tonnen Heizöl. Die gesamte mögliche Einlagerungskapazität des Landes beträgt also 7250 Tonnen.

Für diese Anteilscheine müssen jährlich CHF 32 625 (CHF 4.50 pro Tonne Lagerraum) überwiesen werden.

Die Lagerkapazität des Landes für 7250 Tonnen Heizöl im Lager ist ungenutzt bzw. das Lager leer. Die Kosten an die Genossenschaft für Heizöllagerhaltung für diese Lagerkapazität von 1450 Anteilscheinen betragen CHF 32 625.

Fachtechnik und Logistik

Logistik

Die Hauptaufgabe im Jahre 2005 bestand darin, sämtliches Einsatzmaterial aufzulisten und den Rettungskräften bei Bedarf für Einsatz und Ausbildung zur Verfügung zu stellen

Kleinlöscherschulungen

Im Jahre 2005 wurden 20 Kleinlöscherschulungen durchgeführt, bei denen 916 Teilnehmer zu verzeichnen waren.

Die «Stiftung für den Brandschutz und das Löschwesen» wendete dafür CHF 15 230.15 für das Personal und CHF 8 7331.75 für Materialkosten auf.

Zivilstandsamt

Amtsleiter: Hansjörg Meier

Die Schwerpunktaufgaben des Zivilstandsamts lagen im Berichtsjahr in der Führung und laufenden Aktualisierung der verschiedenen Zivilstandsregister, beim Vollzug von Eheschliessungen, bei der Bearbeitung von Geburts-, Ehe- sowie Todesereignissen, der Ausstellung von Todesfall-Aufnahmen (Erbbescheinigungen), der Anerkennung von ausländischen Zivilstandsereignissen, der Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger aufgrund Staatsgerichtshofurteil 1996/36, der Registrierung alteingesessener Ausländer, die erleichtert eingebürgert wurden (LGBl. 2000 Nr. 141), der Ausgabe von Registerauszügen, Dokumenten und Bestätigungen, der Durchführung von Namensänderungen, der Datenbereinigung und Datenerfassung in der Zentralen Personenverwaltung sowie der Aktualisierung und Pflege des Internet-Auftritts.

Ziviltrauungen in Liechtenstein

Vollzug von Eheschliessungen	2004	2005
Liechtensteiner : Liechtensteinerinnen	45	49
Liechtensteiner : Ausländerinnen	54	56
Ausländer : Liechtensteinerinnen	54	58
Ausländer : Ausländerinnen	36	40
Total	189	203

Heimatscheine, Todesfall-Aufnahmen und Namensänderungen

Ausstellung von Dokumenten und Durchführung von Namensänderungen	2004	2005
Heimatscheine	41	63
Todesfall-Aufnahmen (Erbbescheinigungen)	226	254
Namensänderungen	85	63
Annahme des ledigen Namens	17	23

Anerkennungen ausländischer Eheschliessungen, Ehescheidungen, Adoptionen und Vaterschaftsanerkennungen

Anerkennung ausländischer Zivilstandsereignisse	2004	2005
Ausländische Eheschliessungen liechtensteinischer Staatsangehöriger	63	57
Ausländische Ehescheidungen liechtensteinischer Staatsangehöriger	14	18
Adoptionen ausländischer Kinder durch liechtensteinische Staatsangehörige	7	5

Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger aufgrund Staatsgerichtshofurteil (StGH 1996/36)

Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger	2004	2005
---	------	------

Vom Zivilstandsamt registrierte Personen, die in der Zeit vom 01.01.2005- 31.12.2005 aufgrund des Staatsgerichtshofurteils 1996/36 die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben haben (Kinder liechtensteinischer Mütter)

257	224
-----	-----

Registrierung alteingesessener Ausländer, die aufgrund LGBl. 2000 Nr. 141 erleichtert eingebürgert wurden

Registrierung alteingesessener Ausländer	2004	2005
--	------	------

Vom Zivilstandsamt registrierte Personen, die in der Zeit vom 01.01.2005- 31.12.2005 aufgrund des Gesetzes vom 12. April 2000 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes, LGBl. 2000 Nr. 141, die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben haben (erleichterte Einbürgerung alteingesessener Ausländer)

102	100
-----	-----

Schwerpunktaufgaben 2005

- Führung und laufende Aktualisierung der verschiedenen Zivilstandsregister (Geburts-, Ehe-, Familien- und Todesregister);
- Aufnahme von Eheverkündungsgesuchen (Ehevorbereitung);
- Vollzug von Eheschliessungen;
- Ausstellung von Geburts-, Ehe- und Todesscheinen, Familienregisterauszügen, Heimatscheinen, Ehefähigkeitszeugnissen, Zivilstandsausweisen, Bestätigungen sowie anderen Dokumenten;
- Ausstellung von Todesfall-Aufnahmen (Erbbescheinigungen);
- Übermittlung von Zivilstandsmeldungen an Ämter, Behörden, Gemeinden, Gerichte, Konsulate etc.;
- Mitteilung in Bezug auf aussereheliche Kinder an Kinder- und Jugenddienst sowie Landgericht;
- Übermittlung von Zivilstandsmeldungen an Regierungskanzlei zur Beglaubigung und Weiterleitung;
- Registrierung von Ehetrennungen, Ehescheidungen, Legitimationen und Adoptionen;
- Registrierung liechtensteinischer Staatsangehöriger aufgrund Staatsgerichtshofurteil (StGH 1996/36 – Kinder liechtensteinischer Mütter);
- Registrierung alteingesessener Ausländer, die aufgrund LGBl. 2000 Nr. 141 erleichtert eingebürgert wurden;
- Registrierung von Gemeindebürgerrechtsänderungen;

- 120 I
- Anerkennung ausländischer Zivilstandsereignisse liechtensteinischer Staatsangehöriger (Eheschliessungen, Ehescheidungen, Adoptionen und Vaterschaftsanerkennungen);
 - Beglaubigungen;
 - Durchführung von Namensänderungen;
 - Führung des Heimatscheinregisters;
 - Umsetzung des Internationalen Privatrechts (IPR)
 - Datenbereinigung und Datenerfassung in der Zentralen Personenverwaltung (ZPV)
 - Aktualisierung und Pflege des Internet-Auftritts.

KOMMISSIONEN

Landesgrundverkehrskommission

Präsident: Dr. Benedikt Marxer

Die LGVK hielt im Jahr 2005 insgesamt sechs nicht-öffentliche Sitzungen ab.

Anhängige Rechtssachen 2005	28
A) Anfall Beschwerden 2005	25
davon: a) Hertrag 2004	3
b) Neuanfall 2005	22
B) Anfall Sonstige Anträge 2005	3
(amtswegige Prüfung der Erfüllung einer Auflage etc)	
davon: a) Hertrag 2004	0
b) Neuanfall 2005	3
Beschwerdeführer/Antragsteller des Neuanfalls 2005	
davon: a) Regierung	22
b) Vertragspartei	3
Erledigung Rechtssachen 2005	23
davon: a) Stattgebung/Teilstattgebung	5
b) Abweisung	7
c) Zurückweisung und sonstige Erledigungen	14
Übertrag in das Geschäftsjahr 2006	2

Regelungskommission

Vorsitzender: Dr. Walter Kert

Die Kommission bzw. der Vorsitzende hat im Jahre 2005 insgesamt zwei Sitzungen abgehalten. Dabei wurden insgesamt zwei Entscheidungen getroffen.

Daneben hat der Vorsitzende der Regelungskommission verschiedene Regelungsausschüsse der Gemeinden auch in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht beraten und zahlreiche Anfragen einer Erledigung zugeführt.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin bzw. Ressortinhaber:
Regierungschef-Stv. Rita Kieber-Beck bis 21. April 2005
Regierungsrat Hugo Quaderer ab 21. April 2005

Das Ressort Bildungswesen strebt eine ständige Weiterentwicklung der schulischen und der beruflichen Grund- und Weiterbildung an. Neben den laufenden inhaltlichen Anpassungen ist es nötig, grössere Reformen anzugehen und umzusetzen. So bildeten im Berichtsjahr die Vorarbeiten zu Reformen und Gesetzesrevisionen einen Schwerpunkt. Die Revision des Berufsbildungsgesetzes, das Vorprojekt «Weichenstellung und Grundlagen zur Schul- und Profilentwicklung auf der Sekundarstufe I (SPES I)» und die Reform der Lehrerbesoldung wurden in die Wege geleitet. Daneben war der «Umgang mit Heterogenität» ein ständiges Thema in verschiedenen Bereichen. Auch wurde der Beschluss gefasst, am Freiwilligen 10. Schuljahr das neue Profil «Werkklasse» einzuführen. Letztlich wurde mit dem Landtagsbeschluss vom November 2005 die Zukunft des Liechtenstein-Instituts für die Jahre 2005 bis 2009 gesichert.

Schul- und Hochschulwesen

Themenbezogene Evaluation des Ergänzungsunterrichts

Im Berichtsjahr wurden Massnahmen aus dem Schlussbericht «Themenbezogene Evaluation – Ergänzungsunterricht im Fürstentum Liechtenstein» abgeleitet. So wurde eine «Arbeitsgruppe Ergänzungsunterricht» eingesetzt, unter anderem damit beauftragt, im Bereich der Förderdiagnostik und Förderplanung des EGU den Ist-Zustand zu erheben und darauf aufbauend eine einheitliche Grundlage für die Förderdiagnostik und Förderplanung an allen Schulen in Liechtenstein zu schaffen. Das Schulamt wurde unter anderem beauftragt, ein Konzept zu erarbeiten, welches die vollständige Integration des Legasthenieunterrichtes in den schulischen Alltag vorsieht und durch welches sicher gestellt wird, dass durch frühzeitige Erkennung vorhandener Probleme im Bereich Lesen / Rechtschreiben eine entsprechende zusätzliche Förderung in der Primarschule abgeschlossen werden kann.

Projekt «Schulsozialarbeit»

Mit dem auf zwei Jahre ausgelegten Pilotprojekt «Schulsozialarbeit FL» mit Beginn im Schuljahr 04/05 haben die Schulen, insbesondere die Oberschulen, zusätzliche Unterstützung erhalten. Die Regierung verspricht sich vom Aufbau der Schulsozialarbeit ein besseres Klima an den Schulen, eine schnelle Hilfe für die Kinder und Jugendlichen und deren Eltern sowie eine Entlastung der Lehrpersonen zu Gunsten eines effizienteren Unterrichts. Bei der Schulsozialarbeit stehen unter anderem die Krisenintervention, die Prävention, die Integration sowie die Beratung von Kindern und Jugendlichen, Lehrpersonen und Eltern im Vordergrund. Während der Projektphase profitieren folgende Schulzentren von der Schulsozialarbeit:

Schulzentrum Unterland

Oberschule Vaduz

Schulzentrum Mühleholz: Realschule / Gymnasium

Schulzentrum Triesen: Oberschule / Realschule

Heterogenität macht Schule – Herausforderungen und Chancen

Das Schulamt ist beauftragt, die im Grobkonzept beschriebene Strategie umzusetzen. So sollen die Bemühungen um einen förderorientierten Unterricht weitergeführt werden. Mit zusätzlichen Massnahmen und Unterstützungsstrukturen soll es möglich werden, die Unterrichtssituation für die Kinder und Jugendlichen sowie die Lehrpersonen weiter zu verbessern. So wurde beispielsweise das Beratungs- und Weiterbildungsangebot für Lehrpersonen erweitert. Es soll geprüft werden, wie die Förderung von Kindern mit Entwicklungsverzögerungen im Kindergarten noch verbessert werden kann. Intern soll in den Schulen evaluiert werden, in welchen Bereichen diese den unterschiedlichen Begabungen der Kinder und Jugendlichen noch besser gerecht werden können. Weiters werden Standards erarbeitet, die aufzeigen sollen, in welchen Bereichen die Schülerinnen und Schüler Förderbedarf haben.

Kleinschule Planken

Das Projekt «Kleinschule Planken» als Profilschule wurde im Berichtsjahr soweit vorbereitet, dass das Projekt Anfang 2006 definitiv bewilligt werden kann.

Damit kann der Schulstandort Planken längerfristig gesichert werden. Die Schule Planken wird ausgestaltet als Profilschule mit den typischen Merkmalen einer Kleinschule, dem Ausbau der Tagesstrukturen mit Mittagsverpflegung und Aufsicht sowie Hausaufgabenhilfe und der gemeinsamen Führung von Kindergarten und Unterstufenklasse mit Merkmalen des pädagogischen Konzepts einer Basisstufe.

Revision des Berufsbildungsgesetzes

Zur Revision des Berufsbildungsgesetzes und den dazugehörigen Verordnungen wurde eine Projektgruppe bestellt, die einen Gesetzesentwurf und eine Verordnung erarbeiten soll.

In Anbetracht der Gleichstellung mit dem in der Schweiz im Jahre 2004 in Kraft gesetzten neuen Berufsbildungsgesetz ist eine Gesetzesrevision sinnvoll und angezeigt hinsichtlich einer analogen Terminologie in der Berufsbildung und dem Anpassen an neue wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen und Bedürfnisse. Durch die langjährige und gute Zusammenarbeit mit der Schweiz gibt es bestimmte Abhängigkeiten und Partnerschaften, die in Zukunft noch ausgebaut werden sollen. Basis für die Gesetzesrevision soll das neue Berufsbildungsgesetz der Schweiz sein, wobei die für unser Land nötigen Anpassungen entsprechend berücksichtigt werden müssen.

Einführung des neuen Brückenangebots «Werkklasse»

Die Einführung des neuen Brückenangebots «Werkklasse» am Freiwilligen 10. Schuljahr auf das Schuljahr

2005/06 wurde beschlossen. Das bestehende Brückenangebot «Vorlehre», zum Beispiel am BZB, wird mit der Einführung des neuen Angebots «Werkklasse» ab dem Schuljahr 2006/2007 nicht mehr vom Land finanziell gefördert.

Revision der Lehrerbesoldung

Ein Projektteam und ein Lenkungsausschuss wurden im Berichtsjahr beauftragt, ein Grobkonzept für ein neues Besoldungsmodell zu erarbeiten. Es sollen dabei insbesondere folgende Zielsetzungen berücksichtigt werden: Die künftigen Besoldungsschemas sollen sowohl den heutigen Ausbildungs- als auch den Arbeitsplatzanforderungen gerecht werden, auch im Vergleich zwischen den verschiedenen Lehrerkategorien. Der Stufenautomatismus soll zugunsten einer leistungsabhängigen Beförderung relativiert werden. Die Länge der Gehaltskarrieren soll auf die geänderten Berufseintrittszeitpunkte abgestimmt werden.

Vorprojekt «Weichenstellung und Grundlagen zur Schul- und Profilentwicklung auf der Sekundarstufe I (SPES I)»

Das betreffende Vorprojekt wurde im Berichtsjahr genehmigt. Mit diesem Vorprojekt wird das Erreichen eines politischen Konsenses über die Ausgestaltung der Stufenorganisation und der Verbesserung der Durchlässigkeit angestrebt. Das Vorprojekt soll Grundlage für ein umfassendes Gesamtprojekt sein.

Das Gesamtprojekt soll folgende Wirkungen erzielen: Die Sicherstellung der optimalen Förderung aller Schülerinnen und Schüler (bessere individuelle Förderung von Begabungen, soziales Lernen, Möglichkeiten von Profilen, Bildungsstandards, Leistungs- und Eintrittstandards); das Erfüllen von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anforderungen (berufsmarktorientierte Abschlüsse, individuelle Vertiefungsrichtungen und Lernkarrieren, Integration, Unterstützungsstrukturen wie Tagesschulen, Teilautonomie der Schulen); Berücksichtigen von bildungsökonomischen Anforderungen (optimale Klassen- und Gruppengrößen).

Konferenzen / Treffen

Bildungsministerkonferenz im Bologna Prozess in Bergen, Norwegen

Liechtenstein hat an der 4. Ministerkonferenz im Bologna Prozess in Bergen, Norwegen teilgenommen, vertreten durch den Rektor der Hochschule und dem zuständigen Sachbearbeiter des Schulamtes.

Holocaust-Erinnerungs-Veranstaltung und Seminar der Europäischen Erziehungsminister

Der Ressortinhaber hat an der Holocaust-Erinnerungs-Veranstaltung und dem Seminar der Europäischen Erziehungsminister in Krakau, Polen, teilgenommen, wobei neben dem Amtsleiter des Schulamtes auch eine Gymnasiastin Mitglied der liechtensteinischen Delegation war. Vom

4. bis 6. Mai hat auf Einladung des polnischen Bildungsministers in Krakau ein Seminar zum Unterricht über das Gedenken an den Holocaust stattgefunden. Es umfasste neben einem Kolloquium zu diesem Thema aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau einen Holocaust-Gedenktag an dieser historischen Stätte.

Besuch anlässlich der 38. Berufsweltmeisterschaft in Helsinki

Anlässlich der Berufsweltmeisterschaften in Helsinki besuchte der Ressortinhaber die erfolgreiche liechtensteinische Delegation am 27. und 28. Mai und konnte sich vor Ort von den Leistungen aller Kandidaten überzeugen.

EDK und EDK Ost – Zusammenarbeit mit der Schweiz

Die Mitwirkung an der EDK, der schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und an der EDK Ost, der Regionalkonferenz der EDK mit neun Kantonen der Ostschweiz und Liechtenstein, ist Ausdruck der guten Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz. So nahm der Ressortinhaber am 9. Juni an der EDK Ost Jahrestagung in Näfels und an der Jahresversammlung der EDK am 27. und 28. Oktober in Murten teil.

Antrittsbesuch bei der österreichischen Bildungsministerin Elisabeth Gehrler

Der Ressortinhaber traf sich am 20. und 21. Dezember mit der österreichischen Bildungsministerin Elisabeth Gehrler zu einem Arbeitsgespräch sowie mit Sozialministerin Ursula Haubner zu einem Höflichkeitsbesuch in Wien.

Der Antrittsbesuch bei Bundesministerin Gehrler war Zeichen der guten Zusammenarbeit im Bildungsbereich zwischen Österreich und Liechtenstein. Die Themen bewegten sich im Bereich der Reformbestrebungen in Österreich, vor allem betreffend die Qualitätssicherung und -entwicklung, die Schulorganisation, Schulautonomie, sowie im Bereich der Lehrerinnen- und Lehrerbildung und der EU-Präsidentschaft Österreichs. Auch das EuGH-Urteil betreffend die Frage des Zugangs deutscher und anderer ausländischer Studenten zu österreichischen Universitäten und dessen Konsequenzen für österreichische und liechtensteinische Studentinnen und Studenten war ein wichtiger Punkt auf der Agenda.

Beiträge an Bildungseinrichtungen

Liechtensteins Studierende sind in Österreich betreffend der zu entrichtenden Studiengebühren den österreichischen Studierenden gleichgestellt, ohne dass das Land Liechtenstein hierfür Platzkostenbeiträge an österreichische Bildungseinrichtungen leistet. Als Gegenleistung zeigt sich Liechtenstein durch verschiedene Zuwendungen an österreichische Bildungseinrichtungen erkenntlich.

Liechtenstein hat unter anderem den «Liechtenstein-Preis» an der Universität Innsbruck geschaffen und entrichtet jährlich CHF 250 000 ab den «Österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen

Forschung». Auch haben österreichische Studierende an der Hochschule Liechtenstein eine vergleichsweise geringe Studiengebühr zu entrichten.

An den Schweizerischen Nationalfonds wurde ein Beitrag von CHF 250 000 geleistet.

Internationale Berufswettbewerbe

Das Berichtsjahr stand im Zeichen der Vorbereitung und der Teilnahme an den Berufsweltmeisterschaften in Helsinki. Im Januar und im April fanden Trainingslager zur Teambildung statt. Liechtenstein nahm zudem erstmals an der finnischen nationalen Ausscheidung für Berufsweltmeisterschaften in Turku teil.

Im Mai und Juni fand die 38. Berufsweltmeisterschaft in Helsinki statt. Die sechs Wettbewerbsteilnehmer, von denen drei noch in der Ausbildung standen, holten Gold, Bronze und zwei Leistungsdiplome. Mit dem 9. Mannschaftsrank unter 37 Ländern wurde das starke Kollektiv eindrücklich unter Beweis gestellt.

Die Regierung hat im Berichtsjahr beschlossen, die Organisation World Skills Liechtenstein in das Amt für Berufsbildung einzugliedern. Das Amt wurde beauftragt, ein diesbezügliches Konzept zu erarbeiten.

AMTSSTELLEN

Schulamt

Amtsleiter: Guido Wolfinger

Im Jahre 2005 stand als Reaktion auf gesellschaftliche Entwicklungen das pädagogische Bemühen um bestmögliche Lernfortschritte bei den Schülerinnen und Schülern auf allen Ebenen des Bildungswesens und in allen Entwicklungsbereichen im Mittelpunkt. Dabei soll dem Faktum der zunehmenden Heterogenität in Gesellschaft und Schule unter dem Titel «Heterogenität macht Schule - Herausforderungen und Chancen» besonders Rechnung getragen und diese Heterogenität als Chance angesehen werden. Verschiedene konkrete Massnahmen wurden eingeleitet und sollen in den kommenden Jahren umgesetzt werden. Weiters standen auf verschiedenen Schulstufen wichtige Aspekte der sprachlichen Förderung (u.a. Hochdeutsch), die Entwicklung von Bildungsstandards, die Einführung zeitgemässer Lehrmittel und neuer Qualitäts- und Beurteilungsinstrumente, die Weiterbildung der Lehrpersonen, verschiedene Evaluationen u.v.m. im Mittelpunkt der pädagogischen Bemühungen.

Schulentwicklung

Zielsetzung und Entwicklungsbereiche

Hinter allen Bemühungen seitens der Regierung, des Schulamtes, der Schulen, der Lehrpersonen und der Eltern steht immer die Absicht, das schulische Lernen und

Lehren bestmöglich zu gestalten und dadurch optimale Lernfortschritte bei den Schülerinnen und Schülern zu erzielen. Die Entwicklung der Schulen bzw. die Schulentwicklung hat sich an dieser Maxime auszurichten. Schulentwicklung geschieht im Zusammenspiel von:

- Unterrichtsentwicklung als Entwicklung des Kerns der schulischen Arbeit
- Personalentwicklung als Entwicklung des Qualitätspotenzials der in der Schule arbeitenden Personen
- Organisationsentwicklung als Entwicklung der formalen Organisation und der inneren Struktur der Schule
- Kooperationsentwicklung als Entwicklung von Beziehungen innerhalb und ausserhalb der Schule

Diese Entwicklungsbereiche hängen zusammen und beeinflussen sich gegenseitig. Schulentwicklung ist auf die Qualität der schulischen Arbeit ausgerichtet, basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und Bezug nehmend auf gesellschaftliche Entwicklungen.

Gesellschaftliche Entwicklung

Die heutige pluralistische Gesellschaft wirkt sich auf viele Lebensbereiche aus. Besonders spiegelt sich diese Vielfalt in den Kindern und Jugendlichen. Die Schule muss darauf flexibel und individuell reagieren können. Die Heterogenität in unseren Schulklassen nimmt ständig zu. Dabei spielen die unterschiedlichen Kulturen, Sprachen, Werthaltungen, biografischen und gesellschaftlichen Hintergründe eine wichtige Rolle. Dies führt zu unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und somit zu unterschiedlichen schulischen Leistungen. Auf diese Entwicklung muss das Bildungswesen reagieren.

Heterogenität an der Schule

Die wachsende Heterogenität in Schulklassen stellt die Lehrpersonen vor grosse Herausforderungen. Es soll für alle Kinder das Prinzip der Chancengleichheit gelten. Dies bedeutet, dass allen Kindern die beste - und nicht die gleiche - Bildung ermöglicht werden soll. In der Erfüllung dieser Aufgabe sind die Behörden, die Schulen und die einzelnen Lehrpersonen gefordert. Die Regierung hat auf diese Entwicklung reagiert und an ihrer Sitzung vom 28. Juni 2005 das Schulamt beauftragt, die im Grobkonzept «Heterogenität macht Schule - Herausforderungen und Chancen» formulierten Massnahmen umzusetzen und die Detailkonzepte gemäss Umsetzungsplan einzeln vorzulegen. Für die nächsten drei Schuljahre, ab Beginn des Schuljahres 05/06, steht deshalb der Unterricht an den Kindergärten und Schulen im Mittelpunkt der Schulentwicklung. Dabei wird dem produktiven Umgang mit den heterogenen Schülergruppen besondere Beachtung geschenkt. Diese pädagogische Schwerpunktsetzung bedingt die schrittweise Umsetzung verschiedener Massnahmen.

Konkrete Massnahmen

Die Massnahmen zur Schwerpunktsetzung «Heterogenität macht Schule - Herausforderungen und Chancen» präsentieren sich kurz zusammengefasst wie folgt:

Interne und externe Evaluation der Schulen

Die Kindergärten und Schulen evaluieren im laufenden Schuljahr 05/06 ihren Umgang mit Heterogenität im Rahmen ihrer Jahresplanung. Von der Situationsanalyse ausgehend wird ein Handlungsbedarf abgeleitet. Die Umsetzung des festgestellten Handlungsbedarfs beginnt im Schuljahr 2006/07 und wird von den zuständigen Inspektoraten begleitet. Der Umgang mit Heterogenität wird auch fester Bestandteil der externen Evaluation der Schulen und Kindergärten.

Weiterbildung und Beratung

Die Schulamtsmitarbeitenden werden sich im Rahmen einer Weiterbildung noch vertiefter mit der Thematik Heterogenität auseinandersetzen. Für die Lehrpersonen wird ebenfalls ein Weiterbildungsprogramm angeboten. Mit der Pädagogischen Hochschule Zürich konnte zudem ein Kooperationsvertrag abgeschlossen werden. Dieser ermöglicht es den Lehrpersonen, sich gezielt und anonym beraten und unterstützen zu lassen. Eine telefonische Beratung ist ebenfalls möglich.

Schulsozialarbeit

Das Projekt Schulsozialarbeit unterstützt die Lehrpersonen im Umgang mit den heterogenen Verhaltensweisen ihrer Schülerinnen und Schüler.

Ergänzungsunterricht

Die Evaluation des Ergänzungsunterrichts durch die Schweizerische Zentralstelle für Heilpädagogik (SZH) im Jahre 2004 hat gezeigt, dass in verschiedenen Bereichen Verbesserungen erzielt werden könnten, beispielsweise auch in der Förderdiagnostik und Förderplanung. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Empfehlungen der SZH prüft und später umsetzt.

Begabungsförderung

Zum Thema «Begabungsförderung FL» liegt ein Grobkonzept vor, welches die integrative Förderung von Begabungen bzw. von besonders begabten Schülerinnen und Schülern beschreibt. Eine Arbeitsgruppe wurde mit der Erstellung eines Feinkonzeptes beauftragt.

Förderung und Beratung im Kindergarten

Im Kindergarten fehlt ein heilpädagogisches Förder- und Beratungsangebot im Sinne des Ergänzungsunterrichts. Gerade im Kindergarten wäre es jedoch wichtig und möglich, Entwicklungsverzögerungen oder spezielle Begabungen frühzeitig zu erkennen und eine entsprechende Förderung einzuleiten. Eine Kommission des Kindergartens wird zusammen mit dem Schulamt eine Bedürfnisabklärung in den Kindergärten vornehmen. Darauf aufbauend wird ein Konzept erstellt und der Regierung vorgelegt.

Tagesstrukturen, Unterstützungssysteme

In einigen Primar- und Sekundarschulen sind bereits Hausaufgabenhilfen eingerichtet. In allen Sekundarschulen

sind die Stütz- und Förderkurse sowie die Lernbegleitung im Rahmen der Lektionentafel fest installiert. Fast alle Sekundarschulen und eine Primarschule bieten Mittagsverpflegung an. Eine Bedürfnisanalyse zur Thematik «Tagesstrukturen, Unterstützungssysteme» wurde vom Amt für Soziale Dienste zusammen mit dem Schulamt durchgeführt. Der Bericht liegt vor, Massnahmen sind geplant.

Standards

Für die Primar- und Sekundarschule werden in verschiedenen Fach- und Teilbereichen Standards erarbeitet, welche einerseits einen besseren Leistungsvergleich unter den Schülerinnen und Schülern ermöglichen und andererseits den Förderbedarf der Kinder und Jugendlichen aufzeigen. Bereits im Einsatz ist das Qualitätsinstrument «Klassenscockpit» für die 3. bis 9. Stufe. Es ermöglicht den Lehrpersonen, den Erfolg des eigenen Unterrichts besser einzuschätzen. In den 2. Primarklassen kann das Instrument «LernLot» eingesetzt werden zur Überprüfung der Minimalziele des Lehrplanes. Die Regierung hat im Berichtsjahr beschlossen, ab 2006 in der 8. Schulstufe das Instrument «Stellwerk» zur Standortbestimmung vor der Berufswahl einzusetzen.

Sprachförderung

Der Förderung und Pflege des Hochdeutschen wird auf dem Hintergrund der PISA-Studie und der steigenden Anzahl Schülerinnen und Schüler mit Deutsch als Zweitsprache besonderes Augenmerk geschenkt. So wird beispielsweise auch im Sportunterricht und in einigen Kindergärten Hochdeutsch gesprochen. An den Kindergärten wurde eine neue Methode der Sprachförderung eingeführt.

Heterogenität als Chance

Der Umgang mit unterschiedlichen Kindern und Jugendlichen ist eine anspruchsvolle Aufgabe. In dieser wichtigen Aufgabe sollen die Lehrpersonen unterstützt werden. Konkretes Ziel dabei ist es, den Lehrpersonen behilflich zu sein, ihr Know-how vermehrt in der Praxis umzusetzen. Die Verbreitung von «good practice» spielt dabei eine wichtige Rolle. Es soll aufgezeigt werden, dass heterogene Gruppen primär bereichernd sind und erst sekundär belastend sein können. Die Heterogeni(e)tät soll als Chance gesehen werden.

Öffentliche Schulen

Statistische Daten Schuljahr 2005/06

Schüler

Schulbezeichnung	Anzahl Schulen	Anzahl Klassen	Anzahl Schüler			Ausländer	Ausländer- anteil	«Schüler je Klasse»
			m	w	gesamt			
Kindergärten Oberland		31	237	220	457	136	29.76	14.74
Kindergärten Unterland		21	159	155	314	94	29.94	14.95
Total Kindergärten		52	396	375	771	230	29.83	14.83
Primarschulen Oberland (inkl. Einführungsklassen)	7	76	641	696	1 337	394	29.47	17.59
Primarschulen Unterland (inkl. Vorschule)	7	51	415	396	811	239	29.47	15.90
Total Primarschulen	14	127	1 056	1 092	2 148	633	29.47	16.91
«Oberschule Triesen (inkl. Intensivkurs Deutsch als Zweitsprache)»	1	14	85	77	162	74	45.68	11.57
Oberschule Vaduz	1	9	65	42	107	55	51.40	11.89
Oberschule Eschen	1	13	86	82	168	82	48.81	12.92
Total Oberschulen	3	36	236	201	437	211	48.28	12.14
Realschule Balzers	1	6	52	53	105	30	28.57	17.50
Realschule Triesen	1	10	89	84	173	30	17.34	17.30
Realschule Vaduz	1	7	58	50	108	34	31.48	15.43
Realschule Schaan	1	6	57	53	110	23	20.91	18.33
Realschule Eschen	1	13	105	116	221	52	23.53	17.00
Total Realschulen	5	42	361	356	717	169	23.57	17.07
Liecht. Gymnasium Frw. 10. Schuljahr	1	39	301	393	694	166	23.92	17.79
Total Sekundarschulen	10	119	930	994	1 924	580	30.15	16.17
Heilpädagogisches Zentrum	1	13	85	29	114	78	68.42	8.77
Gesamttotal	25	311	2 467	2 490	4 957	1 521	30.68	15.94

Lehrpersonen

	Lehrpersonen	männlich	weiblich	FL	Andere	Grenzgänger
Kindergarten	80	0	80	63	17	7
Primarschule	250	59	191	190	60	38
Oberschule	88	46	42	41	47	34
Realschule	100	51	49	47	53	32
Frw. 10. Schuljahr	12	6	6	9	3	1
Gymnasium	90	60	30	41	49	33
Berufsmittelschule	14	8	6	3	11	7
Total	634	230	404	394	240	152

Kindergarten

Das Projekt «Hochdeutsch im Kindergarten» läuft im Kindergarten Bartlegrosch, Vaduz, und wird im Frühjahr 2006 evaluiert. Der Kindergarten Bartlegrosch wird auch weiterhin als «Hochdeutschkindergarten» geführt. In den Kindergärtnerinnenteams wurde das Thema «Hochdeutsch im Kindergarten» bearbeitet. An einer Kindergärtnerinnenkonferenz stand ein Hochdeutschprojekt aus

Schlieren (Zürich) im Zentrum. Das Sprachförderungsprogramm von Dr. Zvi Penner, Universität Konstanz, mit dem einige Kindergärtnerinnen und DaZ-Kindergärtnerinnen arbeiten, wird im Schuljahr 2005/06 in drei Kindergartengruppen in Zusammenarbeit mit dem Kanton Graubünden evaluiert. Das Programm eignet sich vor allem für Migrantenkinder, für Kinder mit Spracherwerbs- und Sprachentwicklungsstörungen sowie für Kinder mit

Lese-Rechtschreib-Schwächen. Die Broschüre «Übertritt Kindergarten-Schule» wurde in verschiedene Sprachen übersetzt, um die Kommunikation mit den Eltern zu erleichtern. Das Projekt «KidSmart», das den Einsatz des PCs im Kindergarten prüfte, wurde mit einem Schlussbericht abgeschlossen. Es gibt keine Empfehlung für einen flächendeckenden Einsatz des PCs im Kindergarten. Die Kindergärtnerin soll entscheiden, ob sie den PC oder andere Hilfsmittel einsetzt. Das Projekt «Kleinschule Planken» läuft ab dem Schuljahr 2006/07. Ausgangslage für das Projekt waren die sinkenden Kinderzahlen in Planken. Deshalb wurde eine Projektgruppe «Massnahmen zur Sicherung des Kindergarten- und Schulstandortes Planken» eingesetzt. Das Projekt «Kleinschule Planken» als Profilschule beinhaltet die Merkmale einer Kleinschule sowie Tagesschulstrukturen und Elemente der Basisstufe.

Primarschule

Schwerpunkte der Bearbeitung an den Primarschulen bildeten:

- die Bestandesaufnahme zum Umgang mit Heterogenität
- die Erarbeitung einer landesweiten Grundlage im Bereich Förderdiagnostik und Förderplanung im Ergänzungsunterricht
- die Erstellung eines Feinkonzeptes, welches integrative Massnahmen im Bereich Begabungsförderung beschreibt und begründet
- die Umsetzung der Leitlinien für den Gebrauch von Hochdeutsch im Unterricht
- die Förderung von Schreiblässen
- die Umsetzung der schriftlichen Ergänzung zum Elterngespräch, bei der es sich um eine summative Bewertung mittels einer mehrstufigen Skala handelt und die Bereiche Deutsch, Mathematik, Mensch und Umwelt, Englisch, Gestalten, Musik und Sport sowie auf einem Beiblatt die Bereiche Lern- und Arbeitsverhalten beinhaltet
- die Einführung des Qualitätsinstruments «LernLot» des Lehrmittelverlages St. Gallen mit Aufgabensammlungen für die 2. Primarstufe
- die Entwicklung von Standards in den Bereichen Deutsch und Mathematik

Oberschule

In der Oberschule wurden das neue Lehrmittel «mathbu.ch» eingeführt und die Lehrpersonen in einem obligatorischen Kurs geschult. Das Projekt «Mathematik auf Realschulniveau» wurde weitergeführt und ist nun von der zweiten bis zur vierten Klasse im Angebot. Für den Ergänzungsunterricht hat die Regierung ein neues Stufenmodell beschlossen, das mehr Flexibilität und Effizienz bringen wird. Die Oberschule Triesen wurde extern evaluiert und erhielt anschliessend Empfehlungen für eine weitere Qualitätsverbesserung. Neben den landesweiten Projekten im Rahmen der Schulentwicklung und Qualitätssicherung wurden in den Schulen auch eigene Projekte geplant und durchgeführt: 20 Jahre Weiterführende

Schulen Triesen, 25 Jahre Schulzentrum Unterland und «Respect» an der Oberschule Vaduz.

Realschule

Die Statistik für das Berichtsjahr zeigt auf, dass die Durchlässigkeit zwischen der Ober-, der Realschule und dem Gymnasium bezüglich der aufsteigenden Selektion nicht mehr gegeben ist, obwohl alle möglichen die Durchlässigkeit fördernden Massnahmen umgesetzt wurden. Sie zeigt auch auf, dass die absteigende Selektion zwischen dem Gymnasium und der Realschule in der sechsten und siebten Schulstufe marginal ist. Die Lehrpersonen, die in den ersten, zweiten und dritten Klassen der Realschulen Mathematik oder Englisch unterrichten, setzen im Schuljahr 2005/06 für alle Realschulen verbindliche Jahresplanungen um. Die Lehrpersonen, die an den Realschulen in den zweiten und dritten Klassen das Fach Mathematik unterrichten, richten im Schuljahr 2005/06 ihren Unterricht nach verbindlichen Standards aus. Die Realschulen setzen somit ihren Weg zu verbindlichen Jahresplanungen und Standards konsequent fort. Die Lehrpersonen für Mathematik absolvierten weitere Einführungskurse in die Lehrmittel «Zahlenbuch» und «mathbu.ch». Allen Englisch-Lehrpersonen wurden im Rahmen eines ganztägigen Workshops Sprachkompetenzen vermittelt, die im angelsächsischen Sprachraum zentral sind und insbesondere den Anforderungen des Cambridge-Zertifikats «PET» gerecht werden. Im Schuljahr 2004/05 haben 9 Schülerinnen und Schüler die Prüfungen zum Cambridge Zertifikat «PET» absolviert. Im Juli des Berichtjahres konnten mit wenigen Ausnahmen alle Schülerinnen und Schüler der achten Schulstufe ein Berufswahl-Portfolio vorweisen, welches eine wesentliche Zielsetzung in der Berufswahlfindung der Schülerinnen und Schüler darstellt.

Sportschule

Nach dem erfolgreichen Start des Projekts «Sportschule Liechtenstein» an der Realschule Schaan auf Beginn des Schuljahres 2004/05 konnten auf das Schuljahr 2005/06 hin zusätzlich zu den Realschülerinnen und -schülern aus dem Schulbezirk Schaan/Planken 12 Schülerinnen und Schüler, die von Seiten der Sportverbände vorgeschlagen wurden, in die neuen ersten Klassen der Realschule Schaan aufgenommen werden. Zudem wurde einem Sportler der Quereinstieg in die 2. Klasse bewilligt.

Freiwilliges 10. Schuljahr

Die Zahl der Jugendlichen, welche das 10. Schuljahr besuchen, nahm auch im Jahr 2005 wieder zu. Die Gründe dafür sind vielfältig: Mangelhafte schulische Kompetenz, Berufswahlunreife, fehlende passende Lehrstellen usw. Neben verschiedenen internen Reformen wurden in diesem Schuljahr vor allem die Grundlagen für einen neuen Schwerpunkt erarbeitet. Im Oktober hat die Regierung grünes Licht für die Einführung einer «Werkklasse» gegeben. Diese soll im August 2006 starten. Weiters wurde der Umzug ins Primarschulhaus Resch vorbereitet.

Liechtensteinisches Gymnasium

Im Schuljahr 2004/05 erreichte die Schule ihre maximale Grösse. Mit der Verkürzung der Gymnasialzeit auf sieben Jahre ging die Klassenzahl im Schuljahr 2005/06 von 42 auf 39 zurück. Im Jahr 2005 wurden zwei Maturaprüfungen durchgeführt (zum letzten Mal mit den Klassen der 8. Stufe, erstmals mit den Klassen der 7. Stufe nach der reformierten gymnasialen Oberstufe). An den beiden Maturafeiern erhielten gesamthaft 71 Maturantinnen und 66 Maturanten das Maturazeugnis.

An den Sitzungen des Rektorats und der Steuergruppe sowie an den Konferenzen der Fachvorstände wurden schwerpunktmässig folgende Themen bearbeitet:

- Verabschiedung des Reglements über Prüfungen und Notengebung
- Umsetzung der neuen Richtlinien für Facharbeiten und der Vorgaben für die Betreuung durch die Lehrpersonen
- Durchführung der ersten Maturaprüfungen am Ende der reformierten Oberstufe (REGYOS) gemäss der neuen Maturaverordnung
- Evaluation des REGYOS-Projektes
- Absenzenwesen für die 5. bis 7. Stufe

Zudem wurden verschiedene SCHILF-Veranstaltungen zu den Themen «Gewalt - Konflikte lösen statt auslösen - Thesen und Massnahmen zum Thema Jugendgewalt» und «Öffentlichkeitsarbeit» durchgeführt. Eine aussergewöhnliche Leistung erbrachten die Schülerinnen und Schüler mit Unterstützung der Lehrpersonen und Eltern mit dem Projekt «La Casita» (Erwerb eines Hauses für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche in Mar del Plata). Es wurden zwei neue Bände der LG-Schriftenreihe herausgegeben.

Die *Unterrichtskommission* für das Liechtensteinische Gymnasium übt im Auftrag der Regierung Beratungs- und Kontrollbefugnisse aus und leistet dadurch einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung und -entwicklung. Sie besteht fast durchwegs aus Mitgliedern aus der Schweiz und aus Österreich. Durch die Evaluation der Unterrichtsqualität soll die Gleichwertigkeit der schulischen Anforderungen im Vergleich zu den Nachbarländern gewährleistet werden. Sowohl die Rückmeldungen der Kommissionsmitglieder über die Unterrichtsbesuche wie auch deren Eindrücke an den Maturaprüfungen ergeben ein positives Gesamtbild. An der Jahressitzung wurde intensiv über die Besuchstätigkeit als solche und das damit verbundene Rollenverständnis der Kommissionsmitglieder diskutiert. Als Ergebnis dieser Diskussion wurden verbindliche Standards vereinbart. Dabei wurde vor allem betont, dass neben der Beobachtung der Unterrichtstätigkeit auch die Auseinandersetzung mit Bereichen wie dem Erstellen und Bewerten von Prüfungen, der Notengebung sowie dem Lehrplanbezug des Unterrichts zu ihrem Aufgabenbereich gehört.

Berufsmittelschule Liechtenstein

Die BMS Liechtenstein bietet eine vier Semester dauernde berufsbegleitende Ausbildung an, die mit der

Berufsmatura und den damit verbundenen Studienberechtigungen abschliesst.

Studierende im Schuljahr 2004/05	133
Studierende im Schuljahr 2005/06	138
Zur Berufsmatura 2005 angetreten	46
davon mit Berufsmaturität bestanden	37
davon Teilprüfungen mit einem oder mehreren Zertifikaten bestanden	9

Die wichtigsten in diesem Schuljahr in Angriff genommenen und weitergeführten Aufgaben des Teams und des Rektorats sind:

- Evaluation und Adaption der Lehrpläne
- Einführung eines Unterrichtsprotokolls als Ergänzung zum Lehrplan
- Gemeinsame Reglemente, Aufgabenformate und Matura in den Grundlagenfächern Deutsch und Englisch, Entwicklung eines ähnlichen Projekts im Schwerpunkt Gestalten
- Neugestaltung der Projektarbeit entsprechend den Vorgaben der Anerkennungskriterien des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie BBT
- Schulinterne ICT-Ausbildung (Didaktik und Statistikprogramm)

Eine *Unterrichtskommission* übt im Auftrag der Regierung und nach Massgabe eines Statuts Beratungs- und Kontrollbefugnisse an der BMS aus. Sie leistet dadurch einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung und -entwicklung. Die sieben Mitglieder sind Experten, welche die angebotenen Schwerpunkte fachlich abdecken. Sowohl die Rückmeldungen der Kommissionsmitglieder über die Unterrichtsbesuche wie auch deren Eindrücke an den Maturaprüfungen ergeben ein positives Gesamtbild der Schule. An der Jahressitzung wird vereinbart, in Zukunft den Fokus der Arbeit verstärkt auch auf Aspekte der Vergleichbarkeit der Anforderungen innerhalb eines Faches und zwischen den Fächern zu richten. Vor allem aufgrund des Umstandes, dass an der BMS viele Lehrpersonen mit kleinen Pensen und unterschiedlichem Ausbildungshintergrund unterrichten, ist das verstärkte Mitwirken der Unterrichtskommission wichtig.

Religionsunterricht

Im Schuljahr 2004/05 besuchten 88% der katholischen Schülerinnen und Schüler das Fach Religion und Kultur. Die restlichen 12% besuchten den konfessionellen katholischen Religionsunterricht. Der Schwerpunkt der Arbeit im Jahre 2005 lag in der weiteren Konsolidierung des neu eingeführten Faches «Religion und Kultur». Positiv zu vermerken ist die Tatsache, dass von nichtchristlichen Religionsgemeinschaften bisher keine Beschwerden bezüglich des Faches Religion und Kultur eingegangen sind. Die Fortbildungsveranstaltungen befassten sich im abgelaufenen Jahr unter anderem mit religionswissenschaftlichen Fragestellungen. Sehr zufrieden stellend waren die Rückmeldungen der Schülerinnen und Schüler bezüglich

der Schultage. Die Zusammenarbeit mit der Jugendarbeitsstelle funktioniert gut. Seit der Neuorganisation der gymnasialen Oberstufe besteht die Möglichkeit, im Bereich Religionsunterricht mündlich zu maturieren. Sieben Schülerinnen und Schüler haben das Fach Religion und Kultur gewählt. Beisitzer und Fachexperten konnten Maturaprüfungen auf sehr gutem Niveau erleben.

Sportunterricht

Für die Primarschule und den Kindergarten wurden Bestimmungen für die Durchführung des Schwimmunterrichtes erlassen, welche den Einsatz von zusätzlichen Schwimmlehrpersonen regeln. Ebenso wurden Ausbildungsrichtlinien für das Schwimmlehrpersonal festgelegt. Auf der Primarschulstufe wurde im Fach Sport eine Beurteilung der Lernzielerreichung eingeführt, die in der schriftlichen Ergänzung zum Elterngespräch aufscheint. Auf der Sekundarstufe wurde die Unterrichtssprache Hochdeutsch als obligatorisch erklärt. Eine erste Evaluation ergab überwiegend positive Rückmeldungen und auch mehrheitliche Zustimmung zur neuen Regelung. Im Bereich Sportstättenbau wurde die Detailplanung der neuen Sporthalle im SZM II fachlich begleitet. Durch aktive Mitarbeit bei der Erstellung des neuen Sportkonzeptes der Regierung konnte sichergestellt werden, dass die Anliegen des Schulsportes berücksichtigt wurden.

Textiles und Technisches Gestalten, Haushaltkunde

Auf Schuljahresbeginn 2005/06 wurde die schriftliche Ergänzung zum Elterngespräch eingeführt. Fachlehrpersonen müssen künftig über Schülerinnen und Schüler eine schriftliche Bewertung abgeben. Dazu wurde ein Formular entwickelt. Sollte es die Situation erfordern, kann die Fachlehrperson für Textiles Gestalten auch beim Elterngespräch anwesend sein. Einige Lehrerinnen für Textiles Gestalten und Haushaltkunde konnten die Nachqualifikation für den Bereich Technisches Gestalten abschließen. Sie erhielten die Berechtigung, dieses Fach auf der Sekundarstufe I zu unterrichten. Somit besteht für diese Fachlehrpersonen die Möglichkeit, ein weiteres Fach zu belegen und dieselbe Schülergruppe im Textilen und Technischen Gestalten zu unterrichten.

Private Schulen, Hochschulen und Forschungsinstitute

Heilpädagogisches Zentrum

Bereich: Sonderpädagogische Tagesschule im Kresta

Die Schule fördert Kinder mit deutlichen Sprachstörungen und Kinder, die in ihrer intellektuellen Entwicklung gestört oder behindert sind. Die Kinder mit Sprachstörungen oder -behinderungen werden in den Spracheilkindergärten, den Sprachtherapieklassen (Einführungsklassen) und bei anhaltender Problematik in Langzeitklassen (Unterstufe, Mittelstufe, Oberstufe) und die Kinder mit Entwicklungsstörungen oder -behinderungen in den

Spracheilkindergärten und in heilpädagogischen Klassen schulisch gefördert.

Schülerzahlen (Stichtag 31.12.2005)

Abteilung	Total	FL	CH
Spracheilkindergarten	22	13	9
Sprachtherapieklassen	41	16	25
Langzeitklassen	25	19	6
Heilpädagogische Klassen	28	24	4
Total	116	72	44
Anteil in %	100 %	62 %	38 %

Bereich: Therapie

Mit einem vielseitigen Therapieangebot können die Kinder in Ergänzung zum Unterricht oder ambulant ihren Behinderungen entsprechend entweder mit Heilpädagogischer Früherziehung, Logopädie, Psychomotoriktherapie, Physiotherapie, Ergotherapie und/oder Psychotherapie behandelt werden.

	Abklärungen	Behandlungen HPZ intern	Ambulant	Beratungen	Insgesamt
Früherziehung	10	0	30	4	44
Logopädie	193	135	271	125	724
Legasthenie	17	11	50	6	84
Psychomotorik	50	31	84	20	185
Physiotherapie	25	30	4	1	60
Ergotherapie	34	76	32	0	142

f o r m a t i o - Bilinguale Privatschule

Die f o r m a t i o in Triesen besteht aus einer bilingualen Primar- und Sekundarschule, die sich beide nach den liechtensteinischen Lehrplänen richten. Beide Schulen werden zweisprachig (Deutsch und Englisch) geführt. Im Januar 2003 wurde der f o r m a t i o das Öffentlichkeitsrecht verliehen. Damit besitzen die Zeugnisse der f o r m a t i o die Beweiskraft der Dokumente öffentlicher Schulen. 2005 konnte die Schule ihr 10-jähriges Jubiläum feiern. Die Schülerzahlen sind weiterhin steigend.

In der bilingualen Primarschule sind Englisch und Deutsch gleichwertige Unterrichtssprachen. Die herkömmlichen Jahrgangsklassen sind aufgelöst zugunsten einer dreijährigen Eingangs- (1.-3. Klassen) und Übertrittsstufe (4./5. Klassen). Frühleser und Frührechner können vor dem 6. Lebensjahr eintreten. Vorschulkinder besuchen den Englischkurs, der wöchentlich in einer Doppelstunde angeboten wird. Der Schwerpunkt der bilingualen Sekundarschule liegt in der individuellen Schülerförderung. Die Fächer Geographie und Musik werden auf Englisch unterrichtet - dadurch konnte der bilinguale Unterricht der f o r m a t i o erweitert werden. Der Projektunterricht wurde weiter ausgebaut und die 2001 gegründete Schülerfirma «f o r m a t i o Kleinunternehmen»

weitergeführt. Im Sommersemester wurde an einem gemeinsamen Afrika-Projekt gearbeitet. Die von der EU gesponserten Comenius-Projekte der f o r m a t i o Primarschule («We are not so different») und der f o r m a t i o Sekundarschule («Success for everyone: facing mixed abilities») laufen planmässig weiter. Projektsprache ist Englisch und die f o r m a t i o hat die Projektleitung inne. Mit den verschiedenen Partnerschulen finden jährliche Schüler- und Lehrertreffen statt.

Waldorfschule

Im Schuljahr 2005/06 sind 159 Kinder in 9 Klassen und 2 Kindergärten an der Waldorfschule eingeschrieben. Alle Klassen werden als Einzelklassen geführt. Die Schulgebäude befinden sich derzeit an drei verschiedenen Standorten in Schaan: «Im Aescherle» die Klassen 5 bis 9, «Im Bretscha» die Klassen 1 bis 4, die Heileurythmie und der zweite Kindergarten sowie in der «Zollstrasse» eine Kindergartengruppe. Das Personal setzt sich aus 9 vollamtlichen Lehrpersonen, 13 teilzeitbeschäftigten Lehrkräften und 2 Kindergärtnerinnen zusammen. Die pädagogische Arbeit basiert auf der Menschenkunde Rudolf Steiners mit Fokus auf die künstlerische Unterrichtsgestaltung. Die Erziehung der Kinder verlangt nach einem möglichst optimalen Zusammenspiel von Schule und Elternhaus. Der Landesschulrat Österreichs setzt das Abschlusszeugnis der Waldorfschüler nach dem 9. Schuljahr dem Hauptschulabschluss gleich. Die Liechtensteinische Waldorfschule arbeitet im Projekt «Wege zur Qualität» mit der Arbeitsgemeinschaft der Rudolf Steiner-Schulen der Schweiz zusammen.

Internationale Akademie für Philosophie

Im Sommersemester 2005 waren 12 Studierende an der IAP inskribiert, davon vier als Gasthörer. Drei Studierende haben ihr Doktoratsstudium abgeschlossen. Im Wintersemester stiegen drei Studierende neu in das postgraduale Studienprogramm des Internationalen Platon-Zentrums der IAP ein, wodurch die Zahl der Studierenden gleich blieb.

Auf der Grundlage des im Januar 2004 mit der Pontificia Universidad Catolica de Chile (PUC) abgeschlossenen Kooperationsabkommens obliegt Prof. Dr. Josef Seifert als Direktor der IAP-PUC der dortige Lehr- und Forschungsbetrieb. Professor Seifert hält Blockkurse in Liechtenstein ab und betreut seine Dissertanden in Liechtenstein.

Universität für Humanwissenschaften

Mitte 2005 haben die Verantwortlichen der Universität für Humanwissenschaften den Bericht über die vor zwei Jahren mit der Anerkennung der Universität verbundenen Auflagen der Regierung abgegeben. Das Ergebnis der Peer Review sollte bis Frühjahr 2006 vorliegen. Es lässt sich feststellen, dass die Universität durch ihre For-

schungsaktivitäten und die neuen Studienprogramme in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik vermehrt Beachtung und Anerkennung findet, was sich u.a. in Anfragen zu Kooperationen mit namhaften universitären Institutionen äussert. So wurden Zusammenarbeitsverträge mit der Australian National University in Canberra, der Universität in Lund, Schweden, und mit dem VIVIT (Vorarlberger Institute for Vascular Investigation and Treatment) des Landeskrankenhauses in Feldkirch unterzeichnet. Kurz vor dem Abschluss stehen Kooperationsverträge mit der Academia Raetica und dem CSEM (Schweizer Zentrum für Elektronik und Mikrotechnologie). Die Universität verfügt seit 2005 über zwei neue Studienprogramme. Der Executive-Master-Studiengang «Mediation» berücksichtigt die österreichische und liechtensteinische Gesetzgebung und startete mit zwanzig eingeschriebenen Studierenden. Im Promotionsstudium für wissenschaftliche Medizin, das mit einem vollen Klassenzug begann, sind mehrheitlich Mediziner eingeschrieben, die ein zweites Doktorat erlangen. In beiden Studienprogrammen sind zahlreiche liechtensteinische Studierende immatrikuliert.

Liechtenstein-Institut

Gemäss Gesetz vom 25. November 2004 über das Hochschulwesen wird das Liechtenstein-Institut als «hochschulähnliche Einrichtung» behandelt. Für die Ausrichtung von Staatsbeiträgen an hochschulähnliche Einrichtungen ist gemäss Art. 49 eine Leistungsvereinbarung unabdingbare Voraussetzung. Eine solche Leistungsvereinbarung wurde im Berichtsjahr zwischen dem Liechtenstein-Institut und dem Schulamt erarbeitet und von der Regierung genehmigt. Das Institut stellte dem Schulamt zusätzlich einen Grundlagenbericht zur Verfügung, der als Vorlage für den Bericht und Antrag der Regierung an den Landtag betreffend die Gewährung eines Landesbeitrags an das Liechtenstein-Institut diene. Im November genehmigte der Landtag einen Landesbeitrag in der Höhe von CHF 750 000, befristet auf vier Jahre.

Dienste

Schulpsychologischer Dienst (SPD)

Bei der Schulpsychologin und dem Schulpsychologen gingen im Berichtsjahr insgesamt 504 Anmeldungen ein. Sie verteilen sich auf folgende Schularten:

Kindergarten	131	10. Schuljahr	2
Vorschule	6	Heilpädagogisches Zentrum	40
Primarschulen	241	Waldorfschule	1
Oberschulen	34	f o r m a t i o Privatschule	5
Realschulen	21	Lehrlinge/Lehrtöchter	4
Gymnasium	11	Andere	8

Bei 86 Kindern wurde eine Schulfähigkeitsabklärung gewünscht, bei 8 eine Abklärung der Kindergartenfähigkeit, bei den anderen Kindern und Jugendlichen sollten Lern- und Verhaltensprobleme abgeklärt werden. Zusätzliche Aufgaben des SPD: Betreuung einer Psychologie-Praktikantin, Information in den Medien über schulpsychologisch relevante Themen, Vorträge an Elternabenden, Beratung von Lehrpersonen über Interventionen bei Mobbing. Der SPD hatte Einsitz in verschiedenen Arbeitsgruppen und Kommissionen und beteiligte sich an einem Präventionsprojekt zur Verminderung von Jugendgewalt.

Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit hat sich an ihren vier Standorten (Schulzentrum Eschen, Schulzentrum Mühleholz, Oberschule Vaduz, Weiterführende Schulen Triesen) eingearbeitet und vernetzt. Die Hauptaufgaben lagen in der Einzel- und Gruppenberatung, zumeist im Rahmen sozialer Auffälligkeiten von Schülerinnen und Schülern. Die Themen dabei waren (alphabetisch geordnet):

Erziehungsprobleme	Selbstverletzung
Gewalt (Opfer u. Täter)	Sexueller Missbrauch
Mobbing	Suchtmittel
Suiziddrohung	Vandalismus
Schulangst bzw. -verweigerung	Verwahrlosung

Wenn Jugendliche Probleme machen, dann tragen sie auch solche in sich. Nicht immer können sie darüber sprechen, weil Eltern, Lehrpersonen und weitere nahe stehende Personen Partei sind. Die Schulsozialarbeit will an diesem Punkt ansetzen und bietet den Jugendlichen unparteiliche Unterstützung an, unter Wahrung der Schweigepflicht.

Beratungen total	340	Zeitraum: August 2004 - Dezember 2005
Schüler/innen einzeln	160	zu 2/3 via Vermittlung durch Lehrer/in, formelle Beratungen auf freiwilliger Basis
Lehrer/innen	70	formelle und informelle Beratungen
Eltern	60	teils im Rahmen von Schülerberatungen
Schüler/innen Gruppen	50	

Besondere Schulbereiche

Die Besonderen Schulbereiche setzen sich zusammen aus den besonderen schulischen Massnahmen (BSM), den pädagogisch-therapeutischen Massnahmen (PTM), der integrierten Sonderschulung sowie der Sonderschulung in Sonderschulen. Zusammen mit den Inspektoraten werden die Massnahmen auf die besonderen Lernbedürfnisse der Schülerinnen und Schüler abgestimmt. Eine übergreifende Steuerung wird durch die Koordinationsarbeit ermöglicht, ergänzt durch statistisches

Zahlenmaterial aus dem In- und Ausland und wissenschaftliche Erkenntnisse. Ziel der Steuerung ist es, die stetige Zunahme von Massnahmen im Bereich PTM-Sonderschulung mit kriterienorientierten Konzepten zu kontrollieren und Überschneidungen von BSM- und PTM-Angeboten zu vermeiden.

Sonderschulungen 2005/06

Bereich	Anzahl
Kinder integrierte Sonderschulungen	46
Sonderschulungen im HPZ / FL	72
Sonderschulungen in der Schweiz	13
Sonderschulungen in Österreich	4
Total	135

Pädagogisch-therapeutische Massnahmen 2005/06

Bereich	Anzahl
Logopädie	355
Psychomotorik	84
Früherziehung	27
Massnahmen für Sinnesbehinderte	7
Total	473

Didaktische Medienstelle

Das Angebot der Didaktischen Medienstelle wurde sehr gut genutzt. Zum Benutzerkreis gehören neben den liechtensteinischen Lehrkräften auch Studentinnen und Studenten von Pädagogischen Hochschulen sowie die Schülerschaft der Weiterführenden Schulen Liechtensteins. Besonderes Gewicht wird der Beratung beigemessen. Gegen Entrichtung einer Jahresgebühr steht die Stelle auch den Lehrpersonen der Nachbargemeinden in der Schweiz offen. Im Bereich ICT waren vor allem die Kurse für digitale Fotografie, Bildarchivierung und Bildbearbeitung gefragt. Verleihgeräte und das Angebot der Medienwerkstatt mit der digitalen Filmschnittanlage und der weiteren audiovisuellen Einrichtungen waren oft im Einsatz. Der elektronische Katalog im Schulnetz bewährt sich und ist benutzerfreundlich zu handhaben.

Lehrmittelverlag

Neben dem termingerechten Ankauf und dem Bereitstellen der Lehrmittel für alle Stufen zum Schuljahresbeginn wurden wie jedes Jahr auch die in Liechtenstein verlegten Bücher an den Buchhandel im In- und Ausland verkauft und versandt. Neueintretende Lehrpersonen sowie Aushilfslehrpersonen wurden beraten und mit Lehrmitteln ausgestattet. Schulen, Schulleitungen und Gemeinden wurden je nach Bedarf beliefert.

Arbeitsstelle Schulinformatik (assi)

Das Schulnetz umfasst ca. 1 500 PCs, 230 Drucker, 20 Serversysteme und zahlreiche weitere Systemkompo-

nenen, die von fünf Technikern gewartet werden. Zum Kundenkreis der assi zählen ca. 5 000 Benutzerinnen und Benutzer, denen zahlreiche Dienste und ein umfangreiches Programm angeboten werden. In diesem Jahr wurde die webbasierte Schulverwaltung um zahlreiche Module erweitert, wodurch umfangreiche Informationen für das Schulamt, die Schulleitungen und Lehrpersonen sehr einfach zugänglich sind. Den Kunden und Kundinnen steht ein sehr stabiler, qualitativ hoch stehender Netzwerkbetrieb mit hohem Verfügbarkeitsgrad offen.

Die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen wurde auch in diesem Jahr in den Bereichen der «persönlichen Computerkompetenz» und der «pädagogischen ICT-Kompetenz für den Unterricht» weiter ausgebaut. Es fanden 47 ICT-Kurse mit 392 Lehrpersonen aus allen Stufen statt. Bis auf wenige Ausnahmen haben alle Lehrpersonen ihre verbindliche ICT-Ausbildung abgeschlossen. Die assi betreut an jeder Schule einen ICT-Koordinator, dessen Aufgabe es ist, ICT-Einsatzmöglichkeiten anhand konkreter Unterrichtskonzepte im eigenen Team zu fördern. Damit wurde erreicht, dass der Computer von den Lehrpersonen vermehrt als Lerninstrument im Unterricht eingesetzt wird. Im Projekt «KidSmart» evaluierte die assi mit fünf Kindergärten den Einsatz des Computers im Kindergarten.

Atelier Neues Lernen

Arbeitsschwerpunkt war das Comenius Projekt «Neues Lernen - Train the Trainer». Eine modulare Weiterbildung im Gesamtumfang von 15 Tagen wurde entwickelt und mehr als 20 Pädagogen aus 11 Ländern wurden zu Trainern der Methode «Neues Lernen» ausgebildet. Es wurden Ausbildungsmeetings in Lodz (Polen) und Barcelona (Spanien) organisiert. Ein neuer Informationsfilm wurde fertig gestellt und ist auf DVD erhältlich. In mehreren Ländern sind erste vom Atelier betreute Pilotkurse angelaufen. Zur universitären Anerkennung dieser Zusatzausbildung steht das Atelier mit den Universitäten in Innsbruck und Malta in Verbindung. Für die katholischen Schulen in Belgien ist zur Förderung der Kommunikationsfähigkeit in Englisch ein Weiterbildungsschwerpunkt in der Methode «Neues Lernen» gestartet worden. Die «Neues Lernen»-Unterrichtsmaterialien unterliegen einer ständigen Überarbeitung. Thematische Pakete wurden hergestellt. Das Beratungsangebot wird von Lehrpersonen aus der Region gerne angenommen. Auch Sprachassistenten und Lehrpersonen der Erwachsenenbildung erstellen im Atelier eigenes Unterrichtsmaterial.

Hallenbad SZU

Im Jahr 2005 besuchten 38 857 Erwachsene, 17 777 Kinder und 3 056 Vereinsmitglieder das Hallenbad SZU. Dazu kamen 17 620 Eintritte des Schulschwimm-Unterrichts. Diese total 77 310 Eintritte wurden in 334 Betriebstagen mit einem Tagesdurchschnitt von 231 und einer Besucherspitze von 488 Badegästen erreicht. Die gesetzlich vorgeschriebene Selbstkontrolle der Wasserproben wie auch die Boden-Abklatsch-Proben und die

vom Amt für Lebensmittelkontrolle durchgeführten Wasserproben gaben zu keinerlei Beanstandungen Anlass.

Jugendhaus Malbun

Im Berichtsjahr hat es im Jugendhaus keine grösseren Probleme gegeben. So ist es zum Glück in den Ski- und Wanderlagern zu keinen nennenswerten Verletzungen gekommen. Die starken Niederschläge im August sind zum Glück fast spurlos am Jugendhaus vorbei gegangen. Neben den normalen Unterhaltsarbeiten wurden einige Bodenbeläge und Abdeckungen ersetzt. Total 29 verschiedene Besuchergruppen haben das Jugendhaus Malbun in Anspruch genommen: 3 aus der Schweiz, 4 aus Liechtenstein, 18 Primarschulen, 4 Oberschulen und 1 Realschule. Für diese rund 1 120 Gäste wurden 11 100 Mahlzeiten zubereitet. Hinzu kamen noch 5 050 Übernachtungen mit Frühstück. Das Budget für den Betrieb konnte eingehalten werden. Die Rückmeldungen der Lagerteilnehmer waren durchwegs positiv.

Nationalagentur SOKRATES

Die zweite Phase des SOKRATES-Programms (2000-2006) wird von der Sokrates-Nationalagentur Liechtenstein betreut, welche im Schulamt integriert ist. Liechtenstein ist vor allem in den Aktionen COMENIUS (Schulbildung), ERASMUS (Hochschulbildung), GRUNDTVIG (Erwachsenenbildung) und ARION (Entscheidungsträger im Bildungsbereich) aktiv. Im Bereich «Comenius» waren im Berichtsjahr fünf Schulen aus Liechtenstein an Projekten mit Partnerschulen aus anderen Ländern beteiligt. Eine weitere Schule nahm zur Abklärung einer Projektteilnahme an einem vorbereitenden Besuch teil. Im Rahmen von anderen Comenius-Aktivitäten ist das Atelier Neues Lernen als Projektkoordinator am Projekt «Neues Lernen - Train the Trainers» beteiligt. Des Weiteren wurden auch Einzelstipendien für Fortbildungsaktivitäten ausgerichtet. Im Rahmen der Aktion «Erasmus» kann die Hochschule Liechtenstein, welche als einzige Hochschule im Land von der EU-Kommission die Erasmus-Charta erhalten hat, an allen Erasmus-Unterprogrammen teilnehmen sowie Fördermittel bei der EU beantragen. Total absolvierten 33 Studierende ein mehrmonatiges Studium an einer europäischen Gasthochschule. Des Weiteren wurden sieben Unterstützungsanträge für einen Lehraufenthalt an einer europäischen Gastinstitution bewilligt. Im Rahmen der Aktion «Arion» absolvierten zwei Schulamtsmitarbeiter einen Studienaufenthalt in Schweden bzw. Grossbritannien. Bei der Aktion der «Flankierenden Massnahmen» hat sich die Arbeitsstelle für Schulinformatik am EuRipides-Projekt «Standarderhebung nationaler Schulnetze in Europa» beteiligt. Im Rahmen von «Eurydice» liefert Liechtenstein die Grunddaten des nationalen Bildungssystems, die in vergleichenden Bildungsinformationen der EU ihren Niederschlag finden. Innerhalb des «Naric»-Netzwerkes erteilt das nationale akademische Anerkennungs- und Informationszentrum Auskünfte zu Äquivalenz- und Anerkennungsfragen an Einzelpersonen sowie

Institutionen und nimmt die Interessen der in Liechtenstein ansässigen Hochschuleinrichtungen in Europa wahr.

Stipendienkommission und Stipendienstelle

Von Januar bis Ende Juli 2005 hat die Stipendienkommission 5 Sitzungen abgehalten. Die Kommission hat 454 Anträge beurteilt. 70 Gesuche mussten abgewiesen werden.

Mit Inkrafttreten des neuen Stipendiengesetzes wurde eine neue Stipendienkommission bestellt. Die Kommission entscheidet über Beschwerden gegen Verfügungen der Stipendienstelle und gibt Stellungnahmen zuhanden der Regierung ab. Der Stipendienstelle obliegt neu die Entscheidung über Gewährung und Rückerstattung von Ausbildungsbeihilfen. Nach Einführung des neuen Stipendiengesetzes bis Ende Dezember 2005 hat die Stipendienstelle 793 Anträge entschieden. 205 Gesuche mussten abgewiesen werden.

Entscheide im Jahr 2005

	Anträge	Ablehnungen	Stipendien in CHF	Darlehen in CHF
Jan. - Juli	454	70	1 355 628	471 549
Aug. - Dez.	793	205	3 675 579	2 893 999
total	1 247	275	5 031 207	3 365 548

Ausgaben u. Darlehensrückzahlungen für das Jahr 2005

Stipendien in CHF	Darlehen in CHF	in Rechnung gestellte Rückzahlungsraten für Studiendarlehen in CHF
5 283 787.00	2 389 106.00	964 139.80

Kommissionen, Arbeitsgruppen und Vereinigungen

Maturakommission

Im Schuljahr 2004/05 mussten am LG einmalig zwei Maturaprüfungen durchgeführt werden: Im März und April 2005 zum letzten Mal mit den Klassen der 8. Stufe, im Mai und Juni erstmals mit den Klassen der 7. Stufe. Am 4. Mai fand die traditionelle Maturafeier statt, mit 64 Maturantinnen und Maturanten (29 Frauen, 35 Männern), die ihre Matura erfolgreich bestanden, 32 im Typus B, 32 im Typus E.

Die neue Maturaprüfung mussten die 73 Maturantinnen und Maturanten vor der neu bestellten Maturakommission ablegen. Zusätzlich zu den festgelegten Fächern Deutsch, Englisch, Französisch und Mathematik war eine Prüfung in einem Profulfach abzulegen. Für die mündlichen Maturaprüfungen 2005 konnten die Maturantinnen und Maturanten gemäss der neuen Maturaverordnung vier Fächer wählen. An den beiden Maturafeiern konnten für die jeweils drei besten Maturae und Maturi «Maristen-Maturapreise» übergeben werden.

Berufsmaturakommission

Die Berufsmaturakommission leitet und beaufsichtigt das Verfahren zur Erlangung der Berufsmaturität. Die Berufsmaturakommission nimmt nicht nur rechtliche Aufgaben wahr, sondern übt auch in organisatorischen Fragen eine wichtige Kontrollfunktion aus. Die Kommission stellt sicher, dass sowohl Prüfungsstandards als auch das Ausbildungsniveau der Schule laufend evaluiert, gesichert und weiterentwickelt werden.

Kommission zur Prüfung von provisorisch angestellten Lehrpersonen

Nach Inkrafttreten des neuen Lehrerdienstgesetzes vom 26. November 2003 und der entsprechenden Verordnung vom 6. April 2004 war auch das Berichtsjahr 2005 von einer hohen Anzahl von Anmeldungen zum Besuch der Kurse und Prüfungen geprägt. An sieben Prüfungsterminen legten insgesamt 178 Kandidatinnen und Kandidaten die Prüfungen in Schulgesetz, Staatskunde und Geschichte ab. Erstmals wurden die Prüfungen in Schulgesetz und Geschichte in schriftlicher Form abgelegt. Im Bereich Schulgesetzgebung musste eine mündliche Nachprüfung durchgeführt werden. Die schriftlichen Prüfungen haben sich bewährt. Die Prüfungskommission möchte auch in Zukunft, zumindest bei Vorliegen hoher Teilnehmerzahlen, daran festhalten.

Schulrat

Der Schulrat entscheidet u.a. in Fragen der Schullaufbahn der Kinder, bewilligt das Lehrpersonal an den Privatschulen in Liechtenstein und ist berechtigt, obligatorische Weiterbildungskurse für Lehrpersonen anzusetzen. Im Rahmen des Übertrittsverfahrens von der Primarschule in die Sekundarschule hatte der Schulrat aufgrund von Uneinigkeit zwischen der Lehrerempfehlung und dem Elternwunsch in 35 Fällen zu entscheiden. 30 Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit einer Prüfung in Anspruch genommen. Vier davon haben die Prüfungen positiv absolviert (2 OS/RS; 2 RS/LG).

Übertrittsverfahren 2005 - Schülerzuteilung von den Primar- in die Sekundarschulen:

Oberschule 27.8%			Realschule 48.9%			Gymnasium 23.2%			Total
m	w	Schüler	m	w	Schüler	m	w	Schüler	
60	55	115	107	95	202	38	58	96	413

Übertritte innerhalb der Sekundarschulen (Schuljahr 2004/05):

	ohne Prüfung	mit Prüfung	gesamt
Übertritt 1. OS - 1. RS	3	0	3
Übertritt 1. OS - 2. RS	0	0	0
Übertritt 2. OS - 2. RS	1	0	1
Übertritt 1. RS - 2. LG	3	0	3
Übertritt 2. RS - 3. LG	1	0	1
Übertritt 3. RS - LG Oberstufe	0	0	0
Übertritt 4. RS - LG Oberstufe	7	0	7

Umteilungen in eine andere Schulart auf der Sekundarstufe I (Schuljahr 2004/05):

	Umteilung	Frw. Wechsel	gesamt
1. RS - 1. OS	4	4	8
2. RS - 2. OS	1	4	5
3. RS - 3. OS	1	0	1
1. LG - 1. RS	0	0	0
2. LG - 2. RS	1	4	5
3. LG - 3. RS	0	2	2

Der Schulrat hat in mehreren Fällen dem Antrag auf Befreiung von der Schulpflicht um ein Jahr bzw. auf vorzeitigen Schuleintritt stattgegeben. Auch die freiwillige Wiederholung der 5. Schulstufe der Primarschule und das Überspringen einer Schulstufe wurden in Einzelfällen bewilligt. In mehreren Fällen stimmte der Schulrat der integrierten Sonderschulung bzw. der Verlängerung dieser Massnahme zu. Mehrere Kinder und Jugendliche wurden der Sonderschulung im HPZ oder in ausländischen Sonderschulen zugewiesen.

Dachverband der Elternvereinigung

Der Dachverband der Elternvereinigungen der Liechtensteinischen Schulen besteht aus 15 Mitgliedsvereinen und dem durch die Delegiertenversammlung gewählten Vorstand. Im Vereinsjahr 2005 des Dachverbandes fanden 5 Vorstandssitzungen und 1 Delegiertenversammlung statt. Der Hauptaufgabenbereich umfasste Projekt- und Kommissionsarbeit. Das Projekt «Lesesäcke» wurde im Mai 2005 zu einem erfolgreichen Ende geführt und die grosse Nachfrage setzte gleichzeitig den Startschuss für die 2. Phase, die im September mit der Eröffnung des Leseweges in Balzers begann. Der Marketingbereich wurde ausgebaut. Die Kommunikation ist professioneller geworden. Mit der neuen DEV-Homepage entstand ein attraktives Medium, das den Mitgliedsvereinen zur Verfügung steht. Innerhalb der European Parents Association fanden eine Verwaltungsratssitzung und eine Jahreshauptversammlung statt. In den folgenden Kommissionen waren Mitglieder des DEVs im Jahr 2005 aktiv:

- Kommission Schriftliche Ergänzung zum Elterngespräch
- Kommission Schulsozialarbeit
- Kommission Unterstützungsstrukturen

AMT FÜR BERUFSBILDUNG

Amtsleiter: Dipl. Ing. FH Werner Kranz

Neben den vorgegebenen Jahreszielen wurden zahlreiche nicht planbare Aufgaben, wie beispielsweise die Erarbeitung des neuen Brückenangebots «Werkklasse» als Ersatz für das bestehende Angebot der Vorlehre in Zusammenarbeit mit dem Schulamt, die Einführung des Gleichstellungscontrollings als Pilotamt in der Landesverwaltung, die Implementierung der Internationalen Berufswettbewerbe, das Projekt der Selbstbewertung nach dem vereinfachten Verfahren (EFQM), die Mitarbeit in Stipendienkommission und Abschlussprüfungskommissionen, sowie diverse Verbesserungen im operativen Geschäft zur Steigerung des Kundennutzen aufgenommen bzw. bereits erledigt. Zudem wurde die Arbeit in der Projektgruppe zur Revision des Berufsbildungsgesetzes aufgenommen.

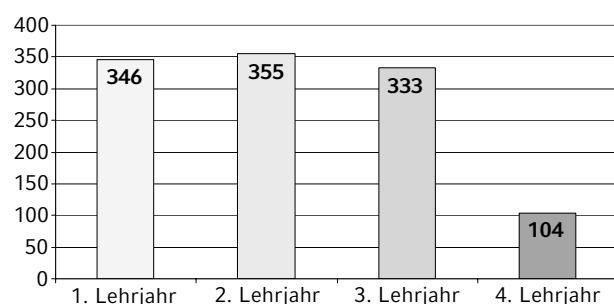
Die Nationalagentur Leonardo da Vinci, die für die Bereiche der Mobilitätsförderung und der angewandten Forschungstätigkeiten der Berufsbildung tätig ist, konnte die gesteckten Jahresziele im gleichnamigen Programm erreichen. Bereichernd für die berufliche Grundausbildung sowie für die teilnehmenden Auszubildenden sind die beiden internationalen Mobilitätsprojekte «Inform-ICT» und «CARTEX». Mit dem neuen Mobilitätsprojekt «PONTE» wurde ein zusätzliches Dienstleistungsangebot für stellensuchende Personen in Liechtenstein eingeführt.

Zusätzlich zum etablierten Studentenmobilitätsprojekt «Famous» erhielt die Hochschule Liechtenstein und ihr liechtensteinischer Projektpartner im Bereich der angewandten Forschungsprojekte den Zuschlag für die Entwicklung eines Tools für die Selbstbewertung von kleinen und mittleren Bildungseinrichtungen in Europa. Dieses Projekt stärkt allgemein- und berufsbildende Institutionen bei deren konsequenten Qualitätskontrolle.

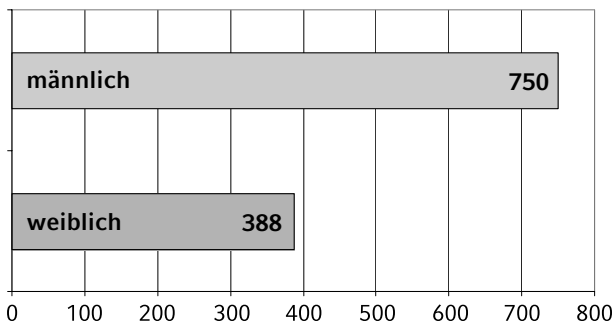
Gesamtzahl der Lehrverhältnisse

Die Gesamtzahl aller Lehrverhältnisse inklusive der Anlehen betrug per 31. Dezember 2005 total 1 138. Die 1 138 Lehrverhältnisse verteilen sich auf 101 verschiedene Berufe und 11 Anlehrberufe.

Zahl der Lehrverhältnisse pro Lehrjahr



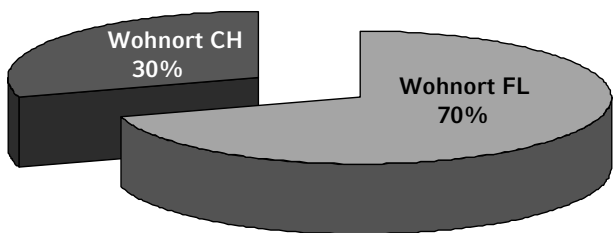
Aufteilung der Gesamtzahl der Lehrverhältnisse nach Geschlecht



Die Aufteilung der Lehrverhältnisse nach Geschlecht zeigt, dass rund die Hälfte aller Lehrverhältnisse mit einer Lernenden weiblichen Geschlechts abgeschlossen wurde.

Aufteilung der Gesamtzahl der Lehrverhältnisse nach Wohnort

Der Anteil der Lernenden, welche in der Schweiz wohnen, hat gegenüber 2004 um 9 Personen (2.5 %) abgenommen. Bezogen auf sämtliche Lehrverhältnisse reduzierte sich dieser Anteil geringfügig von 31 % auf 30 % (347/338). 5 Lernende haben ihren Wohnsitz in Österreich.

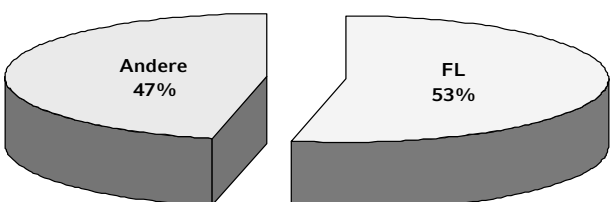


Übersicht nach Lehrjahren

	Total	davon in der Schweiz wohnhaft
1. Lehrjahr	346	96
2. Lehrjahr	355	103
3. Lehrjahr	333	94
4. Lehrjahr	104	45
Total	1 138	338 = 30 %

Aufteilung der Gesamtzahl der Lehrverhältnisse nach Staatsangehörigkeit

Von total 1138 Lernenden sind 607 oder 53 % liechtensteinische Staatsangehörige.

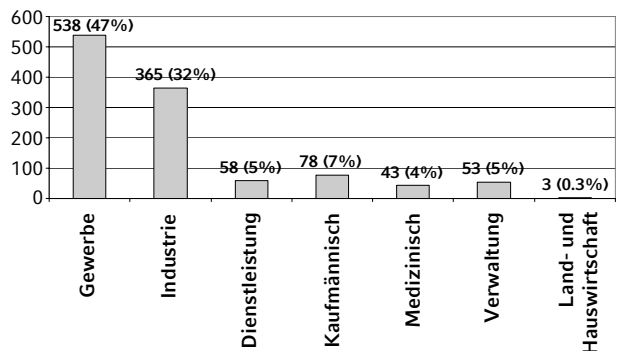


Die Lernenden mit ausländischer Nationalität stammen aus 24 verschiedenen Nationen, wovon neben der Schweiz mit 326, Italien mit 44, Serbien und Montenegro mit 34, Bosnien-Herzegowina mit 23, Kosovo mit 16, Türkei mit 15, Mazedonien mit 12 und Österreich mit 11 Lernenden den Hauptanteil stellen.

Aufteilung der Gesamtzahl der Lehrverhältnisse nach Lehrbetriebsart

Rund die Hälfte aller lernenden Personen absolvieren ihre berufliche Grundbildung in einem gewerblichen Lehrbetrieb, rund ein Drittel der Lernenden in einem industriellen Lehrbetrieb.

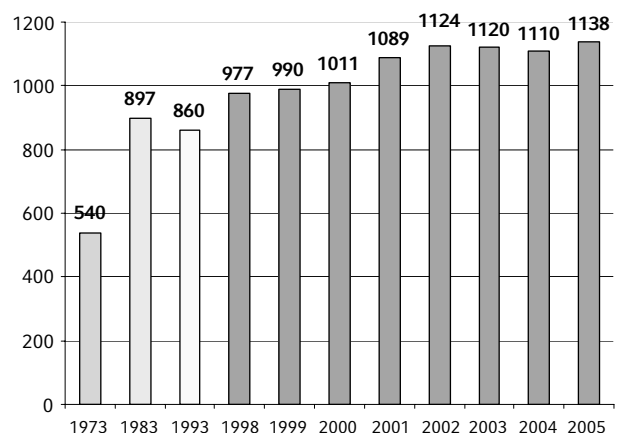
Anzahl Lernende nach Lehrbetriebsart



Anzahl Lernende in der beruflichen Grundbildung

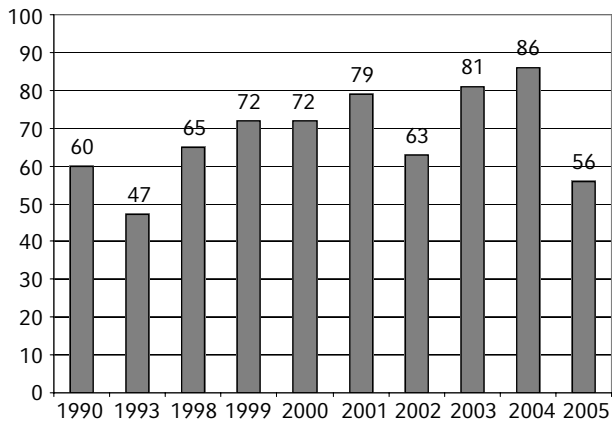
Die Zahl der Lernenden in der beruflichen Grundbildung ist im Vergleich zu den Vorjahren nochmals leicht angestiegen und erreichte im Geschäftsjahr den Maximalwert von 1138 lernenden Personen in Liechtenstein.

Entwicklung Anzahl Lernende in der beruflichen Grundbildung



Lehrvertragsauflösungen

Entwicklung der Auflösungen



Lehrvertragsauflösungen in Abhängigkeit der Lehrjahre

Die Anzahl der Lehrvertragsauflösungen konnte im Vergleich zum Vorjahr mittels gezielter Massnahmen in den Bereichen der Lehrlingsselektion, der schulischen sowie der betrieblichen Ausbildung stark reduziert werden (86/56 oder -35%).

Lehrjahr	Industrie	Gewerbe	KV	Andere	Gesamt
1. Lehrjahr	1	22	4	1	28
2. Lehrjahr	2	15	4		21
3. Lehrjahr		6			6
4. Lehrjahr		1			1
Gesamt	3	44	8	1	56

Von den 56 Lehrvertragsauflösungen ist bei 33 Jugendlichen die Tätigkeit nach der Lehrvertragsauflösung nicht bekannt.

Die Hauptgründe, die zu einer Auflösung der beruflichen Grundbildung im Berichtsjahr 2005 führten, waren: Ungenügende Leistungen in der Schule und/oder im Lehrbetrieb (33 Lehrvertrags-Auflösungen); Unstimmigkeiten (8 Auflösungen); familiäre/gesundheitliche Probleme (3 Auflösungen); sonstige Gründe (12 Auflösungen) wie beispielsweise: Falsche Berufswahl, disziplinarische Gründe oder Umwandlung in eine Anlehre (2-jährige Lehre).

Ausbildungsbewilligungen

Neue Ausbildungsbewilligungen per 31.12.2005

Insgesamt wurden an 89 Lehrbetriebe in 30 verschiedenen Lehrberufen Ausbildungsbewilligungen erteilt.

Registrierte Lehrbetriebe per 31.12.2005

Per Ende Geschäftsjahr sind beim Amt für Berufsbildung 655 aktive Lehrbetriebe registriert. Ein aktiver Betrieb ist im Besitze einer Ausbildungsbewilligung, bildet Lernende aus oder ist bereit, in Zukunft Lernende auszubilden.

Lehrmeisterkurs

Lehrbetriebe, die im Jahr 2004 die Ausbildungsbewilligung erhalten haben, wurden am 12. und 30. April 2005 eingeladen, ausbildungsverantwortliche Personen an den Lehrmeisterkurs der GWK zu entsenden. Aus verschiedenen Dienstleistungs- und Gewerbebetrieben haben 11 ausbildungsverantwortliche Personen am Lehrmeisterkurs teilgenommen.

Prüfungswesen

Abschlussprüfungen

Im Winter 2004/2005 haben 6 Lernende und im Sommer 2005 327 Lernende, also total 333 Lernende, die Abschlussprüfung bestanden. Gegenüber dem Vorjahr sind dies um 6 Personen mehr. Zudem haben 33 Lernende, davon 21 in kaufmännischen und 12 in technischen Lehrberufen, die lehrbegleitende Berufsmittelschule abgeschlossen.

Im Januar 2005 fand der 2. obligatorische Kurs für Fachvorgesetzte (19 Teilnehmer) statt. Diese begleiten einen Absolventen oder eine Absolventin bei der Ablegung der individuellen praktischen Prüfung (Lehrabschlussprüfung im Fach «Praktische Arbeiten»).

Zwischenprüfungen / Standortbestimmungen

Im Jahr 2005 wurden insgesamt 80 Zwischenprüfungen abgenommen. 68 waren obligatorische Zwischenprüfungen und 12 wegen Erstausbildung im jeweiligen Betrieb. Zusätzlich wurden im Beruf Kauffrau/Kaufmann 99 Standortbestimmungen mit Zwischenprüfungscharakter abgenommen.

Teilprüfungen

Im Sommer 2005 wurden 46 Teilprüfungen abgenommen. Diese Teilprüfungen wurden in den Berufen Anlage- und Apparatebauer, Automatiker, Konstrukteur, Mechapraktiker, Multimediaelektroniker, Polymechaniker, Schreiner und Zahntechniker durchgeführt.

Neue Berufe

Im Geschäftsjahr wurden mit Lehrbeginn Sommer 2005 die nachfolgend aufgeführten neuen Lehrberufe registriert: Berufliche Grundbildung mit Fähigkeitszeugnis (FZ) (Lehrdauer 3 oder 4 Jahre):

- Detailhandelsfachfrau/-mann
(alt: Detailhandelsangestellte/r)
- Hotelfachfrau/-mann
(alt: Gastronomiefachassistent/-in)
- Restaurationsfachfrau/-mann
(alt: Servicefachangestellte/r)
- Fachfrau/-mann Hauswirtschaft
(alt: Hauswirtschafter/in)
- Fotofachfrau/-mann
(alt: Fotofach-Angestellte/r)

Berufliche Grundbildung mit Berufsattest (BA) (Lehrdauer 2 Jahre):

- Detailhandelsassistent/-in (alt: Verkäufer/-in)
- Hotellerieangestellte/r
- Restaurationsangestellte/r
- Küchenangestellte/r
- Hauswirtschaftspraktiker/in

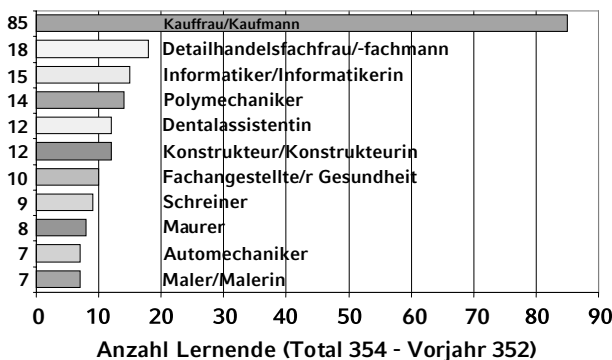
Eintragung ins «Goldene Buch» auf Schloss Vaduz

Der traditionelle Anlass «Eintragung ins Goldene Buch» fand am 26. August 2005 statt und wurde bereits zum 31. Mal durchgeführt. Von den insgesamt 326 Lehrabsolventinnen und Lehrabsolventen, welche die Lehrabschlussprüfung bestanden haben, konnten sich 16 Berufsleute (7 Frauen und 9 Herren) für ihre überdurchschnittlichen Leistungen (Notendurchschnitt ≥ 5.3) auf Schloss Vaduz ins «Goldene Buch» eintragen.

Lehrstellensituation – Sommer 2005

Mitte August haben insgesamt 354 Lernende ihre berufliche Grundausbildung in 80 verschiedenen Lehrberufen begonnen.

Berufswahl-Hitliste (Lehrbeginn Sommer 2005)



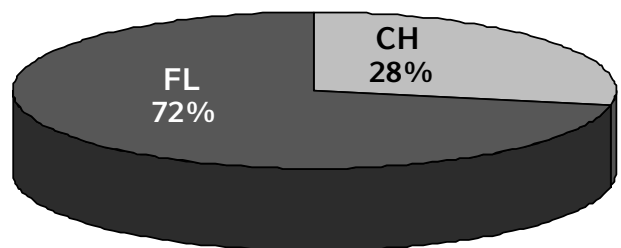
Am beliebtesten ist nach wie vor eine Lehre als Kauffrau/Kaufmann (85 Jugendliche).

Bei den Kaufleuten sind 59% der Lernenden Frauen, im Beruf Detailhandelsfachfrau/-fachmann wurden 14 von 18 Lehrverträgen mit Frauen abgeschlossen. In den technischen Berufen hingegen sind Frauen nach wie vor deutlich in der Unterzahl bzw. gar nicht vertreten.

Berufswahl nach Geschlecht (Lehrbeginn Sommer 2005)

Berufsbezeichnung	männlich	weiblich	Anz. Lernende
Kaufmann/Kauffrau	35	50	85
Detailhandelsfachfrau/			
Detailhandelsfachmann	4	14	18
Informatiker/Informatikerin	14	1	15
Polymechaniker	14		14
Dentalassistentin		12	12
Konstrukteur/Konstrukteurin	11	1	12
Fachangestellte/r Gesundheit	2	8	10
Schreiner	9		9
Maurer	8		8
Automechaniker	7		7
Maler/Malerin	3	4	7
Anzahl Lernende - Hitliste 11 Berufe			
	107	90	197 56%
Anzahl Lernende - Restliche 69 Berufe			
	114	43	157 44%

Lernende nach Wohnort (Lehrbeginn Sommer 2005)



Gesamthaft stammen 28% der Jugendlichen (im Vorjahr 26%) aus dem St. Galler Rheintal.

Die Berufsmittelschule wird im 1. Lehrjahr von 27 lernenden Personen (8 %) besucht, davon 6 in der technischen und 21 in der kaufmännischen Richtung. In der technischen Richtung haben 3 der Jugendlichen, also 50%, Wohnsitz in der Schweiz. Von den Berufsmittelschülerinnen und -schülern der kaufmännischen Richtung wohnen hingegen 18 (69%) in Liechtenstein.

Lehrstellenumfrage

Für den Lehrbeginn Sommer 2006 wurde im August 2005 bei den Lehrbetrieben die erste Lehrstellenumfrage durchgeführt. Von den Lehrbetrieben wurden insgesamt 213 Lehrstellen als frei gemeldet, welches in etwa dem Vorjahreswert entspricht.

Aktivitäten

Lehraufsicht Ost

Am 13. Mai 2005 fand ein Erfahrungsaustausch der Ausbildungsberater und Ausbildungsberaterinnen der Kan-

tone St. Gallen, Graubünden, Thurgau, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden und Liechtenstein statt. Die Zusammenarbeit mit der Schweiz ist für Liechtenstein sehr wichtig, da die Berufsfachschulen und Prüfungsorganisationen in der Schweiz sind.

Deutschschweizerische Berufsbildungsämterkonferenz (DBK)

Die Jahrestagung der Deutschschweizerischen Berufsbildungsämter-Konferenz (DBK) fand am 19./20. Mai 2005 in Zofingen im Kanton Aargau statt.

Kursangebot – Wie optimiere ich die Lehrlingsauswahl

Am 16. September 2005 fand bei der Gewerbe- und Wirtschaftskammer (GWK) der Kurs «Wie optimiere ich die Lehrlingsauswahl» zum zweiten Mal statt. Lernende einzustellen heisst verschiedene Aspekte zu berücksichtigen, um ein möglichst klares Bild des jungen Menschen zu erhalten. Optimale Voraussetzungen tragen wesentlich zu einem positiven Verlauf der Lehre bei. Insgesamt 5 Personen haben das Kursangebot genutzt.

Schweizerische Berufsbildungsämterkonferenz (SBBK)

Am 24./25. November 2005 fand die Jahrestagung der SBBK im Kanton Luzern in Luzern statt. Die SBBK ist ein Zusammenschluss der für die Berufsbildung zuständigen Ämter der Kantone und des Fürstentums Liechtenstein. Sie ist eine Fachkonferenz der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK).

Interkantonale Konferenz für Weiterbildung (IKW)

Die IKW befasst sich mit allen Fragen der Aus- und Weiterbildung von Erwachsenen. An der Tagung vom 27. Mai 2005 wurden Themen wie Illittrismus (Zugang zum Lesen und Schreiben für Alle), Modularisierte Weiterbildung, Elternbildung, Kompetenzprofile sowie laufende Massnahmen zur Umsetzung der neuen Bundesgesetzgebung im Bereich der Weiterbildung behandelt.

Berufsbildungsrat (BBR)

Im Geschäftsjahr beschäftigte sich der Berufsbildungsrat mit aktuellen und laufenden Themen im Bereich der beruflichen Grund- und Weiterbildung, sowie der notwendigen Neuausrichtung des BBR.

Mobilitätsprojekte – Amt für Berufsbildung

Das Amt für Berufsbildung hat seit Juni 2005 neben dem etablierten Mobilitätsprojekt MOJA auch das Projekt PONTE betreut, welches gezielt auf stellensuchende und stellenlos gemeldete Personen abgestimmt ist.

Beide Projekte verzeichnen ein grosses Interesse und rege Nachfrage. Besonders gross ist diese Nachfrage in der Zielgruppe der 20- bis 27-Jährigen. Die angespannte Arbeitsmarktlage ist mitverantwortlich für das gestiegene Interesse an internationalen Praktika. Die Bestätigung der Berufspraktika erfolgt durch den Praktikumsbetrieb und das Amt für Berufsbildung. Zusätzlich wird

jedem Teilnehmenden in einem europäischen Mobilitätsprojekt der EUROPASS-Mobilität ausgestellt.

MOJA

Die Nachfrage in Liechtenstein nach einem Berufspraktikum in Europa erfreut sich steigender Beliebtheit. 18 junge Berufsleute und Jungakademiker und -akademikerinnen nutzten die Chance zur Teilnahme an einem Berufspraktikum, welches mit einem Betrag von total € 79 000 gefördert wurde.

Die Durchführung eines europäischen Mobilitätsprojekts mit mehreren Berufsfeldern erfordert eine starke Projektpartnerschaft, in der nicht nur die Bereitschaft vorhanden ist, Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen, sondern auch eine optimale Betreuung vor Ort angeboten wird. Um das internationale Beziehungsnetzwerk zu stärken und die Geschäftsbeziehungen weiter auszubauen, erfolgte im April 2005 ein Arbeitsbesuch bei den spanischen Projektpartnern durch die Projektleiterin.

PONTE

Das im Juni 2005 lancierte Mobilitätsprojekt PONTE resultierte aus einer erfolgreichen Pilotphase in Zusammenarbeit mit dem Amt für Volkswirtschaft, die das Ziel verfolgte, der Jugendarbeitslosigkeit entgegen zu wirken. Bis Ende Jahr nutzten 8 junge Personen dieses Angebot und wurden von der Europäischen Kommission mit insgesamt € 35 000 gefördert. Für das Frühjahr 2006 sind bereits 10 weitere Praktikumsplätze für Teilnehmende koordiniert worden.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Mobilitätsflüsse in den Projekten MOJA und PONTE bezogen auf die Praktikumsländer und Berufsgruppen auf. Daraus geht hervor, dass die kaufmännischen Berufe die EU-Berufsbildungsprogramme am intensivsten nutzen. Ebenfalls ist eine Zunahme von Hochschulabsolventen und -absolventinnen zu verzeichnen.

Übersicht – Mobilitätsprojekte, Teilnehmer/innen und Praktikumländer

Mobilitätsprojekt	Land	Berufsfeld																
		Bauingenieur	Betriebswirtschaftler	Diplomierte Hotelfachangestellte	Dolmetscher	Gastroniefachangestellte	Jurist	Kauffrau/-mann	Landschaftsgärtner	Marketing Assistentin	Medienfachmann	Modedesignerin	Polymechaniker	Soziologin	Technischer Konfektionär	Theaterwissenschaftler	Typograph	Gesamtergebnis
MOJA	Deutschland							1					1					2
	England		1					1	1				1		1		1	6
	Griechenland							1										1
	Irland	1								1								2
	Italien							1				1						2
	Österreich														1			1
	Spanien						1	3										4
MOJA Summe		1	1				1	7	1	1		1	1	1	1	1	1	18
PONTE	Deutschland										1							1
	Griechenland			1				1										2
	Malta					2		1										3
	Schweden											1						1
	Spanien				1													1
PONTE Summe				1	1	2		2			1	1						8
Gesamtergebnis		1	1	1	1	2	1	9	1	1	1	1	2	1	1	1	1	26

Xchange (grenzüberschreitender Austausch von Lernenden der IBK und ARGE ALP)

Dieses Jahr konnten keine Lernenden aus Liechtenstein für einen Austausch gewonnen werden. Erfreulich ist, dass Ausbildungsbetriebe, die bereits einmal teilgenommen haben, am Projekt xchange festhalten. Der erfolgreiche Abschluss des Projektjahres wird mit einer Zertifizierung für Lernende und Betriebe gekrönt. Im Jahr 2005 wurden insgesamt 80 Lernende der IBK (Internationale Bodenseekonferenz) und ARGE ALP (Arbeitsgemeinschaft Alpenländer) ausgezeichnet.

Land / Bundesland	Anzahl Teilnehmer	Beruf
Baden Württemberg → FL	2 männlich / 1 weiblich	2 Polymechaniker 1 kaufmännische Angestellte
Tessin → FL	1 weiblich	1 kaufmännische Angestellte
Bayern → FL	1 männlich	Polymechaniker

Nationalagentur Leonardo da Vinci (LdV)

Das EU-Berufsbildungsprogramm Leonardo da Vinci wird von der Nationalagentur geführt, welche im Amt für Berufsbildung integriert ist. Das Programm fördert die europäische Zusammenarbeit in der Berufsbildung und legt die Basis für die gegenseitige Anerkennung von beruflichen Bildungsabschnitten. Um die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft langfristig zu sichern, legt dieses Bildungsprogramm einen Schwerpunkt auf den Grundsatz des lebensbegleitenden Lernens. Dies kommt speziell bei der Mobilitätsförderung für Berufspraktika in 32 europäischen Ländern zum Tragen. Durch die Erweiterung der Europäischen Union sowie die Aufnahme der Türkei in das LdV-Programm wirkt das Bildungsprogramm Leonardo da Vinci als Impulsgeber beim Aufbau von transnationalen Kooperationen für Wirtschaft und Bildung.

Die Nationalagentur Leonardo da Vinci ist das Bindeglied zwischen der nationalen und europäischen Berufsbildung. Der operative Nutzen für Wirtschaft und Bildung wird mit den erhaltenen EU-Förderungen von über CHF 247 000 für das Geschäftsjahr 2005 deutlich unterstrichen.

Bewilligtes Forschungsprojekt

Im Rahmen des Bildungsprogramms Leonardo da Vinci werden internationale Entwicklungs- und angewandte Forschungsprojekte gefördert. Diese Projekte beinhalten ein grosses Potential für die Weiterentwicklung, die Berufsbildung und die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und Wirtschaft. Die europäische Förderung für das im Jahr 2005 bewilligte liechtensteinische Pilotprojekt «SAETO» beläuft sich auf € 386 386.

Projektportrait SAETO

Einen konkreten Vorstoss, wie die Qualität sowie die Transparenz in der beruflichen Bildung erhöht werden kann, macht die Hochschule Liechtenstein mit ihrem Projektvorhaben SAETO (Self-Assessment for Educational and Training Organisations).

In den kommenden zwei Jahren entwickelt und erprobt die Hochschule Liechtenstein und ihr liechtensteinischer Partner zusammen mit Projektpartnern aus Deutschland, Spanien, der Slowakei und Italien, ein Tool für die Selbstbewertung von kleinen und mittleren Bildungseinrichtungen in Europa. Dieses Selbstbeurteilungstool stärkt allgemein- und berufsbildende Einrichtungen bei der konsequenten Qualitätskontrolle. Parallel trägt es zur Erhöhung der Transparenz und Anerkennung ihrer angebotenen Dienstleistungen bei. Darüber hinaus werden die Bildungsinstitute mit dem Endprodukt von SAETO zur Akkreditierung nach ISO oder dem EFQM Model vorbereitet.

Realisierte Förderungsprojekte für Auslandspraktika

Im Vertragsjahr 2005 wurden der Nationalagentur Leonardo da Vinci Liechtenstein € 139 000 EU-Fördergelder zur Unterstützung der Mobilität von Lernenden, jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Studierenden zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln werden die nachfolgenden vier neuen Mobilitätsprojekte in Liechtenstein mit einer Laufzeit zwischen 12 und 24 Monaten gefördert.

Mobilitätsprojekte 2005	Antragssteller	Zielgruppe	Teilnehmende	EU-Förderung (Euro)
Cartex	LAK	Lernende	12	18 950
Inform-ICT	Inform College	Lernende	6	10 300
Famous 2005	Hochschule Liechtenstein	Studierende	25	48 000
PONTE	Amt für Berufs-bildung	Stellensuchende	22	61 750
Gesamt			65	139 000

Projektportrait CARTEX

Die Stiftung Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe LAK schliesst mit dem Projekt CARTEX an eine 3-jährige Projektpartnerschaft an. Die Zielgruppe ist für «Lernende des Berufes FAGE – Fachangestellter/Fachangestellte Gesundheit» definiert.

Das Praktikum ist als Ergänzung zur Pflegeausbildung zu sehen und gibt den jungen Menschen eine Möglichkeit, ihre Persönlichkeit zu stärken.

Die Lernenden werden in einem 4-wöchigen Praktikum in der Pflegefachschule VTI, Hasselt, in Belgien nicht nur berufliche, sondern auch soziale wie kulturelle Erfahrungen sammeln und dies in einem Bericht festhalten.

Projektportrait Inform-ICT

Zielgruppe des vom Inform College eingereichten Projekts sind Schüler aus dem 10. Schuljahr für die Bereiche ICT (Informations- und Kommunikationstechnologien). Das Mobilitätsprojekt Inform-ICT bietet die Chance, einen 4-wöchigen Auslandsaufenthalt mit einem integrierten Intensivsprachkurs zu absolvieren. Dabei werden die Fachkompetenzen in einem realen beruflichen Umfeld gefördert.

Projektportrait FAMOUS 2005

Bereits in der fünften Auflage führt die Hochschule Liechtenstein das erfolgreiche Mobilitätsprojekt FAMOUS 2005 durch.

Zielgruppe des Projektes FAMOUS 2005 sind Bachelor- und Master-Studierende des höheren Semesters der beiden Studienrichtungen Wirtschaftswissenschaften und Architektur an der Hochschule Liechtenstein. Komplementiert wird das FAMOUS-Praktikum mit dem neuen Europass.

Projektportrait PONTE

Das Mobilitätsprojekt PONTE ist eine zielgerichtete Massnahme, der steigenden Zahl an Arbeitslosen in Liechtenstein zu begegnen. Das Mobilitätsprojekt richtet sich an stellensuchende und stellenlos gemeldete Personen. Hauptziel ist für die betroffenen Menschen die Chancen für den Arbeitsmarkteintritt zu verbessern. Dies wird über den Weg eines abgestimmten Auslandsaufenthalts geschaffen. Dabei werden berufliche, persönliche und sprachliche Kompetenzen gestärkt. Jedes angebotene Traineeprogramm dauert mindestens sechs Monate.

EUROPASS

Im Jahr 2005 wurde das neue Europass Portfolio eingeführt. Dieses richtet sich an alle Personen, die ihre Weiterbildung mit europäisch anerkannten Standards belegen wollen, um im ganzen europäischen Arbeitsraum mobil zu sein (*www.europass.li*).

Berufsberatungsstelle

Amtsleiter: Dr. Karl Jehle

Die Schwerpunkte der berufsberaterischen Arbeit lagen im Berichtsjahr 2005 wiederum in der individuellen Beratung (Einzelberatung von Jugendlichen und Erwachsenen) und in der generellen Beratung (BIZ, Elternabende, BIZ-Einführungen, Informationsveranstaltungen, Projektwochen zur Berufs- und Studienwahl).

Einzelberatung

Beratung nach Klientengruppen	2004	2005
Jugendliche	203	206
Akademische Beratungen	*39	*40
Erwachsene / Laufbahnberatungen	208	246
IV-Beratungen	214	153
Total	664	645

* Ohne die 87 Gymnasiasten/innen der Maturaklassen, die im Rahmen der Berufs- und Studienwahlseminare 2005 eine individuelle Beratung und Betreuung erhielten.

	2004	2005	
Total Ratsuchende	664 (100 %)	645 (100 %)	
davon	203 (31 %)	206 (32 %)	Jugendliche
	461 (69 %)	439 (68 %)	Erwachsene
2005			
Erwachsenenanteil	439 (100 %)		
davon	40 (9 %)		Gymnasiasten / Studenten
	246 (56 %)		Laufbahnberatungen
	153 (35 %)		IV-Beratungen

Kurzberatungen an Schulen 2005:

104 Kurzberatungen

Telefonische Beratungen, Anfragen und Auskünfte 2005: ca. 4000

Generelle Beratung

Berufswahlvorbereitung ist primär Sache der Jugendlichen und deren Eltern. Gleichzeitig bedarf es der Koordination aller Bemühungen seitens der Helferinnen und Helfer (Schule, Wirtschaft, Berufsberatung). Dieser Aufgabe hat sich die Berufsberatungsstelle 2005 wieder gestellt. Das Berufswahlvorbereitungs-Kooperationsmodell in den 3. und 4. Klassen der Ober- und Realschulen wurde mit Beginn des Schuljahres flächendeckend fortgesetzt.

Zu diesen Bemühungen gehören u.a. folgende Aktivitäten:

- Die Betreuung der berufskundlichen Dokumentations-schranke an den Schulzentren des Landes mit regelmässiger Aktualisierung
- Die Dokumentationsarbeiten im und für das Berufsinformationszentrum im Postgebäude in Schaan
- Das Führen des Berufsinformationszentrums
- 17 BIZ-Einführungen für 17 Klassen / 280 Teilnehmer/innen (alle 3. Klassen Ober- und Realschulen und Tagesschule Formatio)
- 12 Eltern-/Schülerabende zum Thema «Berufswahlvorbereitung» für insgesamt 16 Schulklassen mit 432 Teilnehmer/innen
- 14 berufskundliche Informationsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden. Zielgruppe: Schüler/innen der 3. Klassen und teilweise 4. Klassen der Ober- und Realschulen (404 jugendliche und 73 erwachsene Teilnehmer/innen)
- Konzept und Durchführung von 4 Seminaren (à 2 Tage) zur Berufs- und Studienwahlvorbereitung für Gymnasiastinnen und Gymnasiasten der Maturaklassen (87 Teilnehmer/innen).
- 2 Info-Module zu diversen Themen für die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten der 7. Klassen (43 Teilnehmer/innen)
- 4 «BSW-Kurzseminare» zur Einführung der 4. Klassen des LG in die Berufs- und Studienwahlproblematik (je 1/2 Tag / 140 Teilnehmer/innen)
- 5 «Einführungen Profilwahl / Berufswahl» der 3. Klassen des LG (93 Teilnehmer/innen)

Berufsinformationszentrum (BIZ)

Das BIZ startete 2005 ins 25. Betriebsjahr. Das BIZ ist eines der 3 Selbstinformationseinrichtungen (BIZ, Dokumentationsschrank an den Schulzentren, Informationsveranstaltungen), die den Jugendlichen und Erwachsenen bei ihrer Berufs- und Laufbahnwahl als Informationsquellen zur Verfügung stehen.

Im Berichtsjahr wurden im BIZ insgesamt 884 Einzelbesucherinnen und Einzellbesucher und weitere 1 164 Besucherinnen und Besucher in Gruppen empfangen. Insgesamt belief sich die Besucherzahl im Jahr 2005 somit auf 2 048 Personen.

BIZ-Statistik	2004	2005
Öffnungstage	101	96
Total Einzelbesucher/innen	840	884
Erwachsene	354	360
Gymnasiasten	58*	54*
Jugendliche	292	302
Eltern mit Jugendlichen	136	168

* ohne Besuche anlässlich der BSW-Seminare

Weitere Aktivitäten

Über das normale Tagesgeschehen im Bereich der individuellen und generellen Beratung hinaus, beschäftigte sich die Berufsberatungsstelle im Berichtsjahr 2005 zusätzlich mit folgenden Themen:

Qualitätsmanagement/-entwicklung / Teamentwicklung

Das Team, die Teamentwicklung hat bei der Berufsberatungsstelle seit Jahren einen grossen Stellenwert. 2004 und 2005 konnte die Berufsberatungsstelle mit ihrem Qualitätsmanagementsystem auf internationaler Ebene grosse Beachtung finden. Die Berufsberatungstelle ist federführend im Qualitätsmanagement der Beratungsinstitutionen und gilt als Vorbild.

Im Berichtsjahr 2005 wurden evaluiert: sämtliche BSW-Seminare (3. / 4. / 7. Klassen), BIZ-Einführungen der Ober- und Realschulen, Nachbefragung der Einzelberatungen IV und Jugendliche. Zudem wurde das «Vi-site»-Programm weitergeführt.

Profilwahl und Berufs-/Studienwahl

Im Berichtsjahr wurden alle 3. Klassen des LG während 3 Stunden mit dieser Problematik vertraut gemacht und um alles «rund um die Profilwahl» und allfällige Konsequenzen informiert (93 Teilnehmer/innen).

Aussteigen, Umsteigen, Aufsteigen, Durchstarten

Unter diesem Motto wurden anlässlich der Projektwoche am LG alle sieben 4. Klassen (140 Teilnehmer/innen) während einem halben Tag mit dieser Thematik beim Besuch bei der Berufsberatung und im BIZ konfrontiert.

Berufs- und Studienwahlseminar für die Maturanten/innen (7. Klassen) (BSW-Seminare)

In einem sehr intensiven, je 2 Tage dauernden obligatorischen Berufs- und Studienwahlseminar wurde den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten der Maturaklassen die Möglichkeit geboten, sich unter fachlich kompetenter Anleitung mit ihrer Berufs- und Studienwahl aktiv auseinanderzusetzen. Anschliessend konnten sie fakultativ an zwei weiteren Modulen zu Fragen der Berufs- und Studienwahl teilnehmen.

Die vier Seminare wurden von 87 Maturantinnen und Maturanten besucht. Die Evaluationen dieser Veranstaltungen waren positiv.

Homepage der Berufsberatungsstelle

Mit erheblichem Zeitaufwand wurde im Berichtsjahr an der Verbesserung der Homepage gearbeitet. Neben den üblichen Informationen enthält sie praktische Hilfen in Form von herunterladbaren Anregungen für u.a.:

- Diverse Auswertungsformulare für Schnupperlehren
- Bewerbungsbroschüren / Bewerbungsanregungen
- Berufslisten für Ober- und Realschüler/innen und Gymnasiasten/innen
- Schritte bei der Berufswahl
- Dokumentation Berufe in Liechtenstein I. Teil

Teilnahme an Leonardoprojekten

Fit for Europe Enlargement

Unter dem Titel «Fit for Europe Enlargement» startete im Herbst 2003 ein neues Leonardoprojekt, welches 2005 weiterbearbeitet wurde. Eine Internetplattform in 9 Sprachen soll am Ende des Projektes zur Verfügung stehen und Informationen über 31 Länder bereitstellen. Damit soll ein rascher und direkter Zugang zu Beratungs- und Infodiensten auf europäischer Ebene möglich werden. Das Projekt ist seitens der Berufsberatungsstelle weitgehend beendet worden. Es läuft bereits provisorisch unter www.fit-for-europe.info (in englischer Sprache). 2006 soll es in nun in 9 Sprachen übersetzt werden und dann definitiv laufen.

Konferenz der Nationalen Ressourcen Centren für Berufsberatung (NRCVG)

Die Anfragen über die NRCVG in den 25 EU-Staaten betreffend Liechtenstein (Aus- und Weiterbildung und Arbeitsmöglichkeiten) werden von der Berufsberatungsstelle beantwortet.

Sommer 2005

Berufswahlverhalten der Real- / Oberschüler/innen sowie der Schüler/innen der Tagesschule Formatio, der Waldorfschule und des 10. Schuljahres

	Realschulen + 10. Schuljahr + Formatio + Waldorfschule		Oberschulen		Total	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Lehre	158	63.2	51	46.3	209	58
10. Schuljahr	25	10	45	40.9	70	19.5
Gymnasium / BORG	15	6			15	4,1
Handelsakademie	7	2.8			7	2
Tourismusschule	7	2.8			7	2
Hauswirtschaftsjahr / Haushaltungsschule	3	1.2	4	3.6	7	2
Praktikum	4	1.6	3	2.7	7	2
Handelsschule	3	1.2	3	2.7	6	1.7
Fachmittelschule	5	2			5	1.4
Kunstschule	3	1.2			3	0.8
Inform College	2	0.8	1	1	3	0.8
Schule für Med. Praxisassistenz	1	0.4	2	1.8	3	0.8
Lösung nicht bekannt / offen	3	1.2			3	0.8
Anlehre	1	0.4	1	1	2	0.5
Sozialjahr	2	0.8			2	0.5
Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe	2	0.8			2	0.5
Arbeitsvermittlungsprojekt AVW	2	0.8			2	0.5
Bundesanstalt für Kindergartenpädagogik	1	0.4			1	0.3
Kosmetikschule	1	0.4			1	0.3
Sportgymnasium	1	0.4			1	0.3
Polytechnischer Lehrgang	1	0.4			1	0.3
Waldorfmittelschule Zürich	1	0.4			1	0.3
HTL Rankweil	1	0.4			1	0.3
Rückreise in die Türkei	1	0.4			1	0.3
Total	250	100	110	100	360	100

Laufbahnen der liechtensteinischen Jugendlichen nach Erfüllung der Pflichtschulzeit

	2004		2005	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Gymnasium Oberstufe Vaduz	105	23 %	97	21 %
Gymnasium in Schweiz oder Vorarlberg (AHS / BHS)	26	5 ½ %	33	7 %
Eintritt in eine Lehre, Anlehre, Vorlehre	220	48 %	218	47 %
Fachschulbesuch (Berufsausbildung über Fachschule)	26	5 %	29	6 %
10. Schuljahr	61	13 %	71	15 %
Praktikum, Sozialjahr, Sprachaufenthalt, Vorkurse	12	3 %	16	3 %
Lösung nicht bekannt / keine Ausbildung	8	2 %	4	1 %
Total	458	100 %	468	100 %

Jugendliche nach der Pflichtschule

– Aus den Ober- und Realschulen, 10. Schuljahr, Formatio und Waldorfschule	360
– Aus dem Liecht. Gymnasium	108
Total	468

KOMMISSIONEN

Schulzahnpflegekommission

Präsident: Dr. Stefan Büchel

Die anfallenden Kosten in der Schulzahnpflege sind stabil, der massgebliche Taxpunktwert wurde unverändert beibehalten, wie er in der Verordnung vom 25. Oktober 1994 (das entspricht dem Teuerungsstand 1992) festgelegt wurde.

Konservierende Behandlungen (in Klammern die Vergleichszahlen vom Vorjahr)

Im Berichtsjahr 2005 wurden 4316 (4452) Schülerinnen und Schüler für konservierende Behandlungen abgerechnet. Bei Gesamtkosten von CHF 777 386.70 (863 853.75) ergibt dies durchschnittliche Fallkosten von CHF 180.12 (194.04), was einer Senkung gegenüber dem Vorjahr um etwa 10 % entspricht. Die Hälfte dieser Kosten übernehmen die Schulträger.

Zur Beurteilung der Kostenentwicklung sind hier die Gesamtkosten und die durchschnittlichen Fallkosten pro Patient der letzten 10 Jahre (in CHF) aufgelistet:

Jahr	Gesamtkosten		Durchschnittliche Fallkosten	
1995	CHF	760 746.00	CHF	208.65
1996	CHF	690 385.05	CHF	190.80
1997	CHF	719 015.40	CHF	199.80
1998	CHF	781 128.50	CHF	199.30
1999	CHF	795 990.15	CHF	200.10
2000	CHF	732 579.55	CHF	180.95
2001	CHF	736 765.85	CHF	173.30
2002	CHF	790 044.25	CHF	181.00
2003	CHF	799 615.15	CHF	183.57
2004	CHF	863 853.75	CHF	194.04
2005	CHF	777 386.70	CHF	180.12

Die Zahlen zeigen durchwegs, dass sich die durchschnittlichen Fallkosten in den letzten 10 Jahren auf einem gleichmäßigen Niveau halten.

Die Anzahl der abgerechneten Schülerinnen und Schüler zeigt wiederum, dass mit dieser Administrationsvariante der «Schulzahnpflege» (Erfassung über die Schulklassen) ein sehr hoher Prozentsatz der in Liechtenstein wohnhaften Kinder erfasst und einer adäquaten zahnärztlichen Betreuung zugeführt werden kann.

Kieferorthopädische Behandlungen (in Klammern die Vergleichszahlen für das Vorjahr)

Im Berichtsjahr wurden 1849 (1855) Patientinnen und Patienten für kieferorthopädische Behandlung abgerechnet. Bei Gesamtkosten von CHF 1 094 206.55 (1 098 812.40)

ergibt dies durchschnittliche Fallkosten von CHF 591.78 (592.35), Somit sind diese Kosten im Vergleich zum Vorjahr praktisch konstant. Sie werden ebenfalls zur Hälfte vom Schulträger übernommen.

Zum Vergleich der Kostenentwicklung sind untenstehend ebenfalls die Zahlen der letzten Jahre aufgeführt, leider nicht lückenlos, da die Statistik nicht vollständig erstellt wurde. Seit nunmehr drei Jahren wird sie schulamtsintern am Ende jedes Schuljahres zusammen mit der vollständigen Kontrolle der eingereichten Abrechnungen auf ihre administrative Richtigkeit erfasst.

Jahr	Gesamtkosten		Durchschnittliche Fallkosten	
1995	CHF	865 941.30	CHF	492.00
1996	CHF	874 465.20	CHF	493.20
1999	CHF	986 815.15	CHF	530.83
2000	CHF	1 036 613.05	CHF	568.65
2001	CHF	932 851.05	CHF	509.47
2002	CHF	920 054.80	CHF	526.95
2003	CHF	971 920.95	CHF	570.38
2004	CHF	1 098 812.40	CHF	592.35
2005	CHF	1 094 206.55	CHF	591.78

Im Verlauf der letzten fünf Jahre zeigt diese Statistik, dass sich die Kosten nun ebenfalls auf einem stabilen Niveau einzupendeln scheinen. Schon in den beiden letzten Berichten wurde an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass in der Kieferorthopädie die Grenze zwischen «wirklich» notwendiger Behandlung und Behandlungswunsch des Patienten bzw. seiner Eltern nicht immer klar zu ziehen ist. Die leicht steigende Tendenz der Kosten gegenüber früheren Jahren widerspiegelt somit bis zu einem gewissen Grad auch das zunehmende Bedürfnis in der Bevölkerung nach möglichst optimaler Zahnstellung. Diesem Bedürfnis kann durch zunehmende Behandlerdichte auch weiterhin entsprochen werden.

Ablauf und Administration der Schulzahnpflege können im Grossen und Ganzen als unproblematisch bezeichnet werden. Zu erwähnen ist, dass die kürzlich beschlossene Entflechtung zwischen Gemeinden und Land auch für die Schulzahnpflege eine erhebliche administrative Erleichterung bringen wird. Dagegen bedeutete die vertrauenszahnärztliche Kontrolle der eingereichten Rechnungen auf formal-inhaltliche Korrektheit mit Zunahme der Anzahl Leistungserbringer in der Schulzahnpflege (sprich Anzahl Zahnarztpraxen) auch einen zunehmenden Arbeitsaufwand, der sich jetzt allerdings auf dem erreichten Niveau zu stabilisieren scheint.

STIFTUNGEN

Hochschule Liechtenstein

Präsident: Regierungsrat Hugo Quaderer
Rektor: Klaus Näscher

Die Hochschule Liechtenstein führt in den Bereichen Wirtschaftswissenschaften und Architektur konsekutive Bachelor- und Master-Studiengänge durch, bietet eine breite Palette von Weiterbildungsmöglichkeiten auf Hochschulstufe an und betreibt angewandte Forschung und Entwicklung sowie Wissens- und Technologietransfer. Mit über 800 Studierenden (Aus- und Weiterbildung) und 229 Absolventen (Bachelor, Master, Nachdiplom) wurden im Berichtsjahr neue Rekordzahlen erreicht. Professoren, Dozenten und wissenschaftliche Mitarbeiter arbeiteten im Rahmen von Forschungs- und Transferprojekten sowie im Rahmen von Bachelor- und Master-Thesen, Nachdiplom- und Abschlussarbeiten in über 170 Projekten mit, welche grösstenteils in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bearbeitet wurden. Das KMU Zentrum an der Hochschule Liechtenstein setzte Impulse besonders im Bereich der Förderung von Unternehmern, insbesondere von Jungunternehmern. Das Institute for Compliance and Quality Management (ICQM) veranstaltete ein umfangreiches Weiterbildungsprogramm für Finanzdienstleister und die Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein (KOFI) baute die Forschungs- und Gutachtertätigkeit weiter aus.

Mit dem Start der «Kinder-Uni Liechtenstein» konnte die Hochschule Liechtenstein auch die jüngste Generation für die Hochschule begeistern. Über 1000 junge Hörerinnen und Hörer haben die vier Vorlesungen besucht.

Anzahl Studierende Bachelor-/Master-Studiengänge
 (Stichtag 15. November 2005)

Architektur / Bachelor-Studiengang	90
Architektur / Diplom-Studiengang (ausgelaufen)	2
Architektur / Master-Studiengang	41
Betriebswirtschaft / Bachelor-Studiengang	235
Finanzdienstleistungen / Master-Studiengang (auslaufend)	12
Banking & Financial Management / Master-Studiengang	29
Entrepreneurship / Master-Studiengang	39
Wirtschaftsinformatik / Bachelor-Studiengang	66
Wirtschaftsinformatik / Master-Studiengang	56

**Anzahl Studierende Nachdiplom-Studiengänge/
 Hochschullehrgänge**

Baumanagement / Nachdiplom-Studiengang	16
Bauprojektleitung	15
Wirtschaftsingenieur / Nachdiplom-Studiengang	94
International Management / Nachdiplom-Studiengang / MBA	15
Treuhandwesen / Hochschullehrgang	18
Private Banking / Hochschullehrgang	10
Private Banking / Nachdiplom-Studiengang	10
KMU Management / Hochschullehrgang	18
KMU Marketing / Hochschullehrgang	16
Zertifizierter Kaufmännisch Befähigter / Hochschullehrgang	21
Liechtensteinisches Gesellschaftsrecht / Hochschullehrgang	27
Software Entwickler objektorientiert / Hochschullehrgang	13
Studierende Diplom-, Bachelor- und Master-Studiengänge	570
Studierende Nachdiplom-Studiengänge und Hochschullehrgänge	273
Anzahl Diplome und akademische Grade, die verliehen wurden	119
Anzahl Nachdiplome / Zertifikate, die ausgehändigt wurden	160
Anzahl der Kurs- und SeminarteilnehmerInnen	346
Anzahl der TeilnehmerInnen an Vortragsveranstaltungen und Foren	ca. 3 000

Neuerungen in der Ausbildung

In verschiedenen Master-Studiengängen wurden Foren eingerichtet, welche den Kontakt zwischen Studierenden und Unternehmern fördern und den Praxisbezug der Lehre stärken sollen. Studienreisen in die USA, nach Schweden, Deutschland und Österreich haben das Kennenlernen anderer Wirtschaftsräume ermöglicht. Besonderes Gewicht wurde auf die Umsetzung des neuen didaktischen Leitbildes gelegt, das die Studierenden in den Mittelpunkt des Lehr- und Lernprozesses rückt.

Neue Angebote in der Weiterbildung

Das Institut für Finanzdienstleistungen hat erstmals in Zusammenarbeit mit der Liechtensteinischen Landesbank die Fachtagungen «Finanzperspektiven» durchgeführt. Im Bereich Treuhandwesen und Recht wurden neue Seminare zu den Themen «Konsumentenschutz» und «Verrechnungspreise» durchgeführt. Zusammen mit mehreren Liechtensteiner Rechtsanwalts- und Treuhandunternehmen wurde erstmals der Hochschullehrgang «Liechtensteinisches Gesellschaftsrecht» für Juristen begonnen. Die Entwicklung dieses Lehrgangs wurde durch Kanzlei Marxer & Partner finanziert.

Das Institut für Entrepreneurship und das KMU Zentrum führten verschiedene Massnahmen zur Förderung des Unternehmertums durch. Das «Business Forum» hat sich im sechsten Jahr seines Bestehens mit über 1000 Zuhörern in der Region weiter etabliert. Das KMU Zentrum startet erstmals die Unternehmernesspräche «KMU Links», die «Technologie Tagung» und den neuen Hoch-

schullehrgang KMU Marketing. Der Businessplan Wettbewerb Liechtenstein wurde mit 56 eingereichten Businessplänen zum zweiten Mal erfolgreich durchgeführt.

Das Institut für Wirtschaftsinformatik startete erstmals der Hochschullehrgang «Software Entwicklung objektorientiert» und organisierte Vorträge und Seminare zu Themen aus dem Bereich Wirtschaftsinformatik.

Das Institut für Architektur und Raumplanung organisierte eine umfangreiche Vortragsreihe zu den Themen «Energy and Ecology» und «do more with less» und startete den neuen Hochschullehrgang «Bauprojektleitung». Das An-Institut «ICQM – Institute for Compliance and Quality Management» leistete mit einer breiten Palette an Weiterbildungsveranstaltungen im Bereich Compliance einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung und zur Stärkung der Qualitätsstandards auf dem Finanzdienstleistungsplatz Liechtenstein.

Forschung und Entwicklung, Publikationen

Die angewandte Forschung und Entwicklung stellt einen gesetzlichen Auftrag dar. Mit der Einrichtung von Instituten und An-Instituten und der Bestellung von Professoren wird dieser Bereich kontinuierlich weiter ausgebaut. Damit profiliert sich die Hochschule national und international mit qualitativ hochstehender Forschung. Verschiedene wissenschaftliche Publikationen und Veranstaltungen, welche im Berichtszeitraum durchgeführt wurden, drücken dies aus. Zur besonderen Förderung der Forschung wurde aus Erträgen der Hochschule der Forschungsförderungsfonds eingerichtet, woraus Forschungsprojekte der Hochschule nach international üblichen Kriterien gefördert werden.

Transferleistungen

Im Rahmen des Wissens- und Technologietransfers wurden wiederum verschiedene Projekte im Auftrag von Wirtschaft, Verwaltung und Gemeinden im Rahmen von Projekten oder in den Bachelor- und Master-Thesen bearbeitet.

Internationale Kooperationen und Programme

In Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Vorarlberg, der University of British Columbia, der Shanghai Jiao Tong University sowie der University of Gloucestershire Business School wurde das Post-Graduate-Programme «International Management» erfolgreich weitergeführt.

Im Rahmen des EU-Berufsbildungsprogrammes Leonardo da Vinci absolvierten im Berichtszeitraum 8 Studierende der Hochschule Liechtenstein ein mehrmonatiges Berufspraktikum in England, Malta, Italien, Deutschland und den Niederlanden, welches mit finanziellen Mitteln der Europäischen Kommission und des Landes gefördert wurde. Die Hochschule Liechtenstein vermittelte erstmals 3 Studenten für Praktikumsaufenthalte nach Brasilien, Mexiko und Thailand im Rahmen des Praktikumsnetzwerkes IAESTE (International Association for the Exchange of Students for Technical Experience).

Darüber hinaus haben insgesamt 41 Studierende der Bachelor- und Master-Studiengänge einen ein- bzw. zweisemestrigen Auslandsaufenthalt an einer Partnerhochschule in England, Schottland, Wales, Dänemark, Portugal, Finnland, Schweden, Italien, Irland, Spanien, Griechenland, den Niederlanden oder den USA verbracht. Im Gegenzug studierten 32 Austauschstudierende von Partnerhochschulen aus Portugal, Spanien, Italien, Deutschland, Irland, Wales, Ungarn, Tschechien, Slowenien, Frankreich und Japan an der Hochschule Liechtenstein. Gleichzeitig wurden mit mehr als 45 Hochschulen aus Europa, Nord- und Südamerika, Afrika und Asien Partnerschaftskooperationen abgeschlossen.

Im Jahre 2005 wurden unter der Leitung der Hochschule Liechtenstein die beiden von der Europäischen Kommission im Rahmen des EU-Bildungsprogrammes Erasmus genehmigten 10-tägigen Intensivprogramme unter Mitwirkung von Studierenden und Dozenten von Partneruniversitäten aus Italien, Finnland, England, Spanien, Portugal, Slowenien und Norwegen durchgeführt. Zwei neue Projektanträge in den Bereichen Wirtschaftswissenschaften und Architektur wurden von Seiten der Hochschule Liechtenstein bei der Europäischen Kommission eingereicht und aus einer Vielzahl von Projektanträgen ausgewählt.

Im Berichtszeitraum wurden wiederum verschiedene Dozentenaustauschprogramme mit Partnerhochschulen in Deutschland, Österreich, Schottland, Slowenien, Spanien und Finnland genehmigt und durchgeführt.

Als Mitglied des Lenkungsgremiums der Arbeitsgruppe Ausland der Internationalen Bodenseehochschule beteiligte sich die Hochschule aktiv an der Konzeption und Durchführung von gemeinsamen Aktivitäten für internationale Studierende der Hochschulen im Bodenseeraum.

Entwicklung, Organisation, MitarbeiterInnen

Am 21. Januar 2005 trat das neue Gesetz über die Hochschule Liechtenstein vom 25. November 2004 in Kraft. Damit wurde die Umwandlung der Fachhochschule Liechtenstein zur Hochschule Liechtenstein vollzogen. Die Annäherung an die universitätsnahe Lehre und Forschung wirkt sich in mehrfacher Hinsicht aus. So erfolgt die Bestellung von Professoren entsprechend internationalen Standards im Rahmen eines professoralen Berufungsverfahrens. Die Berufungskommission mit insgesamt 10 Universitätsprofessoren aus der Schweiz, Österreich und Deutschland haben dem Hochschulrat vorgeschlagen, folgenden Hochschullehrern den Professorentitel zu verleihen: Dr. Urs Baldegger, Dr. Angelus Eisinger, Dipl. Arch. TU Hansjörg Hilti, Dipl. Arch. ETH Johannes Käferstein, Dipl. Arch. ETH Urs Meister, Dr. Marco Menichetti, Dr. Carsten-Henning Schlag, Dipl. Inf. Dipl. Math. Siegfried Weinmann und Dr. Martin Wenz. Mit der Bestellung von Professoren und der Besetzung von Lehrstühlen wird der Bereich der angewandten Forschung und Entwicklung weiter ausgebaut und international

verankert. Die Regierung hat Prof. Hansjörg Hilti zum ersten Prorektor der Hochschule bestellt.

Auf der Grundlage einer Entwicklungs- und Finanzplanung wurde der vom Landtag im Jahr 2004 genehmigte Globalkredit für die Jahre 2005 – 2009 wirksam. Im Berichtsjahr wurde eine Umstellung des Geschäftsjahres vorgenommen. Das Geschäftsjahr endet nun jeweils am 31. August. Die Umstellung des Geschäftsjahrs von Kalender- auf Studienjahr entspricht dem «Arbeitsjahr» der Hochschule und geht konform mit dem Beginn des Studienjahrs.

Der Organisationsentwicklungsprozess wurde abgeschlossen. Vier Institute, drei An-Institute, der Bereich Geistes- und Sozialwissenschaften und die, «Zentralen Dienste» bilden die organisatorischen Einheiten zur Erfüllung des Bildungs- und Forschungsauftrages.

Im Berichtsjahr bestanden an der Hochschule 55 vollzeitliche Stellen, aufgeteilt auf 76 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Daneben unterrichteten rund 250 teilzeitliche Lehrbeauftragte. Im Berichtsjahr sind 6 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingetreten und 4 ausgetreten.

Stiftungsprofessuren, Sponsoring, Fremdfinanzierung

Die «Gerrit und Truus van Riemsdijk-Stiftung» hat am Institut für Entrepreneurship einen auf fünf Jahre eingerichteten Lehrstuhl für Entrepreneurship gestiftet. Die von der Hilti Aktiengesellschaft eingerichtete Stiftungsprofessur für Wirtschaftsinformatik ist ausgelaufen. Ab 2006 wird ein neuer «Hilti-Lehrstuhl für Marketing» eingerichtet und gefördert. Verschiedene Unternehmen leisteten Beiträge zur Durchführung von Weiterbildungsveranstaltungen.

Hochschulrat

Die Umsetzung des Gesetzes über das Hochschulwesen sowie des Gesetzes über die Hochschule Liechtenstein bildeten den Schwerpunkt der Tätigkeit des Hochschulrates. Dabei ging es vorrangig auch um Fragen wie die Verleihung der Berufsbezeichnung Professor an die Hochschullehrer oder auch um die Kategorisierung des wissenschaftlichen Mittelbaus. In den sieben Sitzungen wurden zudem 6 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestellt sowie Ausführungsbestimmungen zur Dienst- und Besoldungsordnung erlassen, neue Studien- und Prüfungsordnungen für die Bachelor- und Masterstudiengänge sowie für die Weiterbildung verabschiedet sowie ein Reglement über Beiträge zur Förderung von angewandter Forschung und Entwicklung aus dem Forschungsförderungsfonds der Hochschule Liechtenstein in Kraft gesetzt.

Kunstschule Liechtenstein

Vorsitzender: Dr. Peter Goop

Direktor: Bruno Kaufmann

Der nachfolgende Rechenschaftsbericht gibt Auskunft über die Tätigkeit des Stiftungsrates und der Schulleitung der Kunstschule Liechtenstein bezüglich Beschäftigten, Unterricht und Teilnehmerzahlen und Aktivitäten

Arbeit des Stiftungsrates

Neben den alltäglichen Aufgaben und der Oberleitung der Kunstschule Liechtenstein konzentrierte sich die Arbeit des Stiftungsrates auf die Verbesserung administrativer Angelegenheiten, die Erstellung von Reglementen und die Optimierung der Buchhaltung, dies in enger Zusammenarbeit mit der staatlichen Finanzkontrolle.

Ein Schwerpunkt waren Überlegungen zur strategischen Weiterentwicklung der Kunstschule im Bereich Ausbildung. Zwei internationale Experten hielten Impulsreferate und in moderierten Strategiesitzungen wurde die Arbeit an einem Ausbildungskonzept begonnen, wozu auch Teile der Lehrerschaft einbezogen wurden.

Beschäftigte

In der ersten Jahreshälfte 2005 waren an der Kunstschule Liechtenstein 11 Lehrpersonen im Auftragsverhältnis beschäftigt, in der zweiten 9 Lehrpersonen. In der Summe aller Beschäftigten (inklusive Verwaltung) ergibt dies 360 Stellenprozent. Die Anstellungsverhältnisse wurden für das Schuljahr 2005/06 auf der Basis einer Gehaltstabelle neu angepasst.

Kurse

Wie in den Jahren zuvor erfolgte der Unterricht in den Räumlichkeiten der Kunstschule Liechtenstein, ein geringer Teil in einzelnen Gemeinden (Realschule Triesen, Primarschule Planken, Gymnasium Vaduz).

Neben den allgemeinen Kursen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, in welchen hauptsächlich gezeichnet, gemalt, gedruckt und plastisch gearbeitet wird, wurden auch spezielle Kurse angeboten wie z. B. Aktzeichnen, Kopfzeichnen, Mappenvorbereitungskurs, Seniorenkurs, Holzbildhauerkurs, SW-Fotokurs und Bildbearbeitung mit Photoshop. Gesamthaft waren dies 27 Kurse.

Teilnehmer

Die Zahl der Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer im Bereich Bildung belief sich im ersten Halbjahr auf 260 Kinder, Jugendliche und Erwachsene und im zweiten Halbjahr auf 264.

Der Vorkurs als einjährige Ganztageschule war mit 19 Teilnehmer/innen für 2004/05 und 20 Teilnehmer/innen für das Jahr 2005/06 wiederum voll besetzt und entspricht aufgrund der Anmeldungen einem grossen Interesse.

Aktivitäten

Durch gezielte PR-Massnahmen und Informationsveranstaltungen ist das Interesse an den Kursen anhaltend gross geblieben. Solche Veranstaltungen waren der Vorkurs-Informationsabend, sowie die Abschlusspräsentation des Vorkurses unter dem Motto «one night stand» im Kulturraum sowie der Tag der offenen Tür.

Die Kunstschule Liechtenstein pflegt weiterhin über das Grundtvig-Nachfolge-Projekt «sehen ist lernbar» internationale Kontakte zu Kunstschulen, Museen und anderen Institutionen. Dieses von der EU mit Auszeichnung bedachte Projekt wird von der EU mit der höchsten Förderung unterstützt, nämlich in der Höhe von 71.8 % oder ca. 350 000 €. Die Kunstschule Liechtenstein hat darüber hinaus für dieses Projekt auch Eigenmittel aufzubringen.

Liechtensteinische Musikschule

Präsidentin: Dr. Gisela Biedermann

Direktor: Klaus Beck

Nebst dem Vermitteln von musikalischen Fertigkeiten im Einzel- oder Kleingruppenunterricht ist es ein Anliegen der Musikschule, das kulturelle Leben Liechtensteins mitzugestalten. In rund 180 Veranstaltungen wie Vorspielübungen, Umrahmungen von Feierlichkeiten, unzähligen Konzerten, Wettbewerben, den Internationalen Meisterkursen bis hin zur Aufführung von J. G. Rheinbergers Singspiel «Der arme Heinrich» konnten die Erfolge dieser Arbeit den zahlreichen Besucherinnen und Besuchern sicht- und hörbar gemacht werden.

Ende Mai wurde das neue LMS-Handbuch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Liechtensteinischen Musikschule sowie der Öffentlichkeit vorgestellt. Damit wurde das Organisationsprojekt «Zukunft gestalten» offiziell abgeschlossen. Das Handbuch ist die Grundlage für Effizienz und Effektivität und trägt zur Qualitätssicherung bei.

Lehrkörper und Schülerzahlen

Im Berichtsjahr 2005 unterrichteten 88 Lehrerinnen und Lehrer an der Liechtensteinischen Musikschule. Davon 18 Hauptlehrerinnen und -lehrer, 68 Teilzeitlehrerinnen und -lehrer, 1 Praktikantin und 1 Aushilfe. Gesamthaft waren 2560 Personen zum Unterricht angemeldet, davon ca. 30 % Erwachsene. Pro Woche wurden 1486 Stunden Unterricht zu 50 Minuten erteilt.

Stiftungsrat

Im vergangenen Jahr traf sich der Stiftungsrat zu sieben ordentlichen Sitzungen, zu einer weiteren Sitzung mit dem Vorstand des Freundeskreises Musikschule und einmal zusammen mit der Unterrichtskommission. Mitte Dezember fand die jährliche Konferenz des Stiftungsrates

zusammen mit den Fachgruppenleitern, der Schulleitung und dem Vertreter des Schulamtes statt.

Wie üblich waren ausser den Tagesgeschäften Budget- und Personalfragen zu regeln. Die Neufassung des Dienstreglements und der Schulordnung sowie der Abschluss des Organisationsprojektes «Zukunft gestalten» mit der Herausgabe des LMS-Handbuches prägten die umfangreichen Arbeiten.

Mitglieder des Stiftungsrates und die Schulleitung vertraten die Liechtensteinische Musikschule bei mehreren ausländischen Konferenzen und Veranstaltungen, wie der Generalversammlung der Europäischen Musikschulunion (EMU) in Prato, der Delegiertenversammlung des Verbandes Musikschulen Schweiz, der General- und Delegiertenversammlung des Regionalverbandes Musikschulen REMU sowie der Schulleiterkonferenz. Unzählige Besuche von musikalischen Veranstaltungen im In- und Ausland ergänzten die Tätigkeiten des Stiftungsrates und der Schulleitung.

Wiederum konnte der Stiftungsrat mit grosser Freude das rege Interesse der Lehrerinnen und Lehrer an Fortbildung feststellen. Auch die Möglichkeit zu längerem Bildungsurlaub wurde genutzt und vom Stiftungsrat gutgeheissen.

Unterrichtskommission

Die Unterrichtskommission hat gemäss dem gesetzlichen Auftrag den Unterricht bei den entsprechenden Fachlehrern besucht. An einer gemeinsamen Sitzung mit dem Stiftungsrat und der Schulleitung wurden die Eindrücke und Beobachtungen der einzelnen Mitglieder der Unterrichtskommission mitgeteilt und diskutiert.

Eine erfreuliche Bilanz stellen die Berichte der einzelnen Mitglieder der Unterrichtskommission dar, die durchweg nicht nur von einer guten Kooperation bei den Unterrichtsbesuchen sprechen, sondern auch die gute Motivation der Lehrkräfte loben.

Fachgruppen

In diesem Jahr wurden acht Fachgruppenleitersitzungen einberufen. In den FGL-Sitzungen befasste man sich hauptsächlich mit den immer wiederkehrenden Themen Lehrerkonzert, Workshop, Instrumenteninformation, Jahresschlusskonzerte, Musikwettbewerb, Information über Beschlüsse des Stiftungsrates, Weiterbildungswünsche, Konzerte und Anschaffungen.

Viel Zeit beanspruchten die Erstellung eines Korreptionskonzeptes, welches mit Beginn des neuen Schuljahres eingeführt wurde, die Definition des Maturaniveaus im Rahmen des LG-Profilfaches und die Diskussion der alternativen Möglichkeiten zum Frühunterricht. Hier wurde in einem ersten Schritt ein vernünftiges Einstiegsalter in den Gesangs- und Instrumentalunterricht definiert. Weiters wurden Vorbereitungen zum Festival «Grenzenlos» getroffen, welches 2006 in Liechtenstein stattfinden wird.

Die Fachgruppenleiterinnen und -leiter sind gehalten, diese Informationen in regelmässigen Sitzungen

ihrer Fachgruppe weiterzugeben. Über die Arbeit jeder Fachgruppe haben die Fachgruppenleiterinnen und -leiter eigene Jahresberichte verfasst.

Zusammenarbeit mit öffentlichen Schulen

Immer wieder besuchen Primarschulklassen die Musikschule, um sich verschiedene Instrumente präsentieren zu lassen und selbst ausprobieren zu können. Bei dieser Gelegenheit lernen die Kinder die Funktionsweise der einzelnen Instrumente kennen. Theoretische Kenntnisse aus dem Unterricht in der Primarschule können so am Instrument veranschaulicht werden.

Mit Beginn des Schuljahres 2001/2002 wurde am LG schrittweise die neue vierjährige Oberstufe eingeführt. In der reformierten gymnasialen Oberstufe, die an die achte Schulstufe anschliesst, haben die Schülerinnen und Schüler die Wahl zwischen fünf Profilen. Eines dieser Profile nennt sich «Kunst, Musik und Pädagogik» und eignet sich für Schülerinnen und Schüler mit Begabung und Interesse in den Bereichen Kunst und Musik.

In diesem Schuljahr sind 23 Schülerinnen und Schüler in diesen Typus eingestiegen. Somit befinden sich zusammen mit den drei ersten Jahrgängen 63 Schülerinnen und Schüler im Profildach «Kunst, Musik und Pädagogik». Der Sologesangs- und Instrumentalunterricht wird durch Lehrkräfte der Liechtensteinischen Musikschule vermittelt. In diesem Jahr konnte die erste Maturaprüfung im Profildach «Kunst, Musik und Pädagogik» durchgeführt werden. Die Kandidatinnen zeigten ein sehr beachtliches Leistungsniveau und wurden sehr gut benotet.

In Zusammenarbeit mit den Musiklehrern des LG haben die Fachgruppen der LMS Leistungsniveaus und Literaturlisten für die instrumentale Maturaprüfung erarbeitet. Sie lehnen sich stark an die Dokumentation «Stufenprüfungen Musik» des Schweizerischen Musikpädagogischen Verbandes SMPV.

Weiterbildung

Der traditionelle Gründonnerstagsworkshop fand unter dem Titel «Körpersprache im Musikunterricht» statt. Der Weiterbildungstag sensibilisierte die Lehrpersonen darauf, die eigene und fremde Körpersprache bewusster wahrzunehmen und dadurch effektiver zu kommunizieren.

Weiters bot die Musikschule im Berichtsjahr verschiedene Weiterbildungskurse für Lehrerinnen und Lehrer sowie weitere Interessierte an. Daneben haben viele Lehrpersonen Weiterbildungskurse im In- und Ausland besucht.

Organisationsentwicklung «Zukunft gestalten»

Ende Mai wurde das neue LMS-Handbuch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Liechtensteinischen Musikschule sowie der Öffentlichkeit vorgestellt. Damit wurde das Organisationsprojekt «Zukunft gestalten» offiziell abgeschlossen.

Über zwei Jahre haben sich Lehrkräfte, Verwaltungsmitarbeiter und Mitglieder des Stiftungsrates in Arbeits-

gruppen intensiv mit den verschiedenen Management- und Leistungsfunktionen auseinandergesetzt. Dabei wurden die Prozesse und Abläufe in der Musikschule analysiert, neu definiert und zusammengefasst.

Entstanden ist ein Nachschlagewerk über die gesamte Organisation der Liechtensteinischen Musikschule, in dem Prozesse, Instrumente, Hilfsmittel und Reglemente der normativen, strategischen und operativen Ebene enthalten und beschrieben sind. Das Handbuch ist die Grundlage für Effizienz und Effektivität und trägt zur Qualitätssicherung bei. Es fördert vor allem das vernetzte Mitdenken und lädt jeden Einzelnen – mit dafür speziell eingerichteten Instrumenten und Mitteln – zur Mit- und Weiterentwicklung der Institution ein. Das darin eingebettete Qualitätssystem gewährleistet die Umsetzung erforderlicher Verbesserungen und Anpassungen an die sich stets wandelnden Anforderungen an eine Musikschule. Es ist also kein starres Regelwerk, sondern lässt Innovation und Kreativität jederzeit zu.

Veranstaltungen

Im Jahr 2005 wurden wiederum rund 180 Veranstaltungen durch die LMS durchgeführt. Hier einige Höhepunkte aus dem Jahresprogramm:

Lehrerkonzert «Musikalische Clownereien»

Rund 40 Lehrbeauftragte sorgten für die witzigen und allesamt musikalisch hoch stehenden Darbietungen. Die Einnahmen aus dem traditionellen Lehrerkonzert fliessen vollumfänglich in den Stipendienfonds der LMS. Dieser kommt bereits seit 40 Jahren musikalisch begabten Kindern und Jugendlichen aus finanziell schwächer gestellten Familien zugute. Neben den Konzertbesucherinnen und Konzertbesuchern unterstützen auch zahlreiche Gönner den Stipendienfonds.

Klangfest

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Klangfest» wagten über 50 Schülerinnen und Schüler der LMS – viele unter ihnen sicherlich zum ersten Mal – einen Ausflug in die Welt der zeitgenössischen Musik. In verschiedensten Besetzungen, vom solistischen Auftritt bis hin zum Querflötenensemble mit 35 Mitwirkenden, brachten sie dem Publikum die moderne, zeitgenössische bis experimentelle Tonsprache verschiedenster Komponisten des 20. und 21. Jahrhunderts näher.

Instrumenteninformation der Musikschule

Am Samstag, den 30. April 2005 informierten sich weit über 250 Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern im Musikschulzentrum Unterland in Eschen über das Fächerangebot der LMS. Die grosse Besucherzahl verdeutlicht, welch hohen Stellenwert die Wahl des Instruments bei zukünftigen Musikschülerinnen und -schülern hat.

In einem kleinen Konzert konnten sich die Besucherinnen und Besucher einen Eindruck von den einzelnen Musikinstrumenten verschaffen. Anschliessend durften die

Kinder und Jugendlichen alle Instrumente nach Lust und Laune ausprobieren. Die Lehrerinnen und Lehrer der LMS standen für Informationen und Beratungen zur Verfügung.

Generalversammlung Freundeskreis Musikschule

Anlässlich der diesjährigen GV überreichte der Präsident des Freundeskreises Musikschule der LMS eine finanzielle Zuwendung zur Anschaffung eines so genannten Viertel-Cellos. Damit kann die Musikschule nun den jungen Cellisten die gleichen Möglichkeiten kindergerechter Instrumente wie den übrigen Streichern bieten.

Schlusskonzerte

Erstmals wurden in diesem Jahr Schlusskonzerte der LMS abgehalten. Den Anfang machten verschiedene Workshopbands, Vocalgruppen und Jazzensembles unter dem Titel «Bring on the Night» mit einem abendfüllenden Programm und coolem Sound. Das zweite Konzert wurde knapp eine Woche später durchgeführt und beinhaltete vorwiegend das weite Genre der «E-Musik». In Solo- und Gruppenvorträgen konnten sich die hervorragend aufspielenden jungen Musikerinnen und Musiker dem Publikum präsentieren.

Singspiel «Der arme Heinrich»

Nach dem «Zauberwort» im Rheinberger-Gedenkjahr 2001 ist auch sein Singspiel «Der arme Heinrich» zu einem Publikumserfolg geworden. Besonders beeindruckend und lehrreich war dabei wiederum das Zusammenspiel von Musiklehrpersonen sowie erwachsenen Sängerinnen und Sängern mit den Kindern und Jugendlichen auf der Bühne und im Orchester. Über 1 100 Besucherinnen und Besucher zeigten sich begeistert.

Musikwettbewerb

Die Musikwettbewerbe 2005 und das Preisträgerkonzert sind mit knapp 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein voller Erfolg gewesen. Die Bewertung durch die international besetzte Jury ist so gestaltet, dass hörbare Unterschiede sich auch im erreichten Rang niederschlagen. Zudem sollen erste Ränge mit Auszeichnung und 1. Ränge nur an wirklich hervorragende und sehr gute Leistungen vergeben werden. Die Regelung mit der strengen Bewertungsform hat sich bestens bewährt.

Internationale Meisterkurse

Neben dem künstlerischen Austausch zwischen Dozierenden und Studierenden ermöglicht die Liechtensteinische Musikschule als Trägerin der Meisterkurse Musikinteressierten zahlreiche Begegnungen mit Musikgrößen von heute und morgen. Die Konzerte, Liederabende und Serenaden der Dozentinnen und Dozenten sowie die ebenso beliebten Schlusskonzerte der Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer sind wesentlicher Bestandteil des kulturellen Sommerangebots in Liechtenstein.

Die Meisterkurse bieten jungen Berufsmusikerinnen und Berufsmusikern und fortgeschrittenen Musik-

studentinnen und Musikstudenten Unterricht auf sehr hohem Niveau, um sie durch konzentriertes und intensives Training in ihrer Vorbereitung auf eine Solokarriere oder auf die Tätigkeit in einem professionellen Orchester zu unterstützen. Wie sehr dieses Angebot geschätzt wird, zeigt die Tatsache, dass bis heute bereits weit über 2 500 junge Musikerinnen und Musiker aus rund 50 Nationen die Meisterkurse besucht haben. Auch dieses Jahr konnten wieder mehr als 130 Studentinnen und Studenten von diesem reichhaltigen Bildungsangebot Gebrauch machen.

Im Rahmen der Meisterkurse fanden neun Konzerte der Professoren und der Teilnehmerinnen und Teilnehmer statt.

Renovation Rheinbergerhaus

Das Rheinbergerhaus wurde in diesem Jahr einer sanften Renovation unterzogen. Besonders erfreulich ist der Umstand, dass es gelungen ist, im Dachraum eine Bibliothek einzurichten. So können nun alle Bücher, Noten, Zeitschriften und Tonträger an einem zentralen Ort untergebracht werden. Die Katalogisierung erfolgt in kleinen Schritten, wobei eine EDV-gestützte Verwaltung angestrebt wird.

Im Rahmen der Festlichkeiten zum 100 Jahr-Jubiläum des Regierungsgebäudes wurde ein Tag der offenen Tür des Regierungsviertels durchgeführt und auch das Rheinbergerhaus der Öffentlichkeit vorgestellt.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber bzw. Ressortinhaberin:
Regierungschef Otmar Hasler bis 21. April 2005
Regierungsrätin Rita Kieber-Beck ab 21. April 2005

Im Bereich Familie bildete im Berichtsjahr die Erarbeitung des neuen Kinder- und Jugendgesetzes neben verschiedenen internationalen und regionalen Aktivitäten einen Schwerpunkt.

Die Stabsstelle Gleichstellungsbüro wurde zur Stabsstelle für Chancengleichheit erweitert, welche nun auch die Bereiche Migration und Integration, soziale Benachteiligungen, Behinderung und sexuelle Orientierung umfasst. Zudem wurde eine Kommission für Chancengleichheit geschaffen.

Der achte Umsetzungsplan des Massnahmenkataloges wurde von der Regierung verabschiedet. Im August 2005 wurde der Vernehmlassungsbericht betreffend die Teilrevision des Gesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann sowie des Arbeitsvertragsrechtes genehmigt.

Familie

Neues Kinder- und Jugendgesetz

Die Regierung hat im Dezember einen Vernehmlassungsbericht zur Schaffung eines neuen Kinder- und Jugendgesetzes genehmigt und interessierten Kreisen zur Stellungnahme unterbreitet. Das Kinder- und Jugendgesetz soll den Errungenschaften einer liberalen Gesellschaft Rechnung tragen. Es stellt sich aber auch den aktuellen Problemen, indem es eine stärkere Orientierung bietet, deutlich wertorientiert ist, Leitplanken und Spielregeln setzt, reichlich Unterstützung bietet, ohne die Selbstverantwortung zu vernachlässigen.

1. Interregionaler Jugendprojektwettbewerb

Am 28. Juni 2005 wurden in Bregenz die Gewinner des ersten interregionalen Jugendprojekt-Wettbewerbs gekürt. Insgesamt elf Projekte aus Vorarlberg, St. Gallen und Liechtenstein wurden von einer Jury aus Jugendlichen bewertet. Das liechtensteinische Siegerprojekt «La Casita - ein Begegnungszentrum in Mar del Plata» soll persönliche Kontakte zwischen Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Kulturen ermöglichen und so Vorurteile gegenüber unbekanntem Kulturen abbauen. Alle vorgestellten Projekte durchliefen rund zwei Wochen zuvor eine Vorausscheidung im eigenen Land.

2. Internationaler Bodensee Jugendgipfel

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck nahm zusammen mit Jugendlichen aus Liechtenstein am 2. Internationalen Bodensee Jugendgipfel am 18. November in Bregenz teil. Insgesamt waren rund 1 500 Jugendliche im Alter zwischen 12 und 20 zugegen. Die Regierungsvertreterinnen und -vertreter beteiligten sich gemeinsam mit den Jugendlichen an einer Forumsdiskussion. Zudem wur-

den Themenschwerpunkte aus dem breiten Spektrum der Nachhaltigkeit präsentiert und durch beispielhafte Projekte, Mitmachaktionen und die Diskussion mit Entscheidungsträgern und Experten aus der Region erlebbar gemacht.

Konferenzen/Treffen

An der Konferenz zur Gewalt gegen Kinder vom 5. - 7. Juli in Ljubljana wurde Liechtenstein durch eine Mitarbeiterin des therapeutischen Dienstes des Amtes für Soziale Dienste vertreten.

Für die Teilnahme an der Überbrückungskonferenz zum zweiten Weltkongress gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern vom 8. - 9. Juli in Ljubljana wurde eine Mitarbeiterin des Kinder- und Jugenddienstes des Amtes für Soziale Dienste delegiert.

Liechtenstein nahm an der 7. Europäischen Jugendministerkonferenz vom 23. - 24. September 2005 zum Thema «Jugendgewalt» in Budapest teil. Der Delegation gehörten der Leiter des Amtes für Soziale Dienste, eine Mitarbeiterin des Kinder- und Jugenddienstes sowie der Präsident des Vereins Liechtensteiner Jugendorganisationen an.

Chancengleichheit

Schaffung einer Kommission für Chancengleichheit

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 1. März 2005 die neu geschaffene Kommission für Chancengleichheit bestellt:

- Regierungsssekretär Norbert Hemmerle, Vorsitzender
- Hubert Büchel, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft
- Marcus Büchel, Leiter des Amtes für Soziale Dienste
- Adrian Hasler, Polizeichef
- Bernadette Kubik-Risch, Leiterin der Stabsstelle für Chancengleichheit
- Roland Marxer, Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten
- Hans Peter Walch, Leiter des Ausländer- und Passamtes
- Guido Wolfinger, Leiter des Schulamtes

Hauptaufgaben der neu geschaffenen Kommission für Chancengleichheit sind die ämterübergreifende Koordination von Fragen der Chancengleichheit und wenn nötig die Festlegung des Handlungsbedarfs, die Ausarbeitung von Empfehlungen und Anträgen an die Regierung, die Überwachung der Entwicklung hinsichtlich der Chancengleichheit sowie die Überwachung der getroffenen Massnahmen, die Vergabe von Aufträgen an die Stabsstelle für Chancengleichheit und die Öffentlichkeitsarbeit bei übergreifenden Fragen.

Teilrevision des Gesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann

Die Regierung hat an ihrer Sitzung vom 23. August 2005 den Vernehmlassungsbericht betreffend die Teilrevision des Gesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann (Gleichstellungsgesetz) sowie des Arbeitsvertragsrechts (ABGB) genehmigt. Damit wird die Richtlinie

76/207/EWG ins liechtensteinische Recht umgesetzt. Die Richtlinie zielt auf den Abbau von Hindernissen für die Frauenerwerbstätigkeit ab, indem der Grundsatz der Gleichbehandlung hinsichtlich aller Aspekte der Beschäftigung, des beruflichen Aufstiegs, der Berufsbildung und der Arbeitsbedingungen umgesetzt wird.

Umsetzung der Aktionsplattform im Fürstentum Liechtenstein 2005 - Massnahmenkatalog

Die Regierung hat den 8. Broschürenband «Umsetzung der Aktionsplattform im Fürstentum Liechtenstein 2005» als fortlaufenden Broschürenband veröffentlicht. Thematisiert werden darin Bildung, Frau und Wirtschaft, Vereinbarkeit von Familie und Erwerb, Familie, soziale Stellung, Vernetzung, Frauen in Macht und Entscheidungspositionen, Gewalt gegen Frauen sowie institutionelle Mechanismen zur Frauenförderung.

Chancengleichheitspreis 2005

Der Chancengleichheitspreis als Anerkennungspreis für den frauen- und familienfreundlichsten Betrieb wurde zum sechsten Mal durch die Regierung vergeben. Den mit CHF 20 000.– dotierten ersten Preis gewann die ReviTrust Treuhand Anstalt in Schaan. Die Ausschreibung im September des Berichtsjahres richtete sich an Einzelpersonen und Organisationen.

Austauschtreffen

Beim Treffen der Ressortinhaberin mit der Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann im August des Berichtsjahres wurden die Schwerpunkte, Aktionen und Massnahmen in der laufenden Mandatsperiode diskutiert und erläutert.

Im Oktober wurden die Parteien und Medien im Rahmen eines Gespräches mit der Regierungsrätin angehalten, die politische Partizipation von Frauen in öffentlichen Gremien verstärkt zu fördern.

AMTSSTELLEN

Kinder- und Jugenddienst (Amt für Soziale Dienste)

Amtsleiter: Dr. Marcus Büchel

In der Klientenarbeit hat es keine besonderen Veränderungen gegeben. Die Klientenzahl hat sich zwar erhöht, doch ist dies auf vermehrte Aktivitäten im Jugendschutz zurückzuführen. Das neue Kinder- und Jugendgesetz wurde von der Regierung in die Vernehmlassung geschickt. Aus den Verbindungen ins Ausland sowohl regional wie international erwachsen konkrete Projekte wie der Interregionale Jugendprojektwettbewerb oder die Jugendkampagne «alle anders – alle gleich».

Allgemeine Kinder- und Jugendangelegenheiten

Internationale Aktivitäten

UNO

Weltweit wird am 20. November der Internationale Tag der Kinderrechte begangen. Der Kinder- und Jugenddienst (KJD) weist regelmässig zu diesem Anlass auf den Inhalt und die Bedeutung der Kinderrechte hin. Das in Vernehmlassung geschickte neue Kinder- und Jugendgesetz orientiert sich an Werten und Grundsätzen. Kinderrechte aus der Kinderrechtskonvention fanden auch in den Ziel- und Zweckartikeln des Gesetzesentwurfes ihren Niederschlag.

Liechtenstein hat sich verpflichtet, das Aktionsprogramm der Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban (Südafrika) mittels eines Nationalen Aktionsplans (NAP) auf nationaler Ebene umzusetzen. Der Auftrag für die ämterübergreifende Arbeitsgruppe gegen Rassismus wurde um die Themen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit erweitert und entsprechend wurde sie umbenannt. Im Berichtsjahr war «Gesundheit und Integration» Schwerpunktthema. Weiters wurden Massnahmen zur Verbesserung der Integration von Ausländerinnen und Ausländern erörtert. Gemäss UNO-Übereinkommen zur Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung (CERD-Bericht) war der zweite und dritte Rassismusbericht zu erstellen. Einen Forschungsauftrag an das Liechtenstein-Institut zur Sammlung von Daten zum Auftreten von Rassendiskriminierungen wurde erteilt.

Europarat

An der Sitzung des Jugendausschuss des Europarates (CDEJ) wurden Themen wie Jugendforschung, Jugendpolitik sowie die Kampagne «alle anders – alle gleich» vorbereitet. Festlegung und Implementierung von Standards und Richtlinien für gute Jugendpolitik und Jugendarbeit wurden gefordert. Mit seiner Kampagne «alle anders - alle gleich» ruft der Europarat auf, national Projekte zur Sensibilisierung gegen Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und für politische Partizipation von Jugendlichen durchzuführen. Liechtenstein wird sich an dieser Kampagne beteiligen und das nationale Programm unter den Slogan «alle anders – alle gliich» stellen. Die von der Regierung eingesetzte Koordinationsgruppe steht unter der Co-Leitung zweier Mitarbeiterinnen der Stabsstelle für Chancengleichheit und des Kinder- und Jugenddienstes.

Die Jugendministerkonferenz des Europarats, welche vom 23. bis 24. September in Budapest stattfand, widmete sich der Thematik «Jugendgewalt». Jugendminister und -ministerinnen aus den Mitgliedsstaaten des Europarates trafen sich zu Gesprächen über praktische Massnahmen zur Prävention von Gewalt im Alltag. Liechtenstein war durch eine dreiköpfige Delegation vertreten: den Leiter des Amtes für Soziale Dienste, eine Mit-

arbeiterin des Kinder- und Jugenddienstes sowie den Präsidenten des Vereins Liechtensteiner Jugendorganisationen als Repräsentant von Nicht-Regierungsorganisationen.

Internationales Trainingsseminar – Menschenrechte und Jugendarbeit

Auf der Grundlage des Handbuchs «Kompass», für die schulische und ausserschulische Bildung Jugendlicher fand vom 20. bis 25. Mai im Haus Gutenberg (Balzers) ein länderübergreifendes Trainingsseminar statt, mit dem Ziel das Verständnis und Bedeutung für die Menschenrechte stärker in die Jugendarbeit einfließen zu lassen. Engagierte junge Menschenrechtler und Jugendarbeitende aus Belgien, Luxemburg, Deutschland, Österreich und Liechtenstein nahmen daran teil. Das Seminar wurde mit Unterstützung des Amtes für Soziale Dienste, dem Verein Liechtensteiner Jugendorganisationen und dem Jugendinformationszentrum aha durchgeführt.

EU/EWR

Liechtenstein beteiligt sich aktiv am EU- Programm «Jugend» (Laufzeit 2000-2006) und kommt dadurch in den Genuss von Förderungsmitteln. Diese Projektmittel kommen der Nationalagentur sowie konkreten Jugendprojekten zugute. Das Jugendinformationszentrum «aha - Tipps und Infos für junge Leute» nimmt die Funktion und Aufgaben der Nationalagentur wahr. Der Kinder- und Jugenddienst vertritt die liechtensteinischen Interessen bei der Europäischen Kommission. Eine Mitarbeiterin des Dienstes übt im Auswahlgremium den Vorsitz aus, welcher auf nationaler Ebene über die Vergabe der Liechtenstein zugewiesenen Gemeinschaftsmittel entscheidet. Im Berichtsjahr wurden vier Jugendaustauschprojekte, vier Jugendinitiativen, zwei Projektvorbereitungstreffen und zwei Seminare gefördert. Neun junge Menschen waren im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes in einer gemeinnützigen sozialen Organisation im In- und Ausland im Arbeits-einsatz. Sieben liechtensteinische Jugendarbeitende nahmen an Weiterbildungsangeboten des Programms teil.

Regionale Zusammenarbeit

Im Rahmen der seit Jahren gut etablierten Zusammenarbeit mit dem Bundesland Vorarlberg und dem Kanton St. Gallen fanden mehrere Koordinierungstreffen zu Jugendfragen statt. Ein sehr erfolgreiches Gemeinschaftsprojekt war der I. Interregionale Jugendprojektwettbewerb. Die Gewinner wurden erst auf Länderebene ermittelt und ausgezeichnet, dann wurde der Gesamtsieger in einer gemeinsamen Auswertung ermittelt. Am 10. Juni fand in Triesen die nationale Präsentation und Übergabe der Geld- und Sachpreise durch den Regierungschef statt. Schliesslich wurde am 28. Juni in Brezgenz der Gesamtsieger bestimmt, der erfreulicherweise aus Liechtenstein kam. Aufgrund der guten Resonanz soll der Jugendprojektwettbewerb auch in Zukunft gemeinsam durchgeführt werden.

Ein Mitarbeiter des Fachbereichs Jugendpflege vertrat unser Land an den zwei Konferenzen der kantonalen Beauftragten für Kinder- und Jugendförderung in der Schweiz.

Aufgabentflechtung zwischen Land und Gemeinden

Auf den 1. Januar 2006 sind mit der Aufgabentflechtung zwischen Land und Gemeinden auch im Jugendbereich die Weichen neu gestellt worden. Im Bereich der Jugendpflege sind künftig die Gemeinden für die alleinige Finanzierung der gemeindeeigenen Einrichtungen zuständig. Das Land fördert neu explizit landesweite Einrichtungen der offenen Jugendarbeit. Im Bereich der Jugendhilfe übernimmt das Land neu die Finanzierung zur Gänze, was sowohl die Einzelfallhilfe als auch die institutionelle Förderung betrifft. Davon sind auch die Kindertagesstätten betroffen.

Psychosoziale Versorgung im Kinder- und Jugendbereich

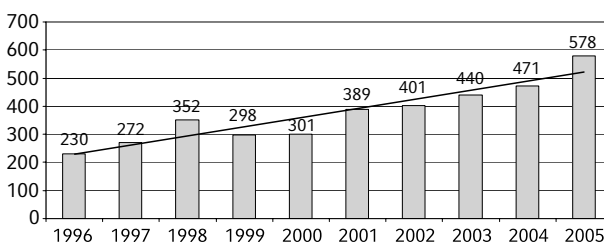
Der Abschluss von Leistungsverträgen ist auch im Kinder- und Jugendbereich für ein kohärentes psychosoziales Dienstleistungssystem von grosser Bedeutung. Bei der Finanzierung von Dienstleistungen ist es eine Grundvoraussetzung, dass zwischen dem Amt und dem Anbieter ein Leistungsvertrag (LV) abgeschlossen wird. Der von der Regierung zu genehmigende Vertrag hält insbesondere fest, welche Dienstleistungen vom Anbieter mit welchem Ziel, zu welcher Qualität und für wen erbracht werden und wie das Land diese Dienstleistungen finanziell abgilt. Verhandlungen bzgl. Verlängerung/Adaptierung des bestehenden Leistungsvertrages erfolgten mit dem Verein Kindertagesstätten Liechtenstein und den Pfadfindern. Ein neuer Leistungsvertrag wurde mit der Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche abgeschlossen.

Jugendhilfe

Klientenstatistik und Fallarbeit

Die Klientenzahlen sind absolut von 471 (2004) auf 578 (2005) angestiegen. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die Zunahme jener Jugendschutzfälle, auf die mit Interventionen reagiert wird, zurückzuführen. Diese erhöhten sich nämlich von 25 (12 Jugendschutz-, 13 Betäubungsmittelübertretungen) im Vorjahr auf 121 (keine Betäubungsmittelübertretungen) im Berichtsjahr.

Entwicklung der Klienten (Kinder- und Jugenddienst)



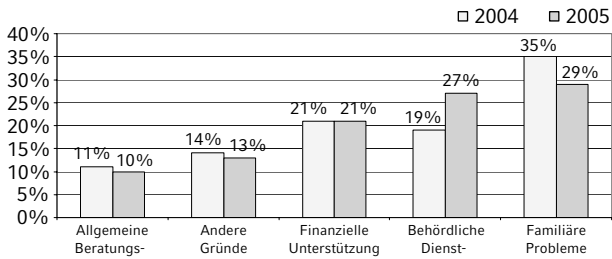
Klientenanzahl 1996-2005

FAMILIE UND CHANCENGLEICHHEIT

154 |

Abgesehen vom Jugendschutz haben sich die Fallzahlen kaum geändert. In der Jugendhilfe entstehen familiäre Probleme hauptsächlich a) durch Erziehungsschwierigkeiten, b) durch Beziehungsprobleme von Erwachsenen, unter denen auch Kinder- und Jugendliche leiden und schliesslich c) infolge entwicklungspsychologischer Probleme von Kindern.

Probleme (Kinder- und Jugenddienst 2004 + 2005)



Probleme nach Kategorien 2005

Probleme (Mehrfachnennungen möglich)

ICD-10	Titel	2004 Nennungen	2005 Nennungen
Z61+Z62+Z63	Familiäre Probleme: Entwicklungspsychologische Probleme (Z61) und Probleme bei der Erziehung (Z62) sowie Probleme in der primären Bezugsgruppe (Z63)	290	266
B03+B04	Behördliche Dienstleistungen	155	258
C	Finanzielle Unterstützungen	176	198
F+Z5+Z60+Z64	Andere Gründe (davon 52 (36) psychische Störungen, 31 (25) Anpassungsprobleme)	120	126
B01+B02	Allgemeine Beratungsprobleme	94	92
Summe		835	940

Probleme nach Kategorien

Von familiären Problemen waren 266 Familien betroffen. Diese Gruppe unterteilt sich wie folgt:

- a) 180 mit Erziehungsschwierigkeiten (Z62)
 - 66 Fällen emotionale bzw. körperliche Vernachlässigung, unangebrachter elterlicher Druck oder mangelnde Aufsicht;
 - 14 Krisen im Familienzyklus;
 - 19 Ablöseprobleme in der Pubertät;
 - 8 Unadäquate Hierarchie in der Familie bzw. Generationengrenze unadäquat;
 - 35 Belastung der Erziehung durch die Trennungs- und Scheidungssituation der Eltern;

16 Schwierigkeiten aus einer Stief- bzw. Pflegefamilienproblematik;

13 Erziehungsschwierigkeiten geprägt durch die Situation Alleinerziehender.

b) 50 Kinder und Jugendliche litten unter Beziehungsproblemen zu ihren Eltern bzw. Stiefeltern, unter Abwesenheit oder Tod von Angehörigen sowie unter den Umständen von Trennung und Scheidung (Z63).

c) 36 Kinder und Jugendliche mit entwicklungspsychologischen Problemen (Z61).

Themenbereich Sexueller Missbrauch:

1 Problem auf sexuellen Missbrauch innerhalb der Familie;

3 Probleme auf sexuellen Missbrauch ausserhalb der Familie;

6 Verdachtsabklärungen.

Themenbereich körperliche Misshandlung:

7 Interventionen bei körperlicher Misshandlung;

12 Verdachtsabklärungen.

Faktoren, die zur Inanspruchnahme von behördlichen Dienstleistungen führten (B03+B04):

69 (66) Vaterschaftsfeststellungen;

121 (11) pädagogische Gespräche bei Jugendschutzübertretungen;

16 (33) Stellungnahmen / Gutachten bei Besuchsregelungen bzw. in Obsorgeverfahren;

7 (10) Obsorge (Vormundschaft) über Kinder bzw. Jugendlichen;

4 (5) Unterhaltsverträge für ausserehelich geborene Kinder.

8 (4) Pflegebewilligungen (neues Pflegebewilligungsgesetz);

7 (6) Amtshilfe für andere Behörden.

Die Kategorie «Finanzielle Unterstützung» (C) gibt die Ausgaben nach Art der Unterstützung und Anzahl der Unterstützten wieder. 156 Klienten erhielten insgesamt 198 Hilfen (Mehrfachhilfen im Einzelfall möglich).

		Anzahl finanzielle Hilfen	Betrag in CHF
Ausserhäusliche Tagesbetreuung (Unterstützung an Elternbeitrag)	a) Kindertagesstätte (50 Personen) b) Eltern Kind Forum (9) c) Private Tagesmutter (24)	83	231 764
Familienbegleitung	a) Sozialpädagogische Familienbegleitung (48) b) Begleitetes Besuchsrecht (7)	55	144 565
Pflegeverhältnisse		12	37141
Sonderhilfen		16	70 321
Stationäre Einrichtung im Ausland	a) Wohnheim, sozialpädagogisches (2) b) Psychiatrie, Suchtklinik (1) c) Schulheim, Internat (4)	7	141 267
Stationäre Einrichtung im Inland	a) JWG (20), b) TWG (5)	25	209 562
SUMME		198	834 620

Finanzielle Unterstützung 2005 (Kinder- und Jugenddienst)

Sammelkategorie F+Z50+Z60+Z64: Psychische Störungen 52 (58), Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme von Gesundheitsdiensten führen (davon 32 Probleme in Ausbildung und Bildung) 39 (36), Soziale Umgebung 31 (26) und Psycho-soziale Umstände 4 (14).

Zur Inanspruchnahme einer Beratung (Allgemeine Beratungsprobleme B01+B02:

45 (39) Regelung des Besuchsrechtes;

23 (14) Betreuungsplatz und Obsorgefragen;

10 (13) Adoptionswunsch bzw. Fragen zur Adoption.

Korrespondierend zu den geschilderten Problemen wurden folgende Dienstleistungen erbracht:

Unterstützungsarten (Kinder- und Jugenddienst)

	Anzahl	Prozent
Beratung	520	49%
Finanzielle Unterstützungen	198	19%
Behördliche Dienstleistungen	153	15%
Delegierte Betreuung	89	9%
Casemanagement	80	8%
Sachhilfen	1	0%

Unterstützungsarten

Ausgewählte Themen

Kinder- und Jugendgesetz

Die ambitionierte Gesamtrevision des Jugendgesetzes wurde nach mehrjähriger Arbeit im Berichtsjahr abgeschlossen. Der Entwurf des neuen Kinder- und Jugend-

gesetzes wurde im Dezember in eine breit angelegte Vernehmlassung geschickt.

Die Dreigliederung des alten Jugendgesetzes wurde beibehalten und durch zwei neue Teile ergänzt. Den Kern des neuen Gesetzes bilden die Teile Kinder- und Jugendhilfe, Kinder- und Jugendschutz sowie Kinder- und Jugendförderung. Die früheren Bestimmungen wurden inhaltlich bereinigt, der Aufbau wurde konsistenter und nachvollziehbarer gestaltet, zeitgemässere Begriffe wurden eingeführt und um die erforderlichen Neuregelungen ergänzt. Neu sind die Kapitel über Pflegeverhältnisse zum Zweck der Adoption, über die Unterstützung straffälliger Minderjähriger und über die Familienförderung sowie über private Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Zwei weitere Teile sind hinzugekommen, nämlich über die Interessensvertretungen für Kinder und Jugendliche und über die Ombudsperson für Kinder und Jugendliche. Mit der Ombudsperson soll eine Schlichtungsstelle mit Überwachungsauftrag im Rahmen der UNO-Kinderrechtskonvention eingeführt werden.

Jugendarbeitslosigkeit

Mit der zunehmenden Jugendarbeitslosigkeit sieht sich auch der Kinder- und Jugenddienst konfrontiert. Es sind Jugendliche ohne Schulabschluss, ohne Lehrstelle oder Lehrabschluss, die eine besondere Aufmerksamkeit erfordern. Im Amt wurde für die Zielgruppe junge Menschen ohne Arbeit oder Ausbildung ein Projekt gestartet. Es soll verhindert werden, dass junge Menschen untätig und von der wirtschaftlichen Sozialhilfe abhängig werden.

Die Regierung hat genau mit dieser Zielsetzung eine Projektgruppe, an der auch der KJD mitwirkt, eingesetzt. Sie hat den Auftrag, rasch wirksame, unbürokratische Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu erarbeiten.

Die gemeinsamen Anstrengungen von Sozialhilfe, Jugendhilfe und externen Partnern müssen dahingehend ausgerichtet werden, dass jungen Menschen ohne Arbeit, Ausbildung oder Beschäftigung Alternativen und Chancen geboten werden. Selbstverständlich muss zunächst versucht werden, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu vermitteln, und wo dies nicht möglich ist, müssen Arbeitseinsätze - seien sie bezahlt oder unbezahlt - Trainingsprogramme, Coaching und pädagogisch-therapeutische Hilfen eingesetzt werden. Aus präventiver Sicht ist es äusserst bedeutsam, beim jungen Menschen gar nicht erst ein Syndrom entstehen zu lassen, das einerseits aus Passivität, Hoffnungslosigkeit und dem Gefühl, nicht gebraucht zu werden, besteht und andererseits aus einer hohen Anspruchshaltung und Leistungsverweigerung.

Schulsozialarbeit

Die präzise Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit ist für die Jugendhilfe wesentlich. Die Schulsozialarbeiter sind die «problem shooters» vor Ort und die Jugendhilfe

ist als schulexterne Fachstelle auf eine gute Triagierung durch sie angewiesen. Bis zur Einführung der Schulsozialarbeit ist die Jugendhilfe in schwierigen Fällen direkt in den Schulen mit den Betroffenen tätig geworden. Nunmehr sind die Schulsozialarbeiter in der Regel vorgeschaltet. Seit Anfang wirkt eine Mitarbeiterin der Jugendhilfe in der für den Aufbau der Schulsozialarbeit eingesetzten Projektgruppe mit, was eine gute Vernetzung zwischen Schulsozialarbeit und Jugendhilfe sehr erleichtert hat.

Gemäss Verordnung können seit Mitte 2004 Jugendliche aus bestimmten Gründen zeitweise vom Unterrichtsbereich ausgeschlossen werden. Es wurde ein Leitfaden für das Verfahren zwischen Schulamt, Schulsozialarbeit und Jugendhilfe erarbeitet. Erste Erfahrungen liegen vor; zusätzlich evaluiert die Jugendhilfe die von ihr bereit gestellten sogenannten Brückenangebote, das sind unter anderem soziale Einsätze für den Zeitraum des Unterrichtsausschlusses. An einem Konzept für geeignete pädagogisch-psychologische Interventionen wird gearbeitet.

Anti-Gewalt-Training

Erstmals wurde mit Jugendlichen, bei denen das Gericht wegen wiederholter Körperverletzungen Bewährungshilfe angeordnet hatte, ein psychologisches Anti-Gewalt-Training durchgeführt. Ziel dieses Trainings ist es, die Jugendlichen für Gewalt zu sensibilisieren und mit ihnen alternative Verhaltensstrategien zu erarbeiten und zu festigen. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit diesen ersten drei Fällen soll das Training in Zukunft weiterhin zum Einsatz kommen.

Sexueller Missbrauch

Die «Fachgruppe gegen Sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen», deren Leitung einer Psychologin des Kinder- und Jugenddienstes obliegt, beschäftigte sich mit neun Missbrauchsfällen.

Die mit einem breiten Fachpersonenkreis erarbeiteten und mit allen beteiligten Fachpersonen/-institutionen abgestimmten «Leitlinien für die fachliche Zusammenarbeit bei sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen im Fürstentum Liechtenstein» konnten im Frühjahr 2005 verabschiedet und an interessierte Fachpersonen breit verteilt werden. Der neu erstellte Tätigkeitsbericht 2001 bis 2005 verschafft einen Überblick über die vielfältigen Aufgaben des interdisziplinären Gremiums.

Elternbeiträge bei Platzierungen

Das Schulamt und das Amt wurden von der Regierung beauftragt, die verschiedenen Elternbeitragsregelungen bei Unterbringungen Minderjähriger in pädagogisch-therapeutischen Einrichtungen und Schulheimen anzugleichen bzw. ein gemeinsames Tarifmodell zu entwickeln. Ziel ist es, Ungleichbehandlungen und Fehlsteuerungen bei Platzierungen zu beseitigen.

Ausserhäusliche Betreuung

Im Herbst 2004 wurde eine Befragung bei allen Eltern der Primarschülerinnen und Primarschüler zum Thema «Tagessstrukturen und ausserhäusliche Betreuung für Kinder» durchgeführt. Zeitgleich wurden Interviews mit Expertinnen und Betroffenen zum Thema geführt. Das Ergebnis der Befragung zeigt, dass auf Primarschulstufe am dringendsten eine Tagesschule (mit Lernbegleitung) gefragt ist, gefolgt von Nachmittagsbetreuung mit Hausaufgabenhilfe und Mittagstisch. Eine klare Mehrheit sprach sich für die schnelle Schaffung von neuen Unterstützungsstrukturen aus. Am häufigsten wurden erwähnt: 1) Mittagstische an den Primarschulen; 2) Hausaufgabenunterstützung, Primar- und Sekundarstufe; 3) Ergänzungsstrukturen im Kindergarten (wie Halbtagskindergarten) und an den weiterführenden Schulen (wie Tagesschulen). Die Bedürfnisanalyse war ein Gemeinschaftsprojekt des Amtes für Soziale Dienste und des Schulamts. Am 2. November des Berichtsjahres stellten Regierungsrätin Rita Kieber-Beck (Ressort Familie und Chancengleichheit) und Regierungsrat Hugo Quaderer (Ressort Bildung) die Ergebnisse an einer Pressekonferenz vor.

Bewilligungspflicht für Pflegeeinrichtungen

Im Rahmen der Aufsichtspflicht gemäss Jugendgesetz wurden einzelne Institutionen der ausserhäuslichen Kinderbetreuung überprüft. Eine neue Einrichtung erhielt die erforderliche Bewilligung. Insgesamt konnte ein guter Standard in den überprüften Einrichtungen festgestellt werden.

Fach austausch

Zur Optimierung der Schnittstellen zwischen Behörden und privaten Anbietern führte der KJD gemeinsam mit den pädagogischen Fachbereichen des Vereins für Betreutes Wohnen eine gemeinsame Fortbildung mit Frau Dr. Marie-Luise Conen aus Berlin zum Thema «Zusammenarbeit behördlicher und nicht-behördlicher Helfer bei Multi-Problemfamilien in freiwilligem und Zwangskontext» durch.

Jugendschutz

Die Landespolizei richtete ganz im Sinne der Prävention ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf den Jugendschutz. Daraus resultierten im Berichtsjahr rund 230 Anzeigen gegen Jugendliche wegen Jugendschutzübertretungen – gegenüber 12 im Vorjahr. Von den 230 Anzeigen wurde mit 121 Jugendlichen mindestens ein pädagogisches Gespräch geführt. Die Erhöhung der Anzeigen bei Jugendschutzübertretungen ist im Wesentlichen auf die erhöhte Kontrolltätigkeiten der Landespolizei zurückzuführen. Parallel zu den Anzeigen gegen Jugendliche wurden auch mitverantwortliche Erwachsene zur Anzeige gebracht. Etwa die Hälfte der Anzeigen erfolgten wegen Nichteinhaltung der Ausgangsregelungen. Es sind in unserer Statistik nur jene Fälle enthalten, in denen der KJD ausführlicher tätig geworden ist, das heisst, dass zumindest ein pädagogisches Gespräch geführt wurde. Wenn es sich nicht nur um geringfügige Ausgangsübertretun-

gen handelte, erfolgte eine Abklärung des Jugendschutzbeauftragten mit den Betroffenen. Die anschliessenden Berichte an die Staatsanwaltschaft über erziehungswirksame Massnahmen hatten in der Regel die Einstellung eines strafrechtlichen Verfahrens zur Folge.

Aufbauend auf den positiven Erfahrungen mit dem pädagogischen Umgang nach Jugendschutzübertretungen und im Hinblick auf das neue Kinder- und Jugendgesetz wurde ein Pilotprojekt gestartet. Dieses zielt darauf ab, das pädagogische Verfahren auch bei Straftaten, die von Jugendlichen begangen werden, zur Anwendung zu bringen. Im Zuge dieses Projektes wurden dem KJD neben Betäubungsmittelgesetzübertretungen von der Landespolizei folgende Jugendstraftaten gemeldet: Diebstahl (5), Einbruch (4), Sachbeschädigung (8), Hausfriedensbruch (3), Körperverletzung (6), Gefährliche Drohung (1). In der Regel wurden mit den betroffenen Jugendlichen unter Einbezug ihrer Eltern pädagogische Gespräche geführt. Bei den Betroffenen konnten vielfach Einsicht geschaffen und Lösungen erarbeitet werden. Die Jugendlichen erklärten sich etwa bereit zur Schadenswiedergutmachung, zur gemeinnützigen Arbeit, zu einer Täter-Opfer-Vereinbarung, zur Teilnahme an einem Anti-Gewalt-Training oder zur Zusammenarbeit mit den Fachleuten der Jugendhilfe. Auch im Hinblick auf die Einführung der strafrechtlichen Diversion konnten so bereits Erfahrungen gesammelt werden. Da unter 14-jährige als Strafmündige von der Diversion nicht erfasst werden können, würde auf die Straftat dieser jungen Leute ohne ein derartiges Angebot kaum reagiert werden können, geschweige denn, dass erforderliche Hilfen angeboten werden könnten.

Weitere Aktivitäten des Jugendschutzbeauftragten:

- Präventionsarbeit: persönlicher Kontakt mit der jugendlichen Szene (z.B. Softgun-Spieler, LAN-Party-Szene) sowie Unterstützung und Beratung von Erwachsenen und Partnereinrichtungen (Behörden, Berufsverbände)
- Betreibung eines Internet-Forums zu Jugendschutzfragen (ca. 500 Einträge auf www.jugendgesetz.li)
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für den Jugendschutz (Medienarbeit: Print, Funk, Fernsehen)
- Verstärkung des Jugendschutzes bei Grossanlässen im Zusammenwirken mit Landespolizei und Veranstaltern
- Teilnahme an der Londoner Konferenz der Europäischen Filmklassifikatoren: Sicherstellung der sinnvollen Nutzung von Altersempfehlungen für Film und Unterhaltungssoftware der bundesdeutschen Partnereinrichtungen FSK (Freiwillige Selbstkontrolle der Filmindustrie) und USK (Selbstkontrolle der Unterhaltungssoftware-Industrie); Beobachtung globaler Trends im Bereich Jugendmedienschutz.

Jugendpflege (Jugendförderung)

Wichtigste Partner für die Zusammenarbeit in der offenen Jugendarbeit waren der Verein Liechtensteiner Jugendorganisationen VLJ, das Jugendinformationszentrum «aha» und die Jugendkommissionen der Gemeinden.

Ausgewählte Themen

Gewalt unter jungen Menschen war auch in diesem Berichtsjahr ein Thema, das sowohl in der Einzelfallhilfe, im Bereich des Jugendschutzes und in der Jugendförderung zu bearbeiten war. Auf Initiative der Gewaltschutzkommission der Regierung wurde konkret die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Veranstaltern hergestellt. Unter Einbezug des Jugendschutzbeauftragten wurde ein runder Tisch organisiert. Aufgrund der Bestandsaufnahme wurde ein gemeinsames Vorgehen mit dem Ziel der Gewaltprävention bei Veranstaltungen entwickelt.

Finanzielle Förderung der Jugendpflege

Gemäss Richtlinien wurden im Sinne der soziokulturellen Animation fünf Veranstaltungen und sieben Projekte im Kinder und Jugendbereich gefördert. Das Jugendinformationszentrum «aha» erhielt für drei Praktikumsplätze finanzielle Zuschüsse. Vier ehrenamtliche Jugendleiter erhielten einen Geldbeitrag zum Besuch von Leiterkursen. Der Jugendleiterurlaub wurde von insgesamt 234 Personen in Anspruch genommen. Im Bereich Sport waren es 105 Personen, im Bereich der soziokulturellen Animation 98 Personen und im musischen Bereich waren es 31 Personen.

Jugendbeteiligungsmodell «Jubel»

Das «aha» hat in Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziale Dienste ein Jugendbeteiligungsmodell entwickelt, welches dem zuständigen Ressort vorgestellt wurde. Eine Vorbereitungsphase und eine probeweise Einführung des Modells ist geplant.

Jugendstudie 2006

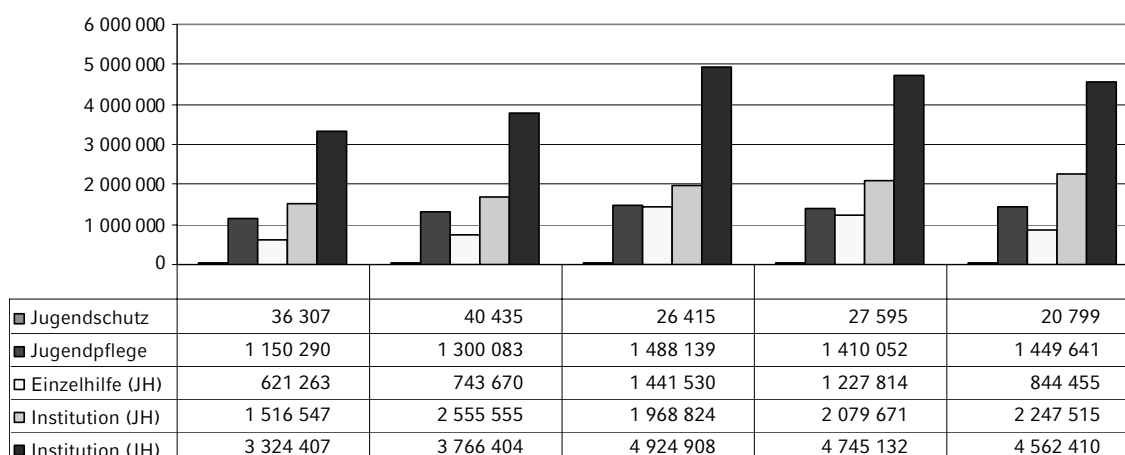
Die Neuauflage der 1999 erstmals durchgeführten Jugendstudie ist für 2006 vorgesehen. Die dazu erforderlichen Vorbereitungen und Abklärungen wurden bereits abgeschlossen.

Institutionen der Jugendhilfe sind:

- Verein für Kinderbetreuung, Planken
- Verein Kindertagesstätten Liechtenstein
- Verein Kindertagesstätten Pimolino
- Beratungsstelle für Eltern, Kinder, Jugendliche
- Eltern-Kind-Forum
- Sozialpädagogische Jugendwohngruppe (JWG)
- Sozialpädagogische Familienbegleitung (SPF)
- Sorgentelefon

Institutionen der Jugendpflege sind:

- Liecht. Pfadfinderkorps
- Jugendtreffs der Gemeinde
- Vereinigung Liecht. Jugendorganisationen
- Bildungshaus Gutenberg
- Jugendinformationszentrum «aha»
- Nationalagentur «Jugend»



STABSSTELLEN

Stabsstelle für Chancengleichheit

Stabsstellenleiterin: Bernadette Kubik-Risch

Im Februar 2005 wurde die Stabsstelle Gleichstellungsbüro zur Stabsstelle für Chancengleichheit umbenannt und um die Themenfelder Migration und Integration, soziale Benachteiligungen, Behinderung und sexuelle Orientierung erweitert. Themenschwerpunkte im Jahr 2005 bildeten die Vertretung von Frauen in politischen Gremien und die Umsetzung der Gender Mainstreaming Strategie sowie im Bereich Migration die Vorarbeiten für ein integrationspolitisches Leitpapier.

Projekte

Massnahmenkatalog

Am 8. März 2005 hat die Regierung den achten Umsetzungsplan des Massnahmenkatalogs beschlossen. Die Umsetzung umfasste dabei die Bereiche: Bildung; Frau und Wirtschaft; Vereinbarkeit von Familie und Erwerb; Familie; Soziale Stellung; Vernetzung; Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen; Gewalt gegen Frauen und institutionelle Mechanismen zur Frauenförderung. Die Umsetzung der Aktionsplattform wurde im Februar 2005 als fortlaufender Broschürenteil veröffentlicht.

Gleichstellungsgesetz

Umsetzung der Richtlinie 2002/73

Am 16. Dezember 2004 hat der Landtag die Richtlinie 2002/73/EG vom 23. September 2002 zur Änderung der Richtlinie 76/206/EWG des Rates zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie

in Bezug auf die Arbeitsbedingungen übernommen. Für die Umsetzung der Richtlinie bedarf es Änderungen im Gleichstellungsgesetz und im Arbeitsvertragsrecht. Die Änderungen beziehen sich unter anderem auf die Aufnahme von Definitionen zu mittelbarer und unmittelbarer Diskriminierung, zu Belästigung und sexueller Belästigung; die Beweislast erleichterung bei Belästigung und sexueller Belästigung; die Ausdehnung des Verbandsklagerechts auf Einzelpersonen; die Abschaffung von Höchstgrenzen bei Entschädigungen; die Schaffung von Stellen, die gewisse Aufgaben unabhängig ausüben können. Der Bericht und Antrag wird dem Landtag im Frühjahr 2006 vorgelegt.

Finanzhilfen nach dem Gleichstellungsgesetz

Das Haus Gutenberg beantragte Finanzhilfen zur Durchführung eines Lehrgangs für Frauen in der Familienphase, welche bewilligt wurden.

Politik – Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen

Politiklehrgang für Frauen

Je zehn Teilnehmerinnen aus Liechtenstein und Vorarlberg besuchten den 2. länderübergreifenden Politiklehrgang von Februar 2005 bis November 2005. Zu absolvieren waren die Module Standortbestimmung: politisches Engagement – die Herausforderung für mich?; Rhetorik und Argumentation; Einführung in politische Strukturen; Konfliktmanagement; PR und Medientraining sowie zum Abschluss: Das politische System Vorarlbergs und Liechtensteins – Theorie und Realität.

Aktivierung des Frauenpools

Eine der Massnahmen aus der Untersuchung «paritätische Besetzung der Landeskommissionen mit Frauen und Männern» lag darin, den Frauenpool zu aktivieren. Durch die Aktivierung der Datenbank Frauenpool konnte

die Zahl der interessierten Frauen von 26 auf 70 Frauen erhöht werden. Die Parteien wurden in einem Gespräch mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck motiviert, den Frauenpool verstärkt zu nutzen. Die Datenbank Frauenpool kann bei der Stabsstelle für Chancengleichheit angefordert werden.

Veranstaltungsreihe «Frauennetzwerken in Liechtenstein, St. Gallen und Vorarlberg»

Im November 2005 wurde in Liechtenstein die erste Veranstaltung zum Frauennetzwerken durchgeführt. Für die Veranstaltung haben sich rund 100 Frauen aus Vorarlberg, St. Gallen und Liechtenstein angemeldet.

Bildung

Durchführung der Workshopreihe «Weder Rambo noch Softie»

Von Januar 2005 bis April 2005 wurde die vierteilige Workshopreihe «Weder Rambo noch Softie» durchgeführt. Zielgruppen für die Workshopreihe bildeten Väter und männliche Lehrpersonen.

Albert und Mileva Einstein in Raum und Zeit

Im Rahmen des naturwissenschaftlichen Forums am Gymnasium war in der Zeit vom 10. November bis 28. November 2005 die Ausstellung «Albert und Mileva Einstein in Raum und Zeit» zu sehen. Als Rahmenprogramm organisierte die Stabsstelle für Chancengleichheit den Impulsvortrag «Mädchen und Technik» mit Dr. Anne Gerhards und das Filmportrait «Einsteins Frau».

Familie/Vereinbarkeit von Familie und Erwerb

Chancengleichheitspreis 2005

Am 8. März 2005 erfolgte die 6. Preisverleihung des Anerkennungspreises. Im Jahr 2005 wurde zum zweiten Mal der frauen- und familienfreundlichste Betrieb in Liechtenstein gesucht. Der erste Preis ging an die ReviTrust Treuhand Anstalt in Schaan. Die Ausschreibung für Einzelpersonen und Organisationen erfolgte im September 2005.

Wanderausstellung «Familie und Beruf in Balance»

Die Stabsstelle für Chancengleichheit holte die Wanderausstellung «Familie und Beruf in Balance» der Gleichstellungskonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums Liechtenstein ein zweites Mal nach Liechtenstein. Die Ausstellung wurde in der VPB Bank in Triesen und Vaduz, in der Hochschule Liechtenstein, in der Musikschule Eschen, im Haus Risch und in der Stabsstelle für Chancengleichheit gezeigt.

Männer im Gleichstellungsprozess – Projektgruppe MannsBilder

Die Stabsstelle für Chancengleichheit ist Koordinations- und Administrationsstelle für die Projektgruppe «Manns-

Bilder». Anfangs 2005 wurde das gesamte Projekt evaluiert. Das Projekt wurde um zwei Jahre verlängert und es wurde beschlossen, eine Umfrage über das Mann-Sein in Liechtenstein durchzuführen.

Vätertag

Das Projekt Vätertag besteht aus zwei Teilen: Die Väter wurden auf den 18. März eingeladen, ihre Kinder an deren Arbeitsplatz in den Schulen und Kindergärten zu besuchen. Dieser Einladung folgten rund 450 Väter. Am 21. September wurde der zweite Vätertag in den Betrieben erfolgreich durchgeführt.

Gewalt gegen Frauen

Interreg-Projekt «Grenzen überschreiten – Grenzen setzen»

Aus dem Interreg-Projekt wurden die Produkte «Notfallkarte» und der Leitfaden für Angehörige und Freunde/innen an verschiedene öffentliche Stellen versandt.

Soziale Stellung der Frau

Interreg-Projekt Frauenleben 50+ in Vorarlberg, Liechtenstein und St. Gallen

Die Gleichstellungsstellen von Vorarlberg, St. Gallen und Liechtenstein bereiteten im Jahr 2005 das Interreg-Projekt «Frauenleben 50+» vor. Ziel des Interreg-Projektes ist, dass die unterschiedlichen Lebenssituationen und Bedürfnisse von Frauen und Männern im Alter ab 50 erkannt und entsprechende Angebote für Frauen und möglicherweise auch für Männer ausgebaut oder neu geschaffen werden. Das Projekt dauert von Januar 2006 bis Juni 2008.

Kontakte und Anregungen

Insgesamt haben sich 202 Personen an die Stabsstelle für Chancengleichheit gewandt. Dabei waren 110 Anfragen von Privaten, 64 von Organisationen und 28 aus der Landesverwaltung.

Vernetzungen/Zusammenarbeit

Ständige Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung

Die Arbeitsgruppe erarbeitete im Jahr 2005 eine Stellenbeschreibung für die Arbeitsgruppe und einen Gesamtüberblick über Regierungs- und Nichtregierungsstellen, die sich mit Gleichstellungsfragen beschäftigen. Anschliessend organisierte die Arbeitsgruppe ein Treffen mit dem Lenkungsausschuss Gender Mainstreaming und dem Personalverband der Verwaltung. Im September besichtigte die Arbeitsgruppe die Kindertagesstätte (Kita) der Landesverwaltung und diskutierte mit Christina Wohlwend, APO, über die Belegungszahlen und Erfahrungen mit der Kinderbetreuung in der Landesverwaltung. Die Plakatkampagne «Denkanstösse», welche

von November 2005 bis Februar 2006 durchgeführt wird, greift die Themen Vereinbarkeit von Familie und Erwerb, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz sowie Frauen in Führungspositionen auf. Im Weiteren leistete die Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit über das FLip.

Frauennetz Liechtenstein

Das Frauennetz Liechtenstein umfasst derzeit 18 Organisationen. Im ersten Viertel des Jahres standen die Landtagswahlen 2005 noch im Zentrum des Geschehens. Der Internationale Tag der Frau 2005 wurde wiederum vom Frauennetz geplant und wurde den Landtagskandidatinnen gewidmet. Für den Preis für Zivilcourage «Demo-Grazia», der im Oktober 2006 das erste Mal verliehen wird, wurden vor allem die Nominierungen zu Handen der Jury vorbereitet.

Länderübergreifende Vernetzung

Die Stabsstelle für Chancengleichheit ist Mitglied der Gleichstellungskonferenz der Ostschweizer Kantone und des Fürstentums und nahm an der Jahreskonferenz in Chur teil.

An der Eidgenössischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten nahm die Stabsstelle an der Frühjahrs- und Herbstkonferenz teil. Die Herbstkonferenz wurde der Thematik «Zusammenarbeit der Gleichstellungsbüros mit Männerbüros und Männerinitiativen» gewidmet. Die Stabsstelle engagierte sich schon in der Vorbereitung zur Konferenz, da Liechtenstein seit einigen Jahren einen speziellen Fokus auf die Männerarbeit legt. Aktiv an der Konferenz nahm zudem ein Mitglied der Projektgruppe MannsBilder teil.

Enge Vernetzungen im Rahmen von Projekten (wie 3Ländergender oder Frauennetzwerken) werden mit dem Frauenreferat Vorarlberg, der Gleichberechtigungsstelle Chur und St. Gallen gepflegt.

Gender Mainstreaming

Das Interreg-Projekt «3Länder-Gender»

Am 16. Dezember 2003 hat die Regierung beschlossen, sich mit Vorarlberg und St. Gallen am Interreg-Projekt «3Länder-Gender» zu beteiligen. Das Projekt dauert von März 2004 bis Dezember 2006. Ziel des Projektes ist es, für die Verwaltungen der drei Länder Unterstützung zur Implementierung von Gender Mainstreaming anzubieten. Das Projekt hat folgende Inhalte: Einrichtung einer Website und Durchführung einer Workshopreihe Gender Mainstreaming für Führungskräfte zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in ihrer Abteilung oder ihrem Amt.

Gleichstellungscontrolling

Im März 2005 hat die Regierung beschlossen, das Gleichstellungscontrolling mittels eines Pilotprojekts in der Landesverwaltung einzuführen. Im Frühjahr 2006 wird der Regierung ein erster Zwischenbericht übermittelt.

Integration

Interkultureller Begegnungstag

Zum fünfjährigen Jubiläum des türkischen Frauenvereins führte der Verein gemeinsam mit dem Frauennetz Liechtenstein, dem Verein für Interkulturelle Bildung und dem Gemeinschaftszentrum Resch ein kulturelles Familienfest durch, an dem die Bevölkerung der türkischen und liechtensteinischen Kultur auf verschiedenste Weise begegnen konnte.

Bedarfserhebung nach bedürfnisorientierten Deutschsprachkursangeboten bei Ausländer/innenvereinen, Betrieben und Sprachkursanbieter/innen

Von der Stabsstelle für Chancengleichheit wurden rund 250 Betriebe, alle Ausländer/innenvereine und die Sprachkursanbieter/innen mittels eines Fragebogens bezüglich Sprachkursangeboten, Sprachkompetenz, Sprachkursnutzung befragt. Die Betriebe wurden zudem nach den Unterstützungsleistungen zur Förderung der Sprachkursangeboten interviewt. Die Auswertung wird im Frühjahr 2006 vorliegen.

Kommission für Chancengleichheit

Die Geschäftsführung der Kommission für Chancengleichheit wird von der Stabsstelle für Chancengleichheit wahrgenommen. Themenschwerpunkt bildeten die Vorarbeiten eines integrationspolitischen Leitpapers und eines Reglements für die Kommission.

Besuche bei Amtsstellen und Nichtregierungsorganisationen

Seit November 2005 besucht die Stabsstelle für Chancengleichheit Amtsstellen und Nichtregierungsorganisation, die im Bereich Migration, Integration, Behinderung und sozialer Benachteiligung tätig sind. Ziel dieser Besuche ist es, Schnittstellen zu erkennen, Ansprechpersonen kennen zu lernen sowie die gemeinsame Zusammenarbeit in den erweiterten Themenbereichen zu diskutieren.

«Alle anders – alle gleich»

Es wurden in Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziale Dienste Vorarbeiten für die Europarats-Kampagne «Alle anders – alle gleich», die europaweit zu verschiedenen nationalen Projekten zur Sensibilisierung gegen Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und politische Partizipation von Jugendlichen aufruft, geleistet.

Plakatkampagne «Ohne Ausgrenzung»

Liechtenstein hat von der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) die Möglichkeit erhalten, die Kampagne «Ohne Ausgrenzung» zu übernehmen. Die Kampagne startet im März 2006.

Die Arbeitsgruppe gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus (AG R) wurde zusammen mit der Stabsstelle für Chancengleichheit beauftragt, die

Kampagne in Liechtenstein zu realisieren. Im Berichtsjahr wurde von beiden Stellen Vorbereitungsarbeiten geleistet.

Internationales Jugendtreffen

Vom 29. Juli bis 7. August 2005 fand in Liechtenstein und in der Schweiz ein Jugendtreffen unter dem Motto «to break taboos» statt. 60 homo- und heterosexuelle Jugendliche aus zehn Nationen suchten an diesem Treffen nach Antworten und Lösungen für Problemfelder, welche jugendliche Homosexuelle berühren und ansprechen. Themen wie Depressionen, Suizid, Ausgrenzung und Mobbing in der Schule sowie Sexualität und Gesundheit aus Sicht von homosexuellen Jugendlichen wurden behandelt. Regierungsrätin Rita Kieber-Beck übernahm die Schirmherrschaft für die Veranstaltung.

KOMMISSIONEN

Kommission für Chancengleichheit

Vorsitzender: Regierungssekretär Norbert Hemmerle

Die im März neu bestellte Kommission für Chancengleichheit erarbeitete im ersten Jahr ein Reglement, in welchem unter anderem die Ziele und Aufgaben der Kommission dargestellt werden, sowie ein integrationspolitisches Leitpapier für den Bereich Migration.

Im Zuge der Beantwortung des Postulates zur Schaffung einer Kommission für Integrationsfragen und einer Stelle für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern hat die Regierung Ende 2004 beim Landtag die Erweiterung der Stabsstelle Gleichstellungsbüro zur Stabsstelle für Chancengleichheit beantragt und gleichzeitig die Schaffung einer Kommission für Chancengleichheit angekündigt. Sie hat in der Folge am 1. März 2005 im Hinblick auf die Gesamtkoordination von Fragen der Chancengleichheit die Kommission für Chancengleichheit bestellt. Der Kommission gehören die Leiterin der Stabsstelle für Chancengleichheit sowie die Amtsleiter des Ausländer- und Passamtes, des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten, des Schulamtes, des Amtes für Soziale Dienste, des Amtes für Volkswirtschaft und der Polizeichef an. Die Kommission steht unter dem Vorsitz des Regierungssekretärs.

Die Kommission für Chancengleichheit wurde von der Regierung mit folgenden Aufgaben betraut: Ämterübergreifende Koordination von Fragen der Chancengleichheit (insbesondere Querschnittsaufgaben) und wenn nötig Festlegung des Handlungsbedarfs (Strategie) in Fragen der Chancengleichheit von gesellschaftlicher Relevanz; Ausarbeitung von Empfehlungen und Anträgen zu Handen der Regierung für Massnahmen im Bereich Chancengleichheit

sowie Beratung der Regierung in diesen Fragen; Beobachtung der Entwicklung hinsichtlich der Chancengleichheit, Überwachung der getroffenen Massnahmen und Berichtserstattung an die Regierung; Vergabe von Aufträgen an die Stabsstelle für Chancengleichheit; Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenhang mit übergreifenden Fragen.

Die Kommission ist im laufenden Jahr zu vier Sitzungen zusammengetreten. Sie hat vorerst von der überarbeiteten Organisation und der Neuzuteilung der Aufgaben in der Stabsstelle für Chancengleichheit Kenntnis genommen. Die Notwendigkeit dafür ergab sich aufgrund der Zuweisung von neuen Aufgaben und der Schaffung einer neuen Stelle. Neben der Ausarbeitung eines Reglementes, welches die Ziele, Aufgaben, Zuständigkeiten sowie die Form der Zusammenarbeit mit der Stabsstelle für Chancengleichheit beinhaltet, hat sich die Kommission als Schwerpunktaufgabe im ersten Jahr die Erarbeitung eines integrationspolitischen Leitpapiers für den Bereich Migration zum Ziel gesetzt. Das Leitpapier fokussiert Problemlagen und Benachteiligungen, die aufgrund von Einwanderung entstanden sind, und es werden darin zu Handen der Regierung mögliche Handlungsfelder vorgeschlagen. Bis Ende des Berichtsjahres lagen Entwürfe sowohl für das Reglement wie auch für das Leitpapier vor. Nach abschliessenden Diskussionen sollen beide Vorlagen der Regierung anfangs 2006 zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann

Vorsitzende: Martha Spiegel

Die Kommission trat im Berichtsjahr zu

- sieben Sitzungen als Gesamtkommission
- einem Treffen mit Regierungsrätin Rita Kieber-Beck,
- einem Meeting mit den Parteien und den Medien sowie Regierungsrätin Rita Kieber-Beck
- einem Treffen mit den Landtagskandidatinnen zur Nachwahlbefragung zusammen.

Arbeitsschwerpunkt

Die Kommission setzte sich im Hinblick auf die Landtagswahlen 2005 das Ziel, dass 7 Frauen im Landtag Einsitz nehmen.

Die Kommission beschloss folgende Massnahmen: Einen Politiklehrgang für Frauen in Zusammenarbeit mit dem Frauenreferat der Vorarlberger Landesregierung anzubieten und durchzuführen. Zielgruppe sind Frauen, die in Institutionen, Parteien, öffentlichen Gremien, Organisationen etc. aktiv sind oder sich künftig engagieren wollen. Der Politiklehrgang will Frauen befähigen und ermutigen, ihre Anliegen und Potenziale in politischen

Gremien und in der Öffentlichkeit einzubringen. Im August 2004 wurde auf Grund des guten Anklangs bei den Teilnehmerinnen des 1. Kurses die Durchführung eines 2. Politiklehrgangs beschlossen, der im Februar 2005 startete und erfolgreich durchgeführt wurde. Ein weiterer Kurs ist bereits in Vorbereitung und wird 2006 durchgeführt.

Weiters wurde eine Inserate-Kampagne in den Liechtensteiner Zeitungen gestartet, ein Austauschtreffen mit den Landtagskandidatinnen organisiert sowie Interviews mit Gleichstellungskommissions-Mitgliedern in den Medien durchgeführt.

Am 22. Februar 2005 fand das Austauschtreffen mit den Landtagskandidatinnen statt. Die Gleichstellungskommission und das Gleichstellungsbüro informierten die Kandidatinnen über ihren Auftrag, ihre Tätigkeit, geplante Massnahmen etc.

Anlässlich der Landtagswahlen 2005 wurde das Ziel der Gleichstellungskommission sozusagen erreicht.

In der Sitzung vom 22. März 2005 befasste sich die Kommission mit dem Ausgang der Landtagswahlen 2005 und schlug eine Nachwahlbefragung der Kandidatinnen vor. Diese wurde zusammen mit dem Frauennetz am 25. April 2005 durchgeführt.

Am 22. August 2005 fand das Austauschtreffen mit Regierungsrätin Rita-Kieber-Beck statt. Es wurde über die Schwerpunkte, Aktionen und Massnahmen der Kommission in der laufenden Mandatsperiode berichtet. So wurde auf die Angebote wie Powertraining, Medientraining, Staatskundekurs, Politiklehrgang etc. eingegangen. Weiters wurde über das im Vorfeld zu den Landtagswahlen 2005 geführte Gespräch mit den Parteien und Medien berichtet. Die Ergebnisse des Nachwahlgesprächs mit den Landtagskandidatinnen wurden ebenfalls diskutiert.

Die Gleichstellungskommission befasste sich bereits im Herbst 2005 mit den im Jahre 2007 stattfindenden Gemeinderatswahlen. Das Ziel der Kommission lautet.

Gemeindevorsteherinnen: 1 Vorsteherin im Unterland
1 Vorsteherin im Oberland

sowie die Erhöhung des Frauenanteils im Gemeinderat von 30 % auf 40 %. Im Hinblick auf die Gemeinderatswahlen sind verschiedene Massnahmen der Gleichstellungskommission bereits in Vorbereitung. Unter anderem wurde beschlossen, wiederum ein Gespräch mit den Medien und Parteien durchzuführen.

Das Gespräch mit den Medien und Parteien in Anwesenheit von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck fand am 24. Oktober 2005 statt.

Frau Regierungsrätin Rita Kieber-Beck erläuterte den Parteien- und MedienvertreterInnen die Zielsetzung und Massnahmen für eine bessere Vertretung von Frauen in den Landeskommissionen der Regierung. Ziel der Regierung ist es, dass bis Ende 2006 der Frauenanteil in den Landeskommissionen 30 % und bis Ende 2010 50 % beträgt. Es wurden Massnahmen wie Aktivierung Frauenpool, Verteilung bei den Nominationsschreiben etc.

diskutiert. Die folgenden Themenschwerpunkte wurden durch die Kommissionsmitglieder vorgestellt:

- Nachwahlbefragung der Kandidatinnen
Bernadette Kubik-Risch
- Wahlanalyse W. Marxer
Angelika Tinner
- Ziele / Forderungen / Wünsche
Georg Kaufmann
- Angebote der GLK
Martha Spiegel

Anschliessend wurden Fragen wie:

- Wie kann die GLK die Parteien unterstützen?
- Wie fördern die Parteien die Kandidatinnen?
- Können die Parteien das Ziel der Kommission unterstützen?

diskutiert. Die Parteien haben ein Netzwerk von Frauen (Frauenpool) begrüsst, welches sie für politische Funktionen anfragen könnten.

Vernehmlassungen

Im Rahmen der im Jahre 2005 durchgeführten Vernehmlassungsverfahren befasste sich die Kommission für die Gleichstellung von Mann und Frau mit dem

- Behindertengleichstellungsgesetz;
 - Betriebliche Personalvorsorge;
 - Abänderung ABGB (Umsetzung der Richtlinie 1999/70/EG über befristete Arbeitsverträge sowie der Richtlinie 1997/81EG über Teilzeitarbeit);
 - Revision des Gleichstellungsgesetzes und des Arbeitsvertragsrechts
- und gab - zum Teil mit der Stabsstelle für Chancengleichheit - gemeinsame Stellungnahmen an die Regierung ab.

Teilnahme an Tagungen / Veranstaltungen

- Vorstellung Ergebnisse Wahlanalyse durch Wilfried Marxer
- 8. März - Tag der Frau

Öffentlichkeitsarbeit

Rene B. Ott vertrat die Kommission in der Jury für den Anerkennungspreis der Regierung zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann «Chancengleichheitspreis».

Jugendrat

Vorsitzender: Dr. Marcus Büchel

Der Jugendrat ist aufgrund des Jugendgesetzes ermächtigt, Massnahmen der freiwilligen Einzelhilfe anzuordnen sowie Massnahmen der gesetzlichen Einzelhilfe beim Landgericht zu beantragen. Der Kinder- und Jugenddienst des Amtes für Soziale Dienste wendet sich bei solchen schwerwiegenden Fällen an den Jugendrat, bei denen Zwangsmassnahmen gegen den Willen der Eltern durchgeführt werden müssen. Im Berichtsjahr musste der Kinder- und Jugenddienst keine derartigen Anträge stellen, deshalb fanden auch keine Sitzungen statt.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber bzw. Ressortinhaberin:
Regierungsrat Dr. Alois Ospelt bis 21. April 2005
Regierungsrätin Rita Kieber-Beck seit 21. April 2005

Im Berichtsjahr 2005 wurden vom Ressort Kultur wiederum verschiedene umfangreiche Projekte vorangetrieben. Schwerpunkte bildeten die Integration der staatlichen Briefmarkenstellen in die Liechtensteinische Post AG, die Überprüfung der Organisation der staatlichen Kulturstellen und Kulturinstitutionen, die Erarbeitung von Grundlagen für eine effiziente und transparente Kulturförderung sowie die Arbeiten zur Neuschaffung der Kulturgüterpflegegesetzgebung.

Verlagerung der staatlichen Briefmarkenstellen

Die Regierung hat am 31. August des Berichtsjahres einen Bericht und Antrag zur Abänderung des Postgesetzes sowie die Abänderung des Gesetzes über die Errichtung und die Organisation der Liechtensteinischen Post zuhanden des Landtags verabschiedet. Die Gesetzesvorlage sieht vor, dass Herstellung und Vertrieb der Postwertzeichen in Zukunft Aufgabe der Post AG sein werden. Formeller Herausgeber der Postwertzeichen bleibt allerdings, wie bisher, die Regierung. Um die Philatelie trotz sinkender Verkaufserlöse und abnehmender Abonentenzahlen langfristig als Kultur- und Imageträgerin erhalten zu können, soll deren Organisationsstruktur den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst werden. Ziel war es, die staatlichen Briefmarkenstellen - das heisst das Amt für Briefmarkengestaltung und die Postwertzeichenstelle - unter dem Dach der Post AG zusammenzuführen. Durch diese Zusammenführung entstehen zusätzliche Spar-, Effizienz- und Synergiepotentiale. Die Zusammenführung der Philatelie unter dem Dach der Post AG wird zu keinem Stellenabbau führen, da die Post AG die bisherigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Amtsstellen zu den bestehenden Gehältern übernehmen wird. Von der Auslagerung ausgenommen ist das Personal des Postmuseums. Das Briefmarkenarchiv und Postmuseum verbleiben beim Staat. Die Übergabe erfolgte per 31. Dezember 2005.

Neuschaffung der Kulturgüterpflegegesetzgebung

Das Denkmalschutzgesetz aus dem Jahre 1977 genügt den heutigen komplexen Anforderungen einer integralen Denkmal- und Kulturpflege nicht mehr. Mit der Vorlage eines neuen und umfassenden Kulturgüterpflegegesetzes soll die Denkmalpflege und deren Organisation neu geordnet werden. Erfasst wird aber auch die Archäologie. Der Kulturgüterschutz erfährt erstmals eine gesetzliche Regelung. Mit diesem Anliegen soll der politischen Verantwortung gegenüber dem eigenen Kulturgut aber auch völkerrechtlichen Verpflichtungen entsprochen werden. Es ist vorgesehen, die Gesetzesvorlage im Jahre 2006 in die Vernehmlassung gehen zu lassen.

Kulturreorganisation

Aufgrund der breit angelegten Tätigkeit der staatlichen Kulturinstitutionen präsentiert sich das Bild im Bereich der Kulturreorganisation und -verwaltung äusserst vielschichtig und vielfältig. Die Regierung hat daher das Ressort Kultur beauftragt, die Organisation der staatlichen Kulturstellen und Kulturinstitutionen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Zur Neuorganisation der Kulturförderung wurde eine Arbeitsgruppe bestellt. Diese wurde mit der Ausarbeitung einer gesetzlichen Grundlage beauftragt, welche die Überführung der Arbeit des Kulturbeirates in eine geeignete schlanke Organisationsform ermöglicht, welche den Zielsetzungen der Effizienz und Transparenz gerecht wird, sowie die Abläufe vereinfachen soll. Zudem wurde die Arbeitsgruppe mit der Überarbeitung des Kulturförderungsgesetzes beauftragt. Weitere Massnahmen werden folgen, dies auch im organisatorischen Bereich. So ist geplant, die staatlichen Kulturinstitutionen in einem Rahmengesetz zusammenzufassen. Diese Arbeit an einem Rahmengesetz wird es auch notwendig machen, den Überarbeitungsbedarf der einzelnen Gesetze zu überprüfen und - wo nötig - zu veranlassen.

Europa-Tag des Denkmals

Regierungsrätin Rita Kieber-Beck eröffnete am 16. September 2005 im Liechtensteinischen Landesmuseum in Vaduz offiziell den 13. Europa-Tag des Denkmals vom 17. September, der im Berichtsjahr der Kulturgeschichte des Mittelalters und der Burg Gutenberg gewidmet war. Im Anschluss an die Ansprache der Kulturministerin berichtete der Burgenkundler Heinrich Boxler in seinem Vortrag mit dem Titel «Von Burg zu Burg durchs Fürstentum» viel Wissenswertes über Liechtensteins Adelssitze.

Der Europa-Tag des Denkmals wird als Kulturenagement des Europarats seit 1991 durchgeführt. Er findet mittlerweile in allen 48 europäischen Ländern statt. Liechtenstein beteiligt sich seit 1993 daran. Ziel des Europa-Tags des Denkmals ist es nach wie vor, die Öffentlichkeit für die Bedeutung des kulturellen Erbes zu sensibilisieren und Interesse für die Belange von Denkmalpflege und Archäologie zu wecken. Jedes Jahr im September sind europaweit rund 30 000 Baudenkmäler und Ensembles zu besichtigen, die während des Jahres nicht oder nur teilweise zugänglich sind. Mehr als 2 700 Personen nutzten trotz unfreundlicher Witterung die Möglichkeit, die Burg Gutenberg zu besichtigen. Auf dem Burghügel liess sich Jung und Alt für einige Augenblicke in eine mittelalterliche Welt mit Musik, fleissigen Handwerkern und emsigem Markttreiben entführen. Es wurde «Geschichte zum Anfassen» geboten. In fachkundigen Führungen berichteten Fachleute an konkreten Beispielen über ihre Aufgaben und Tätigkeiten. Archäologen, Denkmalpfleger, Restauratoren und Handwerker demonstrierten Arbeitsweisen und lenkten den Blick auf Details, die dem ungeschulten Auge oft verborgen bleiben.

Historisches Lexikon

Im Verlauf der Arbeiten am Historischen Lexikon für das Fürstentum Liechtenstein hatte sich gezeigt, dass das Lexikon trotz verschiedener Massnahmen nur auf Kosten von Qualitätseinbussen wie geplant auf den 31. Dezember 2006 fertig gestellt werden könnte. Aus Sicht der Regierung wäre die Qualitätsminderung nicht zu verantworten. Deshalb hat die Regierung am 20. September einen Antrag zuhanden des Landtags verabschiedet, die Laufzeit des bereits bewilligten Kredites bis längstens 31. Dezember 2007 zu verlängern.

Das «Historische Lexikon für das Fürstentum Liechtenstein» ist das erste Lexikon des Landes, das nach lexikographischen Kriterien und wissenschaftlichen Standards erarbeitet wird. Nach Fertigstellung und Publikation wird das Nachschlagewerk umfangreiche, detaillierte und qualitativ hoch stehende Informationen über das Gebiet des Fürstentums von der Urzeit bis in das 21. Jahrhundert bieten; über Land, Leute, Familien, Orte und Landesherrschaften und die Kenntnisse über unser Staatswesen im In- und Ausland wesentlich fördern. Das Historische Lexikon ist ein Projekt mit nationaler Bedeutung und hat identitätsstiftenden Charakter.

Jahresbericht Kulturbeirat

Im Berichtsjahr legte der Kulturbeirat der Regierung zum zweiten Mal in einem eigenen, öffentlichen Jahresbericht Rechenschaft über seine Tätigkeit ab. Er listet darin im Detail auf, wohin die Förderungsbeiträge geflossen sind und stellt gleichzeitig den Kontext zu den gesamten Finanzmitteln her, die der Staat im Bereich Kultur aufgewendet hat. Der Bericht leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Transparenz in der staatlichen Kulturförderung.

Theater am Kirchplatz

Aufgrund der besonderen Bedeutung des Theaters am Kirchplatz war das Land Liechtenstein immer wieder bereit, die Arbeit mit verschiedenen Verpflichtungskrediten zu unterstützen und die Existenz des Theaters zu sichern. Auch die finanzielle Beteiligung an den Erweiterungs- und Umbauarbeiten wurde bewilligt. Nach einer intensiven Umbauphase konnte das Theater am Kirchplatz am 3. November wieder eröffnet werden.

Aufgrund der umfangreichen finanziellen Förderung durch das Land, trägt der Staat auch eine besondere Verpflichtung. Das Zusammenwirken wurde in einem Vertrag vom 23. Dezember 1999 zwischen der Regierung und der Genossenschaft Theater am Kirchplatz geregelt. Insbesondere aufgrund des veralteten Betriebs- und Finanzkonzeptes aus dem Jahre 1997 und des Reglementes vom 20. Juni 1995 wurde eine Überprüfung und Aktualisierung dieser Grundlagen beschlossen. Das Finanzkonzept, das Reglement und der Vertrag werden daher im Verlaufe des Jahres 2006 neu erarbeitet.

AMTSSTELLEN**Landesarchiv**

Amtsleiter: Paul Vogt

Wie im Vorjahr war die Arbeit im Projekt Archivneubau die bedeutendste Aktivität des Berichtsjahrs. Die entsprechenden Planungsarbeiten sind gut vorangekommen. Im Rahmen der Qualitätssicherung nahm das Archiv am TQM-Prozess zur Selbstbeurteilung teil und definierte verschiedene Arbeitsprozesse. Die Archivbenützung lag leicht unter den gewohnten Zahlen. Die Aktenerschließung wurde im gewohnten Umfang weiter geführt, ebenso die Mikroverfilmung. Zur Bestandserhaltung wurden etwa eineinhalb Tonnen Archivalien entsäuert.

Die wichtigsten Kenndaten im Mehrjahresvergleich

	2003	2004	2005
Anzahl bewilligte Stellen	8	8	6,5
Anzahl fix angestellte Personen	11	11	9
Gesamtbestände in Laufmetern cirka	6 150	6 300	6 500
Zuwachs in Laufmetern			239
Anzahl der ablieferungspflichtigen Behörden (ohne Kommissionen)	81	81	79
Anzahl Amtsstellen, die abgeliefert haben		30	34
Anzahl der Zugänge insgesamt	471	469	500
Stand der Erschliessung (Datensätze insgesamt)	750 261	808 095	858 591
Neuerschliessung (Datensätze)	37 000	57 834	50 496
Zuwachs Handbibliothek	100	144	115
Anzahl Benützer (ohne Landesverwaltung)	118	161	113
Anzahl Benützertage (ohne LLV)	313	335	220
Erteilte Ausnahmegewilligungen	5	3	8
Vorlage von Akten im Benutzerraum (ohne LLV)	1947	1049	838
Ausleihen an Private (in der Regel Fotos)	376	490	402
Ausleihen innerhalb der Landesverwaltung	1 507	1 243	1 136
Vorlage von Akten im Archiv für Landesverwaltung	211	196	157
Schriftliche Auskünfte	120	150	120
Erstellte 35-mm Mikrofilme	368	409	290
Aufnahmen 35-mm Filme	298 054	335 467	246 306
Erstellte 16-mm Mikrofilme	117	110	76
Aufnahmen 16 mm-Filme	257 000	242 000	169 945
Massenentsäuerung (in kg)	1683	1146	1213

Allgemeine Verwaltung

Ein Hauptaugenmerk galt im abgelaufenen Jahr der Qualitätssicherung. Im Rahmen des TQM-Projekts be-

schäftigten sich alle MitarbeiterInnen mit dem Selbstbewertungsprozess. Für verschiedenen Arbeitsvorgänge wurden die Prozesse überprüft und definiert.

Personal

Der Bestand an Stellen hat sich – abgesehen von der Umteilung zweier Stellen im Bereich Mikrofilm zum Öffentlichkeitsregisteramt im vorigen Jahr – seit Jahren nicht mehr verändert. Die Personalfuktuation ist sehr gering, was einerseits auf eine relative Zufriedenheit und andererseits auf ein relativ hohes Durchschnittsalter zurückzuführen ist. Im Frühjahr ging ein Mitarbeiter in Pension, der durch einen bis dahin befristet angestellten Mitarbeiter ersetzt wurde. Von den Total neun Angestellten arbeiten fünf halbtags. Wie in den Vorjahren bot das Landesarchiv immer wieder Ferialpraktikanten und Arbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeiten. Damit die erforderliche Qualität gewährleistet werden kann, ist ein intensive Begleitung notwendig. In den Sommermonaten erhielten drei Studenten einen Ferialjob. Eine Studentin der Archivwissenschaft erhielt einen Arbeitsplatz und arbeitete das Gemeindearchiv Planken auf. Drei Lehrlinge der Liechtensteinischen Landesbibliothek erhielten die Möglichkeit zu einer mehrwöchigen Ausbildung im Archiv.

Gebäude

Die Projektplanung kam gut voran. Es wurden verschiedene Optimierungen beim Raumprogramm erzielt. Die Kostenschätzung liegt unter dem bewilligten Verpflichtungskredit. Im Dezember wurde termingemäss das Vorprojekt von der Baukommission genehmigt, so dass nun das eigentliche Bauprojekt bearbeitet werden kann. Als grösste technische Herausforderung erweist sich, dass die rückseitige Hangmauer absolut wasserdicht erstellt werden muss. In Bezug auf die klimatischen Bedingungen ergaben die Messungen und Modellrechnungen, dass ein minimaler Energieaufwand nötig sein wird, um günstige Raumbedingungen erreichen zu können. Der Baubeginn war auf Frühjahr 2006 geplant, musste aber aus budgetären Gründen auf Herbst 2006 verschoben werden. Das Landesarchiv wird im Sommer 2006 in das Gewerbehause an der Messinastrasse umziehen. Die Magazinräume wurden im Berichtsjahr bereits teilweise vorbereitet (Einbau von Rollgestellanlagen).

Öffentlichkeitsarbeit

Das Landesarchiv will gute Dienstleistungen bieten und sich als kundenfreundlicher Partner profilieren. Für den Auftritt nach aussen ist die Homepage von zentraler Bedeutung. Aus sicherheitstechnischen Gründen ist es bis auf weiteres nicht möglich, dass Interessenten via Internet auf der produktiven Datenbank Recherchen durchführen können. Archivintern steht nun ArchivbenützerInnen das Query-Modul zur Verfügung. Im Internet werden Findbücher angeboten, in denen man sich über die im Archiv verwalteten Akten informieren kann, soweit dies datenschutzrechtlich unbedenklich ist.

Der überwiegende Teil der insgesamt etwa 130 schriftlichen Anfragen erreichte das Landesarchiv über E-Mail und wurde auch so beantwortet.

Im Rahmen des Tags der offenen Tür am 26. November 2005 im Regierungsviertel öffnete auch das Landesarchiv seine Türen. Es wurden 370 Personen gezählt, die das Landesarchiv besuchten und sich informieren liessen.

Forschungs- und Publikationstätigkeit

Für die Forschungs- und Publikationstätigkeit der wissenschaftlichen Archivare blieb leider auch im abgelaufenen Jahr wenig Zeit. Im Rahmen des Forschungsprojekts «The Rise of Modern Constitutionalism» (Verfassungen der Welt von 1776 bis 1849) erschien der Band mit Österreich, Ungarn und Liechtenstein. Eine Mitarbeiterin transkribierte in ihrer Freizeit die «Seli-Chronik» der Gemeinde Triesen, die vom Staatsarchivar kommentiert und von der Gemeinde Triesen herausgegeben wird. Für das Historische Lexikon wurden mehrere Artikel erstellt oder begutachtet.

Im Berichtsjahr wurde das dritte Heft der «Veröffentlichungen des Liechtensteinischen Landesarchivs» erarbeitet, das im Januar 2006 erschienen ist. Es enthält Beiträge über den Architekturwettbewerb Landesarchiv, das Gemeindearchiv Planken, die Akten der Botschaft in Bern und eine Darstellung Liechtensteins im Ausland im 19. Jahrhundert.

Das Projekt zur Edition historischer Rechtsquellen im Internet lief im abgelaufenen Jahr auf Sparflamme.

Der Bearbeiter des Liechtensteinischen Urkundenbuchs geniesst Gastrecht im Landesarchiv. In der ersten Jahreshälfte lag der Arbeitsschwerpunkt auf der Transkription von Urkunden aus dem Vorarlberger Landesarchiv, dem Stadtarchiv Maienfeld und dem Gemeindearchiv Fläsch. In der zweiten Jahreshälfte lag ein Schwerpunkt auf der Vorbereitung des Internetauftritts des LUB. Es ist geplant, in der ersten Jahreshälfte 2006 die Homepage des LUB aufzuschalten. Danach können die bisher bearbeiteten Quellen und Fotos der entsprechenden Originale eingesehen werden.

EDV

Nach der Einführung einer neuen Archivsoftware erfolgten im Berichtsjahr keine grossen Neuerungen. Das Query-Modul steht nun ArchivbenützerInnen im Leseraum zur Verfügung, so dass diese selber in der Archivdatenbank suchen können, soweit die Daten frei gegeben sind. Mit der Einführung des (letzten geplanten) Moduls «Übernahme von elektronischen Daten» wurde zugewartet, da noch zu wenige Erfahrungen mit diesem Modul in anderen Archiven vorliegen.

Die langfristige Archivierung bzw. Sicherung elektronischer Unterlagen ist das wohl grösste Problem bei der Dokumentation der Behördentätigkeiten. Ein erheblicher Teil der Informationen liegt nur noch in elektronischer Form vor. Beispiele dafür sind der tägliche E-Mail-Verkehr und Geschäftsinformationen in den zahlreichen

Datenbanken. Ein Konzept für die elektronische Langzeitarchivierung fehlt und kann auch nicht vom Landesarchiv allein erstellt werden. Die wichtigste Voraussetzung für ein solches Konzept, das mehr als punktuell Daten sichern will, ist die Einführung der elektronischen Akte bei den Behörden, damit nicht nur die Dokumente selber, sondern auch Daten zur Geschäftsverwaltung verwaltet werden können. Auf Antrag der Arbeitsgruppe ECM in der Landesverwaltung hat die Regierung die Durchführung eines Pilotprojekts beim Ausländer- und Passamt beschlossen.

Die schweizerische Koordinationsstelle für die dauernde Archivierung elektronischer Daten (KoSt), bei der Liechtenstein Mitglied ist, hat im Berichtsjahr zwei archiübergreifende Pilotprojekte im Bereich elektronische Archivierung gestartet, von denen Liechtenstein jedoch noch nicht unmittelbar profitieren kann.

Archivische Zusammenarbeit, internationale Kontakte

Das Landesarchiv pflegt seit Jahren die Zusammenarbeit vor allem mit den Schweizer KollegInnen und ist gut vernetzt. Der Staatsarchivar vertrat das Landesarchiv in der Schweizerischen Archivdirektorenkonferenz, in der erwähnten KoSt, im Bildungsausschuss der Vereinigung Schweizerischer Archivare sowie in der ScopeArchiv User Group «Übernahmen». Weiter ist er Mitglied der Fachkommission für die Neubearbeitung der Kunstdenkmäler im Fürstentum Liechtenstein und in der Gesprächsrunde Kultur vertreten. Der Amtsleiterstellvertreter ist Vorstandsmitglied des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, der Internationalen Rheinberger-Gesellschaft, der Rheticus-Gesellschaft und des Vorarlberger Wirtschaftsarchivs. Weiters arbeitete er in der Arbeitsgruppe der ScopeArchiv User Group «Erschliessung» mit. Im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit pflegte er Kontakte zu den Archiven in Vorarlberg.

Archivbenutzung

Die Archivbenutzung war leicht rückläufig, bewegte sich aber in etwa im Rahmen der Vorjahre. Im Berichtsjahr wurden acht Anträge auf Ausnahmegewilligungen zur Verkürzung der Sperrfrist gestellt, die alle bewilligt wurden.

Auch im abgelaufenen Jahr gab es keine Forscher oder Forscherin, die über einen längeren Zeitraum hinweg regelmässig das Archiv benutzte. Die wichtigsten Benutzergruppen kamen im Auftrag des Historischen Lexikons oder des Liechtenstein-Instituts. Eine weitere wichtige Benutzergruppe waren junge Juristen, die an einer Dissertation arbeiten.

Vorarchivische Betreuung

Die Beratung der Registraturen bei den Ämtern ist ein wichtiger Aufgabenschwerpunkt. Sie dient nicht nur den Amtsstellen, sondern ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine geordnete Aktenablieferung. Im Berichtsjahr wurden acht Ämter beraten.

Aktenablieferungen, Schenkungen und Ankäufe

Die Zahl und der Umfang der Ablieferungen hielt sich mit 500 (469) im Rahmen der Vorjahre. Der Zuwachs betrug ca. 239 Laufmeter. Grössere Ablieferungen kamen von: Ausländer- und Passamt, Amt für Volkswirtschaft, Amt für Umweltschutz, Amt für Wohnungswesen, Hochbauamt (Baubewilligungen), Landgericht, Postwertzeichenstelle, Rechtsdienst der Regierung und der Stabsstelle EWR. Nach der Auflösung der Postwertzeichenstelle wurde dem Landesarchiv die Verantwortung für die Briefmarkenbestände der Regierung übertragen. Diese werden extern in einem Tresorraum gelagert. Mit dem Amt für Briefmarkengestaltung und dem Briefmarkenmuseum wurde die Aufteilung der Unterlagen des Amts für Briefmarken geregelt und die Übernahme vorbereitet.

Kleine und mittlere Ablieferungen wurden entgegenommen von: Amt für Auswärtige Angelegenheiten, Amt für Berufsbildung, Amt für Personal und Organisation, Amt für Soziale Dienste, Amt für Wohnungswesen, Denkmalschutz, Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt, Landtagssekretariat, Oberschulen, Regierung, Presse- und Informationsamt, Regierungskanzlei, Schulamt, Staatsgerichtshof (StGH), Stabsstelle Protokoll, Stipendienstelle Vaduz, Tiefbauamt (Vermessungsabteilung), Verwaltungsgerichtshof (VGH). Von den Gemeinden und Landesinstituten wurden die Jahresberichte archiviert.

Der wertvollste Zuwachs im nichtstaatlichen Bereich war die Dokumentation der Unabhängigen Historikerkommission Liechtenstein Zweiter Weltkrieg. Der Verein Bildungsarbeit für die Frau überliess dem Landesarchiv das Vereinsarchiv. Seit Jahren erhält das Archiv immer wieder Liechtenstein betreffende Originale und Kopien von S.D. Prinz Emmeran von Liechtenstein. Kleinere Zuwendungen kamen von: Caritas Liechtenstein, Claudius Gurt, Quaderer Daniel und dem Kirchenchor Vaduz. Ausserdem wurden einige Archivalien antiquarisch erworben. Der bedeutendste Ankauf war die Zeitschrift «Der Rheinische Bund» (1807-1813), die gut ins Jubiläumsjahr 2006 passt.

Archivalienerschliessung, Aktenrevision, Aktenbewertung

Die Bestände sind insgesamt betrachtet gut erschlossen, die meisten archivierten Unterlagen bis auf die Stufe Dossier. Im Berichtsjahr wurden etwa 50 000 Metadatenätze in der Datenbank neu erfasst, etwa 23 000 davon wurden elektronisch von den abliefernden Stellen mitgeliefert. Fast alle Ablieferungen konnten bearbeitet werden. Die Qualität der gelieferten Metadaten ist sehr unterschiedlich, der notwendige Kontrollaufwand zur Qualitätssicherung ist auf jeden Fall erheblich.

Bei der Erschliessung der Altbestände lagen die Schwerpunkte bei den Gerichtsakten (Zivilsachen 1827 - 1859 und 1916-1933, Vormundschaftsakten 1846-1947, Politische Rekursinstanz Wien 1862-1922) und den Akten der Botschaft in Bern (1944 ff.). Im Bereich der nicht-staatli-

chen Bestände wurden das Archiv des VCL und der Vereinigung Liechtensteinischer Bäuerinnen erschlossen. Leo Büchel, Schellenberg, bearbeitet den Bestand der Pfadfinder, der sich als Depot im Landesarchiv befindet.

Im Bereich Aktenrevision wurden verschiedene Bestände für die Mikroverfilmung vorbereitet, so die Regierungsakten der Jahre 1939-1942, die Strafsachen 1930-1950 und die Abhandlungsakten 1900-1925.

Archivaliensicherung, Restaurationen Abhandlungsakten

Die Strategie zur Bestandserhaltung setzt erstens auf die Schadensvermeidung (optimale Lagerbedingungen), zweitens auf die Massenkonservierung (Papierentsäuerung) und drittens auf die Restauration besonders wertvoller Einzeldokumente. Im Berichtsjahr wurden die Baubewilligungen 1885-1967 entsäuert. Restauriert wurden Notendrucke aus dem Rheinberger-Archiv und Dokumente aus dem Bestand Oberamtsakten bis 1808.

Die Zahlen der Mikrofilmstelle sind tiefer als in den Vorjahren, da einerseits für die Verfilmung zwei Personen weniger zur Verfügung standen und andererseits ein neuer Mitarbeiter eingearbeitet werden musste. Von der Mikrofilmzentrale im Regierungsgebäude wurden die Regierungsakten aus den Jahren 1939-1942, die Landeszeitungen 2005 (farbig) und die Belege der Landeskasse und der Motorfahrzeuge verfilmt. Von der Mikrofilmstelle an der Messinastrasse wurden die Strafgerichtsakten (1928-1950) und die Zivilstandsregister verfilmt. Von der Firma Microsafe wurden die Abhandlungsakten 1903-1912 und die Baubewilligungen 2000 verfilmt. Erwähnenswert sind die verbesserten Sicherheitsvorkehrungen entsprechend dem Standard des Kulturgüterschutzes: Erstmals wurden sog. Printmaster (Erstkopien) erstellt, die zum Erstellen weiterer Kopien und zum Scannen verwendet werden. Die Originalfilme kommen unter Verschluss und werden nicht mehr verwendet.

Sondersammlungen

Die 115 Neuzugänge in der Handbibliothek wurden bearbeitet. In der Abteilung Amtdruckschriften wurden die liechtensteinischen Neuerscheinungen laufend angefordert und bearbeitet.

In der Bild-, Film- und Tonsammlung wurden die Neuzugänge grösstenteils erfasst. In der Filmsammlung wurden Videofilme auf digitale Datenträger umkopiert.

Im Pressearchiv wurden wichtige Presseauschnitte aus der internationalen Presse und den Landeszeitungen archiviert. Das elektronische Pressearchiv wird extern verwaltet.

Bei der Sammlung «Regesten zur liechtensteinischen Geschichte in Vorarlberger Archiven» kam es nur zu einem geringen Zuwachs. Die Sichtung des Bestands Kreis- und Oberamt Bregenz wird weitergeführt.

Gemeinde- und Pfarrarchive

Der Gemeindearchivtag 2005 fand am 2. Dezember in Gamprin statt. Im Zentrum der Tagung standen Erfah-

rungsberichte über die Erschliessung der Gemeindearchive Planken, Mauren, Gamprin und Ruggell sowie die üblichen Mitteilungen aus den einzelnen Gemeindearchiven. Im Anschluss an das Treffen lud die Gemeinde Gamprin zu einem Imbiss ein. Diese Treffen, die sowohl der Weiterbildung wie auch dem gegenseitigen Kennenlernen dienen, finden jeweils einen guten Anklang.

Für die Aufarbeitung des Altbestands des Gemeindearchivs Planken wurde eine Studentin der Archivwissenschaft vermittelt. Der Altbestand wurde anschliessend vorübergehend ins Landesarchiv gebracht und dort zum grössten Teil bearbeitet. Im Rahmen der Beratung der Gemeindearchive fanden Besprechungen mit dem Gemeindearchiven Ruggell und Gamprin statt.

Josef G. Rheinberger Archiv

Die Förderung der Rheinberger-Forschung ist seit 2003 Aufgabe der Internationalen Rheinberger-Gesellschaft, in deren Vorstand das Landesarchiv vertreten ist. In der Sammlung war kein nennenswerter Zuwachs zu verzeichnen, hingegen wurden Notenwerke restauriert.

Im Rahmen der Josef-Rheinberger-Gesamtausgabe erschienen vier weitere Bände (Bd. 6 Geistliche Gesänge I, Bd. 16 Chorbalden I, Bd. 22 Weltliche Chormusik IV und B. 29 Kammermusik I), so dass nun 30 der insgesamt 48 geplanten Bände vorliegen. Drei weitere Bände, die gemäss Editionsplan vorliegen sollten, werden erst im Frühjahr 2006 erscheinen.

Amt für Briefmarkengestaltung

Amtsleiter: Hermann Hassler

Anzahl, Gestaltung und Herstellung

Im Berichtsjahr erschienen 28 Sondermarken und 4 Dauermarken. Die Entwürfe stammen von 4 Künstlerinnen und 7 Künstlern. Alle neuen Marken wurden von der Österreichischen Staatsdruckerei in Wien hergestellt, wovon 11 im kombinierten Stahlstich-/Rastertiefdruck und 21 im Rastertiefdruck.

Akzeptanz

Der Höhepunkt des Jahres war die Gemeinschaftsmarke mit der Österreichischen Post unter dem Titel Liechtenstein-Museum Wien mit dem Gemälde «Venus vor dem Spiegel» von P.P. Rubens. Auch mit der Post von China wurden Gemeinschaftsmarken herausgegeben, die grossen Gefallen fanden. Die vier Motive «Liechtensteiner Weidealpen» bildeten den Auftakt zu einer Serie in mehreren Folgen. Besondere Aufmerksamkeit erzielten auch die Ausgaben EUROPA/Gastronomie, Alte Gasthaus-schilder und Olympische Spiele Turin 2006 mit Wintersportdisziplinen aus ironischer Sicht, gestaltet von Corina Marxer, Mauren.

Integration in die Liechtensteinische Post AG

Am 31.12.2005 wurde das Amt für Briefmarkengestaltung im Rahmen der Auslagerung des staatlichen Briefmarkenwesens an die Post AG nach 38 Jahren aufgelöst. Ab 1.1.2006 übernimmt die Liechtensteinische Post AG die Verantwortung für Gestaltung, Produktion und Vertrieb der Liechtensteiner Briefmarken.

Die Ausgaben

7. März 2005

EUROPA / Gastronomie

1.30 Fr. Der Gast ist König
Entwurf: Oskar Weiss, Muri
Druck: Österreichische Staatsdruckerei GmbH, Wien

Liechtenstein von oben 2. (Dauermarken)

3.60 Fr. Triesenberg
Entwurf: Sabine Bockmühl, Triesen
Fotos: Bruno Matt, Anstalt für Luftfotografie, Schaanwald
Druck: Österreichische Staatsdruckerei GmbH, Wien

14 Heilige (Nothelfer) III.

0.85 Fr. St. Eustachius
0.85 Fr. St. Dionysius
1.80 Fr. St. Katharina
1.80 Fr. St. Barbara
Entwurf: Wolfgang Seidel, St. Martin am Wöllmissberg
Stahlstich: Wolfgang Seidel, St. Martin am Wöllmissberg
Druck: Österreichische Staatsdruckerei GmbH, Wien

Gemeinschaftsmarke Österreich-Liechtenstein

2.20 Fr. Liechtenstein-Museum Wien. P.P. Rubens: Venus vor dem Spiegel
Entwurf: Wolfgang Seidel, St. Martin am Wöllmissberg
Stahlstich: Wolfgang Seidel, St. Martin am Wöllmissberg
Druck: Österreichische Staatsdruckerei GmbH, Wien

18. Mai 2005

Gemeinschaftsmarken China-Liechtenstein

0.85 Fr. Liechtenstein: Blumenbouquet
0.85 Fr. China: Blumenranke
Entwurf: Marianne Siegl, Stockerau
Druck: Österreichische Staatsdruckerei GmbH, Wien

6. Juni 2005

Alte Gasthausschilder 2.

1.00 Fr. «Rössle», Schaan
1.40 Fr. «Edelweiss», Triesenberg
2.50 Fr. «Löwen», Bendern
Entwurf: Sigi Scherrer, Vaduz
Stahlstich: Wolfgang Seidel, St. Martin am Wöllmissberg
Druck: Österreichische Staatsdruckerei GmbH, Wien

75 Jahre Postmuseum

1.10 Fr. Initiator des Postmuseums: Konsul Hermann E. Sieger
1.30 Fr. Philatelie
1.80 Fr. Postgeschichte / Zeppelinfahrten
Entwurf: Cornelia Eberle, Eschen
Druck: Österreichische Staatsdruckerei GmbH, Wien

5. September 2005

Liechtensteiner Weidealpen

0.85 Fr. Bargälla
1.00 Fr. Pradamee
1.30 Fr. Gritsch
1.80 Fr. Valüna
Entwurf: Josef Schädler, Triesen
Druck: Österreichische Staatsdruckerei GmbH, Wien

Alte Bauten und Ortsbildschutz – Gamprin/Bendern

0.85 Fr. Oberbendern
2.20 Fr. Schwurplatz
Entwurf: Georg Malin, Mauren
Druck: Österreichische Staatsdruckerei GmbH, Wien

Fledermäuse

1.80 Fr. Braunes Langohr / Plecotus auritus
2.00 Fr. Grosses Mausohr / Myotis myotis
Entwurf: Louis Jäger, Vaduz
Druck: Österreichische Staatsdruckerei GmbH, Wien

21. November 2005

Weihnachten / Skulpturen von Baumgebilden

0.85 Fr. Verkündigung
1.00 Fr. Hl. Familie
1.30 Fr. Anbetung der Hirten
Entwurf: Toni Gstöhl, Balzers
Fotos: Ursula Kühne, Sevelen
Stahlstich: Wolfgang Seidel, St. Martin am Wöllmissberg
Druck: Österreichische Staatsdruckerei GmbH, Wien

Olympische Winterspiele Turin 2006

1.20 Fr. Skispringen
1.30 Fr. Biathlon
1.40 Fr. Slalom
Entwurf: Corina Marxer, Mauren
Druck: Österreichische Staatsdruckerei GmbH, Wien

Liechtenstein von oben 3. (Dauermarken)

1.50 Fr. Oberland
1.60 Fr. Ruggeller Riet
3.00 Fr. Naafkopf
Entwurf: Sabine Bockmühl, Triesen
Fotos: Bruno Matt, Anstalt für Luftfotografie, Schaanwald
Druck: Österreichische Staatsdruckerei GmbH, Wien

Postmuseum

Jubiläum

2005 konnte das Postmuseum sein 75jähriges Bestehen feiern. In einer Feierstunde am 12. August wurde die Bedeutung des Postmuseums in Anwesenheit einer grossen Besucherzahl und prominenter Gäste speziell gewürdigt.

Die Sonderausstellung «Päuli und Marcel», ein treffendes Beispiel der Postkarten-Kommunikation aus früheren Tagen anhand einer Liebesgeschichte, bereicherte das Jubiläumsprogramm und fand grosse Aufmerksamkeit.

Eine weitere Sonderausstellung war im Frühjahr dem Briefmarkenkünstler Louis Jäger zu seinem ebenfalls 75. Geburtstag gewidmet.

Die Besucherzahl war im Berichtsjahr mit ca. 10 000 Eintritten wiederum sehr erfreulich.

Neue Verwaltung

Im Rahmen der Auslagerung des staatlichen Briefmarkenwesens in die Post AG wurde das Postmuseum am 1.1.2006 dem Liechtensteinischen Landesmuseum angegliedert und wird seither als Aussenstelle des Landesmuseums geführt.

Ankäufe

Die Sammlung postgeschichtlicher Dokumente und Geräte wurde durch Zukauf von 72 Post- und Ansichtskarten, 67 grafischen Blättern, div. Literatur, 1 Post-Handwagen-Modell sowie div. Briefträgeruniformen und Ausrüstungsgegenstände erweitert.

Für die Kunstsammlung mit Werken von Briefmarkenentwerfern wurden 1 Acrylbild von Regina Marxer und 10 Radierungen von Paul Flora erworben.

Philatelistische Sammlungen

Die philatelistische Liechtenstein-Sammlung wurde durch die Dokumente der eigenen Briefmarkenausgaben ergänzt.

Die Wertzeichen der Weltpostvereins-Staaten wurden nach Ländern geordnet archiviert (Tauschabkommen).

Ausstellungen

Auf Einladung beteiligte sich das Postmuseum mit Exponaten aus Archivbeständen an der Ausstellung:

- PARKSTAD 2005 in Kerkrade / NL 20. bis 22.05.2005
- Liechtenstein-Salon
SINDELFINGEN / D 28. bis 30.10.2005

Postwertzeichenstelle

Amtsleiter: Leo Heeb

Personal

Festangestelltes Personal

Stand 1. Januar 2005		14 Angestellte
Eintritte	0 Angestellte	
Austritte	3 Angestellte	

Stand 31. Dezember 2005		11 Angestellte
-------------------------	--	----------------

Aushilfen

Stand 1. Januar 2005		3 Angestellte
Eintritte	0 Angestellte	
Austritte	0 Angestellte	

Stand 31. Dezember 2005		3 Angestellte
-------------------------	--	---------------

Heimarbeiterinnen

Stand 1. Januar 2005		12 Angestellte
Eintritte	0 Angestellte	
Austritte	1 Angestellte	

Stand 31. Dezember 2005		11 Angestellte
-------------------------	--	----------------

Kunden	Zugang	Abgang	Bestand
2005	1 649	4 775	45 209
2004	1 002	3 968	48 335
2003	754	4 432	51 301
2002	868	4 852	54 979
2001	1 307	5 833	58 963

Gesamtübersicht nach Ländern per 31. Dezember 2005

Land	Abonnenten
Belgien	646
Dänemark	67
Deutschland	18 246
Finnland	43
Frankreich	1 715
Grossbritannien	407
Italien	1 035
Luxemburg	119
Niederlande	670
Norwegen	86
Österreich	4 641
Schweden	108
Spanien	667
Rest Europa	301
Japan	80
Kanada	151
USA	866
Rest Übersee	533
Schweiz	13 547
Liechtenstein	1 281
Total Kunden	45 209

STABSSTELLEN

Stabsstelle für Kulturfragen

Stabsstellenleiter: Thomas Büchel

Die Stabsstelle für Kulturfragen hat die Aufgabe, das Ressort Kultur bei der Wahrnehmung des kulturellen Auftrages gemäss den Gesetzen im Bereich der Kunst und Kultur zu unterstützen. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Unterstützung des Kulturbeirates der Regierung, indem sie die Aufgaben einer Geschäftsstelle wahrnimmt. Zusätzlich ist die Stabsstelle für die Durchführung verschiedener kultureller Projekte verantwortlich.

Tätigkeit

Arbeit für das Ressort Kultur

Die Stabsstelle für Kulturfragen erledigt ihre Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit dem Ressort Kultur. Gemäss Auftrag durch die Ressortinhaberin gehört die Mitarbeit bei verschiedensten kulturellen Angelegenheiten zum Arbeitsgebiet. Die Stabsstelle wurde mit der Vorbereitung und je nach Inhalt auch mit der Erledigung von entsprechenden Geschäften beauftragt. Im Berichtsjahr standen hierbei Fragen der Kulturförderung und der Reorganisation der Kulturverwaltung im Mittelpunkt. Die Überprüfung der Organisation der staatlichen Kulturstellen und -institutionen führte zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, das Kulturfördergesetz zu überarbeiten.

Seit der Schaffung im Jahre 1999 hat der Arbeitsumfang der Stabsstelle ständig zugenommen. Der Leiter nimmt als Vertreter in zahlreichen Arbeitsgruppen und internationalen Gremien Einsitz.

Geschäftsstelle für den Kulturbeirat

Der Kulturbeirat ist eine Kommission der Regierung. Sie berät die Regierung in kulturellen Fragen, insbesondere im Bereich der Kulturförderung. Gemäss Kulturförderungsgesetz werden die Förderbeiträge im Bereich Kultur von der Regierung auf Antrag des Kulturbeirates beschlossen. Die Stabsstelle für Kulturfragen nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle für dieses Gremium und damit auch der Stiftung Pro Liechtenstein wahr. Die Fülle der eingegangenen Fördergesuche machte im Berichtsjahr zwölf Kulturbeiratssitzungen und die Vorbereitung von rund 70 Ressortanträgen notwendig. Die Stabsstelle war für die Vor- und Nachbereitung dieser zwölf Sitzungen mitverantwortlich. Zudem wurden von der Stabsstelle auch die Protokollführung, Korrespondenz sowie Akten- und Rechnungsführung für den Kulturbeirat und für die Stiftung Pro Liechtenstein erledigt.

Projekte mit Beteiligung der Stabsstelle für Kulturfragen

Kunstraum Engländerbau

Der erfolgreiche Ausstellungsbetrieb im Kunstraum im zweiten Obergeschoss des Engländerbaus im Vaduzer Städtle konnte auch im Jahr 2005 weitergeführt werden. Fünf Ausstellungen, begleitet von fünf Vernissagen und 27 Rahmenveranstaltungen wurden von gut 4200 Kunstinteressierten besucht.

Der Ausstellungsbetrieb wird bis Ende 2006 als Projekt geführt. Verantwortlich ist eine Betriebskommission, in welcher die Stabsstelle für Kulturfragen von Anfang an mitarbeitet. Im Berichtsjahr wurde die Weiterführung nach dem Ende der Projektphase konzeptionell erarbeitet.

Sammlung Kulturbeirat

Der Kulturbeirat kauft seit 1965 Werke von Kunstschaaffenden im Fürstentum Liechtenstein an. Die Ankäufe werden durch Mittel der Stiftung Pro Liechtenstein finanziert. Alle angekauften Kunstwerke bleiben im Eigentum der Stiftung Pro Liechtenstein, werden aber der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, indem sie in den Büroräumlichkeiten der Landesverwaltung ausgestellt werden können. Der Kulturbeirat hat sich zum Ziel gesetzt, mit dieser Sammlung das liechtensteinische Kunstschaffen und die Entwicklung der einzelnen Kunstschaaffenden zu dokumentieren. Durch die Ankäufe erfolgt auch eine finanzielle und ideelle Förderung des liechtensteinischen Kunstschaaffens.

Sammlungszugänge sowie die Ausleihe werden von der Stabsstelle für Kulturfragen betreut und elektronisch erfasst.

Atelier Berlin

Mit der ersten Anmietung eines Auslandateliers eröffnet sich für die Kunstschaaffenden aus Liechtenstein eine neue Möglichkeit, im Ausland zu arbeiten und ihr Schaffen dort zu präsentieren. Die bereits vereinbarte Eröffnung eines Ateliers in einem ehemaligen Fabrikgelände konnte nicht realisiert werden, da sich die Renovationsarbeiten immer wieder verzögerten und letztendlich gar abgebrochen wurden. Daher wurde Ende 2005 beschlossen, eine neue Lösung zu suchen, damit das Atelier im Jahre 2006 eröffnet werden kann.

Arbeitsgruppen und Kommissionen, in denen die Stabsstelle für Kulturfragen vertreten ist

Kultur in Liechtenstein

Die Arbeitsgruppe «Kultur in Liechtenstein» wurde mit der Überprüfung der Organisation der staatlichen Kulturstellen und -institutionen und der darauf aufbauenden Erarbeitung eines Kulturkonzeptes beauftragt. Der Schlussbericht und die darauf aufbauenden Empfehlungen für weitere Massnahmen wurden der Regierung im Berichtsjahr zur Kenntnis gebracht.

Kulturförderungsgesetz und Kulturgütertransfergesetz

Zur Neuorganisation der Kulturförderung wurde eine Arbeitsgruppe bestellt. Diese wurde mit der Ausarbeitung einer gesetzlichen Grundlage beauftragt, welche die Überführung der Arbeit des Kulturbeirates in eine geeignete schlanke Organisationsform ermöglicht, den Zielsetzungen der Effizienz und Transparenz gerecht wird, sowie die Abläufe vereinfachen soll. Zudem wurde die Arbeitsgruppe mit der Überarbeitung des Kulturförderungsgesetzes und der allfälligen Schaffung eines Kulturgütertransfergesetzes beauftragt. Die entsprechenden Entwürfe werden der Regierung bis März 2006 zur Kenntnis gebracht.

Aktuelles liechtensteinisches Kunstschaffen im zweiten Obergeschoss des Engländerbau

Der Leiter der Stabsstelle für Kulturfragen ist Mitglied der Betriebskommission und Kontrollstelle für die finanziellen Angelegenheiten der Geschäftsführung. Im Berichtsjahr konnten die fünf geplanten Ausstellungen erfolgreich durchgeführt werden.

Frankfurter Buchmesse

Die Arbeitsgruppe «Frankfurter Buchmesse» begleitete auch im Berichtsjahr die Teilnahme Liechtensteins mit einem eigenen Länderstand an der Frankfurter Buchmesse. Das im Jahr 2004 erstmals verwendete Konzept «Lesezeichen Liechtenstein» erwies sich als erfolgreich und wurde daher im Berichtsjahr weiter ausgefeilt. Die ausgestellten Bücher und Filme wurden zudem wiederum anlässlich einer Sonderausstellung in der liechtensteinischen Landesbibliothek gezeigt.

Burg Gutenberg

Eine Arbeitsgruppe erhielt im September 2003 von der Regierung den Auftrag, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, welche Ziele, Chancen und Möglichkeiten bezüglich einer umfassenden und im öffentlichen Interesse liegenden Nutzung der Burg Gutenberg in Balzers bestehen. Im Berichtsjahr erfolgte eine umfangreiche Abklärung zur Erschliessung der Burganlage. Die Abklärung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde Balzers.

Aufsichtsrat TaK

Aufgrund der besonderen Bedeutung des Theaters am Kirchplatz war das Land Liechtenstein immer wieder bereit, die Arbeit mit verschiedenen Verpflichtungskrediten zu unterstützen und die Existenz des Theaters zu sichern. Das Zusammenwirken ist in einem Vertrag aus dem Jahre 2000 geregelt. Darüber hinaus hat die Regierung die Möglichkeit, bis zu drei Mitglieder in den Aufsichtsrat zu delegieren. Mit Beschluss der Regierung vom 31. Oktober 2005 wurde der Leiter der Stabsstelle für Kulturfragen in den Aufsichtsrat delegiert.

Internationale Zusammenarbeit

Das EFTA-Komitee für kulturelle Angelegenheiten beschäftigte sich im Berichtsjahr hauptsächlich mit der Wei-

terführung des EU-Kulturförderungsprogrammes «Culture 2000».

Die Kommission Kultur der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) plante im Berichtsjahr die Durchführung von drei Schwerpunktanlässen. Die Fördergaben wurden im Bereich «Kunstfotografie» vergeben. Liechtenstein konnte in diesem Jahr leider keinen Preisträger stellen. Das Kulturforum wurde im Berichtsjahr der grenzüberschreitenden Kulturarbeit gewidmet. Viel Erfolg durfte die Künstlerbegegnung 2005 verbuchen. Auf Einladung des Kantons Zürich trafen sich junge Musikerinnen und Musiker zur gemeinsamen Arbeit und präsentierten das Ergebnis im Rahmen des Zürcher Theaterspektakels.

Die Konferenz der Kulturbeauftragten für die Ostschweiz und das Fürstentum Liechtenstein (KBK-Ost) traf sich zu zwei Sitzungen, in welchen jeweils der gegenseitige Informationsaustausch im Vordergrund stand.

Nachdem sich die Alpenstaaten am 16. November an der VIII. Alpenkonferenz in Garmisch-Partenkirchen/D nicht zur Erarbeitung eines rechtsverbindlichen Protokolls «Bevölkerung und Kultur» der Alpenkonvention durchringen konnten, traf sich die Arbeitsgruppe «Bevölkerung und Kultur» auftragsgemäss zur Ausarbeitung einer entsprechenden Deklaration.

KOMMISSIONEN

Kulturbeirat / Stiftung Pro Liechtenstein

Präsident: Dipl. Ing. Josef Braun

Im Jahr 2005 hat der Kulturbeirat in insgesamt zwölf Sitzungen zahlreiche Gesuche um Projektbeiträge, Jahresbeiträge und Subventionen behandelt. Zusätzlich wurden grundsätzliche Angelegenheiten zum kulturellen Engagement des Landes erörtert. Die Mitglieder des Kulturbeirates engagierten sich weiters in Arbeitsgruppen, bei Vorabklärungen von Anträgen und besuchten diverse kulturelle Veranstaltungen. Insgesamt wurden wiederum gut 70 Ressortanträge mit Empfehlungen an die Regierung erstellt. Der Kulturbeirat wurde in seiner Arbeit von der Stabsstelle für Kulturfragen unterstützt, welche seit ihrem Bestehen u.a. die Aufgaben einer Geschäftsstelle für den Kulturbeirat wahrnimmt.

Tätigkeit

Grundsätzliche Arbeiten

Das Jahr 2005 war gekennzeichnet von einer hohen Anzahl von Beitragsgesuchen, welche an den Kulturbeirat gestellt wurden. Insgesamt traf sich der Kulturbeirat zu zwölf ordentlichen Sitzungen und behandelte jeweils

rund 30 Geschäfte. Die Bearbeitung der Geschäfte und deren Vor- und Nachbereitung waren mit entsprechend hohem Zeitaufwand verbunden. Dabei wurde den persönlichen Beratungsgesprächen viel Aufmerksamkeit gewidmet.

An mehreren Sitzungen wurde auch die finanzielle Entwicklung diskutiert. Die Jahresbeiträge an Vereine und Verbände wurden überprüft und sollen neu geregelt werden. Für die Gewährung von Subventionen im Bereich «Ausbildung, Trachten, Uniformen und Instrumente» wurde eine Regelung mittels Leistungsvereinbarung angestrebt. Der Kulturbeirat befasste sich zudem mit zukunftsweisenden Lösungen für das Skimuseum Vaduz und die Filmförderung in Liechtenstein.

Die Kulturverantwortlichen der Gemeinden wurden im Berichtsjahr zu einer gemeinsamen Sitzung eingeladen.

Zur Neuorganisation der Kulturförderung wurde von der Regierung eine Arbeitsgruppe bestellt, in welcher der Kulturbeirat mit zwei Mitgliedern vertreten ist. Die Arbeitsgruppe wird mit der Ausarbeitung einer gesetzlichen Grundlage beauftragt, welche die Überführung der Arbeit des Kulturbeirates in eine geeignete schlanke Organisationsform ermöglicht, welche den Zielsetzungen der Effizienz und Transparenz gerecht wird, sowie die Abläufe vereinfachen soll. Zudem wird die Arbeitsgruppe mit der Überarbeitung des Kulturförderungsgesetzes und der Schaffung eines Kulturgütertransfergesetzes beauftragt. Die entsprechenden Entwürfe werden der Regierung bis März 2006 zur Kenntnis gebracht.

Unter der Leitung des Präsidenten des Kulturbeirates befasste sich eine von der Regierung eingesetzte Kommission bestehend aus Vertreterinnen bzw. Vertreter des Kunstmuseums Liechtenstein, der Kunstgesellschaft, der Stabsstelle für Kulturfragen und einer Fachperson aus dem benachbarten Ausland mit dem Ausstellungsbetrieb für das aktuelle liechtensteinische Kunstschaffen im zweiten Obergeschoss des Engländerbaus. Im Berichtsjahr konnten fünf Ausstellungsprojekte realisiert werden. Gezeigt werden konnten: «*Rosa trifft Gelb*» von Elisabeth Büchel, «*Landschaftsprojekte*» von Herbert Fritsch, «*Von oben und von unten*» von Rolf Graf, «*Wir*» von Regina Marxer und «*Lichträume*» von Evelyne Bermann. Die einzelnen Ausstellungen dauerten rund sechs Wochen und wurden von insgesamt 4200 Personen besucht.

Seit dem Jahr 2000 wird an der Frankfurter Buchmesse jährlich mit einem eigenen Länderstand teilgenommen. Eine permanente Präsenz kann auf das vielseitige Bücherschaffen (Bücher aus und über Liechtenstein oder von liechtensteinischen Autorinnen und Autoren) hinweisen, für die Verlage werben und gleichzeitig einen positiven Beitrag zur Darstellung Liechtensteins im Ausland beitragen. Der Auftritt in Frankfurt fand im Jahre 2004 zum ersten Mal unter dem Titel «Lesezeichen Liechtenstein» statt. Das erfolgreiche Konzept wurde auch für die Teilnahme im Berichtsjahr übernommen. Gezeigt wurden Bücher, die in den letzten beiden Jahren herausgegeben wurden. Besondere Aufmerksamkeit er-

regten jene Publikationen, welche im Rahmen des Wettbewerbes «Die schönsten Bücher Liechtensteins» ausgezeichnet wurden. Im November wurde die Ausstellung auch in der Liechtensteinischen Landesbibliothek präsentiert. Aufgrund des Erfolges bietet sich eine weitere Öffnung an.

Die Teilnahme an der Leipziger Buchmesse wurde wiederum im kleineren Rahmen durchgeführt indem ein Verlagsgestell angemietet wurde.

Die Eröffnung eines Künstlerateliers in Berlin war für das Jahr 2005 geplant. Aufgrund der baulichen Verzögerungen musste der Bezugstermin jedoch immer wieder verschoben werden. Da bis Ende Jahr kein verbindlicher Termin genannt wurde, hat der Kulturbeirat beschlossen, eine neue Lösung anzustreben, damit die Eröffnung im Jahre 2006 möglich sein wird.

Der Aufbau der «Dokumentationsstelle Kunst in Liechtenstein» durch den Verein Tangente geht ins Jahr 2002 zurück. Der Kulturbeirat hat in all diesen Jahren zusammen mit der Tangente eine tragbare Lösung ausgearbeitet. In Zusammenarbeit mit dem Liechtensteinischen Landesarchiv wurde im Jahr 2005 eine Lösung angestrebt, die Dokumentationsstelle in das Landesarchiv zu integrieren. Im Oktober 2005 wurde die Stiftung «Dokumentation Kunst in Liechtenstein» gegründet. In diese Stiftung wurde die Sammlung der Tangente eingebracht. Die Zusammenarbeit zwischen Stiftung und Landesarchiv wurde in einem Kooperationsvertrag geregelt.

Im Dezember 2004 hat der Landtag für die Jubiläumsfeierlichkeiten «200 Jahre Souveränität Fürstentum Liechtenstein» einen Verpflichtungskredit gesprochen. Darin sind für das kulturelle Schaffen im Jubiläumsjahr finanzielle Mittel vorgesehen. Das OK 200 Jahre Souveränität hat den Kulturbeirat mit der Durchführung dieser Aktivitäten beauftragt. Der Kulturbeirat ist mit einem Mitglied im OK vertreten. Das Jubiläumsjahr bietet dem kulturellen Schaffen eine Chance. In freier Gestaltung können Kunstschaffende die Souveränität Liechtensteins darstellen. Die bewusste Auseinandersetzung mit dem Begriff der Souveränität soll Grundlage für alle Projekte und Arbeiten sein. Der Kulturbeirat hat eine Arbeitsgruppe bestellt, diese koordiniert die Projekte mit den Kunstschaffenden und Organisationen. Folgende Partner konnten für die Durchführung eines Projektes gefunden werden: Fürstlich Liechtensteinischer Sängerbund, Liechtensteiner Blasmusikverband, IG Jugendtanzprojekt, Freunde der Liechtensteinischen Blues- und Rockmusik e.V., Filmclub Frohsinn, Literaturhaus Liechtenstein, Verein Schichtwechsel und Fotoclub Spektral. Zudem wurde vereinbart, den Liechtensteinischen Botschaften ein Stück kulturelles Schaffen Liechtensteins in Form einer «Kunstkiste» anzubieten. Geplant sind Angebote im Bereich der bildenden Kunst, der Musik und Literatur.

Stiftung Pro Liechtenstein

Die Stiftung Pro Liechtenstein wird aus Mitteln der Interkantonalen Landeslotterie unterhalten. Die Tätigkeit der

Stiftung liegt schwerpunktmässig in der Unterstützung von grösseren kulturellen Projekten, Ausrichtung von Werkjahrstipendien und Ankäufen von Werken liechtensteinischer Kunstschafter.

Nachdem die Mittel im Konto «Kulturförderung» der laufenden Rechnung 2005 ein weiteres Mal auf CHF 1 Mio. gekürzt wurden, mussten vermehrt Mittel aus der Stiftung Pro Liechtenstein für die Unterstützung und Realisation verschiedener Projekte eingesetzt werden. Auch im Jahr 2005 konnten diverse Projekte unterstützt und durchgeführt werden. Zwei Stipendiaten konnten ihr Werkjahr erfolgreich abschliessen, eine Stipendiatin trat ihr Werkjahr im August 2005 an. Mit einem namhaften Beitrag wurde wiederum die Teilnahme Liechtensteins an der Frankfurter Buchmesse ermöglicht. Das Theater am Kirchplatz erhielt nochmals einen Sonderbeitrag für die Integration der Vereine «Junges Theater Liechtenstein» und «Theater Karussell», das Kunstmuseum Liechtenstein für den Aufbau der Museumspädagogik, das Skimuseum einen Sonderbeitrag an das Betriebsdefizit und der Schloßlekkeller einen Beitrag für den Theaterbetrieb. Dank einem namhaften Beitrag der Stiftung Pro Liechtenstein war es möglich, die Wachssammlung Hubert Bühler anzukaufen und in den Besitz des Landes zu überführen. Daneben wurden zahlreiche Projekte im Bereich Musik, Theater, Tanz, Literatur, bildende und angewandte Kunst, Film und Kino sowie kulturelles Erbe und Brauchtumpflege gefördert.

Die Sammlung des Kulturbeirates der Regierung beinhaltet Ankäufe, welche aus Mitteln der Stiftung Pro Liechtenstein finanziert werden. Sie verfolgt insbesondere die Zielsetzung, das liechtensteinische Kunstschaffen und die Entwicklung der einzelnen Kunstschafter zu dokumentieren und wird laufend durch Neuankäufe ergänzt. Im Berichtsjahr konnten Sammlungslücken durch gezielte Ankäufe geschlossen werden.

Kulturförderung

Rechenschaftsbericht 2004

Zum zweiten Mal legte der Kulturbeirat der Regierung in einem eigenen, öffentlichen Jahresbericht Rechenschaft über seine Tätigkeit ab. Er listete darin im Detail auf, wohin die Förderbeiträge geflossen sind und stellte gleichzeitig den Kontext zu den gesamten Finanzmitteln her, die der Staat im Jahr 2004 im Bereich Kultur aufgewendet hat. Der Bericht leistete damit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Transparenz in der staatlichen Kulturförderung. Der Kulturbeirat lud alle Kulturinteressierten zu einer Präsentation und Diskussion des Berichtes ein.

Fördermittel 2005

Im Jahre 2005 wurden aus dem Konto «Kulturförderung» der Landesrechnung CHF 965 173.03 und aus der Stiftung Pro Liechtenstein CHF 1 036 222.55 zur Unterstützung von kulturellen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen sowie für die Förderung von kulturellen

Projekten und Aktivitäten verwendet.

Die Beitragsgewährung unterteilt sich in die Bereiche

- Gewährung von Jahresbeiträgen an kulturelle Verbände und Vereinigungen;
- Kulturförderung gemäss Subventionsgesetz (30% an Aufwendungen der Vereine für Anschaffungen von Uniformen, Trachten, Instrumenten etc. und für Weiterbildung bei der Liechtensteinischen Musikschule);
- Unterstützungen gemäss Richtlinien des Kulturbeirates für Auslandauftritte, Jugendlager, Weiterbildungskurse und CD-Produktionen;
- Förderung von kulturellen Projekten und Aktivitäten.

Nach Sparten aufgeteilt ergibt sich für das Jahr 2005 folgendes Bild:

	Landesrechnung	Stiftung Pro Liechtenstein	Total
Werkjahre,			
Werkbeiträge	0.00	56 661.00	56 661.00
Musik	655 332.43	34 550.00	689 882.43
Theater, Tanz	5 000.00	188 000.00	193 000.00
Literatur,			
Publikationen	38 000.00	138 545.45	176 545.45
Bildende und angewandte Kunst	113 000.00	141 884.80	254 884.80
Foto, Film, Kino	27 000.00	27 000.00	54 000.00
Museen,			
Ausstellungen	35 000.00	121 000.00	156 000.00
Kulturelles Erbe, Brauchtumpflege	43 385.75	244 400.00	287 785.75
Bildung, Wissenschaft und Forschung	500.00	65 000.00	65 500.00
Besondere kulturelle Projekte	25 000.00	0.00	25 000.00
Weitere Kulturbeiträge	14 000.00	0.00	14 000.00
Diverses,			
Administration, Spesen	8 954.85	19 181.30	28 136.15
Total 2005	965 173.03	1 036 222.55	2 001 395.58

Die detaillierten Angaben zur Verwendung der Fördermittel werden wiederum in einem gesonderten Rechenschaftsbericht des Kulturbeirates veröffentlicht.

Denkmalschutzkommission

Vorsitzende: Regierungsrätin Rita Kieber-Beck

Denkmäler vergegenwärtigen die Vergangenheit, sie prägen die Kulturlandschaft. Sie sind Teil von Liechtensteins Identität, ein wichtiges Element für das Image des Landes und auch ein bedeutender Faktor für Wirtschaft und Fremdenverkehr. Die Liechtensteinische Denkmalpflege ist die Stelle, die sich landesweit um dieses Erbe kümmert, Kulturgut schützt, erhält und pflegt. Kernaufgaben bilden dabei Inventarisierung, Bauforschung, Unterschutzstellungsmassnahmen und Baubegleitung. Dokumentation und Administration ergänzen die Arbeit der Denkmalpflege. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben steht ihr die Denkmalschutzkommission der Regierung zur Seite. Ein wesentliches Mittel zur Erhaltung der Denkmäler ist die Förderung durch Staatsbeiträge. Sie werden bei Restaurierungsmassnahmen an denkmalgeschützten Objekten durch die Regierung ausgerichtet. Staatliche Denkmalpflege kann jedoch nur dann dauerhaft erfolgreich sein, wenn sie von einem breiten Konsens getragen ist. Das kulturelle Erbe gehört allen und letztlich ist auch jeder einzelne dafür mitverantwortlich.

Denkmalschutz-Kommission

Die Denkmalschutz-Kommission setzte sich im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Regierungsrat Dr. Alois Ospelt, Vorsitzender (bis April 2005)
- Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Vorsitzende (ab April 2005)
- Klaus Biedermann, Historiker, Vaduz
- Urs Clavadetscher, Kantonsarchäologe GR, Felsberg
- Paul Eberle, Architekt, Eschen
- Markus Sprenger, Architekt, Triesen
- Dagmar Streckel, Kunsthistorikerin, Schaan
- Markus Vogt, Architekt, Balzers

Sitzungsvorbereitung, Beratung, Protokoll und Ausführung der Beschlüsse:

- Patrik Birrer, Hochbauamt/Abteilung Denkmalpflege und Archäologie



Das Haus Nr. 22 in Planken wurde in das Inventar der geschützten Kulturdenkmäler aufgenommen. Während das Wohnhaus restauriert wird, entsteht anstelle der Stallscheune ein neuer

Denkmalschutz - Denkmalpflege

Im Berichtsjahr wurden durch die Denkmalschutz-Kommission in fünf Sitzungen rund 30 Traktanden mit Bau- oder Abbruchvorhaben an Denkmalobjekten behandelt. Anlässlich einer Klausurtagung hatte die Kommission Gelegenheit, sich intensiv mit diversen Themen aus den Bereichen der Kulturgütererhaltung und Kulturgüterpflege auseinanderzusetzen. So wurden Ausgangslage und Anlass für ein neues Kulturgüterpflegegesetz, welches neu Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz umfassen soll, erörtert sowie Aspekte zur Denkmal- und Ortsbildpflege, zur Raumplanung und zur Weiterentwicklung der Kulturlandschaft diskutiert. Die Durchführung der Sachgeschäfte der Denkmalschutz-Kommission, deren fachliche Beratung, die Erstellung der Sitzungsprotokolle sowie die sachgerechte Umsetzung der Kommissionsbeschlüsse lagen im Aufgabenbereich der Abteilung Denkmalpflege und Archäologie beim Hochbauamt.



Die im Berichtsjahr unter Denkmalschutz gestellte Lokomotive BBOE 629.65 (No. 77.249) mit Baujahr 1927 wird fahrtüchtig restauriert und als Zeugnis der liechtensteinischen Verkehrs- und Eisenbahngeschichte bald wieder auf den Schienen anzutreffen sein.

Im Berichtsjahr 2005 sind auf Antrag der Denkmalschutz-Kommission das beim Schulhaus gelegene Haus Nr. 22, Dorfstrasse 90, in Planken, das Haus Nr. 61, Oberer Winkel 7, in Triesen sowie die Lokomotive BBOE 629.65 (No. 77.249) mit Baujahr 1927 formell unter Denkmalschutz gestellt worden. Die Dampflokomotive befindet sich im Eigentum der Fürstlich Liechtensteinischen Eisenbahn-Romantik Stiftung, die das bedeutende Zeugnis der liechtensteinischen Verkehrs- und Eisenbahngeschichte nun fahrtüchtig restaurieren lässt.

Der Antrag der Kommission, das Haus Nr. 67, St. Georgstrasse 87 in Hinterschellenberg unter Schutz zu stellen, konnte aufgrund eines nicht erfolgten Besitzerwechsels noch nicht umgesetzt werden. Der weitestgehend vollständige materielle, räumliche und gestalterische Erhalt der urban orientierten Bauausführung von 1897/1903 macht das Haus aus Sicht der Kommission klar schutzwürdig. Der Antrag zur Unterschutzstellung der Hofstätte Haus Nr. 40, Rotengasse 40, in Ruggell, welche nach-

weislich 1775 als Schmiedebetrieb erbaut worden ist, wurde zur Ausfertigung an die Regierung weitergeleitet. Das Wohnhaus zeichnet sich durch seinen vollständigen Erhaltungszustand, seine überdurchschnittlich grosse Grundfläche, grosszügige und hohe Räume, gehobene Bauqualität und die durch Ulrich Büchel - den Stammvater der heutigen Besitzerfamilie - zwischen 1812 und 1819 dekorativ ausgemalte Stube aus.

Auf Empfehlung der Denkmalschutz-Kommission hat die Regierung staatliche Subventionsbeiträge an die Restaurierungen des «Brendlehauses» in Schellenberg und der «Landweibelhäuser» in Schaan sowie an die Revision der denkmalgeschützten Barockorgel, die sich in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Vaduz befindet, genehmigt. Die Kommission hat sich im Weiteren gegen die Abbruchvorhaben des 1619 erbauten Wohnhauses im Steinort in Triesenberg sowie des Trafoturms in Schellenberg ausgesprochen. Letztlich ohne Erfolg haben sich Denkmalschutz-Kommission, Denkmalpflege und Hochbauamt für die Erhaltung und Instandstellung des von Max Frisch 1950 entworfenen Hauses am Duxweg in Schaan eingesetzt und das Abbruchbegehren abgelehnt. Gegen die vom Hochbauamt verweigerte Abbruchbewilligung legte die Eigentümerschaft Beschwerde bei der Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten ein und erhielt Recht. Das Kulturdenkmal des bedeutenden Architekten und Schriftstellers durfte somit abgebrochen werden. Wichtige Traktanden bildeten letztlich die Sanierung der Arbeiterwohnhäuser im Mühleholz in Vaduz und der Umbau von Schloss Vaduz.

Europa-Tag des Denkmals 2005

Am 16./17. September 2005 hat in Liechtenstein der 13. Europa-Tag des Denkmals stattgefunden. Das Thema der diesjährigen Veranstaltung lautete «Von Minnesang und Wanzentanz...-... Mittelalterliches auf Burg Gutenberg» und sollte einer breiten Öffentlichkeit im Rahmen eines Mittelalterspektakels Einblicke sowohl in die Burg selbst wie auch in alte Handwerkstechniken bieten. Im Rahmen der Veranstaltung sollte aber auch vor allem die Erhaltung und Weiterentwicklung der Burg Gutenberg thematisiert und angesprochen werden. Insgesamt wurden die Veranstaltungen von ca. 2 900 Gästen besucht. Davon nutzten mehr als 2 700 Personen trotz unfreundlicher Witterung die Möglichkeit, den Mittelaltermarkt auf der Burg Gutenberg zu besichtigen.



Der 13. Europa-Tag des Denkmals 2005 lockte rund 2 700 Besucher und Besucherinnen auf die Burg Gutenberg.

STIFTUNGEN

Erwachsenenbildung Liechtenstein

Präsident: Otto Kaufmann

Geschäftsführerin: Renate Haas-Beck

Die Stiftung Erwachsenenbildung Liechtenstein hat gemäss LGBl. 1999 Nr. 49 die Aufgabe, die Erwachsenenbildung in Liechtenstein zu planen, zu fördern und zu koordinieren, die Veranstalter von Erwachsenenbildung finanziell zu unterstützen, die Qualität der Angebote zu sichern, die Erwachsenenbildung mit der beruflichen Weiterbildung abzustimmen, sowie allenfalls Angebotslücken in der Erwachsenenbildung zu schliessen.

Stiftungsrat

Der Stiftungsrat der Mandatsperiode 2003-2007 setzt sich am Ende des Jahres 2005 aus folgenden Personen zusammen:

- Otto Kaufmann, Schaan (Präsident)
- Josef Eberle, Triesenberg (Vizepräsident)
- Monika Bereiter-Amann, Eschen
- lic.iur Brigitte Haas, Vaduz

- Dr. Rosi Büchel, Nendeln
- Daniel Hilti, Schaan
- Petra Hoffmann, Schaan

In der diesjährigen Mandatsperiode hat Herr Marzell Beck aus beruflichen Gründen seinen Rücktritt eingereicht. Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 25. Oktober 2005 Frau Monika Bereiter-Amann, Eschen, für den Rest der Mandatsperiode 2003 bis 2007 als Mitglied des Stiftungsrates bestellt. Herr Josef Eberle wurde vom Stiftungsrat in seiner Sitzung vom 28. November 2005 als Vizepräsident gewählt.

Tätigkeit

Finanzen und Förderung

Der Landesvoranschlag sah für die Stiftung Erwachsenenbildung staatliche Mittel in der Höhe von 1 198 000 Franken vor.

Hinzu kommen die Förderungsmittel der Gemeinden Liechtensteins, die aufgrund einer Vereinbarung mit der Stiftung Erwachsenenbildung einen Unterstützungsbeitrag von 5 Franken pro Kopf der Wohnbevölkerung ausrichten. Der Gesamtbetrag aus den Gemeindeförderungen belief sich im Berichtsjahr auf 172 385 Franken.

Der Grossteil der Mittel der Stiftung Erwachsenenbildung Liechtenstein ging an die Veranstalter von Erwachsenenbildung. Folgende Veranstalter wurden gefördert:

- Erwachsenenbildung Stein-Egerta Anstalt (Erwachsenenbildung sowie Freizeit und Weiterbildung)
- Haus Gutenberg
- Gemeinschaftszentrum Resch
- Bildungsarbeit Frauen
- Stefanuskreis
- Eltern Kind Forum
- Kloster St. Elisabeth
- Liechtensteiner Arbeitnehmerverband
- Verein für interkulturelle Bildung
- Seniorenkolleg.

Wie immer waren im Stiftungsrat die Diskussionen über eine angemessene Förderung der Veranstalter sehr umfangreich, da sich der Stiftungsrat seiner grossen Verantwortung in der Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel bewusst ist.

Die Regierung hat entschieden, den Staatsbeitrag auf dem Vorjahreswert zu stabilisieren. Bei einer Förderung der Veranstalter im gleichen Rahmen wie in den Vorjahren, bedeutet dies für die Stiftung ein Defizit. Der Stiftungsrat hat entschieden, dass diese Mittel soweit möglich aus verfügbaren Reserven abgedeckt werden. Ein angemessener Reservenerhalt soll dabei weiterhin aufmerksam verfolgt werden. Die Auswertung der Analyse der finanziellen Situation der Veranstalter ist noch in Bearbeitung.

Kontrolle

Wie in den Vorjahren wurden von den Veranstaltern detaillierte Kursstatistiken an die Stiftung zur Kontrolle

übermittelt. Die Teilnehmer-Lektionenzahl sank gegenüber dem Vorjahr um wenige Prozent. Neben Rückgängen bei verschiedenen Veranstaltern konnte im Jahr 2005 eine Steigerung der Teilnehmer-Lektionenzahl von 35 % beim Haus Gutenberg und 32 % beim Eltern Kind Forum verzeichnet werden.

Geschäftsmodell

Das geplante Geschäftsmodell wurde intensiv weiter entwickelt. Der Stiftungsrat hat im Jahre 2005 das Leitbild sowie die strategische Planung der Stiftung Erwachsenenbildung erarbeitet. Gleichzeitig konnte der erste Entwurf eines neuen Reglements über die Förderung der Erwachsenenbildung fertig gestellt werden. Dieses Reglement wird Mitte 2006 der Regierung zur Genehmigung unterbreitet.

Damit konnten bereits wichtige Teilziele im Geschäftsmodell wie die Verankerung von Leitbild, strategische Planung und erste Schritte im Bündeln aller Bereiche nach einheitlichen Kriterien erreicht werden.

Kommunikation

Im vergangenen Jahr beschränkte sich die Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung auf die Website, welche laufend aktualisiert wird.

Koordination und Kooperation

Es fanden zwei Informations- und Koordinations-Sitzungen mit allen Veranstaltern statt. Gleichzeitig wurde in vielen persönlichen Gesprächen der Kontakt zu den Veranstaltern gepflegt. Einige der Veranstalter haben mit begleitender Unterstützung durch die Stiftung mit grossem Erfolg Anstrengungen bei der Einführung von Mindeststandards im Bereich Qualitätsmanagement unternommen.

Projekte

Projekt Illetrismus

In einer internationalen Erhebung (ALL-Studie: Adult Literacy and Lifeskills) wurde das Niveau der Grundkompetenzen von Erwachsenen gemessen. Gemäss dieser Studie verfügen zum Beispiel 16 Prozent der in der Schweiz lebenden Erwachsenen über nur ungenügende Lesekompetenzen, d.h. sie konnten einfachste Textfragen nicht beantworten. Man bezeichnet dieses Phänomen als funktionalen Analphabetismus bzw. Illetrismus. Das Fehlen von grundlegenden Kenntnissen erschwert diesen Menschen das tägliche Leben, Weiterbildung bleibt ihnen verschlossen, sie sind oft von Arbeitslosigkeit betroffen, gesellschaftliche Schwierigkeiten sind vorprogrammiert.

In Liechtenstein existieren keine statistischen Daten zum Illetrismus. Der Stiftungsrat sieht Handlungsbedarf bei der Weiterbildung für wenig qualifizierte Personen und hat deshalb beschlossen als ersten Schritt ein Grundlagenpapier über die Situation in unserem Lande erstellen

zu lassen. Die Publikation wird im Frühjahr 2006 vorliegen und aufgrund dieser Daten wird der Stiftungsrat über die weitere Vorgehensweise entscheiden.

Die Stiftung Erwachsenenbildung organisierte verschiedene Aktivitäten anlässlich des Weltalphabetisierungstags am 8. September 2005.

Internationale Kontakte

Die Stiftung Erwachsenenbildung war wie in den Vorjahren zu den Sitzungen einer Working Group zum Grundtvig-Programm, dem Bereich Erwachsenenbildung im Rahmen des Sokrates-Programmes der Europäischen Union, eingeladen. Im Berichtsjahr fanden zwei Sitzungen der Working Group in Brüssel statt, an welchen die Geschäftsführerin teilgenommen hat.

Die Stiftung Erwachsenenbildung ist Mitglied der Interkantonalen Weiterbildungs-Konferenz IKW. Es fanden zwei Tagungen statt. Neben der Behandlung von aktuellen Fragen und Projekten wurde über die Qualifikationsverfahren sowie Förderungskriterien in der Weiterbildung diskutiert.

Franz-Josef Jehle von der Stein-Egerta Anstalt ist mit dem Mandat als Delegierter der Europäischen Föderation für Katholische Erwachsenenbildung FEECA betraut.

Die Stiftung Erwachsenenbildung wurde zum ersten Mal an ein Regionalseminar der OECD/CERI zum Thema «Lebenslanges Lernen in der Wissensgesellschaft» eingeladen.

Die Geschäftsführerin nahm an der Jahresversammlung der EAEA (Europäischer Verband für Erwachsenenbildung) am 19.-20. November 2005 in Lillehammer/Norwegen teil und besuchte vom 2.-4. Dezember 2005 die Konferenz NECE Networking European Citizenship Education in Berlin.

Kunstmuseum Liechtenstein

Präsident: Dr. Peter Goop

Direktor: Dr. Friedemann Malsch

Das Berichtsjahr war gekennzeichnet von intensiver Tätigkeit auf allen Ebenen mit der Perspektive der Verankerung des Kunstmuseum Liechtenstein (KML) in der Region sowie des weiteren Aufbaus einer internationalen Reputation.

Stiftungsrat

Der Stiftungsrat hielt sechs Sitzungen ab. In ihnen wurden die statutarischen Geschäfte, Jahresbericht und Jahresrechnung 2004 sowie der Voranschlag für 2006 eingehend beraten und die entsprechenden Beschlüsse gefasst. In einer Sitzung besprach der Stiftungsrat mit den Mitgliedern des Internationalen Beirats, der Ankaufskommission und der Museumsleitung die strategische Ausrichtung des KML. Schliesslich führte der Stif-

tungsrat mit der Museumsleitung eine Informationsreise zu verschiedenen Museen in Baden-Baden, Karlsruhe und Strassburg durch.

Zum 1. Januar 2005 bestellte der Stiftungsrat die Mitglieder des Internationalen Beirats und der Ankaufskommission für die Mandatsperiode 2005 bis 2008. Als Mitglieder des Beirates wurden bestellt: Prof. Dr. Antje von Graevenitz (Amsterdam), Dr. Dieter Bogner (Wien) und Dr. Felix Baumann (Zürich). Als Mitglieder der Ankaufskommission wurden bestellt: Dr. Ursula Perucchi-Petri (Effretikon), Dr. Erich Franz (Münster) und Prof. Thomas Wagner (Frankfurt/M.).

Auf der Basis des Untersuchungsberichtes von Dr. Dieter Bogner, Wien, über Optimierungspotentiale des KML hinsichtlich seiner Positionierung in der Region und gegenüber der internationalen Öffentlichkeit fasste der Stiftungsrat in Abstimmung mit der Museumsleitung verschiedene Beschlüsse, die im Berichtsjahr umgesetzt wurden. Zusammen mit der Museumsleitung verabschiedete er ein Leitbild für das KML. Darüber hinaus wurden die Pflichtenhefte von drei Aufgabenfeldern neu definiert. In diesem Zusammenhang wurden mit Genehmigung durch die Regierung die Bereiche Kunstvermittlung (zum 1.7.2005) und Marketing/Öffentlichkeitsarbeit (zum 1.2.2006) kostenneutral in feste Stellen umgewandelt.

Ausstellungen

Das Berichtsjahr war gekennzeichnet von einem breit gefächerten Programm an Wechselausstellungen, die allesamt vom KML produziert und an weitere Museen im Ausland weiter gegeben wurden. Dazu wurden 120 Begleitveranstaltungen durchgeführt. Im Einzelnen waren folgende Ausstellungen zu sehen:

Bis zum 23. Januar war die Ausstellung «Fabian Marcaccio - Re-Sketching Democracy» zu sehen. Es war die erste Museumsausstellung dieses jungen Malers, der bereits weltweite Anerkennung findet. Im Anschluss an die Warhol-Ausstellung im Sommer 2004 wurde hier ein Ansatz gezeigt, wie die junge Generation an Malern mit der Warhol-Erfahrung im eigenen Schaffen umgeht. Die Ausstellung fand beachtliche Resonanz im In- und Ausland und wurde anschliessend im Museum Domus Artium 2002 in Salamanca gezeigt.

«Alighiero e Boetti. NIENTE TUTTO. Seguire il filo del discorso» war die erste neue Ausstellung in 2005. Sie lief vom 21. Januar bis zum 19. Juni und fand grosse Beachtung bei einer interessierten Öffentlichkeit wegen verschiedener Werke, die erstmals der Öffentlichkeit präsentiert wurden, sowie durch ihre thematische Geschlossenheit. Die Ausstellung wird im Sommer 2006 im Italienischen Kulturinstitut in New York zu sehen sein.

Vom 18. Februar bis 22. Mai war die Ausstellung «Von Paul Gauguin bis Imi Knoebel. Werke aus der Hilti art foundation» zu sehen. Diese in Liechtenstein entstandene und weiter wachsende Sammlung, mit der das KML bereits seit seiner Eröffnung eng zusammen arbeitet, stellte sich erstmals der Öffentlichkeit vor. Die von

Dr. Uwe Wieczorek, Kurator der Hilti art foundation, kuratierte Ausstellung stiess auf sehr grosses Interesse des liechtensteinischen und des regionalen Publikums, aber auch international auf Grund der besonders hohen Qualität der Werke in der Sammlung.

«Faites vos jeux! Kunst und Spiel seit Dada» war im KML vom 10. Juni bis zum 23. Oktober zu sehen. Die Ausstellung stellte erstmals dieses Thema im Überblick über die Kunst des 20. Jahrhunderts vor und wurde mit Prof. Nike Bätzner, Berlin, erarbeitet. Sie richtete sich an ein breites Publikum, nicht zuletzt dank der zahlreichen Möglichkeiten für die Besucher, in der Ausstellung selbst aktiv zu werden. Von den Schulen wurde das Angebot stark angenommen, und mit weiteren Stationen in Berlin (Akademie der Künste), Siegen (Museum für Gegenwartskunst) und Amsterdam (CoBrA-Museum) ist sie eine erfolgreiche Produktion des KML.

Die Präsentation «Joseph Beuys» mit Werken aus der eigenen Sammlung und wichtigen Leihgaben lief vom 30. Juni bis zum 2. Oktober. In ihrem Rahmen erfolgte eine Zusammenarbeit für ein Seminar mit der Sommerakademie Achberg der Free International University. Die Ausstellung wird im Herbst 2006 in der University Gallery Tel Aviv gezeigt werden.

Am 20. Oktober wurde die Ausstellung «Biedermeier im Hause Liechtenstein. Die Epoche im Licht der Fürstlichen Sammlungen» mit durchgängig hoher, teilweise auch Spitzenqualität der Exponate im Beisein des Fürstenpaares eröffnet. Sie ist Ergebnis einer erneuten Zusammenarbeit zwischen dem KML und den Sammlungen des Fürsten von Liechtenstein. Diese erste Ausstellung wurde grosszügig gefördert durch den Liechtenstein Global Trust, Vaduz. Sie dauert bis zum 27. August 2006

Die Ausstellung «Fred Sandback» wurde am 17. November eröffnet. Sie stellt das Werk eines aussergewöhnlichen Bildhauers vor, der in der Tradition der abstrakten Kunst steht. Der 2003 gestorbene Sandback erlebte in den vergangenen fünf bis sechs Jahren eine wachsende weltweite «Wiederentdeckung». Die Ausstellung des KML ist die erste ihrer Art seit 20 Jahren. Sie wurde vom KML erarbeitet und wird 2006 und 2007 von Edinburgh (The Fruitmarket Gallery), Graz (Landesmuseum Joanneum) und Bordeaux (capcMusée d art contemporain) übernommen.

Im Zusammenspiel mit den Wechselausstellungen erfolgten neue Gruppierungen der Sammlungspräsentation, die stets thematisch auf die Wechselausstellungen bezogen waren. Dieser dynamische Umgang mit der eigenen Sammlung, kommuniziert unter dem Begriff «Dialog», fand im Berichtsjahr im Ausland verschiedene Nachahmer und ist ein wesentliches Merkmal des Museumsprofils.

Die Ausstellungen wurden im Berichtsjahr von 28 041 Personen (2004: 27 898) besucht. Führungen in Deutsch, Englisch, Italienisch und Französisch wurden 225 (2004: 215) durchgeführt. Vertreter anderer öffentlicher und privater Institutionen besuchten die Ausstellungen, ebenso Schulklassen aller Schultypen in Liechtenstein, dem Kan-

ton St. Gallen und Vorarlbergs, der Kunstschule und der Hochschule Liechtenstein.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit musste im Berichtsjahr mit knappen Ressourcen arbeiten. Die Reaktionen in der europäischen Presse waren durchweg positiv und den Verhältnissen entsprechend zahlreich.

Die Zusammenarbeit mit Veranstaltern in- und ausserhalb Liechtensteins wurde intensiv betrieben. Es kam zu gemeinsamen Veranstaltungen mit der liechtensteinischen Kunstgesellschaft, der Erwachsenenbildung, dem Schulamt, dem TaK, dem liechtensteinischen Landesmuseum, der liechtensteinischen Kunstschule, dem Kunstraum Engländerbau, der Hochschule Liechtenstein, der Zeppelin University Friedrichshafen sowie weiteren privaten Partnern. Ausserdem wurde die Zusammenarbeit mit den Gemeinden auf verschiedene Weise weitergeführt. Die Gemeinden Balzers und Gamprin richteten im Kunstmuseum jeweils einen «Tag der Gemeinde im Kunstmuseum» aus. Auf Initiative des KML fand darüber hinaus der erste liechtensteiner Familientag statt. Die Zusammenarbeit zwischen den Kunstmuseen der Rheintalregion (St. Gallen, Bregenz, Vaduz, Chur) im Bereich der Werbemassnahmen wurde erfolgreich weitergeführt. Weitere Kooperationen konnten mit dem ORF («Lange Nacht der Museen», Ö1-Club), sowie mit Liechtenstein-Tourismus (Erlebnis-Pass), dem Internationalen Bodensee-Tourismus (Bodensee-Erlebniskarte) und Kinos in der Region realisiert werden.

Die Informationsschrift «Brief» erschien in zwei Ausgaben. Sie ist ein wesentliches Element der Selbstdarstellung des KML in der Region und international.

Die «Kunstagenda 2006» erschien in ihrer 18. Ausgabe mit einem Überblick über die Entwicklung der Sammlungsbestände des KML.

Am 11. Mai 2005 fand die vom KML ausgerichtete Tagung «Wirksame Öffentlichkeitsarbeit in Museen und anderen Kultureinrichtungen» statt, die eine enorme Resonanz fand. Über 60 Teilnehmende aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein diskutierten ein aktuelles Thema und machten deutlich, dass ein hohes Bedürfnis nach Erfahrungsaustausch und methodologischer Harmonisierung besteht. Das KML konnte in vielen Aspekten mit seiner eigenen Arbeit Vorbildcharakter zeigen. Ende 2005 erschien der Tagungsband.

Kunstvermittlung

Bis zum 30. Juni wurde im Rahmen eines durch den Kulturbeirat der Regierung geförderten Projektauftrages mit 40% die Leitung der Kunstvermittlung garantiert. Per 1. Juli 2005 wurde mit Einverständnis der Regierung eine feste Stelle mit 80% geschaffen und besetzt. Das verstärkte Engagement des KML für die Kunstvermittlung hat bereits im Berichtsjahr zu Erfolgen geführt. Die Zahl der das Museum besuchenden Schulklassen aus Liechtenstein und der Region stieg signifikant

(66, 2004:24) und liegt damit auf gleichem Niveau wie die Museen der Region. Zusätzliche Veranstaltungsformen (Kunstsamstag, Familiensonntag) fanden sehr gute Resonanz und mussten wegen der starken Nachfrage teilweise wiederholt werden.

Ankaufskommission

Die Ankaufskommission tagte im Berichtsjahr zweimal. Auf der Basis der von ihr gefassten Ankaufbeschlüsse wurden folgende Werke erworben:

Künstlerin/Künstler und Werke	erworben bei
AA.VV., 1 Edition mit 11 Videos von 11 Künstlern	New Museum of Cont. Art, NY
Joseph Beuys, 1 Installation	Rainer Jacobs, Köln
Joseph Beuys, 1 Auflagenobjekt	Galerie Klüser, München
Alighiero Boetti, 1 Grafikmappe	Giuseppe Migliore, Neapel
Christian Boltanski, 1 Installation	Gal. Kewenig, Köln
James Lee Byars, 1 Buchobjekt	Peter Below, Köln
Bruno Dürr, 1 Schallplatte	CEC, Genf
Robert Filliou, 4 Multiples	VICE-Versand, Remscheid
Ute Klophaus, 8 Fotografien	Gal. Klein, Monschau
Pia Lanzinger, 1 Auflagenobjekt	Kunstverein Wolfsburg
Heinz Mack, 1 Gemälde	Gal. am Lindenplatz, Schaan
Gordon Matta-Clark, 2 Künstlerbücher	Antiq. Below, Kitzingen
Matt Mullican, 1 Leuchtkasten	Kunstverein Hamburg
Rütjer Rühle, 1 Malerei-Installation	beim Künstler (teilweise)
André Thomkins, 2 Zeichnungen	Gal. Stähli, Zürich
André Thomkins, 9 Kartonmodelle, 4 Skulpturen, 4 Zeichnungen, 2 Lackskins	Nachlass André Thomkins

Folgende Werke hat das KML im Berichtsjahr als Schenkungen erhalten:

- Isidore Isou, 5 Gemälde, durch Robert Altmann, Paris/Vaduz
- Jan Jedlicka, 1 Druckgrafik, durch den Künstler
- Fabian Marcaccio, 1 Malerei-Installation, durch den Künstler
- Fabian Marcaccio, 1 Malerei-Objekt, durch den Künstler
- Carlo Pizzichini, 1 Druckgrafik, durch den Künstler
- Hanna Roeckle, 1 Malerei-Installation, durch die Künstlerin
- Rütjer Rühle, 1 Malerei-Installation, durch die Ars Rhenia Stiftung zur Förderung der Kultur, Vaduz (teilweise)
- Fred Sandback, 1 Druckgrafik, durch Fred Jahn, München
- André Thomkins, 2 Lackskins, durch den Nachlass André Thomkins

Personal

Im Bereich der Kunstvermittlung wurde zum 1. Juli 2005 eine neue Stelle (80%) geschaffen. Damit wurden die bislang im Auftragsverhältnis nach aussen vergebenen Tätigkeiten fest an das Museum gebunden zum Zweck der Steigerung von Kapazität und Effizienz.

Die langjährige und verdienstvolle Leiterin der Verwaltung des Museums verliess auf eigenen Wunsch zum 31. Juli 2005 das Museum. Ihre Stelle wurde neu als «Kaufmännische Leitung» definiert und zum 1. Dezember neu besetzt.

Im Rahmen eines Praktikums arbeitete eine Studentin der Kunstgeschichte vom 15. Juli bis zum 15. September 2005 für das Museum. Sie war hauptsächlich für die Öffentlichkeitsarbeit sowie für die Systematisierung des Fotoarchivs tätig.

Archiv und Bibliothek

Die Erfassung der Neuankäufe, Leihgaben und Schenkungen erfolgte kontinuierlich. Ausserdem wurden die allgemeine Künstlerdokumentation sowie die Dokumentation zum Kunstschaffen in und aus Liechtenstein weiter aktualisiert. Das Fotoarchiv und das Inventar des Museums wurden nach einer neuen Systematik geordnet.

Die Bibliothek konnte durch intensiven Schriftentausch und gezielte Zukäufe verstärkt werden. Zudem wurde sie nach einer ihrer wachsenden Bedeutung entsprechenden Systematik neu geordnet.

Buchhandlung

Die Buchhandlung wurde weiterhin in Kommission mit dem Kunstbuchhändler Walther König, Köln, vom KML in Eigenregie betrieben. Sie ist wichtiger Bestandteil des Bildungsauftrags des Museums.

Café im Kunstmuseum

Die Cafeteria im Kunstmuseum wurde weiterhin in Pacht von der AdlerGastronomie, Vaduz, betrieben.

Liechtensteinische Landesbibliothek

Präsident: Dr. Donat P. Marxer
Landesbibliothekarin: Barbara Vogt

Im Jahr 2005 wurde vieles zur Optimierung des Bibliotheksbetriebs in Angriff genommen: die Katalogrecherche und die Katalogdaten wurden verbessert, die Aufstellung der Kinderliteratur wurde neu gegliedert und besser zugänglich gemacht, die Bestände einiger Sachbereiche wurden überarbeitet und aktualisiert und das Veranstaltungsangebot wurde erweitert.

Mitte August startete die Landesbibliothek mit dem Scannen von Inhaltsverzeichnissen, einem Projekt, das einerseits die Treffermenge bei der Katalogrecherche erheblich steigert, andererseits der Leserschaft bereits zu Hause über das Internet Information über den Inhalt des Werkes bietet. Bis zum Jahresende waren bereits von mehr als 8 000 Sachbüchern die Inhaltsverzeichnisse über den Bibliothekskatalog zugänglich.

In der Kinder- und Jugendbibliothek wurde die Aufstellung der Kinderliteratur wesentlich verbessert. Statt wie bisher nur alphabetisch nach Autorinnen und Autoren aufgestellt, sind nun die Bücher nach Themengruppen unterteilt.

Sowohl die Zahl der Ausleihen als auch die Anzahl aktiver Leserinnen und Leser blieben im Berichtsjahr beinahe unverändert, das Alter der aktiven Benutzerschaft aber ist ständig steigend. Erstmals bestreitet die Altersgruppe der 41- bis 50-Jährigen den grössten Anteil unserer erwachsenen Kundschaft. Etliche bibliophile Werke, Graphik und Landkarten konnten durch Spenden und eigene Einnahmen erworben werden. Erwähnt werden darf auch die Aktualisierung des Freihandangebots, insbesondere die Anschaffung von interaktiver Sprachlernsoftware.

Unter den Aussenkontakten hervorzuheben sind die Teilnahme an der Konferenz der Nationalbibliotheken der im Europarat vertretenen Länder, in Zusammenhang mit dem Bibliothekssystem am Aleph-Seminar und am Treffen der deutschsprachigen Aleph-Anwender, sowie die Beteiligung an der regionalen länderübergreifenden Zusammenarbeit der Bibliotheken in der Schweiz und im Bodenseeraum.

Allgemeines

Der vom Stiftungsrat in seiner Sitzung vom 22. Februar 2005 beschlossene Jahresbericht 2004 wurde von der Regierung am 29. März 2005 zur Kenntnis genommen. Die von der Landeskasse erstellte Jahresrechnung 2004 wurde von der Regierung am 29. März 2005 genehmigt und der Staatsbeitrag für die Stiftung Liechtensteinische Landesbibliothek für das Jahr 2004 auf 1 491 401.42 Franken festgesetzt.

Mitte Februar 2005 wurde generelles Rauchverbot sowohl in der Cafeteria als auch im Treppenhaus der Landesbibliothek verhängt, welches durchwegs positive Reaktionen hervorrief.

Stiftungsrat

Der Stiftungsrat der Mandatsperiode 2003-2007 setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

- Dr. oec. Donat P. Marxer, Präsident, Schaan
- Maria Wohlwend, Vizepräsidentin, Nendeln
- lic. phil. Thomas Batliner, Triesen
- Rosmarie Frick, Schaan
- lic. iur. Brigitte Haas, Vaduz
- Petra Hoffmann, Schaan
- Sigi Langenbahn, Planken

Seine ihm gesetzlich übertragenen Geschäfte erledigte der Stiftungsrat an drei Sitzungen.

Bibliothekskommission

Die Bibliothekskommission der Mandatsperiode 2003-2007 setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

- Landesbibliothekarin Barbara Vogt, Vorsitz
- lic. phil. Thomas Batliner
- lic. iur. Brigitte Haas
- Petra Hoffmann

Die Bibliothekskommission beschloss in ihrer Sitzung vom 19. Dezember 2005 über den Ankauf von grösseren Einzelwerken sowie über Zeitschriftenabonnements und die Bestellung von mehrbändigen Werken zur Fortsetzung. Zudem wurden Abonnements von CD-ROM-Datenbanken in Abonnements von Online-Datenbanken umgewandelt.

Verwaltung und Betrieb

Räumlichkeiten

Die räumliche Situation in der Landesbibliothek blieb im Berichtsjahr unverändert. In der jetzigen Situation ist es schwierig, alle Medien sachgerecht bereitzustellen - überfüllte Regale und eine durch Platzmangel reduzierte Medienauswahl sind nicht sehr benutzerfreundlich. Viele noch relativ neue Bücher und auch noch aktuelle Nachschlagewerke sowie fast neue Sekundärliteratur zu bedeutenden Schriftstellern und Künstlern müssen im Aussenmagazin aufgestellt werden, wo sie wenig genutzt werden. Neue Mediensparten wie beispielsweise Musik-CDs können aus Platzmangel gar nicht angeschafft werden.

Kontakte zu anderen Bibliotheken

Die Regierung hatte 1997 die Teilnahme der Liechtensteinischen Landesbibliothek an den Jahrestagungen und Expertentreffen der in der CENL (Conference of European National Librarians) zusammengeschlossenen europäischen Nationalbibliotheken der im Europarat vertretenen Länder beschlossen. Die Landesbibliothekarin nahm an der 19. Jahrestagung der CENL von 29. bis 30. September 2005 in Luxemburg teil. An der Tagung waren 37 Nationalbibliotheken von Mitgliedsstaaten des Europarats vertreten. Zurzeit besteht die Konferenz aus 44 Mitgliedern von 42 europäischen Ländern. Die Teilnahme Liechtensteins an den CENL-Jahreskonferenzen öffnet Zugang zu Informationen über die aktuellen Entwicklungen im europäischen Bibliothekswesen.

Die Landesbibliothekarin nahm an den Zusammenkünften der BBS (Verband der Bibliotheken und der Bibliothekarinnen/Bibliothekare der Schweiz) - Interessensgemeinschaft «Studien- und Bildungsbibliotheken» teil, bei denen vor allem über die Langzeitarchivierung verschiedenster Medien diskutiert wurde.

Bei den Treffen der Bibliotheken der Regio Bodensee wurden diverse Projekte länderübergreifender Zusammenarbeit erörtert. Das Schaffen eines gemeinsamen Plakats der Regio-Bibliotheken führte zu intensiven Überlegungen betreffend einem gemeinsamen Logo und einem Leitbild. Diese Projekte wurden in Angriff genommen und sollen im kommenden Jahr zu Ergebnissen geführt werden.

Das Gremium der «Ostschweizerischen Kurse für Angestellte in Schul- und Gemeindebibliotheken», Bibliotheksverantwortliche der Kantone Appenzell, Glarus, St. Gallen, Thurgau und des Fürstentums Liechtenstein, organisierte an zwei Sitzungen Aus- und Weiterbildungskurse für Schul- und Gemeindebibliothekare und -bibliothekarinnen.

Der Schweizer Bibliotheksdienst (SBD) lud alle Bibliotheksverantwortlichen zu einem Informationsaustausch nach Bern ein, wo über neue Arbeitsunterlagen und Ausstattungsangebote für Medien für Schul- und Gemeindebibliotheken berichtet wurde.

Öffentlichkeitsarbeit und Kundendienst

Am 17. Januar 2005 lud die Landesbibliothek zur Lesung «Landesschreiber Richard Pietrass liest Liebesgedichte», die mit 40 Besucherinnen und Besuchern sehr gut besucht war.

Im Februar fand eine Informationsveranstaltung zum Informations- und Dokumentations-Beruf an der Berufsberatungsstelle in Schaan statt.

Martin Novotny aus Wien und Ursula Wunder aus Sevelen stellten am Mittwoch, den 9. März 2005 ihr Buch «ErFahren – mit dem Auto durch 30 Länder» in der Landesbibliothek vor.

In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe «Integration von Muslimen» wurde der Medienbestand der Landesbibliothek zu diesem Themenkreis bereichert. In einer Medienkonferenz, die in den Räumen der Landesbibliothek am 12. April 2005 stattfand, wurde von Regierungschef Otmar Hasler, Arbeitsgruppenleiter Hans Peter Walch und der Landesbibliothekarin sowohl auf die Tätigkeit der Arbeitsgruppe als auch auf diese Bestandeseverweiterung der Landesbibliothek aufmerksam gemacht.

Wie in den vergangenen Jahren wurden auch in diesem Jahr am UNESCO-Welttag des Buches (23. April) Le-sezeichen und Geschicklichkeitsspiele verschenkt.

Anlässlich des 200. Geburtstags von Hans Christian Andersen veranstaltete die Landesbibliothek am 28. April 2005 einem Märchenabend für Erwachsene.

In Zusammenarbeit mit dem Theater am Kirchplatz und der Stabsstelle für Chancengleichheit lud die Landesbibliothek vom 2. bis 4. Juni 2005 zu einem «Schreibseminar für Frauen» mit Karen-Susan Fessel in ihre Räumlichkeiten ein.

Der Experimentiernachmittag «Tüfteln, Forschen, Staunen», eine Veranstaltung für Kinder von 6 bis 10 Jahren im Rahmen des «Einsteinjahres», war ein grosser Erfolg.

Im Oktober wurde, wie schon im vergangenen Jahr, in Zusammenarbeit mit der Krebshilfe Liechtenstein, ein Buchständer zum Thema Brustkrebs für die Benutzerinnen und Benutzer bereitgestellt.

Am Länderstand Liechtensteins an der 57. Frankfurter Buchmesse vom 19. bis 23. Oktober 2005 präsentierte auch die Liechtensteinische Landesbibliothek ihre Publikationen und Prospekte. Vom 10. bis zum 19. November wurde zum 2. Mal die Ausstellung «Frankfurter Buchmesse in Liechtenstein - in der Liechtensteinischen Landesbibliothek» durchgeführt. Kulturministerin Rita Kieber-Beck eröffnete die Ausstellung. Elisabeth Sele, die Projektleiterin in Frankfurt, und Livia Amstutz gaben einen kurzen, sehr anschaulichen Bericht über die Buchmesse.

Im Rahmen der Ausstellung fanden zwei Veranstaltungen statt: Am 14. November sprach Jens Dittmar über

«Lyrik aus Liechtenstein» und Walter Nigg las aus seinem Werk «Man kann es schon schön haben - auch für wenig Geld». Am 16. November hielt Arthur Brunhart einen Vortrag zum Thema «Meilensteine der liechtensteinischen Souveränität».

Der schon fast zur Tradition zählende «Weihnachtliche Kindernachmittag» bildete den Abschluss der Veranstaltungen.

14 Schulklassen aus Liechtenstein und verschiedene Erwachsenengruppen, insgesamt 232 Personen, wurden im Berichtsjahr durch die Landesbibliothek geführt.

Die Bibliotheksführungen jeweils am ersten Montag und die Schulungen zur Datenrecherche im elektronischen Katalog der Landesbibliothek jeweils am ersten Dienstag des Monats sind auch im Jahr 2005 durchgeführt worden.

Im Eingangsbereich der Landesbibliothek und im 3. Obergeschoss wurden monatlich wechselnde Ausstellungen angeboten, die auf grosses Interesse bei der Benutzerschaft stiessen. So gab es beispielsweise spezielle Medienangebote zu «Fit in den Frühling», zu «Einstein und die Physik», zum «Welttag der Poesie», zu «Freizeit-tipp für Daheimgebliebene» und zu einigen weiteren aktuellen Themen.

Im Liechtensteiner Volksblatt stellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesbibliothek monatlich unter der Rubrik «Buchtipps» Neuerwerbungen und Medien zu speziellen Themen vor.

In den Kinos von Balzers und Vaduz wurde während des ganzen Jahres mittels eigens gestalteter Dias Werbung für die Landesbibliothek eingeblendet. Auch an den 17 Abenden beim Film Fest Vaduz vom 26. Juni bis 12. Juli 2005 wurden Werbedias gezeigt.

Beziehungen zu Schulen und kulturellen Institutionen

Während des Berichtsjahres wurden insgesamt 14 Schulklassen aus Liechtenstein durch die Landesbibliothek geführt. Fast 200 Schüler lernten dabei das vielfältige Angebot und die Möglichkeiten zur Informationsbeschaffung kennen, ca. 25 davon haben sich aufgrund dieser Führungen als neue Benutzerinnen und Benutzer der Landesbibliothek eingeschrieben.

Die Arbeitsgruppe «Frankfurter Buchmesse» bereitete die Teilnahme Liechtensteins an der Buchmesse vor. Drei Wochen nach der Buchmesse wurden die in Frankfurt präsentierten Medien auch in der Landesbibliothek ausgestellt.

Die vom Kulturressort der Regierung veranstalteten «Gesprächsrunden Kultur» boten Gelegenheit zum Informations- und Gedankenaustausch zwischen den Vertretern und Vertreterinnen der liechtensteinischen Kulturinstitutionen.

Schul- und Gemeindebibliotheken

Die in der Ostschweiz unter Führung der Kantonsbibliothek St. Gallen eingesetzte Kommission für die Ausbildung von Angestellten in Schul- und Gemeindebibliotheken führte im Berichtsjahr einen Grundkurs für Bibliothekarinnen und Bi-

bibliothekare SAB (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken) und einen Basis-kurs für Lehrkräfte durch. Die Ausbildung für Angestellte in Schul- und Gemeindebibliotheken wird getragen von den Bibliotheksverantwortlichen der Kantone Appenzell Inner- und Ausserrhoden, Glarus, St. Gallen, Thurgau und des Fürstentums Liechtenstein. In dem für die Vorbereitung und Durchführung dieser Kurse zuständigen Gremium vertrat die Landesbibliothekarin Liechtenstein. Für Liechtenstein ist mindestens ein Ausbildungsplatz zugesichert.

In den liechtensteinischen Schul- und Gemeindebibliotheken wurden 2005 insgesamt 47 283 (Vorjahr: 47 935) Medien ausgeliehen. Damit ist die Gesamtausleihzahl gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Dennoch zeigt die Bibliothek Schulzentrum Eschen eine steigende Tendenz bei den Ausleihen; mit 13 619 Ausleihen hat sie ihren Ausleihrekord von 2003 deutlich überholt. Auch die Hochschule Liechtenstein kann ein grossartiges Ergebnis nachweisen, sie konnte ihre Ausleihen gegenüber dem Vorjahr um über 30 Prozent steigern.

Kinder- und Jugendbibliothek

Für die Kinder- und Jugendbibliothek wurden im Berichtsjahr für über 15 000 Franken insgesamt 663 Medien angekauft: 524 Bücher, 49 Videos, 44 CD-ROMs und 46 Hörbücher.

Kinder und Jugendliche sind nach wie vor eifrige Bibliotheksbenutzer. Das Medienangebot der Landesbibliothek für Kinder und Jugendliche ist äusserst vielfältig und immer aktuell, es wird von den jungen Leserinnen und Lesern auch gut genutzt. 28.3 Prozent der aktiven Leserschaft sind Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 20 Jahren. Die Ausleihquote der Kinder- und Jugendbücher beträgt 3.12, das bedeutet, dass im Durchschnitt jedes Kinder- und Jugendbuch aus dem Freihandbereich im Berichtsjahr zumindest dreimal ausgeliehen wurde.

Im Rahmen des «Einsteinjahres» fand am 28. September 2005 für Kinder von 6 bis 10 Jahren ein Experimentiernachmittag unter dem Motto: «Tüfteln, Forschen, Staunen» statt, der ein grosser Erfolg war. Es wurden 2 Veranstaltungen am Nachmittag durchgeführt.

In der Adventzeit lud die Landesbibliothek zu einem weihnachtlichen Kindernachmittag. Über 35 Kinder hatten viel Freude daran, in der Landesbibliothek weihnachtliche Geschichten zu hören und Weihnachts-schmuck zu basteln.

Kataloge und Verzeichnisse

Der alphabetische und systematische Zettelkatalog der Liechtenstein-Literatur wurde aufgelöst. Nun ist der gesamte Bestand der Liechtenstein-Literatur im elektronischen Online-Katalog verzeichnet. Der Online-Katalog der Graphiksammlung von rund 800 Blättern wurde weiter ausgebaut und umfasst gegenwärtig 85 Prozent der Bestände.

Jahrgang 30 (2003) der Liechtensteinischen Bibliographie wurde bearbeitet. Der Druck folgt voraussichtlich anfangs 2006, sobald das neue graphische

Erscheinungsbild mit anderer Schrift und veränderter Aufmachung definiert ist.

Im ersten Halbjahr überarbeitete der Linguist Silvio Wildhaber die Sacheinteilung der Dezimalklassifikation für die Literatur- und Sprachwissenschaft. Zugleich passte er die Titeleinträge dieser Bestände der neuen Indexierung an. Das ermöglichte eine vollständige Inventur und eine gründliche Katalogbereinigung des Sachgebiets. Alle anderen Bereiche der Dezimalklassifikation wurden von den Bibliothekarinnen und Bibliothekaren überarbeitet und die Titeleinträge im elektronischen Katalog angepasst. In der Zeit vom 26. bis 29. Mai 2005 wurde unter Mithilfe von externen Experten der bisher im Katalog nur als Zahlenwert aufscheinenden Sacherschliessung die verbale Umsetzung des Wertes hinzugefügt und recherchierbar gemacht. Eine aufwändige Bereinigung der Sacherschliessung schloss dieses Projekt ab.

Im zweiten Halbjahr wurde ein neues Projekt in Angriff genommen, das im Katalog der Landesbibliothek bessere Rechercheresultate bringen wird: Das Scannen von Inhaltsverzeichnissen von Liechtensteinliteratur, Fachliteratur, Zeitschriften, aber auch von klassischer Literatur in Werkausgaben. Mitte August konnte mit dem Scannen begonnen werden, per Ende Jahr waren bereits von 8 000 Sachbüchern die Inhaltsverzeichnisse im Internet verfügbar. Die wichtigen Begriffe aus den verarbeiteten Inhaltsverzeichnissen werden im Bibliothekssystem Aleph indexiert, d.h. über die Suche nach diesen Begriffen findet man auch die entsprechenden Bücher und kann sich über einen Link das entsprechende Inhaltsverzeichnis als pdf-Datei anzeigen lassen.

Eine weitere Bereicherung des Internet-Katalogs der Landesbibliothek wurde durch die Realisierung der Neuerwerbungslisten erreicht. Sie ermöglichen es nun der Benutzerschaft, im Internet die Neuanschaffungen der Landesbibliothek abzufragen. Dabei sind der Zeitraum und der Sachbereich bzw. die Medienart auswählbar.

Im Berichtsjahr wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesbibliothek im elektronischen Katalog über 35 000 Titelaufnahmen bearbeitet. 6 372 Titelaufnahmen wurden neu erstellt, 27 818 Katalogisate wurden überarbeitet. Dazu kommen noch über 1 000 Aufnahmen für Medienreihen, Verweise und Bestandesangaben. Diese Daten werden nicht über das Bibliothekssystem Aleph, sondern von den Bibliothekarinnen und Bibliothekaren anhand von Strichlisten erhoben.

Elektronische Datenverarbeitung

Im März 2005 fand in Düsseldorf die jährliche Aleph-DACH-Tagung der deutschsprachigen Aleph-Anwendergruppe statt, an der Meinrad Büchel, Bibliotheks-informatiker, teilnahm.

Meinrad Büchel und die Landesbibliothekarin nahmen sowohl am Aleph-Seminar als auch an Schulungen zum Versionswechsel des Bibliothekssystems teil.

Im Zuge des Backoffice-Migrationsprojektes wurde die Landesbibliothek Ende Oktober in den Verzeichnis-

dienst «Active Directory Service (ADS)» der Landesverwaltung aufgenommen. Der alte Fileserver und Domain Controller konnte dadurch abgelöst werden.

Die Stabsstelle für Chancengleichheit weist als neue Zweigbibliothek im Verbund Liechtensteiner Bibliotheken ihre Bücher und Publikationen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, im Bibliothekssystem Aleph nach.

Für die Zweigbibliotheken wies der Bibliothekskatalog Aleph am Jahresende 2005 bereits über 95 000 Exemplare nach.

Europabibliothek

Im Jahr 2005 wurden für die Europabibliothek 117 Bücher, 2 Werkausgaben und 41 Lieferungen zur Fortsetzung angekauft sowie 10 Zeitschriftenabonnements geführt. Für den Ankauf der Fachliteratur und für die Abonnements von Zeitschriften und CD-ROM-Ausgaben erhält die Landesbibliothek 50 % Subvention aus dem Wirtschaftsförderungsfonds. Insgesamt wurden 18 984.13 Franken für Literaturbeschaffung und -bearbeitung aufgewendet.

Patentbibliothek

Die Nachfrage nach Recherchen in den CD-ROM-Datenbanken ist weiterhin rückläufig. Im Berichtsjahr wurde das Angebot an Recherchen in den CD-ROM-Datenbanken Espace A, Espace B, Espace CH, US Patent Images, Espace World und PAJ (Patent Abstracts of Japan) wenig genutzt.

Werkstatt, Kulturgüterschutz, Restauration

Eine weitere Tranche der vom Papierzerfall bedrohten liechtensteinischen Zeitungen wurde in der Massensäuerungsanlage in Wimmis behandelt.

Werkstattarbeiten

Im Berichtsjahr wurden fast 3 800 Bände mit Klarsichtfolie überzogen und über 13 000 Bände mit Signaturschildern ausgerüstet. Stets steigend ist die Anzahl (78 / 2005, 53 / 2004) der in der Werkstatt mittels Klebebindung hergestellten einfachen Bucheinbände.

Personal

Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein bestellte Meinrad Büchel mit Wirkung ab 1. März 2005 zum stellvertretenden Landesbibliothekar der Liechtensteinischen Landesbibliothek.

Der Personalbestand der Landesbibliothek blieb im Berichtsjahr unverändert. In der Landesbibliothek arbeiten 15 Personen, davon 8 in einer Teilzeitanstellung. Zudem werden 3 Lehrlinge zu Informations- und Dokumentationsassistenten ausgebildet. Insgesamt fanden 7 Personalsitzungen statt, an denen über aktuelle Entwicklungen informiert wurde und anstehende Fragen besprochen wurden.

Im Lauf des Berichtsjahres fanden drei Schulungen zum Thema «Kundenbetreuung und Umgang mit schwierigen Kunden» statt, in die das gesamte Personal einbezogen wurde.

Die Belegschaft der Landesbibliothek besuchte am 19. September 2005 die Kantonsbibliothek Baselland in Liestal und erhielt Einblick in einen modernen Bibliotheksbetrieb.

Im Laufe des Jahres 2005 verbrachten 6 Jugendliche, die sich für den Beruf Informations- und Dokumentationsassistentin / -assistent interessierten, einen Schnuppertag in der Liechtensteinischen Landesbibliothek und lernten den Bibliotheksalltag näher kennen.

Anschaffungen

Der Landesbibliothek stand im Jahr 2005 ein staatlicher Kredit von 256 000 Franken zum Ankauf von Medien zur Verfügung. Der stetigen Nachfrage nach Medien zur sprachlichen Weiterbildung wurde durch die Anschaffung von interaktiver Sprachlernsoftware Rechnung getragen.

Die Sammlung der Druckgraphik von Hans Kliemand (1922-1976) konnte vervollständigt werden. Sie umfasst 35 Blätter mit Ansichten von liechtensteinischen Gebäuden und Dorfteilen.

Verteilung der Mittel für Medienanschaffung 2005

Gebundene Mittel total	CHF	93 550.33
Zeitschriften, Lieferungs- und Fortsetzungswerke, laufende Serien		
und Werkausgaben	CHF	78 090.21
CD-ROM-Produkte (zur Fortsetzung)	CHF	15 460.12
Freie Mittel total	CHF	156 645.55
Bücher (ausser Sonderanschaffungen)	CHF	109 571.95
Audiovisuelle Medien	CHF	9 501.72
CD-ROM-Werke (einmalig, abgeschlossen)	CHF	6 932.21
CDs, Tonkassetten	CHF	6 357.65
Mikrofilmreproduktionen	CHF	2 248.24
Sonderanschaffungen (Antiquariat, Bibliophiles, grössere Werke)	CHF	11 215.69
Europabibliothek (nur freie Mittel)	CHF	10 818.09
Total Anschaffungen	CHF	250 195.88

Spenden und Beiträge

Erneut bekam die Landesbibliothek von vielen Seiten Unterstützung in Form von Buchgaben und Geldspenden, allen Donatoren sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Die Landesbibliothek als Zentrum des Bibliothekswesens in Liechtenstein ist immer bestrebt, den Schul- und Gemeindebibliotheken bei bibliothekarischen Fragen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Als Nationalbibliothek freut es uns, dass die Gemeinden uns ihre Wertschätzung entgegen bringen. Daher richtet sich besonderer Dank an die Gemeinden Balzers, Triesen, Triesenberg, Schaan, Planken und Mauren, die die Landesbibliothek mit ihren Beiträgen auch im Jahr 2005 unterstützt haben.

Zuwachszahlen 2005**Zuwachs an Medien**

	Kauf	Geschenk	Tausch	Beleg- exemplar	Total
Freihandbibliothek und Magazine					
Bücher	2 767	811	20	475	4 073
Videokassetten	259	1	0	24	284
CD-ROMs	49	2	0	13	64
Hörbücher	192	48	0	15	255
Bilder	14	0	0	0	14
Landkarten	10	0	0	0	10
Mikroformen	4	0	0	0	4
Zeitschriften ¹⁾	65	5	4	22	96
Multimediapakete	35	0	0	0	35
Gesamttotal	3 395	867	24	549	4 835
Davon:					
Liechtensteinensia					
Bücher	259	60	0	475	804
Videos	27	0	0	22	49
CD-ROMs	0	2	0	13	15
Hörbücher / Musik	38	2	0	15	55
Bilder	14	0	0	0	14
Landkarten	6	0	0	0	6
Mikroformen	0	0	0	0	0
Zeitschriften	31	3	0	22	56
Total	385	67	0	547	999
Depotbibliotheken					
Landes-Lehrer-					
Bibliothek	592	0	0	0	592

¹⁾ Zeitschriften: Statistik nicht aussagekräftig, da hier nur Exemplare gezählt werden.

Benutzung

Das vielfältige Angebot wurde vom Publikum der Landesbibliothek rege genutzt. Das Besucherzählwerk am Eingang registrierte im Berichtsjahr 100 190 Personen. Die Ausleihe veränderte sich kaum gegenüber dem Vorjahr: 136 891 Ausleihvorgänge (Vorjahr: 134 049) wurden verzeichnet, das bedeutet einen geringfügigen Zuwachs. An 243 Ausleihtagen wurden durchschnittlich 563 Ausleihen und Verlängerungen vorgenommen. Die Landesbibliothek darf mit diesem Ergebnis sehr zufrieden sein, es zeigt doch, dass sie einen wichtigen Stellenwert in der Bevölkerung der Region einnimmt und das Angebot den Interessen der Bewohnerschaft entspricht. Rund 58 % der ausgeliehenen Medien waren Bücher, 42 % audiovisuelle Medien (29 % Videos, 10 % Hörbücher, 3 % CD-ROMs). Im Durchschnitt wurde im Freihandbestand jedes Medium 1.93-mal ausgeliehen, bei den audiovisuellen und digitalen Medien betrug die Ausleihquote sogar 6.99. Die Nachfrage nach Nonbook-Materialien ist

nach wie vor hoch, was als deutlicher Hinweis gewertet werden kann, dass diese Mediengruppe weiterhin ausgebaut werden sollte. Auch neue Angebote am Markt müssen zur Anschaffung in Betracht gezogen werden.

Auch die Zahl der aktiven Leserschaft veränderte sich kaum im Berichtsjahr. Waren es 2004 4 807 Personen, die die Landesbibliothek zumindest einmal im Lauf des Jahres besuchten, so trifft dies 2005 auf 4 789 Personen zu. Das Verhältnis Benutzerschaft aus Liechtenstein zur Nachbarschaft blieb gleich, ein Drittel unserer Besucherinnen und Besucher kommen aus der umliegenden Region, der weitaus grösste Anteil davon aus der benachbarten Schweiz.

Erstmals bestreitet die Altersgruppe von 41 bis 50 Jahren den grössten Anteil unserer erwachsenen Kundenschaft. Das Alter der aktiven Benutzerschaft ist ständig steigend, waren im Jahr 2002 in der Altersgruppe von 61 bis 70 Jahren 109 Personen zumindest einmal auf Besuch in der Landesbibliothek, so weist die Statistik im Jahr 2005 bereits 168 Personen nach.

Interbibliothekarischer und internationaler Leihverkehr

Über den interbibliothekarischen Leihverkehr wurden im Berichtsjahr 685 Einheiten (Bücher, Zeitschriften, Fotokopien) für die Benutzerschaft der Landesbibliothek besorgt. Aus den eigenen Beständen wurden 98 Einheiten an andere Bibliotheken ausgeliehen.

Bibliotheken, die bei uns Titel über den interbibliothekarischen Leihverkehr beziehen, haben die Möglichkeit, sich als Benutzer im Bibliothekssystem Aleph einschreiben zu lassen. So können diese Bibliotheken ihre Fernleihaufträge auch direkt über die Internet-Katalogabfrage platzieren.

Landes-Lehrer-Bibliothek

Die Kommission für die Landes-Lehrer-Bibliothek entschied an ihrer Sitzung vom 5. Dezember 2005 über den Medienerwerb und neue Zeitschriftenabonnements zu den Themen Pädagogik, Geschichte der Pädagogik und Psychologie. Der staatliche Anschaffungskredit für diese von der Landesbibliothek verwaltete Bibliothek war mit 5 000 Franken festgelegt. Im Berichtsjahr wurden 105 Bücher, 5 Lieferungen zur Fortsetzung und 2 Zeitschriftenabonnements angekauft. Über das Schulamt lud die Landesbibliothek die Lehrerschaft ein, sich über die neuen Medien zu informieren.

Depotbibliotheken

Mitte Oktober begann die Landesbibliothek mit der Katalogisierung der Bücher des «Rings der Liechtensteinsammler». Mit Ende Jahr waren bereits 40 Prozent des Bestandes dieser Depotbibliothek im Bibliothekskatalog Aleph verzeichnet und so über das Internet abfragbar.

Der Bestand des Liechtensteiner Alpenvereins war bereits sehr veraltet, er sollte entweder in unser Aussenmagazin verlagert oder an den Verein zurückgegeben werden. Der Vorstand des Vereins entschied sich für die Rücknahme der Bücher, so mussten wir diese langjäh-

rige Depotbibliothek auflösen und die Katalogdaten bereinigen.

Von der Dienststelle für Sport erhielt die Landesbibliothek im Berichtsjahr 1 000 Franken, um den Bestand zu aktualisieren. Damit wurden 29 Bücher zu den Themen Sport und Fitness angeschafft.

Anhang

Ausleihstatistik

	2003	2004	2005	2005 Anteil %
Freihandbereich				
Erwachsene				
Sachbücher	16 659	19 283	17 899	15.81 %
Liechtensteinensia	1 008	978	1 020	0.90 %
Deutschsprachige				
Literatur	10 021	11 625	11 596	10.24 %
Französische Literatur	300	250	159	0.14 %
Englische Literatur	806	679	612	0.54 %
Italienische Literatur	72	50	62	0.05 %
Spanische Literatur		83	151	0.13 %
Taschenbücher	3 008	3 007	3 055	2.70 %
Nonbooks (Videos, CDs, CD-ROMs)	30 459	31 340	32 459	28.67 %
<i>Kinder, Jugend</i>				
Sachbücher und Belletristik	26 864	28 550	29 161	25.76 %
Nonbooks (Videos, CDs, CD-ROMs)	13 362	15 484	14 714	13.00 %
Total	102 559	111 329	110 888	97.96 %

Magazine

Aussendepot	710	1 008	1 157	1.02 %
Magazin im Haus (Liechtensteinensia)	1 012	1 070	1 155	1.02 %
Total	1 722	2 078	2 312	2.04 %

Total ausgeliehene Medien aus eigenen Beständen	104 281	113 407	113 200	100 %
Total Fristverlänger- ungen für ausgeliehene Medien aus eigenen Beständen	15 921	19 987	23 006	
Total				
Ausleihvorgänge **)	120 202	133 394	136 206	
ohne Interbibliothekarischen Leihverkehr				

**) Das alte Ausleihsystem zählte eine Fristverlängerung als erneute Ausleihe.

Die Ausleihe in den Lesesaal wurde statistisch nicht erfasst.

Interbibliothekarischer Leihverkehr

	2002	2003	2004	2005
gebende Fernleihe aus eigenen Beständen	81	123	101	98
nehmende Fernleihe aus ausländischen Bibliotheken vermittelt	731	633	655	685

Ausleihe nach Medienarten (Freihandbereich)

	2004		2005	
	Ausleihe	Anteil %	Ausleihe	Anteil %
Nonbooks (Videos, CDs, CD-ROMs)	45 718	41.65 %	47 677	42.12 %
Bücher	64 051	58.35 %	65 523	57.88 %
Total	109 769	100.00 %	113 200	100.00 %

Ausleihe Bücher nach Sachgebiet (Freihandbereich, ohne Liechtensteinensia)

	2004		2005	
	Ausleihe	Anteil %	Ausleihe	Anteil %
<i>Kinder, Jugend</i>				
Belletristik	24 273	38.28 %	25 088	40.08 %
Sachbücher	3 612	5.70 %	3 380	5.40 %
<i>Erwachsenenbibliothek</i>				
Belletristik	15 846	24.99 %	15 857	25.34 %
Sachbücher	19 673	31.03 %	18 264	29.18 %
Total	63 404	100.00 %	70 289	100.00 %

Aufteilung Sachbücher

	2004		2005	
	Ausleihe	Anteil %	Ausleihe	Anteil %
DK0 Allgemeines	88	0.47 %	262	1.46 %
DK1 Philosophie/ Psychologie	2 248	12.01 %	1 971	10.96 %
DK2 Religion/ Theologie	406	2.17 %	873	4.85 %
DK3 Sozialwissen- schaften/ Politik	2 173	11.61 %	2 620	14.56 %
DK5 Mathematik/ Natur- wissenschaften	913	4.88 %	656	3.65 %
DK6 Angewandte Wissenschaften	4 118	21.99 %	3 427	19.05 %
DK7 Kunst/ Musik/ Spiel	2 043	10.91 %	1 906	10.59 %
DK				
796-799 Sport			995	5.53 %
DK8 Sprache/ Literatur	687	3.67 %	727	4.04 %
DK91 Geographie	3 099	16.55 %	3 084	17.14 %
DK92 Biographien	1 083	5.78 %	957	5.32 %
DK93-99 Geschichte	535	2.86 %	410	2.28 %
Ohne DK	168	0.90 %	103	0.57 %
Total	18 724	100.00 %	25 964	100.00 %

¹⁾ 2003 in DK 91 enthalten

Bibliotheksbenutzung 1995-2005

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Ausleihe aus eigenen Beständen	67 693	75 847	75 849	72 906	87 649	91 435	88 953	104 896	104 281	113 407	113 200
Verlängerungen *							10 028	12 401	15 921	19 987	23 006
Ausleihe - davon an ausländische Bibliotheken	(555)	(670)	(610)	(1085)	(811)	(240)	(102)	(81)	(123)	(101)	(98)
Ausleihe aus ausländischen Bibliotheken	1 495	1 730	1 310	1 224	1 318	857	811	731	633	655	685
Total Ausleihe	69 188	77 577	77 159	74 130	88 967	92 815	99 792	118 028	120 835	134 049	136 891
neu eingeschriebene Leser und Leserinnen					1 020	723	1 035	1 115	1 145	1 110	933
aktive Leserinnen und Leser	3 971	4 095	3 993	3 772	4 029	4 064	4 219	4 542	4 583	4 807	4 789
Ausleihtage	238	246	237	240	239	246	242	242	243	244	243
Ausleihvorgänge pro Tag	286	315	326	309	372	377	412	488	497	549	563

*) ab 2001 werden Verlängerungen getrennt aufgeführt

Liechtensteinisches Landesmuseum

Präsidentin: lic. phil. Eva Pepic

Museumsleiter: lic. phil. I Norbert W. Hasler

Stiftungsrat

Mag. Edmund Banzer, Hohenems

Christel Hassler, Schellenberg

Lic. phil. Roland Hilti, Ruggell

Maria Marxer, Gamprin

Lic. phil. Eva Pepic, Triesen (Präsidentin)

Luise Walser, Vaduz

Dr. Thomas Wilhelm, Vaduz

Museumskommission

Lic. phil. Norbert W. Hasler, Schaan (Vorsitz)

Johann Otto Oehry, Triesen

Univ. Prof. Dr. Elmar Vonbank, Bregenz

Manfred Wanger, Planken

Stiftungsrat und Museumskommission

Der Stiftungsrat hat an insgesamt fünf Sitzungen getagt und dabei seine statutarischen Aufgaben wahrgenommen. Neben grundlegenden museologischen Sachfragen waren es in erster Linie personelle, finanzielle und innerbetriebliche Probleme, mit denen sich der Stiftungsrat eingehend auseinandergesetzt hat. Ein besonderes Anliegen des Stiftungsrates war es, Gesetz und Statuten der Stiftung Liechtensteinisches Landesmuseum aus dem Jahre 1972 einer längst fälligen Neufassung zuzuführen. Der Prozess wurde durch den in Aussicht gestellten Einbezug des Postmuseums – bisher unter administrativer Leitung des Amtes für Briefmarkengestaltung – unter die Leitung des Liechtensteinischen Landesmuseums (ab 1. Januar 2006) vorerst eingestellt.

Die Museumskommission hat sich an zwei Sitzungen mit allgemeinen Museumsfragen und namentlich mit Sammlungsankäufen und Themen künftiger Sonderausstellungen und Aktivitäten auseinandergesetzt. Einer der massgebenden Diskussionspunkte war der Ankauf der umfangreichen, nahezu tausend Objekte umfassenden Wachssammlung nach Hubert Bühler, Eschen. Die gesamte Sammlung wurde vom 4. bis 6. April 2005 zur konservatorischen, restauratorischen und wissenschaftlichen Begutachtung in die Depots- und Werkstatträume des Landesmuseums nach Triesen überführt.

Verwaltung

Der administrative Aufwand wächst auch im Landesmuseum von Jahr zu Jahr kontinuierlich. Mit grosser Umsicht wurden auch im Berichtsjahr 2005 laufend infrastrukturelle und innerbetriebliche Optimierungen durchgeführt. Projekt und Sonderkredit «Ausstellungen Liechtensteinisches Landesmuseum» konnten auf Ende 2005 definitiv abgeschlossen werden.

Eine neue Herausforderung für die Museumsleitung liegt in der oben erwähnten Eingliederung des Postmuseums in die Stiftung Liechtensteinisches Landesmuseum. Das Postmuseum wird inskünftig als Aussenstelle des Liechtensteinischen Landesmuseums geführt und das Personal des Postmuseums in den Personalbestand des Landesmuseums übernommen. Die administrative Leitung und Verwaltung erfolgt ab 1. Januar 2006 durch das Landesmuseum.

Wie so oft in den vergangenen Jahren, stand das Landesmuseum für zahlreiche Anfragen hilfreich zur Seite, was wiederum in mehreren Publikationen und Produktionen (Filme, Videos etc.) seinen bleibenden Niederschlag gefunden hat. Insbesondere das zwischenzeitlich sehr reichhaltige Bildarchiv des Landesmuseums erfreut sich einer stets steigenden Nachfrage, vor allem für Wissenschaft und Forschung.

Museumsleitung und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahmen an zahlreichen Fachtagungen, Weiterbildungskursen und Seminarien teil und wirkten in vielfältigen kulturellen Kommissionen und Projekten auch ausserhalb des Museums aktiv mit.

Im August 2005 wurde ein dreitägiges Seminar für das Führungsteam mit dem Vertiefungsthema «Schulklassen» unter der Leitung der Museumspädagoginnen Flavia Krogh, St. Gallen, und Regula Frei, Zürich, durchgeführt.

Neben mehreren Publikationen in Fachzeitschriften versuchte die Museumsleitung in zahlreichen Radiointerviews sowie mit Beiträgen und Inseraten in den Tageszeitungen die Öffentlichkeit zu informieren und damit die Öffentlichkeitsarbeit effizienter umzusetzen.

Mit Leihgaben aus seinen Sammlungsbeständen war das Liechtensteinische Landesmuseum an der Ferdinand-Nigg-Ausstellung unter dem Titel «Über Kreuz mit der Welt. Ferdinand Nigg und Schüler. Magdeburger Jahre 1903 – 1912», die vom 1. Juli bis 19. August 2005 im Forum Gestaltung in Magdeburg zu sehen war, beteiligt. Die Magdeburger Ausstellung wird 2006 im Kunstmuseum Liechtenstein gezeigt werden. Mehrere Sammlungsobjekte des Landesmuseums bereicherten auch die Sonderausstellung «Göttin, Hexe, Heilerin» im Küfer-Martis-Huus in Ruggell vom 26. August 2005 bis 27. November 2005.

Museumspersonal

Das Landesmuseum arbeitete auch im Berichtsjahr im wesentlichen mit dem seit der Neueröffnung 2003 bestehenden Mitarbeiterstab. Einzig im Kassa- und Aufsichtsdienst sind drei Aus- und ebenso viele Neueintritte zu verzeichnen.

Im Berichtsjahr konnten zwei Personen während jeweils zwei Monaten als Feriapraktikanten Einblick in die vielseitige Museumsarbeit nehmen.

Chronologie von Besuchen und Veranstaltungen

Trotz zahlreicher Anlässe, Veranstaltungen und Events verschiedenster Art hält sich der Besucherandrang in relativ bescheidenen Grenzen. Die Besucherzahl bewegt sich im Rahmen des Vorjahres bei knapp 15 000. Es kann festgestellt werden, dass die speziellen Anlässe in der Regel sehr gut besucht sind, dass sich die Besucherinnen und Besucher demzufolge auf Events festlegen und dies dann mit einem Museumsrundgang verbinden. Überdies wurden im Berichtsjahr mehr als hundertzwanzig geführte Rundgänge durch die Dauerausstellungen wie durch die Wechseiausstellungen durchgeführt. Das Echo vieler Besucherinnen und Besucher im Gästebuch ist nach wie vor sehr positiv.

Über die bedeutendsten Ereignisse und Besuche im Liechtensteinischen Landesmuseum gibt die Homepage des Landesmuseums in Rückschau und Fotogalerie laufend einen aktuellen Einblick.

Bis zum 6. Februar 2005 zeigte das Liechtensteinische Landesmuseum neben den Dauerausstellungsbe-

reichen zur Kultur- und Naturgeschichte Liechtensteins und der Region die Sonderausstellung «Über die Alpen. Menschen, Wege, Waren».

Im Rahmen dieser Ausstellung hielt Dr. Gudrun Schnekenburger aus Konstanz, Archäologin und massgebend am Konzept dieser ARGE-Alp-Ausstellung beteiligt, am 28. Januar den Vortrag «Steinige Äcker und Transitwege – Alpines Leben in alter Zeit».

Am 30. Januar 2005 fand im Medienraum des Landesmuseums ein ganz spezieller Anlass im Beisein IIDD. Erbprinz Alois und Erbprinzessin Sophie von und zu Liechtenstein mit Prinzessin Marie Caroline statt: «Thuro – Eine literarischmusikalische Aufführung».

Am 28. Februar 2005 stellten Vorstand und Mitglieder des Verbandes Museen der Schweiz (VMS / AMS) dem Liechtensteinischen Landesmuseum einen Besuch ab. Auch hier rundeten kollegiale und fachspezifische Gespräche den Rundgang durch die Ausstellungen ab.

Vom 14. bis 16. April 2005 fand im Landesmuseum die Fachtagung «Schädlinge an Sammlungsgut. Tierische Schädlinge, Pilze, Schimmel. Erkennen, Bekämpfen» für Konservatoren und Restauratoren statt. Bestens organisiert von Thomas Müssner, Restaurator des Liechtensteinischen Landesmuseums und Peter Niederklopper, Präparator der Naturkundlichen Sammlung, wurde die Tagung mit zwanzig Teilnehmerinnen und Teilnehmern vom Fachexperten Dozent Dr. M.H.B. Hering vom Institut für Restaurierung und Archäometrie in Fürth / D, gehalten.

Am 2. Mai 2005 fand ein Besuch des luxemburgischen Justiz- und Schatzministers Luc Frieden mit Begleitung im Liechtensteinischen Landesmuseum statt.

Frau Barbara Hendricks, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland, wurde am 3. Mai 2005 mit Vertretern der Regierung und des Protokolls durch die Ausstellungen geführt.

Im Rahmen einer Exkursion des Fachcolloquiums «Geschichte im Museum» vom 3. Mai 2005 führte Univ. Prof. Dr. Roger Sablonier, Zürich, der in den Jahren 1999 bis 2002 massgeblich an der Konzeptentwicklung der Dauerausstellungen des Liechtensteinischen Landesmuseum mitgewirkt hat, zahlreiche Studentinnen und Studenten der Universität Zürich nach Vaduz. Nach einem Rundgang fand eine sehr lebhaft Diskussionsrunde mit der Museumsleitung über museale und museologische Fragen und Zusammenhänge statt.

Am 24. Mai 2005 tagten rund hundert Personen von Rotary International Italien, Schweiz, Liechtenstein, San Marino und Albanien im Landesmuseum, verbunden mit Führungen durch sämtliche Ausstellungen.

Vom 23. bis 27. Mai 2006 fand der Aufbau der Sonderausstellung «Die Welt der Ili Kronstein» in den Wechseiausstellungsräumen des Landesmuseums statt. Die von Arthur Brunhart, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Landesmuseums, kuratierte Ausstellung fand in enger Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum Wien und

den Töchtern von Ili Kronstein, Prof. Gerda Lerner, Wisconsin-Madison, USA und Nora Kronstein-Rosen, aus Kiriat Ono bei Tel Aviv, Israel, statt. Die Ausstellung war der Beitrag des Landesmuseums zum Gedenkjahr 2005 «60 Jahre Ende des II. Weltkrieges». Die Ausstellungs-gestaltung leitete Architekt Christian Prasser aus Wien.

In Anwesenheit S.D. Fürst Hans Adam II. von und zu Liechtenstein, Landtagspräsident Klaus Wanger, Regierungschef Otmar Hasler, Prof. Gerda Lerner, USA, Nora und Alex Kronstein-Rosen aus Israel sowie zahlreicher in- und ausländischer Gäste wurde die Ausstellung am 31. Mai 2005 feierlich eröffnet. Sie dauerte bis 6. November 2005. Viele Gäste des Landesmuseums waren nach dem Besuch dieser tiefgründigen und anspruchsvollen Ausstellung von Leben und künstlerischem Werk der Ili Kronstein und ihrer beiden Töchter berührt und betroffen.

Die Museumskommission des Naturhistorischen Museums der Burgergemeinde Bern besuchte am 10. Juni 2005 das Liechtensteinische Landesmuseum. Neben einer Einführung in das Museums- und Ausstellungskonzept, der Vorstellung der konzeptionellen Grundlagen des naturkundlichen Bereiches und der Naturkundlichen Sammlung, dem Präparatorium und der Naturkundlichen Forschung in Liechtenstein standen ein Rundgang durch die Ausstellungen sowie ein reger Gedankenaustausch im Zentrum des Programmes.

Am 15. und 16. Juni 2005 weilte eine Kulturdelegation aus der Volksrepublik China, angeführt von Frau Jiao Zhanglan, Generaldirektorin des Kultur-Departements des staatlichen Postbüros in Peking, anlässlich der Präsentation der Gemeinschaftsbriefmarken zwischen China und Liechtenstein im Fürstentum und stattete bei dieser Gelegenheit dem Landesmuseum einen Besuch ab. Der Museumsleiter war zu mehreren Gesprächen und Begegnungen mit den Gästen aus China eingeladen.

Das Organisationskomitee «200 Jahre Souveränität Liechtenstein 1806-2006» hielt am 24. Juni 2005 seine erste Pressekonferenz im Medienraum des Liechtensteinischen Landesmuseums ab und stellte die für 2006 geplanten Projekte vor.

Am 26. Juni 2005 wurde im Rahmen einer Matinée-Feier im Medienraum des Liechtensteinischen Landesmuseums des Bildhauers Engelbert Ospelt (1917 – 2002) aus Vaduz gedacht. Bei diesem Anlass wurden die Publikation «Der Stein formt auch den Menschen. Engelbert Ospelt, Bildhauer» – u. a. mit einem Beitrag des Museumsleiters Norbert W. Hasler – sowie ein Filmporträt über Engelbert Ospelt von Sebastian Frommelt einem interessierten Publikum vorgestellt.

Am 29. Juni 2005 präsentierte Aniko Risch ihre neuartige Darstellung des Liechtensteinischen Landesmuseums im Internet, eine Diplomarbeit zum Abschluss ihres Studiums an der Hochschule für Gestaltung und Kunst in Luzern, welche die virtuelle Kulturvermittlung im Landesmuseum zum Thema hat.

Am Staatsfeiertag konnte man das Liechtensteinische Landesmuseum bei freiem Eintritt besuchen, wovon

mehr als 500 Besucherinnen und Besucher Gebrauch machten. Das Museum bot Führungen durch die Ausstellungen und ein durchgehend betreutes museumspädagogisches Kinderprogramm an.

Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein und die Regierung des Kantons Appenzell AR statteten am 23. August 2005 dem Liechtensteinischen Landesmuseum einen Besuch ab.

Am 5. September 2005 wurde in einer Medienorientierung im Landesmuseum die breite Palette des Führungsangebotes des Landesmuseums der Öffentlichkeit vorgestellt. Ein eigens gestalteter Flyer «Zu Gast im Liechtensteinischen Landesmuseum» gibt allen Interessierten Einblick in Führungen, Angebote und Anlässe, die im Museum möglich sind.

Am 14. September 2005 fand die Mitgliederversammlung der Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein im Medienraum des Landesmuseums statt. Unter anderem gab der Museumsleiter eine Einführung in die Ausstellungen und das Museumskonzept, das für die Neueröffnung des Landesmuseums 2003 umgesetzt wurde. Ein freier Rundgang durch die Ausstellungen mit anschließendem Apéro beschloss diesen Anlass.

Im Medienraum und Foyer des Landesmuseums wurde am 15. September 2005 die bemerkenswerte und vielbeachtete Sonderausstellung «Gletscher im Treibhaus. Eine fotografische Zeitreise in die alpine Eiswelt», ein Projekt des Liechtensteinischen Landesmuseums und der CIPRA Liechtenstein sowie zahlreicher weiterer Liechtensteinischer Umweltorganisationen eröffnet. Das Bildmaterial wurde von der Gesellschaft für ökologische Forschung e.V. München zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der Ausstellungseröffnung konnte der Dokumentarfilm «Das Ende der Gletscher» in Anwesenheit des renommierten Filmemachers Uwe Müller aus Bremen erstmals aufgeführt werden. Die Ausstellung mit einem interessanten Rahmenprogramm von Vorträgen und Exkursionen dauerte bis 9. Oktober 2005.

Überdies wurde ein breites museumspädagogisches Angebot entwickelt, das von den Schulen des Landes genutzt wurde.

Am 16. September 2005 wurde im Landesmuseum der Europa-Tag des Denkmals mit einer Ansprache von Frau Regierungsrätin Rita Kieber-Beck und dem Vortrag des Burgenforschers Dr. Heinrich Boxler «Von Burg zu Burg im Fürstentum ...» eröffnet.

Erstmals beteiligte sich das Landesmuseum am 8. Oktober 2005 an der vom ORF organisierten «Langen Nacht der Museen». Ein eigens erarbeitetes, vielfältiges Rahmenprogramm wurde angeboten und mit annähernd fünfhundert Besuchen – vielen aus der Region Vorarlberg und der Schweiz – reichlich genutzt.

Auf dem Programm standen Führungen durch die Dauerausstellungen wie durch die Sonderausstellungen «Die Welt der Ili Kronstein» und «Gletscher im Treibhaus». Im Foyer des Landesmuseums begegneten die Besucher «heimlichen Eulen und komischen Käuzen».

Peter Niederklopper und Michael Fasel zeigten Präparate aller einheimischen Eulen und Käuze, verbunden mit Informationen über Lebensart und Lebensraum dieser beeindruckenden Vogelwelt.

Im Verlaufe der «Langen Museumsnacht» waren zwei Konzerte mit klassischer Musik des Gitarrenquartetts «Quattro Stagioni» zu hören. Im offenen Loggiaraum des Landesmuseums, erzählte Katja Langenbahn Kindern und Erwachsenen «Sagen aus Liechtenstein». Im Medienraum wurde der Dokumentarfilm «Das Ende der Gletscher» von Uwe Müller vorgeführt. Ein Wettbewerb sowie ein Imbiss-Büffet in der Cafeteria erwiesen sich als willkommene Ergänzungen zum reichhaltigen Programm.

Ebenso war das Landesmuseum erstmals Partner mit dem Kunstmuseum Liechtenstein, dem Kunstraum Engländerbau und dem Theater am Kirchplatz in Schaan im Projekt «Liechtensteiner Familientag», der am 23. Oktober 2005 durchgeführt wurde. Über beide Anlässe wurde am 18. Oktober 2005 in einer gemeinsamen Pressekonferenz im Kunstmuseum Liechtenstein orientiert.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten des Liechtensteinischen Landesmuseums zu diesem Familientag lag im Bereich der Archäologie. Begleitet von Archäologinnen und Archäologen konnten sich die Besucherinnen und Besucher an einer nachgestellten Grabung aktiv auf Spurensuche begeben, wurden in die archäologischen und anthropologischen Forschungsarbeiten eingeführt und lernten die akribische Arbeit der archäologischen Restauration näher kennen. Es war beeindruckend zu erleben, mit welchem Eifer und Elan die vorwiegend «jungen Archäologen und Forscher» unermüdlich zu Werke gingen. Eine Ausstellung der bearbeiteten Fundstücke in Vitrinen im Foyer bildete den krönenden Abschluss der Tätigkeit der künftigen Wissenschaftler.

Am 27. Oktober 2005 begann mit dem Vortrag von lic. phil. Esther Tisa Francini über «Liechtenstein und der internationale Kunstmarkt 1933 – 1945» eine fünfteilige Vortragsreihe über die Ergebnisse der Tätigkeit der Unabhängigen Historikerkommission Liechtenstein im II. Weltkrieg, deren Mitglied und Vizepräsident Arthur Brunhart vom Liechtensteinischen Landesmuseum war. Es folgten am 3. November 2005 der Vortrag von lic. phil. Ursina Jud «Liechtenstein und die Flüchtlinge zur Zeit des Nationalsozialismus» am 10. November 2005 von Dr. Hanspeter Lussy, «Finanzbeziehungen Liechtensteins zur Zeit des Nationalsozialismus», am 17. November 2005 von lic. phil. Veronika Marxer, «Liechtensteinische Industriebetriebe und die Frage nach der Produktion für den deutschen Kriegsbedarf 1939 – 1945». Den Abschluss dieser Vortragsreihe, die teilweise mit vorangehenden Führungen durch die Ausstellung «Die Welt der Ili Kronstein» verbunden war, bildete der bemerkenswerte Vortrag von PD Dr. Peter Geiger, Präsident der Unabhängigen Historikerkommission am 1. Dezember 2005 zum Thema «Unabhängige Historikerkommission: Gesamtfazit, zeitgenössischer Kontext, internationaler Vergleich».

Ein Besuch der Museumskommissionen des Kantonsmuseums Aarau im Liechtensteinischen Landesmuseum fand am 29. Oktober 2005 statt.

Am 7. November 2005 weilte Regierungsrat Dr. Martin Meyer mit der Direktion des Bundesamtes für Gesundheit Bern im Liechtensteinischen Landesmuseum.

Am 9. November 2005 stattete eine Militärdelegation, die Vereinigung der Instrukturen und Angestellten am Infanterie-Ausbildungszentrum Walenstadt unter Führung von Oberst Max Crivelli dem Liechtensteinischen Landesmuseum einen Besuch ab und liess sich durch die Ausstellungen führen.

Am 26. November 2005 stand auch das Landesmuseum als Teil des historischen Regierungsviertels im Zentrum des Projektes «100 Jahre Regierungsgebäude – Tag der offenen Tür im Regierungsviertel in Vaduz». Das Landesmuseum zeigte aus diesem Anlass im Foyerraum eine Ausstellung von Plänen und Modellen verschiedener Bauprojekte im Regierungsviertel.

Das Landesmuseum beging in aller Bescheidenheit den zweiten Jahrestag nach der Neueröffnung des Museums vom 29. November 2003. So war es am Wochenende vom 26. und 27. November 2005 bei freiem Eintritt zu besuchen. Im Medienraum wurde der 2005 realisierte Dokumentarfilm über «Das Regierungsviertel» von Norbert Jansen und Daniel Schierscher dem interessierten Publikum gezeigt.

Am 2. Dezember 2005 konnte der Museumsleiter Norbert W. Hasler zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland, darunter I.D. Fürstin Marie von und zu Liechtenstein, zur Eröffnung der Sonderausstellung «Im Schutze mächtiger Mauern. Spätromische Kastelle im Bodenseeraum» begrüßen. Ausführungen von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck, Dr. Jörg Heiligmann, Leiter des Archäologischen Landesmuseums Baden-Württemberg, Konstanz, und ein Vortrag von Dr. Timo Hembach, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Archäologischen Landesmuseums Baden-Württemberg, Konstanz, und Kurator der Ausstellung, rundeten das Eröffnungsprogramm ab.

Die Ausstellung, ein Projekt des Liechtensteinischen Landesmuseums, des Archäologischen Landesmuseums Baden-Württemberg, des Amtes für Archäologie des Kantons Thurgau und des Vorarlberger Landesmuseums Bregenz zeigt neben Modellen eine Fülle spätantiker Funde aus Kastellen und spätromischen Höhensiedlungen des Bodenseeraums. Die Ausstellung dauert bis 7. Mai 2006.

Bereits zum dritten Mal seit der Neueröffnung lud das Liechtensteinische Landesmuseum am 10. Dezember 2005 zum Hauskonzert im Barocksaal des Museums ein mit Einbezug des historischen Orgelpositivs aus dem 17. Jahrhundert. Zur Aufführung durch das bewährte Ensemble mit Josef, Helga und Clarissa Frommelt, Thomas Dünser und Maciej Zborowski an der Orgel gelangten Werke von Johann Abraham Schmikerer, Georg Philipp Telemann, Girolamo Frescobaldi, Antonio Caldara, Giovanni Battista Bononcini, Carlo Tassarini, Benedetto

Marcello, Giacomo Carissimi und Francesco Mancini. Erstmals begeisterte die Sopranistin Celia Längle das zahlreich erschienene Publikum mit ihrer gesanglichen Interpretation. Dank einem Mitschnitt wird das Konzert erneut auf CD erscheinen.

Dank einem reichhaltigen Angebot unterschiedlichster Veranstaltungen ist die Institution Liechtensteinisches Landesmuseum für Viele ein geschätzter und gerne besuchter Ort der Begegnung geworden.

Museumspädagogik

Der professionellen Vermittlung von Inhalten eines Hauses kommt heute in der Museumswelt immer mehr Bedeutung zu. Die nachhaltige Vermittlung von Ausstellungsinhalten wird neben entsprechenden Publikationen in erster Linie durch fachkundige, auf die jeweilige Gruppe ausgerichtete Führungen und gruppenspezifische Veranstaltungen wie Workshops u.a.m. erreicht. Auch in diesem Bereich hat die Museumsleitung im Berichtsjahr eigene Projekte vorbereitet und umgesetzt. Am 8. und 11. August 2005 wurden die bereits 2004 auf grosse Resonanz gestossenen Projekte des Kindersommers «Von Fröschen und Prinzessinnen» und «Igelstacheln und Samtkleider» durch die Museumspädagoginnen Regula Frey und Flavia Krogh wiederholt.

Am 15. August 2005 betreute Ingeborg Hilty mit einem abwechslungsreichen Angebot zahlreiche Kinder bei ihrem Besuch im Liechtensteinischen Landesmuseum.

An mehreren Nachmittagen im September und Oktober 2005 brachten die Museumspädagoginnen Dr. Nicole Ohneberg und Judith Näscher auf spielerische Weise zahlreichen Kindern und Jugendlichen «Die Welt der Ili Kronstein» näher.

Zum Abschluss des Jahresprogramms wurde am 11. Dezember 2005 das Kindertheater «Das Weihnachtsmonster – Ein Märchen für die ganze Familie» von Stephan Teuwissen wiederholt.

Publikationen

Im Juli 2005 erschien der reich illustrierte Jahresbericht 2004 des Landesmuseum im Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, ergänzt durch einen Beitrag «Liber Regni Vegetabilis – Der Codex Liechtenstein» von Norbert W. Hasler.

Zur Sonderausstellung «Die Welt der Ili Kronstein» erschien eine gleichnamige, 60 Seiten umfassende Publikation mit Beiträgen von David Bankier, Arthur Brunhart, Elke Doppler, Werner Hanak und Nora Kronstein-Rosen.

Am 22. Oktober 2005 wurde der von Gudrun Schneckeburger, Konstanz, verfasste, von Hansjörg Frommelt, Triesen, redigierte und von Hans Peter Gassner, Vaduz, gestaltete Kinderführer durch die Dauerausstellungen des Liechtensteinischen Landesmuseums mit dem Titel «Bärenzahn und Internet» der Presse vorgestellt.

«Im Schutze mächtiger Mauern. Spätromische Kastele im Bodenseeraum» ist auch der Titel der 116 Seiten umfassenden Begleitpublikation zur gleichnamigen

Ausstellung, unter anderem mit Beiträgen von Mag. Ulrike Mayr, herausgegeben von Norbert W. Hasler, Jörg Heiligmann, Markus Höneisen, Urs Leuzinger und Helmut Swozilek.

Sammlungen

Auf dem weiten Gebiet der Museumssammlungen konnten auch im Berichtsjahr wieder einige Lücken geschlossen werden. Verschiedene Sammlungskomplexe haben Eingang in die Museumssammlungen gefunden, so dass sich die Objektzahl auf mehr als 2 500 Neuzugänge beläuft.

Die Gemeinde Vaduz hob ihre bisherige Kulturgüterammlung auf – vorwiegend landwirtschaftliche Gerätschaften und Objekte der Alltagskultur. Eine grosse Anzahl dieser Objekte wurde vom Liechtensteinischen Landesmuseum in seine Depotsammlung übernommen.

Von privater Seite gelangten zwei umfangreiche Sammlungen von sog. Andachtsbildchen, zum Teil kostbare Spitzenbildchen aus dem 18. und 19. Jahrhundert, als Schenkung zum Landesmuseum. Ebenso konnte der Sammlungsbereich von Ansichtskarten durch gezielte Ankäufe und Schenkungen ausgebaut werden. An Ankäufen sind vor allem das Gemälde «Balzers, Blick nach Westen» des Vorarlberger Malers Martin Häusle (1956), Grafiken und kartografische Blätter zu erwähnen.

Die im April 2005 übernommene Wachssammlung nach Hubert Bühler, Eschen, stellt wohl den bedeutendsten Neuzugang in die Museumssammlungen dar. Erst genaue Untersuchungen zeigten jedoch einen sehr starken Schimmelbefall der Sammlung auf, was umfassende konservatorische und restauratorische Massnahmen bedingt. Nach gründlichen Abklärungen des Schadensbefalls und Analysen von Schimmelproben entwickelte Thomas Müssner, Restaurator beim Landesmuseum, zusammen mit Dr. M.H. Bernd Hering aus Fürth/D eine Methode auf der Basis einer konzentrierten Alkohollösung zur Behebung des Schimmelbefalls mit gleichzeitiger schonender Objektreinigung, die in den eigenen Werkstatträumlichkeiten durchgeführt werden kann. Die Durchführung der konservatorischen Massnahmen zur Schadensbehebung und Restaurierung der annähernd tausend Sammlungsobjekte werden rund zwei Jahre intensiver Arbeit in Anspruch nehmen. Ein Querschnitt durch die Sammlung wird anschliessend in einer Sonderausstellung gezeigt werden.

Aussenstelle Wohnmuseum Schellenberg

Das Wohnmuseum Haus Nr. 12 in Schellenberg, eine Aussenstelle des Liechtensteinischen Landesmuseums, konnte im Berichtsjahr rund 500 Besucherinnen und Besucher verzeichnen.

Im November 2005 wurden sämtliche Innenräume des Gebäudes einer Spezialbehandlung gegen Schädlingsbefall durch Samuel Götsch, Fa. Holzschutz, Birnensdorf, unterzogen.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber:

Regierungsrat Dr. Alois Ospelt bis 21. April 2005

**Regierungschef-Stellvertreter Dr. Klaus Tschüscher
ab 21. April 2005**

Im Berichtsjahr erstreckte sich die Tätigkeit des Ressorts Sport auf verschiedene Arbeits- und Projektschwerpunkte. Als wegweisende Neuerung und Grundlage im Bereich des Sports ist die Verabschiedung des «Konzepts der Regierung für die Sportpolitik in Liechtenstein» (Sportkonzept) zu nennen. In diesem Zusammenhang wurde anlässlich des alljährlich stattfindenden Sportseminars, das sich dem Thema der Umsetzung des Sportkonzepts widmete, sogleich der nächste Schritt vollzogen. Mittels Abänderung der Verordnung über den Spitzen- und Leistungssport wurden verschiedene im Zuge der Umsetzung erkannte Mängel behoben. Die durch den entsprechenden Bericht und Antrag erwirkte Zustimmung des Landtags zur Übernahme des Zusatzprotokolls vom 12. September 2002 zum Übereinkommen des Europarats gegen Doping dokumentierte die weiterhin konsequente Haltung der Regierung bei der Dopingbekämpfung. Mit der Erarbeitung eines Entwurfs zu einer Leistungsvereinbarung mit dem LOSV wurde der Weg bereitet, um die Rahmenbedingungen bzw. die Zusammenarbeit im Sport auch in diesem Punkt einer Klärung zuzuführen. In Bezug auf die Fussballeuropameisterschaft 2008 in Österreich und der Schweiz wurden erste Sondierungsgespräche betreffend die allfällige Beteiligung Liechtensteins geführt. In sportlicher Hinsicht stellten die 11. Kleinstaatenspiele in Andorra den Höhepunkt des Berichtsjahres dar. Die dritte Verleihung des «Goldenen Lorbeerblatts» der Regierung für besondere Verdienste um den Sport in Liechtenstein an herausragende Sportpersönlichkeiten war zugleich ein Dank an die ganze Sportfamilie für ihren Einsatz, Arbeit und Leistungen im vergangenen Jahr.

Sportkonzept

Die Regierung hat im Berichtsjahr «Das Konzept der Regierung für die Sportpolitik in Liechtenstein» zur Kenntnis genommen und genehmigt. Dieses gibt Auskunft über die Grundsätze der zukünftigen Sportpolitik, deren Hauptziele und die hierfür notwendigen Massnahmen. Der Sport wurde im Konzept in seiner ganzen Vielfalt beleuchtet, so dass die Umsetzung des Konzepts unter Berücksichtigung der verschiedenen mit dem Sport verbundenen Aspekte bereichsübergreifend erfolgen muss. Insbesondere der Sportkommission kommt hierbei eine zentrale koordinierende Rolle zu. Aber auch andere staatliche und nicht-staatliche Stellen, wie der bereits an der Erarbeitung beteiligte Liechtensteinische Olympische Sportverband (LOSV), sind zur aktiven Mitarbeit aufgerufen. In das für die Zukunft wegweisende Sportkonzept fand das breite Fachwissen von Sportkommission und LOSV Eingang, so dass es von allen Beteiligten und Betroffenen getragen wird.

Abänderung der Verordnung über den Spitzen- und Leistungssport

Die Regierung genehmigte im Berichtsjahr die Abänderung der Verordnung über den Spitzen- und Leistungssport. Die aus der Praxis bei der Beurteilung von sportlichen Leistungen und Resultaten gewonnenen Erfahrungen hatten gezeigt, dass verschiedene Anpassungen der Verordnung notwendig waren. Die Sportarteneinteilung, welche die Grundlage für die Bestimmung der Förderbeträge ist, wurde differenzierter ausgestaltet und, neben den Kategorien A und B, um die Kategorie C erweitert. Eine weitere Änderung betraf die Nachwuchssportler. Neu wird hier bei der Gewährung einer Förderung in Bezug auf die Erreichung des Alters (16. Lebensjahr) auf den Jahrgang und nicht mehr auf das Datum des Geburtstags abgestellt. Zudem wird der Gewinn einer Goldmedaille an Kleinstaatenspielen nicht mehr mit wiederkehrenden Förderbeiträgen im Leistungssport, sondern mit einer einmaligen Prämie belohnt. Die entsprechenden Anpassungen der Prämien wurde von der Regierung ebenfalls beschlossen.

Die Verordnung über den Spitzen- und Leistungssport enthält Vorschriften, nach denen bei der Gewährung von Förderungen im Sinne des Sportgesetzes vorzugehen ist. Die Verordnung enthält zudem festgesetzte Minimalbeiträge. Für die Abwicklung der Spitzen- und Leistungssportförderung ist der eigens hierfür gebildete Spitzensportausschuss, der sich aus Vertretern verschiedener Institutionen und Interessengruppen zusammensetzt, zuständig.

11. Kleinstaatenspiele und Sportministerkonferenz in Andorra

Vom 30. Mai bis 4. Juni fanden in Andorra die 11. Kleinstaatenspiele statt. Der Ressortinhaber weilte auf Einladung der Andorranischen Regierung vom 30. Mai bis 1. Juni in Andorra. Auf dem Programm standen verschiedene Anlässe, unter anderem die Teilnahme an der Eröffnungsfeier und der Besuch verschiedener Wettkampfanstaltungen. Am 31. Mai 2005 fand eine Konferenz der Sportminister der Teilnehmerstaaten statt, an welcher der Ressortinhaber Liechtenstein vertrat. Das Thema der Konferenz war die Bekämpfung des Dopings im Sport. Diskutiert wurden hierbei die diesbezüglichen Möglichkeiten und die bereits in den einzelnen Staaten ergriffenen Massnahmen. Der Ressortinhaber konnte über die Anstrengungen Liechtensteins im Kampf gegen Doping berichten und bekräftigte, dass Liechtenstein die zuständigen Institutionen und Organisationen national sowie auch international weiterhin in ihren Bemühungen unterstützen werde.

Am Rande der Konferenz nutzte der Ressortinhaber die Gelegenheit zu mehreren bilateralen Gesprächen mit Amtskollegen betreffend den Sport. Begleitet wurde er vom Präsidenten der Sportkommission, Josef Eberle. Die Kleinstaatenspiele werden jedes zweite Jahr ausgetragen. Liechtenstein wird 2011 zum zweiten Mal nach 1999 Gastgeber der Spiele sein.

Sportseminar 2005

Anfang Juli fand im Haus Gutenberg in Balzers das 7. Sportseminar des Ressorts Sport mit der Sportkommission zum Thema «Umsetzung des Sportkonzepts» statt. Das Sportseminar 2005 diente dazu, das detaillierte Vorgehen zu diskutieren sowie die Koordination der notwendigen Massnahmen zu besprechen. Alle Teilnehmer des Sportseminars waren sich einig, dass die Umsetzung des Sportkonzepts mit vereinten Kräften vorangetrieben werden soll. Daher nahm der Vorstand des Liechtensteinischen Olympischen Sportverbandes (LOSV), der an dessen Erarbeitung wesentlich mitbeteiligt war, auch dieses Jahr am Sportseminar teil.

Besuch des Generaldirektors der UEFA

Im September traf sich der Ressortinhaber mit dem Generaldirektor der Europäischen Fussballunion UEFA, Lars Christer Olsson, zu einem Gespräch. Inhalt des Gedankenaustauschs waren vor allem Themen des Fussballsports wie die Rolle der kleinen Fussballverbände und -nationen innerhalb der UEFA, die wirtschaftliche Bedeutung des Fussballs und Fragen zur Sicherheit und zur Rolle des Staates im Zusammenhang mit der Veranstaltung von Fussballspielen. Auch ein möglicher Einbezug Liechtensteins in die EURO 2008 in Österreich und der Schweiz und die Entwicklung und Erfolge des liechtensteinischen Fussballs in der jüngeren Vergangenheit wurden angesprochen.

Zusatzprotokoll zum Übereinkommen des Europarats gegen Doping

Die Regierung hat im Berichtsjahr dem Landtag den Bericht und Antrag betreffend das Zusatzprotokoll vom 12. September 2002 zum Übereinkommen des Europarats gegen Doping von 1989 unterbreitet. Der Europarat befasst sich seit längerem mit dem Problem des Dopings. In Anbetracht des wachsenden Ausmasses dieses Problems hatte der Europarat beschlossen, ein Übereinkommen gegen Doping auszuarbeiten, um damit den Kampf gegen das Doping im Sport auf internationaler Ebene zu harmonisieren. Dieses Übereinkommen ist für Liechtenstein am 1. Juli 2000 in Kraft getreten. Im Mai 2000 wurde an der Sportministerkonferenz in Bratislava beschlossen, die Wirksamkeit des Dopingübereinkommens durch ein Zusatzprotokoll zu verstärken. Die zwei wesentlichen Ziele des Zusatzprotokolls sind die gegenseitige Anerkennung der Dopingkontrollen und die verstärkte Anwendung des Übereinkommens des Europarates gegen Doping durch einen verbindlichen Kontrollmechanismus.

Der Landtag hat dem Zusatzprotokoll an seiner Sitzung im November die Zustimmung erteilt.

Dritte Verleihung des Goldenen Lorbeerblatts der Regierung für besondere Verdienste um den Sport in Liechtenstein

Anfangs Dezember wurde durch den Ressortinhaber im Rahmen einer offiziellen Feier zum dritten Mal das Goldene Lorbeerblatt der Regierung für besondere

Verdienste um den Sport in Liechtenstein verliehen. Die Auszeichnung ging an Adolf Heeb und Roman Hermann. Die beiden Persönlichkeiten wurden für ihre herausragenden Leistungen und Erfolge im Radrennsport gewürdigt. Beide gehören zu den erfolgreichsten liechtensteinischen Sportlern überhaupt und haben sich auch als Funktionäre viel Anerkennung erworben.

Das Goldene Lorbeerblatt wird für herausragende Leistungen an Personen, welche sich um den Sport in Liechtenstein besonders verdient gemacht haben, und an erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler verliehen. Es ist die höchste Anerkennung, welche die Regierung im Bereich des Sports vergibt.

Magglinger-Tag

Im Dezember weilte der Ressortinhaber auf Einladung des schweizerischen Bundespräsidenten Samuel Schmid am 7. «Magglinger Tag» des Bundesamts für Sport (BASPO). Im Mittelpunkt des «Magglinger Tages 2005» stand die Ausrichtung der Fussballeuropameisterschaft 2008 durch die beiden Nachbarländer Schweiz und Österreich. Bundespräsident Schmid unterstrich die Bedeutung dieses Ereignisses für die Schweiz. Der Ressortinhaber deponierte in diesem Zusammenhang, dass unter Berücksichtigung der Grössenverträglichkeit und der vorhandenen Infrastruktur eine Integration Liechtensteins in die diesbezüglichen Rahmenaktivitäten vorstellbar und begrüssenswert wäre. Zudem nutzte er die Gelegenheit, um mit verschiedensten Persönlichkeiten aus der «Sportgemeinde Schweiz» persönliche Kontakte zu knüpfen bzw. zu pflegen.

Am mittlerweile zur Tradition gewordenen «Magglinger Tag» treffen sich jährlich über 400 Gäste aus Sport, Politik, Wirtschaft und Armee, um sich über aktuelle sportpolitische Themen auszutauschen.

Leistungsvereinbarung mit dem LOSV

Im Berichtsjahr legte das Ressort dem LOSV einen Entwurf zu einer Leistungsvereinbarung vor. Damit wird dem LOSV eine gesicherte finanzielle Basis konzidiert und einerseits eine bessere Dispositionsmöglichkeit geboten, andererseits die gegenseitigen Rechte und Pflichten bzw. Leistungen eindeutig definiert. Aufgrund der engen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen des Sports (z.B. Doping, Umsetzung Sportkonzept, Olympische Spiele, etc.) ist eine vertragliche Regelung hinsichtlich einer klaren Aufgabenzuteilung und dementsprechenden Leistungsaufträgen mit dem LOSV notwendig. Der Liechtensteinische Olympische Sportverband (LOSV) erhält jährlich einen Landesbeitrag von mehr als CHF 700'000. Hieraus bestreitet er vor allem die Kosten für den Unterhalt des Sportbüros, welches viele Leistungen, die für die Aufrechterhaltung des liechtensteinischen Sportbetriebes notwendig sind, erbringt. Die Vereinbarung soll anfangs 2006 unterzeichnet werden.

Die Leistungsvereinbarungen haben sich als geeignetes Instrument erwiesen, um die Zusammenarbeit zwischen der Regierung und verschiedenen Institutionen zu

regeln. Einerseits werden klar die Vorstellungen und Erwartungen wie auch die Aufgaben definiert und auf der anderen Seite werden auch die finanziellen Mittel umschrieben. Das Ressort Sport erachtet es für richtig, dieses Instrument auch im Bereich des Sports einzusetzen.

DIENSTSTELLEN

Dienststelle für Sport

Dienststellenleiter: Stefano Näscher

Die Aufgaben der Dienststelle für Sport umfassen die Unterstützung der Regierung in sämtlichen Fragen betreffend den Sport, die Leitung der Geschäftsstelle der Sportkommission sowie die Durchführung von Jugend und Sport in Liechtenstein. Der Personalbestand blieb mit der Leitung (100%) und der Sekretariatsstelle (50%) unverändert.

Jugend und Sport

Das Hauptziel von J+S ist die Vermittlung von jugendgerechtem Sport. Die J+S-Leitenden streben mit ihrer Fachkompetenz und dem respektvollen Umgang mit den Jugendlichen dieses Ziel an. Jährlich sind rund 350 J+S-Leitende, weitgehend ehrenamtlich, in der Jugendarbeit in Liechtenstein tätig.

Jugendausbildung

Die von Vereinen geführten Riegen, Mannschaften und Teams werden mit Pauschalbeiträgen unterstützt. Die J+S-Angebote umfassen den ganzen Jahresbetrieb, in ausgesprochenen Saison-Sportarten sind auch Halbjahreskurse möglich. Der Verein erhält für jede Trainingsgemeinschaft einen Pauschalbetrag, der sich nach der Anzahl der regelmässigen Trainings pro Woche, der Beteiligung an Wettkämpfen und der Trainingslager berechnet.

Die Statistik der J+S-Angebote 2005 präsentiert sich wie folgt:

Sportart	Angebote	Lager-tage	Saison-kurse	Jahres-kurse	Total kurse o. Lager-tage	Anzahl tätige Leiter
Badminton	1			1	1	2
Basketball	1			1	1	1
Fussball	12		65	13	78	85
Geräteturnen	11		10	9	19	39
Gymnastik und Tanz	2		7		7	5
Judo	2		1	5	6	2
Karate	3		5	3	8	6
Kunstturnen	1			1	1	3
Lagersport/ Trekking	2	16			16	6

Sportart	Angebote	Lager-tage	Saison-kurse	Jahres-kurse	Total kurse o. Lager-tage	Anzahl tätige Leiter
Leichtathletik	3			1	7	8
Rock n` Roll	2			2		2
Schullager	4	25				25
Schwimmen	4			7	10	17
Skifahren	14			32	7	39
Skilanglauf	2				3	3
Squash	1				2	2
Tennis	4			31	6	37
Tischtennis	3			1	2	3
Turnen	3			2	3	5
Unihockey	2			5		
Volleyball	6			18	6	
Gesamt	83	41	175	91	302	342





Administration

Die J+S-Administration erfolgt weitgehend elektronisch. Die Anmeldungen für Aus- und Fortbildungsmodulare werden via Internet von den Coaches getätigt. Durch die Änderung der «Downloads für Anwesenheitskontrollen» im Internet sind Fehler bei der Übertragung der Aktivitäten der Leiter entstanden. Diese Fehler konnten behoben werden, die Kursplanung und -verwaltung wurde übersichtlicher gestaltet, sodass einem reibungslosen Betrieb nichts mehr im Wege steht.

Nachwuchsförderung (NWF)

Die Grundvoraussetzung für die Nutzung der J+S-NWF ist ein Nachwuchskonzept des jeweiligen nationalen Sportverbandes, das sämtliche Elemente der Nachwuchsförderung bis auf die unterste Förderstufe aufzeigt und auf mehrere Jahre ausgerichtet ist. Durch enge Zusammenarbeit mit J+S-Magglings konnten die Voraussetzungen auch für Liechtenstein geschaffen werden. Die Anforderungen an die Verbände sind stark gestiegen und erfordern professionelle Trainer und Infrastruktur.

Nachwuchsangebote wurden von den verantwortlichen Verbandscoaches für folgende Sportarten gemeldet:

Fussball	Ski alpin	Ski nordisch	Tennis
			

Nationale Datenbank für Jugend und Sport (NDBJS)

Mit den «Upgrades» für die Datenbank im Jahr 2005 wurden wichtige Verbesserungen aufgeschaltet. Neben den bisherigen Daten ist nun ersichtlich, wie viele Knaben und Mädchen an den Kursen teilgenommen haben. Zudem ist die genaue Anzahl an Aktivitäten der im Einsatz stehenden Leiterinnen und Leiter erkennbarer. Ebenfalls neu hinzugekommen, als eine grosse Erleichterung für

das Controlling, ist das Mahnwesen. Dieses Tool ermöglicht eine bessere Kontrolle und eine pünktliche Abrechnung der unterstützten Vereinsangebote. Mit diesen Neuerungen können künftig wieder aussagekräftige Statistiken erstellt werden.

Coaches

Für J+S-Liechtenstein stellt der Coach, welcher administrativ die Vereinstrainer unterstützt, ein wichtiges Bindeglied zwischen den Vereinen und der Dienststelle für Sport dar. Die notwendigen EDV-Kenntnisse werden an den angebotenen Coach-Aus- und Weiterbildungen vermittelt. Die für die J+S-Coaches relevanten Formulare wurden neu überarbeitet und sollten nun in der angebotenen Form erhalten bleiben. Diese Überarbeitung hatte zum Ziel, den Coaches eine bessere Handhabung zu ermöglichen.

Kaderbildung

Leiter-Aus- und Weiterbildung

Die Kaderbildung umfasst die Aus- und Weiterbildung von J+S-Leiterinnen und Leitern, J+S-Coaches und J+S-Expertinnen und Experten. Die Ausbildung der J+S-Leiterinnen und Leiter erfolgt über eine sportartspezifische Grundausbildung. Die Weiterbildung ist modulartig aufgebaut. An J+S-Leiterkursen werden pädagogische, methodische und sportartspezifische Grundkenntnisse vermittelt. Zur Leiterausbildung werden Kandidatinnen und Kandidaten zugelassen, die im Kursjahr das 18. Altersjahr vollenden und vom zuständigen J+S-Coach empfohlen werden. Zur Weiterbildung werden J+S-Leiterinnen und Leiter zugelassen, die über eine ausreichende Leitertätigkeit verfügen und vom zuständigen J+S-Coach empfohlen werden.

Die Dienststelle für Sport führte in verschiedenen Sportarten Kurse mit insgesamt 223 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch:

Kaderbildungskurse 2005

Kurs	Sportart	Datum	Ort	Anz. Teiln.
Schneelager	Lagersport/ Trekking	7. - 9.1.	Mels	15
Pioniertechnik	Lagerport/ Trekking	15. - 17.4.	Schaan	20
Coachfortbildung	Alle	16.2.	Schaan	19
B-Diplom/ Modul 4:4 – 11:11 Modul	Fussball	23. - 27.5.	Schaan	23
Grundlagenalter	Fussball	1.6.	Schaan	24
Prüfungsmodul	Fussball	10.8.	Schaan	19
Modul Fortbildung	Fussball	11.3.	Ruggell	28
Modul Fortbildung	Fussball	22.8.	Schaan	31
Grundausbildung	Skifahren	29. - 31.10.	Sölden	
		17. - 19.2.2006	Malbun	18
Modul Fortbildung	Skifahren Club- trainerkurs	29. - 31.10.	Sölden	26

KOMMISSIONEN

Sportkommission

Präsident: Josef Eberle

Im Berichtsjahr hat die Sportkommission verschiedene Änderungen und Anpassungen der Grundlagen der Sportförderung vorgenommen. Neben der Anpassung von Reglementen konnte die Verordnung über den Spitzen- und Leistungssport überarbeitet und abgeändert werden. Die Sportkommission hat in insgesamt zehn Sitzungen mit 87 Traktanden über die verschiedenen Gesuche um Beiträge für Subventionen, Projekte, Jahresbeiträge sowie über weitere Geschäfte beraten. Die Besetzung der Sportkommission blieb seit der Neubestellung im Mai 2004 unverändert.

Geschäftsstelle der Sportkommission

Die Dienststelle für Sport ist als Geschäftsstelle für die Sportkommission der Fürstlichen Regierung tätig. Dieser Auftrag beinhaltet folgende Tätigkeiten:

- Bearbeitung aller administrativen Aufgaben und Weisungen der Sportkommission;
- Umsetzung der Protokollbeschlüsse;
- Zahlungswesen und Budgetkontrolle;
- Geschäftsstelle für den Spitzensportausschuss;
- Durchführung des Förderprogramms «Jugend und Sport».

Sportseminar

Auf Einladung des Ressorts Sport fand am 1. Juli 2005 das 7. Sportseminar im Haus Gutenberg in Balzers statt. Teilnehmer an diesem Seminar waren alle Mitglieder der Sportkommission und der Vorstand des Liechtensteinischen Olympischen Sportverbandes. Das Seminarthema war die Umsetzung des Sportkonzeptes der Fürstlichen Regierung und das Erarbeiten der entsprechenden Massnahmen.

Abänderung der Verordnung über den Spitzen- und Leistungssport

Die seit Inkrafttreten des Sportgesetzes und der Verordnungen im Jahr 2000 gemachten Erfahrungen des Spitzensportausschusses zu den Anträgen über Spitzen- und Leistungssportförderung haben Anlass gegeben, die Leistungskriterien und Einteilungen neu zu überarbeiten. Die Sportkommission konnte einen entsprechenden Vorschlag vorlegen, welcher von der Regierung verabschiedet wurde und seit 1. Oktober 2005 angewendet wird. Weiters wurde das Prämienreglement für erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler für herausragende Leistungen an Olympischen Spielen, Welt- oder Europameisterschaften angepasst.

Goldenes Lorbeerblatt

Bereits zum 3. Mal wurde diese Auszeichnung an zwei verdienstvolle Sport-Persönlichkeiten überreicht.

Adolf Heeb und Roman Hermann, zwei Radsportpioniere, wurden am 2. Dezember 2005 im Rahmen einer Feier durch Regierungschef-Stellvertreter und Sportminister Klaus Tschüscher und den Präsidenten der Sportkommission Josef Eberle geehrt.



Die Anstecknadel als äusseres Zeichen für die «Träger» des Goldenen Lorbeerblattes

Prämien für erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler

Für herausragende Leistungen an Olympischen Spielen, Welt- oder Europameisterschaften können Sportlerinnen und Sportler einen Erfolgsbeitrag erhalten. Im Berichtsjahr wurden 20 Sportlerinnen, Sportler oder Mannschaften mittels einer Erfolgsprämie mit einem Gesamtbetrag von CHF 81 000 aus der Sportförderung unterstützt. Eine Prämie wird bei Olympischen Spielen (Ränge 1-8), Weltmeisterschaften (Ränge 1-6), Europameisterschaften (Ränge 1-3) oder Europäischen Kleinstaatenspielen (Ränge 1-3) für die erreichten Platzierungen ausgerichtet.

Spitzensportausschuss

Der Spitzensportausschuss setzt sich wie folgt zusammen:

- Eberle Josef, Vorsitz;
- Beck-Blum Birgit, LOSV;
- Hasler Ernst, Sportkommission;
- Heeb Marcel, LOSV;
- Ott René B., Wirtschaftsvertreter;
- Meier Paul, Trainervertreter;
- Rothmund Nicole, Athletenvertreterin;
- Näscher Stefano, Dienststelle für Sport.

Im Berichtsjahr 2005 fanden zwei Sitzungen statt, an welchen 37 Gesuche (21 Wintersportarten, 16 Sommersportarten) behandelt wurden, wovon 29 Gesuchsteller eine Zusage für Förderbeiträge erhielten. Bei sieben Antragstellern konnte gemäss Verordnung keine Einstufung vorgenommen werden. Ein Antragsteller ist kurz nach Erhalt der Zusage zurückgetreten. Es erfolgten sechs Rücktritte oder Verzicht auf Förderbeiträge von Spitzen-, Leistungs- und Nachwuchssportlern.

Statistik

Folgende Tabelle zeigt auf, wie viele Personen im Berichtsjahr in den Bereichen Nachwuchs, Jugend-, Spitzen- und Leistungssport sowie Mannschaft gefördert wurden.

	Damen	Herren	Total
Spitzensportler	1	3	4
Leistungssportler	5	8	13
Nachwuchs	2	7	9
Jugend	2	2	4
Mannschaft		1	1
Total	10	21	31

Die geförderten Athletinnen und Athleten sind in den folgenden Sportarten tätig: Judo, Kickboxen, Pferdesport, Radsport, Ski Alpin, Ski Nordisch, Squash, Speed-Inline-Skating, Schiesssport, Triathlon/Duathlon.

Sportschüler im Ausland

Talentierte junge Sportlerinnen und Sportler sollen sich im Bereich der sportlichen Aus- und Weiterbildung entwickeln können und gefördert werden. Dazu sieht die liechtensteinische Sportförderung als Fördermassnahmen einen Unkostenbeitrag oder eine Kostenbeteiligung für Sportschülerinnen und Sportschüler an ausländischen Sportbildungsinstitutionen vor. Im Berichtsjahr 2005 waren 18 Schülerinnen und Schüler (8 Mädchen/10 Knaben) aus zwei Sportarten (Ski Alpin/Ski Nordisch) an sechs Schulen in der Schweiz und Österreich eingeschrieben, die mit einem Gesamtbeitrag von CHF 70 768 gefördert wurden.

Entwicklung der Sportförderung

Die finanziellen Aufwendungen für die Sportförderung haben sich seit dem Jahr 2002 mit einem Gesamtaufwand von CHF 3.2 Mio. Franken auf etwa gleich bleibendem Niveau etabliert. Folgende Grafik zeigt auf, wie sich die Sportförderung in finanzieller Hinsicht seit 1994 entwickelt hat.



Beiträge an die Verbände und Vereine

Die Daten der Jahresbeiträge 2005 wurden neu ermittelt und an die Verbände und Einzelvereine ausbezahlt. Diese Beiträge werden auch für das Jahr 2006 vorgesehen, da eine Neuerhebung alle zwei Jahre erfolgt. Für die berechtigten 38 Verbände werden Jahresbeiträge in einer Gesamthöhe von CHF 869 000 ausgeschüttet.

Zwei Verbände erhielten keinen Jahresbeitrag 2005, da der Nachweis einer aktiven Tätigkeit nicht erbracht wurde.

Unterstützung für die Teilnahme an Welt- und Europameisterschaften

Die Teilnahme der Fachverbände an Welt- und Europameisterschaften wurde spezifisch unterstützt. 11 Verbände haben für 14 WM-Teilnahmen und 7 Verbände haben für 12 EM-Teilnahmen ein Gesuch gestellt, welche aus der Sportförderung unterstützt wurden.

Internationale Sportveranstaltungen in Liechtenstein

Unterstützt werden Verbände, Vereine und Organisationen, welche in Liechtenstein einen internationalen Grossanlass durchführen. Unter «Internationaler Grossanlass» fallen: Welt- und Europameisterschaften, Dauerwettbewerbe mit internationalem Charakter und offizielle Länderspiele, welche von der Europa- oder Weltorganisation genehmigt werden müssen. Im Berichtsjahr wurden acht Verbände für die Durchführung von 11 Internationalen Sportveranstaltungen aus der Sportförderung unterstützt.

Internationale Sportveranstaltungen in Liechtenstein werden künftig mittels Pauschalbeiträgen unterstützt. Anhand einem Vergleich der Beitragszahlungen für internationale Sportveranstaltungen in Liechtenstein der Jahre 2000 bis 2004 konnten die Pauschalbeiträge und Kategorien bestimmt werden. Folgende Liste zeigt auf, anhand welcher Faktoren und Kategorien die Organisatoren von internationalen Sportveranstaltungen in Liechtenstein neu gefördert werden können:

Art der Sportveranstaltung	Kategorie
1. Sportspezifische Veranstaltungen	a) WM/EM–Ausscheidung/ Weltcup/Europacup b) Alle übrigen Int. Veranstaltungen
2. Imagefördernde Veranstaltungen	a) Welt- und Europaklasse / Niveau b) Alle übrigen Veranstaltungen
3. WM/EM – Endrunden / Kleinstaatenspiele etc.	Werden gesondert behandelt

Weitere Förderbereiche 2005**Breitensport**

Die Sportkommission unterstützt die beliebten «Konditionstrainings für Jedermann» im Sommer und Winter, die vom Verein für Sport in der Schule geleitet und betreut wurden. Im Jahr 2005 leitete der Verein für Sport an den Schulen insgesamt 58 Trainingslektionen am Liechtensteinischen Gymnasium und im Schulzentrum Unterland.

Als Beitrag zur Breitensportförderung unterstützt die Sportkommission der Fürstlichen Regierung weiters:

- den Verein Valünaalopp jährlich mit einem Beitrag von CHF 20 000 zur Präparierung und zum Unterhalt der Langlauf-Loipen sowie als Infrastrukturbeitrag für die Unterhaltskosten des Spurgerätes;
- den Rodelclub Triesenberg jährlich mit einem Beitrag von CHF 8 000 für den Unterhalt der Rodelbahn Sücka-Steg.

Neben den Jahresbeiträgen an die Sportverbände erhält der Behindertenverband zur Förderung des Behindertensports einen Jahresbeitrag in Höhe von CHF 15 000.

Jahresbericht Schulsport 2005**Sportkonzept**

Die Regierung hat das Sportkonzept am 19. April 2005 zur Kenntnis genommen und genehmigt. Mit der Umsetzung der verschiedenen Projekte wurden die Sportkommission, das Schulamt und das Ressort Bauwesen beauftragt. Im Bereich Schulsport sind zwei Projekte zu bearbeiten. Das Schulamt wurde beauftragt, je ein Konzept zum Ausbau des Freiwilligen Schulsports und zur Förderung der vermehrten Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an internationalen Schulsportwettkämpfen auszuarbeiten. Im Rahmen von Workshops und Vernehmlassungen wurden mit den Schulinspektoraten, der Sportkommission und den Sportlehrerinnen und Sportlehrern des Landes konkrete Massnahmen erarbeitet, die nun in Konzepte eingearbeitet und zur Genehmigung vorgelegt werden.

Schwimmunterricht

Verschiedene Badeunfälle im umliegenden Ausland gaben Veranlassung, die Strukturen des Schwimmunterrichtes im Kindergarten und in der Primarschule zu überarbeiten. Auf der Basis des Lehrplans der liechtensteinischen Schulen wurden Bestimmungen für die Durchführung des Schwimmunterrichtes erlassen, welche insbesondere den Einsatz von zusätzlichen Schwimmlehrpersonen regeln. Ebenso wurden Ausbildungsrichtlinien für das Schwimmlehrpersonal festgelegt.

Sportstättenbau

Die neue Sporthalle im Schulzentrum Mühleholz II soll die räumlichen Engpässe im Sportunterricht des liechtensteinischen Gymnasiums beheben und den Sport-

unterricht der Schüler der Realschule und Oberschule Vaduz aufnehmen. Die Planung der Haupt- und Nebenräumlichkeiten und die Ausstattungsplanung wurden fachlich begleitet. Mit dem Bau des SZM II wurde zwischenzeitlich begonnen. Für die Bearbeitung des Projektes «Ausbau des Sportplatzes des Gymnasiums» wurde eine Arbeitsgruppe gegründet.

Sportschule Liechtenstein

Die Sportschule Liechtenstein ging in ihr zweites Betriebsjahr. Die Erfahrungen des Startjahres wurden in einer breit angelegten Evaluation ausgewertet. Sport-schüler, Eltern, Sportverbände, Lehrpersonen und die Projektkommission wurden miteinbezogen. Die Auswertung ergab ein rundum positives Bild. Mit Beginn des zweiten Sportschuljahres konnte die Anzahl der vertretenen Sportarten geringfügig erweitert werden.

Internationale Schulsportföderation

Sechs Schülerinnen aus Liechtenstein nahmen in Palma de Mallorca an den Schulweltmeisterschaften im Schwimmen teil. Mit zehn persönlichen Bestleistungen und einer ausgezeichneten Darbietung in der Nationenstaffel verlief die Beschickung sehr zufrieden stellend. Die Delegation wusste nicht nur durch sportliche Leistungen, sondern auch durch einen perfekten Auftritt am Fest der Nationen zu gefallen.

Liechtensteiner Schulsporttag

Die verschiedenen Schülermeisterschaften der weiterführenden Schulen wurden, aufbauend auf den Erfahrungen des Jahres der Erziehung durch Sport 2004, wiederum als Schulsporttag in verschiedenen Sporthallen des Landes ausgetragen. Der Zuspruch der Schülerschaft ist unvermindert hoch. 462 Schülerinnen und Schüler nahmen freiwillig an einem Samstag an den Wettkämpfen teil und kämpften um Sieg und Meistertitel.

Liechtensteinischer Olympischer Sportverband (LOSV)

Jahresbeitrag an den LOSV

Der Liechtensteinische Olympische Sportverband erhielt aus der Sportförderung einen Jahresbeitrag 2005 in Höhe von CHF 740 000, welcher für die Personalkosten, Miete, Versicherungen, Telefon, Autoleasing etc. eingesetzt wird.

Europäische Kleinstaatenspiele 2005 in Andorra, EYOF

Die Teilnahmen der Delegationen Liechtensteins an den Europäischen Kleinstaatenspielen in Andorra, den EYOF 2005 (European Youth Olympic Festival) in Monthey (Winter) und Lignano (Sommer) wurden von der Sportkommission mit CHF 142 873 unterstützt.

Medical Team

Athletinnen und Athleten aus diversen Verbandskadern haben sich bei den LOSV Medical-Team-Ärzten unter-

suchen lassen. Bei den Sportuntersuchungen steht die Früherkennung von leistungsmindernden und allenfalls gesundheitsgefährdenden Faktoren im Vordergrund. Der Aufwand für die sportmedizinischen Tests und Untersuchungen wurden aus der Sportförderung mit CHF 60 551 finanziert.

Wettkampfvorbereitungen

An die Kosten für die Wettkampfvorbereitungen zu den EYOF 2005 in Monthey (Winter) und Lignano (Sommer), die Kleinstaatenspiele in Andorra 2005, die Vorbereitungskosten für die Olympischen Winterspiele in Turin 2006 sowie die Kleinstaatenspiele in Monaco 2007 wurde mit CHF 130 427 aus der Liechtensteinischen Sportförderung ein Beitrag geleistet.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungschef Otmar Hasler

Im Berichtsjahr konnten mehrere Gesetzesprojekte, die für den Finanzplatz von zentraler Bedeutung sind, abgeschlossen werden. Während das total revidierte Investmentunternehmensgesetz, welches die Wettbewerbsfähigkeit des Fondsplatzes Liechtenstein weiter stärkt, am 1. September 2005 in Kraft gesetzt werden konnte, wird das neu geschaffene Gesetz über die Vermögensverwaltung am 1. Januar 2006 Geltung erlangen. Mit dem Vermögensverwaltungsgesetz wurde eine neue und international anerkannte Kategorie von Finanzintermediären, deren Kerntätigkeit in der Vermögensverwaltung und Anlageberatung liegt, geschaffen und damit die Basis für eine zusätzliche Differenzierung des Finanzplatzes Liechtenstein gelegt. Daneben wurden dem Landtag das Zinsbesteuerungsabkommen und Zinsbesteuerungsgesetz vorgelegt. Beide Erlasse sind am 1. Juli 2005 in Kraft getreten. Als Auslegungshilfe wurde ein Merkblatt zur Zinsbesteuerung erlassen. Weitere Gesetzesprojekte, wie das Marktmissbrauchsgesetz, konnten in die Vernehmlassung gegeben werden. Die Arbeiten zur Umsetzung der Eigenkapital- und der Bankenkoordinierungsrichtlinie (Basel II) wurden aufgenommen. Vorangetrieben wurden auch die Vorbereitungen hinsichtlich der Aufnahme von Verhandlungen mit der Europäischen Union über einen Beitritt Liechtensteins zum Schengen/Dublin-Acquis.

Nachdem das Projekt zur Schaffung einer unabhängigen und integrierten Finanzmarktaufsicht im Jahr 2004 abgeschlossen werden konnte, nahm die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein am 1. Januar 2005 ihre operative Tätigkeit auf. Im Oktober des Berichtsjahres fand die zweite Ausgabe des «Liechtenstein Dialogue on the Future of Financial Markets» statt. Thema dieses international ausgerichteten Dialogforums war die Dynamik der globalisierten Finanzmärkte und die damit verbundenen Risiken, Chancen und Herausforderungen.

Finanzplatz

Mit dem In-Kraft-Treten des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FMAG) am 1. Januar 2005 hat die unabhängige Finanzmarktaufsicht Liechtenstein ihre operative Tätigkeit aufgenommen. Als Aufsichtsbehörde vollzieht sie die in Art. 5 FMAG aufgezählten Finanzplatz relevanten Gesetze samt den dazu erlassenen Durchführungsverordnungen. Bisher oblag der Vollzug dieser Gesetze und Verordnungen der Regierung, dem Amt für Finanzdienstleistungen, der Stabsstelle für Sorgfaltspflichten sowie der Abteilung Versicherung des Amtes für Volkswirtschaft. Neben ihrer Aufsichtstätigkeit bereitet die Finanzmarktaufsicht im Auftrag der Regierung Gesetzes- und Verordnungsvorlagen vor und berät diese in Finanzplatzfragen. Die Liechtensteinische Bankenkommission, welche der Regierung zuvor als beratendes Organ zur Seite gestanden hatte, beendete ihre Tätigkeit mit dem Start der operativen

Tätigkeit der Finanzmarktaufsicht und wurde auf den 1. Januar 2005 aufgelöst. Neu wurde eine verwaltungsunabhängige Beschwerdekommision geschaffen, welche über Beschwerden gegen Verfügungen der Finanzmarktaufsicht entscheidet.

Nachdem die erste Ausgabe des «Liechtenstein Dialogue on the Future of Financial Markets» sowohl von den inländischen wie auch von den ausländischen Gästen sehr positiv aufgenommen worden war, wurde im Berichtsjahr erneut eine international ausgerichtete Dialogveranstaltung durchgeführt. Der zweite Liechtenstein Dialog war dem Thema «Dynamik globalisierter Finanzmärkte. Risiken, Chancen und Herausforderungen für Finanzplätze» gewidmet. Zur Sprache kam - neben den Implikationen der Globalisierung auf die Finanzmärkte - insbesondere die Frage der optimalen Regulierung. Wiederum konnten hochrangige Referenten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft sowie aus dem Aufsichtsbe- reich für die Dialogveranstaltung gewonnen werden. Als Referenten traten etwa die Präsidentin der Republik Lettland, der slowenische Aussenminister, der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements sowie der Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank auf. Der Liechtenstein Dialog soll im Herbst 2006 eine Fortsetzung erfahren.

Im Berichtsjahr konnte das 25-jährige Bestehen der Währungsunion zwischen der Schweiz und Liechtenstein gefeiert werden. Liechtenstein führte den Schweizer Franken zwar bereits im Mai 1924 als offizielles Zahlungsmittel ein; die Tatsache, dass Liechtenstein Teil des schweizerischen Währungslands ist, wurde allerdings erst 1980 durch die staatsvertragliche Regelung der Währungsunion vertraglich abgesichert. Aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums fand ein Treffen zwischen Bundesrat Hans-Rudolf Merz und Regierungschef Otmar Hasler in Bern statt.

Im April besuchte eine Delegation des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages Liechtenstein. Neben Liechtenstein besuchte die Delegation auch Luxemburg und die Schweiz. Gegenstand der Gespräche waren aktuelle Themen wie die Zinsbesteuerung oder die Zusammenarbeit der Finanzaufsichtsbehörden.

Mit Urteil vom 1. Juli 2005 entschied der EFTA-Gerichtshof, dass das in Art. 25 Bankengesetz normierte inländische Wohnsitzerfordernis für mindestens ein Mitglied der Geschäftsführung und des Verwaltungsrats eine versteckte Diskriminierung darstellt und somit EWR-widrig ist. In der Folge wurde eine Arbeitsgruppe zur Überprüfung der noch bestehenden Wohnsitzerfordernisse eingesetzt. Die Arbeitsgruppe wurde damit beauftragt, die notwendigen Gesetzesänderungen in Vorschlag zu bringen.

Im Dezember des Berichtsjahres konnte - in Umsetzung der UNO-Sanktionen - ein Flugzeug, welches sich im Besitz des Saddam-Regimes befunden hatte, an den irakischen Staat zurückgeführt werden. Es handelte sich um den weltweit ersten Fall einer Rückgabe von mo-

bilem Eigentum an die irakische Regierung. Daneben unternahm die Regierung und das Ressort Finanzen weitere Anstrengungen, um den Missbrauch des Finanzplatzes zur Terrorismusfinanzierung zu bekämpfen. So wirkte das Ressort Finanzen unter anderem aktiv in der Koordinationsgruppe Terrorismusfinanzierung mit.

Ebenfalls im Dezember des Berichtsjahres setzte die Regierung eine Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Besteuerung von Investmentunternehmen ein.

Im Berichtsjahr wurden schliesslich die Zusammenarbeitsvereinbarungen der Stabsstelle Financial Intelligence Unit (FIU) mit der FIU der Russischen Föderation (FMFS) und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (MROS) von der Regierung genehmigt.

Gesetzgebung

Im Berichtsjahr konnten wichtige Gesetzgebungsprojekte, wie die Totalrevision des Investmentunternehmensgesetzes oder die Schaffung eines Zinsbesteuerungsgesetzes und eines Vermögensverwaltungsgesetzes, abgeschlossen werden.

Das Gesetz über Investmentunternehmen, welches vom Landtag im Mai in zweiter Lesung behandelt und verabschiedet wurde, ist am 1. September 2005 in Kraft getreten. Die Notwendigkeit einer Totalrevision ergab sich aus der Verpflichtung zur Umsetzung der EU-Richtlinien 2001/107/EG und 2001/108/EG. Die Gesetzesvorlage war in enger Zusammenarbeit mit den massgebenden Interessenverbänden erarbeitet worden. Durch die Einführung von durchsetzbaren Fristen bei Bewilligungen soll die Wettbewerbsfähigkeit des Fondsplatzes Liechtenstein weiter gestärkt werden.

Die Totalrevision des Investmentunternehmensgesetzes machte eine Anpassung der Verordnung zum Gesetz über Investmentunternehmen erforderlich. Die Verordnung, welche von der Regierung in ihrer Sitzung vom 23. August 2005 genehmigt wurde, enthält neu Sonderbestimmungen betreffend Investmentunternehmen für qualifizierte Anleger. Aufgrund des verminderten Schutzbedürfnisses von qualifizierten Anlegern sind Investmentunternehmen für qualifizierte Anleger von gewissen Bestimmungen des Investmentunternehmensgesetzes und der Durchführungsverordnung ausgenommen.

Am 29. März 2005 verabschiedete die Regierung den Bericht und Antrag betreffend das Zinsbesteuerungsabkommen vom 7. Dezember 2004 zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Gemeinschaft sowie betreffend die Schaffung eines Zinsbesteuerungsgesetzes. Das Zinsbesteuerungsabkommen sieht einen Steuerrückbehalt auf grenzüberschreitenden Zinszahlungen an natürliche Personen mit Wohnsitz in einem EU-Mitgliedstaat vor, sofern diese Zinszahlungen durch eine Zahlstelle in Liechtenstein erfolgen. Der Satz des Steuerrückhalts beträgt in den ersten drei Jahren 15%, in den darauf folgenden drei Jahren 20% und danach 35%. Mit dem Modell der Zinsbesteuerung konnte das Bankgeheimnis gewahrt werden.

Der Landtag behandelte das Zinsbesteuerungsabkommen und das Zinsbesteuerungsgesetz in seinen Sitzungen vom April und Mai 2005. Am 27. Mai 2005 hinterlegte Liechtenstein beim Rat der Europäischen Union in Brüssel die Ratifikationsurkunde zum Zinsbesteuerungsabkommen. Das Zinsbesteuerungsgesetz trat am 1. Juli 2005 in Kraft. Im August 2005 verabschiedete die Regierung sodann ein Merkblatt zur EU-Zinsbesteuerung. Das Merkblatt dient als Hilfe bei der Auslegung von Abkommen und Gesetz.

Im Mai 2005 verabschiedete die Regierung den Vernehmlassungsbericht betreffend die Schaffung eines Gesetzes über die Vermögensverwaltung und eröffnete damit das Vernehmlassungsverfahren. Die Vernehmlassungsvorlage wurde durchwegs positiv aufgenommen und von allen Vernehmlassungsteilnehmern begrüsst. Der Bericht und Antrag zuhanden des Landtages konnte von der Regierung am 23. August 2005 genehmigt werden. Der Landtag behandelte die Gesetzesvorlage in erster Lesung im September 2005; die zweite Lesung fand im November 2005 statt. Im Zuge der Schaffung des Vermögensverwaltungsgesetzes mussten verschiedene andere Gesetze, wie das Treuhändergesetz, abgeändert werden. Die Verordnung zum Gesetz über die Vermögensverwaltung sowie die damit einhergehende Abänderung der Verordnung über Investmentunternehmen wurden von der Regierung im Dezember 2005 beschlossen. Das Vermögensverwaltungsgesetz wie auch die Vermögensverwaltungsverordnung traten am 1. Januar 2006 in Kraft.

Mit der Schaffung des Vermögensverwaltungsgesetzes wurde eine neue, international anerkannte Kategorie von Finanzintermediären geschaffen. Kerntätigkeit dieser Kategorie von Finanzintermediären ist die Anlageberatung und die Vermögensverwaltung. Liechtenstein hat mit dem Vermögensverwaltungsgesetz als einer der ersten Staaten die 2. Wertpapierdienstleistungsrichtlinie (MiFID) in innerstaatliches Recht übernommen, wodurch liechtensteinische Vermögensverwaltungsgesellschaften dem europäischen Standard entsprechen und somit den EU-Pass erlangen, mit welchem sie im gesamten EWR tätig werden können.

Gleichzeitig mit der Schaffung eines Ausführungsgesetzes zur Europäischen Gesellschaft wurden das Bankengesetz und Investmentunternehmensgesetz abgeändert. Neu können Banken und Anlagegesellschaften auch in der Rechtsform einer Europäischen Gesellschaft errichtet werden.

Aufgrund staatsvertraglicher Verpflichtungen gegenüber der Schweiz ist Liechtenstein verpflichtet, Änderungen des schweizerischen Mehrwertsteuerrechts zu übernehmen. Entsprechend musste ein neuer Artikel 33a, welcher steuerliche Erleichterungen in Bezug auf die öffentliche Bekanntmachung von Zuwendungen im Zusammenhang mit gemeinnützigen Organisationen vorsieht, ins Mehrwertsteuergesetz aufgenommen werden. Die Gesetzesänderung wurde im Oktober Landtag verabschiedet.

Die Feststellung der EFTA-Überwachungsbehörde, dass das Sparprämienengesetz nicht EWR-konform sei, veranlasste die Regierung, dem Landtag die Aufhebung dieses Gesetzes vorzuschlagen. Der Landtag folgte dem Antrag der Regierung und hob das Sparprämienengesetz in seiner Dezember Sitzung auf. Für die geringe Anzahl an bestehenden Spareinlagen wurde eine Übergangsregelung geschaffen. Die Aufhebung des Sparprämiengesetzes erfolgt auf den 1. März 2006.

Daneben liess die Regierung dem Landtag mehrere Berichte und Anträge betreffend Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses zukommen. Es betraf dies die Beschlüsse Nr. 149/2004 (Richtlinie 2004/72/EG zur Durchführung der Marktmissbrauchsrichtlinie), Nr. 64/2005 (EG-Verordnung 809/2004, Prospektverordnung), Nr. 65/2005 (Richtlinie 2004/39/EG über Märkte für Finanzinstrumente [ISD 2-Richtlinie; MiFID]), Nr. 119/2005 (Richtlinie 2005/1/EG zur Schaffung einer neuen Ausschussstruktur im Finanzdienstleistungsbereich) und Nr. 120/2005 (Richtlinie 2004/109/EG zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten und zur Abänderung der Transparenzrichtlinie).

Schliesslich erarbeitete die Regierung – zur Umsetzung der Richtlinie 2003/6/EG (Marktmissbrauchsrichtlinie) – einen Entwurf für ein Marktmissbrauchsgesetz. Die Gesetzesvorlage wurde von der Regierung am 20. Dezember 2005 verabschiedet und in die Vernehmlassung geschickt. Die Vernehmlassung läuft bis März 2006. Das Vernehmlassungsverfahren betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Ausführung von Überweisungen konnte dagegen noch im Berichtsjahr abgeschlossen werden.

Im Weiteren wurde im Berichtsjahr mit den Arbeiten zur Umsetzung der EU-Richtlinien 93/6/EWG und 2000/12/EG (Eigenkapitalrichtlinie, Bankenkoordinierungsrichtlinie, Basel II) begonnen. Entwürfe für die erforderlichen Abänderungen des Bankengesetzes und der Bankenverordnung sowie für die Schaffung einer Eigenmittelverordnung sind in Ausarbeitung.

Ein weiteres wichtiges Vorhaben der Regierung konnte mit der parlamentarischen Behandlung der Aufgabenentflechtung verwirklicht werden. Land und Gemeinden sind bei einer Reihe öffentlicher Aufgaben verflochten, indem die Finanzierung dieser Aufgaben gemeinsam erfolgt und/oder beide Ebenen in den Entscheidungsprozess mit eingebunden sind. Dies führt zu einem höheren administrativen Aufwand in der Entscheidungsfindung, der Planung und dem Rechnungswesen. Zielsetzung des von Land und Gemeinden in Angriff genommenen Projektes ist eine weitgehende Aufgabenentflechtung sowie eine möglichst sachgerechte Festlegung der gesamten nicht zweckgebundenen Finanzzuweisungen vom Land an die Gemeinden. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des Landes und der Gemeinden hat hierzu die notwendigen Vorarbeiten geleistet. Die erste Projektphase der Aufgabenentflechtung ist abgeschlossen und

die umfangreiche Vorlage mit der Abänderung von über 20 Spezialgesetzen wurde im Oktober 2005 durch den Landtag abschliessend behandelt. Dabei wurde mit Ausnahme des Bereichs der stationären Alterspflege (LAK) die Regierungsvorlage angenommen. Das Land wird deshalb auch weiterhin mit 50% an der Finanzierung des Betriebsdefizites sowie an den Investitionen der LAK beteiligt sein. Die Regierung hatte vorgeschlagen, die Finanzverantwortung für den Betrieb der Alters- und Pflegeheime zu 100% auf die Gemeinden zu übertragen.

Die zweite Projektphase, also die Etablierung eines bedarfsgerechten Finanzzuweisungssystems, ist in Vorbereitung. Dabei wird eine Diskussion über die Höhe der notwendigen Mittel geführt werden, welche den Gemeinden über Subventionen, Steueranteile und den Finanzausgleich zur Aufgabenerfüllung zufließen.

Finanzhaushalt

Das im November 2005 vom Landtag beschlossene Finanzgesetz für das Jahr 2006 sieht in der Laufenden Rechnung bei einem Ertrag von CHF 819,3 Mio., einem Aufwand von CHF 763,9 Mio. und Abschreibungen von CHF 72,5 Mio. einen Aufwandüberschuss von CHF 17,1 Mio. vor. Dabei steigen im Budgetvergleich die Erträge mit plus 2,6 % in etwa gleich wie der Aufwand mit 2,8%. Wegen der leicht verminderten Abschreibungen verbessert sich das Resultat der Laufenden Rechnung leicht, der Fehlbetrag reduziert sich um 0,3 Mio. auf CHF 17,1 Mio.

Laufende Rechnung	Budget	Budget	Veränderung	
	2005	2006	B06/ B05	
	Mio. CHF	Mio CHF	abs.	in%
Ertrag	798.2	819.3	21.1	+2.6%
./. Aufwand	742.9	763.9	21.0	+2.8%
Cash Flow	55.3	55.4	0.1	+0.2%
./. Abschreibungen	72.7	72.5	-0.2	-0.3%
Ertrags-/Aufwand- überschuss	-17.4	-17.1	0.3	+1.7%

Die Nettoinvestitionen steigen im Budgetvergleich deutlich an, von 85 Mio. in 2005 auf über 96 Mio. in 2006, das ist eine Zunahme um über 10%. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 58 %, d.h. aus dem Cash-Flow der Laufenden Rechnung in Höhe von CHF 55,4 Mio. können 58 % der Nettoinvestitionen bezahlt werden. Der Finanzierungsfehlbetrag in Höhe von CHF 40,8 Mio. zur Deckung der restlichen 42 % der Investitionen müsste bei Eintreffen dieser Prognose aus den allgemeinen Reservemitteln finanziert werden. Der vom Finanzleitbild geforderte Eigenfinanzierungsgrad von 90 % wird damit deutlich unterschritten.

Investitionsrechnung	Budget 05	Budget 06	Veränderung B06/B05	
	Mio. CHF	Mio CHF	abs.	in%
Ausgaben	100.5	111.0	10.5	+10.4%
./. Einnahmen	15.5	14.8	-0.7	-4.5%
Nettoinvestitionen	85.0	96.2	11.2	+13.2%
Selbstfinanzierungsgrad	65%	58%	-7%P.	-10.8%

Die Rahmenbedingungen für die Budgetierung 2006 waren gegenüber dem Vorjahr wenig verändert. Die positive Wirtschaftsentwicklung lässt zwar etwas höhere Steuereinnahmen erwarten, andererseits hält der Kostendruck in verschiedenen, gewichtigen Ausgabenbereichen unvermindert an. Aus organisatorischer Sicht ist die Auslagerung der Philatelie zur Liechtensteinischen Post AG von Bedeutung. Dadurch wird sowohl die Ertrags- wie auch die Aufwandseite der Landesrechnung um ca. CHF 5 Mio. entlastet. Für die Jahre 2006 bis 2008 wird das Land noch mit einem 50%-Gewinnanteil an dem Philateliegeschäft der Post beteiligt sein.

Eine volumenmässig umfangreiche Veränderung für den Finanzhaushalt bedeutet die Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden. Die getroffene Zuordnung der Finanzverantwortung für bestimmte Aufgaben im Umfang eines zweistelligen Millionenbetrages hat per Saldo eine voraussichtliche Zusatzbelastung des Landes von ca. CHF 1,8 Mio. zur Folge. Das ist hauptsächlich dadurch bedingt, dass der Landtag beschlossen hat, das Betriebsdefizit bei der stationären Alterspflege (LAK) auch künftig zu 50% vom Land zu übernehmen. Im Budgetvergleich sind die Auswirkungen deutlich höher, da sich aus Sicht des Landes einige der von übernommenen Aufgaben tendenziell in einem höheren Laufenden Aufwand auswirken. Deshalb erhöhen sich die Laufenden Beiträge an die von der Aufgabenentflechtung betroffenen Positionen gegenüber dem Vorjahresbudget um CHF 4,8 Mio. und zusätzlich sind CHF 1,3 Mio. weniger Erträge aus den Gemeindeanteilen an bisher gemeinsam getragenen Aufgaben zu erwarten. Dafür gibt es im Investitionsbereich keine nennenswerten Erhöhungen, da investive Aufgaben wie z.B. der Bereich der Wasserversorgung künftig von den Gemeinden alleine zu finanzieren sind.

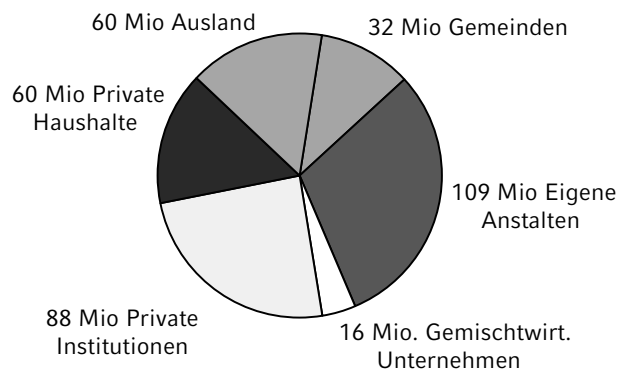
Der prognostizierte Aufwandüberschuss von CHF 17,1 Mio. im Budget 2006 entspricht einem Anteil von 2,1 % der Einnahmen von rd. CHF 820 Mio. Der Staatshaushalt 2006 wird auf der Einnahmenseite vom besserem Konjunkturverlauf positiv beeinflusst, die Steuereinnahmen steigen jedoch per Saldo im Budgetvergleich lediglich um CHF 1,2 Mio. auf nunmehr CHF 642,2 Mio. an. Den um CHF 18,0 Mio. höheren Erträgen aus der Kapital- und Ertragssteuer stehen negative Abweichungen bei der Couponsteuer (-12,3 Mio.) und bei der Mehrwertsteuer (-10,6 Mio.) entgegen. Damit liegen die Steuererträge im Jahre 2006 voraussichtlich noch immer rd. CHF 50 Mio.

unter dem Höchststand von 690 Mio. im Jahre 2001. Die im Voranschlag vorgesehene Ertragszunahme ist auf das Wachstum der Vermögenserträge um CHF 23,5 zurückzuführen, wobei diese hauptsächlich Liegenschaftsverkäufe sowie einen Teilrückfluss aus den Aufwertungsgeinnen der LKW enthalten.

Die laufenden Aufwendungen (ohne Abschreibungen) erhöhen sich im Vorjahresvergleich um CHF 21,0 Mio. oder 2,8 %. Das ist ein vergleichsweise geringes Wachstum, welches hauptsächlich auf höhere Beitragsleistungen (+13,0 Mio.) sowie höhere Finanzzuweisungen an die Gemeinden (+7,3 Mio.) zurückzuführen ist, aufgrund der zu erwartenden höheren Einnahmen der Kapital- und Ertragssteuern.

Die Beitragsleistungen bilden mit rd. CHF 365 Mio. die grösste Aufwandskategorie. Der Anstieg um CHF 13 Mio. ist v.a. durch die Aufgabenentflechtung bedingt. Der Staatsbeitrag an die Musikschule sowie die Jugendhilfe werden neu zu 100 % durch das Land finanziert, ebenso die Förderung von privaten Sozialhilfeträgern. Nebst den Auswirkungen der Aufgabenentflechtung waren im Budget 2006 weitere Beitragssteigerungen vorzusehen, wie z.B. der Staatsbeitrag an die AHV, welcher ein Wachstum der Rentenleistungen von rund 5 % vorsieht, oder die Beiträge an ausländische Spitäler. Eine weitere Beitragserhöhung betrifft die Internationale Nothilfe sowie andere Positionen der humanitären Hilfe, als sichtbares Zeichen für die Bemühungen Liechtensteins, einen angemessenen Beitrag in der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit leisten zu wollen.

Beitragsleistungen Budget 2006 (Mio CHF)



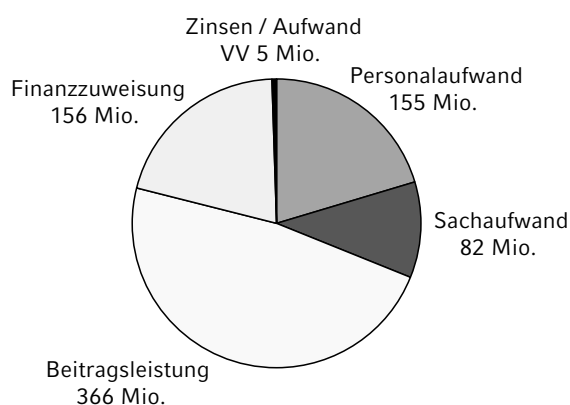
Der Personalaufwand liegt mit CHF 155,3 Mio. um rd. 1,0 % über dem Vorjahresbudget. Dieser vergleichsweise geringe Anstieg ist hauptsächlich durch die Auslagerung der Philatelie bedingt, das entlastet diese Budgetposition um ca. CHF 2 Mio. Weiters wirkt sich die veranschlagte Senkung des Sonderbeitrages an die Pensionsversicherung für das Staatspersonal mit CHF 0,6 Mio. positiv auf die Budgetierung aus. Im Total von CHF 155,3 Mio. sind Aufwendungen für Gehälter und Sozialbeiträge der Verwaltung, Lehrer an weiterführenden Schulen, Kommissionen, Kollegialgerichte, den Landtag, Frühpensionäre etc. enthalten. Die Hauptveränderung beim

Personalaufwandwachstum ergeben sich aus Bestandesänderungen sowie Vorrückungen und Gehaltsanpassungen. Ein genereller Teuerungsausgleich ist für das Budget 2006 nicht vorgesehen.

Gemäss Stellenplan 2005/2006 wurde eine Erweiterung um 8.5 Stellen beschlossen, dies entspricht einer Erhöhung um 1,17 %. Dabei wurden 2 neue Stellen bei der Landespolizei geschaffen, weitere 6,5 Stellen wurden umgewandelt.

Der Sachaufwand ist diejenige Aufwandkategorie, welche von der Regierung am direktesten beeinflusst werden kann. Die weiterhin angewendeten Spardirektiven bewirken, dass der für 2006 budgetierte Aufwand mit CHF 82,3 Mio. um 1,5 % unter dem Vorjahreswert liegt.

Laufender Aufwand nach Kategorien Budget 2006



Die insgesamt nach wie vor schwierige Haushaltsituation bewirkt, dass das Budget 06 hinsichtlich einer Betrachtung des Finanzleitbildes nur 3 der 5 Eckwerte einhalten würde. Zur Erreichung des Eckwertes 1, d.h. einen Ertragsüberschuss in der Laufenden Rechnung zu erzielen, sind weiterhin grosse Anstrengungen notwendig. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass bei einem Eintreten von rückläufigen Einnahmen der Finanzhaushalt unter Umständen mehrere Jahre benötigt, um wieder eine ausgeglichene Rechnung präsentieren zu können. Der Grossteil der Ausgaben ist gebunden und für entsprechende Korrekturen sind Gesetzesanpassungen notwendig, die sich erst zeitlich verzögert auswirken. Für das Budgetjahr wird erwartet, dass die Einnahmen insgesamt etwas stärker ansteigen als die Ausgaben, somit können die Vorgaben des Eckwertes 2 erfüllt werden.

Der Selbstfinanzierungsgrad von 90 % ist ein ehrgeiziges Ziel des Finanzleitbildes und kann nur dann erreicht werden, wenn der Cash-Flow der Laufenden Rechnung praktisch die gesamten Investitionen abdeckt. Die relativ hohen Investitionen des Budgets 2006 bewirken bei einem Cash-Flow in etwa gleicher Höhe wie im Vorjahr ein voraussichtliches Absinken des Finanzierungsgrades von 65 % auf 58%. Die Eckwerte 4 und 5, d.h. der Deckungsgrad der Verbindlichkeiten sowie das

Reservevolumen können gemäss Budget 2006 eingehalten werden.

Die Finanzplanung der Jahre 2006 bis 2010 zeigt Handlungsbedarf zur Konsolidierung der Laufenden Rechnung auf. Unter den getroffenen Annahmen über die Entwicklung der einzelnen Ertrags-, Aufwands- und Investitionspositionen ergeben sich jährliche Finanzierungsfehlbeträge zwischen CHF 17 Mio. und CHF 61 Mio., wenn keine nachhaltigen Gegenmassnahmen getroffen werden. Dies ist einerseits auf ein hohes Investitionsvolumen - vor allem für den staatlichen Hochbau - andererseits aber auch auf einen zu tiefen Cash Flow des Laufenden Haushalts zurückzuführen. Nach dem Einbruch der Steuereinnahmen ab 2001 haben sich diese nicht mehr in dem für eine ausreichende Selbstfinanzierung notwendigen Masse erholt.

Vor diesem Hintergrund stellt die Regierung verschiedene ausgaben- wie einnahmenseitige Massnahmen zur Diskussion, mit welchen bis Ende der Betrachtungsperiode jährliche Verbesserungen im Umfang von CHF 50 Mio. erreicht werden können. Dabei geht die Regierung davon aus, dass die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes, wie sie vom schweizerischen Bundesrat ab 2008 zur IV-Finanzierung geplant ist, auch in dieser Weise realisiert und durch Liechtenstein autonom nachvollzogen wird. Ausgabenseitig sind schwerpunktmässig die Anhebung des Landesanteils an der Kapital- und Ertragssteuer sowie die Aufhebung der LSVA-Zweckbindung in den Regierungsvorschlägen enthalten.

Die dargestellten Massnahmen stellen aus Sicht der Regierung vertretbare und nachhaltig realisierbare Korrekturmöglichkeiten dar, welche zudem nicht einseitig auf einen Personen- oder Wirtschaftskreis beschränkt sind, was für eine erfolgreiche Umsetzung eine unabdingbare Voraussetzung darstellt. Ausserdem enthält der Finanzplan einen Bericht über die volkswirtschaftliche Entwicklung in Liechtenstein und in den wichtigsten Exportländern.

AMTSSTELLEN

Steuerverwaltung

Amtsleiter: Hugo Biedermann

Die Steuerverwaltung führt die Veranlagung und den Bezug der meisten Steuerarten durch. Zu den ertragsmässig wichtigsten Steuerarten zählen im Berichtsjahr die Mehrwertsteuer, die Kapital- und Ertragssteuer der juristischen Personen sowie die Vermögens- und Erwerbsteuer der natürlichen Personen. Organisatorisch ist die Steuerverwaltung in die fünf Abteilungen direkte Steuern natürliche Personen, direkte Steuern juristische Personen, Mehrwertsteuern, Spezialsteuern, Steuerbezug und

Administration sowie den Rechtsdienst gegliedert. Der Personalbestand der Steuerverwaltung reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr von 45 auf 42 Personen.

Direkte Steuern natürliche Personen

Die Abteilung direkte Steuern natürliche Personen führt in Zusammenarbeit mit den Gemeindesteuerkassen die Veranlagungen der natürlichen Personen betreffend die Entrichtung der Vermögens- und Erwerbssteuern durch. Im Berichtsjahr erfolgten insgesamt 25 267 (Vorjahr 25 071) Veranlagungen mit einem Steuerergebnis von CHF 127,3 Mio. (Vorjahr CHF 117,4 Mio.). Gegenüber dem Vorjahr nahm die Anzahl der Veranlagungen um 1% zu und das Steuerergebnis erhöhte sich um 8.5 %.

Die grosse Zahl der jährlich durchzuführenden Veranlagungen erfordert eine enge und effiziente Zusammenarbeit zwischen der Steuerverwaltung und den Gemeindesteuerkassen. Wo erforderlich, unterstützen und beraten die Revisoren der Steuerverwaltung die Gemeindesteuerkassen. Im Berichtsjahr wurde zudem eine gemeinsame Sitzung mit allen Gemeindegassieren durchgeführt.

Zu den besonderen Aufgaben der Abteilung direkte Steuern natürliche Personen zählen u.a. die Unterstützung der Gemeindesteuerkassen bei der Inventarisierung des Nachlasses verstorbener Personen, die Überwachung der gesetzlichen Meldepflicht von Pensionskassen sowie die Überprüfung von Stipendienanträgen bezüglich der Höhe des steuerbaren Vermögens und Erwerbs. Bei Steuerpflichtigen, die keine Steuererklärung eingereicht hatten, wurden Vermögen und Erwerb eingeschätzt sowie eine Ordnungsbusse verfügt.

Direkte Steuern juristische Personen

Die Hauptaufgabe der Abteilung direkte Steuern der juristischen Personen besteht in der Veranlagung und Erhebung der Kapital- und Ertragssteuer von Gesellschaften, welche im Lande ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben. Im Zuge der Prüfung der Steuererklärung wird jeweils auch die Couponsteuer von 4 % der Obligationen- und Aktiencoupons in Rechnung gestellt sowie die Abgabe der Stempelsteuererklärung kontrolliert.

Im Berichtsjahr wurden rund 3 000 (Vorjahr 2 451) Veranlagungen betreffend die Entrichtung von Kapital- und Ertragssteuern vorgenommen. Die Gesamteinnahmen aus der Kapital- und Ertragssteuer beliefen sich auf CHF 137,3 Mio. gegenüber CHF 123,4 Mio. im Vorjahr, was einem Einnahmestieg von über 11 % entspricht.

Als zeitintensiv erwiesen sich im Berichtsjahr wie bereits im Vorjahr: die Mitarbeit beim Informatikprojekt einer integrierten neuen Steuerlösung (INES); die Überprüfung und Bereitstellung von VGR-Basisdaten; die Bearbeitung der vielen Anfragen sowie die sich aus solchen Abklärungen ergebenden steuerlichen Umsetzungen, insbesondere hinsichtlich der Umwandlung der Rechtsform, des Steuerstatuswechsel, der Umstrukturierung und der Abspaltung von Unternehmensteilen;

die zahlreichen Abklärungen, die zur Ergänzung der eingereichten Unterlagen durchgeführt werden mussten; die Einschätzung jener steuerpflichtigen Gesellschaften, die keine Steuererklärung abgegeben haben.

Mehrwertsteuern

Die Abteilung Mehrwertsteuern hat für die umfassende, exakte und termingerechte Erhebung der Mehrwertsteuer zu sorgen. Zu den wesentlichen Aufgaben gehören die Administration von mehrwertsteuerpflichtigen Personen, die Bearbeitung der eingereichten Anträge, die fachtechnische Kontrolle der Selbstveranlagungen, das Erstellen von Ergänzungsabrechnungen oder Gutachten, der Erlass von Verfügungen, die Durchführung von externen Buchprüfungen sowie die Publikation der Verwaltungspraxis in Form von Broschüren und Merkblätter. Ein weiterer Tätigkeitsbereich ist die Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung sowie der Eidgenössischen Zollverwaltung aufgrund der bestehenden staatsvertraglichen Vereinbarungen bezüglich der einheitlichen Umsetzung der Vorschriften im Bereich der Mehrwertsteuer.

Schwerpunktmässig wurden im Jahr 2005 gezielt externe Revisionen durchgeführt, wobei die Nachbesprechungen und die Ausfertigung von rechtsmittelfähigen Verfügungen jeweils erheblich Zeit in Anspruch nehmen. Des Weiteren haben im Berichtsjahr vermehrt Gesellschaften um Eintragung in das MWSt-Register angesucht, deren Geschäftstätigkeiten, insbesondere im Immobiliensektor oder in der Luftfahrt, umfangreiche Abklärungen hinsichtlich der steuerlichen Konsequenzen notwendig machten. Ebenfalls zeitintensiv war die Mitarbeit im bestehenden EDV-Projekt «MWSt-Lösung» (Ablöseversion der derzeitigen Informatiklösung).

Per Ende des Berichtsjahres waren 3 436 (Vorjahr 3 367) aktiv tätige Mehrwertsteuerpflichtige registriert; gegenüber im Vorjahr registrierten Steuerpflichtigen ergaben sich 356 Neueintragungen und 287 Löschungen. Die Mehrwertsteuereinnahmen beliefen sich auf CHF 174,0 Mio. Gegenüber dem Rechnungsjahr 2004, in welchem sie sich auf CHF 173,3 Mio. beliefen, bedeutet dies einen Zuwachs der Mehrwertsteuereinnahmen von 0,4 %. Damit war die Mehrwertsteuer im Berichtsjahr wiederum mit Abstand die einnahmenstärkste Steuerart.

Da Liechtenstein und die Schweiz aufgrund des bestehenden Mehrwertsteuervertrages ein gemeinsames Mehrwertsteuergebiet bilden, werden die Einnahmen beider Vertragsstaaten aus der Mehrwertsteuer (inkl. der durch die Eidg. Oberzolldirektion erhobenen Einfuhrumsatzsteuer) während des Jahres einem gemeinsamen Mehrwertsteuerpool zugewiesen. Die Verteilung der gemeinsamen Mehrwertsteuererträge erfolgt jeweils auf Ende des Kalenderjahres, wobei die in einem festgelegten Dienstleistungssektor erzielten Mehrwertsteuererträge in vollem Umfang an jenen Vertragsstaat zurückfliessen, in welchem sie erhoben wurden. Der verbleibende Ertrag des Mehrwertsteuerpools wird gemäss einem jährlich zu

ermittelnden Verteilungsschlüssel aufgeteilt. Dieser Verteilungsschlüssel ergibt sich aus der Bevölkerungszahl sowie dem Volkseinkommen pro Kopf der beiden Vertragsstaaten, um so die unterschiedliche einkommensabhängige Pro-Kopf-Nachfrage nach mehrwertsteuerbelasteten Gütern und Dienstleistungen zu berücksichtigen. Der liechtensteinische Anteil am Mehrwertsteuerpool belief sich im Berichtsjahr auf rund 0,68 %.

Spezialsteuern

Zu den Spezialsteuern zählen die Grundstücksgewinnsteuer, die Nachlass- und Erbanfallssteuer sowie die Schenkungssteuer. Im Bereich der Grundstücksgewinnsteuer bearbeitete die Abteilung Spezialsteuern im Berichtsjahr insgesamt 1 359 (Vorjahr 1 471) grundbücherliche Grundstücksübertragungen. Bei insgesamt 705 (Vorjahr 758) Grundstücksübertragungen hatten die Steuerpflichtigen Grundstücksgewinnsteuern zu entrichten, während bei 654 (Vorjahr 713) Übertragungen keine Steuerzahlungen zu leisten waren. Aus einem steuerpflichtigen Grundstücksgewinn von insgesamt CHF 95,3 Mio. (Vorjahr CHF 105,8 Mio.) resultierten dabei Steuereinnahmen von CHF 14,5 Mio. (Vorjahr CHF 16,2 Mio.), welche zu zwei Dritteln den Gemeinden und zu einem Drittel dem Land zufließen. Erhoben wird die Grundstücksgewinnsteuer von den Grundstücksverkäufern, wobei die Steuer für jedes verkaufte Grundstück bzw. Stockwerkeigentum gesondert in Rechnung gestellt wird.

Im Zuge der Veranlagung der Grundstücksgewinnsteuer werden die eingereichten Kauf- und Dienstbarkeitsverträge sowie die Meistbotsbeschlüsse der Versteigerungen erfasst und gemeinsam mit den eingereichten Steuererklärungen geprüft, insbesondere hinsichtlich der Erwerbs- und Verkaufspreise sowie der anrechenbaren Anlagekosten. Verschiedentlich ist es dabei erforderlich, den Verkaufspreis von Amtes wegen festzusetzen, wobei z.T. Expertisen beigezogen und Augenscheine durchgeführt werden. Nach Erstellung der Grundstücksgewinnsteuerrechnung und Zahlungseingang leitet die Abteilung Spezialsteuern die Grundstücksverträge an das Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt zur grundbücherlichen Eintragung weiter.

Im Bereich der Nachlass- und Erbschaftssteuern wurden im Berichtsjahr insgesamt 278 (Vorjahr 224) Fälle bearbeitet, wobei in 188 (Vorjahr 80) Fällen Steuern zu entrichten waren. Insgesamt ergaben sich Steuereinnahmen von CHF 7,9 Mio. (Vorjahr CHF 1,0 Mio.) aus einem Gesamtnachlass von CHF 182,3 Mio. (Vorjahr CHF 34,5 Mio.).

Zu den Aufgaben im Zusammenhang mit der Erhebung der Nachlass- und Erbschaftsteuer zählen die edvmässige Erfassung der durchgeführten Inventarisierungen, die Durchsicht der gerichtlichen Verlassenschaftsakte, die Festsetzung des steuerpflichtigen Reinnachlasses und die Ausfertigung der Steuerrechnungen. Nach Eingang der Zahlungen wird das Erbe mittels Umschreibungsbewilligung zuhanden des Landgerichtes freigegeben.

Aus Schenkungssteuern resultierte im Berichtsjahr ein Betrag von CHF 0,8 Mio. (Vorjahr CHF 1,4 Mio.). Steuerbasis dieser Schenkungssteuern war eine Schenkungssumme von insgesamt CHF 96,1 Mio. (Vorjahr CHF 113,4 Mio.). Bearbeitet wurden insgesamt 511 (Vorjahr 581) Schenkungen, wobei in 374 (Vorjahr 398) Fällen Steuern zu entrichten waren. Nach der edv-mässigen Erfassung der Schenkungsverträge und Schenkungsanzeigen sind jeweils die Werte der geschenkten Vermögensobjekte festzusetzen und die Schenkungssteuerrechnungen zu erstellen. Im Falle von Grundstücksschenkungen werden die Schenkungsverträge nach Eingang der Steuerzahlungen an das Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt weitergeleitet.

Steuerbezug und Administration

Die Abteilung Steuerbezug und Administration ist insbesondere zuständig für den Bezug der Kapital- und Ertragssteuern, der Couponsteuern, der Besonderen Gesellschaftssteuern, der Lohnsteuerabzüge, der Quellensteuern der österreichischen Grenzgänger und der Rentnersteuern sowie für eine Reihe weiterer administrativer Aufgaben.

Aus den Lohnsteuerabzügen und den Quellensteuern der österreichischen Grenzgänger resultierten im Berichtsjahr Einnahmen von CHF 94,2 Mio. (Vorjahr CHF 92,7 Mio.). Die Lohnsteuerabzüge werden vom jeweiligen Arbeitgeber vorgenommen, welcher gemäss Steuergesetz verpflichtet ist, einen bestimmten Anteil des an seine Arbeitnehmer auszubezahlenden Bruttolohnes zurückzubehalten und der Steuerverwaltung abzuliefern. Der Arbeitnehmer erhält für diese Vorauszahlung seiner Vermögens- und Erwerbssteuer einen Skonto gutgeschrieben, welcher sich für das Steuerjahr 2004 auf 1,0 % (Vorjahr 1,5 %) des abgelieferten Lohnsteuerbetrags belief. Insgesamt rechneten die Arbeitgeber im Berichtsjahr eine Bruttolohnsumme von CHF 2 115 Mio. (Vorjahr CHF 2 058 Mio.) ab, was einer Zunahme von CHF 57 Mio. bzw. 2,8% entspricht. Auf die 7 072 (Vorjahr 6 975) österreichischen Grenzgänger entfiel dabei eine Lohnsumme von CHF 425,1 Mio. (Vorjahr CHF 416,6 Mio.). Da sich der Quellensteuerabzug der österreichischen Grenzgänger auf 4 % des Bruttolohnes beläuft, resultierten hieraus Steuereinnahmen von CHF 16,9 Mio. (Vorjahr CHF 16,6 Mio.).

Aus der Besonderen Gesellschaftsteuer der Sitzgesellschaften resultierten im Berichtsjahr CHF 93,8 Mio. (Vorjahr CHF 85,9 Mio.). Die Gesamteinnahmen aus der Couponsteuer beliefen sich auf CHF 37,6 Mio. (Vorjahr CHF 35,3 Mio.).

In den Aufgabenbereich der Abteilung Steuerbezug und Administration fällt auch die Bearbeitung von Neugründungen, Löschungen, Kapitalerhöhungen, Rechtsformwechseln und Sitzverlegungen von Gesellschaften. Bei Neugründungen von Gesellschaften erhebt die Steuerverwaltung direkt die liechtensteinische Gründungs- oder Wertstempelgebühr sowie die eidgenössische

Stempelabgabe (Emissionsabgabe). Im Berichtsjahr wurden aufgrund von Neugründungen oder Kapitalerhöhungen CHF 1,9 Mio. (Vorjahr CHF 0,8 Mio.) an Gründungs- oder Wertstempelgebühren sowie CHF 2,3 Mio. (Vorjahr CHF 1,5 Mio.) an Emissionsabgaben eingehoben. Der gesamte Anteil Liechtensteins an den eidgenössischen Stempelabgaben (Emissionsabgabe, Effekturnumsatzabgabe, Abgabe auf Versicherungsprämien) belief sich auf CHF 50,3 Mio. (Vorjahr CHF 41,6 Mio.).

In den administrativen Aufgabenbereich fallen weiters die Führung des Steuerregisters und das damit verbundene Mutationswesen, die sorgfältige Verwahrung und Nachführung der Steuerakten aller Gesellschaften sowie die Datenerfassung für die Revisoren und das Amt für Volkswirtschaft als Grundlage für die Berechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Liechtensteins.

Rechtsdienst und Gesetzgebung

Rechtsmittelverfahren und rechtliche Abklärungen

Die Haupttätigkeit des Rechtsdienstes besteht in der Erledigung aller anfallenden Steuerverfahren bzw. Rechtsmittelverfahren. Im Berichtsjahr verfasste er diverse Einspracheentscheidungen sowie Gegenäusserungen und Beschwerden an obere Instanzen. Weiters liegt seine Tätigkeit in der rechtlichen Unterstützung aller Abteilungen der Steuerverwaltung, Wahrnehmung der rechtlichen Aufsicht über sämtliche Steuerarten im Sinne einer einheitlichen Verwaltungspraxis, Beantwortung von internen und externen Anfragen, Klärung verschiedener Fragen im Rahmen der abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen.

Gesetzgebung

Der Rechtsdienst verfasste im abgelaufenen Berichtsjahr Stellungnahmen zu verschiedenen Vernehmlassungsvorlagen, unter anderem zur Vorlage betreffend die Abänderung des Steuergesetzes und Finanzausgleichsgesetzes zur Anhebung des Landesanteils an der Kapital- und Ertragssteuer sowie zur Vorlage betreffend die Teilrevision des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung.

Vom Rechtsdienst wurden zu Händen der Regierung eine Abänderung des Mehrwertsteuergesetzes (Art. 33a MWSTG) sowie eine Abänderung der Mehrwertsteuerverordnung (Art. 16 Abs. 4 MWSTV) vorbereitet. Ebenso erarbeitete er eine Vorlage zur Aufhebung des Sparprämiengesetzes und der damit im Zusammenhang stehenden steuerrechtlichen Bestimmungen.

Wirtschaftsfragen und Dokumentation

In seiner Funktion als Konjunkturbeobachtungsstelle erarbeitete der Bereich Wirtschaftsfragen und Dokumentation die beiden Konjunkturberichte Liechtenstein des Frühjahrs und Herbstes 2005.

Für den Landesvoranschlag 2005 und die Finanzplanung wurden wiederum die zu erwartenden Steuereinnahmen geschätzt. Weiters wurde im Berichtsjahr die Steuerstatistik 2005 erstellt und publiziert.

Der Mitarbeiter, der in der Steuerverwaltung den Aufgabenbereich Wirtschaftsfragen und Dokumentation betreute, wechselte im November zum Amt für Volkswirtschaft, Abteilung Statistik. Die Erstellung des Konjunkturberichtes und der Steuerstatistik sowie die Berechnung der Fiskalquote wurden in der Folge dem Amt für Volkswirtschaft, Abteilung Statistik, übertragen.

Internationales Steuerrecht

Während des Berichtsjahres hielt die unter der Führung des Leiters des Rechtsdienstes stehende Arbeitsgruppe «Internationale Entwicklungen des Steuerrechts» insgesamt 6 Sitzungen ab, in denen sie sich mit dem Projekt «Neues Einkommensteuergesetz für Liechtenstein» auseinandersetzte. Die Arbeitsgruppe hat einen Bericht für die Einführung eines neuen Einkommensteuergesetzes für das Fürstentum Liechtenstein erarbeitet und diesen Ende Mai dem Ressort Finanzen übergeben.

Im Zusammenhang mit dem zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Gemeinschaft abgeschlossenen Zinsbesteuerungsabkommen hat der Rechtsdienst bei der Erarbeitung des Zinsbesteuerungs-gesetzes mitgewirkt sowie das liechtensteinische Merkblatt zur EU-Zinsbesteuerung und die Verordnung über die Verzinsung ausstehender EU-Steuerückhaltsbeträge erarbeitet. Weiters hat er die für die Umsetzung des EU-Zinsbesteuerungsabkommens erforderlichen internen Massnahmen ergriffen, die insbesondere die Gestaltung der relevanten Formulare, die Einrichtung eines Zahlstellenregisters und die Einrichtung einer entsprechenden Rubrik auf der Homepage der Steuerverwaltung beinhalteten. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Erteilung von Auskünften für materielle und steuer-technische Fragen gegenüber den liechtensteinischen Zahlstellen.

Der Rechtsdienst hat - mit Unterstützung der Finanzmarktaufsicht und des Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramtes - den Fragebogen des OECD Global Forum on Taxation betreffend Transparenz und Informationsaustausch in Liechtenstein komplettiert und überarbeitet und der Regierung zur Weiterleitung an die OECD in Paris übergeben. Weiters hat er - unter Hinzuziehung von FMA und GBOER - den Berichtsentwurf des OECD Global Forum on Taxation im Hinblick auf die Aussagen betreffend Liechtenstein geprüft und die entsprechende Stellungnahme für das Amt für Auswärtige Angelegenheiten an die OECD vorbereitet. Dieser Bericht wurde aufgrund der Ergebnisse aller bei der OECD eingegangenen Fragebogen erstellt und diente als Diskussionsgrundlage für das Treffen des OECD Global Forum in Melbourne im November 2005.

Im Berichtsjahr fanden keine persönlichen Treffen zwischen Vertretern der OECD und der liechtensteinischen Delegation, in welcher auch Mitarbeiter des Rechtsdienstes der Steuerverwaltung vertreten sind, statt. Die zuständigen Mitarbeiter des Rechtsdienstes pflegten jedoch während des ganzen Jahres laufenden

Kontakt mit ihren Ansprechpartnern bei der OECD, um so über die neuesten Entwicklungen und Bestrebungen der Organisation hinsichtlich ihrer Initiative zu den schädlichen Steuerpraktiken informiert zu sein.

1. Vermögens- und Erwerbssteuer (Steuerjahr 2004)

Gemeinde	Anzahl Veranlagungen	Steuerbares Vermögen	Steuerbarer Erwerb	Steuerergebnis Total	Gemeindezuschlag	Landessteuer	Skonto auf Lohnsteuer	Landessteuer abz. Skonto auf Lohnsteuer
Balzers	2 940	411 947 000	116 963 500	10 855 170.65	6 971 224.45	3 883 946.20	86 876.15	3 797 070.05
Triesen	3 303	588 505 000	138 214 100	14 205 057.95	9 446 150.24	4 758 907.71	99 562.05	4 659 345.66
Triesenberg	1 910	192 059 000	70 687 700	6 395 245.20	4 253 043.35	2 142 201.85	51 441.80	2 090 760.05
Vaduz	4 719	1 600 412 000	217 190 200	29 321 235.10	18 086 396.70	11 234 838.40	153 828.45	11 081 009.95
Schaan	4 435	3 111 588 000	201 428 300	37 252 728.89	23 461 432.19	13 791 296.70	150 830.75	13 640 465.95
Planken	232	84 185 000	13 777 600	2 009 298.90	1 336 872.90	672 426.00	10 868.75	661 557.25
Eschen	2 679	291 296 000	103 617 900	9 317 750.10	6 195 351.70	3 122 398.40	78 055.55	3 044 342.85
Mauren	2 371	307 040 000	88 626 400	8 486 533.50	5 656 418.60	2 830 114.90	65 228.40	2 764 886.50
Gamprin	912	91 114 000	38 740 100	3 497 938.65	2 330 732.35	1 167 206.30	27 512.45	1 139 693.85
Schellenberg	578	53 382 000	20 954 700	1 697 541.90	1 131 253.30	566 288.60	14 783.00	551 505.60
Ruggell	1 188	112 756 000	49 763 400	4 290 693.50	2 856 591.50	1 434 102.00	36 116.90	1 397 985.10
Total	25 267	6 844 284 000	1 059 963 900	127 329 194.34	81 725 467.28	45 603 727.06	775 104.25	44 828 622.81
Vorjahr	25 071	6 274 208 000	1 017 928 900	117 357 575.85	75 390 927.12	41 966 648.73	1 141 570.95	40 825 077.78
Veränderung	+196	+570 076 000	+42 035 000	+9 971 618.49	+6 334 540.16	+3 637 078.33	-366 466.70	+ 4 003 545.03

2. Grundstücksgewinnsteuern

Gemeinde	Veranlagungen	Steuerbarer Gewinn	Total Steuereinnahmen	Gemeindeanteil 2/3	Landesanteil 1/3
Balzers	34	2 083 303.95	284 245.05	189 496.70	94 748.35
Triesen	115	14 558 122.35	2 146 915.05	1 431 276.70	715 638.35
Triesenberg	68	6 867 442.40	921 573.30	614 382.20	307 191.10
Vaduz	71	22 057 394.90	3 584 937.90	2 389 958.60	1 194 979.30
Schaan	78	19 373 369.10	3 041 034.90	2 027 356.60	1 013 678.30
Planken	2	237 477.30	33 175.35	22 116.90	11 058.45
Eschen	82	7 739 517.95	1 256 627.40	837 751.60	418 875.80
Mauren	108	8 725 290.75	1 161 915.60	774 610.40	387 305.20
Gamprin	53	9 025 920.50	1 417 386.30	944 924.20	472 462.10
Schellenberg	56	2 269 439.80	288 249.90	192 166.60	96 083.30
Ruggell	38	2 392 899.10	329 520.75	219 680.50	109 840.25
Total	705	95 330 178.10	14 465 581.50	9 643 721.00	4 821 860.50
Vorjahr	758	105 784 025.00	16 150 419.15	10 766 946.05	5 383 473.10
Veränderung	-53	-10 453 846.90	-1 684 837.65	-1 123 225.05	-561 612.60

3. Kapital- und Ertragssteuern

Gemeinde	Total Steuereinnahmen	Gemeindeanteil 50%	Landesanteil 50%
Balzers	6 529 690.60	3 264 845.60	3 264 845.00
Triesen	25 598 981.90	12 799 491.60	12 799 490.30
Triesenberg	1 145 816.22	572 908.40	572 907.82
Vaduz	58 710 246.05	29 355 124.85	29 355 121.20
Schaan	23 224 395.00	11 612 198.65	11 612 196.35
Planken	544 189.90	272 094.95	272 094.95
Eschen	7 666 929.45	3 833 465.35	3 833 464.10
Mauren	4 698 800.45	2 349 400.85	2 349 399.60
Gamprin	7 090 422.45	3 545 211.40	3 545 211.05
Schellenberg	161 399.95	80 699.95	80 700.00
Ruggell	1 880 833.40	940 417.10	940 416.30
Total	137 251 705.37	68 625 858.70	68 625 846.67
Vorjahr	123 371 679.39	61 685 868.90	61 685 810.49
Veränderung	13 880 025.98	+6 939 989.80	+6 940 036.18

4. Ergebnis der in den Finanzausgleich fallenden Steuern, Stempelabgaben und Zölle

	Gesamteinnahmen 2005	Finanzausgleich 15%	Gesamteinnahmen 2004	Finanzausgleich 15%
Rentnersteuern	2 625 566.65	393 835.00	2 724 820.95	408 723.15
Quellensteuern	16 739 838.55	2 510 975.80	16 436 581.45	2 465 487.20
Nachlass-, Erbanfall- und Schenkungssteuer	8 718 471.17	1 307 770.70	2 317 670.60	347 650.60
Motorfahrzeugsteuern	10 051 297.40	1 507 694.60	9 808 121.80	1 471 218.25
Besondere Gesellschaftssteuern				
Holding- und Sitzgesellschaften ohne die aus der				
Erhöhung der Mindeststeuer zufließenden Einnahmen	61 463 732.05	9 219 559.80	56 948 906.77	8 542 336.00
Ausl. Versicherungsgesellschaften	2 836 380.80	425 457.10	2 820 952.32	423 142.85
Couponsteuern	37 622 721.83	5 643 408.25	35 256 206.06	5 288 430.90
Stempelabgaben	50 276 793.64	7 541 519.05	41 646 841.16	6 247 026.15
Mehrwertsteuern	173 953 048.58	26 092 957.30	173 311 700.42	25 996 755.05
Zölle	34 576 140.00	5 186 421.00	35 326 708.00	5 299 006.20
Kapital- und Ertragssteuer 50%-Anteil	68 625 846.67	10 293 877.00	61 685 810.49	9 252 871.55
Kürzungsbetreffnisse aus den Gemeindeanteilen an der Kapital- und Ertragssteuer	0.00	0.00	-3 350 716.00	-502 607.40
Total	467 489 837.34	70 123 475.60	434 933 604.02	65 240 040.50

Von den Gesamteinnahmen 2005 in der Höhe von CHF 467 489 837.34 gemäss Art. 3 des Finanzgesetzes entfallen

auf die Gemeinden 15% CHF 70 123 475.60

auf das Land 85% CHF 397 366 361.74

Details zu den Nachlass-, Erbanfall- und Schenkungssteuern

Steuerjahr	Veranlagungen	Steuerbarer Vermögensübergang	Total Steuereinnahmen
2005	789	179 290 735.90	8 718 471.17
2004	805	31 910 146.50	2 317 670.60
Veränderungen	-16	+ 147 380 589.40	+6 400 800.57

davon Nachlass- und Erbanfallsteuern

Steuerjahr	Veranlagungen	Total Steuereinnahmen
2005	278	7 910 276.07
2004	224	959 611.15
Veränderungen	+54	+6 950 664.92

davon Schenkungssteuern

Steuerjahr	Veranlagungen	Total Steuereinnahmen
2005	511	808 195.10
2004	581	1 358 059.45
Veränderungen	-70	-549 864.35

Details zu den besonderen Gesellschaftssteuern der Holding- und Sitzgesellschaften

	2005	2004	Veränderung
Steuereinnahmen von Holding und Sitzgesellschaften	93 837 832.05	85 910 266.70	7 927 565.35
Einnahmen die nicht in den Finanzausgleich fallen (Erhöhung Mindeststeuer von CHF 600.– auf CHF 1 000.– vom 1973)	- 32 374 100.00	- 28 961 359.93	-3 412 740.07
Einnahmen, die in den Finanzausgleich fallen	61 463 732.05	56 948 906.77	4 514 825.28

Detail zu den Couponsteuern

Steuerobjekt	Steuerbare Leistung	Steuereinnahmen
Steuerbare Gewinnausschüttung an Aktionäre und Kapitalinhaber, langfristige Darlehen usw. 2004	940 568 045.75 881 405 151.50	37 622 721.83 35 256 206.06
Veränderungen	+59 162 894.25	+2 366 515.77

Details zu den Stempelabgaben

	2005	2004	Veränderungen
Emissionsabgaben	2 255 249.28	1 524 720.48	+ 730 528.80
Effektenumsatzabgaben	39 090 671.39	34 578 293.39	+ 4 512 378.00
Prämienquittungen	9 466 890.89	6 000 223.20	+ 3 466 667.69
./. Beitrag für die Durchführung der Stempelabgaben	-536 017.92	-456 395.91	-79 622.01
Einnahmen Total für Finanzausgleich	50 276 793.64	41 646 841.16	+ 8 629 952.48

5. Diverse Steuern und Gebühren, die nicht in den Finanzausgleich fallen

	2005	2004	Veränderungen
Liecht. Gründungsgebühren	1 937 464.85	784 613.00	+ 1 152 851.85
Verwaltungsgebühren und Bussen	605 568.08	621 342.84	-15 774.76
Einbürgerungssteuern	2 250.00	2 950.00	-700.00
Total	2 545 282.93	1 408 905.84	+ 1 136 377.09

FINANZEN

210 I Aufteilung der Steuern, der Stempelabgaben und der Zollerträge zwischen Land und Gemeinden

	Gesamtergebnis			Land		Gemeinden	
	2005	2004	2005	2004	2005	2004	
Vermögens- und Erwerbssteuern	127 329 194.34	117 357 575.85	45 603 727.06	41 966 648.73	81 725 467.28	75 390 927.12	
Grundstückgewinnsteuern	14 465 581.50	16 150 419.15	4 821 860.50	5 383 473.10	9 643 721.00	10 766 946.05	
Kapital- und Ertragssteuern, nur Gemeindeanteil	68 625 858.70	61 685 868.90	--	--	68 625 858.70	61 685 868.90	
Steuern, Stempelabgaben und Zölle, die in den Finanzausgleich fallen	467 489 837.34	434 933 604.02	397 366 361.74	369 693 563.52	70 123 475.60	65 240 040.50	
Besondere Gesellschaftssteuern Holding- und Sitzgesellschaften aus Steuererhöhung	32 374 100.00	28 961 359.93	32 374 100.00	28 961 359.93			
Gebühren, die nicht in den Finanzausgleich fallen (Liecht. Gründungsgebühren etc.)	2 545 282.93	1 408 905.84	2 545 282.93	1 408 905.84			
Total	712 829 854.81	660 497 733.69	482 711 332.23	447 413 951.12	230 118 522.58	213 083 782.57	
Veränderungen	52 332 121.12		35 297 381.11		17 034 740.01		

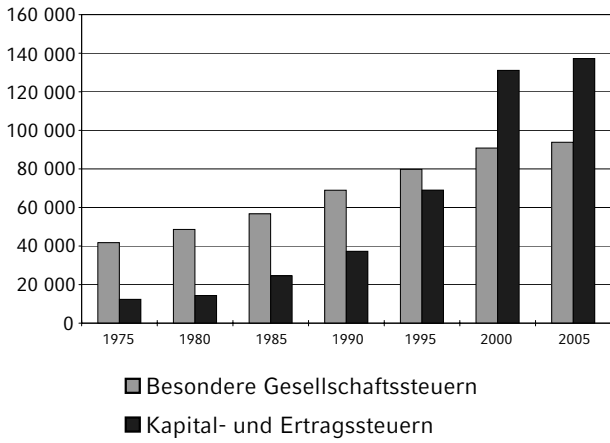
Vergleich Gesamtsteuereinnahmen und Zollerträge 2005/2004

	2005	2004	Veränderung
Gesellschaftssteuern			
a) Sitz- und Holdinggesellschaften	93 837 832.05	85 910 266.70	
b) ausl. Versicherungsgesellschaften	2 836 380.80	2 820 952.32	
c) Kapital- und Ertragssteuern	<u>137 251 705.37</u>	<u>123 371 679.39</u>	+21 823 019.81
Nachlass-, Erbanfall- und Schenkungssteuern		8 718 471.17	+ 6 400 800.57
Mehrwertsteuern		173 953 048.58	+ 641 348.16
Grundstückgewinnsteuern		14 465 581.50	- 1 684 837.65
Stempelabgaben	50 276 793.64	41 646 841.16	
Gebühren	<u>2 545 282.93</u>	<u>1 408 905.84</u>	+9 766 329.57
Couponsteuern		37 622 721.83	+ 2 366 515.77
Motorfahrzeugsteuern		10 051 297.40	+ 243 175.60
Vermögens- und Erwerbssteuern	127 329 194.34	117 357 575.85	
Rentnersteuern	<u>2 625 566.65</u>	<u>2 724 820.95</u>	+9 872 364.19
Quellensteuern		16 739 838.55	+ 303 257.10
Total Steuern und Stempelabgaben		678 253 714.81	+ 49 731 973.12
Zollerträge		34 576 140.00	- 750 568.00
Total Steuern und Zollerträge		712 829 854.81	+ 48 981 405.12

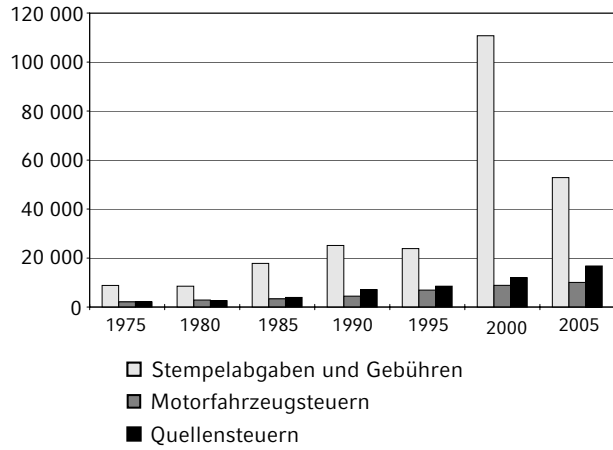
Vergleich der Steuern, Abgaben und Zölle 1975 - 2005 (in CHF 1 000)

	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005
Besondere Gesellschaftssteuern	41 766	48 587	56 725	68 947	79 757	90 794	93 838
Kapital- und Ertragssteuern	12 331	14 317	24 576	37 300	69 000	131 123	137 252
Nachlass-, Erbanfall- und Schenkungssteuern	2 858	2 626	1 023	1 231	821	3 648	8 718
Mehrwertsteuern	10 696	15 924	26 329	38 762	84 449	161 611	173 953
Grundstückgewinnsteuern	1 851	3 856	9 822	10 447	9 662	21 200	14 466
Stempelabgaben und Gebühren	8 834	8 501	17 802	25 118	23 867	110 739	52 822
Couponsteuern	4 276	8 049	20 168	20 242	24 494	56 779	37 623
Motorfahrzeugsteuern	2 117	2 874	3 369	4 440	6 926	8 859	10 051
Vermögens- und Erwerbssteuern, inkl. Rentnersteuern	32 180	39 882	49 884	64 164	88 737	110 130	129 955
Quellensteuern	2 105	2 607	3 922	7 088	8 531	12 016	16 740
Zölle	11 568	12 502	16 249	19 854	27 568	31 910	34 576
Total	130 582	159 725	229 869	297 593	423 812	738 809	709 994

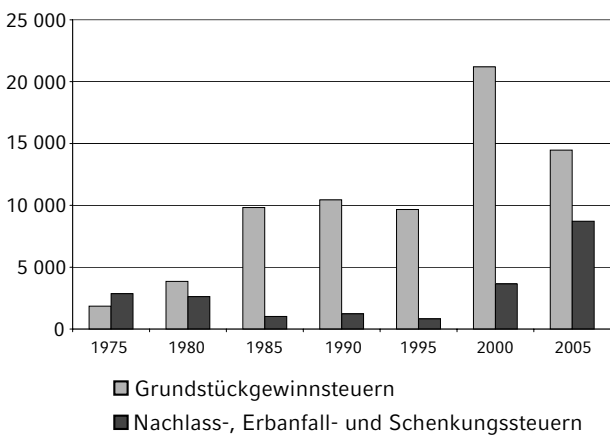
Entwicklung der Steuern, Abgaben und Zölle



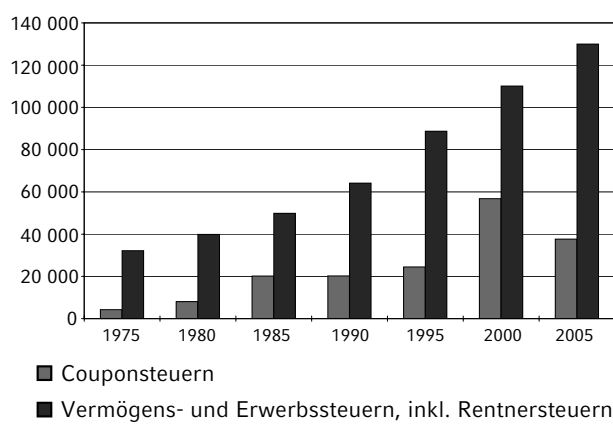
Entwicklung der Steuern, Abgaben und Zölle



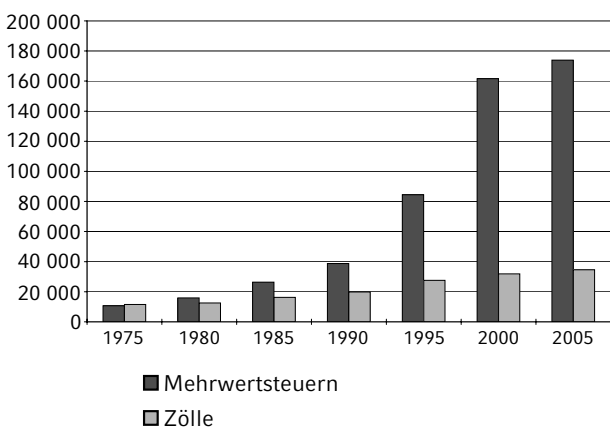
Entwicklung der Steuern, Abgaben und Zölle



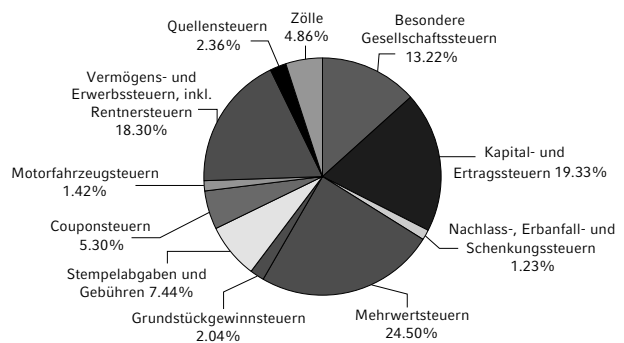
Entwicklung der Steuern, Abgaben und Zölle



Entwicklung der Steuern, Abgaben und Zölle



Aufteilung der Steuern, Abgaben und Zölle



FINANZEN

212 |

Finanzausgleich 2005: Teil 1

Gemeinde	Einwohner	Zuschlag zur Vermögens- und Erwerbssteuer auf 200% berechnet	Steuerteilung unter Gemeinden	Anteil Grundstücksgewinnsteuer 2/3	Anteil Kapital- und Ertragssteuer 50%	Zwischentotal	Einnahmen pro Kopf (LM 1)	Differenz zu LM 1	Anhebung LM 1 (4 392.62)
Balzers	4 423	7 767 892.40	-293 474.15	189 496.70	3 264 845.60	10 928 760.55	2 470.89	2 422.06	1 921.73
Triesen	4 578	9 446 150.24	97 104.60	1 431 276.70	12 799 491.60	23 774 023.14	5 193.10	0.00	0.00
Triesenberg	2 564	4 253 043.35	-5 778.20	614 382.20	572 908.40	5 434 555.75	2 119.56	2 773.39	2 273.06
Vaduz	5 053	22 469 676.80	586 258.15	2 389 958.60	29 355 124.85	54 801 018.40	10 845.24	0.00	0.00
Schaan	5 752	27 582 593.40	-221 222.20	2 027 356.60	11 612 198.65	41 000 926.45	7 128.12	0.00	0.00
Planken	368	1 336 872.90	-41 891.10	22 116.90	272 094.95	1 589 193.65	4 318.46	574.49	74.16
Eschen	3 996	6 195 351.70	117 269.60	837 751.60	3 833 465.35	10 983 838.25	2 748.71	2 144.24	1 643.91
Mauren	3 634	5 656 418.60	59 600.35	774 610.40	2 349 400.85	8 840 030.20	2 432.59	2 460.36	1 960.03
Gamprin	1 414	2 330 732.35	-240 910.90	944 924.20	3 545 211.40	6 579 957.05	4 653.43	239.52	0.00
Schellenberg	946	1 131 253.30	3 297.25	192 166.60	80 699.95	1 407 417.10	1 487.76	3 405.19	2 904.86
Ruggell	1 872	2 856 591.50	-60 253.40	219 680.50	940 417.10	3 956 435.70	2 113.48	2 779.47	2 279.14
Total	34 600	91 026 576.54	0.00	9 643 721.00	68 625 858.70	169 296 156.24	4 892.95	0.00	0.00

Finanzausgleich 2005: Teil 2

50% zur Annäherung an LM 1 (an Anspruchsberechtigte) Stufe 1	LM 2	30% zu gleichen Teilen (an Anspruchsberechtigte) Stufe 2	Zwischentotal LM 3	7.5% an Berggemeinden wovon 50% gleich 50% n. Einw. Stufe 3	5% an finanzschwächere Gemeinden wovon 50% gleich 50% n. Einw. Stufe 4	Zwischentotal
8 499 811.80	4 392.62	2 337 449.20	21 766 021.55	4 921.10	--	21 766 021.55
0.00	5 193.10	2 337 449.20	26 111 472.34	5 703.69	--	26 111 472.34
5 828 125.85	4 392.62	2 337 449.20	13 600 130.80	5 304.26	876 543.45	16 425 852.75
0.00	10 845.24	0.00	54 801 018.40	10 845.24	--	54 801 018.40
0.00	7 128.12	0.00	41 000 926.45	7 128.12	--	41 000 926.45
27 290.90	4 392.62	2 337 449.20	3 953 933.75	10 744.39	876 543.45	5 021 045.15
6 569 064.35	4 392.62	2 337 449.20	19 890 351.80	4 977.57	--	19 890 351.80
7 122 749.00	4 392.62	2 337 449.20	18 300 228.40	5 035.84	--	18 300 228.40
0.00	4 653.43	2 337 449.20	8 917 406.25	6 306.51	--	12 423 580.05
2 747 997.55	4 392.62	2 337 449.15	6 492 863.80	6 863.49	876 543.45	7 859 291.10
4 266 550.10	4 392.62	2 337 449.15	10 560 434.95	5 641.26	--	10 560 434.95
35 061 589.55	5 906.29	21 037 042.70	225 394 788.49	6 514.30	2 629 630.35	234 160 222.95

Finanzausgleich 2005: Teil 3

LM 4	Einwohner n. anspruchsberechtigten Gemeinden	5.0% nach effekt. Einwohnern u. Rest aus St. 1 Stufe 5	Total Gemeindesteuer-einnahmen inkl. FAG	LM 5	Finanzausgleich (ohne Kürzungen lt. Art. 5 Abs. 1 und 2 / FAG)	Das Total der Gemeindesteuer-Einnahmen setzt sich wie folgt zusammen: (mit Berücksichtigung der Kürzungen lt. Art. 5 Abs. 1 und 2 / FAG)				Gemeinde
						Finanzausgleich	in %	Gemeindesteuer	in %	
4 921.10	4 423	977 615.70	22 743 637.25	5 142.13	¹⁾ 11 814 876.70	9 269 607.00	45.89	10 928 760.55	54.11	Balzers
5 703.69	4 578	1 011 875.35	27 123 347.69	5 924.72	²⁾ 3 349 324.55	3 208 652.90	11.89	23 774 023.14	88.11	Triesen
6 406.34	2 564	566 720.95	16 992 573.70	6 627.37	11 558 017.95	11 558 017.95	68.02	5 434 555.75	31.98	Triesenberg
10 845.24	0	0.00	54 801 018.40	10 845.24	0.00	0.00	0.00	54 801 018.40	100.00	Vaduz
7 128.12	0	0.00	41 000 926.45	7 128.12	0.00	0.00	0.00	41 000 926.45	100.00	Schaan
13 644.14	368	81 339.05	5 102 384.20	13 865.17	³⁾ 3 513 190.55	0.00	0.00	1 589 193.65	100.00	Planken
4 977.57	3 996	883 235.90	20 773 587.70	5 198.60	9 789 749.45	9 789 749.45	47.13	10 983 838.25	52.87	Eschen
5 035.84	3 634	803 223.00	19 103 451.40	5 256.87	10 263 421.20	10 263 421.20	53.73	8 840 030.20	46.27	Mauren
8 786.12	1 414	312 536.40	12 736 116.45	9 007.15	6 156 159.40	6 156 159.40	48.34	6 579 957.05	51.66	Gamprin
8 307.92	946	209 094.40	8 068 385.50	8 528.95	6 660 968.40	6 660 968.40	82.56	1 407 417.10	17.44	Schellenberg
5 641.26	1 872	413 768.15	10 974 203.10	5 862.29	7 017 767.40	7 017 767.40	63.95	3 956 435.70	36.05	Ruggell
6 767.64	23 795	5 259 408.90	239 419 631.84	6 919.64	70 123 475.60	63 924 343.70	27.41	169 296 156.24	72.59	Total

¹⁾ Kürzung Balzers wegen Gemeindesteuerzuschlag lt. Art. 5 Abs. 1 / FAG, wg. Reserven lt. Art. 5 Abs. 2 FAG (14.8%) -796 667.95
-1 748 601.75 -2 545 269.70

²⁾ Kürzung Triesen wegen Reserven lt. Art. 5 Abs. 2 FAG (4.2%) -140 671.65

³⁾ Kürzung Planken wegen Reserven lt. Art. 5 Abs. 2 FAG (100%) -3 513 190.55

Total Finanzausgleich abzüglich Kürzungen lt. Art. 5 Abs. 1 und 2 FAG 63 924 343.70

Gemeindesteuern

Gemeinde	Gemeindezuschlag zur Vermögens- und Erwerbssteuer	Steuerteilung +/-	Einbürgerungs- steuer	Anteil Grundstück- gewinnsteuer 2/3	Anteil Kapital- und Ertrags- steuer 50%	Steuern und Ab- gaben gem. Finanzausgleich	Total Steuerein- nahmen
Balzers	6 971 224.45	-293 474.15	500.00	189 496.70	3 264 845.60	9 269 607.00	19 402 199.60
Triesen	9 446 150.24	97 104.60	0.00	1 431 276.70	12 799 491.60	3 208 652.90	26 982 676.04
Triesenberg	4 253 043.35	-5 778.20	0.00	614 382.20	572 908.40	11 558 017.95	16 992 573.70
Vaduz	18 086 396.70	586 258.15	0.00	2 389 958.60	29 355 124.85	-	50 417 738.30
Schaan	23 461 432.19	-221 222.20	0.00	2 027 356.60	11 612 198.65	-	36 879 765.24
Planken	1 336 872.90	-41 891.10	0.00	22 116.90	272 094.95	-	1 589 193.65
Eschen	6 195 351.70	117 269.60	800.00	837 751.60	3 833 465.35	9 789 749.45	20 774 387.70
Mauren	5 656 418.60	59 600.35	0.00	774 610.40	2 349 400.85	10 263 421.20	19 103 451.40
Gamprin	2 330 732.35	-240 910.90	0.00	944 924.20	3 545 211.40	6 156 159.40	12 736 116.45
Schellenberg	1 131 253.30	3 297.25	0.00	192 166.60	80 699.95	6 660 968.40	8 068 385.50
Ruggell	2 856 591.50	-60 253.40	1 050.00	219 680.50	940 417.10	7 017 767.40	10 975 253.10
Total	81 725 467.28	0.00	2 350.00	9 643 721.00	68 625 858.70	63 924 343.70	223 921 740.68
Vorjahr	75 390 927.12	0.00	3 450.00	10 766 946.05	61 685 868.90	59 707 600.10	207 554 792.17
Veränderung	6 334 540.16	0.00	-1 100.00	-1 123 225.05	6 939 989.80	4 216 743.60	16 366 948.51

Details über das prämiengünstige Sparen im Sinne des Sparprämiengesetzes

- 1) Zur Erlangung einer Sparprämie haben im Jahre 2005 0 Personen einen Antrag gestellt. Davon wurden folgende Anträge bewilligt:
 - a) 0 Sparer ohne prämiengünstigte Kinder
 - b) 0 Sparer mit prämiengünstigten Kindern
- 2) An Sparprämien wurden im Jahre 2005 CHF 550 ausbezahlt.
- 3) Die Höhe des Sparkapitals beträgt per 31.12.2005 CHF 167 540.
- 4) Ende 2005 waren 17 Sparer registriert, davon:
 - 4 nach Sparratensystem (jährliche Einlage)
 - 13 nach Sparsystem (Einmaleinlage).

Amt für Wohnungswesen

Amtsleiter: Marxer Harald

Wohnbauförderung

Im Berichtsjahr 2005 wurden zinslose Darlehen in der Höhe von CHF 12 638 000 ausbezahlt. Der Darlehensbestand hat sich von CHF 195 439 453.80 auf CHF 194 799 551.30 verringert. Ca. 83 % der Darlehen wurden an Liechtensteinische Staatsbürger ausbezahlt.

Tätigkeiten des Amtes

Das Amt für Wohnungswesen bewilligte im Berichtsjahr 124 Anträge auf Wohnbauförderung. Davon wurden 29 nach dem «alten Gesetz» und 95 nach dem «neuen Gesetz» erteilt. Unter anderem wurden auch Stundungs- und Sistierungs-gesuche behandelt sowie Anträge auf Um- und Anbauten.

Budget

Gemäss Finanzgesetz, LGBl. 2004 Nr. 286, wurde die Höhe der Förderungsmittel auf CHF 14 000 000 budgetiert. Im Berichtsjahr wurden Darlehen in der Höhe von CHF 12 638 000 ausbezahlt. Das Budget der Subventionen betrug CHF 3 590 000. Ausbezahlt wurden CHF 3 633 100, die Rückzahlungen von Subventionen beliefen sich auf CHF 254 950.

Verteilung der zinslosen Darlehen und Subventionen nach Nationen

Nation	Anzahl	zinslose Darlehen	Subventionen	in Prozenten
FL	85	10 686 000.00	2 617 300.00	88.33 %
A	3	288 000.00	92 200.00	2.94 %
CH	5	559 000.00	180 300.00	4.90 %
D	3	380 000.00	89 900.00	2.94 %
I	6	725 000.00	231 900.00	5.88 %
Total	102	14 378 000.00	3 211 600.00	100%

Entwicklung des Darlehensbestands

Darlehensbestand per 1.1.2005	CHF 195 703 963.80
(inkl. Depot-Saldo von CHF 264 510)	
Darlehensauszahlungen	CHF 12 638 000.00
Stundungen	CHF 56 530.00
Sistierungen	CHF 218 695.00
Fakturierte Tilgungsraten	CHF -10 880 447.50
Reduzierte Tilgungsraten	
(nach Sistierung)	CHF -103 215.00
Darlehensstilgungen	CHF -2 747 075.00
Abschreibung Darlehen	CHF -86 900.00
Darlehensbestand per 31.12.2005	CHF 194 799 551.30
(inkl. Depot-Saldo von CHF 0.–)	

Verwaltung

Einführung des überarbeiteten Wohnbauförderungsgesetzes

Im Berichtsjahr erfolgte die Einführung des überarbeiteten Gesetzes über die Förderung des Wohnbaues. Die bedeutendste Änderung ist die Einführung der Quadratmeterberechnung anstelle der Kubaturberechnung. Die Umstellung erfolgte reibungslos und wurde mehrheitlich begrüsst.

Abschreibung

Im Jahr 2005 kam es zu einer Zwangsversteigerung einer Liegenschaft mit Wohnbauförderung. Auf Grund des niedrigen Mindestgebotes war das zinslose Darlehen beim Zuschlag nicht vollkommen gedeckt und es musste eine Abschreibung des Restdarlehens in der Höhe von CHF 86 900 vorgenommen werden.

Mietbeiträge

Im Rechnungsjahr 2005 wurden Mietbeiträge in der Höhe von CHF 1 992 325 ausbezahlt. Hierbei handelt es sich um 357 Bezüger. Im Dezember 2005 wurde die jährliche Überprüfung der Mietbeiträgebezüger durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, dass an sechs Bezüger zuviel und an vier Bezüger zu Unrecht Mietbeihilfen ausbezahlt wurden. Bei diesen sechs Bezüger handelt es sich um einen Gesamtbetrag von CHF 11 900 Da diese Bezüger weiterhin bezugsberechtigt sind, werden die zuviel bezogenen Beträge mit den laufenden Auszahlungen verrechnet.

An die andern vier Bezüger wurde ein Gesamtbetrag von CHF 12 140 zuviel ausbezahlt. Da diese Bezüger die gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen nicht mehr erfüllen, werden die zu Unrecht bezogenen Mietbeiträge zurückgefordert.

Budget

Im Landesvoranschlag 2005 waren Mietbeiträge in der Höhe von CHF 1.8 Mio. budgetiert. Dieser Betrag wurde überschritten, weshalb ein Nachtragskredit in der Höhe von CHF 300 000 beantragt wurde.

Verteilung der Mietbeiträge nach Staatsbürgerschaft

Staatsbürger	Anzahl	In Prozent	Auszahlung in CHF	In Prozent
Bosnien-Herzegowina	8	2.2%	31 450.00	1.6%
Brasilien	3	0.8%	4 800.00	0.2%
Bulgarien	1	0.3%	7 200.00	0.4%
Deutschland	9	2.5%	49 075.00	2.5%
Dominikanische Republik	2	0.6%	6 600.00	0.3%
Fürstentum Liechtenstein	134	37.5%	793 069.00	39.8%
Italien	27	7.6%	106 050.25	5.3%
Kanada	1	0.3%	5 400.00	0.3%
Kolumbien	1	0.3%	7 182.50	0.4%
Kroatien	3	0.8%	26 100.00	1.3%
Mazedonien	5	1.4%	28 700.00	1.4%
Niederlande	1	0.3%	2 400.00	0.1%
Österreich	28	7.8%	189 450.00	9.5%
Peru	1	0.3%	8 400.00	0.4%
Portugal	8	2.2%	38 750.00	1.9%
Schweiz	33	9.2%	157 933.75	7.9%
Serbien und Montenegro	18	5.0%	106 382.00	5.3%
Slowakische Republik	1	0.3%	7 200.00	0.4%
Slowenien	2	0.6%	16 445.00	0.8%
Spanien	3	0.8%	13 500.00	0.7%
Thailand	1	0.3%	7 000.00	0.4%
Türkei	67	18.8%	379 237.50	19.0%
Total	357	100%	1 992 325.00	100%

STABSSTELLEN**Stabsstelle Finanzen**

Stabsstellenleiter: Thomas Lorenz

Das Schwergewicht der Tätigkeit der Stabsstelle Finanzen liegt in der Koordination des Planungsprozesses (Budget, Finanzplanung), der Mitarbeit bei der Erstellung und Kommentierung der Landesrechnung, der Erstellung von Nachtragskreditvorlagen sowie allgemein in der Unterstützung aller Regierungsressorts und Amtsstellen in finanziellen und betriebswirtschaftlichen Fragen.

Organisation

Die Aufgaben der Stabsstelle werden von drei Personen (2.4 Stellen) wahrgenommen.

Schwerpunkte der Tätigkeit 2005**Ständige Aufgaben**

- Koordination des Planungsprozesses des Landes;
- Erstellung von Nachtragskreditvorlagen;

- Mitarbeit beim Abschluss und der Kommentierung der Landesrechnung;
- Monatliche Berichterstattung z.Hd. des Ressorts Finanzen hinsichtlich des Ausgaben- und Einnahmenverlaufs;
- Unterstützung der Regierung bei Sitzungen mit der Finanzkommission des Landtags;
- Unterstützung der Amtsstellen in finanziellen und betriebswirtschaftlichen Fragen;
- Mitwirkung im Anlageausschuss für die Bewirtschaftung der staatlichen Reserven;
- Aufarbeitung der Voranschläge der Gemeinden z.Hd. der Regierung als Aufsichtsorgan;
- Berechnung der für den Finanzausgleich an die Gemeinden notwendigen Faktoren anhand der Jahresrechnungen der Gemeinden.

Mitarbeit in Projekten betreffend die Finanzbeziehungen zur Schweiz

- Überprüfungen/Neuregelungen der Vereinbarungen mit ausländischen Spitälern;
- Mitwirkung in der gemischten Kommission Schweiz/Liechtenstein betreffend LSVA.

Mitarbeit in verwaltungsinternen Projekten

- Aufgabenteilung zwischen Land und Gemeinden;
- Überprüfung des Gesetzes über die Invalidenversicherung und Erarbeitung von Lösungsvorschlägen zur Eindämmung des Ausgabenwachstums;
- Erarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung des Finanzhaushalts;
- Weiterentwicklung der Rechnungslegung des Landes;
- Vorarbeiten zur Neuregelung der Entschädigung von nebenamtlichen Mitgliedern der Gerichtshöfe und Beschwerdekommisionen;
- Neuausrichtung der Finanzierung des liechtensteinischen Landesspitals;
- Auslagerung der Philatelie zur liechtensteinischen Post AG;
- Mitarbeit im Interreg IIIA-Projekt «ländergender»;
- Mitarbeit in einem Projekt zur Vereinheitlichung der Kontierungspraxis der Gemeinden.

Stabsstelle Financial Intelligence Unit

Stabsstellenleiter: René Brühlhart

Das Jahr 2005 darf in Bezug auf die Tätigkeiten der FIU als positiv gewertet werden. Die Aktivitäten auf nationaler Ebene, insbesondere die Anstrengungen im präventiven Bereich, konnten verstärkt werden. Die Wahrnehmung von internationalen Verpflichtungen wurde aufgrund starker Nachfrage intensiviert und schlug sich insbesondere als Expertentätigkeit im Bereich der Bekämpfung von Geldwäscherei und Finanzierung des Terrorismus nieder. Im Meldebereich war eine leichte Abnahme festzustellen. Insgesamt wurden 193 Verdachtsmitteilungen erstattet. Davon beruhen mehr als die Hälfte auf der Arbeit der internen Compliance der Finanzintermediäre.

Die Abnahme von 17.5 % im Vergleich zum Vorjahr (2004: 234 Verdachtsmitteilungen) ist einerseits auf eine Verbesserung des präventiven Abwehrdispositivs zurückzuführen, wobei der Sensibilisierungsprozess nicht als abgeschlossen betrachtet werden darf und andererseits auf die Tatsache, dass im Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr keine grösseren Fallkomplexe den Finanzplatz tangiert haben. Mit dem Inkrafttreten des revidierten Sorgfaltspflichtgesetzes (SPG) fand zudem eine umfassende Anpassung an die internationalen Entwicklungen statt. Die vorgenommenen Neuerungen stellten diesbezüglich keine Änderungen der bisherigen Praxis dar, sondern dienten insbesondere der Verdeutlichung im Sinne der Rechtssicherheit.

Personal und Organisation

Im Jahre 2005 arbeiteten sechs Mitarbeiter in folgenden Funktionen bei der FIU:

- Leitung
- Strategische Analyse (Stellv. Leitung)
- Voranalyse/Operative Analyse
- Operative Analyse
- Operative Analyse / IT
- Sekretariat

Diese Strukturierung hat sich bewährt und wurde beibehalten. Ein detaillierter Workflow, der die einzelnen Schritte der Analyse einer Verdachtsmitteilung beschreibt, ergänzt diese Organisation und die entsprechenden Stellenbeschreibungen.

Seit dem 1. August 2003 ist ein ehemaliger Lehrling bis vorerst Ende 2008 befristet angestellt. Diese befristete Anstellung erlaubte einerseits die gezielte Förderung von jungen Liechtensteinern und andererseits eine Verbesserung der Performance der FIU im Bereich der Operativen Analyse und der Voranalyse. Zudem trägt diese Anstellung sehr stark zur IT-Sicherheit der FIU bei.

Tätigkeiten der FIU

Die FIU bearbeitet schwergewichtig die folgenden Kernbereiche:

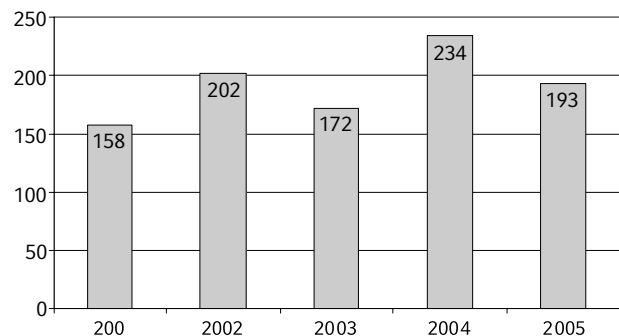
- a) die Entgegennahme und Auswertung der Mitteilungen der Finanzintermediäre gemäss Art. 16 und Art. 17 des Sorgfaltspflichtgesetzes;
- b) die Beschaffung von Informationen, die für das Erkennen von Geldwäscherei, Vortaten der Geldwäscherei, Organisierter Kriminalität und Terrorismusfinanzierung notwendig sind.

Nachfolgend wird auf besagte Kernbereiche näher eingegangen:

a) Entgegennahme und Auswertung der Verdachtsmitteilungen der Finanzintermediäre gemäss Art. 16 und Art. 17 des Sorgfaltspflichtgesetzes

Im Berichtsjahr hat die Anzahl Verdachtsmitteilungen an die FIU abgenommen. Es wurden insgesamt 193 Mitteilungen erstattet. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr eine Abnahme um 17.5%.

Vergleich 2001–2005

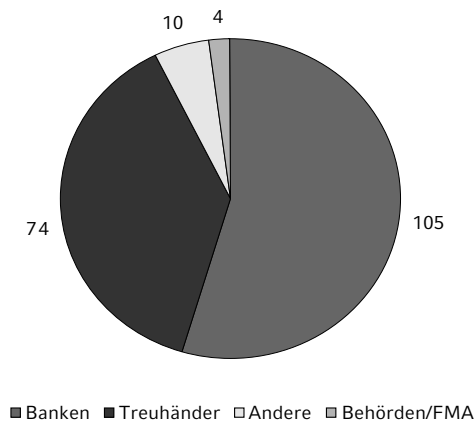


Die Ursachen für die jährlichen Schwankungen sind vielfältigen Ursprungs. Einerseits sind sie statistischer Natur, wonach sich wenige umfangreiche Fallkomplexe, die diverse Finanzintermediäre tangieren können, entsprechend auf das Gesamtbild auswirken. Andererseits haben neben Art und Umfang der internen Erhebungen der Finanzintermediäre (interne Compliance) auch die vom Ausland eingehenden Rechtshilfeersuchen und die im Inland eröffneten Strafverfahren direkte Auswirkungen auf die Anzahl Verdachtsmitteilungen. Im Jahr 2005 sind in absoluten Zahlen praktisch gleich viele Verdachtsmitteilungen aufgrund von Rechtshilfeersuchen erstattet worden wie im Vorjahr. Abgenommen haben Verdachtsmitteilungen, die aufgrund von Inlandverfahren oder interner Compliance der Finanzintermediäre erstattet wurden.

Die Durchführung von Evaluationsgesprächen als präventives Element im Rahmen der Bekämpfung von Geldwäscherei und Finanzierung des Terrorismus ist in der Praxis weit verankert und trägt u. a. zur Verbesserung der Qualität der Meldetätigkeit bei.

Von den insgesamt 193 eingegangenen Verdachtsmitteilungen wurden 139 an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

Banken und Treuhänder waren im Jahr 2005 für knapp 93 % der erstatteten Verdachtsmitteilungen verantwortlich. Insbesondere die Entwicklung bei den Banken zeigt, dass der eingeleitete Sensibilisierungsprozess weit verankert ist.



b) Informationsbeschaffung

Die Beschaffung von Informationen ist für die FIU zur Erfüllung ihres Auftrages essentiell. Die FIU kann sich einerseits Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen (dies sind insbesondere Wirtschaftsdatenbanken wie Lexis Nexis oder Reuters bzw. Fachpublikationen wie *le monde de renseignement*, *International Enforcement Law Reporter*, *Kriminalistik*) und andererseits aus nicht öffentlichen Quellen beschaffen. Bei den Letzteren stehen die Abfrage von Registern und Datenbanken der Landesverwaltung, die Anfrage bei anderen FIUs, die Amtshilfe sowie die Durchführung von Evaluationsgesprächen mit Finanzintermediären im Vordergrund. Zudem werden der FIU diejenigen Rechts-hilfesuche sowie Gerichtsbeschlüsse (Beschlagnahmung, Hausdurchsuchung, Vermögenssperre) zur Verfügung gestellt, die im Zusammenhang mit Delikten der Geldwäscherei oder Organisierten Kriminalität gestellt werden bzw. ergangen sind. Wie im Vorjahr kam im Berichtsjahr der Informationsbeschaffung in Bezug auf die Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus grosse Bedeutung zu.

Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung

Die Bekämpfung des Terrorismus, insbesondere dessen Finanzierung, ist zu einem festen und wichtigen Bestandteil im Tätigkeitsfeld der FIU geworden. Im Berichtsjahr haben wie im Vorjahr zahlreiche Aktivitäten in diesem Bereich, insbesondere auf operativer Ebene, stattgefunden. Im Zentrum dieser Handlungen stand die Verarbeitung von Anfragen und die Vornahme von Abklärungen für in- und ausländische Stellen. Die FIU hatte in diesem Rahmen meistens Anmerkungen, Informationen und Lösungsansätze zu formulieren, ob gewisse Vermögenswerte zum Umfeld von terroristischen Vereinigungen zu zählen oder ob bestimmte Personen terroristischen

Vereinigungen zuzuordnen sind. Zur nationalen Koordination aller behördlichen Aktivitäten in diesem Bereich fanden verschiedene Sitzungen der koordinierenden Task Force Terrorfinanzierung statt. Auf internationaler Ebene wurde die Zusammenarbeit mit dem Counter-Terrorism-Committee (CTC) der UNO weiter geführt.

Internationale Tätigkeiten

- | | |
|-----------------|--|
| 17. – 21.01. | Plenarversammlung MONEYVAL, Strassburg |
| 16. – 18.03. | Training Seminar MONEYVAL, Strassburg |
| 04. – 07.04. | Egmont Working Group Meeting, Curacao |
| 11.04. | Typologies Working Group Meeting FATF, Paris |
| 09. – 10.05. | Egmont Strategic Analysis Workshop, Wien |
| 09. – 13.05. | MONEYVAL Evaluation, Slowakei |
| 31.05. – 03.06. | Plenarversammlung MONEYVAL, Strassburg |
| 15. – 17.06. | OSZE Financial Regulator Seminar, Wien |
| 27.06. – 01.7. | Egmont Plenary, Washington |
| 08. – 10.09. | Cambridge Symposium on Organized Crime |
| 04. – 07.10. | Egmont Working Group Meeting, Sofia |
| 16. – 23.10. | MONEYVAL Evaluation, Andorra |
| 08. – 11.11. | OSZE Terrorismus Konferenz, Wien |
| 13. – 15.11. | Egmont Strategic Analysis Workshop, Wien |
| 28.11. – 1.12. | Typologies Meeting FATF, Rio de Janeiro |

Die Egmont Group ist der weltweite Zusammenschluss von nationalen Financial Intelligence Units. Sie umfasst zurzeit 101 nationale Financial Intelligence Units (Stand Dezember 2005). Die Egmont Group ist ein Forum zur Unterstützung der nationalen Programme in Bezug auf die Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung. Diese Unterstützung besteht insbesondere in der Vereinfachung des Informationsaustausches zwischen den nationalen Financial Intelligence Units. Die Stabsstelle FIU ist seit Juni 2001 Mitglied der Egmont Group.

MONEYVAL ist das Expertenkomitee des Europarates für die Evaluierung von Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei. Es überprüft seine Mitgliedsstaaten, die nicht Mitglied der FATF (Financial Action Task Force on Money Laundering) sind, ob diese ihre nationalen Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Lichte der Konvention gegen Geldwäscherei aus dem Jahre 1990 und der 40 Empfehlungen der FATF ausgerichtet haben. Zudem werden die Mitgliedsländer überprüft hinsichtlich der 9 Spezialempfehlungen der FATF zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus. Die Leitung der FIU hat im Berichtsjahr Expertentätigkeiten

218 | im Rahmen der Evaluationen von Andorra und der Slowakei für MONEYVAL durchgeführt.

Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe Oil-for-Food

Im Berichtsjahr haben 9 Sitzungen stattgefunden.

Koordinationsgruppe Terrorismusfinanzierung

Im Berichtsjahr haben 2 Sitzungen stattgefunden.

Informatik-Lösung

Für die Bearbeitung der Fallinformationen setzt die FIU nach wie vor die Financial Investigation Tools der Firma SIEMENS ein. Dieses System verfügt zusätzlich über ein Analysemodul sowie eine automatisierte Schnittstelle zum Visualisierungsprogramm «The Analyst's Notebook». Für die administrative Verwaltung der Fälle steht eine ständig fortentwickelte Individual-Softwarelösung auf Basis von Microsoft SQL-Server der Firma Infotech AG, Balzers, zur Verfügung. Mit den genannten Tools wurden im Berichtsjahr weit über 500 Fälle und ca. 11 000 Datensätze verarbeitet.

Ausbildung

Aufgrund der personellen Änderungen innerhalb der FIU kam der Aus- und Weiterbildung im Berichtsjahr grosse Bedeutung zu. Neben den üblichen Weiterbildungsaktivitäten wurden fünf Weiterbildungsprogramme, die speziell auf die Arbeit der FIU ausgerichtet sind, absolviert. Es handelte sich dabei um Programme für die Operative Analyse und die Unterstützung der Operativen Analyse/Voranalyse sowie den IT-Bereich.

KOMMISSIONEN

Beschwerdekommision der Finanzmarktaufsicht

Präsident: Dr. Stefan Wenaweser

Die Beschwerdekommision der Finanzmarktaufsicht (FMA-BK) hat im Berichtsjahr 8 Sitzungen abgehalten.

Aufgaben

Gemäss Gesetz vom 18. Juni 2004 über die Finanzmarktaufsicht (FMAG), LGBl. 2004 Nr. 175, hat die FMA-BK die Aufgabe, über Beschwerden gegen anfechtbare Entscheidungen und Verfügungen der FMA zu entscheiden. Der Tätigkeitsbereich der FMA-BK ist sohin analog zum Aufgabenbereich der FMA gemäss Art. 5 FMAG.

Arbeitsschwerpunkte

In der ersten Hälfte des Berichtsjahres war die FMA-BK im Wesentlichen mit der Einrichtung der neuen Kommission beschäftigt. Es fand ausserdem in der Besetzung ein Wechsel statt und wurde ein ursprünglich nicht besetzter Ersatzmitgliedposten durch den Landtag nachträglich besetzt.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 10 Beschwerdefälle bei der FMA-BK eingelangt. Die letzten drei Beschwerden (FMA-BK 2005/8 bis FMA-BK 2005/10), welche eine Amtshilfeangelegenheit betreffen, sind erst am 12. Dezember 2005 eingelangt und konnten daher im Berichtsjahr keiner Erledigung zugeführt werden. Zum Zeitpunkt der Verfassung dieses Berichtes sind die Fälle FMA-BK 2005/1 bis FMA-BK 2005/7 beschlussmässig erledigt.

Die Gegenstände der erledigten Beschwerdefälle lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Eintragung eines Rechtsanwalts-Treuunternehmens (FMA-BK 2005/1);
- Zulassung zur Treuhänderprüfung (FMA-BK 2005/2)
- Erfüllung der Voraussetzungen gem. Art. 21 (1) (c) WPRG (FMA-BK 2005/4);
- Unterstellung von Waffenhändlern unter das Sorgfaltpflichtgesetz (FMA-BK 2005/5 und FMA-BK 2005/6);
- Amtshilfe gemäss Art. 36 Bankengesetz (FMA-BK 2005/3 und FMA-BK 2005/7).

Landessteuerkommission

Präsident: Dr. iur. Christian Gstöhl

Die per 1. Januar 2005 insgesamt noch 68 pendenten Fälle aus dem Geschäftsjahr 2001 sowie 55 pendenten Fälle aus dem Geschäftsjahr 2002 (sämtliche betreffend Gewerbeumlagerrechnungen der Gewerbe- und Wirtschaftskammer) konnten nach Vorliegen des Urteils des Staatsgerichtshofes des Fürstentums Liechtenstein vom 3. Dezember 2004 allesamt anfangs des Berichtsjahres 2005 erledigt werden.

Die per 1. Januar 2005 insgesamt noch 36 pendenten Fälle aus dem Geschäftsjahr 2003 (4 Fälle in Steuersachen sowie 32 in Sachen der Gewerbe- und Wirtschaftskammer) konnten ebenfalls allesamt im Berichtsjahr 2005 erledigt werden.

Desgleichen konnten die per 1. Januar 2005 insgesamt noch 39 pendenten Fälle aus dem Geschäftsjahr 2004 (3 Fälle in Steuersachen sowie 36 in Sachen der Gewerbe- und Wirtschaftskammer) im Berichtsjahr 2005 erledigt werden.

Im Laufe des Geschäftsjahres 2005 gingen bei der Liechtensteinischen Landessteuerkommission insgesamt 15 neue Fälle ein (alle in Sachen der Liechtensteinischen Steuerverwaltung), wovon im Berichtsjahr 2005 insgesamt 8 Beschwerdesachen erledigt und 7 mangels Spruchreife nicht entschieden werden konnten.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber:

Regierungsrat Hansjörg Frick bis 21. April 2005

Regierungsrat Dr. Martin Meyer ab 21. April 2005

Zentrale Aufgabe des Ressorts Gesundheit im Jahr 2005 war die Umsetzung des revidierten Krankenversicherungsgesetzes, indem Bereiche wie beispielsweise die Überweisung von einem zugelassenen Arzt an einen nicht zugelassenen Arzt, der Diagnosecode oder die Versichertenkarte geregelt wurden. Schliesslich wurde an der Bildung der Kosten- und Qualitätskommission gearbeitet. Ein weiterer wichtiger Aufgabenschwerpunkt bildete der Abschluss neuer bzw. die Überarbeitung bestehender Spitalvereinbarungen im stationären und im ambulanten Bereich. Der Veterinärbereich war zudem geprägt von der Anpassung des Tierschutzgesetzes und der Schaffung eines Tierschutzbeauftragten.

Regionale Beziehungen

Auf Bundesebene wurde der Informationsaustausch mit dem Direktor des Bundesamtes für Gesundheit, Herr Prof. Th. Zeltner, an mehreren Treffen intensiviert.

Das Ressort Gesundheit hat zudem regelmässig an den Konferenzen der Gesundheitsdirektoren der Ostschweiz teilgenommen. Zusätzlich fanden zwei Treffen mit Regierungsrätin Heidi Hanselmann von St. Gallen im Februar und im Oktober statt, an welchen wichtige Themen der regionalen Zusammenarbeit besprochen wurden. Aus diesen Gesprächen resultierte eine gemeinsame regionale Arbeitsgruppe, welche die verschiedenen regionalen Zusammenarbeitsmöglichkeiten analysiert und überprüft.

Vereinbarungen mit ausländischen Spitälern

In diesem Jahr konnten für das Land Liechtenstein weitere wesentliche Spitalvereinbarungen überarbeitet beziehungsweise neu abgeschlossen werden. So wurde z.B. eine Vereinbarung mit dem schweizerischen Epilepsie-Zentrum, Zürich, geschlossen und die Vereinbarung mit der Hirslanden Holding und der Reha-Klinik Walenstadtberg angepasst. Aufgrund von Abteilungszusammenlegungen der Spitäler Chur AG musste zudem die Tarifverrechnung für das 2. Halbjahr 2005 neu geregelt werden. Zur Sicherstellung der ambulanten Versorgung wurden zudem noch Vereinbarungen mit dem Ostschweizer Kinderspital, St. Gallen, und den sankt-gallischen Psychiatrie-Dienste Region Süd, Pfäfers, abgeschlossen.

Zur regelmässigen Überprüfung der bestehenden Vereinbarungen mit den ausländischen Spitälern sowie zur Ausarbeitung von weiteren Vorschlägen zur Abdeckung der Grundversorgung mit qualitativ guten und günstigen Heilanstalten im Ausland, wurde die bestehende Arbeitsgruppe Spitalvereinbarungen neu organisiert und unter den Vorsitz des Amtes für Volkswirtschaft gestellt.

Mit diesen neuen Vereinbarungen und den bestehenden Vereinbarungen wird die Versorgungsqualität für

die liechtensteinische Bevölkerung im stationären und ambulanten Bereich sichergestellt und entsprechend auf qualitativ hohem Niveau gehalten.

Sanitätsgesetz

Im Rahmen des Sanitätsgesetzes und dessen anvisierten Totalrevision wurden sehr viele Vorarbeiten geleistet. Zudem wurden Überprüfungen zur Regelung der Naturheilkunde durchgeführt, welche in die für das nächste Jahr geplante Vernehmlassungsvorlage einfließen werden.

Im Rahmen der Konzessionerteilung zur freiberuflichen Tätigkeit durch das Amt für Gesundheitsdienste wurden zwei Beschwerden bearbeitet. Für die Konzessionerteilung an Betreiber der Gesundheitspflege ist direkt die Regierung zuständig. In diesem Aufgabenbereich wurden vom Ressort fünf Anträge bearbeitet.

Krankenversicherung

Die Arbeiten im Krankenversicherungsbereich waren auch dieses Jahr wieder sehr zeitaufwändig und intensiv. So erfolgten verschiedene Anpassungen der Krankenversicherungsverordnung mit welchen verschiedenste Bereiche präziser oder neu geregelt wurden. Beispiele hierfür sind Kassawechsel, Diagnosecode, Kosten- und Qualitätskommission, Überweisungsformular, Bereitschafts- und Notfalldienst von Privatlaboratorien sowie die Anpassung der Liste, Befreiung von der Kostenbeteiligung für Chronischkranke zu nennen. Zudem wurde mit der Verordnung über die Krankenversicherungskarte die Einzelheiten zu deren Einführung geregelt.

Die Tarifstreitigkeiten zwischen der Ärztekammer und dem Kassenverband in Zusammenhang mit der Vorgabe der Regierung TARMED einzuführen, forderte ein vermittelndes Handeln durch das Ressort, nachdem die Tarifpartner ihren gesetzlichen Verpflichtungen gemäss Art. 16c Abs. 6 KVG nicht nachgekommen waren. Die Regierungsentscheidung zur Einführung von TARMED wurde von der Ärztekammer bis vor den Staatsgerichtshof erfolglos bekämpft. Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen wurde vom Ressort eine Regierungsentscheidung zur Vermeidung eines tarifvertragslosen Zustandes per 1. Januar 2006 vorbereitet und der Regierung zur Entscheidung vorgelegt.

Im Rahmen der Gewährung von Prämienverbilligung wurden vier Beschwerden und ein Verfahrenshilfeantrag eingereicht und bearbeitet.

Ferner konnten Tarifverträge des Kassenverbandes mit dem Apothekerverband, einer Ergotherapeutin, dem Verein betreutes Wohnen für das Mobile sozialpsychiatrische Team und die Therapeutische Wohngemeinschaft Mauren genehmigt werden.

Amt für Gesundheitsdienste

Das Ressort legt sehr viel Wert auf die Verstärkung der Gesundheitsförderung und initiierte die Konzepterarbeitung für eine Gesundheitsförderungskampagne im Bereich Gesundheit am Arbeitsplatz, Bewegung und

Ernährung sowie Schule und Jugend. Konkrete Umsetzungsmassnahmen sind für das kommende Jahr geplant.

Das Projekt elektronischen Gesundheitsnetz (eGN) wurde in die Strukturen der Landesverwaltung integriert, indem dieses in den Aufgabenbereich des Amtes für Gesundheitsdienste übertragen worden ist.

Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen

Das Ressort Gesundheit hat zusammen mit dem Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen den Bereich Strahlenschutz als einen Arbeitsschwerpunkt aufgenommen, nachdem die Erhebung bewilligungspflichtiger medizinischer Röntgenanlagen in einzelnen Bereichen dringender Handlungsbedarf ergeben hat. Zum einen wurden die verschiedenen Stellen informiert und aufgefordert, Schwachstellen zu beheben. Zum andern wurden die Arbeiten aufgenommen, um den Strahlenschutzbereich gelöst vom Zollvertrag mit der Schweiz umfassend zu regeln.

Die Petition betreffend die Schaffung eines unabhängigen Tieranwaltes vom 29. April 2005 wurde zur Kenntnis genommen und fand bereits im gleichen Jahr Niederschlag in einer Anpassung des Tierschutzgesetzes. Zudem wurde ein Bericht und Antrag zuhanden des Landtages betreffend die Abänderung des Gesetzes über das Halten von Hunden erarbeitet.

Kurzfristig musste im Oktober eine Verordnung über vorsorgliche Sofortmassnahmen zur Verhinderung der Einschleppung der Klassischen Geflügelpest erstellt werden. Diese wurde sofort nach dem Bekanntwerden der schweizerischen Massnahmen in enger Zusammenarbeit mit dem Rechtsdienst erarbeitet und der Regierung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Im Betäubungsmittelbereich wurde eine Ausnahmebewilligung für den Bezug und die Analyse von verbotenen Betäubungsmitteln an ein Labor erteilt. Zudem wurden zwei Marinolbewilligungen und eine entsprechende Verlängerung verfügt.

Liechtensteinisches Landesspital

Die Globalbudget- und Tarifverhandlungen mit dem Landesspital, welche die Einführung eines pauschalierten Abrechnungssystems sowie ein planbares Globalbudget anstatt einer unvorhersehbaren Defizitdeckung vorsehen, stehen kurz vor dem Abschluss. Nachdem in der Tarifvereinbarung aber auch die Regelung des ambulanten Bereiches vorgesehen ist, kam es beim Abschluss zu einer Verzögerung. Die Vereinbarungen sollen ab 1.1.2006 ihre Wirkung entfalten.

Die Pilotphase des ausgeweiteten notarztbegleitenden Rettungsdienst durch Assistenzärzte des Landesspitals von 8-20 Uhr auf Sonn- und Feiertagen wurde für das Jahr 2005 verlängert. Auf Grundlage des eingereichten Notfallkonzeptes laufen Arbeiten, diese Pilotphase zu beenden und eine dauerhafte Lösung zu etablieren.

Sanitätskommission

Aufgrund der Abänderung des Sanitätsgesetzes übernahm Regierungsrat Dr. Meyer den Vorsitz dieser Kommission. Dadurch wird der direkte Wissenstransfer in die Regierung sichergestellt.

Kosten- und Qualitätskommission

In der zweiten Hälfte des Jahres wurde intensiv an den Vorbereitungen für die Kosten- und Qualitätskommission gearbeitet, indem beispielsweise notwendige Verordnungsanpassungen und verschiedenste Basisunterlagen erarbeitet wurden. Das Ziel einer unabhängigen Expertenkommission mit sehr hohem unterschiedlichem Fachwissen wurde mit der Bestellung der Kommission im Dezember erreicht.

Grippepandemie

Bereits im August 2005 bestellte die Regierung vorsorglich eine Arbeitsgruppe zur Überprüfung der notwendigen Vorbereitungen zur Bewältigung einer Grippepandemie auf der Basis des Schweizer Pandemieplanes.

Suchtbereich

Nachdem das Ressort Gesundheit für Spitalvereinbarungen im Krankenversicherungsbereich zuständig ist, wurde dieses ebenfalls aufgrund des bestehenden Wissens für die Reha-Klinik Lutzenberg, welche im sozialen Bereich tätig ist, für zuständig erklärt. Ihm Rahmen dieser Zuständigkeit wurde über die Aufsichtskommission an den Strategiearbeiten für dieses Haus mitgearbeitet. Zudem wurde die Kommission für Suchtfragen umgestaltet und neu dem Ressort Gesundheit unterstellt.

Spitalbeiträge / Rechnung 2005

	R2001			R2002			R2003			R2004			R2005		
	Anzahl Tage	Ø CHF	Beitrag CHF	Anzahl Tage	Ø CHF	Beitrag CHF	Anzahl Tage	Ø CHF	Beitrag CHF	Anzahl Tage	Ø CHF	Beitrag CHF	Anzahl Tage	Ø CHF	Beitrag CHF
St. Gallen															
St. Gallen - Allg. Abteilung	1 144	824	942 766	1 469	623	915 481	1 881	681	1 280 831	2 190	631	1 381 866	1 674	597	998 649
St. Gallen - Privat/Halbprivat				2 969	201	597 696	3 412	289	984 367	3 146	419	1 319 283	2 696	479	1 291 837
Zwischentotal SG	4 048	556	2 250 434	4 438	341	1 513 177	5 293	428	2 265 198	5 336	506	2 701 149	4 370	524	2 290 486
Grabs - Allg. Abteilung				3 786	468	1 771 659	3 478	524	1 824 122	4 247	447	1 897 635	3 574	473	1 691 144
Grabs - Privat/Halbprivat				6 446	157	1 013 585	5 815	232	1 349 209	6 977	295	2 061 037	6 473	328	2 121 682
Zwischentotal Grabs				10 232	272	2 785 244	9 293	341	3 173 331	11 224	353	3 958 672	10 047	379	3 812 826
Walenstadt - Allg. Abteilung	318	549	174 448	144	468	67 385	158	524	82 839	353	510	180 137	214	489	104 670
Walenstadt - Privat/Halbprivat				226	163	36 802	128	210	45 704	99	448	44 401	111	396	43 934
Zwischentotal Walenstadt	1 331	133	176 900	370	282	104 187	286	449	128 543	452	497	224 538	325	457	148 604
Valens	317	52	16 567	1 362	127	172 408	1 684	153	256 830	3 638	114	414 468	2 419	92	222 352
Lärchenheim				93	406	37 769	93	200	18 608	226	158	35 765	103	44	4 551
Total St. Gallen	8 489	419	3 561 115	16 495	280	4 612 785	16 649	351	5 842 510	20 876	351	7 334 592	17 264	375	6 478 819
Graubünden															
Fontana - Allg. Abteilung	140	328	45 917	85	420	35 711	367	355	130 237						
Fontana - Privat/Halbprivat				63	186	11 747	322	128	41 365						
Zwischentotal Fontana				148	321	47 458	689	249	171 602	86	685	58 944	196	597	116 974
Kreuzspital - Allg. Abteilung	57	379	21 594	80	400	32 013	34	472	16 062	108	489	52 788			
Kreuzspital - Privat/Halbprivat								2 862	2 862	50	227	11 348			
Kreuzspital - (nach neuem Vertrag)										70	484	33 861			
Zwischentotal Kreuzspital				80	400	32 013	34	557	18 924	228	430	97 997	158	437	68 997
Rhätisches KS - Allg. Abteilung	1 642	340	558 779	1 720	418	719 804	2 020	369	744 900						
Rhätisches KS - Privat/Halbprivat				840	161	135 000	956	269	257 000	1 807	577	1 041 770			
Nachbelastung aus Vorjahr									42 508			-7 001			
Zwischentotal Rhätisches KS				2 560	334	854 804	2 976	351	1 044 408	1 807	573	1 034 769	1 635	606	991 352
Total Graubünden	1 839	341	626 290	5 576	168	934 275	3 699	334	1 234 933	2 121	562	1 191 711	1 989	592	1 177 323
Vorarlberg															
Landeskrankenhaus Feldkirch	3 720	365	1 358 764	3 999	408	1 630 403	4 533	361	1 637 687	4 263	356	1 518 934	5 002	377	1 885 100
Landesnervenkrankehaus Valduna	1 189	265	315 451	1 669	232	387 494	1 119	277	309 824	1 224	234	286 915	1 203	220	264 405
Stiftung Maria Ebene, Frastanz	347	50	17 479	926	60	55 238	469	60	28 150	75	63	4 692	469	71	33 216
Total Vorarlberg	5 256	322	1 691 694	6 594	314	2 073 135	6 121	323	1 975 662	5 562	326	1 810 542	6 674	327	2 182 721
Liechtenstein															
Krankenhaus Vaduz	27 635	192	5 296 751	26 904	224	6 039 601	23 494	241	5 665 356	24 201	258	6 245 358	24 762	251	6 227 401
TOTAL	43 219	259	11 175 850	55 569	246	13 659 796	49 963	295	14 718 460	52 760	314	16 582 202	50 689	317	16 066 265

AMTSSTELLEN

Amt für Gesundheitsdienste

Amtsleiter: Peter Gstöhl

Das Amt für Gesundheitsdienste wies im Berichtsjahr einen Personalbestand von 8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit insgesamt 570 Stellenprozenten auf. Die Aufgabenschwerpunkte lagen in folgenden Bereichen:

- Förderung des Gesundheitsbewusstseins der Bevölkerung durch gezielte Projekte;
- Organisation der Vorsorgeuntersuchungen;
- Bewilligungen für Berufe des Gesundheitswesens;
- Ausüben von amtsärztliche Aufgaben.

Neu hinzugekommen ist die Betreuung und Weiterführung des Projektes «Elektronisches Gesundheitsnetz» sowie die Leitung der von der Regierung eingesetzten Koordinationsgruppe «Gesundheit und Grippepandemie».

Elektronisches Gesundheitsnetz (eGN)

Im Berichtsjahr konnte die neue EU-kompatible Visitenkarte im Kreditkartenformat eingeführt werden. Ausserdem wurde die Möglichkeit einer elektronischen Leistungsverrechnung - direkte elektronische Rechnungsstellung aus dem Praxis-Administrationssystem von Ärzten an die Krankenkassen - geschaffen.

Im Oktober startete ein Projektteam unter der Leitung des Amtes für Gesundheitsdienste die Erarbeitung eines Detailkonzeptes für die Phase II eGN - Optimierung der Versorgungsprozesse. Dabei werden die folgenden Themen untersucht:

- Verfügbarkeit von medizinischen Basisdaten;
- Behandlungspfad;
- Arzneimitteldokumentation.

Gesundheitsberufe

Im Bereich der Gesundheitsberufe wurden im Berichtsjahr zahlreiche Verbesserungen und Vereinfachungen der Bewilligungsverfahren vorgenommen. Im Rahmen des eGovernment-Projekts wurden die wesentlichen Informationen über die Gesundheitsberufe ins Internet gestellt. Zudem wurden Formulare für die Bewilligungsanträge erarbeitet, die nun einfach und bequem elektronisch abgerufen und beim Amt für Gesundheitsdienste eingereicht werden können.

Im Jahr 2005 wurden vom Amt für Gesundheitsdienste folgende Bewilligungen und Konzessionen erteilt:

Ärzte	11
Ernährungsberater	2
Ergotherapeuten	4
Hebammen	1
Krankenschwestern	3
Med. Masseur und Bademeister	1
Physiotherapeuten	4

Psychologen / nicht ärztliche Psychotherapeuten	5
Zahnärzte	2
Zahntechniker	2

Weiters wurden insbesondere für die Berufsgruppen der Physiotherapeuten und medizinischen Masseur zahlreiche Bestätigungen des Amtes für Gesundheitsdienste über das Vorliegen der Voraussetzungen gemäss Sanitätsgesetz ausgestellt. Diese Bestätigungen sind bei Anstellungsverhältnissen Voraussetzung für die Erlangung einer Zahlstellennummer, die wiederum für die Abrechnungsmöglichkeit zu Lasten der Obligatorischen Krankenpflegeversicherung notwendig ist.

Insgesamt kann per 31.12.2005 folgender Stand von erteilten Konzessionen und Bewilligungen ausgewiesen werden:

Ärzte	79
Apotheken	2
Augenoptiker	8
Chiropraktoren	4
Drogerien	2
Ergotherapeuten	4
Ernährungsberater	5
Hebammen	11
Heilgymnastiker	1
Fachmann/-frau für Hörhilfen	2
Krankenschwestern/Pfleger	12
Med. Laborleiter	3
Med. Masseur und Bademeister	10
Physiotherapeuten/Physiotherapien	41
Podologen	2
Psychologen/nichtärztliche Psychotherapeuten	12
Zahnärzte	27
Zahntechniker/Laborinhaber	28

Gesundheitsförderung und Prävention

Vorsorgeuntersuchungen

Jede in Liechtenstein wohnhafte Person wird vom Amt für Gesundheitsdienste (AGD) schriftlich in den im Vorsorgeplan vorgesehenen Abständen zu ärztlichen Untersuchungen eingeladen.

Der Inhalt der Vorsorgeuntersuchungen ist in der Verordnung zum Gesetz über die Krankenversicherung festgelegt. Vorsorgeuntersuchungen dienen der Früherkennung von Krankheiten oder Behinderungen.

Erwachsenenvorsorge / Gynäkologische Vorsorge

Alle in Liechtenstein wohnhaften Personen werden ab 17 Jahren alle 5 Jahre zu einer allgemeinen Vorsorgeuntersuchung eingeladen. Frauen werden zusätzlich alle 2 ½ Jahre zu einer gynäkologischen Vorsorgeuntersuchung eingeladen.

Kindervorsorge

In Liechtenstein geborene oder wohnhafte Kinder werden von der Geburt bis zum 14. Lebensjahr 9 mal zu Vorsorgeuntersuchungen eingeladen. Die Vorsorgeunter-

suchungen unterliegen einem vorgegebenen Raster, der dem Lebensalter des Kindes angepasst ist.

Die Beteiligung der Kinder an den Vorsorgeuntersuchungen stellt sich in diesem Jahr wie folgt dar:

Alter	Beteiligung
nach Geburt	100%
5. - 10. Lebenstag	100%
4. - 6. Lebenswoche	100%
4. - 6. Lebensmonat	81%
9. - 12. Lebensmonat	86%
Ende 2. Lebensjahr	78%
5. Lebensjahr	80%
10. Lebensjahr	72%
14. Lebensjahr	65%

Gemäss den in den Vorsorgeuntersuchungen erhobenen Zahlen ist Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen auch in Liechtenstein eine Tatsache. Der prozentuale Anteil von rund 20 Prozent übergewichtiger und zum Teil sogar fettleibiger Kinder in Liechtenstein entspricht dem unserer Nachbarländer.

Projekte und Kampagnen

Kinderfüsse: Untersuchungen in einigen ausgewählten Kindergärten in Liechtenstein zeigen auf, dass viele Kinder zu kleine Schuhe tragen. Mit einer Informationskampagne für die Eltern und die Öffentlichkeit wurde auf diesen Umstand hingewiesen und entsprechende Anleitung zur Festlegung der richtigen Kinderschuhgrösse gegeben.

Projekt «zwäg»: Mit den Gemeindeggesundheitskommissionen des Landes wurden zwei Workshops durchgeführt, an welchen gemeinsam Ideen zu Gesundheitsförderung in den Gemeinden entwickelt wurden. Die Kommissionsmitglieder erhielten eine Einführung ins Projektmanagement. Ausserdem sollen in Zukunft alle in den Gemeinden von den Gesundheitskommissionen realisierten Projekte im Amt für Gesundheitsdienste in einer Datenbank zusammengeführt werden und somit allen Gemeinden zur Verfügung stehen.

Hitzekampagne: Das Amt für Gesundheitsdienste unterstützte die Kampagne «Schutz bei Hitzewellen» des Bundesamtes für Gesundheit mit Medienkampagnen und einer Informationsveranstaltung für Pflegende.

Tag des Hörens: Am 4. Juni 2005 wurde der Tag des Hörens gemeinsam mit den Schweizer Behörden begangen und über die Medien über die Aktion von gratis Hörtests informiert.

IBK-Wettbewerb: Das Amt für Gesundheitsdienste rief in Liechtenstein zur Teilnahme am Wettbewerb zum 2. IBK Symposium «Gesundheitsförderung und Prävention» der Internationalen Bodenseekonferenz auf. Es wurden drei Projekte bzw. Projektideen aus Liechtenstein eingereicht. Unter den insgesamt 121 eingereichten Projekten aus dem gesamten Bodenseeraum wurde das Projekt der

Firma Hilti AG, Schaan mit dem Titel «Implementierung betriebliches Gesundheitsmanagement» zusammen mit total 19 Projekten für den «IBK-Preis 2005 für Gesundheitsförderung und Prävention» nominiert.

Ergonomie: Als Pilotprojekt zur betrieblichen Gesundheitsförderung wurde ein internes Projekt «Ergonomie» durchgeführt und evaluiert. Dabei konnte festgestellt werden, dass mit wenigen und einfachen Massnahmen wie zum Beispiel mit einer verbesserten Ausrichtung des Pultes, mit einer korrekten Pult- und Stuhlhöhe sowie mit einer optimalen Sitzhaltung die Ergonomie von Büroarbeitsplätzen wesentlich verbessert werden kann.

Übergewicht bei Kindern: Aufgrund der Ergebnisse aus den Vorsorgeuntersuchungen wurde eine Weiterbildung für die Kinder-behandelnden Ärzte aus Liechtenstein angeboten, um die Vernetzung zwischen Ärzten und den Angeboten im Bereich Bewegung und Ernährung zu verstärken. Dieses Angebot fand jedoch wenig Anklang.

Kopfläuse: Im Auftrag der Regierung hat das Amt für Gesundheitsdienste eine Arbeitsgruppe mit Teilnehmern aus den betroffenen Kreisen einberufen. Die Arbeitsgruppe erhielt den Auftrag, ein koordiniertes Vorgehen bei Kopflausbefall sowie Zuständigkeiten bei diesem Vorgehen zu erarbeiten. Die konkreten Ergebnisse werden Anfang 2006 ausgearbeitet sein.

Herzturnen: Das Herzturnen wurde gezielt weitergeführt. 17 Teilnehmer übten regelmässig unter fachkundiger Anleitung in der Gruppe, wie viel Bewegung sie sich trotz Herzinfarkt ohne Gefahr zumuten können.

Einsatz der Lungenliga: Die allgemeine Beratung und Betreuung der Patientinnen und Patienten sowie die Auslieferung der Atemgeräte erfolgt nach wie vor im Auftrag des Amtes für Gesundheitsdienste durch die Lungenliga St. Gallen, Beratungsstelle Sargans.

Koordinationsgruppe «Gesundheit und Grippepandemie»

Die Regierung setzte die Koordinationsgruppe «Gesundheit und Grippepandemie» unter der Leitung des Amtes für Gesundheitsdienste ein und erteilte ihr den Auftrag:

- Die Entwicklung der Klassischen Geflügelpest (Vogelgrippe) zu beobachten sowie notwendige Massnahmen einzuleiten.
- Die Bewältigung einer möglichen Grippepandemie vorzubereiten.

Als Grundlage für die Erarbeitung des liechtensteinischen Pandemieplanes dienen die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Bericht der Arbeitsgruppe Influenza zur «Influenzapandemie: Analyse und Empfehlungen für die Schweiz» (Schweizer Pandemieplan). Die Koordinationsgruppe «Gesundheit und Grippepandemie» arbeitet bei der Erstellung des liechtensteinischen Pandemieplanes eng mit dem Schweizerischen Bundesamt für Gesundheit (BAG) und den Schweizer Kantonen zusammen. Die Arbeiten verlaufen planmässig.

Landesphysikat (amtsärztlicher Dienst)

Aufgabenschwerpunkte

- Klientenbezogene Arbeit (Untersuchungen, Behandlungen, Beratungen, Beurteilungen, Antragstellungen, Gutachten) in den Bereichen:
 - Medizinische Betreuung inhaftierter Personen;
 - Strassenverkehrssicherheit (Fahreignungsuntersuchungen);
 - Strafrecht (Haftfähigkeit, Körperverletzung);
 - Sozialhilfegesetz (Antragstellung und Einweisung in eine Anstalt gegen den Willen des Patienten);
 - Vormundschaftsverfahren;
 - Arbeits- und Vermittlungsfähigkeit.
- Inspektionen von Praxen im Rahmen von Konzessionsverfahren oder Standortwechsel. Es wurden 19 Inspektionen durchgeführt, zwei wegen Standortwechsel und 17 im Rahmen einer Konzessionierung;
- Überwachung bestimmter Infektionskrankheiten und Führen der Liste der meldepflichtigen Infektionskrankheiten;
- Beurteilung aussergewöhnlicher Todesfälle. Es gab 19 Inspektionen, bei zwölf Leichen wurde eine Obduktion angeordnet;
- Führen des Todesursachenregisters.

Rechtsmedizin

- In erster Linie sind für das Landgericht vertrauensärztliche und gutachterliche Arbeiten zu leisten. Im Berichtsjahr waren folgende Aufgaben zu erledigen:
- Vormundschaftsrechtliche Massnahmen: 3 Anträge und 22 Gutachten;
 - Massnahmen nach dem Sozialhilfegesetz: 22 Einweisungen in eine psychiatrische Klinik oder in eine andere geeignete Betreuungseinrichtung mussten gegen den Willen des Patienten vorgenommen werden, zusätzlich wurden zwei Anträge auf Unterbringung gestellt;
 - Vernehmungs- und Prozessfähigkeit: 2 Beurteilungen;
 - Hafterstehungsfähigkeit: 1 Beurteilung;
 - Schwere von Verletzungen im Sinne des Strafrechtes: 1 Beurteilung;
 - Aussergewöhnlicher Todesfälle: 23, davon 4 aus dem Ausland gemeldet.

Vertrauensärztliche Untersuchungen und Beratungen

Für die Motorfahrzeugkontrolle

Seit Jahren werden jährlich ca. 700 Routineuntersuchungen über die Fahreignung durchgeführt. Bei fraglicher Fahreignung wird diese entweder mit einer zusätzlichen verkehrspsychologischen Untersuchung, welche seit dem Berichtsjahr im Amt für soziale Dienste durchgeführt wird, oder gemeinsam mit einem Experten der MFK mit einer Probefahrt – im Berichtsjahr neun Probefahrten - überprüft.

Für das Ausländer- und Passamt

Bei Einreisenden - mit Ausnahme aus dem EWR Raum und dem Nordamerikanischen Kontinent - werden grensanitäre Kontrollen durchgeführt. Bei den Einreisenden wurden keine gravierenden akuten Gesundheitsprobleme beobachtet.

Weitere

Vereinzelte arbeitsmedizinische Untersuchungen zur Klärung der Arbeits- resp. Vermittlungsfähigkeit und zur Abklärung von Berufskrankheiten durchgeführt.

Sprechstunden mit Angehörigen von sozial auffälligen Patienten, von Gefangenen, oder von Verstorbenen sowie mit anderen Auskunftssuchenden wurden angeboten und nach Bedarf durchgeführt.

Meldepflichtige Krankheiten

Das Erkrankungsmuster entspricht dem langjährigen Durchschnitt. Aus der angefügten Tabelle sei hervorgehoben:

- Meningokokken: keine Meldung
- Tuberkulose: eine Meldung
- HIV: keine Meldung
- FSME: keine Meldung

Meldungen übertragbarer Krankheiten 2005

Übertragung vorwiegend über die Atemwege	Übertragung vorwiegend über den Magen-Darmtrakt		
Diphtherie	0	Botulismus	0
Haemophilus influenzae	0	Brucella	0
Legionellose	0	Campylobacter	11
Masern	0	Cholera	0
Meningokokken	0	EHEC	0
Q-Fieber	0	Listeria	3
Röteln	0	Paratyphus (Salmonella)	0
Tuberkulose	1	Poliomyelitis	0
		Shigella	5
		Typhus	0
		Yersinia	0
Andere Übertragungswege			
Chlamydia	10	HIV	0
Creutzfeld-Jakob-Krankheit	0	Leptospirose	0
FSME	0	Lues	0
Gonorrhoe	1	Malaria	1
Haemorrhagisches Fieber und Gelbfieber	0	Milzbrand	0
Hepatitis B akut	3	Pest	0
Hepatitis C akut	9	Tetanus	0
		Tollwut	0

Recht

Im Berichtsjahr wurde mit der Überarbeitung des Gesetzes über das Gesundheitswesen (GesG) begonnen. Die Berufsverbände waren zuvor eingeladen worden, Ver-

besserungsvorschläge ihre Berufsgruppen betreffend, einzureichen. Neben einer Modernisierung des Gesetzes insgesamt sollen beispielsweise einzelne Bereiche wie das Berufsrecht der Gesundheitsberufe analog Ärztegesetz angepasst und die Regelungen über die Betriebe der Gesundheitspflege den komplexer gewordenen Anforderungen besser gerecht werden. Geprüft wird weiters die Aufnahme der Naturheilkunde in das Gesetz. Ebenfalls sollen die notwendigen Anpassungen aufgrund der neuen Richtlinie über Berufsqualifikationen berücksichtigt werden.

Internationale Schwerpunkte

- Mitarbeit in EWR- und EFTA-Arbeitsgruppen: Working Group on Public Health;
- Beobachtung der EWR-Rechtsentwicklung und Umsetzung von EWR-Recht in liechtensteinisches Recht;
- Im Mai 2005 hat das «Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten» seine Tätigkeit aufgenommen, welches im Rahmen des EU-Aktionsprogramms für Öffentliche Gesundheit (2003 bis 2008) geschaffen worden war. Das Zentrum ermittelt und bewertet durch übertragbare Krankheiten bedingte derzeitige und neu auftretende Risiken für die menschliche Gesundheit und gibt Informationen darüber weiter. Liechtenstein ist am Aktionsprogramm für Öffentliche Gesundheit beteiligt und in den Gremien dieses Zentrums vertreten;
- Enge Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheit in der Schweiz.

Amt für Volkswirtschaft (Sozialversicherung)

Amtsleiter: Dr. Hubert Büchel

Mit 1. Januar 2005 traten im Bereich des Gesetzes über die Krankenversicherung weitere Massnahmen der Gesundheitsreform 2004 nach Ablauf der Übergangsfristen formal in Kraft. So kam erstmals die freiwillige Versicherung für die Übernahme der 50 % der Kosten für einen Leistungserbringer im Ausland ohne Vertrag mit dem Kassenverband zum Tragen. Ausserdem wurde der Staatsbeitrag erstmals unter Berücksichtigung der Kostenentwicklung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und der Finanzlage des Landes festgelegt. Weitere Umsetzungen der Gesundheitsreform erfolgten auf dem Verordnungsweg. Erste positive Auswirkungen der Gesundheitsreform schlugen sich insbesondere in der gleich bleibenden Durchschnittsprämie in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und dem damit verbundenen Arbeitgeberbeitrag nieder.

Krankenversicherung

Entwicklung der Krankenpflegekosten

Im Jahr 2005 erreichten die Aufwendungen für die obligatorischen Krankenpflegekosten (nach Abzug der Kostenbeteiligungen) einen Betrag von rund CHF 101 Mio. (Vorjahr CHF 95.0 Mio.), was einem Anstieg der Aufwendungen von CHF 6 Mio. bzw. 6.59 % gegenüber dem Jahr 2004 entspricht. Dieser Anstieg der Aufwendungen entspricht dem durchschnittlichen Kostenwachstum der letzten Jahre. Die tatsächlichen Leistungen haben sich um CHF 6.7 Mio. bzw. 6.57 % erhöht.

Kontrolle von Subventionsgesuchen

Der Staat leistet im Sinne von Art. 24a Abs. 1 und 2 KVG den Krankenkassen an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeleistungen und der präventivmedizinischen Massnahmen einen jährlichen Beitrag.

Im Jahre 2005 wurden Anträge von 4 Krankenkassen auf Ausrichtung von Landesbeiträgen für das Rechnungsjahr 2004 und Akontozahlungen für das laufende Rechnungsjahr 2005 kontrolliert. Die Restsubventionen für das Rechnungsjahr 2004 beliefen sich auf CHF 2.76 Mio. Hinzu kamen Akontozahlungen für das laufende Jahr von 90 % der vom Landtag genehmigten Landesbeiträge, was CHF 38.68 Mio. ausmachte. Schliesslich wurden noch Akontozahlungen für das laufende Jahr im Umfang von CHF 6.38 Mio., sowie Restzahlungen für das Jahr 2004 von CHF 0.08 Mio. für die Prämienbefreiung der Kinder geleistet. Insgesamt waren daher im Jahre 2005 Staatsbeiträge von CHF 47.9 Mio. notwendig (Vorjahr CHF 51.7 Mio.).

Risikoausgleich 2005

Das Gesamtverteilungsvolumen im Risikoausgleich zwischen den Kassen hat sich wie folgt entwickelt:

Risikoausgleichsjahr	Umverteilungsvolumen		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in CHF	in % der Nettoleistungen*	in CHF	in %
2001	1 175 819	1.5	-	-
2002	2 419 935	3.0	+ 1 244 116	+ 105.8
2003	2 274 793	2.5	- 145 142	- 6.0
2004	1 960 077	2.3	- 314 716	- 13.8
2005	528 351	1.05	-1 431 726	-73.02

* der am Risikoausgleich teilnehmenden Altersgruppen

Der Rückgang des Umverteilungsvolumens ist damit zu begründen, dass die Durchschnittskosten der Kassen im Jahr 2005 sehr eng beieinander liegen und dadurch kaum Ausgleichszahlungen unter den Kassen anfallen.

Der definitive Risikoausgleich 2005 basiert auf den Daten der Kassen des Jahres 2005.

Das Umverteilungsvolumen auf Basis der Versicherten 2005 betrug CHF 9.8 Mio. (Vorjahr CHF 9.6 Mio.). Das entspricht einem Anstieg des Umverteilungsvolumens um CHF 0.2 Mio. bzw. 2.3 %.

Der Grossteil dieses Umverteilungsvolumens spielt sich innerhalb der einzelnen Krankenkassen ab und wird deshalb nicht über das Amt für Volkswirtschaft umverteilt.

Prämienverbilligung 2005 für einkommensschwache Versicherte

Die Durchführung der Prämienverbilligung für einkommensschwache Versicherte im Herbst 2005 zeigte entgegen der erwarteten Antragsstabilisierung einen Anstieg in der Anzahl der gestellten Anträge. Insgesamt erhielten 3 815 Versicherte einen staatlichen Beitrag an ihre Krankenkassenprämie 2005 (Vorjahr: 3 393). Der Betrag der staatlichen Prämienverbilligung belief sich auf CHF 4.7 Mio. (Vorjahr: CHF 4.15 Mio.), was einen Nachtragskredit von CHF 925 000 erforderlich machte. Der Anstieg der Auszahlungen an staatlichen Beiträgen trotz gleich bleibender Prämie liegt insbesondere darin begründet, dass noch mehr Rentner, die alle von einem 70%-igen Freibetrag bei der Berechnung profitieren, einen Antrag gestellt haben. Über die Hälfte (55.8%) der Prämienverbilligung ging an Personen über 65 Jahren.

Die Verteilung der Prämienverbilligung auf die Altersgruppen stellt sich wie folgt dar:

Altersgruppe	Bezüger	Betrag in CHF
Bis 25 Jahre	310	224 834.65
Bis 65 Jahre	1 686	1 840 468.05
Über 65 Jahre	1 819	2 609 598.50
TOTAL	3 815	4 674 901.20

Krankenkassenprämien 2005

Das Amt für Volkswirtschaft hat Ende 2005 die Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) 2006 überprüft und zur Kenntnis genommen. Es musste keine Prämienhöhung vorgenommen werden, die durchschnittlichen Prämien im Jahr 2006 bleiben daher im zweiten Jahr in Folge gleich. Die Gründe für gleich bleibende Prämien waren einerseits eine Auswirkung verschiedener Massnahmen der Gesundheitsreform, andererseits auch das gute Geschäftsjahr und die vorhandene Reservenstruktur bei den Kassen.

Gesundheitsreform

Das Jahr 2005 war geprägt von weiteren Umsetzungen der Gesundheitsreform 2004. Mit Verordnung vom 7. Februar 2005 wurde ein Überweisungsformular eingeführt, das medizinische Gründe für die Überweisung von einem zugelassenen Arzt an einen nicht zugelassenen Arzt anführen soll, die eine gänzlich durch die OKP abgedeckte Behandlung bei medizinischer Indikation ermöglichen. Mit Verordnung vom 15. März 2005 wurde die Krankenversicherungskarte, die einerseits der administrativen Vereinfachung im Krankenversicherungsbereich und andererseits der Umsetzung der europäischen Krankenversicherungskarte (Kartenrückseite) dient, eingeführt. Die Freiwillige Krankenversicherung Balzers gab als erste Kasse im April die Karte an die Versicherten aus, die übrigen Kassen ziehen ab 2006 nach. In Folge des gesetzlich festgelegten Vertragsprinzips kam es zu weiteren Vertragsabschlüssen zwischen dem liechtensteinischen Krankenkassenverband (LKV) und verschiedenen Leistungserbringern. Zur Unterstützung der Regierung bei der Festlegung von Kostenzielen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung sowie bei der Einführung von Qualitätssicherungsmaßnahmen wurde gemäss Verordnung vom 22. November 2005 die Kosten- und Qualitätskommission konkretisiert und im Dezember mit unabhängigen Experten des Gesundheitswesens besetzt. Diese Verordnung enthält darüber hinaus noch andere Anpassungen der Verordnung zum Gesetz über die Krankenversicherung. Die geplante Einführung des, schweizerischen Tarifstruktur TARMED zur Abrechnung von ambulanten ärztlichen Leistungen, konnte auf Grund gescheiterter Tarifverhandlungen nicht eingehalten werden.

Internationales

Liechtenstein hat im Jahr 2005 den auf zwei Jahre befristeten Vorsitz in der EFTA Arbeitsgruppe über Soziale Sicherheit übernommen. Es stehen Umsetzungsarbeiten auf Grund der Totalrevision der im Bereich der sozialen Sicherheit zentralen Verordnungen (EWG) Nr. 1408/71 und 574/72 an. Darüber hinaus wurden von Liechtenstein erstmals seit dem EWR-Beitritt Durchschnittskosten für die Abrechnung von Leistungen für in Liechtenstein lebende und in der Krankenversicherung betreute Rentner mit ausländischen Renten sowie deren Famili-

enangehörige berechnet, welche von der europäischen Verwaltungskommission über Soziale Sicherheit für Wanderarbeitnehmer genehmigt wurden und dementsprechend bei den zuständigen Stellen im Ausland eingefordert werden können.

Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen

Amtsleiter: Dr. Peter Malin

Neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren mit einem Beschäftigungsgrad von 830 % Stellenprozent tätig. Damit war der Personalbestand auf Vorjahresniveau. Am 1. Dezember trat ein neuer Mitarbeiter, vorerst mit einem 50%-Pensum, seine Stelle an (Ersatzanstellung). Zwei Lehrlinge wurden während jeweils einem halben Jahr ausgebildet.

Die Überwachungsaudits der akkreditierten Amtsbeiräte verliefen ebenso problemlos wie das Aufrechterhaltungsaudit für die Zertifizierung der Amtsstelle. Die Selbstbewertung im vereinfachten Verfahren nach dem EFQM-Modell wurde durchgeführt und umgesetzt. Die Testphase zur Einführung der amtsinternen Leistungserfassung wurde zum Jahresende abgeschlossen.

Im Berichtsjahr wurde an einer Vielzahl von Projekten gearbeitet. Im Bereich der Lebensmittelkontrolle galt es, das auf Zollvertragsbasis anwendbare schweiz. Lebensmittelrecht in revidierter Form kundzumachen. Damit konnte das EG-Hygienepaket termingerecht auch für Liechtenstein zum Jahreswechsel in Kraft gesetzt werden. Im Frühjahr wurde die Weinqualitätsverordnung erlassen und deren Vollzug an die Hand genommen. Die Umsetzung der im Herbst des Vorjahres in Kraft getretenen Trinkwasserverordnung wurde zusammen mit den Wassermeistern in Angriff genommen. Die nach der Bäderverordnung erstmals fälligen Betriebsbewilligungen wurden erteilt. Im Bereich Heilmittel wurden die notwendigen Vorarbeiten für eine vertraglich abgestützte Zulassung in einem EU-Nachbarstaat vorangetrieben. Die Zusammenarbeit mit Swissmedic konnte in einem weiteren Inspektionsbereich sowie für Medizinprodukte durch Abschluss je einer Verwaltungsvereinbarung geklärt werden. Bezüglich der Überwachungstätigkeit im Bereich Medizinischer Strahlenschutz wurden Vorarbeiten für eine Lösung mit dem schweiz. Bundesamt für Gesundheit abgeschlossen. Im Veterinärwesen galt es im Spätsommer die Weideinfektion Rauschbrand auf verschiedenen Alpen zu bekämpfen. Im Herbst wurde zur Verhinderung der Einschleppung der Klassischen Geflügelpest eine Verordnung mit vorsorglichen Sofortmassnahmen erlassen und umgesetzt. Zum Jahresabschluss wurde schliesslich das Notschlachtwesen reorganisiert.

Die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Behörden gewinnt immer mehr an Bedeutung. Die mehrtägige

Inspektion des Bereichs Lebensmittelkontrolle durch Vertreter der EFTA-Überwachungsbehörde zeigte Defizite insbesondere in Bezug auf die Inspektionsfrequenz auf.

Rechtsvorschriften

Folgende Rechtsvorschriften wurden nach Vorbereitung durch die Amtsstelle durch Regierung bzw. vom Landtag erlassen:

- Weinqualitätsverordnung, LGBl. 2005 Nr. 87;
- Teilbereinigung des anwendbaren schweizerischen Lebensmittelrechts, LGBl. 2005 Nr. 270;
- Gesetz vom 22. September 2005 über die Abänderung des Tierschutzgesetzes, LGBl. 2005 Nr. 216;
- Verordnung vom 6. September 2005 über die Abänderung der Verordnung zum Tierschutzgesetz, LGBl. 2005 Nr. 181;
- Verordnung vom 24. Oktober 2005 über vorsorgliche Sofortmassnahmen zur Verhinderung der Einschleppung der Klassischen Geflügelpest, LGBl. 2005 Nr. 195;
- Verordnung vom 13. Dezember 2005 über die Abänderung der Tierschutzverordnung, LGBl. 2005 Nr. 262;
- 43 Rechtsakte aus dem Kapitel Lebensmittel EWRA, 15 Rechtsakte aus dem Kapitel Arzneimittel EWRA, 1 Rechtsakte aus dem Kapitel Medizinprodukte EWRA und 27 Rechtsakte aus dem Kapitel Futtermittel EWRA überprüft zur Übernahme in den liechtensteinischen Rechtsbestand.

Lebensmittelkontrolle

Bei den Lebensmittelinspektionen zeigte sich im Vergleich zu den Beanstandungsursachen der letzten Jahre eine Verbesserung im Bereich der Selbstkontrolle, was auf erste Erfolge der jahrelangen Beratungsarbeit hindeutet.

Auch in diesem Berichtsjahr wurden wieder sehr häufig Mängel in Bezug auf den hygienischen Umgang mit Lebensmitteln festgestellt. Dies kann einerseits auf den Inspektionsfokus auf «kritischere» Betriebe zurückgeführt werden, zeigt aber andererseits auch die grosse Notwendigkeit einer höheren Inspektionsfrequenz.

In knapp 2/3 aller inspizierten Betriebe war die Lebensmittelsicherheit zum Zeitpunkt der Kontrolle uneingeschränkt gewährleistet.

Die nachstehende Tabelle zeigt die prozentuale Verteilung der Beanstandungsgründe bezogen auf die Betriebe mit Beanstandungen:

Inspektionen, Übersichtsdarstellung

Beurteilungsbereich	Verteilung der Beanstandungsgründe
A: Selbstkontrolle	64 %
B: Lebensmittel	18 %
C: Prozesse und Tätigkeiten	86 %
D: Räumlich-betriebliche Voraussetzungen	9 %

Betriebskategorie	Anzahl Betriebe			Anzahl Beanstandungsgründe in den Beurteilungsbereichen			
	Summe I	Summe I/B	Summe IN	A	B	C	D
A1 Industrielle Verarbeitung von tierischen Rohstoffen	1						
A2 Verarbeitung von pflanzlichen Rohstoffen							
A3 Getränkeindustrie							
A4 Produktion von Gebrauchsgegenständen							
A5 Diverse							
B1 Metzgereien, Fischhandlungen	2						
B2 Käsereien, Molkereien	8						
B3 Bäckereien, Konditoreien	1	1				1	
B4 Getränkehersteller							
B5 Landwirtschaftsbetriebe mit Verkauf ab Hof							
B6 Diverse							
C1 Grosshandel	1						
C2 Verbraucher- und Supermärkte	19	5	2	4	1	5	
C3 Klein- und Detailhandel, Drogerien							
C4 Versandhandel							
C5 Handel mit Gebrauchsgegenständen	1						
C6 Diverse							
D1 Kollektivverpflegungsbetriebe	53	16	10	10	3	13	2
D2 Cateringbetriebe, Party-Services, Imbiss-Stände	2						
D3 Spital- und Heimbetriebe	2						
D5 Diverse	1						
E1 Trinkwasserversorgungen							
Total	91	22	12	14	4	19	2

Zeichenerklärung für Beanstandungsgründe

- A = Selbstkontrolle
- B = Lebensmittel
- C = Prozesse und Tätigkeiten
- D = Räumlichbetriebliche Voraussetzungen

Legende der Abkürzungen

- Summe I = Anzahl aller Inspektionen (inkl. beanstandete)
- Summe I/B = Anzahl Inspektionen mit Beanstandungen
- Summe IN = Anzahl Nachinspektionen

Neben den «regulären», tabellarisch wiedergegebenen Inspektionen haben die Kontrollorgane im Berichtsjahr wieder über 100 Aussendienstesätze auf Märkten, bei Gelegenheitswirtschaften, zur Probenerhebung oder zur Abklärung und Beantwortung spezifischer Fragen durchgeführt. Acht Planbeurteilungen, mehrheitlich im Rahmen des ordentlichen Verfahrens zur Baubewilligung von Lebensmittelunternehmen wurden durchgeführt.

Im Herbst erfolgte die erste Weinlesekontrolle nach den neuen Vorgaben der Weinqualitätsverordnung, welche in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsamt vorbereitet und durchgeführt wurde. Auch wenn die Weinlesekontrolle 2005 überdurchschnittlich zeitintensiv war, zeigte das grosse Interesse der Winzerinnen und Winzer, von Beginn an AOC- Weine zu produzieren, dass sich der Aufwand zur Einführung des AOC- Qualitätsstufensystems gelohnt hat.

Die ebenfalls unter starker Einbindung der Lebensmittelkontrolleure durchgeführte Honigkontrolle verlangte im Zeitraum Mai bis September 45 Kontrollgänge.

Der Pilzkontrolle, durchgeführt von zwei Pilzkontrolleurinnen im Unterland und einem Pilzkontrolleur im

Oberland, wurden im Berichtsjahr 42 Pilzernten vorgestellt. Die Pilzkontrollscheine weisen wiederum die Beseitigung ungeniessbarer und verdorbener Speisepilze sowie die Aussonderung von giftigen Pilzen aus.

Untersuchungstätigkeit

Warengattung	untersuchte Proben	beanstandete Proben	Beanstandungsgrund (Mehrfachbeanstandung einer Probe möglich)					
Diverse			A	B	C	D	E	F
Untersuchungen:	319	48	5	4	28	11	0	0
Total der Proben aus den Warengattungen 01 - 87								

Zeichenerklärung:

- A: Sachbezeichnung, Anpreisung usw.
- B: Zusammensetzung
- C: Mikrobiologische Beschaffenheit, Bakterien u. Mycotoxine
- D: Inhalts- und Fremdstoffe
- E: Physikalische Eigenschaften
- F: Andere Beanstandungsgründe

Probenprovenienz

	untersuchte Proben	beanstandete Proben
Lebensmittelproben	273	32
Nicht der Lebensmittelgesetzgebung unterstellte Proben	46	16

Marktüberwachung

Im Berichtsjahr wurden im Durchschnitt pro Monat knapp 650 Lebensmittelimporte gesichtet. Über 75 Prozent der gesamten Importe wurden von wenigen grossen Lebensmittelfirmen getätigt, die restlichen gingen an Privatpersonen oder andere Firmen. Aufgrund der langjährigen Marktüberwachung sind davon aber bereits fast alle amtsbekannt, sodass weniger als 1% der Importe genaueren Abklärungen unterzogen wurden.

Insgesamt wurden 31 Importeure direkt kontaktiert und um nähere Informationen ersucht. In Einzelfällen waren weitere Massnahmen nötig, es wurde aber keine Übertretung des Gesetzes über die Verkehrsfähigkeit von Waren festgestellt.

Nach Import von Kosmetika wurden 29 Importeure kontaktiert. Der Vertrieb eines Produktes musste eingestellt werden. Bei zwei Erzeugnissen konnte der Vertrieb erst nach entsprechenden Anpassungen zugelassen werden.

Diverse Kontrollen

Eine Arbeitsgruppe unter der Führung des Amtes für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen zur Umsetzung der aus dem Vorjahr stammenden Trinkwasserverordnung hat in der zweiten Jahreshälfte die Vorgaben zur Qualitätsüberwachung des Trinkwassers grundlegend überarbeitet, um sie an die neuen Vorschriften anzupassen.

13 Betriebsbewilligungen wurden nach vorgängiger Prüfung der eingereichten Unterlagen und Inspektion basierend auf der im Vorjahr in Kraft getretenen Bäderverordnung erteilt.

Die Hallenbäder der Gemeinden Schaan, Triesen, Balzers und Eschen sowie das Hallenbad des Heilpädagogischen Zentrums in Schaan gaben bei den Inspektionen bezüglich der Betriebsführung keinen Anlass zur Beanstandung. Nach insgesamt 9 Probenahmen musste allerdings das Badewasser in 2 Hallenbädern bezüglich der hygienisch-mikrobiologischen Qualität beanstandet werden. Der umgehend durchgeführte Chlorschock des Badewassers durch den Bademeister führte jeweils zu einwandfreien Befunden der mikrobiologischen Nachkontrolle. Die geprüften chemischen Parameter der Badewässer waren einwandfrei.

Bei den in 5 Hotel-Hallenbädern durchgeführten Kontrollen mussten 4 von 7 Badewasserproben wegen mangelhafter hygienischer Wasserqualität und Fehlern in der Chlorkonzentration beanstandet werden. Die hohe Beanstandungsquote ist im Wesentlichen auf eine ungenügende Qualitätskontrolle zurückzuführen.

In den drei Freischwimmbädern erfolgte ein Kontrollgang. Die erhobenen 5 Wasserproben waren in hygienisch-mikrobiologischer Qualität sowie bzgl. der geprüften chemischen Parameter einwandfrei. Die Betriebsführung präsentierte sich in allen Anlagen vorbildlich.

Die Oberflächengewässeruntersuchung, erneut nach den definierten Vorgaben in Rhein, Binnenkanal und Stausee Steg gefasst, ergab ein inhomogenes Bild. An 3 von 5 Probenahmestellen im Rhein wurden Salmonellen nachgewiesen. Im Kanal waren Salmonellen nicht nachweisbar. Somit erwies sich das Kanalwasser überwiegend von sehr guter Qualität. Dasselbe gilt für die Wasserqualität im Stausee Steg.

Kontrollstelle für Arzneimittel**Bewilligungen**

Ein Gesuch um eine Neuerteilung, ein Gesuch um eine Erweiterung des Bewilligungsumfanges und sieben Gesuche um eine Verlängerung der Bewilligung zum Grosshandel bzw. Herstellung wurden eingereicht und von der Kontrollstelle für Arzneimittel bearbeitet. Vier Grosshandelsbewilligungen und zwei Herstellungsbewilligungen wurden ausgestellt. Einem Betrieb wurde die Bewilligung zum Bezug von Betäubungsmitteln neu erteilt.

Eine Bewilligung zur Führung einer Praxisapotheke wurde erteilt.

Fünf Bewilligungen zum Bezug von Marinol und eine Ausnahmegewilligung zum Bezug und zur Analyse von verbotenen Betäubungsmitteln wurden von der Kontrollstelle für Arzneimittel zu Händen der Regierung vorbereitet.

Inspektionen

Fünf GDP Inspektionen (GDP = Gute Vertriebspraxis) und drei GMP Inspektionen (GMP = Gute Herstellpraxis) wurden, mehrheitlich im Rahmen der vorstehend genannten Bewilligungsverfahren im Auftrag der Kontrollstelle für Arzneimittel von der Regionalen Fachstelle Zürich durchgeführt.

Die zur Bewilligung der Praxisapotheke notwendige Inspektion wurde in Eigenregie durchgeführt.

Zulassungen

Aufgrund des entgegen der bisherigen Rechtsauffassung Liechtensteins ergangene Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) zur Frage der Berechnung der Dauer ergänzender Schutzzertifikate (Supplementary Protection Certificates, SPC) wurde eine Anpassung des Notenaustauschs mit der Schweiz bzgl. der liechtensteinischen Anerkennung schweizerischer Zulassungen notwendig. Seit dem 1. Juni 2005 sind somit schweizerische Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen in Liechtenstein nicht mehr sofort, sondern in der Regel erst nach zwölf Monaten anerkannt. Bis Ende Jahr fielen vier Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen unter diese Regelung.

Zum ersten Mal nahm Liechtenstein an einem zentralen Zulassungsverfahren teil. Die Kontrollstelle für

Arzneimittel genehmigte auf Basis der gegenseitigen Anerkennung ein Arzneimittel.

Ein Arzneimittel wurde mittels ausserordentlichen Verfahrens für den liechtensteinischen Markt zugelassen.

Marktüberwachung

Im Sinne der Marktüberwachung gemäss dem Gesetz über die Verkehrsfähigkeit von Waren wurden insgesamt sieben Importe von Produkten bearbeitet, die als Arzneimittel deklariert waren.

Weiters wurden drei Betriebe, die Betäubungsmittel herstellen bzw. handeln dürfen, zwei öffentliche Apotheken, und alle Praxen von den Ärzte/-innen der Humanmedizin, Tierärzte/-innen, Zahnärzten/-innen und das Landesspital von der jährlichen Betäubungsmittelkontrolle erfasst. Erstmals unter der Aufsicht der Kontrollstelle für Arzneimittel wurden nicht mehr verwendbare Betäubungsmittel aus der zentralen Sammelstelle beim Landesspital der Vernichtung in der KVA Buchs übergeben.

Zusammenarbeit mit anderen Behörden / Tagungen

Mit dem European Directorate for Quality of Medicines wurde ein Letter of Intent unterzeichnet, um die Überwachung zentral zugelassener Arzneimittel in Liechtenstein gewährleisten zu können.

Mit dem Inspektorat von Swissmedic wurde eine Verwaltungsvereinbarung betreffend die Inspektion von Biologika-Betrieben und klinischen Prüfeinrichtungen in Liechtenstein abgeschlossen.

Im Rahmen des MRA (Mutual Recognition Agreement) mit Kanada wurde ein Maintenance Report zuhänden des Kanadischen Inspektorates erstellt.

Es wurde insgesamt an 16 Tagungen, Sitzungen etc. teilgenommen.

Fachstelle Medizinprodukte

Meldungen

Insgesamt wurden 21 Meldungen entgegengenommen und bearbeitet. Diese gliedern sich folgendermassen:

Anzahl	Art
17	Erst-Inverkehrbringen von Medizinprodukten der Klasse I im Europäischen Wirtschaftsraum
1	Herstellung von Sonderanfertigungen
2	Herstellung von Systemen und Behandlungseinheiten
1	Klinische Versuche

Zertifikate

138 Zertifikate und Bescheinigungen für liechtensteinische Firmen wurden ausgestellt.

Marktüberwachung

Im Zuge der Marktüberwachung wurden neue Vertriebsfirmen und Hersteller von Medizinprodukten und Son-

deranfertigungen erfasst und auf ihre Pflichten hingewiesen. Aus den rund 500 Importmeldungen wurden 16 Meldungen selektioniert und die Verkehrsfähigkeit der Produkte in Liechtenstein/Schweiz überprüft.

Eine Vielzahl von Firmenanfragen innerhalb des europäischen Wirtschaftsraumes zu rechtlichen und sprachlichen Anforderungen im Bereich Medizinprodukte und In-Vitro-Diagnostika in Liechtenstein wurden bearbeitet.

Aus gegebenem Anlass wurde der Fachstelle Medizinprodukte/IVD die Verantwortung, resp. die Aufsicht über den medizinischen Strahlenschutz übertragen. Zur Standortbestimmung und als Vorbereitung für die künftige Umsetzung der Strahlenschutzgesetzgebung in medizinischen Betrieben wurden Daten zu bewilligungspflichtigen medizinischen Röntgenanlagen erhoben und ausgewertet. Die Betreiber von medizinischen Röntgenanlagen wurden über die Ergebnisse der Erhebung informiert, auf ihre Pflichten im Rahmen des Strahlenschutzes hingewiesen und Empfehlungen zur Mängelbehebung abgegeben.

Zusammenarbeit mit anderen Behörden

Am 16. Februar 2005 wurde die Verwaltungsvereinbarung mit der Abteilung Medizinprodukte/IVD des Schweizerischen Heilmittelinstitutes Swissmedic unterzeichnet. Die Vereinbarung bildet die Grundlage für die Zusammenarbeit der beiden Stellen im Kontext des Zollvertrags mit der Schweiz.

Eichstätte

Allgemeines

Neben den fälligen Eichungen der erfassten Messmittel gemäss gesetzlich vorgegebenem Intervall bildete die Füllmengenkontrolle von industriellen Fertigpackungen einen Tätigkeitsschwerpunkt. Alle grösseren Abfüller werden jährlich, die kleineren, zumeist gewerblichen Betriebe alle zwei Jahre überprüft. Verkaufsstellen mit Offenverkauf werden auf das Vorhandensein geeichter zu diesem Zweck zugelassener Waagen und auf die Verwendung von Folien innerhalb der zulässigen Gewichtstoleranz kontrolliert, der Verkauf vorverpackter Zufallpackungen auf «Brutto für Netto» überprüft.

Eichungen

Art der Messmittel	geeicht	beanstandet
Wiegegeräte (Laden-, Industrie-, Brückenwaagen / 200 g bis 60 Tonnen)	329	33
Abgasmessgeräte (Benzinmotoren, Dieselrauch, Kombigeräte)	39	1
Durchlaufzähler (Zapfsäulen, Durchlaufzähler für Heizöl, ..)	122	-
Gewichtstücke (Klasse F1, F2, M1, M2, M3)	10	-
Längenmasse (Elektronische Messkluppen)	12	2
Kastenmasse (Brücke auf LKW)	5	-

Inspektionen

Im Vorfeld und während 4 Veranstaltungen (Staatsfeiertag, Markt, Unterhaltungsabende) wurde die Einhaltung der Raummassverordnung (Schankgefässe), der Deklarationsverordnung und der Preisbekanntgabeverordnung überprüft.

Kontrolle von industriellen Fertigpackungen

Bei 16 Herstellern von industriellen Fertigpackungen wurden insgesamt 132 Lose mit dem statistischen Verfahren kontrolliert. Mit 19 beanstandeten Losen liegt der Prozentanteil nicht konformer Packungen im Vergleich zur Schweiz in etwa im Mittelfeld.

Kontrolle von Verkaufslokalen mit Offenverkauf

Bei 35 Verkaufsstellen wurde der Offenverkauf nach der Deklarations- und der Preisbekanntgabeverordnung kontrolliert. Beanstandet wurden sieben Betriebe, mehrheitlich wegen des Verpackens nach «Brutto für Netto».

Prüfungen

- Refraktometer für Weinlesekontrollen (Oechslegrad);
- Refraktometer für Honigkontrollen (Wassergehalt);
- Wiege- und Temperaturmessgeräte für internen Gebrauch;

Kalibrierungen

2 Gewichtstücke von 2 liechtensteinischen Betrieben.

Veterinärwesen

Mit Ausnahme des Schaf- und Schweinebestandes liegen die Tierhalter- und Tierzahlen im Bereich der Vorjahre. Der starke Anstieg des Schweinebestandes ist auf die Remontierung eines Grossbetriebes nach tierseuchenpolizeilich angeordneter Sanierung der ansteckenden Lungenentzündungen und damit einhergehender Bestandesreduktion im Vorjahr zurückzuführen.

Statistikdaten

Tierart	Anzahl Halter	+/- gegenüber Vorjahr	Anzahl Tiere	+/- gegenüber Vorjahr
Rindvieh	106	-2	5 564	+91
Pferde	98	-1	409	-5
Schweine	16	+2	1 703	+713
Schafe	50	-1	3 603	+454
Ziegen	26	+5	324	+38
Imker	101	0	*1 033	-63
Hunde			1 482	+61

* entspricht Anzahl Bienenvölker

Tiergesundheit

Zur Seuchenprophylaxe wurden 403 Rinder gegen Rauschbrand schutzgeimpft, die Schafe flächendeckend einer vorsorglichen Injektionsbehandlung unterzogen und im Herbst eine Verordnung mit dem Verbot der Geflügelhaltung im Freien zum Schutz vor der Klassischen Geflügelpest erlassen.

An Bekämpfungsmassnahmen galt es, nach dem Auftreten der Weideinfektion Rauschbrand auf 4 liechtensteinischen Alpen weitere Fälle zu verhindern. Weitere Bekämpfungsmassnahmen betrafen einen Paratuberkulose-Fall auf einem Rindviehbetrieb, Klaueninfektionen bei Schafen und die fortdauernde Bekämpfung der Varroatose bei den Bienen. Im Rahmen der Seuchenüberwachung wurden Gehirnproben von Rindern, Schafen und Ziegen entnommen, rund 100 Blutproben zur Untersuchung auf verschiedene virale Infekte beim Rind, weitere Proben zur Überwachung anzeigepflichtiger Krankheiten beim Schaf und bei der Ziege erhoben. Die Tollwutüberwachung erfolgte durch Untersuchung erlegter Füchse.

Fleischkontrolle

Schlachttier	Anzahl	Schlachttier	Anzahl
Stiere, Ochsen,			
Rinder	75 (-13)	Kälber (< 6 Monate)	60 (-10)
Kühe	48 (+11)	Schafe	288 (-22)
Ziegen	117 (+65)	Schweine	530 (-193)

Notschlachtwesen

Mit 21 geschlachteten Tieren ist die Frequentierung des Notschlachtlokales in Eschen über derjenigen der Vorjahre. Trotz dieses Anstiegs ist der Betrieb eines Notschlachtlokals im Land seit Jahren stark defizitär. Der Betrieb des Notschlachtlokals in Eschen wurde auf den 31. Dezember 2005 eingestellt und zugleich wurde mit der politischen Gemeinde Gams eine Vereinbarung zur Nutzung des Schlachtlokales Pilgerbrunnen ab dem Jahreswechsel abgeschlossen. Liechtensteinische Tierhalter haben somit künftig die Möglichkeit, Notschlachtungen in Gams SG durchführen zu lassen.

Tierschutz

12 private und 3 gewerbsmässige Wildtierhaltungen sowie eine Zoofachhandlung wurden unter Beizug einer externen Expertin kontrolliert und die notwendigen Bewilligungen unter Formulierung der fallspezifischen Auflagen erteilt bzw. verlängert.

27 landwirtschaftliche Nutztierhaltungen wurden als Teil einer Stichprobe, andere spontan, auf Verdacht bzw. nach Anzeige durch Dritte auf die Einhaltung tiergerechter Haltungsbedingungen inspiziert. 6 Tierhaltungen wurden beanstandet, 2 Anzeigen erstattet, einmal eine Busse verfügt und in einem Fall Kürzung der Direkt- und Abgeltungszahlungen beantragt.

Von 91 inspizierten Pferde-, Pony- und Eselhaltungen waren deren 72 unter Anwendung einer 20 %-Toleranz gegenüber der Richtlinie nicht zu beanstanden. Bei 19 Pferdehaltungen wurde die Behebung der Mängel schriftlich angeordnet. Ein Fall krass vernachlässigter Pferdehaltung wurde zur Anzeige gebracht.

In 10 Fällen wurde bezüglich der Heimtierhaltung interveniert, 2 Fälle wurden an die Staatsanwaltschaft gezeigt.

Bei 5 Stallbauvorhaben wurde eine Planbeurteilung vorgenommen, 2 Ställe wurden in anderem Zusammenhang auf die Konformität mit den Tierschutzvorgaben überprüft.

Amtstierärztliche Kontrollen

Das Ergebnis amtstierärztlicher Kontrollen in 19 Betrieben ist der nachstehenden Tabelle zu entnehmen.

Betriebsart	Anzahl	Mängel Tiergesundheit	Mängel Eutergesundheit	Mängel Tierarzneimittel	Mängel Tierverkehr	Mängel Tierschutz
Rindvieh	13	3	2	8	5	2
Schafe	3	-	-	3	2	-
Schweine	1	1	-	-	-	-
Ziegen	1	-	-	1	1	-
Pferde	1	-	-	1	-	-

Viehsömmerung

Die Zahl der gealpten Tiere liegt in der Grössenordnung der Vorjahre. Entsprechend dem Trend der Vorjahre wurde erneut mehr liechtensteinisches Vieh auf den Inland- und Eigenalpen in Vorarlberg gesömmert. Die Bearbeitung der aufgetretenen Rauschbrandfälle führte zur Feststellung von Unregelmässigkeiten bei Erfassung und Dokumentation des Tierverkehrs. Diese wurden abgeklärt, korrigiert und beanstandet.

Alpen	Liechtensteiner Vieh	Schweizer/Österreichischer Vieh
Inlandalpen	1 782	621
Eigenalpen in Vorarlberg	354	214

Grenzüberschreitender Verkehr

Zur Viehsömmerung in Vorarlberg wurden die amtstierärztlichen Kontrollen am Abgangsort bei gleichzeitiger Verstärkung der Eigenverantwortung des Tierhalters abgebaut. Bei der Wiedereinfuhr wurde auf die grenztierärztliche Untersuchung gänzlich verzichtet.

Die Ausfuhr von Heimtiernahrung konnte trotz vertraglich vereinbarter Äquivalenz im massgeblichen Bereich der tierischen Nebenprodukte nicht auf der einfachen Basis von Handlungspapieren, aber zusammen mit den zum Teil auf das EU-Bestimmungsland individuell abgestimmten Veterinärzertifikaten speditiv abgewickelt werden.

Futtermittel

In Zusammenarbeit mit der Eidg. Forschungsanstalt Liebefeld-Posieux ALP wurden 2 Futtermittelbetriebe inspiziert. Je ein Futtermittelbetrieb wurde zusammen mit der BSE-Einheit des Bundes und mit Vertretern der Europäischen Überwachungsbehörde ESA besucht. 11 Futtermittelproben zur TSE-Überwachung ergaben bzgl. des Nachweises verarbeiteten ZNS-Materials ausschliesslich negative, also günstige Befunde. 3 Importsendungen

wurden wegen des Nachweises von Salmonellen bzw. nicht deklarierten Rinderanteils beanstandet.

Beseitigung tierischer Nebenprodukte

Die Entsorgung der tierischen Nebenprodukte erfolgte wiederum reibungslos über die Regionale Tierkörpersammelstelle RTS Buchs.

Die Anzahl der auf landwirtschaftlichen Betrieben von der TMF Extraktionswerk AG direkt abgeholt Tierkörper (Kadaver über 200 kg) lag mit 132 Stück erneut über dem Vorjahr (122 Kadaver).

Über die Regionale Tierkörpersammelstelle in Buchs wurden 150 Tonnen tierischer Nebenprodukte an die Tiermehlfabrik Extraktionswerk AG Bazenheid entsorgt.

Zusammenarbeit mit anderen Behörden

Zur Effizienzsteigerung, Vollzugsharmonisierung, Nutzung von Synergien und nicht zuletzt im Hinblick auf die künftig notwendige Akkreditierung von zumindest Teilbereichen des Veterinärdienstes wurde mit dem kantonalen Veterinäramt Neuenburg eine Vereinbarung zum Betrieb und Unterhalt des Sekretariats der Schweizerischen Vereinigung der Kantonstierärzte und Kantonstierärztinnen unterzeichnet.

Auf Jahresende wurde die seit 1992 bestehende Vereinbarung zum Betrieb der Quarantänestation Ostschweiz gekündigt. Andere, näher gelegene Alternativen und die geringe Ausnutzung rechtfertigten diesen Schritt, der gemeinsam mit den ostschweizerischen Kantonen und dem Bundesamt für Veterinärwesen erfolgte.

Milchwirtschaftlicher Inspektionsdienst

Verkehrsmilch

Im Berichtsjahr wurde die Rohmilch von 68 Milchproduzenten an 9 Sammelstellen angeliefert. Dabei wurden in 14 Stichproben 888 Milchproben nach den schweizerischen Qualitätskontroll- Kriterien untersucht (QK). Die Übersicht zeigt die Ergebnisse im Vergleich zum Vorjahr:

Rohmilch

Parameter	untersuchte Proben	beanstandete Proben
Keimbelastung	888 (914)	7 (9)
Zellzahl	888 (914)	63 (65)
Hemmstoff	888 (914)	0 (1)
Gefrierpunkt	888 (914)	3 (13)

Der Milch- und Stallinspektor führte in 32 Milchproduktionsbetrieben Inspektionen nach der Verordnung über die Qualitätssicherung bei der Milchproduktion durch. Die Alpkäsereien wurden durch den zugezogenen Käsereinspektor vor Ort beraten und zu einem späteren Zeitpunkt zusammen mit dem Lebensmittelinspektor kontrolliert.

KOMMISSIONEN

Leistungskommission

Vorsitzende:

Dr. Kornelia Vallaster, Amt für Volkswirtschaft

Im Jahre 2005 fand eine ordentliche und eine ausserordentliche Sitzung der Leistungskommission statt. Dabei befasste sich die Leistungskommission mit folgenden Themen:

- Aufnahme von Medikamenten ausserhalb der Spezialitätenliste der Schweiz in die Vergütungspflicht der Kassen;
- Aufnahme von verschiedenen Behandlungsmethoden in die Leistungskataloge;
- Aufnahme von verschiedenen Krankheiten in die Indikationsliste (Befreiung chronisch Kranker von der Kostenbeteiligung);
- Abweichung gemäss Art. 54a Abs. 2 und 3 KVV von der vom schweizerischen Bundesamt für Gesundheit (BAG) erlassenen Analysenliste.

Einige Empfehlungen der Leistungskommission an die Regierung fanden Eingang in die Verordnung vom 22.11.2005 (LGBl. 2005, Nr. 209) und in die Verordnung vom 21.12. 2005 (LGBl. 2005, Nr. 268) betreffend die Abänderung der Verordnung zum Gesetz über die Krankenversicherung.

Kosten- und Qualitätskommission

Vorsitzende:

Dr. Kornelia Vallaster, Amt für Volkswirtschaft

Mit Entscheidung der Regierung vom 20. Dezember 2005 wurde die Kommission gemäss Art. 19b Abs. 4 KVG i.V.m. Art. 77a KVV für die Mandatsperiode 1.1.2006 bis 31.12.2009 bestellt.

Im Berichtsjahr konnte die Kommission ihre Tätigkeit nicht mehr aufnehmen. Die konstituierende Sitzung wurde auf den 23. Januar 2006 festgelegt.

Sanitätskommission

Vorsitzender:

Dr. Oskar Ospelt bis September 2005

Regierungsrat Dr. Martin Meyer ab Oktober 2005

Im vergangenen Jahr gab es innerhalb der Sanitätskommission verschiedene personelle Veränderungen. So hat Regierungsrat Dr. Martin Meyer per 27.10.2005 den Vor-

sitz übernommen. Herr Dr. Norbert Hilty, Schaan, als Vertreter der Ärzteschaft, hat seinen Rücktritt aus der Sanitätskommission erklärt und das Amt für Gesundheitsdienste ist in der Kommission künftig durch dessen Amtsleiter vertreten.

Die Kommissionsmitglieder haben im Jahr 2005 zwölf ordentliche Sitzungen zu folgenden Themen abgehalten:

- Krankenversicherungsgesetz (KVG);
- Seuchenprophylaxe: Grippepandemie – Pandemieplan;
- Gesundheitsstandort Liechtenstein;
- Revision Sanitätsgesetz;
- Stammzellenforschung;
- Projekt «Elektronisches Gesundheitsnetz Liechtenstein»
- Voraussetzungen zur Gründung einer Patientenorganisation;
- Erarbeitung einer neuen Geschäftsordnung.

Kommission für Suchtfragen 2005

Vorsitzender:

Dr. Marcus Büchel, Amt für Soziale Dienste

Die Kommission für Suchtfragen wurde am 14. Januar 1980 von der Regierung bestellt und berät diese in Fragen zur Suchtpolitik.

Inhalt

Im Jahr 2005 wurden insgesamt 7 Kommissionssitzungen mit folgenden Schwerpunktthemen abgehalten:

- Planung und Durchführung der Befragung aller 12-19 jährigen Jugendlichen zum Suchtmittelkonsum;
- Vorbereitung der Suchtpräventionskampagne;
- Überarbeitung des Drogenpolitischen Grundsatzpapiers aus dem Jahr 1997;
- Ausbau des Jugendschutzes: Verstärkung der Kontrolltätigkeit, Ausgangsregelung als Präventionsinstrument, verstärkte Zusammenarbeit mit Gemeinden bei Grossanlässen;
- Schaffung eines therapeutischen Gruppenangebotes für alkoholranke Menschen;
- Vertretung in Internationalen Gremien (Commission on Narcotic Drugs, ICAA);
- Ausbau der regionalen Zusammenarbeit;
- Evaluation der Zusammenarbeit mit dem Partner in der Schulprävention; Verein Netzwerk.

STIFTUNGEN

Liechtensteinisches Landesspital**Präsident: Thomas Büchel****Verwaltungsdirektor: Walter Marxer**

Das Jahr 2005 war geprägt durch den weitgehenden Abschluss der Um- und Erweiterungsbauten am Liechtensteinischen Landesspital. Weitere Schwerpunkte bildeten die Arbeit am Qualitätssicherungskonzept, neue Kommunikationsmassnahmen sowie die Tarifverhandlungen mit der Regierung und mit den Ärzten.

Verbesserung der Infrastruktur

Am 17. Februar 2005 konnte der erste Teil der Um- und Erweiterungsbauten eingeweiht werden. Er umfasst einen Neubau von zehn, mit WC und Dusche ausgestatteten Einzelzimmern, einen neuen Verwaltungstrakt, zusätzliche Räume im Behandlungs- und OP-Bereich sowie eine Cafeteria im 3. Obergeschoss. Im Verlauf des Jahres 2005 wurden weitere Zimmer modernisiert und teilweise in Einzelzimmer umgewandelt, so dass heute 18 Einzelzimmer zur Verfügung stehen. Das zusätzliche Angebot hat zu einer Zunahme von Privat- und Halbprivatpatienten geführt. Bei den Um- und Erweiterungsbauten konnten praktisch ausschliesslich einheimische Gewerbebetriebe berücksichtigt werden.

Als weitere Entscheidungsgrundlage für die zukünftige Entrichtung des Landesspitals, wurde neben der bestehenden Machbarkeitsstudie von der Regierung eine Studie über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen verschiedenster Szenarien in Auftrag gegeben. Die Studie wurde im Berichtsjahr fertig gestellt.

Neuer ärztlicher Leiter – verstärkte Qualitätssicherung

Seit dem 1. Januar 2005 bekleidet Dr. Rainer Wolfinger die Stelle des ärztlichen Leiters mit einem Pensum von 50 Prozent. Neben Koordinationsaufgaben und der medizinischen Gesamtleitung ist er auch in zahlreiche Projekte zur Weiterentwicklung des Landesspitals eingebunden. Ein besonderes Schwergewicht bildete 2005 die Arbeit am neuen Qualitätssicherungssystem, dessen schrittweise Einführung ab 1. Januar 2006 begonnen hat.

Parallel hierzu wurde die Kommunikation nach aussen verstärkt. Im Juni 2005 wurde ein neuer Newsletter für die Ärzteschaft der Region Liechtenstein/Werdenberg lanciert, der regelmässig über medizinische Leistungen und Neuerungen im Landesspital informiert. Im «Gesundheitsforum Liechtenstein» werden zudem öffentliche Vorträge aus verschiedenen Fachbereichen des Spitals angeboten.

Tarifverhandlungen

Viel Zeit beanspruchten die Verhandlungen mit der Regierung und mit der Ärzteschaft über den Abschluss eines neuen Tarifvertrags auf den 1. Januar 2006. Die Kosten im stationären Bereich sollen über eine Fall- und eine Tagespauschale analog dem Spital Grabs abgerechnet werden, im ambulanten Bereich soll das Taifsystem TAMED zur Anwendung kommen. Die Verhandlungen konnten bis Ende 2005 noch nicht vollständig abgeschlossen werden.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber:

Regierungsrat Hansjörg Frick bis 21. April 2005

Regierungsrat Hugo Quaderer ab 21. April 2005

Schwerpunkt im Berichtsjahr bildete der Invalidenversicherungsbereich und dabei insbesondere die Revision des Invalidenversicherungsgesetzes, mit welcher die Beitragssätze von Arbeitnehmern und Arbeitgebern per 1. Januar 2006 erhöht wurden, sowie die Erarbeitung eines Vernehmlassungsberichtes zu einer weiteren Abänderung des Invalidenversicherungsgesetzes. Im Vernehmlassungsbericht werden konkrete Massnahmen zur Eindämmung des Kostenwachstums im Invalidenversicherungsbereich vorgeschlagen. Schliesslich waren im Berichtsjahr die Erarbeitung eines Bericht und Antrages zur Schaffung eines Behindertengleichstellungsgesetzes sowie verschiedene alterspolitische Fragestellungen zentrale Themen im Ressort Soziales. Zudem war und ist das Ressort Soziales durch die im Berichtsjahr erfolgte Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden wesentlich tangiert. So wurden die privaten Sozialhilfeträger in den alleinigen Verantwortungs- und Finanzierungsbereich des Landes übertragen, wo hingegen die stationäre Alterspflege auch in Zukunft von Land und Gemeinden gemeinsam getragen und über das Sozialhilfegesetz finanziert wird.

Invalidenversicherung

Bei der Invalidenversicherung (IV) stellte sich im Jahre 2004 aufgrund des grossen Ausgabenwachstums ein durch Einnahmen ungedecktes Defizit ein. Die Regierung hat daher im August 2005 einen Bericht und Antrag zur Abänderung des Gesetzes über die Invalidenversicherung (Anpassung der Beitragssätze) zuhanden des Landtags verabschiedet. Die Beitragssätze der Versicherten und der Arbeitgeber wurden per 1. Januar 2006 von 1.2 % auf 1.5 % erhöht.

Zusätzlich zu dieser Beitragssatzerhöhung wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, mit dem Auftrag, die Leistungsseite der Invalidenversicherung zu überprüfen und Lösungsvorschläge zur Eindämmung des Ausgabenwachstums auszuarbeiten. Der von der Arbeitsgruppe erstellte Bericht wurde von der Regierung zur Kenntnis genommen und zusätzlich einem Experten zur Begutachtung in Bezug auf die rechtliche Umsetzbarkeit und die Sozialverträglichkeit der vorgeschlagenen Massnahmen unterbreitet. Im November 2005 traf sich das Ressort Soziales mit einem Kreis von über 40 interessierten Personen zu einer breit gefächerten Veranstaltung, anlässlich welcher die Problembereiche der IV aus der Sicht der Praxis diskutiert werden konnten. Schliesslich wurden im Berichtsjahr die weiteren Schritte zur Erarbeitung eines Vernehmlassungsberichtes zur Abänderung des Invalidenversicherungsgesetzes eingeleitet.

Behindertengleichstellung

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeiten im Berichtsjahr bildete die Ausarbeitung eines Bericht und Antrages betreffend die Schaffung eines Gesetzes zur Gleichstellung von

Menschen mit Behinderungen. Die Vorlage sieht ein allgemeines Diskriminierungs- und Belästigungsverbot von Menschen mit Behinderungen vor. Auch Vorschriften zum Schutz vor Diskriminierung in der Arbeitswelt sind vorgesehen. Des Weiteren sind namhafte Verbesserungen für Menschen mit Behinderung insbesondere in den Bereichen der Bauten und Anlagen, der öffentlichen Verkehrswege und Verkehrsanlagen sowie im Bereich des öffentlichen Verkehrs vorgesehen. Der Bericht und Antrag wurde Anfang des Jahres 2006 zuhanden des Landtags verabschiedet.

Koordination der Sozialleistungen

Im Berichtsjahr wurden die erforderlichen Grundlagen für die Koordination der Leistungen im Sozialbereich erarbeitet. In diesem Zusammenhang wird das schweizerische Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG), unter Beizug eines externen Experten, auf die Frage hin überprüft, welche Bestimmungen im liechtensteinischen Recht zu übernehmen sind.

Alterspolitik

Im Bereich der Alterspolitik wurde aufgrund der Vorarbeiten einer Arbeitsgruppe im Berichtsjahr beschlossen, einen Expertenbericht erstellen zu lassen, welcher die Grundlage für ein ganzheitliches Zukunftskonzept der Alterspolitik darstellen soll.

Des Weiteren war das Ressort Soziales bei der Reorganisation der Stiftung Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (LAK) bzw. der Kontakt- und Beratungsstelle für das Alter (KBA) beteiligt und hat dabei massgeblich bei der Suche nach sozialverträglichen Lösungen mitgewirkt.

Beitritt zur IVSE

Die Regierung hat mit Wirkung 1. Januar 2006 den Beitritt des Landes zur Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) beschlossen. Das Amt für Soziale Dienste übernimmt die Funktion der erforderlichen Verbindungsstelle zwischen dem Bundesamt für Sozialversicherung und den Einrichtungen im Land. Der Beitritt ist insofern von Bedeutung, weil vom Heilpädagogischen Zentrum (HPZ) eine bedeutende Anzahl von Klienten aus dem Kanton St. Gallen betreut werden. Der Beitritt zur IVSE bildet die bis anhin fehlende Grundlage, die Restdefizite für Klienten aus der Schweiz durch die Herkunftskantone abdecken zu lassen.

AMTSSTELLEN

Amt für Soziale Dienste

Amtsleiter: Dr. Marcus Büchel

Mit der Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden sind auch politische Entscheidungen gefällt worden,

die unmittelbar die Sozial- und Alterspolitik betreffen. Zum Teil wurde die Mischfinanzierung beibehalten; organisatorische Umstrukturierungen werden erforderlich. Die Arbeiten am Opferhilfegesetz sind vorangegangen. Die Klientenanzahl im Erwachsenenbereich ist unverändert geblieben, die Anzahl der Klienten mit wirtschaftlicher Hilfe ist nur geringfügig gestiegen.

Einleitung und Übersicht

Die Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden betrafen das Amt für Soziale Dienste sowohl im Kinder- und Jugendbereich als auch im Erwachsenenbereich. Im Kinder- und Jugendbereich wurde die Aufgabenentflechtung wie von der Regierung vorgeschlagen vom Landtag beschlossen. Im Erwachsenenbereich wurden die privaten Sozialhilfeträger plangemäss in den alleinigen Verantwortungs- und Finanzierungsbereich des Landes übertragen. Ab 1.1.2006 obliegen die Organisationen, die über Art. 24 Sozialhilfegesetz (SHG) finanziert werden, nicht mehr dem Lastenausgleich. Die stationäre Alterspflege hingegen wird auch in Hinkunft von Land und Gemeinden gemeinsam getragen und über Art. 27 SHG finanziert. Demnach sind die Alters- und Pflegeheime, die Stiftung Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe sowie das Alterspflegeheim Schlossgarten, weiterhin im Lastenausgleich.

Mit der Aufgabenentflechtung wurde auch die ambulante Altershilfe neu geregelt. Die Finanzierung ambulanter Hilfen obliegt in Hinkunft alleine dem Land. Davon ausgenommen sind die Familienhilfen, die weiterhin zu je 30% von Land und Gemeinden finanziert werden. Der Aufgabenentflechtung folgend beabsichtigte die Regierung, die ambulante Altershilfe von der stationären Versorgung zu trennen. Die Herauslösung und Neuorganisation der Kontakt- und Beratungsstelle, einem Dienstleister der ambulanten Altershilfe, aus der LAK konnte nicht vollzogen werden. Dienstleistungen der ambulanten Altershilfe, etwa Alterssozialarbeit, Gerontopsychologie und -psychiatrie, sind im Hinblick auf Bedarfsausmass und Trägerschaft zu klären.

Entgegen den ursprünglichen Vorstellungen verbleibt auch die Wirtschaftliche Sozialhilfe im Lastenausgleich. Allerdings kam es hier zu einer für das Amt wichtigen Änderung, als dass dieses nunmehr auch formal für die Durchführung der Wirtschaftlichen Sozialhilfe zuständig ist; bisher waren es die Fürsorgekommissionen der Gemeinden. Auf der einen Seite wurde dem Amt die Durchführungskompetenz übertragen und andererseits unterliegt die Zuerkennung von Wirtschaftlicher Sozialhilfe durch das Amt der Zustimmung durch die Fürsorgekommission.

Im Auftrag der Regierung hat das Amt nach erfolgter Vernehmlassung zum Opferhilfegesetz ein Umsetzungskonzept für die geplante Opferhilfestelle formuliert.

Im Zuge der Regierungsbildung wurde die Suchtprävention neu dem Ressort Gesundheit unterstellt, was organisatorisch die Kommission für Suchtfragen betrifft.

Die psychosoziale Versorgung, die Fallarbeit, die Vertragsorganisationen im Suchtbereich (Kliniken, Verein NetzWerk), verbleiben im Ressort Soziales.

Die Finanzierung der Sozialeinrichtungen beansprucht auch zusehends mehr Ressourcen. Mit dem Beitritt des Landes zur Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen übernimmt das Amt die Funktion der erforderlichen Verbindungsstelle zwischen dem Bundesamt für Sozialversicherung und den Einrichtungen im Land. Der Beitritt wurde erforderlich, um die Restdefizite für Klienten aus der Schweiz durch die Herkunftskantone abdecken zu lassen. Insbesondere betrifft dies die Heilpädagogische Tagesstätte, in welcher eine bedeutende Zahl von Klienten aus dem Kanton St. Gallen betreut werden.

Organisation

Im Rahmen des internen Qualitätsmanagements wurden sämtliche Finanzprozesse, insgesamt 45, analysiert und dokumentiert, und wo nötig einer Verbesserung zugeführt. Durch das vom Amt durchzuführende sogenannte «vereinfachte Verfahren der Selbstbewertung» nach TQMI wurden drei Projekte ausgearbeitet. Ein Projekt bezieht sich auf die Eingliederung junger Klienten, die beiden anderen auf interne Prozesse.

Angesichts der gegebenen Aufgaben des Amtes ist die Gewährleistung von Sicherheit für die Mitarbeiter ein begleitendes Thema. Aus der Arbeit resultierende Gefährdungen sind Gegenstand von Fallbesprechungen, interner Weiterbildung und Gespräche mit Experten.

Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit

Eine breite Berichterstattung über Themen und Aktivitäten des Amtes findet sich in den Medien: Rauchverbot, Aufgaben der Suchtbeauftragten, Jugendschutz Forum, Kinderrechtskonvention «zualosa», Muslime in Liechtenstein, Mindestlöhne, Sozialhilfebetrug, Jugendprojektwettbewerb, Erziehungsfragen, Toleranz und Rassismus, Jugendministerkonferenz, Stationäre Alterspflege, Wohnen im Alter, Kinder- und Jugendgesetz, Suchtmittelkonsum Jugendlicher, Wie sieht Jugendgewalt aus?, Mittagstische und Lernbegleitung, Sexueller Missbrauch, Spenden. Im Rahmen ihrer Vortragstätigkeit haben Mitarbeiter des Amtes aktuelle Themen (Migration, Suchtprävention, Gewalt, Jugendkultur, Stress) aufgegriffen.

Im Internetportal der Landesverwaltung «e-government» wurde der Internetauftritt des Amtes für Soziale Dienste benutzerorientiert gestaltet. Damit stehen dem Amt und insbesondere den Benutzern schnelle Wege der Informationsvermittlung zur Verfügung. Die tägliche Inanspruchnahme dieser Dienstleistung mit durchschnittlich 30 Besuchern zeigt das hohe Interesse an diesem Informationsmedium. Das Liechtensteinische Soziallexikon (solex) geht diesen Weg schon seit Jahren mit Erfolg. Das Solex ist ein Nachschlagewerk, das neu auch im «e-government» integriert ist. Die Inanspruchnahme liegt bei durchschnittlich etwa 50 Besuchern pro Tag.

Klientenstruktur und Umfang der psychosozialen Hilfen

Klientenstatistik

Die folgende Tabelle beinhaltet Angaben über Alter, Geschlecht, Zivilstand und Nationalität der Klienten des Amtes für Soziale Dienste:

Klientenstatistik Amt für Soziale Dienste gesamt (Kinder- und Jugend- sowie Erwachsenenbereich)			
	2004	2005	Veränderung
Gesamtzahl der Klienten ¹	1 294	1 390	7%
Geschlecht			
Männlich	51%	53%	+2%
Weiblich	49%	47%	-2%

¹ Es ist zu beachten, dass einzelne Klienten von mehreren Diensten betreut werden. Die Summe der Klienten aller Dienste (1 501) ist deswegen grösser als die Gesamtklientenzahl.

Zivilstand (nur Personen ab 18 Jahren)

Ledig	34%	36%
Verheiratet	34%	33%
Geschieden/getrennt	29%	31%
Verwitwet	3%	0.3%

Altersstruktur

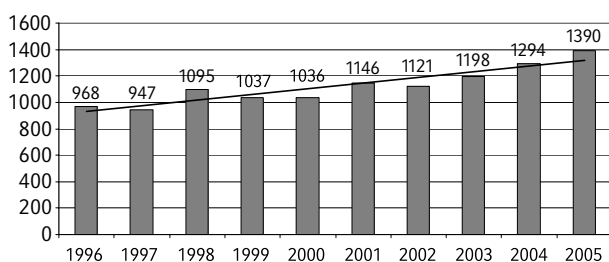
Kinder und Jugendliche bis und mit 20 J.	30%	31%
Erwachsene	70%	69%

Klienten nach Staatsbürgerschaft

FL	51%	53%
EU	20%	19%
CH	10%	9%
Andere	19%	19%

Der Anstieg der Klientenzahl ist auf die grössere Fallanzahl im Bereich Jugendschutz zurückzuführen (vgl. Bericht über den Kinder- und Jugenddienst im Ressort Familie und Chancengleichheit). Die Klientenzahl im Sozialen und Therapeutischen Dienst des Amtes ist in der Summe unverändert. Die mittlere Zunahme der Klientenzahl der letzten 10 Jahre beläuft sich auf 3%.

Verlauf der Klientenzahl in den letzten 10 Jahren



Bei den Herkunftsländern gab es eine geringfügige Verschiebung in der Klientenzusammensetzung. Der relative Anteil der Liechtensteiner hat sich um 2% erhöht, derjenige der Klienten mit EU- oder Schweizerischer Staatsbürgerschaft um jeweils 1% reduziert.

Problemstruktur der Klienten

Das häufigste Problem, das sich in der Fallarbeit stellt, sind nach wie vor sozio-ökonomische Probleme (764 Nennungen). 506 Klienten (Haushalte) beziehen wirtschaftliche Sozialhilfe. Im Vergleich zum letzten Jahr zeigt sich, dass die sozio-ökonomischen Problemstellungen weniger häufig Gegenstand in den Beratungen waren (Abnahme von 835 auf 764), die Bedürftigkeit hingegen leicht zugenommen hat (von 494 auf 506 Bezüger Wirtschaftlicher Sozialhilfe). Neben der eigentlichen wirtschaftlichen Unterstützung haben viele Klienten zusätzliche sozio-ökonomische Probleme wie Verschuldung und andere finanzielle Schwierigkeiten, Probleme bei der Wohnungsbeschaffung, finanzielle Probleme im Zusammenhang mit einer Ausbildung, woraus sich die hohe Zahl erklärt. Auf die Wirtschaftliche Hilfe wird genauer im Abschnitt Sozialer Dienst eingegangen.

Behördliche Dienstleistungen wurden 428 erbracht. (Der starke Anstieg ist auf vermehrte Fälle von Jugendschutzübertretungen zurückzuführen. Details siehe im Ressort Familie und Chancengleichheit). Gegenüber dem Vorjahr befanden sich erheblich mehr erwachsene Klienten wegen psychischer Probleme in Behandlung (363 gegenüber 298). Im Folgenden die summarische Darstellung der Probleme sämtlicher Klienten des Amtes (Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche²):

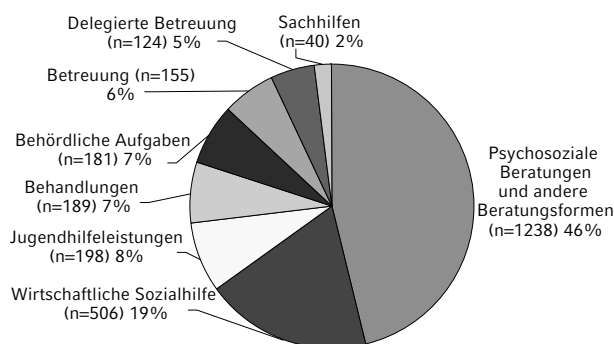
Problemstruktur der Klienten (ICD-10)	Nennungen 2004	Nennungen 2005
Wirtschaftliche Probleme Erwachsener	835	764
Faktoren, die zur Beanspruchung einer behördlichen Dienstleistung führen	303	428
Psychische Störungen	298	363
Probleme in der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen	290	266
Finanzielle Probleme Jugendhilfe (JH)	176	198
Soziale Umgebung	66	59
Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme von Dienstleistungen führen	55	59
Psychosoziale Umstände	46	35
Untersuchungen	21	14
Sonstige Beratung	1	4
Summe	2 098	2 112

² Ausführlich zum Kinder- und Jugendbereich siehe Bericht des Kinder- und Jugenddienstes im Ressort Familie und Chancengleichheit.

Hilfen nach Unterstützungsart

Den Problemen der Klienten stehen die Hilfen, die nach Art der Unterstützung aufgelistet sind, gegenüber. Die Hilfen werden nach der individuellen Problemlage erbracht und somit kann es auch erforderlich sein, bei einem Klienten gleichzeitig mehrere Hilfen zu erbringen. Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick, welche Unterstützung wie oft geleistet wurde.

Unterstützungsarten



BERATUNGEN 1238/46% (1114): Einmalige/sporadische Beratungen 638 (510); Regelmässige Beratungen 439 (411); Vermittlung oder Abgabe von Informationen an Dritte 94 (84); Überweisung und Vermittlung von anderen Hilfen (z.B. Rechtsberatung, Outsourcing) 67 (92); administrative Fallführung 21 (17).

WIRTSCHAFTLICHE HILFE (Art. 8 SHG) 506/19% (494): Einmalige finanzielle Unterstützung 30 (32); kurzfristige oder sporadische finanzielle Unterstützung (< als 6 Monate) 190 (160); regelmässige finanzielle Unterstützung (>als 6 Monate) 286 (302).

JUGENDHILFE-LEISTUNGEN 198/8% (176): Ausserhäusliche Tagesbetreuung a) Kindertagesstätte 50 (39); b) Eltern-Kind-Forum 9 (6); c) Private Tagesmutter 24 (29); Familienbegleitung a) Sozialpädagogische Familienbegleitung 55 (44); b) Begleitetes Besuchsrecht 7 (8); Pflegeverhältnisse 12 (11); Sonderhilfen 16 (11); Stationäre Einrichtung im Inland a) JWG 20 (15); b) TWG 5 (4); Stationäre Einrichtung im Ausland a) Wohnheim 2 (4); b) Psychiatrie, Suchtklinik 1 (2); c) Schulheim, Internat 4 (3).

BEHANDLUNGEN 189/7% (163): Psychotherapie, psychiatrische Behandlung und psychologische Beratung

BEHÖRDLICHE AUFGABEN 181/7% (228): Einleitung von behördlichen oder gerichtlichen Massnahmen 16 (23); Gutachterliche Tätigkeit 14 (26); Abklärung / Stellungnahme 56 (76); andere behördliche Aufgaben (z.B. Vaterschaftsanerkennung, Alimentendurchlauf) 77 (82); Amtshilfe für andere Behörden 18 (21)

BETREUUNGEN 155/6% (175): Führen von Vormundschaften/Beistandschaften 40 (43); Rentenverwaltung 35 (31); Überwachung von Regimes (z.B. Antabuseinnahmen, Bewährungshilfe etc) 12 (9); Casemanagement 68 (92)

DELEGIERTE BETREUUNGEN 124/5% (146): Sozialpädagogische Familienbegleitung 54 (58); andere Einrichtungen 9 (14); JWG 16 (18); weitere Einrichtungen für Kinder und Jugendliche 4 (9); Pflegefamilien 9 (16); Mobiles Sozialpsychiatrisches Team 14 (14); Therapeutische Wohngemeinschaft 8 (14); Therapieeinrichtungen für Suchtbehandlung 3 (1); Psychiatrische Kliniken 7 (2).

SACHHILFEN 40/2% (57): Darlehen und Spenden 6 (20); Hilfestellung beim Regulieren von Schulden (Schulden-

sanierung) 22 (25); Wohnungssuche/ -vermittlung 7 (5); Vermittlung anderer wirtsch. Hilfsquellen (Sozialversicherungsleistungen) 5 (7)

Erwachsenenbereich³

Allgemeine Soziale Angelegenheiten

Internationales

Besuch der OSZE Sonderbeauftragten für den Kampf gegen Menschenhandel

Die Sonderbeauftragte traf während ihres Besuchs auch mit der Beamtenschaft zusammen. Es wurden dabei die Agenden des Amtes wie Menschenhandel und Opferhilfe, bettelnde Kinder resp. unbegleitete Jugendliche und sexueller Missbrauch erörtert.

Seniorenplattform Bodensee Delegiertenversammlung LGT Bndern

Auf Einladung des Seniorenbundes nahm der Amtsvorstand an der Delegiertenversammlung der Seniorenplattform Bodensee teil. Es zeigte sich, dass in der Plattform intensive Kontakte zwischen den Verbänden rund um den Bodensee bestehen. Über das Interregprogramm der EU wurden auch gemeinsame Projekte und Internetauftritte organisiert. Die Plattform ist im Jahre 1999 anlässlich des Internationalen Jahres der älteren Menschen auf Initiative des liechtensteinischen Seniorenbundes ins Leben gerufen worden.

Arbeitsgespräch mit Sozialamtsvorsteher aus den Kantonen Ob – und Nidwalden

Der Besuch aus der Innerschweiz diente dazu, das liechtensteinische Sozialwesen vorzustellen. Es wurden erhebliche Übereinstimmungen im Sozialbereich festgestellt, die auf strukturelle Ähnlichkeiten im Hinblick auf Einwohner- und Gemeindezahl zurückzuführen sind.

Ausgewählte Themen

Integration

Die von der Regierung eingesetzte Kommission für Chancengleichheit, mit der Stabstelle für Chancengleichheit zur Seite, hat Integration zum ersten Schwerpunkt gesetzt. Von ihr aus sollen für die nächsten Jahre Impulse für die Verbesserung der Integration ausländischer Mitbewohner ausgehen. Einen speziellen Auftrag in diesem Bereich hat die Arbeitsgruppe der Regierung zur Integration von Muslimen in Liechtenstein. In beiden Gremien wird das Amt durch den Amtsleiter vertreten.

Die zwei mit einem Förderpreis des Wettbewerbs «Vielfalt 2002 – Interkulturelle Begegnungen» prämierten Projekte, «Interkulturelle Bibliothek» und «Inter-

³ Kinder- und Jugendbereich siehe Ressort Familie und Gleichberechtigung: Kinder und Jugenddienst / Amt für Soziale Dienste.

Chöre FL», gelangten im Berichtsjahr mit der Abgabe ihrer Projektberichte zum Abschluss. Im Rahmen eines Konzertes der «Inter-Chöre FL» präsentierten Vertreter des Projekts «Interkulturelle Bibliothek» nach zweijähriger Arbeit ihre Studie mit der Bestandsaufnahme der vorhandenen fremdsprachigen Literatur in Liechtensteins Bibliotheken der Öffentlichkeit. Mit dem Aufbau einer interkulturellen Bibliothek in Form eines Verzeichnisses sollen fremdsprachige Personen, insbesondere ausländische Kinder, neben dem Erlernen der deutschen Sprache und der liechtensteinischen Kultur auch Bücher in ihrer Muttersprache besser nutzen. Die «Inter-Chöre FL» und das Projekt «Interkulturelle Bibliothek» haben einen wichtigen Beitrag um die Bemühungen der Integration und für das positive Zusammenleben von In- und Ausländern in Liechtenstein geleistet und nachhaltige Akzente gesetzt, was der Intention des Wettbewerbs entspricht.

Der Koordinierungsausschuss für Altersfragen hat als Herausgeber der Zeitung 60 Plus die Themen und die Ausrichtung für das Jahr 2005 gemeinsam mit dem Redaktionsteam besprochen. Dank erheblicher privater Spendenmittel und freiwilliger Abo-Beiträge konnten – wie geplant – vier Ausgaben produziert werden. Der Tag der älteren Menschen wurde vom Amt gemeinsam mit dem Seniorenbund organisiert und war dem Thema altersgerechtes Wohnen gewidmet. Modelle wie altersgerechtes Wohnen in Zukunft ausschauen könnte, wurden in Referaten und mittels Wohnbauprojekten vorgestellt.

Weiters befasste sich das Gremium mit dem Beitrag von und für Senioren anlässlich des Jubiläumsjahrs 200 Jahre Souveränität sowie mit der Neuorganisation der ambulanten Altershilfe, speziell mit der Umstrukturierung bei der Kontakt- und Beratungsstelle Alter (KBA).

Künftige Alterspolitik

Die Regierung hat beschlossen, einen Expertenbericht erstellen zu lassen. Dieser soll eine Grundlage darstellen, für ein ganzheitliches Zukunftskonzept der Alterspolitik. Mit der fachlichen und administrativen Begleitung des Auftrags wurde das Amt betraut.

Koordinationsgruppe Wohnen

Die Koordinationsgruppe Wohnen befasste sich mit dem Beitrag der betreuenden Einrichtungen (Heilpädagogisches Zentrum, Verein für Betreutes Wohnen, Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe) zur Verbesserung der Situation von jungen Menschen und Langzeitarbeitslosen. Die **Kommission für Suchtfragen** wurde neu dem Ressort Gesundheit zugeordnet. Eine epidemiologische Studie über die Verbreitung von Alkohol-, Drogen- und Tabakkonsums unter jungen Menschen zwischen 12 und 19-jährigen wurde vom Amt gemeinsam mit dem Institut für Suchtforschung der Universität Innsbruck mit Sitz am Krankenhaus Maria Ebene in Frastanz durchgeführt, die Erhebungen wurden abgeschlossen. Eine Dreijahreskampagne mit dem Horizont von drei Jahren soll ab 2006

der Prävention gewidmet sein und Abhängigkeiten von legalen psychotropen Suchtmitteln vorbeugen.

Arbeitsgruppe im Bereich Mindestlöhne - Working Poor

Die Arbeitsgruppe hatte den Auftrag zum Postulat des Landtags betreffend eines Code of Conduct, der Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen und Massnahmen zur Verbesserung der Situation der Working Pools, eine Stellungnahme zu Handen der Regierung abzugeben. Im Berichtsjahr wurden vom Amt 37 (Vorjahr 35) Familien unterstützt, die als «working poor» gelten.

Psychosoziale Versorgung

Die gemäss Art. 24 SHG anerkannten Sozialhilfeträger werden ab 2006 ausschliesslich vom Land finanziert werden. Im Auftrag der Regierung hat das Amt die Budgetkontrolle und die Ausarbeitung von Leistungsverträgen sowie die Koordination der privaten und öffentlichen Sozialhilfeträger vorzunehmen.

Um eine längerfristige Steuerung der Soziallandschaft zu gewährleisten, ist der Abschluss von Leistungsverträgen im Sozialbereich von grosser Bedeutung. Verhandlungen bezüglich einer Verlängerung oder einer Adaptierung des bestehenden Leistungsvertrages erfolgten mit dem Frauenhaus, der Infra, der Bewährungshilfe und mit dem Arbeitsprojekt Brandis. Mit der Gemeinde Balzers wurde betreffend dem Alters- und Pflegeheim Schlossgarten Balzers ein Leistungsvertrag abgeschlossen. Weiters wurde mit der Stiftung für Krisenintervention ein Leistungsvertrag abgeschlossen.

Bei der Stiftung Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe (LAK) wurde auch 2005 der Weg der Modernisierung und Optimierung der Infrastruktur fortgesetzt. Der Neubau des Heimes St. Laurentius, Schaan konnte 2005 bezogen werden. Für die Küche der LAK wurde ein eigener Standort in Schaan realisiert. Aktuell befindet sich das Heim in Vaduz im Umbau.

Das Amt ist gemäss Bewährungshilfegesetz Aufsichtsorgan über die Bewährungshilfe. Träger ist ein Verein. Im Berichtsjahr wurden 23 Klienten, davon drei unter 18 Jahren, resp. neun unter 25 Jahren, betreut. Die Bewährungshilfe hat sich in den wenigen Jahren seit 2003 bereits als nicht mehr wegzudenkende Einrichtung entwickelt. Die Zusammenarbeit ist sehr befriedigend und unkompliziert.

Die untenstehende Übersicht zeigt die geförderten Institutionen sowie den Stand der Leistungsverträge:

Förderung nach Art.24 SHG (Sozialhilfegesetz)	Leistungsvertrag (LV)
Therapeutische Wohngemeinschaft Mauren	LV ausstehend
Mobiles Sozialpsychiatrisches Team	LV bestehend
Arbeitsprojekt Brandis	LV bestehend, in Überarbeitung
INFRA Informations- und Kontaktstelle für Frauen	LV bestehend, in Überarbeitung
Frauenhaus	LV bestehend, in Überarbeitung
Alters- und Pflegeheim Balzers	LV bestehend
Stiftung für Krisenintervention	LV bestehend
Netzwerk - Verein für Gesundheitsförderung	LV bestehend
Bewährungshilfe	LV bestehend
Liechtenst. Behindertenverband	LV in Ausarbeitung

Behindertengleichstellungsgesetz

Das Behindertengleichstellungsgesetz, das in die Vernehmlassung geschickt wurde, ist eine wichtige Etappe für eine öffentlich breiter getragene Unterstützung für Personen mit Behinderungen. Mit dem Gesetz werden notwendige Definitionen zur Diskriminierung getroffen sowie positive Massnahmen zur Herbeiführung der gleichberechtigten und chancengleichen Teilhabe gesetzt. Es werden auch konkrete Massnahmen zur Barrierefreiheit getroffen.

Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen in Liechtenstein

Im Arbeitskreis sind derzeit 26 Selbsthilfegruppen organisiert. Die Kontaktstelle ist die zentrale Anlaufstelle für Gruppen wie für einzelne Hilfesuchende. Im Vordergrund der Kontaktstelle steht die Beratung und Vermittlung von Hilfesuchenden an die entsprechende Selbsthilfegruppe und bietet Unterstützung und Begleitung bei Gruppengründungen an. Die Kontaktstelle wird gemäss Art. 25 SHG finanziell gefördert.

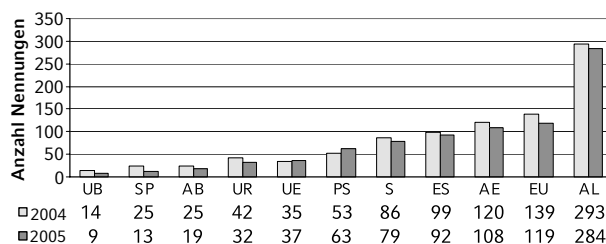
Sozialer Dienst

Fallarbeit und Klientenstatistik

Anzahl der Klienten	2004: 695	2005: 664
---------------------	-----------	-----------

Die Gesamtanzahl der Klienten im Sozialen Dienst verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 5% auf 664 Haushalte, wobei die Anzahl der Bezüger der wirtschaftlichen Sozialhilfe leicht zugenommen hat. Anlass für die Beratung und die wirtschaftliche Hilfe waren Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und Problemstellungen, die aus der Ein-Eltern-Situation erwachsen. Wie schon im Vorjahr waren dies in der Reihenfolge der Nennung die Hauptanlassgründe für das Aufsuchen des Sozialen Dienstes. Gegenstand der Beratungen der Sozialarbeiter waren 855 Problemstellungen, die sich wie folgt aufgliedern.

Problemstruktur 2004/2005 (Sozialer Dienst)



AL Arbeitslosigkeit / AE Alleinerziehender Elternteil / EU Erwerbsunfähigkeit / ES Sonstige Gründe für Einkommensschwäche / ÜS Überschuldung / PS Psychische Störungen (ohne Abhängigkeit) / UE Ungenügendes Einkommen / SP Spezielle soziale Probleme, Anpassungsprobleme / AB Psych. Störungen durch Alkohol oder psychotrope Substanzen / UR Ungenügende Rente / UB Nicht einbringbare Unterhaltsbeiträge

(AL) Das häufigste Problem stellte mit 284 Nennungen die Arbeitslosigkeit dar. Der nach wie vor hohe Anteil in dieser Problemkategorie ist auf die Arbeitsmarktsituation im Land zurückzuführen. Diese Situation wirkte sich auch auf die wirtschaftliche Sozialhilfe aus. Kurzfristige Überbrückungen erhielten Stellenlose, die bei der Arbeitslosenversicherung eine Wartefrist bis zum Anspruchsbeginn (Taggeld) hatten. Viele Stellenlose hatten Schwierigkeiten, auf dem Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden und waren deshalb nach der Aussteuerung bei der Arbeitslosenversicherung auf Sozialhilfe angewiesen. Teilweise gelang die Eingliederung in den Arbeitsmarkt nach kürzerer Unterstützungsdauer.

(EU) Bei 119 Klienten lag eine Erwerbsunfähigkeit vor, wobei aufgrund einer vorübergehenden krankheits- oder unfallbedingten Erwerbsunfähigkeit wirtschaftliche Hilfe geleistet werden musste. Ein Teil der Klienten war seit längerem erwerbsunfähig und bei der Invalidenversicherung war ein Rentenanspruch in Überprüfung.

(AE) Die Alleinerziehenden (n=108) bildeten die drittgrösste Gruppe. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich ein geringfügiger Rückgang bei dieser Klientengruppe.

(ES) Die Sonstigen Gründe stellen eine Sammelkategorie folgender Problemstellungen dar: Ungedeckte stationäre Aufenthaltskosten (20); Wohnungsprobleme (10); Ausbildung (5); Probleme in Verbindung mit Berufstätigkeit/Arbeitslosigkeit (2); Verwahrlosung/Sozialisationsdefizit (4); Sonstige Gründe (51).

(ÜS) Bei 79 Klienten lag eine Verschuldung vor. Das Amt bietet in solchen Situationen als Hilfestellung Budget- und Schuldenberatungen an.

(UE) 37 Klienten benötigten wirtschaftliche Hilfe aufgrund der Tatsache, dass das Erwerbseinkommen den Existenzbedarf nicht deckte. Diese Haushalte werden gemäss Definition den «working poors» zugerechnet. Als «working poors» gelten Personen, die trotz einer vollen Erwerbstätigkeit den Existenzbedarf für sich und/oder ihre Familienangehörigen nicht decken können.

(UR) Rentner und Rentnerinnen benötigten meist nur in jenen Fällen wirtschaftliche Hilfe, bei denen kein bzw. noch kein Anspruch auf Ergänzungsleistungen besteht. 32 Rentner waren auf Sozialhilfe angewiesen.

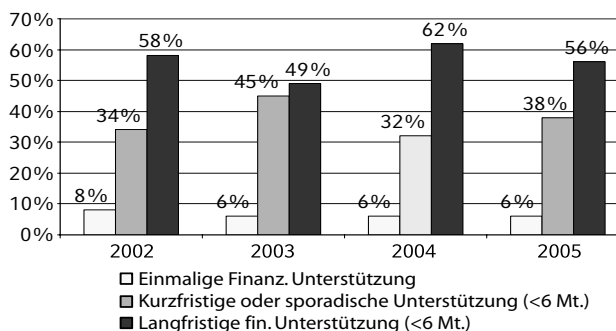
Die folgende Tabelle gibt darüber Auskunft, welche Unterstützungen die Klienten erhalten haben:

Hilfen des Sozialen Dienstes nach Unterstützungsarten	2004 Anzahl Klienten	2005 Anzahl Klienten
Psychosoziale Beratung und andere Beratungsformen	589	560
Wirtschaftliche Sozialhilfe	494	506
Sachhilfen (Spenden, Schuldensanierung, Wohnungssuche, Vermittlung von Sozialversicherungsleistungen)	55	39
Rentenverwaltung	30	35
Vormundschaften/ Beistandschaften, Casemanagement, Massnahmenbegleitung	32	30
Delegierte Betreuungen (Therapieeinrichtungen, Pflegerische Einrichtungen)	11	13
Behördliche Aufgaben (Abklärungen und Stellungnahmen, Amtshilfe, Einleitung gerichtlicher Massnahmen, u.a.)	14	9

Grundsätzlich erhalten sämtliche Klienten eine Beratung. Es gibt lediglich eine geringe Anzahl von Klienten, die lediglich administrativ geführt werden (z.B. Liechtensteiner im Ausland, Übernahme von Krankenkassenprämienrückständen). Unter «psychosoziale Beratungen» sind sowohl einmalige/sporadische als auch die regelmässigen und aufwendigeren Beratungen aufgeführt.

Die Zahl der Bezüger wirtschaftlicher Sozialhilfe hat von 494 um 12 Haushalte auf 506 Haushaltungen zugenommen. Obwohl sich die Gesamtzahl der Klienten dieses Dienstes gegenüber dem Vorjahr auf 664 leicht verringert hat, hat sich die Anzahl der Bezüger wirtschaftlicher Sozialhilfe gegenüber dem Vorjahr um 2,4% erhöht.

Wirtschaftliche Sozialhilfe nach Unterstützungsdauer (2002-2005)



Die prozentuelle Betrachtungsweise gibt Aufschluss über die Umschichtung der Klienten von einem Jahr auf das nächstfolgende. Die Tabelle schlüsselt die Klienten nach Bezugsdauer der wirtschaftlichen Sozialhilfe auf. Nur

noch 56% gegenüber 62% im Vorjahr waren langfristig auf Sozialhilfe angewiesen. Dementsprechend nahm die Anzahl jener Klienten zu, die nur kurzfristig auf finanzielle Unterstützung angewiesen waren. Aus der Sicht des Wiedereingliederungsauftrages des Amtes ist dies eine positiv zu wertende Tatsache. Die Prozentzahl jener Klienten, die nur einmalige finanzielle Unterstützung benötigen, ist seit Jahren in etwa konstant.

Fürsorgekommissionen

Die Anträge auf wirtschaftliche Sozialhilfe wurden vom Amt bei der zuständigen Fürsorgekommission der Wohnsitzgemeinde gestellt. Die Fürsorgekommissionen behandelten 926 Traktanden (2004: 875), wobei 824 (777) Beschlüsse betreffend wirtschaftlicher Sozialhilfe gefasst wurden.

Qualitätszirkel Wirtschaftliche Hilfe

Aus der Praxis der wirtschaftlichen Sozialhilfe ergibt sich ständiger Entscheidungsbedarf. Aufgabe des «Qualitätszirkels wirtschaftliche Sozialhilfe» ist es, Regelungen zu erarbeiten, Grundsatzentscheidungen zu treffen, um Rechtsgleichheit herzustellen und Fehlentwicklungen zu vermeiden. Das Regelsystem findet Eingang in ein «Handbuch Wirtschaftliche Sozialhilfe».

Ausgewählte Themen

Arbeitsprojekt der öffentlichen Hand

Das Arbeitsprojekt der öffentlichen Hand beruht auf einer Vereinbarung zwischen Land und Gemeinden. Ziel dieses Projektes ist es, stellenlose, arbeitsfähige Sozialhilfebezüger, befristet bis maximal sechs Monate, bei den Gemeinden oder der Landesverwaltung zu beschäftigen. Es wird in dieser Zeit ein normales arbeitsrechtliches Dienstverhältnis errichtet. Neben der Erzielung eines Erwerbseinkommens sollen die beruflichen und sozialen Kompetenzen trainiert werden. Die Chancen für den Erhalt einer Stelle auf dem freien Arbeitsmarkt erhöhen sich nach dieser zeitlich befristeten Anstellung. Das Amt fungiert als Koordinations- und Vermittlungsstelle. An 7 Personen konnte eine Arbeit mit einer Beschäftigungsdauer von durchschnittlich 3 Monaten vermittelt werden.

Weitere Arbeitsprojekte

Im Arbeitsprojekt Brandis wurden 17 Personen während durchschnittlich 4 Monaten beschäftigt. Im Heilpädagogischen Zentrum (HPZ)/Zentrum für berufspraktische Arbeit waren 3 stellenlose Personen während 6 Monaten eingesetzt. Mit dem HPZ wurde im Berichtsjahr eine Vereinbarung getroffen, dass dort schwer vermittelbare Stellenlose eingesetzt werden können.

In den Beschäftigungsprogrammen der Arbeitslosenversicherung – für welche dem Amt seit dem Berichtsjahr ein eigenes Budget zur Verfügung steht – konnten 14 Personen während drei Monaten eingesetzt werden. Die folgende Tabelle zeigt die Übersicht über die Arbeitsprojekte:

**Arbeitsprojekt der Öffentlichen Hand
(Land und Gemeinden)**

- Gemeinde Schaan/Vaduz	1 Person	6 Monate
- Gemeinde Vaduz	1 Person	2 Monate
- Gemeinde Triesen	4 Personen	6 Monate
- Tiefbauamt, Landesverwaltung	1 Person	8 Monate

Arbeitsprojekte der Arbeitslosenvermittlung (AVW)

- Beschäftigungsprogramme		
- Horetex/Buchs	8 Personen	3 Monate
- Impuls/Bad Ragaz	4 Personen	3 Monate
- Gonzen/Bad Ragaz	2 Personen	3 Monate

Arbeitsprojekte privater Sozialhilfeträger

- Arbeitsprojekt Brandis (VBW)	17 Personen	4 Monate
- Heilpädagogisches Zentrum	3 Personen	6 Monate

Insgesamt wurden 42 Personen eingesetzt

Schuldenberatung und Schuldenprävention

Im Fachbereich Schuldenberatung wurden bei 45 (40) verschuldeten Personen Beratungen durchgeführt. Bei 32 Klienten bzw. Haushalten erfolgten eine Schulden- sowie eine Budgetberatung. Die Situationsanalyse ergab bei 25 dieser Klienten, dass aufgrund des geringen Einkommens – dieses lag am Existenzminimum - keine Schulden getilgt werden konnten, stattdessen wurden Stundungsgesuche gestellt. Lohnpfändungen können zum Verlust eines Arbeitsplatzes führen oder den Erhalt eines Arbeitsplatzes gefährden.

In 7 weiteren Fällen kam es zu einer vorzeitigen Auflösung der Schuldenberatung nach Ablauf der Stundung bzw. während der Budgetberatung. In 13 Fällen konnte eine Schuldensanierung durchgeführt werden.

Für die Zielgruppe Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahre wurde ein Schuldenpräventionsprojekt ausgearbeitet. Es konnte bereits mit 18 Schulklassen der Ober- und Realschulen sowie im Gymnasium durchgeführt werden. Die Schuldenprävention wird sämtlichen Schulen Liechtensteins sowie den Berufs- und Gewerbeschulen in der näheren Umgebung angeboten.

Vormundschaftswesen

Per Ende Dezember wurden vom Fachbereich Vormundschaftswesen 36 Mandate für Erwachsene im Alter zwischen 22 und 85 Jahren geführt. Zu den Aufgaben des Beistandes gehören die Verwaltung des Einkommens und Vermögens der Mündel, die Sicherstellung der persönlichen Betreuung und die gesetzliche Vertretung.

Angesichts der steigenden Mandatszahl konnte ein Kreis von derzeit acht Privatpersonen gewonnen werden, die als Freiwillige ein oder zwei Mandate führen und somit zur Entlastung des so genannten Amtsvormundes beitragen. An diese privaten Mandatäre konnten bislang 11 Mandate übertragen werden.

Therapeutischer Dienst

Fallarbeit und Klientenstatistik

Im Berichtsjahr wurden 259 Klienten gegenüber 231 im Vorjahr betreut. Bei diesen wurden folgende Störungen festgestellt:

	2004	2005
Anzahl Klienten	231	259
I. Formen der Störungen	Angaben in absoluten Zahlen (nach ICD-10 / Mehrfachnennungen möglich)	
Anpassungsprobleme	109	122
Störung durch Sucht-Substanzen	36	64
Schizophrene Störungen	39	49
Depressive und manische Störungen	38	47
Persönlichkeitsstörungen	19	22
Störungen bei Intelligenzminderung	17	16
Neurotische Störungen	10	14
Psychische Störungen durch hirnorganische Krankheiten	2	5
Verhaltensstörungen und emotionale Störungen	3	4
Nicht anders klassifizierte Verhaltensauffälligkeiten	1	2
Persönliche Krisen anderer Art	1	1
Massnahmenvollzug		
Probleme innerhalb der Rehabilitation	9	16
Allgemeine Untersuchungen	1	11
Spezielle behördliche Massnahmen	11	3
II. Hilfen		
Therapeutische Behandlungen	144	172
Beratungen	117	161
Betreuungen	30	32
Behördliche Hilfestellungen	23	19

Aus dem Vergleich zum Vorjahr sind folgende Beobachtungen hervorzuheben:

- Die Gesamtzahl der Klienten ist um 10.8 % gestiegen
- Am Erheblichsten ist mit beinahe 80% die Zunahme bei den Störungen durch Sucht-Substanzen. Bei 64 Klienten wurde dieses Problem festgestellt gegenüber 36 im Vorjahr.
- Bei 49 Klienten sind schizophrene Störungen diagnostiziert worden gegenüber 39 im Vorjahr (+25%).
- 172 Klienten nahmen eine therapeutische Behandlung in Anspruch; davon wurden 102 Klienten auch medikamentös behandelt; 41 Klienten befanden sich in einer Einzeltherapie.
- Es wurden um 5% mehr Beratungen als im Vorjahr durchgeführt; bei 75 Klienten blieb es bei einer einmaligen Beratung.

Sozialpsychiatrische Grundversorgung

Der Therapeutische Dienst erbringt sozialpsychiatrische Leistungen mit andern psychosozialen Versorgern. Zur Gewährleistung der sozialpsychiatrischen Grundversorgung im ambulanten und (halb-) stationären Bereich

sind das Mobile Sozialpsychiatrische Team (MST) und die Therapeutische Wohngemeinschaft (TWG) die wichtigsten Partner.

Insgesamt wurden im Berichtsjahr sechs Klienten der TWG zur stationären Behandlung zugewiesen. Der Dienst betreute 11 Klienten der Wohngemeinschaft, wovon sich acht in stationärer Therapie, eine Person in der Tagesstruktur und zwei im Krisenzimmer befanden. Allgemein zeigt sich eine Tendenz in der therapeutischen Arbeit hin zur Häufung komplexer psychischer Erkrankungen und multipler Diagnosen. Diese komplexeren Störungen erfordern häufig ein kombiniertes Angebot von Psychotherapie und Soziotherapie, wie es die TWG bietet.

Mobiles Sozialpsychiatrisches Team (MST)

Die folgende Tabelle zeigt die Zuweiser an das MST:

Zuweiser	Betreute Klienten 2004	Betreute Klienten 2005	Neuaufnahmen 2004	Neuaufnahmen 2005
TD	26	25	6	9
Landesphysikus	3	3	3	3
Niedergelassene Psychiater	34	34	14	13
Niedergelassene Hausärzte	19	17	10	8
Psychologen	4	4	2	1
Klinik St. Pirminsberg	19	8	7	1
LKH-Rankweil	4	6	1	2
Landesspital Vaduz	26	17	8	2
KJD	0	0	0	0
IV	2	2	0	0
Total	138	116	51	39

Gesamtzahl der Betreuungsstunden: 6267

Der Therapeutische Dienst ist zuständig für die sozialpsychiatrische Nachbetreuung der zwangseingewiesenen Klienten. In der Regel wird in diesen Fällen das MST miteingeschaltet.

Zwangseinweisungen 2005 nach Art. 11f SHG

KLINIK	01	02	03	04	05
St. Pirminsberg	13	15	18	13	12
LKH Valduna	0	1	1	1	2
Burghölzli	0	1	0	0	0
Wil	0	0	0	0	0
Klinik Waldhaus	0	1	2	2	0
Klinik Littenheid/TG	1	1	1	1	4
Spital Grabs	0	0	0	1	0
Total	14	19	22	18	18

Einweisungsart	2001	2002	2003	2004	2005
Gefahr in Verzug	13	18	22	18	18
Gerichtsbeschluss	1	1	0	0	0
Total	14	19	22	18	18

Die Zahl der Einweisungen blieb über die letzten Jahre konstant.

- Die bevorzugte Psychiatrische Klinik für Zwangseinweisungen ist St. Pirminsberg (12 von 18).
- Auffallend ist, dass fünf zwangseingewiesene Personen entweder am selben Tag oder innerhalb der ersten drei Tage ihres Klinikaufenthaltes entlassen wurden.
- Alle Einweisungen erfolgten bei Gefahr in Verzug, d.h. durch einen Notfallarzt (Notfalldienst, Landesphysikus, Hausarzt)
- 11 von 18 Fälle konnten nicht ambulant nachbetreut werden (drei wurden vom therapeutischen Dienst betreut; bei sieben Klienten war das MST in die Nachbetreuung miteinbezogen; drei Personen wurden in Institutionen platziert; eine Person befand sich noch in der Klinik)

Stiftung Maria Ebene: Therapiestation Lukasfeld und Therapiestation Carina

Im Jahre 2005 haben sich insgesamt vier Patienten in der Therapiestation Lukasfeld und ein Patient in der Therapiestation Carina einer stationären Drogentherapie unterzogen. Vier der fünf Patienten haben die regulär geplante Therapie abgeschlossen. Neben der Abhängigkeit war bei diesen Klienten eine erhebliche psychiatrische Begleitsymptomatik festzustellen.

Ausgewählte Themen

Betreuung von Insassen im Gefängnis

Der Therapeutische Dienst bietet im Gefängnis seit einem Jahr vierzehntägig Sprechstunden mit folgenden Schwerpunkten an:

- Beratung und Betreuung bei Problemen, Konflikten und Krisen
- psychologische Hilfestellung in schwierigen Situationen
- Besprechung weiterführender psychosozialer Maßnahmen

Der soziale Betreuungsdienst, der von der Geschäftsstelle für Bewährungshilfe wahrgenommen wird, bemüht sich um eine Vernetzung der Insassenbetreuung unter Berücksichtigung der klientenbezogenen und organisatorischen Aspekte.

Anti-Gewalt-Trainingsprogramm

Auf Anregung der Bewährungshilfe wurde ein Anti-Gewalt-Trainingsprogramm im Amt entwickelt. Es entspricht einem Bedürfnis, Menschen, die durch Gewaltanwendung auffällig geworden sind, therapeutische Hilfen anzubieten. Das Trainingsprogramm dient dem Zweck, das Wiederauftreten von Gewalthandlungen zu verhin-

dern. Dazu müssen zur Gewalt neigende Menschen sozialverträgliche Alternativstrategien erlernen, die sie in frustrierenden Situationen einsetzen können. Die Trainingsmassnahme wird durch zwei Mitarbeiter des Amtes durchgeführt. Aus der Erkenntnis heraus, dass blosser Bestrafung in der Regel weitere Gewaltanwendung nicht verhindern kann, sollten Gewaltanwender in Zukunft vermehrt pädagogisch-therapeutischen Programmen zugeführt werden. Aus diesem Grund wurde das Programm auch beim Landgericht und bei der Staatsanwaltschaft vorgestellt.

Wegweiserecht

Die Landespolizei ordnete in neun Fällen häuslicher Gewalt eine Wegweisung an. In weiteren zehn Fällen erstattete sie Meldung ans Amt wegen Suizidversuch, Gewaltakt oder grober sozialer Auffälligkeit. Mit der Wegweisung alleine ist es in der Regel nicht getan. Die Wegweisung ist zwar eine wirksame Massnahme um eine Gewalthandlung zu unterbrechen und die Situation zu entspannen. Für sich isoliert führt sie aber nicht zur nachhaltigen Verhaltensänderung. Um eine solche zu bewirken, sind therapeutische Massnahmen erforderlich. Bei Gewaltereignissen lädt der Dienst Täter und Opfer zu einem Abklärungsgespräch ein, in welchem geeignete Massnahmen und Hilfen ermittelt werden.

Eine neue Broschüre mit dem Titel «Probleme und Konflikte? – Abtauchen ist keine Lösung» wurde vom Amt herausgegeben. Die Broschüre informiert über die Hilfsangebote des Therapeutischen Dienstes und motiviert dazu, diese in Anspruch zu nehmen, aktiv eine Lösung für ihre Probleme zu suchen. Die Broschüre wird bei Konflikten, in denen Gewalt eine Rolle spielt, von der Polizei an die Betroffenen abgegeben.

Klinisch-psychologische Diagnostik

Der klinisch-psychologischen Diagnostik wurde grosse Aufmerksamkeit geschenkt. Zur Befunderhebung wurden gezielte psychologische Interviewtechniken, Lebenslaufanalysen und standardisierte Testverfahren verwendet. Damit konnten Fragen nach der Leistung, der Persönlichkeit, dem Entwicklungsstand und der Psychopathologie (Alkoholerkrankung, Depressivität) beantwortet werden. Die klinisch-psychologische Diagnostik leistete einen wichtigen Beitrag, um für den Klienten die richtige Behandlungsmethode festlegen zu können.

Therapiegruppe für Alkoholabhängige

«Besser gemeinsam schlau, als einsam blau!», heisst das neue therapeutische Gruppenangebot für Menschen mit problematischem Alkohol- oder Medikamentenkonsum. In den Gruppensitzungen werden gemeinsam neue Wege zur alkoholfreien Problemlösung gesucht.

Aufwand für die Wirtschaftliche Hilfe, Persönliche Hilfe und Förderungsbeiträge an Institutionen nach Art. 24 SHG

Folgende Tabelle zeigt den Aufwand gemäss Sozialhilfegesetz (gemäss Abrechnung):

Ausgaben vor dem Lastenausgleich	2004	2005
Wirtschaftliche Hilfe		
Wirtschaftliche Hilfe im Inland	4 487 762	4 217 368
Liechtensteiner im Ausland	61 486	77 010
Hilfe für ausländische Verunfallte und Kranke	-	400
Arbeitsprojekte der öffentlichen Hand	95 065	92 299
Wegweiserecht	9 616	8 591
Total	4 653 930	4 395 668
Persönliche Hilfe		
Freiwillige Helfer	20 265	24 200
Beratung / Therapie	8 083	6 592
Drogenprophylaxe	29 763	128 963
Selbsthilfegruppen	9 947	9 024
Projekte	111 857	90 203
Total	179 915	258 982
Förderungsbeiträge an Institutionen nach Art. 24 SHG		
	7 167 238	7 139 428
Total Ausgaben gemäss Sozialhilfegesetz	12 001 083	11 794 078

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber:

Regierungsrat Dr. Alois Ospelt bis 21. April 2005

Regierungsrat Hugo Quaderer ab 21. April 2005

Drei Schwerpunkte im Ressort Umwelt, Raum, Land- und Waldwirtschaft bildeten die folgenden Arbeiten:

Durch eine Abänderung des Jagdgesetzes konnte die Regierung den Jagdbeirat ermächtigen, den Begriff der Notzeit für das Wild und deren zeitliche Festlegung zu bestimmen. Dadurch konnte eine gewisse Entkrampfung der angespannten Situation erreicht werden.

Der Bericht und Antrag über das Gesetz zum Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung wurde weiter vorbereitet. Verschiedene Gespräche mit Interessensvertretern konnten geführt werden.

Im Bereich des Klimaschutzes wurden verschiedene Massnahmen im Zusammenhang mit den Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll eingeleitet bzw. ergriffen. Der Schweizerische Klimarappen wird wegen dem gemeinsamen Wirtschaftsraum auch in Liechtenstein erhoben. Durch einen Vertrag mit der Stiftung Klimarappen werden dem Land Geldbeträge zufließen. Die Regierung beabsichtigt, dieses Geld zweckgebunden für Klimaschutzprojekte einzusetzen.

Bedeutend war auch die Kenntnisnahme des Entwicklungskonzeptes Alpenrhein durch die Internationale Regierungskommission Alpenrhein, die sich aus Regierungsvertretern Vorarlbergs, St. Gallens, Graubündens und Liechtensteins zusammensetzt. Dieses Konzept beruht auf zehnjähriger, intensiver Zusammenarbeit der vier Länder und Kantone.

Umwelt

Entwicklungskonzept Alpenrhein

Wie in der Zusammenfassung bereits erwähnt, konnte das Entwicklungskonzept Alpenrhein abgeschlossen werden. Erste Diskussionen in der Gruppe «Umwelt und Raum» über Möglichkeiten zur Umsetzung wurden verwaltungsintern bereits geführt. Es ist geplant, bis Sommer 2006 konkrete Vorstellungen zu erarbeiten, unter welchen Rahmenbedingungen eine Umsetzung erfolgen kann.

Luftreinhaltung, insbesondere Feinstaubbelastung

Um weitere Informationen zur Belastung mit dem gesundheitsschädlichen Feinstaub zu erhalten, hat die Regierung beschlossen, in den Jahren 2005 und 2006 zusätzliche Messungen durchzuführen. Die Auswertung der Messungen erfolgt nach Abschluss des Projektes, so dass die Ergebnisse in der zweiten Jahreshälfte 2006 veröffentlicht werden können. Als konkrete Massnahme liess die Regierung eine Verordnung über die Luftreinhaltung auf Baustellen und baustellenähnlichen Betrieben (LRBV) ausarbeiten, welche nach Abschluss der Vernehmlassung erlassen wird. Ferner wurde die

Erstellung eines Massnahmen- und eines Aktionsplanes zur Bekämpfung verschiedener Luftschadstoffe in die Wege geleitet.

Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung

Um die Frage zu klären, wie das liechtensteinische Mobilfunknetz optimal gestaltet werden soll, um eine möglichst geringe Belastung durch nicht-ionisierende Strahlung zu erreichen, gab die Regierung eine Studie in Auftrag. Im Wesentlichen wurde der Frage nachgegangen, ob tiefere Grenzwerte festgelegt werden können, als sie in der Schweiz gelten.

Die Ergebnisse der Studie zeigen auf, dass die Situation in Liechtenstein aus technischer Sicht eine Empfehlung für einen neuen, nationalen Grenzwert nicht zulässt. Wirkliches Senkungspotenzial im gesamten Staatsgebiet besteht auf Grund der geringen Staatsgrösse nur in Kooperation mit den Nachbarländern. Für das Gebiet Steg – Malbun sind vernünftigerweise alle Immissionsquellen zu berücksichtigen, wenn dort eine Sonderlösung angestrebt werden sollte. Es wird ein Szenario vorgeschlagen, das erhebliche Verbesserungen zum heutigen Zustand und einen fast optimalen Kompromiss aus technischer Optimierung von Versorgung und Immissionsschutz bedeutet.

Die Ergebnisse der Studie wurden den interessierten Kreisen an einer Informationsveranstaltung vorgestellt. In diesem Zusammenhang fanden mit zahlreichen Interessensvertretern und Behörden verschiedene Gespräche statt.

In einer anderen Studie liess die Regierung die volkswirtschaftliche Bedeutung des Mobilfunks in Liechtenstein untersuchen. Die Studie kommt gesamthaft zum Schluss, dass es sich keine Volkswirtschaft unter den Bedingungen der internationalen Mobilität von Produktionsfaktoren wie Kapital und Arbeit leisten kann, von technologischen Entwicklungen abgekoppelt zu werden. Dies gilt insbesondere im Kommunikationsbereich. Die Verfolgung gesundheits- und umweltpolitischer Ziele muss daraufhin wirken, die technologischen Bedingungen in der Mobilfunktelefonie so zu verbessern, dass Gesundheitsrisiken vermieden werden. Auch der erreichte Lebensstandard einer hoch entwickelten Ökonomie wie der liechtensteinischen kann nur erhalten bleiben, wenn dynamische Entwicklungen in einzelnen Wachstumsbranchen realisiert werden. Neue Technologien leisten einen wichtigen Beitrag, dringend benötigte Produktivitätsentwicklungen zu forcieren. Zwar trägt die Unterbranche «Mobilfunk» direkt kaum zur Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungssektor bei, das Produkt Mobilfunk leistet demgegenüber jedoch potenziell einen nicht zu vernachlässigenden Beitrag zur Sicherung der Beschäftigung in anderen Wirtschaftsbranchen.

Eine weitere Studie, durch welche die Regierung die rechtliche Situation Liechtensteins im Zusammenhang mit grenzüberschreitender Mobilfunkstrahlung gemäss internationaler Abkommen abklären liess, erbrachte folgendes Resultat: Kündigt man die internationalen Vereinbarungen nicht, und gelängen erfolgreiche Verhandlungen

mit den Nachbarn, könnte man die Strahlung senken. Solche Verhandlungen haben aber – zumindest kurzfristig – kaum Aussicht auf Erfolg. Würde man die Vereinbarungen kündigen, könnten wir die Strahlung zwar sehr tief absenken, wir wären aber international derart isoliert, dass keine eigenständige Telekommunikation mehr denkbar wäre. Die Entwicklung der Technik und die Weiterentwicklung der internationalen Zusammenarbeit würde an Liechtenstein vorbeiziehen.

Gestützt auf diese Erkenntnisse wurde der Bericht und Antrag zur Schaffung eines Gesetzes zum Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung zu Händen des Landtages weiter ausgearbeitet.

Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle angepasst

Im Berichtsjahr wurde die Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle abgeändert und den EU-Richtlinien angepasst. Mit der Richtlinie 94/62/EG wurden Bestimmungen zur Harmonisierung der Vorschriften der Mitgliedstaaten im Bereich der Verpackungs- und Verpackungsabfallwirtschaft errichtet. Unter anderem wurden Zielvorgaben über die Verwertung und das Recycling von Verpackungsabfällen festgelegt.

Kein Klärschlamm und keine Gülle in Grundwasserschutzzonen

Die Regierung hat im Berichtsjahr die Übernahme der schweizerischen Verordnung über umweltgefährdende Stoffe bezüglich der Verwendung von Klärschlamm und Gülle genehmigt. Aufgrund dieser Änderung darf auf Futter- und Gemüseflächen sowie in den Grundwasserschutzzonen kein Klärschlamm mehr ausgebracht werden. Gemäss Stoffverordnung darf Gülle nicht in der Grundwasserschutzzone 2 ausgebracht werden.

Ende 2004 wurde die Wegleitung «Grundwasserschutz» des Bundesamtes für Wald, Natur und Landschaft (BUWAL) publiziert. Aus diesem Grund werden im Rahmen dieser Ordnungsänderung auch die übrigen Bestimmungen der Verordnungen an den neusten Stand des planerischen Gewässerschutzes angepasst. Dies ermöglicht auch, dass beim Vollzug mit der Schweiz eng zusammengearbeitet und deren Vollzugspraxis mehr oder weniger übernommen werden kann. Zudem wird auch erreicht, dass alle bestehenden und künftigen Verordnungen zum Schutz von Grundwasserpumpwerken oder Quelfassungen in Aufbau und Wortlaut einheitlich sind.

Energieprojekt in Zentralasien

Anlässlich des Umweltgipfels von Johannesburg im Jahre 2002 trat Liechtenstein der von der Schweiz angeregten «Internationalen Partnerschaft für die nachhaltige Entwicklung von Berggebieten» bei. In der Folge beschlossen die Umweltminister der Alpenländer bei der letzten Alpenkonferenz, Erfahrungen aus dem Alpenprozess in Projekte dieser internationalen Bergpartnerschaft einzubringen, insbesondere in solche in den Bergregionen

der Karpaten, des Kaukasus und Zentralasiens. In der im Berichtsjahr angelaufenen vierten Projektphase sollen vor allem Tätigkeiten im Bereich der Nutzung der Sonnenenergie, der Verbesserung der Öfen und des Energie- und Ressourcenmanagements auf verschiedenen Ebenen, insbesondere im Hinblick auf die CO₂-Reduktion, ausgeführt werden. Ein erneuter Unterstützungsbeitrag seitens Liechtensteins bot Gelegenheit, die anlässlich der Ratifikation des Kyoto-Protokolls bekundete Absichtserklärung der Regierung, nämlich als Ausdruck des klimapolitischen Engagements ein Klimaschutzprojekt in einem Entwicklungsland mit einem Beitrag von 100 000 Franken zu unterstützen, mit einem konkreten Umsetzungsprojekt einzulösen.

Vierertreffen der Umweltminister

Die Umweltminister der vier deutschsprachigen Länder Deutschland, Liechtenstein, Österreich und Schweiz sprachen sich an ihrem Treffen in Vaduz für eine aktive Umweltpolitik auf nationaler wie auf internationaler Ebene aus. Es wurde festgestellt, dass die Bemühungen in den jeweiligen Ländern zur Verbesserung und Erhaltung einer menschenwürdigen Umwelt durch die gute grenzüberschreitende Zusammenarbeit immer wieder wertvolle Impulse und Unterstützung erhalten.

Die Umweltminister erörterten den Stand der Umsetzung der Emissionsverpflichtungen, die sich aus dem Kyoto-Protokoll ergeben. Besonderes Augenmerk widmeten sie dabei der grossen Nachfragesteigerung im Energiebereich. Sie sprachen sich für eine rasche Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls aus, um allen Akteuren frühzeitig die mittel- und langfristigen Handlungsperspektiven aufzeigen zu können. Gegenstand der Gespräche war auch die Alpenkonvention, die mit dem Sekretariat in Innsbruck und seiner Aussenstelle in Bozen erste Konturen der praktischen Umsetzung zeigt. Weiters wurde festgehalten, dass aufgrund der zunehmenden Häufigkeit und Intensität von Lawinen, Rutschungen und Überschwemmungen gerade der von der Schweiz präsierten Plattform für Naturgefahren als Netzwerk der zuständigen Fachstellen eine hervorragende Bedeutung zu kommt. Schliesslich kamen die Umweltminister überein, Anstrengungen zu regionaler Zusammenarbeit in den verschiedenen umweltrelevanten Bereichen konkret zu unterstützen, wie dies beispielsweise im Rahmen der wasserwirtschaftlichen Zusammenarbeit im Gebiet Alpenrhein bereits erfolgreich der Fall ist.

Lärmschutzgesetz

Als wichtige Aufgabe zum Schutz der Bevölkerung betrachtet die Regierung die Erarbeitung eines Lärmschutzgesetzes. Auch aufgrund des von der EFTA-Überwachungsbehörde gegen Liechtenstein eingeleiteten Verfahrens betreffend die Umsetzung der Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm ist ein Lärmschutzgesetz dringlich zu erarbeiten. Aus diesen beiden Gründen wurden im Berichtsjahr die diesbezüglichen Arbeiten aufgenommen.

Im Jahr 2006 soll dem Landtag ein entsprechender Bericht und Antrag vorgelegt werden.

Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung

Im Berichtsjahr konnten die Vorarbeiten zur Schaffung eines Gesetzes zur strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung weitgehend abgeschlossen werden. Anstoss zu diesem Gesetz bilden einerseits die Umsetzungsverpflichtung der Richtlinie 2001/42/EG und andererseits das Ziel der Regierung, den Anliegen der Umwelt im sinnvollen Rahmen Nachachtung zu verschaffen.

Novellierung des Abfallgesetz

Im Berichtsjahr wurde erkannt, dass einzelne Bestimmungen der Abfallgesetzgebung zu unbestimmt sind und dementsprechend das Abfallgesetz sich nur ungenügend durchsetzen lässt. Entsprechende Schritte zur notwendigen Anpassung wurden eingeleitet.

Kyoto-Protokoll

Im Zusammenhang mit den Verpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls kommen auf Liechtenstein verschiedene neue Aufgaben zu. Im Berichtsjahr wurde der Grundstein gelegt, dass diese Aufgaben wahrgenommen werden können, wie beispielsweise die Vorarbeiten zur Errichtung eines nationalen Registers, die Bestimmung einer zuständigen nationalen Behörde, die Ausarbeitung eines Klimaberichtes und die Einleitung diesbezüglicher gesetzlicher Anpassungen.

Vertrag der Regierung mit der Stiftung Klimarappen

Zur Umsetzung des schweizerischen CO₂-Gesetzes erheben die Mineralölimporteure im Sinne einer freiwilligen Massnahme den so genannten Klimarappen auf Treibstoffe. Dazu haben sie die Stiftung Klimarappen gegründet. Mit den Erträgen finanziert die Stiftung Klimaschutzprojekte mit dem Ziel, den Ausstoss von Treibhausgasen zu verringern. Liechtenstein ist von der Einführung des Klimarappens auf Treibstoffe in der Schweiz aufgrund des gemeinsamen Wirtschaftsraums direkt betroffen. Der Klimarappen wird deshalb auch in Liechtenstein erhoben, die Erträge werden aber selbst verwaltet. Dazu bedurfte es eines Vertrages zwischen der Regierung Liechtensteins und der Stiftung Klimarappen. Angesichts der Kyoto-Verpflichtungen Liechtensteins beschloss die Regierung, die Erträge zweckgebunden für Klimaschutzprojekte einzusetzen. Die Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, mit diesen Mitteln Projekte zur Reduktion des Ausstosses von Treibhausgasen zu finanzieren und damit einen Teil der Verpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls zu erfüllen.

Raum

Landesrichtplan

Im Berichtsjahr wurden der Entwurf des Landesrichtplanes durch die Regierung zur Kenntnis genommen und die

Vorarbeiten zur Vernehmlassung des Landesrichtplanes durchgeführt. Der Landesrichtplan soll ein verwaltungsinternes Planungsinstrument sein, der den Gemeinden und der Bevölkerung transparent darlegt, welche Planungsziele die Regierung verfolgt.

Arealstatistik

Die Regierung hat im Berichtsjahr den Aufbau einer systematischen Sammlung von Informationen zur Bodennutzung und -bedeckung für das Fürstentum Liechtenstein (Arealstatistik) in Auftrag gegeben. Diese Sammlung soll auf der bereits bestehenden Arealstatistik 2004 aufbauen und zukünftig nach einem festgelegten Turnus erfolgen. Mit den Arealstatistiken 1996 und 2004 liegen nun zwei Erhebungen vor. Dies lässt erste Schlüsse zu Veränderungen in dieser Periode zu. Eine weitere Auswertung von bereits geflogenen Luftbildern aus dem Jahre 1984 stellt einen grossen Mehrwert dar, da somit erstmals Vergleiche in einer Zeitreihe angestellt werden können.

Gruppe «Umwelt und Raum»

Die verwaltungsinterne Gruppe «Umwelt und Raum» hat sich im Berichtsjahr zu mehreren Koordinationssitzungen getroffen. Es wurden verschiedene nationale und internationale Themen diskutiert. Die Gruppe setzte sich im Berichtsjahr zusammen aus dem Ressortinhaber und Vertretern des Landwirtschaftsamtes, der Stabsstelle für Landesplanung, der Abteilung Rufen und Gewässer des Tiefbauamtes, des Amtes für Umweltschutz, des Amtes für Wald, Natur und Landschaft sowie des Ressorts Verkehr und Kommunikation zusammen. Es ist geplant, inskünftig diese Gruppe im Bedarfsfall zu erweitern, beispielsweise durch Vertreter des Ressorts Wirtschaft, und vermehrt mit übergeordneten Planungsaufgaben zu betrauen, wie zum Beispiel der Festlegung der Rahmenbedingungen, unter denen eine Realisierung des Entwicklungskonzeptes Alpenrhein möglich sein wird.

Nutzungskonflikte in der Landwirtschaftszone

Um die Nutzungskonflikte, die sich aufgrund des Strukturwandels wegen der Reduktion der landwirtschaftlichen Nutzflächen durch «Umnutzungen» im weitesten Sinn ergeben können, und um Verfahren zur Regelung der Konflikte und nachfolgenden Massnahmenumsetzung festlegen zu können, wurde im Berichtsjahr ein entsprechendes Evaluationsprojekt weitergeführt. Es wurden Zielkonflikte, die sich durch die Rechtsnormen und die praktische Tätigkeit ergeben, aufgezeigt. Die entsprechenden Verbesserungsmöglichkeiten sind im Zusammenhang mit der Entwicklung eines neuen Landwirtschaftsgesetzes und der Optimierung und Stärkung der verwaltungsinternen Gruppe «Umwelt und Raum» zu sehen.

Stallbau in Landschaftsschutzgebiet

Im Berichtsjahr wurde ein Gesuch an die Regierung gestellt, den Standort eines neuen Landwirtschaftsgebäudes in einem einzigartigen Landschaftsschutzgebiet zu

bewilligen. Die Regierung anerkennt die Anliegen der Landwirtschaft, hat aber auch die Vorgaben des Natur- und Landschaftsschutzgesetzes zu berücksichtigen. Dieser Fall wurde zum Anlass genommen, die bisherige Bewilligungspraxis zu überdenken und festzulegen, dass in Fällen, bei denen verschiedene Verfahrensschritte notwendig sind, grundsätzlich das Eingriffsverfahren nach Natur- und Landschaftsschutz als erstes Verfahren durchzuführen ist. Dadurch wird einerseits dem Natur- und Landschaftsschutz Genüge getan, andererseits jedoch nicht verunmöglicht, dass Bauten an geeigneten Stellen errichtet werden können.

Landwirtschaft

Sitzungen der Landestierzuchtkommission

Die Landestierzuchtkommission hat sich weitestgehend mit der Ausgestaltung der Schauordnung für die laufende Schausaison bzw. der Auswertung für die Verbesserung beschäftigt. Im April 2005 fand eine gemeinsame Aussprache mit Vertretern der einzelnen Schauplätze statt, um Verbesserungsvorschläge in das Schaureglement 2005 aufzunehmen. Rückmeldungen wurden in den Entwurf für die Schauordnung 2006 aufgenommen, welche den Zuchtverbänden zur Stellungnahme unterbreitet wurde.

Auf Diskussionen stiess das durch den Tierschutz motivierte Verbot, die Zitzen der Kühe vor und während den Prämienmärkten mit Kollodium zu verkleben. Mit verschiedenen Gesprächen konnte erreicht werden, dass die neue Regelung weitgehend akzeptiert wurde.

Jahresbericht der Bioberatung Liechtenstein

Die Regierung nahm den Jahresbericht der Bioberatung Liechtenstein zur Kenntnis. 46 Biobetriebe bewirtschaften in Liechtenstein eine landwirtschaftliche Nutzfläche von rund 1 100 Hektaren. Bei den anerkannten Landwirtschaftsbetrieben beträgt der Anteil der Biobetriebe 29 Prozent, was im internationalen Vergleich einen absoluten Spitzenwert darstellt. Somit hat sich der Biolandbau in Liechtenstein als wichtige und erfolgreiche Produktionsmethode etablieren können. Insbesondere in den vergangenen zwei Jahren sind die Preise (v.a. Milchpreise) für Bioprodukte stark unter Druck geraten, da sich die Produktionsmenge schneller ausgedehnt hat als die Nachfrage nach Bioprodukten. Gleichzeitig sind die Fütterungs- und Tierhaltungsvorschriften durch das Bundesamt für Landwirtschaft und die BIO-SUISSE weiter verschärft worden, was die Produktionskosten für Biobetriebe ansteigen lässt. Die Wirtschaftlichkeit des Biolandbaus im Vergleich zur Integrierten Produktion hat dadurch abgenommen. Wenn dieser Trend anhält, werden in Zukunft weniger Umstellungen auf Biolandbau und evtl. gar einige Ausstiege erfolgen. Grundsätzlich spricht sich die Regierung für eine bestmögliche Förderung des biologischen Landbaus aus, sei es durch entsprechende finanzielle Beiträge, sei es durch die Bereitstellung anderer

notwendiger Rahmenbedingungen. Die Biolandwirtschaft ist nicht nur aus ökologischer Sicht die nachhaltigste, sondern in ihr liegt auch viel Potenzial im Zusammenhang mit der regionalen Vermarktung von nachvollziehbaren und damit identitätsstiftenden Produkten.

Wie dem nachfolgenden Abschnitt zu entnehmen ist, sind die bisherigen Erfolge der Ökologisierung der Landwirtschaft noch nicht befriedigend. Diese Erkenntnis veranlasste die Regierung, die Erarbeitung von Massnahmenvorschlägen in Auftrag zu geben.

Ökologische Ausgleichsflächen

Im Berichtsjahr wurde der Regierung eine Studie vorgelegt, welche zum Ziel hatte, die Wirkungen des Gesetzes über die Abgeltung ökologischer und tiergerechter Leistungen zu untersuchen. Die Ergebnisse zeigen generell, dass mit der Ausscheidung ökologischer Ausgleichsflächen eine – wenn auch bescheidene – Verbesserung stattgefunden hat. Diese beschränkt sich vor allem auf eine leichte Erhöhung der Artenvielfalt und eine Tendenz zur Ausmagerung der Standorte bei den Pflanzen und einer positiven Entwicklung der Qualität bei den Heuschrecken. Eine positive Entwicklung bei den Brutvögeln als Endglieder in der Nahrungskette ist noch kaum wahrnehmbar, ausgenommen in Gebieten, in welchen eine intensive Aufwertung stattgefunden hat (Bannriet). Hier scheint vor allem die anteilmässige Mindestausstattung an ökologischen Ausgleichsflächen von Bedeutung zu sein. Nicht positiv haben sich die seltenen und gefährdeten Arten entwickelt. Diese konnten weder bei den Pflanzen noch bei den Heuschrecken mit den ökologischen Ausgleichsflächen gefördert werden. Bei den Brutvögeln nahmen sie sogar in besorgniserregendem Ausmass ab. Die Regierung beschloss, die Massnahmenvorschläge der Studie gewichten und diese der Aufwand-Nutzen-Analyse unterziehen zu lassen. Damit soll eine Entscheidungsgrundlage für die sinnvolle zukünftige Ausrichtung des ökologischen Ausgleichs bereitgestellt werden.

Agrarbericht 2004

Die Hauptergebnisse des Buchhaltungsjahres 2004 können grundsätzlich als erfreulich bezeichnet werden. Als wichtigste Ergebnisse der Auswertung der Buchhaltungsjahre 2004 und 2005 kann festgehalten werden, dass die strukturellen Vorteile insbesondere im Talgebiet sich positiv auf die Resultate auswirken. So ist das landwirtschaftliche Einkommen weiter gestiegen und der Arbeitsverdienst mit CHF 59 400.- je Familienarbeitskraft nur knapp unter dem bisherigen Rekordergebnis vom Jahre 2002. Das Berggebiet konnte die Resultate erneut verbessern, dies sowohl im landwirtschaftlichen Einkommen und noch stärker beim Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft. In Liechtenstein liegt der Arbeitsverdienst je Familienarbeitskraft mit CHF 54 300.- im Jahr 2004 doppelt so hoch wie im Schweizer Berggebiet.

Die positive Entwicklung beim Arbeitsverdienst ist auf konstante Fremdkosten in Verbindung mit einem

Rückgang der familieneigenen Arbeitskräfte im Berggebiet zurückzuführen. Die Zahl der familieneigenen Arbeitskräfte muss allerdings mit gewissen Fragezeichen versehen werden (Datenqualität). Zum positiven Trend haben auch die staatlichen Beiträge beigetragen, die pro Betrieb und auch umgelegt auf die Fläche deutlich höher sind als in der Schweiz.

Mit in Betracht zu ziehen ist die Tatsache, dass die staatlichen Beiträge an die Landwirtschaft weltweit eine Spitzenposition einnehmen.

Umsetzung des Landwirtschaftlichen Leitbildes

Das Projektteam wurde im Berichtsjahr mit der Steuerung des Projektablaufes, der Festlegung der Prioritäten sowie in der Überwachung der Zielerreichung beauftragt. Weitere Aufgaben bestehen in der Ideenfindung sowie der Überprüfung von Konzepten, Arbeitspapieren und Massnahmenvorschlägen. Ergebnisse des Projektteams werden im Frühsommer 2006 vorliegen.

Die Regierung hat dem Projektteam die Prämisse vorgegeben, alle Massnahmen und Planungen vor dem Hintergrund der Kostenneutralität zu betrachten. Der heute für die Landwirtschaft zur Verfügung stehende finanzielle Rahmen ist als Maximum vorgegeben.

Berglandwirtschaft Triesenberg

Die Regierung setzte im Berichtsjahr zusammen mit der Gemeinde Triesenberg eine Arbeitsgruppe Berglandwirtschaft Triesenberg ein mit dem Ziel und Auftrag, die Notwendigkeit der speziellen Berücksichtigung der Anliegen und Probleme der Berglandwirtschaft im Rahmen der Umsetzung des landwirtschaftlichen Leitbildes aufzuzeigen und gezielte Massnahmen für das Berggebiet zu erarbeiten. Die Arbeiten erfolgen in Koordination mit dem Projektteam Leitbild. Einige Schwerpunktthemen, welche die Arbeitsgruppe beschäftigen werden, sind die folgenden:

Existenzgefährdung der Berglandwirtschaft durch die gegenwärtigen internationalen Entwicklungen (WTO);

Sicherstellung der Pflege des Naherholungsraumes Triesenberg;

Gefährdung des Bauernbestandes durch Überalterung und fehlendem Nachwuchs;

Sonderstatus Berglandwirtschaft (die Berglandwirtschaft hat andere Anliegen als die Tallandwirtschaft);

Frage, ob sich die Berglandwirtschaft aus der Produktion zurückziehen und sich auf die Pflegedienstleistungen konzentrieren soll? Welche Strukturen eignen sich dazu?

Schweizer Ausstieg aus der Milchkontingentierung

Im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Milchkontingentierung der Schweiz stellen sich für Liechtenstein verschiedene Fragen, deren erste Bearbeitung im Berichtsjahr stattgefunden hat. Unter anderem wurde die Delegation Notenaustausch Landwirtschaft beauftragt, die Thematik Ausstieg aus der Milchkontingentierung in die weiteren

Gespräche mit der schweizerischen Delegation aufzunehmen und die Liechtenstein betreffenden Fragen zu klären.

Wald, Natur und Landschaft

Änderungen im Jagdgesetz

Die Regierung legte dem Landtag im Berichtsjahr einen Bericht und Antrag zur Abänderung des Jagdgesetzes vor, womit die Kompetenz der Regierung so erweitert wurde, dass sie die ihr nach dem Jagdgesetz obliegenden Aufgaben delegieren kann. Dadurch konnte die Regierung per Verordnung den Jagdbeirat ermächtigen, in gewissen Fragen des Jagdwesens zu entscheiden. Auf diese Weise konnte erreicht werden, dass der Jagdbeirat als ausgleichendes Gremium Entscheide trifft, die von einer Mehrheit der Interessensvertreter getragen werden.

Jagd

Mitte Dezember 2005 hat der Winter mit starken Schneefällen, Sturmwinden und Kälte im Land Einzug gehalten. Im Alpengebiet sind über 70 cm Neuschnee gefallen, gleichzeitig aber auch stark verfrachtet worden. Von besorgten Jagdgesellschaften und auch von Nichtjägern kamen erste Anfragen nach einer Öffnung der für ausserordentliche Notsituationen vorbereiteten Heustristen. Der Jagdbeirat hat sich unter Beizug des Landestierarztes Peter Malin und des Wildbiologen Peter Meile, in Anbetracht der speziellen Situation in diesem Winter (einige Stück Rotwild waren vom Schnee eingeschlossen und konnten nicht in die tieferen Lagen ziehen) für eine an sich verfrühte Öffnung der Heustristen zur Notfutturvorgabe ausgesprochen.

Insgesamt ist festzuhalten, dass im Berichtsjahr eine gewisse Entkrampfung der angespannten Situation in der Frage der Notfütterung erreicht werden konnte. Weitere Anstrengungen, insbesondere durch den Dialog zwischen den verschiedenen Interessensvertretern, werden jedoch notwendig sein.

Förderung von einheimischem Holz als Bau- und Werkstoff sowie als Energieträger

Die Regierung beschloss im Berichtsjahr, dass inskünftig bei der Projektierung von Landesbauten die Holzbauweise (Konstruktion und Innenausbau) sowie die Nutzung von Holzenergie frühestmöglich in die Evaluation einbezogen wird. Neben ökonomischen werden auch ökologische und soziale Kriterien gewichtet. Das bedeutet, bei der Auswahl von Konzepten, Bauweisen und Materialien ist eine ganzheitliche Betrachtungsweise über den gesamten Lebensweg der Baute und ihrer Materialien anzuwenden. Berücksichtigt werden die Belastung von Mensch und Umwelt bei der Rohstoffgewinnung, die Herstellung und Verarbeitung, der Betrieb, die Reinigung und der Unterhalt sowie der Brandfall und die Entsorgung. Heimisches Holz ist zu bevorzugen. Auf der Grundlage dieser Kriterien sind die Materialien zu vergleichen, wobei Holz sowohl bei der Materialevaluation

der Bauteile als auch bei Einrichtungsgegenständen thematisiert werden soll. Dabei soll Holz nicht generell gegenüber anderen Materialien bevorzugt, sondern als gleichwertiger Baustoff und Energieträger als Variante in Betracht gezogen werden.

Auch bei anderen, vom Land subventionierten Bauten sind die zuständigen Landesbehörden angehalten, so früh wie möglich in den Projektphasen Variantenstudium, Vorprojekt oder Wettbewerb auf die Möglichkeiten der Holznutzung als Bau- und Werkstoff sowie als Energieträger hinzuweisen und diese im oben erwähnten Sinne zu fördern.

Das Hochbauamt wurde beauftragt, in Kooperation mit dem Amt für Wald, Natur und Landschaft, dem Amt für Umweltschutz sowie dem Amt für Volkswirtschaft (Energiefachstelle) bei der Planung und Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen das Kriterium «Nachhaltigkeit» frühzeitig gebührend zu berücksichtigen.

Wärmeverbund Landesspital und Betagtenwohnheim St. Florin

Im Berichtsjahr wurden die notwendigen Schritte eingeleitet, um das Landesspital zusammen mit dem Betagtenwohnheim St. Florin über eine Fernleitung durch eine Hackschnitzelheizung mit Energie zu versorgen. Diese Massnahme steht im Zusammenhang mit der klimapolitischen Ausrichtung Liechtensteins und der angestrebten Förderung der Verwendung von einheimischem Holz.

Unterstützung des Projektes Niedrigstenergiehäuser

Im Berichtsjahr wurde eine Informationskampagne «Niedrigstenergiehäuser in den Alpen aus regionalem Holz: Das Klima schützen und die Regionalwirtschaft ankurbeln» finanziell unterstützt. Diese soll einem breiten Personenkreis bewusst machen, dass Niedrigstenergiehäuser in den Alpen aus regionalem Holz das Klima schützen und die Regionalwirtschaft ankurbeln. Diese Informationskampagne soll zur nachhaltigen Entwicklung im Alpenraum und zur Umsetzung der Alpenkonvention und deren Protokolle «Bergwald» und «Energie» beitragen.

Kommission für Natur- und Landschaftsschutz

Die Kommission für Natur- und Landschaftsschutz hat im Berichtsjahr keine Sitzung abgehalten.

AMTSSTELLEN

Landwirtschaftsamt

Amtsleiter: Dipl. Ing. ETH Julius Ospelt

Das Landwirtschaftsamt ist zuständig für den Vollzug der landwirtschaftlichen Gesetze und nimmt zu landwirtschaftlichen Fragen Stellung. Im Berichtsjahr prägte die

Fortsetzung der Weiterentwicklung des Landwirtschaftlichen Leitbildes die Arbeit des Amtes. Ein anderer zentraler Bereich für die Landwirtschaft ist die neue Milchmarktordnung. Mit deren Inkrafttreten auf den 1.1.2005 war die Umsetzung zu gewährleisten. Parallel hat die Milchmarktkommission als beratende Institution ihre Arbeit aufgenommen. Weitere Schwerpunkte im Landwirtschaftsamt waren die Erhaltung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens, die Neubewertung der Alpen und die Koordination der landwirtschaftlichen Anliegen mit Renaturierungsprojekten.

Agrarmarkt

Der Produzentenpreisindex landwirtschaftlicher Erzeugnisse sank im Jahr 2005 um 3.6 %. Dieser Umstand resultiert aus allgemein tieferen Preisen bei pflanzlichen und tierischen Produkten. Die Rohmilchpreise haben sich weiter reduziert (minus 2.6 %). Starke Preiseinbrüche mussten die Schweinemäster und Gemüseproduzenten hinnehmen. Der Preisindex für landwirtschaftliche Produktionsmittel (1997 gleich 100%) hat sich hingegen um 1,4 % erhöht, was sehr stark auf die gestiegenen Energiepreise, aber auch auf höhere Kosten bei Investitionen und Maschinenreparaturen zurückzuführen ist. Günstiger wurden erneut insbesondere Futtermittel und Kleinwerkzeuge. Die Kaufkraft aus dem Erlös für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Verhältnis zu den landwirtschaftlichen Produktionsmitteln ist damit nach 4 stabilen Jahren gegenüber dem Vorjahr nun um 4.5 Indexpunkte markant gesunken.

Agrarpolitik

Aufgaben im nationalen Bereich

Leitbild

Nachdem im November 2004 das Landwirtschaftliche Leitbild genehmigt wurde, hat die Projektgruppe im Herbst 2005 mit der Phase II begonnen. Aufgrund der Ziele wird der Handlungsbedarf aufgezeigt, aus dem Massnahmen konkretisiert werden, die dann operative Elemente bei der Umsetzung der Agrarpolitik werden.

Die Arbeiten der Phase II sollen im ersten Halbjahr 2006 abgeschlossen werden.

Aufgaben im internationalen Bereich

Agrarpolitik (AP) 2011

Der Bundesrat hat am 14. September 2005 eine umfassende Unterlage zur AP 2011 in die Vernehmlassung gegeben. Im Frühling 2006 nach Auswertung der Vernehmlassung soll die Botschaft durch den Bundesrat an das Parlament verabschiedet werden. Nach Abschluss der parlamentarischen Beratungen Mitte 2007 sollen die Gesetzesänderungen auf den 01.10.2008 in Kraft treten. Die AP 2011 ist ein weiterer Schritt in der seit rund 12 Jahren verfolgten Reform der Landwirtschaftspolitik.

Vom Landwirtschaftsamt wurde eine erste Grobanalyse in Bezug auf den Handlungsbedarf in Liechtenstein

vorgenommen. Für die liechtensteinische Agrarpolitik wird nach Vorliegen der Botschaft und der Behandlung in den Räten der Handlungsbedarf aufgezeigt und Massnahmen vorbereitet werden. Dies erfolgt auch in enger Anlehnung an die Zielbereiche des landwirtschaftlichen Leitbildes.

Notenaustausch

Die Delegationen trafen sich im Berichtsjahr zu einer Sitzung, um offene Fragen zu klären. Erfreulicherweise konnten die Aufwendungen wiederum deutlich unter dem Budget gehalten werden.

Ausweitung des Agrarabkommens Schweiz-EU auf Liechtenstein

Im Berichtsjahr konnte mit der schweizerischen Delegation ein zweites Treffen abgehalten werden. Es wurde ein Entwurf für ein Zusatzabkommen erarbeitet. Da im Berichtsjahr von Seiten der EU noch kein Verhandlungsmandat bestand, beschränkten sich die Abklärungen auf verschiedene Kontakte mit den schweizerischen Amtsstellen und jenen der EU.

WTO – DOHA-Runde

Im Dezember 2005 wurde die WTO-Ministerkonferenz in Hongkong abgehalten. Für den Agrar-Sektor wurde die Auflassung sämtlicher Exportsubventionen bis 2013 beschlossen; dies als wichtige Massnahme zugunsten der Entwicklungsländer. Das zentrale Problem für unsere Landwirtschaft ist der Zollabbau, der über alle Tarifpositionen erfolgen soll. Die Details dazu sind noch auszuhandeln insbesondere für sensitive Produkte. Fortschritte gab es für die G-10-Gruppe, welcher auch Liechtenstein angehört, bei der Stärkung der geographischen Herkunftsangaben.

Ausgewählte Themen

Beratung

Das Landwirtschaftsamt bietet einzelbetriebliche Beratung an. Kurse und Gruppenberatungen werden von den landwirtschaftlichen Schulen Salez und Plantahof und teilweise auch von Branchenorganisationen angeboten. Die Beratung der Biobetriebe wird durch ein privates Büro gewährleistet.

Bodenschutz / Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzfläche

Das Gesetz über die Erhaltung und Sicherung des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens gibt den Auftrag, das der Landwirtschaftszone zugeordnete Land der landwirtschaftlichen Nutzung zu erhalten. Zweckentfremdungen oder Verminderungen der Flächen sind nicht zulässig. Im Berichtsjahr gab es neben kleineren Abklärungen vor allem die beiden Projekte der Ortsplanrevision Balzers und Mauren unter diesem Aspekt zu prüfen. Gesetzestechnische Mängel führen dazu, dass der Erhaltungsauftrag nur teilweise erfüllt werden kann, was dazu führt,

dass weiterhin insbesondere guter ackerfähiger Boden der landwirtschaftlichen Nutzung verloren geht.

Pflanzenbau

Feuerbrand

Im Jahr 2005 waren an mehreren Tagen optimale Witterungsbedingungen für die Infektion des Feuerbrandes gegeben. Die Anzahl befallener Bäume war daher gross. Besonders stark befallen wurden Apfel- und Birnbäume in den Gemeinden Schellenberg und Ruggell, wo der Feuerbrand sich trotz aufwändigen Kontrollen und vorsorglichen Rodungen ausbreiten konnte.

Wegen der hohen Infektionsgefahr bleibt das Pflanzverbot von Wirtspflanzen und das Verstellverbot für die Bienen bestehen.

Statistik Feuerbrand: Gerodete Wirtspflanzen

Jahr	Gemeinde	Apfel- bäume Anzahl	Birn- bäume Anzahl	Cotoneaster salicifolius Anzahl	Weissdorn Anzahl	Cotoneaster dammeri m ²
2004	Vaduz	2 145				
	Triesen	1				
	Mauren				20	
	Total	2 146	-	-	20	-
2005	Planken	4				
	Eschen				195	57
	Ruggell	5				
	Schellenberg	20	10	15	2	107
	Total	29	10	15	197	164

Angebaute Kulturen

Die Anbauflächen sind bei den wichtigsten Kulturen Mais und Getreide über die Jahre stabil. Beim Gemüsebau (Konservengemüse) nehmen die Flächen wegen den fehlenden Absatzkanälen stetig ab. Die Landwirte sind bestrebt, alternative Kulturen zu suchen. Aus diesem Grunde wurde in Liechtenstein erstmals Braugerste angepflanzt, aus der ein liechtensteinisches Bier gebraut werden soll. Auch die Wurzel der Treibzichorie wurde vermehrt angebaut und die Anbaufläche bei den Kartoffeln konnte ebenfalls etwas ausgedehnt werden. Beim Getreidebau wird vermehrt Futtergetreide anstelle von Brotgetreide angebaut.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche betrug im Berichtsjahr 379 330 Are (Vorjahr: 380 822).

Projekte

Entwicklungskonzept Natur und Landwirtschaft

Im Berichtsjahr wurde der Entwurf für den Schlussbericht des Moduls II weitgehend fertig gestellt. Basis für die Aussagen im Modul II sind die raumrelevanten Aussagen im landwirtschaftlichen Leitbild 2004.

Absatzförderung

Um den Absatz von landwirtschaftlichen Produkten zu fördern, wurde im Juni 2005 eine Präsentation des Trägervereins Culinarium für die interessierten Kreise durchgeführt, die an einer Vertiefungssitzung eingehend besprochen wurden. Neben verschiedenen Abklärungen, die getroffen wurden, sind vor allem die Stellungnahmen der Organisationen, nämlich der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, der Vereinigung Bäuerlicher Organisationen und des Liechtensteiner Milchverbandes von Bedeutung. Auf Grund der Rückmeldung der VBO, welche auf der vorgängigen Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes besteht, wurden die weiteren Abklärungen vorläufig zurückgestellt.

Projekt zur Erhaltung der genetischen Vielfalt der Kulturpflanzen

Die Schwerpunkte der ersten 2 Phasen (2001 bis 2006) des Projektes bildeten die Suche und Bestimmung alter Kulturpflanzen, v.a. alter Obstsorten. Es wurden bereits 130 Apfel- und 100 Birnsorten aufgefunden. Gefährdete Sorten werden in zwei nationalen Obstsortengärten in Triesen und Planken angepflanzt. Zur langfristigen Sicherung wurde im Februar 2005 der Verein «Hortus» gegründet, welcher sich landesweit für die Erhaltung alter Sorten einsetzt.

Agrarpolitische Massnahmen

Milchwirtschaft

Die liechtensteinische Marktsituation ist massgeblich vom Geschehen auf dem schweizerischen Milchmarkt abhängig. In der Schweiz entwickelte sich der Milchmarkt dank den Exporten erfreulich. Die Absatzmärkte werden auch in der nahen Zukunft als verhalten positiv, aber mit Risiken bewertet. Als zentrale Faktoren für die künftige Entwicklung sind die internationalen Trends (WTO-Runde, EU-Freihandelsabkommen) und die Ausgestaltung der internen Reformen (AP 2011) zu erwähnen.

In Liechtenstein wurde im Berichtsjahr praktisch gleich viel Milch produziert wie im Vorjahr. Positiv ist festzustellen, dass der Anteil der wertschöpfungsstarken Fertigprodukte (Konsummilch, Joghurt) von 14 % (2004) auf 18 % (2005) gesteigert werden konnte. Das grösste Segment der Halbfabrikate konnte von 48 % auf 43 % reduziert werden. Auch diese Entwicklung ist positiv zu bewerten, da dies zur Hauptsache jener Teil ist, der nicht kostendeckend zu Butter verarbeitet wird. Der Milchhandel von unverarbeiteter Milch veränderte sich nur unwesentlich von 38 % auf 39 %.

Milchmarktordnung

Die neue Milchmarktordnung trat am 01. Januar 2005 in Kraft. Ziel und Zweck ist es, die liechtensteinische Milchwirtschaft nachhaltig zu stärken und eine grösstmögliche Selbstversorgung zuzusichern. Dazusollen mit der Vorwärtsintegration in die offeneren Märkte wettbewerbsfähige

Milchverarbeitungsstrukturen geschaffen und eine grösstmögliche Wertschöpfung erzielt werden.

Im März 2005 stellten zwei Milchverarbeiter insgesamt neun Gesuche. Acht Anträge wurden von der Regierung genehmigt und abgerechnet. Mit diesen Gesuchen wurde ein Schritt in die gewünschte Richtung getan. Die Zielsetzungen des Milchmarktordnungsgesetzes können nach einem Jahr noch nicht erreicht werden, es sind jedoch Ansätze einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit zu erkennen. Es wurden einerseits Projekte zur Entwicklung von neuen Produkten mit einer höheren Wertschöpfung ins Leben gerufen, und andererseits Projekte mit dem Ziel gestartet, den Absatz der Milchprodukte zu fördern. Hervorzuheben ist dabei das Projekt des Milchverbandes, die regionale Vermarktung der Produkte voranzutreiben und von den Grossverteilern besser berücksichtigt zu werden.

Geförderte Projekte im Jahr 2005

Typ	Zahl der geförderten Gesuche	Anteil
Projektfinanzierung	3	8.6%
Absatzförderung	3	12.4%
Infrastrukturbeiträge	1	31.7%
Verarbeitungsprämien	1	47.2%
Investitionshilfen	0	0.0%
Total	8	100%
Förderungssumme CHF		1 680 648

Milchmarktkommission

Die Milchmarktkommission hielt im Berichtsjahr 6 Sitzungen ab. Folgende Themen waren Gegenstand der Sitzungen: Milchkontingentierung insbesondere unter dem Aspekt des Ausstiegs der Schweiz im Jahre 2009, Geschäftsordnung, Strategiepapier des Milchverbandes sowie Berichterstattung über die eingereichten und bewilligten Projekte und Form der Berichterstattung der Kommission.

Milchkontingentierung

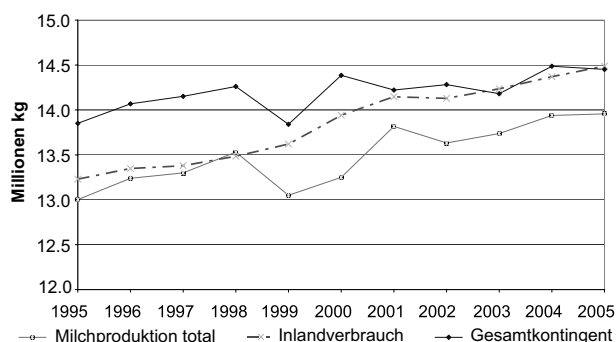
Im vergangenen Jahr haben 2 Betriebe die Milchproduktion ganz und 3 Betriebe teilweise eingestellt. Zusammen mit den reduzierten Kontingenten konnte eine Milchmenge von insgesamt 433 216 kg unter den Gesuchstellern verteilt werden. Die genannte Menge konnte mit je einem fixen Anteil von 2 950 kg und einem prozentualen Anteil von 3 % auf 50 Gesuchsteller aufgeteilt werden. Das Produktionsziel von 14 Mio. kg wurde mit 13.96 Mio. kg (-0.3%) erreicht.

Eckdaten zur Milchkontingentierung 2005

		2003	2004	2005
Betriebe mit aktivem Kontingent		91	86	84
Gesamtkontingent	kg	14 180 822	14 486 747	14 451 975
Betriebe mit Milchablieferung		91	86	84
Verkehrsmilchproduktion (LMV)	kg	13 498 995	13 462 800	13 408 737
Verkehrsmilchproduktion inkl. Alpen	kg	13 737 149	13 938 122	14 098 728
Anzahl Überlieferer		8	7	3
Überlieferte Menge	kg	16 258	16 577	45 048
Ansatz für Abzug	Rp./kg	50	50	50
Abzüge total	CHF	8 129	8 288	22 524
Zweijährige Abrechnung (2003 und 2004)				
Anzahl Überlieferer			13	
Überlieferte Menge	kg		30 281	
Ansatz für Abzug	Rp./kg		50	
Abzüge total	CHF		15 141	

Alpenmilchproduktion und verarbeitete Produkte im Jahre 2005

Alpe	Gesamtmilchmenge in kg	Käse fett in kg	Käse sauer in kg	Butter in kg	Konsummilch auf der Alp in kg	Abgelieferte Milch an Milchhof in kg
Guschg	19 534	1 588	200	69	-	-
Pradamee	98 357	8 743	1 439	975	759	-
Sücka	87 101	6 972	1 750	1 640	-	-
Valüna	55 127	3 694	1 969	393	480	-
Älple	34 198	-	-	-	-	34 198
Total 2005	294 967	20 997	5 358	3 077	1 239	34 198
Total 2004	316 482	17 691	3 429	928	3 882	91 766

Entwicklung der Milchproduktion, des Inlandverbrauches und des Gesamtmilchkontingentes

Direktzahlungen
Einkommensverbessernde Direktzahlungen

Einkommensverbessernde Direktzahlungen dienen der Verbesserung des bäuerlichen Einkommens der bodenbewirtschaftenden Landwirtschaftsbetriebe. Es sind Zahlungen für gemeinwirtschaftliche Leistungen. Die ver-

schiedenen Beiträge (Basis-, Tierhalter-, Pflanzenbau-, Flächenbeitrag, Beitrag für die raufutterverzehrenden landwirtschaftlichen Nutztiere sowie Anbaubeitrag) können von den Betrieben beansprucht werden. Mit diesen Beiträgen wird die flächendeckende Nutzung mit Tieren und Kulturen gewährleistet.

**Einkommensverbessernde Direktzahlungen
Stand Dezember 2005**

Beitragsart	Beitragsberechtigte Landwirtschaftsbetriebe	Durchschnittliche Beiträge pro Betrieb in CHF	Ausbezahlte Beiträge in %
Basisbeitrag	125	12 457	31
Tierhalterbeitrag	109	5 638	14
Pflanzenbaubeitrag	128	6 341	16
Flächenbeitrag	129	3 914	10
Raufutterbeitrag ¹⁾	112	11 749	28
Anbaubeitrag	13	293	1
Total Direktzahlungen	129		100

¹⁾ 1 682 GVE erhielten Raufutterbeiträge

Abgeltungen ökologischer und tiergerechter Leistungen

Der Landwirtschaftsbetrieb erhält für Leistungen Beiträge, die er für die Bewirtschaftung naturnaher Lebensräume, für die bodenschonende Bewirtschaftung oder den extensiven Ackerbau erbringt. Die integrierte bzw. biologische Produktion ist bei fast allen Landwirtschaftsbetrieben auch Standard und für die Aufwendungen für die Ethologie, dem regelmässigen Auslauf der landwirtschaftlichen Nutztiere und den besonders tierfreundlichen Stallhaltungssystemen, werden die Landwirtschaftsbetriebe abgeloht. Für die umweltschonende und tiergerechte Produktion werden fast 60 % der Abgeltungsbeiträge verwendet.

Als Schutzmassnahme vor Infektion durch den Vogelgrippe-Virus musste im Spätherbst das Nutzgeflügel eingestallt werden, was jedoch auf die Auszahlung von RAUS-Beiträgen keinen Einfluss hatte.

Abgeltungsmassnahmen und deren Beanspruchung im Jahre 2005

Massnahme	Anzahl Vertragspartner	Einheiten	Beiträge in %
Bewirtschaftung naturnaher Lebensräume			
Extensiv genutzte			
Wiesen	115	489 ha	23
Wenig intensiv genutzte Wiesen			
Obstbäume einzeln	29	44 ha	1
Obstbäume Gärten	104	4 673 St.	1
Obstbäume auf extensiv genutzten Standorten	67	3 937 St.	3
	37	1 485 St.	2
Bodenschonende Bewirtschaftung			
Begleitflora	32	106 ha	1
Winterbegrünung	59	264 ha	2
Buntbrache	8	10 ha	1
Dauerwiesen	55	402 ha	4
Extensiver Ackerbau			
Extenso-Beiträge	39	132 ha	1
Umweltschonende und tiergerechte Betriebsführung			
Integrierte Produktion (IP)	87	2 653 ha	30
Biologische Produktion (Bio)	35	1 039 ha	14
Bio-Umstellung	3	3 Betr.	0
Regelmässiger Auslauf (RAUS)			
Besonders tierfreundliche Stallhaltung (BTS)	85	3 160 GVE	12
	35	1 501 GVE	3
Total			100

Kontrollen der KUT und der bio-inspecta

Die integriert produzierenden Bauern und die Bio-Landwirte werden von unabhängigen und zertifizierten Kontrollstellen aus der Schweiz überprüft. In Liechtenstein sind dies der Kontrolldienst für umweltschonende und tierfreundliche Qualitätsproduktion (KUT) des Kantons

St. Gallen für die integriert produzierenden Bauern und die Kontrollorganisation bio-inspecta mit Sitz in Frick für die nach den biologischen Richtlinien produzierenden Bauern.

Bei den integriert produzierenden Betrieben wurden bei 11 Betrieben Mängel festgestellt. Bei 3 Betrieben musste der Beitrag gekürzt werden. Alle Bio-Betriebe wurden kontrolliert, bei 9 Betrieben wurden Mängel festgestellt, was bei 5 Betrieben zu Abzügen beim Biobeitrag führte.

Verwaltungsinterne Fachgruppe

Landwirtschaftsbetriebe müssen die Bestimmungen der Tierschutz-, Naturschutz- und Umweltschutzgesetzgebung einhalten. Die verwaltungsinterne Fachgruppe, die sich aus Vertretern des Landwirtschaftsamtes, des Amtes für Umweltschutz, des Amtes für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen sowie des Amtes für Wald, Natur und Landschaft zusammensetzt, hat im Vorfeld der Auszahlungen an die Landwirtschaftsbetriebe über die notwendigen Sanktionen beraten. Bei 3 Landwirtschaftsbetrieben mussten die Direktzahlungen und Abgeltungen wegen der Nichteinhaltung der Tierschutzvorschriften reduziert werden.

Förderung Berglandwirtschaft und Hanglagen

Produktionserschwerisse haben Landwirtschaftsbetriebe, insbesondere in den Gemeinden Triesenberg, Plancken und Schellenberg. Die Produktionsnachteile bestehen vor allem wegen ungünstigen topografischen Verhältnissen. Dies führt zu einem höheren Aufwand bei der Bewirtschaftung. Die Beiträge tragen wesentlich zur Einkommensverbesserung im Berggebiet bei.

Förderung Berglandwirtschaft und Hanglagen im Jahre 2005

Gemeinde	Betriebszuschuss		Flächenbewirtschaftungsbeiträge		Total CHF
	GVE	CHF	ha	CHF	
Balzers	0	0	1.8	513	513
Triesen	0	0	105.4	74 346	74 346
Triesenberg	329.9	379 413	343.2	304 813	684 226
Vaduz	0	0	11.4	5 496	5 496
Schaan	0	0	0	0	0
Planken	6.8	5 747	26.0	15 732	21 479
Eschen	0	0	31.4	10 660	10 660
Mauren	0	0	27.4	9 010	9 010
Gamprin	0	0	35.1	11 668	11 668
Ruggell	0	0	19.4	12 166	12 166
Schellenberg	86.3	73 338	54.0	31 076	104 414
Total	423.0	458 498	655.10	475 480	933 978

Alpwirtschaft
Alpbestossung 2005

Auf den Inlandalpen wurden gegenüber dem Vorjahr 80 Stösse weniger gealpt. Die Bestossung betrug im Durchschnitt 89% der festgesetzten Stösse gegenüber 94% im Vorjahr. Auf den Liechtensteiner Alpen in Vorarlberg wurden 7 Stösse mehr gealpt. Die Bestossung betrug 93% gegenüber 91% im Vorjahr. Bei den Inlandalpen

und bei den Alpen in Vorarlberg erreichte je eine Alpe die geforderte Bestossung von 75% der festgesetzten Stösse nicht und erhielt den Alprungskostenbeitrag nur für die effektiv gealpten Tiere.

Gealpte Tiere und Alprungskostenbeiträge im Jahr 2005 (Inlandalpen und Eigenalpen in Vorarlberg)

	2004		2005	
	Alpen in FL	Alpen in Vlbg.	Alpen in FL	Alpen in Vlbg.
Kühe mit Milchverwertung	289	-	286	-
Kühe ohne Milchverwertung	199	3	136	-
Mutterkühe	166	-	186	-
Rinder/Ochsen über 2 Jahre	443	97	491	97
Rinder/Ochsen 1 – 2 Jahre	700	318	632	322
Kälber bis 1 Jahr	367	118	315	141
Pferde/Esel/Ponys	55	13	71	5
Schafe	156	-	147	-
Gealpte GVE	1 706	327	1 626	334
Alprungskostenbeiträge in CHF	481 430	87 464	473 458	85 228

Alpverbesserungen 2005

Im Berichtsjahr wurden auf folgenden Alpen Sanierungsmassnahmen nach dem Alpwirtschaftsgesetz durchgeführt:

Bargella: Sanierung Triebweg Sebi-Pilatus

Gapfahl-Güschgle: 2 Speicheröfen

Dürrwald: Sanierung Hütten Oberal, Sanierung Triebweg

Fahren-Ziersch: Sanierung Alphütte und Vorplatz Alta Stafel, Sanierung Brunnenplatz Borst

Tiefensee: Sanierung Alphütte, Sanierung und Erweiterung Wasserversorgung Klesi, Rodungen

Landesalpenkommission

Im Berichtsjahr wurde die Landesalpenkommission teilweise neu bestellt. Die Landesalpenkommission hat im Jahr 2005 Begehungen auf den Alpen Rautz und Silum durchgeführt.

Alpwirtschaftliche Projekte
Kartierung der Alpen im Vorarlberg und im Inland:

Die Kartierung der Alpen im Vorarlberg wurde abgeschlossen und die Berichte den Alpbesitzern vorgestellt.

Auf den Inlandalpen werden die festgesetzten Bestosungszahlen und die Weideflächen überprüft. Die Kartierung aller Inlandalpen soll im Jahre 2006 abgeschlossen werden.

Grundlagenverbesserung

Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft

Da die Förderhöhe mit der endgültigen Zusicherung definitiv festgelegt wird, ändert sich bei Eintreten von Mehr- oder Minderkosten des jeweiligen Projektes an der Höhe der subventionsberechtigten Kosten nichts. Wer vorausschauend plant und kostengünstig baut, kann von der seit 2001 geänderten Handhabung profitieren.

Aufgrund der ausserordentlich tiefen Hypothekarzinsätze fielen die Aufwendungen im Bereich Zinsendienst erneut gering aus. Diverse Projekte ziehen sich über Jahre hin. Die Anzahl und Art der eingereichten Projekte ist nicht vorhersehbar. Es ist darauf hinzuweisen, dass die gestaffelten Subventionen mit der Zeit ansteigen und damit zukünftig stärker ins Gewicht fallen werden.

Kommission zur Förderung von Investitionen in der Landwirtschaft

Die Kommission hielt im Berichtsjahr vier Arbeitssitzungen ab. Der Schwerpunkt der Arbeit lag in der Behandlung der anstehenden Gesuche. Ausserdem erfolgten Bauabnahmen realisierter Projekte.

Bodenverbesserungen

Die Gemeinden Vaduz und Gamprin haben ein gemeinsames Projekt für die automatische Grundwasserregulierung im Vaduzer Riet und im anliegenden Teil des Gampriner Rietes eingereicht. Die Bauarbeiten werden im Frühjahr 2006 ausgeführt.

Amt für Umweltschutz

Amtsleiter: Theo Kindle, bis 31. Oktober 2005

Die seit 1995 bestehende Internationale Regierungskommission Alpenrhein (IRKA) hat im Dezember 2005 das «Entwicklungskonzept Alpenrhein» vorgestellt. Dieses umschreibt die Massnahmen zur nachhaltigen Entwicklung des Lebens- und Wirtschaftsraums Alpenrheintal. Im Zentrum stehen Massnahmen zum Hochwasserschutz und zur Erreichung der ökologischen Zielsetzungen. Die Umsetzung des Konzeptes ist eine Generationenaufgabe. Vordringlich ist die Sicherung des Gewässerraumes.

Die starken Niederschläge am 22. August 2005 brachten die Fliessgewässer an die Grenze ihrer Abflusskapazität. Dieses Vorkommnis verdeutlicht, dass mit der zunehmenden Versiegelung der Siedlungsgebiete zusätzliche Massnahmen zur Retention von Niederschlagswasser erforderlich werden.

Die ökomorphologische (Strukturgüte-) Kartierung der Fliessgewässer des Landes wurde 2005 abgeschlossen. Sie ist eine wichtige Grundlage für die zukünftige Gewässerentwicklungsplanung und zeigt, dass bezüglich der Renaturierung der Talraum-Gewässer ein grosser Handlungsbedarf besteht.

Im Bereich Luftreinhaltung lag das Schwergewicht bei den Kontrollen aller Feuerungsanlagen, der Blockheizkraftwerke und der Tankstellen. Innerhalb des Aufbaus des Emissionskatasters konnte die Datenerfassung in drei Gewerbebereichen abgeschlossen werden. Die Überwachung der Immission erfolgte weiterhin gemeinsam mit den Ostschweizer Kantonen (OSTLUFT).

Die Arbeiten im Bereich Klimaschutz konzentrierten sich auf die Implementierung der Vorgaben, welche sich aus den Verpflichtungen der Klimakonvention und des Kyoto-Protokolls ergeben.

Das Deponiekonzept wurde 2005 fertig gestellt. Es stellt die Grundlagen zur Deponiebewirtschaftung aus fachlicher Sicht bereit und formuliert Empfehlungen für die Gemeinden und Landesstellen. In Zusammenarbeit mit den Schweizer Kantonen wurden Faktenblätter für einheitliche Standards bei Entsorgungsbetrieben erarbeitet.

Im Rahmen der Marktüberwachung und Kontrolle umweltgefährdender Stoffe wurde die Inspektionstätigkeit in den Industrie- und Gewerbebetrieben weitergeführt. Mit der Landespolizei wurde bezüglich dem Umgang mit Gefahrgütern die Kontrolle von Betrieben organisiert.

Im Vollzug der Störfallgesetzgebung wurden die Risiken der Erdgashochdruckleitung im Bereich des Rheinparkstadions diskutiert und das Vorgehen festgelegt.

Die koordinierte Erfassung und Darstellung der Umweltdaten als Basis für eine gezielte Berichterstattung und Öffentlichkeitsarbeit wurde weitergeführt.

Insgesamt befinden sich zu Jahresende 2005 total 12 Projekte in den verschiedenen Verfahrensschritten gemäss dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung.

Organisation und internationale Treffen

Am 2. September 2005 besuchte die Geschäftsprüfungskommission des Landtages das Amt für Umweltschutz. Dabei wurden die Schwerpunktaufgaben des Amtes und die anstehenden Fragen der Verwaltungsreorganisation erörtert.

Das Amt für Umweltschutz führte im Herbst 2005 den Selbstbewertungsprozess nach dem vereinfachten EFQM-Verfahren der Landesverwaltung durch und legte für 2006 drei konkrete Massnahmen fest.

Im Rahmen der Arbeit in der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) arbeitete das Amt für Umweltschutz in der Kommission Umwelt und in der Projektsteuerungsgruppe zur nachhaltigen Entwicklung mit.

An der 51. Tagung der Internationalen Gewässerschutzkommission (IGKB) in Schruns/Vorarlberg am 3./4. Mai 2005 konnte eine erfreuliche Bilanz der Erfolge der Reinhaltmassnahmen im Bodensee-Einzugsgebiet sowie das Aktionsprogramm betreffend Ufer- und Gewässerrenaturierung vorgestellt werden.

Liechtenstein hat sich 2001 zur Mitarbeit bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie verpflichtet. Ein Vertreter Liechtensteins nahm an der 12. Koordinations-sitzung der Wasserdirektoren im Rheineinzugsgebiet am 7. Juli 2005 in Bregenz teil. Dabei wurde das weitere Vorgehen bei der Überwachung der ober- und unterirdischen Gewässer und der Ausarbeitung und Abstimmung des Bewirtschaftungsplanes festgelegt.

An der Tagung der Umweltminister der deutschsprachigen Länder Deutschland, Österreich, Schweiz und Liechtenstein vom 5. Oktober 2005 in Vaduz wurden Aspekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und die anstehenden, dringlichen Aufgaben zum Klimaschutz besprochen.

Am 18. November 2005 wurde im Rahmen eines offiziellen Anlasses der Abschluss der Bauarbeiten zur Erweiterung der Kläranlage Bendern nach einer siebenjährigen Bauzeit gefeiert. Am Tag der offenen Tür vom 19. November 2005 konnten sich viele Besucher überzeugen, dass die Zentralkläranlage Bendern ein beispielhaftes Gemeinschaftswerk ist. Die zentrale Abwasserreinigung und Klärschlammbehandlung garantiert einen effizienten Umweltschutz und bietet für alle Gemeinden ökonomische Vorteile.

Rechtsetzung

Die Stellungnahmen zum Vernehmlassungsentwurf für ein Gesetz über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISG) wurden ausgewertet. Aufgrund der Stellungnahmen beschloss die Regierung, vor der Behandlung im Landtag verschiedene Abklärungen vorzunehmen. Die Abklärung von Möglichkeiten der Ausgestaltung des Mobilfunknetzes bei einer möglichst geringen Belastung durch elektromagnetische Strahlung wurde abgeschlossen.

Die Vorbereitung eines Altlastengesetzes erfordert weitere juristische Abklärungen, welche aus Zeitmangel und Prioritätsgründen bisher noch nicht vorgenommen werden konnten.

Betreffend die Umsetzung der Richtlinie 2002/42/EG über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme wurde ein Gesetzesentwurf erarbeitet. Die Vernehmlassung wird 2006 durchgeführt.

Auf den 1. August 2005 setzte der schweizerische Bundesrat das neue Chemikaliengesetz und die darauf abgestützten Verordnungen in Kraft. Diese neue Gesetzgebung wird auf Grund des Zollvertrages nach dessen Kundmachung im Landesgesetzblatt auch in Liechtenstein anwendbar sein. Das bisher gültige schweizerische Giftgesetz, die Giftverordnung und die übrigen auf dem Giftgesetz basierenden Verordnungen sowie die auf das Umweltschutzgesetz gestützte Verordnung über umweltgefährdende Stoffe (Stoffverordnung) werden durch die neuen Bestimmungen abgelöst. Trotz der Angleichung des schweizerischen Rechts an die Vorschriften der EU bestehen diverse Unterschiede zum EU-Recht. In Liechtenstein besteht weiterhin die parallele Verkehrsfähigkeit von Chemikalien. Trotz der Angleichung des schweizeri-

schen Rechts an die Vorschriften der EU bleiben diverse Unterschiede zum EU-Recht bestehen und bedingen für Liechtenstein eine Änderung der Verordnung über den Verkehr mit gefährlichen Stoffen im EWR. Diesbezügliche Vorarbeiten sind angelaufen.

EWR-Abkommen

Im Jahr 2005 wurde ein EU-Rechtsakt in den Anhang XX (Umwelt) sowie 17 EU-Rechtsakte in den Anhang II (13 davon in Kapitel XV Gefährliche Stoffe und 4 in Kapitel XVII Umweltschutz) des EWR-Abkommens übernommen. Insgesamt waren mehr als 40 EU-Rechtsakte zu prüfen.

Zudem waren gegenüber der EFTA-Überwachungsbehörde verschiedene Berichterstattungspflichten zu erfüllen.

Eine Sitzung der EFTA-Arbeitsgruppe «Umwelt» fand in Vaduz statt.

Internationale Übereinkommen

Liechtenstein nahm im Berichtsjahr 2005 an folgenden Konferenzen teil oder liess sich durch die Schweizer Delegation vertreten:

- erste Konferenz der Vertragsparteien des Stockholmer Übereinkommens vom 2. bis 6. Mai 2005 in Punta del Este/Uruguay;
- zweite Konferenz der Vertragsparteien des Rotterdamer Übereinkommens (PIC) vom 27. bis 30. September 2005 in Rom;
- siebzehnte Konferenz der Vertragsparteien des Montrealer Protokolls und 6. Konferenz der Vertragsparteien des Wiener Übereinkommens vom 12. bis 16. Dezember 2005 in Dakar;
- Vertragsstaatenkonferenz zur Klimakonvention und erstes Treffen zum Kyoto-Protokoll in Montreal/Kanada.

Umweltmanagement Systeme

Der Kontakt mit Industrie- und Gewerbebetrieben betreffend Umweltmanagementsysteme wurde weitergepflegt. Speziell Abfallentsorgungsbetriebe zeigen an einer Zertifizierung nach ISO 14000 grosses Interesse.

Umweltinformation

Der vom Amt bearbeitete Umweltschutzkalender 2005 war dem Thema «In aller Munde...» gewidmet.

Das Projekt zur Optimierung der Umweltbeobachtung und des Umweltdatenmanagements wurde abgeschlossen. Es liegt ein umfassender Bericht vor. Dieser beschreibt die Optimierungspotentiale in allen Arbeitsbereichen. Als Weiterführung respektive als erster Umsetzungsschritt des genannten Projektes wurde mit der Konzeption eines Umweltinformationssystems (UIS) begonnen. Die Einführung des UIS ist für das Jahr 2006 geplant.

Umweltverträglichkeitsprüfungen

Bei den drei UVP-pflichtigen Projekten, der Deponie Eschner Au, der Nordumfahrung Schaan und den Berg-

bahnen Malbun, wurde über den inhaltlichen Umfang, die Methoden und den örtlichen und zeitlichen Rahmen der Untersuchung entschieden. Bei einem Projekt, der Beschneidungsanlage Malbun, wurde positiv über die Umweltverträglichkeit entschieden. Kontrollen wurden bei weiteren fünf Projekten durchgeführt. Drei Projekte davon wurden fertig gestellt. Es konnte insgesamt die Einhaltung der Regierungs-Auflagen festgestellt und die Abnahmeentscheidung verfügt werden.

Für die Erweiterung des Sportstadions Rheinpark in Vaduz wurde eine Ausnahme von der UVP-Pflicht gewährt.

Wasserwirtschaft

Allgemeines und internationale Zusammenarbeit

An der 51. Tagung der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB) wurde festgestellt, dass sich die Wasserqualität des Bodensees erfreulich entwickelt hat und die positiven Effekte der international koordinierten Gewässerschutzmassnahmen am Bodensee und in seinem Einzugsgebiet eindrücklich bestätigt. Dennoch bestehen erhebliche Defizite. Insbesondere die verbauten Uferbereiche des Sees sowie viele der Fliessgewässer im Einzugsgebiet müssen naturnah gestaltet werden.

Betreffend die Thematik «Entwicklungskonzept Alpenrhein» wird auf den Ressortbericht verwiesen.

Das Koordinierungskomitee zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie im Rheineinzugsgebiet traf sich zur 12. Sitzung. Dabei stellten die Wasserdirektoren die Broschüre «Rhein ohne Grenzen» vor. Diese beschreibt die aktuelle Qualität der Gewässer und zeigt die wesentlichen Bewirtschaftungsfragen in der Flussgebietseinheit Rhein bis 2015 auf. Die Koordinationsgruppe zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie im Bearbeitungsgebiet Alpenrhein-Bodensee hat die Bestandesaufnahme abgeschlossen. Für die weiteren Arbeiten, wie Überwachungsprogramm und Massnahmenplan, ist weiterhin eine enge, grenzüberschreitende Zusammenarbeit erforderlich.

Oberflächengewässer

2005 war bezüglich der Niederschläge und der Abflussmengen in den Fliessgewässern ein Extremjahr. Die Jahres-Niederschlagsmenge betrug bei der Messstelle Vaduz 834.7 mm und lag damit deutlich unter dem langjährigen Mittelwert von 943 mm. Extreme Niederschlagsmengen fielen am 22. August 2005 (Niederschlagshöhe 97.0 mm). Das hatte zur Folge, dass in den Fliessgewässern extrem hohe Wasserstände auftraten. Im Alpengebiet führten die Niederschläge zu verschiedenen Rutschungen und Murgängen.

Das Daueruntersuchungsprogramm, um den chemischen Zustand der Fliessgewässer zu ermitteln, wurde 2005 weitergeführt. Die Auswertung und Bewertung der Untersuchungsergebnisse kommt zum Schluss, dass bei den meisten Gewässern die Qualitätsziele bezüglich der stofflichen Belastung eingehalten sind.

Wie bereits eingehend erwähnt, konnte die ökomorphologische Kartierung der Fliessgewässer Liechtensteins 2005 abgeschlossen werden. Die Bestandesaufnahme zeigt, dass besonders bei den stark beeinträchtigten Fliessgewässern im Talraum grosser Handlungsbedarf besteht: Binnenkanal, Esche und Spiersbach sowie deren Zubringer sind wichtige Gewässerlebensräume. Hier liegt ein wesentliches Revitalisierungspotential.

Die bedeutendsten Projekte 2005 zur Wiederherstellung der Fliessgewässer als Lebensräume waren: Renaturierung Giessen in Vaduz, Korrektion Waschgraben in Schaan, naturnahe Gestaltung des Mühlebachs sowie des Schmittenkanals in Ruggell.

Für das Gewässersystem der Esche wurden 2005 die Darstellung der historischen Entwicklung sowie die Gewässertypisierung abgeschlossen. Das sind wichtige Grundlagen für die laufende Ausarbeitung des Entwicklungskonzeptes Esche, welches u.a. den neuen Egelsee an der Landesgrenze zwischen Mauren und Feldkirch zum Gegenstand hat.

Grundwasser

Die Dauerüberwachung der Wasserspiegellagen und der chemischen sowie bakteriologischen Beschaffenheit des Grundwassers wurde 2005 programmgemäss weitergeführt. Dabei zeigten sich keine nennenswerten Veränderungen der Wassergüte.

Die Flurabstandskarten konnten 2005 fertig gestellt werden. Sie zeigen, in welcher Tiefe unter der Erdoberfläche das Grundwasser ansteht. Der Grundwasserspiegel wird in vielen Gebieten des Talraumes direkt von der Wasserspiegellage des Rheins diktiert.

Der planerische Schutz der Trinkwassergewinnungsgebiete durch Ausscheidung von Schutzzonen und -arealen wurde im Berichtsjahr weiterverfolgt. Folgende Projekte wurden 2005 weiter bearbeitet: Schutzzonen für das Grundwasserpumpwerk Neugut und Grundwasserschutzareal Neufeld in Vaduz, Schutzzonen für die Quelfassungen der Gemeinde Triesenberg auf der Rheintalseite und im Saminatal, Schutzzonen für die Quelfassungen von Balzers und Grundwasserschutzareal Im Damm, Triesen.

Wassernutzungen

Die Trinkwassernutzung erfolgte im Berichtsjahr gleich wie in den Vorjahren. Da die Daten 2005 noch nicht vorliegen, werden die Werte für 2004 genannt: Der Verbrauch von Trink- und Brauchwasser betrug rund 8 Mio. m³. Die öffentlichen Wasserwerke lieferten rund 6.5 Mio. m³; 1.5 io. m³ wurden von den konzessionierten Selbstversorgern mit eigenen Brunnen aus dem Grundwasser gefördert. Die Wasserbedarfsdeckung erfolgt zu 54 % durch Grundwasser, zu 46 % durch Quellwasser.

Die Wasserversorgung Liechtensteiner Unterland (WLU) sowie die in der Gruppenwasserversorgung Oberland (GWO) zusammengeschlossenen Gemeindewasserwerke haben 2005 weitere Massnahmen zur Quali-

tätssicherung umgesetzt. So wurde bzw. das Generelle Wasserversorgungsprojekt für die Gemeinden des Unterlandes umfassend überarbeitet. Im Weiteren haben die Wasserwerke, wie im Lebensmittelgesetz gefordert, die Wasserbezüger wieder über den chemisch-bakteriologischen Gütezustand des Trinkwassers informiert.

Die wichtigsten Bauprojekte im Bereich der öffentlichen Wasserversorgung waren: Sanierung des Grundwasserpumpwerkes Wiesen in Schaan, Fertigstellung der Quelfassungen Bleika in Triesenberg sowie Neubau des Reservoirs Maree in Vaduz.

Zunehmende Bedeutung gewinnt die thermische Wassernutzung. Im Berichtsjahr wurden zwei Konzessionsgesuche für die Nutzung von Grundwasser zu Heiz- und Kühlzwecken bearbeitet. Derzeit bestehen insgesamt neun konzessionierte Anlagen, in denen im Berichtsjahr 2005 insgesamt 1.9 Mio. m³ Quell-, Grund- und Binnenkanalwasser thermisch genutzt wurden.

Siedlungsentwässerung und Abwasserreinigung

Die Siedlungsentwässerung der Gemeinden erfolgt auf der Grundlage der Generellen Entwässerungspläne. Diese legen fest, wie die verschmutzten Abwässer zur Kläranlage abgeleitet, die unverschmutzten Abwässer versickert oder getrennt in die Vorfluter abzuleiten sind. 2005 wurden Inhalt und Darstellung der Generellen Entwässerungspläne (GEP) der Gemeinden und deren Abstimmung mit dem Verbandsentwässerungsplan (VGEP) des Abwasserzweckverbandes der Gemeinden Liechtensteins in einer Fachkommission, in der auch das Amt für Umweltschutz vertreten war, festgelegt. Es wird nun in den nächsten Jahren eine vordringliche Aufgabe der Gemeinden sein, ihre Generellen Entwässerungspläne nach Massgabe der Gewässerschutzgesetzgebung zu überarbeiten und der Regierung zur Genehmigung vorzulegen.

Abwasser aus Haushalt, Gewerbe und Industrie

Gemäss Gewässerschutzgesetz üben die Gemeinden die Aufsicht über die privaten Liegenschaftsentwässerungen aus und erteilen die Bewilligung zur Einleitung von häuslichem Abwasser in öffentliche Kanalisationen. Für alle Bauten und Anlagen in denen verschmutztes Abwasser anfällt, welches für die mechanisch-biologische Abwasserreinigung geeignet ist, besteht eine Kanalisations-Anschlusspflicht.

Bei den zwei grossen Lebensmittelbetrieben des Landes fallen grosse Mengen an organisch belasteten Abwässern an. In Hinblick auf die beschränkte Reinigungskapazität der Kläranlage Bendern sind diese Betriebe verpflichtet, ihre Abwässer betriebsintern vorzubehandeln. Dies erfolgte 2005 einwandfrei.

Die bei den zwei grossen metallverarbeitenden Betrieben des Landes anfallenden Betriebsabwässer müssen aufgrund ihrer speziellen Zusammensetzung in betriebseigenen Kläranlagen behandelt werden. Die gereinigten Abwässer werden direkt in die benachbarten Gewässer eingeleitet. Die amtlichen Betriebskontrollen

2005 ergaben, dass die vom Amt für Umweltschutz verfügbaren Einleitungsbedingungen erfüllt waren.

2005 wurde wieder eine Anzahl Tankstellen und Garagenbetriebe gewässerschutztechnisch überprüft; erforderlichenfalls wurde die Sanierung von Missständen angeordnet.

Kommunale Abwasserreinigung

Die Reinigung der kommunalen Siedlungsabwässer obliegt dem Abwasserzweckverband der Gemeinden Liechtensteins (AZV). Ihm gehören seit 1. Januar 2000 alle Gemeinden an. Die mechanisch-biologische Abwasserreinigung mit simultaner Phosphatfällung erfolgt in der Kläranlage Bendern. Die Qualität des in den Alpenrhein abgeleiteten gereinigten Abwassers wird online überwacht. Die Daten der Selbstkontrolle sowie der vier amtlichen Kontrollen zeigen, dass die Reinigungsleistung der Zentralkläranlage Bendern 2005 grösstenteils den gesetzlichen Anforderungen entsprach.

Die Kläranlage Vaduz wurde am 5. Juni 2000, die Kläranlage Balzers am 25. Februar 2004 ausser Betrieb gesetzt.

Klärschlammbehandlung und -verwertung

Klärschlamm darf seit 2005 nicht mehr in der Landwirtschaft verwendet werden. Diese Vorschrift machte es erforderlich, dass im Rahmen des Ausbaus der Kläranlage Bendern 2004 und 2005 neue Anlagen für die Entwässerung und Trocknung des Klärschlammes erstellt werden mussten. Deren Inbetriebnahme erfolgte am 18. November 2005.

Subventionierung von Abwasseranlagen

Die wichtigsten Projekte 2005 waren: Erweiterung Schlammbehandlungsanlagen (Entwässerung und Trocknung von Klärschlamm) in Bendern, Neubau Verbindungskanal von der Eschemündung bis zur Kläranlage Bendern, Umbau und Sanierung Pumpwerk und Regenklärbecken Neugrüt, Balzers.

Luftreinhaltung

Emissionen

Überprüfung von Feuerungsanlagen: In Industrie- und Gewerbebetrieben wurden vom Amt für Umweltschutz 47 Öl-/ Gasfeuerungsanlagen überprüft.

Die Feuerungskontrolleure der Gemeinden überprüften 8 322 Öl-/Gasfeuerungsanlagen mit einer Feuerungswärmeleistung unter einem Megawatt. 349 Anlagen mussten beanstandet werden. Neun Feuerungsanlagen konnten nicht mehr einreguliert werden; den Anlagebesitzern wurde eine Sanierungsaufforderung zugestellt.

Überprüfung von besonderen Anlagen: Bei zwölf Blockheizkraftwerken wurden die Schadstoffemissionen überprüft. Im Ergebnis kann bei allen Überprüfungen festgehalten werden, dass die Anlagen weitgehend den rechtlichen Vorgaben entsprechen. Bei einigen Anlagen war aufgrund von Beanstandungen Nachkontrollen notwendig.

Im Rahmen der periodischen Tankstellenkontrolle wurden 30 Tankstellen kontrolliert. Es wurden 149 Zapfhahnen überprüft.

Emissionskataster: Im Berichtsjahr konnten Emissionserhebungen im Druckereigewerbe durchgeführt werden. Insgesamt wurden 16 Gewerbebetriebe angeschrieben. Die erhobenen Daten wurden plausibilisiert und in den «Industrie- und Gewebekataster Emissionen Liechtenstein» (IGEL) übertragen. Zusätzlich wurde bei 16 Gewerbebetrieben eine Betriebsbegehung vorgenommen.

Immissionen

Ostluft (Überwachung der Luftqualität zusammen mit den Ostschweizer Kantonen): Die Geschäftskommission stand das dritte Jahr unter liechtensteinischem Vorsitz. Schwerpunkte bildeten verschiedene Projekte zur Überwachung der Russ- und Feinstaubbelastung.

Kontinuierliche Immissionsmessungen: Der Messstandort Vaduz/Mühleholz musste wegen dem Bau des Schulzentrums aufgegeben werden. Der neue Standort zur kontinuierlichen Immissionsmessung befindet sich seit Mai 2005 an der Austrasse in Vaduz. Deshalb existieren für diese beiden Standorte für 2005 keine Jahresmittelwerte. Die nachfolgend angegebenen Werte beziehen sich auf die Messperiode Mai bis Dezember 2005 am Standort Austrasse.

Der Tagesmittelgrenzwert für Stickstoffdioxid (NO₂) von 80 µg/m³ wurde nicht überschritten. Die höchsten gemessenen Tagesmittelwerte lagen zwischen 11 µg/m³ und 59 µg/m³.

Der Tagesmittelgrenzwert für Feinstaub von 50 µg/m³ wurde einmal überschritten. Der höchste gemessene Tagesmittelwert lag im Dezember bei 66 µg/m³.

Der Stundenmittelgrenzwert für Ozon von 120 µg/m³ wurde in den Monaten Mai bis Dezember an insgesamt 37 Tagen 178-mal überschritten. Der höchste gemessene Stundenmittelwert betrug 179 µg/m³.

In den Jahren 2005/2006 wird in einem Zusatzprojekt die Feinstaubkonzentration an drei Standorten in Eschen, Schaan und Vaduz gemessen. Die Messungen an der Essanestrasse in Eschen von Juli bis Oktober 2005 ergaben, dass an diesem Standort von Überschreitungen des Tagesmittelgrenzwertes als auch des Jahresmittelgrenzwertes für Feinstaub ausgegangen werden muss.

Stickstoffdioxidmessung mit Passivsammlern: An 16 Standorten wurde Stickstoffdioxid mit Passivsammlern gemessen. Gegenüber dem Vorjahr konnte landesweit eine Zunahme der gemessenen Konzentrationen von durchschnittlich 9 % festgestellt werden. Im Vergleichszeitraum 2003/2004 wurde eine Abnahme von ca. 7% festgestellt.

Überschreitungen des Jahresmittelgrenzwertes von 30 µg/m³ wurden an sechs Standorten festgestellt: in Schaanwald wurden 64 µg/m³, in Bendern 36 µg/m³, in Eschen 40 µg/m³, in Schaan 40 µg/m³, in Triesen 37 µg/m³ und in Triesenberg 35 µg/m³ gemessen. An den übrigen Standorten wurde der Grenzwert nicht überschritten.

In Schellenberg wurden 23 µg/m³, in Ruggell 27 µg/m³, beim «Schwarzen Strässle» 18 µg/m³, oberhalb Vaduz 14 µg/m³, Vaduz/Mühleholz 24 µg/m³ (ehemaliger Standort der fixen Messstation), in Balzers 24 µg/m³ und in Malbun 9 µg/m³ gemessen. Beim neuen Standort an der Vorarlbergerstrasse in Schaanwald wurde ein Mittelwert von 28 µg/m³ gemessen. Für die beiden Standorte an der Austrasse (neuer Standort fixe Messstation und Parallelmessung) liegen zu wenig Daten für die Bestimmung eines Jahresmittelwertes vor.

Benzolbelastung: Die Benzolmessungen mit Passivsammlern zeigten, dass der EU-Grenzwert von 5 µg/m³ Benzol auch an Strassenstandorten nicht überschritten wird. Die höchsten Jahresmittelwerte von 2 µg/m³ wurden an der Essanestrasse in Eschen und an der Landstrasse in Schaan gemessen. Die in den Vorjahren gemessenen Höchstwerte lagen im Bereich von 3 µg/m³. Aussagen zu Trends können aufgrund der erst vor drei Jahren begonnenen Messreihe noch keine gemacht werden. Wegen der krebserregenden Eigenschaften von Benzol ist darauf hinzuweisen, dass die Einhaltung des EU-Grenzwertes nicht dahingehend interpretiert werden darf, dass dann absolut keine Gesundheitsgefährdung vorliegt.

Klima

CO₂-Emissionen der neu in Verkehr gesetzten Personenwagen: Der durchschnittliche CO₂-Ausstoss aller neu in Verkehr gesetzten Fahrzeuge ist mit 207 g/km gleich wie im Vorjahr geblieben und lag über der Zielvorgabe gemäss Vereinbarung der EU mit den Automobilherstellern von 140 g/km.

Erhebung Treib- und Brennstoffverbrauch: Die Arbeiten zum neuen Erhebungssystem für die abgesetzten Treibstoffe konnten weit vorangebracht werden. Die Erhebung der Brennstoffmengen gestaltet sich wesentlich aufwändiger.

Treibhausgas-Handelssystem und Nationales Register: Die Zusammenarbeit mit der Schweiz hinsichtlich dem Aufbau des Nationalen Registers gemäss den Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll wurde vertieft.

Berichtspflichten gemäss der Klimakonvention und dem Kyoto-Protokoll: Es wurde das jährlich zu erstellende Klimagasinventar beim Konventionssekretariat eingereicht. Das Inventar weist noch erhebliche Lücken auf, welche im Jahre 2006 zu schliessen sind. Zusätzlich musste wieder ein periodisch zu erstellender Klimabericht eingereicht werden.

Klimaschutz im Bodenseeraum: Von der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) wurde eine Broschüre mit Beispielen und Handlungsempfehlungen zum Klimaschutz herausgegeben. Der im Jahre 2004 erstellte Zustandsbericht zum Klimaschutz wurde an einer Klimaschutztagung vorgestellt.

Abfall

Allgemeines

Im Bereich des Recyclings mineralischer Bauabfälle wurde die Qualitätssicherung weiter optimiert. Ziel ist es, die Qualitätsanforderungen für Recyclingbaustoffe zu erfüllen. In Zusammenarbeit mit den kantonalen Abfallfachstellen der Ostschweiz beteiligte sich das Amt für Umweltschutz am Projekt «Vollzugsordner».

Das EDV-Projekt «Abfallstatistik Liechtenstein» wurde weitergeführt und für die im Jahre 2006 vorgesehene Implementierung vorbereitet. Es handelt sich dabei um eine Datenbank, welche für die EWRA-Berichterstattung die Abfälle von Abgeberbetrieben mit mehr als zehn Mitarbeitern erfasst.

Das EDV-Projekt «Bauaktdatenverwaltung» zur Erfassung von Bauakten und bezüglich Prüfung der umweltrelevanten Aspekte bei Neu- und Umbauten und beim Abbruch konnte zu Beginn des Jahres 2005 in Betrieb genommen werden. Aufbauend auf die praktischen Erfahrungen wurden verschiedene Optimierungen vorgenommen.

Die Sanierung der illegalen Ablagerungen auf dem Areal «Mehrzweckgebäude Mauren» wurde abgeschlossen. Es wurde ein Abschlussbericht erstellt.

Abfallanfall und -behandlung

Im Jahr 2005 wurden insgesamt 11 892 Tonnen Siedlungsabfälle über den Verein für Abfallentsorgung (VfA Buchs) entsorgt, was einer Abnahme gegenüber 2004 um 511 Tonnen oder 4.1 % entspricht. Davon betragen die Abfälle aus Haushaltungen und Gewerbe, welche über die Kehrriechtabfuhr gesammelt werden, 8 038 Tonnen. Bei dieser Fraktion ergab sich gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme um 87 Tonnen oder 1.1 %. Die Direktanlieferungen durch die Industrie lagen bei 2 121 Tonnen. Dies entspricht einer Abnahme gegenüber 2004 von 369 Tonnen oder 14.8 %.

Bei der Anlieferung von organischen Abfällen zur Kompostierung im Umfang von 1 583 Tonnen wurde eine Abnahme von 42 Tonnen oder 2.6 % festgestellt.

Im Jahr 2005 wurden 150 Tonnen Metzgereiabfälle in die KVA geliefert, was einer Abnahme von 13.4 Tonnen oder 8.2 % entspricht.

Bei den Anlieferungen von Muldengut aus Gewerbe und Industrie zur Sortieranlage Sennwald, war im Jahr 2005 eine Abnahme um 331 Tonnen, bzw. 7.7 % auf 3 984 Tonnen zu verzeichnen. Die nicht wieder verwertbaren brennbaren Abfälle wurden dort zerkleinert, zwischengelagert und im Winter der KVA Buchs zugeführt.

Deponiekonzept

Das Deponiekonzept wurde im Februar 2005 von der Regierung verabschiedet und anschliessend durch das Amt für Umweltschutz verschiedenen Stellen vorgestellt und mit diesen diskutiert. Die Unterländer Gemeinden wurden in ihrem Bestreben zur Erarbeitung eines Deponiekonzeptes Unterland unterstützt.

Inertstoffdeponien

Die von den Gemeinden betriebenen Deponien, auf denen Inertstoffe wie Bauschutt, Aushubmaterial und Kieswaschschlamm abgelagert werden, wurden vom Amt für Umweltschutz kontrolliert. 2005 wurden insgesamt 230 975 m³ Inertstoffe abgelagert, was gegenüber 2004 einer Zunahme von 20 255 m³, bzw. 9.6 % entspricht.

Kompostierung

Auf den Kompostierplätzen der Gemeinden wurden im Berichtsjahr 20 044 m³ Häckselgut (Äste, Gras, Heu) zu Kompost verarbeitet. Dies entspricht einer Zunahme von 3 848 m³, bzw. 23.8 %.

Sonderabfälle

In Zusammenarbeit mit den Gemeinden wurden im Jahr 2005 wieder zwei Separatsammlungen von Sonderabfällen aus Privathaushaltungen organisiert und durchgeführt. Insgesamt wurden 19.5 Tonnen Sonderabfälle eingesammelt (2001: 17.5 Tonnen, 2002: 23.5 Tonnen, 2003: 20.5 Tonnen, 2004: 19.4 Tonnen).

Die Sonderabfallstatistik 2005 kann erst nach Vorliegen aller Daten der Sonderabfallentsorgungsunternehmen erstellt werden. Da die Daten nicht vor April verfügbar sind, werden die Vorjahresdaten genannt. 2004 sind total 8 511.9 Tonnen Sonderabfälle angefallen. Nahezu der gesamte Anfall an Sonderabfällen wurde via spezialisierte Entsorgungsunternehmen bewilligten Entsorgungsanlagen im Ausland zugeführt. 2004 wurden 336.6 Tonnen Sonderabfälle nach Deutschland verbracht.

Altlasten

Zusammen mit dem Projekt des Tiefbauamtes zur Prüfung der Stabilität des Rheindammes wurden Sondierbohrungen erstellt. Ziel ist es, die Altablagerungen (ehemalige Gemeindedepo-nien) entlang des Rheins mittels Grundwassermessstellen zu überwachen.

In einem Fall wurde ein Projekt erarbeitet, um die Sanierung eines ehemaligen Unfallstandortes, der durch Öl verschmutzt ist, durchzuführen.

Tankwesen

Der Tankkataster wird laufend den neuesten Gegebenheiten angepasst. Nur so ist der Kataster ein brauchbares Instrument, um einerseits den Vollzug der VWF zu gewährleisten und andererseits Aussagen über allfällige Verdachtsflächen zu machen.

Tankrevisionen / Sanierungen

Im Jahr 2005 wurden 426 Tankanlagen einer Revision unterzogen. Zusätzlich wurden 106 Tankanlagen mit insgesamt 1.2 Mio. Liter Inhalt durch Neuanlagen ersetzt oder, infolge Umstellung auf andere Energieträger, ausser Betrieb genommen.

Tankeinbringung bei Alt- und Neubauten

Im Berichtsjahr wurden vier bewilligungspflichtige Tankanlagen mit total 30 107 Liter Inhalt bewilligt. Zudem wurden fünf meldepflichtige Anlagen (Nutzvolumen bis 4 000 Liter) mit insgesamt 18 000 Liter Inhalt erfasst. Bei den Anlagen handelt es sich um neun Kellertankanlagen.

Die Anzahl neu in Betrieb genommener Tankanlagen ist rückläufig. Dies ist vor allem auf den vermehrten Einsatz von Erdgas und alternativen Heizsystemen zurückzuführen.

Erdsonden

Die Verordnung über den Schutz der Gewässer vor wassergefährdenden Flüssigkeiten (VWF) beinhaltet nebst Tankanlagen auch Kreisläufe, die den Gewässern, dem Boden oder dem Untergrund Wärme entziehen oder an diese abgeben. Im Berichtsjahr wurden vermehrt Gesuche für die Bewilligung von Erdsonden behandelt. Bei den Wärmepumpenanlagen mit Erdsonden handelt es sich um eine Alternative zur Nutzung der fossilen Energieträger. Um dem Vollzug gerecht zu werden, wurde die Erstellung einer Eignungskarte für Erdwärmesonden in Auftrag gegeben. Die Gesuchs- und Bewilligungsunterlagen wurden überarbeitet. Im Berichtsjahr wurden 17 Gesuche bewilligt (Bestand total 44).

Schadenwehr / Öl- und Chemieunfälle

Im Bereich Tankanlagen waren im Berichtsjahr vier Unfälle zu verzeichnen. In allen Fällen handelte es sich um Fehlmanipulationen beim Umschlag von Heizöl und Benzin. Die Ölwehr musste beigezogen werden.

Zusätzlich kam es durch ein nicht eruierbares Fahrzeug zu einer Ölverschmutzung auf einem öffentlichen Platz. Auch dieser Fall musste von der Ölwehr bearbeitet werden.

Das Amt für Umweltschutz wurde weiters wegen einem Brand in einem Industriebetrieb aufgeboten. Dieser Brand wurde von der Feuerwehr und der Ölwehr bearbeitet.

In keinem der Fälle entstand eine Gewässerverschmutzung.

Umweltgefährdende Stoffe und Produkte

Im Bereich umweltgefährdender Stoffe stand die Änderung des schweizerischen Chemikaliengesetzes auf 1. August 2005 im Vordergrund. In diesem Zusammenhang wurde gemeinsam mit den Schweizer Kantonen Informationsmaterial erarbeitet und die betroffenen Kreise informiert.

Betriebskontrollen

Die Inspektionstätigkeit in Industrie- und Gewerbebetrieben bezüglich des Vollzugs der schweizerischen Giftgesetzgebung war in Folge der Gesetzesänderung (neues Chemikaliengesetz trat auf 1. August 2005 in Kraft) reduziert. Betriebe wurden auf Grund von Zollmeldungen und Hinweisen von Dienststellen der Schweizer Kantone

überprüft. Die Kontrollen wurden mit anderen Vollzugsaufgaben (Verordnung über den Verkehr mit gefährlichen Stoffen im EWR, Stoffverordnung usw.) verbunden.

Überwachung der parallelen Verkehrsfähigkeit

Die Überwachung wurde weitergeführt. Im Rahmen des Marktüberwachungs- und Kontrollsystems (MKS) wurden durch das Amt für Umweltschutz 4 289 Zollmeldungen im Bereich gefährlicher Stoffe und Erzeugnisse selektioniert. Zudem übermittelte das Amt für Zollwesen weitere 106 Einfuhrmeldungen zur Bearbeitung an das Amt für Umweltschutz. Die Importeure konnten vorgängig über die Rechtsvorschriften informiert und damit ein Umgehungsverkehr verhindert werden.

Pflanzenschutzmittel

Pflanzenschutzmittel mit neuen Wirkstoffen sind nach der Zulassung durch das Bundesamt für Landwirtschaft seit dem 1. Juni 2005 nicht mehr automatisch auch in Liechtenstein zugelassen, sondern in der Regel erst zwölf Monate später. Lieferungen von Pflanzenschutzmitteln mit neuen Wirkstoffen nach Liechtenstein sind nur noch dann möglich, wenn das betreffende Erzeugnis nicht auf der Liste der in der Schweiz zugelassenen jedoch in Liechtenstein nicht anerkannten Pflanzenschutzmittel enthalten ist.

Ozonschichtabbauende Stoffe

Wie in den Vorjahren wurde beim Vollzug der Stoffverordnung spezielles Gewicht auf die Vermeidung und Reduzierung von ozonschichtabbauenden Stoffen in der Industrie gelegt. Es wurden keine Ausnahmegewilligungen für die Verwendung von ozonschichtabbauenden Stoffen erteilt.

Fachbewilligungen für die Anwendung von Stoffen

Im Jahr 2005 wurden keine neuen Fachbewilligungen erteilt. Bis anhin wurden Fachbewilligungen für einzelne Bereiche wie folgt ausgestellt: Holzschutzmittel 48, Kältemittel 49, Gartenbau 6, Wald 20, Spezialbereiche 5.

Bewilligungen zum Verkehr mit Giften und Giftscheine (Klassen 1 und 2)

In Folge der Gesetzesänderung wurden im Jahr 2005 keine neuen Giftbewilligungen (Bezugs- und Verkehrsbewilligungen) ausgestellt. Das neue Chemikaliengesetz sieht keine Giftbewilligung wie bisher vor.

Bis zum 1. August 2005 wurden 28 Giftscheine für Gifte der Klasse 2 ausgestellt.

Anmeldungen nach EU-Chemikalienrecht

Die Bundesanstalt für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsmedizin, Dortmund, berichtete keine Anmeldungen für neue Stoffe von Betrieben aus Liechtenstein.

Bewilligungen für Kältemittelanlagen

Ozonschichtabbauende Stoffe und in der Luft stabile Stoffe wurden auf Grund ihrer Auswirkungen auf die Umwelt auf internationaler Ebene durch das Montrealer-Protokoll und durch das Kyoto-Protokoll geregelt. Bei der Regelung der in der Luft stabilen Stoffe geht es nicht um ein totales Verbot wie bei den ozonschichtabbauenden Stoffen, sondern um eine Beschränkung der Anwendungen auf Bereiche, in denen nach dem Stand der Technik keine Ersatzstoffe oder Ersatzverfahren vorhanden sind. Das Massnahmenpaket zur Einschränkung der in der Luft stabilen Stoffe (synthetische Treibhausgase) umfasst eine Reihe von verschiedenen Vorschriften, die in der Verordnung zur Reduktion von Risiken beim Umgang mit bestimmten besonders gefährlichen Stoffen, Zubereitungen und Gegenständen (ChemRRV) aufgeführt sind. Die ChemRRV ersetzt die bis am 31. Juli 2005 gültige schweizerische Stoffverordnung und wird nach deren Kundmachung im Landesgesetzblatt auch in Liechtenstein anwendbar. Unter anderem unterliegt das Erstellen von stationären Kälte-, Klima- und Wärmepumpenanlagen (Wärmepumpen erst ab Januar 2007) mit mehr als 3 kg in der Luft stabilen Kältemitteln einer Bewilligungspflicht. Darunter fallen Neuanlagen, Ersatzanlagen, Erweiterungen und Umbauten.

Für die Erlangung der Bewilligung können unterschiedliche Verfahren von den Gesuchstellern angewendet werden. In Zusammenarbeit mit den schweizerischen Kantonen wurde das elektronische Bewilligungsverfahren konzipiert.

Strahlenschutz

Störfallvorsorge

Bis heute sind sechs Kurzberichte über das Störfallrisiko von Betrieben oder Anlagen eingegangen. Der Kurzbericht eines sich im Bau befindlichen Betriebes wurde einer Vollständigkeitskontrolle unterzogen; geplante Nutzungsanpassungen wurden geprüft und integriert.

Die Beurteilung eines Kurzberichtes wurde weitgehend abgeschlossen.

Das weitere Vorgehen bei der Beurteilung der Erdgashochdruckleitung im Bereich des Rheinparkstadions Vaduz wurde im Zusammenhang mit dem Baugesuch des Tribünenbaues Nord diskutiert und festgelegt.

Ein Feuerwehreinsatzplan für einen empfindlichen Strassenabschnitt wurde erstellt und liegt als Rohentwurf vor.

Die Arbeiten für eine «Bio-Einsatzplanung» für Ereignisse auf Verkehrswegen und in Betrieben wurden aufgenommen.

Gentechnisch veränderte und pathogene Organismen

Die Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum für biologische Risiken in Zürich hat sich wieder bestens bewährt. Mehrere Abklärungen rechtlicher und technischer Art konnten auch dieses Jahr speditiv und mit einem

sehr geringen finanziellen Aufwand erledigt werden. Der Schwerpunkt der Arbeiten lag in der Aktualisierung der Liste betreffend die in der EU und in der Schweiz zugelassenen gentechnischen Organismen sowie in der Ausarbeitung einer Einsatzplanung für natürlich bedingte Ereignisse und Bio-Terror-Ereignisse.

Gefahrgutsicherheitsbeauftragte

Ende 2005 verfügten 32 Betriebe über EU-Gefahrgutsicherheitsbeauftragte. Zurzeit sind 41 Personen in Industrie, Gewerbe und Verwaltung entsprechend ausgebildet.

Die Jahresberichte der Betriebe, welche die Gefahrgutsicherheitsbeauftragten erstellen, wurden bei allen Betrieben eingeholt und geprüft. Die Daten wurden unter anderem auch für die Beurteilung der Störfallvorsorge im Verkehrsbereich verwendet.

Mit der Landespolizei wurden in Zusammenhang mit dem Umgang mit Gefahrgütern für Betriebskontrollen die betroffenen Betriebe festgelegt und eine Checklisten für Kontrollen erarbeitet.

Fischerei

Internationale Zusammenarbeit

Die 112. Tagung der Internationalen Bevollmächtigtenkonferenz für die Fischerei im Bodensee und seinen Zuflüssen (IBKF) fand 2005 am 22. Juni in Vaduz statt.

Die Fischereifachstellenleiter am Alpenrhein trafen sich im Berichtsjahr zu ihrer 21. Konferenz.

Fischereibiologie / Fischgesundheit

Auf der Grundlage des Ergebnisses des gesamtschweizerischen Projektes «Fischnetz», in welchem das Amt für Umweltschutz mitgearbeitet hat, wurde eine ausführliche Auswertung mit den schwerpunktmässigen Massnahmen zur Behebung bestehender Hauptprobleme für die Fischbestände ausgearbeitet.

Am 11. Juni 2005 konnte das neu erstellte Bruthaus des Fischereivereins Liechtenstein in Ruggell offiziell eingeweiht werden.

Fischökologische Gesamtuntersuchung Alpenrhein gestartet

Im August 2005 fand die erste systematische Befischung im Rahmen des künftigen Gesamtuntersuchungsprogramms Alpenrhein statt. Vorrangiges Ziel des Befischungsprogrammes ist, anhand des Fischbestandes den Alpenrhein in bestimmten zeitlichen Abständen ökologisch zu bewerten. Damit soll der Erfolg bisheriger und künftiger Massnahmen zur Verbesserung des ökologischen Zustandes des Flusssystemes beurteilt werden. Die Untersuchungen zeigten generell einen erfreulich guten Bestand an Seeforellen, die derzeit vom Bodensee zur Fortpflanzung in die Alpenrhinzuflüsse ziehen. Weiter konnte ein verhältnismässig beachtlicher Bestand an Strömern, eine seltene Kleinfischart, fest-

gestellt werden. Der Bestand an anderen Fischarten ist zum Teil sehr gering, einzelne potentielle Fischarten konnten nicht nachgewiesen werden, was deutlich macht, dass der Alpenrhein als Lebensraum nach wie vor einen sehr schlechten Zustand aufweist. Die Ergebnisse lassen auch den Schluss zu, dass sich die bisherigen Revitalisierungsmassnahmen im Flusssystem des Alpenrheins positiv ausgewirkt haben und künftige Massnahmen im Rahmen der Umsetzung des Entwicklungskonzeptes Alpenrhein Erfolg versprechend sein werden.

Revitalisierung von Fliessgewässern

Die im Fischereigesetz (1990) verlangte Verbesserung der Gewässer als Lebensräume für Wassertiere und Pflanzen wurde auch 2005 weitergeführt. Für die Umsetzung des Entwicklungskonzeptes für das Spiersbachsystem wurde ein Projekt für die Mündungsgestaltung ausgearbeitet. Für das Eschesystem wurde als Grundlage für ein Entwicklungskonzept der Zustand historisch erhoben und publiziert.

Die Ergebnisse der Befischungen lassen den Schluss zu, dass die getroffenen Revitalisierungsmassnahmen sich positiv ausgewirkt haben und künftige Massnahmen im Rahmen der Umsetzung der Gewässerentwicklungskonzepte Erfolg versprechend sind.

Wiederaufbauprogramm Bachforellenbestand / Fischbrutanlage Ruggell

Im 2005 konnten im Spörryweiher von 800 Bachforellen-Elterntieren 510 000 Bachforelleneier gewonnen werden. 180 000 Bachforelleneier gingen in die Brutanlage Ruggell, 300 000 Bachforelleneiern gingen in die Fischzuchtanlage Rorschach und 30 000 Bachforelleneier konnten dem Fischereiverein Koblach übergeben werden.

Laichfischfang

Beim im Spätherbst vom Fischereiverein durchgeführten Laichfischfang im Binnenkanal wurden 30 000 Bachforelleneier gewonnen. Diese wurden zusammen mit 180 000 Bachforelleneier aus dem Spörryweiher Vaduz in der Brutanlage des Fischereivereins Liechtenstein in Ruggell erbrütet.

Fischeinsätze

Eingesetzt wurden 2005 insgesamt 150 000 Bachforellen- und 25 000 Seeforellen-Vorstrecklinge.

Fischereiaufseher

Im Mai 2005 vereidigte Regierungsrat Hugo Quaderer Herrn Gottlieb Sele, Triesenberg, als Fischereiaufseher.

Fischereibeirat

Im Berichtsjahr hat sich der Fischereibeirat unter dem Vorsitz des Leiters des Amtes für Umweltschutz zu drei Sitzungen getroffen. An den Sitzungen wurden die fol-

genden Themen behandelt: Gesundheitszustand der Fische im Rheintal (Projekt Fischnetz), Stand Gewässerentwicklung, Entwicklungskonzepte Alpenrhein und Spiersbach, Ergebnis der Erfolgskontrolle Binnenkanalmündung.

Kommission für die Durchführung der Fischereiprüfung

Die Kommission für die Durchführung der Fischereiprüfung hat am 29. November 2005 die 15. Fischereiprüfung abgenommen. Zur Prüfungsvorbereitung wurden drei Kursabende zu den Themen Geräte, Reglemente und Strukturen, der gefangene Fisch, Hege, Pflege und Aufzucht, Gerätekunde, Gewässerkunde und Natur- und Umweltschutz durchgeführt. Die schriftliche Prüfung wurde von 53 Teilnehmern abgelegt. 44 Teilnehmer haben die Prüfung bestanden.

Amt für Wald, Natur und Landschaft

Amtsleiter: Dr. Felix Näscher

Im Waldbereich bildete die Erarbeitung und Veröffentlichung des Berichts über die Verbisskontrollzäune sowie die nachfolgende Festlegung wirksamer Massnahmen zur Wildschadenverhütung einen massgeblichen Arbeitsschwerpunkt. Nach dem Motto «Wer Wald will, muss auch Holz wollen» konnten zur Erhöhung des Holzabsatzes zielführende Massnahmen eingeleitet werden. Für alle innerhalb der Bauzonen liegenden Gebiete konnte eine Risikoübersichtskarte erstellt und die damit verbundene Methodik zur Herleitung von Handlungsentscheiden erarbeitet werden. Ein darauf abgestütztes Risikomanagement vermag zu gewährleisten, dass Investitionen in Schutzmassnahmen vor Lawinen, Steinschlag, Rufen, Rutschungen und Erosion nach den Kriterien der Zweckmässigkeit und Notwendigkeit, Wirtschaftlichkeit und Dringlichkeit bestmöglich geplant werden können. Innerhalb des Bereichs Natur und Landschaft bildete die Weiterführung des Entwicklungskonzeptes Natur und Landwirtschaft sowie die Behandlung von Eingriffsverfahren einen Arbeitsschwerpunkt. Anpassungen im Hinblick auf eine wirkungsvollere Umsetzung des Konzeptes zur Notfuttermassnahme im Winter und in diesem Zusammenhang gleichzeitig sowohl eine Ergänzung der Hegeverordnung als auch eine Erweiterung des Jagdbeirates durch eine Änderung des Jagdgesetzes kennzeichnen Schwerpunkte im Jagdbereich. Der Arbeitsbereich Berggebietssanierung war geprägt durch die Unwetterereignisse vom 22./23. August 2005, während denen im Alpengebiet erhebliche Schäden an Infrastrukturen und alpwirtschaftlichen Flächen verursacht wurden sowie durch den Abschluss der Arbeiten zur Novellierung der BGS-Verordnung.

Wald

Inventare, Planung, Gesetzgebung

In den Sommermonaten 2004 wurde in Liechtenstein zum vierten Mal nach 1992, 1996 und 2000 die Verbisssbelastung an jungen Waldbäumen erhoben. Die im Berichtsjahr erfolgte Auswertung brachte ein für den Wald und seine nachhaltige Bewirtschaftung erschreckendes Ergebnis hervor: 73 % der nach einem einheitlichen Schema beurteilten Verjüngungsflächen weisen derartige Verbisseinwirkungen auf, dass sie aus waldbaulicher Sicht als untragbar zu beurteilen sind. Das heisst, dass hier das Verjüngungsziel nicht erreicht werden kann. Besonders gravierend sind die Verbisseinwirkungen in der Höhenstufe 800 bis 1 200 m ü.M., wo mehr als 90 % der Verjüngungsflächen als untragbar geschädigt bezeichnet werden müssen. Dieses Ergebnis ist umso schwerwiegender, als sich ab einer Höhe von 800 m ü.M. die Schutzwälder befinden, welche für die Siedlungen am Rheintalhang von enormer Bedeutung sind.

In den Gemeindewaldungen von Balzers, Triesen und Triesenberg wurden die Erhebungen zum Zustand des Schutzwaldes abgeschlossen. Die Ergebnisse der in allen Wäldern mit wichtiger Schutzfunktion durchgeführten Untersuchung bestätigen die grossen Verjüngungsdefizite, die eine ausreichende Schutzleistung der Wälder mittelfristig in Frage stellen. Im Jahr 2006 können die Schutzwaldaufnahmen voraussichtlich abgeschlossen werden, so dass das Konzept zur Erhaltung und Verbesserung der Schutzwälder in Liechtenstein fertig gestellt werden kann.

Im Rahmen des Regelungsverfahrens zwischen Land und Gemeinden mussten auch diverse walddrechtliche Bestimmungen angepasst werden. Neben dem Kapitel V (Fördermassnahmen) des «Waldgesetzes» mussten auch die «Verordnung über Umfang und Leistung von Abgeltungen im Rahmen des Waldgesetzes» sowie die «Verordnung über Waldreservate und Sonderwaldflächen» in einigen Punkten auf die neue Aufgabenteilung zwischen Land und Gemeinden abgestimmt werden.

Schutz und Erhaltung des Waldes

Am 5. Dezember 2005 jährte sich zum zwanzigsten Mal das grosse Brandereignis in den Schutzwaldungen auf «And», oberhalb der Gemeinde Balzers. Die Wunden des Brandes, bei dem rund 110 Hektaren Wald mehr oder weniger stark beschädigt wurden, sind inzwischen grösstenteils verheilt. Wer heute durch die ehemaligen Brandflächen streift, kann sich kaum vorstellen, wie es dort vor 20 Jahren ausgesehen hat. Vor Vitalität strotzende Jungwaldbestände stocken heute dort, wo damals Tausende von verkohlten Bäumen auf verbranntem Waldboden standen. Neben den waldbaulichen Wiederinstandstellungsarbeiten, welche durch den Gemeindeforstbetrieb Balzers fachgerecht und mit grossem Einsatz ausgeführt wurden, wurden in der Zwischenzeit seitens der Schweizer Armee (VBS) auch technische und organisa-

torische Massnahmen getroffen, die eine Wiederholung des Brandfalles ausschliessen sollten.

Im Berichtsjahr hat die Regierung insgesamt 4 Waldrodungen bewilligt; alle liegen auf Hoheitsgebiet der Gemeinde Vaduz. So musste für die 2. Ausbautetappe der Deponie «im Rain» eine Fläche von 0.9 ha gerodet werden. Der Bau der 1. Etappe der Beschneiungsanlage Malbun machte eine Rodung von 220 m² Wald notwendig. Dem Stadion- und Trainingsplatzausbau Vaduzer Rheinau fielen Windschutzgehölze im Ausmass von 1 510 m² zum Opfer, während eine Erschliessungsänderung im «Mölihözl» 130 m² Waldfläche beanspruchte. Für die kleineren Rodungsflächen wurde Realersatz in Form von funktions- und flächengleichen Wiederbewaldungen geleistet. Als Ersatz für den temporären Waldverlust «im Rain» wurde der Vaduzer Giessen auf dem Abschnitt «Unteres Pradafant» bis «Haberfeld» revitalisiert.

Waldbewirtschaftung

Holznutzung

Mit der Holznutzung wird der Wald gepflegt und verjüngt. Diese Verjüngungskur ist unabdingbar, denn mancherorts ist die Schutzfunktion des Waldes beeinträchtigt. Der Wald ist wegen seiner Schutzfunktion überlebenswichtig. Er schirmt Strassen und Siedlungen wirksam und langfristig ab gegen Lawinen, Steinschlag, Erdbeben oder Murgänge. Damit sich die Bevölkerung auch in Zukunft auf den Schutz des Waldes verlassen kann, muss sein Zustand verbessert werden. Im Moment werden unsere Wälder zu wenig genutzt. Die im Berichtsjahr 2005 genutzte Holzmenge von total 18 038 m³ setzt sich aus 8 166 m³ Nutzholz, 731 m³ Industrielholz und 9 141 m³ Energieholz zusammen. In unseren Wäldern wäre eine Nutzung bis 25 000 m³ immer noch nachhaltig.

Tabelle Holznutzung 2005

	Nadelholz m ³	Laubholz m ³	Hack-schnitzel m ³	Total m ³	%
Nutzholz	7 938	228		8 166	45.27
Industrielholz	731			731	4.05
Brennholz	1 379	4 205	3 557	9 141	50.68

Holz

Holzverwertung / Holzmarkt

Die ETH-Konjunkturforschung KOF hat der Schweizer Wirtschaft für das Jahr 2005 ein Wirtschaftswachstum vorausgesagt. Das Wirtschaftswachstum hat sich dann vor allem im 2. Halbjahr 2005 beschleunigt und praktisch auf alle Wirtschaftssektoren ausgedehnt. Vor allem exportorientierte Unternehmen haben davon profitiert. Auch in dem für den Holzmarkt wichtigen Baugewerbe hat sich die Geschäftslage verbessert. Der Rundholzmarkt verlief bis in den letzten Sommer hinein relativ ruhig. Durch den deutlich kleineren Anfall von Käferholz

sowie die guten Wirtschaftsprognosen hat dann auf den Herbst hin die Rundholznachfrage in den für die Liechtensteiner Forstwirtschaft wichtigen Exportländern wie Österreich, Italien und Schweiz angezogen. Der Preisdruck hält allerdings weiterhin an. Die Liechtensteiner Forstbetriebe sind auf den Export von einem Grossteil des Nutzholzes angewiesen, da die zwei bei uns bestehenden Kleinsägereien den gesamten Anfall nicht übernehmen können.

In Mitteleuropa sind verschiedenen Grosssägewerke geplant, so dass in den nächsten Jahren Bewegung in den mitteleuropäischen Holzmarkt kommen wird. In unmittelbarer Nähe von Liechtenstein plant die Holzindustrie Stallinger GmbH in Ems ein Grosssägewerk. Das vor der Realisierung stehende Sägewerk liegt verkehrstechnisch günstig (Bahn und Autobahn) und ist im Einzugsbereich grösserer Rundholzvorkommen. Die Einschnittkapazität soll vorerst 600 000 m³ und nach dem Vollausbau 800 000 m³ erreichen.

Holzoskar

Zum zweiten Mal nach 2001 hat im abgelaufenen Jahr der Verein Holzkreislauf den Liechtensteiner Holz-Oskar verliehen. Insgesamt standen 25 innovative und originelle Holzbauten an diesem Holzbau-Wettbewerb zur Beurteilung an, was die auch in Liechtenstein zunehmende Beliebtheit von Holz als Baustoff spricht.

Schutz vor Naturereignissen

Naturgefahrenkartierung

Die Risikoübersichtskarte für alle innerhalb der Bauzonen liegenden Gebiete konnten erstellt und die damit verbundene Methodik zur Herleitung von Handlungsentscheidungen erarbeitet werden. Das System befindet sich nun in einer Pilot- und Überprüfungsphase.

Technische Schutzmassnahmen

Die Steinschlagverbauung an der Vaduzer Schlosshalde wurde fortgesetzt und um eine zusätzliche Etappe (Regierungsgebäude bis St. Florinsgasse) verlängert. Diese Netzkonstruktion wird anfangs 2006 abgeschlossen.

Schutzwaldpflege

Mit dem letztjährigen Holzschlag in der Schlosshalde konnte die auf mehrere Ausführungsetappen und Jahre verteilte Waldverjüngung erfolgreich abgeschlossen werden. Dieser direkt an das Vaduzer Städtle angrenzende Schutzwald verursachte nicht nur eine äusserst aufwändige Holzerei, sondern veränderte auch das Orts- und Landschaftsbild nachhaltig. Eine ähnliche Auswirkung, sowohl in finanzieller, als auch in landschaftlicher Hinsicht hatte der Holzschlag entlang der Zufahrt zum Schloss Vaduz. Eine weitere Etappe zur Stabilisierung des Schutzwaldes oberhalb des Dorfes konnte in der Triesener «Eggastalta» ausgeführt werden. Die Forstsetzung der Schutzwaldsanierungsarbeiten im Triesenberg

gehörte im abgelaufenen Jahr ebenfalls zu den grösseren Hürden, die es zu bewältigen gab.

Neben diesen grossen Projekten wurde am rheintal-seitigen Westhang auch auf vielen kleinen Schutzwaldflächen gearbeitet. Da auch kleinflächige Massnahmen grosse Wirkungen haben können, sind diese Arbeiten im Hinblick auf eine optimale Schutzerfüllung dieser Wälder ebenso unerlässlich. So wurde im Raum Triesen – Triesenberg wiederum ein Teil der Wildbach- und Rüfeein-hänge von schweren, das Gerinne durch Verklauungen gefährdenden Bäumen befreit. Wie die Unwetter vom letzten Sommer in unseren Nachbarländern eindrücklich aufgezeigt haben, machen sich diese in Liechtenstein bereits seit einigen Jahren durchgeführten Arbeiten auf lange Sicht in jedem Fall bezahlt.

Nach der erfolgreichen Premiere im Vorjahr wurden im Schaaner Gebiet «Alpila – Plattawald» erneut Schutz-waldsanierungsarbeiten in Zusammenarbeit mit der Schweizer Stiftung «Bergwaldprojekt» realisiert. In zwei einwöchigen Kursen haben dort 25 Freiwillige aus der Schweiz, Deutschland, Österreich und Holland Holzerei-, Wegebau- und Jungwaldpflegearbeiten ausgeführt.

Walderschliessung

Die Erschliessung der Wälder mit LKW-befahrbaren Waldstrassen ist seit einigen Jahren weitgehend abgeschlossen. Die im Berichtsjahr ausgeführten Massnahmen betreffen deshalb einerseits Instandstellungsarbeiten, Optimierung der Linienführung und lokale Verbreiterungsmassnahmen an älteren Waldstrassen. Die Sanierung der Böschungssicherung an der «Letzistrasse», Vaduz erfolgte mittels eines verankerten Drahtgeflechtnetzes. Ebenfalls eine Hangsicherung erstellt werden musste am Maschinenweg in den Bärenlöchern, Mauren. In Triesen wurden einige Kurven an der Waldstrasse «Bad» verbreitert. Die Verlegung der Kehre «Bauwald / Rüttigasse» in Mauren ermöglicht nun den Holzabtransport über die Maurerbergstrasse.

Mit der Aufgabenentflechtung werden ab 2006 Walderschliessungsprojekte nicht mehr durch das Land gefördert.

Forstliche Aus- und Weiterbildung

An der Diplomfeier an der Höheren Forstlichen Fachschule (HFF) in Maienfeld erhielten im Herbst 2005 drei Liechtensteiner ihre Diplome als «Förster HFF». An der Feier zum Abschluss der intensiven zweijährigen Ausbildung wurde die hohe Bedeutung von praktisch ausgebildeten Förstern für den Wald hervorgehoben. Verteilt auf sieben Forstbetriebe stehen im Moment neun Forstwartlehrlinge in der dreijährigen Ausbildung.

Für die in der Ausbildung tätigen Förster und Forst-warte wurde über den Waldwirtschaftsverband Schweiz ein zweitägiger Weiterbildungskurs in Eschen durchgeführt. Im Weiteren wurde für Interessenten ein Nothel-ferkurs, welcher zugeschnitten war auf das Forstperso-nal, abgehalten.

Natur und Landschaft

Inventare und Konzepte

Inventar der schützenswerten Objekte, Lebensräume und Landschaften innerhalb der Siedlungen

Die Inventarberichte für alle Gemeinden wurden 2004 fertig gestellt. Anlässlich einer Sitzung der Fachgruppe «Umwelt und Raum» wurde die Arbeit dem Ressort und den Vertretern der Umweltämter vorgestellt. Ebenso wurden die Berichte in den einzelnen Gemeinden vorgestellt und diskutiert. Ein wesentliches Ziel der vorliegenden Arbeit ist, sowohl die Bevölkerung als auch die Behörden auf die Naturwerte in der Gemeinde aufmerksam zu machen, damit bei Planungen und Entscheiden die Anliegen von Natur und Landschaft frühzeitig berücksichtigt werden können.

Entwicklungskonzept «Natur und Landwirtschaft» ENL

Das Modul 1 des ENL, welches eine Erarbeitung der Grundlagen für die Sach- und Raumpolitik des Naturschutzes umfasst, wurde fertiggestellt, in jeder Gemeinde vorgestellt und mit den zuständigen Gemeindebehörden besprochen. Bis Oktober 2005 wurde eine mit allen Gemeinden konsolidierte, endgültige Fassung vorgelegt. Diese wurde mit den involvierten Ämtern und verschiedenen Institutionen besprochen und das weitere Vorgehen festgelegt.

Freier Zugang auf das Thema Natur und Landschaft im Geodatenportal

Im frei zugänglichen Bereich des Geodatenportals der Landesverwaltung konnte der Themenbereich, Natur und Landschaft aufgeschaltet werden. Dargestellt sind die mit Verordnung geschützten Naturschutzgebiete, Waldreservate und Sonderwaldflächen, Magerwiesen, Pflanzenschutzgebiete und Pilzschutzgebiete, sowie das Inventar der Naturvorrangflächen.

Pflege und Schutz von Lebensräumen

Eingriffe in Natur und Landschaft

Es wurden insgesamt 18 Verfahren gemäss Art. 12 und 13 des Gesetzes zum Schutz von Natur und Landschaft betreffend «Eingriffe in Natur und Landschaft» durchgeführt. Davon betrafen acht Bauten und Anlagen, sechs Zufahrten und Einrichtungen, drei Geländeverschiebungen sowie eine Gewässerrenaturierung.

Kommissionen

Für die Bewirtschaftungsperiode 2005 wurden erstmals die geänderten Bewirtschaftungsbeiträge angewendet. Die Anpassung und Abänderung der Verordnung über die Ausrichtung von Bewirtschaftungsbeiträgen zur Erhaltung von Magerwiesen wurde Ende 2004 von der Regierung beschlossen. Die grossen Unterschiede der Bewirtschaftungsbeiträge für die extensive Bewirtschaftung

der Magerwiesen innerhalb und ausserhalb der Naturschutzgebiete konnten damit angepasst werden. Die Pflege der Naturschutzgebiete konnte im notwendigen Rahmen durchgeführt werden.

Kommission für Natur- und Landschaftsschutz

Im Berichtsjahr fanden keine Sitzungen der Kommission für Natur- und Landschaftsschutz statt.

Kommission für die Ausrichtung von Bewirtschaftungsbeiträgen zur Erhaltung der Magerwiesen

Die Magerwiesenkommission hatte im Berichtsjahr keine Sitzung. Es lagen keine Anträge vor und es wurden auch keine Probleme betreffend der Bewirtschaftung von Magerwiesen gemeldet.

Naturkundliche Sammlung

Sammlungsbetrieb

Zur Ergänzung der Sammlung Prinz Hans und einheimische Fauna wurden zwei Muntjak-Präparate, einige Dutzend Vögel und Kleinsäuger, Aufarbeitung gefroren gelagerter Objekte in Ganz-, Haut und Skeletpräparate (Gemskitz, Sikahirschkalb, Steinkitz, Sikahirschkalb und Hausschaf-Lamm angefertigt.

Die Ausstellungsobjekte und technischen Einrichtungen (Beleuchtung, Vitrinen, klimatische Überwachung) wurden im Ausstellungsbereich «Nutzen» des Liechtensteinischen Landesmuseums (LLM) unterhalten und kontrolliert.

Der Präparator der Naturkundlichen Sammlung hat eine Woche lang bei der Montage eines Elefantenskelettes im Naturhistorischen Museum der Burgergemeinde Bern mitgeholfen (Austausch von Arbeitskräften der beiden Institutionen). Im vergangenen Jahr hat die Naturkundliche Sammlung wieder einige Aufträge diverser Institutionen für die Entfettung von Tierknochen durchgeführt.

Sammlungsschutz

Die Naturkundliche Sammlung konnte im vergangenen Jahr einen Teil der Prinz Hans Sammlung (Vogelbalgsammlung) und des Herbares in den klimatisierten Kulturgüterschutzraum überführen. Die Objekte wurden vorgängig in der Durchgasungsanlage mit Stickstoff gegen eventuellen Schädlingsbefall behandelt.

Öffentlichkeitsarbeit

Es wurden zahlreiche Führungen durch die Sammlung und die Museumsausstellung durchgeführt, fachliche Auskünfte über präparations- und sammlungstechnische Angelegenheiten erteilt und Vorträge an Tagungen gehalten.

In Zusammenarbeit mit der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz wurde im September/Oktober im Liechtensteinischen Landesmuseum eine Ausstellung mit dem Titel «Gletscher im Treibhaus» durchgeführt.

Zusammenarbeit mit anderen Institutionen

Mit verschiedenen Museen und Präparatoren aus der Schweiz, Deutschland und Österreich fand auf verschiedenen Ebenen eine Zusammenarbeit statt.

Naturhaus im Landesmuseum

An verschiedenen Sitzungen des Teams Landesmuseum / Amt für Wald, Natur und Landschaft / Hochbauamt wurden Jahres- und Tagesgeschäfte besprochen, Veranstaltungen und Führungen geplant und eine Schnittstellenvereinbarung zwischen den drei Institutionen verfasst und unterzeichnet. Am 8. Oktober zeigte die Naturkundliche Sammlung anlässlich der «Langen Nacht der Museen» eine Sonderausstellung mit dem Thema «Eulen und Käuze».

Wildtiere und Jagd

Jagdplanung

Mit Verordnung vom 10. Mai 2005, LGBl. 2005 Nr. 91, wurden der Abschussplan beim Rothirsch auf 240 Stück, bei der Gämse auf 111 Stück und beim Reh auf 274 Stück festgelegt. Die diesbezüglichen Abschüsse betragen beim Rothirsch 222 Stück, bei der Gämse 110 Stück, beim Reh 272 Stück. Für den Steinbock wurde eine ganzjährige Schonung festgelegt.

Für die rheintalseitigen Tal- oder Hanglagenreviere wurde die Jagdzeit auf den Rothirsch im Herbst im Vergleich zu den Alpenrevieren um einen Monat bis zum 31. Dezember verlängert. Als Folge des generellen Verbots der Winterfütterung und dem anstelle derer angewandten Konzept einer Notfüttervorlage in winterlichen Extremsituationen verteilt sich der Rothirsch im Spätherbst nämlich wesentlich besser über den potentiell zur Verfügung stehenden Winterlebensraum. Diese flächigere Verteilung vermindert nicht nur das Auftreten konzentrierter Verbiss- und Schälschadeneinwirkungen im Wald, sondern erhöht auch die Bejagungschancen. Die Verlängerung der Jagdzeit in den rheintalseitigen Revieren bildet gleichzeitig auch ein taugliches Instrument zur erleichterten Anpassung der Grösse des Rothirschbestandes an die Lebensraumkapazität.

Erstmals wurde für das Jagdjahr 2005/2006 die Grünvorlage erlegten Wildes eingeführt. Demgemäss war jeder Abschuss von Schalenwild, das dem Abschussplan unterliegt, vom Erleger oder dem zuständigen Jagdaufseher beim Amt für Wald, Natur und Landschaft oder beim zuständigen Gemeindeförster baldmöglichst zu melden und auf entsprechende Aufforderung durch Grünvorlage des ganzen Hauptes nachzuweisen. Aus Sicht des Amtes wie aus Sicht der Gemeindeförster hat sich die Grünvorlage sehr gut bewährt. Das dabei erfolgende Zusammentreffen von Jägern und Gemeindeförstern oder Amtsvertretern bildet im Regelfall eine gute Gelegenheit, relevante Fragen unkompliziert zu diskutieren und allenfalls direkt entsprechende Massnahmen einzuleiten.

Umsetzung der Wald-Wild-Strategie 2000

Im Sinne von Art. 14 der Hegeverordnung, LGBl. 2003 Nr. 198, und als Präzisierung des entsprechenden Punkts in den Jagdpachtbedingungen für die Jagdpachtperiode 2004 - 2012 hat die Regierung mit Beschluss vom 18. Mai 2004 ein verbindliches Notfütterungskonzept verabschiedet. Die Nichteinhaltung oder die unsachgemässe Anwendung dieses Notfütterungskonzeptes führten im Spätwinter in denjenigen Revieren, welche gegen massgebliche Konzeptinhalte verstiessten, zum Eingehen von einigen Tieren; allerdings blieb die Zahl dieser Tiere im Rahmen der natürlichen Wintersterblichkeit.

Die «jagdpolitisch» kontroverse Frage der Festlegung der «Notzeit» bildete Anlass, den Begriff «Notzeit» aus wildbiologischer Sicht verbindlich festzulegen. Auf Antrag des Jagdbeirates verabschiedete die Regierung im November folgende Definition:

- Frühester Fütterungsbeginn ist am 15. Januar. Vorbehalten bleiben ausserordentliche Extremsituationen, die sich bereits im Dezember einstellen. Über das Vorliegen und die Konsequenzen einer solchen Situation befindet der Jagdbeirat.
- Der Jagdbeirat überprüft das Vorliegen einer Notzeit vor und hinter dem Kulm. Die Beurteilung erfolgt vor Ort für beide Gebiete getrennt.
- Tristen können vor dem 20. Februar geöffnet werden bei Notwendigkeit zur kleinräumigen Lenkung des Wildes oder Unzugänglichkeit zur natürlichen Äsung über mehr als 10 Tage in Folge anhaltender, extremer Schneehöhe oder anhaltender Verharschung.
- Bis zur Erlaubnis zur Öffnung der Tristen nach Befinden des Jagdbeirates sind die Tristen eingezäunt zu halten.
- Die Tristen können unabhängig von der Witterung ab dem 20. Februar dem Wild zugänglich gemacht werden.

Im Zusammenhang mit der Definition des Begriffes Notzeit ergänzte die Regierung gleichzeitig Art. 14 der Hegeverordnung: Danach bestimmt der Jagdbeirat, wie der Begriff «Notzeit» im Zusammenhang mit der Notfüttervorlage zu verstehen ist, und entscheidet im Einzelfall auf Antrag einer Jagdgesellschaft, ob eine Notzeit vorliegt.

Jagdbeirat

Der Jagdbeirat, welcher im April für die Mandatsperiode 2005 bis 2011 neu besetzt wurde, hielt im Berichtsjahr 11 Sitzungen zu verschiedenen jagdpolitischen Themen ab. Schwerpunkte seiner Tätigkeit bildeten insbesondere Fragen betreffend die Abschussplanung, die Umsetzung des Konzeptes für die Notfüttervorlage im Winter und die Vermeidung von Störungen im Winterlebensraum des Wildes.

An seiner Sitzung vom 25. November 2005 verabschiedete der Landtag eine Änderung von Art. 52 Abs. 1 des Jagdgesetzes: Danach ist der Landestierarzt neu zusätzliches Mitglied des Jagdbeirates.

Projektausführung

Alpwirtschaftliche Bauten und Anlagen

Die geplanten alpwirtschaftlichen Massnahmen konnten vor allem aus planerischen Gründen nicht im vorgesehenen Ausmass realisiert werden. Abgeschlossen werden konnte die aus tierschützerischen Gründen dringend erforderliche Sanierung des Saustalls Sücka. Die Wasserversorgungsanlagen auf den Alpen Münz, Stachler und Turna konnten weitgehend abgeschlossen werden. Im Mittleren Valorsch wurde ein neuer Brunnenplatz erstellt.

Naturgefahren

Dieses Kapitel ist geprägt durch die Unwetterereignisse vom 22./23. August 2005 während denen im Alpengebiet erhebliche Schäden an Infrastrukturen und alpwirtschaftlichen Flächen verursacht wurden. Am stärksten betroffen waren die Alpen Sücka, Lawena und Silum. Bei den Sanierungen wurden die zukünftigen Nutzungen konsequent hinterfragt und dementsprechend nur wirtschaftlich vertretbare Arbeiten in Angriff genommen.

Erschliessungen

Die Beanspruchungen der Fahrbahnen durch den Verkehr sowie insbesondere durch Starkniederschläge erfordern häufige, kostenintensive und teilweise kurzfristig zu wiederholende Instandstellungen an den Kiesstrassen im Alpengebiet.

Waldbauliche Massnahmen

Das Ergänzungsprojekt «Beim Kreuzle», Alpe Bargella, welches eine Waldbestockung in der neu entstandenen Rutschfläche vorsieht, konnte im Berichtsjahr mit der Bepflanzung abgeschlossen werden.

Mit der Erstellung eines Wildzaunes in den ausgesprochenen Schutzwaldungen «Rüfana», Gross-Steg, oberhalb der Grosssteger Hütten im Jahr 2004 konnte der Einfluss des Wildes auf die Verjüngung ausgeschlossen werden. Durch die sehr hohe Verjüngungsdringlichkeit kann hier nicht auf eine sich natürlich einsetzende Verjüngung gewartet werden. Die Sturmfläche sowie die grossen und kleinen Bestandeslücken werden mittels Gruppenpflanzung im Schutz von querliegenden Baumstämmen, im Schutz von Stöcken oder der bestehenden Bestockung, bepflanzt.

Das «Ruchegg» auf Guschgfiel ist eine sehr steile Halde, welche höchstwahrscheinlich auch einmal bewaldet war. Die im Jahre 2000 ausgeführte und sich in den letzten Jahren gut entwickelnde Anpflanzung wurde in diesem Sommer im unteren Bereich mit 1314 Stück Topfpflanzen ergänzt.

Das Verbauungs- und Aufforstungsprojekt «Heita», Alpe Turna wurde in den Jahren 1988 bis 1994 realisiert. Obwohl die BGS-Kommission mehrmals auf die potentielle Rutschgefahr aufmerksam machte, beharrte die Gemeinde Triesenberg darauf, einen 90 m breiten Gürtel zwischen Panoramaweg und dem heutigen Aufforstungs-

gebiet freizuhalten, damit weiterhin in diesem Bereich ein Beweidung möglich ist. Nach den Unwettern im August 2000 sind verschiedene Rutschungen bis ins überbaute Gebiet vorgestoßen. Im Zusammenhang mit der Naturgefahrenkartierung wurde dann das Gebiet «Heita» einer näheren Untersuchung unterzogen. Die Untersuchungsergebnisse weisen darauf hin, dass hier eine erhebliche Rutschgefährdung vorhanden ist. Im Berichtsjahr wurde das Gebiet abgezäunt, damit durch den Viehtritt der tiefgründige Boden nicht weiter geschädigt werden kann. Im Weiteren ist eine bessere Bestockung unerlässlich. Die Alpenerlen werden sich natürlicherweise ausdehnen. Die Hochstämmen werden künstlich eingebracht. Mit der Pflanzung von 1 200 Stück Lärchen, Fichten und Bergföhren wurde im Sommer 2005 begonnen. In den nächsten zwei Jahren müssen in diesem rutschgefährdeten Gebiet noch ca. 5 000 Pflanzen eingebracht werden.

Für die Verbauung des Grosstobelbaches auf der Alpe Vordervalorsch wurde Holz benötigt. Diese Gelegenheit wurde zur Durchführung eines Holzschlages in den überalterten Waldungen im Bereich des Grosstobelbaches wahrgenommen. Insgesamt wurden 68 m³ Nutzholz genutzt.

Wanderwege

Talwanderwege

In Zusammenarbeit mit den Bündner Wanderwegen und der Gemeinde Fläsch wurden die Vorarbeiten in die Wege geleitet, um die Beschilderung, auf Bündner Hoheitsgebiet, aber in Besitz der Gemeinde Balzers, zu erneuern. Im Weiteren kann die über weite Strecken mangelhafte Beschilderung von Wanderwegen auf Balzner Eigentum auf Bündner Hoheitsgebieten der Gemeinde Triesenberg im Frühjahr 2006 mit der Montage der neuen Schilder abgeschlossen werden.

Bergwege

Ab anfangs Juni bis Ende September wurden die Schäden am Bergwegnetz durch eine Zweimannequipe des Amtes für Wald, Natur und Landschaft behoben und verschiedene Streckenabschnitte saniert. Die Schäden am Bergwegnetz waren nicht all zu gross; die Arbeiten schritten bis zu den Unwettern am 22./23. August zügig voran. Durch die starken Niederschläge sind dann vor allem im Raum Silum, Sücka, Steg beträchtliche Schäden entstanden. Arg in Mitleidenschaft gezogen wurde u.a. auch der Saminatal-Wanderweg. Die drei die Samina querenden Brücken wurden weggerissen, die an der Felswand befestigten Stege bei der Einmündung des Valorschbaches in die Samina wurden zerstört, das in Bachnähe verlaufende Wegtrasse wurde über weite Strecken weggeschwemmt sowie sämtliche Wegübergänge über die Rüfen auf der linken Talseite wurden stark beschädigt.

Ausser dem Saminatal-Wanderweg, welcher bis auf weiteres gesperrt bleibt, konnten dank dem guten Wetter im Herbst alle Schäden bis Ende September behoben werden.

Landesforstbetrieb Unterau

Aus und Weiterbildung

Der Betriebsleiter des Landesforstbetriebes besuchte einen Naturschutzkurs mit dem Thema «Maschinen und Geräte für die Schutzgebietspflege». 3 Mitarbeiter des Landesforstbetriebes absolvierten einen «Freischneiderkurs». Zusätzlich besuchten 5 Mitarbeiter einen Wiederholungskurs zum Thema «Holzerei und Holzrücken».

Pflanzgarten

Total wurden 68 980 Pflanzen verkauft. Davon waren 26 160 Stk. Nadelholzarten, 28 827 Stk. Laubholzarten, 1 315 Stk. Gartenpflanzen, 600 Stk. Sämlinge und 12 078 Stk. Topfpflanzen.

Von den 68 980 Pflanzen für Forstbetriebe, forstliche Projekte und Private wurden 24 418 Stk. für Aufforstungen in Liechtenstein benötigt. 44 562 Stk. konnten in die Schweiz geliefert werden. Für Arbeiten von der Samen-ernte bis zum Verkauf der Pflanzen wurden insgesamt 4 220 Arbeitstunden aufgewendet.

Holzbearbeitung

Im Holzbearbeitungsbetrieb wurden total 312.80 m³ Rohholz aus den Liechtensteiner Gemeindewäldern verarbeitet. Insgesamt wurden 125 m³ Holz im Lohnauftrag imprägniert. Davon wurde 4.5 m³ für Dritte imprägniert.

Verkauft wurden 3 399 Stk. Rundholz, 2 473 Stk. Latten und Halbrundlatten, 11 090 Stk. Pfähle, 980 Stk. Bretter und Balken.

Für die Verarbeitung dieses Holzes wurden insgesamt 1 049 Arbeitstunden aufgewendet.

Windschutz und Feldgehölze

In den Windschutzgehölzen wurden im Zuge von Verjüngungs- und Pflegeeingriffen total 464 m³ Holz aufgerüstet. Davon wurden 20 m³ als Nutzholz verkauft. Die 117 m³ Brennholz wurden zum grössten Teil im Land Liechtenstein weiterverkauft. 337 m³ Industrieholz sind durch einheimische Hackschnitzelproduzenten weiterverwertet worden.

Im Rahmen einer Ersatzaufforstung wurde in der Nähe des Fussballstadion Vaduz ein bestehendes Feldgehölz mit 550 einheimischen Sträuchern und Bäumen vergrössert.

Total wurde eine Fläche von 550 m² als Massnahme zur Wildschadenverhütung eingezäunt. In der Vegetationsruhe wurden 27 216 m Windschutzränder maschinell zurückgeschnitten. Für die Pflege der Windschutzgehölze wurden gesamthaft 2528 Stunden aufgewendet.

Pflege Naturschutz

Im Jahre 2005 wurden 548 Stunden für die Pflege von Naturschutzgebieten aufgewendet.

Es waren dies 489 Std. für das Ruggeller und Schellenberger Riet, 25 Stunden für das Mähen der Magerwiese am Schlosshügel des Gutenbergs, sowie 34 Stunden für die Pflege beim Naturschutzgebiet Birkahof

Für die Streumahd wurden 77 Stunden, für den Grabenunterhalt 443 Stunden und 28 Stunden wurden für Kontrollgänge und Begehungen aufgebracht.

STABSSTELLEN

Stabsstelle für Landesplanung

Leitung: Hubert Ospelt, Architekt ETH/SIA, Raumplaner NDS-ETH

Raumplanung bedeutet einerseits eine Koordination aller raumwirksamen Tätigkeiten, andererseits die Erarbeitung und Festlegung der langfristigen Raumentwicklung. Diese Aufgabe ist mehr denn je für eine zukunftsweisende Entwicklung des Lebens- und Wirtschaftsraumes Liechtenstein von entscheidender Bedeutung. Nach wie vor wächst die Bevölkerung, die Arbeitsplatzzahlen nehmen weiterhin zu, die Ansprüche an Freizeit- und Erholungsräume steigen und nicht zuletzt ist ein verstärkter Wandel bei den Orts- und Landschaftsbildern wie eigentlich gesamthaft bei der Kulturlandschaft festzustellen. Im Berichtsjahr waren daher die Kenntnisnahme des Landesrichtplanes und die Festlegung weiterer Schritte durch die Regierung von zentraler Bedeutung. Dies mit dem Ziel, dieses Führungsinstrument zur Steuerung der gewünschten räumlichen Entwicklung des Landes bis Ende 2006 etablieren zu können.

Liechtenstein ist in besonderem Masse mit seinen Nachbarstaaten, mit der Region vernetzt. Entscheide auf Staats-, Landes-, Kantons- oder Gemeindeebene haben Auswirkungen über die Grenzen hinweg und betreffen damit auch Gebiete, die hoheitsrechtlich keinen Einfluss auf die entsprechenden Beschlüsse haben. Aufgrund dessen ist eine gegenseitige Information und Koordination der Aktivitäten, die räumliche Auswirkungen haben, frühzeitig vorzunehmen. Die Stabsstelle für Landesplanung hat deshalb die grenzübergreifende Arbeit in den letzten Jahren stetig verstärkt. So wurden der regelmässige Austausch von Informationen mit den Raumplanungsfachstellen der angrenzenden Kantone St. Gallen und Graubünden sowie des Landes Vorarlberg institutionalisiert und regional relevante Themen gemeinsam behandelt.

Landesrichtplan

Die Regierung ist aufgrund der Verfassung und gesetzlicher Aufträge verpflichtet, Vorschläge über die räumliche Entwicklung auf Landesebene zu entwickeln, Strategien zu erarbeiten und entsprechende Handlungsanweisungen zu deren Umsetzung zu erlassen. Der Landesrichtplan ist ebenso wie in den umliegenden Ländern das wichtigste Instrument, um mittels Plänen und entsprechenden Berichten die auf Landesebene gewünschte räumliche Entwicklung darzustellen und um aufzuzeigen, wie potentielle Konflikte und Aufgaben in der Zukunft gelöst werden sollen. Damit erhöht sich auch die Rechtssicherheit für alle Betroffenen.

Der von einer Projektleitungsgruppe erarbeitete Landesrichtplan, bestehend aus der Gesamtkarte und dem Gesamtbericht, wurde von der Regierung zur Kenntnis genommen. Nach Vorbereitungsarbeiten der Stabsstelle mit Blick auf eine Information der Bevölkerung und eine Vernehmlassung wurde von der Regierung das weitere Vorgehen mit dem Ziel festgelegt, den Landesrichtplan bis Ende 2006, bereinigt und vom Landtag zur Kenntnis genommen, zu etablieren.

Mitwirkung bei den Ortsplanungen und Planungsvorhaben der Gemeinden

Die Stabsstelle für Landesplanung hat die Gemeinden in ihren Ortsplanungen beraten, zu ortsplanerischen Sachverhalten Stellungnahmen verfasst sowie zu bewilligungspflichtigen Gesuchen der Gemeinden entsprechende Regierungsanträge vorbereitet.

Im Folgenden sind einige dieser Tätigkeiten exemplarisch und gemeindespezifisch zusammengefasst, wobei insbesondere über das Tagesgeschäft hinaus gehende Beispiele Erwähnung finden:

- Balzers: Beratungen zum Abschluss der Ortsplanungsrevision, nämlich der Revision der Bauordnung, der Revision des Zonenplans sowie der Erarbeitung eines Richtplans bis zur Einleitung des Genehmigungsverfahrens.
- Triesen: Begleitung der 2004 begonnenen Ortsplanungsrevision. Mitwirkung in der Jury zum Wettbewerb Feuerwehrgebäude
- Triesenberg: Begleitung der Ortsplanung, insbesondere Malbun. Mitwirkung in der Jury zum Wettbewerb Erweiterung Ortszentrum.
- Schaan: Bearbeitung und Abschluss bewilligungspflichtiger Gesuche von Planungsmassnahmen, wie z.B. Änderungen im Richtplangebiet des Zentrums. Mitwirkung in der Vorbereitung des Wettbewerbs Dorfsaal.
- Gamprin: Bearbeitung und Abschluss diverser bewilligungspflichtiger Gesuche von Planungsmassnahmen wie z.B. die Schaffung einer öffentlichen Zone im erweiterten Schulareal.
- Mauren: Begleitung der Ortsplanungsrevision bis zur Vorprüfung.

Teilnahme am internationalen EU-Programm Interreg III

Aufgrund der verstärkten grenzüberschreitenden Auswirkungen von räumlich relevanten Entscheiden ist die Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg für das Land Liechtenstein von grosser Wichtigkeit. Aufgrund dessen nimmt Liechtenstein auch am EU Programm Interreg III teil.

Die Stabsstelle für Landesplanung hat im transnationalen Programm Interreg IIIB, Alpenraum Einsitz im Lenkungs- wie im Begleitausschuss und ist Ansprechpartner für die vielen Liechtensteinischen Projektpartner. Im Berichtsjahr hatte Liechtenstein den Vorsitz im Begleitausschuss inne. Neben einer zweitägigen Sitzung, an der strategische Vorgaben für die weitere Umsetzung der Programmziele erarbeitet wurden, konnten grund-

sätzliche Entscheide für die nächste Programmperiode getroffen und eine weitere Projekteingabe vorbereitet werden. Wie in den Jahren zuvor haben sich liechtensteinische Interessenten für die Mitwirkung in den verschiedenen Projekten entschieden und profitieren so von der internationalen Vernetzung.

Mitarbeit in grenzüberschreitenden Gremien und an Projekten

Die Stabsstelle für Landesplanung ist aufgrund der grenzüberschreitenden Auswirkungen von räumlich relevanten Entscheiden eng mit den zuständigen Stellen der umliegenden Länder vernetzt und hat Einsitz in zahlreichen, der Information und Koordination dienenden Gremien. Dies findet sowohl auf der regionalen wie auch auf der überregionalen Ebene statt. Schwerpunktmässig wurde im Jahre 2005 neben dem Informations- und Erfahrungsaustausch im allgemeinen das Projekt für die Erarbeitung von gemeinsamen Indikatoren der Raumbewertung weitergeführt.

Zusammenarbeit in der Region Alpenrheintal

Zentral für Liechtenstein ist die unmittelbare Kooperation mit den angrenzenden Nachbarn St. Gallen, Graubünden sowie dem Land Vorarlberg. Aufgrund der engen räumlichen Verflechtungen haben sich die vier Raumplanungsämter entschieden, bei räumlichen Aspekten, die das gesamte Alpenrheintal betreffen, zusammenzuarbeiten. Ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist das gemeinsam lancierte Interreg IIIA Projekt, Erholung- und Freizeit, das Ende 2005 abgeschlossen werden konnte. Die Umsetzung des Pilotprojektes, an dem auch die Gemeinde Ruggell teilnahm, kann nun erfolgen.

KOMMISSIONEN

Beschwerdekommision für Bodenverbesserungen

Präsident: lic.iur. Martin A. Ospelt

Bodenverbesserungen sind Massnahmen oder Werke, die den Zweck haben, die Ertragsfähigkeit des Bodens zu erhalten oder wiederherzustellen und seine Bewirtschaftung zu erleichtern.

Gemäss Gesetz vom 25. November 1981 über Bodenverbesserungen (BVG, LGBl. 1982 Nr. 20 i.d.g.F., LR 214.14), Art. 68, entscheidet die Beschwerdekommision über Beschwerden gegen Einspracheentscheidungen der Ausführungsbehörde. Auf das Verfahren finden die Bestimmungen des Landesverwaltungspflegegesetzes Anwendung.

Bei der Beschwerdekommision für Bodenverbesserungen sind im Berichtsjahr 2005 keine Beschwerden eingegangen.

Sämtliche Beschwerden bzw. Fälle aus den Vorjahren sind abgeschlossen, so dass es per 31.12.2005 keine Pendenzen gibt.

Kommission zur Beurteilung von Bau- und Planungsvorhaben (Art. 17ter Baugesetz)

Leitung: Hubert Ospelt, dipl. Architekt ETH/SIA, Raumplaner NDS-ETH

Mit der Novellierung des Baugesetzes wurde im Jahre 1992 unter Art. 17ter eine Gestaltungskommission eingesetzt. Unter der Leitung der Stabsstelle für Landesplanung beurteilt diese Fachkommission, der neben liechtensteinischen auch zwei auswärtige Fachleute angehören, Überbauungspläne und weitere Planungsvorhaben der Gemeinden sowie Bauvorhaben, die von der Regelbauweise abweichen. Die Gestaltungskommission steht dabei Baubehörden, Bauherrschaften und Baufachleuten beratend zur Verfügung. Im Berichtsjahr wurden insgesamt 10 Planungsvorhaben von 4 verschiedenen Gemeinden in der Kommission beraten und begutachtet.

Auftrag

Siedlung und Ortsbild sind durch die Bautätigkeit einem steten Wandel unterworfen. Jegliche Bautätigkeit ist raumrelevant und führt zu Veränderungen. Mit der Einrichtung der Stabsstelle für Landesplanung vor 35 Jahren hat die Raumplanungspolitik der elf Gemeinden und des Staates zu einer gewissen Sensibilisierung gegenüber der Raumbeanspruchung, der Wohn- und Siedlungsqualität sowie der Erhaltung von Orts- und Landschaftsbild geführt. Die äusseren Bauzonengrenzen sind praktisch festgeschrieben. Die Ortsentwicklung erfolgt daher seit vielen Jahren innerhalb der bestehenden Bauzonen mit dem Ziel einer vermehrt qualitativen Siedlungsentwicklung. Die zunehmende Verdichtung des Siedlungsgebietes stellt allerdings auch erhöhte Anforderungen an Behörden, Planende und Bauherrschaften, um dem Auftrag zur Gestaltung und Weiterentwicklung der Kerne und der Wohnquartiere nachzukommen. Nachdem sich private und öffentliche Interessen vielfach unterscheiden, sind sie aufeinander abzustimmen. Die Gestaltungskommission ist dabei in der Lage, Gemeinden, Fachleute und Bauherrschaften objektiv zu beraten sowie einen Ausgleich öffentlicher und privater Anliegen zu fördern. Die Beurteilung durch die Gestaltungskommission und ihre Ratschläge an Bauherrschaften und Architekturbüros haben vielfach zu neuen Ideen, Projekten und gesamthaft zu einer positiven Weiterentwicklung der ursprünglichen Idee geführt. Es obliegt abschliessend den Baubehörden, und bei Planungsfragen der Gemeinde als

Planungsträgerin wie der Regierung als Genehmigungsinstanz, die Empfehlung der Gestaltungskommission in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Die Gestaltungskommission erachtet es zudem als wichtig, bei der Weiterentwicklung der Ortsplanung einbezogen zu werden. Es sind insbesondere die Nutzungsordnung und die ergänzenden Planungsinstrumente wie Spezialbauvorschriften, Überbauungs- und Gestaltungsplan, die eine unverzichtbare Grundlage für diese Weiterentwicklung darstellen. Nur eine grossräumigere, d.h. eine parzellen- und strassenübergreifende Betrachtung der Bauentwicklung bietet Gewähr, langfristig die geforderte Raumqualität in den Wohn- und Arbeitsgebieten zu fördern und zu gewährleisten.

Die Arbeit der Gestaltungskommission verlangt nach einer guten Zusammenarbeit mit der jeweiligen Standortgemeinde. Je präziser die ortsplanerischen Grundlagen erarbeitet und spezifiziert sind, umso erfolgreicher kann die im Rahmen der übergeordneten Planungsgrundsätze abgestimmte Realisierung eines Einzelprojektes erfolgen.

Projekte 2005

In vier Sitzungen befasste sich die Gestaltungskommission mit den eingereichten Projekten und Anfragen. Gesamthaft wurden 10 Projekte, vorwiegend Überbauungspläne, in 4 verschiedenen Gemeinden behandelt. Neben den offiziellen Sitzungen der Gestaltungskommission hat der Leiter der Stabsstelle für Landesplanung als Kommissionsvorsitzender fallweise zusätzliche Besprechungen mit Planenden und Bauherrschaften geführt. Diese Gespräche dienen zur Vorbereitung der Kommissionssitzungen wie auch zur Umsetzung der Beratungsergebnisse der Gestaltungskommission. Trotz zunehmender Komplexität der einzelnen Projekte und Aufgabenstellungen wurde gesamthaft für Bauherrschaften und Architekturbüros eine möglichst pragmatische wie effiziente Erledigung der Anfragen erreicht. Folgende Projekte wurden beraten:

Triesen: Insgesamt wurden sechs Planungsvorhaben völlig unterschiedlichen Inhalts, von einer Wohnüberbauung an landschaftlich exponierter Lage, einer Wohn-Geschäftsüberbauung an der Landstrasse bis hin zu Projekten im sensiblen alten Dorfteil, beraten. Der Überbauungsplan Obere Au konnte abgeschlossen werden.

Schaan: Es wurde ein Planungsvorhaben an der Wiesen-gasse beraten, wobei die Vorgaben des Richtplans in diesem Gebiet umzusetzen waren.

Eschen: Es wurde ein Planungsvorhaben an der Churerstrasse (Landstrasse) in Nendeln beraten.

Mauren: Es wurden zwei Planungsvorhaben, eines davon an ortsbaulich bedeutender Lage, beraten.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber:

Regierungsrat Hansjörg Frick bis 21. April 2005

**Regierungschef-Stellvertreter Dr. Klaus Tschüscher
ab 21. April 2005**

Das Berichtsjahr stand im Zeichen der inneren Stärkung des liechtensteinischen Wirtschaftsstandortes. Einerseits galt es, notwendig gewordene Gesetzesvorlagen zu verabschieden und andererseits die Sozialpartnerschaft im Lande zu sichern. Dazu waren Projekte auf deren Inhalt und Ausrichtung zu prüfen, wie zum Beispiel das Wirtschaftsleitbild, das «Grenzüberschreitende Investorenmodell» und die dritte Durchführung des Business Plan Wettbewerbs. Besondere Aufmerksamkeit wurde den internen Strukturen beim Amt für Volkswirtschaft in den Bereichen Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung sowie Statistik gewidmet.

Der Ressortinhaber nahm an verschiedenen Konferenzen teil und pflegte den bilateralen Kontakt insbesondere zu den Nachbarstaaten.

Die angeführten Tätigkeiten folgen keiner zeitlichen Chronologie, sondern sind nach Themenbereichen geordnet.

Wirtschaftsstandort

Mit zwei Finanzbeschlüssen zur Übergangsfinanzierung zu Gunsten der Gewerbe- und Wirtschaftskammer (GWK) sowie zu Gunsten des Liechtensteinischen ArbeitnehmerInnenverbandes (LANV) wurde die Sozialpartnerschaft in unserem Lande in der bewährten Form gesichert. Diese beiden Finanzbeschlüsse wurden nach Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft bei der GWK durch den Staatsgerichtshof im Dezember 2004 notwendig. Die Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft bei der GWK hat aber bekanntlich nicht nur rechtliche und finanzielle Konsequenzen für die GWK, sondern unmittelbar auch Auswirkungen auf die Geltung der Gesamtarbeitsverträge (GAV) und damit wiederum auf die Sozialpartnerschaft. Die Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft bei der GWK hat zur Folge, dass nicht mehr sämtliche Arbeitgeber den ausgehandelten Gesamtarbeitsverträgen unterstehen und somit die flächendeckende Geltung der GAV nicht mehr gegeben ist. Hier hat das Ressort begonnen, in Zusammenarbeit mit verschiedenen Experten und unter Einbezug der Verbände, eine rechtlich einwandfreie Lösung für eine allgemeine Geltung der GAV zu erarbeiten.

Um den Standortfaktor Arbeitsrecht attraktiv zu halten, wurden in beschäftigungspolitischer Hinsicht wichtige Vorlagen wie die Abänderung des Mitwirkungsgesetzes sowie die Revision des Arbeitsrechts in Bezug auf die befristeten und Teilzeitverhältnisse durch den Landtag beschlossen. Gemeinsam mit der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK), der GWK und dem LANV wurden hier - trotz unterschiedlicher Interessenslagen - gemeinsam tragfähige Lösungen gefunden.

Durch die EWR-konforme Regelung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung, der Verbesserung der Qualität befristeter und der Teilzeitarbeitsverhältnisse sowie der Verhinderung von Missbräuchen wurde auch ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht.

Mit der Beantwortung des Postulats betreffend die Einführung eines Verhaltenscodexes zur Gewährung von Mindestlöhnen konnten zudem Massnahmen zur Verbesserung der Situation der Working Pools in verschiedenen Politikfeldern aufgezeigt werden.

Die in Auftrag gegebene Studie Pension Fund hat ergeben, dass Liechtenstein gute Möglichkeiten hat, einen wettbewerbsfähigen Standort für Pensionsfonds aufzubauen. Ein entsprechend liberales Gesetz wird nun ausgearbeitet.

Im Bereich der Energiepolitik wurde der Entwurf eines neuen Energiespargesetzes im November 2005 zur vergleichenden Begutachtung gegeben. Das Projekt Biogasanlage wurde neu konzipiert und die weiteren Massnahmen zur Umsetzung des Energiekonzeptes 2013 in Auftrag gegeben.

Das bisher erarbeitete Wirtschaftsleitbild genügt noch nicht den gestellten Anforderungen und wird mit den Verbänden weiter ausgearbeitet mit dem Ziel, eine für Liechtenstein aussagekräftige Gesamtvision zu erhalten. Hierbei sind Projekte wie das «Grenzüberschreitendes Investorenprojekt», die Schaffung eines National Contact Point und der Businessplan Wettbewerb entsprechend zu berücksichtigen.

Verwaltungsreform

Die Diskussion um den Wirtschaftsstandort Liechtenstein und deren Ausrichtung bedingt, dass sich auch die Verwaltung und ihre Strukturen nach den Entwicklungen und Bedürfnissen der Wirtschaft ausrichten. Das Amt für Volkswirtschaft und das Amt für Zollwesen werden daher in Teilschritten neu positioniert. Basierend auf Abklärungen und Erkenntnissen des Ressorts werden die Abteilungen des Amtes für Volkswirtschaft (Sozialversicherung, Statistik, Gewerbe und Arbeitsvermittlung wie auch Arbeitslosenversicherung) hinsichtlich Organisation und Prozesse optimiert. Erste konkrete Schritte werden im Jahr 2006 gesetzt.

Gesetzesvorlagen und Verordnungen

Im Berichtsjahr wurden vom Ressort weitere zahlreiche Gesetzesvorlagen bearbeitet und dem Landtag zur Beschlussfassung vorgelegt. Namentlich sind dies:

Gesetz über die betriebliche Personalvorsorge

Im Herbst 2005 wurde die grosse Revision des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge abschliessend behandelt. Nach über 15-jährigem Bestehen des Gesetzes und insbesondere aufgrund veränderter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen war eine Revision der

Gesetzgebung über die betriebliche Personalvorsorge notwendig. Ziel der Gesetzesrevision ist die Stärkung der Versicherteninteressen. Dies wurde erreicht, indem umfassende Transparenzbestimmungen eingeführt wurden. Die Informationspflichten wurden ausgebaut, vorsorgespezifische Rechnungslegungsvorschriften eingeführt und die paritätische Verwaltung verstärkt. Weitere Verbesserungen sind eine optimierte Anschlusskontrolle der Arbeitgeber durch die AHV und die Errichtung eines Sicherheitsfonds zur Gewährleistung der Versichertenansprüche im Falle der Zahlungsunfähigkeit einer Vorsorgeeinrichtung.

Gesetz über die obligatorische Unfallversicherung

Gegenstand der Revision im Bereich der obligatorischen Unfallversicherung war die verbindliche Regelung des Rückzuges von Versicherern vom Versicherungsmarkt Liechtenstein. Diese wurde im Herbst 2005 abgeschlossen. Mit der anschliessenden umfassenden Revision wurden die festgestellten Mängel im System der obligatorischen Unfallversicherung in Liechtenstein behoben und dabei die Finanzierung auf eine solide gesetzliche Basis gestellt. Die erste Lesung fand im November 2005, die zweite und dritte im März 2006 statt.

Gesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte

Mit dieser Revision wurde das so genannte Folgerecht verankert. Dieses sichert den Künstlern und ihren Rechtsnachfolgern das Recht auf einen Anspruch auf Beteiligung am Verkaufspreis aus jeder Weiterveräußerung nach der ersten Veräußerung durch den Urheber zu.

Die Regierung hat im Oktober 2005 eine weitere Vernehmlassung genehmigt. Mit dieser zweiten Revision soll die Richtlinie 2001/29/EG zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft umgesetzt werden. Der Gesetzesentwurf hat zum Ziel, das liechtensteinische Urheberrecht der Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie, insbesondere der digitalen Technologie, anzupassen.

Gewerbegesetz

Die Abänderungen des Gewerbegesetzes wurden vom Landtag in erster Lesung behandelt. Mit der Revision soll der aktuellen Rechtsprechung und dem Anspruch nach einem modernen Gewerbegesetz entsprochen werden. Ziel der Gesetzesrevision soll es sein, eine klare gewerbliche Ordnung bzw. ein wirtschaftspolitisch griffiges Rechtsinstrument zu schaffen, das den spezifischen heutigen Gegebenheiten des liechtensteinischen Wirtschaftsstandortes im Rahmen der Gewerbefreiheit und der europäischen Liberalisierung im Bereich der gegenseitigen gewerblichen Zugangsvoraussetzungen entsprechend Rechnung trägt. Diesbezüglich wird ein liberales und schlankes Gesetzeswerk vorgeschlagen, das mit der notwendigen Flexibilität ausgestattet sein soll.

Gesetz betreffend die «Liechtensteinischen Kraftwerke»

Der Landtag hat in erster Lesung die Revision des Gesetzes betreffend die «Liechtensteinischen Kraftwerke» beraten. Mit der Revision ist beabsichtigt, die Strukturen der LKW zu modernisieren und flexibler auszugestalten, ohne dass die bestehende Rechtsform einer öffentlich-rechtlichen Anstalt aufgegeben wird.

Gesetz über die Arbeitslosenversicherung

Der Bericht und Antrag zur Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes hat die Regierung zuhanden des Landtages verabschiedet. Mit den vorgeschlagenen Abänderungen ist beabsichtigt, die Insolvenzentschädigung dem sich ständig ändernden wirtschaftlichen Umfeld anzupassen. Zweck der Insolvenzentschädigung ist, einem Lohnverlust des Arbeitnehmers entgegen zu wirken.

Gesetz über die Versicherungsvermittlung

Die Regierung hat den Bericht und Antrag zum Gesetz über die Versicherungsvermittlung zuhanden des Landtages verabschiedet. Mit dem Gesetz kommt Liechtenstein seiner EWR-rechtlichen Verpflichtung nach, die Richtlinie 2002/92/EG über die Versicherungsvermittlung umzusetzen. Ein Versicherungsbinnenmarkt erfordert, dass Versicherungsvermittler ihre Aktivitäten überall in der Europäischen Union ausführen und die vom Vertrag gewährleisteten Rechte der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs in Anspruch nehmen können.

Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch - Arbeitsrecht

Mit dem Gesetz vom 26. November 2003 über die Abänderung des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches (Arbeitsvertragsrecht) wurden die EWR-Bestimmungen zum Elternurlaub in Liechtenstein umgesetzt. In der Folge leitete die ESA ein formelles Vertragsverletzungsverfahren gegen Liechtenstein wegen ungenügender Umsetzung ein. Mit einer erneuten Revision des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches im Bereich Arbeitsrecht wurde die vollständige Umsetzung der EWR-Bestimmungen zum Elternschaftsurlaub erreicht.

Mitwirkungsgesetz und Arbeitsvertragsrecht

Wie oben ausgeführt wurden das Mitwirkungsgesetz und das Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch hinsichtlich befristeter Arbeitsverträge und Teilzeitarbeit gemäss den EWR-Verpflichtungen revidiert.

Wettbewerbsgesetz

Für die Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 und der Verordnung (EG) Nr. 139/2003 des Rates vom 20. Januar 2004 sind Anpassungen in verschiedenen Protokollen und Anhängen des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWRA) notwendig. Zur Anpassung des Protokolls 4 des Abkommens vom 2. Mai 1992 zwischen den

EFTA-Staaten zur Errichtung einer Überwachungsbehörde und eines Gerichtshofes (LGBl. 1995 Nr. 72) entschied man sich zum Erlass eines Gesetzes über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz). Die Auswertung der Vernehmlassung hat gezeigt, dass noch weitere Änderungen nötig sind und weiterer Erklärungsbedarf besteht. Die Regierung hat deshalb entschieden, das geltende Gesetz über die Durchführung der Wettbewerbsregeln im Europäischen Wirtschaftsraum (LGBl. 1996 Nr. 113) aufgrund der Übernahme der oben erwähnten Verordnungen anzupassen. Eine Gesetzesänderung ist in Vorbereitung.

Energiespargesetz

Die geplante Revision des Energiespargesetzes und die Ausarbeitung einer neuen Fördersystematik bilden eine wichtige Massnahme in der Umsetzung des «Energiekonzeptes 2013». Der interne Entwurf lag Ende 2005 vor. Ein Gutachten zur Vorlage der Revision des Energiespargesetzes wurde von der Regierung in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse werden in den Entwurf eines neuen Energiespargesetzes einfließen.

Im Berichtsjahr wurden vom Ressort einige Verordnungen bearbeitet und der Regierung zur Beschlussfassung vorgelegt. Namentlich sind dies:

Kraftverkehrsunternehmer

In Art. 15b des Gewerbegesetzes wird der Kraftverkehrsunternehmer definiert. Die Einzelheiten werden auf dem Ordnungswege geregelt. Die bestehende Verordnung über den Zugang zum Beruf des Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmers wurde im Berichtsjahr mit der neuen Verordnung, LGBl. 2005 Nr. 180, überarbeitet und aktualisiert.

Notifikationsverordnung

Für die Umsetzung der Richtlinien 98/34/EG und 98/48/EG über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften wurde die Neuschaffung des Gesetzes über die Notifikation von Normen und technischen Vorschriften (EWR-Notifikationsgesetz, LGBl. 2005 Nr. 147) im Landtag verabschiedet. Für die Umsetzung des EWR-Notifikationsgesetzes wurde die Verordnung zum Gesetz über die Notifikation technischer Vorschriften im EWR (EWR-Notifikationsverordnung; LGBl. 2005 Nr. 182) von der Regierung genehmigt.

Verordnungen zum Arbeitsgesetz

Anfangs April 2005 sind drei Verordnungen zum Arbeitsgesetz in Kraft getreten. Es ist dies die Verordnung I zum Arbeitsgesetz, LGBl. 2005 Nr. 67, welche insbesondere die Arbeitszeiten sowie den Sonderschutz für weibliche Arbeitnehmerinnen genauer regelt. Weiters wurde die Verordnung IV zum Arbeitsgesetz, LGBl. 2005 Nr. 68, zur Regelung des Plangenehmigungsverfahrens und der Betriebsbewilligung sowie die Verordnung V zum Arbeitsgesetz, LGBl. 2005 Nr. 69, welche Bestimmungen

zum Schutz der jugendlichen Arbeitnehmer beinhaltet, erlassen.

Urheberrechtsverordnung (Verleihrecht)

Am 8. November 2005 hat die Regierung die Verordnung über die Abänderung der Urheberrechtsverordnung genehmigt (LGBl. 2005 Nr. 204). Von der Vergütungspflicht (Verleihrecht) ist in Liechtenstein die Landesbibliothek betroffen, da sie die Werke einem breiten Publikum zur Verfügung stellt. Von der Vergütungspflicht nach Art. 15 Abs. 1 Urheberrechtsgesetz ausgenommen sind Gemeindebibliotheken sowie andere Bibliotheken öffentlicher und privater Bildungseinrichtungen.

Bilaterale und internationale Beziehungen

Besuch des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit der Republik Österreich Dr. Martin Bartenstein

Der österreichische Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Dr. Martin Bartenstein weilte am 11. Mai 2005 zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Liechtenstein. Dabei haben die beiden Minister einen generellen Gedankenaustausch geführt.

Konferenz der Kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren

Der Ressortinhaber nahm am 27. Oktober 2005 an der gesamtschweizerischen Konferenz der Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) in Rapperswil teil. Liechtenstein ist als ständiger Gast zu dieser Konferenz geladen. Schwerpunkt der Konferenz war das weitere Vorgehen in Sachen Personenfreizügigkeit und flankierende Massnahmen. Am Rande der Konferenz fand ein Gespräch mit Bundesrat Joseph Deiss statt, an welchem aktuelle Fragen der liechtensteinischen und schweizerischen Wirtschaftsentwicklung erörtert wurden.

Sitzung der Finanz- und Wirtschaftsminister der EU und EFTA (ECOFIN)

Am 8. November 2005 nahm Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher mit einer Delegation am gemeinsamen Treffen der Finanz- und Wirtschaftsminister der EU und der EFTA teil. Der Ressortinhaber wurde von S.D. Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein, Botschafter in Brüssel, sowie von Dr. Hubert Büchel, Leiter des Amtes für Volkswirtschaft, begleitet.

Besuch beim luxemburgischen Wirtschaftsminister Jeannot Krecke

Der Ressortinhaber besuchte am 15. November 2005 seinen Amtskollegen Wirtschaftsminister Jeannot Krecke. Sie sprachen über die Besorgnis erregende Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in beiden Ländern und mögliche Massnahmen zu deren Bekämpfung. Im Weiteren tauschten sie sich aus über Wirtschaftspolitik und Standortwettbewerb sowie über die Bedeutung der Aussenwirtschaftspolitik aus Sicht eines Kleinstaates.

AMTSSTELLEN

Amt für Volkswirtschaft

Amtsleiter: Dr. Hubert Büchel

Im Berichtsjahr 2005 setzte sich der Wirtschaftsaufschwung fort. Die Warenausfuhren, die in den drei Vorjahren deutlich zugelegt hatten, blieben stabil auf hohen Werten. Die Unternehmen des Finanzdienstleistungssektors meldeten deutliche Zuwächse. Das positive Stimmungsbild, welches auch in den Konjunkturtests des Amtes für Volkswirtschaft zum Ausdruck kam, bewirkte eine Zunahme bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Allerdings fand dadurch kein Abbau der Arbeitslosigkeit statt. Diese legte im Frühjahr leicht zu, um sich dann im Jahresverlauf auf niedrigerem Niveau einzupendeln. Die Aussichten für den weiteren Wirtschaftsverlauf werden günstig beurteilt. Die liechtensteinische Volkswirtschaft bewährt sich mit hoher Qualität und ausgezeichnetem Service im internationalen Wettbewerb.

Aussenwirtschaft

Der Bereich Aussenwirtschaft befasst sich mit allgemeinen Wirtschaftsfragen verschiedenster Art. Zudem werden liechtensteinische Interessen in verschiedenen EWR-Arbeits- und Expertengruppen (Forschung und Entwicklung, KMU) vertreten.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Im Jahr 2005 vertrat der Fachbereich die liechtensteinischen Interessen in den Gremien des Mehrjahresprogramms für Unternehmen und unternehmerische Initiative, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen (2001-2005) der Europäischen Union und leitete die relevanten Informationen an die heimischen Wirtschaftsverbände weiter. Im Berichtsjahr wurde die Verlängerung des Mehrjahresprogramms um ein Jahr genehmigt. Zudem wurde die EWR/EFTA Arbeitsgruppe für kleine und mittlere Unternehmen betreut.

Forschung und Entwicklung

Liechtenstein hat bei CREST, dem wichtigsten Forschungsgremium der EU, Beobachterstatus. Dieses Gremium nimmt eine beratende Funktion sowohl für den Rat als auch für die Kommission ein.

Der Fachbereich Aussenwirtschaft ist die Kontaktstelle für das 6. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft (2002-2006) und stellt den Informationsknotenpunkt dar. Im Berichtsjahr hat der Fachbereich mit der Vorbereitung für das kommende 7. Forschungsrahmenprogramm (2007-2013) begonnen.

Postaufsicht

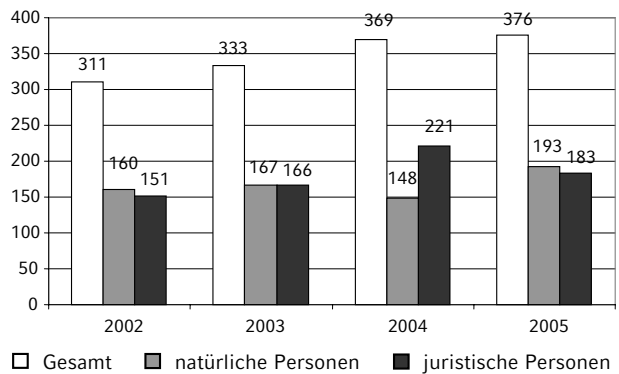
Die Liechtensteinische Post AG wurde gemäss Postgesetz und Verordnung hinsichtlich der Laufzeiten der Briefe der A-Post und den Paketen überprüft. Die gesetzlich vorgegebenen Laufzeiten wurden gemäss der Überprüfung eingehalten.

Gewerberecht

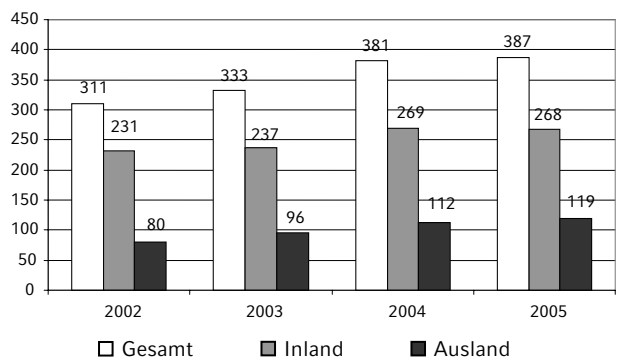
Gewerbebewilligungen – Statistische Angaben

Die nachstehenden Grafiken geben Auskunft über Neugründungen und die Bestellung von neuen Geschäftsführern bei tätigen Unternehmen, jeweils über den Zeitraum von 2002 bis 2005. Zusätzlich erfolgt eine Aufgliederung der Neugründungen nach in- und ausländischem Wohnsitz des Bewilligungsinhabers (natürliche Person) bzw. des Geschäftsführers (juristische Person). Aufgrund des EWR-Rechts ist es zulässig, dass EWR-Staatsbürger eine gewerbliche Tätigkeit in Liechtenstein ausüben können, auch wenn sie keinen Wohnsitz in Liechtenstein haben. Bei den im Ausland wohnhaften Bewilligungsinhabern bzw. Geschäftsführern handelt es sich hauptsächlich um Personen österreichischer oder deutscher Nationalität.

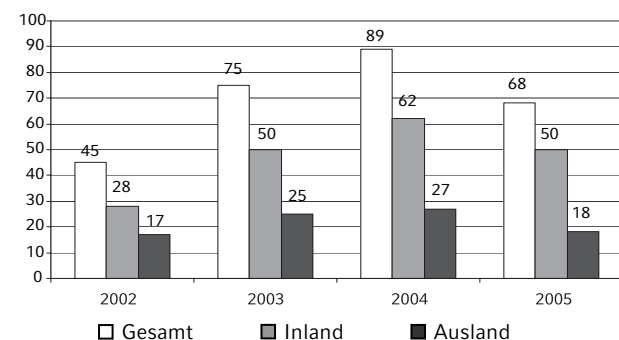
Gewerbebetriebe-Neugründungen



Geschäftsführungen nach Wohnsitz



Bestellung neuer Geschäftsführer



Die Diskrepanz zwischen der Anzahl an Neugründungen (total 376) zu den bewilligten Geschäftsführern (total 387) ergibt sich daraus, dass bei 11 Firmen zwei Geschäftsführer bestellt worden sind.

Ergänzend zu den Diagrammen kann festgehalten werden, dass im Berichtsjahr bei insgesamt 43 Firmen (Einzelunternehmungen und juristische Personen) Zweckergänzungen vorgenommen wurden. Diese Fälle werden nicht in der Rubrik der Neugründungen erfasst.

Grenzüberschreitender Dienstleistungsverkehr

Die Anzahl der erteilten Bewilligungen zeigt folgende Tabelle:

	Österreich	Deutschland	Andere	Total
2002	46	19	6	71
2003	54	15	2	71
2004	46	31	7	84
2005	47	29	9	85

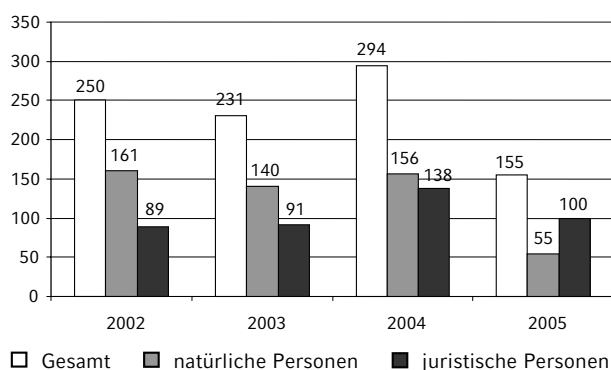
Ausnahmegenehmigungen nach Art. 7 Abs. 3 des Gewerbegesetzes

Mit der Revision des Gewerbegesetzes, i.d.F. LGBl. 2002 Nr. 21, wurde in Art. 7 Abs. 3 eine Ausnahmeregelung geschaffen, wonach die Regierung ermächtigt ist, von der Erfüllung des Wohnsitzerfordernisses abzusehen, wenn besonders berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen. Im Jahre 2005 hat die Regierung 3 solche Ausnahmegenehmigungen erteilt.

Löschungen von Gewerbebewilligungen

Eine Übersicht mit Vergleichszahlen aus den beiden Vorjahren zeigt die folgende Tabelle:

Gewerbebewilligungen-Löschungen



Entzug von Gewerbebewilligungen

Die Entzugskompetenz liegt bei der Regierung. Im Jahre 2005 (2004) hat die Regierung in 20 (13) Fällen Gewerbebewilligungen entzogen, wovon am Ende des Jahres 13 (10) in Rechtskraft erwachsen sind.

Ergänzungsprüfung im Gastgewerbe

Inhaber ausländischer Fachprüfungszeugnisse haben, gestützt auf die Verordnung über die fachlichen Qualifi-

kationen im Gastgewerbe, LGBl. 2003 Nr. 130, die Möglichkeit, mittels Ablegen einer Ergänzungsprüfung die Fachkenntnisse nach liechtensteinischem Recht nachzuweisen. Das Amt für Volkswirtschaft ist mit der Organisation und Durchführung dieser Prüfung betraut. Im Berichtsjahr wurde die Ergänzungsprüfung im November durchgeführt. Von den 10 zur Prüfung angetretenen Kandidatinnen und Kandidaten haben 5 die Ergänzungsprüfung bestanden.

Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

Arbeitsvermittlungsgesetz

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der auf der Grundlage des Gesetzes vom 12. April 2000 über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (Arbeitsvermittlungsgesetz, AVG), LGBl. 2000 Nr. 103, durch das Amt für Volkswirtschaft erteilten Bewilligungen:

	Wohnsitz Inland	Wohnsitz Ausland	Total
2001	24	7	31
2002	16	13	29
2003	5	2	7
2004	3	2	5
2005	3	1	4

Zur Regelung der grenzüberschreitenden Tätigkeiten wurde mit der Schweiz, gestützt auf das AVG, eine zwischenstaatliche Vereinbarung abgeschlossen, wonach CH-Betriebe, welche grenzüberschreitend in Liechtenstein tätig werden möchten, eine liechtensteinische Bewilligung, welche vom Amt für Volkswirtschaft erteilt wird, benötigen. Umgekehrt benötigen FL-Betriebe für die grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung in der Schweiz eine entsprechende schweizerische Bewilligung:

	FL-Betriebe nach CH	CH-Betriebe nach FL
2001	17	42
2002	8	25
2003	6	17
2004	11	16
2005	2	10

Eignungsprüfung

Berufliche Qualifikationsnachweise von EWR-Staatsangehörigen werden nach einem speziellen Anerkennungsverfahren geprüft. Die Anerkennung kann davon abhängig gemacht werden, dass die für die Ausübung des Berufs als Arbeitsvermittler bzw. Personalverleiher erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten, die in den in einem EWR-Mitgliedstaat erworbenen beruflichen Qualifikationsnachweisen nicht enthalten sind, u.a. in einer Eignungsprüfung nachgewiesen werden können. Im Jahre 2005 wurde mangels Interessenten keine solche Eignungsprüfung durchgeführt.

Wettbewerbsrecht

Überprüfungsklausel EWR JCD 130/2004 (REG. 1/2003)

Im Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschusses ist vorgesehen, dass die Europäische Kommission, die EU-Mitgliedstaaten und die EWR/EFTA-Staaten über die Teilnahme der EWR/EFTA-Staaten an dem EU-Wettbewerbsbehörden-Netzwerk (ECN) wieder diskutieren werden. Anfang Dezember 2005 haben die EWR/EFTA-Staaten die Überprüfungsklausel aktiviert. Die Europäische Kommission hat den Brief vom 7. Dezember 2005 hinsichtlich einer stärkeren Einbindung der EWR/EFTA-Staaten in dieses Netzwerk zur Kenntnis genommen und die Diskussion begonnen.

Privatrechtdurchsetzung der Artikel 81/82 EG und 53/54 EWR

Die Europäische Kommission hat den Bericht und die Ergebnisse ihrer Prüfung bezüglich der privaten Rechtdurchsetzung der Art. 81 und 82 EG in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten dargelegt. Das EFTA-Sekretariat hat in Zusammenarbeit mit den EFTA-Staaten eine parallele Untersuchung durchgeführt. Die Europäische Kommission bereitet nun ein Grünbuch über die private Rechtdurchsetzung der Art. 81 und 82 EG vor. Sie wird damit mehr Harmonisierung und Klarstellung auf nationaler Ebene bei der Geltendmachung von Ansprüchen gegen private Unternehmen fordern. Nach der Veröffentlichung werden die EU-Mitgliedstaaten ihre Stellungnahme abgeben können.

EFTA/EWR-Arbeitsgruppe Wettbewerbsrecht

Der Fachbereich Wettbewerbsrecht vertritt die liechtensteinischen Interessen in der entsprechenden EFTA/EWR-Arbeitsgruppe in Brüssel.

Umsetzung EWR-Recht

Die folgenden EG-Verordnungen wurden geprüft und ins EWRA übernommen:

- Verordnung (EG) Nr. 463/2004 der Kommission vom 12. März 2004 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 823/2000 zur Anwendung von Artikel 81 Absatz 3 EG-Vertrag auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen zwischen Seeschiffahrtsunternehmen (Konsortien) (Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschuss vom 9.2.2005)
- Verordnung (EG) Nr. 411/2004 des Rates vom 26. Februar 2004 zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3975/87 und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3976/87 sowie der Verordnung Nr. 1/2003 im Hinblick auf den Luftverkehr zwischen der Gemeinschaft und Drittländern (Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschuss vom 12.3.2005)
- Verordnung (EG) 772/2004 der Kommission vom 27. April 2004 über die Anwendung von Artikel 81 Absatz 3 EG-Vertrag auf Gruppen von Technologietransfervereinbarungen (Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschuss vom 12.3.2005)

- Verordnung (EG) 611/2005 der Kommission vom 20. April 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 823/2000 des Rates zur Anwendung von Artikel 81 Absatz 3 EG Vertrag auf bestimmte Gruppen von Vereinbarungen, Beschlüssen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen zwischen Seeschiffahrtsunternehmen (Konsortium) (Beschluss des Gemeinsamen EWR-Ausschuss vom 9.7.2005).

Konsumentenschutz

Arbeitsgruppen Konsumentenschutz

Der Fachbereich Konsumentenschutz vertritt die liechtensteinischen Interessen in der entsprechenden EWR/EFTA-Arbeitsgruppe in Brüssel. Ebenso war der Fachbereich im Berichtsjahr als Beobachter bei Sitzungen der Eidgenössischen Kommission für Konsumentenfragen vertreten.

Umsetzung EWR-Recht

Fernabsatz von Finanzdienstleistungen (Richtlinie 2002/65/EG)

Das Fern-Finanzdienstleistungsgesetz (FernFinG) ist am 1. Juni 2005 in Kraft getreten (LGBl. 2005 Nr. 36). Das FernFinG erfasst alle Verträge über Finanzdienstleistungen (beispielsweise: Kreditgewährung, Versicherung, Altersversorgung, Geldanlagen, Wertpapierdienstleistungen etc.), die unter Verwendung von sog. Fernkommunikationsmitteln (beispielsweise: Telefon, Fernsehen, Hörfunk, Telefax, E-Mail etc.) mit Konsumenten geschlossen werden.

Konsumkredit

Die Revision des geltenden Konsumkreditgesetzes wurde im Sommer des Berichtsjahres gestoppt. Grund dafür sind die Entwicklungen im Bereich Konsumkredit auf EU-Ebene, die abgewartet werden.

EG-Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz

Die Übernahme der Verordnung (EG) 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Oktober 2004 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden wurde im Berichtsjahr umfassend bearbeitet und die Abklärung eingeleitet, ob diese Verordnung auch für Liechtenstein relevant ist.

Marktüberwachung

Technische Prüf-, Mess- und Normenstelle (TPMN) / Liechtensteinische Akkreditierungsstelle (LAS)

Der Fachbereich TPMN und LAS im Amt für Volkswirtschaft beinhaltet die Aufgabenbereiche: technische Handelshemmnisse, freier Warenverkehr, Standardisierung und Normung, internationale Handelserleichterungen und Akkreditierung.

Technische Handelshemmnisse

Aufgrund der sogenannten parallelen Verkehrsfähigkeit ist Liechtenstein sowohl in den schweizerischen als auch in den europäischen Wirtschaftsraum eingebunden. Indem die EU-Binnenmarktgesetzgebung erst auf ihre Relevanz und Annehmbarkeit für Liechtenstein geprüft und dann übernommen wird, kann sichergestellt werden, dass die liechtensteinischen Unternehmen keine neuen Marktzutrittsschranken im EWR vorfinden.

*Konformitätsabkommen**(Mutual Recognition Agreement - MRA)*

MRAs sind Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen bestimmter Industrieprodukte, welche beim Markteintritt vorgeschriebenen Tests und Zertifizierungen unterliegen. Jede Vertragspartei kann die Produkte vor der Ausfuhr im eigenen Land im Hinblick auf die Konformität mit den Vorschriften des Einfuhrlandes prüfen, testen und zertifizieren lassen. Die Vertragsparteien anerkennen diese Tests und Zertifikate. Im Jahr 2005 konnte für die EWR-Staaten ein MRA-Abkommen mit den USA (Schiffsausrüstungsprodukte) paraphiert werden.

Allgemeine Produktsicherheit

Der Fachbereich TPMN ist die nationale Kontaktstelle nach der Richtlinie 2001/95/EG über die allgemeine Produktsicherheit. Gemäss dieser Richtlinie, die seit Januar 2004 in Kraft ist, müssen Hersteller und Händler die zuständigen nationalen Behörden umgehend unterrichten, wenn sie feststellen, dass ein von ihnen in Verkehr gebrachtes Produkt gefährlich ist. Im Berichtsjahr sind zwei Meldungen bei der TPMN eingegangen. Durch das RAPEX Schnellwarnsystem für die Produktsicherheit im europäischen Binnenmarkt hat die TPMN im Berichtsjahr 701 (2004: 388) Meldungen erhalten.

Liechtensteinische Akkreditierungsstelle (LAS)

Ende 2005 waren 2 Zertifizierungsstellen, 1 Kalibrierstelle und 1 Inspektionsstelle bei der LAS registriert. Die LAS hat die Geltungsdauer von zwei Akkreditierungen antragsgemäss verlängert.

Umsetzung EWR-Recht

Im Jahre 2005 wurden 22 verschiedene Rechtsakte der EU im technischen Bereich, welche in den Zuständigkeitsbereich der TPMN fallen und in das EWR-Recht übernommen werden sollen, überprüft.

Zur Umsetzung der Richtlinie 98/34/EG über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften sind vier Notifikationen verfasst und der EFTA-Überwachungsbehörde übermittelt worden. Zu einer Notifikation gab es von der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) und der EU Kommission eine Bemerkung.

Des Weiteren vertrat der Fachbereich TPMN die liechtensteinischen Interessen in der entsprechenden EWR/EFTA-Arbeitsgruppe in Brüssel. In dieser Gruppe

werden die Entwicklungen in der EU mitverfolgt und kommende Rechtsakte diskutiert.

Arbeitsicherheit**Baustellenkoordinationsgesetz**

Auf Grund der Verordnung zum Baustellenkoordinationsgesetz sind im Berichtsjahr 99 Bewilligungen der fachlichen Fähigkeit für Planungs- und Baustellenkoordinatoren erteilt worden.

Arbeitsicherheit in landwirtschaftlichen Betrieben

Per 1. Januar 2005 ist der Vertrag mit den Stiftungen Beratungsstelle für Unfallverhütung in der Landwirtschaft (BUL) in Kraft getreten. Der Vertrag soll bewirken, dass die Sicherheit und der Gesundheitsschutz in den Landwirtschaftsbetrieben verbessert werden. Im Berichtsjahr wurde vor allem über die Arbeitsicherheit und die Zusammenarbeit mit den Stiftungen informiert. Es haben die ersten Kontrollen in 12 Landwirtschaftsbetrieben durch die Agriss stattgefunden. Ebenfalls haben sich ca. 40 Betriebe entschlossen, das Sicherheitssystem agrITOP zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes ihrer Arbeitnehmer anzuwenden.

Rohrleitungsgesetz

Im Rahmen des Rohrleitungsgesetzes fanden verschiedene Abklärungen mit dem Eidgenössischem Rohrleitungsinspektorat (ERI), dem schweizerischen Verein für Technische Inspektionen (SVTI) sowie dem Schweizerischen Verein des Wasser- und Gasfaches (SGW) statt. Diese Abklärungen betrafen hauptsächlich «Arbeiten Dritter in der Nähe der Gasleitung» und «Aufstellung von Flüssiggasbehältern». Es wurden im Berichtsjahr 4 Bewilligungen für Arbeiten in der Nähe der Hochdruckleitungen erteilt.

Jahresversammlungen / Kongresse / Fachtagungen / Vorträge

Die Mitarbeiter des Fachbereichs Arbeitsicherheit nahmen an verschiedenen Fachtagungen, Kongressen und Jahresversammlungen der Eidgenössischen Kommission für Arbeitsicherheit (EKAS), des Schweizerischen Staatssekretariats für Wirtschaft (seco), der Schweizerischen Unfallversicherung (SUVA), des Interkantonalen Verbands für Arbeitsicherheit (IVA) sowie weiteren schweizerischen Fachverbänden teil.

Im August fand die Sitzung der Technischen Kommission des IVA in Vaduz statt. Neben der ordentlichen Sitzung besuchten die Mitglieder der Kommission zwei liechtensteinische Betriebe, in denen die praktische Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen gezeigt wurde.

Das Berufliche Weiterbildungsinstitut (BWI) der Gewerbe- und Wirtschaftskammer hat im Berichtsjahr zwei dreitägige Kurse über Arbeitsicherheit in Produktionsbetrieben angeboten. Anlässlich dieser Kurse wurden vom Fachbereich die gesetzlichen Grundlagen in einem Vortrag vorgestellt.

Umsetzung EWR-Recht / Internationales

Im Jahre 2005 wurden diverse Rechtsakte der EU betreffend Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz hinsichtlich Übernahme ins EWR-Recht überprüft.

Vom Fachbereich wurden zwei Sitzungen der «Arbeitsgruppe über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz sowie Arbeitsrecht» besucht. Es wurde auch an zwei Sitzungen des Ausschusses der hohen Arbeitsaufsichtsbeamten (SLIC) teilgenommen.

Liechtenstein hat einen Sitz im schweizerischen Focal Point. Im Berichtsjahr nahm ein Mitarbeiter des Fachbereichs Arbeitssicherheit an den Sitzungen des schweizerischen Focal Point teil, um über die laufenden Arbeiten und Aktionen der Agentur für Arbeitssicherheit in Bilbao informiert zu werden. Eine zentrale Aufgabe des Focal Points ist die Durchführung der «European Week». Das Berichtsjahr stand unter dem Motto «Lärm». Zu diesem Thema wurden in der Schweiz verschiedene Veranstaltungen durchgeführt, an denen auch Liechtensteiner Unternehmen die Möglichkeit zur Teilnahme hatten.

Vollzug der arbeitsgesetzlichen Bestimmungen

Anzahl industrielle Betriebe

Ende 2005 (2004) waren 54 (54) Betriebe den Sondervorschriften des Arbeitsgesetzes für industrielle Betriebe unterstellt.

Erteilte Arbeitszeitbewilligungen

Im Jahr 2005 (2004) wurden insgesamt 114 (92) Arbeitszeitbewilligungen erteilt, 75 (59) für Sonntagsarbeit, 34 (25) für Nacharbeit, 2 (4) für Sonntags- und Nacharbeit und 3 (4) für ununterbrochenen Betrieb.

Erteilte Planverfügungen und Betriebsbewilligungen

Im Jahre 2005 (2004) wurde keine (6) Betriebsbewilligung(en) erteilt und 4 (20) Planverfügungen erlassen. In Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Verein für technische Inspektionen (SVTI) wurden 14 (25) Planverfügungen bzw. Betriebsbewilligungen für bewilligungspflichtige Druckbehälter erteilt.

Vorankündigungen von Baustellen

Aufgrund des Baustellenkoordinationsgesetzes muss jede Baustelle im Land, an welcher mehr als 500 Mann-tage gearbeitet wird oder die gefährliche Arbeiten beinhaltet, beim Amt für Volkswirtschaft gemeldet werden. Im Berichtsjahr sind 217 (235) Vorankündigungen eingegangen.

Betriebsbesuche

Im Jahr 2005 (2004) fanden insgesamt 248 (271) Betriebsbesuche statt. Anlässlich dieser Besuche wurden 193 (228) Inspektionen durchgeführt, davon 23 (36) in industriellen Betrieben, 54 (61) in Gewerbebetrieben,

4 (2) in öffentlichen Verwaltungen und 112 (129) auf Baustellen. Weiters wurden in 4 (1) Betrieben verschiedene Abklärungen betreffend eine eventuelle Gesundheitsgefährdung vorgenommen. Ebenfalls haben 51 (43) Beratungsgespräche in verschiedenen Betrieben stattgefunden. Diverse weitere Beratungsgespräche über Arbeitssicherheit fanden im Amt statt.

Unfalluntersuchungen

Im Jahre 2005 (2004) sind auf Baustellen sowie in Industrie- und Gewerbebetrieben 11 (13) Arbeitsunfälle untersucht worden.

Arbeitsmarkt / Arbeitsvermittlung

Interne Entwicklung

Mitte Jahr wurde das Programm «Berufspraktikum für stellenlose Lehr- und Studienabgänger» vom Amt für Berufsbildung an die Abteilung Arbeit im Amt für Volkswirtschaft übergeben. Zusätzlich ins Programm der arbeitsmarktlichen Massnahmen aufgenommen wurde das von den Ostschweizer Kantonen eingerichtete Projekt OKP (Orientierung, Kommunikation, Praktikum), das vor allem Jugendlichen Perspektiven für die weitere Berufstätigkeit aufzeigen hilft. Ab September startete das Programm EIPOLA (Einsatzprogramm Landesverwaltung): die ALV stellt der Landesverwaltung Arbeitslose für Einsätze bis maximal 3 Monate zur Verfügung. Die Kosten werden von der ALV via Taggelder getragen. Der Vorteil für die Teilnehmer besteht vor allem im Nachweis einer Berufstätigkeit. Von September bis Dezember 2005 wurden über EIPOLA in 8 Ämtern von 16 Personen total 536 Arbeitstage geleistet.

Beratung / Vermittlung

Per Ende März 2005 wurden die Verträge mit vier privaten Stellenvermittlungsbüros aufgelöst und die Arbeitsvermittlung wieder vollständig in die Abteilung Arbeit integriert. Dadurch wurden rund 550 Personen, die vorher extern betreut worden waren, in die öffentliche Arbeitsvermittlung integriert. Fünf neue Personalberater nahmen ihre Arbeit auf. Für eine erfolgreiche Vermittlung Stellensuchender ist es notwendig, dass offene Stellen gemeldet werden. Obwohl die Meldung offener Stellen auf Freiwilligkeit beruht, kann im Berichtsjahr eine erfreuliche Entwicklung festgestellt werden. Leider ist es nicht so, dass alle gemeldeten offenen Stellen mit Stellensuchenden besetzt werden können. Der so genannte «Mismatch», die Diskrepanz zwischen den Anforderungen der Stellen und den Fähigkeiten und Qualifikationen der Stellensuchenden, ist oft beträchtlich.

Zu- und Abgänge von stellensuchenden Personen

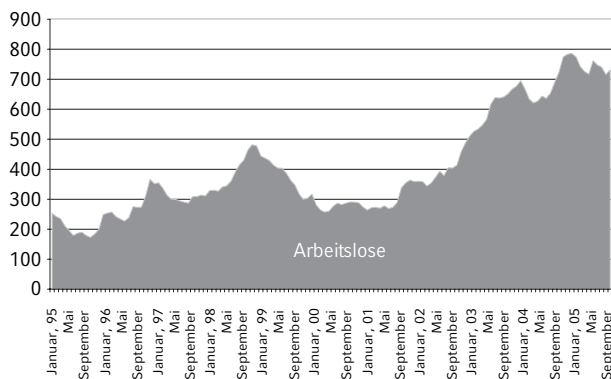
Insgesamt haben sich im Berichtsjahr rund 1156 stellensuchende Personen angemeldet und 1078 konnten wieder abgemeldet werden. Dies ergibt die hohe Fluktuation von 2234 Personen, welche durch die Arbeitsvermittlung bewältigt wurde.

Einen Eindruck über die Entwicklung der letzten zehn Jahre gibt die Grafik zur Anzahl der arbeitslos gemeldeten Personen (1995 – 2005).

Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Jahre 2005

Der seit etwa Mitte 2001 bestehende negative Trend setzte sich bis in den Frühling 2005 fort. Ab April stabilisierte sich die Arbeitslosenzahl und ging in den Monaten November und Dezember sogar leicht zurück.

Arbeitslos gemeldete Personen: Januar 1995 bis Dezember 2005



2005	Total Arbeitslose	ALV-Anspruchsberechtigte	Nicht Anspruchsberechtigte	Offene Stellen
Januar	775	639	136	40
Februar	783	625	158	20
März	786	610	176	32
April	774	597	177	56
Mai	742	579	163	80
Juni	726	576	150	113
Juli	717	570	147	91
August	762	597	165	140
September	748	592	156	80
Oktober	740	574	166	117
November	716	567	149	73
Dezember	731	580	151	61

Definitionen:

ALV-anspruchsberechtigt sind Personen, die Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung haben (arbeitslos, anspruchsberechtigt und vermittelbar sind).
 ALV-nicht-anspruchsberechtigt sind arbeitslose Personen, welche die ALV-Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllen, z.B. keine oder zu kurze Beitragsdauer (mind. 6 Monate während der letzten zwei Jahre).

Arbeitslose nach Monat, Geschlecht und Altersgruppe

Monat	Arbeitslosenbestand		Frauen		Jüngere < 25 Jahre		Ältere 50+	
	Quote	absolut	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Jan	2.6%	775	356	46%	146	19%	147	19%
Feb	2.6%	783	362	46%	152	19%	152	19%
März	2.6%	786	369	47%	149	19%	149	19%
April	2.6%	774	381	49%	142	18%	152	20%
Mai	2,5%	742	367	49%	143	19%	145	20%
Juni	2,5%	726	358	49%	131	18%	146	20%
Juli	2.4%	717	402	56%	129	18%	139	19%
Aug	2.6%	762	386	51%	148	19%	139	18%
Sept	2.5%	748	412	55%	168	22%	145	19%
Okt	2.5%	740	368	50%	140	19%	149	20%
Nov	2.4%	716	395	55%	133	19%	144	20%
Dez	2.4%	731	347	47%	136	19%	143	20%

Arbeitsmarktliche Massnahmen

In der Betreuung/Begleitung/Vermittlung von arbeitslosen Personen wird das Hauptziel verfolgt, die Stellensuchenden für den Arbeitsmarkt fit zu erhalten oder zu machen. Ein wichtiges Instrument, um diesem Ziel näher zu kommen, bilden die arbeitsmarktlichen Massnahmen (AMM). Im Vergleich zum Vorjahr ist bei diesen eine Steigerung von 17% zu verzeichnen.

AMM	Teilnehmer 2004	Teilnehmer 2005	Veränderung
Kollektivkurse	381	332	-13%
Spezielle Arbeitsmarktliche Massnahmen	80	119	49%
Praktika	43	75	74%
Beschäftigungsprogramme	7	54	671%
Einarbeitungszuschüsse	1	5	400%
Förderung der Selbständigkeit	18	33	83%
Total	530	618	17%

Energie

Energiekonzept «Liechtenstein 2013»

Im Berichtsjahr wurde die Umsetzung des von der Regierung genehmigten Energiekonzeptes «Liechtenstein 2013» in Angriff genommen.

Realisierung einer Biogasanlage

Im September 2005 bekam die Liechtensteinische Gasversorgung (LGV) vom Eidg. Finanzdepartement eine Zusicherung der Steuerbefreiung für die Gasmenge einer 10 000 Tonnen Biogasanlage. Die LGV hat eine Sensitivitätsstudie in Auftrag gegeben. Damit wird aufgezeigt, unter welchen Bedingungen eine solche Anlage kostendeckend betrieben werden kann. Diese Studie wurde der Energiekommission vorgestellt. Alternative Standorte werden nochmals evaluiert. Im November wurde die bestehende Biogasarbeitsgruppe aufgelöst und eine neue und erweiterte Biogasarbeitsgruppe bestellt. Zielvorgabe ist eine umfassende Evaluation einer Biogasanlage in Liechtenstein oder in der Region. Der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe ist auf Mai 2006 terminiert.

Öffentlichkeitsarbeit

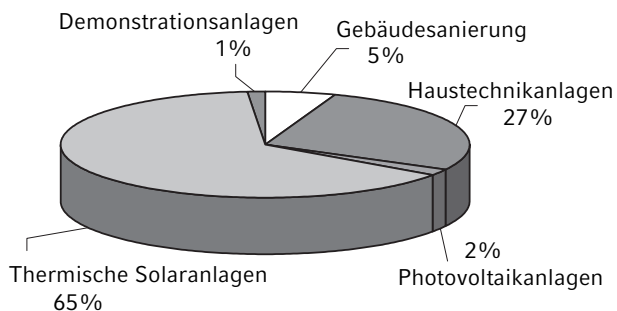
Eine weitere Massnahme aus dem «Energiekonzept 2013» ist der Ausbau der «Service- und Koordinationsdienstleistungen». Die Energiefachstelle hat die Öffentlichkeit und Fachleute durch Vorträge, Radiointerviews, Beratungsgespräche, Publikationen und Berichterstattung in Fachzeitschriften informiert.

Förderung des Energiesparens (Energiespargesetz)

Aufgrund des Gesetzes über die Förderung des Energiesparens wurden im Jahre 2005 (2004) 206 (108)

Anträge bearbeitet. 0 (2) Gesuche wurden abgelehnt, 4 (1) Gesuche wurden aufgeschoben. Die 202 (105) bewilligten Gesuche setzen sich wie folgt zusammen: 11 (4) Gebäudesanierungen, 55 (26) Haustechnikanlagen, 129 (71) thermische Sonnenkollektoren, 4 (2) Photovoltaikanlagen und 3 (2) Demonstrationsanlagen. Folgende Förderbeiträge wurden verbrieft: Für Gebäudesanierungen CHF 156 011 (47 827), für Haustechnikanlagen CHF 368 830 (164 440), für thermische Sonnenkollektoren CHF 548 117 (269 581) und für Photovoltaikanlagen CHF 22 305 (11 250). Auf Antrag der Energiekommission hat die Regierung für Demonstrationsanlagen Fördermittel von CHF 58 850 (50 050) bewilligt. Insgesamt wurden Förderbeiträge in der Höhe von CHF 1 154 113 (543 148) zugesichert.

Prozentuale Aufteilung der Förderbeiträge nach Förderkategorien



Liberalisierung des Strommarktes

Die LKW haben bei der Regulierungsbehörde den Antrag gestellt, dass die Kosteneinsparungen, die beim Messwesen erwirkt wurden, direkt an die Endkunden weitergegeben werden. Die Regulierungsbehörde hat dem Antrag zugestimmt.

Liberalisierung des Erdgasbinnenmarktes

Im Berichtsjahr hat die Regulierungsbehörde die Überprüfung der Durchleitungspreise abgeschlossen. Danach befasste sie sich mit den «Allgemeinen Netzzugangsbedingungen» (Genehmigung 2006).

Label

Das Label «Energienstadt» erhalten Gemeinden für energiepolitische Massnahmen, die über das gesetzlich vorgeschriebene hinausgehen. Der Massnahmenkatalog umfasst eine Menge von energiepolitischen Kriterien in den Bereichen Gebäude, Entwicklungsplanung, Mobilität, Versorgung/Entsorgung usw. Das Label ist ein Leistungsausweis für eine konsequente Energiepolitik. Die Gemeinde Triesen verfügt über dieses Label. Planken hat das Label beantragt.

Im Berichtsjahr wurden 2 Gebäude mit dem Minergie-label ausgezeichnet. Es wurden insgesamt 7 Minergie-Gesuche eingereicht und von der Energiefachstelle geprüft.

Tätigkeit in Organisationen und Arbeitsgruppen

Die Energiefachstelle hat in der Projektgruppe Energie der internationalen Regierungskommission Alpenrhein, der Arbeitsgruppe Umweltsteuern, den Arbeitsgruppen der Energiekommission sowie in den Konferenzen der kantonalen und ostschweizerischen Energiefachstellen mitgewirkt. Weiters hat die Energiefachstelle Einsitz in der Arbeitsgruppe «Weiterbildung und Information» des Bundesamtes für Energiewirtschaft und der schweizerischen Energiefachstellenkonferenz.

Im Herbst fand in Liechtenstein eine Sitzung der EFTA-EWR Energie-Arbeitsgruppe statt. Diese Gruppe ist im Bereich Energie für die nationale Umsetzung der EU-Rechtsakte zuständig.

Umsetzung EWR-Recht

Im Berichtsjahr wurden verschiedene Rechtsakte der EU betreffend Übernahme ins EWR-Recht überprüft und Vorbereitungen für die Umsetzung in nationales Recht eingeleitet:

- Richtlinie 2001/77/EG – zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen im Elektrizitätsbinnenmarkt. Diese Richtlinie gilt nicht für Liechtenstein. Auf Grund seiner Grössenverhältnisse und mangelnder Möglichkeiten, die geforderten Zielvorgaben der Richtlinie zu erreichen, wurde Liechtenstein von der Übernahme befreit.
- Beschluss 2003/796/EG – zur Einsetzung der Gruppe der europäischen Regulierungsbehörden für Elektrizität und Erdgas.
- Richtlinie 2003/54/EG – für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 96/92/EG.
- Richtlinie 2003/55/EG – für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 98/30/EG.
- Verordnung (EG) Nr. 1228/2003 – über die Zugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel.

Die Regierung hat Anfang 2006 den Bericht und Antrag zur Übernahme des Energiepaketes für die Schaffung eines vollständig integrierten Energiebinnenmarktes zuhanden des Landtages verabschiedet.

Geistiges Eigentum

Marken und Design

Insgesamt wurden im Jahre 2005 (2004) 381 (398) nationale und 71 (97) internationale Markeneintragungsgesuche behandelt. Dies bedeutet gegenüber 2004 eine Abnahme der nationalen Gesuche um 4.2% sowie der internationalen Gesuche um 26.8%. Ferner wurden 84 (84) nationale Markenverlängerungen, 186 (95) Übertragungen sowie 120 (74) diverse Änderungen im Markenregister durchgeführt. Die gesamthaft 381 (398) nationalen Markeneintragungsgesuche verteilen sich auf 19 Herkunftsländer.

Geographische Herkunft der nationalen Markenmeldungen Vergleich 2005/2004

Land	2005		2004	
	Absolut	Prozent	Absolut	Prozent
Liechtenstein	200	52.6%	171	43%
USA	97	25.4%	56	14%
Grossbritannien	6	1.6%	29	7.3%
Deutschland	12	3.1%	50	12.6%
Schweiz	22	5.8%	37	9.3%
Japan	6	1.6%	17	4.3%
Korea	1	0.2%	1	0.2%
Diverse Länder **	37	9.7%	37	9.3%
Total	381	100%	398	100%

** Niederlande, Kanada, Österreich, Arab. Emirate, Irland, Korea, Malaysia, Russland, BVI, Bermudas, Brasilien, Kolumbien

Designregister

Im Jahre 2005 (2004) wurden 15 (11) Designs hinterlegt und die Schutzdauer von 4 (3) Designs verlängert.

Urheberrecht und verwandte Schutzrechte

Verwertungsgesellschaften

Die Regierung hat 2002 den Verwertungsgesellschaften SUIA, ProLitteris, SUISSIMAGE und SWISSPERFORM Konzessionen für eine Dauer von 5 Jahren (bis zum 22. Juli 2007) erteilt. Das Amt für Volkswirtschaft beaufsichtigt die Verwertungsgesellschaften und überwacht die Geschäftsführung und Pflichten der Verwertungsgesellschaften.

Im Berichtsjahr wurden vom Amt für Volkswirtschaft verschiedene neue Tarife und die Geschäftsberichte der Verwertungsgesellschaften geprüft und genehmigt.

Patentrecht und Patentschutzabkommen mit der Schweiz

Das gute Funktionieren des Patentschutzabkommens fand im abgelaufenen Jahr wiederum seine Bestätigung. Aufgabe des Amtes für Volkswirtschaft ist es, Liechtenstein in dem vom Patentschutzabkommen geschaffenen Gemischten Ausschuss Schweiz-Liechtenstein zu vertreten.

Am 23. November 2005 hat der Schweizerische Bundesrat die Botschaft zur Revision des Patentgesetzes verabschiedet. Schwerpunkt der Revision bildet die Patentierung biotechnologischer Erfindungen und dabei insbesondere die Angleichung des Patentgesetzes an die Richtlinie 98/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 1998 über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen, die in Liechtenstein übernommen werden.

Umsetzung EWR-Recht

Bezüglich der Richtlinie 2004/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums ist die EFTA-Arbeitsgruppe zum Schluss gekommen, dass die Richtlinie nicht EWR-relevant ist. Die Energiefachstelle führt zudem das Sekretariat der Regulierungsbehörde (EMK).

Statistik

Das Statistikgesetz überträgt die Besorgung der amtlichen Statistik dem Amt für Volkswirtschaft. Seit dem 1. Januar 2005 ist sie als eigene Abteilung innerhalb des Amtes für Volkswirtschaft organisiert. Im November 2005 konnte die Stelle des Abteilungsleiters nach vorgängiger Ausschreibung neu besetzt werden.

Im Berichtsjahr veröffentlichte die Abteilung Statistik insgesamt 51 statistische Publikationen. In 49 Newslettern wurden die Abonnenten per E-Mail über neue Veröffentlichungen informiert. Der Internetauftritt der Statistik (www.avw.llv.li – Link «Statistik») wurde rege in Anspruch genommen. So konnte im Berichtsjahr die Publikation «Liechtenstein in Zahlen» über 20 000 Hits und das Statistische Jahrbuch über 10 000 Hits verzeichnen.

Unternehmen und Beschäftigte

Die Statistik führt jährlich per 31. Dezember bei den liechtensteinischen Unternehmen eine Erhebung über die Beschäftigten durch. Die erhaltenen Daten werden in der Datenbank des Unternehmensregisters erfasst. Die Ergebnisse werden jährlich in der Beschäftigungs- und Arbeitsplätzestatistik veröffentlicht. Bei der Anzahl Unternehmen wurde im Jahr 2004 (2003) ein Anstieg um 3.6% auf 3153 (3044) Unternehmen festgestellt; davon waren 85.1% (84,6 %) sehr kleine Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten. Als Unternehmen gelten alle im Land tätigen privatrechtlichen Betriebe und alle öffentlich-rechtlichen Institutionen. Privathaushalte mit Angestellten werden nicht zu den Unternehmen gerechnet.

	31.12.2004		31.12.2003	
	im Ganzen	in Prozent	im Ganzen	in Prozent
Anzahl Unternehmen nach Sektoren	3 153	100.0%	3 044	100.0%
Sektor 1: Land- und Forstwirtschaft	126	4.0%	124	4.1%
Sektor 2: Industrie	591	18.7%	594	19.5%
Sektor 3: Dienstleistungen	2 436	77.3%	2 326	76.4%
Anzahl Unternehmen nach Grössenklassen				
1 - 9 Beschäftigte	2 684	85.1%	2 573	84.6%
10 - 49 Beschäftigte	390	12.4%	394	12.9%
50 - 249 Beschäftigte	64	2.0%	62	2.0%
250 und mehr Beschäftigte	15	0.5%	15	0.5%
Durchschnittliche Anzahl Beschäftigter pro Unternehmen	9.4		9.6	
Sektor 1: Land- und Forstwirtschaft	2.7		2.7	
Sektor 2: Industrie	22.4		22.1	
Sektor 3: Dienstleistungen	6.6		6.8	

Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im Jahre 2004 um 1.5% von 29 055 auf 29 533 Personen. Davon waren 13911 Zupendler aus dem Ausland.

Beschäftigte nach Sektoren	31.12.2004		31.12.2003	
	Im Ganzen	in Prozent	im Ganzen	in Prozent
Total	29 533	100.0%	29 055	100.0%
Sektor 1: Land- und Forstwirtschaft	385	1.3%	356	1.3%
Sektor 2: Industrie	13 050	44.2%	13 073	45.0%
Sektor 3: Dienstleistungen	16 098	54.5%	15 596	53.7%

Bildungsstatistik ausgebaut

Die zweite Ausgabe der Bildungsstatistik wurde im Dezember 2005 veröffentlicht. Im Bereich «Öffentliche Finanzen» wurden die Aufwendungen erstmals nach Aufwand- und Ertragsart sowie nach Schulstufe bzw.

Schultyp aufgelistet. Ausserdem wurden Ländervergleiche (Bildungsbeteiligung nach Altersgruppen, Schüler-Lehrer-Verhältnis, Ausgaben für öffentliche Bildungseinrichtungen pro Schüler) publiziert.

Schüler und Unterrichtende an öffentlichen Schulen in Liechtenstein - 2004/05

Schulart	Schüler			Unterrichtende ¹				Durchschn. Alter	Schüler pro Vollzeit-Lehrer
	Gesamt	m	w	Gesamt	m	w	Vollzeitstellen		
Kindergärten	790	368	422	88	2	86	59.4	36	13.3
Primarschulen	2 156	1 075	1 081	260	65	195	204.2	41	10.6
Oberschulen	422	235	187	101	48	53	73.0	41	5.8
Realschulen	690	338	352	109	58	51	77.6	42	8.9
Liecht. Gymnasium	744	334	410	103	66	37	77.8	44	9.6
Freiwilliges 10. Schuljahr	65	33	32	15	9	6	9.0	43	7.2
Berufsmittelschule	132	85	47	17	9	8	6.6	41	20.0
Gesamt	4 999	2 468	2 531	693	257	436	507.6	41	9.8

¹ inkl. Mehrfachanstellungen (1 Unterrichtsperson mit 3 Teilzeit-Verträgen = 3 Unterrichtende)

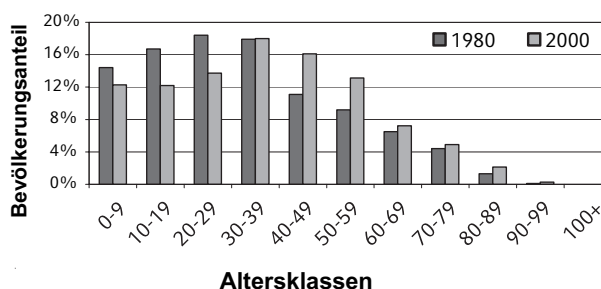
Strassentransportstatistik – 400 Fahrzeuge erhoben

Das EWR-Abkommen verpflichtet Liechtenstein, die internationalen Warentransporte auf der Strasse mittels Stichprobe zu erfassen. Die Erhebung umfasst nur die in Liechtenstein registrierten Sachentransportfahrzeuge mit einem Gesamtgewicht über 6.0 Tonnen. Die Transporte im Wirtschaftsraum Schweiz-Liechtenstein sind gemäss einer Anpassung des EWR-Abkommens nicht zu erfassen. Seit dem 1. Januar 2005 wird die ordentliche Erhebung durchgeführt. Pro Quartal werden jeweils 100 der insgesamt ca. 315 relevanten Fahrzeuge erhoben. Die Quartalergebnisse wurden jeweils an Eurostat (Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften) übermittelt. Für die Publikation der Gütertransporte auf der Strasse arbeitete die Statistik ein Pflichtenheft aus und der Auftrag für die Erstellung einer Software wurde im September 2005 erteilt. Die Publikation für das Erhebungsjahr 2005 wird im ersten Halbjahr 2006 vorliegen.

Volkzählung 2000 - Sieben Publikationen veröffentlicht

Seit dem Jahr 1930 werden in Liechtenstein regelmässig detaillierte Volkszählungen durchgeführt. Für langfristige Untersuchungen zur Bevölkerungsentwicklung, zur Familienstruktur, zur Erwerbstätigkeit der inländischen Bevölkerung und zu den Wohnverhältnissen sind die Volkszählungsergebnisse eine unentbehrliche Grundlage. Die letzte Volkszählung fand am 5. Dezember 2000 statt und wurde wiederum in Zusammenarbeit mit dem schweizerischen Bundesamt für Statistik durchgeführt. Nach Erhalt der Rohdaten konnten diese ab Juni 2005 bearbeitet werden. Am 6. Februar 2006 wurde mit der Veröffentlichung von sieben Publikationen, welche insgesamt 1400 Seiten umfassen, die liechtensteinische Volkszählung 2000 abgeschlossen. Die Bevölkerung Liechtensteins wurde bereits Anfang 2004 mit dem Volkszählungsflyer, welcher an alle Haushalte erging, über die wichtigsten Ergebnisse informiert.

Altersstruktur der Bevölkerung 1980 und 2000



Fremdenverkehr – mehr Nächtigungen

Bedingt durch die EU-Erweiterung im Mai 2004 mussten die Erhebungsformulare und die Datenbank per 1. Januar 2005 angepasst werden. Die Hotelbetriebe und Privatzimmervermieter konnten im Jahre 2005 sowohl bei den Gästeankünften als auch bei den Logiernächten erfreuliche Zuwächse verbuchen. Die Zahl der gemeldeten Logiernächte erhöhte sich im Jahr 2005 um 7.3 Prozent und erreichte mit 111 289 Nächtigungen den höchsten Wert seit 2001. Die Gästeankünfte stiegen um 1.9 Prozent auf 51 056 Ankünfte.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung liefert Grundlagen für die Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung, die Finanzpolitik und die Bemessung der Beiträge an internationale Organisationen. Zu den wichtigsten Grössen der VGR FL zählen das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das Bruttonationaleinkommen (BNE, früher als Bruttosozialprodukt (BSP) bezeichnet) und das Volkseinkommen.

Aufgrund personeller Wechsel konnten die VGR FL 2002 und 2003 im Berichtsjahr noch nicht veröffentlicht werden. Im Herbst 2005 musste zudem festgestellt werden, dass die provisorische Berechnung des Volkseinkommens 2002 fehlerhaft war. Die Regierung beauftragte deshalb im Dezember 2005 die Leitung des Amtes

für Personal und Organisation sowie der Finanzkontrolle, die Abläufe und Kontrollmechanismen betreffend die Berechnung der VGR FL zu untersuchen und eine Reihe von Fragen abzuklären.

Umsetzung EWR-Recht

Insgesamt wurden im Berichtsjahr 25 neue Rechtsakte, welche die amtliche Statistik betrafen, in den Anhang XXI des EWR-Abkommens übernommen. Die Statistik nahm an fünf von insgesamt 164 Sitzungen teil, welche von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft, durchgeführt wurden.

Unfallversicherung

Finanzabrechnung für das Jahr 2004

Im Jahr 2004 (die Angaben für 2005 liegen erst im Sommer 2006 vor) wurde die obligatorische Unfallversicherung im Fürstentum Liechtenstein (OUFL) von neun Versicherungsunternehmen durchgeführt. Auf Ende des Jahres 2005 ist ein Versicherungsunternehmen aus der OUFL ausgeschieden. Die Anzahl der versicherten Betriebe stellt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2003	2004	Veränderung
Berufsunfallversicherung (BU)	3 079	3 088	+ 9
Nichtberufsunfallversicherung (NBU)	2 677	2 724	+ 47
Freiwillige Versicherung (FV)	55	47	- 8

Das Ergebnis der OUFL hat sich massiv verschlechtert, was einerseits an der Zunahme der Unfälle und andererseits an dem niedrigen Prämientarif, der seit der letzten Tarifänderung im Jahr 2004 gilt, liegt.

Das detaillierte Finanzergebnis präsentiert sich für das Rechnungsjahr 2004 (die Abrechnung für 2005 wird erst im Herbst 2006 vorliegen) wie folgt:

Einnahmen

	BU	NBU	FV	Total
Prämienbeiträge	9 767 815	22 032 055	136 093	31 935 963
Kapitalerträge	841 482	2 003 202	18 060	2 862 744
Regresseinnahmen	138 036	1 389 113	1 727	1 528 876
Total Einnahmen	10 747 333	25 424 370	155 880	36 327 583

Aufwand

	BU	NBU	FV	Total
Versicherungsleistungen	10 915 059	22 067 776	198 959	33 181 794
Teuerungszulagen auf Renten	356 430	505 697	5 148	867 275
Verwaltung, Steuern	1 902 274	4 105 973	30 358	6 038 605
Finanzierung neuer Rechnungsgrundlagen	166 053	374 545	2 314	542 912
Total Aufwand	13 339 816	27 053 991	236 779	40 630 586
Fondszuweisungen bzw. -entnahmen	-2 592 483	-1 629 621	-80 899	-4 303 003

Die versicherungspflichtige Lohnsumme in der BU betrug im Berichtsjahr 1 815.51 (Vorjahr: 1 766.58) Mio. CHF, in der NBU 1 793.71 (Vorjahr: 1 744.83) Mio. CHF und in der FV 3.87 (Vorjahr: 4.46) Mio. CHF. Es ist ein leichter Anstieg der Lohnsumme erkennbar.

Die Gesamtzahl der gemeldeten Unfälle hat im Jahr 2004 um 0.7% (4.12%) zugenommen (von 6 394 auf 6 436). Aufgeteilt auf die verschiedenen Versicherungsgruppen ergibt sich folgendes Bild:

	2003	2004	Veränderung
Gesamt Unfälle	6 394	6 436	42
NBU	4 259	4 298	39
BU	2 127	2 129	2
FV	8	9	1

Von den 6 436 gemeldeten Unfällen waren 35 (33) Invaliditätsfälle und 3 (1) Todesfälle.

Kontrolle von Subventionsgesuchen

Gemäss Art. 79 Abs. 2 des Gesetzes vom 28. November 1989 über die obligatorische Unfallversicherung, LGBl. 1990 Nr. 4, fallen die Prämien für die obligatorische Versicherung der Nichtberufsunfälle zu zwei Dritteln zu Lasten der Versicherten und zu einem Drittel zu Lasten des Landes. Im Jahre 2005 wurden Anträge von neun Unfallversicherungsunternehmen auf Ausrichtung von (restlichen) Landesbeiträgen für das Rechnungsjahr 2004 und Akontozahlungen für das laufende Rechnungsjahr 2005 kontrolliert.

Die Aufwendungen für NBU-Subventionen beliefen sich im Jahr 2005 auf 7.78 (7.32) Mio. CHF. Darin waren 7.12 Mio. CHF Akontozahlungen an die mutmasslichen Landesbeiträge für das Jahr 2005 und 0.66 Mio. CHF Restzahlungen für das Jahr 2004 enthalten.

Ausscheiden der Allianz Suisse Versicherung aus der OUFL

Die Allianz Suisse kündigte auf den 31.12.2005 den Durchführungsvertrag der OUFL und schied somit Ende des Jahres aus der Unfallversicherung im Fürstentum Liechtenstein aus. Da sich kein Versicherer fand, der den Gesamtbestand der Allianz Suisse übernahm, musste der Bestand (ca. 500 Verträge) unter Aufsicht des Amtes für Volkswirtschaft abgewickelt werden. Sämtliche Verträge wurden gekündigt und alle versicherungspflichtigen Betriebe, die bis zum 6. 12. 2005 keinen neuen Versicherer gefunden hatten, wurden vom Amt für Volkswirtschaft einem Versicherer zugewiesen. Für alle Betriebe wurde so der Versicherungsschutz ab 1. 1. 2006 gewährleistet.

Arbeitslosenversicherung (ALV)

Nachdem der Auftrag zur Programmierung vergeben war, konnte bis Sommer 2005 die Detailspezifikation erarbeitet werden. Bis Jahresende waren erste Module programmiert und konnten einer ersten Testphase unterzogen werden.

Weitere Reorganisationsschritte führten zur Eröffnung des Informationsschalters und zu einer besseren Verzahnung zwischen Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung und damit zu einem verbesserten Kundenservice.

Spitzenbelastungen können somit besser abgefedert werden. Gleichzeitig wurden die Mitarbeiterinnen der ALV mit Grundlagen der Prozessdokumentation vertraut gemacht und Kernprozesse dokumentiert.

Gespräche aus dem Jahr 2004 mit der AHV-Anstalt wurden Mitte 2005 wieder aufgenommen mit dem Ziel, das Beitragsinkasso der ALV zukünftig durch die AHV durchführen zu lassen. Die AHV ist grundsätzlich einverstanden, musste aber feststellen, dass diese Aufgabe aufgrund technischer Fragen erst ab Januar 2008 übernommen werden kann.

Arbeitgeberbestand

Am Ende des Berichtsjahres 2005 waren 3298 Arbeitgeber (Vorjahr 3142) abrechnungs- und zahlungspflichtig.

Versicherungsbeiträge

Zum Zeitpunkt der Berichterstellung waren sämtliche Beitragsabrechnungen noch ausstehend bzw. noch nicht verbucht. Der diesbezügliche Ertragsnachtrag wurde mit 8.5 Mio. Franken transitorisch berücksichtigt.

Arbeitslosenentschädigungen

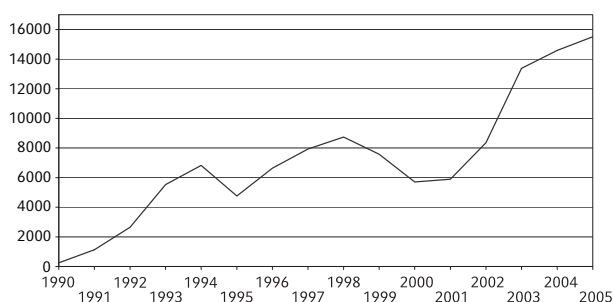
Gemäss Prüfung der Liechtensteinischen Arbeitslosenversicherungskasse pro 2005:

Arbeitslosen-Entschädigung 2005	Total	Ganzarbeitslosigkeit	Kurzarbeit	
			Wirtschaftlich Bedingt	witterungsbedingt *
Arbeitslosenentschädigung (Franken)	17 073 983	15 507 862	215 295	1 350 826
Anzahl Anspruchsberechtigte	1525	1321	51	153
Anzahl Taggelder	123 587	114 692	1 312	7 583
Durchschnittliches Taggeld (Franken)	138	135	164	178
Durchschnittliche Bezugstage	81	86	25	49
Durchschnittlicher Entschädigungsbetrag (Franken)	11 196	11 739	4 221	8 828

*In Betrieben, in denen Versicherte beschäftigt werden, für die witterungsbedingte Arbeitsausfälle anrechenbar sind, gelten in der Zeit vom 1. Dezember bis 15. März wirtschaftlich bedingte Arbeitsausfälle für alle Versicherten als witterungsbedingt.

Im Berichtsjahr 2005 wurden 261 (Vorjahr 287) Meldungen wegen Fehlverhaltens registriert. In 59 Fällen konnten entschuld bare Gründe anerkannt werden, in 60 (53) Fällen wurden Verwarnungen ohne finanzielle Konsequenzen ausgesprochen und in 102 Fällen wurden insgesamt 2675 (Vorjahr 1346) Einstelltage verfügt. Während des Berichtsjahres hatten 189 (Vorjahr: 74) Versicherte die Höchstzahl der Taggelder bezogen und wurden ausgesteuert.

Ganzarbeitslosenentschädigungen seit 1990 (in tausend Franken)



Insolvenzenschädigungen

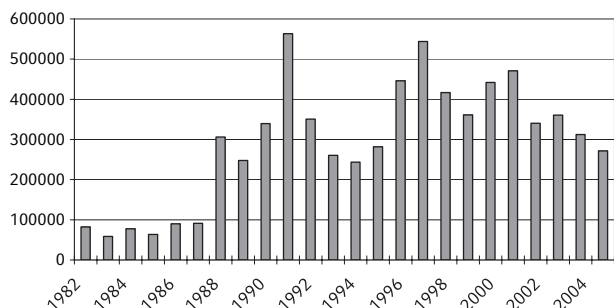
Im Jahre 2005 wurden wegen Konkurses bzw. Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers CHF 258 315 ausgerichtet und damit fünfmal weniger als im Vorjahr (CHF1 297 389.30).

Mutterschaftszulage

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 134 (Vorjahr: 171) Gesuche auf Mutterschaftszulage entschieden. Davon erhielten 88 Wöchnerinnen Mutterschaftszulagen in der Höhe von CHF 271 577.30 bzw. durchschnittlich CHF 3 086.10.

Abgelehnt wurden 46 Gesuche, da in 6 Fällen die Erwerbsgrenze überschritten war und in 32 Fällen ein Krankengeld bzw. Lohn bezogen wurde. 2 Fälle mussten abgelehnt werden, weil das Wohnsitzerfordernis nicht erfüllt war. Mit der Abänderung des Gesetzes über die Ausrichtung einer Mutterschaftszulage und damit einhergehender Einführung einer dreijährigen Verjährungsfrist (LGBL 2005 Nr. 237, ausgegeben am 12. November 2005) wurden 6 Gesuche wegen Verjährung negativ entschieden.

Entwicklung der Auszahlungen der Mutterschaftszulage seit der Einführung im Jahre 1982 (in Franken)



Amt für Zollwesen

Amtsleiter: Wilfried Pircher

Die Entwicklungen im EWR-Raum haben unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit des Amtes und dessen Umfeld. So steigt nicht nur laufend die Anzahl der zu bearbeitenden oder zu übernehmenden Rechtsakte, sondern auch deren Komplexität. Durch die jüngste EU-Erweiterung haben die Importe und Exporte erfreulicherweise zugenommen, andererseits ist der Konkurrenzdruck gerade im Transportgewerbe merklich angestiegen. Das Amt für Zollwesen arbeitet in seinem Aufgabengebiet eng mit den Interessenvertretern, den Importeuren, Exporteuren und den Transportunternehmern zusammen, um gemeinsam rasch auf Veränderungen reagieren zu können. Im Berichtszeitraum haben sowohl das Tagesgeschäft als auch die Anzahl und

das Ausmass der Projekte zugenommen. Folgende Projekte waren von besonderer Bedeutung:

- Projektleitung bei der Einführung des «digitalen Fahrtschreibers» in Liechtenstein;
- Gesamtkoordination des Auftrages, das Landwirtschaftsabkommen (Bilaterale I) der Schweiz mit der Europäischen Union auf Liechtenstein auszudehnen sowie die Delegationsleitung bei den diesbezüglichen Verhandlungen mit der Schweiz;
- Leitung der von der Regierung eingesetzten Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Strohmannertums und von unlauteren Machenschaften im Transportbereich;
- Weiterer Ausbau der Dienststelle für Zivilluftfahrt unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit und der besonderen Verhältnisse in Liechtenstein sowie Mitarbeit in der neu etablierten Agentur für Flugsicherheit, welcher Liechtenstein im Rahmen des EWR Mitte 2005 beigetreten ist;
- Teilnahme an den Verhandlungen zur Ausweitung der paneuropäischen Kumulationszone auf die südlichen Mittelmeerstaaten;
- Federführung bei der Überprüfung des Marktüberwachungs- und Kontrollsystems mit dem Ziel, dieses zu vereinfachen und an die heutigen Gegebenheiten anzupassen;
- Erstellung und Aufschaltung einer neuen Amts-Homepage.

Darüber hinaus wurde der gesamte Aktenbestand des Amtes gesichtet, geordnet und die zu archivierenden Dokumente registriert dem Landesarchiv übergeben. Parallel dazu wurde das amtsinterne Registratursystem erneuert und auf Grund der neuen Zuständigkeiten erweitert. Im Rahmen der Einführung des Total Quality Management wurden alle internen Abläufe und externen Dienstleistungen überprüft und Projekte daraus abgeleitet.

Zoll- und Ursprungsangelegenheiten

Internationales

Projekt zur Ausdehnung der paneuropäischen Kumulation auf die südlichen Mittelmeerstaaten, zur Pan-Euro-Med-Kumulationszone

Im Bericht des Jahres 2004 erwartete das Amt die Einführung dieser 42-Länder umfassenden Kumulationszone noch im Jahre 2005. Zu dieser Zone gehören die EFTA und EU-Staaten, Bulgarien, Rumänien, Türkei, die Färöer Inseln sowie die nachstehend angeführten südlichen Mittelmeeranrainerstaaten: Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Syrien, Tunesien, PLO (West Bank und Gaza Streifen). Obschon sich der Gesamtprozess verzögert hat, sind nun schon in einigen Abkommen die EURO-MED-Protokolle in Kraft getreten (das für Liechtenstein wichtige Protokoll 4 zum EWR-Abkommen am 1. November 2005), sodass beispielsweise die diagonale Kumulation zwischen EU-EFTA/EEA/Schweiz-Israel ab dem 1. Januar 2006 möglich ist.

Die Verfahren zur Adaption der Protokolle zu weiteren Abkommen wurden eingeleitet. Bis Mitte 2006 sind voraussichtlich alle Protokolle zu den für Liechtenstein anwendbaren Abkommen angepasst. Die Exportmöglichkeiten der EFTA-Staaten in diesen Wirtschaftsraum werden damit erheblich ausgeweitet und die Wettbewerbsfähigkeit der liechtensteinischen Exportwirtschaft erhöht.

Neue Freihandelsabkommen der EFTA

Nach relativ langen Verhandlungen konnte am 17. Dezember 2004 das Abkommen mit Tunesien unterzeichnet werden, welches dann auf den 1. Juni 2005 in Kraft trat. Das am 15. Dezember 2005 unterzeichnete Abkommen mit Korea wird auf 1. Juni 2006 in Kraft treten. Die Verhandlungen mit der SACU, (South African Customs Union) sind abgeschlossen. Die Unterzeichnung des Abkommens erfolgt im Frühjahr 2006 voraussichtlich in einem Mitgliedstaat der SACU (Südafrika, Botswana, Lesotho, Namibia, Swaziland). Die Verhandlungen mit Ägypten und Kanada stecken immer noch fest. Mit Thailand haben bereits zwei Verhandlungsrunden stattgefunden.

Vorab-Anmeldung von Ein- und Ausfuhrsendungen in der EU

Die grundsätzlichen Bestimmungen zur Einführung der Vorab-Anmeldungen (pre-arrival/pre-departure declaration) sind im geänderten EU-Zollkodex in den Art. 73, 74, 154 und 155 enthalten. Das System zielt darauf ab, dass die Importe und Exporte in und aus der EU an die EU-Zollstellen im Voraus anzumelden sind. Die Zeitspanne hängt von bestimmten Kriterien ab und die EU-Kommission hat ein Mandat erhalten, diese mit Nachbarländern zu verhandeln. Würde die EU dieses Verfahren gegenüber Liechtenstein ohne Anpassung an die besonderen Verhältnisse Liechtensteins anwenden, so würden sich die bisherigen Wartezeiten an den Grenzen erheblich erhöhen und dem Umstand nicht Rechnung getragen, dass die liechtensteinischen Importeure und Exporteure nur wenige Kilometer von der Grenze entfernt angesiedelt sind. Für die EFTA Staaten gilt es nun entsprechende Abkommen mit der EU abzuschliessen, damit der Warenverkehr an den Grenzübergängen möglichst im bisherigen Rahmen abgewickelt werden kann.

Diese Thematik wurde im ersten Halbjahr 2005 unter liechtensteinischem Vorsitz in der EWR-Arbeitsgruppe für Zoll- und Ursprungsangelegenheiten bearbeitet. Die Arbeitsgruppe fasste in der Folge den Entschluss, diese Problematik auf Grund der divergierenden sachlichen und rechtlichen Ausgangslagen der EWR-Partner jeweils bilateral zu lösen. Daraufhin wurde in Abstimmung mit der Regierung zwischen dem Amt für Zollwesen und der Oberzolldirektion vereinbart, dass die Schweiz im Rahmen der Zollunion auch die diesbezüglichen Interessen Liechtensteins in den Verhandlungen mit der EU vertritt. Das Amt für Zollwesen wird von der Eidg. Zollverwaltung über die aktuelle Entwicklung laufend informiert.

Bereinigung der Anlagen zum Zollvertrag

Im Berichtsjahr wurden im Amt für Zollwesen die vom Rechtsdienst der Regierung übermittelten Formblätter zur 12. und 13. Bereinigung der Anlagen zum Zollvertrag geprüft und erforderlichenfalls Anpassungen angeregt.

Fünf-Länder-Ursprungskonferenz

Das Amt für Zollwesen richtete im Oktober 2005 das nunmehr achte Treffen der Ursprungsexperten aus Deutschland, Österreich, Slowenien, der Schweiz und Liechtenstein in Vaduz aus. Im Vordergrund standen die Probleme im Zusammenhang mit der Einführung des PAN-EURO-MED-Kumulationssystems. Ein liechtensteinischer Vorschlag zur Verbesserung der von der EU entworfenen Matrix (Übersicht über die aktuell anwendbaren Abkommen des Systems) wurde eingehend besprochen und überarbeitet und anschliessend über die EFTA/EWR-Arbeitsgruppe der EU-Kommission unterbreitet, welche die Vorschläge vollumfänglich übernahm. Weitere Themen waren die Neuerungen im Allgemeinen Präferenzsystem gegenüber Entwicklungsländern sowie aktuelle Ursprungsprobleme bzw. anstehende Fälle bei den Verwaltungen der Teilnehmerländer. Liechtenstein konnte einige schwierige Problemstellungen bei eigenen Ursprungsnachprüfungen besprechen und koordinierten Lösungen zuführen.

Nationale Verfahren und Vollzug

Zollverfahren

Die im Rahmen der Auftragsverwaltung mit der Eidg. Zollverwaltung und den Bewilligungsstellen bereits im Jahre 1995 etablierten Verfahren haben sich auch im Jahre 2005 bewährt und einen problemlosen Warenverkehr aus oder in den EWR gewährleistet. Es waren keine Importe zu verzeichnen, die eine Nachbelastung oder Rückerstattungen zur Folge hatten.

Amtshilfe in Zollsachen gemäss Protokoll 11 EWR-Abkommen

Auf Ansuchen ausländischer Zollbehörden wurden vom Amt für Zollwesen fünf Amtshilfesuche bearbeitet.

Salz (Monopolware)

Im Berichtsjahr 2005 wurden 12 Salzsteuerverfügungen ausgestellt.

Ursprungswesen

Das Amt für Zollwesen ist für die ordnungsgemässe Durchführung des «Protokolls 4 des EWRA über die Ursprungsregeln» sowie für die Bearbeitung der mit der Schweiz getroffenen, speziellen Ursprungsverfahren zuständig.

Die Haupttätigkeiten in diesem Bereich umfassten im Berichtsjahr:

- Betreuung der «Ermächtigten Ausführer». Derzeit sind 49 Firmen berechtigt, das vereinfachte Verfahren zur Ausstellung von Ursprungsnachweisen anzuwenden. Im Berichtsjahr sind drei neue Firmen dazugekommen.

- Kontrolle der im Auftrag des Amtes für Zollwesen von den schweizerischen Zollämtern visierten und gestempelten Ursprungsnachweise (Warenverkehrsbescheinigungen Form. EUR 1). Im Berichtsjahr waren dies insgesamt 2 682 Formulare EUR 1 (Vorjahr 3 034). Der Grund für diesen Rückgang liegt bei der zunehmenden Anwendung des vereinfachten Verfahrens in Form von Rechnungserklärungen.
- Von ausländischen Zollverwaltungen gingen 41 Nachprüfungsgesuche für insgesamt 137 Ursprungsnachweise von liechtensteinischen Exporteuren beim Amt für Zollwesen ein, die auf ihre Echtheit und Richtigkeit überprüft werden mussten. Das Ergebnis wurde den ansuchenden Behörden innert der vorgesehenen Frist mitgeteilt. Darunter war ein 49 Ursprungsnachweise umfassendes Nachfolgesuch zu einem im Jahre 2004 überprüften Ursprungsnachweis. Die betroffenen Waren hatten einen Exportwert von sieben Millionen EURO.

Marktüberwachung (MKS)

Die Einfuhrabfertigungen erfolgen mittlerweile fast ausnahmslos elektronisch mittels Modell 90, sodass dem Amt für Zollwesen die Importmeldungen, mit wenigen Ausnahmen, elektronisch übermittelt werden. Folglich stehen den für das MKS zuständigen Ämtern fast alle Importe zur Selektion nach relevanten Waren elektronisch in einer Datenbank zur Verfügung. Diese Selektion wird von den Ämtern gemäss den Vereinbarungen mit dem Amt für Zollwesen selbständig vorgenommen. In der nachstehenden Tabelle sind die Meldungen angeführt, welche noch in Papierform beim Amt für Zollwesen eingehen und zur Bearbeitung weitergeleitet werden.

Folgende Mengen an Deklarationskopien wurden an die Ämter weitergeleitet:

Amt	Zuständigkeitsbereiche	Anzahl der gemeldeten Einfuhrpositionen (manuelle Einfuhrabfertigung)
Amt für Umweltschutz (AFU)	Gefährliche Stoffe, Chemikalien, Dünger	106
Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen (ALKVW)	Kosmetika Arzneimittel Medizinalprodukte Lebensmittel	3 9 22 62

Im Berichtsjahr wurden ca. 100 000 Importmeldungen elektronisch übermittelt. Vom Amt für Umweltschutz wurden 4 289 und vom Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen 30 600 Meldungen in der Datenbank selektioniert und auf allfällige rechtliche Unterschiede begutachtet und wo erforderlich die notwendigen Massnahmen im Rahmen des MKS eingeleitet.

Die Import- und Inverkehrsetzungsvorschriften der den MKS unterstellten Waren wurden auf noch bestehende

Unterschiede zwischen dem schweizerischen und dem EWR-Recht untersucht. Die Resultate wurden in einem Bericht zusammengefasst und der zuständigen schweizerischen Koordinationsstelle mit dem Ziel übermittelt, das MKS der heutigen Sachlage anzupassen. Durch den autonomen Nachvollzug der Schweiz und die bilateralen Verträge mit der EU haben sich die Unterschiede zwischen dem Schweizer- und dem EWR-Recht erheblich verringert.

Transport

EFTA-/EWR-Arbeitsgruppe Transport

Im Rahmen der EFTA-Arbeitsgruppe Transport wurde eine Vielzahl von Rechtsakten, Vorschlägen zu Rechtsakten sowie Programmen der Europäischen Gemeinschaft in den Kategorien allgemeine Transportangelegenheiten, Strassen- und Schienentransport, Schifffahrt sowie Zivilluftfahrt auf mögliche EWR-Relevanz, und sofern diese gegeben war, hinsichtlich Auswirkungen und Einfluss auf geltendes Recht, Behörden, Betriebe und Privatpersonen überprüft. In der Folge wurden für 16 in das EWR-Abkommen zu übernehmende Rechtsakte Formblätter erstellt.

Hervorzuheben sind vor allem folgende Rechtsakte:

- Verordnung (EG) Nr. 1643/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juli 2003 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1592/2002 zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Europäischen Agentur für Flugsicherheit
- Verordnung (EG) Nr. 1701/2003 der Kommission vom 24. September 2003 zur Anpassung von Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 1592/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung gemeinsamer Vorschriften für die Zivilluftfahrt und zur Errichtung einer Europäischen Agentur für Flugsicherheit
- Verordnung (EG) Nr. 1702/2003 der Kommission vom 24. September 2003 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen für die Erteilung von Lufttüchtigkeits- und Umweltzeugnissen für Luftfahrzeuge und zugehörige Erzeugnisse, Teile und Ausrüstungen sowie für die Zulassung von Entwicklungs- und Herstellungsbetrieben
- Verordnung (EG) Nr. 2042/2003 der Kommission vom 20. November 2003 über die Aufrechterhaltung der Lufttüchtigkeit von Luftfahrzeugen und luftfahrttechnischen Erzeugnissen, Teilen und Ausrüstungen und die Erteilung von Genehmigungen für Organisationen und Personen, die diese Tätigkeiten ausführen
- Verordnung (EG) Nr. 381/2005 der Kommission vom 7. März 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1702/2003 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen für die Erteilung von Lufttüchtigkeits- und Umwelterzeugnissen für Luftfahrzeuge und zugehörige Erzeugnisse, Teile und Ausrüstungen sowie für die Zulassung von Entwicklungs- und Herstellungsbetrieben
- Verordnung (EG) Nr. 488/2005 der Kommission vom 21. März 2005 über die von der Europäischen Agentur für Flugsicherheit erhobenen Gebühren und Entgelte

Im Jahr 2005 setzte sich der in den letzten Jahren begonnene Trend einer deutlichen Zunahme von zu übernehmenden Rechtsakten im Bereich der Zivilluftfahrt fort. Darunter fielen sowohl ausgedehnte Massnahmen im Bereich der Sicherheit, als auch Folgerechtsakte aufbauend auf der Gründung der Europäischen Sicherheitsbehörde in der Zivilluftfahrt. Beide Themenkreise wurden vom Amt für Zollwesen in Zusammenarbeit mit der Stabstelle EWR eingehend geprüft und dort, wo es wegen den speziellen liechtensteinischen Gegebenheiten wirtschaftlich und verfahrenstechnisch nicht grössenverträglich gewesen wäre, bei der Übernahme entsprechende Ausnahmen erwirkt.

Projekt - Einführung des Digitalen Fahrtschreibers (DFS) in Liechtenstein

Durch die Übernahme der massgeblichen Verordnungen des EWR-Transportacquis (Verordnung (EG) Nr. 1360/2002 der Kommission vom 13. Juni 2002 zur siebten Anpassung der Verordnung (EWG) Nr. 3821/85 des Rates über das Kontrollgerät im Strassenverkehr an den technischen Fortschritt) hat sich Liechtenstein verpflichtet, den DFS in der von der EU-Kommission im Berichtsjahr neu festgelegten Frist (Einbau der Digitalen Fahrtschreiber ab dem 1. Januar 2006) einzuführen. Das System des Digitalen Fahrtschreibers beruht auf der Kombination eines Kontrollgerätes im Fahrzeug und den Karten in Kreditkartenformat (Fahrer-, Unternehmer-, Werkstatt- und Kontrollkarte für die Behörde). Das Projekt wird gemäss Regierungsbeschluss in Zusammenarbeit mit der Schweiz realisiert. Die Federführung liegt beim Amt für Zollwesen. Im Jahre 2005 nahmen Vertreter der erweiterten Arbeitsgruppe an den Projektsitzungen der einzelnen Fachbereiche in Bern teil. Wichtige Unterprojekte wurden im Berichtszeitraum weiterverfolgt, so beispielsweise die Vorbereitung der erforderlichen Anpassungen des nationalen Rechts, die Vorbereitung von Verwaltungsvereinbarungen mit den zuständigen Behörden der Schweiz, Ausschreibung und Zuschlag für die Kartenproduktion sowie die Abstimmung der Musterkarten mit dem Urkundenlabor der Schweiz in Zürich und dem Kartenproduzenten in Aarau.

Im Dezember informierte die EU-Kommission über die neuen Vorschriften betreffend Lenk- und Ruhezeiten für Berufskraftfahrer sowie den neuen innerhalb der EU verbindlichen Einführungstermin für den Digitalen Fahrtschreiber (Änderung der Verordnung EWG Nr. 3820/95), welcher voraussichtlich im April 2006 im Amtsblatt veröffentlicht wird, und wodurch die Verordnung zur obligatorischen Verwendung eines digitalen Fahrtschreibers in gewerblichen Strassenverkehrsfahrzeugen zur Erfassung dieser Zeiten im Mai 2006 in Kraft treten soll.

Für die EWR-Staaten, somit auch für Liechtenstein, wird die genannte Verordnung erst nach der Übernahme in das EWR-Abkommen verbindlich. Daraus ergibt sich als Einführungstermin voraussichtlich der 1. August 2006. Folglich wird der Digitale Fahrtschreiber in Liech-

tenstein etwas später eingeführt als in der EU, u.U. sogar zeitgleich mit der Schweiz. Das Amt für Zollwesen hat die Transportunternehmen über entsprechende Rundschreiben informiert.

CEMT

(Europäische Verkehrsministerkonferenz mit Sitz in Paris) Für das Jahr 2005 hat das Amt für Zollwesen, welches für die Ausgabe der CEMT-Genehmigungen zuständig ist, Kontingente für «grüne» (EURO 1), «grünere und sichere» (EURO 2) und für «EURO III und sichere» (EURO 3) Fahrzeuge erhalten. Im Berichtsjahr kam es zu keiner Ausgabe von CEMT-Bewilligungen.

Von der CEMT gibt es auch spezielle Umzugsgenehmigungen. Das Amt für Zollwesen hat alle Vorbereitungen für die Ausgabe solcher Genehmigungen getroffen. Es ergab sich bisher jedoch kein Bedarf.

Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Strohännertums und unlauterer Machenschaften im Transportgewerbe

Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Vertretern des Amtes für Zollwesen (Vorsitz), des Amtes für Volkswirtschaft, des Ausländer- und Passamtes, der Landespolizei und der Motorfahrzeugkontrolle zusammen. Im Berichtsjahr traf sich die Arbeitsgruppe zu vier Sitzungen. Schwerpunkte wurden in den Bereichen Standort der Fahrzeuge, Änderung der Verordnung über den Zugang zum Beruf des Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmers, Betriebsstättenkontrollen sowie Vorbereitung zur Durchführung von ARV-Kontrollen in den Betrieben gesetzt. Durch gezielte und koordinierte Aktionen der beteiligten Ämter konnten bedeutende Erfolge erzielt und der Regierung weitere Massnahmen zur Umsetzung vorgeschlagen werden. Über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe wird jährlich ein Bericht zu Händen der Regierung erstellt.

Koordinationsbesprechungen mit der Gewerbe- und Wirtschaftskammer

Es fanden mehrere ad hoc Besprechungen zwischen der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, Vertretern des Vorstandes der Sektion Transport und dem Amt für Zollwesen statt, in denen transportrelevante Themen jeweils frühzeitig besprochen wurden.

Überprüfungen von Transportunternehmen

Gestützt auf das Gewerbegesetz und das Gesetz über die grenzüberschreitenden Personen- und Gütertransporte wurden im Jahre 2005 fünf Betriebsstättenkontrollen bei bestimmten Transportunternehmen durchgeführt, eine davon bei einem Personentransportunternehmen. Die Überprüfungen erfolgten durch je einen Vertreter des Amtes für Volkswirtschaft und des Amtes für Zollwesen. Einer Firma wurde Mitte des Jahres die Gewerbebewilligung entzogen. In einem Fall wurde der Firmenstandort vor Erteilung der Gewerbebewilligung überprüft. Bei zwei Betriebsprüfungen wurden gewerberechtliche

Mängel festgestellt, die in der Folge ausgeräumt werden konnten. Im Zuge der Lizenzerneuerungen und Neuausstellungen wurden umfangreiche Überprüfungen der Dokumente über Personal, Fahrzeuge und Betriebsstätte der Unternehmen sowie Befragungen der Unternehmensverantwortlichen durchgeführt. Im Gütertransport waren es 23 Lizenzerneuerungen und eine Neuausstellung, im Personentransport eine Lizenzerneuerung sowie eine Neuausstellung.

Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA)

Im November tagte die Gemischte Kommission zum LSVA-Vertrag zum vierten Mal in Vaduz. Hervorzuheben sind folgende Punkte: Neben geplanten Rechtsänderungen in der Schweiz wurde der Verwaltungsaufwand und der alle fünf Jahre anzupassende Verteilungsschlüssel thematisiert. Man einigte sich, die noch offenen Fragen im Zirkularweg schriftlich auszutauschen. Ein Ergebnis wird für 2006 erwartet.

Der Vollzug der LSVA auf liechtensteinischem Territorium und bei den liechtensteinischen Unternehmen durch die Motorfahrzeugkontrolle und die Eidg. Zollverwaltung verlief problemlos. Dem Staatshaushalt fliessen somit im Berichtsjahr ohne nennenswerten eigenen Personalaufwand rund 8 Mio. Franken zu, denn seit dem 1. Januar 2005 wurden auf der Grundlage des Landverkehrsabkommens zwischen der Schweiz und der EU die LSVA-Tarife durchschnittlich um 50%, die PSVA-Tarife (das sind die Tarife der Pauschalen Schwerverkehrsabgabe) um 25% erhöht. Die dadurch notwendig gewordene Abänderung der Verordnung über die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (SVAV) wurde vom Amt für Zollwesen zeitgerecht vorbereitet und trat am 1. Januar 2005 zeitgleich mit der geänderten schweizerischen SVAV in Kraft.

EWR-Dokumente

Im Jahr 2005 wurden folgende Dokumente für den Transport im EWR ausgestellt:

EWR-Dokumente/Anzahl Ausgaben	2004	2005
Lizenz für den Gütertransport* (eine pro Unternehmen)	11	24
beglaubigte Lizenzkopien* (eine pro LKW über 6 Tonnen)	62	324
Lizenz für den Personentransport* (eine pro Unternehmen)	10	2
beglaubigte Lizenzkopien* (eine pro Bus mit mehr als 9 Personen)	74	5
Fahrtenhefte für den Personentransport (Gelegenheitsverkehr)	40	34
Fahrerbescheinigung (Gütertransport)	0	10

* Im Gütertransport wurden bei 23 Unternehmen die Lizenzen und Lizenzkopien nach Ablauf der Gültigkeit neu ausgestellt. Im Personentransport betraf dies ein Unternehmen.

Gespräche zwischen Österreich und Liechtenstein über den grenzüberschreitenden Strassengüterverkehr

Im September trafen sich die beiden Delegationen in Vaduz. Die liechtensteinische Delegation legte die Ausgabebeträge der Drittlandgenehmigungen der Jahre 2000 bis 2004 vor. Auf Grund des mittlerweile reduzierten Verbrauchs einigten sich die Parteien darauf, das Kontingent für das Jahr 2006 auf 400 Genehmigungen festzulegen, wobei eine Sicherheitsklausel vereinbart wurde, um bei steigendem Bedarf flexibel reagieren zu können.

Die österreichische Delegation bestätigte, dass nicht daran gedacht wird, das ohnehin am 31. Dezember 2006 ersatzlos auslaufende Ökopunktesystem zu reaktivieren. Damit besteht für die Transportunternehmen aus Liechtenstein faktisch weiterhin Genehmigungsfreiheit für Transitfahrten durch Österreich.

Drittlandbewilligungen Österreich

Für den Drittlandtransport mit Österreich wurden im Jahre 2005 folgende Genehmigungen ausgestellt:

Dokumente für den Gütertransport (Fahrzeuge ab 6 Tonnen Gesamtgewicht)	2004	2005
<i>Drittlandgenehmigungen Österreich ***</i>		
Österreich Nicht-EWR-Staaten (für eine Aus- und Einfahrt)	40	33

*** Seit 01. Mai 2004 sind auf Grund des Beitrittes einiger Mittel- und Osteuropäischer Staaten in die EU erheblich weniger Genehmigungen nachgefragt worden.

Drittlandbewilligungen Frankreich

Für den Drittlandtransport mit Frankreich wurden im Jahre 2005 folgende Genehmigungen ausgestellt:

Dokumente für den Gütertransport (Fahrzeuge ab 6 Tonnen Gesamtgewicht)	2004	2005
<i>Drittlandgenehmigungen Frankreich</i>		
Schweiz – Frankreich	28	23

Bereits nach Inkrafttreten des Landverkehrsabkommens im Jahre 2002 zwischen der Schweiz und der Europäischen Union vertrat das Amt für Zollwesen die Ansicht, dass damit auch der EWR-Drittlandverkehr mit der Schweiz liberalisiert werden müsste. Österreich ist dem Antrag Liechtensteins rasch gefolgt und hat die Drittlandbewilligungspflicht für Transporte mit der Schweiz aufgehoben. Entsprechende Vorstösse in Paris haben zwar eine flexiblere Kontingentsvergabe bewirkt, aber leider nicht die Aufhebung der Genehmigungspflicht.

Intensive Bemühungen auf unterschiedlichen Ebenen waren letztendlich von Erfolg gekrönt. Für die rechtliche Verankerung in den betroffenen europäischen Vereinbarungen müssen nun noch die Bilateralen Abkommen (Landverkehrsabkommen) zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft, das EWR-Abkommen und auch die EFTA-Konvention durch entsprechende Vereinbarungen und Beschlüsse angepasst werden. Dessen ungeachtet hat das französische Transportministerium dem Amt für Zollwesen bereits im Dezember 2005 schriftlich mitgeteilt, dass ab dem 01. Januar 2006 für Transporte zwischen der Schweiz und Frankreich, die durch Transportunternehmen aus Liechtenstein ausgeführt werden, keine Drittlandgenehmigungen mehr erforderlich sind.

Arbeitsgruppe Gefahrgutbeförderungsgesetz

Von der Regierung wurde eine Arbeitsgruppe «Gefahrgutgesetz» eingesetzt. Dieser Arbeitsgruppe unter der Leitung des Ressorts Verkehr gehört je ein Vertreter der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, der Landespolizei sowie des Amtes für Zollwesen an, wobei das Amt für Zollwesen bei der Erarbeitung des Textentwurfs zum Gefahrgutgesetz mitgewirkt hat.

Fachprüfung Transport

Die Gewerbe- und Wirtschaftskammer hatte den Vorbereitungskurs ausgeschrieben und an einer Veranstaltung vorgestellt. Das Amt für Zollwesen unterstützte die Kammer bei der Erstellung der Fachdokumentation. Aufgrund der geringen Anzahl Anmeldungen wurde auf die Durchführung des geplanten Kurses verzichtet. Die letzte Prüfung wurde im November 2004 abgehalten.

Dienststelle für Zivilluftfahrt

Allgemeines

Seit 2003 ist beim Amt für Zollwesen eine «Dienststelle für Zivilluftfahrt» (DZL) eingerichtet. Das Regelwerk in der Zivilluftfahrt ist sehr umfangreich, technisch äusserst anspruchsvoll und durch eine weit reichende internationale Vernetzung gekennzeichnet. Neben der Überprüfung und Übernahme von EWR-Rechtsakten im Bereich Zivilluftfahrt (siehe dazu den oben genannten Punkt EFTA-/EWR-Arbeitsgruppe Transport), die in Zusammenarbeit mit der Stabstelle EWR erfolgt, gilt es auch die Rechtslage und die Entwicklung in der Schweiz zu beachten.

Im Berichtszeitraum hat die Dienststelle für Zivilluftfahrt eine Vielzahl der unterschiedlichsten Anfragen von in- und ausländischen Personen und Firmen sowie der Verwaltung und der Presse bearbeitet. Weiters wurden in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Zivilluftfahrt für in Liechtenstein ansässige Firmen Betriebsgenehmigungen und damit im Zusammenhang stehende Sondergenehmigungen, wie z.B. Tieffluggenehmigungen ausgestellt.

Koordination der Abläufe mit dem Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL)

Es wurden im Berichtsjahr zwei umfangreiche und alle Abteilungen des BAZL übergreifende Sitzungen zwischen dem BAZL und der DZL abgehalten. Bei dieser Gelegenheit wurde die Zusammenarbeit auf Basis des Notenaustausches und der Verwaltungsvereinbarung intensiviert und weiter entwickelt. Dabei wurde auch vereinbart, dass der Geschäftsverkehr auf elektronischer Basis ausgebaut werden soll.

Bereinigung der Anlagen betreffend die Zusammenarbeit der schweizerischen und der liechtensteinischen Behörden im Bereich der Zivilluftfahrt

Die Übernahme von Rechtsakten aus der Schweiz erfolgte im Rahmen der 12. und 13. Bereinigung zum Notenaustausch vom 27. Januar 2003 betreffend die Zusammenarbeit der Behörden im Bereich der Zivilluftfahrt. Dabei wurden 22 Rechtsakte geprüft und in die Anlagen übernommen.

Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA)

Seit dem 1. Juni 2005 ist Liechtenstein EASA-Mitglied. Über die Mission in Brüssel wurden der Amtsleiter des Amtes für Zollwesen und der Stellvertretende Leiter der Dienststelle für Zivilluftfahrt in den Verwaltungsrat der EASA bestellt.

KOMMISSIONEN

Akkreditierungsrat

Vorsitzender: Dr. Fritz Ospelt

Der Akkreditierungsrat hat im Berichtsjahr eine Sitzung abgehalten.

Gemäss Art. 18 des Gesetzes über die Akkreditierung und Notifizierung, LGBl. 1996 Nr. 82, berät der Akkreditierungsrat die Liechtensteinische Akkreditierungsstelle, überprüft vorgenommene Begutachtungen und erarbeitet Entscheidungsanträge zuhanden der Akkreditierungsstelle.

Im Berichtsjahr wurden ein Gesuch für die Akkreditierung und ein Gesuch zur Benennung als benannte Stelle geprüft. Beide Gesuche mussten abgelehnt werden, da sie die Anforderungen nicht erfüllt haben.

Einigungsamt

Vorsitzender: Norman Hoop

Die Aufgabe des Einigungsamtes besteht gemäss dem Arbeiterschutzgesetz darin, in Kollektivstreitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu vermitteln.

Im Berichtsjahr fand keine Sitzung des Einigungsamtes statt.

Energiekommission

**Vorsitzender:
Regierungschef-Stellvertreter Dr. Klaus Tschütscher**

Die Energiekommission hat im Jahre 2005 vier Sitzungen abgehalten.

Gemäss Energiespargesetz, LGBl. 1996 Nr. 193, berät die Kommission die Regierung in Fragen der Energiepolitik und nimmt die ihr vom Energiespargesetz übertragenen Aufgaben wahr.

Die Energiekommission hat demzufolge Anträge zur Förderung von Demonstrationsanlagen zu prüfen und allfällige Förderungsanträge bei der Regierung zu beantragen. Im Jahre 2005 wurden drei Förderungsgesuche für thermische Solaranlagen geprüft und bei der Regierung eine Förderung beantragt.

Die Energiekommission befasste sich im Berichtsjahr insbesondere auch mit der Umsetzung der im «Energiekonzept 2013» aufgelisteten Massnahmen.

Insbesondere die geplante Revision des Energiespargesetzes und die diesbezügliche Ausarbeitung einer neuen Fördersystematik bilden eine wichtige Massnahme in der Umsetzung des «Energiekonzeptes 2013». Das Revisionsvorhaben wurde mehrmals in der Energiekommission diskutiert, eine Gesetzesvorlage sollte dem Landtag im Jahre 2006 vorgelegt werden können.

Kommission für Energiemarktaufsicht

Vorsitzender: Dr. Stefan Wenaweser

Die Kommission für Energiemarktaufsicht (EMK) hat im Jahr 2005 vier Sitzungen abgehalten.

Gemäss dem Gesetz über den Elektrizitätsmarkt (EMG), LGBl. 2002 Nr. 144, und dem Gesetz über den Erdgasmarkt (GMG), LGBl. 2003 Nr. 218, hat die Kommission für Energiemarktaufsicht unter anderem folgende Aufgaben:

- Beratung der Regierung in grundsätzlichen oder sonst bedeutsamen Fragen der Elektrizitäts- und Energiepolitik;
- Bei Bedarf Erlass von Richtlinien für eine transparente, nicht diskriminierende und kostenorientierte Berechnung der Preise;
- Genehmigung von Durchleitungspreisen;
- Genehmigung von Bedingungen für die Einspeisung aus Erzeugungsanlagen sowie der Benutzung von Verbindungsleitungen;
- Entscheidung über die Verweigerung des Zugangs zu liechtensteinischen Netzen;
- Schlichtung von Streitfällen.

Im Berichtsjahr lag der Arbeitsschwerpunkt in der Vorbereitung der Genehmigung der Durchleitungspreise für den Gasmarkt. Unter Beizug von externen Experten konnten die Abklärungen mit der Liechtensteinischen Gasversorgung (LGV) abgeschlossen werden und die Durchleitungspreise der LGV genehmigt werden. Die Arbeiten zur Genehmigung der allgemeinen Gas-Netz-zugangsbedingungen stehen kurz vor ihrem Abschluss.

Prüfungskommission für die Fachprüfung im Gastgewerbe

**Vorsitzender: Karl-Heinz Oehri, Leiter der Abteilung
Wirtschaft im Amt für Volkswirtschaft**

Gestützt auf die Verordnung vom 27. Mai 2003 über die fachlichen Qualifikationen im Gastgewerbe, LGBl. 2003

Nr. 130, wird bei genügend Anmeldungen im Turnus von 2 Jahren eine Fachprüfung durchgeführt. Die bestandene Fachprüfung bildet die fachliche Grundlage zur selbständigen Führung eines gastgewerblichen Betriebes nach den Bestimmungen des Gewerbegesetzes, LGBl. 1970 Nr. 21. Für die Organisation und Durchführung der Fachprüfung sind das Amt für Volkswirtschaft, die Gewerbe- und Wirtschaftskammer und die Prüfungskommission verantwortlich. Die Prüfungskommission hat insbesondere die Aufgabe, die Prüfungen durchzuführen und die Prüfungsleistungen zu bewerten. Die Prüfungskommission besteht aus neun Mitgliedern und setzt sich zusammen aus erfahrenen Fachexperten und einem Vertreter des Amtes für Volkswirtschaft, welcher den Vorsitz führt.

Vom 28. November bis 1. Dezember 2005 wurde die 20. Liechtensteinische Fachprüfung im Gastgewerbe (Wirteschprüfung) durchgeführt. Von den 19 zur Prüfung angetretenen Kandidatinnen und Kandidaten haben 16 die Prüfung bestanden.

Prüfungskommission für die Prüfung der fachlichen Eignung zur Führung eines Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmens

Vorsitzender: Wilfried Pircher, Amt für Zollwesen

Gestützt auf die Verordnung vom 24. September 1996 über die Prüfung der fachlichen Eignung zur Führung eines Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmens, LGBl. 1996 Nr. 166, und Anhang 1 der Verordnung über den Zugang zum Beruf des Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmens, LGBl. 1998 Nr. 181, ist die Kommission für die Organisation, Durchführung und Aufsicht der Fachprüfung zuständig. Die Kommission setzt sich zusammen aus Vertretern der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, der Landespolizei, der Motorfahrzeugkontrolle, des Amtes für Volkswirtschaft und des Amtes für Zollwesen, das den Vorsitz inne hat.

Gemäss der Prüfungsverordnung, LGBl. 1996 Nr. 166, findet die Prüfung grundsätzlich bei Bedarf statt, in der Regel alle zwei Jahre. Die letzte Prüfung wurde im Jahre 2004 abgehalten. Die Gewerbe- und Wirtschaftskammer hatte im Berichtsjahr den Vorbereitungskurs ausgeschrieben und an einer Veranstaltung vorgestellt. Das Amt für Zollwesen unterstützte die Gewerbe- und Wirtschaftskammer bei der Erstellung der Dokumentation für die Veranstaltung. Aufgrund der geringen Anzahl Anmeldungen wurde auf die Durchführung des geplanten Vorbereitungskurses verzichtet und keine Prüfung ausgeschrieben.

Prüfungskommission für Maurermeister- und Zimmermeisterprüfungen

Vorsitzender: Karl-Heinz Oehri, Leiter der Abteilung Wirtschaft im Amt für Volkswirtschaft

Rechtliche Grundlage für die Maurermeister- und Zimmermeisterprüfung bildet die Verordnung vom 18. Oktober 2000 über die Fachprüfung der Maurer- und Zimmermeister, LGBl. 2000 Nr. 194.

Die bestandene Meisterprüfung bildet die fachliche Grundlage zur Ausübung des Gewerbes als Maurermeister bzw. Zimmermeister im Sinne von Art. 11 des Gewerbegesetzes, LGBl. 1970 Nr. 21.

Mit der Vorbereitung und Durchführung der Meisterprüfung sind das Amt für Volkswirtschaft, die Gewerbe- und Wirtschaftskammer und die Prüfungskommission betraut. Die Prüfungskommission setzt sich zusammen aus erfahrenen Fachexperten und einem Vertreter des Amtes für Volkswirtschaft, welcher den Vorsitz führt. Der Prüfungskommission obliegt insbesondere die Abnahme und Benotung der Prüfungen.

Die Prüfungen finden in Absprache mit der Gewerbe- und Wirtschaftskammer nur bei einer genügenden Anzahl von Interessenten statt.

Aufgrund mangelnder Interessenten wurde im Jahre 2005 kein Fachkurs durchgeführt und demzufolge auch keine Prüfung abgehalten.

Kommission für Statistik

**Vorsitzender:
Dr. Hubert Büchel, Amt für Volkswirtschaft**

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 9. Juli 2002 die Kommission für die Mandatsperiode 2002 bis 2006 neu bestellt.

Gemäss Art. 5 des Gesetzes vom 13. Mai 1976 über die amtliche Statistik (Statistikgesetz) ernennt die Regierung eine Kommission, die aus fünf bis sieben Mitgliedern besteht. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. Der Kommission gehören Vertreter der Gemeinden und der Wirtschaftsverbände sowie Personen an, deren Mitarbeit wegen ihrer Fachkenntnisse erwünscht ist. Im Jahre 2005 hat die Kommission für Statistik nicht getagt.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin bzw. Ressortinhaber:
Regierungschef-Stv. Rita Kieber-Beck bis 21. April 2005
Regierungsrat Dr. Martin Meyer ab 21. April 2005

Die Schwerpunkte der Aktivitäten des Ressorts Verkehr und Kommunikation lagen im Berichtsjahr vor allem in Initiativen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs (Machbarkeitsstudie S-Bahn, Angebotskonzept 2007 der LBA) als auch in der Formulierung und beginnender Umsetzung neuer verkehrspolitischer Grundsätze. Im Kommunikationsbereich stand die Diskussion rund um die künftige Ausgestaltung des Liechtensteinischen Rundfunks einerseits und die Schaffung neuer gesetzlicher Grundlagen für Medien (Mediengesetz) sowie für die elektronische Kommunikation (Kommunikationsgesetz) andererseits im Vordergrund.

Verkehr

Machbarkeitsanalyse einer grenzüberschreitenden S-Bahn

Das Ressort Verkehr und Kommunikation hat im Januar 2005 die Idee einer regionalen grenzüberschreitenden S-Bahn im schweiz-österreichischen Lenkungsausschuss zur weiteren Entwicklung des Eisenbahnwesens vorgestellt. Der Vorschlag wurde vom Lenkungsausschuss positiv aufgenommen, sodass gemeinsam mit dem Bundesamt für Verkehr (BAV), dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (bmvit), dem Land Vorarlberg, dem Kanton St. Gallen sowie den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) und der Schweizerischen Bundesbahn (SBB) eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben wurde, welche abklären soll, ob und allenfalls wie eine regionale grenzüberschreitende S-Bahn zu realisieren wäre und welche Infrastrukturmassnahmen dazu zwingend notwendig sind. Je nach Ergebnis dieser Studie und unter Voraussetzung, dass alle involvierten Parteien das Konzept unterstützen und eine adäquate Finanzierung der Infrastruktur und des Betriebs gefunden werden kann, erfolgt die Umsetzung der nächsten Schritte.

Zweckmässigkeitsanalyse Südumfahrung Feldkirch

Die im Herbst 2004 in Auftrag gegebene Studie zur Zweckmässigkeitsbeurteilung von Varianten zur Entlastung von Feldkirch konnte im Frühjahr 2005 durch die Regierung zur Kenntnis genommen werden. Die Studie untersucht einerseits den Letzetunnel sowie andererseits verschiedene Alternativen samt deren Auswirkungen auf die Verkehrsentwicklung in Feldkirch wie auch in Liechtenstein. In einem ersten Schritt wurde die Studie der Vorarlberger Landesregierung zur Stellungnahme übermittelt. Die Regierung Vorarlberg hat sich aufgrund des konstruktiven Beitrags Liechtensteins – aber auch veränderter gesetzlicher Rahmenbedingungen – entschlossen, Alternativen zur sogenannten Amtsvariante nochmals eingehend zu prüfen.

In einem zweiten Schritt hat das Ressort Verkehr und Kommunikation die Zweckmässigkeitsbeurteilung der

Öffentlichkeit vorgestellt. Ebenfalls wurden die Unterländer Gemeinden, interessierte Verbände und Parteien eingeladen, ihre Anforderungen an den grenzüberschreitenden Verkehr zwischen Liechtenstein und Vorarlberg respektive an eine Südumfahrung Feldkirch zu formulieren. Eine Konsolidierung der Anforderungen wird nach Eingang aller Stellungnahmen im Jahr 2006 erfolgen.

Linie Sevelen – Vaduz – Triesen

Im Mai 2004 nahm die LBA den auf 20 Monate beschränkten Probetrieb der Linie Triesen – Vaduz – Sevelen auf. Aufgrund der positiven Erfahrungen wurde die Linie für die Jahre 2005 – 2011 ausgeschrieben.

Angebotskonzept 2007 der LBA

Die Regierung hat im Mai 2005 eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Ressorts Verkehr und Kommunikation eingesetzt, welche ein neues Angebotskonzept für den Liechtenstein Bus ausarbeiten soll, welches eine deutliche Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs bei gleich bleibender Gesamtsubvention des Landes ermöglichen sollen. Seit Dezember läuft die Vernehmlassung des Angebotskonzepts 2007 bei Gemeinden, Auftragnehmern der LBA, den Wagenführern sowie interessierten Gruppen.

Verkauf von Aktien der Liechtensteinischen Post AG an die Schweizerische Post

Im Zusammenhang mit der Auflösung des Postvertrages und der Schaffung einer eigenen Liechtensteinischen Post AG durch das Postorganisationsgesetz hat die Regierung im Jahr 1998 der schweizerischen Post eine «Option» zum Erwerb von 25% der Aktien der Liechtensteinischen Post AG eingeräumt. Im Jahr 2002 hat die Schweizerische Post erstmals die Absicht geäußert, diese Option einlösen zu wollen. Infolge dessen wurde eine Unternehmensbewertung durchgeführt und anschliessend unter Leitung des Ressorts Verkehr und Kommunikation ein Kaufvertrag sowie eine zusätzliche Vereinbarung ausgehandelt. Die Unterzeichnung des Aktienkaufvertrags fand am 23. Juni 2005 in Vaduz statt. Von Seiten der Schweizerischen Post erfolgte die Unterzeichnung durch Konzernleiter Ulrich Gygi und den Leiter Finanzen, Hans-Peter Strodel. Von liechtensteinischer Seite unterzeichnete Regierungsrat Dr. Martin Meyer den Kaufvertrag. Der Kaufpreis für das Aktienpaket beläuft sich auf 4.6 Mio. Franken.

Interpellationsbeantwortung Gesamtverkehrskonzept und Verkehrserhebungsdaten

Die Beantwortung der Interpellation betreffend Gesamtverkehrskonzept und Verkehrserhebungsdaten hat der Regierung die Gelegenheit gegeben, sowohl die verkehrspolitischen Grundsätze neu zu formulieren, als auch bezüglich der einzelnen Verkehrsarten die Stossrichtungen und geplante Massnahmen darzulegen. Der Interpellationsbeantwortung wurde mit Bericht und Antrag Nr. 67/2005 im Landtag zur Kenntnis genommen.

Initiative zur Stärkung des grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehrs

Regierungsrat Martin Meyer und der Vorarlberger Landesrat Manfred Rein haben anlässlich eines Treffens in Bregenz am 15. September 2005 vereinbart, im Bereich des grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehrs künftig noch enger zusammenzuarbeiten. So soll geprüft werden, wie mit Angebotsverbesserungen bei Bus und Bahn der öffentliche Verkehr insbesondere für Berufspendler attraktiver gestaltet werden kann.

Europäische Woche der Mobilität

Vom 16. bis zum 22. September 2005 hat Liechtenstein erstmals offiziell an der Europäischen Woche der Mobilität teilgenommen. Schwerpunktthema der Aktionswoche war «clever pendeln». Das Ressort Verkehr und Kommunikation hat eine Informationskampagne zur Nutzung des öffentlichen Verkehrs, einen 12-Stunden-Report auf «Radio Liechtenstein» und einen Wettbewerb zu «Clever pendeln» organisiert sowie erstmals einen landesverwaltungsinternen «Bike-to-Work-Day» durchgeführt. Aufgrund des grossen Erfolgs der Aktionen wird eine Teilnahme an der nächsten Mobilitätswoche im Herbst 2006 angestrebt.

Koordinationsgruppe «Verkehr und Sicherheit»

Die Verkehrssicherheit stellt ein wichtiges Anliegen der Regierung dar. Auf Initiative des Ressorts Verkehr und Kommunikation wurde eine verwaltungsinterne Koordinationsgruppe geschaffen, welche die ressortübergreifende Abstimmung von Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit verbessern sowie die Regierung in der Verkehrssicherheitspolitik beraten soll. In der Koordinationsgruppe vertreten sind die Ressorts Verkehr und Kommunikation, Inneres und Bauwesen, die Landespolizei, das Tiefbauamt, die Motorfahrzeugkontrolle sowie die Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr.

SlowUp 2006 in der Region Werdenberg - Liechtenstein

Am 14. Mai 2006 wird der erste SlowUp in der Region Werdenberg - Liechtenstein als aktiver Erlebnistag stattfinden. Dabei steht in einem Rundkurs der Strassenraum einen Tag lang all jenen zur Verfügung, die sich mit eigener Kraft auf Rädern, Rollen oder zu Fuss bewegen. Für Motorfahrzeuge ist die Strecke grundsätzlich gesperrt. Die Regierung hat im Berichtsjahr die Mitgliedschaft im Trägerverein beschlossen. Das Ressort Verkehr und Kommunikation vertritt hierbei das Land Liechtenstein.

Erneuerung Liechtenstein-Takt

Der «Liechtenstein-Takt» stellt eine durch das Land Vorarlberg und das Fürstentum Liechtenstein gemeinsam bestellte Verkehrsleistung der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) dar. Seit der Einführung des Angebots im Jahr 2000 hat sich die Fahrgastzahl auf einem Niveau von täglich 200 – 250 Personen eingependelt. Die Regierung

hat dem Landtag einen Finanzbeschluss für die Finanzierung des Angebots für weitere zwei Jahre unterbreitet. Der Landtag hat der Finanzierung zugestimmt.

Ressort Kommunikation

Mehrzwecksendeanlagen Vaduz/Erbi und Nendeln

Die Mehrzwecksendeanlagen Vaduz/Erbi und Nendeln, welche sich beide im Eigentum des Landes Liechtenstein befinden, werden bis anhin von der Swisscom Broadcast AG genutzt und verwertet. Die Regierung erachtet es als zweckmässig, die Nutzung und den Betrieb der beiden Anlagen einer liechtensteinischen Trägerschaft zu übergeben. In einem ersten Schritt konnte im Juni 2005 eine Absichtserklärung mit der Swisscom Broadcast AG unterzeichnet werden, welche die Neugestaltung des bestehenden Vertragsverhältnisses vorsieht. In einem zweiten Schritt wird mit den Liechtensteinischen Kraftwerken ein neuer Vertrag über die Ausübung des Nutzungsrechts verhandelt.

Information zum Liechtensteinischen Rundfunk

Der Liechtensteinische Rundfunk musste in seiner Jahresrechnung für das Jahr 2004 einen Verlust von 368 000 Franken ausweisen. Der Landtag hat die Regierung daraufhin beauftragt, gemeinsam mit dem Verwaltungsrat des LRF Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Lage des LRF einzuleiten. Die schon im Nachgang zur Entlassung des bisherigen Intendanten begonnene Aufarbeitung der finanziellen Situation sowie die Einleitung entsprechender Massnahmen wurden mit dem Auftrag des Landtags nochmals verstärkt. Die Regierung hat ausserdem eine repräsentative Meinungsumfrage zu «Radio Liechtenstein» in Auftrag gegeben, welche zeigt, dass «Radio Liechtenstein» für die liechtensteinische Bevölkerung wichtig ist und ein Fortbestand überwiegend gewünscht wird. Ebenfalls hat die Regierung einen Bericht und Antrag betreffend Information zur Liechtensteinischen Rundfunkanstalt (Bericht und Antrag Nr. 90/2005) erstellt, welcher die derzeitige Situation des LRF aufgearbeitet und Massnahmen zur zukünftigen Ausgestaltung des LRF zur Diskussion gestellt hat.

Auf- und Ausbau des Sendernetzes des LRF

Der Landtag hat im Jahr 2003 einen Finanzbeschluss über den Aus- und Aufbau der Sendeanlagen der Anstalt «Liechtensteinischer Rundfunk» (LRF) gefasst. Im Berichtsjahr konnte der Liechtensteinische Rundfunk (LRF) weite Teile des geplanten Sendernetzes realisieren, so die neuen Sender Buchserberg, Targön/Vilters und St. Margrethen. Ebenfalls wurden die bestehenden Sendeanlagen Vaduz/Erbi, Nendeln, Sücka, Rüthi erweitert oder umgebaut und der Sender Trübbach deinstalliert.

Mediengesetz im Landtag beschlossen

In seiner neuen Zusammensetzung beschloss der Landtag das für die zweite Lesung traktandierte Mediengesetz nochmals im Sinne einer ersten Lesung zu behandeln.

Wiederum waren vor allem die Bestimmungen zum Medienförderungsrecht umstritten, was den Landtag dazu bewog, der Regierung die Trennung der Gesamtvorlage in zwei Regierungsvorlagen in Auftrag zu geben, und zwar in eine Regierungsvorlage betreffend ein Mediengesetz einerseits und eine zweite betreffend ein Medienförderungsgesetz andererseits. Die Regierungsvorlage zum Mediengesetz konnte in einer weiteren Lesung dann beschlossen und auf den 1. Januar 2006 in Kraft gesetzt werden. Die Revision des Medienförderungsgesetzes befindet sich in Vorbereitung und wird voraussichtlich im Jahr 2006 dem Landtag zur Behandlung vorgelegt.

Kommunikationsgesetz

Nach intensiver Vorbereitung konnte das neue Kommunikationsgesetz, welches insbesondere das so genannte 2002er-Telekommunikationspaket der EU umsetzt, in erster Lesung im Landtag behandelt werden (Bericht und Antrag Nr. 104/2005). Mit dem neuen Kommunikationsgesetz wird eine Totalrevision und Neuausrichtung des liechtensteinischen Kommunikationsrechts vollzogen, was unter anderem die vollständige Beseitigung des Konzessionsregimes im Bereich der elektronischen Kommunikation zur Folge hat.

Telekommunikationsbericht

Im Telekommunikationsgesetz vom 20. Juni 1996 (TelG) ist alle vier Jahre eine Berichterstattung durch die Regierung vorgesehen. Diesem Auftrag, der sich auf eine Darstellung der Ziele der Telekommunikationspolitik und deren Realisierung richtet, ist die Regierung mit Bericht und Antrag Nr. 105/2005 nachgekommen.

Telekommunikation: Erteilung von Konzessionen

Auf Basis der Grundsatzklärung zur Telekommunikation aus dem Jahr 2004 (Bericht und Antrag Nr. 55/2004) und mit dem Ziel der Gleichbehandlung aller in Liechtenstein konzessionierten GSM-Mobiloperatoren, wurde ein einheitlicher Konzessionsentwurf erstellt und den in Liechtenstein tätigen Mobiloperatoren, nämlich der Swisscom Mobile AG, der Mobilkom Liechtenstein AG, der Orange Liechtenstein AG und der Tele 2 AG zur Stellungnahme übermittelt. Unter Berücksichtigung der eingegangenen Anregungen hat die Regierung die GSM-Konzessionen entsprechend der Zielsetzung abgeändert.

Im Berichtsjahr wurden zudem weitere neue Einzelkonzessionen vergeben. Drei Konzessionen im Bereich der Erbringung lokaler und internationaler Mobildienste auf der Basis eines MVNO (Mobile Virtual Network Operator), zwei Konzessionen für die Erbringung lokaler und internationaler Sprachtelefoniedienste (Carrier Pre-Selection, CPS) und eine Konzession zur Erbringung von Voice over IP-Diensten (VoIP).

UNO-Weltgipfels zur Informationsgesellschaft

In Tunis fand vom 16. bis 18. November die zweite Phase des UNO-Weltgipfels zur Informationsgesellschaft statt.

Die rasanten Fortschritte der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, einhergehend mit dem zunehmenden Bewusstsein über die Bedeutung dieses Bereichs für die globale Entwicklung, führten dazu, dass das Thema 2003 auf die internationale Agenda gesetzt wurde. Regierungsrat Dr. Martin Meyer vertrat dabei die Anliegen Liechtensteins.

Leistungsvereinbarungen mit zwei Medien

Im Berichtsjahr 2005 schloss die Regierung zwei Leistungsvereinbarungen mit liechtensteinischen Tagesmedien ab (Liechtensteiner Volksblatt und Liechtensteiner Vaterland). Die Leistungsvereinbarungen, welche für die betreffenden Medien weder gewinnbringend, noch kostendeckend ausgestaltet sind, sichern dem Land Liechtenstein umfassende Berichterstattung verschiedenster Anlässe und relevanter Themen zu, welche sonst in den Tagesmedien nicht im vereinbarten Umfang Eingang finden könnten. Die Regierung möchte mit dem Abschluss von Leistungsvereinbarungen erreichen, dass die Bevölkerung über relevante Ereignisse und Themen umfassend, kompetent und transparent informiert wird.

AMTSSTELLEN

Amt für Kommunikation

Amtsleiter: Dipl. Ing. Kurt Bühler

Das Amt für Kommunikation (AK) nimmt eine Vielzahl von komplexen Aufgaben in der Überwachung, Verwaltung und Regulierung im Bereich der elektronischen Kommunikation in Liechtenstein wahr.

Aufgaben/Organisation

Als Hauptaufgaben werden die Aufsicht und die technische Regulierung im Telekommunikationsbereich, die Aufsicht und die Überwachung im Mobilfunkbereich, die Verwaltung knapper Ressourcen in der Nummerierungs-/Adressierungs- und Frequenzverwaltung, die Vertretung als liechtensteinische Experten in internationalen Gremien, die Aufsicht und Überwachung im Bereich der elektronischen Datenübertragung (Internet), und die administrative/technische Tätigkeiten im Bereich Massenfunk und die Zusammenarbeit in Koordinationsfragen mit anderen Amtstellen innerhalb der Landesverwaltung wahrgenommen. Das AK unterstützt die Regierung als Konzessionsbehörde im Bereich der elektronischen Kommunikation sowie im Radio- und Fernsehbereich. Das AK hat zudem viele koordinierende Aufgaben zwischen Gemeinden, Telefoniebetreibern und Bevölkerung wahrgenommen. Das AK war im Berichtsjahr mit fünf Vollzeitstellen besetzt.

Regulatorische Aufgaben

Bewilligung Kostenrechnung, RIO und RUO

Betreiber mit beträchtlicher Marktmacht müssen in regulierten Preissegmenten von der Nationalen Regulierungsbehörde (AK) die Preiskalkulation und das Leistungsangebot genehmigen lassen. So wurde unter anderem die Kostenrechnung der LTN Liechtenstein TeleNet AG (LTN) als marktbeherrschendes Unternehmen und Grundversorger überprüft und genehmigt. Die Überprüfung und Genehmigung der Kostenrechnung von notifizierten marktmächtigen Unternehmen erfolgt jährlich durch das AK.

Mobil- / Festnetztelefonie

Im Bereich des Telefonieverhaltens der Bevölkerung zeichnet sich ein Wechsel mit den zur Verfügung stehenden Technologien ab. Die Anzahl der Anrufe auf dem Fixnetz (19 945 Anschlüsse) wechselt zusehends zugunsten von Anrufen über Mobiltelefonie (26 600 Abonnemente). Im Bereich der mobilen Telefonie nutzen nur 46% der in Liechtenstein wohnhaften Abonnenten liechtensteinische Ressourcen (+423 7xx xxxx), wobei 54% der Abonnenten sich für ausländische Handy-Abonnemente (+41 7x xxx xx xx) entschieden haben. Dies obwohl das liechtensteinische Angebot bezüglich Qualität, Preis und Dienstleistungsangebot im Vergleich zu ausländischen Angeboten ebenbürtig ist.

Der neue Trend zu VoIP (Voice over Internet-Protocol) steht auch in Liechtenstein zur Verfügung und erfreut sich besonders wegen seiner preislichen Entwicklung zunehmender Beliebtheit. Die Sprachqualität über VoIP hat sich laufend verbessert und wird mit zunehmenden Breitbandangebot immer interessanter.

Die Regierung hatte Ende 2004 eine Mobilfunkstudie zur Immissionssituation in Auftrag gegeben. Das AK musste bei der Aufbereitung der Daten einen sehr hohen Arbeitsaufwand leisten. Das Ergebnis dieser Studie, welches Ende Oktober 2005 präsentiert wurde, bestätigte den verantwortungsvollen Umgang mit dieser Materie in Liechtenstein. Das neue Gesetz über die nicht-ionisierende Strahlung wird voraussichtlich im Jahr 2006 durch den Landtag behandelt.

Mobilfunkmessungen

Als Regulierungs- und Überwachungsbehörde überprüft das AK neue und modifizierte Mobilfunksendeanlagen. Der Schwerpunkt liegt hier in der regelmässigen Überprüfung der Grenzwerte nicht-ionisierender Strahlung gemäss der gültigen NIS-Verordnung. Mittels den zur Verfügung stehenden Messgeräte (Breitbandmessgerät und selektiver Frequenzspektrum-Analyser) wurden 2005 sämtliche GSM-Standorte in Liechtenstein überprüft. Nach den gültigen Rechtsgrundlagen wurden in der gesamten Berichtsperiode keine Grenzwert-Überschreitungen festgestellt.

Zugang zu schweizerischen Mehrwert-Nummern (08xx, 09xx und 18xy)

Seit dem EWR-Beitritt Liechtensteins erfolgte eine laufende Entkopplung vom schweizerischen Telefonnetz. Mit der Einführung der eigenen Landesvorwahl +423 und der Trennung der ursprünglichen Fernkennziffer (075) vom schweizerischen Telefonnetz, stand ein Grossteil der schweizerischen Mehrwertdienstenummern aus technischen und administrativen Gründen nicht mehr zur Verfügung. Bedingt durch viele Reklamationen aus Bevölkerung, Gewerbe und Industrie wurden grosse Anstrengungen unternommen, um dieses Problem zu lösen. In enger Zusammenarbeit mit dem schweizerischen Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) konnte erreicht werden, dass die technisch-administrativen Vorschriften in der Schweiz auf Ende 2005 geändert wurden. Auf einzelnen Mobilnetzen mit der liechtensteinischen Landesvorwahl +423 steht dieser Dienst bereits zur Verfügung. Im Bereich des Festnetzes sollte der Zugang Mitte 2006 durch die LTN Liechtenstein TeleNet AG realisiert werden. Somit steht der Zugang zu den schweizerischen Rufnummern 08x, 09x und 18xy nach den schweizerischen Rechtsgrundlagen in Liechtenstein wieder zur Verfügung, sofern es der Diensteanbieter (Rufnummerninhaber) nicht ablehnt.

Frequenzmanagement

Bis 1999 wurde Liechtenstein in Frequenz-Angelegenheiten von der Schweiz betreut und konnte am Frequenzspektrum der Schweiz mitpartizipieren. Nach Beendigung des Staatsvertrages (1999) ist Liechtenstein im Bereich des Frequenzmanagements selbständig. In sämtlichen Bereichen des Frequenzspektrums werden in regelmässigen und zeitintensiven Verhandlungen mit den Nachbarstaaten die einzelnen Frequenzbereiche zwischen der Schweiz, Deutschland, Österreich und Liechtenstein besprochen und bei Bedarf angepasst.

Das Amt für Kommunikation vertritt die Interessen Liechtensteins in internationalen Gremien. Ziel ist es, dass Liechtenstein im Bereich von DVB-T (Digital Video Broadcasting) und T-DAB (Digital Audio Broadcasting) ein angemessenes Frequenzspektrum zugesprochen wird. Hierzu wurden die Bedürfnisse von Liechtenstein für die RRC 06 (Regional Radio Conference 2006), welche im Mai 2006 in Genf stattfindet, aufgenommen und in der Frequenzplanung bei der ITU berücksichtigt. Die Vorbereitungsphase ist abgeschlossen und die einzelnen Bedürfnisse wurden mit den Nachbarstaaten abgestimmt und bei der ITU eingereicht. An der Konferenz der RRC 06 werden die Frequenzen, gemäss den eingereichten Daten bei der ITU, definitiv verhandelt und den jeweiligen Staaten zugeteilt. Die Zuteilungen an der RRC06 ersetzen den sogenannten «Stockholm-Plan» aus dem Jahre 1961. Weitere Frequenzbereiche wurden Liechtenstein nach dem Prinzip der Internationalen Harmonisierung zugeteilt. Das AK vertritt an diesen Koordinationsanlässen die Interessen Liechtensteins.

Rundfunk / TV

Die Frequenzen im Bereich Radio/Fernsehen werden in den kommenden Jahren digitalisiert. Der Konsument wird von der Digitalisierung vor allem von einem qualitativ verbesserten Angebot profitieren. Alle Mitgliedsstaaten des europäischen Wirtschaftsraumes werden bis 2012 auf die digitale Technologie wechseln.

Sendernetzkonsolidierung Radio Liechtenstein

Um die hohen Pendlerströme aus der Schweiz und Österreich durch den Landessender RadioLiechtenstein zu versorgen, wurden aufgrund von Qualitäts-Messungen, die durch das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) durchgeführt wurden, neue Standorte festgelegt. Dieses Konsolidierungs-Projekt konnte Ende 2005 in seiner ersten Phase umgesetzt werden. Das Projekt Sendernetz-konsolidierung kann voraussichtlich 2006 mit der Versorgung im Alpengebiet (Steg-Malbun) und im unteren Rheintal (Flughafen Altenrhein) abgeschlossen werden.

Richtfunk

Kapazitätserweiterungen im Bereich Mobilfunk führen zu einer Aufstockung der Richtfunkstrecken. Jährlich hat das AK eine Vielzahl von Mutationen zu bearbeiten. Die dichte Richtfunkbelegung in Liechtenstein und im Rheintal macht die Situation einer Frequenzzuteilung sehr komplex. Nur durch gute Zusammenarbeit und Koordination mit den Nachbarstaaten ist es möglich, diese Vielzahl von Richtfunkstrecken zu bearbeiten und zu realisieren.

Massenfunk

Sämtliche Aktivitäten im Bereich Massenfunk (Betriebsfunk, Amateur-Funk, CB-Funk) werden autonom vom AK erledigt.

Polycom (Funkgestütztes Sicherheitssystem)

Fehlende Kapazitäten und ungenügender Abhörschutz im analogen Funknetz der Landespolizei erfordern eine Modernisierung zum digitalen Bündelfunknetz. Die Regierung hat sich entschieden, am schweizerischen digitalen Bündelfunknetz Polycom zu partizipieren, damit eine grenzüberschreitende Kommunikation gewährleistet werden kann. Mit der Umsetzung dieses Projektes konnte bereits im Jahr 2005 gestartet werden und wird im Jahr 2006 grösstenteils abgeschlossen sein. Ende des Jahres 2005 waren auf dem neu geplanten Standort Kulm noch Einsprachen hängig. Erst nach Bereinigung dieser Einsprachen kann dieser letzte Standort für das Sicherheitsnetz Polycom fertig gestellt werden.

Nummerierung

Im Bereich der internationalen Mobilitätsdienste (+423 6xx xxxx) gibt es immer wieder Meldungen wegen Missbräuchen. In diesem Bereich werden insbesondere internationale Prepaid – Dienste und sonstige internationale Dienste angeboten. Im Berichtsjahr musste das AK deshalb mehrfach intervenieren. Bei an-

haltenden Missbrauchsmeldungen wird das AK zusammen mit dem Ressort Verkehr und Kommunikation korrektive Massnahmen einleiten.

Neuer Rechtsrahmen in der elektronischen Kommunikation

Anlass der neuen Gesetzesvorlage ist die durch den Erlass einer Reihe von neuen EWR-Richtlinien im Jahre 2002 vollzogene Gesamtreform des europäischen Rechtsrahmens im Bereich der elektronischen Kommunikation. Diese Reformmassnahmen sind insgesamt als »2002er Telekommunikationspaket« bekannt.

Ziel dieses 2002er Telekommunikationspakets ist die Konsolidierung eines dynamischen und nutzerfreundlichen Wettbewerbs im Bereich der elektronischen Kommunikation im gesamten EWR.

Mit Entscheidung vom 28. September 2004 hat die Regierung den Vernehmlassungsbericht betreffend die Schaffung eines Kommunikationsgesetzes sowie die Aufhebung von Einzelbestimmungen des Radio- und Fernsehgesetzes verabschiedet und den interessierten Kreisen zur Stellungnahme unterbreitet. Die Auswertung der individuellen Stellungnahmen war sehr zeitintensiv und komplex.

Die Gesetzesvorlage wurde an der letzten Landtags-sitzung 2005 in 1. Lesung beraten und wird voraussichtlich Mitte 2006 in Kraft gesetzt werden. Durch diese Gesetzesänderung fallen dem Amt für Kommunikation zusätzliche Aufgaben zu. Komplizierte und zeitintensive Marktanalysen und Notifizierungsverfahren an die EFTA-Überwachungsbehörde werden zusätzliche Kapazitäten des AK in Anspruch nehmen.

Internationale Repräsentanz

Das Amt für Kommunikation vertritt die Interessen Liechtensteins auf Expertenebene in verschiedenen Kommissionen der EU, EFTA, CEPT und UNO.

Motorfahrzeugkontrolle

Amtsleiter: Fidel Frick

Im Berichtsjahr befasste sich die Motorfahrzeugkontrolle mit Rechtsanpassungen und Projekten. Dies betraf vor allem die Revision des Strassenverkehrsgesetzes, die Umsetzung der Richtlinie 1999/37 EG, welche eine Anpassung des Fahrzeugausweises erforderte, Vorbereitungsarbeiten zur Einführung von MOFIS (Motorfahrzeugregister), die Abschaffung der Veloschilder und die Einführung einer Velovignette, sowie die Einführung des digitalen Tachographen, welche in der zweite Hälfte 2006 vorgesehen ist.

Revision des Strassenverkehrsgesetzes

Die Schwerpunkte dieser Teilrevision betreffen vor allem Anpassungen der Bestimmungen über Masse und Gewichte

von Fahrzeugen, Typengenehmigung von Fahrzeugen, Fahren unter Betäubungsmittel- oder Arzneimitteleinfluss und Fahrbewilligungen auf mit Fahrverbot belegten Strassen.

Umsetzung der Richtlinie 1999/37 EG

Die Umsetzung dieser Richtlinie erforderte verschiedene Rechtsanpassungen, Änderungen in der Amtssoftware sowie verschiedene Anpassungen des Fahrzeugausweises. Erfreulicherweise konnte dieses Projekt ohne nennenswerte Probleme abgeschlossen werden.

Velovignette

Die Landespolizei stellte vermehrt fest, dass an vielen Velos kein Veloschild mehr angebracht wurde. Somit fehlte die Versicherungsdeckung und aufgefundene Velos konnten dem Besitzer nicht mehr zugeordnet werden. Dies veranlasste die Motorfahrzeugkontrolle, die Veloschilder durch Velovignetten zu ersetzen. Die Vignetten sind bei allen Gemeindeverwaltungen sowie bei den liechtensteinischen Velohändlern erhältlich. Hierzu waren verschiedene Rechtsanpassungen nötig.

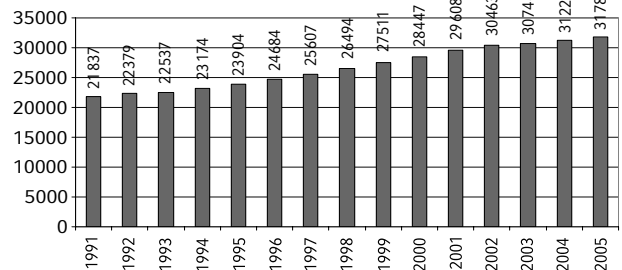
Entwicklung des Fahrzeugbestandes

Im Berichtsjahr wurden total 2576 neue Fahrzeuge immatrikuliert, davon waren 1877 Personenwagen und 266 Motorräder. Der Fahrzeugbestand steigerte sich um 1.7% oder 591 Fahrzeuge auf total 34956 Fahrzeuge. Die durchschnittliche Zunahme des Fahrzeugbestandes betrug in den letzten 10 Jahren jährlich 2.9%. Die Entwicklung des Fahrzeugbestandes ist in den folgenden Tabellen ersichtlich.

Fahrzeugbestand per 1.7.2005

FAZG	Fahrzeuggruppen	2005	2004	Verän.	in %
1	Personenwagen	24 393	23 935	485	1.9%
2	Personentransportfahrzeuge	247	237	10	4.2%
3	Sachentransportfahrzeuge	2 579	2 591	-12	-0.5%
4	Landwirtschaftliche Fahrzeuge	935	925	10	1.1%
5	Gewerbliche Fahrzeuge	521	529	-8	-1.5%
6	Motorräder	3 110	3 003	107	3.6%
	Total Motorfahrzeuge	31 785	31 220	565	1.8%
7	Anhänger	3 171	3 145	26	0.8%
	Total Fahrzeuge	34 956	34 365	591	1.7%

Bestand der Motorfahrzeuge



Abteilung Administration

In der Abteilung Administration wurden folgende Beträge erhoben:

Steuer-Einnahmen	CHF
1 Personen-, Lieferwagen und Kleinbusse	8 279 456.00
2 Lastwagen, schwere Sattelschlepper	898 131.00
3 Gesellschaftswagen	61 754.00
4 Anhänger	318 694.00
5 Motorräder, Kleinmotorräder	277 979.00
6 Landwirtschaftliche Fahrzeuge	51 779.00
7 Arbeitsfahrzeuge	48 897.00
8 Kollektivschilder	85 651.10
9 Tagesschilder	8 205.00
10 Motorfahräder	9 200.00
11 Übrige/Stornos	3 989.80
12 Unzustellbare Steuerrückzahlungen	7 561.50
Total Steuern	10 051 297.40

Gebühren-Einnahmen	CHF
1 Lernfahrausweise	58 625.00
2 Führerscheine	158 800.00
3 Fahrzeugausweise	552 145.00
4 Kontrollschilder	152 806.50
5 Versteigerung und Verkauf Kontrollschilder	103 550.00
6 Depotgebühren	49 110.00
7 Allgemeine Gebühren	281 144.84
8 Sonderbewilligungen	54 541.00
9 Fahrzeugprüfungen	712 854.00
10 Führerprüfungen	118 310.00
11 Drucksachen	5 571.80
Bearbeitungsgebühren für:	
13 Autobahnvignetten inklusive Poolgelder «asa»	48 711.75
14 Schwerverkehrsabgaben	165 076.60
Total Gebühren	2 461 246.49

Abteilung Technik

In der Abteilung Technik wurden folgende Führer- und Fahrzeugprüfungen durchgeführt:

Führerprüfungen		Theorie negativ	Theorie positiv	Prakt. negativ	Prakt. positiv	Total
A1	Motorräder bis 125 ccm	106	207	35	67	415
A	Motorräder über 125 ccm	-	-	53	87	140
B	Leichte Motorwagen	214	310	158	399	1 081
BE	Anhänger an leicht. Motorwagen	-	-	-	2	2
BPT	Berufsmässiger Personentransport mit Kat. B	-	-	1	9	10
C	Lastwagen	11	11	1	10	33
CE	Anhänger an Lastwagen	-	-	3	12	15
C1	Lastwagen bis 7.5t und Feuerwehr	5	4	-	7	16
D	Gesellschaftswagen	2	1	-	1	4
D1	Kleinbus (Taxi)	-	1	-	-	1
G/F	Motorfahrzeuge bis 45 km/h und landw. Fahrzeuge	28	42	-	1	71
M	Motorfahrräder	27	86	-	-	113
Total 393		662	251		595	1 901

Kontrollfahrten	negativ	positiv	Total
Nicht anerkannte Führerscheine von Drittstaaten	5	17	22
Altersfahrten	4	3	7
Behinderte Fahrzeugführer	-	-	-
Total	9	20	29

Fahrzeugprüfungen	Gebrauchte Fahrzeuge	Neufahrzeuge
Personenwagen	5 804	1
Motorräder	741	18
Landwirtschaftliche Fahrzeuge	49	7
Lieferwagen	640	60
Gesellschaftswagen	65	0
Lastwagen	406	50
Arbeitsmotorfahrzeuge	56	31
Anhänger bis 3500kg	587	18
Anhänger über 3500kg	217	17
Übrige Fahrzeuge	91	5
Technische Änderungen	835	4
Import Personenwagen	183	131
Import Lastwagen	8	11
Import Motorrad	14	21
Import Anhänger	6	38
Import Übrige	5	10
Nicht erschienene Kunden		538
Nachkontrollen		2 333
Total		13 000

Abteilung Administrativmassnahmen (ADMAS)

Im Jahre 2005 gingen bei der Abteilung Administrativmassnahmen 837 Polizeirapporte (Widerhandlungen gegen das Strassenverkehrsgesetz) von der Landespolizei sowie von verschiedenen Polizeistellen aus der Schweiz, Österreich, Deutschland, Italien und Frankreich ein. Nach Prüfung dieser Fälle mussten aufgrund von Verkehrsregelverletzungen mit Gefährdung der Verkehrssicherheit im Verwaltungsverfahren nach Art. 54 LVG **total 490 Führerausweis-Entzugsmassnahmen** (357 Ausweisentzüge, 133 Entzugsverwarnungen und darunter 5 Anordnungen für den Besuch des Verkehrsunterrichtes) verfügt werden, was einer Zunahme von 30 Massnahmen gegenüber dem Vorjahr (2004 = 460 ADMAS) entspricht. Bei den übrigen 347 geprüften Polizeiberichten handelte es sich entweder um Delikte mit geringfügigen Verkehrsgefährdungen oder um Fälle, die aufgrund fehlender gesetzlicher Voraussetzungen zu keiner Administrativmassnahme führen konnten.

Von den 490 erlassenen Verfügungen sind ca. 40% der Fälle auf Verkehrsübertretungen zurückzuführen, welche die betroffenen Fahrzeugführer nicht in Liechtenstein sondern auf ausländischen Strassen, vorwiegend in der Schweiz, begangen haben. Gesamthaft erfolgten im vergangenen Jahr **90 Entzüge** im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall (2004 = 86 Entzüge), die auf folgenden SVG-Widerhandlungen beruhen:

Verletzung von Verkehrsregeln mit Unfall	Alkohol	
	Drogen / Medikamente	1
	Übermüdung	4
	Verkehrsregeln allgemein	53
Total		90

Gesamthaft wurden im Jahre 2005 im Zusammenhang mit **Alkohol am Steuer** eines Motorfahrzeuges **192 Führerausweise** (inklusive 46 Alkoholrückfällige) entzogen oder ausländische Ausweise für Liechtenstein und die Schweiz aberkannt, was gegenüber im Jahre 2004 mit 158 Entzügen einer leichten Zunahme von 34 Massnahmen entspricht. Der durchschnittliche Blutalkoholgehalt betrug bei den 166 männlichen Fahrzeuglenkern 1.61 Promille und bei den 26 betroffenen Frauen 1.51 Promille. Die höchst gemessene Blutalkoholkonzentration (BAK) betrug bei einem männlichen Fahrzeugführer 3.20 Promille.

In 46 Fällen (Vorjahr 28 Rückfälle) mussten von den 192 betroffenen Fahrzeuglenkern/Innen der Führerausweis wegen wiederholtem Fahren in angetrunkenem Zustand innert 5 Jahren (Rückfallsfrist) für die Dauer von 1 bis 2 Jahren und in zwei Fällen für dauernd entzogen werden.

Gegen 17 (Vorjahr 12) Motorfahrzeugführer mussten wegen einem Suchtleiden von Drogen oder Alkohol ein Führerausweis-Entzug auf unbestimmte Zeit ver-

VERKEHR UND KOMMUNIKATION

304 |

fügt werden. Wegen fehlender Fahreignung aus Krankheitsgründen oder Altersgebrechen mussten auf amtsärztlichen Antrag des Amtes für Gesundheitsdienste im Jahre 2005 gegen 35 (Vorjahr 23) Lenker/Innen Führerausweis-Entzugsmassnahmen auf unbestimmte Zeit er-

lassen werden. Die Wiedererteilung dieser Sicherungszüge wurde mit der Erfüllung eines amtsärztlichen Gutachtens des Landesphysikus abhängig gemacht.

Weitere Einzelheiten resultieren aus der nachstehenden Entzugstabelle.

		Für die Kategorie										Entzugsgründe															
		Anzahl erlassene Administrativmassnahmen im Strassenverkehr																									
Führerausweis-Entzüge 2005		Führerausweis-Entzüge für alle Ausweis-Kategorien	Differenzierte Entzugsdauer einzelner Kategorien für Chauffeure	Aberkennung des ausländischen Führerausweises	Verweigerung des Lernfahrausweises	Entzug des Lernfahrausweises	Mofa - FA-Entzug	Mofa - Fahrverbot	Verkehrs-Unterricht	Medizinische Auflagen	Alkohol ohne Unfall (FiaZ)	Verletzung von Verkehrsregeln ohne Unfall	Geschwindigkeits - Überschreitungen	Fahren trotz Entzug des Führer- oder Lernfahrausweises	Kontrollfahrt nicht bestanden - ausländ. Führerausweisinhaber	Alkohol mit Unfall (FiaZ)	Betäubungsmittel- oder Arzneimittel einfluss oder andere Fahrunfähigkeit mit Unfall	Verletzung von Verkehrsregeln mit Unfall	Übermüdung mit Unfall	Fehlende Fahreignung wegen Krankheit-körperliche oder geistige Leistungsunfähigkeit	Sucht leiden von Alkohol mit Sicherungszug	Sucht leiden von Betäubungsmittel mit Sicherungszug	Vereitelung der Blutprobe bei pflichtwidrigem Verhalten nach Unfall	Verweigerung der Blutprobe bei Alkoholverdacht durch Atemtestprobe	Rückfall - Verletzungen von Verkehrsregeln innert 2 Jahren	Rückfall- Alkohol (FiaZ) innert 5 Jahren seit letztem Entzug	Mofa-Abänderungen zwecks Erhöhung der Motorleistung
Verwarnung	133	103		16					5	9		8	78				34		5	1	4		1			2	
1 Monat	73	65		7				1				4	42				17	4								6	
2 Monate	76	71	1	3		1						50	14		9		1										
3 Monate	59	57		2								38	6		8							4	3				
4 Monate	22	20		2								12	1		9												
5 Monate	8	7		1								4			4												
6 Monate	15	14		1								7	2	3	1								1	1			
7 Monate	1				1												1										
8 Monate	1			1									1														
9 Monate	2	2													1												
10 Monate	1	1											1														
12 Monate	25	25										2										1	2		20		
13 Monate	9	9																							9		
14 Monate	5	5																								5	
15 Monate	3	3																								3	
18 Monate	2	2																								2	
22 Monate	1	1																								1	
24 Monate	4	4																								4	
Unbest, Zeit	48	42		6										5		1			30	4	8						
Dauernd	2	2																								2	
TOTAL	490	433	1	39	1	1	0	0	6	9	114	14	144	4	5	32	1	53	4	35	5	12	5	7	1	46	8

KOMMISSIONEN

Kommission zur Förderung des öffentlichen Verkehrs

Vorsitzender: Regierungsrat Dr. Martin Meyer

Unter dem Vorsitz von Regierungsrat Dr. Martin Meyer traf sich die Kommission im Jahre 2005 zu einer Sitzung.

Anlässlich der ersten Sitzung der Kommission unter dem neuen Vorsitz von Regierungsrat Dr. Martin Meyer hat sich die Kommission schwergewichtig mit dem Auftrag und der Organisation der Kommission auseinandergesetzt. Es wurde festgehalten, dass sich die Kommission künftig mit folgenden Themen beschäftigen soll:

- Beratung der Regierung bei offenen Fragen zur Entwicklung des öffentlichen Verkehrs;
- Anhörung zu grundsätzlichen Fragen zur Förderung des öffentlichen Verkehrs;
- Behandlung operativer Problemstellungen, sofern die zuständigen Stellen zu keiner befriedigenden Lösung kommen.

Darüber hinaus hat das Ressort Verkehr und Kommunikation über verschiedene verkehrspolitische Projekte informiert. Ebenfalls hat die Kommission die Interpellationsbeantwortung betreffend Gesamtverkehrskonzept und Verkehrserhebungsdaten zur Kenntnis genommen.

Medienkommission

Vorsitzender: Michael Biedermann

Die Aufgaben der Medienkommission sind im Gesetz vom 25. November 1999 über die Förderung und Abgeltung von Leistungen der Medien (Medienförderungsgesetz, MFG) geregelt. Insbesondere obliegt der Medienkommission die Entscheidung über die Gewährung von ordentlichen Medienförderungsbeiträgen gemäss Art. 4 MFG. Die Medienkommission nimmt zudem Schlichtungs-, Beratungs- und Aufsichtsfunktionen gemäss Verordnung vom 10. Dezember 1991 zum Gesetz über Radio und Fernsehen wahr. Laut Gesetz vom 23. Oktober 2003 über den «Liechtensteinischen Rundfunk» (LRF) obliegt der Medienkommission die rechtliche Kontrolle über den Rundfunk. Im Zusammenhang mit dem Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit Medien hat die Regierung die Medienkommission beauftragt, die Erfüllung der Leistungsvereinbarungen zu kontrollieren.

Die Medienkommission wurde vom Landtag im März 2004 für die Mandatsperiode 2004 bis 2008 neu bestellt. Aufgrund des Rücktritts von Daniel Quaderer Ende

Mai 2005 bestellte der Landtag Helmuth Müssner, Nendeln, neu in die Medienkommission. Die Medienkommission setzt sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Michael Biedermann, Mauren, Vorsitzender;
- Daniel Quaderer, Schaan
(Stellvertretender Vorsitzender bis Ende Mai 2005);
- Helmuth Müssner, Nendeln
(Stellvertretender Vorsitzender seit September 2005);
- Joachim Batliner, Basel;
- Michaela Braun, Zürich;
- Dr. Erich Niederer, Teufen;
- Marcel Ritter, Mauren;
- Thomas Ritter, Mauren.

Die Leiterin des Presse- und Informationsamtes, Daniela Clavadetscher, nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen der Medienkommission teil.

Die Medienkommission traf sich im Jahr 2005 zu sechs Sitzungen. In diesen Sitzungen wurden folgende Geschäfte behandelt:

Ausschüttung von ordentlichen Medienförderungsbeiträgen

Die Medienkommission behandelte 20 Anträge auf ordentliche Medienförderung für Medien und Medienberichterstattungen und 2 Anträge auf ordentliche Medienförderung für die Aus- und Weiterbildung von Medienschaffenden. Ordentliche Medienförderungsbeiträge an Medien in Liechtenstein, Medien im Ausland sowie an Medienschaffende für das Jahr 2005 wurden wie folgt ausgeschüttet:

- Förderbereich «Medien und Medienberichterstattungen» (Art. 4 Abs. 1 lit. a MFG): Total 798 000 Franken an 17 Medien und Medienschaffende.
- Förderbereich «Aus- und Weiterbildung von Medienschaffenden» (Art. 4 Abs. 1 lit. b MFG): Total 140 000 Franken an 2 Medien.

Bei den Förderbereichen «Forschungsarbeiten und –projekte» und «weitere Veranstaltungen und Massnahmen» (Art. 4 Abs. 1 lit. c und d MFG) wurden keine Anträge eingereicht.

Behandlung einer Beschwerde gemäss Gesetz über den «Liechtensteinischen Rundfunk»

Die Medienkommission hat eine Beschwerde in Bezug auf die rechtliche Kontrolle des Rundfunks, eingegangen per 21. Dezember 2005, entgegengenommen. Die Beschwerde konnte im Berichtsjahr nicht mehr abschliessend behandelt werden.

Berichterstattung an die Regierung

Die Medienkommission hat bei folgenden Geschäften der Regierung Bericht erstattet:

- Stellungnahme betreffend Erfüllung der Leistungsvereinbarungen durch zwei Medien im Jahr 2004.
- Stellungnahmen zu den Entwürfen der Leistungsvereinbarungen mit zwei Medien für das Jahr 2005.
- Erstellung des Budgets für das Jahr 2006.

Durchführung einer Informationsveranstaltung für die Medien

Die Medienkommission hat am 3. Juni 2005 eine Informationsveranstaltung für die Medien durchgeführt. Rund 30 Medienleute folgten der Einladung. Als Referent konnte Peter Studer, Präsident des Schweizer Presserats, gewonnen werden. Er sprach zum Thema «Medienethik aus der Sicht des Presserats». An der nachfolgenden Podiumsdiskussion zum Thema «Journalistische Ausbildung zur Umsetzung der Ethik im Spannungsfeld der liechtensteinischen Erwartungen» nahmen Karin Jenny, FLinfo Harald Reiterer, Radio Liechtenstein, Daniel Sigel, Liechtensteiner Volksblatt, und Reinhard Walser, Liechtensteiner Vaterland, teil.

aktuellen Kampagnen wie «Handy am Steuer – Fahrlässig» und «Alkohol am Steuer»

- Unterstützung der Verkehrskadetten Liechtenstein (Zubehör Funkgeräte, Ausrüstung)
- Subvention von Fahrsicherheitskursen in Veltheim, Regensdorf und Heinzenberg

Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr

Vorsitzender: Mario Büchel

Im Berichtsjahr 2005 wurden von der Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr zwei Sitzungen abgehalten. Die Schwerpunkte der Arbeit betrafen die Überprüfung der Unterstützungsanträge an Institutionen und Organisationen, die sich für die Unfallverhütung im Strassenverkehr einsetzen.

Folgende Aktionen, wurden im Berichtsjahr von der Kommission für Unfallverhütung im Strassenverkehr unterstützt:

- Schulung der 4. Primarschulklassen auf der Verkehrsschulungsanlage beim Rheinpark-Stadion in Vaduz
- Weiterführen der laufenden Aktionen:
 - «Velo-Helm» für alle Radfahrer
 - «Autofahren 60 plus» vom AMTC
 - «Sicher im Sattel» vom VCL in Ruggell und Balzers (Diese Aktion wird jährlich, jeweils in anderen Gemeinden in Zusammenarbeit mit den Verkehrsinstruktoren der Landespolizei durchgeführt.)
- Radiokampagnen «Schulanfang», «Alkohol am Steuer» und «Handy am Steuer – Fahrlässig»
- Verkehrsinstruktionsmaterial (diverses Unterrichtsmaterial, Werbe- und Abgabematerial für Schüler und Kindergärtner etc.)
- Anschaffung von Leuchtgürtel für die Kindergärten und 1./2. Primarschulklassen
- Geschicklichkeitsfahren des Verbandes für Landtechnik
- «Original Liechtensteiner Puppenbühne» für sämtliche Kindergärten des Landes als spielerische Repetition zur Verkehrsinstruktion
- Diavorführungen während dem ganzen Jahr im Schlosskino Balzers, im Kino Vaduz und im Takino Schaan sowie die Anpassung der Diavorführungen an die jeweils

RESSORTBERICHT

Ressortinhaberin bzw. Ressortinhaber:
Regierungschef-Stv. Rita Kieber-Beck bis 21. April 2005
Regierungschef-Stellvertreter Dr. Klaus Tschüscher
ab 21. April 2005

Das Schwergewicht der Tätigkeiten des Ressorts Justiz liegt bei der Bearbeitung von Gesetzesvorlagen. Dies umfasst je nach Gesetzesprojekt vor allem die Mitarbeit in Arbeitsgruppen und Kommissionen, die Ausarbeitung von Gesetztexten und die Erstellung des erläuternden Berichtes, die Begleitung von Experten und das Zeitmanagement der Projekte. Gesetzgebungsbedarf ergibt sich aus der Umsetzung von EWR-Richtlinien und internationalen Übereinkommen, parlamentarischen Eingängen, praktischer Notwendigkeit, finanzpolitischen Gründen usw. Eine moderne Justizpolitik erfordert eine rechtzeitige Fortentwicklung des nationalen und internationalen Rechts. Von den Gesetzesprojekten sind folgende zu erwähnen: Die Diversionsvorlage, mit welcher verschiedene Formen staatlicher Reaktion auf strafbares Verhalten eingeführt werden, welche – im Gegensatz zum klassischen Strafprozess – keine Durchführung eines formellen Strafverfahrens mit sich bringen. Diese wurde im Dezember-Landtag in erster Lesung beraten. Weiters zu erwähnen sind die Einführung der Europäischen Aktiengesellschaft und die Revision des Personen- und Gesellschaftsrechts zu den Liquidationsbestimmungen, welche im Berichtsjahr im Landtag behandelt und verabschiedet werden konnten.

Der Ressortinhaber traf sich im Berichtsjahr mit den Justizministern der Schweiz, Österreichs und Luxemburgs zu Arbeitsgesprächen.

Die angeführten Tätigkeiten folgen keiner zeitlichen Chronologie, sondern sind nach Themenbereichen geordnet:

Internationale Beziehungen

Arbeitsbesuch bei Bundesrat Christoph Blocher

Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher besuchte am 4. November 2005 seinen Amtskollegen. Die beiden Justizminister besprachen verschiedene Themen im Justizbereich, die sowohl für die Schweiz als auch für Liechtenstein von Interesse sind. Zu nennen sind hier die Verhandlungen über Schengen/Dublin und das 2. Zusatzprotokoll zum Europäischen Rechtshilfeübereinkommen. Weiters erfolgte ein Gedankenaustausch über das Stiftungs- und Trustrecht und dessen Entwicklung in der Schweiz und in Liechtenstein. Für Liechtenstein interessant war auch das Thema der Anwendung von E-Government im Justizbereich.

Arbeitsbesuch bei Justizminister Luc Frieden

Am 16. November 2005 traf sich Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher mit Justizminister Luc Frieden zu einem Arbeitsgespräch in Luxemburg. Das Treffen diente dem Gedankenaustausch von verschiedenen

aktuellen Themen im Justizbereich. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen zum Finanzplatz wie z.B. die Umsetzung der Publizitätsrichtlinie und der Geldwäschereichtlinien. Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher informierte seinen Amtskollegen über die anstehenden Verhandlungen Liechtensteins mit der Europäischen Union zum Schengen-Abkommen. Dabei wurde auch die Frage der Amts- und Rechtshilfe thematisiert.

Arbeitsbesuch der Bundesministerin für Justiz, Karin Gastinger

Am 12. Dezember 2005 besuchte die österreichische Bundesministerin für Justiz, Karin Gastinger, Liechtenstein. Das Arbeitsgespräch diente der Erläuterung folgender Themen: Reform des strafprozessualen Vorverfahrens, 2. Zusatzprotokoll zum Europäischen Rechtshilfeübereinkommen, Umsetzung der EU-Publizitätsrichtlinie. Weiters erfolgte ein Gedankenaustausch über E-Government im Justizbereich. Bundesministerin Gastinger und Regierungschef-Stellvertreter Klaus Tschüscher einigten sich anlässlich dieses Gespräches darauf, im Februar 2006 ein Memorandum of Understanding zu unterzeichnen, welches Juristinnen und Juristen des Bundesministeriums für Justiz bzw. des Ressorts Justiz ermöglicht, ein Praktikum beim Ressort Justiz bzw. beim Bundesministerium für Justiz zu absolvieren. Am Schluss des Besuchs hielt Bundesministerin Gastinger einen öffentlichen Vortrag am Liechtenstein-Institut in Bendern zum Thema: «Zusammenarbeit zwischen den österreichischen und liechtensteinischen Justizbehörden».

Internationale Rechtshilfe in Strafsachen

Im Jahr 2005 ist die Anzahl der eingegangenen ausländischen Rechtshilfeersuchen nur wenig gesunken, während die liechtensteinischen Rechtshilfeersuchen an das Ausland im Vergleich zum Vorjahr wieder stark abgenommen haben. Ein Vergleich der letzten Jahre zeigt, dass Liechtenstein mehr Rechtshilfeersuchen an das Ausland stellt, als es selbst Rechtshilfeersuchen aus dem Ausland erhält.

Liechtensteinische Rechtshilfeersuchen an ausländische Justizbehörden:

458

Jahr 2004: 576

Jahr 2003: 314

Jahr 2002: 472

Ausländische Rechtshilfeersuchen an liechtensteinische Justizbehörden:

267

Jahr 2004: 282

Jahr 2003: 270

Jahr 2002: 304

Aus der nachfolgenden Aufstellung ist ersichtlich, welche Staaten häufig Rechtshilfeersuchen an die liechtensteinischen Behörden gerichtet haben. Wie auch in den Vorjahren stammen mehr als 95 % aller in Liechtenstein einlangenden Rechtshilfeersuchen aus denjenigen Staaten, welche das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen von 1959 (ERHÜ), LGBl. 1970 Nr. 30,

ratifiziert haben. Die Schweiz, Deutschland und Österreich stellen schon seit vielen Jahren – und mit grossem Abstand – die meisten Rechtshilfeersuchen an Liechtenstein. Zudem zeigt sich, dass – wie auch in den vergangenen Jahren – dieselben Staaten Liechtenstein um Rechtshilfe ersuchen.

Ersuchende Staaten:

Schweiz	111
Deutschland	57
Österreich	35
Niederlande	12
Polen	10
Frankreich	8
Tschechien	6
USA	6
Belgien	5
Ungarn	5

Was die Delikte betrifft, deretwegen von ausländischen Behörden um Rechtshilfe ersucht wurde, so ergibt sich – zusammengefasst dargestellt – folgendes Bild:

Betrug	116
Geldwäscherei	67
Veruntreuung	35
Urkundendelikt	35
Untreue	31
Diverse Konkursdelikte	21
Verstoss gegen das Strassenverkehrsgesetz	21
Verstoss gegen das Betäubungsmittelgesetz	17
Bestechung	15
Diebstahl	10

Die obige Darstellung der zehn häufigsten Delikte zeigt wiederum, dass die ausländischen Justizbehörden Liechtensteins auch weiterhin vorwiegend wegen vermögensrechtlicher Delikte um Rechtshilfe ersucht haben. Angemerkt wird, dass sich bei der obigen Aufstellung kaum Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr ergeben haben. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass in einem einzigen Ersuchen Rechtshilfe auch wegen mehrerer Delikte begehrt werden kann, was sich auch in den absoluten Zahlen der obigen Statistik niederschlägt.

Reform des Haftrechts (StPO-Revision)

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte erkannte mit Urteil vom 24. Juni 2004 seitens Liechtensteins eine Verletzung von Art. 5 Abs. 4 der Menschenrechtskonvention aufgrund einer fehlenden Anhörung des Untersuchungsgefangenen in einer Verhandlung zur Überprüfung der Untersuchungshaft. Die Regierung hat infolgedessen im Jahr 2005 eine Arbeitsgruppe zur Reform des Haftrechts eingesetzt mit dem Ziel, einen Vernehmlassungsbericht zur Revision der geltenden Bestimmungen über die Untersuchungshaft (§ 125 – 144 StPO)

zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppe begann im Berichtsjahr mit der Ausarbeitung ihres Auftrages.

Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung, des Betäubungsmittelgesetzes und des Rechtshilfegesetzes

Für Liechtenstein bestehen aufgrund von verschiedenen internationalen Instrumenten Umsetzungsnotwendigkeiten im Bereich des materiellen Strafrechtes. Zum einen ist dies die Richtlinie 2001/97/EG des Europäischen Parlaments (II. Geldwäscherei-Richtlinie), zum anderen das von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 15. November 2000 mit Resolution 55/25 verabschiedete Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität («Palermo-Übereinkommen»). Darüber hinaus hat die Financial Action Task Force ihre «40 Empfehlungen» aus 1996 revidiert und am 20. Juni 2003 als die «Revidierten 40 Empfehlungen (2003)» veröffentlicht. Mit der Ausarbeitung eines diese Umsetzungserfordernisse berücksichtigenden Vernehmlassungsberichtes wurde eine Arbeitsgruppe beauftragt. Die Arbeitsgruppe konnte die Vernehmlassungsvorlage kurz vor Jahreswechsel finalisieren. Die Regierung hat den Vernehmlassungsbericht anfangs 2006 genehmigt. Die Vernehmlassungsfrist endet am 27. März 2006.

Diversion im Strafverfahren

Die seit dem Jahre 2000 in Österreich in Kraft befindliche Diversion bezeichnet eine Reihe von Massnahmen für den unteren und teils mittleren Kriminalitätsbereich, welche den Verzicht auf die Durchführung eines formellen Strafverfahrens oder die Beendigung eines solchen ohne Schuldspruch ermöglichen, wenn der Verdächtige zustimmt und sich zur Erbringung bestimmter Leistungen wie beispielsweise Schadensgutmachung, gemeinnützige Arbeiten, Zahlung einer Geldbusse, Absolvieren einer Therapie etc. bereit erklärt. Es kann dadurch die stigmatisierende Wirkung eines Strafurteils vermieden und den Interessen des Tatopfers effizienter entsprochen werden. Um das in Österreich ausgesprochen erfolgreich angelaufene Diversionskonzept umsetzen zu können, musste dieses an die rechtlichen Rahmenbedingungen in Liechtenstein angepasst werden. Es waren hierzu eine Reihe von Vorarbeiten zu leisten und offene Fragen zu beantworten. Das Projekt «Diversion» wurde darüber hinaus um wichtige Themen erweitert mit dem Ziel, die in Österreich in den letzten zehn Jahren stattgefundene strafrechtliche Entwicklung in Liechtenstein nachzuvollziehen. Diese Erweiterung beinhaltet eine Revision des Jugendgerichtsgesetzes (JGG), die Einführung der teilbedingten Strafe, die Einführung des Heranwachsenden-Strafrechts (teilweise Erweiterung der verfahrensrechtlichen Sonderbestimmungen des JGG auf junge Erwachsene bis zum 21. Lebensjahr) und weitere Änderungen, die insbesondere den allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches, aber auch das Bewährungshilfegesetz und andere Gesetze betreffen. Im Jahre 2004 wurde ein Ver-

nehmlassungsverfahren durchgeführt. Der Bericht und Antrag der Regierung zur Einführung der Diversion in Liechtenstein wurde in der Landtagssitzung vom 15. und 16. Dezember 2005 einer ersten Lesung unterzogen und dabei vom Landtag in hohem Masse begrüsst.

Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechts

Im Berichtsjahr wurde das Personen- und Gesellschaftsrecht einer Revision unterzogen, in deren Rahmen verschiedene notwendige und nützliche Anpassungen erfolgt sind. So wurde beispielsweise das Liquidationsverfahren dergestalt reformiert, dass hinkünftig gewährleistet ist, dass die Liquidatoren über die notwendigen fachlichen Voraussetzungen verfügen, für die inländischen Behörden erreichbar sind und Liquidationsverfahren in angemessener Zeit durchgeführt werden können. Darüber hinaus wurden weitere notwendige Änderungen im Zusammenhang mit der bereits im Jahre 2000 erfolgten Umsetzung der 2. und 3. EU-Gesellschaftsrechtsrichtlinie vorgenommen. Es wurde mit dieser Vorlage einer entsprechenden Anregung der EFTA-Überwachungsbehörde ebenso Rechnung getragen wie dem Gutachten des EFTA-Gerichtshofs vom 22. Februar 2002, dessen bereits erfolgte Umsetzung durch die Streichung eines in Art. 236 PGR versehentlich bestehen gebliebenen Wohnsitzerfordernisses nunmehr ergänzt wurde.

Einführung der Europäischen Gesellschaft (SE)

Die Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft hat bereits mit 8. Oktober 2004 die «Societas Europaea (SE)» als neue Gesellschaftsform im Europäischen Wirtschaftsraum eingeführt. Um die Möglichkeit zu nutzen, diese Verordnung im inländischen Recht näher auszuführen bzw. der Verpflichtung zur Umsetzung der Richtlinie 2001/86/EG hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gesellschaft Rechnung zu tragen, wurden in Form des Gesetzes über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE-Gesetz, SEG) sowie des Gesetzes über die Beteiligung der Arbeitnehmer in einer Europäischen Gesellschaft (SE-Beteiligungsgesetz) entsprechende inländische Rechtsgrundlagen geschaffen. Die auf Gemeinschaftsrecht basierende Europäische Gesellschaft entspricht in ihrer Grundkonzeption dem Modell der Aktiengesellschaft, sodass auch von der Europäischen Aktiengesellschaft gesprochen wird. Die Richtlinie 2001/86/EG bzw. das zu ihrer Umsetzung dienende SE-Beteiligungsgesetz regeln die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmervertreter über Angelegenheiten der SE sowie die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichts- oder Verwaltungsorgan der SE. Weiters wurde die Einführung der SE zum Anlass genommen, die Bestimmungen des Personen- und Gesellschaftsrechts abzuändern, welche die Sitzverlegung von Verbandspersonen vom Inland ins Ausland regeln, um diese an den durch die SE-Verordnung vorgegebenen und im SE-Gesetz konkretisierten Standard anzupassen. Hierdurch wurde

einer diesbezüglichen möglichen Schlechterstellung bestehender Verbandspersonen inländischen Rechts entgegengewirkt.

Mediation in Zivilrechtssachen

Im Berichtsjahr konnte im Ressort Justiz die Verordnung zum Gesetz über die Mediation in Zivilrechtssachen (Zivilrechts-Mediations-Verordnung; ZMV) ausgearbeitet und der Regierung zur Verabschiedung vorgelegt werden. Gemeinsam mit dem Zivilrechts-Mediations-Gesetz (ZMG) trat die Zivilrechts-Mediations-Verordnung sodann am 15. April 2005 in Kraft. Um eine praxisnahe und auf liechtensteinische Bedürfnisse zugeschnittene Gesetzgebung gewährleisten zu können, wurde insbesondere bei der Ausarbeitung der Verordnung der liechtensteinische Verein für Mediation in die Vorarbeiten eingebunden.

Im Berichtsjahr wurde zudem ein Internetauftritt im Rahmen der Homepage der Regierungskanzlei erarbeitet, welcher allen interessierten Personen einen umfassenden Überblick über die Gesetze rund um die Mediation in Zivilrechtssachen sowie über die Listen der eingetragenen und grenzüberschreitend tätigen Mediatoren ermöglicht. Elektronische Vorlagen für Anträge verbunden mit detaillierten Erläuterungen zu den rechtlichen Grundlagen runden die Internetinformationen ab. Erste Anträge auf Eintragung in die Liste der Mediatoren sind im Berichtsjahr bereits eingelangt und konnten abschliessend bearbeitet werden.

Revision des Stiftungsrechts

Nach Abschluss der ersten Vernehmlassung zur Revision des Stiftungsrechts im Jahre 2004 stand das Berichtsjahr im Wesentlichen im Zeichen der internen Evaluation der Vernehmlassungsergebnisse. Um der Regierung eine Beurteilung der Vernehmlassungsergebnisse zu ermöglichen, wurde dieser seitens des Ressorts Justiz ein umfassender Bericht vorgelegt, der nicht nur die äusserst umfangreichen, sondern auch die sehr kontrovers ausgefallenen Vernehmlassungsergebnisse in strukturierter und übersichtlicher Weise aufbereitete. Auf Basis dieses Berichtes sollte die notwendige Weichenstellung durch die Regierung hinsichtlich der künftigen Vorgehensweise erfolgen. Die Festlegung der weiteren Marschrichtung konnte sodann nach den Neuwahlen und der Neubesetzung der Regierung stattfinden. Ein Einbezug der betroffenen Berufsgruppen und Verbände war zu jeder Zeit gewährleistet, sodass auch bei der Fortführung der Revisionsarbeiten mit einem guten und konstruktiven Miteinander aller Beteiligten gerechnet werden kann.

E-Government

Mit der zunehmenden Verbreitung von Computern nimmt auch der Grad der elektronischen Kommunikation und des elektronischen Geschäftsverkehrs zu. Auch die Behörden können sich einerseits diesem Trend nicht verschliessen, andererseits ist E-Government als Chance zu

sehen. Während die Privatwirtschaft in der Handhabung elektronischer Mittel grosse Freiheit geniesst, ist das behördliche Handeln stark durch gesetzliche Normen, wie zum Beispiel im Verwaltungsverfahren, reguliert. Diesen Normen sind elektronische Formen der Kommunikation oder des Geschäftsverkehrs bislang noch weitgehend unbekannt.

Das Ressort Justiz hat sich im Berichtsjahr verstärkt mit Fragen rund um die notwendigen gesetzlichen Grundlagen im Zusammenhang mit E-Government befasst.

EMRK-Beschwerdefall (Nr. 63151/00)

Das Ressort Justiz war im Zeitraum Oktober 2000 bis ins Berichtsjahr mit der Behandlung dieser Beschwerde befasst.

Im Oktober 2000 reichten die Beschwerdeführer Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Dies, nachdem ihr Begehren auf Zonierung zweier Grundstücke in die Bauzone im inländischen Verfahren in allen Instanzen abschlägig behandelt worden war und auch der Staatsgerichtshof darin keine Verletzung ihrer Grundrechte zu erkennen vermochte. Gerügt wurde eine Verletzung von Art. 6 der Menschenrechtskonvention (Verletzung der Waffengleichheit; Recht auf ein faires Verfahren) und Art. 1 des ersten Zusatzprotokolls zur Konvention (Schutz des Eigentums). Begehrt wurde, der Gerichtshof möge aussprechen, dass das fehlerhafte inländische Verfahren wieder aufzunehmen sei und das Land Liechtenstein zu Schadenersatz für den entstandenen Mehraufwand zu verpflichten sei. In eventu sei das Land Liechtenstein zu Schadenersatz für den entstandenen Wertverlust der Grundstücke zu verpflichten. Der ursprüngliche Beschwerdeumfang wurde vom Gerichtshof im März 2002 nur in zwei Punkten zugelassen: a) bezüglich der gerügten Verletzung des fairen Verfahrens (Befangenheit eines Richters) und b) bezüglich der gerügten Verletzung der Waffengleichheit (fehlende Zustellung einer Gegenäusserung der Gemeinde an die Beschwerdeführer zur Stellungnahme).

Nachdem die Beschwerde im genannten Umfang zugelassen worden war, wurde mit Unterstützung des Gerichtshofs versucht, die Sache einer gütlichen Einigung zuzuführen. Nachdem dies nicht gelang, wurde das Verfahren fortgesetzt, wobei der Gerichtshof zum Urteil kam, dass keine Befangenheit des Richters vorlag, jedoch die Waffengleichheit wegen unterlassener Zustellung verletzt sei. Als Folge dieser Verletzung der Konvention sprach der Gerichtshof den Beschwerdeführern einen Entschädigungsanspruch von EURO 10 000 als Verfahrenskostenersatz zu, wies aber die weiteren Ansprüche der Beschwerdeführer ab.

Das Urteil des Gerichtshofs ist am 19. August 2005 in Rechtskraft erwachsen.

AMTSSTELLEN

Landespolizei (Landesgefängnis)

Amtsleiter: Polizeichef Adrian Hasler, lic. oec. HSG

Im Landesgefängnis werden sämtliche Haftarten, welche die liechtensteinischen Gesetze betreffen, vollzogen. Die Aufsicht und Betreuung wird ganzjährig im Schichtdienst rund um die Uhr geführt. Der Personalbestand beträgt zurzeit 5 Vollzeitstellen. Zudem werden Bereitschaftspolizisten als Teilzeitbeamte eingesetzt. Diese haben im Berichtsjahr ca. 5 600 Stunden Dienst geleistet. Die Häftlingszahlen gingen 2005 um ca. 20 % zurück.

Belegung

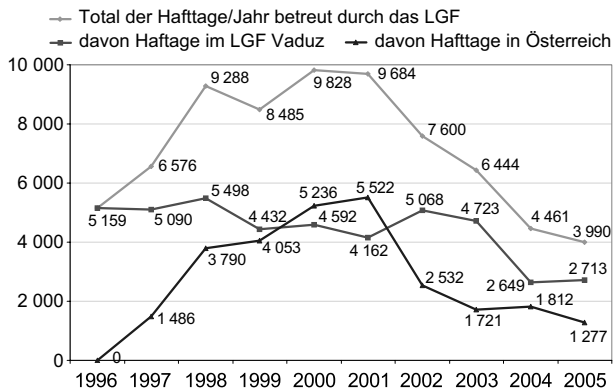
Im Landesgefängnis befinden sich 19 Hafträume mit insgesamt 22 Betten. Im Männerbereich sind 16 Hafträume mit 18 Betten. Im Landesgefängnis waren 2005 130 Personen untergebracht. Diese verbüsstes insgesamt 2 713 Hafttage. Die Steigerung der Hafttage gegenüber 2004 kann als im statistischen Schwankungsbereich interpretiert werden.

	2005	2004
Inhaftierungen total	130	160
davon Männer	125	150
davon Frauen	5	10
Hafttage total	2 713	2 649
davon Frauen	10	146
davon Männer	2 703	2 503
davon im Polizeibereich (ANAG)	231	335
Inhaftierungen nach Delikten / Gründen		
davon ANAG	68	101
davon BMG	11	3
davon StGB (total)	31	41
davon Ausnüchterung (Sicherheitszelle)	7	8
davon Auslieferung	3	2
davon Ersatzfreiheitsstrafe	7	4
davon Beugehaft	0	1
davon sonstige	3	0

Das Landesgefängnis ist einerseits starken Fluktuationen ausgesetzt, andererseits ist es das einzige Gefängnis des Landes. Deshalb ist eine Vollauslastung nicht möglich, denn es müssen stets Reserven von 20 bis 40 % für plötzliche Neuzugänge freigehalten werden. Neuzugänge sind in der Regel nicht planbar und können eine grössere Zahl von Personen umfassen (z.B. illegale Grenzübertritte), welche getrennt voneinander unterzubringen sind (z.B. Banden). Überschreitet die Auslastung zu bestimmten Zeiten die Reserveschwelle, müssen Häftlinge nach Österreich verlegt werden, um diese Notreserve freizuhalten.

Hafttage pro Jahr

Überblick über die letzten 10 Jahre



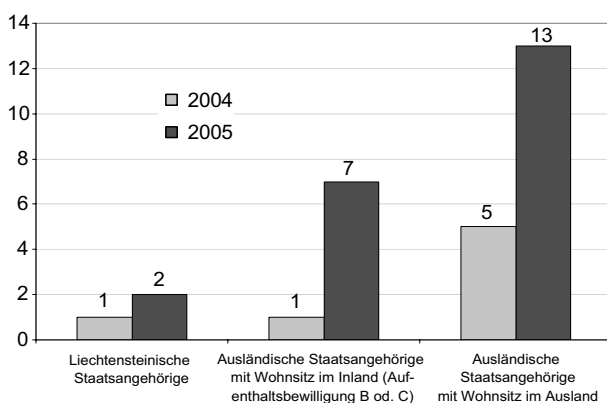
Besuche/Betreuung

Im Berichtsjahr erfolgten 506 reguläre Besuche. Hiervon waren 126 Anwaltsbesuche, 51 Besuche des Amtes für Soziale Dienste (ASD) und der Bewährungshilfe sowie 67 Arztbesuche.

Aufgrund der baulichen Situation im Landesgefängnis wird es immer schwieriger, geeignete Arbeit für die Insassen zur Verfügung zu stellen. Derzeit gibt es weder Lagerräume noch Arbeitsräume, in welchen die von der heimischen Industrie angebotene Arbeit verrichtet werden könnte.

Untersuchungshaft

Die Anzahl der Untersuchungshaft hat im Vergleich zum Vorjahr nominal deutlich zugenommen. Diese Schwankungen von einem Jahr zum anderen lassen als solche bei den relativ kleinen Zahlen jedoch keine Rückschlüsse auf besondere Kriminalitätsentwicklungen oder strategische Schwerpunkte der polizeilichen Tätigkeit zu. Solche Schwankungen hängen von individuellen Besonderheiten der im jeweiligen Jahr aufgeklärten Fälle oder auch von der Anzahl der in einzelne Fälle involvierten Tatverdächtigen ab. Aus der konkreten Zunahme lässt sich somit keine allgemeine Tendenz aussagen ableiten.



Häftlingszahlen Ausland

Im Berichtsjahr waren 5 Häftlinge mit insgesamt 1 277 Hafttagen in österreichischen Strafanstalten zum Vollzug ihrer Haftstrafen von mehr als 2 Jahren untergebracht. Grundsätzlich werden Insassen, welche zu einer Freiheitsstrafe von über zwei Jahren verurteilt werden, in österreichische Strafvollzugsanstalten verlegt. Das Landesgefängnis verfügt nicht über die nötige personelle und materielle Infrastruktur, welche für den Vollzug längerer Freiheitsstrafen erforderlich ist.

Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt

Amtsleiter: Mag.iur. Edmund Freischer

Auch das Jahr 2005 stand ganz im Zeichen der Bereinigung und der elektronischen Erfassung der beiden Register sowie der Modernisierung des Amtes. So wurden insbesondere in beiden Registern Scan-Lösungen eingeführt, welche der Realisierung elektronischer Akten und damit künftig elektronischer Geschäftsprozesse dienen. Ausserdem wurden in beiden Bereichen die Grundlagen dafür geschaffen, um Dienstleistungen des Amtes demnächst auch über das Internet bereitstellen zu können.

Grundbuch

Personelles

Der Personalstand blieb gegenüber dem Vorjahr mit 11.7 Stellen (Vorjahr 11.4) bzw. 12 Personen (ohne Amtsleiter und Sekretärin) im Wesentlichen unverändert.

Projekte

Nach erfolgter Bearbeitung des Neuvermessungsoperates Balzers Los 2 wurden noch zwei weitere Neuvermessungsoperete, Balzers Los 4 und Schaan Los 6 zur grundbücherlichen Durchführung übernommen. Ausserdem wurden drei Baulandumlegungen grundbücherlich durchgeführt und mit den notwendigen Vorarbeiten zur Einführung des Grundbuches gemäss Sachenrecht in der Gemeinde Triesenberg begonnen.

Da auch im Jahr 2005 sämtliche Arbeiten hinsichtlich Neuvermessungsoperaten, Baulandumlegungen und Mutationen neu vermessener Grundstücke rein elektronisch durchgeführt («EDV-Grundbuch») worden sind und darüber hinaus intensiv an der elektronischen Erfassung der Registerkarten gearbeitet wurde, sind bereits rund 60% der neu vermessenen Grundstücke des Landes elektronisch erfasst.

Statistik	Jahr 2005	Jahr 2004
Handänderungen	1261	980
Schuldbriefe	108	134
Grundpfandverschreibungen	1570	1603
Zwangsweise Pfandrechtsbegründungen	25	17
Löschungen	1025	1045
Begründung von Stockwerkeigentum	73	63
Baulandumlegungen	3	3
Baurechte	21	18
Eigenheim-Darlehen	124	141
Einantwortungsurkunden	127	142
Dienstbarkeiten	692	684
Anmerkungen	355	364
Vormerkungen	395	360
Eintragung von Eigentumsvorbehalten	42	35
Löschung von Eigentumsvorbehalten	2	3
Tagebuchrelevante Belege	4906	4898
Anzahl sämtlicher abgeschlossener Geschäfte	5659	5551
Summe der im Jahr 2005 eingetragenen Hypotheken	CHF 663 372 223.10	
Summe der im Jahr 2005 gelöschten Hypotheken	CHF 370 764 004.10	
Hypothekenstand Ende 2005	CHF 6 956 319 197.25	
Hypothekenstand Ende 2004	CHF 6 663 710 978.25	

Grundbuchgebühren-Vorschreibung 2005	CHF 3 161 819.00
Grundbuchgebühren-Vorschreibung 2004	CHF 2 665 973.00

Zusammensetzung der Gebühren

aus Handänderungen	CHF 1 990 473.15	63%
aus Hypotheken	CHF 765 360.65	(24.2%)
Diverses	CHF 405 985.2	(12.8%)
Total	CHF 3 161 819.00	(100%)

Die Gebühren entsprechen in etwa den Budgetvorgaben und bewegen sich nach einigen schlechteren Jahren erstmals wieder langjährigen Durchschnitt.

Öffentlichkeitsregister

Personelles

Der Personalstand blieb gegenüber dem Vorjahr mit 17 Personen (ohne Amtsleiter und Sekretärin) bzw. 15.9 Stellen unverändert, wobei es sich per 31.12.2005 bei 5 Stellen um befristete bzw. nicht ständige Stellen handelt.

Projekte

Seit März 2005 werden sämtliche im Tagesgeschäft neu anfallenden Registerbelege mittels der Scan-Lösung «ELAR» erfasst. Ausserdem werden die Registerakten, vorrangig sämtlicher Kapitalgesellschaften, systematisch nacherfasst und gescannt, um einer EU-Verpflichtung

(«EU-Publizitätsrichtlinie») bis 31.12.2006 nachkommen zu können.

Statistik	Jahr 2005	Jahr 2004
Erstellung öffentlicher Urkunden	1 062	1 077
Gesamtanzahl der tagebuchpflichtigen Geschäfte	26 442	14 230*
Gesamtanzahl der Geschäfte	27 504	15 307*

* Diese Zahlen betreffen den Zeitraum 26.06-31.12.2004

Die vorstehende Auflistung enthält im Vergleich zu den Vorjahren keine detaillierten Auswertungen hinsichtlich der einzelnen Rechtsformen mehr. Um einen Überblick über die Tätigkeit der Abteilung zu geben, ist die zahlenmässige Anführung der Haupttätigkeiten (Geschäfte, Tagebuch, öffentliche Urkunden) sinnvoller. Nicht enthalten sind in den angeführten Zahlen Angaben zum Umfang der erteilten Auskünfte, der ausgefertigten Registerauszüge sowie der Amtsbestätigungen. Es ist geplant, weitere Informationen, wie z.B. den Betrag des eingetragenen Aktien- oder GmbH-Stammkapitals ersichtlich zu machen.

Öffentlichkeitsregister-Gebührenvorschreibung 2005	CHF 8 962 321
Öffentlichkeitsregister-Gebührenvorschreibung 2004	CHF 6 594 219

Bei diesen Gebühreneinnahmen handelt es sich hauptsächlich Eintragungs-, Hinterlegungs- und Änderungsgebühren. Es sind aber auch Beglaubigungsgebühren und Gebühren für die Ausstellung von Registerauszügen und Amtsbestätigungen sowie für die Durchführung von öffentlichen Beurkundungen hierin enthalten. Zudem ist in dieser Summe ein Betrag von rund CHF 520 000.00 an Bekanntmachungskosten enthalten, welche vom Amt anlässlich der Durchführung von Eintragungen eingehoben und sodann nach Rechnungstellung an die als amtliche Publikationsorgane fungierenden Landeszeitungen bezahlt wurden.

Die Gebühren übersteigen den budgetierten Betrag um rund 50%. Der Grund liegt unter anderem darin, dass die Öffentlichkeitsregistergebühren zum ersten Mal zur Gänze von der Amtsstelle selbst fakturiert und einbringlich gemacht wurden und somit keine «Abrechnungsverluste» eingetreten sind. Ausserdem hat sich das Geschäftsaufkommen des Jahres 2005 im Vergleich zu den Vorjahren, insbesondere auch auf Grund weiterer Wechsel grösserer Mandatsträger, wieder etwas erhöht.

STABSSTELLEN

Stabsstelle für Datenschutz

Stabsstellenleiter: Dr. Philipp Mittelberger

Im Berichtsjahr stand im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben, die dem Datenschutzbeauftragten (DSB) zukommen, vor allem die Information von Betroffenen im Vordergrund. So wurden die Informationen auf der Internetseite konstant ausgebaut, Informationsveranstaltungen durchgeführt und Richtlinien erstellt. Beratende Tätigkeiten nahmen quantitativ zu, wobei ein steigender Grad komplexer Anfragen zu verzeichnen war. Auch zu gesetzgeberischen Vorhaben wurde im Vergleich zum Vorjahr vermehrt Stellung bezogen. Neben der Wahrnehmung verschiedener Aufsichtsfunktionen wurde im internationalen Bereich in verschiedenen Arbeitsgruppen mitgearbeitet, um rechtzeitig Entwicklungen für Liechtenstein erkennen und sie beeinflussen zu können.

Wahrnehmung der gesetzlichen Aufgaben

Berichterstattung und Information

Im Berichtsjahr wurden wiederum ein öffentlicher Tätigkeitsbericht, Richtlinien zum Thema «Internet- und Emailüberwachung des Arbeitnehmers am Arbeitsplatz» und «Rechte nach dem Datenschutzgesetz» sowie Musterschreiben für die Inanspruchnahme von gesetzlichen Rechten erstellt.

Daneben wurde auf der Internetseite der Stabsstelle für Datenschutz über aktuelle und/oder wichtige Themen

informiert. Davon sind vor allem die folgenden stichwortartig zu nennen: Datenschutzgerechter Umgang mit Personalakten; aktualisierte Liste der Drittländer mit gleichwertigem Datenschutz; Biometrische Daten; RFID-Funkchips; Surfen am Arbeitsplatz - Datenschutzwegweiser; Präsentation zum Thema «Datenschutz - wirklich was Neues in Liechtenstein?»; «Grundsätze und Anwendung bei Forschung, Medien und Internet» und Entscheidung zu Spam-Mails der Eidgenössischen Datenschutzkommission.

Die Internetseite wurde mit einer neuen Rubrik «Presseartikel und Interviews» erweitert. Die Anzahl von Zugriffen auf die Internetseite während des Berichtsjahres betrug 36 373 im Vergleich zu 16 320 Zugriffen im Vorjahr.

Die Medien stellten Anfragen zu folgenden Themen: Die ab Anfang 2006 neu einzuführende Krankenversicherungskarte, Schengen/Dublin, biometrische Pässe, Überwachung des Arbeitnehmers am Arbeitsplatz oder allgemein in Bezug auf die Tätigkeiten des Jahres 2005.

Schliesslich wurde eine landesverwaltungsinterne Schulung und eine Informationsveranstaltung bei der Erwachsenenbildung durchgeführt.

Beratungsfunktion

Dem DSB kommen verschiedene Beratungsfunktionen zu, die er in Ausübung seiner gesetzlichen Unabhängigkeit auszuführen hat.

Unterstützung privater Personen und von Behörden

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 416 registrierte Anfragen beantwortet. Die Anfragenstatistik sieht wie folgt aus:

Gesetzesthemen	Anwaltsbüros	Gemeinden	Industrie Gewerbe, Dienst- leistungen	Ausländische Datenschutz- behörden od. Institutionen	Landesverwaltung und Behörden	Medien	Privat- personen	Vereine/ Verbände
Anmeldungen von Datensammlungen	-	-	-	-	1	-	1	-
Auskunftsrecht	-	-	-	-	2	-	4	-
Datenbekanntgabe	5	13	4	-	65	1	26	2
Datenschutz allgemein	9	1	12	116	30	34	29	5
Gesetzesvorlagen	-	-	-	-	10	-	-	-
Information der Betroffenen	-	-	3	-	-	-	-	-
Internationales (ausser Übermittlungen ins Ausland)	-	-	-	-	1	-	-	-
Sicherheit	1	-	2	1	8	-	6	-
Übermittlungen ins Ausland	4	-	4	-	2	1	-	-
Überwachung am Arbeitsplatz	-	-	-	-	-	13	-	-
Total	19	14	25	117	119	49	66	7

Von den 416 registrierten Anfragen wurden 131 mündlich und 285 schriftlich eingereicht. Die schriftlichen Anfragen reichen von kurzen Anfragen per Email bis zu Anfragen der Regierung, z.B. im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren.

Im Informatikbereich war die SDS bei Arbeitsgruppen im Rahmen von eGN II (Ausbau der Krankenversicherungskarte auf Gesundheitsdaten), Enterprise Content Management (papierloses Büro) und Public Key Infrastructures vertreten.

Stellungnahme zu Vorlagen und Erlassen

Zu folgenden Gesetzesvorhaben wurde Stellung bezogen: Teilrevision der Datenschutzverordnung (DSV), Rechtsgrundlage zur Zentralen Personenverwaltung (ZPV) der Landesverwaltung, Gesetz über die Vermögensverwaltung, Versicherungsvermittlungsgesetz, Gesetz über Massnahmen im Wirtschaftsverkehr mit fremden Staaten, Kommunikationsgesetz, Gewerbegesetz, Strafvollzugsgesetz, Hundegesetz, Unfallversicherungsgesetz, Krankenversicherungsverordnung, Heimatschrittengesetz, Staatsschutzverordnung und Polizeigesetz.

Im internationalen Bereich wurde zur Schaffung eines Staatsvertrages zwischen Österreich, der Schweiz und Liechtenstein über den gegenseitigen Austausch in Asylangelegenheiten, zur Cyber-Crime Konvention des Europarates sowie zu einem Vorentwurf einer Vereinbarung zwischen Liechtenstein und der Schweiz über automatisierte Register im Strassenverkehrsbereich Stellung genommen.

Aufsichtsfunktion

Aufsicht über Behörden

Datenschutzkonformität der Zentralen Personenverwaltung (ZPV)

Die Prüfung der Anträge auf Zugriffsberechtigungen von Feldern der ZPV konnte Mitte 2005 abgeschlossen werden. Die Umsetzung der Bewilligungen musste danach überprüft werden. Diese aufwändige Arbeit konnte bis Jahresende noch nicht abgeschlossen werden.

Die ZPV wurde vor Inkrafttreten des DSG aufgebaut und enthält insbesondere Daten der gesamten ständigen Wohnbevölkerung. Wohl konnten die Zugriffsberechtigungen auf gewisse Felder beschränkt werden, nicht jedoch auf bestimmte Personengruppen. Arbeitsstellen, welche mit der ZPV arbeiten, benötigen Daten derjenigen Personen, mit denen ein amtlicher Kontakt besteht. Die Daten aller anderen Personen sind für die jeweilige Arbeitsstelle irrelevant. Eine derartige Einschränkung ist bei der gegebenen Struktur der ZPV kaum möglich. So lange dies aber der Fall ist, kann nur schwer von einer verhältnismässigen Datenbearbeitung gesprochen werden. Überlegungen, wie dies dennoch erreicht werden kann, waren am Ende des Berichtsjahres noch im Gange.

Andere Aufsichtsfunktionen über Behörden

In Bezug auf die Landesverwaltung wurden zwei Beschwerden behandelt und in Bezug auf die Gemeinden wurden vier Themenbereiche beaufsichtigt.

Die DSV sieht vor, dass für bestimmte automatisierte Datensammlungen Bearbeitungsreglemente zu erstellen sind. Dies ist insbesondere der Fall, wenn Gesundheitsdaten bearbeitet werden. Deshalb wurde ein solches Reglement von jeder Krankenkasse angefordert.

Abklärungen und Empfehlungen im Privatrechtsbereich

Im Privatrechtsbereich ging im Herbst eine Beschwerde über die Versendung unerwünschter Werbesendungen (Spam-Mails) ein, die nicht bis Ende des Jahres abgeschlossen werden konnte.

Führung des Registers der Datensammlungen

Das Register wurde Ende des Berichtsjahres auf der Internetseite aufgeschaltet. Es umfasst 490 Datensammlungen.

Anderes

Personelles und Organisatorisches

Seit Mitte des Berichtsjahres stehen der Stabsstelle 50 Stellenprozent für ein unbefristetes Sekretariat zur Verfügung. Dies ist ein wichtiger Schritt.

Die DSV sieht vor, dass die Regierung mindestens einen Datenschutzberater bezeichnet. Sondierungen zu diesem Thema in der Landesverwaltung konnten bis Jahresende abgeschlossen werden.

Zusammenarbeit mit ausländischen Datenschutzbehörden

Es wurde an Sitzungen der Arbeitsgruppe betreffend Richtlinie 95/46/EG teilgenommen. Folgende auch für Liechtenstein wichtige Themen wurden diskutiert: Schengen Informationssystem II, biometrische Daten in Ausweispapieren, eGovernment, Nationale Kennziffern (entspricht der PEID in Liechtenstein), Vorratsdatenspeicherung im Telekommunikationsbereich, Visa-Informationssystem oder Geolokalisierung.

Im Rahmen des Schweizerischen Datenschutzvereins (Bund und Kantone) konnte an der Frühjahrs- und Herbstsession teilgenommen werden. Dabei wurden insbesondere Tarmed sowie datenschutzrechtliche Auswirkungen von Schengen/Dublin besprochen.

An der Sitzung des Datenschutzausschusses des Europarates waren unter anderem Biometrie und die Anwendung von Grundsätzen des Datenschutzes auf das Internet ein Thema.

Bei der Europäischen Datenschutzkonferenz wurden Traktanden wie eine bessere Bewusstseinsbildung in Bezug auf den Datenschutz oder die Möglichkeit der Einsetzung betrieblicher Datenschutzbeauftragter diskutiert.

Themen der jährlich stattfindenden Internationalen Datenschutzkonferenz, an der auch Vertreter der Privat-

wirtschaft teilnehmen, waren unter anderem: «Die Herausforderung Internet: Reichen die bestehenden Grundsätze für einen effizienten Datenschutz?», «Lassen sich Datenschutz und der Kampf gegen Terrorismus vereinbaren?» oder «Die Privatwirtschaft bei der Erfüllung öffentlicher Aufgaben: Wenn ein Privatunternehmen zum «Big Brother» wird».

KOMMISSIONEN

Datenschutzkommission

Vorsitzende: Dr. Marie-Theres Frick

Im Jahr 2005 wurden bei der Datenschutzkommission weder Beschwerden gegen Verfügungen von Behörden in Datenschutzfragen eingereicht, noch wurden ihr Empfehlungen des Datenschutzbeauftragten zur Entscheidung vorgelegt. Aus diesem Grund fanden keine Sitzungen der Kommission statt.

RESSORTBERICHT

Ressortinhaber: Regierungschef Otmar Hasler

Im Berichtsjahr wurde das erweiterte Strassenbauprogramm (Strassenbaubericht) für 2006 und die nachgeführte Fassung des Hochbautenberichtes zuhanden des Landtags erstellt und verabschiedet. Des Weiteren wurde beim Landtag ein Kredit für Sofortmassnahmen beim Polizeigebäude eingeholt, die Liegenschaft Rietacker in Schaan an die Liechtensteinische Gasversorgung sowie der Landeswerkhof in Vaduz an die Gemeinde Vaduz verkauft. Ferner konnten einige Tiefbauten fertig gestellt werden. Im Rahmen der Zentrumsplanung in Schaan gelang es im Berichtsjahr, einen weiteren Bodenerwerb erfolgreich abzuschliessen.

Berichte

Die Regierung legte dem Landtag im Berichtsjahr das erweiterte Strassenbauprogramm im Sinne eines Strassenbauberichtes vor, welches neuerdings auch die Bauvorhaben der Abteilung Strassenunterhalt des Tiefbauamtes beinhaltet. Die Ausgaben belaufen sich auf insgesamt 8 Mio. CHF. Das erweiterte Strassenbauprogramm enthält neben verschiedenen Rest- und Fertigstellungsarbeiten an laufenden Projekten aus dem letzten Berichtsjahr auch drei neue Projekte: Landstrasse Vaduz-Schaan, Kreuzung Mühleholz; Städtlestrasse Vaduz und Landstrasse Schellenberg innerorts, Dorfplatz. Hinsichtlich der Lichtsignalanlagen soll bei der Kreuzung Mühleholz die bestehende Lichtsignalanlage umgebaut werden. Schliesslich soll der fortlaufende Ersatz der Verkehrszähler, wie im Vorjahr, entsprechend weitergeführt werden.

Im Berichtsjahr übermittelte die Regierung dem Landtag die aktualisierte Fassung des Hochbautenberichtes (Fassung 2005). Neben dem aktuellen Stand der Neubauprojekte beinhaltet er auch eine Übersicht über die einzelnen Instandsetzungsprojekte. Fertig gestellt bzw. in Ausführung oder Planung befinden sich im Berichtsjahr die Projekte Neubau Musikschule Triesen, Schulzentrum Mühleholz II, Landtagsgebäude mit Tiefgarage, Landesführungsraum und Platzgestaltung, Landesarchiv mit Verwaltungsräumen der Regierung, Bushof Schaan mit Tiefgarage für das Post- und Verwaltungsgebäude, Sofortmassnahmen beim Polizeigebäude und der Landeswerkhof Vaduz. Hinsichtlich dem Schulzentrum Unterland II, dem Um- und Neubau Gymnasiumsportplatz und den Post- und Verwaltungsgebäuden Vaduz und Schaan handelt es sich um Projekte, welche gegenwärtig in Abklärung sind.

Subventionsvorlage

Im Berichtsjahr leitete die Regierung ein Subventionsansuchen mit entsprechendem Bericht und Antrag an den Landtag weiter, nämlich die Subventionierung der Erweiterung des Rheinparkstadions in Vaduz. (Staatsbeitrag: 2.75 Mio. CHF)

Fertigstellung von Bauten

Im Bereich Tiefbau konnten im Berichtsjahr die Gestaltung und Bepflanzung des Eintrachtkreisels Eschen, der Deckbelag Binnenkanalbrücke Schwibboga Bendern, der Deckbelag Erschliessung ARA Schwibboga Bendern und die Feldkircherstrasse Schaan, Abschnitt Fanal-Bierhüsle, abgeschlossen werden.

Arbeitsgruppen

Bezüglich dem Verkauf der Postgebäude und der Telefonzentralen sind im Berichtsjahr entsprechende, konkrete Verhandlungen mit Interessenten über einzelne Postgebäude und sechs Telefonzentralen aufgenommen worden.

Die Arbeitsgruppe «Burg Gutenberg» befasst sich mit den Zielen, Chancen und Möglichkeiten einer Vollnutzung der Burg. Im Berichtsjahr wurde eine Machbarkeitsstudie «Parkierung im Burghügel der Burg Gutenberg» erstellt und teilweise ausgewertet. Als nächster Schritt wird das Planungsergebnis mit der Arbeitsgruppe TREBA (Treffpunkt Balzers) der Gemeinde Balzers besprochen, welche ihrerseits einen Ideenwettbewerb zur Erarbeitung eines Richtplans für das Gemeindezentrum in Auftrag gegeben hat.

Landerwerb

Was die Zentrumsplanung Schaan, Bereich Feldkircherstrasse und Bändererstrasse, anbelangt, konnte ein weiterer Bodenerwerb erfolgreich abgeschlossen werden. Es verbleiben damit noch Verhandlungen mit einem Eigentümer.

Verkauf von Liegenschaften

Der Staat ist bestrebt, sich vermehrt auf die Kernaufgaben zu konzentrieren und Liegenschaften, deren Unterhalt nicht zu den Kernaufgaben zählt, zu veräussern. Dementsprechend wurde die Liegenschaft Rietacker in Schaan an die Liechtensteinische Gasversorgung verkauft. Auch der Landeswerkhof in Vaduz wurde, im Hinblick auf die Schaffung einer grossen, strategischen Bodenreserve für unbestimmte zukünftige Bedürfnisse auf dem Wille/Wimag-Areal, an die Gemeinde Vaduz verkauft und dabei diverse Bodentauschgeschäfte abgeschlossen.

AMTSSTELLEN

Hochbauamt

Amtsleiter: Walter Walch, Dipl. Arch. ETH/BSA

Das Hochbauamt betreut unterschiedliche Fachbereiche. Im Vergleich zu umliegenden Ländern sind die Aufgaben des Hochbauamtes wesentlich breiter gefasst. Dadurch werden Synergien genutzt, Doppelspurigkeiten vermieden und die Amtsgeschäfte personal- und kostensparend geleitet.

Zentrale Aufgaben des Hochbauamtes sind:

- Entwicklung und Projektierung staatlicher Bauten und Anlagen. Instandhaltung und Instandsetzung im Sinne der Werterhaltung der bestehenden Bauten und Anlagen.
- Betreuung der subventionsberechtigten Bauten und Anlagen.
- Betrieb und Organisation der staatlichen und angemieteten Liegenschaften.
- Organisation und Durchführung der denkmalpflegerischen und archäologischen Aufgaben.
- Baubewilligungswesen, baurechtlicher Vollzug und Weiterentwicklung des Baurechts. Fachberatung in Energie-, Ökologie- und Brandverhütungsfragen.

Dieser interessante und anspruchsvolle Aufgabenkatalog wird gegenwärtig durch gesamthaft ca. 80 Personen bearbeitet, wobei etwa 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Hausdienst zuständig sind. Obwohl die Aufgaben laufend komplexer werden, gelingt es dank grosser Anstrengungen aller Mitarbeiter, die gesteckten Ziele weitestgehend zu erreichen. Im Berichtsjahr wurden folgende Aufgabenschwerpunkte bearbeitet:

Das aus dem Jahr 1947 stammende Baugesetz soll von einem zeitgemässen und zukunftsorientierten Baugesetz abgelöst werden. Der Entwurf sieht die klare Regelung der Zuständigkeiten, Transparenz in den Verfahren und angemessene Verfahrensfristen vor. Durch die gezielte Weiterentwicklung der Bauvorschriften wird ein grosses Verbesserungs- und Entwicklungspotential aufgezeigt. Bewährtes wird beibehalten oder weiterentwickelt und durch fehlende Elemente ergänzt. Die Auswertung der Vernehmlassungsergebnisse liegt vor. Im Jahr 2006 soll ein Bericht und Antrag der Regierung zuhanden des Landtages verabschiedet werden. Der Entwurf für ein modernes Kulturgüterpflegegesetz als Weiterentwicklung des bisherigen Denkmalschutzgesetzes wurde zusammen mit einem Motivenbericht überarbeitet. Der Gesetzesentwurf orientiert sich an den bewährten Grundsätzen des bisherigen Gesetzes, das in Beachtung der völkerrechtlichen Verpflichtungen entsprechend erweitert wird. Dieses Gesetz ist im Zusammenhang mit dem Entwurf des Baugesetzes zu sehen. Denkmalpflege und Weiterentwicklung des Kulturgutes stellen einen umfassenden Auftrag dar. Dieses Gesetz soll nach erfolgter Vernehmlassung im Jahr 2006 dem Landtag zur Beratung unterbreitet werden.

Die Regierung verfolgt die Strategie, die Landesbauten (noch) intensiver zu nutzen. Eine Arbeitsgruppe hat im Hinblick auf Verwaltungsbauten einen Zwischenbericht zuhanden der Regierung erarbeitet, in welchem die künftige Stossrichtung für die Nutzung von Verwaltungsbauten aufgezeigt wird. Der Schlussbericht der Arbeitsgruppe wird bis zum Sommer 2006 erwartet.

Das Hochbauamt war Pilotamt für die Einführung der Qualitätssicherung TQM. Im Berichtsjahr wurde eine vereinfachte Form der Selbstbewertung durchgeführt, aus welcher drei Projekte abgeleitet und zur Bearbeitung im Jahr 2006 herauskristallisiert wurden.

Im Berichtsjahr hat die Regierung im jährlichen Hochbautenbericht eine aktuelle Übersicht über den Stand der Hochbauprojekte geliefert. Durch die Weiterentwicklung und bessere Nutzung des vorhandenen Baubestandes soll noch mehr Gewicht auf bessere Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit gelegt werden.

Hochbauten und Anlagen des Staates

Genereller Hochbauplanungskredit (Konto Nr. 028.318.03)

Unter dem Titel Genereller Hochbauplanungskredit werden Projekte und Studien finanziert, über die erst nach Vorliegen von Entscheidungsgrundlagen das weitere Vorgehen festgelegt wird. Im Berichtsjahr wurden verschiedene Abklärungen vorgenommen, wobei die Zentrumsplanung im Zusammenhang mit der Burg Gutenberg in Balzers den anteilmässig grössten Aufwand verursachte (total ca. CHF 32 000.00).

Landtagsgebäude (Konto Nr. 011.503.01)

Verpflichtungskredit:	CHF 39 500 000
Verpflichtungskredit indexiert:	CHF 44 291 784
Baubeginn:	Herbst 2002
Baufertigstellung:	Sommer 2007

Mitte Mai 2005 wurde mit den Baumeisterarbeiten für den Verwaltungstrakt und das Plenarsaalgebäude begonnen. Parallel dazu wurde im westlichen Bereich der zweite Teil der Tiefgarage im Rohbau erstellt. Dabei zeigt sich, dass der hohe handwerkliche Anspruch gleichzeitig auch einen hohen zeitlichen Einsatz erfordert. Zur angespannten Terminalsituation hinzu trat der Umstand, dass die Deckenelemente für das Foyer falsch geliefert wurden und daraus ein Stillstand beim Hohen Haus von zwei Monaten resultierte. Aufgrund dieser Situation wird sich der geplante Fertigstellungstermin dieses bedeutenden Bauwerkes auf Sommer 2007 verschieben.



Diverse Investitionen (Konto Nr. 090.503.02)

Dieses Konto ist für unerwartete und im Voranschlag nicht vorgesehene Investitionen reserviert. Im Berichtsjahr waren insbesondere folgende Projekte zu realisieren: Abschluss Abbruch «Buurabund-Ruine» in Schaan und Erstellung von provisorischen Parkplätzen, Klein-

spielfeld bei der Realschule St. Elisabeth in Schaan und Steinschlagschutz-Verbauung für das Landtagsgebäude. Gesamthaft wurden ca. CHF 132 000.00 aufgewendet.

Renovation und Erweiterung Landesmuseum Vaduz (Konto Nr. 301.503.01)

Verpflichtungskredit: CHF 28 300 000
Verpflichtungskredit indexiert: CHF 30 762 000
Bauabrechnung: CHF 30 563 011

Nach der Eröffnung des Landesmuseums am 29. November 2003 wurden diverse Restarbeiten abgeschlossen und die Bauabrechnung erstellt, welche anfangs März 2005 von der Regierung genehmigt wurde. Unter Berücksichtigung der Baukostenteuerung konnte die Renovation und Erweiterung des Landesmuseums innerhalb des Verpflichtungskredites abgerechnet werden. Für das Jahr 2006 ist die Schadenssanierung der Fassaden beim Verweserhaus geplant. Die verantwortlichen Planer und Unternehmer haben die aussergerichtlich vereinbarte Schadenssumme bereits bezahlt.

Erweiterung Polizeigebäude und Untersuchungsgefängnis (Konto Nr. 110.503.00)

Verpflichtungskredit: CHF 1 460 000
Verpflichtungskredit indexiert: CHF 1 495 040
Baubeginn: 1. Quartal 2006
Baufertigstellung: Sommer 2006

Nachdem im April 2004 der Verpflichtungskredit für die Erweiterung des Polizeigebäudes und Untersuchungsgefängnisses vom Volk abgelehnt wurde, hat der Landtag einen Kredit für notwendige Sofortmassnahmen beschlossen. Baurechtliche Fragestellungen der Gemeinde Vaduz haben das Baubewilligungsverfahren und damit den Baubeginn verzögert. Die baurechtlich relevanten Bauarbeiten können somit erst im Frühjahr 2006 beginnen.

Weiterführende Schulen Triesen, Erweiterung (Konto Nr. 211.503.01)

Verpflichtungskredit: CHF 17 120 000.00
Verpflichtungskredit indexiert: CHF 18 660 559.00
Bauabrechnung: CHF 15 040 597.50

Im Berichtsjahr wurde die Bauabrechnung erstellt und von der Regierung zur Kenntnis genommen. Die Qualitäts-, Kosten- und Terminziele wurden eingehalten. Die Bauabrechnung unterschreitet den zulässigen Verpflichtungskredit um ca. CHF 3.6 Mio. oder ca. 20 %. Am Beispiel der Weiterführenden Schulen Triesen zeigt sich, dass Objekte, welche eine einfache Geometrie aufweisen sowie funktional und zurückhaltend gestaltet sind, auch kostengünstig realisiert werden können.

Schulzentrum Mühleholz II (Konto Nr. 215.503.03)

Verpflichtungskredit: CHF 42 000 000
Verpflichtungskredit indexiert: CHF 45 429 061
Baubeginn: Juni 2005
Baufertigstellung: Sommer 2008

Am 23. Juni 2005 erfolgte der offizielle Spatenstich. Noch vor den Sommerferien wurde mit den Aushubarbeiten und anschliessend ab Ende September mit den Baumeisterarbeiten begonnen. Nach heutigem Wissensstand kann gemäss Terminplan der Schulbetrieb ab Sommer 2008 aufgenommen werden.



Musikschule Triesen (Konto Nr. 281.503.02)

Verpflichtungskredit: CHF 10 000 000
Verpflichtungskredit indexiert: CHF 10 937 268
Bauabrechnung: CHF 10 403 628.40

Die Bauarbeiten wurden termingerecht und innerhalb der zulässigen Baukosten abgerechnet. Erfreulicherweise ist es dank dem kostenbewussten Umgang mit den finanziellen Mitteln auch bei diesem Objekt gelungen, innerhalb der zur Verfügung stehenden Kostenlimite abzurechnen.



Bushof mit Tiefgarage in Schaan

Verpflichtungskredit: CHF 17 300 000
Verpflichtungskredit indexiert: CHF 17 864 420
Baubeginn: Herbst 2006
Baufertigstellung: Ende 2008

Im Berichtsjahr wurde aufgrund von Schwierigkeiten bezüglich der unterirdischen Erschliessung nach einem neuen Erschliessungskonzept gesucht, welches nun auch eine Anpassung des Richtplanes nach sich ziehen wird. Deshalb verzögert sich der Baubeginn. Mit dem neuen Erschliessungskonzept muss die bestehende Hauptkanalisation verlegt werden.

Gerichtsgebäude - Mietlösung

Baubeginn: Ende 2004
 Fertigstellung: 2007

Im Berichtsjahr wurde mit den Bauarbeiten begonnen, so dass das Mietobjekt Gerichtsgebäude bei optimalem Projektverlauf bis zum Sommer 2007 seiner Bestimmung übergeben werden kann.

Neubau Landesarchiv und Verwaltungsräume der Regierung (Konto Nr. 304.503.03)

Verpflichtungskredit: CHF 31 800 000
 Verpflichtungskredit indexiert: CHF 32 839 237
 Baubeginn: Herbst 2006
 Baufertigstellung: 2009

Ein internationaler Projektwettbewerb wurde mit der Überarbeitung der beiden erstrangierten Projekte abgeschlossen: Im Februar 2005 hat die Jury das Projekt Myosotis 2 der Architekten Keller und Brander aus Vaduz als beste Lösung ausgezeichnet. Die Regierung hat dieses Projekt zur Weiterbearbeitung beschlossen. Zurzeit laufen die Planungsarbeiten, so dass auf gesicherten Grundlagen im Herbst 2006 mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.

Landessubventionen

Im Rahmen der Bearbeitung von öffentlichen und privaten Subventionsprojekten erfolgten Stellungnahmen,

Beratungen, Ressortanträge, Berichte und Anträge der Regierung an den Landtag, Rechnungskontrollen, Zahlungsanweisungen und Bauabnahmen.

Im Rechnungsjahr 2005 sind für die Betriebskosten (Bewachung, Eigen- und Fremdreinigung, Energie, Versicherung, Einmietungen einschliesslich Amortisation und Verzinsung) und Instandhaltungskosten (Wartungs- und Serviceverträge, Kleinreparaturen) ca. CHF 43 Mio. aufgewendet worden.

Trotz zusätzlich zu betreuender Liegenschaften wie Realschule St. Elisabeth, Musikschule Triesen und Finanzmarktaufsicht (FMA) konnten die Aufwendungen der Betriebskosten im Vergleich zum Vorjahr auf demselben Niveau gehalten werden. Es bleibt zu erwähnen, dass sich die zu bewirtschaftenden Flächen um ca. 5 800.00 m² erhöht haben.

Der Bestand von 128 landeseigenen und eingemieteten Bauten (Verwaltung, Kultur und Schulen) wird in den Jahren 2007/2008 um weitere vier Neubauten erweitert. Es handelt sich dabei um das Landtagsgebäude, Gerichtsgebäude, Schulzentrum Mühleholz II und Busbahnhof Schaan. Der derzeitige Gebäudewert von ca. 527 Mio. wird sich um ca. 110 Mio. erhöhen auf neu ca. 637 Mio.

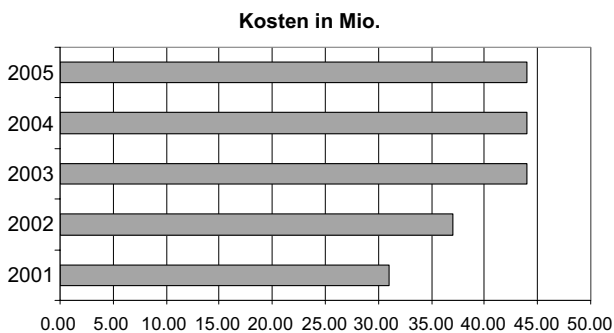
Subventionsprojekte (in Ausführung)	Bausumme in CHF	Subventionen in CHF
Erweiterung Rheinparkstadion Vaduz (ohne Trainingsanlagen)	8 670 000	2 750 000
Neubau Primarschule Eschen	30 533 000	8 454 600
Gesamtkosten Subventionsprojekte in Ausführung	39 203 000	11 204 600

Subventionsprojekte (zugesichert, aber noch nicht in Ausführung)	Bausumme in CHF	Subventionen in CHF
Haus für Musik und Gesang Ruggell	ca. 8 420 000	2 445 000
Erweiterung Dorfzentrum Triesenberg	ca. 12 600 000	3 780 000
Neubau Dorfsaal Schaan	ca. 41 000 000	11 400 000
Energieversorgung Gafadurahütte Planken Liecht. Alpenverein	ca. 480 000	138 600
Gesamtkosten Subventionsprojekte zugesichert	ca. 62 500 000	17 763 600

Subventionsprojekte (abgeschlossen)	Bausumme in CHF	Subventionen in CHF
Neuausrichtung Sportpark Eschen/Mauren	11 648 000	5 319 464
Mehrzweckgebäude Mauren	12 370 000	3 492 024
Erweiterung Theater am Kirchplatz Schaan	2 753 000	1 000 000
Gesamtkosten Subventionsprojekte abgeschlossen	26 771 000	9 811 488

Subventionsprojekte (in Vorbereitung)	Bausumme in CHF	Subventionen in CHF
Haus St. Martin Eschen Liechtensteinische Alters- & Krankenhilfe	ca. 24 700 000	10 500 000
Gesamtkosten Subventionsprojekte in Vorbereitung	24 700 000	10 500 000

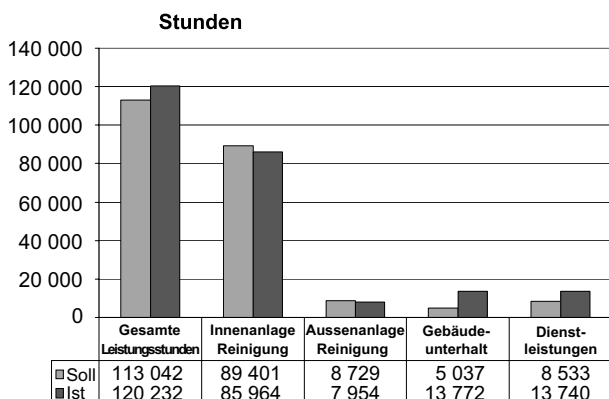
Liegenschaftsverwaltung



Leistungsstundenvergleich Jahr 2005

Für das Jahr 2005 kann erstmals mit dem Gebäudebewirtschaftungssystem eine detaillierte Stundenanalyse (SOLL/IST Vergleich) durchgeführt werden. Gesamthaft liegen die aufgewendeten Stunden 6.4% über der Soll-Vorgabe. Die Mehraufwendungen sind in den Bereichen Gebäudeunterhalt und Dienstleistungen festzustellen und werden im Jahr 2006 einer genauen Analyse unterzogen, um die notwendigen Korrekturen mit allfälliger Kostensenkung einzuleiten.

Soll-Ist-Vergleich 2005



Arbeitssicherheit

Die einzelnen Arbeitsbereiche, bauliche Instandhaltungen, Sicherheit, Haustechnik und Hausdienste verlangen eine immer grössere Aufmerksamkeit im Bereich der Arbeitssicherheit. In diesem Zusammenhang wurden bestehende Bauten dahingehend überprüft, welche Gerätschaften angeschafft werden, welche im Hinblick auf die Arbeitssicherheit und Wirtschaftlichkeit am besten geeignet sind und auch auf den verschiedenen Anlagen zum Einsatz kommen können.

Um auch in diesem Bereich die Betriebskosten zu senken, wird es immer wichtiger, Neubauten so zu realisieren, dass die Bewirtschaftung so weit wie möglich ohne Spezialgeräte erfolgen kann. Bei Neubauten ist auf einfache und betriebswirtschaftliche Gebäudestrukturen zu achten. Dies erlaubt einen ökonomischen und sicheren Gebäudeunterhalt.



Arbeitssicherheit



Maschinentransport

Baurecht / Brandschutz

Baurecht

Betreffend die Neufassung des Baugesetzes ist vorgesehen, diesen Gesetzesentwurf im Jahr 2006 dem Landtag vorzulegen. Dabei wird die Frage der baurechtlichen Zuständigkeit abschliessend zu klären sein. Die planungsrechtlichen Grundlagen wurden nach einer erneuten Überprüfung auf wesentliche Eckpunkte reduziert. Auf die übrigen Anregungen im Rahmen der Vernehmlassung wurde Bezug genommen und sie wurden weitgehend in der Vorlage berücksichtigt.

Der baupolizeiliche Vollzug wird im Rahmen der rechtlichen Bestimmungen umgesetzt. Die Gemeinden erfüllen die Koordination von Rohbaukontrollen und Bauschlussabnahmen grösstenteils zufriedenstellend. Das Hochbauamt nimmt bei komplexeren Bauvorhaben sowie jenen Objekten, die einer fundierten feuerpolizeilichen Kontrolle unterliegen, an diesen Kontrollen teil.

Die hohe Anzahl an Besprechungsterminen, Teilnahmen an Baukontrollen, Verfassen von Sachentscheidungen und Stellungnahmen, die Zuständigkeit im öffentlich-rechtlichen Einspruchsverfahren nach Baugesetz, die Ausarbeitung von Gesetzes- und Verordnungsvorlagen beinhalten ein anspruchsvolles Pensum.

Statistische Angaben

Das bewilligte Gesamtbauvolumen betrug ca. 700 000 m³ (Vorjahr: 1.65 Mio. m³). Dies ergibt geschätzte Baukosten von ca. 350 Mio. Franken (484 Mio. Franken). Die Zahlen verhalten sich praktisch ident mit dem Berichtsjahr 2003, im Vergleich zum Vorjahr reduzierten sich Kubatur und finanzieller Aufwand aufgrund der Realisierung eines Grossprojektes im Vorjahr.

Das Hochbauamt genehmigte insgesamt 384 (Vorjahr 468) Baugesuche und fertigte 174 (155) Anträge im vereinfachten Verfahren aus. Es wurden insgesamt 130 (135) Planänderungen bewilligt. Fünf (5) Baugesuche wurden abgelehnt und 66 (58) Baugesuchsanträge zurückgestellt.

Die Anzahl der Rohbaukontrollen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr, die Bauabnahmen lagen etwas über dem Vorjahresniveau.

Die durchschnittliche Baugesuchsbehandlung auf Gemeindeebene stieg statistisch von 23 auf 30 Tage, jene des Hochbauamtes verkürzte sich von 9 auf 8 Tage.

Brandschutz / Feuerpolizei / Blitzschutz / Aufzugsanlagen

Die neue Verordnung zum Brandschutzgesetz wurde mit 1. Januar 2005 in Rechtskraft gesetzt. Das Regelwerk der Vereinigung Kantonalen Feuerversicherungen (VKF) ist Teil dieser Verordnung, womit der materielle Gleichschritt mit der Schweiz sichergestellt ist. Dies sichert auch den in der Region gewünschten einheitlichen Vollzug. Die Brandschutzkontrollorgane der Gemeinden wurden umfassend informiert und ausgebildet; weiters hat das Hochbauamt eine ganztägige Informationsveranstaltung Ende Mai 2005 für die im Lande tätigen Architekten, Bauingenieure und Fachplaner durchgeführt.

Die Verordnung schreibt vor, dass ab einer gewissen Grösse und in Abhängigkeit der Nutzung Brandschutzkonzepte spätestens mit der Einreichung des Baugesuches vorzulegen sind. Dieses System hat sich in der Vergangenheit bewährt. Ebenfalls rechtlich festgeschrieben wurden die Anforderungen an die Brandschutz-Kontrollorgane. Die Brandschutzbestimmungen werden im Rahmen ihrer Zuständigkeit von den Gemeinden fachlich korrekt vollzogen. Grössere Neubauten mit einer komplexen Nutzungsstruktur kontrolliert das Hochbauamt auf die Einhaltung der speziellen Vorschriften im Rahmen der Bauschlussabnahme. Weitere temporäre Beratungen und Kontrollen dieser Bauten erfolgten in grösserer Anzahl situativ auf Wunsch beauftragter Fachplaner.

Die von der Regierung bestellten Fachstellen für Gasfeuerungs- und Blitzschutzanlagen haben ihre Aufgaben zielgerichtet und fristgerecht wahrgenommen. Es wurden im Berichtsjahr 112 (Vorjahr 118) Gasheizungen, 49 (64) Heizungen mit festem Brennstoff, 20 (29) Ölheizungen und 22 (19) Alternativheizungen genehmigt. Lüftungs- und Klimaanlageerfahren einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr. Es wurde zudem festgestellt, dass die Heizungen mit festen Brennstoffen nicht mehr

ausschliesslich als Zusatzheizungen, sondern als zentrale Heizanlage, vorzugsweise mit Pelletsfeuerungen, zum Einsatz kommen.

Im Berichtsjahr wurden 39 (24) neue Aufzugsanlagen genehmigt. Dies bedeutet eine Steigerung von mehr als 50 % im Vergleich zum Vorjahr. Der Aufwand für die periodischen fünfjährigen Kontrollen von bestehenden Aufzugsanlagen stieg erheblich, da zusätzlich Rückstände der vergangenen Jahre aufzuholen waren. Da sich die Anzahl der Anlagen von Jahr zu Jahr naturgemäss steigert, erhöht sich auch der Aufwand für die Fachstelle im Rahmen periodischer Kontrollen.

Energie / Bauökologie

Bewilligungspflichtige Bauten und Anlagen haben den ökologischen und energierechtlichen Anforderungen zu entsprechen. Energieberatungen, Gesuchsprüfungen und örtliche Kontrollen für grosse Bauten und Anlagen erfolgen in Koordination zwischen dem Hochbauamt und einer der zwei extern beauftragten Energieexperten. Insgesamt wurden 7 standardmässige Energiekonzepte, 6 Energiekonzepte mit erhöhten Anforderungen sowie 15 Energienachweise für Bauten über 2 000 m³ bearbeitet, entschieden bzw. kontrolliert. Die Genehmigung und Kontrolle der energierechtlichen Vorschriften für standardmässige Bauten und Anlagen erfolgen im Rahmen der Baugesuchsbearbeitung.

Notwendige Fachinstrumente zur verstärkten Anwendung ökologischer Aspekte bei Hochbauten «Ökoraster» sowie die spezifischen Instrumente des Schweizerischen Vereins «eco-bau» wurden mit laufenden Neuanpassungen und Aktualisierungen in Koordination mit dem vom Hochbauamt beauftragten Fachbüro für Bauökologie vorgenommen.

Mit Blick auf die EG-Richtlinie 2002/91 betreffend die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden wurde im Berichtsjahr die Energieverordnung zum Baugesetz weiterentwickelt. Sie wird voraussichtlich im Sommer 2006 in Kraft treten.

Kommission für Ingenieure und Architekten (IAG)

Der Abteilungsleiter Baurecht/Brandschutz des Hochbauamtes wurde für die Mandatsperiode 2005 bis 2009 als Vorsitzender wiederbestellt. Es fanden wie in den vergangenen Jahren vier Sitzungen statt, an denen neben der Diskussion zu vollzugsrechtlichen Aspekten hauptsächlich die Beratung und Beschlussfassung von Anträgen natürlicher und juristischer Personen im Vordergrund stand.

Die Vaduzer Konvention Phase II betreffend der Umsetzung des Protokolls über den Personenverkehr im Rahmen der Änderung des EFTA-Übereinkommens ist auch für die Umsetzung des IAG massgebend. Der Vorsitzende hat im Weiteren den Auftrag, im Rahmen der Arbeitsgruppe «Berufsqualifikationen» die Umsetzung der neuen EU-Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen vorzunehmen und die

aufgrund des ESA-Vertragsverletzungsverfahrens aufgeworfene rechtliche Problematik aufzugreifen. Dies erfordert eine Neufassung bzw. Revision des IAG sowie der Verordnung. Vorgeschlagen wird eine Gesamtrevision. Der entsprechende Vernehmlassungsbericht wird bis Juni 2006 erarbeitet.

Die Verordnung zum IAG (IAV) wurde betreffend der bewilligungspflichtigen Berufe um die Sparte Elektrotechnik/Elektroplaner erweitert. Dies stellt ein allgemeines Bedürfnis des Baunebengewerbes dar.

Die Kommission IAG hat im Berichtsjahr insgesamt 13 Bewilligungen und 9 grenzüberschreitende Zulassungen erteilt. Sie gliedern sich wie folgt auf:

- Architekten 9
- Bauingenieure 7
- Heizungs-, Lüftungs-, Klimaingenieure 4
- Bauleiter 1
- Elektroplaner 1

Ein Eintrag auf Erteilung der grenzüberschreitenden Zulassung als Bauleiter wurde abgelehnt bzw. zurückgewiesen, da die fachliche Befähigung nicht gegeben war; ein Ansuchen einer Person für gleichzeitig mehrere Fachplaner- und Ingenieursparten wurde ebenfalls zurückgewiesen.

Das Verzeichnis IAG der im Bauwesen tätigen Ingenieure und der Architekten sowie der Auflistung jenes Personenkreises, der eine grenzüberschreitende Zulassung erwirkt, wird jährlich aktualisiert und ist mit Stand 1. April 2005 aktuell.

Denkmalpflege und Archäologie

Denkmalpflege

Aufgaben

Fachkompetente Beratung, Erarbeitung von wissenschaftlich fundierten Inventaren und Baudokumentationen sowie Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen sind Kernaufgaben der Denkmalpflege. Durch Anlässe wie die Europa-Tage des Denkmals soll das Verständnis für



Der Torkel in Balzers wurde restauriert und mit einem modernen Küchen- und Toilettenanbau versehen. Der Torkelbaum stammt aus dem Jahr 1777.

die historische Bau- und Siedlungssubstanz des Fürstentums Liechtenstein gefördert werden. Nur in der Zusammenarbeit von Eigentümern, engagierter Öffentlichkeit und staatlichem wie kommunalem Denkmalschutz lassen sich die Kulturgüter und deren Werte für die Zukunft sichern. Die Denkmalpflege vermittelt das notwendige Wissen um Geschichte und Technologie, schützt, pflegt und bewahrt Altes und ist dennoch gegenüber Wünschen, Anregungen und Erneuerungen offen.

Schwerpunkte der denkmalpflegerischen Begleitung



Die Gesamtrestaurierung der Kapelle St. Mamerten in Triesen umfasste die Aussenfassaden samt Dacheindeckung sowie die bedeutenden Fresken aus der Zeit um 1430 im Innen der Kapelle.

Die Betreuung von Umbauvorhaben bei geschützten oder schutzwürdigen Denkmälern und die baugeschichtliche Dokumentation von Schutzobjekten und von Bauten, die nicht erhalten werden können, zählen zu den Schwerpunkten der denkmalpflegerischen Arbeit. Im Berichtsjahr konnten die Aussenrestaurierung der Pfarrkirche St. Laurentius in Schaan, die Instandstellung des Torkels in Balzers sowie die Umbauarbeiten der Arbeiterwohnhäuser im Mühleholz in Vaduz abgeschlossen werden. Zu den wichtigsten Arbeiten zählte die Gesamtrestaurierung der Kapelle St. Mamerten in Triesen. Hinzu kommen weitere Projekte im Bereich der Profan- und Sakralbauten. Speziell erwähnt seien hier die Begleitung baulicher Massnahmen beim Schloss Vaduz, beim Brendlehaus in Schellenberg und beim Gamander in Schaan sowie die Sicherungsmassnahmen bei der Burgruine Grafenberg,

auch «Mörderburg» genannt, die in enger Zusammenarbeit mit der Kantonalen Denkmalpflege und dem Archäologischen Dienst des Kantons Graubünden erfolgten.

Unterschutzstellungen

Im Berichtsjahr sind das Haus Nr. 22, Dorfstrasse 90, in Planken, das Haus Nr. 61, Oberer Winkel 7, in Triesen sowie die Lokomotive BBOE 629.65 (No. 77.249) mit Baujahr 1927 formell unter Denkmalschutz gestellt worden. Die beim Schulhaus Planken gelegene Hofstätte Nr. 22 wurde als zwei- bis dreigeschossiges Mehrzweckbauernhaus mit Einfamilien-Wohnteil und Stallscheune 1910 erstellt. Es zeigt einen schlichten, noch gut erhaltenen Ausbau in klassizistischer Art des frühen 20. Jahrhunderts. Beim Wohngebäude im Oberen Winkel 7 handelt es sich um ein kulturgeschichtlich interessantes, ursprünglich erhaltenes sowie ortsbildrelevantes Objekt im historisch gewachsenen Oberdorf von Triesen. Die ehemals auch in Vorarlberg im Raum Bregenz eingesetzte Lokomotive der Reihe 77 zählt zu den erfolgreichsten Konstruktionen des österreichischen Dampflokomotivbaues. Solche Dampflokomotiven sind eine Rarität, da sie nach ihrer Ausmusterung meistens verschrottet worden sind. Die Lok befindet sich nun im Eigentum der Fürstlich Liechtensteinischen Eisenbahn-Romantik Stiftung, die das bedeutende Zeugnis der liechtensteinischen Verkehrs- und Eisenbahngeschichte fahrtüchtig restaurieren lässt.

Nutzungsstudien und Restaurierungskonzepte

Die Denkmalpflege erarbeitete diverse Sanierungs- und Nutzungskonzepte für Denkmalschutzobjekte und beurteilte im Rahmen der Baugesuchsprüfung diverse Abbruch- und Baubeglehen nach denkmalpflegerischen Kriterien. In Zusammenarbeit mit der Gemeinde Schaan erarbeitete sie das Restaurierungskonzept für den integralen Erhalt der denkmalgeschützten «Landweibelhäuser», Landstrasse 71, 73 und 75, die künftig intensiv genutzt werden sollen. Für das «Kosthaus» in Triesen wurden zusammen mit der Gemeinde Triesen umfassende Nutzungs- und Weiterentwicklungskonzepte entwickelt sowie eine restauratorische Untersuchung zu den historischen Oberflächen durchgeführt.



Für die denkmalgeschützten «Landweibelhäuser» in Schaan wurde ein Restaurierungskonzept erarbeitet.

Die von der Regierung bestellte Arbeitsgruppe «Burg Gutenberg» beschäftigte sich mit der Entwicklung von Konzepten für den dauerhaften Erhalt und die denkmalgerechte Nutzung dieses bedeutenden Kulturdenkmales. Es wurden ein Raumbuch zur Burganlage erarbeitet und eine Machbarkeitsstudie betreffend der Realisierung einer Parkgarage im Burgfelsen in Auftrag gegeben.

Inventarisierung, Dokumentation und EDV

Im Rahmen des Dokumentationsauftrags wurden von mehreren Bauten Sicherstellungsdokumentationen erstellt oder in Auftrag gegeben. Zahlreiche Objekte wurden baugeschichtlich und dendrochronologisch untersucht. Neue Erkenntnisse lieferten die umfassenden Untersuchungen von Schloss Vaduz, die im Rahmen der laufenden Umbauarbeiten baubegleitend ausgeführt wurden.

Die Neueingänge in der Bibliothek des Hochbauamtes wurden mit dem von der Liechtensteinischen Landesbibliothek betreuten Bibliotheksprogramm ALEPH inventarisiert. Die vom Amt für Informatik des Kantons Thurgau entwickelte Denkmalpflege-Datenbank DEKUS konnte den liechtensteinischen Bedürfnissen angepasst werden. Die Datenübernahme aus dem alten Programm wurde durchgeführt.

Verlustbilanz: Abbrüche 2005

Im Berichtsjahr konnten wiederum viele bedeutende Gebäude nicht vor dem Abbruch bewahrt werden. Es handelt sich dabei um 34 kulturgeschichtlich und ortsbaulich wichtige Zeugnisse der liechtensteinischen Siedlungsentwicklung. Nachfolgend verzeichnete wertvolle Bauten mussten zum Abbruch freigegeben werden:

- Balzers: Wohnhaus und Stallscheune, Egerta 28 (erbaut 1875)
- Balzers: Wohnhaus und Stallscheune, Gatter 13 (erbaut Anf. 20. Jh.)
- Balzers: Wohnhaus und Stallscheune, Mariahilf 32 (erbaut Anf. 20. Jh.)
- Balzers: Wohnhaus und Stallscheune, Plattenbach 7 (erbaut 1863)
- Balzers: Wohnhaus und Stallscheune, Rheinstrasse 34 (erbaut 1923)
- Balzers: Wohnhaus und Stallscheune, Rheinstrasse 40 (erbaut Anf. 20. Jh.)
- Balzers: Wohnhaus, Finne 11 (erbaut 1912)
- Eschen: Wohnhaus, Auf Berg 80 (erbaut 1934)
- Mauren: Stallscheune, Lachenstrasse 24 (erbaut Anf. 20. Jh.)
- Schaan: Schopfgebäude, Wiesengasse (erbaut 1948)
- Schaan: Wohnhaus und Scheune, Winkelgasse 10 (erbaut 1921)
- Schaan: Wohnhaus und Stallscheune, Wiesengasse 2 (erbaut 1937)
- Schaan: Wohnhaus, Duxweg 23 (erbaut 1950, Arch. Max Frisch)
- Schaan: Wohnhaus, Im Rossfeld 39 (erbaut 1954, Arch. E. Sommerlad)

- Schaan: Wohnhaus, Reberastrasse 49 (erbaut 1930)
- Schellenberg: Stallscheune, Hinterschloss (erbaut 1950)
- Schellenberg: Stallscheune, Loch-Nolla (erbaut Anf. 20. Jh.)
- Triesen: Wohnhaus, Dröschistrasse 9 (erbaut 1957)
- Triesen: Wohnhaus, Gapont 20 (erbaut Ende 19. Jh.)
- Triesen: Wohnhaus, Landstrasse 127 (erbaut Anf. 20. Jh.)
- Triesen: Wohnhaus, Maschlinastrasse 35 (erbaut 1949)
- Triesen: Wohnhaus, Maschlinastrasse 37 (erbaut 1953)
- Triesenberg: Alphotel Gaflei, Gaflei 327 (erbaut 1962-1964)
- Triesenberg: Restaurant Kurhaus Samina, Rotenboden 220 (erbaut 1881)
- Triesenberg: Stallgebäude, Lavadina (erbaut Anf. 19. Jh.)
- Triesenberg: Wohnhaus, Balischguad 418 (erbaut 1962)
- Vaduz: Doppelwohnhaus, Kirchstrasse 4 (erbaut 1959)
- Vaduz: Wohnhaus mit Stall- und Nebengebäude, Äulestrasse 78 (erbaut 1887)
- Vaduz: Wohnhaus, Mareestrasse 5 (erbaut 1948)
- Vaduz: Wohnhaus, Neugasse 2 (erbaut 1926)
- Vaduz: Wohnhaus, Rüfestrasse 5 (erbaut 1950)
- Vaduz: Wohnhaus, Sonnblickstrasse 10 (erbaut 1953, Arch. E. Sommerlad)
- Vaduz: Wohnhaus, Vaistligasse 8 (erbaut 1957)
- Vaduz: Wohnhaus, Zollstrasse 14 (erbaut 1953)

Zu den bedeutendsten Verlusten zählt zweifellos das von Architekt und Schriftsteller Max Frisch 1950 entworfene Haus am Duxweg in Schaan. Ohne Erfolg haben sich Denkmalschutz-Kommission und Hochbauamt für die Erhaltung und Instandstellung des Hauses eingesetzt und das Abbruchbegehren abgelehnt. Gegen die vom Hochbauamt verweigerte Abbruchbewilligung legte die Eigentümerschaft Beschwerde bei der Beschwerdekommision für Verwaltungsangelegenheiten ein. Diese gab den Abbruch des Kulturdenkmals frei.



Das nach den Plänen des Schriftstellers und Architekten Max Frisch 1950 am Duxweg in Schaan erbaute Wohnhaus konnte trotz Intervention der Denkmalpflege nicht vor dem Abbruch bewahrt werden.

Europa-Tag des Denkmals 2005

Mit dem Ziel, eine breite Öffentlichkeit auf die Bedeutung unserer Kulturdenkmäler und der Kulturlandschaft aufmerksam zu machen, wurde am 16./17. September 2005 in Liechtenstein bereits zum dreizehnten Mal der Europa-Tag des Denkmals durchgeführt. Mit dem Titel «Von Minnesang und Wanzentanz...–... Mittelalterliches auf Burg Gutenberg» war er der Kulturgeschichte des Mittelalters und ganz speziell der Burg Gutenberg in Balzers gewidmet. Auch deren Erhaltung und Weiterentwicklung wurde thematisiert. Auf dem Burghügel liessen sich Jung und Alt für einige Augenblicke in eine mittelalterliche Welt mit Musik, fleissigen Handwerkern und emsigem Markttreiben entführen. Es wurde «Geschichte zum Anfassen» geboten. In fachkundigen Führungen berichteten Fachleute an konkreten Beispielen über ihre Aufgaben und Tätigkeiten. Einen würdigen Schlusspunkt setzte am Abend in der Pfarrkirche Balzers das Konzert des Salzburger Ensembles für alte Musik «Dulamans Vrödenton».



Der 13. Europa-Tag des Denkmals stand ganz im Zeichen des Mittelalters. Er lockte rund 2 900 Besucher und Besucherinnen zu den Veranstaltungen um die Burg Gutenberg.

Archäologie

Bauüberwachung/Archäologische Notgrabungen/Archäologischer Perimeter

Im Berichtsjahr wurde von den Mitarbeitern der Archäologie ein Grossteil der beim Hochbauamt eingereichten Baugesuche geprüft. Das Augenmerk galt in erster Linie jenen Parzellen, die sich innerhalb des Archäologischen Perimeters befinden. Im Bereich «Galga/Meierhof» in Triesen konnte die schon im Jahr 2004 beobachtete eisenzeitliche Schicht in ihrer Ausdehnung weiter eingegrenzt werden.

In Eschen kamen bei Tiefbauarbeiten in der Nähe der Realschule Fragmente einer Teuchelleitung zum Vorschein. Da der Fund nicht gemeldet wurde, konnten lediglich zwei Teilstücke der Holzleitung gerettet werden. Aufschlüsse über diese Art der frühen Wasserver-

sorgung konnten leider nicht gewonnen werden. Eine Holzhöhle lässt sich dendrochronologisch in die Zeit um 1883 datieren.

Balzers, «Rietle»

Nach Abschluss der Grabungsarbeiten auf der römischen Fundstelle Balzers «Rietle» wurde Anfang März 2005 mit der Reinigung und der Inventarisierung der zahlreichen Fundobjekte begonnen. Bis Ende des Jahres konnten mehr als 16 000 Keramikfragmente mit Inventarnummern beschriftet werden. Die Inventarisierung mit gleichzeitiger EDV-Erfassung des umfangreichen Fundmaterials wird im Laufe des Jahres 2006 abgeschlossen werden.

Schaan, «Im Reberle»

Beim Aushub für ein Einfamilienhaus wurde «Im Reberle» in Schaan auf der Baugrubensohle ein menschliches Skelett freigelegt. Die Trachtbestandteile aus Bronze und Eisen datieren die männliche Bestattung ins 6./7. Jh. nach Christus. Durch die Entdeckung des Grabes erweitert sich die bekannte Ausdehnung des alemannischen Gräberfeldes von Schaan von der «Specki» nun bis zum Bereich «Im Reberle». Die Parzellen zwischen dem Friedhof und der neuen Fundstelle wurden aus diesem Grund neu in den Archäologischen Perimeter aufgenommen.



Schaan, «Im Reberle», Oktober 2005. Silber- und messingtauschierte Fragmente einer eisernen Gürtelgarnitur, 6./7. Jh. nach Christus.

Triesen, «Niggabünt»

Vom Januar bis Mai 2005 wurde die baubegleitende Ausgrabung in der «Niggabünt» in Triesen fortgesetzt. Auf der Länge von fünf Meter wurden zwei massive Mauern mit einer dazwischen liegenden und vermutlich als Entwässerungsgraben anzusprechenden Fläche freigelegt. Die Funde - Bronzeobjekte (Gewandnadel, Schwertfrag-



Triesen «Niggabünt», Notgrabung 2005. Feinkeramik mit Buckel- und Ritzverzierung, Ende 14./Anfang 13. Jh. v. Christus.

ment) und Feinkeramik - datieren diese Strukturen in die frühe Spätbronzezeit (14./13. Jh. v. Chr.), ein Zeitabschnitt, der bisher in unserer Region erst sehr selten dokumentiert werden konnte. Ein Vorbericht über die interessante Entdeckung wurde in den Landeszeitungen sowie im Informationsblatt der Gemeinde Triesen veröffentlicht.



Triesen «Niggabünt», Notgrabung 2005. Ansicht der beiden Mauern von Südwesten.

Weiters wurden die Renovierungsarbeiten bei der Kapelle St. Mamerten in Triesen und die Maueranierungsmaßnahmen im Bereich der «Romantischen Burg» auf der Burg Gutenberg in Balzers baubegleitend beobachtet.

EDV-Projekte, Bibliothek

Im Berichtsjahr waren wieder mehrere Fachkräfte der Archäologie mit der Aufbereitung von alten wie auch von aktuellen Grabungsdaten und mit deren Erfassung im Inventarisierungsprogramm SPATZ beschäftigt. Die Eingabe der Neueingänge der Bibliothek ins das Bibliotheksprogramm ALEPH wurde durch eine externe Arbeitskraft fortgeführt.

Restaurierungsatelier

Die seit Anfang des Jahres eingehenden Funde der Ausgrabung Balzers «Rietle» wurden im Labor photographisch dokumentiert und korrosionsgeschützt für die weitere Bearbeitung aufbewahrt. Die durch die Lagerung im Boden geschädigten Keramikscherben wurden gefestigt. Für die weitere Bearbeitung durch Archäologen war diese Massnahme unerlässlich. Die Konservierung und Restaurierung der Frischfunde von den Grabungen Triesen, «Niggabünt» und Schaan, «Im Reberle» ist grösstenteils abgeschlossen. Ausserdem wurden die Arbeiten an Funden der länger zurückliegenden Grabungen Vaduz, «Landtagsgebäude» und Eschen, «Friedhofserweiterung», weitergeführt und teilweise abgeschlossen. Die archäologischen Objekte der Sammlung im Depot der Archäologie und in der Dauerausstellung des Liechtensteinischen Landesmuseums sowie die Objekte für den Leihverkehr der Wanderausstellung «Im Schutze mächtiger Mauern» wurden konservatorisch betreut. Im Rahmen des Dienstleistungsauftrages Konservierung/Restaurierung konnte ein Auftrag für die

Kantonsarchäologie Thurgau abgeschlossen werden. Gleichzeitig wurde ein neuer Bearbeitungsauftrag entgegen genommen. Als Ergänzung zu einer Informationstafel der Archäologie wurden für eine Vitrine bei der Bushaltestelle beim «Schmedgässle» in Schaan Kopien von ausgesuchten Objekten römischer Zeitstellung hergestellt.

Auswertungen und Publikationen

In der zweiten Hälfte des Jahres wurde intensiv an der Vorbereitung der Drucklegung der Publikation «Eschen, Malanser – Bronzezeitliche Siedlungen im Fürstentum Liechtenstein» gearbeitet. Am Beispiel dieses Projekts wurde ein Layoutkonzept für die zukünftigen Veröffentlichungen des Hochbauamtes entwickelt. Die Auswertung der Alt-Grabung auf dem Kirchhügel Bendern schreitet voran. Die Bearbeitung einzelner Fundgattungen (Ofenkacheln, Glas- und Metallobjekte) wurde abgeschlossen. Gleichzeitig erfolgten die Digitalisierung der Grabungspläne im AutoCAD und die Aufschlüsselung der einzelnen Bauphasen. Die Erstellung wissenschaftlicher Fundzeichnungen wurde beim Archäologischen Dienst des Kantons Graubünden in Auftrag gegeben.

Öffentlichkeitsarbeit, Führungen

Während des ganzen Jahres fanden Führungen für Schulklassen aller Alterstufen in den Räumlichkeiten der Archäologie in Triesen, im Liechtensteinischen Landesmuseum in Vaduz sowie auf verschiedenen Fundplätzen des Landes statt. Am 23. Oktober 2005 wurde in Vaduz ein Familientag abgehalten, an dem neben dem Kunstraum



Engländerbau, dem TAK und dem Kunstmuseum Liechtenstein auch das Liechtensteinische Landesmuseum beteiligt war. Für das Konzept und die Durchführung der Aktivitäten im Landesmuseum war die Fachstelle Archäologie verantwortlich. Es wurde eine Schaugrabung für die Kinder aufgebaut, in der sie sich selbst als Archäologe betätigen konnten. Neben der Ausgrabungstätigkeit lernten sie dabei anhand ihrer Funde alle Bearbeitungsschritte von der Reinigung, über das Inventarisieren, Zeichnen und Kleben bis hin zur Ausstellung in der Museumsvitrine kennen. Das positive Echo rechtfertigte den grossen Arbeitsaufwand.



Familihtag im Liechtensteinischen Landesmuseum: Die zukünftige Generation von Archäologen bei der Arbeit?

Anfang Dezember 2005 wurde die in internationaler Zusammenarbeit und mit Beteiligung der Fachstelle Archäologie konzipierte Wechselausstellung mit dem Titel «Im Schutze mächtiger Mauern» im Liechtensteiner Landesmuseum in Vaduz eröffnet. Zu dieser Wanderausstellung ist eine Begleitpublikation erschienen, in der unter anderem auch das römische Kastell von Schaan und die Höhensiedlung auf «Krüppel» oberhalb von Schaan vorgestellt werden.

Von der Fachstelle Archäologie entworfene Informationstafeln sollen an geschichtsträchtigen Orten auf die spannende Siedlungsentwicklung hinweisen. Bei der Bushaltestelle «Schmetta» in Schaan geben sie einen Einblick in die Dorfgeschichte von der Jungsteinzeit bis zur römischen Epoche. In einer Vitrine sind zusätzlich Kopien bedeutender Funde vom «Krüppel», aus dem Kastell und vom «Schmedgässle» ausgestellt. Sie zeigen einen Querschnitt durch alle Zeiten. In Eschen wurden in den 70er-Jahren nach der archäologischen Ausgrabung bei den Pfundbauten die Fundamente der Vorgängerbauten der Pfarrkirche St. Martin wieder aufgemauert. Ein Informationstafel gibt jetzt Auskunft über römische Spuren und frühe Kirchenbauten, die diesen Ort im Zentrum der Gemeinde ganz besonders auszeichnen.

Tiefbauamt

Amtsleiter: Dipl. Ing. Johann Ott

Strassenbau und -unterhalt

Die im Berichtsjahr ausgeführten Projekte des Strassenbaus dienen ausschliesslich der Verkehrsbewältigung und der Sicherheit. Zwei besonders neuralgische aber für das Verkehrsgeschehen überaus wichtige Knoten wurden erneuert: Der Rheinbrückenkopf in Vaduz und die westliche Schwibbogakreuzung in Bendern.

Behinderungen mussten an beiden Baustellen in Kauf genommen werden. Auch der Strassenzug nach Triesenberg

und weiter bis in den Steg verlangte von den Verkehrsteilnehmenden Verständnis. Strassensanierungen an der Meierhofstrasse, der Neubau an der Abzweigung zum Wangerberg, der weitere Sanierungsabschnitt Guferwald und die Sanierung der Saminabrücke im Steg standen ferner auf dem Programm.

Der Abschnitt Feldkircherstrasse in Schaan mit der Einmündung der Eschnerstrasse und dem Schulwegübergang am Bierhüsle ist nun deutlich verkehrssicherer. Die Neugestaltung des Landstrassenabschnittes bei der Heuwegemündung in Vaduz mit Busbucht, Busspur und Lichtsignalanlage ist Teil eines Verkehrskonzeptes zwischen Schaan und Triesen, das mittelfristig die Abwicklung des steigenden Verkehrsaufkommens bewältigen soll.

Der erste Teil zur Erneuerung und Erweiterung der Verkehrszählanlage wird dazu beitragen, künftige Verkehrspläne noch zuverlässiger zu dimensionieren und das Verkehrsmodell noch enger an das wirkliche Verkehrsgeschehen anzugleichen. Die zusätzlichen Zählstellen dienen dazu, auch Verkehrsstromverlagerungen zuverlässig zu erfassen.

Neben den oben bereits erwähnten Strassensanierungen nach Triesenberg und ins Alpengebiet wurden auch Strassenabschnitte in Triesen, Eschen, Mauren, Schellenberg und Ruggell saniert.

Beim betrieblichen Unterhalt verdient der Winterdienst Erwähnung. Es wurde aus Gründen des Umweltschutzes sowie der Kostensenkung eine deutlich restriktivere Handhabung der Bearbeitungsintensität verfügt.

Landesvermessung

Beinahe alle Operate zur flächendeckenden Digitalisierung der Amtlichen Vermessung sind in Auftrag gegeben. Das Fixpunktnetz wird sukzessive erneuert. Die GDI (Geodaten-Infrastruktur) wird stetig mit neuen Informations Ebenen erweitert. Die anhaltende Zunahme an Besuchern des Internetportals verbunden mit einem erfreulichen Zuwachs an Zugriffen auf die verschiedenen Informations Ebenen verdeutlicht das steigende Nutzungsbedürfnis an Geodaten in der Bevölkerung. Mit der Einarbeitung einer Ebene «Höhen», beziehungsweise deren Verfügbarmachung in Form von Höhenkurven, wurde nicht nur der digitale Zugang zur Topographie mit der neuen Technologie «Laserscanning» und dem daraus resultierenden digitalen Terrainmodell (DTM) allgemein nutzbar gemacht, dieser Schritt könnte auch zu einer Türöffnung für die dritte Dimension in der Amtlichen Vermessung führen.

Rüfen und Gewässer

Mit dem Wetter hatte im vergangenen Jahr nicht nur der Strassenunterhalt im Winterdienst zu kämpfen, davor hat am 22. August ein Starkniederschlagsereignis mit enormer Intensität die ganze Region heimgesucht. Dank der langjährigen grossen Präventivinvestitionen und auch mit etwas Glück blieben Schäden an zivilen Bauwerken weitgehend aus. Das Ereignis forderte dennoch allein für die Sofortmassnahmen ca. 1,8 Mio. Franken. Das Unterhaltsprogramm der Abteilung unterlag ab diesem Ereignistag den daraus notwendig gewordenen Folgeaktivitäten.

Strassenbau

Strassenverbesserungen und -neubauten (Konto 600.501.01)

Der ursprüngliche Budgetrahmen von 7 Mio. CHF für das Strassenbauprogramm 2005 musste aufgrund der äusserst speditiven Abwicklung beim Projekt Schwibboga-Kreisel, Bendern mittels Landtagsbeschluss im Herbst 2005 im Nachhinein um eine weitere Mio. CHF auf insgesamt 8 Mio. CHF erhöht werden. Durch diese Erhöhung konnten der Kreisel Schwibboga in Bendern fertig gestellt und zusätzlich zwei Mittelinseln auf der Landstrasse Gamprin - Ruggell realisiert werden, welche die Sicherheit für die Fussgänger wesentlich verbessern.

Das Land Liechtenstein erhöhte somit das Investitionsvolumen für den Strassenbau insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 1 Mio. CHF.

Durch eine mehrjährige und frühzeitige Projektplanung wurde erneut versucht, den Baubeginn möglichst aller Projekte in den Zeitraum März / April zu verlegen, um einzelne Strassenbaustellen bereits im Sommer abzuschliessen, respektive mit den Belagsarbeiten noch vor Einbruch des Winters fertig zu sein. Dies gelang im Jahr 2005 grösstenteils, wobei einige Projekte im Sinne einer besseren Abwicklung und Koordination sowie aufgrund der gegenseitigen Beeinflussung trotzdem erst zu einem späteren Zeitpunkt in Angriff genommen wurden. Es ist aber weiterhin erklärtes Ziel der Abeitlung Strassenbau, die Projekte anhand eines mittel- und langfristigen Strassenbauprogramms jeweils frühzeitig anzugehen, so dass der Baubeginn für das Jahresprogramm jeweils in den Frühling fällt. Dann kann, optimale Bedingungen vorausgesetzt, die Mehrzahl aller Bauprojekte im Herbst des gleichen Jahres abgeschlossen werden. Auf diese Art werden mittel- und langfristig auch die Ausführungsqualität und damit die Lebensdauer der Bauwerke verbessert.

Trotz einiger Abweichungen und interner Verschiebungen konnte der Gesamtkredit von CHF 8 000 000 eingehalten werden.

a) Laufende Projekte

Bei den aufgeführten Projekten wurden als baulicher Abschluss verschiedene Arbeiten, vor allem Deckbelagsarbeiten, ausgeführt.

Diese Projekte erforderten nachstehende Aufwendungen:

	Aufwendungen 2005
– Eintrachtkreisel, Eschen, Gestaltung und Bepflanzung	CHF 367 941
– Schwibboga Bendern, Binnenkanalbrücke, Deckbelag	CHF 10 321
– Schwibboga Bendern, Erschliessung ARA, Deckbelag	CHF 38 186

b) Neue Projekte

Landstrasse Triesenberg innerorts, Wangerberg - Rütelti

Technische Daten: L = 275.00 m, B = 6.00 m + 1.50 m
Projekt und Bauleitung: Ingenieurbüro Hoch und Gassner AG, Triesenberg
Baubeginn: März 2005
Fertigstellung: Dezember 2005

Mit diesem Ausbau des Strassenstücks in Triesenberg samt Trottoirergänzung konnte eine seit langem bestehende, sicherheitstechnische Lücke im Fusswegnetz entlang der Landstrasse geschlossen werden. Dieses neue Trottoir sichert den Fussweg zum expandierenden Weiler Wangerberg. Es verbindet auch die Liegenschaften in diesem Bereich mit den Bushaltestellen Täscherloch und Rütelti. Die neue Linksabbiegespur für die Abzweigung in Richtung Wangerberg entschärft die Unfallgefahr an dieser Stelle beträchtlich, indem Auffahr- und Streifkollisionen vermieden werden. Die Einmündung der Wangerbergstrasse in die Landstrasse entspricht mit dieser Umgestaltung den sicherheitstechnischen Anforderungen.

Aufwendungen 2005 CHF 1 078 582



Landstrasse Triesenberg innerorts mit neuem Trottoir und Mittelinsel

Zufahrt Rheinbrücke Vaduz

Projekt und Bauleitung: Seger und Gassner AG, Vaduz
Baubeginn: März 2005
Fertigstellung: Oktober 2005

Der Kreuzungsbereich bei der Rheinbrücke Vaduz wies schon seit längerer Zeit sicherheitstechnische und kapazitätsmässige Mängel auf. Mit dem grosszügigeren Ausbau des Kreuzungsbereichs am ostseitigen Rheinbrückenkopf konnte die dortige enge Kurve verbreitert und die Leistungsfähigkeit des Knotens vergrössert werden. Die Leistungssteigerung bewirken hauptsächlich die neuen Linksabbiegespuren für die Abbiegebeziehungen Vaduz-Triesen und Triesen-Schweiz. Es wird auch daran gedacht, die Rheinbrücke dreispurig zu betreiben, wodurch allenfalls noch eine zusätzliche Verbesserung möglich wäre. Erste Vorabklärungen mit dem Tiefbauamt des Kantons St. Gallen sind dazu bereits im Gange. Ausserdem wird eine konsequente Trennung des motorisier-

ten vom Fussgänger- und Radfahrerverkehr angestrebt. Die schwachen Verkehrsteilnehmer sollen künftig auf der schweizerischen Seite bereits vor der Rheinbrücke auf einer noch zu erstellenden Wegverbindung direkt auf den Rheindamm und dort zur alten Holzrheinbrücke geleitet werden. Auf Liechtensteiner Seite bestehen bereits attraktive Wegverbindungen vom Wuhrweg aus Richtung Triesen und vom Rheindamm aus Richtung Schaan zum innerörtlichen Radwegnetz und auf den Binnendamm.

Aufwendungen 2005 CHF 1 097 810

Feldkircherstrasse Schaan, Abschnitt Fanal - Bierhütle

Technische Daten: L = 200.00 m, B = 6.50 m + 2 x 2.75 m
Projekt und Bauleitung: Wenaweser und Partner Bauingenieure AG, Schaan
Baubeginn: März 2005
Fertigstellung: Oktober 2005

In den Jahren 2002 bis 2004 erfolgten mit dem Rückbau der Feldkircherstrasse im Bereich Dorfeingang Nord-Fanal die ersten Schritte zur Umgestaltung der Landstrassen im Schaaner Zentrum. Die nun erstellte Etappe setzt den eingeschlagenen Weg konsequent fort. Der gewählte Ausbauquerschnitt soll die motorisierten Verkehrsteilnehmer zu moderater Fahrweise animieren. Die Verkehrssicherheit der schwachen Verkehrsteilnehmer wird mit den grosszügigen beidseitigen Fuss-/Radwegen wesentlich verbessert. In diesem Abschnitt lag auch die verkehrstechnisch ungünstige Einmündung der Eschnerstrasse. Diesem Einmündungsbereich wurde bei der Projektierung besonderes Augenmerk geschenkt und so konnte auch eine deutliche Verbesserung erzielt werden. Je nach Erfolg und Fortschritt bei den noch ausstehenden Landerwerbsverhandlungen wird der Umbau der Strasse noch bis zur Specki fortgesetzt werden.

Aufwendungen 2005 CHF 806 594



Neu gestaltete Mittelinsel bei der Einmündung Eschnerstrasse

Landstrasse Vaduz - Triesen, Knoten Heuweg

Technische Daten: L = 450.00 m, B = 7.00 m + 2 x 3.00 m

Projekt und Bauleitung: Hoch und Gassner AG, Triesenberg

Baubeginn: März 2005

Fertigstellung: November 2005

Der Aus- respektive Umbau des vorliegenden Landstrassenabschnitts orientierte sich an den Ergebnissen aus der Konzeptstudie über die Verkehrsorganisation der Landstrasse Vaduz-Triesen aus dem Jahr 2003. Im Ausbauperimeter von der Pflugstrasse bis zur Alten Landstrasse wurde eine durchgehende Busspur in Richtung Vaduz und beidseitig ein richtungsgetrennter Fuss-/Radweg realisiert. Auf dem westlichen Strassenabschnitt im Bereich Heuweg-Hoval erfolgte eine Abtrennung des Fuss-/Radwegs von der Fahrbahn durch einen Grünstreifen, welcher gleichzeitig als gestalterisches Element im Strassenraum dienen soll. Der Knoten Heuweg wurde mit einer separaten Linksabbiegspur aus Richtung Triesen, sowie getrennten Links- und Rechtsabbiegespuren vom Heuweg her und einer Lichtsignalanlage ausgestattet. Die Fussgängerquerung im Bereich der Busbuchten wurde mittels einer Mittelinsel gesichert. Die örtlich vorhandenen grosszügigen Platzverhältnisse erlaubten einen, dem grossen Verkehrsaufkommen angepassten Ausbau für sämtliche Verkehrsteilnehmer. Der Ausbau in Richtung Vaduz konnte im Berichtsjahr aufgrund eines hängigen privaten Überbauungsplanes nicht definitiv fertig gestellt werden. In Absprache mit der privaten Bauherrschaft wird dieser Abschnitt erst nach der Fertigstellung der Untergeschosse der geplanten Überbauung gemeinsam mit den Vorplatzanpassungen ausgeführt werden. Damit wird eine Schädigung der neuen Strasse durch das private Bauvorhaben vermieden.

Das Gesamtkonzept für die Landstrasse Vaduz-Triesen sieht in der Folge den weiteren Umbau mit einer Busbevorzugung über die Meierhofkreuzung bis zum Aukreisel vor.

Aufwendungen 2005

CHF 1 209 661



Neuer Knoten Heuweg mit Lichtsignalanlage

Kreisel Schwibboga, Bendern

Projekt und Bauleitung: Wenaweser und Partner Bauingenieure AG, Schaan

Baubeginn: März 2005

Fertigstellung: Dezember 2005

Die Neukonzeption des Gebietes von der ARA Bendern bis zur Vorlandbrücke der Rheinbrücke Bendern-Haag in Verbindung mit dem Ausbau der ARA erfordert eine komplette Neuerschliessung dieses Gebietes. Die Neuerschliessung war in drei Teilprojekte (Binnenkanalbrücke, Erschliessungsstrasse ARA Bendern und Kreisel Schwibboga) unterteilt, die nacheinander realisiert werden mussten, um die Arbeiten mit möglichst geringen Beeinträchtigungen der Verkehrsabläufe durchführen zu können. Der Ausbau der Binnenkanalbrücke und der neuen Erschliessungsstrasse erfolgte in den Jahren 2003/2004. Gleichzeitig wurde vom Abwasserzweckverband der neue Düker des Hauptsammelkanals unter dem Binnenkanal realisiert. Wegen den eingetretenen Verzögerungen bei diesen vorangegangenen Bauwerken konnte mit dem Ausbau des Kreisels erst im Jahr 2005 begonnen werden.

Beim Kreisel Schwibboga handelt es sich um einen Verkehrskreisel mit einem Aussendurchmesser von 30 Metern und einer Fahrbahnbreite von 5.50 Metern. Für die Fussgänger sind auf jedem Anschlussarm Übergänge mit Mittelinseln angeordnet, die eine hohe Sicherheit gewährleisten. Um die erforderliche Verkehrsleistung sicher zu stellen, wurde eine eigene Spur für den Verkehr von der Industrie Bendern in Richtung Autobahn in Form eines Bypasses angelegt. Dieser verhindert insbesondere zu den Abendspitzen ein Verstopfen des Kreisels.

Eine optimale Projektorganisation und günstige Witterungsverhältnisse liessen den Werkleitungs- und Kreiselbau schneller als erwartet ablaufen. Mit dem vom Landtag im Herbst gesprochenen Nachtragskredit konnte der Kreisel, früher als geplant, bereits im Jahr 2005 dem Verkehr übergeben werden. Für das kommende Jahr sind noch einige Fertigstellungsarbeiten am Kreisel und die Anpassungsarbeiten am Postplatz sowie der Umbau der Schaanerstrasse bis zum Broggmederweg vorgesehen.

Aufwendungen 2005

CHF 1 940 235



Einbau des Deckbelags beim Kreisel Schwibboga, Bendern

Lichtsignalanlage

Das bestehende Strassennetz stösst mit den ständig steigenden Mobilitätsbedürfnissen immer mehr an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Die Folge sind Staus mit Wartezeiten für alle Verkehrsteilnehmenden. Dies behindert auch den öffentlichen Nahverkehr und erschwert das Einhalten des Fahrplans.

Die Lichtsignalanlage beim Knoten Heuweg in Vaduz ist eine erste Massnahme als Reaktion auf diese Entwicklung. Indem die Anlage sehr individuell auf die Bedürfnisse der einzelnen Zufahrten reagieren kann, ist sie auch imstande, den Verkehr paketweise dosiert derart zur Meierhofkreuzung und weiter zum Aukreisel zu führen, dass der Aukreisel seine maximale Leistungsfähigkeit erhalten kann. Gleichzeitig dient die Anlage im Knoten selbst der Sicherheit und der Kapazitätsverteilung. Das Projekt ist eine Teilrealisierung aus der Studie für den Landstrassenabschnitt zwischen dem Zentrum in Vaduz bis zum Süden in der Gemeinde Triesen. Die Studie zeigt Lösungen auf, mit denen das sich entwickelnde Mobilitätsgeschehen mittelfristig auf dem bestehenden Strassennetz bewältigt werden kann.

Aufwendungen 2005 CHF 222 364



Neue Lichtsignalanlage Heuweg, Vaduz

Ersatz Verkehrszähler und Einbau Fernüberwachung

Über den Zweck und die Notwendigkeit des neuen Verkehrszählkonzeptes wurde an dieser Stelle schon im Vorjahr berichtet. Plangemäss wurden nun im Berichtsjahr die ersten Geräte beschafft und installiert. In dieser Phase wurden die Standorte Rheinbrücke Vaduz, Rheinbrücke Schaan, Feldkircherstrasse Schaan, Rheinbrücke Benden sowie der Grenzübergang Ruggell-Nofels mit den neuen Zählgeräten ausgerüstet. Für das Jahr 2006 ist die Einrichtung von weiteren 16 Standorten vorgesehen.

Es handelt sich um ein bewährtes Zählsystem, welches die Fahrzeuge in 10 Längenklassen (ASTRA 10-Modell) über im Boden eingelassene Induktionsschleifen erfasst. Die Übertragung der erfassten Daten erfolgt via GSM in einen beim Tiefbauamt installierten Zentralrechner, auf welchem diese Daten anschliessend ausgewertet und weiter bearbeitet werden können. Die Zählgeräte werden, wo immer möglich, mit Solarstrom betrieben. Dieser wird mit

Solarzellen erzeugt, die als Panels über den Geräten montiert sind. Weil dieses System auch einen grossen Marktanteil in der Schweiz abdeckt, ist der Datenaustausch mit den benachbarten Kantonalen Tiefbauämtern und auch dem ASTRA (Bundesamt für Strassen) problemlos möglich.

Aufwendungen 2005 CHF 130 744

c) Diverses

Allgemeines und Unvorhergesehenes

Alljährlich fallen viele kleinere Baumassnahmen an, die bei der Budgetierung nicht voraussehbar sind. Meist sind es verkehrsorganisatorische Massnahmen, die aus Gründen der Verkehrssicherheit und der Zuverlässigkeit der Verkehrsabwicklung so rasch als möglich umzusetzen sind. Die unvorhergesehenen Arbeiten werden auf diesem Sammelkonto verbucht. Grössere Aufwendungen ergaben sich für folgende Tätigkeiten:

- Mittelinsel Landstrasse
Gamprin-Ruggell, Mühlegass ca. CHF 70 000
 - Mittelinsel Landstrasse
Gamprin-Ruggell, Jedergass ca. CHF 70 000
 - UVP Industriezubringer Schaan ca. CHF 100 000
 - Leitplanken Rheindamm
Vaduz-Triesen ca. CHF 50 000
 - Baugrunduntersuchungen
Essanestrasse Eschen ca. CHF 40 000
- Aufwendungen 2005 CHF 535 519

Übersicht über Abweichungen von den budgetierten Kosten

Objekt	Budget CHF	Aufand CHF	Bemerkungen
A) LAUFENDE PROJEKTE			
– Eintrachtkreisel, Eschen, Gestaltung und Bepfl.	200 000	367 941	Fertigstellung
– Schwibboga Bendern, Binnenkanalbrücke	50 000	10 321	Deckbelag
– Schwibboga Bendern, Erschliessung ARA	50 000	38 186	Deckbelag
B) NEUE PROJEKTE			
– Landstrasse Triesenberg innerorts, Wangerberg-Rütelti	950 000	1 078 582	Strassenumbau + Trottoir
– Zufahrt Rheinbrücke Vaduz	850 000	1 097 810	Strassenumbau
– Feldkircherstrasse Schaan, Fanal-Bierhüsle	1 000 000	806 594	Strassenumbau
– Landstrasse Vaduz–Triesen, Knoten Heuweg	1 350 000	1 209 661	Strassenumbau + Busspur
– Kreisel Schwibboga Bendern	1 900 000	1 940 235	Neubau Kreisel
– Lichtsignalanlage Heuweg	500 000	222 364	Neubau einer Lichtsignalanlage
– Verkehrszähler	100 000	130 744	Neues Verkehrszählernetz
C) ALLGEMEINES			
– Bodenauslösungen	400 000	555 856	
– Allgemeines und Unvorhergesehenes	650 000	535 519	
Total	8 000 000	7 993 813	

Bauliche Massnahmen für den öffentlichen Verkehr (Konto 650.501.01)

Budget 2005 CHF 200 000
 Aufwendungen 2005 CHF 194 532

Im Jahr 2005 wurden wieder diverse Massnahmen, welche direkt oder indirekt zur Förderung des öffentlichen Verkehrs beitragen, umgesetzt. Folgende Haltestellen wurden neu mit einer Wartekabine ausgestattet:

- Garnetschhof, Triesen
- Provisorium Sonnenkreisel, Triesen
- Rütelti, Triesenberg
- Masescha, Triesenberg
- Bierhüsle Ost, Schaan
- Bierhüsle West, Schaan
- Egerta, Balzers
- Bühl, Gamprin

Auf der Bendererstrasse beim Übergang der Herbert Ospelt Anstalt, an der Landstrasse Triesen innerorts im Bereich der LAK und an der Landstrasse Ruggell innerorts, wurden zur Erhöhung der Sicherheit für die fahrbahnquerenden Fahrgäste im Bereich der Haltestellen Mittellinien eingebaut.

Im Bereich der Haltestelle St. Peter in Schaan wurde für die Fahrgäste des öffentlichen Verkehrs ein Fahrradunterstand errichtet.

Diverse Strassenprojektierungen (Konto 600.318.01)

Budget 2005 CHF 350 000
 Aufwendungen 2005 CHF 349 916

Strassenunterhalt (Werkbetriebe)

Allgemeines

Verglichen mit den Winterdienstaktivitäten auf den Strassen im benachbarten Ausland, wird im Fürstentum Liechtenstein der Winterdienst intensiver betrieben. Daher wurde der Winterdienst ab der Saison 2005/2006 neu geregelt.

Die Einsatzzeiten der Winterdienstequipen wurden neu abends um zwei Stunden verkürzt. Räumarbeiten finden nun bei Bedarf von 04.00 Uhr bis 20.00 Uhr statt. Bei ausserordentlichen Witterungsverhältnissen wie Strassenglätte, gefrierender Regen oder extremem Schneefall wird aus Sicherheitsgründen auch ausserhalb der offiziellen Einsatzzeiten Räumdienst geleistet. Als zweite Neuerung wurde die verzögerte Schwarzräumung auf den Nebenachsen des Landstrassennetzes eingeführt. Dabei wird die mit dem Pflug mechanisch geräumte Strasse vorerst mit einer griffigen, weissen Schneefahrbahn befahrbar gehalten. Die Strecke wird dann meist unter Verkehr ohnehin schneefrei. Eine allfällig verzögert eintretende Schnee- und/oder Eisglätte wird bei Bedarf mit Salz bekämpft.

Mit dieser Regelung wurde ein gesundes Mittelmass zwischen den Aspekten des Umweltschutzes, der Verkehrssicherheit und wirtschaftlichen Gesichtspunkten gefunden. Die bisherigen, zwar erst kurzen aber intensiven Wintererfahrungen geben Anlass zum Beibehalt des eingeschlagenen Weges.

Material, Transporte etc. (Konto 600.313.01)

Budget	CHF 178 000.00
Aufwendungen	CHF 177 470.20

Über dieses Konto werden die verschiedensten Aufwendungen abgerechnet, u.a. die mechanische Trottoirreinigung, die von einem privaten Unternehmen ausgeführt wird. Holz für Steinschlagverbauungen und Zäune sowie viele kleinere Materialbezüge für Unterhaltsarbeiten werden ebenfalls diesem Konto belastet. Nach diversen Rufeniedergängen in den Alpen wurden die Aufwendungen für die Aufräumarbeiten diesem Konto belastet.

Technischer Dienst (Konto 600.314.02)

Budget	CHF 313 000.00
Aufwendungen	CHF 312 287.85

Über das Konto «Technischer Dienst» werden die Aufwendungen für den Unterhalt der Lichtsignalanlagen und Leiteinrichtungen, den Unterhalt und die Erneuerung der Signalisationen an den Landstrassen, die Stromkosten für landeseigene Beleuchtungen und für die Signalisationen sowie die Materialbeschaffungskosten für die Markierarbeiten abgegolten.

Maschinen und Werkzeuge (Konto 600.314.03)

Budget	CHF 388 000.00
1. Nachtragskredit	CHF 60 000.00
2. Nachtragskredit	CHF 32 000.00
Aufwendungen	CHF 475 446.00

Das Konto «Maschinen und Werkzeuge» beinhaltet den Unterhalt und sämtliche Betriebsmittel aller Fahrzeuge des Werkbetriebes, wie Strassenwischfahrzeug, Markiermaschine, Unimog, Mannschaftsfahrzeuge usw. Ebenfalls wurden die Unterhaltsarbeiten für alle Winterdienstgeräte (Pflüge und Streuer) über dieses Konto abgerechnet. Die gestiegenen Treibstoffpreise sowie unerwartete Unterhaltsarbeiten an der Strassenwischmaschine und an verschiedenen Winterdienstgeräten haben zu den Nachtragskrediten geführt.

Unterhalt von Strassen (Konto 600.314.04)

Budget	CHF 2 900 000.00
Aufwendungen	CHF 2 899 014.30

Bergstrasse Triesen, Abschnitt Vanolaweg-Poska

Die Bergstrasse in Triesen wurde im Abschnitt Vanolaweg-Poska saniert. Bei der Sanierung wurde der ganze Belag abgefräst und auch 20 cm Koffermaterial ausgetauscht. In Teilbereichen mussten zudem die Kanalisation und diverse Werkleitungen erneuert werden. Anschliessend wurde die berg- und talseitige Pflasterung neu versetzt und insgesamt 12 cm Tragschicht eingebaut. Der Deckbelag wird im Jahr 2006 aufgebracht.

Aufwendungen	CHF 323 220.70
--------------	----------------

Meierhofstrasse Triesen, Abschnitt Vaschiel-Matschils

An der Meierhofstrasse, im Bereich Vaschiel-Matschils, wurde im Zusammenhang mit der Erneuerung sämtlicher

Werkleitungen der gesamte Asphaltbelag abgetragen und neu eingebaut. Zudem wurde auf der ganzen Länge ein neues Trottoir erstellt.

Aufwendungen	CHF 314 631.65
--------------	----------------

Landstrasse Triesenberg-Steg, Guferwald-Gädami

Aufgrund der festgestellten Schäden und des Alters der bestehenden Strassenentwässerungsleitung im Bereich Gädami bis Guferwald wurde beschlossen, die Leitung vollständig durch neue Polypropylen-Rohre zu ersetzen. Im Zusammenhang mit dem Leitungsneubau wurden sämtliche Einlaufschächte neu gesetzt. Bei der Einmündung Spennistrasse wurde eine Hochwasserentlastung eingebaut.

Aufwendungen	CHF 436 449.25
--------------	----------------

Nendeln innerorts, Churerstrasse

Der Werkleitungsbau auf der Churerstrasse in Nendeln, im Abschnitt Sebastianstrasse-Waldteilstasse führte zur Notwendigkeit, den Deckbelag über die ganze Fahrbahn zu erneuern. Dabei bot sich die Gelegenheit, bei der Post, beim Denner und bei der Waldteilstasse Fussgängermitteinseln einzubauen. Die Ampelanlage beim Denner konnte dadurch entfernt werden.

Aufwendungen	CHF 308 643.55
--------------	----------------

Prestakreisel-Kohlplatz, Eschen

Der Strassenabschnitt vom Prestakreisel bis zum Kohlplatz in Eschen liegt auf sehr problematischem Baugrund. Dies hat zu starken Setzungen und erheblichen Funktionsstörungen am Entwässerungssystem geführt. Der Strassenabschnitt samt Belag, Randabschlüssen und Entwässerung musste erneuert werden.

Aufwendungen	CHF 438 576.30
--------------	----------------

Peter-Kaiser-Strasse in Mauren, Abschnitt Denner bis Popers

Nach den Werkleitungsbauten im Vorjahr konnte im Berichtsjahr bei der Einmündung Wegackerstrasse eine Fussgängermitteinsel eingebaut werden. Der Einbau des Deckbelages über die ganze Strecke bildete dann den baulichen Abschluss des Strassenabschnittes.

Die anschliessenden Markierungsarbeiten stellten für die Gemeinde einen seit langem geforderten Wunsch dar, welcher sehr kostengünstig und Platz sparend ausgeführt wurde. Die Dorfstrasse in Mauren ist eine grosszügig ausgebaute Strasse mit den Standards der Sechzigerjahre. Auf ihr wickelte sich der Verkehr bisher entsprechend zügig ab. Gefragt waren deshalb Massnahmen zur Verlangsamung des motorisierten Verkehrs. Für eingreifende Strassenraumgestaltungen fehlte aber der Platz. Es wurde deshalb die erste Kernfahrbahn in Liechtenstein auf der Maurer Dorfstrasse verwirklicht. Das moderate Verkehrsaufkommen, verbunden mit den anderen günstigen Rahmenbedingungen führte zur Realisierung und zur Weiterführung bis zum Prestakreisel in Eschen. Mit den bisherigen Erfahrungen können die

Erwartungen an diese Kernfahrbahn als erfüllt betrachtet werden.

Aufwendungen CHF 101 410.20

Landstrasse Schellenberg, Dorfplatz-Säga

Im Zuge des Vorhabens, die Landstrasse von der Abzweigung Widum bis zur Säga etappenweise dem jeweiligen Beschädigungsgrad entsprechend zu sanieren, wurde im Berichtsjahr die dritte Etappe vom Dorfplatz bis zur Säga erneuert. Dabei mussten das Koffermaterial ausgetauscht, die ganze Pflästerung und der Asphaltbelag sowohl beim Trottoir als auch bei der Fahrbahn erneuert werden.

Aufwendungen CHF 383 274.75

Landstrasse Ruggell-Nofels

Im Bereich der Torinsel bis zum Fuhraweg musste im Zusammenhang mit der Erneuerung der Werkleitungen der Strassenoberbau samt den Randabschlüssen erneuert werden. Während der gesamten Bauzeit wurde der Verkehr über die Schellenbergerstrasse umgeleitet.

Aufwendungen CHF 246 085.75

Wie jedes Jahr, wurden auch im Berichtsjahr wieder an diversen Landstrassen viele kleinere und grössere Pflästerungs- und Belagsschäden ausgebessert. Landeseigene Zäune und Leiteinrichtungen mussten ebenso repariert oder erneuert werden. Dasselbe gilt für Entwässerungseinrichtungen.

Aufwendungen CHF 346 722.15

Brückenunterhalt (Konto 600.314.05)

Budget CHF 1 200 000.00

Aufwendungen CHF 1 199 886.95

Sanierung Saminabachbrücke Steg

Die Instandsetzungsarbeiten an der Saminabachbrücke konnten mit dem Betonabtrag, den Reprofilierungs-, Isolier- und Belagsarbeiten im Fahrbahnbereich abgeschlossen werden.

Aufwendungen CHF 518 713.40

Eschebrücke Bendern

Der Bau des Schwibboga-Kreisels mit den diversen Zusatzbauwerken in seinem Umfeld, bedingten auch Anpassungen an der Eschebrücke. Die dazu angestellten eingehenden Untersuchungen des Zustandes ergaben mit Sicht auf eine Optimierung der Nutzungsdauer und der damit verbundenen Kosten-Nutzenrechnung die Notwendigkeit eines Neubaus.

Aufwendungen CHF 623 869.20

Sanierungs- und Erneuerungsarbeiten an vielen kleineren Kunstbauten, insbesondere auch an Bruchsteinmauern verursachten die nachstehenden Kosten. Namentlich genannt seien die Arbeiten bei der Rheinbrücke in Balzers, an der Strasse zwischen Gädami und Gaflei und an der Bergstrasse in Vaduz.

Aufwendungen CHF 57 304.35

Winterdienst (Konto 600.314.06)

Budget CHF 650 000.00

1. Nachtragskredit CHF 500 000.00

2. Nachtragskredit CHF 70 000.00

Aufwendungen CHF 1 201 074.55

Die vergangenen Winter haben die grosse Spannweite der Aufwendungen für den Winterdienst deutlich aufgezeigt. In der Hoffnung auf einen «Durchschnittswinter» wurde für das Jahr 2005 der langjährig gehaltene Durchschnittsbetrag von CHF 650 000.00 budgetiert. Diese Vorgabe konnte nicht eingehalten werden. Extreme Wetterereignisse führten zu erheblichen Mehrkosten. Im Februar und Dezember sorgten ergiebige, über mehrere Tage anhaltende Schneefälle zu ununterbrochenen Einsätzen aller verfügbaren Geräte und Fahrzeuge sowie des ganzen Personalbestandes.

Fremdleistungen (Konto 600.314.07)

Budget CHF 223 000.00

Aufwendungen CHF 221 498.65

Mit diesem Konto werden die Aufwendungen für die Entleerung der Einlaufschächte, die Entsorgung der Inhalte, die externen Kosten für Pflege und Unterhalt der Grünanlagen, die externen Kosten für die Felssäumung sowie die Felssicherungen bestritten. Auch die Kosten für die Abfallbeseitigung werden über dieses Konto abgerechnet.

Verbrauchsmaterial Magazine (Konto 600.314.08)

Budget CHF 248 000.00

Aufwendungen CHF 254 584.00

Unter diesem Konto werden die Aufwendungen für die Reparatur von Unfallschäden an Landeseigentum und den Unterhalt von LBA-Wartekabinen verbucht. Ein grosser Teil der Unfallschäden kann zwar weiterverrechnet werden, wird aber dann einem anderen Konto gutgeschrieben. Die Verbrauchsmaterialien für den Betrieb und Unterhalt der Landstrassen wie Temporärsignalisationen, Schlossereibedarf, Kleinwerkzeuge und dergleichen gehen ebenso zu Lasten dieses Kontos.

Unterhalt Werkleitungsstollen (Konto 600.314.09)

Budget (Anteil Land) CHF 15 000.00

Aufwendungen CHF 15 963.15

Die Unterhaltsaufwendungen für den Werkleitungsstollen sind gemäss Aufteilungsschlüssel des Zweckverbandes zu 3/7 vom Land zu tragen. Eine Risikoanalyse für allfällige Szenarien im Portalgebäude West, die im Berichtsjahr in Auftrag gegeben wurde, bedingte

Sofortmassnahmen, die auch bereits schon umgesetzt sind.

Versicherungen (Konto 600.318.03)

Budget CHF 20 000
 Aufwendungen CHF 18 245
 Über dieses Konto werden alle Haftpflichtversicherungen der Fahrzeuge des Tiefbauamtes bezahlt.

Maschinen/Fahrzeuge Neuanschaffungen (Konto 600.506.00)

Budget CHF 275 000
 Aufwendungen CHF 273 726
 Zwei 18 Jahre alte Einsatzfahrzeuge des Strassenunterhaltes wurden durch zwei moderne Allradnutzfahr-

zeuge mit Kipperbrücke ersetzt. Für den Winterdienst auf der Strecke Malbun musste ein Zweikammerstreuer (Salz und Splitt) ersetzt werden und auch für die Strecke Vaduz-Triesenberg ein Einkammerstreuer mit Sole-tank. Diese Anschaffungen sind nicht nur einfach ein modernerer Ersatz, es wird mit dem deutlich verfeinerten Dosiersystem und der verbesserten Oberflächentemperaturerfassung durch sparsameren Salzverbrauch auch dem Umweltschutz Rechnung getragen.

Übersicht über die Konten des Werkbetriebes

Konto Nr.	Text/Objekt	Budget	Aufwand	Bemerkungen
600.313.01	Material, Transporte etc.	178 000.00	177 470.20	
600.314.02	Technischer Dienst	313 000.00	312 287.85	
600.314.03	Maschinen u. Werkzeuge	388 000.00	475 446.00	NK 92 000.00
600.314.04	Baulicher Unterhalt	2 900 000.00	2 899 014.30	
600.314.05	Brückenunterhalt	1 200 000.00	1 199 886.95	
600.314.06	Winterdienst	650 000.00	1 201 074.55	NK 570 000.00
600.314.07	Fremdleistungen	223 000.00	221 498.65	
600.314.08	Verbrauchsmat. Magazine	248 000.00	254 584.00	
600.315.09	Werkleitungsstellen	15 000.00	15 963.15	
660.318.03	Versicherungen	20 000.00	18 245.00	
600.506.00	Masch./Fahrz. Neuansch.	275 000.00	273 726.00	
Total		6 410 000.00	7 049 196.65	NK 662 000.00

Vermessung

Landesvermessung

Aufwendungen gemäss Finanzgesetz

Konto	Kontotext	Budget	Aufwand	Ertrag
104.318.01	Landesvermessung	981 000	953 773.55	
104.318.02	Nachführung Vermessungsoperate	110 000	116 306.50	
104.318.03	LIS/GIS-Koordination, (GDI)	119 000	59 050.75	
104.318.04	Ertrag Landesinformationssystem	-70 000		-85 636.50
104	Total	1 140 000	1 129 130.80	-85 636.50
	Saldo		1 043 494.30	

Einleitung

Im Dezember 2005 wurde bekannt gegeben, dass ein erster Testsatellit für das europäische Navigationssystem GALILEO in die Erdumlaufbahn gebracht wurde. Ab 2011 sollen 30 Satelliten für GALILEO um die Erde kreisen und eine deutlich präzisere Ortsbestimmung ermög-

lichen, als dies das bisher verwendete amerikanische Global Position System (GPS) zu bieten vermag.

Seit einigen Jahren sind bei uns und ebenso in der ganzen Schweiz Bemühungen im Gang, über ein GPS-gestütztes Messverfahren das Fixpunktnetz zu erneuern

und damit die Grundlage für ein neues Bezugssystem zu schaffen. Das neue Bezugssystem wird als Landesvermessung 1995 (LV95) bezeichnet, weil die ursprüngliche Konzeption und die Grundlagen auf das Jahr 1995 zurückgehen. Es soll längerfristig das alte, herkömmlich über Winkelmessungen erstellte Bezugssystem von 1903 (LV03) ablösen. Mit diesem Vorgehen wird die von West nach Ost über die gesamte Schweiz verteilte Spannung (Fehler aus der Summe von Messtoleranzen) des alten Bezugssystems von fast 2 m eliminiert. In Liechtenstein konnten alle Vorarbeiten zur Überführung der Amtlichen Vermessung vom alten (LV03) ins neue Bezugssystem (LV95) abgeschlossen werden. Nach Einführung von LV95 wird es sehr einfach möglich sein, Nachführungsarbeiten ohne jeweilige Rückmessung auf das Fixpunktnetz, allein mit Hilfe des Navigationssystems GPS und ab 2011 mit GALILEO auszuführen. Man wird sich im Bezugssystem LV95 schon mit einfachen Navigationsgeräten positionieren können. Durch diese Neuerungen können Messaufwand und Kosten gespart werden. Die Verknüpfung mit anderen, z. B. dem österreichischen Bezugssystem wird ausserdem vereinfacht.

Wie bereits im Vorjahr angekündigt, wurde nun im Berichtsjahr auch die Implementierung des Datenmodells für die Amtliche Vermessung in Angriff genommen.

Am 21. Juli 2005 setzte die Regierung das Gesetz über die Amtliche Vermessung und die Verordnung über die Amtliche Vermessung in Kraft. Mit der Neuausgabe des Gebührenreglements werden die Neuerungen in der Datenabgabe berücksichtigt.

Amtliche Vermessung (AV)

Fixpunktnetz/Fineltravermaschung

Die Amtliche Vermessung baut auf dem Fixpunktnetz der Landesvermessung auf. Die Grundlagen für die Erneuerung und Verbesserung des liechtensteinischen Fixpunktnetzes und für die Einführung eines neuen spannungsfreien Bezugsrahmens sind mit der Fertigstellung der so genannten «Fineltravermaschung» geschaffen worden. Die Fineltravermaschung verbindet Fixpunkte zu einem Dreiecksnetz, das über die ganze Schweiz und Liechtenstein gespannt wird. Durch Transformation innerhalb dieser Dreiecke (finite Elemente) wird ermöglicht, die bestehenden Daten vom alten Bezugsrahmen LV03 in den neuen LV95-Rahmen zu transformieren.

Mit der Eidgenössischen Vermessungsdirektion wurde vertraglich vereinbart, die neu erstellten Fixpunktprotokolle der schweizweiten Fixpunktdatenbank (Fixpunktdatenservice FPDS) über das Internet zugänglich zu machen. Die Fixpunktdaten sind nun für jedermann im Internet abrufbar.

Ersterhebungen (EE), Erneuerungen (EN)

Im Berichtsjahr wurden acht Aufträge für EE und EN vergeben. Es handelt sich dabei um je vier Ersterhebungen und Erneuerungen. Ersterhebungen sind Vermes-

sungen in Gebieten, für die bisher nur die Altkatastervermessung von 1860 Gültigkeit hatte. Erneuerungen sind Aufarbeitungen von Vermessungen, die nach 1945, gemäss dem Vermessungsgesetz von 1945, erstellt worden sind und die zur Anpassung an den technischen Fortschritt überarbeitet werden müssen. Unter den Erneuerungen befinden sich auch die Aufträge zur Überarbeitung des Alpen- und Gemeindewaldgebietes (AGW). Dem Grundbuch konnten ein Vermessungsoperat in Balzers und zwei in Schaan zur Eintragung übergeben werden.

Hoheitsgrenzen

Landesgrenzen

Bei der Einarbeitung der Landesgrenze Schweiz-Liechtenstein in den liechtensteinischen Datensatz wurde festgestellt, dass es kleine Unterschiede zwischen den beiden Datensätzen gibt. In gegenseitigem Einvernehmen wurden die Differenzen behoben.

Auch bei der Landesgrenze Österreich-Schweiz gab es in den Datensätzen beider Länder noch Differenzen, die ebenfalls bereinigt werden konnten. Die Landesgrenze zu Österreich wird im Berggebiet noch ausgedünnt. Anschliessend erfolgt ihre Anerkennung durch die Landesgrenzkommissionen der beiden Länder.

Aufwendungen 2005 (Konto 104.318.01)

Fixpunktnetz Nachführung CHF 835.95

Die Kosten sind hauptsächlich auf eine Fixpunktrevision im Rutschgebiet Triesenberg zurückzuführen.

Alpen und Waldvermessung CHF 108 676.80

Mit der Verifikationsbehörde und dem Tiefbauamt wurde ein kosten sparendes Vorgehen zur Erneuerung der Ebene Fixpunkte und Liegenschaften festgelegt. Das Fixpunktnetz LFP3 ist im Feld gemessen und im Büro bearbeitet worden. Die Aufarbeitung der Ebene Liegenschaften wurde begonnen.

Nachführung allgemein CHF 1 164.75

Die Aufwendungen sind für verschiedene Abklärungen und Bereinigungen benötigt worden.

NV Balzers CHF 42 697.90

EE= Ersterhebungen, EN= Erneuerungen (Aufarbeitung alter Grundbuchvermessungen)

– EE, Operat 4: Die Vermessungsarbeiten wurden abgeschlossen. Die Aktenübergabe erfolgte am 26. August 2005. Das Neuvermessungsoperat wird im Grundbuch eingetragen.

– EE, Operat 5: Die technischen Arbeiten sind abgeschlossen. Das Vermessungswerk ist vom 14. bis 28. November 2005 öffentlich aufgelegt. Nach der Genehmigung durch die Regierung kann das Vermessungswerk in das Grundbuch eingetragen werden.

- EN, Operat 8:
(Erneuerung Bodenbedeckung Plan 1-9, 20-21)
Die Aufarbeitung der Pläne ist abgeschlossen. Die Abgabe zur Schlussverifikation ist in Vorbereitung.
- EN, Operat 9: (Erneuerung Amtliche Vermessung, Los 1)
Die technischen Arbeiten sind soweit abgeschlossen, dass seit 1. Oktober 2004 die Datenausgabe ab den neuen, digitalen Daten erfolgt. Die Abgabe zur Schlussverifikation ist in Vorbereitung.

NV Triesen CHF 29 699.40

- EE, Operat 8: Die technischen Arbeiten wurden abgeschlossen. Die Akten sind bei der Verifikationsbehörde.
- EE, Operat 9: Die technischen Arbeiten konnten abgeschlossen werden. Die Akten sind bei der Verifikationsbehörde.

NV Triesenberg CHF 45 711.15

- EN Operat 8 (Steg): Die Liegenschaftsebene wurde mittels Transformation an das neue Fixpunktnetz angepasst. Die Bodenbedeckung und die Einzelobjekte wurden gemäss FL-Datenkatalog vor Ort überprüft und in den Vermessungsakten ergänzt.
- EE, Operat 2: Zur Durchführung der Neuvermessung im Waldgebiet wurde ein Vorprojekt ausgearbeitet. Im Weiteren wurde ein übergeordnetes Fixpunktnetz vor Ort rekognosziert und der Netzentwurf zur Stellungnahme an die Verifikationsbehörde übergeben.

NV Vaduz CHF 5 669.75

- EE, Operat 3b: Vaduzer Feldgebiet
Das Operat ist grundbücherlich eingetragen. Bei den Aufwendungen handelt es sich um Abschlussarbeiten.

NV Schaan CHF 145 438.70

- EN, Operat 5: (altes Los 1 und 2)
Das Vermessungswerk befindet sich in der Schlussverifikation.
- EE, Operat 4: Das Vermessungswerk wurde zur grundbücherlichen Eintragung abgegeben.
- EE, Operat 6: Das Vermessungswerk wurde zur grundbücherlichen Eintragung abgegeben.
- EE, Operat 7: Die Feldarbeiten sind abgeschlossen. Der Grunddatensatz ist in Bearbeitung.

NV Planken CHF 18 292.00

- EE, Operat 3: Die Feldarbeiten sind abgeschlossen. Der Grunddatensatz ist in Bearbeitung.

NV Eschen keine

- EE, Operat 4: Die Vorarbeiten sind erledigt.

NV Mauren CHF 166 780.00

- EN, Operat 4: Das Werk wurde in das Operat 10 integriert.

- EE, Operat 7: Die technischen Arbeiten sind abgeschlossen. Das Vermessungswerk ist zur Schlussverifikation bereit.

- EE, Operat 8: Die technischen Arbeiten sind abgeschlossen. Das Vermessungswerk ist zur Schlussverifikation bereit.

- EN, Operat 10: (altes Los 1 und angrenzende Operate)
Das Fixpunktnetz ist gemessen und berechnet. Die Bodenbedeckung ist aufgenommen. Anhand verschiedener GPS-Messungen wurde festgestellt, dass nur eine Gesamterneuerung des Fixpunktnetzes zum gewünschten Ziel führen kann. Der ursprüngliche Erneuerungsauftrag musste auf Grund dieser Erkenntnis erweitert werden. Die Transformation auf das neue Fixpunktnetz ist in Bearbeitung.

NV Gamprin CHF 101 714.00

- EE, Operat 4: Die Feldaufnahme ist im Gange.

NV Schellenberg CHF 30 008.80

- EE Operat 2: Für den Beginn der Neuvermessungsarbeiten wurden administrative und organisatorische Vorarbeiten geleistet.

NV Ruggell CHF 158 548.00

- EE, Operat 2: (Ebene Fixpunkte)
Mit der Verifikation am 25. Februar 2005 konnten die technischen Arbeiten für die Fixpunktebene abgeschlossen werden.
- EE, Operat 3: Die Feldarbeiten sind abgeschlossen. Die Aufarbeitung der Pläne ist im Gange.
- EN, Operat 4: (Erneuerung Los 1)
Die bestehenden Ebenen der Amtlichen Vermessung wurden mittels Transformation an die neu bestimmten Fixpunkte angepasst. Die Abgabe zur Verifikation ist in Vorbereitung.
- EE, Operat 5: Die Feldaufnahme der Gewanngrenzen ist abgeschlossen. Die Kontrollaufnahme der Grenzpunkte und die Aufnahme der Bodenbedeckung etc. sind im Gange.

Weitere Aufwendungen für die AV

- **Instrumente** CHF 3 777.85

- In diesen Aufwendungen sind Gebühren für einen Servicevertrag zur Vermessungssoftware sowie weitere Dienste enthalten.

- **Verifikation** CHF 86 030.60

- Mit der Eidgenössischen Vermessungsdirektion in Bern besteht ein Vertrag zur Verifikation und fachlichen Begleitung der Vermessungsoperate.

- **Diverses** CHF 8 727.90

- Diese Kosten beinhalten Aufwendungen für Sitzungen und kleinere Arbeiten im Zusammenhang mit dem Vermessungswesen der Geodateninfrastruktur (GDI) wie auch Mitgliederbeiträge für schweizerische Organisationen.

Nachführung der Vermessungsoperare (Konto 104.318.02, Nachführung in Gebieten der Neuvermessung)

Nachführungen sind Änderungen, die durch Grenzänderungen oder andere Änderungen an Informationsebenen der Amtlichen Vermessung auftreten. Die Ebenen der Amtlichen Vermessung müssen laufend aktuell gehalten werden.

Neben diesen vorfinanzierten Kosten gibt es auch Nachführungskosten, die vom Land Liechtenstein finanziert werden müssen, zum Beispiel Kosten für die Datenaufbewahrung, Auskunftserteilungen, Fehlerbehebungen oder die Vermarkung landeseigener Grundstücke.

Nachführung in Gebieten der Neuvermessung

Im Rechnungsjahr wurden 593 Grenz-, Dienstbarkeits- oder Gebäudemutationen durchgeführt.

Vorfinanzierte Aufwendungen 2005	CHF 249 331.95
Nachführungsausgaben für das Land 2005	CHF 98 073.50

Nachführung in Gebieten der Altvermessung

Im Berichtsjahr wurden 54 Katasterberichtigungen durchgeführt.

Vorfinanzierte Aufwendungen 2005	CHF 11 922.65
Nachführungsausgaben für das Land 2005	CHF 18 233.00

Geodateninfrastruktur GDI (Konto 104.318.03)

Mit den nachstehenden Massnahmen konnte die liechtensteinische Geodateninfrastruktur im Berichtsjahr weiter ausgebaut und die allgemeine Zugänglichkeit zu den Daten verbessert werden.

Wichtigste Zielsetzungen für den weiteren Aufbau der liechtensteinischen GDI sind:

- Neue GIS-Themen evaluieren
- Zugänglichkeit zu den Daten erleichtern
- Beschreibung der Daten in einer Metadatenbank und weitere Geodienste realisieren
- Nachführungsmeldung organisieren

In einem Arbeitspapier wurde die Strategie für das weitere Vorgehen bei der Aufarbeitung der liechtensteinischen GDI festgelegt.

Zusammen mit dem Amt für Wald, Natur und Landschaft (AWNL) ist die Ebene «Natur und Landschaft» neu erarbeitet worden. Als weitere neue Ebenen wurden die Ebenen «öffentlicher Verkehr» und «Erdsonden» in die GDI aufgenommen. Die Ebene «öffentlicher Verkehr» stellt die liechtensteinischen Bus- und Eisenbahnlinien dar. Es ist vorgesehen, diese Ebene im Internet der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Im Geodatenportal sind neue Ebenen abrufbar. Abfragen, z.B. für ein Koordinatenverzeichnis der Fixpunkte, wurden verbessert.

Mit der Liechtensteinischen Telenet AG (LTN) wurde ein Vertrag zur uneingeschränkten gegenseitigen Nutzung der Geoinformationen abgeschlossen.

Mit Schweizerischen Institutionen wurden die Möglichkeiten zum Aufbau einer liechtensteinischen Metadatenbank und weiterer Dienste, z.B. Kartenservice, erörtert.

Zur Nachführung der Geodaten wurde ein geeignetes Meldeformular entwickelt. Die technischen Büros der Landesverwaltung, welche Datenherrschaften von GDI-Ebenen sind, wurden aufgefordert, mit Hilfe dieses Formulars einmal jährlich die Änderungen dem Tiefbauamt (Abt. Vermessung und Geoinformation) bekannt zu geben.

Alle Daten des digitalen Terrainmodelles (DTM) und des digitalen Oberflächenmodelles (DOM) liegen vor und sind bereits für mehrere Projekte genutzt worden. Auf der Grundlage dieser Daten sind bei einer dafür spezialisierten Firma Höhenkurven von ganz Liechtenstein im Übersichtsplanbereich erstellt worden. Diese Höhenkurven mit einer Äquidistanz von 2,5m bis 10m sind über das Geodatenportal einsehbar.



Masescha (Orthophotos mit Grundstücksgrenzen und Höhenkurven)

- **Expertenhonorar** CHF 42 886.80
Die Entwicklung im Bereich GDI wird von einem externen Experten begleitet.
- **Implementationen** CHF 12 047.50
Darunter fallen die Aufwendungen für die Erstellung der Höhenkurven für den Übersichtsplanbereich.
- **Koordination LIS/GIS, FL, diverse Aufwendungen**
Aufwendungen 2005 CHF 4 116.45
Darunter fallen Anpassungen von Datenmodellen und Systemen, die Koordination mit den Gemeinden und weiteren Partnern. Ebenfalls sind die Nutzungsgebühren für die schweizerischen digitalen Landeskarten enthalten. Das Tiefbauamt übernimmt gemäss Vertrag mit dem Bundesamt für Landestopographie die erneuerten Karten und stellt sie den Amtsstellen zur Verfügung. Die gesamten Gebühren für diese Karten werden durch das Tiefbauamtsbudget abgedeckt.

Einnahmen aus der Datenabgabe (Konto 104.434.01, Einnahmen LIS/GIS)

Einnahmen 2005	CHF 85 636.53
----------------	---------------

Die Einnahmen für die Datenabgabe sind im Wesentlichen die Investitionsgebühren für die AV. Darin sind aber auch die Leistungen des Tiefbauamtes zur Datenabgabe enthalten.

Rüfen und Gewässer

Allgemeines

Die Folgen des Hochwasser vom 22. August 2005 prägten die Tätigkeit der Abteilung Rüfen und Gewässer im Berichtsjahr. Das mit einer Schadensumme von 2.5 Milliarden Franken bisher kostenintensivste Unwetterereignis der Schweiz hinterliess auch in und an den liechtensteinischen Gewässern seine Spuren. Wenngleich Überschwemmungen der Siedlungsgebiete ausblieben bzw. verhindert werden konnten, verursachte das Hochwasser an den Hochwasserschutzbauten Schäden in Millionenhöhe. Die eingeleiteten Sofortmassnahmen erforderten den Einsatz sämtlicher zur Verfügung stehenden personellen Kapazitäten. Verschiedene, im Budget ‚Rüfeschutzbauten für das Jahr 2005 aufgeführte Projekte mussten daher zurückgestellt werden. Auch in den anderen, der Abteilung Rüfen und Gewässer angegliederten Tätigkeitsbereichen

(Gewässerunterhalt, Gewässerbau, Rheinschutzbauten, Hangsanierung) erfuhren die budgetierten Jahresprogramme unwetterbedingte Einschränkungen.

Gewässerunterhalt (Konto 750.362.00)

Die Bedeutung eines fachgerechten, den örtlichen Verhältnissen angepassten Gewässerunterhalts wurde durch das Hochwasser vom 22. August 2005 einmal mehr in aller Deutlichkeit aufgezeigt. Die regelmässige Pflege der Böschungen und Grabensohle sowie die konsequente Kontrolle bzw. Unterhalt von Gewässereinbauten sind eine unabdingbare Voraussetzung, um die im Hochwasserfall benötigten Abflusskapazitäten aufrechtzuerhalten.

Im Spannungsfeld von gewässerökologischen Forderungen und hochwasserschutztechnischen Notwendigkeiten, gilt es dabei einen verantwortbaren Interessenausgleich zu finden. Die Erfahrungen des Hochwasser vom 22. August bestätigen den eingeschlagenen Weg.

Gewässerunterhalt (Konto 750.362.00)

Kostenträger	Bezeichnung	Primärkosten (Dritt-Aufträge)	Sekundärkosten (Interne Kosten)	Gesamtkosten (Total)
T7500810	Spiersbach	1 816	42 468	44 284
T7500820	Grenzgraben	1 424	13 164	14 588
T7500830	Scheidgraben	1 916	31 367	33 283
T7500840	Esche	6 425	57 237	63 662
T7500850	Binnenkanal	16 151	79 517	95 668
T7500860	Parallelgraben	1 771	14 676	16 447
T7500890	Gräben allgemein		4 777	4 777
		29 503	243 206	272 709

Gewässerbau (Konto 750.501.02)

Im Zuge des Ausbaus des Hauptsammelkanals musste auf dem Abschnitt ‚Brücke Schwibboga - ARA Bendern die alte, in der Kanalböschung verlaufende Sammelleitung entfernt werden. Anstatt die Kanalböschung wieder in den ursprünglichen Zustand zu versetzen, bestand die Möglichkeit, diesen Gewässerabschnitt mit vergleichsweise geringem Aufwand gemäss den heutigen gewässerökologischen Vorstellungen auszugestalten. Schwerpunkt dieser Neugestaltung bildete der Einbau von zehn Bühnen, welche eine morphologische und hydraulische Strukturierung des ansonsten monotonen Trapezprofils bewirken.

Anlässlich der Flussbereisung vom 12. Oktober 2005 hat das involvierte Bundesministerium des Landes Österreich in der Person von MR Falzl eine Beteiligung des Bundes an der Finanzierung des Projektes Egelsee grundsätzlich zugesagt. Grundlage dieser sechs Jahre lang vorbereiteten Übereinkunft bildet ein Vergleich der ursprünglich dem Ausbauprojekt von 1938 zu Grunde gelegten Abflusswerte mit den aktuellen hydrologischen Verhältnissen. Zur Einhaltung der damals vereinbarten Abflussspitzen verpflichtet sich Österreich, auf Basis des

Staatsvertrages von 1931, an den Landesgrenzen ein Hochwasserrückhaltebecken mit einem Volumen von 37 000 m³ zu erstellen. Da es im Rahmen dieses Projektes neben den eigentlichen Hochwasserschutzinteressen ebenso die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes zu berücksichtigen gilt, hat sich das Land Liechtenstein und die Gemeinde Mauren von Anbeginn der Verhandlungen bereit erklärt, einen Beitrag an dieses grenzüberschreitende Gemeinschaftsprojekt zu leisten. In welchem Umfang sich Liechtenstein an den nicht dem Hochwasserschutz zurechenbaren Kosten beteiligt, wird nach Vorliegen des Vorprojektes festgelegt.

Eine aus Sicht der Gewässerökologie neuerlich vorgenommene Prioritätenreihung im Rahmen des für das Spiersbachsystem erstellten Entwicklungskonzeptes führte zum Schluss, dass der Neugestaltung des Mündungsbereichs eine eigentliche Schlüsselfunktion zukommt. Mit den im Grenzbereich geplanten baulichen Massnahmen soll daher noch zugewartet werden.

Wie bereits beim Bau der Fischtreppe, erklärte sich Liechtenstein bereit, sich mit 30% an den Kosten einer Neugestaltung zu beteiligen. Bei approximativen Gesamt-

340 I kosten von 300 000 Euro entspricht das einem Beitrag von 90 000 Euro. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass der gewässerökologische Zustand des liechtensteinischen Teils des Spiersbachsystems über einen funktionierenden Mündungsbereich wesentlich beeinflusst wird.

Gewässerbau (Konto 750.501.02)

Kostenträger	Bezeichnung	Primärkosten (Dritt-Aufträge)	Sekundärkosten (Interne Kosten)	Gesamtkosten (Total)
T7500841	Esche - Egelsee	29 569		29 569
T7500842	Esche - Renaturierung Sportpark Eschen/Mauren	24 073	11 403	35 476
T7500843	Esche - Gewässerentwicklungskonzept	3 221		3 221
T7500851	Binnenkanal - Retention Balzner Riet	4 398	6 074	10 472
T7500853	Binnenkanal - Totholzeintrag		1 106	1 106
T7500855	Binnenkanal - Neugestaltung ARA Bendern	53 971	10 391	64 362
T7500856	Binnenkanal - Mündung	2 766		2 766
		117 998	28 974	146 972

Rheinschutzbauten (Konto 750.562.01)

Die systematische Untersuchung der Fundationsverhältnisse des Vorgrundes konnte auf der gesamten Rheinstrecke zum Abschluss gebracht werden. Auf Grund der vorliegenden Untersuchungsergebnisse darf festgehalten werden, dass der Vorgrund keinerlei Schwachstellen aufweist, die einer unverzüglichen Sanierung bedürften. Dennoch wurden auch im Berichtsjahr an morphologisch besonders exponierten Stellen Ergänzungsarbeiten am Vorgrund durchgeführt (Aussenkurve Triesen km 39.841 - 40.256, ca. 3000 Tonnen; Gamprin, nördlich Rheinbrücke km 54.325 - 54.703 und km 55.400 - 55.412, ca. 2000 Tonnen). Damit sollen der gegenwärtig gute Zustand des Vorgrundes aufrecht erhalten und umfangreichere Sanierungsarbeiten nach Hochwassern vermieden werden.

Um die im Entwicklungskonzept Alpenrhein (vgl. Absatz 5) im Bereich der Deponie Eschen vorgesehene Gewässeraufweitung als Option aufrecht erhalten zu können, haben das Land, die Gemeinde und die Bürgergenossenschaft Eschen als Grundeigentümer vereinbart, eine künftige Neugestaltung des Rheins bei der Konzeption der Deponieerweiterung zu berücksichtigen. Damit zusammenhängende Sonderaufwendungen werden vom Land über das Rheinkonto finanziert. In diesem Sinne erfolgte der Bau eines Erschliessungsweges für den Südteil der Deponie. Er gewährleistet auch in Ausnahmesituationen (langanhaltende Niederschläge, Anlieferung grosser Mengen von schlecht tragfähigem Material) eine projektgemässe Erstellung und Ausgestaltung des Deponiekörpers, dem im Falle einer Gewässeraufweitung die Funktion eines Hochwasserschutzdammes zukommt.

Gemeinsam mit der Rheinbauleitung des Kantons St. Gallens wurde im Jahre 2004 mit der Prüfung der Dammstabilitäten begonnen. Die Ergebnisse für den ersten, im Sinne eines Pilotprojektes analysierten Teilab-

schnitt Triesen (km 40) – Schaan (km 50) liegen nunmehr vor. Die Dämme weisen auf dem besagten Abschnitt demzufolge ausreichende Sicherheiten zur problemlosen Ableitung eines 100-jährigen Hochwassers auf. Auch grössere Hochwasser mit einer Wiederkehrdauer von bis zu 300 Jahren können mit den heutigen Dämmen bewältigt werden, sofern die aus geotechnischer Sicht vergleichsweise labileren Dammpartien während eines entsprechenden Hochwassers kontrolliert und wenn notwendig unterhalten werden.

Das vorliegende Pilotprojekt und die dabei gewonnenen Erfahrungen bilden die Basis für die im Jahre 2006 geplanten Stabilitätsuntersuchungen der verbleibenden Dammschnitte (Balzers - Triesen und Schaan - Ruggell).

Wie bereits im Vorjahr angekündigt und im Budget berücksichtigt, war für das Jahr 2005 die Fortsetzung des von der IRKA (Internationale Regierungskommission Alpenrhein) initiierten und finanzierten Projektes A2 (Schadenrisiken und Schutzmassnahmen im Alpenrheintal) vorgesehen. Im Rahmen einer Projekterweiterung (A2+ resp. C13) sollte auch für den Liechtensteiner und Werdenberger Talraum ein Überflutungsmodell, wie es für das untere Rheintal bereits im Zuge des Projektes A2 generiert wurde, erstellt werden. In Folge unerwarteter Schwierigkeiten bei der Aufbereitung des Geländemodells wird sich das gesamte Projekt um mindestens ein halbes Jahr verzögern.

Als Resultat einer bald zehnjährigen internationalen und interdisziplinären Zusammenarbeit konnte die Internationale Regierungskommission Alpenrhein (IRKA) im Dezember der Öffentlichkeit ein Entwicklungskonzept für den Alpenrhein präsentieren. Das Ziel dieses zukunftsweisenden Planungswerkes ist eine langfristig nachhaltige Entwicklung des Rheins unter Berücksichtigung seines unmittelbaren Umlandes. Grundlage hier-

für bildeten umfangreiche Abklärungen in den Bereichen Hochwasserschutz, Grundwasser und Trinkwasserversorgung, ökologische Verbesserungen für Menschen, Tiere und Pflanzen sowie die Darstellung von Möglichkeiten bei der Ressourcennutzung.

Mit der Kenntnisnahme des Konzeptes durch die Regierung wurden die involvierten Ressorts und Amtsstellen beauftragt, die aufgeführten Strategien und Massnahmen aus liechtensteinischer Sicht bezüglich allfälliger Interessenkonflikte, ihren Prioritäten, den massgeblichen gesetzlichen Bestimmungen bzw. ihrer rechtlichen Einbindung und letztlich ihres Umsetzungspotentials zu erörtern.

Rheinschutzbauten (Konto 750.562.01)

Kostenträger	Rheinabschnitt	Primärkosten (Dritt-Aufträge)	Sekundärkosten (Interne Kosten)	Gesamtkosten (Total)	Anteil Land 80%	Anteil Gemeinde 20%
T7500710	Balzers	24 089	675	24 764	19 811	4 953
T7500720	Triesen	67 715	1 309	69 024	55 219	13 805
T7500730	Vaduz	35 832	1 370	37 202	29 762	7 440
T7500740	Schaan	16 826	13 083	29 909	23 927	5 982
T7500750	Eschen	116 399	244	116 643	93 314	23 329
T7500760	Gamprin	23 654	4 769	28 423	22 738	5 685
T7500770	Ruggell	25 599	501	26 100	20 880	5 220
		310 114	21 951	332 065	265 652	66 413

Rüfeschutzbauten (Konto 750.562.02)

Verantwortlich für die am 22. August registrierten Niederschlagsmengen war die in Fachkreisen als Vb-Lage bekannte Wetterentwicklung. Dabei dehnt sich ein Tiefdruckgebiet aus dem Raum Frankreich zum Golf von Genua aus und zieht von dort über die Ostalpen nordwärts. Es wird dabei feuchtwarme Mittelmeerluft über die Ostalpen verfrachtet und mit nordöstlichen Winden zum Alpennordhang zurückgeführt. Die in Gebirgsnähe eintretende Staulage in Verbindung mit in Bodennähe nachdrängender Kaltluft aus dem Norden führt zu intensiven Niederschlägen.

Innerhalb dieser grossräumigen, den ganzen Alpennordhang dominierenden Wetterlage waren lokale Unterschiede zu beobachten. Auf Grund der in Liechtenstein vorhandenen Regenmessstationen kann bezüglich der Niederschlagsmenge ein ausgeprägter Nord-Süd-Gradient nachgezeichnet werden (Regenmenge 22. August 2005: Ruggell 60 mm; Schaan 50 mm; Vaduz 100 mm, Malbun 107 mm, Triesenberg 130 mm; Lawena - Gebiet Falknis > 150 mm). Für den Südteil des Landes (Lawenatal - Falknisgebiet - Balzers) liegen keine konkreten Messungen vor. Die Auswertung der Radarbilder ergeben für das Falknisgebiet Niederschlagsmengen, die deutlich über 150 mm liegen. Wesentlich für das Abflussgeschehen war auch die vor dem Unwetter bereits vorhandene Bodenfeuchte. Bei der Messstation Vaduz wird bis zum 21. August eine Niederschlagssumme (110 mm)

verzeichnet, die in der Grössenordnung des langjährigen Augustmittels liegt.

Die aufgezeigte Niederschlagsverteilung bildete sich auch im Hochwassergeschehen ab. Alle Gewässer, deren Einzugsgebiete nördlich der Gemeindegrenze Triesen - Vaduz liegen, wiesen keine ausserordentlichen Wasserführungen auf. Hochwassermengen in bislang nicht registrierten Grössenordnungen waren hingegen in jenen Rufen zu beobachten, welche den Südteil des Landes entwässern (And-, Lawena- und Badtobelrufe). Der Binnenkanal, als gemeinsame Vorflut dieser Rufen, überschritt am 23. August um ca. 2.00 Uhr morgens an der Messstelle beim Schmiedeweg (Triesen) die höchste bis dato gemessene Hochwassermarken aus dem Jahre 2000 (24 m³/sec.) mit einer Abflussspitze von 35 m³/sec. deutlich. Laut Statistik entspricht dieser Wert einem Hochwasser mit einer Wiederkehrdauer von 50 Jahren. Die Rekonstruktion der Abflussganglinie zeigt, dass ohne die in den vergangenen Jahren erstellten Hochwasserrückhaltebecken ‚Balzner Riet‘ und ‚Sägaweiher Triesen‘ eine Abflussspitze von über 40 m³/sec. erreicht worden wäre. Bei diesem Wasserstand wäre der Binnenkanal in Balzers, Triesen und Vaduz über die Ufer getreten und grossflächige Überschwemmungen im Siedlungsgebiet hätten nicht verhindert werden können.

Die Schadensschwerpunkte bzw. der kurzfristige Sanierungsbedarf konzentrierte sich auf die oben aufgeführten Rufezüge. Bei den eingeleiteten Sofortmassnahmen

ging es vorrangig um die unverzügliche Wiederinstandstellung der beschädigten Schutzbauten und um die Räumung der mit Geschiebe aufgefüllten Sammleranlagen.

Wie bereits beim Unwetter 1995 wurden die hochwasserbedingten Sonderaufwendungen nicht dem ordentlichen Konto ‚Rüfeschutzbauten‘ belastet, sondern auf einem separaten Konto ‚Sofortmassnahmen Unwetter 22. August 2005‘ ausgewiesen. Damit wird dokumentiert, dass es sich hierbei um unvorhersehbare Mehraufwendungen handelt, die zu einer vom Landtag genehmigten Kreditüberschreitung führten.

Die im Konto 750.562.05 - Sofortmassnahmen Unwetter 22. August 2005 ausgewiesenen Gesamtaufwendungen für die bis zum 31.12. 2005 erfolgten Sanierungsmassnahmen von total CHF 1.79 Mio. können in folgende Kategorien aufgeteilt werden:

- Schäden an Hochwasserschutzbauwerken: Schäden grösseren Umfanges traten innerhalb der Gerinne an den Hochwasserschutzbauwerken auf. Die Aufwendungen für die kurzfristig notwendige Wiederinstandstellung der Sammleranlagen sowie die Reparaturen der Wildbachsperrern und Leitwerke beliefen sich per 31.12.2005 auf ca. CHF 1.54 Mio.
- Schäden an Landstrassen: Lokale Gerinneausbrüche und Hangrutschungen haben in bescheidenem Umfang Infrastrukturanlagen wie Strassen und Leitungen in Mitleidenschaft gezogen. Sanierungsmassnahmen (ca. CHF 0.2 Mio.) an den dem Land unterstellten Strassen (Landstrasse Steg-Malbun, Strasse zum alten Tunnel, Strasse auf Sücka) wurden ebenfalls über das Konto 750.562.05 abgerechnet.
- Nichtversicherbare Schäden an privaten Grundstücken: In Anlehnung an den Regierungsbeschluss vom 14. Juli 1999 (RA 99/1800 -3409) beteiligte sich das Land auch bei diesem Unwetter an der Sanierung von nicht versicherbaren Schäden auf privaten Grundstücken (ca. CHF 50 000). Dabei übernimmt das Land ein Drittel der Sanierungskosten, sofern die Gemeinde, in der das Grundstück liegt, ebenfalls den gleichen Beitrag leistet.

Die regulären, für Rüfeschutzbauten zur Verfügung stehenden Finanzmittel belaufen sich für das Jahr 2005 gemäss Finanzgesetz auf CHF 2.3 Mio. (vgl. Konto 750.562.02 - Rüfeschutzbauten). Auf diesem Konto werden nur die Primärkosten, d.h. Drittaufträge budgetiert. Die Sekundärkosten, d.h. die vom landeseigenen Werkpersonal zu leistenden Aufwendungen, werden auf dem Lohnkonto budgetiert. Die für das Jahr 2005 budgetierten Arbeiten konnten nur zu einem Teil erledigt werden, da die zur Verfügung stehenden Kapazitäten ab Mitte August vollumfänglich bei der Sanierung der Unweterschäden eingesetzt werden mussten. Die auf dem Konto 750.562.02 budgetierten Mittel konnten dadurch mit verrechneten Gesamtaufwendungen von CHF 830 000.00 nur zu knapp 40% ausgeschöpft werden.

Die effektiv im Jahre 2005 im Bereich Rüfeschutzbauten getätigten Gesamtausgaben betragen als Summe

der ordentlichen Aufwendungen (CHF 0.83 Mio.) und der Sofortmassnahmen Unweterschäden (CHF 1.69 Mio.) total CHF 2.52 Mio. Aus finanztechnischer Sicht hat das Unwetter vom 22. August im Bereich Rüfeschutzbauten für das Jahr 2005 Mehrkosten von CHF 220 000.00 zur Folge.

Es sei an dieser Stelle noch darauf hingewiesen, dass die Sanierung der Flurschäden im Alpengebiet mit Kostenaufwendungen von ca. CHF 0.5 Mio. über das ordentliche Budget der Berglandsanierung finanziert wurde (vgl. Konto Nr. 810.564.00 - Integralmelioration im Alpengebiet). Als Folge des Unwetters wurde zudem vom Landtag ein Nachtragskredit über CHF 45 000.00 zur Wiederinstandstellung der Berg- und Wanderwege genehmigt (vgl. Konto Nr. 330.314.00 - Unterhalt von Berg- und Wanderwegen).

Mit dem im Jahre 2005 getroffenen Sofortmassnahmen konnten im Wesentlichen die bei den Hochwasserschutzbauten aufgetretenen Schäden soweit saniert werden, dass der ursprüngliche Standard des Hochwasserschutzes wieder hergestellt ist. Die durch das Hochwasser neu aufgedeckten Gefahrenstellen werden momentan analysiert. Die Projektierung und Ausführung allfälliger baulicher Massnahmen wird Jahre in Anspruch nehmen und mit derzeit nicht abschätzbaren Kosten verbunden sein.

Auf eine detaillierte Darstellung der in Folge des Hochwassers ausgeführten Sofortmassnahmen wird an dieser Stelle verzichtet. Wir verweisen diesbezüglich auf die beim Tiefbauamt, Abt. Rufen und Gewässer, einsehbare Ereignisdokumentation.

Die dem regulären Budget 2005 zu Grunde liegenden Projekte wurden teilweise mangels Kapazitäten zurückgestellt. Bis Mitte August konnten aus der ordentlichen Massnahmenplanung nachfolgende Arbeiten erledigt werden:

Malbunbach Triesenberg/Schlucher

Intensive Rutschbewegungen, die das Kolabieren ganzer Hangpakete befürchten liessen, führten im Jahre 1983 im Schlucher zum Bau einer durchgehenden Rinne aus Rundholz. Die nach wie vor intensiven Rutschbewegungen sowie holzschädigende Fäulnispilze hatten dem mittlerweile 22-jährigen Bauwerk derart zugesetzt, dass eine grundlegende Sanierung angezeigt war. Im Rahmen des erstmals in Liechtenstein durchgeführten Baukurses der Bündner und Liechtensteiner Forstwartlehrlinge konnte die Südrunse kostengünstig verbaut werden.

Rüfeschutzbauten (Konto 750.562.02) und Sofortmassnahmen Unwetter 2005 (Konto 750.562.05)

Kostenstr.	Rüfe-Abschnitt	Primärkosten ¹⁾	Sekundärkosten ²⁾	Gesamtkosten	Land	Balzers	Triesen	Triesenberg	Vaduz	Schaan	Planken	Eschen	Mauren	Gamprin	Alpgr. Grossteig	Fürstl. Domäne
T7500011	Malbunbach Stieg 100%	509		509	509											
T7500014	Malbunbach Triesenberg/Schlucher	184 335	1 955	186 290	149 032			37 258								
T7500016	Malbunbach Vaduzer Malbun	14 393		14 393	11 514				2 879							
T7500018	Valünabach Gänglesee 100%	27 658	1 343	29 001	29 001											
T7500022	Valünabach Triesen	133 346	509	133 855	107 084		26 771									
T7500026	Valünabach Triesenberg	40 501		40 501	32 401			8 100								
T7500027	Valünabach Grossteig (Bergleköpf)	244		244	195											49
T7500040	Valorschbach 100%	71 879	849	72 728	72 728											
T7500101	Balznerrüfe	43 260	17 223	60 483	48 386		12 097									
T7500102	Anaresch (Elttöbele)	3 343	4 205	7 548	6 038		1 510									
T7500103	Muratöbele	4 131	921	5 052	4 042		1 010									
T7500104	Andrüfe (Pradrüfe)	292 916	9 634	302 550	242 040		60 510									
T7500105	Böschabach	9 087	1 318	10 405	8 324		2 081									
T7500106	Kuelbrunnabäch	9 533	1 246	10 779	8 623		2 156									
T7500201	Lawenarüfe	364 189	11 445	375 634	300 507		75 127									
T7500202	Plättitöbeli	3 814	462	4 276	3 421		855									
T7500203	Badtobelrüfe	299 722	20 503	320 225	256 180		64 045									
T7500204	Schindelholzbach	83 272	61 687	144 959	115 967		28 992									
T7500205	Poskabach	29 264		29 264	23 411		5 853									
T7500206	Tiefegraben/Tiefewaldgraben	20 370	13 714	34 084	27 267		6 817									
T7500208	Erlenbach, Triesen	3 531	2 042	5 573	4 458		1 115									
T7500210	Tobelbach, Triesen	215 986	1 486	217 472	173 978		43 494									
T7500211	Dorfbach, 50%	2 301		2 301	1 151		1 150									
T7500213	Letzanabach	10 670	3 603	14 273	11 418		2 855									
T7500214	Retentionsbecken Neua Weiher	1 385	425	1 810	1 448		181									
T7500215	Saxbach	852		852	682		170									
T7500301	Heubergrüfe	288	637	925	740		185									
T7500304	Tiefewaldgraben, Triesenberg	589		589	471		118									
T7500305	Tiefegraben, Triesenberg	83 345	637	83 982	67 186		16 796									
T7500306	Tiefegraben, Rückhaltebecken	6 688	6 861	13 549	10 839		2 710									
T7500307	Matteltigraben	950		950	760		190									
T7500311	Mühlebach-Bleikabach	35 001		35 001	28 001		7 000									
T7500316	Tobelbach (Eichholzobel), T berg	90 086	10 908	100 994	80 795		20 199									
T7500319	Züggigraben, Rote Rüfe	21 414		21 414	17 131		4 283									
T7500402	Spaniarüfe, Erlebach	5 933	2 079	8 012	6 410				1 602							
T7500404	Senneritöbele 50%	5 130	583	5 713	2 857				2 856							
T7500405	Mühleholzrüfe	23 231	13 843	37 074	29 659				6 673							
T7500407	Quadrerrüfe	5 045	5 371	10 416	8 333				1 250							
T7500501	Krüppelrüfe	759	637	1 396	1 117				84							
T7500502	Gamanderrüfe (Efsaltobel)		937	937	750				187							
T7500503	Igraben	60	8 273	8 333	5 000				3 333							
T7500504	Forstrüfe	469	3 512	3 981	3 185				80							
T7500505	Ställabach	374	1 008	1 382	1 106				276							
T7500508	Bühitobelbach		3 252	3 252	2 602				650							
T7500601	Nendlerrüfe	44 221	15 363	59 584	47 667				596			2 979		1 788		
T7500602	Nendler Dorfbach 50%	1 381	1 300	2 681	1 341							1 340		1 307		
T7500603	Heubergrach	18 112	557	18 669	14 935							1 680		1 307		
T7500604	Kracherüfe	7 189	7 910	15 099	12 079				187			1 359		151		151
T7500606	Grenzgraben Tesnertobel	53 302	669	53 971	42 642							1 359		151		
T7500690	Allgemein			669	669								10 660			
T7500699	Unwetterschäden Dritte	50 369		50 369	50 369											
	Unwetterschäden an Landstrassen	196 436		196 436	196 436											
Total		2 520 863	238 907	2 759 770	2 272 885	79 364	257 425	97 020	16 207	9 013	5 033	7 358	12 019	3 246	49	151

¹⁾ Primärkosten = Aufwand für Drittaufträge

²⁾ Sekundärkosten = Aufwand für Regiegruppe des Tiefbauamtes

Valorschbach 100%

Ebenfalls mit den Forstwartlehrlingen wurde der Wegübergang beim Grosstobelbach mittels einer Sperrentreppe gesichert.

Balzner Rufe

Die vor zwei Jahren in Angriff genommene Sanierung der frost- und abriebbedingten Schäden am gepflasterten Gerinne konnte abgeschlossen werden.

Andrufe

Die Räumung des Schlamm Sammlers erfolgte im Rahmen des ordentlichen Arbeitsprogramms.

Tobelbach Triesen

Im Zuge der Neuerschliessung des Gebiets Meierhof Nord wurde auf diesem Abschnitt auch die Bachableitung erneuert.

Mühlebach-Bleikabach, Triesenberg

Parallel zum Bau der neuen Wasserversorgungsanlage ,Bleika wurden auch am angrenzenden Sammler Umbau- und Sanierungsarbeiten vorgenommen.

Tobelbach, Triesenberg

Der Um- und Ausbau des Sammlers ,Wisli konnte mit dem Einbau der Rechenanlage abgeschlossen werden.

Rote Rufe, Triesenberg

Zum Schutze des Gebietes ,Guggerboda wird seit geraumer Zeit eine Bestockung des bislang waldfreien, nördlichen Teils des Schuttkegels der Roten Rufe angestrebt. Auf Grund der nicht tragbaren Wildverbissituation war sämtlichen diesbezüglich getätigten Anstren-

gungen bisher kein Erfolg beschieden. Durch den Bau eines Wildzauns hofft man, die notwendigen Voraussetzungen zur Verjüngung dieser waldfreien Fläche geschaffen zu haben.

Nendler Rufe, Nendeln

Die Rekultivierung des im vergangenen Jahr im Eschner Riet ausgebrachten Rufeschlammes gestaltete sich ungleich aufwendiger als ursprünglich angenommen. Der vernässte Standort einerseits sowie das überdurchschnittlich tonhaltige Rufe material andererseits, erforderten eine mehrmalige Lockerung, um langfristigen Vernässungen vorzubeugen.

Grenzgraben / Tesnertobel, Schaanwald

Die Sanierungsarbeiten in der südlich des Grenzgrabens verlaufenden Runse wurden mit dem Einbau von Raubäumen fortgesetzt.

Unterhalt Kraftwerk Mühleholz (Konto 750.315.00)/Pachteinnahmen Kraftwerk Mühleholz (Konto 750.423.00)

Seit dem Erwerb des Kraftwerks ,Mühleholz im Jahre 1985 durch das Land, ist die Abt. Rufen und Gewässer des Tiefbauamtes mit dem Unterhalt und dem Betrieb dieser Stromerzeugungsanlage betraut. Im Jahre 2004 konnte mit den Liechtensteinischen Kraftwerken ein Betriebsvertrag abgeschlossen werden, in dem das Land den LKW sämtliche zur Stromgewinnung notwendigen Anlageteile zum Preis von CHF 150 000.00 verpachtet. Ausgenommen hiervon sind die Wasserfassungen in der Mühleholzrufe sowie die Ableitungen ab der Weiheranlage im Mühleholz. Unterhaltsaufwendungen, welche in diesen Anlageteilen anfallen, werden dem Konto 750.315.00 belastet.

Unterhalt Kraftwerk Mühleholz (Konto 750.315.00)

Kostenträger	Bezeichnung	Primärkosten (Dritt-Aufträge)	Sekundärkosten (Interne Kosten)	Gesamtkosten (Total)
T7500930	Kraftwerk Mühleholz	15 217	2 075	17 292
		15 217	2 075	17 292

Pachteinnahmen Kraftwerk Mühleholz (Konto 750.423.00)

Pächter	Gesamtertrag
Liechtensteinische Kraftwerke Schaan	150 000

Konzessionsgebühren Rüfematerial (Konto 750.439.00)

Die im Ertragskonto, Konzessionsgebühren Rüfematerial verbuchten Einnahmen aus der Vergabe von Konzessionen zur Gewinnung von Gesteinsmaterial in den Rüfesammlern sind nicht budgetierbar. Die Hochwasserereignisse des jeweiligen Jahres bestimmen, wie viel Material in die Kiessammler eingetragen wird bzw. den pri-

vaten Transport- und Bauunternehmern zur Entnahme angeboten werden kann.

Das Hochwasser vom 22. August sorgte für einen kräftigen Nachschub an verwertbarem Material. Im Berichtsjahr konnte nur noch ein Teil dieses Materials ausgebeutet werden, sodass für das kommende Jahr mit vergleichbaren Konzessionserträgen gerechnet werden darf.

Konzessionsgebühren Rüfematerial (Konto 750.439.00)

Ertragsverteilung

Kostenträger	Rüfe	Total Einnahmen		Anteil Land		Anteil Gemeinde		
		%	CHF	%	CHF	%	CHF	
T7500104	Andrüfe	100	7 401.00	80	5 920.80	20	1 480.20	Balzers
T7500201	Lawenarüfe	100	24 857.25	80	19 885.80	20	4 971.45	Triesen
T7500203	Badtobelrüfe	100	47 937.45	80	38 349.95	20	9 587.50	Triesen
T7500204	Schindelholzbach	100	4 073.40	80	3 258.70	20	814.70	Triesen
T7500790	Rhein allgemein	100	21 600.00	100	21 600.00			
			105 869.10		89 015.25		16 853.85	

Rutschsanierungen (Konto 750.562.04)

Allgemeines

Die in den vergangenen Jahren unternommenen Anstrengungen auf dem Gebiet „Monitoring und Analyse der Rutschmasse haben sich bei der Beurteilung der Hangstabilitäten beim Starkniederschlagsereignis vom 22. August ein weiteres Mal ausbezahlt. Auf Basis des installierten Überwachungssystems konnte der Anstieg der Porenwasserspannungen und damit die Zunahme der Rutschgefährdung fortlaufend beobachtet werden. Der Vergleich der gemessenen Daten mit früheren, exakt dokumentierten Ereignissen erlaubte eine realistische Beurteilung der momentanen Gefahrensituation und ermöglichte eine mittelfristige Prognose für die weitere Entwicklung der Hangstabilitäten.

Die zwischenzeitlich von der ETH-Lausanne abgeschlossene Modellierung der im Bergsturzgebiet, Triesenberg – Triesen beobachteten Rutschphänomene bringt das Gefahrenmanagement zusätzlich einen entscheidenden Schritt weiter. Mit dem vorhandenen Modell lassen sich beobachtete Ereignisse nicht nur nachvollziehen, sondern es besteht überdies die Möglichkeit, das Verhalten der Rutschung bei künftigen, ungleich grösseren Niederschlagsereignissen zu prognostizieren. Diesbezüglich sei ein Resultat der Modellbetrachtungen hier angemerkt: Entgegen der verschiedentlich in der Vergangenheit geäusserten Befürchtungen ist ungeachtet der Intensität der Niederschläge ein tiefgründiges Kollabieren ganzer Hangpartien unwahrscheinlich.

In einem weiteren Schritt gilt es die Relevanz dieser Untersuchung betreffend der Konzeption künftiger Sanierungsmassnahmen zu prüfen.

Triesenberg

Bis auf die Fertigstellung der Entwässerungsleitung aus dem Gebiet Bleika wurden von der Gemeinde Triesenberg sämtliche Strassenprojekte, in denen die Hangsanierung involviert gewesen wäre, zurückgestellt.

Triesen

Mit dem Einbau von Drainageleitungen beteiligte sich die Hangsanierung in der Gemeinde Triesen an nachfolgenden Strassenprojekten: Landstrasse Meierhof, Abschnitt Vaschiel - Sunnaberg; Bächliweg; Maschlinastrasse.

Rutschsanierungen (Konto 750.562.04)

Kostenträger	Bezeichnung	Primärkosten (Dritt-Aufträge)	Sekundärkosten (Interne Kosten)	Gesamtkosten (Total)	Anteil Land	Anteil Triesenberg	Anteil Triesen
T7500901	Hangsanierung Triesenberg	93 059	2 696	95 755	76 604	19 151	
T7500902	Hangsanierung Triesen	193 264	2 874	196 138	156 910		39 228
T7500909	Allgemein (? Triesenberg / ? Triesen)	22 055		22 055		14 703	7 352
		308 378	5 570	313 948	233 514	33 854	46 579

DIENSTSTELLEN

Bauadministration

Leiter: Fritz Wohlwend

Die Bauadministration unterstützt das Hochbauamt und das Tiefbauamt im administrativen Bereich. Dem Leiter der Bauadministration obliegt die Durchführung der Verhandlungen für den Landerwerb zur Realisierung von Hoch- und Tiefbauten sowie für den vorsorglichen Bodenerwerb, ebenso die Verhandlungen hinsichtlich Verkauf von Liegenschaften, deren Unterhalt nicht zu den Kerngeschäften des Staates gezahlt wird. Am 1. Februar 2005 ist die Stelle des Leiters der Bauadministration neu besetzt worden.

Die Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, sich auf die Kerngeschäfte zu konzentrieren. In diesem Zusammenhang ist auch die Veräusserung von Liegenschaften, deren Unterhalt nicht primär zu den Kernaufgaben des Staates zählt, vorgesehen. In erster Linie sollen die heutigen Nutzer, welche als potenzielle Käufer in Frage kommen, berücksichtigt werden. Als erstes Objekt wurde im Berichtsjahr die Liegenschaft Rietacker in Schaan an die Liechtensteinische Gasversorgung verkauft. Verhandlungen wurden auch betreffend dem Verkauf der insgesamt sechs Telefonzentralen und einzelner Postgebäude eingeleitet.

Erfolgreich konnte die Arrondierung des Wille/Wimag-Areals in Vaduz zum Abschluss gebracht werden. Dabei waren diverse Bodentauschgeschäfte mit der Gemeinde Vaduz notwendig, welche im Berichtsjahr verbüchert werden konnten. In diesem Zusammenhang wurde das heutige Areal des Landeswerkhofes an die Gemeinde Vaduz abgegeben. Der neue Werkhof des Landes wird im Jahr 2006 auf dem Wille/Wimag-Areal eingerichtet.

Im Rahmen der Zentrumsplanung in Schaan, Bereich Feldkircherstrasse - Bändererstrasse, konnte ein weiterer Bodenerwerb erfolgreich abgeschlossen werden. Die Verhandlungen mit dem noch verbleibenden Grundstücksbesitzer wurden ebenfalls weitergeführt, konnten jedoch im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden. Aufgrund der optimierten Planung des Bushofes

Schaan wurden weitere Verhandlungen mit den Anrainern aufgenommen. Diese haben jedoch keine direkten Auswirkungen auf die Realisierung des Kreisverkehrs zur Entflechtung und Entlastung des Lindenplatzes. Im Rahmen der genehmigten Strassenbauprojekte sind Bodenerwerbsverhandlungen für die Realisierung der Projekte in praktisch allen Fällen erfolgreich durchgeführt worden. Es handelt sich hierbei in der Regel um die Abgabe von geringen Bodenanteilen zu Gunsten der Strassenbauprojekte.

KOMMISSIONEN

Schätzungskommission

Vorsitzender: Arch. HTL Peter Konrad, Landeschätzer

Gemeinden	Anzahl Schätzungen	Verkehrswert
Balzers	12	5 377 000.00
Triesen	2	695 000.00
Triesenberg	2	1 509 000.00
Vaduz	3	9 098 000.00
Schaan	5	8 005 000.00
Planken	0	0.00
Mauren/ Schaanwald	2	1 860 000.00
Eschen/ Nendeln	10	6 142 000.00
Gamprin/ Bendern	4	2 536 000.00
Schellenberg	1	578 000.00
Ruggell	6	3 406 000.00
Total per 2005	47	39 206 000.00

III. GERICHTE

Landgericht

Landgerichtsvorstand: Dr. Benedikt Marxer

Zivilstreitigkeiten

Pendent vom Vorjahr	155
Neue Fälle	399
Total	554
Streiturteile	105
Verzichts-, Anerkenntnis- und Versäumnisurteile	55
Anderweitige Erledigungen	193
Total Erledigungen	353
Pendent am 31.12.2005	201

Ehestreitigkeiten

Pendent vom Vorjahr	31
Neue Fälle	123
Total	154
Trennungsurteile	1
Scheidungsurteile	96
Scheidungsbeschlüsse	7
Rückzüge	0
Anderweitige Erledigungen	12
Total Erledigungen	127
Pendent am 31.12.2005	27

Arbeitsstreitigkeiten

Pendent vom Vorjahr	10
Neue Fälle	51
Total	61
Rückzüge	2
Vergleiche	25
Beschlüsse	21
Anderweitige Erledigungen	5
Total Erledigungen	53
Pendent am 31.12.2005	8

Ausserstreitige Handelsgerichtssachen

Pendent vom Vorjahr	207
Neue Fälle	66
Total	273
Total Erledigungen	85
Pendent am 31.12.2005	188

Verlassenschaftssachen

Pendent vom Vorjahr	78
Neue Fälle	270
Total	348
Total Erledigungen	256
Pendent am 31.12.2005	92

Vormundschafts-, Beistands-, Beirats- und Pflegschaftssachen einschl. Minderjährigenunterhalt

Pendent vom Vorjahr	54
Neue Fälle	185
Total	239
Total Erledigungen	212
Pendent am 31.12.2005	27

Unterhaltsbevorschussungssachen

Pendent vom Vorjahr	10
Neue Fälle	64
Total	74
Total Erledigungen	57
Pendent am 31.12.2005	17

Sozialhilfesachen

Pendent vom Vorjahr	2
Neue Fälle	25
Total	27
Total Erledigungen	25
Pendent am 31.12.2005	2

Rechtsöffnungssachen

Pendent vom Vorjahr	5
Neue Fälle	130
Total	135
Total Erledigungen	115
Pendent am 31.12.2005	20

Zahlbefehle und Exekutionen aller Art

Zahlbefehle	4 121
Widersprüche	999
Fahrnispfändungen	3 426
Fahrnispfändungen (Gesellschaftssteuern)	2 266
Angeordnete Fahrnisversteigerungen	322
Teilzahlungsbeschlüsse	16
Lohn- und Guthabenpfändungen	700
Überweisungen einer Geldforderung	252
Kostenbeschlüsse Banken	561
Drittschuldneräusserungen	211
Liegenschaftsversteigerungen, Beitritte und Pfandrechtsbegründungen	70
Grundbuchlöschungen	33
Liegenschaftsschätzungen	33
Durchgeführte Liegenschaftsversteigerungen	6
Retentionen	14
Wechselproteste	9
Auszüge aus dem Pfändungsregister	3 397
Offenbarungseide	182
Abweisung Offenbarungseide	338

GERICHTE

350 |

Konkurssachen

Pendent vom Vorjahr	97
Neue Fälle	918
Total	1 015
Total Erledigungen	948
Pendent am 31.12.2005	67

Rechtshilfe in Zivilsachen

Pendent vom Vorjahr	28
Neue Fälle	727
Total	755
Total Erledigungen	721
Pendent am 31.12.2005	34

Rechtshilfe in Strafsachen

Pendent vom Vorjahr	94
Neue Fälle	267
Total	361
Total Erledigungen	267
Pendent am 31.12.2005	94

Untersuchungsrichterliche Geschäfte

Pendent vom Vorjahr	282
Neuanfall Anträge Staatsanwaltschaft	402
Neuanfall Privat- und Subsidiaranklagen	8
Total	692
Total Erledigungen	434
Pendent am 31.12.2005	258

Strafsachen im Verfahren vor dem Einzelrichter nach § 312 StPO

Pendent vom Vorjahr	23
Neuanfall Strafanträge Staatsanwaltschaft	90
Total	113
Total Erledigungen	81
Pendent am 31.12.2005	32

Strafsachen im vereinfachten Verfahren nach § 317 StPO

Pendent vom Vorjahr	279
Neuanfall Bestrafungsanträge Staatsanwaltschaft	1 132
Neuanfall Privat- und Subsidiaranträge	2
Total	1 413
Total Erledigungen	1 146
Pendent am 31.12.2005	267

Kriminalgericht

Präsident: lic.iur. Uwe Öhri

Pendent vom Vorjahr	12
Neuanfall Anklagen Staatsanwaltschaft	16
Total	28
Total Erledigungen	18
Pendent am 31.12.2005	10

Schöffengericht

Vorsitzender: Dr. Benedikt Marxer

Pendent vom Vorjahr	0
Neuanfall Anklagen	5
Total	5
Total Erledigungen	4
Pendent am 31.12.2005	1

Jugendgericht

Vorsitzender: lic.iur. Uwe Öhri

Pendent vom Vorjahr	7
Neuanfall Anträge Staatsanwaltschaft	62
Neuanfall Privat- und Subsidiaranklagen	0
Total	69
Total Erledigungen	64
Pendent am 31.12.2005	5

Obergericht

Präsident: lic. iur. Max Bizozzero

1. Senat

Vorsitzender: lic. iur. Max Bizozzero

Zivilsachen (Cg-Sachen)

Berufungen	2004	2005
vom Vorjahr übernommen	23	25
neu angefallen	44	49

	2004	2005
total	67	74
erledigt	42	37
davon mit Urteil	32	25
davon mit Beschluss	8	11
davon anderweitig	2	1
anhängig verblieben	25	37
davon erledigt durch:		
Stellvertreter Dr. Neudorfer	15	17
Oberrichter Dr. Künz	1	2
Oberrichter Dr. Hagen		2

Rekurse	2004	2005
vom Vorjahr übernommen	4	5
neu angefallen	64	67
total	68	72
erledigt	63	52
davon mit Beschluss	61	52
davon anderweitig	2	-
anhängig verblieben	5	20
davon erledigt durch:		
Oberrichter Dr. Künz	9	7
Oberrichter Dr. Hagen	5	4

Klagen (Co-Sachen)	2004	2005
vom Vorjahr übernommen	2	1
erledigt	1	1
anhängig verblieben	1	-

Rekurse und Beschwerden Ag-, Pg-, Np-, Sh-, Uv-, Gg-, Ör-, Hg-, Gb-, Rz-, Nz-, Eg-, Do- und Jo-Sachen

	2004	2005
vom Vorjahr übernommen	10	10
neu angefallen	109	109
total	119	119
erledigt	109	94
davon mit Beschluss	103	94
davon anderweitig	6	-
anhängig verblieben	10	25
davon erledigt durch:		
Stellvertreter Dr. Neudorfer	2	-

Oberrichter Dr. Künz	25	16
Oberrichter Dr. Hagen	10	13

Zusammenfassung	2004	2005
vom Vorjahr übernommen	39	41
neu angefallen	217	225
erledigt	215	184
anhängig verblieben	41	82
davon durch Stellvertreter bzw. rechtskundige Oberrichter erledigte Fälle	67	61

Anzahl der Sitzungstage: 49 48

Anhang*

Cg-Sachen

Offene Berufungen

2002: 195, 196	(Total 2)
2003: 45, 62	(Total 2)
2004: 21, 22, 23, 25, 67	(Total 5)
2005: 64, 65, 104, 105, 155, 175, 180, 253, 286, 321, 359, 365, 409, 508, 538, 577, 578, 592, 599, 604, 666, 670, 677, 700, 701, 704, 716, 717	(Total 28)

Offene Rekurse

2002: 194	(Total 1)
2005: 106, 426, 457, 515, 516, 532, 546, 557, 558, 579, 600, 627, 628, 633, 641, 645, 662, 705, 710	(Total 19)

Offene Rekurse und Beschwerden in Ag-, Pg-, Np-, Sh-, Uv-, Gg-, Ör-, Hg-, Gb-, Rz-, Nz-, Eg-, Do- und Jo-Sachen

2004: Do 13, 14, 15	(Total 3)
2005: Ag 702, 718	
Pg 652, 653	
Np 703	
Ör 597	
Hg 191, 192, 491, 665, 672, 719	
Rz 720	
Eg 753, 574	
Do Do 2000.11, Do 2003.6, Do 2003.10, Do 2004.1, Do 2004.2	
Jo Jo 2005.3, Jo 2005.4	(Total 22)

* Die hier angeführten Zahlen entsprechen den Nummern der Jahresregister des Obergerichtes.

GERICHTE

352 |

2. Senat

Vorsitzender: lic. iur. et oec. Rudolf Fehr

Zivilsachen (Cg-Sachen)

Berufungen	2004	2005
vom Vorjahr übernommen	9	9
neu angefallen	31	30
total	40	39
erledigt	31	33
davon mit Urteil	27	19
davon mit Beschluss	4	14
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	9	6
davon erledigt durch: Stellvertreter Dr. Dür	5	6

Rekurse	2004	2005
vom Vorjahr übernommen	10	1
neu angefallen	45	45
total	55	46
erledigt	54	38
davon mit Beschluss	54	38
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	1	8
davon erledigt durch: Stellvertreter Dr. Dür	3	2

Strafsachen (Es-, Eu-, Jg-, Sg- und Kg-Sachen)

Berufungen	2004	2005
vom Vorjahr übernommen	12	10
neu angefallen	40	37
total	52	47
erledigt	42	37
davon mit Urteil	32	27
davon mit Beschluss	10	10
davon anderweitig	0	0
anhängig verblieben	10	10
davon erledigt durch: Stellvertreter Dr. Dür	11	3

Beschwerden im Erkenntnisverfahren, Gnadengesuch, Wiederaufnahmegesuch, Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Kostenbeschwerden

	2004	2005
vom Vorjahr übernommen	4	1
neu angefallen	19	28
total	23	29
erledigt	22	28
davon mit Beschluss	19	28
davon mit Gutachten	3	0
anhängig verblieben	1	1
davon erledigt durch: Stellvertreter Dr. Dür	2	1

Berufungen in Sozialversicherungssachen (Sv-Sachen)

	2004	2005
vom Vorjahr übernommen	0	4
neu angefallen	11	27
total	11	31
erledigt	7	25
davon mit Urteil	5	21
davon mit Beschluss	2	3
davon anderweitig	0	1
anhängig verblieben	4	6
davon erledigt durch: Referent Dr. Augustin	7	25

Exekutions-, Konkurs-, Nachlassvertrags-, Rechtsöffnungs- und Verlassenschaftssachen (Ex-, Rö-, Kü-, Ko-, Nv-, Ne- und Va-Sachen)

	2004	2005
vom Vorjahr übernommen	2	0
neu angefallen	75	50
total	77	50
erledigt	77	43
davon mit Beschluss	77	43
anhängig verblieben	0	7
davon erledigt durch: Stellvertreter Dr. Dür	5	2

Zusammenfassung

	2004	2005
vom Vorjahr übernommen	37	25
neu angefallen	229	215
erledigt	233	202
anhängig verblieben	25	38
davon erledigt durch Stellvertreter bzw. rechtskundige Oberrichter	33	39
Anzahl der Sitzungstage:	53	47

Anhang*

Cg-Sachen

Offene Berufungen

2005: 219, 364, 561, 593, 601, 673 (Total 6)

Offene Rekurse

2005: 381, 540, 555, 556, 658, 659, 676, 722 (Total 8)

Strafsachen

Offene Berufungen

2005: 439, 629, 630, 669, 680, 681, 470, 471, 687, 688 (Total 10)

* Die hier angeführten Zahlen entsprechen den Nummern der Jahresregister des Obergerichtes.

Offene Beschwerden			davon erledigt durch:		
2005: 711	(Total 1)		Stellvertreter Dr. Paul Meier	12	9
2004: 0			Oberrichter Dr. Peter Prast	8	1
			lic.iur. Max Bizozzero	3	
			Dr. Helmut Neudorfer	2	
Sozialversicherungssachen					
Offene Berufungen			Berufungen und mit der Berufung verbundene		
2005: 14, 22, 24, 25, 26, 27	(Total 6)		Kostenrekurse in Eg-Sachen	2004	2005
			vom Vorjahr übernommen	1	3
			neu angefallen	6	9
			total	7	12
Übrige Geschäfte			erledigt	4	10
Offene Rekurse			durch Urteil	3	4
2005: 447, 643, 644, 691, 528, 684, 689	(Total 7)		durch Beschluss	1	6
			anhängig verblieben	3	2
			davon erledigt durch Stellvertreter		
			Dr. Paul Meier	1	
3. Senat					
Vorsitzender: Dr. Gerhard Mislik					
Strafsachen			Klagen (Co-Sachen)	2004	2005
Berufungen (Es-, Eu-, Kg-Sachen)	2004	2005	vom Vorjahr übernommen	1	4
vom Vorjahr übernommen	19	2	neu angefallen	4	7
neu angefallen		14	total	5	11
erledigt	17	14	erledigt	1	7
davon mit Urteil	10	9	erledigt durch Urteil		4
davon mit Beschluss	7	5	erledigt durch Beschluss	1	2
anhängig verblieben	2	2	anderweitig		1
davon erledigt durch:			anhängig verblieben	4	4
Besitzer Dr. Peter Prast	1	1	Zusammenfassung	2004	2005
			vom Vorjahr übernommen	7	25
Beschwerden in Strafsachen, Subsidiaranträge, Einsprüche, Wiederaufnahmeanträge, usw. (UR)	2004	2005	neu angefallen	341	295
vom Vorjahr übernommen	1	11	erledigt	323	301
neu angefallen	194	147	anhängig verblieben	25	19
total	195	158	davon erledigt durch:		
erledigt	184	153	Stellvertreter Dr. Paul Meier	39	27
davon mit Beschluss	183	153	Oberrichter Dr. Peter Prast	11	4
davon anderweitig	1		lic.iur. Max Bizozzero	9	2
anhängig verblieben	11	5	Anzahl der Sitzungstage:	54	44
davon erledigt durch:					
Stellvertreter Dr. Paul Meier	26	18			
Oberrichter Dr. Peter Prast	2	2			
lic.iur. Max Bizozzero	6	2			
Beschwerden in Strafrechtshilfesachen und Verlängerungsanträge (RS)	2004	2005			
vom Vorjahr übernommen	4	5			
neu angefallen	118	118			
total	122	123			
erledigt	117	117			
davon mit Beschluss	116	117			
davon anderweitig	1				
anhängig verblieben	5	6			

Anhang*

Strafsachen

Offene Berufungen

2005: 307, 490 (Total 2)

**Offene Beschwerden in Strafsachen, Strafrechtshilfesachen, Subsidiaranträge, Einsprüche, Wieder-
aufnahmeanträge, usw.**

RS 2005: 454, 455, 646, 647, 661, 663 (Total 6)

UR 2004: 613, 614

UR 2005: 530, 594, 631 (Total 5)

Eg-Sachen

Offene Berufungen/Rekurse

2005: 714, 715 (Total 2)

Offene Co-Sachen

2004: 2, 4

2005: 6, 7 (Total 4)

Präsidialsachen

Ausschlussverfahren (§§ 10 ff GOG)

neu angefallen 43

durch Beschluss erledigt 43

anderweitig erledigt -

anhängig verblieben -

Haftsachen (§ 131 StPO)

neu angefallen 10

durch Beschluss erledigt 10

anhängig verblieben -

Andere Präsidialsachen

neu angefallen 22

durch Beschluss erledigt 22

anhängig verblieben -

Zusammenfassung

neu angefallen 75

erledigt 75

anhängig verblieben -

Oberster Gerichtshof

Präsident: Dr. Hansjörg Rück

Die Geschäftsentwicklung des Fürstlichen Obersten Gerichtshofes zeigt im Jahre 2005 folgendes Bild:

	Zahl der Akten		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr
	2004	2005	
vom Vorjahr übernommen	18	18	0
Neuanfall	174	192	18
Gesamtzahl der zu erledigenden Akten	192	210	18
erledigt	174	160	-14
noch offen	18	50	32

Die Erledigungen des Fürstlichen Obersten Gerichtshofes erfolgten wie bisher jeweils ungefähr zur Hälfte in Beschluss- bzw. Urteilsform, wobei wie immer der Arbeitsaufwand in den mit Urteil erledigten Geschäftsfällen höher einzustufen ist. Festzustellen ist, dass der Umfang und der Schwierigkeitsgrad der zu erledigenden Rechtsfälle zugenommen hat, vor allem auch deshalb, weil durch die in letzter Zeit erfolgten zahlreichen Gesetzesnovellierungen grundsatz- und richtungsweisende Entscheidungen vom Fürstlichen Obersten Gerichtshof zu treffen waren, auch bedingt durch die Auswirkungen im Zusammenhang mit der Errichtung eines 3. Senates beim Fürstlichen Obergericht.

Die Erledigungen erfolgten an 16 Sitzungstagen und an 2 Verhandlungstagen.

Von den Erledigungen entfielen 98 auf den Zivilrechtsbereich und 62 auf den Strafrechtsbereich, davon 27 Strafrechtshilfesachen.

Von den anhängig verbliebenen 50 Akten entfallen 34 auf den Zivilrechtsbereich, 16 sind Straf- bzw. Strafrechtshilfesachen.

* Die hier angeführten Zahlen entsprechen den Nummern der Jahresregister des Obergerichtes.

Verwaltungsgerichtshof

Vorsitzender: lic.iur. Andreas Batliner

Im Jahr 2005 fielen 112 neue Beschwerdefälle an.

Unter dem Vorsitzenden des Verwaltungsgerichtshofes wurden folgende Beschwerdefälle behandelt:

VBI-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
2000/161	Zonenplan Triesenberg	06.06.2001: Verfahren unterbrochen 10.03.2004: 5 von 6 Beschwerden verworfen
2002/120	Zonenplan Triesenberg	25.07.2005: Beschwerde verworfen
2003/55	Asyl	27.04.2005: Beschwerde i.W. abgewiesen 27.09.2005: StGH hebt VGH-Urteil auf
2003/82	Familiennachzug	10.11.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
VGH-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
2004/5	Konzession für Betrieb der Gesundheitspflege	26.02.2004: Normenkontrollantrag an StGH 09.05.2005: StGH gibt Antrag statt 01.12.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2004/16	Gewerbeumlage	10.01.2005: Beschwerde stattgegeben
2004/31	Inkorporationsgebühr GWK	02.03.2005: Beschwerde stattgegeben
2004/32	Mitgliederbeiträge GWK	13.04.2005: Beschwerde stattgegeben
2004/44	Sektionsmitgliederbeiträge GWK	07.03.2005: Beschwerde verworfen
2004/55	Vermarktung	16.02.2005: Beschwerde abgewiesen
2004/58	Führerausweisentzug	16.03.2005: Beschwerde abgewiesen
2004/66	Erlöschen der Niederlassungsbewilligung	16.02.2005: Beschwerde abgewiesen
2004/67	Zonierung Triesenberg	11.05.2005: Beschwerde abgewiesen
2004/69	Konzession für Betrieb einer Physiotherapie-Praxis	18.08.2005: Beschwerde verworfen
2004/70	Genehmigung Zonenplanänderung «Brüel»	19.01.2005: Beschwerde stattgegeben
2004/76	Steuern	17.11.2004: Normenkontrollantrag an StGH 28.11.2005: StGH gibt Antrag statt
2004/80	Projektwettbewerb	17.01.2005: Beschwerde verworfen
2004/82	Zonenplan Triesenberg	11.05.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2004/83	öffentliche Auftragsvergabe	25.05.2005: Beschwerde stattgegeben
2004/84	Baubewilligung	11.05.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2004/86	Kosten im Auftragsvergabeverfahren	29.08.2005: Beschwerde verworfen
2004/87	Überbauungsplan	01.02.2005: Beschwerde abgewiesen
2004/89	Sozialhilfe	noch nicht entschieden
2004/90	Verfahrenshilfe	01.02.2005: Beschwerde stattgegeben
2004/96	Genehmigung Regelung Bürgergenossenschaft	21.12.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2004/99	Festlegung Tarifart und -struktur	30.03.2005: Beschwerde abgewiesen
2004/100	Widerruf der Aufenthaltsbewilligung	20.01.2005: Beschwerde abgewiesen
2004/101	Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung	19.01.2005: Beschwerde abgewiesen
2004/102	Rechtsfragen bez. Liecht. Landesspital	09.03.2005: Beschwerde abgewiesen
2004/103	Entzug Gewerbebewilligung	28.02.2005: Beschwerde verworfen
2004/104	Kosten Wildschadenverhütung	16.03.2005: Beschwerde stattgegeben

GERICHTE

356 |

VGH-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
2004/105	Baugesuch	11.05.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2004/106	Einbau Klimaanlage	09.06.2005: Beschwerde abgewiesen
2004/107	Verkehrsordnung	11.05.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2004/108	Verkehrsordnung	11.05.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2004/109	Widerruf Aufenthaltsbewilligung	13.04.2005: Beschwerde stattgegeben
2004/110	Aufsichtsbeschwerde	13.04.2005: Beschwerde zurückgewiesen
2005/1	Entzug Patentanwaltsbewilligung	30.03.2005: Beschwerde i.W. abgewiesen
2005/2	Amtshilfe gem. BankG	11.05.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/4	Ergänzungsleistungen	30.03.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/5	Auflagen gem. KVV	30.03.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/6	Verwaltungsstrafe gem. Fischerei- und Waffengesetz	09.03.2005: Normenkontrollantrag an StGH 28.11.2005: StGH gibt Antrag z.T. statt
2005/7	Widerruf der Aufenthaltsbewilligung	09.03.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/8	Zonierung Triesenberg	noch nicht behandelt
2005/9	Widerruf der Aufenthaltsbewilligung	16.03.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/10	Ausbildungsbeihilfen	13.04.2005: Beschwerde stattgegeben
2005/11	Ertragssteuer 2001	13.04.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/13	Aufenthaltsbewilligung	noch nicht behandelt
2005/14	Verkehrsordnung Post-Areal Triesen	13.04.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/16	Kostenersatz	25.05.2005: Beschwerde i.W. stattgegeben
2005/18	Einführung Tarmed	11.05.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/19	Baubewilligung	27.04.2005: 1. Beschwerde zurückverwiesen, 2. Beschwerde stattgegeben
2005/20	Asyl, Verfahrenshilfe	14.04.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/21	Einbürgerung	17.08.2005: Säumnisbeschwerde zurückgewiesen
2005/22	Einstellung ALV-Taggeldanspruch	28.04.2005: Beschwerde verworfen
2005/23	Neuzuteilungsplan Baulandumlegung Bölsfeld	09.06.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/24	Verfahrenshilfe	09.06.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/25	Aufenthaltsbewilligung	25.05.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/26	Zonenplan Triesenberg	20.09.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/27	Vermögens- und Erwerbssteuern Veranlagung 2001	09.06.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/29	Zonenplan Triesenberg	17.08.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/30	Baubewilligung	10.11.2005: Beschwerde z.T. stattgegeben
2005/31	Entzug des Gewerbescheins	06.07.2005: Beschwerde stattgegeben
2005/32	Plangenehmigung 380 kV-Leitung	noch nicht behandelt
2005/33	Zonenplan Triesenberg	21.12.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/34	Asyl	25.05.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/35	Amtshilfe	09.06.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/36	Amtshilfe	09.06.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/37	Asyl	noch nicht behandelt
2005/38	Widerruf der Aufenthaltsbewilligung	09.06.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/39	Abänderung des Geburtsdatums	17.08.2005: Beschwerde stattgegeben
2005/40	Abänderung des Geburtsdatums	01.09.2005: Beschwerde stattgegeben
2005/41	Abänderung des Geburtsdatums	01.09.2005: Beschwerde stattgegeben

VGH-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
2005/42	Insolvenzenschädigung	01.09.2005: Beschwerde z.T. stattgegeben
2005/43	Forderung aus Dienstverhältnis	noch nicht behandelt
2005/44	Aufenthaltsbewilligung	20.09.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/45	Waffenverbot	17.08.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/46	Erlöschen der Niederlassungsbewilligung	noch nicht behandelt
2005/47	Führerausweisenzug	20.09.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/48	öff. Auftragsvergabe	noch nicht behandelt
2005/49	Parteikosten	noch nicht behandelt
2005/50	Lagerung von Holz	17.08.2005: Beschwerde stattgegeben
2005/51	Errichtung Parkplatz	17.08.2005: Beschwerde stattgegeben
2005/52	Verzugszins auf MWSt.	10.11.2005: Beschwerde stattgegeben
2005/53	Verzugszins auf MWSt.	noch nicht behandelt
2005/54	Verzugszins auf MWSt.	noch nicht behandelt
2005/55	Ausweisung	21.12.2005: Beschwerde stattgegeben
2005/58	öff. Auftragsvergabe	noch nicht behandelt
2005/60	Familiennachzug	21.12.2005: Normenkontrollantrag an StGH
2005/61	Widerruf der Aufenthaltsbewilligung	01.12.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/62	Eurolizenzen	10.08.2005: Beschwerde verworfen
2005/63	öff. Auftragsvergabe	20.09.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/64	Asyl	21.12.2005: öffentliche Verhandlung
2005/65	öff. Auftragsvergabe	07.09.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/66	Bürgergenossenschaft und Gemeindevermögen	noch nicht behandelt
2005/67	Familiennachzug	noch nicht behandelt
2005/68	Verfahrenshilfe im Asylverfahren	07.09.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/69	Widerruf der Aufenthaltsbewilligung	20.09.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/70	vorläufige/humanitäre Aufnahme	01.12.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/71	Bürgergenossenschaft und Gemeindevermögen	noch nicht behandelt
2005/72	Kapital- und Ertragssteuern 1999	10.11.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/73	Eintragung ins MWSt-Register	01.12.2005: Beschwerde stattgegeben
2005/76	Genehmigung eines Reglements über Garagen- und Abstellplätze	01.12.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/77	Ergänzungsleistungen	noch nicht behandelt
2005/78	Kündigung Pachtvertrag	noch nicht behandelt
2005/79	Verwaltungsstrafe wg. Schwerverkehrsabgabe	noch nicht behandelt
2005/80	Erlöschen der Niederlassungsbewilligung	noch nicht behandelt
2005/81	Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung	noch nicht behandelt
2005/82	Verrechnung Krankentaggeld mit Sozialhilfe	noch nicht behandelt
2005/83	Baulandumlegung	10.11.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/84	Asyl	10.11.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/85	Widerruf der Aufenthaltsbewilligung	noch nicht behandelt
2005/86	Führerausweisenzug	noch nicht behandelt
2005/87	Mehrwertsteuer	noch nicht behandelt
2005/88	Widerruf der Aufenthaltsbewilligung	noch nicht behandelt
2005/89	Führerausweisenzug	noch nicht behandelt
2005/90	Medienförderungsbeiträge für 2004	25.11.2005: Beschwerde verworfen
2005/91	Prämienverbilligung	noch nicht behandelt
2005/92	Unterstellung unter das SPG	noch nicht behandelt
2005/93	Baubewilligung	noch nicht behandelt
2005/94	Überbrückungsrente	noch nicht behandelt
2005/95	Ergänzungsleistungen	noch nicht behandelt

GERICHTE

358 |

VGH-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
2005/96	Konzession als Psychotherapeut	noch nicht behandelt
2005/97	Insolvenzenschädigung	noch nicht behandelt
2005/98	Parteikosten	noch nicht behandelt
2005/99	Verkehrssignalisation Dorfplatz Eschen	noch nicht behandelt
2005/101	Widerruf der Aufenthaltsbewilligung	noch nicht behandelt
2005/102	Zonenplan Triesenberg	noch nicht behandelt
2005/103	GVG-Genehmigung	noch nicht behandelt
2005/104	Widerruf der Aufenthaltsbewilligung	noch nicht behandelt
2005/105	Familiennachzug für Ehegatten	noch nicht behandelt
2005/106	Abberufung als Verwaltungsräte des Liecht. Rundfunks	noch nicht behandelt
2005/107	Niederlassungsbewilligung	noch nicht behandelt
2005/109	Konzession für Betrieb der Gesundheitspflege	noch nicht behandelt
2005/111	Erlöschen der Niederlassungsbewilligung	noch nicht behandelt
2005/112	GVG-Genehmigung	noch nicht behandelt

Die folgenden Beschwerdefälle wurden wegen Ausstandes des Vorsitzenden an den Stellvertretenden Vorsitzenden bzw. die Stellvertretende Vorsitzende des VGH zur Behandlung weitergeleitet:

VBI-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
1997/65	Zulassung zur Treuhänderprüfung	22.01.1998: Vorlage StGH, Aufhebungsantrag abgewiesen, noch nicht weiter behandelt
1997/100	Zonenplanänderung	11.05.2005: Beschwerde abgewiesen
2000/11	Bewilligung Telekommunikationsdienst	noch nicht behandelt
2000/40	Kosten Landesgrundverkehrskommission	31.05.2000/08.06.2005: Beschwerde abgewiesen
2000/164	Teilgenehmigung RIO	28.12.2005: Beschwerde verworfen
2001/24	Honorar Verfahrenshelfer	14.05.2002/08.06.2005: Beschwerde abgewiesen
2001/140	Honorar Verfahrenshelfer	14.05.2002/08.06.2005: Beschwerde abgewiesen
2003/5	Patentanwaltsbewilligung	01.12.2005: Beschwerde abgewiesen
2003/10	Widerruf Aufenthaltsbewilligung	18.05.2004: Beschwerde abgewiesen 09.05.2005: StGH hebt VGH-Urteil auf 21.12.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen

VGH-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
2004/43	Entzug der Gewerbebewilligung	09.03.2005: Beschwerde abgewiesen
2004/46	Besteuerung ruhender Nachlass	09.03.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2004/85	Baubewilligung	09.03.2005: Beschwerde abgewiesen
2004/94	Verpflockung	noch nicht behandelt
2004/97	Rückversicherungsbewilligung	09.03.2005: Beschwerde zurückgewiesen
2004/98	Projektwettbewerb	noch nicht behandelt
2005/3	Amtshilfe gem. BankG	09.03.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/12	Wildfütterung	21.12.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/17	Wildfütterung	21.12.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/28	Besteuerung des ruhenden Nachlasses	17.08.2005: Beschwerde stattgegeben, Verfahren zurückverwiesen
2005/56	Errichtung eines privaten Oberstufengymnasiums	01.12.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/57	Führerausweisentzug	noch nicht behandelt
2005/75	Entschädigung wg. Nichteinzonierung	noch nicht behandelt

VGH-Akt	Beschwerdesache	Entscheidung/Verfahrensstand
2005/100	Aufenthaltsbewilligung	noch nicht behandelt
2005/108	Konzession für Betrieb Gesundheitspflege	noch nicht behandelt
2005/110	Baugesuch Lärmschutzwand	noch nicht behandelt

Die folgenden Beschwerdefälle wurden wegen Ausstandes sowohl des Vorsitzenden als auch der Stellvertretenden Vorsitzenden an einen ad-hoc-Vorsitzenden zur Behandlung weitergeleitet:

2005/15	Bewilligung Lageranbau	21.12.2005: Beschwerde abgewiesen
2005/59	grundbücherliche Anmerkung des öffentlichen Feldwegs	noch nicht behandelt
2005/74	Bewilligung für Rechtsanwalts-gesellschaft	21.12.2005: Normenkontrollantrag an StGH

Gemäss Art. 96 Abs. 4 LVG werden Beschwerden verworfen, wenn der Beschwerdeführer deren Rücknahme erklärt hat.

Staatsgerichtshof

Präsident: lic. iur. Marzell Beck

Gegenüber dem Geschäftsjahr 2004 (85 Geschäftseingänge) ist ein Anstieg von 16 Geschäftseingängen zu verzeichnen.

Statistik für das Geschäftsjahr 2005

	Anfall	Erledigung	Offen
Aus Vorjahr	49		
Neu bis 31.12.2005	101		
TOTAL	150	70	80

Aufteilung der 70 erledigten Geschäftsfälle

Die erledigten 70 Akten unterteilen sich wie folgt:

63 Beschwerden wegen Verletzung

verfassungsmässig gewährleisteter Rechte:

– Urteil der VBI w/Zulässigkeit einer Planänderung		zurückgewiesen
– Urteil des VGH w/Verlängerung Aufenthaltsbewilligung		keine Folge gegeben
– Urteil des VGH w/Nichteinreichung der Bilanz		keine Folge gegeben
– Urteil des VGH w/Sozialhilfe		keine Folge gegeben
– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Sicherungsverfahrens		keine Folge gegeben
– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Geldwäscherei		Folge gegeben
– Beschluss des Obergerichtes w/Erlass eines Amtsbefehls		keine Folge gegeben
– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Ehescheidung		keine Folge gegeben
– Beschluss des Obergerichtes w/Ehescheidung		Rückzug

– Beschluss des Obergerichtes w/Nichtgewährung der Verfahrenshilfe		keine Folge gegeben
– Beschluss des Obergerichtes w/Klagsforderung		keine Folge gegeben
– Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Schadenersatzleistungen		Rückzug
– Urteil des VGH w/Aufenthaltsbewilligung		Folge gegeben
– Urteil des Obergerichtes w/Verdachts der Untreue		Folge gegeben
– Beschluss des Obergerichtes w/Schadenersatzforderungen		Folge gegeben
– Bericht und Antrag der Regierung w/Vorprüfung der angemeldeten Volksinitiative auf Erlass eines Klimaschutzgesetzes		keine Folge gegeben
– Urteil des VGH w/Asylgesuchs		keine Folge gegeben
– Beschluss des Obergerichtes w/Rechtsfürsorgeverfahren		keine Folge gegeben
– Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Verbrechens des schweren Raubes		Folge gegeben
– Urteil des VGH w/Besoldungsgleichheit		keine Folge gegeben
– Urteil des VGH w/Baubewilligung		Rückzug
– Beschluss des Obergerichtes w/Akteneinsicht		keine Folge gegeben
– Urteil des VGH w/Erlass des Überbauungsplanes		keine Folge gegeben
– Urteil des Obergerichtes w/Versäumnisurteils		Folge gegeben
– Beschluss des Obergerichtes w/Hausdurchsuchung		keine Folge gegeben
– Beschluss des Obergerichtes w/vermögensrechtlicher Anordnung		keine Folge gegeben
– Beschlüsse des Obergerichtes w/Rechtshilfeverfahren		keine Folge gegeben
– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Veruntreuung und Geldwäscherei		keine Folge gegeben

GERICHTE

360	– Beschluss des Obergerichtes w/Veruntreuung	Rückzug	– Beschluss des Obergerichtes w/Lohnforderungen	Folge gegeben
	– Beschluss des Obergerichtes w/Klagsforderungen	Rückzug	– Beschluss des Obergerichtes w/Versäumnisurteil	Folge gegeben
	– Urteil des VGH w/Kostenspruch	keine Folge gegeben	– Urteil des VGH w/Familiennachzug	keine Folge gegeben
	– Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Klagsforderung	Rückzug	– Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Verbrechens der Untreue	keine Folge gegeben
	– Urteil des VGH w/Rechtshilfeersuchen	keine Folge gegeben	– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Bestellung Kollisionskurator	keine Folge gegeben
	– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Rechtshilfeersuchen - Durchsuchung, Beschlagnahmung, Kontosperrung	keine Folge gegeben	– Urteil des VGH w/Aufenthaltsbewilligung	keine Folge gegeben
	– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Beschlagnahme und Kontensperrungen	keine Folge gegeben	– Urteil des VGH w/Erlass eines Überbauungsplanes	keine Folge gegeben
	– Beschluss des Obergerichtes w/Kostenforderung	Rückzug	– Urteil des VGH w/Entzug der Patentsanwaltsbewilligung	keine Folge gegeben
	– Urteil des VGH w/Aufenthaltsbewilligung	Folge gegeben	– Urteil des VGH w/Aberkennung von Ergänzungsleistungen	keine Folge gegeben
	– Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Verlassenschaft	keine Folge gegeben		
	– Beschluss des Obergerichtes w/Nötigung	Folge gegeben	7 Anträge	
	– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Verfall von Vermögenswerten	Folge gegeben	– Antrag des Landgerichtes auf Überprüfung des Art. 21 Abs. 3 der Verordnung der Regierung vom 14. Dezember 1999 über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechts- verordnung, URV), LGBl. 1999 Nr. 253	keine Folge gegeben
	– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Verfall von Vermögenswerten	Folge gegeben		
	– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Verfall von Vermögenswerten	Folge gegeben	– Antrag des VGH auf Überprüfung des Art. 52 Abs. 3 Gesetz vom 18. Dezember 1985 über das Gesundheitswesen (Sanitätsge- setz), LGBl. 1986 Nr. 12	Folge gegeben
	– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Rechtshilfeersuchen - Herausgabe von Dokumenten	Folge gegeben		
	– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Rechtshilfeersuchen - Herausgabe von Dokumenten	Folge gegeben	– Normenkontrollantrag der Regierung auf Überprüfung des Art. 52 Abs. 2 des Gesetzes vom 22. Oktober 2003 betreffend die Ab- änderung des Gesetzes über das Gesundheitswesen (Sanitätsge- setz), LGBl. 2003 Nr. 240	Folge gegeben
	– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Verfall von Vermögenswerten	Folge gegeben		
	– Urteil des VGH w/Asylgesuch	Folge gegeben	– Antrag des Obergerichtes auf Überprüfung des Art. 5 lit. a des Gewerbegesetzes, LGBl. 1970 Nr. 21, und des Art. 4 der Gewer- beverordnung, LGBl. 2003 Nr. 121	Folge gegeben
	– Urteil des VGH w/Einführung Tarmed	zurückgewiesen		
	– Beschluss des Obergerichtes w/Rechtshilfeersuchen - Zustellung Urkunden	keine Folge gegeben	– Normenkontrollantrag des VGH auf Überprüfung des Art. 37 Abs. 1 Satz 2 des Steuergesetzes und Art. 37 Abs. 2 Satz 2 des Steuergesetzes	Folge gegeben
	– Beschluss des Obergerichtes w/schweren Betrug und Untreue	keine Folge gegeben		
	– Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Klagsforderungen	Folge gegeben	– Antrag des VGH auf Überprüfung des Art. 36 des Fischereige- setzes vom 16. Mai 1990, LGBl. 1990 Nr. 44, und Art. 21 des Waffengesetzes vom 3. November 1971, LGBl. 1971 Nr. 48	teilweise Folge gegeben
	– Beschluss des Obergerichtes w/Verdacht der Untreue	keine Folge gegeben		
	– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Ablehnung Richter (Befangenheit)	keine Folge gegeben	– Antrag des Landgerichtes auf Überprüfung des Art. 26 des Krankenversicherungsgesetzes, LGBl. 1971 Nr. 50	Folge gegeben
	– Beschluss des Obersten Gerichtshofes w/Ablehnung Richter (Befangenheit)	keine Folge gegeben		
	– Urteil des Obersten Gerichtshofes w/Klagsforderungen	Folge gegeben		

Vermögensrechnung

Laufende Rechnung

Investitionsrechnung

Verpflichtungskredite

Jahresrechnungen der
unselbständigen Anstalten und
Stiftungen

Jahresrechnungen der selbständigen
Stiftungen

Rechnungen der Fonds und
Stiftungen

Bericht zur Landesrechnung 2005

IV. LANDESRECHNUNG

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2005

362 |

	2005	2004
AKTIVEN	2 072 838 154.95	2 023 090 302.28
FINANZVERMÖGEN	1 485 117 199.57	1 430 406 090.01
Flüssige Mittel		
Kassa, Post, Banken	11 860 270.61	12 416 382.59
Kurzfristige Finanzanlagen	207 599 820.00	152 921 570.00
Forderungen		
Steuerguthaben	20 511 750.86	23 292 511.19
Andere Guthaben	81 146 556.49	70 026 805.27
Kurzfristige Darlehen, Vorschüsse u. Kautionen	4 619 478.09	6 468 075.05
Kontokorrente	22 330 879.80	20 773 220.07
Delkredere	-10 280 000.00	-9 347 000.00
Anlagen des Finanzvermögens		
Langfristige Finanzanlagen	27 560 000.00	28 810 000.00
Poolanlagen	1 028 575 223.08	1 029 668 715.92
Gebäude und Grundstücke	77 756 099.62	94 585 080.92
Aktive Rechnungsabgrenzung		
Transitorische Aktiven	13 437 121.02	790 729.00
DECKUNGSKAPITALIEN FUER STIFTUNGEN UND ANSTALTEN	71 074 923.76	75 910 481.60
Anlagen der Stiftungen	10 759 394.03	10 410 701.38
Anlagen der unselbständigen Anstalten und Stiftungen	60 315 529.73	65 499 780.22
VERWALTUNGSVERMÖGEN	516 646 031.62	516 773 730.67
Darlehen		
Wohnbaudarlehen	194 799 551.30	195 703 963.80
Studiendarlehen	15 518 660.32	14 485 946.87
Darlehen an Junglandwirte	2 461 800.00	2 325 800.00
Darlehen Landesspital Vaduz	3 000 000.00	3 000 000.00
Darlehen Liecht. Fussballverband	276 000.00	368 000.00
Beteiligungen		
Liecht. Landesbank AG	83 640 000.00	83 640 000.00
Liecht. Kraftwerke	2 000 000.00	2 000 000.00
Liecht. Gasversorgung (nominal CHF 34.9 Mio.)	16 500 000.00	16 500 000.00
LTN Liechtenstein TeleNet AG	62 000 000.00	65 000 000.00
Liecht. Post AG	2 550 000.00	2 550 000.00
Liecht. Rundfunkanstalt	1.00	2 500 000.00
Sonstige Beteiligungen	17.00	18.00
Sachanlagen		
Tiefbauten	1.00	1.00
Hochbauten	117 800 000.00	110 800 000.00
Mobilien, Einrichtungen, Schulausstattungen, Vorräte	14 200 000.00	15 400 000.00
EDV-Anlagen	1 900 000.00	2 500 000.00
Investitionsbeiträge		
Investitionsbeiträge	1.00	1.00

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2005

	2005	2004
PASSIVEN	2 072 838 154.95	2 023 090 302.28
FREMDE MITTEL	282 809 379.27	267 243 847.43
Kurzfristige Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	83 249 831.08	99 611 619.16
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	20 218 158.88	13 718 801.68
Kontokorrente	703 905.16	619 880.49
Kreditreservierungen	3 461 513.55	1 661 975.09
Passive Rechnungsabgrenzungen		
Transitorische Passiven	28 137.25	8 336.70
Kurzfristige Finanzschulden		
Gemeindekassen	103 612 419.93	95 018 872.47
Lohnsteuer-Vorauszahlungen	69 707 650.09	54 905 975.28
Spezialfinanzierungen		
Diverse Spezialfinanzierungen	1 827 763.33	1 698 386.56
VERPFLICHTUNGEN GEGENÜBER STIFTUNGEN UND ANSTALTEN	71 074 923.76	75 910 481.60
Verpflichtungen gegenüber Stiftungen	10 759 394.03	10 410 701.38
Verpflichtungen gegenüber unselbständigen Stiftungen und Anstalten	60 315 529.73	65 499 780.22
REINVERMÖGEN	1 718 953 851.92	1 679 935 973.25
Allgemeine Reserven	150 000 000.00	150 000 000.00
Reserven für Krisen und Katastrophen	300 000 000.00	300 000 000.00
Reserven für Zukunftsausgaben (Zukunftsfonds)	600 000 000.00	600 000 000.00
Übrige Eigenmittel	629 935 973.25	641 600 678.20
Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung	39 017 878.67	-11 664 704.95

| 363

Anmerkungen zur Vermögensrechnung

Treuhänderisch verwaltete Vermögen

Kautionen Landgericht 25 805 197.44 30 307 082.80

Eventualverpflichtungen

Staatsgarantie der Liecht. Landesbank AG p.M. p.M.
 Amtshaftungsklagen 2 261 415.39 2 175 404.34
 Liecht. Landesspital Bürgschaftsverpflichtung 1 500 000.00 1 500 000.00
 Entwicklungsbank des Europarates 2 558 110.94 2 490 000.00
 Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung 4 543 000.00 4 543 000.00

Sachversicherungswerte

Gebäude zum Neuwert 484 983 000.00 484 983 000.00
 Vorsorgeversicherung (für Neubauten, Anschaffungen, etc. in 2005) 32 000 000.00 32 000 000.00
 Waren und Einrichtungen zum Neuwert 70 000 000.00 70 000 000.00
 Motorfahrzeuge zum Zeitwert 2 500 000.00 2 500 000.00

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredite 165 911 459.00 180 592 858.00

Laufende Rechnung 2005

364 I

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
0	Allgemeine Verwaltung					
011	Landtag					
011.300.00	Taggelder	1 473 212.76	1 649 000		1 609 167.48	
011.301.00	Gehälter	516 139.97	507 000		501 984.80	
011.303.01	Sozialbeiträge	166 008.05	185 000		93 783.62	
011.310.00	Kanzleiauslagen	71 428.55	111 000		37 905.36	
011.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	164 729.52	240 000		167 591.80	
011.318.00	Öffentlichkeitsarbeit	80 550.45	115 000		142 794.30	
011.318.01	Sonderaufgaben, Experten und Gutachten		35 000			
011.365.00	Beiträge an politische Parteien	815 000.00	815 000		815 000.00	
011.367.00	Beiträge an internationale Organisationen	30 003.74	30 000		29 887.80	
	Total Landtag	3 317 073.04	3 687 000		3 398 115.16	
012	Regierung					
012.300.01	Gehälter Regierungsmitglieder	1 255 315.27	1 172 000		1 144 859.40	
012.300.02	Kommissionen	349 393.02	350 000		358 585.22	
012.300.03	Beschwerdekommision	172 665.90	161 000		109 703.90	
012.300.04	Historiker-/Expertenkommission 2. Weltkrieg	404 777.44	405 000		789 221.54	
012.301.01	Gehälter Regierungssekretariate, Regierungsmitarbeiter	3 777 504.80	3 503 000		3 354 114.35	
012.303.01	Sozialbeiträge	1 150 910.98	986 000		897 284.70	
012.310.01	Kanzleiauslagen	167 878.95	201 000		205 826.09	
012.310.02	Öffentlichkeitsarbeit	623 574.69	910 000		953 904.06	
012.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	662 051.87	600 000		547 042.72	
012.318.02	Bodensee-Agenda 21		20 000			
012.364.00	Staatsbeitrag Stiftung Image Liechtenstein	1 000 000.00	1 000 000		1 000 000.00	
	Total Regierung	9 564 072.92	9 308 000		9 360 541.98	
015	Stabsstelle EWR					
015.301.00	Gehälter	649 808.46	625 000		634 185.00	
015.303.01	Sozialbeiträge	113 206.90	118 000		114 198.93	
015.310.00	Kanzleiauslagen	46 491.52	55 000		54 155.75	
015.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	95 639.92	115 000		105 747.55	
015.431.00	Verwaltungsgebühren			11 697.30		10 406.00
	Total Stabsstelle EWR	905 146.80	11 697.30	10 000	908 287.23	10 406.00
020	Allgemeine Verwaltung					
020.301.01	Gehälter	4 722 014.07	4 304 000		4 707 582.30	
020.301.02	Fixer Leistungsanteil / Systemanpassungen		1 057 000			
020.303.01	Sozialbeiträge	914 695.62	809 000		694 690.77	
020.309.00	Betrieb Kindertagesstätte Landesverwaltung	97 721.65	146 000		53 669.10	
020.310.01	Telekommunikationsaufwendungen	1 753 420.60	1 690 000		1 647 226.05	
020.310.02	Literatur, Informationsmaterial, Inserate, etc.	424 465.13	455 000		447 192.79	
020.317.02	Veranstaltungen und Repräsentationen	667 352.60	740 000		588 214.61	
020.317.05	200 Jahre Souveränität	314 971.06	710 000			
020.318.03	Experten, Gutachten	2 626 423.46	3 700 000		3 804 341.92	
020.318.04	Verfahrenshilfe in Verwaltungssachen	100 142.10	150 000		110 077.00	
020.318.05	IGH-Klage				385 674.94	
020.319.00	Verschiedenes	17 240.00	26 000		11 882.50	
020.319.01	Amtshaftungen	134 477.37			722 170.80	
020.365.01	Liechtenstein-Dialogue	257 618.85	300 000		313 768.64	
020.367.00	Beiträge an Vereinigungen	219 696.00	220 000		199 745.00	
	Total Allgemeine Verwaltung	12 250 238.51	14 307 000		13 686 236.42	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

012.300.01	NKII CHF 89 000	015.301.00	NK IV CHF 12 000, indiv. Gehaltserhöhungen aus
012.300.03	NK VI CHF 14 000		Sammelkredit 020.301.02 CHF 13 000
012.301.01	NK II CHF 191 000, indiv. Gehaltserhöhungen aus	020.301.01	NK II CHF 500 000, NK v. 20. Okt. 2005 CHF 53 000
	Sammelkredit 020.301.02 CHF 44 000, Kreditüberschrei-		Abgeltung Dienstaltersprämien
	tung aufgrund notwendiger personeller Doppelbesetzung		an die Liecht. Post AG
	gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. e CHF 40 000	020.303.01	NK II CHF 108 000
012.303.01	NK II CHF 255 000	020.310.01	NK VI CHF 66 000
012.317.00	NK V CHF 40 000, NK VI CHF 25 000	020.319.01	NK V CHF 100 000, NK VI CHF 35 000

Laufende Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
022 Landeskasse						
022.301.00 Gehälter	620 513.55		658 000		597 643.25	
022.303.01 Sozialbeiträge	109 313.27		124 000		108 413.66	
022.310.00 Kanzleiauslagen	12 776.00		34 000		16 015.35	
Total Landeskasse	742 602.82		816 000		722 072.26	
023 Steuerverwaltung						
023.301.00 Gehälter	4 229 570.28		4 421 000		4 363 234.35	
023.303.01 Sozialbeiträge	745 005.20		831 000		791 746.69	
023.310.00 Kanzleiauslagen	112 028.15		159 000		116 385.17	
023.317.00 Reisespesen	18 823.45		50 000		34 838.00	
023.318.00 Eidg. Steuerverwaltung / Mitwirkung Stempelabgaben	536 017.92		445 000		456 395.91	
023.319.00 Verschiedenes	16 463.73		25 000		23 709.06	
023.319.01 Kostenvorschuss bei Konkursverfahren			36 000			
023.430.00 Liechtensteinische Gründungsgebühren		1 937 464.85		550 000		784 613.00
023.431.01 Verwaltungsgebühren und Ordnungsbussen ...		605 568.08		400 000		621 342.84
Total Steuerverwaltung	5 657 908.73	2 543 032.93	5 967 000	950 000	5 786 309.18	1 405 955.84
024 Amt für Personal- und Organisation						
024.301.00 Gehälter	3 721 211.26		3 821 000		3 720 301.85	
024.301.01 Gehälter Lehrlinge	330 293.30		333 000		323 447.50	
024.303.01 Sozialbeiträge	701 947.89		744 000		718 356.86	
024.309.01 Weiterbildung	898 063.58		1 300 000		984 637.30	
024.309.02 Inserate	95 712.50		100 000		80 063.20	
024.309.03 Sonstiger Personalaufwand	276 240.00		250 000		268 780.00	
024.310.01 Kanzleiauslagen	66 064.20		75 000		60 495.77	
024.317.00 Reisespesen	5 340.12		10 000		3 907.60	
024.317.02 Veranstaltungen Gesamtverwaltung	184 396.62		210 000		166 102.93	
024.318.00 Organisation	385 439.39		400 000		376 571.24	
024.436.00 Kostenrückerstattungen Pensionsversicherung		301 576.60		326 000		274 123.55
Total Amt für Personal- und Organisation	6 664 708.86	301 576.60	7 243 000	326 000	6 702 664.25	274 123.55
025 Datenverarbeitung / Kommunikation						
025.310.00 Materialaufwand	170 286.96		180 000		176 428.07	
025.315.00 Betriebskosten Informatik	1 906 448.23		1 970 000		1 893 688.85	
025.315.01 Unterhalt Telekommunikationsinfrastruktur	280 003.30		310 000		304 335.63	
Total Datenverarbeitung / Kommunikation	2 356 738.49		2 460 000		2 374 452.55	
026 Bauadministration						
026.301.00 Gehälter	245 751.25		292 000		169 175.50	
026.303.01 Sozialbeiträge	45 310.99		55 000		31 233.05	
026.310.00 Kanzleiauslagen	13 409.70		17 000		11 540.04	
026.317.00 Reisespesen	216.60		5 000			
Total Bauadministration	304 688.54		369 000		211 948.59	
027 Tiefbauamt						
027.301.00 Gehälter	556 477.22		574 000		544 667.50	
027.303.01 Sozialbeiträge	97 467.81		108 000		98 462.64	
027.310.00 Kanzleiauslagen	26 964.61		41 000		34 993.96	
027.317.00 Spesen und Reiseauslagen	108 040.80		108 000		100 891.35	
027.318.01 Geologische Untersuchungen			50 000			
Total Tiefbauamt	788 950.44		881 000		779 015.45	

| 365

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

023.318.00 Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. b
 024.309.03 NK VI CHF 27 000

Laufende Rechnung 2005

366 I

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
028 Hochbauamt						
028.301.00 Gehälter	1 566 865.54		1 549 000		1 546 426.65	
028.303.01 Sozialbeiträge	275 040.00		291 000		277 380.00	
028.310.00 Kanzleiauslagen	20 165.10		24 000		24 861.79	
028.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	18 953.35		23 000		16 230.80	
028.318.02 Baurecht, Baupolizei, Brandschutz	256 684.60		283 000		147 549.80	
028.318.03 Genereller Hochbauplanungskredit	52 848.00		50 000		25 195.90	
028.318.09 Kosten für Ersatzvornahmen			10 000			
028.367.00 Beiträge an Vereinigungen	64 266.80		60 000		46 559.50	
028.431.00 Baubewilligungsgebühren		224 981.30		230 000		389 635.20
028.435.00 Verkauf Drucksachen		1 329.70				2 879.70
028.436.00 Lift- und Brandschutzkontrollen		180 011.80		180 000		58 936.55
028.436.01 Weiterverrechnung Kosten Ersatzvornahmen				10 000		
Total Hochbauamt	2 254 823.39	406 322.80	2 290 000	420 000	2 084 204.44	451 451.45
029 Stabsstelle für Chancengleichheit						
029.300.01 Gleichberechtigungskommission	12 308.90		14 000		14 883.05	
029.301.00 Gehälter	193 124.76		128 000		127 760.10	
029.303.01 Sozialbeiträge	34 519.87		24 000		24 093.29	
029.310.00 Kanzleiauslagen	9 611.25		9 000		2 523.50	
029.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	3 190.00		4 000		2 721.15	
029.318.00 Projekte, Öffentlichkeitsarbeit	124 218.74		140 000		130 366.93	
029.365.00 Finanzhilfen GLG	7 500.00		30 000		34 214.85	
Total Stabsstelle für Chancengleichheit	384 473.52		349 000		336 562.87	
030 Leistungen an Pensionierte						
030.307.01 Pensionen	1 001 513.25		1 111 000		906 226.80	
030.307.03 Frühzeitige Pensionierung	3 042 661.27		3 093 000		2 859 152.09	
Total Leistungen an Pensionierte	4 044 174.52		4 204 000		3 765 378.89	
040 Regierungskanzlei						
040.301.00 Gehälter	533 602.89		525 000		519 417.00	
040.303.01 Sozialbeiträge	98 863.81		99 000		99 312.96	
040.310.00 Kanzleiauslagen, Rechenschaftsbericht, usw.	252 261.10		293 000		257 612.50	
040.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	443.50		2 000		71.00	
040.317.01 Amtsanlässe	21 750.00		20 000		29 119.60	
040.367.00 Internationale Bodenseekonferenz (IBK)	114 446.26		140 000		133 268.63	
040.431.01 Stempel- und Verwaltungsgebühren		572 497.02		620 000		711 317.81
040.435.00 Verkauf von Gesetzblättern und Drucksachen		189 608.50		180 000		184 961.50
Total Regierungskanzlei	1 021 367.56	762 105.52	1 079 000	800 000	1 038 801.69	896 279.31
041 Stabsstelle Rechtsdienst						
041.301.00 Gehälter	675 129.47		657 000		652 210.69	
041.303.01 Sozialbeiträge	119 333.54		124 000		119 484.12	
041.310.00 Kanzleiauslagen	29 022.98		38 000		27 097.17	
041.310.01 Gesetzblätter, Nachdrucke, Textausgaben	296 400.30		330 000		268 828.90	
041.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	7 383.45		10 000		5 046.00	
041.318.00 Systematische Gesetzessammlung (LR) und Register	704 519.14		478 000		502 365.19	
041.318.01 Rechtsdatenbanken	61 788.60		80 000		70 962.70	
041.435.00 Abgabe Rechtsvorschriften auf Datenträger		800.00				800.00
Total Stabsstelle Rechtsdienst	1 893 577.48	800.00	1 717 000		1 645 994.77	800.00

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

028.301.00	Indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02	CHF 21 000
029.301.00	NK IV CHF 62 000, indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02	CHF 2 000
029.303.01	NK IV CHF 12 000	
041.301.00	Indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02	CHF 9 000
041.318.00	NK V CHF 227 000	

Laufende Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
042 Stabsstelle Protokoll						
042.301.00 Gehälter	316 516.04		302 000		298 758.05	
042.303.01 Sozialbeiträge	54 932.84		57 000		53 514.02	
042.310.00 Kanzleiauslagen	15 082.04		17 000		16 241.55	
042.317.01 Reisespesen, Regierungswagen	32 351.78		45 000		35 165.85	
042.317.02 Ankauf von Geschenken, Fahnen, usw.	33 681.41		38 000		31 558.67	
Total Stabsstelle Protokoll	452 564.11		459 000		435 238.14	
043 Finanzkontrolle / Finanzaufsicht						
043.301.01 Gehälter	222 817.38		263 000		582 168.60	
043.303.01 Sozialbeiträge	38 971.30		49 000		103 309.37	
043.310.00 Kanzleiauslagen	3 048.15		6 000		9 298.90	
043.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	1 708.80		2 000		942.55	
043.318.00 Revision der Landesrechnung	477 788.70		479 000		300 000.00	
043.434.00 Verrechnete Revisionsdienstleistungen		11 514.70		7 000		9 100.70
Total Finanzkontrolle / Finanzaufsicht	744 334.33	11 514.70	799 000	7 000	995 719.42	9 100.70
044 Stabsstelle für Komm. und Öffentlichkeitsarbeit						
044.301.00 Gehälter	263 147.27		261 000		258 039.60	
044.303.01 Sozialbeiträge	45 666.89		49 000		46 151.76	
044.310.00 Kanzleiauslagen	22 584.55		20 000		23 268.46	
044.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	21 994.95		24 000		10 708.15	
044.318.00 Liechtenstein-Portal	8 562.83		15 000			
Total Stabsstelle für Komm. und Öffentlichkeitsarbeit	361 956.49		369 000		338 167.97	
045 Stabsstelle Finanzen						
045.301.00 Gehälter	318 636.55		336 000			
045.303.01 Sozialbeiträge	55 984.36		63 000			
045.310.00 Kanzleiauslagen	3 807.45		6 000			
045.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	63.00		1 000			
Total Stabsstelle Finanzen	378 491.36		406 000			
050 Amt für Auswärtige Angelegenheiten						
050.301.00 Gehälter	1 247 883.43		1 235 000		1 240 523.40	
050.303.01 Sozialbeiträge	215 956.69		228 000		219 486.98	
050.310.00 Kanzleiauslagen	37 358.63		46 000		35 469.05	
050.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	141 220.13		170 000		62 197.69	
050.317.01 Honorarkonsulate			70 000			
050.317.02 Umsetzung von Abkommen	41 704.12		75 000		47 148.75	
050.367.00 Beiträge an Vereinigungen / Intern. Organisationen	381 593.80		430 000		497 692.30	
050.367.01 Auslandkulturpolitik	49 128.50		50 000		8 794.30	
Total Amt für Auswärtige Angelegenheiten	2 114 845.30		2 304 000		2 111 312.47	
051 Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg						
051.301.00 Gehälter	274 628.72		292 000		277 330.78	
051.303.01 Sozialbeiträge	76 330.99		71 000		80 239.03	
051.310.00 Kanzleiauslagen	32 588.02		28 000		28 662.96	
051.315.00 Raumkosten Residenz	77 742.22		87 000		68 538.67	
051.316.01 Raumkosten Ständige Vertretung	32 036.28		53 000		50 096.40	
051.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	43 654.66		60 000		36 003.10	
051.367.00 Mitgliedsbeiträge	255 420.53		270 000		249 991.18	
Total Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg	792 401.42		861 000		790 862.12	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

042.301.00	NK IV CHF 11 000, indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 4 000
050.301.00	Indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 20 000

Laufende Rechnung 2005

368 I

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
052 Mission bei den Vereinten Nationen in New York						
052.301.00 Gehälter	653 970.56		687 000		664 343.15	
052.303.01 Sozialbeiträge	62 016.30		67 000		74 559.08	
052.310.00 Kanzleiauslagen	43 022.78		63 000		47 748.29	
052.315.00 Raumkosten Residenz	80 462.46		91 000		72 310.84	
052.316.00 Raumkosten Ständige Mission	154 778.65		189 000		160 231.99	
052.316.01 Diplomatenwohnungen	123 935.98		190 000		151 968.00	
052.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	181 587.38		206 000		164 487.40	
052.367.00 Mitgliedsbeiträge	653 816.24		664 000		655 491.59	
Total Mission bei den Vereinten Nationen in New York	1 953 590.35		2 157 000		1 991 140.34	
053 Botschaft in Washington						
053.301.00 Gehälter	389 306.93		402 000		401 191.00	
053.303.01 Sozialbeiträge	36 886.70		48 000		46 283.02	
053.310.00 Kanzleiauslagen	46 002.40		60 000		44 732.24	
053.316.00 Raumkosten Botschaft	140 689.20		152 000		131 406.98	
053.316.01 Raumkosten Residenz	208 531.96		286 000		230 730.73	
053.316.02 Diplomatenwohnungen	9 101.87		45 000		36 424.01	
053.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	117 596.53		132 000		108 010.49	
Total Botschaft in Washington	948 115.59		1 125 000		998 778.47	
054 Mission bei den Europäischen Gemeinschaften						
054.301.00 Gehälter	727 916.78		823 000		695 930.97	
054.303.01 Sozialbeiträge	113 349.72		146 000		110 842.68	
054.310.00 Kanzleiauslagen	38 131.98		47 000		33 364.89	
054.315.00 Raumkosten Residenz	88 716.53		94 000		84 102.61	
054.316.00 Raumkosten Mission	94 900.01		122 000		67 949.70	
054.316.01 Diplomatenwohnungen	88 230.90		100 000		103 190.87	
054.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	84 920.89		95 000		82 409.66	
054.367.00 Mitgliedsbeiträge	1 621 953.78		3 255 000		1 443 674.43	
Total Mission bei den Europäischen Gemeinschaften	2 858 120.59		4 682 000		2 621 465.81	
055 Mission bei EFTA / Intern. Organisationen, Genf						
055.301.00 Gehälter	395 992.65		402 000		396 969.59	
055.303.01 Sozialbeiträge	57 495.08		59 000		59 570.95	
055.310.00 Kanzleiauslagen	20 733.49		24 000		21 889.92	
055.316.01 Raumkosten Ständige Mission	75 003.50		77 000		72 613.45	
055.316.02 Raumkosten Residenz	235 694.60		239 000		230 272.65	
055.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	194 055.24		207 000		56 266.46	
055.367.00 Mitgliedsbeiträge	276 497.46		330 000		310 699.04	
Total Mission bei EFTA / Intern. Organisationen, Genf	1 255 472.02		1 338 000		1 148 282.06	

Laufende Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
056 Ständige Vertr. bei OSZE,UNO / Botschaft in Wien						
056.301.00 Gehälter	467 590.59		470 000		457 839.19	
056.303.01 Sozialbeiträge	78 738.99		83 000		69 145.34	
056.310.00 Kanzleiauslagen	26 409.16		45 000		44 168.93	
056.316.01 Raumkosten Ständige Vertretung / Botschaft	62 137.28		91 000		54 505.12	
056.316.02 Raumkosten Residenz	146 352.89		179 000		128 406.48	
056.316.03 Diplomatenwohnungen	37 514.92		44 000		35 748.99	
056.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	63 944.27		90 000		111 298.68	
056.367.00 Mitgliedsbeiträge	271 570.32		285 000		279 683.22	
Total Ständige Vertr. bei OSZE,UNO / Botschaft in Wien	1 154 258.42		1 287 000		1 180 795.95	
057 Botschaft in Bern						
057.301.00 Gehälter	499 961.44		451 000		470 767.81	
057.303.01 Sozialbeiträge	63 880.83		66 000		62 608.40	
057.310.00 Kanzleiauslagen	30 594.98		38 000		28 205.87	
057.315.00 Raumkosten Botschaft und Residenz	96 673.26		108 000		96 106.66	
057.316.01 Diplomatenwohnungen	35 479.25		36 000		34 188.50	
057.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	37 629.74		50 000		46 585.67	
Total Botschaft in Bern	764 219.50		749 000		738 462.91	
058 Botschaft in Berlin						
058.301.00 Gehälter	280 416.88		280 000		276 389.00	
058.303.01 Sozialbeiträge	17 276.15		18 000		17 448.75	
058.310.00 Kanzleiauslagen	18 670.29		31 000		16 197.26	
058.316.00 Raumkosten Botschaft	68 261.06		79 000		74 216.11	
058.316.01 Raumkosten Residenz	115 554.32		138 000		68 504.58	
058.316.02 Diplomatenwohnungen	22 480.31		24 000		23 380.38	
058.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	58 320.46		80 000		65 630.55	
Total Botschaft in Berlin	580 979.47		650 000		541 766.63	
090 Nicht aufteilbare Aufgaben						
090.318.03 Versicherungen	547 554.00		550 000		492 115.20	
090.318.04 Postalische Leistungen	1 292 580.55		1 450 000		1 382 815.05	
090.435.00 Verkauf von Mobilien, Maschinen und Geräte		2 562.40				5 200.00
Total Nicht aufteilbare Aufgaben	1 840 134.55	2 562.40	2 000 000		1 874 930.25	5 200.00
091 Liegenschaftsverwaltung						
091.301.00 Gehälter Verwaltung, Hauswarte	1 546 901.34		1 614 000		1 493 178.80	
091.303.01 Sozialbeiträge	343 747.22		376 000		327 150.84	
091.308.00 Gehälter Reinigungspersonal	322 738.42		390 000		322 455.07	
091.312.00 Betriebskosten Verwaltungsgebäude	4 288 040.52		4 425 000		3 708 964.92	
091.314.00 Unterhalt Verwaltungsgebäude	1 454 799.96		2 925 000		1 412 451.05	
091.316.00 Mieten Verwaltungsbereich	4 792 974.85		5 003 000		4 631 960.80	
091.434.00 Stromverkäufe Polizeigebäude		13 189.15		20 000		19 499.90
Total Liegenschaftsverwaltung	12 749 202.31	13 189.15	14 733 000	20 000	11 896 161.48	19 499.90
Total Allgemeine Verwaltung	81 099 231.43	4 052 801.40	89 509 000	2 533 000	80 463 669.75	3 072 816.75

| 369

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

057.301.00 NK IV CHF 45 000, indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 4 000

Laufende Rechnung 2005

370 I

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
1 Oeffentliche Sicherheit						
100 Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt						
100.301.00 Gehälter	2 300 655.52		2 292 000		2 103 310.00	
100.303.01 Sozialbeiträge	412 481.80		431 000		381 719.68	
100.310.00 Kanzleiausgaben	84 036.13		113 000		89 224.47	
100.310.01 Publikationskosten	517 987.80		800 000		305 294.75	
100.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	8 047.30		20 000		7 288.85	
100.318.00 Schätzwesen	28 700.25		76 000		63 801.85	
100.318.01 Grundbuchrechtliche Abklärungen	2 094.90		10 000		6 272.45	
100.318.02 Kosten amtlicher Liquidatoren und Kuratoren	29 751.40		50 000		73 643.51	
100.318.03 Belegdigitalisierung			155 000			
100.367.00 Beiträge an Vereinigungen	4 620.00					
100.431.01 Grundbuchgebühren		3 161 818.78		2 800 000		2 665 973.00
100.431.02 Schätzungsgebühren		23 378.00		50 000		23 209.00
100.431.03 Öffentlichkeitsregistergebühren		8 962 321.00		5 750 000		6 594 219.19
100.431.04 Verwaltungsgebühren				5 000		2 550.00
Total Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt	3 388 375.10	12 147 517.78	3 947 000	8 605 000	3 030 555.56	9 285 951.19
101 Zivilstandsamt						
101.301.00 Gehälter	472 490.47		458 000		415 232.75	
101.303.01 Sozialbeiträge	83 993.22		86 000		75 327.59	
101.310.00 Kanzleiausgaben	23 981.69		24 000		22 454.51	
101.317.00 Reisespesen	350.00		2 000		203.70	
101.431.00 Verwaltungsgebühren		90 470.40		90 000		94 616.31
Total Zivilstandsamt	580 815.38	90 470.40	570 000	90 000	513 218.55	94 616.31
103 Ausländer- und Passamt						
103.301.00 Gehälter	1 886 708.03		1 827 000		1 854 443.80	
103.303.01 Sozialbeiträge	336 188.02		343 000		342 246.74	
103.310.00 Kanzleiausgaben	80 420.23		145 000		85 719.08	
103.313.00 Biometrische Pässe	6 229.30		50 000			
103.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	38 890.71		48 000		27 374.81	
103.431.00 Verwaltungsgebühren		941 027.75		1 080 000		978 117.88
Total Ausländer- und Passamt	2 348 436.29	941 027.75	2 413 000	1 080 000	2 309 784.43	978 117.88
104 Landesvermessung						
104.301.00 Gehälter	392 389.31		581 000		373 420.50	
104.303.01 Sozialbeiträge	71 210.40		109 000		71 217.28	
104.318.01 Landesvermessung	953 773.55		981 000		778 945.47	
104.318.02 Nachführung Vermessungsoperat	377 560.50		455 000		712 047.18	
104.318.03 LIS/GIS - Koordination	59 050.75		119 000		49 656.60	
104.431.00 Katasterberichtigungen, Mutationen		255 101.23		325 000		562 802.26
104.434.01 Ertrag Geodateninfrastruktur		85 636.53		70 000		76 093.12
Total Landesvermessung	1 853 984.51	340 737.76	2 245 000	395 000	1 985 287.03	638 895.38
105 Eichwesen						
105.301.00 Gehälter	202 337.04		199 000		195 955.63	
105.303.01 Sozialbeiträge	35 784.73		37 000		35 747.49	
105.313.00 Eichmaterial	8 431.00		12 000		8 155.65	
105.317.00 Reisespesen	8 410.28		4 000		3 829.15	
105.434.01 Einnahmen Eichstätte		51 523.70		50 000		52 718.20
Total Eichwesen	254 963.05	51 523.70	252 000	50 000	243 687.92	52 718.20

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

101.301.00 Indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 6 000
 103.301.00 NK IV CHF 24 000, indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 37 000

Laufende Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
110 Landespolizei						
110.301.00 Gehälter	10 370 477.90		10 754 000		9 807 546.95	
110.303.01 Sozialbeiträge	1 819 284.76		1 963 000		1 741 712.39	
110.308.00 Entschädigung Bereitschaftspolizei	544 655.59		550 000		495 755.45	
110.309.01 Ausbildung Polizeiaspiranten	4 000.00		4 000		142 146.80	
110.310.00 Kanzleiauslagen	248 933.11		350 000		255 209.88	
110.313.01 Ausrüstung	427 886.23		544 000		574 486.72	
110.313.02 Treibstoff	74 341.54		80 000		71 842.25	
110.315.00 Fahrzeugunterhalt	81 010.70		85 000		82 517.35	
110.315.02 Betriebskosten Informatik Landespolizei	405 126.81		450 000		424 341.13	
110.315.03 Unterhalt Polycom			70 000			
110.315.09 Unterhalt Polizeiequipment	67 297.58		120 000			
110.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	89 266.31		110 000			
110.318.00 Haftpflichtversicherung Fahrzeuge	26 178.70		33 000		21 535.20	
110.318.02 Analysen, Gutachten	184 607.70		135 000		183 373.20	
110.318.03 Externe polizeiliche Dienstleistungen	25 000.00		35 000			
110.318.09 Öffentlichkeitsarbeit, Dienstleistungen, Honorare	98 682.22		100 000			
110.319.00 Verschiedenes	87 159.97		155 000		324 129.03	
110.319.01 Cafeteria Landespolizei	- 1 811.01					
110.365.00 Unfallverhütung	144 452.10		150 000		149 109.11	
110.367.00 Jahresbeiträge	76 896.20		125 000		84 210.04	
110.431.00 Verwaltungsgebühren		112 426.70		150 000		146 340.81
110.434.00 Ertrag für polizeiliche Beanspruchung		39 736.00		50 000		38 410.00
110.436.00 Unfallverhütungsbeiträge		166 974.19		70 000		85 145.85
110.437.01 Bussen		1 166 046.03		1 000 000		1 229 022.79
Total Landespolizei	14 773 446.41	1 485 182.92	15 813 000	1 270 000	14 357 915.50	1 498 919.45
111 Motorfahrzeugkontrolle						
111.301.00 Gehälter	1 196 597.87		1 173 000		1 166 912.95	
111.303.01 Sozialbeiträge	213 007.28		221 000		211 748.98	
111.310.00 Kanzleiauslagen	28 950.42		38 000		22 354.20	
111.313.00 Schilder, Ausweise	126 589.16		143 000		112 318.10	
111.317.00 Reisespesen	3 652.00		6 000		5 039.30	
111.431.00 Motorfahrzeuggebühren		2 260 846.49		2 145 000		2 276 930.20
111.431.01 Altfahrzeug Entsorgungsgebühren		96 850.00		50 000		
111.435.00 Erlös aus Versteigerung von Fahrzeugschildern		103 550.00		50 000		7 300.00
Total Motorfahrzeugkontrolle	1 568 796.73	2 461 246.49	1 581 000	2 245 000	1 518 373.53	2 284 230.20
112 Finanzmarktaufsicht						
112.300.01 Bankenkommission, Prüfungskommissionen					163 523.22	
112.301.00 Gehälter					1 783 932.30	
112.303.01 Sozialbeiträge					317 198.80	
112.310.00 Kanzleiausgaben					67 331.10	
112.317.00 Reisespesen, Repräsentationen					100 996.13	
112.318.00 Expertenhonore, Gutachten					76 212.32	
112.363.00 Staatsbeitrag Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA)	4 090 000.00		4 090 000			
112.412.01 Konzessionsgebühren						580 056.00
112.431.01 Aufsichtsgebühren						738 050.00
Total Finanzmarktaufsicht	4 090 000.00		4 090 000		2 509 193.87	1 318 106.00
113 Financial Intelligence Unit						
113.301.00 Gehälter	727 237.99		712 000		756 131.95	
113.303.01 Sozialbeiträge	122 806.39		134 000		130 951.08	
113.310.00 Kanzleiauslagen	77 931.96		100 000		91 602.83	
113.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	98 091.72		125 000		110 542.25	
Total Financial Intelligence Unit	1 026 068.06		1 071 000		1 089 228.11	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

110.318.02	NK IV CHF 45 000
111.301.00	Indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 17 000
113.301.00	Indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 10 000

Laufende Rechnung 2005

372 |

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
120 Gerichtswesen						
120.301.00 Gehälter	5 641 604.60		5 832 000		5 687 980.58	
120.303.01 Sozialbeiträge	986 126.18		1 091 000		1 020 753.09	
120.308.00 Kollegialgerichte	3 433 908.21		3 824 000		3 506 403.78	
120.309.00 Weiterbildung	56 681.62		60 000		57 904.50	
120.310.01 Kanzleibedarf Gerichte	235 658.06		236 000		246 573.03	
120.310.02 Inseratekosten	58 463.85		20 000		346 825.28	
120.310.03 Gerichtsbibliothek	75 740.55		65 000		79 227.16	
120.315.00 Betriebskosten Informatik Landgericht	59 172.47		60 000		59 763.30	
120.317.00 Reisespesen	33 332.15		45 000		54 655.06	
120.318.01 Zeugengebühren	65 017.30		45 000		51 685.00	
120.318.02 Experten, Gutachten	1 885 476.03		1 040 000		1 900 584.71	
120.318.04 Verfahrenshilfe in Zivilsachen	1 223 771.06		1 200 000		1 043 222.99	
120.318.05 Verfahrenshilfe in Strafsachen	446 429.61		1 000 000		786 731.16	
120.319.00 Verschiedenes	22 636.33		30 000		27 186.25	
120.431.00 Gerichtsgebühren		2 489 678.21		2 915 000		2 820 810.11
120.431.01 Entscheidungsgebühren Kollegialgerichte		239 393.55		185 000		
120.435.00 Verkäufe beschlagnahmter Güter		2 079.00		2 000		1 845.00
120.436.00 Auslagen-Rückersatz		47 965.54		22 000		74 615.60
120.437.00 Geldstrafen		636 569.45		760 000		782 315.80
120.439.00 Verfallene Kaution		29 444.40				
Total Gerichtswesen	14 224 018.02	3 445 130.15	14 548 000	3 884 000	14 869 495.89	3 679 586.51
121 Staatsanwaltschaft						
121.301.00 Gehälter	1 637 023.76		1 636 000		1 588 122.77	
121.303.01 Sozialbeiträge	276 391.74		302 000		276 049.49	
121.310.00 Kanzleiauslagen	40 893.03		55 000		45 186.45	
121.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	51 449.83		60 000		46 106.94	
Total Staatsanwaltschaft	2 005 758.36		2 053 000		1 955 465.65	
130 Untersuchungsgefängnis						
130.301.00 Gehälter	468 926.10		464 000		457 497.70	
130.303.01 Sozialbeiträge	90 172.44		94 000		91 108.55	
130.308.00 Entschädigung Bereitschaftspolizei	132 190.00		150 000		152 191.30	
130.313.00 Häftlingskosten	170 390.20		260 000		152 625.12	
130.318.00 Unterbringung Ausland	400 504.03		430 000		232 168.96	
130.436.00 Kostenrückerstattungen Untersuchungsgefängnis		31 282.45		45 000		41 239.85
Total Untersuchungsgefängnis	1 262 182.77	31 282.45	1 398 000	45 000	1 085 591.63	41 239.85
160 Amt für Zivilschutz und Landesversorgung						
160.301.00 Gehälter	512 971.70		506 000		502 002.80	
160.303.01 Sozialbeiträge	87 984.44		95 000		88 325.88	
160.310.00 Kanzleiauslagen	12 606.81		17 000		14 518.71	
160.315.00 Unfall- und Katastropheneinsätze	11.40		5 000		5.00	
160.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	13 935.90		14 000		13 475.10	
160.318.01 Landesversorgung	56 141.30		48 000		46 274.05	
160.318.02 Berg- und Lawinenrettung / Beobachtungsdienst	106 769.02		113 000		111 264.94	
160.318.03 Katastrophen- und Zivilschutz	762 106.24		801 000		778 186.15	
160.319.00 Zuweisung Stiftung für Brandschutz und Löschwesen	75 000.00		75 000		75 000.00	
160.365.00 Samaritervereine	186 204.25		241 000		208 653.78	
160.439.00 Beitrag Schweiz. Sachversicherungsverband		75 000.00		75 000		75 000.00
Total Amt für Zivilschutz und Landesversorgung	1 813 731.06	75 000.00	1 915 000	75 000	1 837 706.41	75 000.00
Total Oeffentliche Sicherheit	49 190 575.74	21 069 119.40	51 896 000	17 739 000	47 305 504.08	19 947 380.97

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

120.310.02 NK IV CHF 40 000
 120.310.03 NK IV CHF 20 000
 120.318.01 NK VI CHF 25 000
 120.318.02 NK III CHF 700 000, NK VI CHF 130 000, NK VII CHF 16 000
 120.318.04 NK VII CHF 24 000

Laufende Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
2 Bildung						
200 Kindergärten						
200.362.01 Gehälter Kindergärtnerinnen	4 572 895.04		5 161 000		4 474 722.15	
200.362.02 Sozialbeiträge	831 451.34		964 000		860 060.34	
200.462.00 50 % Gemeindeanteil an Personalaufwand KG		2 701 795.20		3 063 000		3 197 732.45
Total Kindergärten	5 404 346.38	2 701 795.20	6 125 000	3 063 000	5 334 782.49	3 197 732.45
205 Primarschulen						
205.362.01 Gehälter Lehrpersonen	20 552 203.45		21 342 000		19 840 624.32	
205.362.02 Sozialbeiträge	3 650 580.81		4 002 000		3 604 577.78	
205.462.00 50 % Gemeindeanteil an Personalausgaben der PS		12 115 967.00		12 672 000		11 733 694.50
Total Primarschulen	24 202 784.26	12 115 967.00	25 344 000	12 672 000	23 445 202.10	11 733 694.50
206 Sekundarschulen						
206.302.01 Gehälter Sprachassistenten	146 806.65		179 000		146 616.40	
206.302.02 Aushilfen, Dienstjubiläen weiterführende Schulen	804 005.60		815 000		542 466.85	
206.303.02 Sozialbeiträge	124 410.44		165 000		81 774.90	
Total Sekundarschulen	1 075 222.69		1 159 000		770 858.15	
210 Oberschule Vaduz						
210.302.00 Gehälter Lehrpersonen	2 291 918.90		2 668 000		2 385 274.13	
210.303.01 Sozialbeiträge	414 152.10		502 000		446 112.61	
210.310.00 Schulmaterial und Beiträge	115 441.45		119 000		119 990.23	
Total Oberschule Vaduz	2 821 512.45		3 289 000		2 951 376.97	
211 Ober- und Realschule Triesen						
211.301.00 Gehälter Verwaltung	49 403.49		48 000		47 505.90	
211.302.00 Gehälter Lehrpersonen	4 872 983.10		4 914 000		4 534 342.58	
211.303.01 Sozialbeiträge	858 523.63		933 000		838 735.37	
211.310.00 Schulmaterial und Beiträge	230 776.19		255 000		221 285.74	
Total Ober- und Realschule Triesen	6 011 686.41		6 150 000		5 641 869.59	
212 Ober- und Realschule Eschen						
212.301.00 Gehälter Verwaltung	85 033.07		57 000		55 423.55	
212.302.00 Gehälter Lehrpersonen	5 773 454.30		5 956 000		5 395 627.57	
212.303.01 Sozialbeiträge	1 032 345.17		1 131 000		983 541.55	
212.310.00 Schulmaterial und Beiträge	267 229.64		290 000		276 381.23	
Total Ober- und Realschule Eschen	7 158 062.18		7 434 000		6 710 973.90	
213 Hallenbad Schulzentrum Unterland						
213.301.00 Löhne Bademeister	273 433.65		281 000		271 645.55	
213.303.01 Sozialbeiträge	60 554.38		59 000		61 782.67	
213.308.00 Löhne Reinigungspersonal	50 611.72		48 000		47 894.60	
213.312.00 Wasser, Energie, Heizung	168 620.98		220 000		148 704.90	
213.313.00 Reinigungsmaterialien, Fremdreinigung	35 545.70		50 000		37 200.55	
213.315.01 Betriebskosten	38 620.15		43 000		32 131.39	
213.315.02 Unterhaltskosten	137 537.25		160 000		194 117.02	
213.434.01 Eintritte		216 897.80		220 000		228 529.91
213.434.02 Gemeindebeiträge für Mitbenützung		281 104.99		335 000		284 361.43
213.434.03 Stromverkauf BHKW		22 210.55		25 000		10 128.95
Total Hallenbad Schulzentrum Unterland	764 923.83	520 213.34	861 000	580 000	793 476.68	523 020.29
214 Realschule Balzers						
214.302.00 Gehälter Lehrpersonen	1 484 988.15		1 620 000		1 552 118.33	
214.303.01 Sozialbeiträge	260 418.08		305 000		271 232.18	
214.310.00 Schulmaterial und Beiträge	103 084.17		115 000		98 456.88	
Total Realschule Balzers	1 848 490.40		2 040 000		1 921 807.39	

| 373

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

212.301.00 Indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 1 000, Kreditüberschreitung aufgrund notwendiger personeller Doppelbesetzung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. e CHF 27 000

Laufende Rechnung 2005

374 |

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
215 Liecht. Gymnasium und Realschule Vaduz						
215.301.00 Gehälter Verwaltung	279 842.90		265 000		257 584.00	
215.302.00 Gehälter Lehrpersonen	11 584 726.15		11 864 000		11 472 643.64	
215.303.01 Sozialbeiträge	2 019 684.51		2 214 000		2 092 018.48	
215.310.00 Schulmaterial und Beiträge	653 766.73		744 000		699 892.92	
Total Liecht. Gymnasium und Realschule Vaduz	14 538 020.29		15 087 000		14 522 139.04	
216 Realschule Schaan						
216.302.00 Gehälter Lehrpersonen	1 425 483.75		1 335 000		1 336 123.86	
216.303.01 Sozialbeiträge	254 253.07		251 000		244 180.47	
216.310.00 Schulmaterial und Beiträge	87 013.95		94 000		80 651.22	
Total Realschule Schaan	1 766 750.77		1 680 000		1 660 955.55	
217 10. Schuljahr Schaan						
217.302.00 Gehälter Lehrpersonen	1 097 496.05		1 050 000		992 509.50	
217.303.01 Sozialbeiträge	189 739.59		197 000		179 864.90	
217.310.00 Schulmaterial und Beiträge	59 662.10		63 000		46 669.47	
Total 10. Schuljahr Schaan	1 346 897.74		1 310 000		1 219 043.87	
218 Schulamt						
218.301.00 Gehälter	3 714 420.78		3 660 000		3 563 257.97	
218.303.01 Sozialbeiträge	651 546.93		688 000		644 801.70	
218.310.00 Kanzleiauslagen	64 823.51		72 000		77 286.91	
218.317.00 Reisespesen	68 762.35		75 000		61 287.30	
Total Schulamt	4 499 553.57		4 495 000		4 346 633.88	
219 Allgemeine Ausgaben						
219.300.01 Kommissionen	134 137.55		196 000		102 989.49	
219.307.00 Ruhegehälter Ordenslehrer	433 666.20		441 000		412 990.20	
219.309.01 Lehrerweiterbildung	401 629.58		605 000		390 106.36	
219.310.01 Schule heute / Öffentlichkeitsarbeit	39 766.85		40 000		39 885.45	
219.315.00 Unterhalt Schulmobiliar	25 191.68		35 000		33 243.35	
219.317.01 Internationale Musische Tagung (IMTA) 2004					172 884.87	
219.318.01 Diverse Schulprojekte	508 853.58		710 000		505 465.32	
219.318.02 EDV-Support weiterführende Schulen	188 714.95		207 000		153 323.80	
219.318.06 Qualitätssicherung und Evaluation	20 688.30		42 000		41 118.50	
219.318.07 Schulsozialarbeit	286 076.43		360 000		258 161.41	
219.319.00 Verschiedenes	302 560.21		362 000		245 280.23	
219.365.00 Beitrag für Lehrerbibliothek	4 722.62		5 000		4 274.61	
219.366.01 Zubringerdienst	1 320 369.60		1 335 000		1 305 542.55	
219.366.02 Subvention für Mittagsverpflegung von Schülern	255 054.50		273 000		243 545.10	
219.366.05 Skikurse	72 625.00		74 000		62 142.00	
219.366.06 Unfallversicherung	212 023.20		221 000		220 800.00	
219.433.00 Schulgelder ausländischer Schüler und Schülerinnen		60 000.00		68 000		64 000.00
219.437.00 Bussen für Schulpflichtverletzungen						100.00
Total Allgemeine Ausgaben	4 206 080.25	60 000.00	4 906 000	68 000	4 191 753.24	64 100.00
220 Sonderschulung						
220.365.01 Heilpädagogisches Zentrum	2 337 192.55		2 416 000		2 036 194.00	
220.366.00 Pädagogisch-therapeutische Massnahmen	2 951 253.69		2 954 000		2 838 150.55	
220.367.00 Sonderschulheime	919 258.50		934 000		805 180.06	
220.436.00 IV-Beiträge Sonderschulung / Integrative Schulung		3 189 992.00		3 718 000		3 618 982.45
220.462.00 Gemeindeanteile Sonderschule		777 448.00		1 047 000		844 825.04
Total Sonderschulung	6 207 704.74	3 967 440.00	6 304 000	4 765 000	5 679 524.61	4 463 807.49

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

215.301.00	Indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 4 000, Kreditüberschreitung aufgrund notwendiger personeller Doppelbesetzung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. e CHF 11 000
216.302.00	NK IV CHF 103 000
217.302.00	NK III CHF 69 000
218.301.00	Indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 50 000

Laufende Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
225 Diverse Schulen						
225.365.00 Subventionen an Privatschulen	478 196.25		485 000		483 720.00	
225.367.01 Schulabkommen, Beiträge	242 724.33		297 000		241 614.90	
225.367.02 Zweitwegmatura	70 000.00		88 000		81 000.00	
Total Diverse Schulen	790 920.58		870 000		806 334.90	
240 Lehrerausbildung						
240.367.00 Beiträge an Seminarien	327 024.65		360 000		883 210.65	
Total Lehrerausbildung	327 024.65		360 000		883 210.65	
250 Berufsmittelschule						
250.302.00 Gehälter	850 822.30		911 000		834 463.15	
250.303.01 Sozialbeiträge	155 682.56		171 000		149 598.22	
250.433.00 Schulgelder		347 340.00		400 000		329 080.00
Total Berufsmittelschule	1 006 504.86	347 340.00	1 082 000	400 000	984 061.37	329 080.00
260 Fachhochschulen						
260.364.01 Hochschule Liechtenstein	7 988 000.00		7 988 000		7 630 000.00	
260.367.01 Beiträge an Fachhochschulen	2 051 636.35		1 759 000		1 719 575.70	
260.367.02 Trägerbeitrag an Hochschule für Technik Buchs NTB	916 530.00		916 000		854 442.00	
Total Fachhochschulen	10 956 166.35		10 663 000		10 204 017.70	
270 Universitäten						
270.365.00 Liechtenstein-Institut	750 000.00		750 000		750 000.00	
270.367.01 Interkantonale Vereinbarung über Hochschulbeiträge	3 366 500.00		3 940 000		3 283 634.25	
270.367.02 Beitrag an Hochschulen	108 550.00		125 000		144 050.00	
Total Universitäten	4 225 050.00		4 815 000		4 177 684.25	
272 Grundlagenforschung						
272.367.01 Beitrag an Schweiz. Nationalfonds	250 000.00		250 000		250 000.00	
272.367.02 Beitrag an österr. Fonds für wissensch. Forschung	250 000.00		250 000		250 000.00	
Total Grundlagenforschung	500 000.00		500 000		500 000.00	
273 Internationale Programme						
273.366.01 Leonardo	323 212.86		324 000		332 618.93	
273.366.02 Sokrates	280 076.60		323 000		301 339.13	
273.366.03 EU-Programm «Jugend»	96 654.62		90 000		103 806.51	
273.436.01 Kostenrückerstattungen Leonardo		247 510.96		215 000		183 066.88
273.436.02 Kostenrückerstattungen Sokrates		175 034.79		255 000		193 815.35
Total Internationale Programme	699 944.08	422 545.75	737 000	470 000	737 764.57	376 882.23
280 Stipendien, Ausbildungsbeihilfen						
280.366.01 Stipendien	5 283 787.00		4 500 000		4 286 492.00	
Total Stipendien, Ausbildungsbeihilfen	5 283 787.00		4 500 000		4 286 492.00	
281 Liechtensteinische Musikschule						
281.364.00 Staatsbeitrag Musikschule	3 697 435.66		3 783 000		3 644 705.95	
281.365.00 Staatsbeitrag Internationale Meisterkurse	90 000.00		90 000		90 000.00	
Total Liechtensteinische Musikschule	3 787 435.66		3 873 000		3 734 705.95	
282 Erwachsenenbildung						
282.366.02 Staatsbeitrag Stiftung Erwachsenenbildung	1 198 000.00		1 198 000		1 198 000.00	
Total Erwachsenenbildung	1 198 000.00		1 198 000		1 198 000.00	

I 375

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

260.367.01 NK VI CHF 300 000
280.366.01 NK VII CHF 784 000

Laufende Rechnung 2005

376 I

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
290 Amt für Berufsbildung						
290.300.01 Kommissionen	3 596.10		21 000		1 526.80	
290.301.00 Gehälter	741 987.36		728 000		683 035.60	
290.303.01 Sozialbeiträge	133 105.24		137 000		123 790.47	
290.310.00 Kanzleiausgaben	27 430.55		65 000		42 127.30	
290.317.00 Reisespesen	10 929.80		19 000		9 922.49	
290.366.01 Internationale Berufswettbewerbe	235 647.15		290 000		100 192.81	
290.367.03 Grundausbildung - Lehrlinge	9 465 596.95		11 226 000		9 229 067.18	
290.367.04 Fort- und Weiterbildung Erwachsene	1 435 063.29		2 196 000		1 578 674.76	
Total Amt für Berufsbildung	12 053 356.44		14 682 000		11 768 337.41	
291 Berufsberatung						
291.301.00 Gehälter	676 161.81		679 000		674 509.55	
291.303.01 Sozialbeiträge	119 825.52		128 000		121 635.73	
291.310.00 Kanzleiausgaben	60 196.20		80 000		60 327.27	
291.317.00 Reisespesen	7 756.15		9 000		6 743.80	
291.436.00 Rückerstattung für IV-Beratungsleistungen		150 000.00		150 000		150 000.00
Total Berufsberatung	863 939.68	150 000.00	896 000	150 000	863 216.35	150 000.00
292 Kunstschule						
292.364.00 Staatsbeitrag Kunstschule	221 657.07		260 000		259 498.81	
Total Kunstschule	221 657.07		260 000		259 498.81	
293 Amtlicher Lehrmittelverlag/Didakt. Medienstelle						
293.301.00 Gehälter	199 777.36		198 000		195 847.60	
293.303.01 Sozialbeiträge	36 693.80		37 000		37 024.35	
293.310.01 Ankäufe Primarschulen	194 969.94		195 000		188 611.50	
293.310.02 Ankäufe Sekundarschulen	497 502.82		505 000		499 752.68	
293.310.03 Ankäufe Klassenbestände	69 914.17		70 000		66 732.53	
293.310.09 Didaktische Medienstelle	57 382.38		57 000		56 930.51	
293.317.00 Spesen	5 657.88		6 000		4 503.15	
293.434.00 Benutzungsgebühren		14 467.80		10 000		15 560.00
293.435.01 Verkäufe Primarschulen		183 925.20		170 000		160 900.80
293.435.02 Verkäufe Sekundarschulen (verbilligte Abgabe)		366 845.35		398 000		377 801.25
Total Amtlicher Lehrmittelverlag/Didakt. Medienstelle	1 061 898.35	565 238.35	1 068 000	578 000	1 049 402.32	554 262.05
294 Jugendhaus Malbun						
294.301.00 Gehälter	168 089.30		167 000		162 296.00	
294.303.01 Sozialbeiträge	31 285.47		31 000		31 133.62	
294.310.00 Verwaltungskosten	6 536.12		6 000		5 140.66	
294.313.00 Verpflegungskosten	75 963.95		79 000		67 933.89	
294.315.00 Unterhalt Einrichtung	6 437.77		7 000		6 713.17	
294.319.00 Verschiedenes	4 448.60		4 000		4 479.79	
294.432.00 Verpflegungstaxen		152 608.97		170 000		137 345.25
Total Jugendhaus Malbun	292 761.21	152 608.97	294 000	170 000	277 697.13	137 345.25
295 Liegenschaftsverwaltung Bildungsbereich						
295.301.00 Gehälter Hauswarte	698 630.97		698 000		718 882.65	
295.303.01 Sozialbeiträge	253 167.05		261 000		247 558.60	
295.308.00 Gehälter Reinigungspersonal	619 121.51		693 000		544 306.05	
295.312.00 Betriebskosten Schulgebäude	3 494 996.74		3 236 000		3 032 953.61	
295.314.00 Unterhalt Schulgebäude	2 714 712.85		3 000 000		2 487 451.20	
295.316.00 Mieten Bildungsbereich	826 534.04		972 000		1 014 082.40	
Total Liegenschaftsverwaltung Bildungsbereich	8 607 163.16		8 860 000		8 045 234.51	
Total Bildung	133 727 645.05	21 003 148.61	140 842 000	22 916 000	128 966 055.38	21 529 924.26

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

290.301.00 Indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 9 000
 295.312.00 NK VII CHF 259 000

Laufende Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
3 Kultur, Freizeit						
300 Landesbibliothek						
300.363.00 Staatsbeitrag Landesbibliothek	1 488 398.17		1 514 000		1 491 401.44	
Total Landesbibliothek	1 488 398.17		1 514 000		1 491 401.44	
301 Landesmuseum						
301.318.00 Ausstellungsprojekt Landesmuseum	441 541.92		200 000		1 242 112.75	
301.363.00 Staatsbeitrag Landesmuseum	1 916 474.37		1 930 000		1 696 584.10	
Total Landesmuseum	2 358 016.29		2 130 000		2 938 696.85	
302 Theater, Konzerte						
302.365.00 Staatsbeitrag Theater am Kirchplatz	2 252 000.00		2 252 000		2 229 000.00	
Total Theater, Konzerte	2 252 000.00		2 252 000		2 229 000.00	
303 Kunstmuseum						
303.363.01 Staatsbeitrag Kunstmuseum	3 400 000.00		3 400 000		3 400 000.00	
Total Kunstmuseum	3 400 000.00		3 400 000		3 400 000.00	
304 Landesarchiv						
304.301.00 Gehälter	545 786.37		598 000		626 292.70	
304.303.01 Sozialbeiträge	100 031.88		112 000		118 834.91	
304.310.00 Verfilmung, Restauration, Sammlung von Archivalien	271 775.99		280 000		260 270.04	
304.367.00 Beiträge an Vereinigungen	12 561.20		25 000		9 729.40	
Total Landesarchiv	930 155.44		1 015 000		1 015 127.05	
305 Historischer Verein / Historische Projekte						
305.365.00 Beitrag an Historischen Verein	180 000.00		180 000		180 000.00	
305.365.01 Liechtensteinisches Urkundenbuch	92 243.50		92 000		72 639.00	
305.365.02 Vorarlb. Sprachatlas mit Einschluss Liechtensteins	42 388.25		50 000		36 538.45	
305.365.04 Historisches Lexikon	389 638.70		482 000		348 155.70	
305.365.05 Liechtensteiner Personennamen-Buch	71 459.72		114 000		102 404.21	
305.365.06 Kunstdenkmäler	45 851.20		74 000		16 891.00	
Total Historischer Verein / Historische Projekte	821 581.37		992 000		756 628.36	
306 Stabsstelle für Kulturfragen						
306.300.01 Kulturbeirat	38 964.19		58 000		40 760.80	
306.301.00 Gehälter	221 533.37		220 000		221 752.70	
306.303.01 Sozialbeiträge	39 196.11		41 000		41 243.19	
306.310.00 Kanzleiauslagen	6 128.94		14 000		8 559.04	
306.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	10 146.40		6 000		3 839.51	
306.318.00 Öffentlichkeitsarbeit			30 000			
306.363.01 Beitrag an Stiftung pro Liechtenstein	892 838.00		650 000		774 334.00	
306.365.03 Kulturförderung	965 173.03		1 000 000		1 140 543.85	
Total Stabsstelle für Kulturfragen	2 173 980.04		2 019 000		2 231 033.09	
307 Rheinberger-Forschung						
307.318.00 Gesamtausgabe Rheinberger-Werke	441 196.63		470 000		454 613.95	
Total Rheinberger-Forschung	441 196.63		470 000		454 613.95	
308 Zeitgenössisches Kunstschaffen						
308.364.00 Ausstellung zeitgenössisches Kunstschaffen	201 600.32		217 000		164 085.95	
Total Zeitgenössisches Kunstschaffen	201 600.32		217 000		164 085.95	
310 Denkmalschutz						
310.318.00 Dienstleistungen, Honorare	269 971.14		270 000		190 584.50	
Total Denkmalschutz	269 971.14		270 000		190 584.50	

| 377

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

301.318.00	NK I CHF 370 000
306.363.01	Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. b

Laufende Rechnung 2005

378 I

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
311 Archäologie						
311.365.01 Archäologische Grabungen und Auswertungen	449 855.23		450 000		497 173.82	
311.365.02 Notgrabungen	62 860.45		80 000			
311.434.00 Restaurierung/Konservierung archäol. Fundobjekte		8 025.00		20 000		25 612.50
Total Archäologie	512 715.68	8 025.00	530 000	20 000	497 173.82	25 612.50
320 Presse- und Informationsamt						
320.301.00 Gehälter	450 858.33		450 000		442 348.05	
320.303.01 Sozialbeiträge	80 740.42		85 000		81 446.93	
320.310.01 Kanzleiauslagen	22 309.36		26 000		21 828.32	
320.310.02 Publikationen und Informationsmaterial	121 571.60		200 000		110 823.28	
320.315.00 Betrieb und Ausbau Landeskanal	207 035.55		230 000		126 419.20	
320.317.00 Repräsentationen, Journalisten-Betreuung	28 934.90		30 000		32 533.75	
320.318.00 Verteilung von Pressemitteilungen	66 712.00		67 000		66 712.00	
Total Presse- und Informationsamt	978 162.16		1 088 000		882 111.53	
321 Medien						
321.363.00 Landesbeitrag Liecht. Rundfunkanstalt	1 300 000.00		1 400 000		1 500 000.00	
321.365.00 Beiträge für Medien und Medienberichterstattung	778 000.00		825 000		833 200.00	
321.365.01 Beiträge für Aus- und Weiterbildung			200 000		171 200.00	
321.365.04 Leistungsvereinbarungen	500 000.00		500 000		400 000.00	
321.365.05 Weitere Veranstaltungen und Massnahmen	5 348.50					
Total Medien	2 583 348.50		2 925 000		2 904 400.00	
330 Parkanlagen, Wanderwege						
330.314.00 Unterhalt von Berg- und Wanderwegen	196 957.73		152 000		162 058.46	
330.365.00 Alpenverein (Subvention für Alpenvereinshöhlen)	100 000.00		100 000		139 050.00	
Total Parkanlagen, Wanderwege	296 957.73		252 000		301 108.46	
340 Sport						
340.300.01 Sportkommission	31 537.60		50 000		77 608.37	
340.301.00 Gehälter	152 562.45		148 000		147 577.95	
340.303.01 Sozialbeiträge	27 553.87		28 000		27 476.02	
340.310.00 Kanzleiauslagen	3 279.30		11 000		6 843.05	
340.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	3 383.10		5 000		3 834.15	
340.365.05 Sportförderung	3 316 823.35		3 360 000		3 179 416.96	
340.434.00 Teilnehmergebühren		17 100.00		7 000		14 800.00
Total Sport	3 535 139.67	17 100.00	3 602 000	7 000	3 442 756.50	14 800.00
390 Kirche						
390.365.01 Beitrag an römisch-katholische Landeskirche	300 000.00		300 000		300 000.00	
390.365.02 Konfessionsbeiträge	53 000.00		53 000		53 000.00	
Total Kirche	353 000.00		353 000		353 000.00	
391 Liegenschaftsverwaltung Kulturbereich						
391.301.00 Gehälter Hauswarte	164 217.93		162 000		160 084.25	
391.303.01 Sozialbeiträge	37 957.33		38 000		38 154.94	
391.308.00 Gehälter Reinigungspersonal	40 039.88		40 000		39 070.33	
391.312.00 Betriebskosten Kulturgebäude	1 716 546.94		2 270 000		1 788 028.14	
391.314.00 Unterhalt Kulturgebäude	207 597.15		430 000		414 383.80	
391.316.00 Mieten Kulturgebäude	717 888.00		750 000		717 888.00	
Total Liegenschaftsverwaltung Kulturbereich	2 884 247.23		3 690 000		3 157 609.46	
Total Kultur, Freizeit	25 480 470.37	25 125.00	26 719 000	27 000	26 409 330.96	40 412.50

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

330.314.00 NK IV CHF 45 000

Laufende Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
4	Gesundheit					
400	Spitäler					
400.363.00	Staatsbeitrag an Liechtensteinisches Landesspital	6 227 401.20		6 000 000		6 245 357.90
400.367.01	Beitrag an ausländische Spitäler	9 838 863.75		9 387 000		10 336 844.34
400.367.02	Ostschweiz. Kinderspital St. Gallen	403 987.50		367 000		303 085.35
	Total Spitäler	16 470 252.45		15 754 000		16 885 287.59
450	Amt für Gesundheitsdienste					
450.301.00	Gehälter	835 985.95		791 000		682 019.85
450.303.01	Sozialbeiträge	129 575.42		149 000		72 726.42
450.310.00	Kanzleiauslagen	52 820.82		60 000		37 755.38
450.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	11 076.97		15 000		4 460.31
450.318.02	Gesundheitsvorsorge und -förderung	35 447.90		130 000		47 948.30
450.318.05	Umgebungs- und Reihenuntersuchungen	46 087.01		81 000		47 267.80
450.367.00	Beiträge an Vereinigungen	142 815.25		161 000		142 572.20
450.431.00	Verkehrsmedizinische Untersuchungen		9 000.00			
450.431.01	Gebühren im Gesundheitswesen		38 100.00		16 000	29 700.00
	Total Amt für Gesundheitsdienste	1 253 809.32	47 100.00	1 387 000	16 000	1 034 750.26
460	Schulgesundheitsdienst					
460.318.02	Schulzahnärztlicher Dienst	588 556.50		505 000		541 323.20
	Total Schulgesundheitsdienst	588 556.50		505 000		541 323.20
465	Sucht-Prävention					
465.318.01	Informationsmaterial der Landespolizei	8 175.56		8 000		8 000.00
465.318.02	Suchtprävention in Schulen	54 105.00		58 000		51 465.00
465.318.04	Prophylaktische Kontrollmassnahmen	1 804.90		5 000		
465.318.05	Organisation und allgemeine Projekte	64 481.74		87 000		14 881.40
	Total Sucht-Prävention	128 567.20		158 000		74 346.40
470	Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen					
470.301.00	Gehälter	770 818.48		751 000		747 346.32
470.303.01	Sozialbeiträge	135 419.38		141 000		135 001.64
470.310.00	Kanzleiauslagen	51 869.37		63 000		33 286.66
470.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	32 706.22		55 000		32 566.10
470.318.03	Lebensmitteluntersuchungen, Qualitätsverbesserung	101 275.81		140 000		116 493.50
470.318.04	Seuchenbekämpfung	268 636.69		380 000		208 928.80
470.318.05	Dritteleistungen, Kontrollen	60 378.93		115 000		68 822.58
470.365.00	Beitrag an Viehversicherung	510.40		1 000		694.05
470.367.00	Beiträge an Vereinigungen	56 070.23		55 000		54 857.41
470.431.00	Gebühren und Kostenrückerstattungen		189 896.15		200 000	177 408.30
470.431.01	Beiträge und Gebühren (Viehhandel, Sömmerung)		60 254.00		60 000	61 430.40
470.436.01	Liquidationsertrag IKV					11 514.07
	Total Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen	1 477 685.51	250 150.15	1 701 000	260 000	1 397 997.06
490	Uebrigtes Gesundheitswesen					
490.318.01	Fachstelle für Sexualfragen und HIV-Prävention	240 743.67		243 000		234 803.96
490.365.01	Landesweite Notrufnummer (144)	333 749.10		336 000		348 243.00
490.365.02	Rettungsdienst (Subv. Rotes Kreuz)	220 000.00		220 000		220 000.00
	Total Uebrigtes Gesundheitswesen	794 492.77		799 000		803 046.96
	Total Gesundheit	20 713 363.75	297 250.15	20 304 000	276 000	20 736 751.47

| 379

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

400.363.00	NK VII CHF 228 000
400.367.01	NK VII CHF 453 000
400.367.02	NK V CHF 37 000
450.301.00	NK VII CHF 38 000, indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 7 000
460.318.02	NK VI CHF 80 000
470.301.00	Indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 8 000, Kreditüberschreitung aufgrund notwendiger personeller Doppelbesetzung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. e CHF 12 000

Laufende Rechnung 2005

380 I

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
5 Soziale Wohlfahrt						
500 Altersversicherung						
500.363.00 Staatsbeitrag AHV	40 297 349.57		39 100 000		35 908 340.40	
Total Altersversicherung	40 297 349.57		39 100 000		35 908 340.40	
510 Invalidenversicherung						
510.363.01 Staatsbeitrag IV (inkl. Lohnzuschuss)	26 303 130.24		30 723 000		26 952 236.41	
Total Invalidenversicherung	26 303 130.24		30 723 000		26 952 236.41	
520 Krankenversicherung						
520.318.01 KVG-Versichertenkarte	- 27 702.95				280 000.00	
520.365.00 Staatsbeitrag Krankenkassen	47 893 057.00		50 000 000		50 982 698.00	
520.365.01 Startfinanzierung Hausarztsystem					728 916.00	
520.365.02 Landesbeitrag Krankenkassenverband	242 864.35		245 000		277 146.70	
520.366.00 Prämienverbilligung für Einkommensschwache	4 692 273.60		3 800 000		4 154 651.09	
Total Krankenversicherung	52 800 492.00		54 045 000		56 423 411.79	
530 Sonstige Sozialversicherungen						
530.363.00 Staatsbeitrag ALV	3 615 000.00		3 531 000		3 955 000.00	
530.366.00 Ergänzungsleistungen zur AHV-IV	13 316 731.45		13 142 000		13 010 156.44	
530.450.00 50 %-Anteil der Gemeinden an Ergänzungsleistungen		3 025 396.30		2 851 000		2 882 141.55
Total Sonstige Sozialversicherungen	16 931 731.45	3 025 396.30	16 673 000	2 851 000	16 965 156.44	2 882 141.55
534 Unfallversicherung						
534.365.00 Staatsbeitrag Nichtberufsunfallversicherung	7 782 449.20		8 000 000		7 324 318.05	
Total Unfallversicherung	7 782 449.20		8 000 000		7 324 318.05	
540 Beihilfen gemäss Jugendgesetz						
540.318.00 Jugendschutz	20 799.12		40 000		27 594.87	
540.365.00 Jugendpflege	1 449 640.68		1 468 000		1 410 051.59	
540.366.00 Jugendhilfe	1 545 984.88		1 693 000		1 653 742.74	
Total Beihilfen gemäss Jugendgesetz	3 016 424.68		3 201 000		3 091 389.20	
550 Invalidität						
550.365.00 Heilpäd.Verein (Beschützende Werkstätte, Wohnheim)	1 601 134.00		1 401 000		1 621 970.00	
550.366.00 Blindenbeihilfe	214 650.00		215 000		209 475.00	
Total Invalidität	1 815 784.00		1 616 000		1 831 445.00	
560 Amt für Wohnungswesen						
560.301.00 Gehälter	292 398.07		285 000		285 027.60	
560.303.01 Sozialbeiträge	51 850.35		54 000		52 114.68	
560.310.00 Kanzleiauslagen	9 823.15		7 000		8 978.30	
560.317.00 Reisespesen	1 431.20		2 000		1 026.30	
560.366.00 Bausubventionen	3 378 150.00		3 590 000		4 073 500.00	
560.366.01 Mietbeiträge für Familien	2 019 660.00		1 800 000		1 737 231.75	
560.462.00 Gemeindeanteil Mietbeiträge (25%)		504 915.00		450 000		434 307.95
Total Amt für Wohnungswesen	5 753 312.77	504 915.00	5 738 000	450 000	6 157 878.63	434 307.95

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

500.363.00	Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. b (LSVA-Anteil)
520.366.00	NK IV CHF 500 000, NK VI CHF 425 000
530.363.00	NK VII CHF 84 000
530.366.00	NK VI CHF 175 000
550.365.00	NK V CHF 201 000
560.366.01	NK III CHF 300 000

Laufende Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
580	Amt für Soziale Dienste					
580.301.00	Gehälter	2 134 909.41		2 141 000		2 113 130.05
580.303.01	Sozialbeiträge	389 704.64		391 000		392 034.64
580.308.00	Sozialpsychiatrischer Dienst	78 195.35		63 000		61 316.40
580.310.00	Kanzleiauslagen	53 923.87		56 000		49 287.91
580.310.01	Öffentlichkeitsarbeit / Informationsmaterialien	8 962.40		20 000		2 442.50
580.317.00	Reisespesen, Repräsentationen	29 911.94		30 000		19 052.19
580.436.00	Verkehrspsychologische Untersuchungen		144.35		5 000	164.00
	Total Amt für Soziale Dienste	2 695 607.61	144.35	2 701 000	5 000	164.00
581	Allgemeine Fürsorge					
581.362.00	Förderung nach Artikel 24 SHG	3 569 714.18		3 636 000		3 583 619.01
581.365.00	Bewährungshilfe	209 000.00		315 000		211 178.00
581.366.01	Wirtschaftliche Hilfe	2 197 833.97		2 500 000		2 326 964.76
581.366.02	Persönliche Hilfe	65 009.35		120 000		75 076.07
	Total Allgemeine Fürsorge	6 041 557.50		6 571 000		6 196 837.84
583	Familienhilfe					
583.365.00	Subventionen an Familienhilfen der Gemeinden	1 708 897.05		1 725 000		1 349 865.65
	Total Familienhilfe	1 708 897.05		1 725 000		1 349 865.65
589	Sonstige Beiträge					
589.318.00	Verwaltungskosten für übertragene Aufgaben	950 000.00		950 000		800 000.00
589.365.01	Caritasverein	40 000.00		40 000		30 000.00
589.365.02	Liechtensteinisches Rotes Kreuz	130 000.00		130 000		130 000.00
589.365.03	Arbeitnehmerverband	200 000.00		150 000		150 000.00
589.365.04	Sparprämien	550.00		6 000		1 925.00
589.366.02	Mutterschaftszulagen	271 577.30		350 000		312 386.00
589.366.04	Unterhaltsvorschüsse	559 445.29		850 000		749 397.19
589.367.02	Mitgliedschaftsbeiträge	6 358.00		11 000		6 766.00
	Total Sonstige Beiträge	2 157 930.59		2 487 000		2 180 474.19
590	Flüchtlingswesen					
590.318.01	Betreuung Flüchtlingszentrum	343 886.38		450 000		414 970.78
590.318.03	Verfahrenskosten	32 678.65		80 000		59 619.45
590.318.04	Rechtsberatungen, Verwaltungskosten Hilfswerke	31 371.55		70 000		39 643.90
590.366.00	Sozialhilfe für Flüchtlinge / Rückkehrhilfe	- 530 810.71		1 010 000		345 762.69
590.367.00	Unterstützung von Wiederaufbauprojekten	1 998 709.20		2 000 000		1 394 168.36
590.452.00	Beteiligung der Gemeinden an Flüchtlingskosten		921 578.20		1 765 000	1 097 272.85
	Total Flüchtlingswesen	1 875 835.07	921 578.20	3 610 000	1 765 000	2 254 165.18
591	Hilfsaktionen im Ausland					
591.318.00	Öffentlichkeitsarbeit			10 000		
591.367.01	Internationale Nothilfe	2 378 322.00		1 780 000		1 570 000.00
591.367.02	Entwicklungszusammenarbeit bilateral (inkl. LED)	10 620 000.00		10 620 000		10 000 000.00
591.367.03	Zusammenarbeit mit Osteuropa					752 260.92
591.367.05	Entwicklungszusammenarbeit multilateral	152 750.00		153 000		
591.367.06	Bes. Projekte zur Verbrechens- u. Drogenbekämpfung	574 620.00				
591.367.07	Secondments bei internat. Organisationen	199 765.82		200 000		
	Total Hilfsaktionen im Ausland	13 925 457.82		12 763 000		12 322 260.92
	Total Soziale Wohlfahrt	183 105 959.55	4 452 033.85	188 953 000	5 071 000	181 595 043.39

| 381

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

580.308.00	NK IV CHF 15 000
589.365.03	NK v. 21. Sept. 2005 CHF 50 000 Sonderbeitrag LANV
591.367.01	NK III CHF 300 000, NK IV CHF 300 000
591.367.06	NK v. 15. Juni 2005 CHF 625 000 Verwendung von eingezogenen Vermögenswerten

Laufende Rechnung 2005

382 |

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
6 Verkehr						
600 Landstrassen, Brücken						
600.301.00 Löhne Betriebspersonal	2 710 166.71		2 868 000		2 630 523.40	
600.303.01 Sozialbeiträge	505 449.77		539 000		496 293.28	
600.313.01 Material, Transporte, etc.	177 470.21		178 000		168 094.80	
600.314.02 Technischer Dienst	312 287.85		313 000		360 340.33	
600.314.03 Fahrzeuge, Maschinen und Werkzeuge	475 446.01		388 000		406 998.95	
600.314.04 Unterhalt von Strassen	2 899 014.39		2 900 000		2 887 544.35	
600.314.05 Unterhalt von Brücken und Stützbauten	1 199 886.95		1 200 000		1 199 700.15	
600.314.06 Winterdienst	1 201 074.53		650 000		969 992.60	
600.314.07 Fremdleistungen	221 498.65		223 000		229 601.30	
600.314.08 Verbrauchsmaterial Magazine	254 583.99		248 000		249 214.70	
600.314.09 Unterhalt Werkleitungstollen	15 963.15		15 000		8 871.10	
600.318.01 Diverse Strassenprojektierungen	349 915.85		350 000		319 525.75	
600.318.03 Unfall- und Haftpflichtversicherung	18 244.50		20 000		17 752.50	
600.431.00 Gebühren für Strassenreklame-Tafeln		3 515.00		3 000		8 110.00
600.434.00 Externe Weiterverrechnung Arbeiten Regiepersonal		28 946.10		70 000		57 854.80
600.435.02 Materialverkauf, Vermietung, Signalisationen		40 210.20		30 000		11 819.60
600.436.02 Kostenverrechnung Unfallschäden		72 194.95		70 000		86 734.55
Total Landstrassen, Brücken	10 341 002.56	144 866.25	9 892 000	173 000	9 944 453.21	164 518.95
650 Oeffentlicher Verkehr, verkehrspol. Massnahmen						
650.318.02 Werbung öffentlicher Verkehr	1 500.00		50 000		17 707.75	
650.318.03 Beitrag Liechtenstein-Takt	226 357.02		220 000		225 904.73	
650.318.04 Experten, Gutachten Verkehrsbereich	7 400.00		500 000		161 381.68	
650.363.00 Staatsbeitrag Liechtenstein Bus Anstalt	14 661 000.00		14 661 000		14 594 000.00	
650.366.00 Subvention von Elektrorollern und -fahrrädern	62 947.15		150 000		122 108.60	
650.407.00 Ertragsanteil LSVA		8 679 741.40		8 304 000		4 865 945.21
Total Oeffentlicher Verkehr, verkehrspol. Massnahmen	14 959 204.17	8 679 741.40	15 581 000	8 304 000	15 121 102.76	4 865 945.21
681 Postwertzeichenstelle						
681.301.00 Gehälter	1 086 794.22		1 001 000		992 224.65	
681.303.01 Sozialbeiträge	237 307.82		244 000		243 099.75	
681.308.03 Aushilfen, Heimarbeiterinnen	249 167.25		300 000		243 266.65	
681.310.01 Kanzleiauslagen	689 196.46		800 000		733 126.34	
681.310.02 Werbung	48 851.56		50 000		66 131.22	
681.317.01 Reisespesen	14 149.61		18 000		9 539.25	
681.318.01 Postalische Leistungen	375 355.26		450 000		417 799.33	
681.435.00 Wertzeichenverkäufe		6 554 934.25		5 800 000		6 261 310.80
Total Postwertzeichenstelle	2 700 822.18	6 554 934.25	2 863 000	5 800 000	2 705 187.19	6 261 310.80

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

600.314.03 NK V CHF 60 000, NK VI CHF 32 000
 600.314.06 NK I CHF 500 000, NK VI CHF 70 000
 681.301.00 NK v. 20. Okt. 2005 CHF 90 000 Auslagerung Philatelie

Laufende Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
682 Postmuseum und Briefmarkengestaltung						
682.301.00 Gehälter	427 169.04		398 000		389 248.65	
682.303.01 Sozialbeiträge	61 659.12		74 000		75 577.99	
682.310.01 Kanzleiauslagen	8 949.19		21 000		10 872.79	
682.310.03 Markenerstellung	1 370 683.77		1 555 000		1 166 624.43	
682.315.00 Ausstellungsbetrieb Postmuseum	39 969.13		43 000		37 691.97	
682.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	33 774.70		33 000		31 767.38	
682.366.00 Förderungsbeiträge Philatelie	20 901.52		29 000		24 227.74	
Total Postmuseum und Briefmarkengestaltung	1 963 106.47		2 153 000		1 736 010.95	
684 Amt für Kommunikation						
684.301.00 Gehälter	629 957.31		617 000		618 122.95	
684.303.01 Sozialbeiträge	109 640.22		116 000		110 821.96	
684.310.01 Kanzleiauslagen	19 457.03		34 000		14 884.53	
684.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	95 543.76		104 000		88 857.50	
684.318.03 Experten, Gutachten, Dritteleistungen	625 220.33		900 000		791 279.12	
684.367.00 Beiträge an Vereinigungen und Intern. Organisation	3 358.74		10 000		3 392.62	
684.412.00 Konzessionen		187 913.60		100 000		94 285.70
684.431.00 Verwaltungsgebühren		281 848.00		206 000		464 450.45
Total Amt für Kommunikation	1 483 177.39	469 761.60	1 781 000	306 000	1 627 358.68	558 736.15
Total Verkehr	31 447 312.77	15 849 303.50	32 270 000	14 583 000	31 134 112.79	11 850 511.11

| 383

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

682.301.00 NK v. 20. Okt. 2005 CHF 40 000 Auslagerung Philatelie
 684.301.00 Indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 9 000

Laufende Rechnung 2005

384 I

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
7 Umwelt, Raumordnung						
700 Wasserwirtschaft						
700.318.01 Untersuchungen, Kontrollen, Gutachten	315 450.53		320 000		322 338.48	
700.434.00 Wasserzinsen		15 772.70		15 000		16 862.70
700.436.00 Kostenweiterverrechnung		10 084.50		10 000		8 210.70
Total Wasserwirtschaft	315 450.53	25 857.20	320 000	25 000	322 338.48	25 073.40
701 Luftreinhaltung/Klima						
701.313.00 Untersuchungen, Kontrollen, Massnahmenplan	314 891.10		378 000		321 520.92	
701.407.00 Rückerstattung Klimarappen		109 794.70				
701.436.00 Kostenweiterverrechnung		10 980.00		15 000		9 477.00
701.436.01 Kostenrückerstattung VOC		45 000.00		45 000		45 000.00
Total Luftreinhaltung/Klima	314 891.10	165 774.70	378 000	60 000	321 520.92	54 477.00
702 Lärmschutz						
702.318.00 Untersuchungen, Kontrollen	10 933.50		15 000		4 552.25	
Total Lärmschutz	10 933.50		15 000		4 552.25	
703 Bodenschutz						
703.318.00 Untersuchungen, Bodenmessnetz	6 240.00		30 000		21 713.15	
Total Bodenschutz	6 240.00		30 000		21 713.15	
704 Abfall und Verdachtsflächen						
704.318.00 Untersuchungen, Verdachtsflächenkataster	89 551.25		150 000		162 967.75	
704.318.01 Entsorgungsbeiträge Altfahrzeuge	23 628.95		36 000			
704.436.00 Kostenweiterverrechnung		15 506.40		45 000		19 237.00
Total Abfall und Verdachtsflächen	113 180.20	15 506.40	186 000	45 000	162 967.75	19 237.00
705 Störfallvorsorge, umweltgefährdende Stoffe						
705.318.00 Risikoanalysen, Untersuchungen	141 867.35		172 000		121 570.70	
705.436.00 Kostenweiterverrechnung				2 000		
Total Störfallvorsorge, umweltgefährdende Stoffe	141 867.35		172 000	2 000	121 570.70	
710 Amt für Umweltschutz						
710.300.01 Kommissionen, Arbeitsgruppen	4 420.60		10 000		4 229.10	
710.301.00 Gehälter	1 379 609.61		1 359 000		1 341 151.30	
710.303.01 Sozialbeiträge	241 765.85		255 000		241 929.08	
710.310.00 Kanzleiauslagen	20 799.41		28 000		21 253.37	
710.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	46 859.73		57 000		44 364.84	
710.318.01 Öffentlichkeitsarbeit	50 218.83		50 000		36 921.90	
710.318.02 Umweltverträglichkeits-Prüfungen	22 456.25		40 000		55 440.35	
710.318.03 Aktionsprogramm Alpenrhein 2000plus	165 271.76		143 000		126 890.48	
710.318.04 Umweltdaten, Berichterstattung	44 997.25		60 000		78 474.05	
710.367.00 Beiträge an Vereinigungen	10 760.00		13 000		12 371.90	
710.431.02 Verwaltungsgebühren		35 393.40		41 000		43 357.05
Total Amt für Umweltschutz	1 987 159.29	35 393.40	2 015 000	41 000	1 963 026.37	43 357.05

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

710.301.00 Indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 24 000
 710.318.03 NK VI CHF 27 000

Laufende Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
750 Gewässerverbauungen						
750.301.00 Gehälter	715 848.46		844 000		748 965.35	
750.303.01 Sozialbeiträge	124 086.38		157 000		147 410.40	
750.312.00 Unterhalt / Betrieb Maschinen und Fahrzeuge	48 056.75		39 000		38 002.25	
750.313.00 Verbrauchsmaterial / Magazine	26 948.42		18 000		8 253.55	
750.315.00 Unterhalt Kraftwerk Mühleholz	15 217.30		20 000			
750.362.00 Gewässerunterhalt	29 502.80		80 000		53 569.94	
750.423.00 Pachterträge Kraftwerk Mühleholz		150 000.00		150 000		
750.434.00 Weiterverrechnung Dienstleistungen an Dritte		13 298.25				
750.439.00 Konzessionsgebühren Rüfematerial		89 015.25				59 489.60
Total Gewässerverbauungen	959 660.11	252 313.50	1 158 000	150 000	996 201.49	59 489.60
770 Natur- und Landschaftsschutz						
770.300.00 Kommissionen	119.70		6 000		3 025.80	
770.309.00 Aus- und Weiterbildung	50.00		5 000		159.25	
770.310.01 Beratung, Naturerziehung, Öffentlichkeitsarbeit	69 257.30		70 000		22 196.50	
770.314.01 Geschützte Gebiete und Objekte	37 430.23		37 000		39 560.60	
770.315.03 Betrieb der naturkundlichen Sammlung	39 881.95		40 000		54 990.68	
770.316.00 Bodenerwerb, Pacht und Entschädigungen					264 701.75	
770.318.01 Naturkundliche Erforschung	54 893.30		60 000		5 996.60	
770.318.02 Verwaltung	19 729.20		20 000		20 804.91	
770.318.03 Konzepte und Planungen	73 741.50		75 000		60 234.60	
770.365.00 Zusammenarbeit mit priv.Naturschutzorganisationen	166 500.00		167 000		169 100.00	
770.365.01 Beitrag CIPRA Geschäftsstelle	400 000.00		400 000		400 000.00	
770.365.02 Beiträge an Projekte	244 843.65		250 000		201 129.50	
770.366.00 Bewirtschaftungsprämien/Pacht für Magerstandorte	650 052.07		650 000		416 932.88	
770.434.00 Ertrag aus Dienstleistungen (Naturkundl. Sammlung)		3 412.00		2 000		2 549.28
770.435.01 Ertrag aus dem Verkauf von Büchern		842.40		2 000		1 462.02
Total Natur- und Landschaftsschutz	1 756 498.90	4 254.40	1 780 000	4 000	1 658 833.07	4 011.30
791 Landesplanung						
791.300.00 Kommission für Bau- und Planungsmassnahmen	14 213.35		20 000		13 680.00	
791.301.00 Gehälter	235 244.30		229 000		227 739.20	
791.303.01 Sozialbeiträge	41 068.38		43 000		41 111.15	
791.310.00 Kanzleiauslagen	179.45		3 000		262.60	
791.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	4 106.75		4 000		3 996.35	
791.318.00 Untersuchungen / Strategien zur Landesentwicklung	172 430.65		480 000		240 871.62	
791.367.00 Beiträge an Vereinigungen	5 617.75		9 000		5 617.75	
791.431.00 Gebühren für Ueberbauungspläne		10 561.00		20 000		18 810.25
Total Landesplanung	472 860.63	10 561.00	788 000	20 000	533 278.67	18 810.25
Total Umwelt, Raumordnung	6 078 741.61	509 660.60	6 842 000	347 000	6 106 002.85	224 455.60

Laufende Rechnung 2005

386 I

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
8 Volkswirtschaft						
800 Landwirtschaftsamt						
800.300.01 Kommissionen	14 199.85		25 000		10 168.25	
800.301.00 Gehälter	563 690.41		557 000		550 990.05	
800.303.01 Sozialbeiträge	98 793.28		105 000		99 501.64	
800.310.00 Kanzleiausgaben	13 852.44		16 000		14 302.68	
800.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	9 624.80		15 000		10 367.50	
800.318.04 Beratung	54 683.65		56 000		54 480.05	
800.318.05 Kontrollen Abgeltungsgesetz	31 150.85		43 000		33 127.05	
800.365.02 Verschiedenes	198 720.55		290 000		176 886.40	
800.367.00 Entschädigung gemeinsamer Agrarmarkt mit Schweiz	1 342 098.00		1 800 000		1 432 063.00	
Total Landwirtschaftsamt	2 326 813.83		2 907 000		2 381 886.62	
803 Berg- und Alpwirtschaft						
803.365.00 Alpengkostenbeiträge	559 067.00		590 000		568 894.50	
803.365.01 Alpverbesserungen	41 016.65		50 000		49 512.30	
803.366.01 Förderung Berglandwirtschaft und Hanglagen	933 832.00		1 020 000		951 582.00	
Total Berg- und Alpwirtschaft	1 533 915.65		1 660 000		1 569 988.80	
804 Direktzahlungen						
804.366.00 Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens	5 256 440.50		5 603 000		5 169 562.10	
804.366.01 Abgeltung ökologischer Leistungen	4 666 430.55		5 162 000		4 761 005.30	
Total Direktzahlungen	9 922 871.05		10 765 000		9 930 567.40	
805 Preis- und Absatzsicherung						
805.365.00 Milchwirtschaft					1 253 629.50	
805.365.01 Vorwärtsintegration der Milchwirtschaft	1 680 649.00		1 700 000			
805.436.00 Milchkontingentierungsabzüge		31 558.00		20 000		2 355.60
Total Preis- und Absatzsicherung	1 680 649.00	31 558.00	1 700 000	20 000	1 253 629.50	2 355.60
806 Tierzucht						
806.366.00 Förderung der Tierzucht	128 921.75		139 000		118 770.30	
Total Tierzucht	128 921.75		139 000		118 770.30	
807 Pflanzenproduktion						
807.366.01 Weinbau	6 630.00		30 000		8 019.45	
807.366.02 Bekämpfung Feuerbrand	147 729.40		200 000		222 763.80	
807.367.01 Beiträge an Hagelversicherung	71 974.00		65 000		64 246.40	
Total Pflanzenproduktion	226 333.40		295 000		295 029.65	
810 Amt für Wald, Natur und Landschaft						
810.301.00 Gehälter	1 080 700.62		1 082 000		1 115 321.90	
810.303.01 Sozialbeiträge	187 350.66		203 000		196 857.86	
810.310.00 Kanzleiausgaben	24 704.95		25 000		25 947.09	
810.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	42 854.65		76 000		64 812.34	
810.319.00 Verschiedenes	5 281.75		5 000		4 362.15	
810.367.00 Beiträge an Vereinigungen und int. Organisationen	42 956.40		45 000		127 937.98	
Total Amt für Wald, Natur und Landschaft	1 383 849.03		1 436 000		1 535 239.32	

Laufende Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
811	Waldwirtschaft					
811.310.00	Information und Beratung	6 057.10	20 000		9 485.58	
811.318.00	Forschungen und Erhebungen	36 799.84	40 000		81 085.40	
811.362.01	Beiträge an die Besoldung der Gemeindeförster	317 088.65	325 000		314 890.45	
811.362.02	Beiträge für Planungsgrundlagen	40 430.50	40 000		37 399.15	
811.362.03	Beiträge an Weiterbildung des Forstpersonals	7 132.50	8 000		8 222.45	
811.362.04	Schutzwaldpflege / Sicherung vor Naturereignissen	831 434.75	800 000		737 033.55	
811.362.06	Beiträge für Massnahmen der Wildschadenverhütung	158 737.40	120 000		137 101.10	
811.362.08	Beiträge zur Förderung der Naturschutzfunktion	56 781.60	70 000		43 243.90	
811.362.12	Walderschliessung	159 999.90	160 000		71 356.75	
811.366.03	Privatwaldbewirtschaftung		10 000			
	Total Waldwirtschaft	1 614 462.24	1 593 000		1 439 818.33	
812	Landesforstbetrieb Unterau					
812.301.00	Löhne Betriebspersonal	528 187.85	531 000		521 984.20	
812.303.01	Sozialbeiträge	95 512.47	100 000		96 192.84	
812.313.02	Rohstoffe und Verbrauchsmaterialien	224 292.08	245 000		225 246.69	
812.315.01	Betriebs- und Unterhaltskosten	26 431.05	60 000		7 448.02	
812.318.01	Dritteleistungen	141 608.43	160 000		161 121.24	
812.435.00	Verkauf Holz, Materialien		522 132.01	490 000		572 149.13
	Total Landesforstbetrieb Unterau	1 016 031.88	522 132.01	1 096 000	490 000	1 011 992.99
820	Jagd					
820.319.00	Jagdverwaltung	67 638.17	100 000		46 978.15	
820.439.01	Jagdabgabe		93 671.30	94 000		93 671.30
820.439.02	Jagdkarten		11 744.50	12 000		12 208.51
820.439.03	Rückbehalt Jagdpachtschilling		100 000.00	100 000		18 188.80
	Total Jagd	67 638.17	205 415.80	100 000	206 000	124 068.61
825	Fischerei					
825.319.00	Fischereiwesen	56 325.83	50 000		54 180.92	
825.439.01	Fischereipachtzinsen		12 500.00	13 000		12 500.00
825.439.02	Fischereikarten		3 670.00	2 000		2 480.00
	Total Fischerei	56 325.83	16 170.00	50 000	15 000	14 980.00
830	Tourismus					
830.364.00	Staatsbeitrag an Liechtenstein Tourismus	1 006 800.65		1 020 000		1 077 912.96
830.364.01	Sonderbeitrag Liechtenstein Tourismus	110 000.00				
	Total Tourismus	1 116 800.65		1 020 000		1 077 912.96

| 387

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

811.362.04 NK VII CHF 32 000
 811.362.06 NK VII CHF 39 000
 830.364.01 NK I CHF 110 000

Laufende Rechnung 2005

388 I

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
840 Amt für Volkswirtschaft						
840.301.00 Gehälter	3 988 057.58		3 842 000		4 143 478.80	
840.303.01 Sozialbeiträge	716 935.89		722 000		762 800.91	
840.310.01 Kanzleiausgaben	150 151.76		153 000		139 005.22	
840.310.02 Inerate Geistiges Eigentum	209 716.80		200 000		194 517.55	
840.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	118 523.55		180 000		160 149.14	
840.318.01 Experten Akkreditierung	6 877.07		5 000		3 590.62	
840.318.02 Gebühren für intern. Markeneintragungen	368 554.00		210 000		137 694.00	
840.318.05 Statistische Erhebungen	19 463.75		70 000		4 712.05	
840.318.07 Arbeitssicherheit	8 402.00		30 000		9 697.80	
840.365.00 Beiträge für Wirtschaftsförderung	2 503 886.65		2 010 000		2 259 331.99	
840.367.00 Beiträge an Vereinigungen	62 797.23		65 000		67 655.40	
840.431.01 Verwaltungsgebühren		457 191.80		194 000		974 813.49
840.431.02 Gebühren Geistiges Eigentum		817 882.65		720 000		873 674.50
840.431.03 Urheberrechte Verwertungsgesellschaften		7 350.00		5 000		5 500.00
840.435.00 Verkauf Statistisches Jahrbuch		6 417.00		6 000		7 490.00
840.436.00 Verwaltungskostenbeitrag ALV		2 177 259.85		1 720 000		1 436 467.77
Total Amt für Volkswirtschaft	8 153 366.28	3 466 101.30	7 487 000	2 645 000	7 882 633.48	3 297 945.76
841 Amt für Zollwesen						
841.301.00 Gehälter	576 622.65		562 000		536 619.90	
841.303.01 Sozialbeiträge	99 136.43		106 000		96 072.92	
841.310.00 Kanzleiauslagen	12 204.06		20 000		11 655.87	
841.317.00 Reisespesen, Repräsentationen	34 496.75		50 000		43 983.10	
841.439.01 Verwaltungsgebühren		33 807.75		34 000		28 430.00
Total Amt für Zollwesen	722 459.89	33 807.75	738 000	34 000	688 331.79	28 430.00
842 Gewerbe						
842.365.00 Gewerbe und Wirtschaftskammer	500 000.00					
Total Gewerbe	500 000.00					
860 Energie						
860.318.00 Energiefachstelle	78 333.35		158 000		51 719.90	
860.366.00 Förderbeiträge gem. Energiespargesetz	678 418.50		750 000		916 514.50	
Total Energie	756 751.85		908 000		968 234.40	
Total Volkswirtschaft	31 207 190.50	4 275 184.86	31 894 000	3 410 000	30 255 194.61	4 039 929.10

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

840.301.00	NK IV CHF 62 000, indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 59 000, Kreditüberschreitung aufgrund notwendiger personeller Doppelbesetzung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. e CHF 25 000
840.318.02	NK II CHF 200 000
840.365.00	NK I CHF 150 000, NK III CHF 720 000
841.301.00	Indiv. Gehaltserhöhungen aus Sammelkredit 020.301.02 CHF 10 000
842.365.00	NK v. 21. Sept. 2005 CHF 800 000 Sonderbeitrag GWK

Laufende Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
9 Finanzen, Steuern						
900 Landessteuern						
900.400.01 Vermögens- und Erwerbssteuer (Landesanteil)		44 828 622.81		44 200 000		40 825 077.78
900.400.02 Rentnersteuer		2 625 566.65		3 500 000		2 724 820.95
900.400.03 Quellensteuer (Grenzgänger)		16 739 838.55		16 500 000		16 436 581.45
900.401.01 Kapital- und Ertragssteuer		137 251 705.37		131 200 000		123 371 679.39
900.401.02 Besondere Gesellschaftssteuer		93 837 832.05		86 600 000		85 910 266.70
900.401.03 Steuer von ausl. Versicherungsgesellschaften		2 836 380.80		3 100 000		2 820 952.32
900.403.00 Grundstückgewinnsteuer		14 465 581.50		18 000 000		16 150 419.15
900.404.00 Couponsteuern		37 622 721.83		46 200 000		35 256 206.06
900.405.00 Erbschafts- und Schenkungssteuer		8 718 471.17		3 200 000		2 317 670.60
900.406.00 Motorfahrzeugsteuer		10 051 297.40		9 900 000		9 808 128.40
900.407.00 Mehrwertsteuer		173 953 048.58		193 800 000		173 311 700.42
900.408.00 Veränderung Steuerguthaben		-2 116 820.68				696 767.68
900.409.00 Einbürgerungssteuer		2 250.00		2 000		2 950.00
Total Landessteuern		540 816 496.03		556 202 000		509 633 220.90
905 Eidgenössische Abgaben						
905.404.00 Stempelabgaben		50 812 811.56		40 900 000		42 103 237.07
Total Eidgenössische Abgaben		50 812 811.56		40 900 000		42 103 237.07
920 Zuweisungen an Gemeinden						
920.352.01 Anteil an Grundstückgewinnsteuer	9 643 721.00		12 000 000		10 766 946.05	
920.352.02 Anteil an Kapital- und Ertragssteuer	68 625 858.70		65 600 000		65 036 584.90	
920.352.09 Anteil an übrigen Landessteuern	63 924 343.70		71 100 000		59 707 600.10	
Total Zuweisungen an Gemeinden	142 193 923.40		148 700 000		135 511 131.05	
940 Vermögens- und Schuldenverwaltung						
940.318.00 Bankspesen	200 562.11		250 000		194 062.87	
940.321.00 Fremdkapitalzinsen	3 456.84		20 000		5 270.33	
940.329.00 Fremdwährungsdifferenzen	78 172.68		150 000		164 605.79	
940.420.00 Kontokorrentzinsen		1 858 869.59		1 710 000		1 823 705.39
940.426.01 Zinsen vom Anstaltskapital der LKW		660 000.00		660 000		660 000.00
940.426.02 Dividende LLB AG		49 560 000.00		41 800 000		48 400 000.00
940.426.03 Gewinnausschüttungen INTELSAT						1 950.00
940.426.04 Dividende Post AG		720 000.00		187 000		250 000.00
940.429.01 Gewinnanteil Landeslotterie		1 378 282.80		1 000 000		1 197 575.55
940.429.02 Gewinnanteil Sportoto		8 895.55		200 000		187 549.85
940.429.03 Vermögensverfall aus Straftatbeständen		1 676 051.85				2 805 500.00
940.429.04 Bodenverkaufserlöse		1 250 955.00				
940.429.05 Fremdwährungsdifferenzen		119 560.13		150 000		186 633.57
940.429.08 Ausserordentliche Erträge		56 075.61				5 131.00
940.429.15 Verkauf Liegenschaft Rietacker Schaan		5 399 999.00		5 500 000		
940.429.16 Verkauf LTN-Gebäude				10 000 000		
940.429.17 Verkauf Aktien Intelsat, New Skies Satellites		2 007 854.09				434 128.45
940.429.18 Verkauf Aktien Post AG		3 346 550.00				
940.429.19 Verkauf Landeswerkhof Vaduz		8 449 529.97				
Total Vermögens- und Schuldenverwaltung	282 191.63	76 492 623.59	420 000	61 207 000	363 938.99	55 952 173.81
941 Poolanlagen - extern verwaltetes Vermögen						
941.323.00 Realisierte Kursverluste	15 948 978.30				12 749 379.87	
941.323.01 Verwaltungskosten	4 615 461.57		4 200 000		4 218 298.78	
941.330.01 Abschreibungen	5 918 995.98					
941.422.00 Erträge		27 145 385.29		25 000 000		28 114 965.98
941.422.01 Realisierte Kursgewinne		38 462 350.53		9 000 000		12 946 715.95
941.422.02 Zuschreibungen		14 782 207.19				15 981 646.70
Total Poolanlagen - extern verwaltetes Vermögen	26 483 435.85	80 389 943.01	4 200 000	34 000 000	16 967 678.65	57 043 328.63

| 389

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

920.352.02 Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. b

Laufende Rechnung 2005

390 I

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
942 Liegenschaften des Finanzvermögens						
942.423.00 Miet- und Pachtzinsen		3 088 183.15		2 987 000		3 246 997.60
Total Liegenschaften des Finanzvermögens		3 088 183.15		2 987 000		3 246 997.60
950 Zölle						
950.407.00 Zollerträge, Mineralölsteuer		34 576 140.00		35 640 000		35 326 708.00
Total Zölle		34 576 140.00		35 640 000		35 326 708.00
990 Abschreibungen						
990.330.01 Abschreibungen Debitoren	1 797 292.91		100 000		199 221.15	
Total Abschreibungen	1 797 292.91		100 000		199 221.15	
992 Abschreibungen Verwaltungsvermögen						
992.331.02 Tiefbauten	8 654 688.10		7 780 000		12 207 851.43	
992.331.03 Hochbauten	13 363 875.43		13 468 000		12 576 942.14	
992.331.05 Mobilien und Einrichtungen	6 203 442.25		7 651 000		6 742 654.06	
992.331.07 EDV-Anlagen	6 036 661.89		7 303 000		7 793 129.07	
992.331.08 Grundstücke (ohne Hoch- und Tiefbau)	15 336 165.05		100 000			
992.331.12 Sonstige Beteiligungen	5 586 625.00		90 000		2 064 874.00	
992.331.13 Studiendarlehen	9 113.45					
992.331.21 Investitionsbeiträge	30 564 663.54		36 335 000		33 002 338.90	
Total Abschreibungen Verwaltungsvermögen	85 755 234.71		72 727 000		74 387 789.60	
997 Einlagen in Spezialfinanzierungen						
997.380.03 Einlagen zur Bekämpfung von Tierseuchen	191 753.25		130 000		173 402.89	
997.380.07 Einlagen für Unfallverhütung im Strassenverkehr	183 727.82		70 000		99 369.88	
997.380.10 Einlagen für die Milchqualitätsförderung	42 814.04		20 000		17 944.94	
Total Einlagen in Spezialfinanzierungen	418 295.11		220 000		290 717.71	
998 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen						
998.480.03 Entnahmen zur Bekämpfung von Tierseuchen		127 509.74		165 000		153 613.70
998.480.07 Entnahmen für Unfallverhütung im Strassenverkehr		144 432.60		150 000		149 109.11
998.480.10 Entnahmen für Milchqualitätsförderung		16 976.00		20 000		19 679.25
Total Entnahmen aus Spezialfinanzierungen		288 918.34		335 000		322 402.06
Total Finanzen, Steuern	256 930 373.61	786 465 115.68	226 367 000	731 271 000	227 720 477.15	703 628 068.07

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

997.380.03 Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. b
 997.380.07 Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. b
 997.380.10 Einnahmenbedingte Kreditüberschreitung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. b

Laufende Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
Zusammenfassung						
0 Allgemeine Verwaltung	81 099 231.43	4 052 801.40	89 509 000	2 533 000	80 463 669.75	3 072 816.75
1 Oeffentliche Sicherheit	49 190 575.74	21 069 119.40	51 896 000	17 739 000	47 305 504.08	19 947 380.97
2 Bildung	133 727 645.05	21 003 148.61	140 842 000	22 916 000	128 966 055.38	21 529 924.26
3 Kultur, Freizeit	25 480 470.37	25 125.00	26 719 000	27 000	26 409 330.96	40 412.50
4 Gesundheit	20 713 363.75	297 250.15	20 304 000	276 000	20 736 751.47	280 052.77
5 Soziale Wohlfahrt	183 105 959.55	4 452 033.85	188 953 000	5 071 000	181 595 043.39	4 413 886.35
6 Verkehr	31 447 312.77	15 849 303.50	32 270 000	14 583 000	31 134 112.79	11 850 511.11
7 Umwelt, Raumordnung	6 078 741.61	509 660.60	6 842 000	347 000	6 106 002.85	224 455.60
8 Volkswirtschaft	31 207 190.50	4 275 184.86	31 894 000	3 410 000	30 255 194.61	4 039 929.10
9 Finanzen, Steuern	256 930 373.61	786 465 115.68	226 367 000	731 271 000	227 720 477.15	703 628 068.07
Zwischentotal	818 980 864.38	857 998 743.05	815 596 000	798 173 000	780 692 142.43	769 027 437.48
Aufwand-/Ertragsüberschuss:						
aus ordentlichem Geschäftsverkehr		14 888 628.49		47 223 000		51 740 354.93
aus Vermögensbewirtschaftung	53 906 507.16		29 800 000		40 075 649.98	
Aufwandüberschuss				17 423 000		11 664 704.95
Ertragsüberschuss	39 017 878.67					
Total	857 998 743.05	857 998 743.05	815 596 000	815 596 000	780 692 142.43	780 692 142.43

Investitions-Rechnung 2005

392 |

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
0 Allgemeine Verwaltung						
011 Landtag						
011.503.01 Landtagsgebäude mit Parkierung und Vorplatzgestaltung	9 329 485.73		15 150 000		4 100 813.98	
011.506.01 Informatik Landtag	298 184.85		295 000		117 467.95	
Total Landtag	9 627 670.58		15 445 000		4 218 281.93	
012 Regierung						
012.520.00 Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung	86 625.00		90 000		88 875.00	
Total Regierung	86 625.00		90 000		88 875.00	
090 Nicht aufteilbare Aufgaben						
090.503.02 Diverse Investitionen	193 473.10		300 000		228 961.30	
090.506.00 Kommunikation / Telefonie	460 801.81		1 000 000		1 063 350.30	
090.506.01 Büromobiliar, -maschinen, Fahrzeuge	998 367.75		1 000 000		598 999.86	
090.506.02 Informationstechnologie (IT)	4 187 959.19		6 000 000		6 542 049.60	
090.506.04 Sicherheitseinrichtungen	20 415.20		50 000		53 193.30	
090.506.06 Ausstattungen Botschaften	127 097.34		232 000		113 276.15	
090.506.07 Ausstattung Gerichtsgebäude	697 955.55		700 000			
090.506.08 Anpassungen FMA-Gebäude					350 000.00	
Total Nicht aufteilbare Aufgaben	6 686 069.94		9 282 000		8 949 830.51	
Total Allgemeine Verwaltung	16 400 365.52		24 817 000		13 256 987.44	

Investitions-Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
1 Oeffentliche Sicherheit						
110 Landespolizei						
110.503.00 Sofortmassnahmen Polizeigebäude	387 457.80		935 000		13 874.90	
110.506.01 Informatik Landespolizei	679 032.55		760 000		429 378.67	
110.506.02 Fahrzeuge und übrige Anschaffungen Landespolizei	657 969.18		900 000		643 161.30	
110.506.04 Digitales Funknetzwerk «Polycom»	923 946.06		4 218 000		2 927 952.20	
Total Landespolizei	2 648 405.59		6 813 000		4 014 367.07	
112 Finanzmarktaufsicht						
112.520.00 Dotationskapital Finanzmarktaufsicht					2 000 000.00	
Total Finanzmarktaufsicht					2 000 000.00	
120 Gerichtswesen						
120.506.01 Datenverarbeitung Landgericht	189 205.10		190 000		149 579.29	
Total Gerichtswesen	189 205.10		190 000		149 579.29	
160 Amt für Zivilschutz und Landesversorgung						
160.506.01 Einrichtung Zivilschutzräume (Land)	47 408.35		65 000		97 248.95	
160.506.02 Landesweite Alarmierungsanlage (Helferalarmierung)	147 247.45		30 000		87 284.05	
160.506.05 Zivil- /Katastrophenschutzmaterial Organisationen	40 980.55		50 000		40 861.30	
160.506.06 Stützpunktanschaffungen	27 466.15		140 000		7 821.03	
160.562.02 Feuerwehrfahrzeuge (Subv. Gemeinden)	135 000.00		135 000			
160.565.00 Subventionen für Zivilschutzräume in Privatbauten	204 911.75		205 000		102 647.45	
160.565.01 Subvention Anschaffungen Rettungsorganisationen	99 858.80		159 000		149 999.90	
Total Amt für Zivilschutz und Landesversorgung	702 873.05		784 000		485 862.68	
Total Oeffentliche Sicherheit	3 540 483.74		7 787 000		6 649 809.04	

| 393

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

160.506.02 NK II CHF 120 000

Investitions-Rechnung 2005

394 I

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
2 Bildung						
211 Ober- und Realschule Triesen						
211.503.01 Erweiterung weiterführende Schulen Triesen	29 592.75				2 185 933.85	
Total Ober- und Realschule Triesen	29 592.75				2 185 933.85	
213 Hallenbad Schulzentrum Unterland						
213.503.04 Schulzentrum Unterland II			400 000		24 539.30	
213.506.02 Ausstattungen/Einrichtungen Hallenbad SZU	13 544.89		15 000		14 627.70	
Total Hallenbad Schulzentrum Unterland	13 544.89		415 000		39 167.00	
215 Liecht. Gymnasium und Realschule Vaduz						
215.503.03 Schulzentrum Mühleholz II	5 946 643.83		3 000 000		959 088.84	
Total Liecht. Gymnasium und Realschule Vaduz	5 946 643.83		3 000 000		959 088.84	
219 Allgemeine Ausgaben						
219.506.01 Sekundarschulen	485 212.59		500 000		470 458.27	
219.506.03 Jugendhaus Malbun	4 468.74		5 000		4 666.40	
219.506.08 EDV Weiterführende Schulen (IKT)	77 949.82		78 000		222 493.75	
219.506.09 10. Schuljahr	17 882.84		18 000		20 787.10	
219.507.00 Liechtensteinische Lehrmittel	15 273.00		30 000			
Total Allgemeine Ausgaben	600 786.99		631 000		718 405.52	
260 Fachhochschulen						
260.503.01 FHL (Integration in Jenny Spoerry-Fabrik, Vaduz)					8 173.65	
Total Fachhochschulen					8 173.65	
280 Stipendien, Ausbildungsbeihilfen						
280.520.00 Studiendarlehen	2 389 106.00		2 325 000		1 956 397.00	
280.620.00 Rückzahlung von Studiendarlehen		1 356 392.55		1 400 000		1 507 385.10
Total Stipendien, Ausbildungsbeihilfen	2 389 106.00	1 356 392.55	2 325 000	1 400 000	1 956 397.00	1 507 385.10
281 Liechtensteinische Musikschule						
281.503.02 Musikschule Triesen	281 255.65		300 000		3 768 477.95	
Total Liechtensteinische Musikschule	281 255.65		300 000		3 768 477.95	
290 Amt für Berufsbildung						
290.520.00 Darlehen an IG Kaufm. Grundausbildung			30 000			
290.567.01 Berufsschulzentrum Buchs (Baukostenbeitrag)	621 756.00		772 000			
Total Amt für Berufsbildung	621 756.00		802 000			
Total Bildung	9 882 686.11	1 356 392.55	7 473 000	1 400 000	9 635 643.81	1 507 385.10

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

280.520.00 NK VII CHF 65 000

Investitions-Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
3 Kultur, Freizeit						
301 Landesmuseum						
301.503.01 Erweiterung Landesmuseum/Verweserhaus	590.10		50 000		1 185 847.90	
Total Landesmuseum	590.10		50 000		1 185 847.90	
302 Theater, Konzerte						
302.562.00 Subvention Erweiterung Theater am Kirchplatz	600 000.00		600 000		349 265.30	
Total Theater, Konzerte	600 000.00		600 000		349 265.30	
304 Landesarchiv						
304.503.03 Archiv- und Verwaltungsgebäude Vaduz	1 086 984.40		500 000		655 504.52	
Total Landesarchiv	1 086 984.40		500 000		655 504.52	
310 Denkmalschutz						
310.565.00 Denkmalschutz-Subventionen	1 500 000.00		1 500 000		1 472 079.30	
Total Denkmalschutz	1 500 000.00		1 500 000		1 472 079.30	
321 Medien						
321.563.00 Auf-/Ausbau Sendeanlagen	566 022.10		650 000		135 117.10	
Liecht. Rundfunkanstalt						
Total Medien	566 022.10		650 000		135 117.10	
340 Sport						
340.562.04 Subvention Erweiterung Sportpark	2 250 000.00		2 250 000		1 250 000.00	
Eschen/Mauren						
340.620.00 Rückzahlung Darlehen Fussballverband		92 000.00		99 000		92 000.00
Total Sport	2 250 000.00	92 000.00	2 250 000	99 000	1 250 000.00	92 000.00
Total Kultur, Freizeit	6 003 596.60	92 000.00	5 550 000	99 000	5 047 814.12	92 000.00

Investitions-Rechnung 2005

396 |

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
4 Gesundheit						
400 Spitäler						
400.563.00 Erweiterung Landesspital Vaduz	1 245 376.00		1 188 000		2 000 000.00	
Total Spitäler	1 245 376.00		1 188 000		2 000 000.00	
Total Gesundheit	1 245 376.00		1 188 000		2 000 000.00	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

400.563.00 Teuerungsbedingte Kreditüberschreitung gem. FHG Art. 11 Abs. 2 Bst. a

Investitions-Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
5 Soziale Wohlfahrt						
550 Invalidität						
550.564.01 Heilpädagogischer Verein					- 58 612.50	
Total Invalidität					- 58 612.50	
560 Amt für Wohnungswesen						
560.520.01 Darlehen Wohnbau-Förderung	12 638 000.00		14 000 000		14 378 000.00	
560.620.00 Rückzahlung von Wohnbaudarlehen		13 455 512.50		13 000 000		12 811 678.00
Total Amt für Wohnungswesen	12 638 000.00	13 455 512.50	14 000 000	13 000 000	14 378 000.00	12 811 678.00
570 Altersheime						
570.564.00 Stiftung Liechtenst. Alters- und Krankenhilfe	1 790 349.50		6 794 000		6 342 406.65	
Total Altersheime	1 790 349.50		6 794 000		6 342 406.65	
Total Soziale Wohlfahrt	14 428 349.50	13 455 512.50	20 794 000	13 000 000	20 661 794.15	12 811 678.00

Investitions-Rechnung 2005

398 |

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
6 Verkehr						
600 Landstrassen, Brücken						
600.500.01 Zentrumsplanung Schaan (Bodenerwerb)	348 346.00				4 716 490.10	
600.500.02 Umwidmung Grundstück Wille/Wimag-Areal	15 247 524.00					
600.501.01 Strassenverbesserungen und -neubauten	7 993 812.85		7 000 000		6 987 362.48	
600.503.01 Werkhof Vaduz	64 892.85		500 000			
600.503.03 Umwidmung Gebäude Wille/Wimag-Areal	2 834 000.00					
600.506.00 Maschinen/Fahrzeuge Strassen- und Rufeunterhalt	273 725.60		275 000		293 592.50	
Total Landstrassen, Brücken	26 762 301.30		7 775 000		11 997 445.08	
650 Oeffentlicher Verkehr, verkehrspol. Massnahmen						
650.501.01 Bauliche Massnahmen für den öffentlichen Verkehr	194 531.85		200 000		245 457.80	
650.503.00 Busbahnhof / Tiefgarage Post Schaan	240 100.25		800 000		345 725.95	
Total Oeffentlicher Verkehr, verkehrspol. Massnahmen	434 632.10		1 000 000		591 183.75	
681 Postwertzeichenstelle						
681.506.01 Datenverarbeitung Postwertzeichenstelle	4 330.38		40 000		32 159.81	
Total Postwertzeichenstelle	4 330.38		40 000		32 159.81	
Total Verkehr	27 201 263.78		8 815 000		12 620 788.64	

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

600.500.01 NK V CHF 400 000
 600.500.02 NK v. 21. Sept. 2005 CHF 15 247 524 Umwidmung Wille/Wimag-Areal
 600.501.01 NK III CHF 1 000 000
 600.503.03 NK v. 21. Sept. 2005 CHF 2 834 000 Umwidmung Wille/Wimag-Areal

Investitions-Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
7 Umwelt, Raumordnung						
700 Wasserwirtschaft						
700.562.01 Wasserversorgung Liecht. Unterland	250 000.00		250 000		250 262.25	
700.562.02 Wasserversorgung Liecht. Oberland	1 000 000.00		1 000 000		1 000 000.00	
700.562.03 Renaturierung von Oberflächengewässern	244 070.10		250 000		201 991.10	
700.562.05 Abwassersanierung Balzers	420 000.00		420 000		291 364.95	
700.562.06 Abwassersanierung Vaduz-Triesen-Triesenberg					22 547.25	
700.562.07 Abwasserzweckverband Liechtenstein	4 100 000.00		4 100 000		4 000 000.00	
Total Wasserwirtschaft	6 014 070.10		6 020 000		5 766 165.55	
704 Abfall und Verdachtsflächen						
704.620.00 Teilrückzahlung Beteiligung Batrec AG						24 000.00
Total Abfall und Verdachtsflächen						24 000.00
710 Amt für Umweltschutz						
710.506.00 Umwelttechnische Messgeräte	24 016.20		30 000		36 448.00	
Total Amt für Umweltschutz	24 016.20		30 000		36 448.00	
750 Gewässerverbauungen						
750.501.02 Gewässerbau	117 997.40		580 000		258 541.05	
750.562.01 Rheinschutzbauten	310 114.35		540 000		406 791.65	
750.562.02 Rüfeschutzbauten	835 078.04		2 300 000		2 187 686.89	
750.562.04 Rutschsanierungen	308 377.75		630 000		558 902.60	
750.562.05 Sofortmassnahmen Unwetter 2005	1 685 785.35					
750.662.00 Gemeindeanteile		633 733.00		805 000		679 868.00
Total Gewässerverbauungen	3 257 352.89	633 733.00	4 050 000	805 000	3 411 922.19	679 868.00
770 Natur- und Landschaftsschutz						
770.500.01 Bodenerwerb Naturschutzflächen	88 641.05		100 000			
770.506.01 Ausstellungsmaterial Naturhaus	19 663.00		20 000		18 925.65	
Total Natur- und Landschaftsschutz	108 304.05		120 000		18 925.65	
Total Umwelt, Raumordnung	9 403 743.24	633 733.00	10 220 000	805 000	9 233 461.39	703 868.00

| 399

Nachtragskredite und genehmigte Kreditüberschreitungen 2005

750.562.05 NK VII CHF 1 690 000

Investitions-Rechnung 2005

400 I

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
8 Volkswirtschaft						
800 Landwirtschaftsamt						
800.520.00 Darlehen an Junglandwirte	350 000.00		500 000		520 000.00	
800.564.00 Meliorationen und Drainagen	13 200.00		52 000		9 932.85	
800.565.00 Förderung des landwirtschaftlichen Bauwesens	953 295.28		1 000 000		1 164 260.85	
800.620.00 Rückzahlungen Darlehen an Junglandwirte		214 000.00		215 000		64 200.00
Total Landwirtschaftsamt	1 316 495.28	214 000.00	1 552 000	215 000	1 694 193.70	64 200.00
810 Amt für Wald, Natur und Landschaft						
810.564.01 Integralmelioration im Alpengebiet	1 129 609.02		1 400 000		897 197.36	
Total Amt für Wald, Natur und Landschaft	1 129 609.02		1 400 000		897 197.36	
825 Fischerei						
825.565.00 Subventionsbeitrag Fischbrutanlage	- 9 222.60				350 000.00	
Total Fischerei	- 9 222.60				350 000.00	
830 Tourismus						
830.562.00 Beitrag an Bergbahnenprojekt Malbun	3 250 000.00		3 250 000			
Total Tourismus	3 250 000.00		3 250 000			
840 Amt für Volkswirtschaft						
840.506.01 Geräte für Arbeitsplatzuntersuchungen			10 000			
Total Amt für Volkswirtschaft			10 000			
Total Volkswirtschaft	5 686 881.70	214 000.00	6 212 000	215 000	2 941 391.06	64 200.00
9 Finanzen, Steuern						
920 Zuweisungen an Gemeinden						
920.562.00 Pauschalsubventionen an Gemeinden	5 000 000.00		5 000 000		9 000 000.00	
920.562.01 Subventionen für Grossprojekte der Gemeinden	2 694 815.10		2 695 000		1 598 365.95	
Total Zuweisungen an Gemeinden	7 694 815.10		7 695 000		10 598 365.95	

Investitions-Rechnung 2005

Konto	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
Zusammenfassung						
0 Allgemeine Verwaltung	16 400 365.52		24 817 000		13 256 987.44	
1 Oeffentliche Sicherheit	3 540 483.74		7 787 000		6 649 809.04	
2 Bildung	9 882 686.11	1 356 392.55	7 473 000	1 400 000	9 635 643.81	1 507 385.10
3 Kultur, Freizeit	6 003 596.60	92 000.00	5 550 000	99 000	5 047 814.12	92 000.00
4 Gesundheit	1 245 376.00		1 188 000		2 000 000.00	
5 Soziale Wohlfahrt	14 428 349.50	13 455 512.50	20 794 000	13 000 000	20 661 794.15	12 811 678.00
6 Verkehr	27 201 263.78		8 815 000		12 620 788.64	
7 Umwelt, Raumordnung	9 403 743.24	633 733.00	10 220 000	805 000	9 233 461.39	703 868.00
8 Volkswirtschaft	5 686 881.70	214 000.00	6 212 000	215 000	2 941 391.06	64 200.00
9 Finanzen, Steuern	7 694 815.10		7 695 000		10 598 365.95	
Zwischentotal	101 487 561.29	15 751 638.05	100 551 000	15 519 000	92 646 055.60	15 179 131.10
Nettoinvestitionen		85 735 923.24		85 032 000		77 466 924.50
Total	101 487 561.29	101 487 561.29	100 551 000	100 551 000	92 646 055.60	92 646 055.60
Finanzierung						
Nettoinvestitionen	85 735 923.24		85 032 000		77 466 924.50	
Aufwand-/Ertragsüberschuss der LR aus ordentlichem Geschäftsverkehr	14 888 628.49		47 223 000		51 740 354.93	
Abschreibungen Verwaltungsvermögen		85 755 234.71		72 727 000		74 387 789.60
Zwischentotal	100 624 551.73	85 755 234.71	132 255 000	72 727 000	129 207 279.43	74 387 789.60
Deckungsüberschuss I						
Deckungsfehlbetrag I		14 869 317.02		59 528 000		54 819 489.83
Total	100 624 551.73	100 624 551.73	132 255 000	132 255 000	129 207 279.43	129 207 279.43
Deckungsüberschuss I						
Deckungsfehlbetrag I	14 869 317.02		59 528 000		54 819 489.83	
Aufwand-/Ertragsüberschuss der LR aus externer Vermögensbewirtschaftung		53 906 507.16		29 800 000		40 075 649.98
Deckungsüberschuss II	39 037 190.14			29 728 000		14 743 839.85
Deckungsfehlbetrag II						
Total	53 906 507.16	53 906 507.16	59 528 000	59 528 000	54 819 489.83	54 819 489.83

Verpflichtungskredite 2005

Nr. Projekt/Kreditbewilligung	Genehmigte Kredite		Zahlungen bis 31.12.2005		Verfügbare Restkredit		2006		Voraussichtliche Fälligkeit 2007		2008		2009		2010 ff.	
	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
Hertrag	102 347 468		69 199 237		33 148 231		15 011 000		12 242 000		355 000		90 000		16 000	
09 Ausstellungen im Landesmuseum Verpflichtungskredit vom 24./26.11.1999 + Aufwertung um Baukostenteuerung Totalkredit	5 960 000 537 000 6 497 000		6 365 936		131 064											
10 Weiterführende Schulanlage Triesen Verpflichtungskredit vom 15./17.12.1999 + Aufwertung um Baukostenteuerung Totalkredit	18 418 568 1 541 000 19 959 568		16 366 802		3 592 766											
11 Landerwerb für Zentrumsplanung Schaan Verpflichtungskredit vom 14.06.2000	9 000 000		8 527 835		472 165											
12 Landesbeitrag Liechtenstein-Takt Verpflichtungskredit vom 16.4.2003	585 000		562 830		22 170											
13 Schulzentrum Mühleholz II (1. Etappe) Verpflichtungskredit vom 14.06.2000 + Aufwertung um Baukostenteuerung Totalkredit	42 000 000 3 429 000 45 429 000		7 621 522		37 807 478		15 100 000		17 100 000		5 607 000					
14 EWR-Finanzinstrument 1999 - 2003 Verpflichtungskredit vom 13.09.2000 EURO 1.2 Mio.	1 848 000		826 738		1 021 262		447 000		257 000		116 000		5 000			
15 Historiker-/Expertenkommission 2. Weltkrieg Verpflichtungskredit vom 12.09.2001 Ergänzungskredit vom 11.6.2003 Ergänzungskredit vom 15.09.2004 Totalkredit	2 020 000 900 000 617 000 3 537 000		3 493 712		43 288		42 000									
16 IGH-Klage Liechtenstein gegen Deutschland Verpflichtungskredit vom 17.04.2002	2 400 000		2 401 565		- 1 565											
17 Landesarchiv-Neubau (mit Verwaltungsräumen) Verpflichtungskredit vom 19.06.2002 + Aufwertung um Baukostenteuerung Totalkredit	31 800 000 1 040 000 32 840 000		1 742 489		31 097 511		500 000		4 000 000		11 500 000		11 500 000		3 597 000	
18 Informatiklösung für Steuerverwaltung (2002-2005) Verpflichtungskredit vom 23.10.2002	7 700 000		6 383 785		1 316 215		500 000		800 000							
19 EU-Programm für Forschung u. techn. Entwicklung Verpflichtungskredit vom 22.11.2002 EURO 2.8 Mio.	4 312 000		1 619 828		2 692 173		770 000		750 000		375 000		375 000		356 000	
Übertrag	236 455 036		125 112 280		111 342 756		32 370 000		35 149 000		17 953 000		11 970 000		3 969 000	

Verpflichtungskredite 2005

Nr. Projekt/Kreditbewilligung	Genehmigte Kredite		Zahlungen bis 31.12.2005	Verfügbare Restkredit	2006		Voraussichtliche Fälligkeit 2007		2008		2009		2010 ff.	
	CHF	CHF			CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF	CHF
Hertrag	236 455 036	125 112 280	111 342 756	32 370 000	35 149 000	17 953 000	11 970 000	3 969 000						
20 Liecht. Landesspital (Sofortmassnahmen) Verpflichtungskredit vom 19.12.2002 + Aufwertung um Baukostenteuerung Totalkredit	3 850 000 57 876 3 907 876													
21 Aufbau Schulsozialarbeit Verpflichtungskredit vom 12.6.2003	1 000 000	573 711	426 289	360 000										
22 Neubau Bushof mit Tiefgarage in Schaan Verpflichtungskredit vom 17.9.2003 + Aufwertung um Baukostenteuerung Totalkredit	22 490 000 564 000 23 054 000		17 273 685	500 000	7 000 000	7 000 000	2 600 000							
23 Aus- und Aufbau Sendeanlagen Liecht. Rundfunk Verpflichtungskredit vom 23.10.2003	750 000	701 139	48 861											
24 Betrieb Liecht. Rundfunk 2004 - 2006 Verpflichtungskredit vom 23.10.2003	4 200 000	2 800 000	1 400 000	1 300 000										
25 Liechtensteinisches Urkundenbuch Verpflichtungskredit vom 27.11.2003	560 000	129 975	430 026	92 000	92 000	92 000	92 000							62 000
26 Digitales Funknetzwerk «POLYCOM» Verpflichtungskredit vom 27.11.2003	8 080 000	3 851 898	4 228 102	4 162 000										
27 Erhöhung Aktienkapital Bergbahnenprojekt Malbun Verpflichtungskredit vom 27.12.2003	13 000 000	3 250 000	9 750 000	6 000 000	3 750 000									
28 Vierjähriger Schulversuch «Schule und Sportförderung» an der Realschule Schaan Verpflichtungskredit vom 27.12.2003	654 000	118 182	535 818	184 000	190 000	161 000								
29 EWR-Finanzmechanismus 2004 - 2009 Verpflichtungskredit vom 11.03.04 EURO 4.5 Mio.	6 930 000	46 487	6 883 513	250 000	1 500 000	1 500 000	1 500 000	1 500 000	1 500 000	1 500 000	1 500 000	1 500 000	2 133 000	
30 Neuausrichtung Milchmarktordnung u. Milchwirtschaft Verpflichtungskredit vom 12.05.04	6 000 000	1 680 649	4 319 351	1 500 000	1 500 000	1 319 000								
31 200 Jahre Souveränität Fürstentum Liechtenstein Verpflichtungskredit vom 15.12.04	3 250 000	314 971	2 935 029	2 935 000										
Übertrag	307 840 912	148 267 483	159 573 429	49 653 000	49 181 000	28 025 000	16 162 000	6 164 000						

Verpflichtungskredite 2005

Nr. Projekt/Kreditbewilligung	Genehmigte Kredite		Zahlungen bis 31.12.2005		Verfügbarer Restkredit		2006		Voraussichtliche Fälligkeit 2007		2008		2009		2010 ff.	
	CHF		CHF		CHF		CHF		CHF		CHF		CHF		CHF	
Hertrag	307 840 912		148 267 483		159 573 429		49 653 000		49 181 000		28 025 000		16 162 000		6 164 000	
32 Verwendung von eingezogenen Vermögenswerten aus Strafverfahren wegen Betäubungsmitteldelikten zur Vorbeugung und Behebung der Folgen von Betäubungsmittelkriminalität Verpflichtungskredit vom 15.06.05 US\$ 2.0 Mio.	2 600 000		574 620		2 025 380		750 000		610 000		490 000		100 000			
33 Bauliche Sofortmassnahmen beim Polizeigebäude Verpflichtungskredit vom 15.06.05 + Aufwertung um Baukostenteuerung Totalkredit	1 460 000 35 000 <u>1 495 000</u>		387 458		1 107 542		1 107 000									
34 Multifunktionaler Landeswerkhof auf dem Wille/Wimag-Areal Verpflichtungskredit vom 21.09.05	3 270 000		64 893		3 205 107		3 200 000									
Gesamttotal	315 205 912		149 294 453		165 911 459		54 710 000		49 791 000		28 515 000		16 262 000		6 164 000	

1) Garantieverpflichtungen

Hochbauten

Abrechnung über Pauschalkredit für Hochbauprojekte (Sammelkonto 930.503.00)

Beträge in CHF

406 |

Konto Nr.	Projekt	Budget	Rechnung
011.503.01	Landtagsgebäude mit Parkierung und Vorplatzgestaltung	15 150 000.00	9 329 485.73
090.503.02	Diverse Investitionen	300 000.00	193 473.10
110.503.00	Sofortmassnahmen Polizeigebäude	935 000.00	387 457.80
211.503.01	Erweiterung Weiterführende Schulen Triesen	-	29 592.75
213.503.04	Schulzentrum Unterland II	400 000.00	-
215.503.03	Schulzentrum Mühleholz II	3 000 000.00	5 946 643.83
281.503.02	Musikschule Triesen	300 000.00	281 255.65
301.503.01	Erweiterung Landesmuseum/Verweserhaus	50 000.00	590.10
304.503.03	Archiv- und Verwaltungsgebäude Vaduz	500 000.00	1 086 984.40
600.503.01	Werkhof Vaduz	500 000.00	64 892.85
600.503.03	Umwidmung Gebäude Wille/Wimag-Areal	-	2 834 000.00
650.503.00	Busbahnhof/Tiefgarage Post Schaan	800 000.00	240 100.25
930.503.00	Total	21 935 000.00	20 394 476.46

Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LGBl. 2000 Nr. 273)

Übersicht über die Abgabenverwendung

Beträge in CHF

Konto Nr.	Projekt		Rechnung
650.407.00	Ertragsanteil LSVA (7.0555 ‰ von CHF 1 230 209 332)		8 679 741.40
500.363.00	2/3 an AHV für Rentenvorbezug: Staatsbeitrag AHV (2/3 LSVA-Anteil)		-5 786 494.30
	1/3 an Umwelt- und gesundheitspolitische Massnahmen: 1/3 LSVA-Anteil	2 893 247.10	-2 893 247.10
	Verwendung:		
600.501.01.234	Verkehrszählungen	-130 743.95	
650.318.03	Beitrag Liechtenstein-Takt	-226 357.02	
650.318.04	Experten/Gutachten Verkehrsbereich	-7 400.00	
650.366.00	Subvention von Elektrorollern und -fahrrädern	-62 947.15	
650.501.01	Bauliche Massnahmen für den öffentlichen Verkehr	-194 531.85	
701.313.00.10	Emissionskataster und Massnahmenplan Luftreinhaltung	-112 758.90	
702.318.00	Untersuchungen und Kontrollen im Bereich Lärmschutz	-10 933.50	
710.318.04	Umweltdaten, Umweltberichterstattung	-44 997.25	
	Zwischentotal	2 102 577.48	
	Übertrag aus Vorjahr	1 972 628.10	
	Vortrag auf neue Rechnung 2006	4 075 205.58	

Liechtensteinische Arbeitslosenversicherungskasse*)

(Unselbständige öffentlich-rechtliche Anstalt)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2005

	Aktiven	Passiven
Flüssige Mittel		
Liecht. Landesbank Kontokorrent	14 279 543.80	
Anlagen des Finanzvermögens		
Poolanlagen (S.T.A. Salmann)	27 576 615.84	
Poolanlagen (Neue Bank AG)	23 189 790.51	
Forderungen		
Rückforderung Arbeitslosenentschädigungen	9 194.90	
Ausstehende Insolvenzenschädigungen	284 588.00	
Diverse Forderungen	7 554.85	
Beitragsvorauszahlungen an Oesterreich	978 875.50	
Aktive Rechnungsabgrenzung		
Transitorische Aktiven	9 147 813.54	
Abrechnung BPV-Beiträge	77 216.33	
Kurzfristiges Fremdkapital		
Kontokorrent Landeskasse		4 500 000.00
Ausstehende Versicherungsbeiträge		5 864 984.58
Auszuzahlende Entschädigungen		1 169 043.10
Beitragsvorauszahlungen aus Oesterreich		30 036.26
AHV/IV-Abzüge		481 019.60
Lohnsteuer Abzüge		947 543.38
Rückstellung Arbeitslosenentschädigungen		9 194.90
Rückstellung Insolvenzenschädigungen		284 588.00
Passive Rechnungsabgrenzung		
Transitorische Passiven		4 245 883.35
Eigenkapital		
Versicherungskapital		58 018 900.10
	75 551 193.27	75 551 193.27

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2005

	Aufwand	Ertrag
Arbeitslosenentschädigungen	15 507 862.39	
Abschreibung Arbeitslosenentschädigungen	-3 875.30	
Kurzarbeit	1 566 122.30	
Insolvenzenschädigungen	257 547.10	
Versicherungsbeiträge Grenzgänger aus Oesterreich	1 949 059.00	
AHV/IV/FAK-Beiträge	1 090 500.70	
Betriebliche Personalvorsorge-Beiträge	152 374.99	
Krankenpflegebeiträge	649 027.00	
Entschädigung private Vermittler	285 878.15	
Verwaltungskosten	2 178 232.60	
Aufwand Poolanlagen	417 048.93	
Bankspesen	2 434.54	
Versicherungsbeiträge		8 710 624.34
Beitragsausfälle		-32 570.11
Versicherungsbeiträge Grenzgänger nach Oesterreich		69 795.86
Ertrag aus Entschädigungs-Rückforderungen		-55 546.11
Auflösung/Bildung Rückstellung Insolvenzenschädigung		1 143 912.81
Fördermittel FL-EU		26 589.30
Beitragserstattung Saisonniers		500.00
Staatsbeiträge		3 615 000.00
Ertrag Poolanlagen		5 102 197.09
Bankzinsen		4 550.40
	24 052 212.40	18 585 053.58
Aufwandüberschuss 2005		5 467 158.82
	24 052 212.40	24 052 212.40

*) Die Arbeitslosenversicherungskasse bildet Bestandteil der staatlichen Vermögensrechnung (vgl. Kapitalien der unselbständigen Anstalten und Stiftungen in der Bilanz).

Stiftung pro Liechtenstein*)

(Unselbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2005

408 |

	Aktiven	Passiven
Liecht. Landesbank AG	697 842.12	
Wertschriften	824 802.56	
Forderungen	9 999.00	
Inventar	1.00	
Kreditoren		35 465.15
Stiftungskapital		500 000.00
Gewinnvortrag per 1.1.2005	1 099 498.47	
Aufwandüberschuss 2005	-102 318.94	997 179.53
Total	1 532 644.68	1 532 644.68
Verwaltete Stiftungen		
Dr. Albert Schädler'sche Stiftung für Koch- u. Haushaltskurse	1.00	1.00
Landsch. Wegmacherunterstützungsfonds	1.00	1.00
Ing. Karl Schädler'sche Realschulstiftung	1.00	1.00
Total	3.00	3.00

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2005

	Aufwand	Ertrag
Werkjahre, Werkbeiträge	56 661.00	
Autonome Vergabungen	0.00	
Musik	24 550.00	
Theater, Tanz	188 000.00	
Literatur	138 545.45	
Bildende u. angewandte Kunst	141 884.80	
Film, Kino	27 000.00	
Museen, Ausstellungen	121 000.00	
Kulturelles Erbe, Brauchtumpflege	244 400.00	
Bildung, Wissenschaft u. Forschung	65 000.00	
Besondere kulturelle Projekte	10 000.00	
Diverses, Administration, Spesen	19 181.30	
Wertschriften - Aufwand (Transaktions- und Verwaltungskosten)	3 495.12	
Wertschriften - Realisierter Kurs- u. Währungsverlust	20 288.82	
Wertschriften - Abschreibungen	9.11	
Wertschriften - Realisierter Kurs- u. Währungsgewinn		13 776.48
Wertschriften - Wertaufholung nach Vorjahresabschreibungen		49 254.55
Wertschriften - Erträge		1 827.63
Ertragsanteil an interkantonaler Landeslotterie und Schweizer Zahlenlotto		892 838.00
Aufwandüberschuss 2005	1 060 015.60	957 696.66 102 318.94
Total	1 060 015.60	1 060 015.60

*) Die Stiftung pro Liechtenstein bildet Bestandteil der staatlichen Vermögensrechnung (vgl. Kapitalien der unselbständigen Anstalten und Stiftungen in der Bilanz).

Kunstmuseum Liechtenstein*)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2005

	Aktiven	Passiven
Kasse	9 440.84	
Liecht. Landesbank AG	555 994.50	
Verwaltungs- und Privatbank AG	87 797.14	
Skulpturen	1.00	
Kunstgut	1.00	
Debitoren	39 109.17	
Kreditoren		119 749.14
Stiftungskapital		20 000.00
Freies Stiftungskapital (Gewinnvortrag)	906 092.32	
Aufwandüberschuss 2005	-353 497.81	552 594.51
Total	692 343.65	692 343.65

| 409

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2005

	Aufwand	Ertrag
Personalkosten	1 278 203.25	
Kunstankäufe aus Landesbeitrag	579 240.43	
Kunstankäufe aus Stiftungsvermögen	263 456.80	
Ausstellungen	1 133 634.56	
Öffentlichkeitsarbeit	358 226.66	
Sonstige Aufwendungen	714 102.91	
Staatsbeitrag		3 400 000.00
Sponsorengelder		150 000.00
Sonstige Erträge		423 366.80
Aufwandüberschuss 2005	4 326 864.61	3 973 366.80 353 497.81
Total	4 326 864.61	4 326 864.61

*) Die Jahresrechnung des Kunstmuseums Liechtenstein bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Liechtensteinisches Landesmuseum*)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2005

410 I

	Aktiven	Passiven
Kasse	1 819.50	
Liecht. Landesbank AG	360 626.80	
Debitoren	2 183.00	
Sammlungen	1.00	
Mobilier	1.00	
Kreditor Landeskasse		15 422.63
Rückstellung Ankauf «Wachssammlung Bühler»		140 000.00
Stiftungskapital per 01.01.2005	139 784.00	
Ertragsüberschuss 2005	69 424.67	
Stiftungskapital per 31.12.2005		209 208.67
Total	364 631.30	364 631.30

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2005

	Aufwand	Ertrag
Gehälter	1 048 192.47	
Sozialbeiträge	195 281.92	
Bürobedarf, Kanzleiauslagen	34 741.94	
Ankäufe, Restaurationen	169 995.50	
Sonderausstellungen, Diaschau, Medien, Publikationen	24 644.09	
Mobilier, Ausstattungen	39 969.07	
Foto, Film, Bilddokumentationen	24 789.65	
Depot, Studiensammlungen, Restaurierungen	29 991.45	
Wohnmuseum Schellenberg	2 998.80	
Stiftungsrat, Museumskommission	14 047.60	
Wechselausstellungen	149 763.87	
Marketing / Public Relations	49 964.63	
Museumspädagogik / Sachaufwand	59 890.70	
Multimedia / Ausstellungen (Unterhalt)	14 839.00	
Museumsrelevante Verbrauchsmaterialien	19 664.47	
Verschiedene Aufwendungen	57 933.10	
Eintritte, Kartenverkauf, Spenden, Zinsen		89 658.54
Staatsbeitrag		1 916 474.39
Ertragsüberschuss 2005	1 936 708.26 69 424.67	2 006 132.93
Total	2 006 132.93	2 006 132.93

*) Die Jahresrechnung des Liecht. Landesmuseums bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Liechtensteinische Musikschule*)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2005

	Aktiven	Passiven
Kasse	548.35	
Liecht. Landesbank AG	68 992.40	
Lehrmittel	1.00	
Mobiliar	1.00	
Schulgeldvorauszahlungen		69 540.75
Stiftungskapital		2.00
Total	69 542.75	69 542.75
Anmerkungen zur Vermögensrechnung		
Treuhänderisch verwaltete Vermögen:		
Internationale Meisterkurse D-Konto Liecht. Landesbank AG		57 006.40
Spendenkonto Musikwettbewerb D-Konto Liecht. Landesbank AG		52 593.50
Instrumentenfond D-Konto Liecht. Landesbank AG		256 921.80
Sonderkonto «Projekte» Verwaltungs- und Privatbank AG		43 141.00

| 411

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2005

	Aufwand	Ertrag
Gehälter	6 201 662.10	
Sozialbeiträge	1 088 510.73	
Rückerstattung Personalaufwand Weiterführende Schulen	-333 450.00	
Dienstjubiläen	7 462.00	
Fahrtspesen-Entschädigungen	54 232.90	
Lehrmittel	15 958.66	
Kanzleibedarf	117 229.26	
Mobiliar, EDV, Ausstattungen	81 468.48	
Unterrichtskosten	14 397.00	
Schulzeitung	30 791.85	
Veranstaltungen	76 361.06	
Instrumentenpflege	29 462.50	
Schulgeldermässigungen	7 827.60	
Sitzungsgelder Stiftungsrat	18 650.15	
Schulgelder (mind. 25% der Aufwendungen)		1 863 215.33
Zinserträge		14.10
Gemeindebeiträge (25% der Aufwendungen)		1 849 899.20
Staatsbeitrag 2005	7 410 564.29	3 713 128.63
		3 697 435.66
	7 410 564.29	7 410 564.29

*) Die Jahresrechnung der Liecht. Musikschule bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Kunstschule Liechtenstein*)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2005

412 |

	Aktiven	Passiven
Verwaltungs- und Privatbank AG	48 344.00	
Unterrichtsmaterial	1.00	
Mobiliar	1.00	
Schulgeldvorauszahlungen		48 344.00
Stiftungskapital		2.00
Total	48 346.00	48 346.00
Anmerkung zur Vermögensrechnung		
Treuhänderisch verwaltete Vermögen:		
Zweckbestimmte Spenden		CHF 75 223.60
Verwaltete Gelder EU-Projekt		EUR 101 316.80

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2005

	Aufwand	Ertrag
Gehälter	420 150.80	
Sozialbeiträge	60 437.49	
Stiftungsrat	3 155.39	
Weiterbildung	1 815.10	
Lehrmittel, Schulmaterial	53 624.23	
Büromaterial	21 522.75	
Ausstattungen, Anschaffungen	37 513.85	
Externe Aufträge	24 335.75	
Veranstaltungen, Informationsmaterial	39 128.85	
Unterhalt	4 632.40	
Diverses	42 510.90	
Mieten/Raumadaption	600.00	
Raumadaption	50 080.00	
Materialbeitrag		30 395.00
Schulgelder (mind. 25% der Aufwendungen)		291 780.00
Spenden		53 354.15
Gemeindebeiträge (25% der Aufwendungen)		162 321.29
Staatsbeitrag 2005	759 507.51	537 850.44 221 657.07
Total	759 507.51	759 507.51

*) Die Jahresrechnung der Kunstschule Liechtenstein bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Liechtensteinische Landesbibliothek*)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2005

	Aktiven	Passiven
Kasse	841.95	
Liecht. Landesbank Kontokorrent	144.20	
Liecht. Landesbank Sparkonto Wasserschaden	266 212.30	
Liecht. Landesbank Anlagesparkonto Wasserschaden	201 250.00	
Liecht. Landesbank Sparkonto Feger-Stiftung	6 188.50	
Liecht. Landesbank Sparkonto Mayer-Stiftung	8 715.50	
Liecht. Landesbank Sparkonto Peter-Kaiser-Stiftung	1 840.10	
Liecht. Landesbank Callgeldanlage	665 000.00	
Debitoren	549.20	
Bücherbestand	1.00	
Mobilier	1.00	
Kreditoren		131 365.19
Kautionen		1 900.00
Stiftungskapital:		
Stand 01.01.2005	1 083 162.58	
Aufwandüberschuss 2005	-65 684.02	1 017 478.56
Total	1 150 743.75	1 150 743.75

| 413

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2005

	Aufwand	Ertrag
Gehälter	951 110.20	
Sozialbeiträge	168 287.95	
Anschaffungen von Medien	251 997.11	
Buchbindearbeiten	48 098.08	
Büchereimaterialien	16 078.81	
EDV	84 328.02	
Mobilien, Anschaffungen, Einrichtungen	10 118.62	
Europäische Patentbibliothek	3 636.01	
Allgemeine Unkosten	74 406.29	
Stiftungsrat, Bibliotheks-Kommission	7 922.90	
Spenden, Gemeindebeiträge		5 100.00
Zinserträge		3 166.00
Staatsbeitrag		1 488 398.15
Subvention Europabibliothek		9 492.07
Betriebseinnahmen, Gebühren		44 143.75
Aufwandüberschuss 2005	1 615 983.99	1 550 299.97
		65 684.02
Total	1 615 983.99	1 615 983.99

*) Die Jahresrechnung der Liecht. Landesbibliothek bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Stiftung Erwachsenenbildung Liechtenstein*)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2005

414 |

	Aktiven	Passiven
Liecht. Landesbank AG	217 071.30	
Debitoren	11 487.21	
Stiftungskapital:		
Bestand 1.1.	216 210.15	
Ertragsüberschuss 2005	12 348.36	228 558.51
Total	228 558.51	228 558.51

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2005

	Aufwand	Ertrag
Erwachsenenbildung Stein-Egerta	600 000.00	
Freizeit- und Weiterbildung	288 000.00	
Haus Gutenberg Balzers	200 000.00	
Gemeinschaftszentrum Resch	60 000.00	
Stefanuskreis	11 000.00	
Liecht. Arbeitnehmerverband	3 000.00	
Verein Bildungsarbeit für Frauen	8 000.00	
Eltern-Kind-Forum	15 000.00	
Solargenossenschaft	0.00	
Schwestern A.S.C. St. Elisabeth	12 000.00	
ArGe Liechtensteiner Literaturtage	0.00	
Verein für interkulturelle Bildung	30 000.00	
Literaturhaus Liechtenstein	0.00	
Seniorenkolleg	20 000.00	
Geschäftsführung	66 345.25	
Bürokosten	15 837.80	
Sachbearbeitung/Studien/Tagungen	6 581.04	
Stiftungsrat	12 262.40	
Projekte	10 874.30	
Zinsertrag		864.15
Gemeindebeiträge		172 385.00
Staatsbeitrag		1 198 000.00
Ertragsüberschuss 2005	1 358 900.79 12 348.36	1 371 249.15
Total	1 371 249.15	1 371 249.15

*) Die Jahresrechnung der Stiftung Erwachsenenbildung Liechtenstein bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Liechtensteinische Landesspital*)

(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. Dezember 2005

	Aktiven	Passiven
Flüssige Mittel	83 797.05	
Debitoren	5 285 036.60	
Vorräte	641 000.00	
Transitorische Aktiven	63 511.90	
Mobilier	19 387.40	
Kunstgegenstände	46 230.00	
Aufwandüberschuss 2005	5 650 607.26	
Kreditoren		2 275 638.25
Vorauszahlungen		6 368 157.99
Darlehen Land Liechtenstein		3 000 000.00
Transitorische Passiven		112 200.15
Fondsvermögen per 31.12.2005		33 573.82
Total	11 789 570.21	11 789 570.21

I 415

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. Dezember 2005

	Aufwand	Ertrag
Besoldungen, Sozialleistungen	11 291 791.00	
Arzthonorare	4 972 457.05	
Personalnebenkosten	186 891.75	
Medizinischer Bedarf	1 966 644.45	
Lebensmittelaufwand	1 281 720.90	
Haushaltsaufwand	212 596.47	
Unterhalt u. Reparaturen Immobilien u. Mobilien	1 074 640.36	
Aufwand für Anlagenutzung	303 141.38	
Aufwand für Energie u. Wasser	178 210.45	
Kapitalzinsen	82 608.50	
Büro- u. Verwaltungskosten	659 722.80	
Versicherungen, Gebühren, Abgaben, Entsorgung	111 544.45	
Pflege-, Behandlungs- u. Aufenthaltstaxen		6 351 490.73
Erträge aus Arzthonoraren		6 418 618.71
Erträge aus med. Nebenleistungen		2 753 948.30
Erträge aus Spezialuntersuchungen u. Therapien		908 856.01
Übrige Erträge		13 966.84
Leistungen an Personal u. Dritte		171 521.76
Betriebsfremder Aufwand und Ertrag (Cafeteria)		52 959.95
Aufwandüberschuss 2005	22 321 969.56	16 671 362.30
		5 650 607.26
Total	22 321 969.56	22 321 969.56

*) Die Jahresrechnung des Liecht. Landesspitals bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung.

Hochschule Liechtenstein*)
(Selbständige öffentlich-rechtliche Stiftung)

Vermögensrechnung per 31. August 2005

416 |

	Aktiven	Passiven
Kasse	3 436.90	
Bank	3 558 736.32	
Fondsvermögen «Verwaltete Fonds»*	96 664.37	
Forderungen	737 492.52	
Sonstige Forderungen	91 497.67	
Aktive Rechnungsabgrenzung	12 186.27	
Anlagevermögen	1.00	
Fondskapital «Verwaltete Fonds»*		96 664.37
Kreditor Landeskasse		651 530.64
Kreditoren		481 826.99
Sonstige Sicherheiten		24 420.00
Sonstige Verbindlichkeiten		69 725.48
Passive Rechnungsabgrenzung		740 452.24
Fondskapital		2 250 000.00
Eigenkapital	456 804.03	
Aufwandüberschuss 2005	-271 408.70	
Eigenkapital nach Erfolgsverbuchung	185 395.33	185 395.33
Total	4 500 015.05	4 500 015.05
* Von der Hochschule verwaltete Fonds:	EUR 46 774.56	CHF 96 664.37
Thematische Netzwerke	EUR 4 450.40	CHF 6 894.11
EC Famous 2003	EUR 2 999.66	CHF 4 646.77
IC Erasmus	EUR 19 604.47	CHF 30 369.28
EU Programm Management		CHF 15 064.90
NA Famous 2005	EUR 2 984.06	CHF 4 622.61
EC Famous 2005	EUR 6 708.77	CHF 10 392.56
Fonds Studienreisen		CHF 9 141.00
Sommerakademie	EUR 5 302.90	CHF 8 214.72
IC Socrates	EUR 4 724.30	CHF 7 318.41

Erfolgsrechnung von 1. Januar bis 31. August 2005

	Aufwand	Ertrag
Personalkosten	6 759 945.21	
Aufwandsentschädigungen (Spesen)	427 790.53	
Bezogene Leistungen von Dritten	103 174.64	
Weiterbildung	27 281.65	
Materialaufwand	215 707.01	
Investitionen	304 838.28	
Informationsaufwand (Literatur)	93 802.01	
Raumkosten	192 840.42	
Wartung Instandhaltung	78 360.38	
Marketing	500 529.98	
Übriger Verwaltungsaufwand	268 845.68	
Kapitalkosten	5 731.24	
Ertrag Lehrbetrieb		1 649 678.33
Ertrag Wissens- u. Technologietransfer		245 913.89
Ertrag aus sonstigen Veranstaltungen		23 242.00
Staatsbeitrag Studienplatzförderung Liechtenstein		5 325 333.00
Pro-Kopf Beiträge Ausland		780 000.00
Projektbeiträge Land Liechtenstein		187 667.00
Sponsoring		331 422.72
Mieterträge		82 902.30
Sonstige Erträge		81 279.09
Aufwandüberschuss 2005		271 408.70
Total	8 978 847.03	8 978 847.03

*) Die Jahresrechnung der Hochschule Liechtenstein bildet nicht Gegenstand der staatlichen Vermögensrechnung

Stiftungsrechnungen per 31. Dezember 2005

Bezeichnung der Stiftung	Vermögensstand 1.1.2005	Einnahmen	Ausgaben	Vermögensstand 31.12.2005
Fürstlicher Landes-Wohltätigkeitsfonds (Stiftung)	563 322.92			
Kapitalgewinn, Zinsertrag		22 726.49		
Bankspesen			1 369.97	584 679.44
Franz und Elsa Stiftung für die Jugend Liechtensteins	237 500.30			
Zinsertrag		75.50		237 575.80
Stiftung Andreas Marxer zur Ausbildung röm.-kath. Priester	31 194.40			
Zinsertrag		30.15		
Pachtzinsertrag		184.65		31 409.20
Johann Schädler AGRA-Stiftung für wohltätige Zwecke	380 082.06			
Zinsertrag		105.10		
Wertschriftenzuschreibungen		17 807.25		
Realisierte Wertschriftengewinne		1 516.93		
Unterstützungsbeiträge			40 000.00	
Bankspesen			1 154.75	358 356.59
Hermine Kindle de Contreras Torres und Miguel Contreras Torres-Stiftung	598 589.97			
Zinsertrag		300.63		
Wertschriftenzuschreibungen		26 330.06		
Realisierte Wertschriftengewinne		12 827.80		
Unterstützungsbeiträge			40 000.00	
Realisierte Wertschriftenverluste			12 259.32	
Bankspesen			1 481.96	584 307.18
Stiftung für den Brandschutz und das Löschwesen	307 482.25			
Beitrag des Schweizerischen Versicherungsverbandes		75 000.00		
Einnahmen aus Rauchmelder-Aktion		334.00		
Zinsertrag		952.05		
Löschdemonstrationen			23 545.00	
Kostenanteil Feuerwehrausbildung			37 139.15	
Subventionen Anschaffungen			65 000.00	258 084.15
Fürst Franz Josef von Liechtenstein Stiftung	8 292 529.48			
Zins- und Wertschriftenerträge		194 285.13		
Realisierte Kurs- und Währungsgewinne		175 673.27		
Wertschriftenzuschreibungen		397 384.65		
Realisierte Kurs- und Währungsverluste			179 322.73	
Nicht-realisierte Kursverluste (Abschreibungen)			26 710.28	
Bankspesen, Courtage, Stempel, etc.			27 731.85	
Wertschriftenverwaltung			47 138.40	
Sekretariats- und Revisionskosten			11 476.60	
Preise, Beiträge, Stipendien			62 511.00	8 704 981.67
Total	10 410 701.38	925 533.66	576 841.01	10 759 394.03

Spezialfinanzierungen per 31. Dezember 2005

418 |

Bezeichnung der Spezialfinanzierung	Vermögensstand 1.1.2005	Einnahmen	Ausgaben	Vermögensstand 31.12.2005
Tierseuchenfonds	1 140 124.87			
Beiträge Gemeinden & Tierbesitzer		58 223.00		
Landesbeitrag		71 810.00		
Verkaufserlöse, Verkehrsscheine etc.		2 031.00		
Sömmerungsgebühren		0.00		
Wertschriftenertrag		59 689.25		
Entnahme für Tierseuchenbekämpfung			127 509.74	1 204 368.38
Fonds zur Unfallverhütung im Strassenverkehr	320 011.25			
Prämieneingänge		166 974.19		
Wertschriftenertrag		16 753.63		
Unfallverhütungsmassnahmen			144 432.60	359 306.47
Milchqualitätsfonds	238 250.44			
Einnahmen aus Qualitätsabzügen		30 340.85		
Wertschriftenertrag		12 473.19		
Entnahme für Qualitätsverbesserung			16 976.00	264 088.48
Total	1 698 386.56	418 295.11	288 918.34	1 827 763.33

Erläuterungen zur Landesrechnung 2005

1. Gesamtergebnis

1.1 Einleitung

Die Erholung der Konjunktur hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt und die Finanzmärkte haben ein äusserst erfolgreiches Jahr hinter sich. Dies zeigte der Konjunkturbericht der Liechtensteinischen Steuerverwaltung vom Herbst 2005 eindrücklich auf: die Umsätze von 20 grösseren Unternehmen legten im ersten Halbjahr 2005 um 9 % gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres zu; die Beschäftigtenzahl erhöhte sich Mitte 2005 um 0.5% gegenüber dem Vorjahresstand; im Rahmen des Konjunkturtests meldeten 80 % der befragten Industrieunternehmen für das zweite Quartal steigende oder gleich bleibende Auftragseingänge; sowohl Konsumenten- wie auch Importpreise blieben stabil und die Zins- und Währungssituation begünstigten die wirtschaftliche Entwicklung. Auch die Umsätze im Finanzdienstleistungssektor legten kräftig zu. Die Steuerverwaltung zog das Fazit, dass sich das Wachstumstempo der liechtensteinischen Volkswirtschaft wohl verlangsamte, die Gesamtlage aber nach wie vor gut sei. Die veröffentlichten Jahresergebnisse verschiedener grosser Liechtensteiner Unternehmen unterstreichen diese Entwicklung eindrücklich. Diese positive Entwicklung hat sich auch im Ergebnis der Landesrechnung 2005 niedergeschlagen, wie die nachfolgenden Erläuterungen aufzeigen werden. Die Regierung ist sich dabei bewusst, dass nebst der erfreulichen Entwicklung einzelner Aufwand- wie auch Ertragskategorien auch einmalige Sondereffekte - v.a. aus dem Verkauf von Liegenschaften und Beteiligungen sowie aus Finanzausgleichskürzungen - das Resultat nicht unwesentlich beeinflusst haben und bei der Beurteilung des eigentlichen Ergebnisses aus der ordentlichen Staatstätigkeit mitberücksichtigt werden müssen.

Die Regierung freut sich, dem Landtag den vorliegenden guten Abschluss der Verwaltungsrechnung 2005 präsentieren zu können. Dennoch ist sie der Ansicht, dass die Anstrengungen zur Strukturbereinigung des Staatshaushaltes weitergeführt werden müssen, v.a. weil sich die Finanzpolitik darauf ausrichten sollte, einen möglichst hohen Cash-Flow-Anteil aus der ordentlichen Staatstätigkeit zu erwirtschaften. Die Zielsetzung muss nach wie vor darin liegen, die Gesamtrechnung aus der ordentlichen Staatstätigkeit ausgeglichen zu gestalten. Deshalb wird die Regierung die begonnenen Projekte zielgerichtet weiterführen.

1.2 Zusammenfassung Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung schloss im Teilbereich der ordentlichen Staatstätigkeit im Rechnungsjahr 2005 mit einem Aufwandüberschuss in Höhe von CHF 14.9 Mio. ab. Damit fiel das Resultat deutlich besser als angenommen aus, rechnete der Voranschlag 2005 doch noch mit Mehraufwendungen im Umfang von CHF 47.2 Mio.

Mit einem Total von CHF 777.6 Mio. übertrafen die ordentlichen Erträge die Annahmen des Voranschlags um CHF 13.4 Mio. oder 1.8 % und erzielten damit ein über den Erwartungen liegendes Ergebnis. Bei den laufenden Aufwendungen hingegen konnte mit einer positiven Abweichung von CHF 31.9 Mio. (4.3 %) ein wesentlicher Beitrag zur Erhöhung des Cash-Flows aus der operativen Tätigkeit geleistet werden. Dieser belief sich im Berichtsjahr auf CHF 70.9 Mio., was gegenüber dem Voranschlag 2005 einer Verbesserung von CHF 45.4 Mio. gleichkam. Die Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen belasteten die Laufende Rechnung im vergangenen Jahr mit CHF 85.8 Mio. und lagen damit um rund 18 % über den Planwerten, was einerseits auf die nicht budgetierte Überführung der Liegenschaft Wille/Wimag (Standort neuer Landeswerkhof) vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, andererseits auf die Wertberichtigung des Beteiligungswerts des Landes an der LTN Liechtenstein TeleNet AG sowie am Liechtenstein Rundfunk zurückzuführen war.

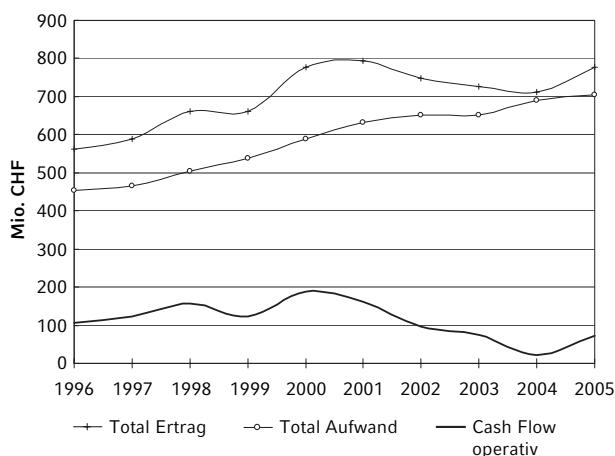
Beträge in CHF Mio.

Ergebnis der ordentlichen Staatstätigkeit	Rechnung 2005	Voranschlag 2005	Rechnung 2004
Ertrag	777.6	764.2	712.0
Aufwand	706.7	738.7	689.3
<i>Cash Flow aus ordentlicher Staatstätigkeit</i>	70.9	25.5	22.6
Abschreibungen			
Verwaltungsvermögen	85.8	72.7	74.4
Ergebnis der ordentlichen Staatstätigkeit	-14.9	-47.2	-51.7

Der Vorjahresvergleich zeigt auf, dass sich die laufenden Erträge mit einem Plus von 9.2 % oder CHF 65.6 Mio. sehr erfreulich entwickelten, währenddem die Aufwandssteigerung von CHF 17.4 Mio. resp. 2.5 % im mehrjährigen Vergleich als tief angesehen werden kann. In Kombination führten diese Entwicklungen zu einem um CHF 48.2 Mio. höheren Cash-Flow gegenüber dem Vorjahreswert, was die Selbstfinanzierungskraft der Landesrechnung im Berichtsjahr sehr deutlich anhob. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen schloss die Laufende Rechnung im Bereich der ordentlichen Staatstätigkeit um CHF 36.9 Mio. besser ab als im 2004.

Im Mehrjahresvergleich kann festgestellt werden, dass der im Jahr 2000 eingesetzte Trend eines sinkenden Cash-Flows im Berichtsjahr gebrochen werden konnte, was vornehmlich auf die hohe Wachstumsrate der laufenden Erträge zurückzuführen ist, in welcher allerdings auch Einmaleffekte v.a. aus dem Verkauf von Liegenschaften und Beteiligungen enthalten sind.

Entwicklung Laufende Rechnung aus ordentlicher Staatstätigkeit



Die Bewirtschaftung der Poolanlagen durch externe Vermögensverwalter erbrachte im Berichtsjahr ein äusserst erfreuliches Finanzergebnis. Während der Voranschlag von einem Netto-Resultat von CHF 29.8 Mio. ausging, konnte die Rechnung 2005 mit CHF 53.9 Mio. ein Ergebnis verbuchen, welches sowohl das Budget um netto CHF 24.1 Mio. als auch das bereits erfolgreiche Vorjahr um CHF 13.8 Mio. übertraf. Dabei kommt ein Anteil von CHF 14.8 Mio. aus der Aufwertung von in früheren Jahren auf den Niederstwert abgeschrieben Wertschriftenbeständen.

Beträge in CHF Mio.

Finanzergebnis	Rechnung 2005	Voranschlag 2005	Rechnung 2004
<i>Ertrag</i>			
Erträge aus Poolanlagen	27.1	25.0	28.1
Realisierte Kursgewinne	38.5	9.0	12.9
Zuschreibungen	14.8		16.0
<i>Aufwand</i>			
Realisierte Kursverluste	-15.9		-12.7
Verwaltungskosten Poolanlagen	-4.6	-4.2	-4.2
Abschreibungen auf Niederstwert	-5.9		
Finanzergebnis netto	53.9	29.8	40.1

Zusammengefasst erzielte die Laufende Rechnung im Verwaltungsjahr 2005 damit einen Ertragsüberschuss von CHF 39.0 Mio. und lag damit rund CHF 56.4 Mio. über den budgetären Erwartungen. Während das Finanzergebnis ein Plus von CHF 24.1 Mio. beisteuerte, resultierten knapp 60 % der positiven Abweichung aus einem höheren Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung aus der ordentlichen Staatstätigkeit. Auch im Vergleich zum Rechnungsjahr 2004 konnten beide Komponenten der Laufenden Rechnung zulegen, der Ertragsüberschuss aus ordentlicher Staatstätigkeit um CHF 36.9 Mio. als auch das Finanzergebnis um CHF 13.8 Mio.

Beträge in CHF Mio.

Laufende Rechnung nach Bereichen	Rechnung 2005	Voranschlag 2005	Rechnung 2004
Ergebnis ordentliche Staatstätigkeit	-14.9	-47.2	-51.7
Finanzergebnis netto	53.9	29.8	40.1
Ergebnis der Laufenden Rechnung	39.0	-17.4	-11.7

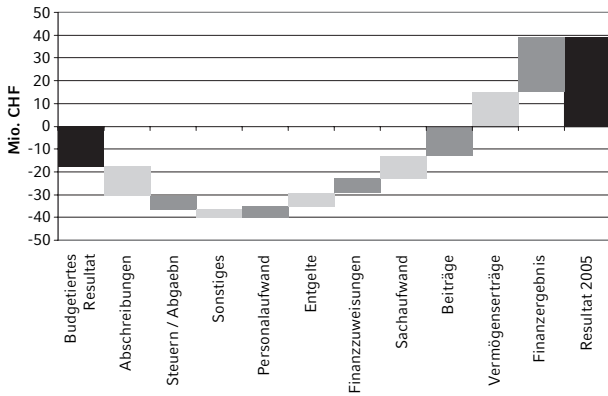
Nach Erträgen und Aufwendungen betrachtet erreichten die Laufenden Erträge ein Total von CHF 858 Mio. und lagen damit um CHF 59.8 Mio. oder 7 % über dem Voranschlag. Die liquiditätswirksamen laufenden Aufwendungen hingegen beliefen sich in Summe auf CHF 733.2 Mio. und schöpften damit die gesamten Voranschlagskredite fast gänzlich aus, was allerdings vor allem eine Folge der Bruttodarstellung realisierter Kursgewinne und -verluste war. Die laufenden Aufwendungen enthalten aus diesem Grund auch realisierte Kursverluste von CHF 15.9 Mio. Der Cash-Flow der Laufenden Rechnung konnte mit CHF 124.8 Mio. das Budget 2005 um mehr als das Doppelte übertreffen und lag im Vergleich zum Vorjahr fast exakt zweimal so hoch.

Beträge in CHF Mio.

Gesamtergebnis der Laufenden Rechnung	Rechnung 2005	Voranschlag 2005	Rechnung 2004
Ertrag	858.0	798.2	769.0
Aufwand	733.2	742.9	706.3
Cash Flow	124.8	55.3	62.7
Abschreibungen			
Verwaltungsvermögen	85.8	72.7	74.4
Ergebnis der Laufenden Rechnung	39.0	-17.4	-11.7

Die nachfolgende Grafik stellt die Komponenten dar, welche dazu geführt haben, dass aus dem geplanten Aufwandüberschuss von CHF 17.4 Mio. ein Ertragsüberschuss von CHF 39.0 Mio. wurde.

Ergebnis Laufende Rechnung 2005/vom Budget zum IST



Daraus wird ersichtlich, dass die Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen, tiefere Steuern und Abgaben als auch einzelne kleinere Komponenten (Sonstiges) im Vergleich mit dem Budget einen negativen Einfluss auf das Resultat der Laufenden Rechnung ausübten, während sämtliche übrigen Aufwand- und Ertragskategorien für die deutliche positive Budgetüberschreitung verantwortlichen waren, allen voran das Finanzergebnis 2005.

1.3 Zusammenfassung Investitionsrechnung

Mit einem Bruttoinvestitionsvolumen von CHF 101.5 Mio. liegt dieses im Berichtsjahr ziemlich genau im Durchschnitt der vergangenen zehn Rechnungsjahre. Nach Berücksichtigung der investiven Einnahmen in Höhe von CHF 15.8 Mio. ergaben sich Nettoinvestitionen von CHF 85.7 Mio. Trotz deutlicher Verschiebungen zwischen den einzelnen Investitionskategorien bewegten sich die Nettoinvestitionen damit mit einer Abweichung von nur gerade 0.8 % auf Höhe der vom Landtag bereitgestellten Budgetmittel.

Beträge in CHF Mio.

Finanzierung der Nettoinvestitionen	Rechnung 2005	Voranschlag 2005	Rechnung 2004
Bruttoinvestitionen	101.5	100.6	92.6
Investive Einnahmen	15.8	15.5	15.2
<i>Nettoinvestitionen</i>	85.7	85.0	77.5
Selbstfinanzierung	124.8	55.3	62.7
Finanzierungsüberschuss	39.0		
Finanzierungsfehlbetrag		-29.7	-14.7

Im Vorjahresvergleich nahmen die Nettoinvestitionen im Rechnungsjahr 2005 um rund CHF 8.3 Mio. oder 11 % zu, was in erster Linie auf höhere Sachgüterinvestitionen - vor allem die Umwidmung des Wille/Wimag-Areals vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen - zurückzuführen war. Zur Finanzierung der Nettoinvestitionen steht der Cash Flow der Laufenden Rechnung zur Verfügung. Mit CHF 124.8 Mio. überstieg dieser die Erwartungen deutlich und deckte damit die Nettoinvestitionen insgesamt zu

146 %. Daraus resultierte ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von CHF 39 Mio., welcher den Deckungsüberschuss (als Verhältnis zwischen Finanzvermögen und Fremden Mitteln) in diesem Ausmass erhöhte.

1.4 Gesamtrechnung

Die laufenden und investiven Ausgaben beliefen sich im Berichtsjahr auf total CHF 808.2 Mio. Damit wurde der vom Landtag zur Verfügung gestellt Budgetrahmen um rund CHF 31 Mio. unterschritten resp. zu 96.3 % ausgeschöpft. Während die Bruttoinvestitionen sehr nahe am Budget abschlossen, unterschritten die laufenden Aufwendungen aus der ordentlichen Staatstätigkeit den vom Landtag bewilligten Rahmen um 4.3 % oder CHF 31.9 Mio. und waren damit hauptverantwortlich für das gegenüber dem Voranschlag deutlich bessere Gesamtergebnis. Die ordentlichen Einnahmen beider Teilrechnungen erreichten die im Budget getroffenen Annahmen recht genau und übertrafen diese leicht um 1.8 %. Damit ergab sich ein Gesamtergebnis aus der ordentlichen Staatstätigkeit von minus CHF 14.9 Mio., während der Voranschlag mit einem operativen Finanzierungsfehlbetrag von CHF 59.5 Mio. rechnete. Das Nettoresultat des Finanzergebnisses aus der externen Vermögensverwaltung von CHF 53.9 Mio. führte schliesslich zum erfreulichen Finanzierungsüberschuss der Gesamtrechnung 2005 von CHF 39 Mio.

Beträge in CHF Mio.

Gesamtrechnung	Rechnung 2005	Voranschlag 2005	Rechnung 2004
Aufwand aus ordentlicher Staatstätigkeit	706.7	738.7	689.3
Bruttoinvestitionen	101.5	100.6	92.6
<i>Gesamtausgaben</i>	<i>808.2</i>	<i>839.2</i>	<i>782.0</i>
Gesamteinnahmen aus ord. Staatstätigkeit	793.4	779.7	727.2
<i>Gesamtergebnis aus ord. Staatstätigkeit</i>	<i>-14.9</i>	<i>-59.5</i>	<i>-54.8</i>
Finanzergebnis netto	53.9	29.8	40.1
Finanzierungsüberschuss	39.0		
Finanzierungsfehlbetrag		-29.7	-14.7

Auf die einzelnen Abweichungskomponenten aufgeteilt ergibt sich folgendes Bild für die Abweichung der Gesamtrechnung zum Voranschlag und zum Vorjahr:

Beträge in CHF Mio.

	Abweichung ggü.	
	Voranschlag	Vorjahr
Cash Flow aus ordentlicher Staatstätigkeit	+45.4	+48.2
Finanzergebnis	+24.1	+13.8
Nettoinvestitionen	-0.7	-8.3
Total Abweichung Gesamtrechnung	+68.8	+53.8

Wie dargestellt war es der Cash-Flow aus der ordentlichen Staatstätigkeit, welcher sowohl im Vergleich zum Voranschlag als auch zum Vorjahr deutlich zulegen und damit den Hauptgrund für diese positive Abweichung darstellte. Die liquiditätswirksamen laufenden Erträge und Aufwendungen als die beiden den Cash-Flow definierenden Komponenten entwickelten sich diesbezüglich jedoch uneinheitlich. Während die laufenden Erträge im Vergleich zum Voranschlag nur leicht positiv abschnitten, erhöhten sie sich im direkten Vergleich zum Vorjahreswert sehr deutlich um CHF 65.6 Mio. oder 9.21 %. Demgegenüber unterschritten die laufenden Aufwendungen die Planwerte mit CHF 31.9 Mio. oder 4.3 % recht deutlich, stiegen jedoch im Vorjahresvergleich um CHF 17.4 Mio. oder 2.5 % an. Dementsprechend waren es im Budgetvergleich die laufenden Aufwendungen, im Vorjahresvergleich jedoch die laufenden Erträge, welche zu der jeweils aufgezeigten positiven Abweichung führten.

1.5 Konformität mit dem Finanzleitbild

Das Finanzleitbild 2005 setzt sich zur Aufgabe, mit der Festsetzung weniger Kennzahlen den Staatshaushalt zu steuern, um eine untragbare Verschuldung zu vermeiden und die finanzielle Lage des Landes langfristig gesund zu erhalten. Aufgrund des guten Ergebnisses konnte die Landesrechnung alle der fünf formulierten Eckwerte erfüllen.

Eckwerte	Forderung Leitbild 2005	Ist-Stand Rechnung 2005
1. Ertragsüberschuss Laufende Rechnung	> 0	39.0 Mio.
2. Absolutes Wachstum des laufenden Aufwands / Ertrags	A < E	
– Aufwand		+26.9 Mio.
– Ertrag		+89.0 Mio.
3. Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen	> 90%	146%
4. Deckungsgrad der Verbindlichkeiten – per 31.12.2005 (1 485 : 283 Mio.)	> 420%	525%
5. Verhältnis Reserven / Aufwand der Laufenden Rechnung – per 31.12.2005 (1 202 : 733 Mio.)	> 100% bis < 300%	164%

Eckwert 1 des Finanzleitbilds verlangt ein positives Resultat der Laufenden Rechnung, sprich einen Jahresgewinn. Mit einem Ertragsüberschuss von CHF 39.0 Mio. wurde diese Forderung im Berichtsjahr erfüllt, wenngleich zu bemerken ist, dass das Ergebnis aus der ordentlichen Staatstätigkeit mit einem Minus von CHF 14.9 Mio. nicht dazu gereicht hätte und dementsprechend v.a. das gute Finanzergebnis zur Zielerfüllung notwendig war. Eckwert 2 hingegen verlangt einen mindestens gleich bleibenden Cash Flow und konnte damit im Berichtsjahr

ebenfalls erfüllt werden. Der Cash Flow aus ordentlicher Staatstätigkeit erhöhte sich gegenüber dem Vorjahreswert um CHF 48.2 Mio., inkl. Finanzergebnis gar um CHF 62.1 Mio. Aus dem Cash Flow der Laufenden Rechnung von CHF 124.8 Mio. und Nettoinvestitionen von CHF 85.7 Mio. ergab sich im Berichtsjahr ein Selbstfinanzierungsgrad von 146 %. Damit konnte die mit dem Finanzleitbild definierte Mindestanforderung von 90% für die Direktfinanzierung der Nettoinvestitionen deutlich übertroffen werden. Der Deckungsgrad der Verbindlichkeiten belief sich per Ende 2005 auf 525 % und reduzierte sich damit gegenüber dem Vorjahreswert leicht um 10 Prozentpunkte. Die mit dem Finanzleitbild festgelegte Untergrenze von 420 % wurde damit im Berichtsjahr ebenfalls problemlos erfüllt. Mit dem Eckwert 5 wird die Anforderung aufgestellt, dass sich der Deckungsüberschuss (Finanzvermögen – Fremde Mittel) zwischen dem Ein- bis Dreifachen der laufenden Aufwendungen bewegen soll. Bei einem Deckungsüberschuss von CHF 1.2 Mia. per 31.12.2005 und einem Total der laufenden Aufwendungen im Rechnungsjahr 2005 von CHF 733 Mio. ergab sich ein Verhältnis von 164 %, welches sich fast unverändert auf Vorjahresniveau bewegte.

Die Regierung hatte angekündigt, dass das Finanzleitbild nach erfolgter Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden als finanzpolitisches Steuerungsinstrument für Landtag und Regierung weiterentwickelt werden soll. V.a. der Einbezug des Finanzergebnisses in die Eckwertbemessung aber auch der Messzeitraum als solcher wurden schon verschiedentlich diskutiert. Die Regierung hat die entsprechenden Arbeiten aufgenommen und wird dem Landtag zusammen mit einer Neufassung des Finanzhaushaltsgesetzes in absehbarer Zeit entsprechende Vorschläge unterbreiten.

2. LAUFENDE RECHNUNG

In Inhalt und Form entspricht die laufende Haushaltsrechnung der kaufmännischen Erfolgsrechnung. Der Ertrag umfasst die Eingänge aus Steuern, Vermögenserträgen, Gebühren, Verkaufserlösen und Kostenrückerstattungen. Ihm werden die Personal- und Sachaufwendungen, die Passivzinsen, die Finanzzuweisungen an die Gemeinden, die laufenden Beitragsleistungen sowie die Abschreibungen auf das Finanzvermögen gegenübergestellt. Bestandteil des Aufwands bilden auch die Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen, welche den Wertverzehr aber auch die Verluste auf den Aktiven des Verwaltungsvermögens abbilden. Übersteigt der Ertrag den Aufwand, ergibt sich ein Ertragsüberschuss (Gewinn), der zu einer Erhöhung des Eigenkapitals führt. Im umgekehrten Fall resultiert ein Aufwandüberschuss (Verlust), welcher sich in einer Verminderung des Eigenkapitals in der Bilanz niederschlägt.

2.1 Aufwand der Laufenden Rechnung

Die liquiditätswirksamen laufenden Aufwendungen beliefen sich im Berichtsjahr im operativen Bereich auf CHF 706.7 Mio. Damit wurden die im Voranschlag 2005 getroffenen Annahmen um rund 4 % oder CHF 31.9 Mio. unterschritten, was einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung des Cash-Flows der Laufenden Rechnung leistete.

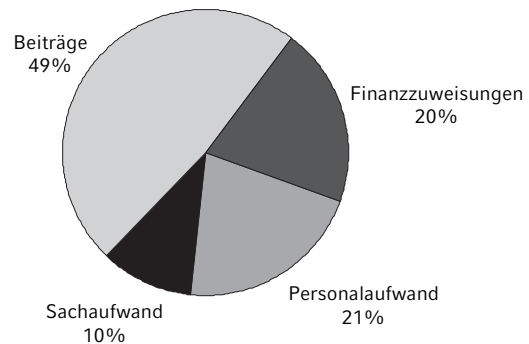
Beträge in CHF Mio.

Laufender Aufwand	Rechnung 2005	Voranschlag 2005	Rechnung 2004
Personalaufwand	148.6	153.7	147.3
Sachaufwand	73.8	83.5	75.5
Passivzinsen/ Währungsdifferenzen	0.1	0.2	0.2
<i>Zwischentotal Eigenkonsum</i>	<i>222.5</i>	<i>237.4</i>	<i>222.9</i>
Finanzzuweisungen	142.2	148.7	135.5
Beitragsleistungen	339.8	352.2	330.4
Einlagen Spezialfinanzierungen	0.4	0.2	0.3
Abschreibungen Finanzvermögen	1.8	0.1	0.2
<i>Liquiditätswirksamer Aufwand der ordentlichen Staatstätigkeit</i>	<i>706.7</i>	<i>738.7</i>	<i>689.3</i>
Verwaltungskosten Poolanlagen	4.6	4.2	4.2
Abschreibung auf Poolanlagen (Niederstwert)	5.9		
Realisierte Kursverluste	15.9		12.7
<i>Liquiditätswirksamer Aufwand total</i>	<i>733.2</i>	<i>742.9</i>	<i>706.3</i>
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	85.8	72.7	74.4
Aufwandtotal	819.0	815.6	780.7

Gegenüber dem Vorjahresvergleichswert stiegen die liquiditätswirksamen Aufwendungen aus der ordentlichen Staatstätigkeit um CHF 17.4 Mio. (+2.5 %) auf ein Volumen von CHF 706.7 Mio. an. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen ergab sich eine Steigerungsrate von 3.8 %. Damit konnte das Wachstum im operativen Bereich im Mehrjahresvergleich sehr tief gehalten werden. Während beim Sachaufwand erneut ein Aufwandrückgang realisiert wurde, verzeichneten die übrigen Aufwandkategorien Wachstumsraten zwischen 0.9 % (Personalaufwand) und 4.9 % (Finanzzuweisungen an Gemeinden). Allerdings ist bei den Vorjahresvergleichen der Effekt der Auslagerung von verschiedenen Amtsstellen in die Finanzmarktaufsicht entsprechend zu berücksichtigen, welcher einerseits die Personalaufwendungen reduzierte, andererseits durch den Staatsbeitrag an die FMA die Beitragsleistungen erhöhte. Die Finanzzuweisungen an die Gemeinden stiegen um 4.9 % oder CHF 6.7 Mio. an, wobei die Wachstumsrate ohne Finanzausgleichskürzungen bei verschiedenen Gemeinden noch deutlich höher gelegen hätten.

Die laufenden Beitragsleistungen stellen mit einem rund hälftigen Anteil die mit Abstand grösste Aufwandkategorie dar. Je rund 20 % beanspruchen die Personalaufwendungen sowie die Finanzzuweisungen an die Gemeinden. Damit wird auch bildlich vor Augen geführt, dass der kurz- und mittelfristig steuerbare Bereich des Finanzhaushaltes sehr gering ist. Beitragsleistungen und Finanzzuweisungen sind überwiegend gesetzlich geregelt. Am stärksten kann kurzfristig der Sachaufwand beeinflusst werden, allerdings auch nur beschränkt unter Berücksichtigung der Tatsache, dass auch hier ein erheblicher Fixkostenblock (z.B. Gebäudebetriebs- und Unterhaltskosten, Mietaufwendungen, usw.) besteht.

Zusammensetzung laufender Aufwand 2005



Nach Aufgabenbereichen betrachtet stellen sich die liquiditätswirksamen laufenden Aufwendungen wie folgt dar:

Beträge in CHF Mio.

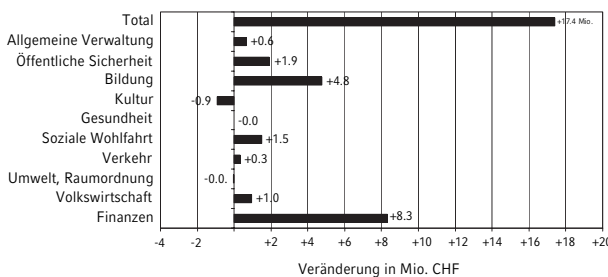
Laufender Aufwand	Rechnung 2005		Voranschlag 2005		Rechnung 2004	
	abs.	Anteil	abs.	Anteil	abs.	Anteil
Allgemeine Verwaltung	81.1	11.5%	89.5	12.1%	80.5	11.7%
Öffentliche Sicherheit	49.2	7.0%	51.9	7.0%	47.3	6.9%
Bildung	133.7	18.9%	140.8	19.1%	129.0	18.7%
Kultur, Freizeit	25.5	3.6%	26.7	3.6%	26.4	3.8%
Gesundheit	20.7	2.9%	20.3	2.7%	20.7	3.0%
Soziale Wohlfahrt	183.1	25.9%	189.0	25.6%	181.6	26.3%
Verkehr	31.4	4.4%	32.3	4.4%	31.1	4.5%
Umwelt, Raumordnung	6.1	0.9%	6.8	0.9%	6.1	0.9%
Volkswirtschaft	31.2	4.4%	31.9	4.3%	30.3	4.4%
Finanzen, Steuern	144.7	20.5%	149.4	20.2%	136.4	19.8%
Liquiditätswirksamer Aufwand operativ	706.7	100%	738.7	100%	689.3	100%

Der Aufgabenbereich der Sozialen Wohlfahrt beansprucht ein Viertel des gesamten Aufwandsvolumens, gefolgt vom Bildungsbereich mit rund einem Fünftel. Sowohl im Vergleich zum Voranschlag 2005 wie auch zum Vorjahr hat sich im Rechnungsjahr keine wesentliche Abweichung im Bezug auf die Anteile der einzelnen Aufgabenbereiche am Aufwandtotal ergeben.

Wie die nachfolgende Grafik aufzeigt, erfolgte rund die Hälfte der Aufwandsteigerung zum Vorjahr im Bereich «Finanzen», was gänzlich auf höhere Finanzzuwei-

sungen an die Gemeinden zurückgeführt werden kann. Mit einem Plus von CHF 4.8 Mio. verzeichnete die Bildung die zweitgrösste Steigerung in absoluten Werten gemessen. Es mag auf den ersten Blick verwundern, dass der Bereich «Gesundheit» im Vorjahresvergleich stabil geblieben ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die staatlichen Subventionen im Kranken- und Unfallversicherungsbereich traditionellerweise unter dem Aufgabengebiet der Sozialen Wohlfahrt figurieren.

Veränderung laufender Aufwand nach Aufgabengebieten Rechnung 2005 zu Rechnung 2004



2.11 Personalaufwand

Der Personalaufwand umfasst die Ausgaben für die Besoldung der Regierung, des Verwaltungs- und Gerichtspersonals, die Löhne für die Lehrpersonen an Landesschulen und das Teilzeitpersonal sowie Rentenleistungen, Sitzungsgelder und Sozialbeiträge des Landes als Arbeitgeber. Nicht enthalten sind die Besoldungen für die Mitarbeiter in den Stiftungen und Anstalten sowie die Subventionen an die Gehälter der Lehrpersonen an Primarschulen und Kindergärten sowie (nach erfolgter Aufgabenentflechtung letztmals im 2005) der Gemeindeförster, welche unter den Beitragsleistungen an Gemeinden ausgewiesen sind.

Die Personalaufwendungen des Landes beliefen sich im Berichtsjahr auf CHF 148.6 Mio. Damit wurde der Planwert von CHF 153.7 Mio. zu knapp 97 % ausgeschöpft und der Personalaufwand trug mit CHF 5.1 Mio. zur Unterschreitung der gesamten laufenden Aufwendungen bei. Im Vorjahresvergleich ergab sich indes eine Erhöhung um CHF 1.3 Mio. (+ 0.9 %) welche in erster Linie auf höhere Ausgaben bei den Lehrkräften zurückzuführen war. Dabei gilt es jedoch zu berücksichtigen, dass im Rechnungsjahr 2004 die Aufwendungen derjenigen Amtsstellen, welche per Anfang 2005 in die Finanzmarktaufsicht überführt wurden, noch enthalten waren. Die um diesen Effekt bereinigte Zuwachsrate von 2004 zu 2005 lag dementsprechend höher und betrug rund 2.9 %.

Die **Gehälter für das Verwaltungs-, Gerichts- und Betriebspersonal** beliefen sich im Rechnungsjahr 2005 auf CHF 82.1 Mio., was einer Budgetunterschreitung von CHF 1.3 Mio. oder 1.5 % gleichkommt. Dabei konnten Mehrausgaben im Bereich der Überzeitschädigungen, für Aushilfskräfte, bei den Gehältern für Re-

gierungsmitarbeiterInnen und Regierungssekretariate sowie beim Amt für Volkswirtschaft durch geringere Aufwendungen bei der Landespolizei, der Steuerverwaltung, beim Landgericht sowie beim Tiefbauamt mehr als kompensiert werden. Die **Gehälter für Lehrpersonen** an weiterführenden Schulen des Landes wurden für das Jahr 2005 mit CHF 31.2 Mio. veranschlagt. Die effektiven Auszahlungen beliefen sich indes auf CHF 30.3 Mio. und blieben damit um rund CHF 1.0 Mio. oder 3.1 % unter den Planwerten. Dabei ergaben sich vor allem bei der Oberschule Vaduz sowie beim Gymnasium grössere Kreditrestanzen. Im Vorjahresvergleich war jedoch eine starke Erhöhung um 3.9 % oder CHF 1.1 Mio. zu verzeichnen, welche sich in erster Linie auf höhere Klassenbestände bei der Ober- und Realschule in Eschen, bei der Oberschule in Triesen sowie durch höhere Ausgaben für Aushilfslehrpersonen (für Studienurlaube, Mutterschaftsurlaube und krankheitsbedingte Ausfälle) ergaben. Zudem fielen im Berichtsjahr 2005 erstmals die vom Landtag beschlossenen Mehraufwendungen für die Gleichstellung der Lehrpersonen mit einem Teilzeitpensum sowie für die Entlastung der Lehrpersonen um eine Lektion für die Leitung einer Klasse an.

Die vom Land zu leistenden **Arbeitgeberbeiträge** auf die Gehälter des Verwaltungs- und Lehrpersonals erreichten im Berichtsjahr die Höhe von CHF 20.5 Mio., was eine durchschnittliche Belastung von 17.9 % pro Lohnfranken darstellte. Dahingegen rechnete die Regierung für den Voranschlag mit einem Sozialbeitragssatz von 18.6 %. Die Abweichung ist in erster Linie auf den Landtagsentscheid zurückzuführen, nach welchem der Sonderbeitrag des Landes an die Pensionskasse für das Staatspersonal auf 2 % festgesetzt wurde, wogegen die Regierung einen solchen von 2.5 % sowohl im Budget vorsah als auch zur Genehmigung beantragte. Durch den insgesamt um 0.7 %-Punkte tieferen Sozialbeitragssatz ergaben sich damit Minderaufwendungen in Höhe von CHF 0.75 Mio., während eine positive Budgetabweichung von CHF 0.5 Mio. auf die gegenüber dem Voranschlag tiefer abgerechneten Lohnsummen zurückzuführen war.

Der Budgetkredit für die Entschädigung der Mitglieder von **Behörden und Kommissionen** wurde ebenfalls nicht gänzlich beansprucht und belastete die Landesrechnung 2005 mit CHF 3.9 Mio. Die Entschädigungen der Mitglieder des Landtags sowie die Gehälter der Regierungsmitglieder stellen in dieser Aufwandskategorie die bedeutendsten Positionen dar. Im Vorjahresvergleich ergab sich eine Reduktion um CHF 0.5 Mio., was in erster Linie durch tiefere Aufwendungen der Historiker- und Expertenkommission zur Aufarbeitung der Rolle Liechtensteins im Zweiten Weltkrieg zurückzuführen war.

Die budgetierten Kredite für die Ausrichtung von **Rentenleistungen** wurden mit knapp CHF 4.5 Mio. fast gänzlich ausgeschöpft, währenddem sich bei der Besoldung von **temporären Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern** eine Kreditrestanz von CHF 0.6 Mio. ergab. Diese war hauptsächlich auf Minderaufwendungen für die Kol-

legialgerichte zurückzuführen. Deutlich tiefere Ausgaben als für die Aus- und Weiterbildung sowohl im Verwaltungs- wie auch im Lehrerbereich geplant waren verantwortlich für die Budgetunterschreitung der **übrigen Personalaufwendungen** um rund 25 % (0.6 Mio.).

Beträge in CHF Mio

Personalaufwand	Rechnung	Voranschlag	Rechnung
	2005	2005	2004
Behörden, Kommissionen	3.9	4.1	4.4
Löhne Betriebs-, Verwaltungs- und Gerichtspersonal	82.1	83.4	81.8
Löhne Lehrkräfte	30.3	31.3	29.2
Sozialbeiträge	20.5	21.7	20.2
Rentenleistungen	4.5	4.6	4.2
Temporäre Mitarbeitende	5.5	6.1	5.4
Übriger Personalaufwand	1.8	2.5	2.0
Total	148.6	153.7	147.3

Im Vergleich zum Rechnungsjahr 2004 ergab sich im Berichtsjahr eine recht geringe Erhöhung des gesamten Personalaufwandes um CHF 1.3 Mio. oder 0.9 %, welche naturgemäss durch die Verschiebung von Arbeitsstellen zur Finanzmarktaufsicht positiv beeinflusst wurde. Im Bereich des Verwaltungs- und Betriebspersonals ergaben sich die deutlichsten Steigerungen bei den Gehaltspositionen für die Landespolizei einerseits sowie für die RegierungsmitarbeiterInnen andererseits. Zudem enthielt die Rechnung 2005 den vom Landtag genehmigten Teuerungsausgleich von 1 %.

2.12 Sachaufwand

Der Sachaufwand umfasst die laufenden Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltsausgaben sowie den Konsum des Landes für Dienstleistungen Dritter. Mit einem Total von CHF 73.8 Mio. konnte dieser gegenüber dem Vorjahreswert erneut reduziert werden und lag zudem um CHF 9.7 Mio. oder 11.6 % unter den für das Budget getroffenen Annahmen. Dabei stellten die Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen mit einer Budgetunterschreitung von CHF 3.4 Mio. den höchsten Beitrag an dieser positiven Entwicklung.

Für **Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen, Kanzleiauslagen** wie auch für die Herstellung von Postwertzeichen wurden im Berichtsjahr insgesamt CHF 11.7 Mio. ausgegeben. Damit lag die Position um 13.4 % unter Budget und trug damit wesentlich zur Verbesserung des Gesamtergebnisses bei. Dabei ergaben sich die grössten Unterschreitungen von je CHF 0.3 Mio. einerseits bei den Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung und andererseits bei den Aufwendungen des Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramtes für die Publikation von Öffentlichkeitsregisteränderungen. Die **Betriebskosten für die Verwaltungs-, Schul- und Kulturgebäude** beanspruchten im Berichtsjahr insge-

samt CHF 9.7 Mio., wobei für diesen Aufwandbereich im Voranschlag ein Betrag von CHF 10.2 Mio. vorgesehen war. Während die budgetierten Betriebskosten im Kulturbereich um CHF 0.6 Mio. nicht ausgeschöpft wurden (v. a. Landesmuseum), überschritten diejenigen für Schulgebäude den budgetierten Betrag um 8 % oder CHF 0.3 Mio. Für den **Unterhalt der Anlagen im Hoch- und Tiefbaubereich** ergaben sich Kreditreste im Umfang von CHF 1.3 Mio., dies bei Gesamtausgaben von CHF 11.2 Mio. Währenddem der Strassenunterhalt - bedingt durch höhere Ausgaben für den Winterdienst - den geplanten Ausgabenrahmen überschritt, fielen für den Gebäudeunterhalt Minderausgaben im Umfang von rund CHF 2.0 Mio. an. Dies war vorwiegend darauf zurückzuführen, dass einerseits geplante Projekte aus verschiedenen Gründen (z.B. fehlende Baubewilligung) nicht oder erst verspätet realisiert, andererseits einzelne Projekte günstiger als geplant durchgeführt werden konnten. Die **übrigen Unterhalts- und Betriebskosten** (vorwiegend IT-Betriebskosten) erhöhten sich wohl im Vorjahresvergleich um CHF 0.1 Mio. oder 2.8 %, blieben aber dennoch um rund 10 % (CHF 0.4 Mio.) unter den Planwerten. Durch Verzögerungen beim Funknetzprojekt «Polycom» wurden die für das Berichtsjahr vorgesehenen Betriebskosten noch nicht beansprucht. Aber auch die übrigen Unterhaltskosten der Landespolizei für Polizeiequipment sowie für die Informatik der Landespolizei schlossen deutlich unter Budget ab und trugen mit rund CHF 0.1 Mio. zu dieser Aufwandreduktion im Budgetvergleich bei. Die **Mietaufwendungen** für Verwaltungs- und Schulräumlichkeiten sowie den Kulturbereich und den diplomatischen Dienst blieben im Rechnungsjahr 2005 mit einem Gesamttotal von CHF 8.0 Mio. rund 9 % unter Budget. Unter der Kategorie **Reisespesen, Repräsentationen** werden auch die Veranstaltungen des Landes wie z.B. der Staatsfeierabend oder die Ausgaben im Zusammenhang mit der 200-Jahr-Feier der liechtensteinischen Souveränität budgetiert und abgerechnet. Im Vorjahresvergleich fielen in diesem Bereich rund CHF 0.5 Mio. oder 12.6% Mehraufwendungen an, was in erster Linie auf die Vorbereitungsarbeiten des erwähnten Souveränitätsjubiläums mit CHF 0.3 Mio. zurückzuführen war. Im Budgetvergleich ergaben sich Einsparungen im Umfang von CHF 1.1 Mio. (21 %), wobei auch hierfür die Ausgaben für die Souveränitätsfeierlichkeiten grösstenteils verantwortlich waren, nachdem der Voranschlag 2005 mit Ausgaben im Berichtsjahr von CHF 0.7 Mio. rechnete (was zum Budgetierungszeitpunkt noch auf Schätzungen basierte), währenddem effektiv lediglich die bereits erwähnten CHF 0.3 Mio. beansprucht wurden. Ebenfalls weniger Ausgaben fielen für den Landtag sowie für die zentral budgetierten Veranstaltungen und Repräsentationen von Regierung und Arbeitsstellen an und die budgetierten Aufwendungen für die Einrichtung von Honorarkonsulaten wurden aufgrund terminlicher Verzögerungen bei diesem Projekt zur Gänze nicht beansprucht. Die betragsmässig höchsten Einsparungen im

Budgetvergleich ergaben sich für die Kategorie **Dienstleistungen und Honorare**, für welche im Berichtsjahr Ausgaben von CHF 22.8 Mio. getätigt wurden und welche damit um CHF 3.4 Mio. oder 12.9 % unter den Planwerten lagen. Dabei war es in erster Linie der zentral budgetierte Kredit für Gutachten und Experten der Regierung und der Arbeitsstellen welcher mit einer Budgetunterschreitung von CHF 1.1 Mio. den grössten Anteil an die Budgetunterschreitung beisteuerte. Aber auch der für Gutachten und Experten im Verkehrsbereich vorgesehene Kredit wurde mit CHF 0.5 Mio. kaum beansprucht. Eine deutliche Budgetüberschreitung von CHF 0.8 Mio. war für die Inanspruchnahme von Drittleistungen des Landgerichtes zu verzeichnen, welche jedoch auch die Kostenübernahme von Verfahrenskosten im Falle von Freisprüchen beinhaltet.

Beträge in CHF Mio.

Sachaufwand	Rechnung	Voranschlag	Rechnung
	2005	2005	2004
Büro- u. Schulmaterial,			
Drucksachen	11.7	13.5	11.9
Wasser, Energie, Heizung	9.7	10.2	8.7
Verbrauchsmaterialien	1.7	2.0	1.7
Baulicher Unterhalt durch Dritte	11.2	12.5	10.8
Übriger Unterhalt durch Dritte	3.7	4.1	3.6
Mieten, Pachten,			
Benützungskosten	8.0	8.8	8.3
Reisespesen, Repräsentationen	4.3	5.4	3.8
Dienstleistungen, Honorare	22.8	26.1	25.1
Übriger Sachaufwand	0.8	0.9	1.5
Total	73.8	83.5	75.5

Im Vorjahresvergleich konnte beim Sachaufwand erneut eine Reduktion realisiert werden. Er lag im Berichtsjahr um CHF 1.7 Mio. oder 2.2 % unter dem Vergleichswert 2004. Während die meisten Kategorien nur geringe absolute Veränderungen aufwiesen, ergab sich bei den Gebäudebetriebskosten ein Mehraufwand von CHF 1.0 Mio. (+ 11.5 %). Deutlich geringere Ausgaben hingegen wurden für den Beizug von Experten und die Beauftragung von Gutachtern getätigt. Ebenfalls sehr deutlich unter dem Vorjahreswert lagen die Aufwendungen im Zusammenhang mit Amtshaftungen (siehe übriger Sachaufwand).

2.13 Finanzzuweisungen an Gemeinden

Die Finanzzuweisungen an die Gemeinden setzen sich aus der hälftigen Kapital- und Ertragssteuer, dem Zweidrittelsanteil an der Grundstückgewinnsteuer sowie am Anteil an den übrigen Landessteuern (Finanzausgleich) zusammen, welcher vom Landtag für das Jahr 2005 mit 15 % festgelegt wurde.

Auf Basis der budgetierten Steuer- und Abgabenerträge sah der Voranschlag 2005 ein Transfertotal in Höhe von CHF 148.7 Mio. vor. Effektiv beliefen sich

die Steueranteile der Gemeinden im Berichtsjahr auf CHF 142.2 Mio. und unterschritten den Voranschlag damit um CHF 6.5 Mio. resp. 4.4 %. Der Grund dafür ist fast gänzlich bei den nicht budgetierbaren Finanzausgleichskürzungen zu suchen. Diese erreichten im Berichtsjahr die Höhe von CHF 6.2 Mio., wovon ein Anteil von CHF 3.5 Mio. die Gemeinde Planken aufgrund zu hoher Reserven traf, die Gemeinde Triesen aus dem gleichen Grund um rund CHF 140 000 gekürzt wurde sowie ein Betrag von CHF 2.5 Mio. bei den Anteilen der Gemeinde Balzers abgezogen wurde, was einerseits auf einen zu hohen Reservenstand, andererseits auf einen unter 200 % liegenden Gemeindesteuerzuschlag zur Vermögens- und Erwerbssteuer zurückzuführen war.

Beträge in CHF Mio.

Finanzzuweisungen	Rechnung	Voranschlag	Rechnung
	2005	2005	2004
Grundstückgewinnsteuer (2/3)	9.6	12.0	10.8
Kapital- und Ertragssteuer (50%)	68.6	65.6	65.0
<i>Gesetzliche Steueranteile</i>	<i>78.3</i>	<i>77.6</i>	<i>75.8</i>
Finanzausgleich (15%)	63.9	71.1	59.7
Total	142.2	148.7	135.5

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich das Total der Finanzzuweisungen um CHF 6.7 Mio., was einer Zuwachsrate von 4.9 % entspricht. Während die Gemeindeanteile an der Kapital- und Ertragssteuer um CHF 3.6 Mio. anstiegen, lagen diejenigen an der Grundstückgewinnsteuer um rund 10 % oder CHF 1.1 Mio. unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Die Anteile an den übrigen Landessteuern hingegen (Finanzausgleich) erhöhten sich trotz der bereits erwähnten Kürzungen im Berichtsjahr um CHF 4.2 Mio. (+7 %) und erreichten die Höhe von CHF 63.9 Mio. Die für die Berechnung des Finanzausgleichsvolumens massgebende Basis der relevanten Steuer- und Abgabenerträge stieg im Vorjahresvergleich um CHF 32.6 Mio. auf CHF 467.5 Mio. an, was in erster Linie höheren Erträgen aus den Stempelausgaben, der Kapital- und Ertragssteuer sowie der Erbschafts- und Schenkungssteuer zu verdanken war.

Beträge in CHF Mio.

Aufteilung Fiskaleinnahmen	Rechnung	Voranschlag	Rechnung
	2005	2005	2004
Fiskaleinnahmen Land (ohne LSVA)	626.2	632.7	587.1
Finanzzuweisungen an Gemeinden	142.2	148.7	135.5
in % der Fiskaleinnahmen	22.7%	23.5%	23.1%
Nettoerträge Land	484.0	484.0	451.6
in % der Fiskaleinnahmen	77.3%	76.5%	76.9%

Die gesamten Steuer- und Abgabeneinnahmen des Landes beliefen sich im Berichtsjahr auf rund CHF 626 Mio., wovon ein Anteil von 22.7 % oder CHF 142.2 Mio. über die festen Steueranteile und die nicht zweckgebundenen Finanzzuweisungen an die Gemeinden flossen. Damit reduzierte sich der Anteil der Gemeinden an den gesamten Fiskaleinnahmen gegenüber dem Vorjahr leicht von 23.1 % auf 22.7 %, was ausschliesslich auf die im 2004 erfolgte Rückerstattung zu hoher Kapital- und Ertragssteuerkürzungen an die Gemeinde Vaduz im Umfang von CHF 3.4 Mio. zurückzuführen war.

2.14 Beitragsleistungen

Die laufenden Beitragsleistungen in Form von Subventionen, Kostenbeiträgen und Defizitanteilen stellen sowohl anteils- wie auch betragsmässig die gewichtigste Aufwandskategorie der Laufenden Rechnung dar und unterstreichen damit den hohen Transferanteil des staatlichen Haushalts. Ein Grossteil davon ist an Gesetze, Finanzbeschlüsse oder Verträge gebunden und kann damit kurz- und mittelfristig in ihrem Umfang nicht oder nur in einem sehr geringen Ausmass beeinflusst werden.

Im Berichtsjahr wurden Beitragsleistungen im Umfang von CHF 339.8 Mio. ausgerichtet. Der Voranschlag rechnete mit Ausgaben in der Höhe von CHF 352.2 Mio. und wurde damit zu 96.5 % ausgeschöpft, was einer Budgetunterschreitung um CHF 12.4 Mio. gleichkommt. Die absolut als auch relativ grösste Abweichung ergab sich dabei bei den Beitragsleistungen ins Ausland, bei welchen ein Anteil von CHF 3.6 Mio. unbeanspruchte blieb.

Beträge in CHF Mio.

Beitragsleistungen an	Rechnung	Voranschlag	Rechnung
	2005	2005	2004
Gemeinden	34.8	36.7	33.8
Eigene Anstalten/Stiftungen	104.2	107.0	96.5
Gemischtwirtschaftliche			
Unternehmen	14.2	14.3	13.8
Private Institutionen	82.8	84.9	84.5
Private Haushalte	52.5	54.4	52.4
Ausland	51.3	55.0	49.5
Total	339.8	352.2	330.4

Bei den **Beitragsleistungen an die Gemeinden** stellen die Personalaufwendungen der Kindergärtnerinnen und Primarlehrpersonen die bedeutendsten Positionen dar. In diesem Bereich wurde der Voranschlag 2005 zu hoch angesetzt und blieb im Umfang von CHF 1.9 Mio. unausgeschöpft.

Die grösste Kategorie innerhalb der laufenden Beitragsleistungen stellen die **Beiträge an die eigenen staatlichen Institutionen** dar, wobei die Liste vom Beitrag an die AHV angeführt wird, gefolgt vom IV-Staatsbeitrag. Diese beiden Ausgabenposten machten im Rechnungsjahr 2005 allein CHF 66.6 Mio. aus und be-

anspruchten damit bereits fast zwei Drittel der gesamten Ausgabenkategorie von CHF 104.2 Mio. Die Abweichung zum Voranschlag in dieser Kategorie war mit einer Unterschreitung von 2.6 % resp. CHF 2.8 Mio. recht gering und kam in erster Linie durch einen deutlich tieferen Staatsbeitrag an die Invalidenversicherung im Umfang von CHF 4.4 Mio. zustande.

Die **Beitragsleistungen an gemischtwirtschaftliche Unternehmen** schlossen mit einer Abweichung von lediglich 0.3 % budgetkonform ab. Sie beinhalten in erster Linie die Landesbeiträge an die Fachhochschule Liechtenstein (CHF 8 Mio.) sowie an die Liechtensteinische Musikschule (CHF 3.7 Mio.).

An **private Institutionen** wurden im Berichtsjahr Beiträge im Umfang von CHF 82.8 Mio. ausgerichtet, während der Voranschlag in diesem Bereich mit Ausgaben von CHF 84.9 Mio. rechnete. Die Unterschreitung des Budgets war in erster Linie eine Folge geringerer Staatsbeiträge an die Krankenkassen. Während die Subventionen für die Krankheitskosten an Erwachsene seit 2005 pauschaliert sind und dementsprechend auch zur Gänze ausbezahlt werden, trat bei den nach wie vor kostenabhängigen Subventionen im Kinderbereich eine nicht so starke Steigerung ein, wie sie für das Budget 2005 angenommen wurde.

An die **privaten Haushalte** flossen im Berichtsjahr Beiträge im Umfang von CHF 52.5 Mio. Damit musste auch in diesem Bereich der Voranschlagskredit von CHF 54.4 Mio. nicht zur Gänze beansprucht werden. Allerdings ist dieser Effekt weniger dem Umstand geringerer Auszahlungen zu verdanken sondern viel mehr darauf zurückzuführen, dass im Flüchtlingsbereich ausserordentlich hohe Rückerstattungen zu Gunsten der Landesrechnung zurückflossen, was bei der Sozialhilfe für Flüchtlinge inkl. der Rückkehrhilfe zu einem «Negativ-Aufwand» resp. Ertrag von CHF 0.5 Mio. führte, während das Budget mit Nettoausgaben von CHF 1.0 Mio. gerechnet hatte. Dieser Effekt wurde dadurch ausgelöst, dass die Regierung Ende 2005 an 34 Personen Jahresaufenthaltsbewilligungen erteilte, bei welchen aus verschiedenen Gründen keine Aussicht auf mittelfristige Rückkehr ins Heimatland bestand. Damit wurde auch die Lohnverwaltung aufgehoben und die seit der Arbeitsaufnahme gesperrten Mittel (Verrechnung Wochenpauschalen, Benützungsgebühren, etc.) an das Land ausbezahlt. Auf der anderen Seite fielen höhere Aufwendungen vor allem für Prämienverbilligungen für Einkommensschwache (+ CHF 0.9 Mio.) sowie für die Gewährung von Ausbildungsbeihilfen und Stipendien (+ CHF 0.8 Mio.) an.

Für **Beitragsleistungen ins Ausland** sah der Voranschlag Ausgaben in Höhe von CHF 55 Mio. vor. Die effektiven Aufwendungen beliefen sich im Berichtsjahr auf CHF 51.3 Mio. und entlasteten damit die Landesrechnung gegenüber dem Plan um CHF 3.6 Mio. resp. 6.6 % dieser Aufwandskategorie. Während im Bereich der internationalen humanitären Zusammenarbeit Mehraufwendungen von CHF 1.2 Mio. anfielen, entlasteten vor allem

die Minderausgaben im Bereich des Lehrlingswesens im Umfang von CHF 1.8 Mio. die Rechnung. Nur zur Hälfte ausgeschöpft (-CHF 1.6 Mio.) wurde auch der bewilligte Kredit für die EWR-Mitgliedsbeiträge. Vor allem der liechtensteinische Anteil am Finanzinstrument 2004-2009, für welchen im Rechnungsjahr 2005 ein Planwert von CHF 1.4 Mio. vorgesehen war, wurde kaum beansprucht, da die mit dem Finanzinstrument zu finanzierenden Projekte mit zeitlicher Verzögerung angelaufen sind.

Im Vergleich zum Vorjahr 2004 erhöhten sich die laufenden Beitragsleistungen um 2.9 % oder CHF 9.4 Mio. Darin enthalten ist jedoch auch der erstmals im Berichtsjahr auszurichtende Landesbeitrag an die Finanzmarktaufsicht im Umfang von CHF 4.1 Mio., welcher grösstenteils Aufwendungen enthielt, die im Vorjahr im Personal- und Sachaufwand zu finden waren. Den höchsten Anstieg verzeichnete der AHV-Staatsbeitrag mit Mehrausgaben von CHF 4.4 Mio. Dabei stiegen sowohl die rentenabhängige Komponente (+ 5.7 % resp. + CHF 1.8 Mio.) als auch der Zweidrittelsanteil der LSVA-Einnahmen (+ 2.5 Mio.) im Vorjahresvergleich stark an. Mehraufwendungen in Höhe von CHF 1.0 Mio. fielen für die Ausrichtung von Stipendien an und für den Personalaufwand im Primarschulbereich ergaben sich zusätzliche Ausgaben von CHF 0.75 Mio. Minderausgaben mit einer wachstumsdämpfenden Wirkung konnten bei den Subventionen an die Krankenkassen (-CHF 3.8 Mio.), bei der Sozial- und Rückkehrhilfe an Flüchtlinge (- CHF 0.9 Mio.), bei den Wohnbauförderungsleistungen (- CHF 0.7 Mio.) sowie beim Staatsbeitrag an die Invalidenversicherung (- 0.6 Mio.) verbucht werden.

2.15 Abschreibungen auf das Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen richten sich nach den Bestimmungen der Verordnung vom 10. Oktober 2000 über die Bewertung und Abschreibung der Bestandteile des staatlichen Vermögens. Diese regelt die Bewertungs- und Abschreibungspraxis sowohl des Finanz- wie auch des Verwaltungsvermögens. Darauf basierend wurden der Landesrechnung 2005 die folgenden Abschreibungsaufwendungen belastet:

Beträge in CHF Mio.

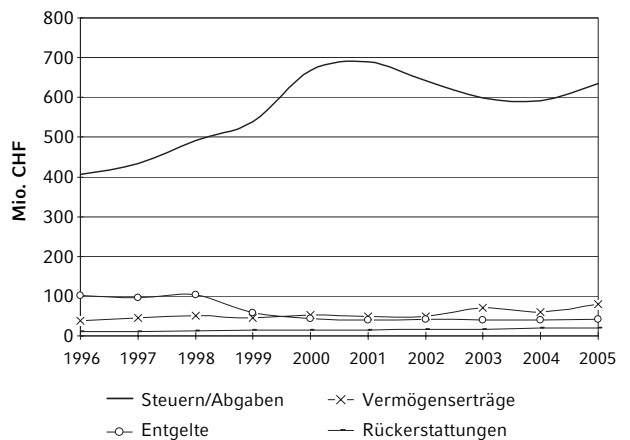
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	Rechnung 2005	Voranschlag 2005	Rechnung 2004
Tiefbauten	8.7	7.8	12.2
Hochbauten	13.4	13.5	12.6
Mobiliar und Einrichtungen	6.2	7.7	6.7
Informatik	6.0	7.3	7.8
Grundstücke	15.3	0.1	0.0
Beteiligungen	5.6	0.1	2.1
Studiendarlehen	0.0		
Investitionsbeiträge	30.6	36.3	33.0
Total	85.8	72.7	74.4

Wie aus der Tabelle ersichtlich, wichen vor allem zwei Abschreibungspositionen von den geplanten Werten ab. Zum einen führte die Umwidmung des Wille/Wimag-Areals vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen zu einer Abschreibung im Umfang von CHF 15.3 Mio. Zum anderen wurden die Beteiligungen des Landes an der LTN Liechtenstein Telenet AG um CHF 3.0 Mio. (von CHF 65 Mio. auf CHF 62 Mio.) und jene an der Liechtensteinischen Rundfunkanstalt um CHF 2.5 Mio. (100 %) wertberichtigt. Bei der LTN Liechtenstein TeleNet AG entsprach die Wertberichtigung dem ausgewiesenen Kapitalabbau per Ende 2005. Die Liechtensteinische Rundfunkanstalt wies per Ende 2005 einen Verlustvortrag von CHF 1.3 Mio. aus, womit das Anstaltskapital zu mehr als 50 % abgebaut war. Ausgehend von der aktuellen wirtschaftlichen Situation der Anstalt beschloss die Regierung, die in der zitierten Verordnung geforderte «vorsichtige Bewertungsmethode» so anzuwenden, dass das Dotationskapital gänzlich wertberichtigt wurde, anstatt den Beteiligungswert lediglich im Ausmass des ausgewiesenen Verlustvortrags zu reduzieren.

2.2 Erträge der Laufenden Rechnung

Während die Laufende Rechnung in den Jahren 2002 bis 2004 jeweils Rückgänge der Erträge aus der ordentlichen Staatstätigkeit zu verzeichnen hatte, konnten diese im Rechnungsjahr 2005 wieder um erfreuliche 9.2 % oder CHF 65.6 Mio. gegenüber dem Vorjahr erhöht werden. Mit einem Gesamtvolumen von CHF 777.6 Mio. wurden die Budgetwerte um 1.8 % leicht übertroffen. Dabei konnten geringere Einnahmen aus Steuern und Abgaben durch deutlich höhere Vermögenserträge

Entwicklung Laufender Ertrag aus ordentlicher Staatstätigkeit



sowie über dem Budget liegende Entgelte mehr als kompensiert werden. Den stärksten positiven Beitrag jedoch leisteten die Erträge aus der Bewirtschaftung der Poolanlagen, welche mit einem Total von CHF 80.4 Mio. die Planwerte von CHF 34 Mio. um mehr als das Doppelte

übertrafen, wobei ein Anteil von CHF 14.9 Mio. aus der kursbedingten Aufwertung von früher abgeschriebenen Wertpapieren bis maximal zum Anschaffungswert resultierten. Damit lagen die Gesamterträge der Laufenden Rechnung um CHF 59.8 Mio. über den Planwerten, was einer Verbesserung von 7.5 % gleichkommt.

Beträge in CHF Mio.

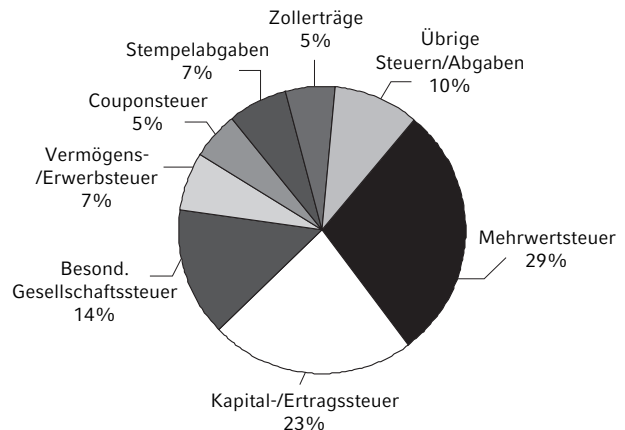
Laufende Erträge	Rechnung Voranschlag Rechnung		
	2005	2005	2004
Steuern und Abgaben	635.0	641.0	591.9
Vermögenserträge	79.7	64.3	59.2
Entgelte, Verkaufserlöse	42.5	36.6	40.3
Rückerstattungen Gemeinden	20.0	21.8	20.2
Entnahmen Spezialfinanzierung	0.3	0.3	0.3
<i>Zwischentotal</i>	<i>777.6</i>	<i>764.2</i>	<i>712.0</i>
Erträge aus Poolanlagen	80.4	34.0	57.0
Ertragstotal	858.0	798.2	769.0

Wie bereits dargestellt erhöhten sich die laufenden Erträge im operativen Bereich gegenüber dem Vorjahr um 9.2 %, während unter Einbezug der Erträge aus der Bewirtschaftung der Poolanlagen gar eine Steigerung um 11.6 % resp. um CHF 89.0 Mio. verzeichnet werden durfte.

2.21 Steuern und Abgaben

Mit einem Gesamtvolumen von CHF 635.0 Mio. lagen die Erträge aus Steuern und Abgaben im Berichtsjahr fast punktgenau auf Budgethöhe, während sich positive und negative Abweichungen bei den einzelnen Steuerarten grösstenteils aufhoben. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung konnte das Total aus Steuern und Abgaben noch nicht an das bisherige Höchstergebnis des Rechnungsjahres 2001 von CHF 690.2 Mio. anknüpfen. Eine deutliche Budgetunterschreitung im Ausmass von CHF 19.8 Mio. oder 10.2 % verzeichneten die Erträge aus der Mehrwertsteuer, während auf der anderen Seite vor allem die Stempelabgaben mit einem Plus von CHF 9.9 Mio. aber auch die Besondere Gesellschaftsteuer mit einer Budgetüberschreitung von CHF 7.2 Mio. die Erwartungen deutlich übertrafen.

Mit einem Anteil von 29 % am Gesamtvolumen aus Steuern und Abgaben stellt die Mehrwertsteuer nach wie vor die bedeutendste Einnahmequelle des Landeshaushaltes dar, gefolgt von der Kapital- und Ertragssteuer mit einem Beitrag von 23 % und der Besonderen Gesellschaftsteuer, welche im Berichtsjahr 14 % der Gesamtsteuereinnahmen ausmachte.



Im Bereich der **Vermögens- und Erwerbssteuer** der natürlichen Personen ging die Regierung für das Rechnungsjahr 2005 von 25 800 Veranlagungen mit einem durchschnittlichen Landessteuerertrag von CHF 1 713 aus, woraus sich das budgetierte Steuervolumen von CHF 44.2 Mio. ergab. Mit einem Endresultat von CHF 44.8 Mio. übertraf der Landesanteil an der Vermögens- und Erwerbssteuer die Erwartungen damit um CHF 0.6 Mio. oder 1.4 %. Während die Anzahl der Veranlagungen im vergangenen Jahr um rund 2 % unter den Planwerten blieben, lag der durchschnittliche Steuerertrag bei CHF 1 774 und damit 3.6 % über Budget. Sowohl das steuerbare Vermögen als auch der steuerbare Erwerb legten im Vergleich mit dem Vorjahr um 9.1 % resp. 4.1 % deutlich zu, so dass sich die durchschnittliche Landessteuer im Vorjahresvergleich um knapp 9 % erhöhte. In dieser Erhöhung steckt allerdings auch der Effekt des gegenüber dem Vorjahr reduzierten Verzinsungssatzes für die im Voraus abgelieferte Lohnsteuer der Steuerpflichtigen.

Die **Quellensteuer** wird von dem im Land erzielten Arbeitseinkommen der österreichischen Grenzgänger im Abzugsweg erhoben und belastet dieses mit einem fixen Ansatz von 4 %, wobei die Liechtensteinische Steuerverwaltung den Zupendlern die Differenz zu einer allfällig tieferen Steuerbelastung am Wohnort zurückerstattet. Im Rechnungsjahr 2005 kamen die im Jahre 2004 erhobenen Quellensteuern zur Abrechnung, für welche von einem durchschnittlichen Zupendlerbestand von 6 975 und einem durchschnittlichen Steuerertrag von CHF 2 360 ausgegangen wurde, woraus ein geplanter Gesamtertrag von CHF 16.5 Mio. als Budgetwert resultierte. Mit abgerechneten CHF 16.7 Mio. wurden die Erwartungen auch bei dieser Steuerart übertroffen (+1.5 %). Per Ende 2004 überschritt die Anzahl der ZupendlerInnen aus Österreich mit 7 072 die 7-Tausender-Grenze und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 97, was einer Zunahme von 1.4 % entspricht. Damit wich der effektive Durchschnittsbestand nur leicht (+0.7 %) vom angenommenen Wert ab und erlaubte damit eine recht genaue Budgeterreicherung. Mit einem durchschnittlichen Steuerertrag von CHF 2 383 führten

beide relevanten Berechnungskomponenten zur aufgezeigten positiven Abweichung.

Die **Kapital- und Ertragssteuer** wird von den Körperschaften, Anstalten und Treuunternehmen erhoben, die im Land ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben. Sie erreichte im Rechnungsjahr 2001 aufgrund der ausgezeichneten Wirtschaftsentwicklung ihren Höchstwert mit einem Ertragtotal von CHF 187.8 Mio. In den zwei Folgejahren mussten mit Eingängen von CHF 135.7 Mio. und CHF 106.4 Mio. empfindliche Mindererträge hingenommen werden. Erst im Rechnungsjahr 2004 konnte der Einbruch gestoppt werden und die Landesrechnung registrierte einen Zuwachs um CHF 17 Mio. Auch im Rechnungsjahr 2005 setzte sich der Aufwärtstrend fort und das vereinnahmte Kapital- und Ertragssteuervolumen erhöhte sich erneut um CHF 13.9 Mio. auf CHF 137.3 Mio. Damit übertraf es die Budgeterwartungen um rund CHF 6.0 Mio. oder 4.6 %. Gegenüber dem Vorjahr betrug die Zuwachsrate sogar 11.3 %.

Die **Besondere Gesellschaftssteuer** wird von den Sitzunternehmen und Holdinggesellschaften, den Eigenversicherungen (Captives) sowie den Investmentunternehmen (Anlagefonds und Anlagegesellschaften) erhoben. Sie beträgt für die Sitzunternehmen und Holdinggesellschaften 1 ‰ des investierten Kapitals, mindestens aber CHF 1 000 pro Jahr, während die Eigenversicherungen (Captives) grundsätzlich eine Kapitalsteuer von 1 ‰ des Eigenkapitals entrichten. Der seit einigen Jahren rückläufige Trend im Bestand der Sitzunternehmen und Holdinggesellschaften konnte im Berichtsjahr gebrochen werden. Während die Regierung für die Budgetierung 2005 noch von einem Nettoabbau von 400 Gesellschaften ausging, ergab sich im vergangenen Jahr eine erfreulich positive Nettoveränderung im Umfang von rund 2 600 Gesellschaften. Die deutliche Zunahme der Besonderen Gesellschaftssteuer im Vergleich zum Vorjahr um CHF 7.9 Mio. oder 9.2 % war jedoch zum überwiegenden Teil auf das Wachstum der Besteuerung des verwalteten Vermögens von Investmentunternehmen zurückzuführen. Während diese im Rechnungsjahr 2004 CHF 2.7 Mio. ausmachten, wurden im Rechnungsjahr 2005 insgesamt Vermögenssteuern in Höhe von CHF 7.5 Mio. vereinnahmt, wobei ein Anteil von CHF 2.1 Mio. Steuervorschreibungen aus dem Vorjahr betraf. Die Zunahme der Anzahl Sitzunternehmen wie auch das Wachstum des verwalteten Vermögens von Investmentunternehmen führten gemeinsam zu einer sehr deutlich positiven Abweichung zum Budgetwert im Umfang von CHF 7.2 Mio. (+ 8.4 %).

Beträge in CHF Mio.

Steuern und Abgaben	Rechnung	Voranschlag	Rechnung
	2005	2005	2004
Vermögens- u. Erwerbssteuer	44.8	44.2	40.8
Rentnersteuer	2.6	3.5	2.7
Quellensteuer	16.7	16.5	16.4
Kapital- und Ertragssteuer	137.3	131.2	123.4
Besondere Gesellschaftssteuer	93.8	86.6	85.9
Ausl. Versicherungsgesellschaften	2.8	3.1	2.8
Grundstückgewinnsteuer	14.5	18.0	16.2
Couponsteuer	37.6	46.2	35.3
Erbschaftssteuer	8.7	3.2	2.3
Motorfahrzeugsteuer	10.1	9.9	9.8
Stempelabgaben	50.8	40.9	42.1
Mehrwertsteuer	174.0	193.8	173.3
Zollanteile	34.6	35.6	35.3
LSVA	8.7	8.3	4.9
Rückerstattung Klimarappen	0.1		
Veränderung Steuerguthaben	-2.1		0.7
Abgabentotal	635.0	641.0	591.9

Die **Grundstückgewinnsteuer** erfasst die Gewinne aus der Veräußerung bebauter und unbebauter Grundstücke zu den für die Erwerbssteuer geltenden Steuertarifen. Da die Einnahmen von der Anzahl Handänderungen und von der Höhe der erzielten Verkaufsgewinne abhängig sind, wird für die Budgetierung jeweils auf den Durchschnittsertrag der fünf vorangegangenen Rechnungsperioden abgestellt. Nach dieser Systematik ergab sich für den Voranschlag 2005 ein Budgetwert von CHF 18.0 Mio. Das effektive Steuerergebnis konnte die Erwartungen indes nicht erfüllen und lag mit CHF 14.5 Mio. knapp 20 % oder CHF 3.5 Mio. unter Budget. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich eine Abnahme um 10.4 %, was Mindererträge in dieser Steuerart von CHF 1.7 Mio. bedeutete. Dabei reduzierte sich die Anzahl der besteuerten Handänderungen im Rechnungsjahr 2005 gegenüber dem Vorjahr um 7 %, währenddem der steuerbare Gewinn sich noch stärker, nämlich um 9.9 % reduzierte und ein Volumen von CHF 95.3 Mio. erreichte. Damit wurden die erzielten Veräußerungsgewinne im Durchschnitt mit 15.2 % belastet. Nach geltendem Recht werden die Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer zwischen Land und Gemeinden im Verhältnis ein Drittel zu zwei Drittel aufgeteilt, wobei jeweils die Gemeinde, in welcher das Grundstückgewinnsteuer bedingende Grundstück liegt, den Gemeindeanteil erhält. Im Rechnungsjahr 2005 konnte die Gemeinde Vaduz knapp 25 % der gesamten Gemeindeanteile (CHF 2.4 Mio.) für sich beanspruchen, gefolgt von der Gemeinde Schaan mit einem Anteil von 21 %. Den geringsten Anteil an den Gemeindebeträgen erhielt Planken mit 0.23 %, was einem Steueranteil von CHF 22 000 entsprach.

Die **Couponsteuer** erfasst die Gewinnausschüttungen von Verbandspersonen mit aufgeteiltem Kapital so-

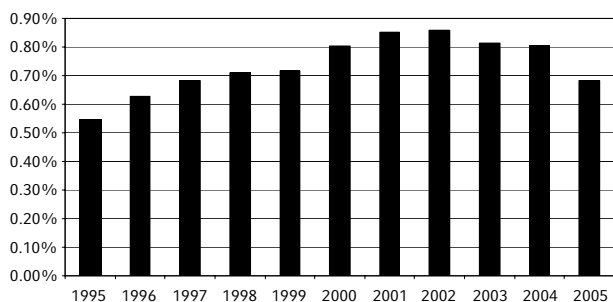
wie die Zinsen auf langfristigen Schuldverpflichtungen (Obligationen, Anleihen) mit einem fixen Satz von 4 %, welcher auf den Empfänger der Leistung zu überwälzen ist. Die Abgabe ist grösseren Schwankungen unterworfen und hängt in erster Linie von der Höhe der Gewinnausschüttungen ab. Für die Festlegung des Voranschlagswertes wird deshalb von einem dreijährigen Durchschnitt der Vorjahre ausgegangen, wobei Einzelfälle mit ausserordentlich hohen Steuereinnahmen von der Durchschnittsberechnung ausgeklammert werden. Der Voranschlag 2005 ging auf diese Weise von einem Steuerertrag von CHF 46.2 Mio. aus. Bei der Berechnung wurden Sondererträge des Rechnungsjahres 2003 in Höhe von CHF 39 Mio. nicht berücksichtigt. Das Rechnungsergebnis von CHF 37.6 Mio. blieb indes sehr deutlich hinter den Erwartungen und konnte den Planwert zu lediglich 81.4 % erreichen. Im Vorjahresvergleich wurde hingegen ein Zuwachs um CHF 2.4 Mio. oder 6.7 % verzeichnet. Dieser korrespondierte konsequenterweise mit der Zunahme der steuerbaren Leistungen, welche sich von CHF 881 Mio. im 2004 auf CHF 941 Mio. im Berichtsjahr erhöhten.

Die Einnahmen aus der **Nachlass-, Erbanfall- und Schenkungssteuer** sind ebenfalls grossen Schwankungen unterworfen, da nicht nur die Höhe des Vermögensübergangs das Ergebnis beeinflusst, sondern auch das Verwandtschaftsverhältnis zwischen dem Erblasser bzw. Geschenkgeber einerseits und dem Erben bzw. Geschenknahmer andererseits. Auch bei dieser Steuerart wird für die Festlegung des Voranschlags das Durchschnittsbetreffnis der letzten fünf Rechnungsjahre unterstellt. Für den Voranschlag 2005 entsprach dies einem Wert von CHF 3.2 Mio. Das Steuerergebnis von CHF 8.7 Mio. übertraf damit den Planwert um CHF 5.5 Mio. Davon entfiel ein Anteil von 91 % auf die Nachlass- und Erbanfallsteuer, währenddem die Schenkungssteuern lediglich 9 % (Vorjahr 59 %) dieser Position ausmachten. Der steuerbare Vermögensübergang nahm im Vorjahresvergleich um das 4.6-fache auf CHF 179.0 Mio. (Vorjahr CHF 32 Mio.) zu. Die durchschnittliche Belastung aller Vermögensübertragungen betrug im Steuerjahr 2005 4.9 % und erreichte die Höhe von rund CHF 11 000, währenddem im Vorjahr Steuern im Durchschnitt von 7.3 % erhoben wurden, was zu einer durchschnittlichen Belastung von CHF 2 880 pro Veranlagung führte.

Die **Mehrwertsteuer** erfasst die Lieferung von Gegenständen und die Dienstleistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt erbringt (einschliesslich Eigenverbrauch) sowie die Einfuhr von Gegenständen und der Bezug von Dienstleistungen aus dem Ausland. Mit einem Gesamtvolumen von CHF 174 Mio. erreichten die Mehrwertsteuererträge im Berichtsjahr das Vorjahresniveau, blieben jedoch deutlich unter den Erwartungen des Budgets 2005 zurück. Während der Steueranteil aus dem separierten Dienstleistungssektor mit CHF 72.3 Mio. nur knapp unter dem Planwert von CHF 72.8 Mio. lag, erreichte der liechtensteinische Anteil am gemeinsamen

Poolertrag mit der Schweiz die Höhe von CHF 101.6 Mio., was einer Budgetunterschreitung von CHF 19.4 Mio. oder 16 % gleichkommt. Der gesamte unter den beiden Ländern zu verteilende Poolertrag belief sich im vergangenen Jahr auf CHF 14.9 Mia., womit die Schätzungen der Eidg. Steuerverwaltung von CHF 15 Mia. praktisch erreicht wurden. Dementsprechend ist der deutlich tiefere liechtensteinische Anteil auf einen niedrigeren Anteilsschlüssel am gemeinsamen Poolertrag zurückzuführen. Dieser betrug im vergangenen Jahr 0.68 %, während die Regierung für den Voranschlag 2005 von einer Plangrösse von 0.8 % ausgegangen war. Sie orientierte sich dabei am Vorjahresschlüssel, welcher sich durch eine Fehlberechnung des liechtensteinischen Volkseinkommens im Nachhinein als zu hoch herausstellte. Damit stellt der für das Jahr 2005 berechnete Anteilsschlüssel, für dessen Festlegung die Volkseinkommens- und Einwohnerdaten des Jahres 2003 massgebend waren, auch für die zukünftige Planung den neuen Ausgangspunkt dar. Im Vorjahresvergleich konnte das Resultat der liechtensteinischen Mehrwertsteuererträge insgesamt erfreulicherweise gehalten werden resp. lag sogar mit einem Plus von 0.4 % im Berichtsjahr leicht höher. Dabei wurde die Einbusse beim liechtensteinischen Poolanteil gänzlich durch höhere Einnahmen aus der direkten Zuweisung der Mehrwertsteuererträge des Dienstleistungssektors kompensiert. Im Mehrjahresvergleich stellt das Resultat 2005 der Mehrwertsteuererträge das zweitbeste Ergebnis dar und konnte damit nicht an das im Jahr 2001 erzielte Resultat von CHF 178.3 Mio. anknüpfen. Als konjunkturnahe Steuer ist die Regierung jedoch für das Jahr 2006 zuversichtlich, dass sich die Mehrwertsteuererträge erneut positiv entwickeln werden.

Entwicklung FL-Anteil am Mehrwertsteuer-Poolertrag



Die **Stempelabgaben** setzen sich aus Erträgen aus Emissionsabgaben, den Effekturnumsatzabgaben sowie den Einnahmen aus Prämienquittungen zusammen. Dabei stellen die Effekturnumsatzabgaben den betragsmässig bedeutendsten Teil dar, womit die Gesamtposition stark von der Börsenentwicklung abhängig ist. Dementsprechend haben sich die Umsatzabgaben aufgrund der positiven Situation an den Finanzmärkten im vergangenen Jahr von CHF 34.6 Mio. im 2004 auf CHF 39.1 Mio. im Berichtsjahr erhöht, was einer Zunahme von CHF 4.5 Mio.

oder 13.1 % entspricht. Gegenüber dem Budget 2005 entstand damit ebenfalls eine positive Abweichung von CHF 4.6 Mio. oder 13.3 %. Auch bei dieser Steuerart wird für die Budgetierung ein mehrjähriger Durchschnitt herangezogen, was für 2005 einen Planwert der Gesamtposition von CHF 40.9 Mio. ergab. Mit dem Resultat von CHF 50.8 Mio. wurden die Erwartungen damit um rund 24 % oder CHF 9.9 Mio. übertroffen, womit die Stempelabgaben den grössten Beitrag zur Zielerreichung beisteuerten. Nicht nur die Effekturnsatzabgaben sondern auch die Emissionsabgaben sowie die Prämienquittungen entwickelten sich im Berichtsjahr äusserst positiv und lagen jeweils deutlich über Budget und Vorjahr. Die Prämienquittungen konnten gar um fast das Doppelte zulegen.

Auf Basis der Schätzungen des Eidg. Finanzdepartements war im Voranschlag 2005 der Anteil des Landes an den von der Eidg. Zollverwaltung vereinnahmten **Einfuhrzöllen und steuerähnlichen Abgaben** auf CHF 35.6 Mio. festgesetzt worden. Mit effektiv vereinnahmten CHF 34.6 Mio. wurde der Budgetwert damit um rund CHF 1.1 Mio. oder 3 % unterschritten, was zur Hauptsache auf tiefere Einnahmen aus der Tabaksteuer zurückzuführen war, welche im Berichtsjahr 23.2 % der Gesamteinnahmen dieser Position ausmachten. Die betragslich bedeutendste Einnahmenquelle im Bereich der Zölle und steuerähnlichen Abgaben stellen die Mineralölsteuern auf Treibstoffen dar, deren Landesanteil sich im 2005 auf CHF 11.6 Mio. belief und damit rund einen Drittel zur Einnahmenposition beisteuerten. Auch im Vergleich zu den Einnahmen des Vorjahres zeigt sich eine Abnahme der Gesamtposition um CHF 0.8 Mio. resp. 2.1 %.

An den gemeinsamen Einnahmen mit der Schweiz aus der Erhebung der leistungsabhängigen **Schwerverkehrsabgabe** (LSVA), ist das Land mit einem Anteil von knapp 7.1 ‰ der Nettoeinnahmen beteiligt. Der gesamte Nettoertrag (Totaleinnahmen abzüglich Aufwandentschädigung an Kantone) erreichte im Berichtsjahr CHF 1.2 Mia. Das liechtensteinische Anteilsbetreffnis belief sich damit auf CHF 8.7 Mio. und übertraf den Budgetwert um CHF 0.4 Mio. oder 4.5 %. Durch die deutliche Erhöhung der Schwerverkehrsabgabe auf den 1.1.2005 stieg der liechtensteinische Anteil an den gemeinsamen Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr 2004 um CHF 3.8 Mio. oder 78 % an. Nach den Bestimmungen des Schwerverkehrsabgabegesetzes fliessen zwei Drittel der liechtensteinische LSVA-Einnahmen an die Alters- und Hinterlassenenversicherung zur Deckung der Mehrkosten für die Finanzierung eines verbesserten Rentenvorbezugs, währenddem ein Drittel für die Subventionierung von umwelt- und gesundheitspolitischen Massnahmen im Verkehrsbereich sowie zum Ausgleich ungedeckter Kosten im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr verwendet werden soll.

2.22 Vermögenserträge

Nebst Erträgen aus den in den Poolanlagen verwalteten freien Mitteln des Finanzvermögens ergeben sich auch

Vermögenserträge aus dem Verwaltungsvermögen. Die Dividenden aus Beteiligungen und sonstige Gewinnanteile machten auch im Berichtsjahr 2005 erneut den grössten Anteil dieser Ertragskategorie aus. Mit einem Total von CHF 79.7 Mio. haben die Vermögenserträge ganz wesentlich zur Verbesserung des Resultats der Laufenden Rechnung gegenüber dem Budget wie auch gegenüber dem Vorjahr beigetragen. Das Budget 2005 rechnete mit einem Ertragsvolumen von CHF 64.3 Mio. und wurde damit um CHF 15.4 Mio. oder 23.9 % übertroffen. Mehr als die Hälfte dieser erfreulich positiven Budgetabweichung entfiel auf die Gewinnanteile, wobei es hier wieder die Dividende des Landes aus der Beteiligung an der Liechtensteinischen Landesbank AG war, welche mit einer in diesem Ausmasse nicht erwarteten Erhöhung den Budgetwert um CHF 7.8 Mio. übertraf. Mit einem Plus von CHF 0.5 Mio. lag auch die Dividende an der Beteiligung der Liechtensteinischen Post AG deutlich über dem Planwert. Für das Budget 2005 rechnete die Regierung mit Gewinnen aus Liegenschaftsverkäufen im Umfang von CHF 15.5 Mio. Im Rechnungsjahr 2005 resultierten in diesem Bereich insgesamt CHF 15.1 Mio., dies obwohl sich der Verkauf des Verwaltungsgebäudes der Liechtenstein Telenet AG mit geplanten CHF 10 Mio. aus zeitlichen Gründen nicht im Berichtsjahr realisieren liess. Diese Lücke füllten die Erträge aus dem Verkauf des Landeswerkhofs in Vaduz an die Gemeinde Vaduz sowie den daraus resultierenden Bodenverkäufen fast gänzlich. Der geplante Verkauf des Verwaltungsgebäudes im Rietacker Schaan an die Liechtensteinische Gasversorgung wurde plangemäss und im erwarteten Rahmen durchgeführt. Verschiedene sonstige, zeitlich nicht planbare Ertragspositionen verbesserten das Resultat der Vermögenserträge zusätzlich um CHF 7.1 Mio. Darunter fiel der Verkauf eines Anteils von 25 % der Liechtensteinischen Post AG an die Schweizerische Post. Nach der rechtlichen Verselbständigung des Postbetriebs in Liechtenstein und damit der Ablösung von der Schweizerischen Post unterbreitete die Liechtensteinische Regierung der Schweizer Post eine Option auf eine Beteiligung an der Liechtensteinischen Post AG im Umfang von 25 % des Aktienkapitals. Nach erfolgter Unternehmensbewertung löste die Schweizerische Post im vergangenen Jahr diese Option nun aus, was zu einem Verkaufserlös zu Gunsten der Landesrechnung von CHF 3.3 Mio. führte. Im Zusammenhang mit dem Vermögensverfall aus Straftatbeständen konfiszierte die Regierung im vergangenen Jahr Mittel im Umfang von CHF 1.7 Mio. (Vorjahr CHF 2.8 Mio.). Ein weiterer Verkaufsgewinn von CHF 2.0 Mio. ergab sich schliesslich durch die Veräusserung von Aktien der IntelSAT Ltd., welche im Zuge der Privatisierung der Gesellschaft erfolgte.

Beträge in CHF Mio.

Vermögenserträge	Rechnung Voranschlag Rechnung		
	2005	2005	2004
Gewinnanteile	51.7	43.2	50.0
Zinsen auf Dotationskapitalien	0.7	0.7	0.7
Kapital- und Mietzinsen etc.	5.2	5.0	5.3
Gewinne aus			
Liegenschaftsverkäufen	15.1	15.5	0.0
Sonstige Erträge	7.1	0.0	3.2
<i>Zwischentotal</i>	<i>79.7</i>	<i>64.3</i>	<i>59.2</i>
Erträge aus Poolanlagen	80.4	34.0	57.0
Total Vermögenserträge	160.1	98.3	116.2

Das Finanzergebnis 2005 beinhaltete Bruttoerträge im Umfang von CHF 80.4 Mio, welche sich aus Zinsen, Dividenden, realisierten Kursgewinnen sowie Zuschreibungen zusammensetzten. Aufgrund der überdurchschnittlich positiven Börsenentwicklung lagen sie um CHF 23.3 Mio. oder 41 % über dem Vorjahr, in welchem bereits ein sehr gutes Resultat erzielt werden konnte. Weitere Informationen zu den Erträgen aus der Vermögensbewirtschaftung sind in Kapitel 5 dieses Berichts enthalten.

2.23 Gebühren, Verkaufserlöse, Kostenrückerstattungen

Die laufenden Erträge im Bereich der Gebühren, Verkaufserlöse, Rückerstattungen und Bussen erreichten im Rechnungsjahr 2005 die Höhe von CHF 42.5 Mio. Damit wurde auch in diesem Bereich der für das Budget geplante Wert deutlich, nämlich um CHF 5.9 Mio. resp. 16.2 % übertroffen. Betraglich ins Gewicht fielen dabei die Mehreinnahmen für Ersatzabgaben (+ CHF 1.4 Mio.), für Gebühren (+ CHF 3.7 Mio.) und die Erlöse aus Verkäufen (+ CHF 0.8 Mio.). Als Ersatzabgaben werden die Einnahmen aus liechtensteinischen Gründungsgebühren taxiert, welche das Pendant zu den schweizerischen Stempelabgaben darstellen und im Berichtsjahr Erträge von CHF 1.9 Mio. einbrachten. Dabei stellten diese Einnahmen einen langjährigen Höchstwert dar und waren auf bedeutende Einzelfälle zurückzuführen. Im Bereich der Verwaltungsgebühren konnten Mehreinnahmen gegenüber dem Planwert von CHF 3.7 Mio. (+ 20.2 %) verzeichnet werden. Dabei übertrafen in erster Linie die Öffentlichkeitsregistergebühren mit einem Plus von CHF 3.2 Mio. den für das Budget 2005 angesetzten Wert. Aber auch die Grundbuchgebühren lagen um CHF 360 000 über den Annahmen und trugen so rund 10 % zur positiven Budgetabweichung bei. Die Erträge aus Verkaufserlösen brachten dem Land im Berichtsjahr rund CHF 8.0 Mio. ein, wovon ein Anteil von CHF 6.6 Mio. auf den Verkauf von Wertzeichen entfiel. Dieses erfreuliche Resultat übertraf zudem den Vergleichswert des Vorjahres um CHF 0.3 Mio. oder 4.7 % und war trotz eines

erneuten Rückgangs der Abbonnentenzahlen durch eine Erhöhung der Jahresnominale um knapp 10 % möglich. Die Rückerstattungen im Umfang von CHF 6.9 Mio. erreichten den Budgetwert ganz knapp. Dabei wurden Mindereinnahmen von IV-Beiträgen für die Sonderschulung und die integrative Schulung durch einen höheren Verwaltungskostenbeitrag der Arbeitslosenversicherung kompensiert. Im Berichtsjahr wurden Bussen und Geldstrafen in Höhe von CHF 1.8 Mio. in Rechnung gestellt, welche sich aus Bussen von CHF 1.2 Mio. der Landespolizei und vom Landgericht ausgesprochene Geldstrafen in Höhe von CHF 0.6 Mio. zusammensetzten.

Beträge in CHF Mio.

Entgelte	Rechnung Voranschlag Rechnung		
	2005	2005	2004
Konzessionsgebühren	0.2	0.1	0.7
Ersatzabgaben	1.9	0.6	0.8
Gebühren für Amtshandlungen	22.0	18.3	21.3
Verpflegungstaxen	0.2	0.2	0.1
Schulgelder	0.4	0.5	0.4
Benützungsgebühren/			
Dienstleistungen	0.8	0.9	0.9
Verkaufserlöse	8.0	7.1	7.6
Rückerstattungen	6.9	6.9	6.3
Bussen	1.8	1.8	2.0
Übrige Entgelte	0.4	0.3	0.3
Total Entgelte	42.5	36.6	40.3

Im Vorjahresvergleich erhöhte sich das Total der Entgelte ebenfalls um erfreuliche CHF 2.2 Mio. oder 5.5 %. Auch in diesem Fall lag der Hauptgrund bei höheren Öffentlichkeitsregistergebühren und höheren Gründungsgebühren, währenddem sich - bedingt durch die Verschiebung zur Finanzmarktaufsicht - eine Reduktion der entsprechenden Erträge im Umfang von rund CHF 1.8 Mio. ergab.

2.24 Rückerstattungen der Gemeinden

Mit der erfolgten Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden werden sich die Zahlungsströme in diesem Bereich ab dem Rechnungsjahr 2006 etwas reduzieren. Im Berichtsjahr flossen Mittel im Umfang von CHF 20 Mio. von den Gemeinden an das Land, bei welchen die hälftigen Gemeindeanteile an der Besoldung der PrimarlehrerInnen und KindergärtnerInnen den Hauptanteil ausmachten. Aufgrund geringerer Ausgaben in den entsprechenden Bereichen lagen fast sämtliche Rückerstattungspositionen unter dem für das Jahr 2005 angenommenen Wert. Die grösste Abweichung ergab sich dabei bei der Beteiligung der Gemeinden an den Flüchtlingskosten, welche aufgrund hoher Rückerstattungen sehr deutlich unter Budget abgerechnet wurden.

Beträge in CHF Mio.

Rückerstattungen	Rechnung Voranschlag Rechnung		
	2005	2005	2004
für Primarlehrerbesoldungen	12.1	12.7	11.7
für Kindergärtnerinnen	2.7	3.1	3.2
für Sonderschulung	0.8	1.0	0.8
für Ergänzungsleistungen	3.0	2.9	2.9
für Flüchtlingskosten	0.9	1.8	1.1
für Mietbeiträge	0.5	0.5	0.4
Total	20.0	21.8	20.2

Im Vorjahresvergleich ergab sich in diesem Bereich nur eine geringe Veränderung von CHF 0.2 Mio. oder 0.7 % zu Lasten der Landesrechnung.

Wie die nachstehende Tabelle aufzeigt, flossen im Berichtsjahr Mittel im Umfang von netto CHF 180 Mio. zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben vom Land an die Gemeinden. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies einen Anstieg um CHF 9.8 Mio. oder 5.8 %, welcher fast ausschliesslich auf die höheren Finanzausweisungen zurückzuführen war. Dabei machten diese nicht zweckgebundenen Finanzausweisungen (Steueranteile und Finanzausgleich) rund 4/5 des gesamten Netto-Transferolumens aus.

Beträge in CHF Mio.

Transferleistungen an Gemeinden	Rechnung Voranschlag Rechnung		
	2005	2005	2004
<i>1. Finanzausweisungen</i>			
Gesetzliche Steueranteile	78.3	77.6	75.8
Finanzausgleich	63.9	71.1	59.7
Zwischentotal			
Finanzausweisungen	142.2	148.7	135.5
<i>2. Subventionen</i>			
Investitionssubventionen	23.1	23.4	21.1
Beiträge an laufende Aufwendungen	34.8	36.7	33.8
Bruttoleistungen des Landes	200.1	208.8	190.4
Rückerstattungen der Gemeinden	-20.0	-21.8	-20.2
Total netto	180.0	187.0	170.2

3. INVESTITIONSRECHNUNG

3.1 Nettoinvestitionen

In der Investitionsrechnung werden die Ausgaben für die Schaffung von Sachgütern und die Begründung von Forderungsansprüchen - v.a. aus der Gewährung von Darlehen - ausgewiesen. Gleichgestellt sind die Investitionsbeiträge des Landes an Projekte öffentlicher Körperschaften oder Privater.

Beträge in CHF Mio.

Nettoinvestitionen	Rechnung Voranschlag Rechnung		
	2005	2005	2004
Bruttoinvestitionen	101.5	100.6	92.6
Investive Einnahmen	15.8	15.5	15.2
Nettoinvestitionen	85.7	85.0	77.5

Zur Teilfinanzierung der Bruttoinvestitionen stehen die speziellen investiven Einnahmen aus Darlehensrückzahlungen, allenfalls Verkaufserlösen oder rückfliessenden Investitionsbeiträgen zur Verfügung. Als Saldo ergeben sich die Nettoinvestitionen, welche in der Bilanz den Buchwert des Verwaltungsvermögens (vor Abschreibungen) erhöhen. Im Gegensatz zur privatwirtschaftlichen Jahresrechnung werden mit der Investitionsrechnung auch jene Vorgänge sichtbar gemacht, welche vom freien Finanzvermögen in das an einen bestimmten Zweck gebundene Verwaltungsvermögen übertragen werden.

Mit einem Netto-Investitionsvolumen von CHF 85.7 Mio. schloss die Investitionsrechnung im Rechnungsjahr 2005 nur gerade 0.8 % unter dem für den Voranschlag angesetzten Rahmen ab. Dabei liegt es in der Natur der Investitionsrechnung, dass einzelne Projekte die Annahmen übertreffen, andere dagegen die bewilligten Mittel nur teilweise beanspruchen. So hoben sich auch im vergangenen Jahr Budgetüberschreitungen und -unterschreitungen gegenseitig auf. Dabei ergab sich die deutlichste negative Abweichung durch die Umwidmung des Grundstücks Wille/Wimag vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen, währenddem genehmigte Investitionskredite im staatlichen Hochbaubereich aufgrund verschiedener Faktoren deutlich unterschritten wurden.

3.2 Bruttoinvestitionen

Das vom Landtag bewilligte Bruttoinvestitionsvolumen von CHF 100.6 Mio. wurde zu 100.9 % ausgeschöpft und erreichte im Rechnungsjahr 2005 die Höhe von CHF 101.5 Mio. Knapp ein Drittel davon beanspruchten die Investitionsbeiträge des Landes - welche grösstenteils an die Gemeinde flossen - während die staatlichen Investitionen im Hoch- und Tiefbaubereich mit rund CHF 44 Mio. knapp 44 % des gesamten Ausgabenrahmens ausmachten.

Beträge in CHF Mio.

Bruttoinvestitionen	Rechnung	Voranschlag	Rechnung
	2005	2005	2004
Grundstücke	15.7	0.1	4.7
Tiefbauten	8.3	7.8	7.5
Hochbauten	20.4	21.9	13.5
Mobilien, Maschinen, Informatik	10.4	16.6	14.3
Vorräte	0.0	0.0	
<i>Zwischentotal Sachgüter</i>	<i>54.8</i>	<i>46.5</i>	<i>40.0</i>
Darlehen	15.4	16.9	16.9
Beteiligungen	0.1		2.1
<i>Zwischentotal Eigeninvestitionen</i>	<i>70.3</i>	<i>63.4</i>	<i>59.0</i>
Investitionsbeiträge an:			
– Gemeinden	23.1	23.4	21.1
– Eigene Anstalten und Stiftungen	1.8	1.8	2.1
– Gemischtw. Unternehmungen	2.9	8.2	7.2
– Private	2.7	2.9	3.2
– Ausland	0.6	0.8	
Total	101.5	100.6	92.6

Für den Ankauf von **Grundstücken** waren im vergangenen Jahr Ausgaben von insgesamt CHF 15.7 Mio. zu verzeichnen. Nebst dem Erwerb von Naturschutzflächen sowie der letzten Tranche für den Grundstückserwerb im Zusammenhang mit der Zentrumsplanung in Schaan war es vor allem die Umwidmung des für die Erstellung des neuen Landeswerkhofs notwendigen Grundstücks Wille/Wimag im Umfang von CHF 15.2 Mio., welche zu diesem doch ausserordentlich hohen Ausgabenvolumen führte. Die Umwidmung war aus finanzhaushaltsrechtlichen Gründen deshalb vorzunehmen, weil der Landtag im vergangenen Jahr einem Verpflichtungskredit für die Erstellung resp. Adaption der bestehenden Gebäulichkeiten für den neuen Landeswerkhof zustimmte, womit das ursprünglich im Finanzvermögen geführte Grundstück aufgrund der nun an einen öffentlich-rechtlichen Zweck gebundenen Aufgabe über die Investitionsrechnung ins Verwaltungsvermögen zu überführen war.

Im Rahmen der **Tiefbauaktivitäten** des Landes stellte der Landtag für die Realisierung des Strassenbauprogramms einen Gesamtkredit im Umfang von CHF 7 Mio. zur Verfügung. Zusätzlich genehmigte er während des Jahres weitere Mittel im Umfang von CHF 1 Mio., in erster Linie für den Ausbau des Schwibboga-Kreisels in Bendern. Dieses Kreditvolumen wurde nun gänzlich ausgeschöpft, während sich jedoch bei den geplanten Gewässerbauprojekten eine deutliche Unterschreitung um CH 0.5 Mio. ergab. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, dass die Kapazitäten der Abteilung Rufen und Gewässer des Tiefbauamtes nach den Unwettern im August 2005 gänzlich durch notwendige Sofortmassnahmen absorbiert wurden.

Der budgetierte Rahmenkredit für die Realisierung staatlicher **Hochbauten** im Umfang von CHF 21.9 Mio.

wurde im Rechnungsjahr 2005 um 7 % unterschritten und schloss mit einem Ausgabenvolumen von CHF 20.4 Mio. ab. Der Hauptgrund für diese nur teilweise Kreditbeanspruchung lag bei terminlichen Verzögerungen beim Projekt «Neues Landtagsgebäude mit Parkierung». Demgegenüber wurden für die Realisierung des Schulzentrums Mühleholz II aufgrund eines speditiven Projektfortschritts knapp doppelt so viele Mittel benötigt wie vorgesehen. Nicht geplant war auch hier die Umwidmung der auf dem Wille/Wimag-Areal befindlichen Gebäude im Umfang von CHF 2.8 Mio. vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, ohne welche sich ein deutlich tieferer Ausschöpfungsgrad ergeben hätte.

Für die Anschaffung von **Mobiliar, Maschinen, Fahrzeuge**, usw. sah der Voranschlag 2005 Mittel im Umfang von CHF 9.5 Mio. vor. Mit effektiven Investitionen von CHF 5.0 Mio. blieben diese damit zu rund 46 % unbeanspruchung. Durch Verzögerungen bei der Realisierung des digitalen Funknetzwerks «Polycom» verschoben sich Investitionen von insgesamt CHF 3.3 Mio. vom Rechnungsjahr 2005 ins Folgejahr 2006, was rund drei Viertel der Gesamtabweichung dieser Investitionskategorie ausmachte.

Ebenfalls nur teilweise ausgeschöpft wurden die genehmigten Kredite im Bereich der **Informationstechnologie (IT)**. Von geplanten CHF 7.2 Mio. wurden Investitionen von gesamthaft CHF 5.4 Mio. getätigt, was einem Ausschöpfungsgrad von 76 % entspricht. Dabei wurde der Verlauf des Projekts INES (neue Informatiklösung für die Steuerverwaltung) in der Planung zu optimistisch angesetzt, was den Hauptgrund für die geringe Ausschöpfungsquote darstellte. Des weiteren konnte der Abgang eines Projektleiters bei der Informatikabteilung des Amtes für Personal und Organisation erst gegen Ende des Jahres wieder besetzt werden, wodurch verschiedene Vorhaben nicht oder nur mit zeitlicher Verzögerung gestartet werden konnten.

Die Ausgaben für **Darlehen** des Verwaltungsvermögens betragen im vergangenen Jahr CHF 15.5 Mio. und blieben damit um rund CHF 1.5 Mio. oder 8.7 % unter den geplanten Werten. Die Abweichung zum Voranschlag 2005 ist fast gänzlich auf tiefere Ausgaben für Wohnbauförderungsdarlehen zurückzuführen. Während der Voranschlag 2005 mit 120 auszahlenden Darlehen rechnete, kamen im vergangenen Jahr 102 Gesuchsteller und Gesuchstellerinnen in den Genuss eines zinslosen Wohnbauförderungsdarlehens. Da die durchschnittlich ausbezahlte Darlehenshöhe mit knapp CHF 124 000 doch deutlich über dem für den Voranschlag 2005 angenommenen Wert von CHF 116 700 lag, erreichte der Budgetausschöpfungsgrad trotz einer geringeren Anzahl Anträge den hohen Wert von 90.3 %. Dabei ist das Rechnungsjahr 2005 als Übergangsjahr nach Inkrafttreten der Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes auf den 1.1.2005 zu betrachten, so dass in diesem Jahr sowohl Darlehen nach altem wie nach neuem Recht zur Auszahlung gelangten.

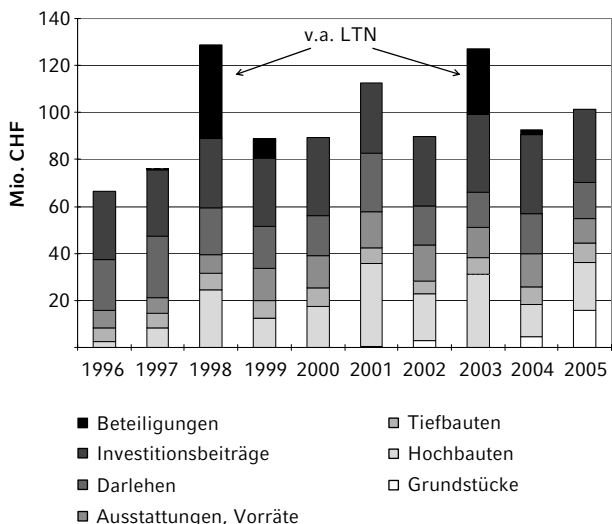
Die **Investitionsbeiträge an die Gemeinden** wurden im Rechnungsjahr 2005 mit CHF 23.1 Mio. fast zur

Gänze ausgeschöpft (Voranschlag = CHF 23.4 Mio.). Eine deutliche Verschiebung ergab sich lediglich im Bereich der Rüfeschtzbauten, bei welchen die für 2005 geplanten Projekte nur zu rund einem Drittel durchgeführt werden konnten, nachdem die entsprechenden personellen Ressourcen für die Bewältigung der Folgen der Unwetter vom August 2005 eingesetzt werden mussten. Per Saldo ergab sich dennoch lediglich eine Zusatzbelastung von netto CHF 0.2 Mio. Mit CHF 4.1 Mio. stellten die Subventionen an den Abwasserzweckverband Liechtenstein im vergangenen Jahr die betraglich bedeutendste Einzelposition dieser Ausgabenkategorie dar. Des weiteren flossen CHF 3.25 Mio. als erste Tranche des Landesbeitrags an das Bergbahnenprojekt Malbun sowie CHF 2.25 Mio. als Subvention für die Erweiterung des Sportparks Eschen-Mauren. Im Bereich der Subventionen für Grossprojekte, welche im Rechnungsjahr 2005 CHF 2.7 Mio. betrug, beanspruchte die Unterstützung für das Primarschulprojekt in Eschen CHF 1.1 Mio. sowie das Mehrzweckgebäude in Mauren einen Betrag von CHF 1.4 Mio.

Als Investitionsbeiträge an **eigene Anstalten und Stiftungen** wurden im vergangenen Jahr der Auf- und Ausbau der Sendeanlagen der Anstalt Liechtensteiner Rundfunk (LRF) einerseits (CHF 0.57 Mio.) sowie die Erweiterung des Liechtensteinischen Landesspitals andererseits (CHF 1.25 Mio.) vom Land finanziert.

Entgegen den Anmeldungen für den Voranschlag 2005 wurde von den **gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen** im Berichtsjahr deutlich weniger investiert als angenommen. Die Hauptabweichung liegt in diesem Bereich beim Investitionsbeitrag des Landes an die Stiftung Liechtensteinische Alters- und Krankenhilfe, welcher um CHF 5 Mio. tiefer lag als für den Voranschlag 2005 angenommen. Dabei wurden sowohl für den Neubau des Altersheims in Vaduz als auch für die Erweiterung des Altersheims in Eschen jeweils nur geringe Beträge durch die LAK abgerufen, da der Projektfortschritt bei beiden Häusern deutlich zu optimistisch eingeschätzt wurde.

Entwicklung Bruttoinvestitionen



3.3 Investive Einnahmen

Bei den im Rechnungsjahr 2005 verbuchten investiven Einnahmen handelt es sich vollumfänglich um die Rückzahlung von Darlehen des Landes. Diese beliefen sich auf CHF 15.8 Mio. und lagen damit geringfügig über den geplanten CHF 15.5 Mio. Die höchste Einzelabweichung ergab sich bei der Rückzahlung von Wohnbauförderungsdarlehen, welche das angenommene Volumen von CHF 13.0 Mio. um CHF 0.5 Mio. oder 3.5% überstiegen.

Beträge in CHF Mio.

Investive Einnahmen	Rechnung	Voranschlag	Rechnung
	2005	2005	2004
Rückzahlung Studiendarlehen	1.4	1.4	1.5
Rückzahlung Wohnbauförderungsdarlehen	13.5	13.0	12.8
Rückzahlung Darlehen. Junglandwirte	0.2	0.2	0.1
Rückzahlung Darlehen			
Fussballverband Gemeindeanteile	0.1	0.1	0.1
Rüfen/Rhein/Hangsanierung	0.6	0.8	0.7
Total	15.8	15.5	15.2

3.4 Finanzierung der Nettoinvestitionen

Die Nettoinvestitionen werden aus dem Cash Flow der Laufenden Haushaltsrechnung finanziert, also aus jenem Teil der Erträge, welcher nicht für die Deckung der laufenden Aufwendungen benötigt wird. Konkret setzen sich damit die Selbstfinanzierungsmittel aus dem Jahresergebnis der Laufenden Haushaltsrechnung vermehrt um die Abschreibungen auf die Bestandteile des Verwaltungsvermögens zusammen.

Beträge in CHF Mio.

Finanzierungsmittel	Rechnung	Voranschlag	Rechnung
	2005	2005	2004
Nettoinvestitionen	85.7	85.0	77.5
Selbstfinanzierungsmittel	124.8	55.3	62.7
Finanzierungsüberschuss	39.0		
Finanzierungsfehlbetrag		-29.7	-14.7

Bei der Erstellung des Budgets 2005 ging die Regierung von Selbstfinanzierungsmitteln in Höhe von CHF 55.3 Mio. aus. Vor allem durch den deutlich tieferen laufenden Aufwand einerseits sowie das erfreulich hohe Finanzergebnis andererseits erreichte der Cash Flow der Laufenden Rechnung das sehr hohe Niveau von CHF 124.8 Mio. und übertraf die Erwartungen damit um CHF 69.5 Mio. Diesen Selbstfinanzierungsmitteln standen Nettoinvestitionen von CHF 85.7 Mio. gegenüber, was zu einem entsprechenden Finanzierungsüberschuss in der Gesamtrechnung in Höhe von CHF 39 Mio. führte. Die Differenz zwischen dem frei verfügbaren Teil des Finanzvermögens zum eingesetzten Fremdkapital hat sich im Berichtsjahr demzufolge um diesen Betrag erhöht.

4. VERMÖGENSRECHNUNG

Die Vermögensrechnung zeigt den Bestand und die Zusammensetzung der Vermögensbestandteile, Schuldverpflichtungen und Eigenmittel des Landes am Jahresende. Ergänzend werden auch die separat angelegten Vermögenswerte der unselbständigen Stiftungen und Anstalten sowie die vom Staat verwalteten Stiftungen aufgeführt. Die Ergebnisse der laufenden und investiven Haushaltsrechnung finden in der Vermögensrechnung ihren Niederschlag. Ein Aufwandüberschuss in der Laufenden Rechnung hat eine Verminderung des staatlichen Reinvermögens zur Folge und ein Ertragsüberschuss führt zu einer Erhöhung des staatlichen Reinvermögens. Ein Deckungsüberschuss im Investitionshaushalt bewirkt eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen dem Finanzvermögen und dem eingesetzten Fremdkapital und ein Deckungsfehlbetrag zeigt, dass die Nettoinvestitionen nicht zur Gänze durch die Selbstfinanzierung gedeckt sind. Die Bewertung des Vermögens erfolgt nach dem Niederstwertprinzip. Für die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen sind in der Verordnung zum Finanzhaushaltsgesetz abgestufte Abschreibungssätze vorgesehen, welche sich nach der erfahrungsgemässen Lebens- oder Nutzungsdauer der Sachgüter richten. Unter den Anmerkungen zur Vermögensrechnung sind das treuhänderisch verwaltete Vermögen, die Eventualverpflichtungen, die Sachversicherungswerte und die Verpflichtungskredite aufgelistet.

4.1 Aktiven

Die Aktiven zeigen die Gliederung und Zusammensetzung der staatlichen Vermögenswerte. Sie sind in die Hauptgruppen Finanzvermögen, Deckungskapitalien und Verwaltungsvermögen unterteilt. Das freie und ungebundene **Finanzvermögen** beläuft sich am Bilanzstichtag auf CHF 1 485.1 Mio. und hat sich um CHF 54.7 Mio. gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die **Flüssigen Mittel** werden mit CHF 219.5 Mio. ausgewiesen und übertreffen damit die Vergleichswerte des Vorjahres um beachtliche CHF 54.1 Mio. In dieser relativ hohen Abweichung widerspiegelt sich der Deckungsüberschuss der Gesamtrechnung von CHF 39 037 190.14. Veranschlagt war ein Finanzierungsfehlbetrag von CHF 29.8 Mio. Aufgrund dieser Vorhersage wurden Geldmittel bereitgestellt, aber nicht beansprucht. Die Flüssigen Mittel enthalten die Kassabestände, Postcheckguthaben und kurzfristigen Bankanlagen zur Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft. Ihr Bestand orientiert sich unter anderem an den Ausgabenverpflichtungen, welche nach Ablauf des Kalenderjahres noch zulasten des abgelaufenen Verwaltungsjahres zu erfüllen sind. Erfahrungsgemäss kann ein Grossteil des Aufwands, besonders im Bereich der Investitionen, Beiträge, Subventionen und Finanzzuweisungen, erst in den ersten drei Monaten des Folgejahres abgerechnet werden, was den Mittelbedarf in diesem Zeitabschnitt stark ausweitet und die Bereithaltung

eines entsprechend hohen Geldbestandes erforderlich macht. Um die Zahlungsbereitschaft weiterhin gewährleisten zu können, wurden zu Beginn des Jahres 2006 CHF 53.0 Mio. von den Poolanlagen in die Flüssigen Mittel übertragen. Die Höhe der Rücknahme der Geldmittel von den Poolanlagen in die Flüssigen Mittel richtet sich vor allem nach dem veranschlagten Deckungsfehlbetrag aus dem ordentlichen Geschäftsverkehr.

Die **Forderungen** haben sich gesamthaft um CHF 7.1 Mio. auf CHF 118.3 Mio. erhöht, wobei in dieser Nettosumme eine Delkredererückstellung von CHF 10.3 Mio. zur Abdeckung möglicher Forderungsverluste in Abzug gebracht wurde. Die **Steuerguthaben** haben sich im Berichtsjahr um CHF 2.8 Mio. vermindert und werden mit CHF 20.5 Mio. ausgewiesen. Demgegenüber sind die **Debitoren und Andere Guthaben** um CHF 11.1 Mio. auf CHF 81.1 Mio. angestiegen. Der Grund für diese Zunahme liegt vor allem am Restguthaben des Landes über CHF 6.7 Mio. aus dem Verkauf des Werkhofs Vaduz und einem Bodentauschgeschäft zwischen dem Land und der Gemeinde Vaduz. Die Abnahme der **kurzfristigen Darlehen, Vorschüsse und Kautionen** um CHF 1.8 Mio. auf CHF 4.6 Mio. ist im wesentlichen auf die Verminderung der Bevorschussung des Mindestbeitrages der LSVA an die AHV um CHF 1.6 Mio. auf mittlerweile CHF 1.9 Mio. zurückzuführen. Dieser Vorschuss wird mit den seit 2005 steigenden Erträgen aus der LSVA verrechnet. Die Unterhaltsvorschüsse haben sich geringfügig um CHF 0.2 Mio. auf CHF 1.9 Mio. vermindert. Die **Kontokorrentguthaben** haben sich im Berichtsjahr um CHF 1.6 Mio. erhöht und werden mit CHF 22.3 Mio. ausgewiesen. Die Erhöhung begründet sich darin, dass die Forderungen gegenüber den Gemeindesteuerkassen in diesem Umfang zugenommen haben. Die Wertberichtigung auf den Forderungen hat sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 0.9 Mio. erhöht. Zurückzuführen ist diese Zunahme im wesentlichen auf den höheren Anteil an Einzelwertberichtigungen.

Die **Anlagen des Finanzvermögens** verminderten sich im Vergleich zum Vorjahr um CHF 19.2 Mio. auf insgesamt CHF 1 133.9 Mio. Die **Langfristigen Finanzanlagen**, welche die freien Anteile des Landes an den Aktienkapitalen der Liecht. Landesbank AG und der Liecht. Post AG beinhalten, haben sich aufgrund des Verkaufs von 25 % des Aktienkapitals der Liecht. Post AG an die Schweizerische Post AG um CHF 1.25 Mio. auf CHF 27.6 Mio. verringert. Der Staatsanteil an der Liecht. Post AG beträgt nach diesem Verkauf 75 % und der Staatsanteil am Aktienkapital der Liecht. Landesbank AG beläuft sich per 31. Dezember 2005 auf 67.1 %. Die **Poolanlagen**, in welchen die an Dritte zur Verwaltung übertragenen Vermögensanlagen der Reservekapitalien zusammengefasst sind, haben sich gegenüber dem Vorjahr nur leicht um CHF 1.1 Mio. auf CHF 1 028.6 Mio. vermindert. Die Rücknahme von Flüssigen Mitteln von CHF 55.0 Mio. zu Beginn des Berichtsjahres wurde durch den erzielten Nettogewinn der Poolanlagen von CHF 53.9 Mio. annä-

hernd ausgeglichen. Die Poolanlagen werden zum Niederstwert bilanziert. Die *Gebäude und Grundstücke* haben sich um CHF 16.8 Mio. auf CHF 77.8 Mio. verringert. Ursache für diese Abnahme ist einerseits ein Kauf-/Tauschvertrag mit der Gemeinde Vaduz, der einen Abgang von CHF 1.3 Mio. bewirkte und andererseits die Umwidmung eines Teils des Wille/Wimag-Areals vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen von netto CHF 15.5 Mio.

Die **Aktive Rechnungsabgrenzung** bzw. die Transitorischen Aktiven betreffen ertragsmässige Abgrenzungen zwischen dem alten und neuen Rechnungsjahr unter dem Aspekt einer periodengerechten Darstellung. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 12.6 Mio. auf CHF 13.4 Mio. erhöht. Die Zunahme ist insbesondere auf die im Dezember 2005 im voraus bezahlten Januarlöhne für das Staatspersonal von CHF 9.0 Mio. und auf im voraus bezahlte Schulgelder von CHF 2.9 Mio. an das Berufs- und Weiterbildungszentrum BZB in Buchs zurückzuführen.

Beträge in CHF Mio.

Aktiven	31.12.2005	31.12.2004	+/-
Flüssige Mittel	219.5	165.3	54.2
Forderungen	118.3	111.2	7.1
Anlagen Finanzvermögen	1 133.9	1 153.1	-19.2
Transitorische Aktiven	13.4	0.8	12.6
Finanzvermögen	1 485.1	1 430.4	54.7
Deckungskapitalien	71.1	75.9	-4.8
Verwaltungsvermögen	516.6	516.8	-0.2
Total Aktiven	2 072.8	2 023.1	49.7

Bei den **Deckungskapitalien für Stiftungen und Anstalten** resultiert im Vergleich zum Vorjahr eine Abnahme von CHF 4.8 Mio., die sich einerseits aus dem Defizit der Arbeitslosenversicherungskasse von CHF 5.5 Mio. und dem Aufwandüberschuss von CHF 0.1 Mio. der Stiftung pro Liechtenstein und andererseits aus dem Ertragsüberschuss der Liechtenstein Bus Anstalt von CHF 0.4 Mio. und der Zunahme der Stiftungsrechnungen von ebenfalls CHF 0.4 Mio. zusammensetzt.

Das **Verwaltungsvermögen** entspricht dem Anlagevermögen der privatwirtschaftlichen Bilanz. Es ist an einen bestimmten, gesetzlich festgelegten Zweck gebunden und kann damit im Gegensatz zu den Bestandteilen des freien Finanzvermögens nicht ohne weiteres realisiert werden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Verwaltungsvermögen unwesentlich um CHF 0.2 Mio. vermindert und wird mit CHF 516.6 Mio. ausgewiesen. Die Abnahme entspricht den Nettoinvestitionen des Berichtsjahres in Höhe von CHF 85.7 Mio., vermindert um die vorgenommenen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von CHF 85.8 Mio.

Die gewährten **Darlehen** belaufen sich auf CHF 216.1 Mio., was einer geringen Zunahme von CHF 0.2 Mio. gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die *Wohnbaudarlehen*

verzeichneten einen minimalen Abgang um CHF 0.9 Mio. und die *Studiendarlehen* stiegen um CHF 1.0 Mio. an. Die neu gewährten Wohnbau- und Studiendarlehen konnten somit nahezu aus den zurückgeflossenen Tilgungsraten finanziert werden. Die *Darlehen an Junglandwirte* haben sich geringfügig um CHF 0.1 Mio. auf CHF 2.5 Mio. erhöht. Die Zunahme der Darlehen an Junglandwirte ist auf die Gewährung von neuen Darlehen über CHF 0.3 Mio. und auf den Eingang von Rückzahlungsraten von CHF 0.2 Mio. zurückzuführen. Für das im Jahr 2003 bewilligte Darlehen an den *Liechtensteiner Fussballverband* für die Kosten zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit anlässlich der Heimspiele gegen England und die Türkei zur Qualifikation für die Fussball-Europameisterschaft in Portugal wurde die zweite von fünf Rückzahlungsraten in Rechnung gestellt.

Die **Beteiligungen** haben sich im Berichtsjahr um CHF 5.5 Mio. vermindert und werden mit CHF 166.7 Mio. ausgewiesen. Die vom Land zu haltenden 51%-Pflichtanteile am Aktienkapital der *Liecht. Landesbank AG* und der *Liecht. Post AG* betragen nach wie vor CHF 83.6 Mio. bzw. CHF 2.55 Mio. Auch die Beteiligungen an den *Liecht. Kraftwerken* mit CHF 2.0 Mio. und der *Liecht. Gasversorgung* mit CHF 16.5 Mio. blieben unverändert. Demgegenüber wurde die Beteiligung an der *LTN Liechtenstein TeleNet AG* aufgrund des Verlustvortrages und des Jahresverlustes 2005 um CHF 3.0 Mio. auf CHF 62.0 Mio. wertberichtigt. Nach Berücksichtigung des Verlustbeitrages des Landes von CHF 1.4 Mio. wies die *Liecht. Rundfunkanstalt* einen Jahresverlust 2005 von CHF 1.0 Mio. aus. Im Vorjahr wurde bereits ein Verlust von CHF 0.35 Mio. bilanziert. Aufgrund des Verlustvortrages von insgesamt CHF 1.35 Mio. und den negativen Ertragsausichten wurde die Beteiligung auf einen Erinnerungsfranken abgeschrieben. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Bewertung und Abschreibung von Bestandteilen des staatlichen Vermögens sehen vor, dass für Beteiligungen, für die kein Kurswert vorhanden ist, eine vorsichtige Bewertungsmethode anzuwenden ist. Aus diesem Grund wurde das gesamte Anstaltskapital des Liecht. Rundfunks wertberichtigt.

Die **Sachanlagen**, bestehend aus Tiefbauten, Hochbauten, Mobilien und Einrichtungen, Schulausstattungen und Vorräte sowie Informatikanlagen, sind nach Vornahme der gesetzlichen Abschreibungen mit insgesamt CHF 133.9 Mio. bewertet, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von CHF 5.2 Mio. entspricht. Die Hochbauten haben sich um CHF 7.0 Mio. erhöht, demgegenüber verringerten sich die Mobilien und Einrichtungen um CHF 1.2 Mio. und die Informatikanlagen um CHF 0.6 Mio.

4.2 Passiven

Die Passiven setzen sich aus den Fremden Mitteln, den Deckungskapitalien der separat verwalteten Stiftungen und Anstalten sowie aus dem Reinvermögen zusammen. Nach Ausklammerung der Verpflichtungen an Stiftungen und Anstalten, welche durch separate Vermögens-

anlagen zur Gänze abgedeckt sind, weist das Fremdkapital einen Anteil von 14.1 % an der Bilanzsumme aus. Demgegenüber stellt das Eigenkapital 85.9 % der Bilanzsumme, was deutlich macht, dass die Finanzierungsstruktur des Staatshaushalts nach wie vor ein gesundes Verhältnis aufweist.

Zum Jahresende beläuft sich das **Fremdkapital** auf CHF 282.8 Mio., was einer Zunahme um CHF 15.6 Mio. gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die **kurzfristigen Verbindlichkeiten** haben sich im Vergleich zum Vorjahr um CHF 8.0 Mio. auf CHF 107.6 Mio. verringert. Die *Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen* haben um CHF 16.4 Mio. auf CHF 83.2 Mio. abgenommen, was vor allem mit dem zeitlichen Verzug des Rechnungseingangs zusammenhängt. Demgegenüber haben sich die *Übrigen kurzfristigen Verbindlichkeiten* um CHF 6.5 Mio. auf CHF 20.2 Mio. erhöht. Diese Zunahme ist insbesondere auf Geldbeschlagnahmungen in Höhe von CHF 9.7 Mio. zurückzuführen, die aus dem Verfall von Vermögenswerten gemäss Strafgesetzbuch vereinnahmt wurden und für die noch kein endgültiges Gerichtsurteil vorliegt. Demgegenüber wurden Verfahren mit einer Verfallsumme von CHF 3.4 Mio. abgeschlossen. Die eine Hälfte dieser sichergestellten Geldmittel wurde an die begünstigten Staaten ausbezahlt und die andere Hälfte konnte erfolgswirksam in der Laufenden Rechnung verbucht werden.

Die **Kurzfristigen Finanzschulden** haben um CHF 23.4 Mio. auf CHF 173.2 Mio. zugenommen. Die Guthaben der Gemeindekassen erhöhten sich um CHF 8.6 Mio. und betragen nun im Berichtsjahr CHF 103.6 Mio. Um beachtliche CHF 14.8 Mio. auf CHF 69.7 Mio. haben sich die *Lohnsteuer-Vorauszahlungen* erhöht, welche im kommenden Jahr mit der fällig werdenden Vermögens- und Erwerbssteuer der Arbeitnehmer verrechnet werden.

Beträge in CHF Mio.

Passiven	31.12.2005	31.12.2004	+/-
Kurzfristige Verbindlichkeiten	107.6	115.6	-8.0
Transitorische Passiven	0.0	0.0	0.0
Kurzfristige Finanzschulden	173.3	149.9	23.4
Spezialfinanzierungen	1.8	1.7	0.1
Fremde Mittel	282.8	267.2	15.6
Stiftungen, Anstalten	71.1	75.9	-4.8
Reinvermögen	1 719.0	1 679.9	39.1
Total Passiven	2 072.8	2 023.1	49.7

Bei den **Verpflichtungen gegenüber Stiftungen und Anstalten** ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Abnahme von CHF 4.8 Mio., die sich einerseits aus dem Defizit der Arbeitslosenversicherungskasse von CHF 5.5 Mio. und dem Aufwandüberschuss von CHF 0.1 Mio. der Stiftung pro Liechtenstein und andererseits aus dem Ertragsüberschuss der Liechtenstein Bus Anstalt von CHF 0.4 Mio. und der Zunahme der Stiftungsrechnungen von ebenfalls CHF 0.4 Mio. zusammensetzt.

Das **Reinvermögen** hat sich im Berichtsjahr um den Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von CHF 39.0 Mio. erhöht und wird am Bilanzstichtag mit CHF 1 719.0 Mio. ausgewiesen.

4.3 Vermögensbewertung

Zur Beurteilung der Vermögenslage wird das Verhältnis zwischen dem Finanzvermögen und dem eingesetzten Fremdkapital herangezogen. Die Bestandteile des Verwaltungsvermögens werden nicht berücksichtigt, da sie an eine gewisse öffentlich-rechtliche Aufgabe gebunden und damit der freien Verfügbarkeit als Finanzierungsquelle entzogen sind. Gemäß dem Finanzleitbild bildet der Deckungsgrad der Verbindlichkeiten eine der fünf Kennzahlen für die Gewährleistung eines längerfristig gesunden Staatshaushalts.

Beträge in CHF Mio.

Faktoren	2003	2004	2005	+/-
Finanzvermögen	1 433.9	1 430.4	1 485.1	54.7
Fremdkapital	256.0	267.2	282.8	15.6
Deckungsüberschuss	1 177.9	1 163.2	1 202.3	39.1
Deckungsgrad der Verbindlichkeiten in %	560	535	525	-10

Das Finanzvermögen beläuft sich auf CHF 1 485.1 Mio. Diesem stehen Schuldverpflichtungen an Dritte in der Höhe von CHF 282.8 Mio. gegenüber. Der Deckungsüberschuss beträgt somit CHF 1 202.3 Mio., was einem Deckungsgrad von 525 % entspricht und bedeutet, dass das Fremdkapital 5,25 mal gedeckt ist. Das Finanzleitbild fordert ein Deckungsverhältnis von 420 %. Aus Sicht der Vermögenslage kann der Finanzhaushalt als gesund betrachtet werden.

5. ERTRÄGE AUS DER VERMÖGENSBEWIRTSCHAFTUNG

5.1. Vorbemerkungen

Das Jahr 2005 war in wirtschaftlicher Hinsicht durch viele gute Signale gekennzeichnet, insbesondere aber durch die positiven Gewinnentwicklungen der Unternehmungen und das vor allem in den Vereinigten Staaten kräftige Wirtschaftswachstum. Doch gab es auch schlechte Nachrichten und Verunsicherungen wie beispielsweise die verschiedenen Zinserhöhungen der amerikanischen Notenbank, die stetig steigenden Energiepreise, aber auch die Naturkatastrophen in Südostasien oder im Süden der USA sowie die anhaltenden Unsicherheiten in den Kriegsgebieten. Trotz diesen negativen Einflüssen geht das Jahr 2005 als überdurchschnittlich gutes Finanzjahr in die Geschichte ein. Mit der bereits im Jahr 2004 festgestellten Zinswende stiegen denn auch im Berichtsjahr die kurzfristigen Zinsen in den meisten Ländern an. Im Gegensatz dazu haben sich jedoch die Kapitalmarktzinsen uneinheitlich entwickelt. Aus der Sicht

des Schweizer Franken Investors hatten die Bewegungen wenig Einfluss auf die Renditen. Viel entscheidender war die Aufwertung des USD gegenüber dem CHF. Vor allem war 2005 ein ausgesprochen gutes Jahr für Aktienanlagen. Am Schweizer Markt konnten die höchsten Renditen seit 1997 erzielt werden. Im internationalen Vergleich wurde damit hinter Japan und den Emerging Markets eines der besten Resultate erreicht. Die weiteren ausländischen Märkte tendierten sowohl in Lokalwährung als auch in Schweizer Franken grundsätzlich positiv. So haben die für die Bewirtschaftung des Finanzvermögens massgeblichen Indexwerte durchwegs zugelegt. Die ausländischen CHF-Obligationen stiegen indexmässig um 2.4 % an, die Obligationen in Fremdwährungen (Basiswährung CHF) um 10.7 %. Die Aktien Schweiz/Liechtenstein erzielten eine Rendite von 35.6 % und die ausländischen Aktien von 29.1 %. Mit der konstanten Beibehaltung einer vorsichtigen, durch ein verhältnismässig tiefes Schwankungsrisiko gekennzeichneten Anlagestrategie, konnte mit dem Finanzvermögen eine Performance erwirtschaftet werden, die angesichts des ausgewogenen Rendite-/Risikoverhältnisses als gut bezeichnet werden kann.

5.2 Poolanlagen des Finanzvermögens

5.21 Anlagestrategie

Das im Jahre 2003 neu eingesetzte Anlagekonzept, welches auf einer auf Risikofähigkeit und Risikotoleranz des Finanzvermögens abgestützten Anlagestrategie mit klar definierten Benchmarks und Bandbreiten basiert, bildete auch im Berichtsjahr die Grundlage der Vermögensbewirtschaftung. Die Anlagestrategie 2005 wurde gegenüber den Vorjahren nur geringfügig angepasst.

5.22 Bewertung

Die Bewertung der Vermögensanlagen stützt sich auf die Verordnung vom 10. Oktober 2000 über die Bewertung und Abschreibung der Bestandteile des staatlichen Vermögens und auf die Verordnung vom 5. Februar 2002 betreffend die Abänderung der Verordnung über die Bewertung und Abschreibung der Bestandteile des staatlichen Vermögens, welche nach wie vor die Bewertung nach dem Niederstwertprinzip (Anschaffungswert bzw. tieferer Marktwert auf Einzelbewertungsebene) vorsehen.

5.23 Entwicklung der Poolanlagen nach dem Niederstwertprinzip

5.23.1 Buchwerte

Die Anlagewerte des staatlichen Reservevermögens haben sich in den letzten drei Jahren wie folgt entwickelt:

Beträge in CHF Mio.

Positionen	2005	2004	2003
Bestand per 01.01.	1 029.7	1 039.7	997.2
Kapitaleinlagen /-rückzug	-55.0	-50.0	0.5
Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden)	27.1	28.1	27.9
Realisierte Gewinne / Verluste	22.5	0.2	-0.3
Gebühren, Kosten, Steuern	-4.6	-4.2	-3.8
Zu-/Abschreibungen auf Niederstwert	8.9	16.0	18.2
Bestand per 31.12.	1 028.6	1 029.7	1 039.7

Unter der Berücksichtigung des Kapitalrückzugs von CHF 55.0 Mio. zu Beginn des Berichtsjahres und dem erwirtschafteten Nettogewinn von CHF 53.9 Mio. verringerte sich der Buchwert um CHF 1.1 Mio. auf CHF 1 028.6 Mio. Die Kapitalerträge liegen in etwa im Bereich der Vorjahre. Bei den realisierten Gewinnen/Verlusten konnte ein positiver Beitrag von CHF 22.5 Mio. erzielt werden. Die Gebühren, Kosten und Steuern haben sich aufgrund der angestiegenen Depotwerte zu Marktwerten leicht erhöht. Wie bereits in den letzten beiden Jahren konnten Zuschreibungen vorgenommen werden. Diese sind auf Abschreibungen zurückzuführen, die wegen den teils massiven Kurseinbrüchen in den Jahren 2001 und 2002 verbucht werden mussten und nunmehr grösstenteils wieder aufgeholt werden konnten.

5.23.2 Erträge und Verluste aus Vermögensanlagen

Die buchmässigen Erträge bzw. Verluste aus der Verwaltung der Poolanlagen stellen sich im Dreijahresvergleich wie folgt dar:

Beträge in CHF Mio.

Positionen	2005	2004	2003
Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden)	27.1	28.1	27.9
Realisierte Gewinne / Verluste	22.5	0.2	-0.3
Bruttoerträge	49.6	28.3	27.6
Nicht realisierte Kapitalerfolge	8.9	16.0	18.2
Zwischentotal	58.5	44.3	45.8
Kosten, Gebühren, Steuern	-4.6	-4.2	-3.8
Zwischentotal	53.9	40.1	42.0
Schwankungsrückstellung	0	0	0
Nettogewinn /-verlust	53.9	40.1	42.0

Die Kapitalerträge haben gegenüber dem Vorjahr um CHF 1.0 Mio. auf CHF 27.1 Mio. abgenommen. Der realisierte Erfolg von netto CHF 22.5 Mio. setzt sich aus realisierten Gewinnen von CHF 38.4 Mio. und realisierten Verlusten von CHF 15.9 Mio. zusammen. Aus der Wertaufholung aufgrund von Vorjahresabschreibungen konnten Zuschreibungen von CHF 8.9 Mio. verbucht werden. Der Nettogewinn für das Berichtsjahr beläuft sich auf CHF 53.9 Mio.

5.23.3 Kosten der Vermögensverwaltung

Die Kosten der Vermögensverwaltung und für das Investmentcontrolling einschließlich Compliance und Consulting sowie für die Wertschriftenbuchhaltung zeigen den folgenden Verlauf:

Beträge in CHF

Positionen	2005	2004	2003
Transaktionskosten (Bankspesen, Courtage, Steuern und Abgaben)	1 623 083	1 653 667	1 199 595
Verwaltungsgebühren / Pauschalgebühren	2 459 818	2 046 737	2 171 444
Depotgebühren	-	-	-
Buchhaltung / Investmentcontrolling / Consulting	532 559	517 895	446 561
Total Kosten	4 615 461	4 218 299	3 817 600
durchschnittliches Kapital in Mio.	1 082.3	1 070.6	1 052.7
Aufwand in % vom durch. Kapital	0.42	0.39	0.36

Die Kosten für die Verwaltung der Poolanlagen haben sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 0.4 Mio. auf insgesamt CHF 4.6 Mio. erhöht. Die Aufwendungen für die Transaktionen, Buchhaltung, Investmentcontrolling und Consulting blieben gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Die Zunahme der Gesamtkosten ist auf die Verwaltungs- und Pauschalgebühren zurückzuführen, die aufgrund der gestiegenen Depotwerte entsprechend höher ausgefallen sind. Darüber hinaus haben einzelne Mandate eine Outperformance erzielt, für welche eine anteilige Performancebeteiligung von insgesamt CHF 0.2 Mio. ausbezahlt wurde.

5.24 Entwicklung der Poolanlagen nach dem Marktwertprinzip

5.24.1 Bewertung zu Marktwerten

Im Gegensatz zum Niederstwertprinzip, welches die Wertpapiere und Anlagen zum Anschaffungs- oder tieferen Marktwert ausweist, zeigt die Bewertung zum Marktwertprinzip die am Ende des Jahres für die einzelnen Anlagenkategorien geltenden Kurswerte. Die folgende Übersicht verdeutlicht die Entwicklung der Marktwerte:

Beträge in CHF Mio.

Positionen	2005	2004	2003
Marktwert per 01.01.	1 087.4	1 100.3	1 030.0
Kapitaleinlagen /-rückzug	-55.0	-50.0	0.5
Kapitalerträge	27.1	28.1	27.8
Kapitalgewinne / -verluste	89.7	13.2	45.8
Gebühren, Kosten, Steuern	-4.6	-4.2	-3.8
Marktwert per 31.12.	1 144.6	1 087.4	1 100.3

Nach Berücksichtigung des Kapitalrückzugs von CHF 55.0 Mio. zu Beginn des Berichtsjahres hat sich der

Marktwert der Anlagen im Vergleich zum Vorjahr um CHF 57.2 Mio. auf CHF 1 144.6 Mio. erhöht. Die Kapitalerträge in Form von Zinsen und Dividenden liegen mit rund CHF 27.1 Mio. im Bereich der Vorjahre. Die Kosten belaufen sich auf CHF 4.6 Mio. und die Kapitalgewinne auf CHF 89.7 Mio. Die gesamte Wertsteigerung liegt mit CHF 112.2 Mio. weit über derjenigen der Vorjahre, was vorwiegend auf die positive Entwicklung an den Aktienmärkten zurückzuführen ist.

5.24.2 Performance

Die Nettoperformance nach dem Marktwertprinzip beinhaltet die realisierten Erträge und aufgelaufenen Marchzinsen unter Berücksichtigung allfälliger Kursgewinne oder -verluste nach Abzug der Kosten für die Vermögensverwaltung. Im Dreijahresvergleich zeigt sich die folgende Entwicklung:

Beträge in CHF Mio.

Positionen	2005	2004	2003
Marktwert per 01.01.			
inkl. Marchzinsen	1 087.4	1 100.3	1 030.0
Kapitaleinlagen / -rückzug	-55.0	-50.0	0.5
Zwischentotal	1 032.4	1 050.3	1030.5
Kapitalerträge	27.1	28.1	27.8
Kapitalgewinne / -verluste	89.7	13.2	45.8
Gebühren, Kosten, Steuern	-4.6	-4.2	-3.8
Marktwert per 31.12.			
inkl. Marchzinsen	1 144.6	1 087.4	1 100.3
Performance nach Kosten	112.2	37.1	69.8
Performance in %	10.8	3.5	6.8

Nach dem letztjährigen positiven Resultat von CHF 37.1 Mio. konnte im Berichtsjahr ein weit höherer Wertzuwachs von CHF 112.2 Mio. erzielt werden. In Prozenten ausgedrückt wurde für das Finanzvermögen eine Nettoperformance von 10.8 % erwirtschaftet.

Nachdem das gesamte Finanzvermögen vor drei Jahren vollständig umstrukturiert wurde, kann bezüglich der Depotstruktur und der Entwicklung der einzelnen Anlagenkategorien erstmals ein Dreijahres-Vergleich erstellt werden:

Anlagekategorie	2005			2004			2003		
	Marktwert in CHF Mio.	Portfolio in %	Perf. in %	Marktwert in CHF Mio.	Portfolio in %	Perf. in %	Marktwert in CHF Mio.	Portfolio in %	Perf. in %
Obligationen CHF	697.4	60.9	1.8	706.5	65.0	2.8	638.2	58.0	1.3
Obligationen FW	52.8	4.6	6.6	59.0	5.4	3.1	138.2	12.5	5.1
Aktien CH / FL	113.2	9.9	33.9	106.9	9.8	4.9	108.7	9.9	19.6
Aktien Ausland	234.8	20.5	27.8	194.1	17.9	5.4	204.6	18.6	18.6
Alternative Anlagen	46.4	4.1	11.7	20.9	1.9	4.4	10.6	1.0	12.3
Gesamttotal	1 144.6	100.0	10.8	1 087.4	100.0	3.5	1 100.3	100.0	6.8

Im Berichtsjahr gab es sowohl Kursgewinne bei den Aktien- und Obligationenanlagen als auch Währungsgewinne, welche überwiegend auf die Entwicklung des US Dollars zurückzuführen sind.

5.25 Vergleich zwischen Niederstwerten und Marktwerten

Im Vergleich zum angewandten Bewertungsmodell des Niederstwertes zeigen sich folgende Unterschiede gegenüber einer Bewertung der Anlagen zu Marktwerten:

Positionen	Beträge in CHF Mio.		
	2005	2004	2003
Marktwerte inkl. Marchzinsen	1 144.6	1 087.4	1 100.3
Anschaffungswerte inkl. Marchzinsen	1 028.6	1 029.7	1 039.7
Stille Reserven	116.0	57.7	60.6

Die Bewertungsreserve für das Berichtsjahr liegt bei CHF 116.0 Mio. bzw. 11.3 %.

5.26 Wertung des Ergebnisses

Das Jahr 2005 war ein gutes Börsenjahr. Insbesondere die Aktienmärkte entwickelten sich durchwegs positiv. So legte beispielsweise der Schweizerische Aktienmarkt um 35.6 % zu. Die weltweiten Aktienmärkte machten einen Kurssprung von 29.1 % und einzelne Märkte wie beispielsweise Japan legten sogar über 40 % zu. Im Gegensatz zum Vorjahr entwickelte sich auch der US Dollar im Vergleich zum Schweizer Franken positiv. Aufgrund der Zinsentwicklung in den USA haben die Investoren bei den USD-Obligationen leichte Kursverluste hinnehmen müssen, demgegenüber verzeichneten die CHF-Obligationen und EUR-Obligationen leichte Kursgewinne.

Die Gesamtperformance von 10.8 % für die Poolanlagen kann aufgrund der konservativen Anlagestrategie bzw. konservativen Gewichtungen von rund 30 % Aktien und 25 % Fremdwährungen als gut bewertet werden. Die festgelegte Anlagestrategie hätte ein Gesamtergebnis von 10.4 % ergeben. Trotz der zusätzlichen Belastung von fiskalischen Abgaben und Verwaltungskosten

konnte eine Outperformance von 0.4 % für die Poolanlagen des Finanzvermögens erzielt werden.

5.27 Ausblick

Die EUR- und CHF-Obligationenrenditen sind im Jahre 2005 nochmals gefallen. Die USD-Obligationenrenditen sind jedoch deutlich gestiegen. Die Entwicklung für das Jahr 2006 wird von der amerikanischen Notenbank dominiert werden. Aufgrund gestiegener Inflationsrisiken und einer nach wie vor robusten Wirtschaftsentwicklung wird die amerikanische Notenbank die Leitzinsen im Jahre 2006 weiter anheben.

Die Aktienmärkte sind im Jahr 2005 überdurchschnittlich stark angestiegen. Die gute Entwicklung der Wirtschaft, steigende Unternehmensgewinne sowie die gestiegene Risikobereitschaft der Investoren haben dazu beigetragen. Für das Jahr 2006 werden deutlich steigende Volatilitäten an den Aktienmärkten erwartet, dies vor allem im zweiten und dritten Quartal. Auf Jahresbasis dürften die Aktienmärkte jedoch moderat höher schliessen.

5.3 Sonstige Erträge aus dem Finanzvermögen

Neben den extern verwalteten Vermögensanlagen fließen dem Land aus der kurzfristigen Anlage von Liquidem Mitteln, aus der Haltung freier Beteiligungsrechte und aus der Verzinsung von Guthaben zusätzliche Erträge zu, welche ebenfalls als Finanzierungsmittel eingesetzt werden können. Sie werden durch ausserordentliche, nicht jährlich wiederkehrende Buchgewinne aus dem Verkauf von Bestandteilen des Finanzvermögens ergänzt. Im Dreijahresvergleich stellen sich die Nettoerträge wie folgt dar:

Beträge in CHF

Positionen	2005	2004	2003
Zinserträge aus Bank- und sonstigen Guthaben	1 860 315	1 823 705	2 356 062
Dividende Liecht. Landesbank AG (freier Anteil)	2 721 600	11 598 400	10 016 800
Dividende Liecht. Post AG (freier Anteil)	230 400	122 500	122 500
Bruttoerträge	4 812 315	13 544 605	12 495 362
Fremdkapitalzinsen	-3 457	-5 270	-24 334
Nettoerträge	4 808 858	13 539 335	12 471 028

Der freie dem Finanzvermögen zugeteilte Anteil an der Beteiligung am Aktienkapital der Liecht. Landesbank AG beträgt zum Ende des Berichtsjahres 16.07 %. Der den Pflichtanteil übersteigende Anteil an der Beteiligung an der Liecht. Post AG hat sich aufgrund des Aktienverkaufs an die Schweizerische Post AG von 25 % des Aktienkapitals von 49 % auf 24 % verringert.

5.4 Erträge aus dem Verwaltungsvermögen

Aus den Bestandteilen, welche dem gebundenen Verwaltungsvermögen zugeordnet sind, resultieren Einkünfte aus Dividenden, Gewinnanteilen, Kapital-, Miet- und Pachtzinsen. Der Hauptanteil dieser Einnahmen stammt aus den Dividendenausschüttungen der Liecht. Landesbank AG, an welcher das Land aufgrund gesetzlicher Vorschrift einen Pflichtanteil von 51 % des gesamten Aktienkapitals zu halten hat. Im Dreijahresvergleich weisen diese Vermögenserträge folgende Entwicklung auf:

Beträge in CHF

Positionen	2005	2004	2003
Dividende			
Liecht. Landesbank AG	46 838 400	36 801 600	31 783 200
Dividende Liecht. Post AG	489 600	127 500	127 500
Verkauf Aktien			
Liecht. Post AG	3 346 550		
Verzinsung Grundkapital			
Liecht. Kraftwerke	660 000	660 000	660 000
Gewinnausschüttungen Intelsat	-	1 950	-
Verkauf Aktien Intelsat	2 007 854	434 128	-
Bodenverkäufe (Buchgewinne)	1 250 955	-	24 914
Verkauf			
Landeswerkhof Bendern	-	-	1 296 924
Verkauf Landeswerkhof Vaduz	8 449 530		
Verkauf Botschaftswohnung			
Strassburg	-	-	1 181 325
Verkauf Liegenschaft			
Rietacker Schaan	5 399 999	-	-
Miet- und Pachtzinsen	3 088 183	3 246 998	2 983 541
Total Erträge	71 531 071	41 272 176	38 057 404

Die Liecht. Post AG hat gegenüber dem Vorjahr die Dividende erheblich erhöht und insgesamt CHF 960 000 ausgeschüttet. Die Aufteilung der Dividende erfolgt nach dem Verhältnis von Pflichtanteil (51 %) und freier Anteil (24 %). Der Verkauf von 25 % des Aktienkapitals an die Schweizerische Post AG hat Einnahmen von CHF 3 346 550 gebracht. Aus der Veräusserung der Intelsat-Aktien sind dem Land insgesamt CHF 2 007 854 als Gewinn zugeflossen. Aus einem Bodenkauf-/Tauschgeschäft mit der Gemeinde Vaduz konnte ein Ertrag von 1 250 955 verbucht werden. Der Verkaufserlös für den Landeswerkhof in Vaduz beläuft sich auf CHF 8 449 530 und derjenige für den Verkauf der Liegenschaft Rietacker in Schaan auf CHF 5 399 999. Aus den Beteiligungen des Landes an den Kapitalien der Liecht. Gasversorgung und der LTN Liechtenstein TeleNet AG waren bisher keine Gewinnausschüttungen zu verzeichnen. Der Hauptanteil der Mietzinsen resultiert aus der Vermietung der Post- und Telefongebäude an die Liecht. Post AG bzw. die LTN Liechtenstein TeleNet AG. Die folgende Übersicht zeigt die Aufteilung des Aktienkapitals der Liecht. Landesbank AG in Pflichtanteil und freier Anteil des Landes:

LANDESRECHNUNG

444 |

Beträge in CHF

Positionen	2005	2004	2003
Aktienkapital Liecht. Landesbank	164 000 000	164 000 000	164 000 000
Anzahl ausgegebener Aktien	3 280 000	3 280 000	3 280 000
Nominalwert je Aktie	50	50	50
Anzahl Aktien Land	2 200 000	2 200 000	2 200 000
Nominalwert Landesbesitz total	110 000 000	110 000 000	110 000 000
Dividendenausschüttung in %	56	44	38
51 % - Pflichtanteil des Landes:			
– Gebundener Anteil nominal	83 640 000	83 640 000	83 640 000
– in % vom gesamten Aktienkapital	51.0	51.0	51.0
Freier Anteil des Landes (Finanzvermögen):			
– Freier Anteil nominal	26 360 000	26 360 000	26 360 000
– in % vom gesamten Aktienkapital	16.1	16.1	16.1
Marktwert freier Anteil:			
– Börsenkurs per 31.12.	795	615	597
– Anzahl Aktien	527 200	527 200	527 200
– Marktwert total	419 124 000	324 228 000	314 738 400
– Buchwert freier Anteil	26 360 000	26 360 000	26 360 000
– Stille Reserven auf Marktwert	392 764 000	297 868 000	288 378 400